



MÜNSTERSCHE GEOGRAPHISCHE ARBEITEN

Alois Mayr

Universität und Stadt

Ein stadt-, wirtschafts- und sozialgeographischer Vergleich
alter und neuer Hochschulstandorte
in der Bundesrepublik Deutschland

SCHÖNINGH

Alois Mayr - Universität und Stadt

MÜNSTERSCHE GEOGRAPHISCHE ARBEITEN

Herausgegeben von den Hochschullehrern des Instituts für Geographie
der Westfälischen Wilhelms - Universität Münster

Wilfrid Bach · Hermann Hambloch · Heinz Heineberg · Ludwig Hempel

Ingrid Henning · Friedrich Karl Holtmeier · Cay Lienau · Alois Mayr

Karl-Friedrich Schreiber · Ulrich Streit · Peter Weber · Julius Werner

Schriftleitung: Alois Mayr

Heft 1

Universität und Stadt

Ein stadt-, wirtschafts- und sozialgeographischer
Vergleich alter und neuer Hochschulstandorte
in der Bundesrepublik Deutschland

Alois Mayr

FERDINAND SCHÖNINGH · PADERBORN · 1979

Die vorliegende Arbeit wurde 1977 von der Fakultät der Abteilung für Geowissenschaften an der Ruhr - Universität Bochum als Habilitationsschrift angenommen.

Alle Rechte, auch das der auszugsweisen photomechanischen Wiedergabe, vorbehalten.
© 1979 by Ferdinand Schöningh , Paderborn, ISBN 3 - 506 - 73201 - 3

Gesamtherstellung: Druckerei Butzin, Mülheimer Str. 10, 4300 Essen

Einbandgestaltung: F.-K. Holtmeier, M. Michelka

V o r w o r t

Die vorliegende Untersuchung verdankt ihren Ursprung drei verschiedenen Quellen.

Als langjähriger Angehöriger des akademischen Mittelbaus am Geographischen Institut der Ruhr-Universität Bochum (1964-1977) und zugleich als planungs-betroffener Bochumer Bürger habe ich mit besonderem Interesse Entstehung und Entwicklung einer neuen Groß-Universität miterlebt. Die Beschäftigung mit Problemen sich wandelnder Hochschuleinzugsbereiche und hochschulbedingter stadtplanerischer Folgen in Bochum und benachbarten Universitätsstandorten machte mich mit Fragestellungen der Geographie des Bildungswesens und Bildungsverhaltens sowie im weiteren Sinne der regionalen Bildungsforschung und -planung bekannt.

Einen zweiten Impuls verdanke ich dem 1967 entstandenen interdisziplinären Forschungsausschuß, später Arbeitskreis "Regionale Bildungsplanung im Rahmen der Entwicklungsplanung" der Akademie für Raumforschung und Landesplanung zu Hannover, dem ich ab 1972 zunächst als Gast und ab 1974 als gewähltes Mitglied angehöre. Referate und Diskussionen in den Sitzungen dieses Ausschusses, in dem Pädagogen, Soziologen, Geographen, raumplanerisch orientierte Architekten und Angehörige von Wissenschaftsverwaltungen zusammengeschlossen sind, haben mir vielfältige Anregungen gegeben und mich mit bildungsbezogenen Fragestellungen insbesondere aus Nachbardisziplinen bekannt gemacht.

Nicht zuletzt aber sind an dieser Stelle das nachhaltige Interesse und die stete Förderung meines verehrten Lehrers, Herrn Prof. Dr. Peter Schölller (Bochum) zu nennen, der mich dazu angeregt hat, aus dem Themenbereich der regionalen Bildungsforschung eine stadt-, wirtschafts- und sozialgeographische Habilitationsarbeit in Angriff zu nehmen. Für zahlreiche lange Gespräche, fördernde Hinweise und die Ermutigung zum Abschluß der Untersuchung bin ich Herrn Prof. Dr. Schölller besonders dankbar. In diesen Dank möchte ich ferner Herrn Prof. Dr. Dr. Karlheinz

Hottes (Bochum) einbeziehen, der mir gleichfalls zahlreiche Anregungen für mein Thema gegeben und verschiedene Materialien zugänglich gemacht hat. Besonders verbunden bin ich schließlich Herrn Prof. Dr. Robert Geipel (München), dem derzeitigen Vorsitzenden des erwähnten Akademie-Arbeitskreises, der mich als Begründer einer sozialgeographisch orientierten Bildungsforschung im deutschsprachigen Raum durch seine Schriften und zahlreiche Gespräche besonders nachhaltig beeinflußt hat.

Diese Arbeit wäre nicht zustande gekommen ohne die Auskunfts- und Hilfsbereitschaft zahlreicher Institutionen und Einzelpersonlichkeiten, darunter besonders der Universitäts- und Stadtverwaltungen in Bochum, Essen, Göttingen, Köln, Konstanz und Münster, sowie verschiedener Forschungsinstitute und Wissenschaftsverwaltungen. Ihnen allen bin ich sehr zu Dank verpflichtet.

Die Ausrichtung der vorgelegten Studie, die zwischen 1972 und 1977 entstanden ist, mußte zweimal geändert werden, weil sich der Verfasser als Einzelforscher von hochproduktiven Teams überrundet sah. Besonderen Dank schulde ich der Deutschen Forschungsgemeinschaft, die mir durch ein einjähriges Habilitationsstipendium vom 1.9.1974 bis 31.8.1975 die Möglichkeit gab, die angefangenen Studien ohne universitäre Verpflichtungen in konzentrierter Form fortzuführen. Die im Sommer 1977 beendete Untersuchung basiert im wesentlichen auf einem Erhebungsstand der Jahre 1974-1976, wurde jedoch - soweit möglich - für die vorliegende Veröffentlichung aktualisiert.

Daß meine Arbeit als Heft 1 der neuen Schriftenreihe "Münstersche Geographische Arbeiten" erscheinen kann, verdanke ich den Hochschullehrern des Instituts für Geographie der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster. Für die Gewährung von Druckkostenzuschüssen bin ich außer dem Institut für Geographie den Landschaftsverbänden Westfalen-Lippe (Münster) und Rheinland (Köln), der Gesellschaft zur Förderung der Westfälischen Wilhelms-Universität zu Münster, der Gesellschaft der Freunde der

Ruhr-Universität Bochum sowie der Stadt Konstanz sehr zu Dank verpflichtet. Für die sorgfältige Niederschrift des Manuskriptes danke ich Frau Brigitte Jacobzig (Bochum), für die Erstellung der Abbildungen und Karten Frau Marianne Michelka (Münster), Herrn Dieter Rühlemann (Bochum), Frau Annette Tomaschewski (Bochum) sowie Herrn Dipl.-Geographen Günter Tiggesbäumker, der mir auch zusammen mit Herrn Jürgen Isselmann (beide Münster) beim Korrekturlesen behilflich war. Ergänzende photographische und kartographische Arbeiten erledigten Frau Christa Brüninghaus, Frau Barbara Hahn (beide Bochum) und Herr Ulrich Kügler (Münster). Für zuverlässige Unterstützung während der Zeit meiner Beur-

laubung bin ich meiner damaligen Hilfskraft Frau Bärbel Stahl (Bochum) dankbar. Für Beratung und Unterstützung bei der Farbkartenherstellung gilt mein besonderer Dank Herrn Prof. Dr. Heinz Pape (Dortmund). Bei der Erstellung des englischen Summary war mein Freund und Kollege Stud. Prof. Dr. Jürgen Dodt (Bochum) behilflich.

Nicht zuletzt gilt mein Dank meiner lieben Frau, die mich in den letzten Jahren im Hinblick auf diese Untersuchung von häuslichen Verpflichtungen entlastet und darüber hinaus vielfältig bei zahlreichen Einzelfragen beraten und unterstützt hat; ihr sei deshalb diese Arbeit in Dankbarkeit gewidmet.

I n h a l t s v e r z e i c h n i s

	Seite
Vorwort	5
Verzeichnis der Tabellen	11
Verzeichnis der Abbildungen	13
Verzeichnis der Karten (im Anhang)	14
Verzeichnis der Bilder	15
<u>Ziel, Problemstellung und Aufbau der Untersuchung</u>	17
Kapitel I: <u>Allgemeine Standortfragen: Universitäten als raumwissenschaftlicher Forschungsgegenstand</u>	21
1. <u>Universitätsgründungen in Deutschland unter besonderer Berücksichtigung der Neugründungen in der Bundesrepublik</u>	21
1.1 Hauptstädtische Universitäten und frühe Ausnahmen (14.-18. Jh.)	21
1.2 Universitätsspaltungen, national und konfessionell bestimmte Hochschulen (15.-17. Jh.)	22
1.3 Frühe geographisch gezielte Neugründungen (16.-18. Jh.)	22
1.4 Aufhebung und Gründung von Hochschulen im 19. Jahrhundert	24
1.5 Nachfrageorientierte Neugründungen zu Beginn des 20. Jahrhunderts	25
1.6 Frühe Hochschulgründungen nach 1945 in beiden Teilen Deutschlands	25
1.7 Die erste Neugründungswelle nach Errichtung des Wissenschaftsrates (1957-1965)	26
1.8 Zweite Hochschulneugründungswelle und bildungspolitische Beschlüsse 1965-1970	32
1.9 Jüngste Neugründungen und Hochschulentwicklung seit 1970	35
2. <u>Einzugsbereiche, regionale und schichtenspezifische Bildungsbeteiligung</u>	50
2.1 Hochschulregion und Studienortwahl	50
2.2 Zur regionalen und schichtenspezifischen Bildungsbeteiligung im sekundären Bildungsbereich	52
2.3 Zur regionalen und schichtenspezifischen Bildungsbeteiligung im tertiären Bildungsbereich	55
3. <u>Mikrostandorte und Stadtentwicklung - die Universität als Motor der kommunalen Entwicklungsplanung</u>	63
3.1 Stadtuniversitäten	63
3.1.1 Ehemalige Bürgeruniversitäten	63
3.1.2 Stadtkernlage und räumliche Expansion	64
3.1.3 Altstadt, City und deren Erweiterungsgebiete als Universitätsstandorte	65
3.2 Campus-Universitäten	68
3.2.1 Entwicklung und internationale Tendenzen	68
3.2.1.1 Begriff und Anfänge in den USA	68
3.2.1.2 Realisierung der Campus-Idee in verschiedenen Ländern	69
3.2.1.3 Innerstädtische Campus-Universitäten als neues Konzept	73
3.2.2 Entwicklung und Situation in Deutschland	74
3.2.2.1 Frühe Standortveränderungen	74
3.2.2.2 Lage der ersten Universitätsneugründungen nach 1945	75
3.2.2.3 Standortmäßige Universitätsteilung durch Auslagerung flächenintensiver Fachbereiche	76

	Seite
3.2.2.4 Neue Universitäten in peripherer Campus-Lage und ihre Probleme	77
3.2.2.5 Alternativen zu Campus-Hochschulen in peripherer Lage	82
Kapitel II: <u>Struktur und Entwicklung der Beispielhochschulen</u>	85
1. <u>Auswahl der Beispielhochschulen</u>	85
2. <u>Abriß der Entwicklung der Beispielhochschulen</u>	89
2.1 Universität Köln	89
2.2 Universität Göttingen	94
2.3 Universität Münster	98
2.4 Universität Bochum	101
2.5 Universität Konstanz	107
2.6 Universität Essen - Gesamthochschule	113
Kapitel III: <u>Universität und Stadt - eine Lageanalyse der Beispielhochschulen</u>	125
1. <u>Mikrostandort und Hochschulgelände</u>	125
1.1 Köln	125
1.2 Göttingen	130
1.3 Münster	137
1.4 Bochum	143
1.5 Konstanz	147
1.6 Essen	151
2. <u>Hochschule und Verkehr</u>	156
2.1 Die Lage im Verkehrsnetz	156
2.2 Motorisierung und ruhender Verkehr	157
3. <u>Hochschule und Wohnraumbedarf</u>	161
3.1 Studentisches Wohnen	161
3.2 Wohnraumbedarf und Wohnsitzverteilung der Hochschul- bediensteten (mit Exkurs über Universitätswohnstädte)	166
Kapitel IV: <u>Die Universität als Wirtschaftsfaktor</u>	173
1. <u>Der Universitätshaushalt und die Ausgaben der Studentenschaft</u>	175
1.1 Haushaltsvolumina und Personalstellen im Hochschulbereich	175
1.2 Haushaltsentwicklung und Ausgabenstruktur - Oberblick am Beispiel der Universität Bochum	177
1.3 Zur Bedeutung der Bauausgaben	178
1.4 Sachausgaben - Verwendung und räumliche Verteilung	180
1.5 Entwicklung der Beschäftigtenzahlen und der Personalkosten	186
1.6 Das studentische Haushaltsbudget nach Höhe und sektoraler Verteilung	193
1.7 Zusammenfassende Wertung und fortführende Ansätze	199
2. <u>Das hochscholorientierte Versorgungs- und Dienstleistungsgewerbe</u>	201
2.1 Zugehörigkeit zur Infrastruktur und Mantelbevölkerung von Hochschulen	201
2.2 Hochschulspezifische Gewerbe und Dienste	202

	Seite	
2.2.1	Gastronomische Betriebe (mit Exkurs über den Mensabesuch)	202
2.2.2	Buchhandlungen und andere Betriebe für den Studienbedarf	208
2.2.3	Sonstige Geschäfte und Dienstleistungsbetriebe	213
2.3	Ladenzeilen und Uni-Center	214
3.	<u>Universitäten als Auslöser und Förderer industrieller Impulse</u>	221
3.1	Industrie, Gewerbe und Universität in Göttingen	221
3.1.1	Die feinmechanisch-optische sowie Elektro-Industrie und ihre Beziehungen zur Universität	222
3.1.2	Andere industrielle Branchen in Göttingen und ihre Hochschulbeziehungen	227
3.1.3	Universitätsverwandte Gewerbe einst und heute	228
3.2	Universitätsnahe Industrien in anderen Hochschulorten	229
3.2.1	Jena	229
3.2.2	Erlangen	230
3.2.3	Cambridge	231
3.2.4	Entwicklungen und Ansätze in anderen deutschen Universitätsstädten	231
3.3	Technische Hochschulen und Industrieförderung	236
4.	<u>Universitätsverbundene Institutionen</u>	239
4.1	Exkurs: Garnisonen	239
4.2	Studienkollege, Universitätsschulen und andere Hochschulen	239
4.3	Kooperierende Krankenanstalten und andere medizinische Einrichtungen	241
4.4	Bibliothekarische und andere übergreifende Zentraleinrichtungen	243
4.5	Hochschulverbundene Institute, Dienststellen und Sonderforschungsbereiche	244
4.6	Forschungszentren	247
4.7	Wissenschaftliche Akademien	252
Kapitel V:	<u>Universität und öffentliches Leben</u>	255
1.	<u>Die Studenten im Erscheinungsbild und Leben der Stadt</u>	255
1.1	Der Anteil der studentischen Bevölkerung	255
1.2	Studentenschaft und Einwohnerentwicklung	261
1.3	Die Wahrnehmung der Studentenschaft durch die übrige Stadtbevölkerung	261
2.	<u>Die Hochschulbevölkerung als Nutzer und Förderer kultureller Einrichtungen und Veranstaltungen</u>	265
2.1	Zum zeitlichen Verhältnis der Entstehung von Universitäten, Theatern und Orchestern (mit Exkurs zur zentralörtlichen Stellung von Universitätsstädten)	265
2.2	Besuch und Unterstützung von Theatern und Konzerten durch die Hochschulbevölkerung	267
2.3	Zur Nutzung von öffentlichen Museen, Archiven und Bibliotheken durch die Hochschulbevölkerung	269
2.4	Tätigkeit von Hochschulangehörigen in Institutionen der Weiterbildung	270
2.5	Tätigkeit von Hochschulangehörigen in kulturell- wissenschaftlichen Vereinigungen	273

	Seite
3. <u>Das Angebot der Universität an die Stadtbevölkerung</u>	275
3.1 Die Universität als Stätte wissenschaftlicher und musischer Weiterbildung	275
3.2 Stellung und Inanspruchnahme von Universitätsbibliotheken	278
3.3 Zur Bedeutung von Universitäts-Museen	281
3.4 Zielsetzung und Inanspruchnahme hochschuleigener Botanischer Gärten	285
3.5 Zur Bedeutung der Universitätskliniken	287
3.6 Das Angebot der Universitätssportvereine und -sportanlagen	290
3.7 Weitere Kontaktmöglichkeiten zwischen Universität und Stadtbewohnern	291
4. <u>Universitäten und politisches Leben</u>	293
4.1 Zum Wahlverhalten der Hochschulbevölkerung	293
4.2 Parteipolitisches Engagement von Hochschulangehörigen und Mitarbeit in kommunalen Entscheidungsgremien	294
4.3 Politikberatung und Stellungnahmen zu politischen Maßnahmen und Entscheidungen	296
4.4 Folgewirkungen von Hochschulen für die kommunalen Haushalte	298
Kapitel VI: <u>Universitätsstädte in der Bundesrepublik Deutschland - Versuch einer funktionalen Klassifizierung und Überlegungen zur Wahl künftiger Hochschulstandorte</u>	305
1. <u>Die Beschäftigtenstruktur der Universitätsstädte</u>	305
2. <u>Zur Sozialstruktur der Universitätsstädte - Bildungsbeteiligung und Ausbildungsniveau als Indikatoren</u>	313
3. <u>Zur Makro- und Mikrostandortbestimmung neuer Hochschulstädte</u>	315
4. <u>Zum Stellenwert einer Universität in ihrer Standortgemeinde</u>	321
English Summary	323
Bildanhang	325
Literatur und Quellen	349
A. Abhandlungen	349
B. Zeitschriften, Zeitungen und statistische Veröffentlichungen	373
C. Mündliche und schriftliche Auskünfte	374
D. Abhandlungen (Nachtrag)	375

Verzeichnis der Tabellen

	Seite
<u>Zu Kapitel I</u>	
Tab. 1: Expansion im Hochschulbereich: Entwicklung der Studentenzahlen 1950-1972 in der Bundesrepublik Deutschland und Berlin (West)	28
Tab. 1a: Entwicklung 1950-1969 nach Unterlagen des Wissenschaftsrates	28
Tab. 1b: Entwicklung 1969-1972 nach Unterlagen des Statistischen Bundesamtes	28
Tab. 2: Hochschulen mit Universitätsrang in der Bundesrepublik Deutschland und Berlin (West), die nach 1945 entstanden sind	47
Tab. 2a: Unmittelbare Nachkriegsgründungen	47
Tab. 2b: Neueröffnete Hochschulen seit 1960	47
Tab. 2c: Neugegründete, noch nicht eröffnete Hochschulen	47
Tab. 2d: Erhebung sonstiger Hochschulen in den Universitätsrang und Umbenennungen	47
Tab. 3: Studentenentwicklung 1975-1978 nach Hochschularten und Hochschulen	48
Tab. 3a: Studenten an Hochschulen in der BRD und Berlin (West) in den Winter-Semestern 1975/76 und 1978/79	48
Tab. 3b: Studenten an Hochschulen im Universitätsrang nach einzelnen Hochschulen im WS 1975/76 und WS 1978/79	48
Tab. 4: Zusammensetzung der Studenten der BRD nach der sozialen Herkunft	57
Tab. 5: Regionale Herkunft der Studenten an den Universitäten und der Technischen Hochschule in Nordrhein-Westfalen im WS 1973/74 (Anteil in v.H.)	58
Tab. 6a: Größe und Lage neuer Universitätsgelände in der Bundesrepublik I	79
Tab. 6b: Größe neuer Universitätsgelände in der Bundesrepublik II	83
<u>Zu Kapitel III</u>	
Tab. 7: Der Grundbesitz der Universität Göttingen 1975	136
Tab. 8: Grundflächenbesitz und Interessengebiete der Universität Münster 1969	139
Tab. 9: Anfahrt der Studierenden zur Ruhr-Universität Bochum im WS 1971/72	159
Tab. 10: Studenten und Studienanfänger in der Bundesrepublik Deutschland nach der Art des Wohnens 1967 und 1973	161
Tab. 11: Studierende und Wohnheimplätze im WS 1975/76	164
Tab. 12: Wohnsitzverteilung der Lehrenden an der Ruhr-Universität Bochum im WS 1974/75	169
<u>Zu Kapitel IV</u>	
Tab. 13: Haushaltsvolumen von Universität und Stadt Bonn (1830-1971)	175
Tab. 14: Personalstellen und Haushaltsansatz an Hochschulen in Nordrhein-Westfalen 1975	176
Tab. 15: Entwicklung des Haushalts der Ruhr-Universität Bochum (1963-1976)	177

	Seite
Tab. 16: Regionale Herkunft der Lieferanten der Ruhr-Universität Bochum (ohne Universitätsbibliothek) im Haushaltsplan 1973	181
Tab. 17: Auslandslieferanten der Ruhr-Universität Bochum 1973 nach Heimatländern	182
Tab. 18: Sachmittel der Ruhr-Universität Bochum 1973	182
Tab. 19: Ausgewählte Sachausgaben des Bochumer Universitätshaushalts 1973 nach Branchen im Ruhrgebiet	183
Tab. 20: Beschäftigte der Universität Göttingen (1933-1974)	186
Tab. 21: Beschäftigte der Universität Münster (1960/1975)	188
Tab. 22: Beschäftigte der Universität Bochum (1963-1975)	189
Tab. 23: Beschäftigte der Universität Essen-Gesamthochschule (1974/1975)	190
Tab. 24: Ausbildungsplätze an Hochschulen in Nordrhein-Westfalen 1977	191
Tab. 25: Die Hochschulen als Arbeitgeber (BRD 1974)	194
Tab. 26: Aufteilung des Monatsbudgets eines Durchschnittsstudenten in der BRD 1966 und 1973	197
Tab. 27: Ausgaben der Marburger Studenten 1975	198
Tab. 28: Mensa-Besuch nach ausgewählten Hochschulen im SS 1973	206
Tab. 29: Wissenschaftliche Sortimentsbuchhandlungen in der BRD 1975	210
Tab. 30: Vorratsbestände und Umsatzverteilung ausgewählter Bochumer Buchhandlungen im Jahre 1976	211
Tab. 31: Geschäftsbesatz hochschulorientierter Ladenstraßen (Kiel/Hohenheim/Bochum)	215
Tab. 32: Ausgewählte Industrie- und Handwerksbetriebe der Feinmechanik und Optik in Göttingen	225
Tab. 33: Exportanteile ausgewählter Göttinger Betriebe der Feinmechanik und Optik	226
Tab. 34: Max-Planck-Institute in Göttingen und Köln	248
Tab. 35: Großfortschungseinrichtungen in der Bundesrepublik Deutschland 1977	251
Tab. 36: Akademien der Wissenschaften in Deutschland	253
 <u>Zu Kapitel V</u>	
Tab. 37: Anteil der Studenten an Hochschulen im Universitätsrang an der Bevölkerung der Hochschulorte 1974	257
Tab. 38: Bevölkerungsentwicklung ausgewählter Beispielstädte in den Jahren 1972 und 1973	262
Tab. 39: Wissenschaftliche Bibliotheken an ausgewählten Hochschulorten der Bundesrepublik Deutschland am 31.12.1971	279
Tab. 40: Ausgegebene Benutzerausweise der Universitätsbibliotheken Göttingen, Köln und Bochum	280
Tab. 41: Universitätsmuseen - Fläche und Besucherzahlen	284
 <u>Zu Kapitel VI</u>	
Tab. 42: Beschäftigte in nichtlandwirtschaftlichen Arbeitsstätten der Hochschulstädte (Arbeitsstättenzählung 1970)	308
Tab. 43: Einwohner mit Hochschulabschluß in Universitätsstädten der BRD 1970	314

Verzeichnis der Abbildungen

	Seite
<u>Zu Kapitel I</u>	
Abb. 1: Gründung von Universitäten und Hochschulen im Universitätsrang in Mitteleuropa (Stand: 1975)	23
Abb. 2: Die Entwicklung der Studentenzahlen in der Bundesrepublik Deutschland zwischen Winter-Semester 1950/51 und Winter-Semester 1974/75	29
Abb. 3: Bevölkerung mit Hochschulabschluß in den Essener Stadtbezirken 1970	59
<u>Zu Kapitel II</u>	
Abb. 4: Studierende an Universitäten und Gesamthochschulen in Nordrhein-Westfalen von Sommer-Semester 1960 bis Winter-Semester 1977/78	92
Abb. 5: Studienanfänger in Münster, Köln, Bonn, Bochum und Aachen in ausgewählten Semestern	93
Abb. 6: Studienanfänger an Universitäten in Nordrhein-Westfalen (Anteile aller Studienanfänger in v.H. in den Winter-Semestern)	93
Abb. 7: Göttinger Studentenzahlen von 1782 - 1977	96
Abb. 8: Konstanzer Studentenzahlen von 1966 - 1977	110
Abb. 9: Hochschulplanung Nordrhein-Westfalen 1970	114
Abb. 10: Hochschulstruktur in Nordrhein-Westfalen seit 1972	115
<u>Zu Kapitel III</u>	
Abb. 11: Situationsplan der Kölner Universitätsgebäude	128
Abb. 12: Zentren der Geisteswissenschaftlichen Fakultäten sowie der Medizinischen und Mathematisch-Naturwissenschaftlichen Fakultät in Köln	129
Abb. 13: Universität Göttingen - Gebäude in der Altstadt und Neubaubereiche	133
Abb. 14: Zielkonzeption für den Bereich der Universität Münster	141
Abb. 15: Lage des Universitätsgeländes Bochum	144
Abb. 16: Situationsplan der Ruhr-Universität Bochum	145
Abb. 17: Situationsplan der Universität Konstanz	149
Abb. 18: Situationsplan der Universität Essen - Gesamthochschule	153
Abb. 19: Studierende und Wohnheimplätze im Winter-Semester 1975/76	165
<u>Zu Kapitel IV</u>	
Abb. 20: Entwicklung des Personalbestandes der Universität Göttingen (1933 - 1974)	187
Abb. 21: Hochschulpersonal an Standorten der Hochschulen mit Universitätsrang im Winter-Semester 1974/75	195
Abb. 22: Funktionale Gliederung des Kuhviertels in Münster	203
Abb. 23: Einzelhandel und Dienstleistungen im Uni-Center Bochum-Querenburg	218
Abb. 24: Die Institute der Max-Planck-Gesellschaft nach Sektionen	249

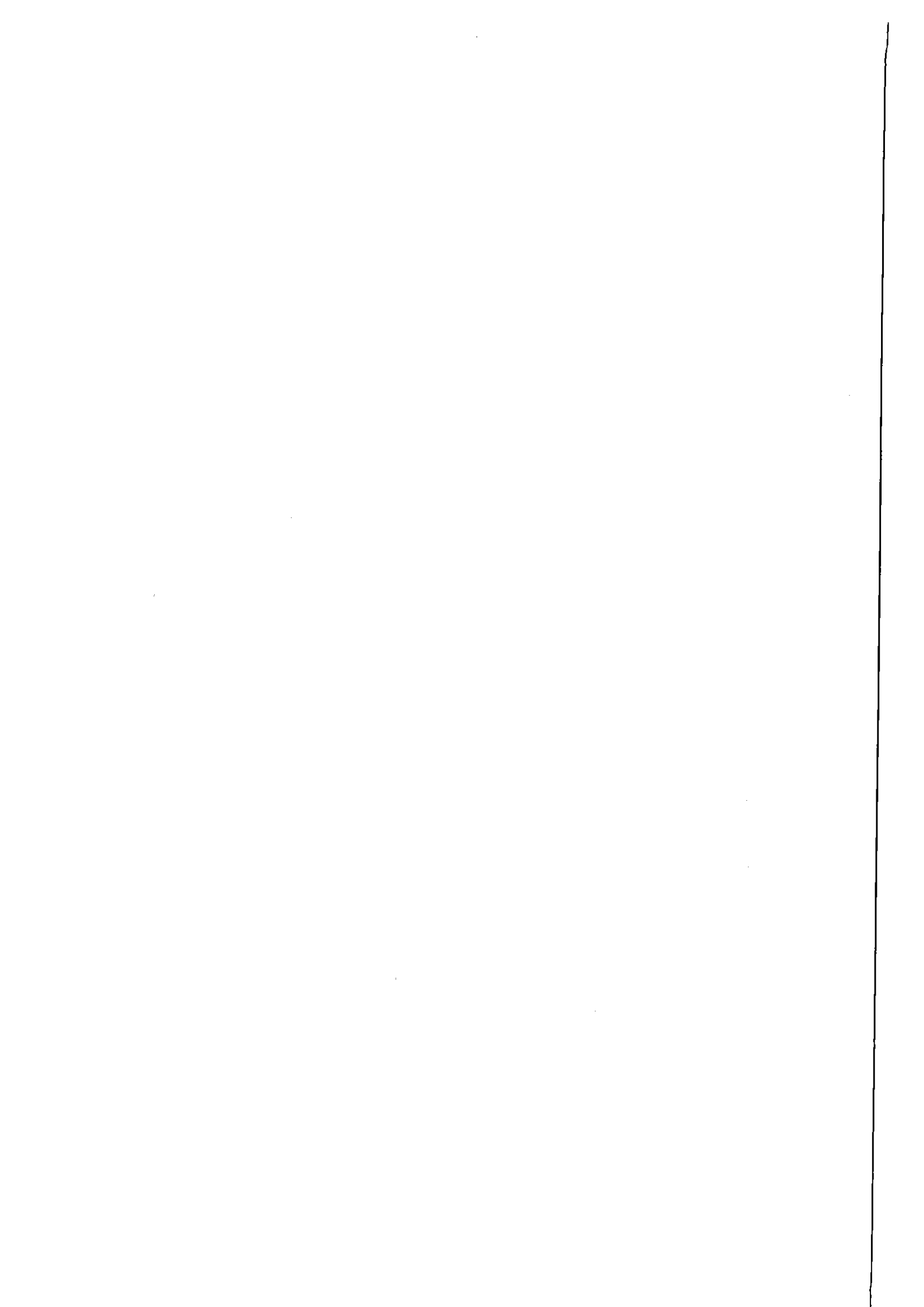
<u>Zu Kapitel V</u>	Seite
Abb. 25: Verhältnis von Einwohnern und Studenten der Hochschulorte im Winter-Semester 1974/75	256
Abb. 26: Altersaufbau der Wohnbevölkerung der Stadt Münster (1975)	260
Abb. 27: Bevölkerungsentwicklung in ausgewählten Städten in den Jahren 1972 und 1973	263
<u>Zu Kapitel VI</u>	
Abb. 28: Beschäftigte in nichtlandwirtschaftlichen Arbeitsstätten der Hochschulstädte 1970	308

Verzeichnis der Karten (Anhang)

- Karte 1: Anteil der Studierenden an der Wohnbevölkerung Nordrhein-Westfalens 1970 nach Kreisen
- Karte 2: Lage der Universität innerhalb der Stadt Köln
- Karte 3: Lage der Universität innerhalb der Stadt Göttingen
- Karte 4: Lage der Universität innerhalb der Stadt Münster
- Karte 5: Lage der Universität innerhalb der Stadt Bochum
- Karte 6: Lage der Universität innerhalb der Stadt Konstanz
- Karte 7: Lage der Universität innerhalb der Stadt Essen
- Karte 8: Wohnsitzverteilung der Lehrenden an der Ruhr-Universität Bochum im Winter-Semester 1974/75

Verzeichnis der Bilder

Bild 1:	Uni-Center-Hochhaus und Gebäude der Universität Köln mit Blick nach Norden (1974)	325
Bild 2:	Uni-Center und Gebäude der Universität Köln gegen Altstadt, Dom und Rhein (Blick von Südwesten nach Nordosten) (1974)	326
Bild 3:	Universität und westliches Stadtgebiet Köln mit Blick nach Nordwesten (August 1975)	327
Bild 4:	Göttinger Altstadt und angrenzende Bereiche (Blick nach Nordosten) (April 1969)	328
Bild 5:	Ostbereich der Göttinger Innenstadt und angrenzende Gebiete (Blick nach Norden) (Oktober 1978)	329
Bild 6:	Neues Klinikum der Universität Göttingen mit Blick nach Osten (Mai 1974)	330
Bild 7:	Nordbereich der Universität Göttingen mit Blick nach Nordosten (Mai 1974)	331
Bild 8:	Blick über die Innenstadt von Münster nach Westen zum Schloß (Universitäts-Hauptgebäude) (1973)	332
Bild 9:	Westliches Stadtgebiet Münster mit Universitätskliniken (Blick nach Osten) (1975)	333
Bild 10:	Zentralklinikum der Universität Münster mit Blick nach Nordwesten (Mai 1979)	334
Bild 11:	Naturwissenschaftliches Zentrum und Sportbereich der Universität Münster mit Blick nach Norden (1978)	335
Bild 12:	Zeche Klosterbusch und Buscheyfeld (heutiges Universitätsgelände) in Bochum-Querenburg mit Blick nach Nordwesten (August 1961)	336
Bild 13:	Campus der Ruhr-Universität Bochum mit Blick nach Nordwesten (August 1976)	337
Bild 14:	Ruhr-Universität Bochum und Universitätswohnstadt mit Blick nach Nordosten (1976)	338
Bild 15:	Ortsteil Bochum-Querenburg vor Errichtung der Ruhr-Universität (Blick nach Nordwesten zum Buscheyfeld) (1963)	339
Bild 16:	Das Uni-Center als neues Stadtteilzentrum von Bochum-Querenburg (Blick nach Nordosten) (1974)	340
Bild 17:	Konstanz und das nördliche Bodensee-Ufer (Blick von Westsüdwest) (Juni 1965)	341
Bild 18:	Universität Konstanz, Insel Mainau und angrenzende Bereiche (Blick nach Nordosten) (März 1972)	342
Bild 19:	Universität Konstanz und Ortsteil Egg (Blick nach Nordwesten) (September 1979)	343
Bild 20:	Teilansicht des Geländes der Universität Essen-Gesamthochschule im Segeroth-Viertel (1971)	344
Bild 21:	Blick über die Universität Essen nach Norden in die beginnende Emscherzone des Ruhrreviers (März 1978)	345
Bild 22:	Universität Essen-Gesamthochschule mit Blick nach Süden zur Essener City (1978)	346
Bild 23:	Universität Essen und nördliche Essener City (Blick nach Osten) (August 1978)	347
Bild 24:	Essen-Holsterhausen und Universitätsklinikum Essen (Blick nach Ostnordost) (August 1978)	348



Ziel, Problemstellung und Aufbau der Untersuchung

Die Abhandlung will vom Standpunkt des Geographen aus, jedoch unter Beachtung interdisziplinärer Aspekte, einen Beitrag zum Studium der vielfältigen wechselseitigen Verflechtungen zwischen Universitäts- und Stadtentwicklung leisten.

In fast allen Ländern der Erde erfolgte nach dem Zweiten Weltkrieg eine große Expansion im Bildungswesen, insbesondere im Hochschulbereich. Ursachen der steigenden Bildungsnachfrage waren der verstärkte Wunsch nach qualifizierterer Ausbildung, eine zunehmende Demokratisierung des Bildungswesens durch verbesserte, aber keineswegs voll verwirklichte Chancengleichheit und nicht zuletzt auch das Heranwachsen geburtenstärkerer Jahrgänge. In der Bundesrepublik Deutschland und Berlin (West) sind von 1946 - 1948 drei neue Universitäten, seit 1960 nicht weniger als 31 Hochschulen im Universitätsrang gegründet worden, dazu weitere Pädagogische Hochschulen, Kunst-, Musik- und Fachhochschulen. Gleichzeitig stieg die Zahl der Studierenden an allen Hochschuleinrichtungen von rd. 130.000 im Winter-Semester 1950/51 auf rd. 945.000 (davon ca. 700.000 an Universitäten) im Winter-Semester 1978/79 an.

Allzu lange sind Hochschulstandorte vornehmlich als Bauobjekte architektonisch gewertet und beurteilt worden. Erst in jüngster Zeit ist erkannt worden, daß Hochschulen, insbesondere Universitäten mit einem breit gestreuten Studienangebot, entscheidende Faktoren für die Entwicklung ihrer Standortgemeinde und der ganzen Region sind. Standort und Flächenbedarf einer Hochschule und ihrer Folgeeinrichtungen beeinflussen in starkem Ausmaß die kommunale Entwicklungsplanung in den Bereichen Wohnen, Wirtschaft, Verkehr, Erholung, Kultur und Finanzwesen und damit das gesamte öffentliche Leben einer Stadt. Mit ihrer stimulierenden Wirkung im Bereich der Teilhabe an Bildung und Kultur, der Ausbildung qualifizierter Arbeitskräfte für bestimmte bisher unterrepräsentierte Berufsfelder und mit ihrer Nachfrage nach Gütern und Diensten übernehmen Hochschulen darüber hinaus soziale und ökonomische

Erschließungs- und Entwicklungsfunktionen innerhalb ihrer Region. Sie sind damit Schrittmacher für das durch das Grundgesetz garantierte Recht auf gleichwertige Lebenschancen.

Kapitel I der vorliegenden Untersuchung beschäftigt sich einleitend in allgemeiner Betrachtung mit Standortfragen von Universitäten. Dabei werden zunächst die Universitätsgründungen in Deutschland und Fragen der Hochschuleinzugsbereiche sowie der regionalen und schichtenspezifischen Bildungsbeteiligung im sekundären und tertiären Bereich abgehandelt. Schließlich werden Entwicklung und Problematik des Mikrostandortes von Universitäten in einem weltweiten Überblick sowie insbesondere für die Bundesrepublik Deutschland dargestellt und daraus erwachsende Probleme aufgezeigt. Zusammenfassung und Wertung der Ausführungen sollen den bisherigen Forschungsstand über dieses Thema aktualisieren und vertiefen.

Die beiden folgenden Kapitel II und III widmen sich konkret den ausgewählten sechs Beispielhochschulen. Nach Erläuterung der Auswahlkriterien werden zunächst Entwicklung und Struktur der Universitäten innerhalb des Bezugsfeldes ihrer Nachbarhochschulen (Kapitel II) sowie in einer geographischen Lageanalyse das Universitätsgelände sowie der durch die Hochschulen ausgelöste Verkehr und Wohnraumbedarf untersucht (Kapitel III). Diese beiden Teile der Arbeit haben stark monographischen Charakter.

Kapitel IV behandelt die regionalwirtschaftliche Bedeutung von Universitäten und stellt diese nicht allein für die Beispielhochschulen dar, sondern auch für fallweise herangezogene weitere charakteristische oder in der Literatur bereits beschriebene Universitäten. In diesem Zusammenhang werden auch hochschulbedingte Institutionen untersucht, die primär Attraktivitätsfaktoren sind, zugleich mit ihrer spezifischen Nachfrage nach Gütern und Diensten aber auch regionalwirtschaftlich wirksam werden.

Das sozialgeographisch ausgerichtete Kapitel V "Universität und öffentliches Leben" will zur Erfassung und Erklärung von

Verbreitungs- und Verknüpfungsmustern menschlicher Aktivitäten - und zwar vor allem der Hochschulangehörigen - beitragen und deren im Raum sich niederschlagende vielfältige Handlungen nach Motiven und räumlichen Prozessen untersuchen. Dabei geht es nicht allein um das Bildungsverhalten in einem das Hochschulstudium ergänzenden Sinne, d.h. die Inanspruchnahme "verorteter Einrichtungen" (Institutionen der Weiterbildung, Büchereien, Theater usw.), sondern um das gesamte sozialräumliche Verhalten von aktionsräumlichen Gruppen und Einzelpersonen mit ausgeprägten Reaktionsweiten. Zugleich werden die von Universitäten ausgehenden nichtmonetären Wohlfahrtswirkungen aufgezeigt, die - z.B. durch das Angebot bestimmter Einrichtungen und Dienste - Aktivitäten der Stadtbewohner auslösen oder beeinflussen können und damit erneut Aktionsmuster bewirken. Es ist leicht ersichtlich, daß die Darstellung dieser Thematik, sofern sie konkret belegt werden soll, zweckmäßig über die sechs Beispieluniversitäten hinaus ausgreift; so weit möglich und angemessen, wird sie jeweils für die Gesamtheit aller Hochschulstandorte in der Bundesrepublik Deutschland mit Hochschulen im Universitätsrang durchgeführt.

Diese globale Betrachtung wird schließlich auch im letzten Kapitel (VI) beibehalten, in dem Aspekte zur funktionalen Klassifizierung der Hochschulstädte vorgetragen und Konsequenzen für die Standortwahl bei Neugründungen diskutiert werden.

Diese Studie versteht sich als stadt-, wirtschafts- und sozialgeographische Untersuchung. Dies mag im folgenden kurz dargelegt werden.

Zunächst einmal beschäftigt sich die vorliegende Arbeit mit Genese, Struktur, Funktionen und Entwicklungsproblemen von Hochschulstädten und insbesondere von Stadtvierteln, die durch charakteristische Sonderfunktionen geprägt sind; mit diesen Fragestellungen und dem Versuch einer Städteklassifikation von Universitätsstädten ist sie in die analytische und vergleichende Stadtgeographie einzuordnen. Mit der Prüfung des Problems, inwieweit Universitäten das öffentliche Leben einer Stadt bereichern,

soll versucht werden, einen Beitrag zum umstrittenen Aspekt des "städtischen Lebens" innerhalb der geographischen Stadtdefinition zu leisten. Eine zunächst angestrebte qualitative Typologie der deutschen Universitätsstandorte konnte nicht mehr geleistet werden und bleibt späteren Studien vorbehalten.

Ein umfangreicher Teil der Arbeit ist wirtschaftsgeographisch orientiert, indem die mannigfaltigen Wechselwirkungen zwischen Hochschulen und ihren Folgeinstitutionen sowie der Standortgemeinde und ihrer Region aufgezeigt werden. Es werden Voraussetzungen, Wesen und Konsequenzen wirtschaftlicher Aktivitäten und Prozesse sowie Interferenzen der das Wirtschafts- und Sozialleben beeinflussenden Faktoren in ihren räumlichen Zusammenhängen analysiert. Damit werden sowohl Fragen der allgemeinen Wirtschaftsgeographie wie auch einer speziellen Wirtschaftsgeographie angesprochen, deren Gegenstand Standort und Umfeld des Wirtschaftsbetriebs "Hochschule" sind. Insbesondere die Erforschung der universitätsbedingten hochspezialisierten Industrie war für den Verfasser anregend und sollte - neben den zunehmend entstehenden übergreifenden Untersuchungen über Hochschulen als Wirtschaftsfaktoren - in vertiefenden speziellen Studien fortgeführt werden.

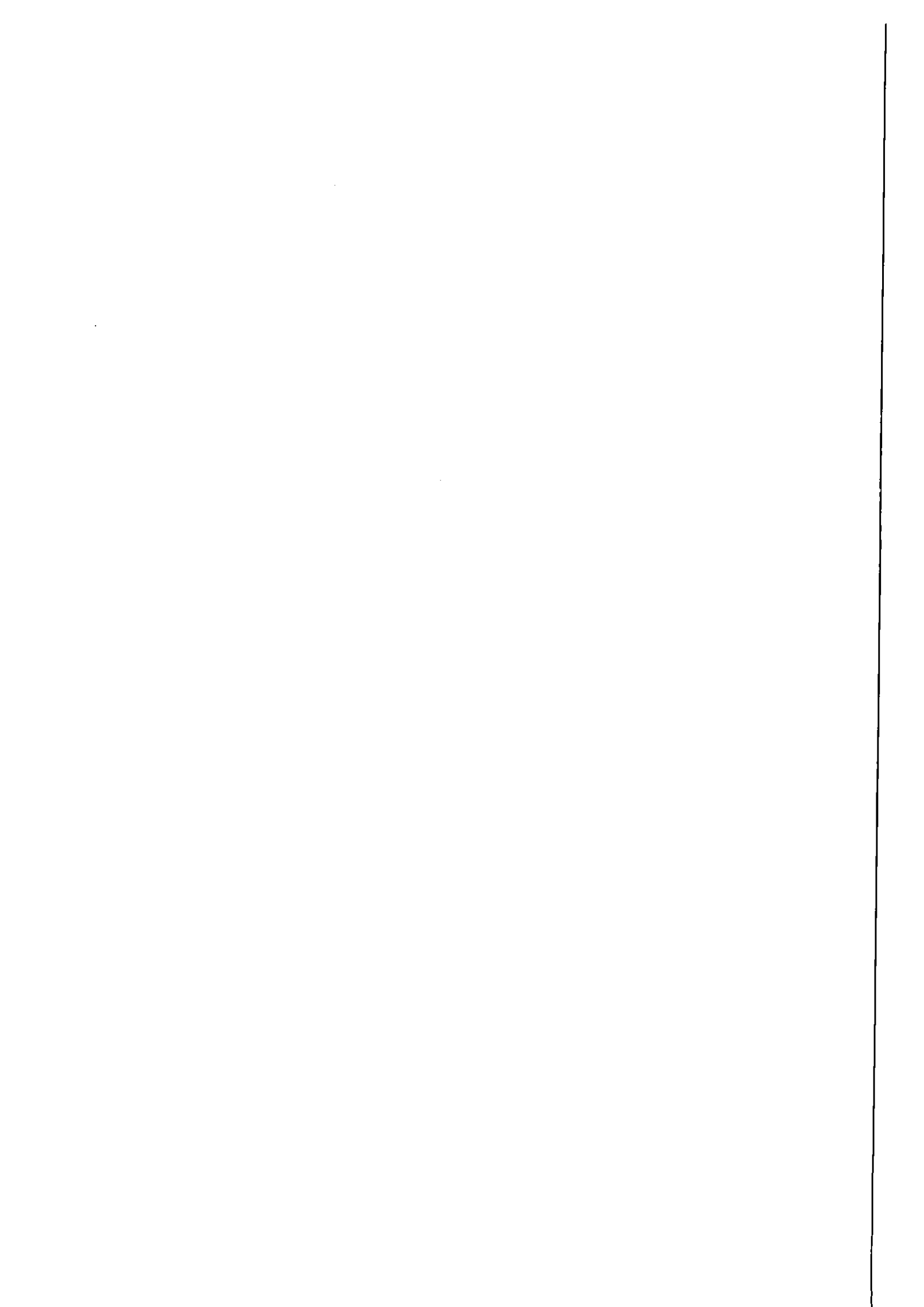
Die Untersuchung ist schließlich in mehrfacher Hinsicht sozialgeographisch angelegt, da sie sich mit raumprägenden Verhaltensstrukturen charakteristischer Sozialgruppen beschäftigt, z.B. der Bildungsteilnahme, der Hochschulortwahl oder dem sozialräumlichen Verhalten in den Universitätsstädten. Eine in Fortführung der Arbeiten von R. GEIPEL weiterzuentwickelnde "Bildungsgeographie" bzw. Geographie des Bildungswesens und Bildungsverhaltens muß zwangsläufig ihren Standort innerhalb der Sozialgeographie erhalten, da das Bildungsverhalten, das von Lage und Erreichbarkeit der Bildungsinstitutionen und von anderen Faktoren abhängig ist, Teil des allgemeinen Sozialverhaltens ist (vgl. insb. R. GEIPEL 1968d). Da sich die Sozialgeographie mit räumlichen Auswirkungen und Konsequenzen derartiger menschlicher Aktivitäten und mit den sie tragenden Gruppen beschäftigt, ist ihr auch

eine geographische Betrachtung des Bildungsverhaltens und des Bildungswesens zuzuordnen.

Eine bemerkenswerte Zwischenbilanz dieser recht jungen Forschungsrichtung hat unlängst P. MEUSBURGER erarbeitet (1976), in der er Stellung, Entstehung und Entwicklung sowie vor allem Forschungsschwerpunkte und Arbeitsmethoden der Geographie des Bildungswesens zusammen mit einem umfangreichen Schrifttumsverzeichnis dargestellt hat (vgl. insb. Schema S. 15). P. MEUSBURGER erklärt überzeugend, warum die Daseinsfunktion "sich bilden" erst spät in den Mittelpunkt der Lebensinteressen und zugleich auch in das Betrachtungsfeld der Anthropogeographie gerückt ist (1976, S. 11f.) und äußert die Überzeugung, daß insbesondere die regionale Qualifikationsforschung noch einen bedeutenden

Aufschwung erleben werde (Ebd., S. 37; vgl. auch J. MAIER, R. PAESLER, K. RUPPERT und F. SCHAFFER 1977, S. 129ff., P. MEUSBURGER 1978a und Akademie für Raumforschung und Landesplanung 1978).

Die hiermit vorgelegte Untersuchung kann derartige übergreifende Aspekte lediglich andeuten, da sie schwerpunktmäßig auf Standorte und stadtprägende Auswirkungen spezifischer Bildungseinrichtungen ausgerichtet bleibt. Der Verfasser hat versucht, an ausgewählten Beispielen die große Fülle der von Universitäten ausgehenden Effekte aufzugreifen und systematisch darzustellen. Er glaubt jedoch, daß weitere örtliche oder regionale Fallstudien notwendig sein werden, um zu gesicherten Erkenntnissen über allgemeingültige Sachverhalte und Prinzipien zu gelangen.



I. Allgemeine Standortfragen:

Universitäten als raumwissenschaftlicher Forschungsgegenstand

1. Universitätsgründungen in Deutschland unter besonderer Berücksichtigung der Neugründungen in der Bundesrepublik

Universitäten und Studenten sind Größen, die in ihrer Entwicklung nicht unabhängig voneinander gesehen werden dürfen. Existenz und Attraktivität von Universitäten haben stets eine bestimmte Nachfrage hervorgerufen, wie umgekehrt eine wachsende Zahl von Studierenden vielfach zur Errichtung neuer Hochschulen geführt hat. Dieser Kausalzusammenhang ist in seiner Intensität jedoch sehr verschiedenartig und - von jüngsten Entwicklungen abgesehen - mehr von Zufälligkeiten als von Regelmäßigkeiten bestimmt. Entscheidend ist aber, daß Universitäten raumprägende Faktoren ihrer Territorien oder Regionen sind und daß ihnen damit eine nicht zu unterschätzende Bedeutung für die Bestimmung und Gestaltung einer Kultur- oder Wirtschaftslandschaft zukommt, die im übrigen jede Bildungsinstitution für den sie umgebenden Raum hat.

Bis etwa 1960 hat sich kaum ein deutschsprachiger Geograph mit den "verorteten Einrichtungen" (K. RUPPERT / F. SCHAFFER 1969, S. 209) des höheren Bildungswesens beschäftigt, ja ihre Auswirkungen nicht einmal im Rahmen stadtgeographischer Monographien gewürdigt. Erst die angesichts unaufhaltsam wachsender Studentenzahlen sich Ende der 50er Jahre abzeichnende Phase der Neugründungen von Hochschulen führte bei anderen Disziplinen und schließlich auch der Geographie zu einer wissenschaftlichen Betrachtung des Phänomens Universität, zu einer Bestandsaufnahme und Analyse ihrer Reichweite, Standorteigenschaften und Wirkungszusammenhänge (vgl. R. GEIPEL 1971).

Betrachten wir die Entstehungs- und Verteilungsmuster der Universitäten des Deutschen Reiches und insbesondere der Bundesrepublik Deutschland (vgl. Abb. 1), so läßt sich eine klar gestaffelte historische Typologie der Universitäten nach Gründungsmotiven aufzeigen (vgl. K. MÜLLER 1962, A. NITSCHKE 1969 und R. GEIPEL 1974).

1.1 Hauptstädtische Universitäten und frühe Ausnahmen (14.-18. Jh.)

Die ältesten Universitäten entstanden vorwiegend in den jeweiligen Hauptstädten aus dem Geltungsstreben von Territorialherren heraus, die diese Hochschulen als Attribut ihres Prestiges ansahen. Dieses Motiv herrscht von der ersten deutschen Universitätsgründung in Prag (1348) über Wien (1365) und Heidelberg (1386) bis ins späte 18. Jahrhundert eindeutig vor. Zu dieser Gruppe gehören u.a. die Universitäten Ingolstadt (1472, heute München), Tübingen (1477), Wittenberg (1502, 1811 mit Halle vereinigt), Marburg (1527), Königsberg (1544), Würzburg (1582), Salzburg (1623), Münster (1780) und verschiedene andere, z.T. aufgelassene Standorte in Hauptstädten von selbständigen Territorien, dazu die Gründungen in Freiburg (1457), Breslau (1505), Graz (1585) und Innsbruck (1670) als den Hauptorten der österreichischen Nebenterritorien, ferner Universitäten in Residenzstädten wie Dillingen (1554, Fürstbistum Augsburg) oder Bonn (1786, Fürstbistum Köln) und schließlich die frühen städtischen Gründungen in Köln (1388), Erfurt (1392), Basel (1460) und Straßburg (1621). Abgesehen von den reichsstädtischen Universitäten wurde in den Hochschulen auf eine Begegnung zwischen Landesherrn, Hof und Wissenschaft hingewirkt. Die Einzugsbereiche fielen häufig mit den jeweiligen politischen Territorien oder jenen befreundeter Fürstenhäuser oder Reichsstände zusammen.

Lediglich die Universitäten Göttingen (1737) und Erlangen (1743) wurden u.a. deshalb außerhalb der landesherrlichen Hauptstädte Hannover und Bayreuth gegründet, weil man Differenzen zwischen Studenten und Hof bzw. Militär befürchtete oder diese gar schon eingetreten waren, wie die Auslagerung der Bayreuther Hochschule nach Erlangen nach nur einem Jahr verdeutlicht (K. MÜLLER 1969, S. 62).

1.2 Universitätsspaltungen, national und konfessionell bestimmte Hochschulen (15.-17. Jh.)

Wanderungen der Gesamtheit oder eines großen Teils von Lehrkörper und Studenten führten zu ausgesprochenen Sonderfällen der Standortwahl bei den sog. Exodus-Universitäten. So entstand die Universität Leipzig bei der Prager Universitätsspaltung nach dem Auszug der deutschen Nation (1409), der Auszug der Lutheraner aus dem kalvinistisch gewordenen Marburg führte zur Gründung von Gießen (1607), der Exodus aus der gebannten Stadt Rostock zur Gründung von Greifswald (1456). Die Entstehung der Universität Jena (1558) war durch zweimalige Flucht der Hochschulangehörigen aus dem von der Pest heimgesuchten Wittenberg vorweggenommen. Daß eine solche Entwicklung nicht zwingend war, beweist die zweimalige kriegsbedingte Auslagerung der Universität Freiburg nach Konstanz (1689-1698 und 1713-1715), die nicht zu einer Abspaltung und Neugründung führte (H. FINKE 1969, S. 15).

Der Einzugsbereich von national oder konfessionell bestimmten Exodus-Universitäten, aber auch von zahlreichen hauptstädtischen Universitäten der Reformations- und Gegenreformationszeit war naturgemäß "stärker von wissenschaftlichen Schulen und ihrer ideologischen und konfessionellen Verankerung, also von weltanschaulichen Neigungen her bestimmt" (R. GEIPEL 1971, S. 19). Dies gilt auch (vgl. H. BLOTEVOGEL 1975, S. 104-119) für die überwiegend von reformierten Landesherren begründeten Hohen Schulen (Gymnasium Illustre oder Akademie), die einen universitätsähnlichen Status, nicht jedoch ein päpstliches Gründungsprivileg besaßen (z.B. Herborn, Lingen, Burgsteinfurt) und verschiedentlich Vorstufen von Universitäten waren (z.B. Göttingen).

1.3 Frühe geographisch gezielte Neugründungen (16.-18. Jh.)

Von besonderer Relevanz im Sinne unserer Fragestellung sind die ersten hochschulpolitisch gezielten nichthauptstädtischen Universitäten, bei denen offensichtlich

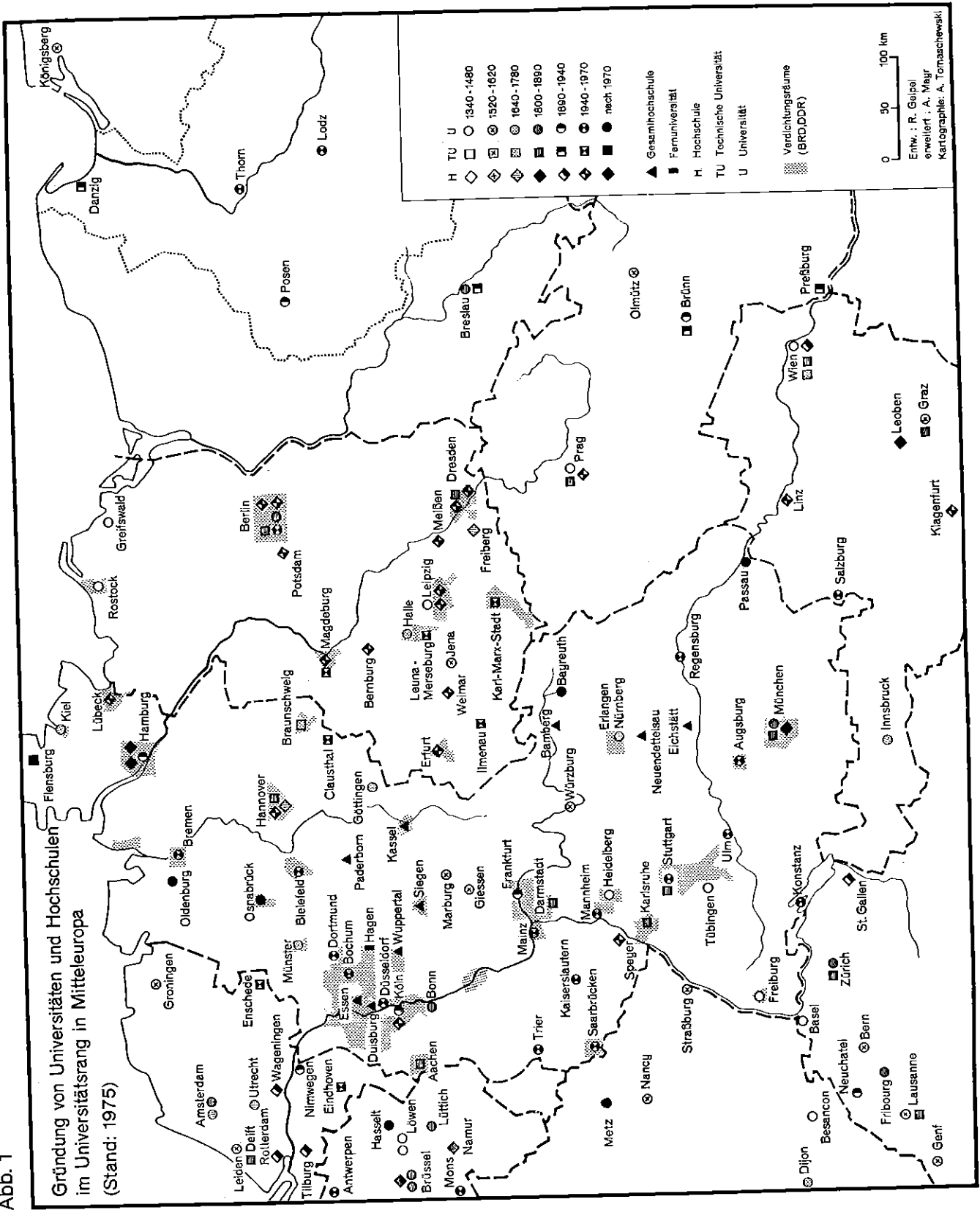
geographische Standortalternativen diskutiert worden sind. Diese Gründungen erfolgten vor allem durch brandenburgisch-preußische und welfische Territorialherren.

So gründete Brandenburg seine erste Universität im südöstlichen Landesgebiet in Frankfurt an der Oder (1504), um von hier aus bildungspolitische Wirkungen auf das österreichische Schlesien sowie auf Polen und das noch selbständige Ordensland auszuüben. Der Westen Brandenburgs konnte durch die Universitäten Leipzig und Wittenberg als "versorgt" angesehen werden. Nachdem mit Preußen die Universität Königsberg an Brandenburg gefallen war, entstand die dritte landeseigene Hochschule in den neuen brandenburgischen Besitzungen im Westen des Reiches in Duisburg (1654) in Fortführung früherer kleinlicher Gründungsabsichten. Duisburg sollte Strömungen des niederländischen, französischen und englischen Bildungswesens aufnehmen und zugleich von seiner peripheren Lage her auf andere Territorien einwirken. Eine besonders gezielte Hochschulneugründung Brandenburg-Preußens war die Universität Halle an der Saale (1694) an der Südwestgrenze des damaligen Kernraumes Brandenburgs. Vor der Versorgungsfunktion für die an der Elbe gelegenen Landesteile traten zwei andere Aufgaben in den Vordergrund, nämlich eine reformierte Gegenposition gegenüber den lutherischen Universitäten Leipzig, Wittenberg und Jena darzustellen und vor allem von der Mitte des damaligen Reiches aus an der Konkurrenz der dort gelegenen Hochschulen teilzunehmen und durch die günstige Erreichbarkeit Studenten aus Mittel- und Süddeutschland anzuziehen.

Ähnliche Zielvorstellungen waren bei der Gründung der welfischen Universitäten von Bedeutung. Die von Braunschweig-Wolfenbüttel an seiner Ostgrenze errichtete Universität Helmstedt (1576) sollte auf die brandenburgischen Territorien Magdeburg, Halberstadt und Altmark, die von Braunschweig-Lüneburg (Kur-Hannover) im Süden seines Territoriums gegründete Universität Göttingen (1737) zugleich auf hessische, thüringische und sächsische Gebiete aus-

Abb. 1

Gründung von Universitäten und Hochschulen
im Universitätsrang in Mitteleuropa
(Stand: 1975)



Entw.: R. Geipel
erweitert: A. Maier
Kartographie: A. Tomaszewski

strahlen. Besonders interessant erscheint die Standortwahl Göttingens, das Orten wie Lüneburg, Celle, Uelzen und vor allem Hannover vorgezogen wurde, die eine gleichmäßigere Versorgung des landeseigenen Gebietes garantiert hätten.¹⁾ "Aber die Regierung sah weit ... Wenn sie den fast südlichsten Punkt des Landes, der zudem an einer wichtigen, Nord und Süd verbindenden Straße lag, zur Anlage der Hochschule wählte, so bewies sie damit, daß sie engere landschaftliche Interessen nun schon gar nicht verfolgte, sondern über landesherrliche Gesichtspunkte hinausgehend an eine deutsche, ja internationale Wirkung ihrer neuen Universität dachte" (G. v. SELLE 1937, S. 16).

Auf Ausstrahlungskraft außerhalb des eigenen Territoriums im Grenzgebiet zwischen dem heutigen Westfalen und Niedersachsen war auch die 1610 in Stadthagen gegründete und 1621 nach Rinteln verlegte lutherische Universität der Grafschaft Schaumburg-Lippe angelegt, die später an Hessen-Kassel fiel. Schließlich ist auch die Universität Dillingen an der Donau, die als Residenzstadt-Hochschule des Fürstbistums Augsburg schon erwähnt wurde, als gezielte Neugründung in peripherer Grenzlage zu sehen, da sie als katholische Universität vor den Toren des protestantischen Württemberg eine besondere Wirkung entfalten sollte.

Bis auf Halle und Göttingen sowie zeitweilig Helmstedt erwiesen sich die in die

1) Die Landeshauptstadt Hannover schied wegen der Bedenken von Hof und Regierung gegen die mögliche Konfrontation mit Studenten als Universitätsstandort aus. Von Celle und Göttingen als potentiellen Standorten wurde schließlich gegen nicht unerheblichen Widerstand der dortigen Bevölkerung Göttingen auch deshalb ausgewählt, weil die "für ihre Ruhe und Moral ihrer Töchter" fürchtenden Bürger von Celle schließlich ein Zuchthaus in ihrer Stadt einer Universität vorzogen (K. MULLER 1969, S. 66 und S. 59). Während sich heute zahlreiche Städte ihren Landesregierungen als Standort einer Universität aufdrängen, mußte im 17. und 18. Jahrhundert sogar für die Annahme von Hochschuleinrichtungen geworben werden (vgl. T. SAGITTARIUS 1679).

genannten Universitäten gesetzten Erwartungen jedoch als Fehlspekulationen.

1.4 Aufhebung und Gründung von Hochschulen im 19. Jahrhundert

Im 19. Jahrhundert und um die Jahrhundertwende trat bei Universitätsgründungen das Motiv der peripheren Ansiedlung mit dem Ziel der Ausstrahlung auf andere Territorien wieder völlig zurück. Im Zuge der Herrschaft Napoleons und der nachfolgenden Neuordnung Europas wurden überwiegend durch die neuen Landesherren zahlreiche Universitäten vollends aufgehoben (Straßburg, Mainz, Bonn, Köln, Duisburg, Rinteln, Helmstedt, Erfurt, Frankfurt an der Oder, Altdorf bei Nürnberg oder aber zu Akademien philosophisch-theologischer Prägung herabgestuft (z.B. Trier, Münster, Paderborn, Fulda, Bamberg, Dillingen). Die Universität Wittenberg wurde 1811 mit Halle vereinigt.

1810 entstand in Berlin eine neue, durch große Ausstrahlungskraft bestimmte hauptstädtische Universität, deren Grundlage erstmals das Fundament der vorhandenen wissenschaftlichen und kulturellen Einrichtungen der Stadt war. Damit wurde gleichzeitig erstmals bewußt eine Großstadt mit ihrem vielseitigen Angebot als Standort einer Universität ausgewählt. Diese Entwicklung setzte sich fort, als die im Jahre 1800 von Ingolstadt nach Landshut verlegte Universität 1826 in München als der Hauptstadt Bayerns angesiedelt wurde. Hauptstädtisch orientiert waren aber auch die aus Polytechnika vorzugsweise im 19. Jahrhundert entstandenen Technischen Hochschulen (Braunschweig 1754, Berlin 1799, Karlsruhe 1825, München 1827, Dresden 1828, Stuttgart 1829, Hannover 1847).

An besondere, konfessionell bedingte Gründe war die Wiedererrichtung der Universität Bonn (1818) als Hochschule für die preußischen Westprovinzen Rheinland und Westfalen sowie die Gründung einer

Technischen Hochschule für das gleiche Gebiet in Aachen (1870) geknüpft. Mit den jeweils gegen Köln gerichteten Standortentscheidungen sollte vor allem der vermuteten katholischen Opposition innerhalb Preußens entgegengewirkt werden. Als Hauptstädte von Teilregionen (Elsaß, Westfalen, Westpreußen) erhielten schließlich Straßburg (1872) und Münster (1902 durch Erweiterung der Akademie) wiederum Universitäten sowie Danzig (1904) eine Technische Hochschule; eine weitere Technische Hochschule wurde 1910 in Breslau errichtet.

1.5 Nachfrageorientierte Neugründungen zu Beginn des 20. Jahrhunderts

In der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts erfuhr das Netz der deutschen Universitätsstandorte erstmals eine nachfrageorientierte Ergänzung durch die Errichtung von Hochschulen in Verdichtungsgebieten. So entstanden als bürgerliche Stiftungen die städtischen Universitäten von Frankfurt a.M. (1914), Hamburg (1919) und Köln (1919 durch Erweiterung einer 1901 entstandenen Handelshochschule) in Großstädten, die aus verschiedenen Gründen nicht zu Zentren der administrativen Verwaltung für die umgebenden Territorien aufgestiegen waren, die sich aber zu starken Zentren des kulturellen Lebens und der Wirtschaftsverwaltung entwickelt hatten.²⁾ Als Ergänzung des Hochschulangebots in Verdichtungsräumen sind auch die Errichtung der Wirtschaftshochschule Mannheim (1907), der Hochschule für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften Nürnberg (1919) und der Medizinischen Akademie Düsseldorf (1923) anzusehen, während dem Rhein-Ruhr-Gebiet als größtem

2) Die Universität Köln wurde zwischen 1953 und 1965 stufenweise, die Universität Frankfurt 1966 ganz von den Bundesländern Nordrhein-Westfalen bzw. Hessen übernommen, während die Freie und Hansestadt Hamburg noch heute ihre städtische Universität trägt. Außer in Hamburg existieren in Westeuropa noch städtische Universitäten in Basel und Amsterdam, außerdem neuerdings die Universität in der Freien Hansestadt Bremen. Die zuletzt genannten Hochschulen werden jeweils durch staatliche Mittel unterstützt.

deutschen Ballungsraum aus politischen Gründen weiterhin eine Hochschule im Universitätsrang vorenthalten blieb.

1.6 Frühe Hochschulgründungen nach 1945 in beiden Teilen Deutschlands

In der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg kehren sowohl im west- wie im ostdeutschen Teilstaat alle bisher aufgezeigten Gründungsmotive wieder, jedoch mit interessanten Akzentverschiebungen. Mainz (1946) und Saarbrücken (1947) wurden Hauptstadt-Universitäten neu errichteter Bundesländer. Die Spaltung der Ost-Berliner Humboldt-Universität und die hierdurch bedingte kooperative Abwanderung führte zur Gründung der Freien Universität in West-Berlin (1948).

Die DDR, die aus dem gesamtdeutschen Erbe fünf Universitäten (Berlin, Greifswald, Halle-Wittenberg, Jena, Leipzig), eine Technische Hochschule (Dresden) und die bislang unerwähnte Bergakademie Freiberg (gegr. 1765) übernommen hatte, entdeckte bald ihr Defizit an technischen Studienplätzen, deren Absolventen für die wirtschaftliche Entwicklung des Landes ein besonderer Vorrang eingeräumt wurde. Bis 1954 wurden nicht weniger als 7 Technische Hochschulen eröffnet, die mit einem jeweils spezialisierten Lehrangebot bevorzugt in Räumen vorherrschender Industriebranchen gegründet wurden. Am deutlichsten wird diese nachfrageorientierte Errichtung ersichtlich bei den Technischen Hochschulen für Schwermaschinenbau in Magdeburg, für Maschinenbau in Karl-Marx-Stadt (früher Chemnitz), für Chemie in Leuna-Merseburg und für Elektrotechnik in Ilmenau, weniger an den Hochschulen für Architektur und Bauwesen in Weimar, für Bauwesen in Leipzig sowie für Verkehr in Dresden (vgl. R. RYTLEWSKI 1971, insb. Karte S. 19). Ähnlich ist auch die 1951 erfolgte Angliederung einer Fakultät für Schiffsbau an der Universität Rostock zu sehen, womit erstmalig einer deutschen Universität eine Technische Fakultät angegliedert wurde.

Eine Sonderstellung nimmt die 1950 entstandene Hochschule für Verwaltungswissenschaften in Speyer ein, die Rechtsnachfolger

gerin einer 1947 gegründeten Staatlichen Akademie für Verwaltungswissenschaften ist. Als einzige postuniversitäre Wissenschaftliche Hochschule der Bundesrepublik Deutschland wird sie von allen Ländern und dem Bund gemeinsam getragen und hat die Aufgabe, verwaltungswissenschaftliche Ausbildung, Fortbildung und Forschung zu betreiben.³⁾

1.7 Die erste Neugründungswelle nach Errichtung des Wissenschaftsrates (1957-1965)

In der Bundesrepublik erreichten die Diskussionen um die Notwendigkeit von Hochschulneugründungen erst Ende der 50er Jahre ihr vorentscheidendes Stadium, als die Universitäten zunehmend expandierten, die Raum- und Personalnot der Hochschulen und die Wohnraumnot unerträglich wurden und die Beziehungen zwischen Universitäten, Standortgemeinden und Ländern (als Träger der Hochschulen) zunehmend belastet wurden. Bei gegenüber dem Deutschen Reich deutlich verminderter Hochschulzahl (18 statt 23 Universitäten, 8 statt 10 Technischer Hochschulen, 7 statt 11 sonstiger Wissenschaftlicher Hochschulen, insgesamt 33 statt 44 Wissenschaftlicher Hochschulen) war die Studentenzahl der BRD schon 1951 so groß wie 1928 im Deutschen Reich, 1960 schon annähernd doppelt so groß.⁴⁾ Ursachen des Anstiegs der Studentenzahlen waren u.a. stärkere Geburtenjahrgänge, bildungswerbende Maßnahmen (Bildungsberatung, materielle Studienförderung u.a.), eine Zunahme der studierenden Ausländer, daneben aber auch eine sich erhöhende durchschnittliche Verweildauer der Studenten

3) An der verwaltungswissenschaftlichen Ausbildung in Form eines dreimonatigen Ergänzungsstudiums nehmen Rechts- und Wirtschaftsreferendare sowie andere Nachwuchskräfte für den höheren Verwaltungsdienst teil. Der Fortbildung dienen offene Tagungen und Seminare (Deutscher Hochschulführer, 49. Aufl., Bonn o.J., ca. 1973, S. 478f.). Die Hochschule zählte im Wintersemester 1978/79 296 Hörer. Obwohl sie seit 1950 zu den Wissenschaftlichen Hochschulen (mit Promotions- und Habilitationsrecht) zählt, wird sie erst seit dem Sommer-Semester 1976 in der amtlichen Hochschulstatistik nachgewiesen.

an den Hochschulen. Auf weitere Ausführungen muß hier verzichtet werden (vgl. C. QUETSCH 1960, S. 42). Erwähnt sei lediglich, daß auf 10.000 Einwohner im Deutschen Reich 1908/09 11 Studierende entfielen, im Bundesgebiet 1949/50 jedoch 22 und 1957/58 bereits 31. Diese Bildungsbeteiligung stieg einschließlich der Studenten an Ingenieurschulen 1960 auf 50 und 1966 auf 71 je 10.000 Einwohner, womit freilich die Bundesrepublik noch immer weit hinter den Hochschulbesuchsquoten anderer Länder zurückblieb.⁵⁾ Dabei ist allerdings auf beträchtliche Unterschiede zwischen den einzelnen Ländern bezüglich der Abgrenzung von Hochschulen hinzuweisen.

Eine Betrachtung der Entwicklung der absoluten Studentenzahlen ist aber auch für die Bundesrepublik Deutschland wegen des wiederholt gewandelten Begriffs der wissenschaftlichen Hochschule und der Begrenzung des Hochschulbereiches recht schwierig. Auch dieser Problembereich kann an dieser Stelle nicht erörtert werden. Tabelle 1 und Abbildung 2 zeigen unter

4) Wissenschaftsrat 1960, S. 16 und S. 51 (Anm.). Während der wissenschaftsfeindlichen Zeit des Nationalsozialismus war die Studentenzahl sehr gesunken und betrug im Winter-Semester 1938/39 nur noch etwa die Hälfte (55.900) gegenüber dem Winter-Semester 1928/29 (111.600). Für die wichtigsten Universitäten des Reiches dokumentiert F. EULENBURG (1904) für den Zeitraum 1741-1830 die jährlichen Inskriptionen, für alle Universitäten von 1830-1900 die nach Semestern differenzierte jeweilige Studentenzahl (S. 296-307 und S. 255 mit Grafik der Gesamtentwicklung). Die Gesamtentwicklung der Studentenzahlen von 1908/09 bis 1957/58 wird bei C. QUETSCH (1960, S. 4 und S. 42) nachgewiesen.

5) Vgl. Bundesminister für Bildung und Wissenschaft 1970, S. 101f. Siehe auch Wissenschaftsrat 1970, Bd. 1, S. 377-386 (Anlage 7: Internationale Vergleiche, insb. S. 382 und S. 383), Bd. 3, S. 132-140 (Tab. 56: Studenten des Hochschulbereichs ausgewählter Länder 1950/51 bis 1966/67); Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland 1974, S. 40-42 (Internationale Übersicht: Schüler bzw. Studenten und Lehrer); Statistisches Jahrbuch 1974 der Deutschen Demokratischen Republik, S. 26 (Tab. 18: Volksbildung, Kultur, Gesundheitswesen der RWG-Länder).

Berücksichtigung verschiedener Quellen die Eskalation der Studentenzahlen auf, die zwischen 1950/51 und 1972/73 um das Sechsfache zugenommen haben; dabei entfallen auf die Universitäten, deren Steigerungsraten von den Pädagogischen Hochschulen und den Ingenieur- bzw. Fachhochschulen beträchtlich übertroffen werden, rd. drei Viertel aller Studierenden.

Der 1957 durch ein Abkommen zwischen Bund und Ländern gegründete Wissenschaftsrat⁶⁾ empfahl 1960 in einer umfassenden Denkschrift zum Ausbau der wissenschaftlichen Einrichtungen den Ausbau bestehender Hochschulen durch neue Lehrstühle und ganze Fakultäten sowie die Errichtung von vier neuen Hochschulen, darunter dreier Universitäten und einiger Medizinischer Akademien (Wissenschaftsrat 1960, S. 54ff.). Zwei Jahre später veröffentlichte er eine Stellungnahme mit Vorschlägen zur Gestaltung neuer Hochschulen (1962). Gegen die entschiedener zu niedrig angesetzte Zahl vorzusehender Entlastungshochschulen meldete damals insbesondere E. ANRICH Bedenken an. Er kritisierte, daß nur zur Bewältigung der 200.000 Studierende übersteigenden Studentenzahl neue Hochschulen vorgesehen seien, daß aber eine Rückentwicklung der bestehenden Überlastungen wenigstens 14 neue Universitäten erfordere, wenn die durchschnittliche Belegung der wissenschaftlichen Hochschulen 6.000 Studenten - der Wissenschaftsrat hatte 8.000 angesetzt - nicht übersteigen sollte (E. ANRICH 1961, S. 10-18).

Neben den drei bereits erwähnten Nachkriegsgründungen von Universitäten (Mainz, Saarbrücken, FU Berlin) war 1949 eine Hochschule für Sozialwissenschaften in Wilhelmshaven entstanden, deren geringe Studentenzahl schon bald zu Verlegungsabsichten nach Bremen und schließlich 1962 zur Eingliederung in die Universität Göttingen führte. Die periphere Lage des

Hochschulstandortes und die geringe Attraktivität der Stadt verhinderten eine erfolgreiche Entwicklung dieser Hochschule von Anfang an. Bezeichnenderweise wurde auch eine vom Land Niedersachsen errichtete Berufspädagogische Hochschule in Wilhelmshaven wieder aufgegeben. Die 1945 auf Anordnung der Besatzungsmacht geschlossene Universität Gießen konnte 1946 als landwirtschaftlich-tierärztlich orientierte Spezialhochschule, 1957 endlich als Universität wieder konstituiert werden und wurde seitdem kontinuierlich ausgebaut. 1961 wurde die Hochschule für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften Nürnberg mit der Universität Erlangen vereinigt und an dieser Hochschule 1966 eine Technische Fakultät errichtet, die angesichts neu angesiedelter Großunternehmen der Elektroindustrie vorwiegend elektrotechnisch orientiert wurde.

Erste Hochschulneugründungen in der Bundesrepublik nach 1960 wurden drei Medizinische Forschungs- und Ausbildungsstätten, nämlich das Klinikum Essen (eröffnet im Wintersemester 1963/64), die Medizinische Akademie Lübeck (eröffnet im Wintersemester 1964/65), und die Medizinische Hochschule Hannover (gegründet 1963, eröffnet im Sommersemester 1965). War Hannover von Anfang an selbständige Hochschule, so wurde die Lübecker Akademie zunächst an die Universität Kiel angebunden und erst 1973 als Medizinische Hochschule verselbständigt; das Klinikum Essen war zuerst den Universitäten Münster und Bochum angegliedert, ehe es ab Wintersemester 1972/73 Bestandteil einer eigenständigen Essener Hochschule (Gesamthochschule Essen) wurde. Alle drei Hochschuleinrichtungen konnten auf städtischen Schwerpunktkrankenhäusern aufbauen; dabei erfuhren Hannover und Lübeck sehr starke Erweiterungen, während die ehemaligen Städtischen Krankenanstalten Essen noch heute der Kern des dortigen Klinikums sind, dessen eigentlicher Ausbau zur Zeit erst erfolgt. Außer den drei genannten Standorten hatten sich auch andere Städte, z.B. Wiesbaden und Augsburg (Magistrat der Stadt Wiesbaden 1961, Stadtverwaltung Augsburg 1961), um Medizinische Akademien beworben, aller-

6) Text des Abkommens über die Errichtung eines Wissenschaftsrates in "Wissenschaftsrat 1957-1967", Bonn 1968, S. 77-81.

Tab. 1: Expansion im Hochschulbereich: Entwicklung der Studentenzahlen 1950 - 1972 in der Bundesrepublik Deutschland und Berlin (West)

a) Entwicklung 1950 - 1969 nach Unterlagen des Wissenschaftsrates

Hochschulart	Absolute Studentenzahlen		Entwicklung (1950/51 = 100)		Anteil an den Studenten in v.H. 1952/53	1969/70
	1950/51	1952/53	1950/51-1969/70	1952/53-1969/70		
Wiss. Hochschulen (ohne Studenten des Volks- und Berufsschullehrantes)	112.542	115.670	305.386	271,4	76,2	68,1
Pädagogische Hochschulen (einschl. Studenten des Volks- und Berufsschul- lehrantes an Wiss. Hochschulen)	11.920	12.388	69.412	582,3	84,4	83,6
Musik-, Kunst- und Sporthochschulen	5.168	4.986	10.075	194,9	3,3	2,2
Hochschulen insgesamt	129.630	133.044	384.873	296,9	87,6	85,8
Ingenieurschulen	.	18.809	63.500 ^{s)}	.	12,4	14,2
Hochschulen (mit Ingenieurschulen)	.	151.853	448.373	.	100,0	100,0

s) = geschätzt
- = keine Angaben vorhanden

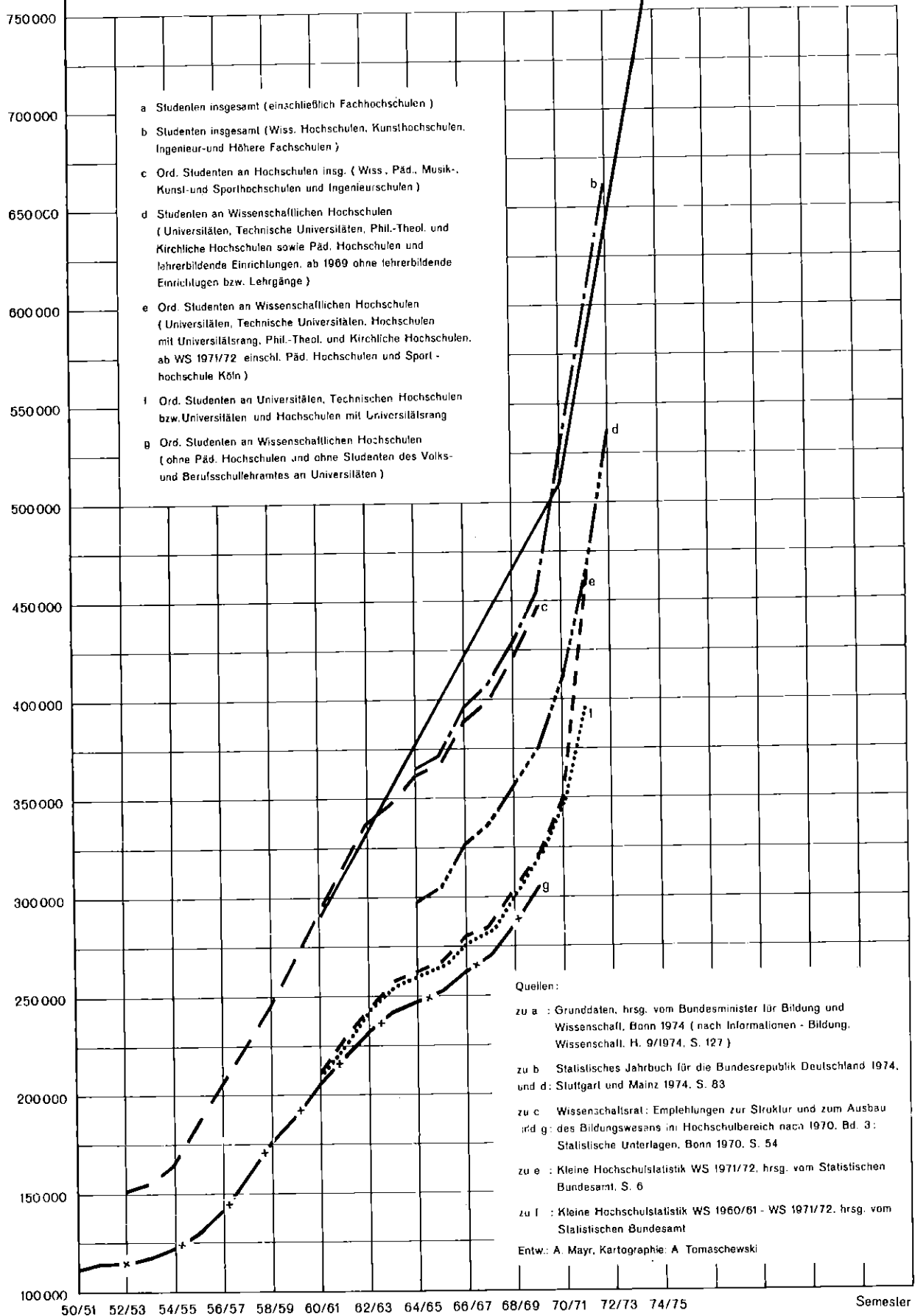
Quelle: Wissenschaftsrat 1967, S. 238 und 1970, Bd. 3, S. 54.

b) Entwicklung 1969 - 1972 nach Unterlagen des Statistischen Bundesamtes

Hochschulart	Absolute Studentenzahlen		Entwicklung 1969/70-1972/73		Anteil an den Studenten in v.H. 1969/70	1972/73
	1969/70	1972/73	(1969/70 = 100)			
Wiss. Hochschulen (einschl. Päd. Hochschulen)	376.169	536.437	142,6		82,6	81,0
Kunsthochschulen	10.075	14.017	139,1		2,2	2,1
Fachhochschulen	69.322	111.777	161,2		15,2	16,9
Hochschulen insgesamt	455.566	662.231	145,4		100,0	100,0

Quelle: Statistisches Jahrbuch der BRD 1974, S. 83.

Abb. 2
Die Entwicklung der Studentenzahlen
in der Bundesrepublik Deutschland
zwischen WS 1950/51 und WS 1974/75



dings ohne Erfolg. - Interessanterweise wurden auch in der DDR nach dem Zweiten Weltkrieg drei neue Medizinische Akademien errichtet, und zwar in Erfurt, Magdeburg und Dresden. Wurde hier nur Erfurt erstmals Standort einer neuen Hochschule im Universitätsrang, so traf dies in der BRD auf Essen und Lübeck zu. In allen Fällen wurden jedoch bei den Standorten medizinisch-universitärer Einrichtungen - offensichtlich bedingt durch die Notwendigkeit eines entsprechenden Patientengutes - Großstädte als Zentren von Versorgungsregionen gewählt.

Wenn man von den ersten neuen Hochschulen der Bundesrepublik in den 60er Jahren spricht, so meint man jedoch meist die vom Wissenschaftsrat angeregten neuen Universitäten, deren offizielle Gründung zudem bereits vor derjenigen der Medizinischen Forschungs- und Ausbildungsstätten liegt. Von konkreten Standortvorschlägen wurde vom Wissenschaftsrat abgesehen, sondern lediglich die Notwendigkeit der Hochschul- und Studienreform in Verbindung mit einer Entlastung für überfüllte Hochschulen angesprochen, so der Universitäten in München, Hamburg/Kiel und Münster/Köln/Aachen. Aus diesen Überlegungen erwachsen Vorschläge zur Gründung je einer neuen Universität (ggf. unter Einbeziehung einer ingenieurwissenschaftlichen Fakultät) in Südbayern, Norddeutschland sowie im Rhein-Ruhr-Gebiet, während das Rhein-Main-Gebiet für den damaligen Zeitpunkt ausdrücklich ausgenommen wurde (Wissenschaftsrat 1960, S. 55). Der Landtag von Nordrhein-Westfalen hatte bereits vorher im Mai 1960 die Errichtung einer Universität im Ballungsraum des rheinisch-westfälischen Industriereviere beschlossen, so daß hier bereits eine Vorentscheidung getroffen war. Die Empfehlungen des Wissenschaftsrates führten schließlich zur Neugründung von Universitäten in Bochum (Beschluß des Landtags von Nordrhein-Westfalen am 18.6.1961), Regensburg (Gesetz des Bayerischen Landtags vom 18.7.1962) und Bremen (1960 Berufung eines Universitätsbeauftragten, der 1961 einen Universitätsplan vorlegte, Gründungsbeschuß durch die Bremische Bürger-

schaft am 26.2.1964). Mit diesen Standortentscheidungen fiel jeweils unterversorgten Räumen eine Universität zu. Während im Falle Bochum eine politisch und landmannschaftlich bestimmte Wahl zugunsten eines Standortes im westfälischen Ruhrgebiet getroffen wurde, bei der die Stadt mit dem höchsten zentralörtlichen Rang im Revier (Essen) und diejenige mit den ältesten Hochschulgründungsplänen (Dortmund) als Standorte Wissenschaftlicher Hochschulen zunächst unberücksichtigt blieben, müssen Bremen und Regensburg als unbestrittene Zentren ihrer Regionen angesehen werden.

Ungefähr gleichzeitig entwickelte auch die Landesregierung von Baden-Württemberg Hochschulgründungspläne für eine Universität und eine Medizinisch-Naturwissenschaftliche Hochschule, als deren Standorte schließlich die jeweils an der Peripherie des Landes gelegenen Städte Konstanz und Ulm bestimmt wurden (Denkschrift der Landesregierung über die Errichtung von wissenschaftlichen Hochschulen in Baden-Württemberg vom 16.4.1963, Gründungsbeschuß durch den Landtag für die Universität Konstanz am 27.2.1964, für die Universität/Medizinisch-Naturwissenschaftliche Hochschule Ulm am 25.2.1967). Obwohl auch diese Universitäten der Erschließung unterversorgter Hochschulräume dienen sollten, wurde mit ihrer peripheren Lokalisierung das historisch bedingte ungünstige Verteilungsmuster der baden-württembergischen Hochschulen weiter verstärkt.

Die letzten neugegründeten Hochschulen der frühen 60er Jahre entstanden wiederum in Nordrhein-Westfalen: Dortmund erhielt eine Technische Hochschule, die später jedoch als Universität errichtet wurde (Beschluß der Landesregierung vom 12.6.1962, Umbenennung ab 1965), und eine für die Regionalversorgung des östlichen Landesgebietes konzipierte Ostwestfalen-Universität (1965 Berufung eines Universitätsbeauftragten) wurde in Bielefeld gegründet (Entscheidung der Landesregierung für Bielefeld als Standort am 6.6.1966, Strukturplan-Bestätigung am 24.10.1967).

So zeichneten sich um das Jahr 1966 die sieben Städte Bielefeld, Bochum, Bremen, Dortmund, Konstanz, Regensburg und Ulm als Standorte neuer Universitäten ab. Die durch die Gründungsausschüsse konzipierte jeweilige Hochschulstruktur sah jedoch sehr unterschiedlich aus. Lediglich die Ruhr-Universität Bochum wurde als Voll-Universität im Sinne umfassender Universalität errichtet, wobei erstmals in eine neue Universität ingenieurwissenschaftliche Fächer integriert wurden.⁷⁾ Alle übrigen Hochschulneugründungen - am wenigsten noch Regensburg und Bremen - waren von der Idee her lediglich denkbare Kombinationen von Fachbereichen (Konstanz: Geistes-, Sozial- und Naturwissenschaften; Ulm: Naturwissenschaften, theoretische und klinische Medizin; Dortmund: Ingenieur-, Natur- und Wirtschaftswissenschaften; Bielefeld: Geistes-, Rechts-, Sozial- und Naturwissenschaften). Alle Neugründungen verstanden und verstehen

7) Mit der Eröffnung ingenieurwissenschaftlicher Fakultäten bzw. Abteilungen in Erlangen (Studienbeginn Winter-Semester 1966/67) und Bochum (Studienbeginn Winter-Semester 1968/69) erfolgte in der Bundesrepublik gemäß den Empfehlungen des Wissenschaftsrates an klassischen Universitäten jene gegenteilige Entwicklung, die an Technischen Hochschulen mit der Errichtung von Fakultäten für allgemeine Wissenschaften bzw. Philosophischen, Wirtschaftswissenschaftlichen und sogar Medizinischen Fakultäten vorher eingesetzt hatte. Einige Bundesländer haben dieser Entwicklung durch Umbenennung ihrer Technischen Hochschulen in Technische Universitäten (Berlin ab 1.8.1956, Braunschweig, Clausthal und Hannover ab 1.4.1968, München ab 1.8.1970) oder sogar in Universitäten (Karlsruhe und Stuttgart ab 5. bzw. 4.7.1967, Braunschweig und Hannover zum 1.10.1978) Rechnung getragen. Daß ingenieurwissenschaftliche Disziplinen durchaus einen angestammten Platz in Universitäten haben, belegen die Hochschulen des Auslandes. Vgl. Weltverbundenheit der Wissenschaft, Kettwig 1959 (Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft, Jahrbuch 1959). Auch nach Ansicht der Europäischen Rektorenkonferenz von Göttingen entsprechen Technische Hochschulen sowie Hochschulen im Universitätsrang mit Forschung und Lehre in mehr als zwei Fakultäten nach Status, akademischer Hierarchie, Zusammensetzung des Lehrkörpers und Studiengang der Norm einer Universität (Ständige Konferenz der Rektoren und Vizekanzler der Europäischen Universitäten: Veröffentlichungen, Bd. 2, Göttingen 1964, S. 146f.).

sich als Reform-Hochschulen, am intensivsten jedoch die Universitäten Konstanz, Bielefeld, Dortmund und Ulm. Die genannten Universitäten haben jeweils stufenweise ihren Lehrbetrieb aufgenommen (vgl. Tab. 2), davon als erste im Winter-Semester 1965/66 die Ruhr-Universität Bochum, die u.a. wegen ihrer Lage im größten Ballungsraum der Bundesrepublik und wegen ihres umfassenden Lehrangebots den bedeutendsten und spürbarsten Entlastungseffekt aller Neugründungen gezeigt hat, gefolgt von Regensburg.

Eine gewisse Ironie des Schicksals führte dazu, daß die Universität Bremen erst als letzte der sieben frühen Neugründungen im Winter-Semester 1971/72 ihren Lehrbetrieb aufnehmen konnte (übrigens nach den zeitlich späteren Neugründungen Augsburg und Trier-Kaiserslautern), obwohl in Bremen die Hochschulgründungsabsichten nächst Dortmund am weitesten zurückreichen. Schon 1948 war eine Internationale Universität in Bremen geplant, und 1959 sollte Bremen nach den Vorstellungen des Wissenschaftsrates die Wilhelmshavener Hochschule für Sozialwissenschaften aufnehmen, die mit je einer neuzugründenden Juristischen und Philosophischen Fakultät zu einer Universität erweitert werden sollte. Nach der Vorlage des Bremer Universitätsplanes von 1961 verzögerten veränderte Vorstellungen über Lage und Struktur der Universität, der durch Kompetenzschwierigkeiten und politische Auseinandersetzungen bedingte Rücktritt von drei Gründungsausschüssen und vor allem ungelöste Finanzierungsprobleme zwischen dem Land Bremen, den übrigen Bundesländern und dem Bund die Weiterentwicklung des Universitätsprojektes, dessen Realisierung erst ab 1968 wieder konkretere Formen annahm und am 2.9.1970 erneut zu einem Universitätserrichtungsgesetz führte. Wäre die Universität Bremen nicht in ein von der Bundesregierung beschlossenes Hochschul-Schnellbauprogramm einbezogen worden, hätte sich die Eröffnung um weitere zwei Jahre verzögert.

Nicht unerwähnt sei schließlich für die erste Hälfte der 60er Jahre der Ausbau bestehender Universitäten durch neue Fakultäten an den Hochschulstandorten Aachen, Berlin, Clausthal, Hohenheim und Mannheim.

Im Zuge dieser Entwicklung erhielt die Bergakademie Clausthal zuerst den Zusatz "Technische Hochschule" (ab 31.5.1963), dann die alleinige Bezeichnung einer Technischen Hochschule (ab 1.11.1966) und schließlich einer Technischen Universität (ab 1.4.1968). Die Landwirtschaftliche Hochschule Hohenheim und die Wirtschaftshochschule Mannheim wurden im Juli 1967 in den Rang von Universitäten erhoben. Einer Hochschulneugründung entspricht die Umbenennung der seit 1907 bestehenden Medizinischen Akademie Düsseldorf zur Universität am 16.11.1965, da mit dem neuen Namen die Verpflichtung zu weiterem Ausbau verbunden war. Die nordrhein-westfälischen Landesregierungen sehen - im Gegensatz zu Veröffentlichungen von Bund und Wissenschaftsrat - die Universität Düsseldorf als ihre vierte Hochschulneugründung an.

1.8 Zweite Hochschulneugründungswelle und bildungspolitische Beschlüsse 1965-1970

Die zweite Hälfte der 60er Jahre ist bezüglich der Hochschulentwicklung bestimmt durch eine verstärkte Nachfrage nach Studienplätzen, durch zunehmende Kapazitätsengpässe an den Universitäten und eine nur bescheidene Verdichtung der Hochschulstandorte, zugleich aber dadurch, daß Bildung und Wissenschaft in der Bundesrepublik nunmehr Priorität vor anderen Bereichen eingeräumt wird.

Am 12.7.1966 beschloß der Bayerische Landtag, in Augsburg im Rahmen einer Fakultät oder Hochschule ein wirtschafts- und sozialwissenschaftliches Studium einzurichten. Die vom Gründungsausschuß vorgeschlagene Errichtung einer selbständigen Hochschule für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften führte schließlich unter dem Aspekt des Studienplatzbedarfs und der Regionalversorgung Schwabens im tertiären Bildungsbereich zur Errichtung einer Universität Augsburg durch Gesetz vom 18.12.1969 mit Wirkung vom 1.1.1970.

Aus der Erkenntnis heraus, daß Rheinland-Pfalz bezüglich des Hochschulbesuches an letzter Stelle unter den Bundesländern

stand, große universitätsleere Gebiete aufwies (vgl. hierzu auch R. GEIPEL 1968c) und die Landesuniversität in Mainz zunehmenden Kapazitätsbelastungen ausgesetzt war, entschloß sich die rheinland-pfälzische Landesregierung am 21.7.1969 zur Gründung der Universität Trier-Kaiserslautern. Zur Entlastung von Universitäten mit großem Fehlbedarf an Studienplätzen gefragter Fachrichtungen sollte zunächst eine geisteswissenschaftliche Fakultät in Trier, eine mathematisch-naturwissenschaftliche Fakultät in Kaiserslautern errichtet werden. Mit der Errichtung einzelner Fakultäten bzw. einer Zwei-Städte-Universität lehnte man sich an Vorbilder aus Frankreich an (z.B. Universität Orléans-Tours). "Diese Maßnahmen in Frankreich lassen Unbefangenheit gegenüber Bildungstradition erkennen und machen den bemerkenswerten Versuch, aus harten Notwendigkeiten heraus genügend Studienplätze für die wachsenden Studentenzahlen bereitzustellen".⁸⁾ Trier und Kaiserslautern wurden deshalb als Hochschulstandorte ausgewählt, weil sie Zentren der universitätsleeren Regionen Westeifel/Mosel-Saar bzw. Westpfalz waren. Auf Empfehlung des Wissenschaftsrates wurden mit dem Errichtungsgesetz vom 28.7.1970 zum 1.8.1970 zwei organisatorisch weitgehend selbständige Teilhochschulen gegründet, die um weitere Disziplinen (Trier: Sozialwissenschaften, Kaiserslautern: Ingenieurwissenschaften) erweitert und ab 1.1.1975 als eigene Universitäten verselbständigt wurden. Der Lehrbetrieb der Universitäten Augsburg und Trier-Kaiserslautern wurde jeweils zum Winter-Semester 1970/71 eröffnet. Dabei ist besonders beachtlich, daß zwischen Gründungsbeschluß und Eröffnung der zweiten rheinland-pfälzischen Landesuniversität weniger als 1 1/2 Jahre für Planung und

B) Ministerium für Unterricht und Kultus des Landes Rheinland-Pfalz 1969, S. 10. Trier hatte sich schon 1966, Kaiserslautern 1969 um eine Universität beworben. Vgl. Stadtverwaltung Trier 1966, H. MONZ 1966, K.H. COX, C. GEISSLER, E. BERGJOHANN und H. HOLZ 1969 und Arbeitsgruppe Standortforschung 1970; Stadtverwaltung Kaiserslautern o.J. (ca. 1969).

Realisierung der ersten Aufbauphase vergingen. Keine andere Neugründung der Bundesrepublik wurde in kürzerer Zeit verwirklicht.

Schließlich faßte die Hessische Landesregierung am 18.2.1970 den Beschluß, Kassel als neuen Hochschulort zu bestimmen, errichtete dort aber nicht eine Universität, sondern erstmals in der Bundesrepublik Deutschland eine integrierte Gesamthochschule.⁹⁾ Dieser neue Hochschultyp soll als Stätte besonderer Studienreform integrierte Studiengänge mit größerer Berücksichtigung künftiger Tätigkeitsfelder innerhalb von bisher getrennten Institutionen des Hochschulbereichs schaffen. Durch Studiengänge, die in unterschiedlich lange, jedoch jeweils berufsqualifizierende Teilabschnitte abgestuft sind, soll den Studierenden die Chance geboten werden, eine ihren individuellen Bedürfnissen und Fähigkeiten entsprechende Ausbildung zu wählen. In die Gesamthochschule Kassel, die durch das Errichtungsgesetz vom 24.6.1970 vom Hessischen Landtag begründet wurde und in sich Aufgaben der Universitäten, Fachhochschulen und Kunsthochschulen vereinigt, wurden sieben bereits in Kassel und zwei in Witzenhausen vorhandene Hochschuleinrichtungen überführt. Die Eröffnung erfolgte - zeitgleich mit der Universität Bremen - zum Wintersemester 1971/72.¹⁰⁾

Der Bildungsbericht '70 der Bundesregierung, der eine Zwischenbilanz zur bisherigen Bildungsplanung darstellt, vor allem

auch das bildungspolitische Konzept der Bundesregierung enthält, führt als "neue Hochschulen" in der Bundesrepublik die bisher genannten nach 1960 gegründeten 13 Hochschulen an, nämlich drei Medizinische Forschungs- und Ausbildungsstätten, neun Universitäten und eine Gesamthochschule (Bundesminister für Bildung und Wissenschaft 1970, S. 92). Bis zum Sommersemester 1972, dem letzten Semester, für das das Statistische Bundesamt die sog. Kleine Hochschulstatistik als Vorwegaufbereitung einheitlich vorlegen konnte, wurden keine weiteren Hochschulen eröffnet. In diesem Semester war die Ruhr-Universität Bochum, die damals 14.230 (= 50,4%) von den 28.239 Studierenden der neuen Hochschulen zählte, bereits in eine Größenordnung von über 10.000 Studenten hineingewachsen. Auf die neuen Hochschulen insgesamt entfielen jedoch nur 7,4% aller an Universitäten bzw. Hochschulen im Universitätsrang (ohne Theologische und Pädagogische Hochschulen) insgesamt eingeschriebenen 380.879 Studenten.

Angesichts dieser großen, sich stetig erhöhenden Studentenzahl waren die bildungspolitischen Beschlüsse der Jahre 1965-1970 von besonderem Gewicht. Nach langen Verhandlungen wurde am 12.6.1969 das Grundgesetz der Bundesrepublik um die Artikel 91a und 91b erweitert, die ein Zusammenwirken des Bundes und der Länder bei der künftigen Bildungsplanung vorsehen, d.h. insbesondere eine gemeinsame Finanzierung. Vorher waren lediglich die Länder im Königsteiner Abkommen von 1949 zur gemeinsamen Finanzierung wissenschaftlicher Forschungseinrichtungen übereingekommen und hatten am 4. Juni 1964 - und zwar ohne den Bund - im Zusammenhang mit dem Bremer Universitätsprojekt ein Abkommen über die Finanzierung neuer wissenschaftlicher Hochschulen geschlossen. Nachdem sich gezeigt hatte, daß die von den Ländern mit größten finanziellen Belastungen neugegründeten Hochschulen keinesfalls ausgereicht hatten, dem vermehrten Bedarf an Studienplätzen zu entsprechen, wurde dem Bund Mitverantwortung bei der künftigen Bildungsplanung zugestanden. Nach der Grundgesetzänderung wurde am 1.9.1969 das

9) Der Hessische Kultusminister 1970, insb. S. 59-67 (Rahmenplan für Gesamthochschule Kassel). Gleichzeitig mit der Errichtung der IGH Kassel wurde beschlossen, alle Hochschulen des Landes zu einem System von Gesamthochschulen auszubauen; dabei wurden als Gesamthochschulen in der Entwicklung auch die Standorte Fulda und Wiesbaden vorgesehen (ebd., S. 57).

10) Zur Standortproblematik vgl. u.a. Arbeitsgruppe Standortforschung 1971, R. GEIPEL 1974 und Beiträge und Daten zur Gesamthochschule Kassel unter geographischen und statistischen Aspekten 1974.

Hochschulbauförderungsgesetz¹¹⁾ verabschiedet und am 25.6.1970 ein Verwaltungsabkommen von Bund und Ländern zur Errichtung einer gemeinsamen Bildungskommission, der "Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung" geschlossen.

Zugleich wurden vom Wissenschaftsrat 1967 und 1970 neue Zielvorstellungen für die Weiterentwicklung des Hochschulbereichs vorgelegt, die Fortsetzungen des 1960 vorgetragenen Ausbauplanes darstellten (Wissenschaftsrat 1967 und 1970). Die rasche Zunahme der Studentenzahlen (vgl. Tab. 1 und Abb. 2) sowie veränderte Anforderungen der Gesellschaft an die Hochschulen hatten eine Überprüfung notwendig gemacht, nachdem sich gezeigt hatte, "daß es schwierig, wenn nicht unmöglich ist, für einen längeren Zeitraum als für drei bis allenfalls fünf Jahre zu planen" (Wissenschaftsrat 1967, S. 8). Aufgrund von Befragungen und Bereisungen der Hochschulen, der Kultusministerien, der Westdeutschen Rektorenkonferenz, der Deutschen Forschungsgemeinschaft und anderer Sachverständiger zeigte sich der Wissenschaftsrat 1967 enttäuscht von dem langsamen Aufbautempo und der geringen Entlastung durch die neuen Hochschulen, äußerte sich kritisch zu neuen Fakultäten und schlug vor, bis 1970 keine weiteren Neugründungen einzuleiten (ebd., S. 163).¹²⁾ 1970 forderte er als neue

Organisationsform des Hochschulbereiches die integrierte Gesamthochschule, da sie die notwendige Konsequenz der durch die wissenschaftliche Entwicklung bedingten berufsfeldbezogenen Neuordnung der Studiengänge und damit der Öffnung der Hochschulen für einen wesentlich größeren Teil der Bevölkerung sei. Neue Hochschulen sollten von vornherein als integrierte Gesamthochschulen angelegt werden (Wissenschaftsrat 1970, S. 113f.).

Unter der Annahme, daß künftig 25-30% eines Geburtsjahrgangs eine Gesamthochschule besuchen würden, wird eine Entwicklung der deutschen Studentenzahl von 421.000 im Jahre 1969 auf rd. 846.000-988.000 im Jahre 1980 vorausgesagt, die einschließlich der ausländischen Studierenden sogar von 448.000 im Jahre 1969 auf rd. 890.000-1.038.000 steigen werde (ebd., S. 137ff.). Dies erfordere einen Ausbau auf nahezu allen Gebieten, der u.a. die Errichtung von mindestens 30 neuen Gesamthochschulen nach vorrangigen Gesichtspunkten der Regional- und Landesplanung erforderlich mache. Konkret werden jedoch zunächst nur außer den bereits beschlossenen Neugründungen Augsburg und Kassel einige Städte und Regionen als potentielle Hochschulstandorte genannt, nämlich Bayreuth, Essen, Flensburg, Heilbronn, Koblenz, Oldenburg und Osnabrück, ein Hochschulverbund der Städte Speyer-Worms-Landau und Zweithochschulen in Hamburg und Frankfurt. Ferner werden mittelfristig die Regionen Rhein-Ruhr und Ostwestfalen, langfristig die Räume Südbayern, Südwürttemberg/Hohenzollern/Südschwaben/Allgäu, Mittelbaden, Nordost-Niedersachsen und Ostfriesland/Emsland als notwendige Standorte von Gesamthochschulen herausgestellt. Die Teilhochschulen Trier und Kaiserslautern, die Medizinische Akademie Lübeck, die beiden Berliner Universitäten sowie die Universitäten Bremen und Saarbrücken sollen mit weiteren Hochschuleinrichtungen zu Gesamthochschulen ausgebaut werden. Es fällt auf, daß der Wissenschaftsrat einige hochschulleere Regionen (z.B. Osthessen, Südwestfalen) ausgespart und eine Flächendeckung nicht angestrebt hat.

11) Gesetz über die Gemeinschaftsaufgabe "Ausbau und Neubau von wissenschaftlichen Hochschulen" - Hochschulbauförderungsgesetz (HBFÜG) vom 1.9.1969, novelliert am 3.9.1970. Einzelmaßnahmen wurden jeweils durch Rahmenpläne verabschiedet. Eine Anlage und Verordnungen zur Ergänzung der Anlage regeln den Kreis der berechtigten Hochschulen, zu dem zunächst nur die Hochschulen im Universitätsrang gehörten, inzwischen aber alle staatlichen Pädagogischen Hochschulen, Fachhochschulen, Kunst- und Musikhochschulen.

12) Die Empfehlungen des Wissenschaftsrates von 1967 geben einen umfassenden Überblick über die seit 1960 entstandenen neuen Hochschulen und Fakultäten (a.a.O., S. 34-46) und Empfehlungen zu ihrer Weiterentwicklung (ebd., S. 160-167).

Dieser Grundsatz wiederum wurde von der inzwischen aufgelösten Bundesassistentenkonferenz (BAK) verfolgt, die sich bereits 1968 in ihrem "Kreuznacher Hochschulkonzept" für die Integrierte Gesamthochschule eingesetzt hatte (Bundesassistentenkonferenz 1968 und 1969) und zeitgleich mit dem Wissenschaftsrat im Juli 1970 in ihrem "Bergneustädter Gesamthochschulplan" nicht weniger als 63 Gesamthochschulen forderte, davon zwei in West-Berlin. Grundgedanke dieses Plans war die volle regionale Versorgung aller Bürger in der tertiären Bildungsstufe für 1980, wobei entweder für 30% eines Geburtenjahrgangs ein im Durchschnitt vierjähriges Studium ermöglicht werden sollte oder aber für 2% der Gesamtbevölkerung Studienplätze verfügbar sein sollten. Danach ergab sich ein Bedarf von 1,2 - 1,3 Millionen Studienplätzen (Bundesassistentenkonferenz 1970, S. 15). Dieser Ansatz liegt deshalb über den Zielvorstellungen des Wissenschaftsrates, weil letzterer für einen großen Teil der Studenten nur zwei- bis dreijährige Kurzzeitstudiengänge vorsah.

1.9 Jüngste Neugründungen und Hochschulentwicklung seit 1970

Die Phase der Hochschulgründungen ab 1970 war und ist nach den bisherigen Darlegungen durch einen vermehrten Bedarf nach noch mehr Studienplätzen sowie durch die Notwendigkeit bestimmt, durch Studien- und Hochschulreformen des gesamten tertiären Bildungsbereiches innerhalb von Gesamthochschulen mehr Durchlässigkeit und damit Chancengleichheit zu schaffen.

Zur Erweiterung der Hochschulkapazität wurden dann in sechs Jahren ab 1972 nicht weniger als 15 neue Hochschulen im Universitätsrang eröffnet, die allerdings größtenteils auf den Kernen bisheriger Hochschulen entstanden sind; vier weitere wurden in den Rang Wissenschaftlicher Hochschulen erhoben. Die Entwicklung im Fachhochschulbereich, auf die hier nicht eingegangen werden soll, hat eine noch stürmischere Entwicklung genommen.

Am 15.8.1970 wurde durch Beschluß des niedersächsischen Kabinetts je eine Univer-

sität in Oldenburg und Osnabrück errichtet, deren Studienschwerpunkte zunächst im Bereich der Lehrerbildung lagen, inzwischen jedoch durch weitere Lehrangebote ergänzt wurden. Die neuen Universitätsstandorte wurden bewußt in Landesteilen mit unterentwickelter Infrastruktur gewählt.¹³⁾ Die Finanzsituation des Landes und Unstimmigkeiten bei der Strukturbestimmung und Mikrostandortwahl führten zu Verzögerungen, so daß beide Hochschulen erst zum Sommer-Semester 1974 eröffnet werden konnten. Dabei wurden die Abteilung Oldenburg der Pädagogischen Hochschule Niedersachsen in die Universität Oldenburg, die Abteilungen Osnabrück und Vechta in die Universität Osnabrück überführt. Ursprünglich sollten beide Universitäten unter Einschluß von Fachhochschulen als integrierte Gesamthochschulen errichtet werden, doch wurde diese Absicht angeblich durch die Verzögerung des Hochschulrahmengesetzes des Bundes und das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes zum Vorschaltgesetz zum Niedersächsischen Gesamthochschulgesetz vereitelt.¹⁴⁾ Die Universität Osnabrück hat besonderes Interesse erregt wegen der Prozedur ihrer Mikrostandortfestlegung, bei der die Stadt als Trägerin der Bauleitplanung, das Land als Träger der Universität und die Universität selbst sich zu einem bisher einmaligen Verfahren zusammenfanden (vgl. dazu zusammenfassend H.J. AMINDE und G. HECKING 1972, W. SCHRAMM 1974, R. WIMMER, W. REINHOLD und G. WESSEL 1977). Das Verfahren wurde allerdings nachträglich dadurch entwertet, daß nach Grundstückserwerb und Errichtung eines Teils der technischen Infrastruktur durch die Stadt Osnabrück (Ver-

13) Osnabrück war bereits von 1632-1634 Sitz einer fürstbischöflichen Universität gewesen, Oldenburg hatte sich schon 1961 neben Bremen als Standort einer norddeutschen Universität empfohlen (vgl. W. MÖLLER-WILLE 1961).

14) Vgl. Niedersächsischer Kultusminister 1970, B. BÖHNKE und G. HIRSCHFELD 1974, S. 254-267, Niedersächsischer Ministerpräsident 1973, S. 264ff. (mit Karte der vorgesehenen 7-8 Gesamthochschulbereiche), Niedersächsische Landesregierung 1974, S. 121-123.

kehrswegen) seitens der niedersächsischen Landesregierung und durch den 9. Hochschulrahmenplan finanzielle Kürzungen vorgenommen wurden, durch die der Ausbau um ein Drittel reduziert werden muß. Dadurch wird auch die Aufgabe einer der drei Teilflächen des dezentralisierten Standortsystems notwendig.

Mit dem Gesetz über die Errichtung und Entwicklung von Gesamthochschulen im Lande Nordrhein-Westfalen vom 30.5.1972 (Gesamthochschulentwicklungsgesetz) wurden in diesem Land mit Wirkung vom 1.8.1972 nicht weniger als fünf neue Gesamthochschulen in Duisburg, Essen, Paderborn, Siegen und Wuppertal errichtet und gleichzeitig alle übrigen Institutionen des tertiären Bildungswesens zu acht Gesamthochschulbereichen zusammengeschlossen mit der Auflage, sich innerhalb von fünf Jahren zu Gesamthochschulen zusammenzuschließen.¹⁵⁾

Dieses Resultat war das Ergebnis eines langjährigen Planungsprozesses. Das 1970 verabschiedete "Nordrhein-Westfalen-Programm 1975" (NWP '75) sah noch die Errichtung von acht "neuen Universitäten" mit erziehungswissenschaftlichem Schwerpunkt vor, die wegen des schnellen Bedarfs an Studienplätzen nicht mehr "auf der grünen Wiese" errichtet, sondern auf den Kernen bestehender Hochschuleinrichtungen aufgebaut werden sollten. Sechs von ihnen sollten als Zweituniversitäten in den Universitätsstädten Aachen, Bielefeld, Bonn, Dortmund, Köln und Münster errichtet werden, eine

weitere in Essen (mit zusätzlichen Schwerpunkten in den Naturwissenschaften und in Medizin) und schließlich die letzte mit drei Standorten in Duisburg, Neuß und Wuppertal ("Rhein-Universität"). Alte und neue Universitäten sollten mit den Fachhochschulen und anderen Hochschuleinrichtungen in acht Gesamthochschulbereichen zusammengefaßt werden (NWP '75 1970, S. 67-72).

Heftige Kritik von verschiedenen Seiten (u.a. Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft NW 1970) und gutachterliche Vorschläge der Arbeitsgruppe Standortforschung (E. BERGJOHANN, C. GEISLER, H. POHL u.a. 1971) führten schließlich zu veränderten Konzeptionen. Dabei wurde weiterhin das Ziel der integrierten Gesamthochschule verfolgt, jedoch eine stärkere Regionalisierung des gesamten tertiären Bildungswesens angestrebt, die eine Aufhebung der Diskriminierung regionaler Bevölkerungsgruppen durch fehlendes oder einseitiges Hochschulangebot zum Ziel hat. Duisburg, Essen und Wuppertal erhielten wegen der großen Studienplatznachfrage im Rhein-Ruhr-Gebiet Gesamthochschulen, die zugleich die bestehenden Universitäten dieses Raumes entlasten sollten. In den hochschulfernen Räumen Paderborn (mit Außenstandorten in Höxter, Meschede und Soest) und Siegen (mit Außenstandort in Gummersbach) wurden dagegen aus Gründen der Regionalpolitik Gesamthochschulen errichtet, die für die dortigen Räume zugleich Erschließungsfunktionen übernehmen, die Chancengleichheit verbessern und die Landesentwicklung mitbestimmen sollen.¹⁶⁾ Es ist auffallend, daß mit der Wahl der fünf Gesamthochschulorte das zentralörtliche System nachhaltig verstärkt wird.

Alle Gesamthochschulen Nordrhein-Westfalens wurden zum Winter-Semester 1972/73 eröffnet und haben die höchsten Zuwachs-

15) An dieser Stelle ist allerdings darauf hinzuweisen, daß erstmals in der Bundesrepublik das Land Baden-Württemberg ein konkretes Konzept zur Schaffung differenzierter Gesamthochschulen vorgelegt hat. Vgl. Hochschulgesamtpläne Baden-Württemberg 1967, 1970 und 1972. Es sollen dort kooperative und integrierte Formen der Gesamthochschule erprobt werden. Das gesamte Landesgebiet soll zunächst bei Teilung der Universität Stuttgart in 10 Gesamthochschulregionen aufgliedert werden; langfristig werden 5 weitere Gesamthochschulen vorgesehen, davon vorrangig in Heilbronn (Hochschulgesamtplan II 1972, S. XVIII-XIX). Zu einer keineswegs schmeichelhaften Beurteilung der Gesamthochschulplanung in Baden-Württemberg gelangen K.D. HEYMANN und W. KARCHER 1976.

16) Hochschulplanung in Nordrhein-Westfalen 1971, J. RAU 1972, Presse- und Informationsamt der Landesregierung Nordrhein-Westfalen 1972, Der Minister für Wissenschaft und Forschung des Landes Nordrhein-Westfalen 1972 und 1974/75, Landesregierung Nordrhein-Westfalen 1973 (insb. S. 29 mit Karte der neuen Hochschulstruktur in Nordrhein-Westfalen).

raten unter den Hochschulen des Landes. Erwartungsgemäß konnte die Gesamthochschule Essen die meisten Studierenden an sich ziehen. Insgesamt muß betont werden, daß Nordrhein-Westfalen mit seinem Gesamthochschulerrichtungsgesetz nicht nur das Hochschulwesen des eigenen Landes weiterentwickelt, sondern auch mit seinem Landesgesetz erhebliche Präzedenzen für die Rahmengesetzgebung des Bundes geschaffen hat. Allerdings ist auch darauf hinzuweisen, daß wegen des nachhaltigen Widerstandes der alten Universitäten bereits 1975 die legislatorisch abgesicherte Reformidee der Gesamthochschule als einzig zulässiger Hochschultyp auf unbestimmte Zeit verschoben wurde, obwohl die Landesregierung an ihrem Grundsatzbeschuß festhält. Erwähnt sei ferner, daß die Gesamthochschulen Essen und Wuppertal in ihren Namen den Zusatz "Universität" führen und daß die Gesamthochschule Paderborn zumindest in der amtlichen Beschilderung durch die Stadtverwaltung ebenfalls als Universität ausgewiesen wird. Ein neues Landeshochschulgesetz soll allen Gesamthochschulen in Nordrhein-Westfalen auch den amtlichen Titel "Universität" zuerkennen.

Drei weitere neue Wissenschaftliche Hochschulen wurden nach 1970 durch das Bundesland Bayern errichtet. Es sind dies Universitäten in Bayreuth (durch Gesetz vom 23.12.1971 errichtet ab 1.1.1972, Eröffnung im Winter-Semester 1975/76) und Passau (durch Gesetz vom 22.12.1972 errichtet ab 1.1.1973, Eröffnung im Winter-Semester 1978/79) sowie eine weitere Gesamthochschule in Bamberg (durch Gesetz vom 25.7.1972 zum 1.8.1972, eröffnet im Winter-Semester 1972/73). Diese Hochschulen sollen in erster Linie neue Studienplätze in den universitätsleeren Räumen Oberfranken und Niederbayern schaffen, zur Entlastung der bestehenden Universitäten beitragen und einen Beitrag und Impuls zur Verbesserung der Infrastruktur in den durch ihre Randlage benachteiligten Gebieten Bayerns darstellen (Bayerische Staatsregierung 1974, S. 93-102).

Obwohl der Wissenschaftsrat und der Planungsausschuß für den Hochschulbau - letzterer durch die Zustimmung auf Auf-

nahme in die Anlage zum Hochschulbauförderungsgesetz - den Standorten zustimmten, wurden gegen einzelne Projekte doch erhebliche Bedenken geäußert. Als unbestritten richtige Standortwahl ist eine Universität in Bayreuth (vgl. Stadt Bayreuth 1969 und 1970) allgemein anerkannt. Der Rang dieser oberfränkischen Universität, deren Einzugsbereich sich mit den Einzugsgebieten von Würzburg und Regensburg nicht, mit dem der Universität Erlangen-Nürnberg nur wenig überschneiden dürfte, wird jedoch beträchtlich entwertet durch die nur 50 km entfernt entstehende, zudem noch vorzeitig aus überführten Hochschuleinrichtungen eröffnete Gesamthochschule Bamberg.¹⁷⁾ Es wird erheblich bezweifelt, daß der Raum Oberfranken die Tragfähigkeit für zwei Hochschulen im Universitätsrang besitzt. Allenfalls hätte man m.E. die Bamberger Hochschuleinrichtungen als Teilstandort in einer einheitlichen nordostbayerischen Universität weiterbestehen lassen sollen und die geplante Bamberger Kapazität als eigene Technische Hochschule für Gesamt-Franken in Nürnberg¹⁸⁾ oder als weitere Münchener Entlastungsuniversität in Südbayern (z.B. Ingolstadt) errichten sollen. Die Bamberger Hochschule, die ihrem Wesen nach weder eine integrierte noch eine kooperative Gesamthochschule ist, sondern eine Wissenschaftliche Hochschule mit einem Fachhochschulstudiengang Sozialwesen, wird ab 1. Oktober 1979 in "Universität Bamberg" umbenannt. Es bleibt abzuwarten, inwieweit diese geistes-, gesellschafts- und wirtschaftswissenschaftlich ausgerichtete Hochschule

17) Zur Planung siehe Oberste Baubehörde im Bayerischen Staatsministerium des Innern 1973, zur Kritik siehe R. GEIPEL 1971b, insb. S. 171f.

18) Vgl. hierzu E. OTREMBÄ 1970. Nürnberg ist trotz seiner Funktion als Teilstandort der Universität Erlangen-Nürnberg die einzige Halbmillionenstadt der Bundesrepublik ohne eigenständige Hochschule im Universitätsrang. Anstelle einer Teilauslagerung der Technischen Universität München in die 16 km entfernte Garchinger Heide (vgl. R. GEIPEL 1972) hätte man m.E. besser eine Hochschule mit technisch-naturwissenschaftlichem Schwerpunkt in Nürnberg als attraktivem Standort gründen sollen.

und die durch ihr naturwissenschaftliches Angebot bestimmte Universität Bayreuth einander in ihrer Entwicklung künftig positiv oder negativ beeinflussen werden.

Die gleichfalls lange stark umstrittene Universität Passau, für deren Gründung ebenso wie bei den anderen neueren bayerischen Hochschulen seit 1970 geworben wird, soll hochschulmäßig Ausbildungsmöglichkeiten und oberzentrale Einrichtungen für Niederbayern sichern, wo es bislang nicht einmal eine Pädagogische Hochschule gegeben hat.¹⁹⁾ In der kontroversen Standortdiskussion²⁰⁾ werden vor allem die periphere Lage Passaus an der Staatsgrenze, die zu bescheidene Größenordnung der Stadt (32.000 Einwohner) und die zu geringe Tragfähigkeit der Region (GEIPEL 1971b, S. 171f. und Arbeitsgruppe Standortforschung 1973) bemängelt, Sachverhalte, die die Befürworter einer Universität Passau zurückweisen (Kuratorium Universität Passau e.V. 1974). Ob nicht Landshut, das ebenso wie Passau in Niederbayern liegt und von der Landesplanung gleichfalls als weiteres mögliches Oberzentrum eingestuft wird (Ein Programm für Bayern II, S. 15), von Größenordnung, Lage innerhalb Bayerns und Erreichbarkeit her der geeigneteren Standort gewesen wäre?²¹⁾

Außer den zwei von der bayerischen Staatsregierung neugegründeten Universitäten und der Gesamthochschule Bamberg entstanden in Bayern drei weitere Hochschulen im Universitätsrang, nämlich zwei kirchliche Gesamthochschulen und die Hochschule der Bundeswehr in München, jeweils jedoch mit deutlich begrenztem Lehrangebot und bescheidener Kapazität.

In der Kleinstadt Eichstätt (rd. 12.000 Einwohner) wurden eine 1958 von den bayerischen Bischöfen gegründete katholische Pädagogische Hochschule und eine kirchliche Fachhochschule zur Kirchlichen Gesamthochschule Eichstätt, in der Landge-

19) Ein Programm für Bayern II 1970, S. 37; siehe vor allem Bayerische Staatsregierung 1974, S. 96.

20) Kuratorium Universität Passau 1970a, b, c und 1974, Arbeitsgruppe Standortforschung 1973.

meinde Neuendettelsau im Kreis Ansbach (rd. 6.500 Einwohner) eine 1947 von der Landessynode der Evangelisch-Lutherischen Kirche Bayerns errichtete Kirchliche Hochschule und eine kirchliche Fachhochschule zu einer kooperativen Gesamthochschule zusammengefaßt. Beide begannen mit staatlicher Genehmigung als Hochschulen im Universitätsrang im Winter-Semester 1972/73 ihren Studienbetrieb und zählten im Winter-Semester 1975/76 rd. 1.500 (Eichstätt) bzw. 300 Studierende (Neuendettelsau) in den Studiengängen Theologie, Erziehungswissenschaft, Religions- und Sozialpädagogik sowie kirchliche Bildungsarbeit (Bayerische Staatsregierung 1974, S. 102). Lediglich die Eichstätter Hochschule mit ihren vorgesehenen 2.000-2.500 Studienplätzen könnte langfristig zu einer gewissen Entlastung der staatlichen Universitäten führen. Ansonsten sind beide Institutionen derzeit nur dem Rechte nach, weniger jedoch von ihrer Funktion her als universitäre Bildungseinrichtungen anzusprechen.

Zum Winter-Semester 1973/74 wurde nicht nur in München, sondern auch in Hamburg je eine Hochschule der Bundeswehr eröffnet. Sie zählen noch immer zu den umstrittensten wissenschaftlichen Hochschulen der Bundesrepublik Deutschland überhaupt

21) Es ist zu befürchten, daß der erhoffte Zustrom österreichischer Studenten nach Passau ebenso gering sein wird wie derjenige aus der Schweiz nach Konstanz, dies umso mehr, als in der oberösterreichischen Landeshauptstadt Linz eine aus einer Hochschule für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften hervorgegangene eigene Universität existiert. Es wird jedoch keineswegs übersehen, daß Landshut nahezu auf halber Strecke zwischen München und Regensburg liegt und als Sitz des niederbayerischen Regierungspräsidenten weniger der zentralörtlichen Stärkung bedarf als Passau, für das die Universität sicherlich von großer kommunaler und regionalpolitischer Bedeutung sein wird. Außerdem gab es in Passau bereits eine staatliche Philosophisch-Theologische Hochschule, die ab dem Winter-Semester 1978/79 - ebenso wie vorher entsprechende Einrichtungen in Regensburg und Augsburg (hier Hochschule Dillingen) - in die Universität eingegliedert worden ist, so daß die Entscheidung für Passau zugleich eine Entscheidung für die weitere Bereinigung des bayerischen Hochschulwesens darstellt.

und gingen aus der Luftwaffenakademie in Neubiberg bei München sowie der Heeresoffizierschule in Hamburg-Wandsbek hervor. Die bestehenden Universitäten und die Westdeutsche Rektorenkonferenz haben im Juni/Juli 1973 vergeblich gegen die Errichtung eigener Bundeswehrhochschulen protestiert, in denen wissenschaftliche und Fachhochschulstudiengänge in technischen, wirtschaftswissenschaftlichen und pädagogischen Fachbereichen mit allgemein gültigem Diplomabschluß angeboten werden. Zwar wird die Notwendigkeit eines Offiziersstudiums nicht bestritten,²²⁾ doch hatte die Rektorenkonferenz heftigste Bedenken gegen die aus der Gesellschaft ausgegliederten Sonderhochschulen. Zwar hätten den Offizieren auch an den bisherigen Universitäten Studienmöglichkeiten offengestanden, nicht jedoch, wie gefordert, in praxisbezogenen Studiengängen von nur dreijähriger Dauer. So werden die räumlich sehr isolierten Militärhochschulen mit ihren vorgesehenen 5.000 Studienplätzen zu Vorreitern einer Studienreform mit Kurzzeitstudiengängen, wie sie der Wissenschaftsrat fordert, wie sie aber von verschiedenen anderen Organisationen und vor allem von der Studentenschaft eindeutig abgelehnt werden. Ob die vorgesehene Integration der Bundeswehr-Hochschulen in allgemeine Gesamthochschulen zustande kommt, bleibt fraglich.²³⁾

Zwei Hochschulen, die in den genannten 15 Neugründungen ab 1970 nicht enthalten sind, liegen in Hamburg und Köln. Durch Gesetz

22) Eigene Militärhochschulen existieren in zahlreichen Ländern der Welt, insbesondere der Sowjetunion und den Ländern des Warschauer Paktes. In der DDR gibt es nicht weniger als sieben dem Ministerium für Nationale Verteidigung unterstellte Militärakademien und Offiziershochschulen (vgl. R. RYTLEWSKI 1971, S. 18, lfd. Nr. 62-68).

23) Die mögliche Integration in öffentliche Gesamthochschulen muß wegen der peripheren Lage in Hamburg als sehr erschwert, in Neubiberg bei München als fast unmöglich gelten. Zudem stellen die Bundeswehr-Hochschulen selbst, wie in der bayerischen Hochschulstatistik bereits ausgewiesen, eigene Gesamthochschulen kleineren Umfangs dar.

vom 19.2.1970 wurde die Hochschule für Wirtschaft und Politik in Hamburg in den Rang einer Wissenschaftlichen Hochschule erhoben. Als Ausbildungsstätte des zweiten Bildungsweges existiert sie bereits seit 1948 (unter der Bezeichnung "Akademie für Gemeinwirtschaft", ab 1961 als "Akademie für Wirtschaft und Politik") und wurde schrittweise mit Studiengängen in Betriebswirtschaft, Volkswirtschaft und Soziologie ausgebaut (Bildungsbericht Hamburg 1970, S. 238f.). Die 1947 in Nachfolge der ehemaligen Deutschen Hochschule für Leibesübungen Berlin (1920) gegründete Deutsche Sporthochschule Köln wurde am 7.4.1970 durch das nordrhein-westfälische Hochschulgesetz Wissenschaftliche Hochschule. Beide werden seit dem Sommer-Semester 1972 in der Kleinen Hochschulstatistik des Statistischen Bundesamtes unter den Universitäten als Hochschulen im Universitätsrang geführt.

Vom Eröffnungsdatum her zweitjüngste Universität der Bundesrepublik (vor Passau) ist die durch Gründungsgesetz vom 1.12.1974 entstandene Fernuniversität Hagen, die der Landtag von Nordrhein-Westfalen gegen heftigste Kritik aus dem eigenen Lande und aus den süddeutschen Bundesländern als Gesamthochschule errichtete. Sie hat bereits im Winter-Semester 1975/76 als Modellversuch den Studienbetrieb in Mathematik, Wirtschaftswissenschaften und Erziehungswissenschaften aufgenommen und ist gleichberechtigt neben die Präsenzhochschulen getreten. In den osteuropäischen Ländern und auch in der DDR - hier seit 1950 - sind Fern- und daneben Abendstudium seit Jahren gleichberechtigte anerkannte Formen des Studiums an Hoch- und Fachschulen. 25% aller DDR-Hochschüler sind Fernstudenten.²⁴⁾

Das Fernstudium der Hagener Hochschule ist organisatorisch so angelegt, daß es grundsätzlich keines unmittelbaren Kontaktes zur Fernuniversität bedarf; studienbegleitende Präsenzveranstaltungen, Arbeits- und Beratungsmöglichkeiten werden wohnortnah

24) Vgl. Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen: Bericht der Bundesregierung und Materialien zur Lage der Nation 1971. Bonn 1971, S. 203.

in Nordrhein-Westfalen in 28 Studienzentren sowie in sieben weiteren Studienzentren in Berlin, Bremen, Hessen und Niedersachsen angeboten. Die über alle Erwartungen gestiegene Studentenzahl - von 792 Vollzeitstudenten im Winter-Semester 1975/76 auf 8.543 Vollzeitstudenten im Winter-Semester 1978/79, dazu 5.991 Kursstudenten und weitere 2.112 Zweithörer²⁵⁾ - ist sicherlich auch auf den Verzicht der allgemeinen Hochschulreife sowie auf den besonderen Weiterbildungsauftrag der Fernuniversität zurückzuführen. Für die Zusammensetzung der in Hagen Immatrikulierten ist sehr charakteristisch, daß ein Drittel der Studierenden (einschl. Kursteilnehmer) keine herkömmliche Zugangsberechtigung hat, daß drei von vier Studierenden älter sind als 24 Jahre und daß rd. 80% bereits eine abgeschlossene Berufsausbildung haben. Nahezu die Hälfte der Studenten der Fernuniversität ist in Ländern außerhalb Nordrhein-Westfalens beheimatet. Die starke Nachfrage nach Studienplätzen an der Fernuniversität hat die Landesregierung von Nordrhein-Westfalen zu dem Entschluß veranlaßt, das Fächerangebot um die Bereiche Elektrotechnik, Informatik und Rechtswissenschaften zu erweitern und langfristig in Hagen alle wichtigen Wissenschaftsbereiche anzubieten.²⁶⁾

Die Fernuniversität wurde der Stadt Hagen

25) Nach Unterlagen der Kleinen Hochschulstatistik des Landesamtes für Datenverarbeitung und Statistik, Düsseldorf. Kursteilnehmer und sonstige Zweithörer, die an anderen Präsenzhochschulen immatrikuliert sind, werden in der Hochschulstatistik nicht als ordentliche Studierende geführt.

26) Vgl. insb. Informationen aus dem Ministerium für Wissenschaft und Forschung des Landes Nordrhein-Westfalen Nr. 20, Februar 1978, S. 18, ferner ebd., Nr. 10, April 1974, S. 3-4 und Nr. 13, Februar 1975, S. 3-5, ferner Pressemitteilung Nr. 448/10/78 vom 27.10.1978 des Presse- und Informationsamtes der Landesregierung. - Im August 1978 wurde auf einem nordöstlich von Hagen gelegenen Stadtrandgelände unweit des Fleyer Waldes das erste Verfügungszentrum der Fernuniversität (6.000 qm Hauptnutzfläche) gerichtet, das als Forschungs- und Arbeitszentrum für Hochschullehrer, Mitarbeiter und Verwaltung dienen soll. Zu Zielsetzung, Aufbau und Arbeitsweise der Fernuniversität siehe auch J. RAU 1974.

durch Beschluß der Landesregierung zugesprochen, und zwar aus Gründen der Regional- und Wirtschaftspolitik (Angebot an Arbeitskräften, wirtschaftliche Stimulierung der Region), der zentralen Lage innerhalb des Landes und wegen der Verfügbarkeit großer landeseigener Grundstücke. Kein anderer Standort in Nordrhein-Westfalen brachte nach amtlichen Angaben gleichermaßen diese drei Voraussetzungen mit.²⁷⁾ Hagen war neben Gelsenkirchen, Mönchengladbach und Kleve eine derjenigen Städte Nordrhein-Westfalens, die sich in letzter Zeit mit Nachdruck um eine Universität beworben haben (vgl. Förderverein Märkische Universität o.J. und F. LANDWEHRMANN 1972). Der Förderverein Märkische Universität in Hagen will sich unabhängig von der Unterstützung der neuen Fernuniversität weiterhin für die Errichtung einer Präsenzhochschule einsetzen. Nach übereinstimmender Meinung führender nordrhein-westfälischer Kulturpolitiker wird es jedoch in den kommenden Jahren weder notwendig noch möglich sein, weitere wissenschaftliche Hochschulen im Lande zu gründen.

Das Netz der wissenschaftlichen Hochschulen in Norddeutschland wird dagegen künftig durch zwei Technische Hochschulen in Hamburg und möglicherweise Flensburg sowie durch zwei Gesamthochschulen in Lüneburg und Hildesheim verdichtet.

Nach vorbereitenden Arbeiten seit 1972 zur Errichtung einer naturwissenschaftlich-technisch ausgerichteten Universität Hamburg II im Stadtteil Harburg südlich der Elbe wurde durch Gesetz der Bürgerschaft vom 22.5.1978 die Technische Universität Hamburg-Harburg gegründet, die bereits 1980 ihren Lehrbetrieb für fortgeschrittene Studierende aufnehmen soll. Sie ist als Forschungs-Universität mit

27) Freundliche briefliche Auskunft von Dr. HXNSCH, Pressereferent im Ministerium für Wissenschaft und Forschung, Düsseldorf, vom 18.6.1975.

28) Errichtungsgesetz und freundliche mündliche Auskunft von Dr. SEVERIN, stellvertretender Verwaltungsleiter der TU Hamburg-Harburg, vom 4.3.1979. - Die Hochschule wird einen Außenstandort für den Studiengang Bauwesen in Hamburg-Winterhude erhalten.

11 Studiengängen in 6 interdisziplinären Forschungsschwerpunkten konzipiert und soll ca. 3.000 Studienplätze erhalten.²⁸⁾

Seit 1970 ist Flensburg, an der dänischen Grenze gelegenes Oberzentrum mit Entwicklungsproblemen, wiederholt als Standort einer Gesamthochschule empfohlen (Wissenschaftsrat 1970, Bundesassistentenkonferenz 1970, G. LACHMANN, G. MAU und A. STENZEL 1971) und von der Landesregierung Schleswig-Holstein als dritter Hochschulstandort akzeptiert worden. Durch Gesetz vom 17.3.1975 wurde die Errichtung einer Technischen Hochschule (mit 1.000 Studienplätzen in der ersten Ausbaustufe) beschlossen, die in unmittelbarer Nachbarschaft der Fachhochschule entstehen sollte. Sieben Monate nach diesem Gesetz wurden in einer Gesetzesnovelle die Hochschulplanungen so lange verschoben, bis "die Finanzierung der Investitionen und die der laufenden Kosten einer Hochschule der Landesregierung gesichert erscheinen" (H. HASBACH 1977, S. 314). Angesichts des mehrjährigen Stillstands und des raschen Fortschritts der Technischen Universität Hamburg-Harburg ist sehr zweifelhaft, ob die Technische Hochschule Flensburg je verwirklicht wird.²⁹⁾

Ab 1.10.1978 sind in Niedersachsen als universitäre Einrichtungen die Hochschule Lüneburg und die Hochschule Hildesheim entstanden, die - ergänzt um neue Studienangebote - im Jahre 1980 als Gesamthochschulen gegründet werden sollen; ein entsprechender Gesetzentwurf ist in Vorbereitung. Die beiden Hochschulen, ehemals Abteilungen der Pädagogischen Hochschule Niedersachsen, wurden zeitgleich mit der Eingliederung der entsprechenden Einrichtungen in Göttingen, Hannover und Braunschweig in die dortigen Universitäten bzw. Technischen Universitäten verselbständigt.

29) Nach freundlicher Auskunft des Innenministers des Landes Schleswig-Holstein vom 15.9.1976 ist ein Baubeginn oder Eröffnungstermin für die TH Flensburg "weder bestimmt noch abzuschätzen". Auf dem Hochschulgelände Sandberg-Sunderup befinden sich bisher nur Gebäude der Fachhochschule, die langfristig ebenso wie die Pädagogische Hochschule hierher umziehen soll. Zu den Hoffnungen, Erwartungen und Vorleistungen der Stadt Flensburg vgl. H. HASBACH 1977.

Die in den meisten Bundesländern bereits erfolgte oder vorbereitete Integration der Pädagogischen Hochschulen in die Universitäten, die 1966 in Hessen einsetzte und lediglich in Schleswig-Holstein, Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg derzeit nicht erwogen wird, hat in den letzten Jahren zu einer beträchtlichen Veränderung der Hochschulstruktur und Hochschulgrößen in der Bundesrepublik Deutschland geführt.³⁰⁾ Von den angeführten Gründen für diese Notwendigkeit - u.a. gleichermaßen wissenschaftliche Ausbildung der Lehrer für alle Lehrämter, größere Wahlfreiheit für Studierende zwischen Lehramts- und Diplomstudiengängen, Verhinderung eines generellen Abbaus an Ausbildungsplätzen (!) usw. - ist sicherlich der sinkende, durch rückläufige Geburtenziffern bedingte Lehrerbedarf mit ausschlaggebend gewesen, der bei rückläufigen Pädagogikstudentenzahlen zu Überkapazitäten an den Pädagogischen Hochschulen geführt hat. Auf weitere Aspekte und Probleme der Hochschulzusammenführung kann und soll an dieser Stelle nicht eingegangen werden.

Erwähnt sei schließlich, daß in zwei als Standorten künftiger Gesamthochschulen vorgesehenen Städten aktive Vorbereitungen für die Gründung von Hochschulen in privater Trägerschaft angelaufen sind. So ist in Koblenz eine Freie Medizinische Hochschule (Träger: Hartmannbund) geplant, in Fulda eine Freie Universität in kirchlicher Trägerschaft (Katholische Universität) im Gespräch, nachdem die Errichtung einer Medizinischen Akademie durch das

30) In Hamburg hat es eine eigenständige Lehrerbildungs-Institution nie gegeben, sondern war von Anfang an Bestandteil der Universität. In Hessen erfolgte nach vorherigen, für die Bildungsteilnahme bedeutsamen Verlagerungen (siehe R. GEIPEL 1965 und 1968b, A. MAYR 1970a, S. 88f.) 1966 die Eingliederung der Hochschulen für Erziehung in die Universitäten. Die stets den Landesuniversitäten angegliederten, nie selbständigen Pädagogischen Hochschulen Bayerns wurden zum 1.8.1972 in die Universitäten integriert. Es folgten entsprechende Eingliederungen in Bremen zum 15.4.1973, im Saarland und in Niedersachsen zum 1.10.1978. In Nordrhein-Westfalen ist die Zusammenführung gemäß Gesetz vom 30.12.1978 zum 1.4.1980 beschlossen; in Berlin wird sie vorbereitet.

Land Hessen abgelehnt worden ist. Der Hessische Hochschulentwicklungsplan sieht für 1985 in Fulda eine Gesamthochschule vor.³¹⁾

Insgesamt ist festzustellen, daß durch die Neugründungsphase ab 1970 das Netz der Universitätsstandorte einschließlich der Standorte von Gesamthochschulen erneut wesentlich verdichtet und die regionale Hochschulversorgung weiter verbessert wurde. Bei der Standortfixierung überwogen landesplanerische Erwägungen wie Verbesserung des Hochschulangebotes in unterversorgten Regionen und Stärkung zentralörtlicher Funktionen in Städten dieser Räume. Zweit- und Dritthochschulen in Zentren vor allem einpoliger Ballungsräume, wie sie der Wissenschaftsrat erstmals 1970 gefordert hat, sind bisher mit Ausnahme der Sonderhochschulen nicht errichtet worden.³²⁾

Das von C. GEISLER geleitete Institut für Regionale Bildungsplanung in Hannover (ehemals Arbeitsgruppe Standortforschung) hat noch 1975 im Anschluß an eine Analyse und Prognose der Nachfrage nach Studienplätzen für alle Hochschulstandorte der Bundesrepublik Deutschland (ohne Differenzierung nach Hochschultypen) vorgeschlagen, das Hochschulnetz weiter zu verdichten, weil man angesichts der prognostizierten Studentenzahlen "keine Ursache hat, von intensiver, aktiver Planung im Hochschulbereich abzulassen" (E. BERGJOHANN, S. DIESTERWEG und U. POHL 1975, S. 192). Durch Neugründungen sollen nach dieser Studie einerseits Versorgungslücken in hochschulfernen Regionen oder solchen mit einseitigem Hochschulangebot geschlossen und Entwicklungsimpulse für diese Gebiete ausgelöst werden, anderer-

31) Vgl. Deutsche Universitätszeitung 1979, H. 11, S. 334 und Protokoll des Hochschulbundes Fulda e.V. über eine Akademietagung am 5./6.3.1976, Masch.; zur Eignung Fuldas als Hochschulstandort vgl. W.-H. MÜLLER 1970.

32) Für Frankfurt a.M. wird eine zweite, für Berlin (West) eine dritte Universität oder Gesamthochschule ebenso gefordert wie für München, wo sie jedoch keinesfalls verwirklicht werden soll.

seits deutlich überlastete Universitäten wie Münster, Köln, Göttingen, Tübingen und München allmählich entlastet werden. Als Standorte neuer Hochschulen werden neben den inzwischen beschlossenen bzw. im Ausbau befindlichen Universitäten Passau und Hamburg II sowie den vorgesehenen Gesamthochschulen Lüneburg und Hildesheim - in erster Linie Flensburg, Emden, Gelsenkirchen und Fulda, sodann Lübeck, Mönchengladbach, Koblenz, Heilbronn, Offenburg, Ingolstadt, Kempten und Rosenheim genannt (Ebd., S. 191); von ihnen haben die Städte Emden, Gelsenkirchen und Kempten mittlerweile Fachhochschulen erhalten.

Wiederholt ist beklagt worden, daß die Dezentralisierung des Universitätsausbaus nur halbherzig durchgeführt worden ist, weil die neugegründeten, meist noch kleinen Hochschulen beim Ausbau benachteiligt worden seien (vgl. R. MONHEIM / R. DERENBACH 1977, K. GANSER 1978).³³⁾ Es ist zweifellos richtig, daß die auf dem Hochschulbauförderungsgesetz basierenden Rahmenpläne für den Hochschulbau den alten und großen Universitäten noch immer mehr Mittel bewilligen als den jungen Hochschulen.³⁴⁾ K. GANSER bedauert unter Hinweis auf übergeordnete Ziele der Raumordnung nachdrücklich, daß nach dem 7. Rahmenplan immerhin noch 20% der Ausbaumittel bis 1985 auf Standorte mit mehr als 20.000 Studienplätzen entfallen, während kleine, in erwerbsstrukturell benachteiligten Regionen gelegene Hochschulen mit derzeit weniger als 2.500 Studierenden gleichfalls nur 20% der Mittel erhalten sollen (1978, S. 17). Ein wesentlicher Grund neben anderen für

33) Ein Informationsseminar der Bundesforschungsanstalt für Landeskunde und Raumordnung über "Regionalisierung der Hochschulplanung. Zur Situation der kleinen und neugegründeten Hochschulen" fand am 6./7.11.1978 in Kaiserslautern statt. Vgl. Hochschulen als regionale Schrittmacher. In: Deutsche Universitätszeitung 1977, H. 4, S. 115f.

34) Vgl. zuletzt Achter Rahmenplan für den Hochschulbau nach dem Hochschulbauförderungsgesetz (1979-1982), o.O., o.J. (1978). Zu einer insgesamt trotz allem positiven Bewertung der Entwicklung der "Gemeinschaftsaufgabe Hochschulbau" gelangen R. JOCHIMSEN und O. SWATEK 1979.

die trotz der verschiedenen Neugründungswellen anhaltende Präferenz des Ausbaus der alten Universitäten ist die starke Bindung der finanziellen Ressourcen durch Medizinische Forschungs- und Ausbildungsstätten, die nach 1965 kaum noch an neuen Universitäten errichtet wurden (Ulm, Regensburg); die Streichung des laut Strukturplan bewilligten hochschuleigenen Klinikums an der Ruhr-Universität Bochum ist ein deutliches Zeichen für diese Situation. Bezeichnend ist immerhin, daß von sämtlichen Hochschulbauförderungs-mitteln bisher rd. 36% für Kliniken ausgegeben wurden, während 30% für die übrigen Hochschuleinrichtungen der neuen und 34% für diejenigen der alten Universitäten verausgabt wurden³⁵⁾ und daß künftig nahezu die Hälfte der noch ausstehenden Mittel in der Gemeinschaftsaufgabe Hochschulbau den Medizinischen Einrichtungen zugute kommen soll.³⁶⁾

Die neuerrichteten Hochschulen sowie die Erweiterung der bestehenden Universitäten haben bisher jedoch nicht ausgereicht, die Nachfrage nach Studienplätzen auch

35) Diskussionsbeitrag eines Angehörigen des Wissenschaftsrates während der in Anmerkung 33 genannten Tagung.

36) Vgl. Ausbau der Hochschulkliniken. In: Deutsche Universitätszeitung 1979, H. 17, S. 557 (Ausführungen von Staatssekretär Dr. Hermann GRANZOW, Ministerium für Bildung und Wissenschaft, Bonn). Danach sollen Ausbau-programme von Bund und Ländern an den Kliniken der alten Universitäten Aachen, Berlin, Gießen, Göttingen, Heidelberg, Marburg, München und Münster sowie der neuen Hochschulen Essen, Lübeck und Regensburg fortgeführt oder abgeschlossen werden.

37) Die Zentralstelle für die Vergabe von Studienplätzen (ZVS), die am 1. Mai 1973 in Dortmund ihre Tätigkeit aufgenommen hat, ist im Grunde Nachfolgeorganisation der von den Hochschulen in Selbsthilfe 1967 gegründeten Zentralen Registrierstelle für Studienbewerber (ZRS) in Norderstedt bei Hamburg. Vergab jene zunächst nur Studienplätze in Medizin und später in sieben Fächern, so hat die ZVS Dortmund kontinuierlich eine Vielzahl weiterer Studiengänge in das Vergabeverfahren aufnehmen müssen und hätte nach eigenen Planungen 1978 alle Studiengänge umfaßt; damit wäre der totale Numerus clausus erreicht gewesen.

nur annähernd zu garantieren. So mußten die Ministerpräsidenten der Bundesländer am 20.10.1972 einen Staatsvertrag über die Vergabe von Studienplätzen schließen, nach dem seither eine ländereinheitliche Vergabe der Studienplätze erfolgte.³⁷⁾ Dies geschah aus der Erkenntnis, daß die gegenwärtigen Ausbildungsmöglichkeiten nicht ausreichen, um die Ausbildungswünsche aller Studienbewerber zu befriedigen. Nach dem 6., 7, und 8. Rahmenplan der Gemeinschaftsaufgabe "Ausbau und Neubau der Hochschulen und Hochschulkliniken" sind gemäß Vorschlag des Wissenschaftsrates vom November 1975 für das Jahr 1985 in der Bundesrepublik Deutschland in allen Hochschularten insgesamt 850.000 Studienplätze (nach fachgruppenspezifischen "Flächenrichtwerten") vorgesehen (Ausbau-stand 1977: rd. 726.000).³⁸⁾ Selbst wenn man Zulassungsbeschränkungen aus bildungs-, gesellschafts- und allgemeinpoltischen Gründen im Prinzip ablehnt, so ist doch leider Tatsache, daß auch dieser weitere Ausbau der Hochschulen, der zudem vorrangig im Fachhochschulbereich erfolgen soll, bis Mitte der 80er Jahre nicht ausreichen wird, den Numerus clausus abzubauen. Er dürfte im Gegenteil sogar steigen, da die allgemeine Bildungsbeteiligung durch Erhöhung der Abiturientenquoten, der Zahl der Aufbaustudenten (Absolventen von Fachhochschulen) und der mittleren Verweildauer an den Hochschulen weiter zunehmen wird.

1977 waren die Universitäten und Gesamthochschulen der Bundesrepublik Deutschland von ihrem Studienplatzangebot nach Fläche zu 121% belegt, was unter dem

38) Mit Hilfe dieser Flächenrichtwerte wird die erforderliche Hauptnutzfläche (HNF) pro Studienplatz für einen Studenten bestimmt, die z.B. an Universitäten und Gesamthochschulen für geisteswissenschaftliche Fächer bei 4,0-4,5 qm HNF, bei natur- und ingenieurwissenschaftlichen sowie medizinisch-theoretischen Fächern bei 15-18 qm HNF liegt. Vgl. Achter Rahmenplan 1978, S. 53-54. Zu Bestand und Ausbaueiten der Studienplätze nach Ländern und Hochschulstandorten siehe ebd. S. 19 und S. 48-50; die Bestandsziffern werden jedoch in deutlicher Diskrepanz zur amtlichen Hochschulstatistik zu niedrig angesetzt.

räumlichen Aspekt eine derzeitige Überlastquote von 21% bedeuten würde. Die neuen Hochschulen waren insgesamt mit 91% ausgelastet, "ein undramatisches Defizit, wenn man die natürlichen Anlaufprobleme von Neugründungen in einer traditionellen Hochschullandschaft bedenkt" (H. PEISERT 1979, S. 99).³⁹⁾ Dennoch wurde nicht wegen sachlicher Voraussetzungen, sondern aus vorwiegend sozialpolitischen Gründen zur Sicherung der Ausbildungschancen der geburtenstarken Jahrgänge im Hochschulbereich in einem neuerlichen Beschluß der Regierungschefs vom 4.11.1977 der sich anbahnende vollständige Numerus clausus aufgehoben und auf die sog. "harten" Fächer beschränkt. Die Regierungschefs des Bundes und der Länder unterstrichen damals, daß neben Studienreformaßnahmen die volle Ausnutzung der Kapazitäten sowie Notprogramme und ein Notzuschlag auf Zeit ("Überlastquote") für den Hochschulbereich unumgänglich seien.

Dies bedeutet, daß man auch für die Phase des altersstrukturbedingten sog. "Studentenbergs" Anfang der 80er Jahre, wenn mit zwischen 1,05 und 1,25 Mill. Studierenden zu rechnen sein wird (K. GANSER 1978, S. 17), eine ausreichende Studienplatzkapazität für gegeben hält. Ein neuerlicher, veränderter Staatsvertrag über die Vergabe von Studienplätzen vom 23.6.1978 regelt derzeit die Modalitäten der Studienplatzzuweisungen durch die Dortmunder Zentralstelle (ZVS); einige Bundesländer streben zur Weiterentwicklung des Hochschulzulassungsrechts ein Bundesgesetz an, das die Öffnung der Hochschulen wirksam und dauerhaft absichern soll.

Der von der Bund-Länder-Kommission für

39) Die Schwankungsbreite des "Ausnutzungsgrades der vorhandenen Studienplätze war allerdings an den neuen Hochschulen sehr groß und reichte von 180% (Duisburg) bis 50% (Bielefeld). Über ihrer Kapazität lagen deutlich die Universitäten Bochum, Bremen, Oldenburg, Osnabrück und alle Gesamthochschulen, darunter die Universitäten Augsburg, Bayreuth, Bielefeld, Konstanz, Regensburg und Trier. Vgl. hierzu J. KREYENBERG 1979, S. 69f. und H. PEISERT 1979, S. 99-101.

Bildungsplanung am 15.6.1973 verabschiedete Bildungsgesamtplan, der einen langfristigen Rahmenplan für das gesamte Bildungswesen sowie das dafür notwendige Bildungsbudget enthält, zeigt auf, daß die Gesamtkosten für das Bildungswesen von 29,2 Mrd. DM im Jahre 1970 auf 90,5 Mrd. DM im Jahre 1985 werden steigen müssen, falls die gemeinsam entwickelten Zielvorstellungen verwirklicht werden sollen. Der Anteil für den tertiären Bereich wird dabei allein von 7,1 Mrd. DM auf 24,5 Mrd. DM zunehmen.⁴⁰⁾ Es bleibt fraglich, ob die vorgesehenen und notwendigen Hochschulerweiterungen und Universitätsneugründungen angesichts der allgemeinen Kostensteigerungen und der wirtschaftlichen Rezession sich innerhalb dieses Rahmens werden realisieren lassen.

Zur Zeit wird in der Bund-Länder-Kommission an einer Fortschreibung des Bildungsgesamtplanes (Entwurf 1979) gearbeitet, die für den tertiären Bereich des Bildungswesens vor allem auf die Zusammenhänge zwischen Bildungs- und Beschäftigungssystem hinweist, starke, jedoch zu differenzierende Veränderungen des Lehrbedarfs sieht und unter neuen wichtigen Aufgabenfeldern vor allem die Verpflichtung der Universitäten zur Weiterbildung erwähnt. Die finanziellen Verhandlungen müssen jedoch noch geführt werden.⁴¹⁾

Der am 27.6.1979 von Bund und Ländern verabschiedete 9. Rahmenplan für den Hochschulbau hält am Ausbauziel von 850.000 flächenbezogenen Studienplätzen fest, sieht aber zunächst nur einen Ausbau auf rd. 830.000 Studienplätze vor. "Die nach Realisierung des 9. Rahmenplans noch verbleibende geringe Marge bis zum Ausbauziel kann exakt allerdings erst endgültig abgeschätzt werden, wenn die z.Z. laufende einheitliche Neubewertung des flächenbe-

40) Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung: Bildungsgesamtplan. Kurzfassung. Stuttgart 1973. Siehe insb. S. 28-33, 44 und S. 61-62.

41) Vgl. Stand der Fortschreibung des Bildungsgesamtplans. In: Informationen bildungswissenschaft 1979, H. 7/8, S. 146-147.

zogenen Studienplatzbestandes abgeschlossen ist. Nach Abschluß der bereits angelaufenen einheitlichen Baubestandsbewertung werden mit dem 10. Rahmenplan die so ermittelten Flächenbestände zu überprüfen und etwa erforderlich werdende Korrekturen der langfristig vorzunehmenden Planungen vorzunehmen sein".⁴²⁾

Diese vorsichtig angedeutete neuerliche Korrektur der Studienplatz-Zielzahlen berücksichtigt möglicherweise bereits, daß der Studienverzicht und die berufliche Bildung außerhalb der Hochschulen wegen der wachsenden "Akademikerschwemme" bedeutsam gestiegen sind. Wollten um 1970 noch über 90% aller Abiturienten ein Hochschulstudium absolvieren, so sind diese Quoten auf teilweise 60-70% gesunken. Im Hochschulbereich tritt durch diesen möglicherweise nur auf Zeit erfolgenden und regional sehr differenzierten Studienverzicht (vgl. R. DERENBACH 1977) ein Entlastungseffekt ein, der die Politik des Abbaus des Numerus clausus sicherlich erleichtern wird.

Für die nach 1985 aufgrund der sinkenden Studentenzahlen veränderte Situation im Hochschulbereich werden bereits jetzt insbesondere von den kleineren Universitäten Strategien erarbeitet, die ihre Entwicklung und künftige Stellung betreffen. K. GANSER hat hierzu aus raumplanerischer Sicht Ideen zur Umverteilung der Schrumpfung entwickelt und am Beispiel von Kaiserslautern erläutert (1978, S. 17-25). Wichtig erscheinen danach insbesondere das Erreichen einer für eine ausreichende Leistungsfähigkeit notwendigen Mindestgröße und Angebotsvielfalt, die Entwicklung zukunftssträchtiger, auf den Arbeitsmarkt ausgerichteter Studiengänge und die Anlagerung außeruniversitärer Forschungseinrichtungen. H. PEISERT fordert am Beispiel von Konstanz eine rasche Beendigung der Aufbauphase und eine differenzierte Informationspolitik mit gezielter Selbstdarstellung der hochschulspezifischen Situation als Voraussetzung für

die Mobilisierung künftiger Studienplatznachfrage (1979, S. 111f.). Im Vorfeld eines künftigen "Verteilungskampfes" ist sogar schon der Vorschlag eines regionalen Numerus clausus zur Entlastung überfüllter Hochschulen gemacht worden, der bei Großstadt-Universitäten auf Empörung gestoßen ist.⁴³⁾

Einstweilen fällt es aber noch schwer, sich diese Entwicklung vorzustellen, wenn man die trotz aller Widrigkeiten anhaltende Dynamik der Hochschulentwicklung betrachtet. Tabelle 3 zeigt die Entwicklung der Studentenzahlen zwischen 1975 und 1978 nach Hochschularten und einzelnen Hochschulen im Universitätsrang auf; zugleich dokumentiert sie die anhaltende Integration kleinerer in größere Hochschulen. Zwischen den Winter-Semestern 1975/76 und 1978/79 stieg der Anteil aller Studierenden in der Bundesrepublik und in Berlin (West) von rd. 840.000 auf rd. 945.000 an, wobei der Anteil der Fachhochschulen besonders stark gewachsen ist. Die innerhalb der Gruppe der Wissenschaftlichen Hochschulen erfolgten Umschichtungen beruhen vor allem auf der Eingliederung Pädagogischer Hochschulen in Universitäten und dem überproportionalen Wachstum der Gesamthochschulen. Von den nunmehr 64 Hochschulen im Universitätsrang bauen 17, darunter alle Gesamthochschulen, wesentlich auf den Kernen ehemals selbständiger Hochschulen auf. Für 13 weitere Universitäten bedeuten die eingegliederten Fachbereiche lediglich eine Ergänzung des Lehrangebotes; für die Universitäten Münster, Bochum, Kiel und Erlangen-Nürnberg gab es derartige Eingliederungen vorübergehend. 28 Hochschulen im Universitätsrang - mit dem nie selbständig gewesenen Klinikum Essen sogar 29 - sind erst nach 1960 gegründet worden (vgl. Tab. 2b). Stellen sie somit fast die Hälfte aller universitären Einrichtungen, so immatrikulierten sich 1977 an ihnen 23% aller Studienanfänger (J. KREYENBERG 1979, S. 69). Der gesamte Studenten-

42) Vgl. Konsequenter Ausbau unserer Hochschulen. In: informationen bildung wissenschaft 1979, H. 7/8, S. 148.

43) "Numerus clausus für Großstadt-Universitäten?". Presseerklärung des Präsidenten der Universität Frankfurt. In: Deutsche Universitätszeitung 1979, H. 17, S. 560.

teil der neuen Hochschulen im Universitätsrang betrug im Sommer-Semester 1972 erst 7,4%, im Winter-Semester 1975/76 18,2%, im Winter-Semester 1978/79 bereits 20,5%. Unter diesen neuen Hochschulen haben die Ruhr-Universität Bochum, die Gesamthochschule Essen und die Universität Regensburg bisher die meisten Studenten anziehen können und haben damit die nachhaltigsten Entlastungseffekte bewirkt.

Die Tabelle läßt aber auch erkennen bzw. erahnen, daß viele traditionelle Univer-

sitäten heute überdurchschnittlich hohe Studentenzahlen haben und, bezogen auf die Raumkapazität, eine oftmals unzumutbare, der Qualität der Ausbildung nicht förderliche Überlast tragen. Deshalb sollten m.E. bei Abwägung der weiter oben diskutierten Argumente zusätzliche Studienplatznachfragen möglichst nicht auf diese überlasteten Universitäten gelenkt werden, sondern auf die jungen und kleinen Hochschulen, die um ihre Funktionsfähigkeit besorgt sind und sich für die Entlastung anbieten.

Abkürzungen zu den Tabellen 2 und 3

ADI	=	Auslands- und Dolmetscherinstitut
FH	=	Fachhochschule
FU	=	Freie Universität
GH	=	Gesamthochschule
H	=	Hochschule
HBW	=	Hochschule der Bundeswehr
HfBK	=	Hochschule für Bildende Künste
HfE	=	Hochschule für Erziehung
HfS	=	Hochschule für Sozialwissenschaften
HfWS	=	Hochschule für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften
HfV	=	Hochschule für Verwaltungswissenschaften
KiHo	=	Kirchliche Hochschule
MedAk	=	Medizinische Akademie
MedHo	=	Medizinische Hochschule
PH	=	Pädagogische Hochschule
PTH	=	Philosophisch-Theologische Hochschule
SpHo	=	Sporthochschule
TH/TU	=	Technische Hochschule/Technische Universität
TiHo	=	Tierärztliche Hochschule
U	=	Universität

Tab. 2: Hochschulen mit Universitätsrang in der Bundesrepublik Deutschland und Berlin (West), die nach 1945 entstanden sind

a) Unmittelbare Nachkriegsgründungen

SS 1946 U Mainz
 SS 1947 U des Saarlandes (Saarbrücken)
 WS 1948/49 FU Berlin (gegr. 4.12.1948)

b) Neueröffnete Hochschulen seit 1960

1. WS 1963/64 Klinikum Essen (gegr. 4.11.1963 als Klinikum II der U Münster; vom 23.6.1967 - 31.7.1972 der U Bochum angehörig; seit 1.8.1972 Bestandteil der GH Essen)
2. WS 1964/65 MedHo Lübeck (gegr. 24.9.1964 als II. Med.Fak. der U Kiel, seit SS 1973 verselbständigt)
3. SS 1965 MedHo Hannover (gegr. 1.4.1963)
4. WS 1965/66 U Bochum (gegr. 18.6.1961)
5. WS 1966/67 U Konstanz (gegr. 27.2.1964)
6. WS 1967/68 U Regensburg (gegr. 18.7.1962)
7. SS 1969 U Dortmund (gegr. 12.6.1962)
8. WS 1969/70 U Bielefeld (gegr. 6.6.1966)
9. WS 1969/70 U Ulm (gegr. 25.2.1967)
10. WS 1970/71 U Trier (gegr. 21.7.1969 als U Trier-Kaiserslautern)
11. WS 1970/71 U Kaiserslautern (desgl.; beide Teilhochschulen seit 1.1.1975 verselbständigt)
12. WS 1970/71 U Augsburg (gegr. 12.7.1966/18.12.1969)
13. WS 1971/72 U Bremen (gegr. 26.2.1964/2.9.1970)
14. WS 1971/72 GH Kassel (gegr. 18.2.1970)
15. WS 1972/73 GH Duisburg (gegr. 30.5.1972)
16. WS 1972/73 GH Essen (gegr. 30.5.1972)
17. WS 1972/73 GH Paderborn (gegr. 30.5.1972)
18. WS 1972/73 GH Siegen (gegr. 30.5.1972)
19. WS 1972/73 GH Wuppertal (gegr. 30.5.1972)
20. WS 1972/73 GH Bamberg (gegr. 25.7.1972)
21. WS 1972/73 GH Neuendettelsau (gegr. 27.3.1972)
22. WS 1972/73 GH Eichstätt (gegr. 8.9.1972)
23. WS 1973/74 HBW Hamburg (gegr. 29.6.1972/3.10.1972)
24. WS 1973/74 HBW München (gegr. 29.6.1972/3.8.1973)
25. SS 1974 U Oldenburg (gegr. 15.8.1970)
26. SS 1974 U Osnabrück (gegr. 15.8.1970)
27. WS 1975/76 U Bayreuth (gegr. 23.12.1971)
28. WS 1975/76 FernU Hagen (gegr. 1.12.1974)
29. WS 1978/79 U Passau (gegr. 22.12.1972)

c) Neugegründete, noch nicht eröffnete Hochschulen

TH Flensburg (gegr. 17.3.1975)
 TU Hamburg-Harburg (gegr. 22.5.1978; vorgesehene Eröffnung 1980)

d) Erhebung sonstiger Hochschulen in den Universitätsrang und Umbenennungen

SS 1950 Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer (gegr. 1947 als Staatliche Akademie für Verwaltungswissenschaften)
 SS 1963 Bergakademie Clausthal erhält Zusatz TH, ab WS 1966/67 nur TH, ab SS 1968 U
 WS 1965/66 Medizinische Akademie Düsseldorf in U umbenannt (16.11.1965)
 SS 1967 Landwirtschaftliche Hochschule Hohenheim und Wirtschaftshochschule Mannheim werden in U umbenannt
 SS 1970 Hochschule für Wirtschaft und Politik (HWP) Hamburg wird Wissenschaftliche Hochschule (gegr. 1948; 19.2.1970)
 SS 1970 Sporthochschule Köln wird Wissenschaftliche Hochschule (gegr. 1947; 7.4.1970)
 WS 1978/79 Pädagogische Hochschulen Hildesheim und Lüneburg werden "Hochschulen" (mit Universitätsstatus)

Hinzuweisen ist schließlich auf Umbenennungen von Technischen Hochschulen in Technische Universitäten oder Universitäten (Berlin 1.8.1956, Stuttgart 4.7.1967, Karlsruhe 5.7.1967, Braunschweig, Clausthal und Hannover 1.4.1968, München 1.8.1970).

Quelle: Eigene Erhebungen.

Tab. 3: Studentenentwicklung 1975 bis 1978 nach Hochschularten und Hochschulen

a) Studenten an Hochschulen in der BRD und Berlin (West) in den Wintersemestern 1975/76 und 1978/79

Hochschulart	WS 1975/76		WS 1978/79	
	ordentliche Studenten ¹⁾	Anteil (v.H.)	ordentliche Studenten ¹⁾	Anteil (v.H.)
1. Gesamthochschulen (x)	43.572	5,2	61.714	6,5
2. Universitäten	555.654	66,1	637.542	67,4
1.-2. Hochschulen mit Universitätsrang (x)	599.226	71,3	699.256	73,9
3. Pädagogische Hochschulen	79.163	9,4	55.481	5,9
4. Theologische Hochschulen	1.768	0,2	2.159	0,2
1.-4. Wissenschaftl. Hochschulen (x)	680.157	80,9	756.896	80,0
5. Kunsthochschulen	15.395	1,8	16.228	1,7
6. Fachhochschulen	145.205	17,3	172.773	18,3
1.-6. Hochschulen insgesamt	840.757	100,0	945.897	100,0

1) Voll immatrikulierte Studierende ohne Beurlaubte, Gasthörer und Nebenhörer.

(x) Zusammenfassung des Verfassers. Das Statistische Bundesamt bezieht die Gesamthochschulen nicht in die Wissenschaftlichen Hochschulen ein, sondern weist sie als eigene Hochschulart aus.

b) Studenten an Hochschulen im Universitätsrang nach einzelnen Hochschulen im WS 1975/76 und WS 1978/79 (Anordnung nach dem Stand: WS 1975/76)

Hochschule	ordentl. Studenten WS 75/76	WS 78/79	Integrierte Hochschulen
o 1. München, U	36.468	40.014	PH München (1.8.1972)
2. Berlin, FU	30.968	36.350	Hf Politik
(o) 3. Münster, U	27.908	31.834	zeitweise Klinikum Essen (4.11.1963-22.6.1967)
4. Hamburg, U	27.200	32.452	-
5. Köln, U	24.849	27.573	-
6. Bonn, U	24.061	28.557	-
o 7. Frankfurt, U	22.060	23.041	HfE Frankfurt (1966)
(o) 8. Bochum, U	21.937	23.449	zeitweise Klinikum Essen (23.6.1967-31.7.1972)
9. Aachen, TH	21.016	23.658	-
10. Berlin, TU	20.679	20.728	-
o 11. Göttingen, U	19.147	23.586	HfS Wilhelmshaven (1962); PH Niedersachsen, Abt. Göttingen (1.10.1978)
o 12. Mainz, U	18.513	20.775	ADI Gernersheim (8.11.1949)
13. Heidelberg, U	17.376	20.365	-
14. Tübingen, U	17.041	20.051	-
15. Freiburg, U	16.941	17.847	-
o 16. Erlangen-Nürnberg, U	15.584	17.177	HfWS Nürnberg (1.1.1961), PH Nürnberg (1.1.1972), zeitweise PH Bayreuth (1.1.1972-WS 1975/76)
17. Marburg, U	13.630	12.177	-
o 18. Würzburg, U	13.213	12.611	PH Würzburg (1.8.1972)
o 19. Gießen, U	13.024	13.522	HfE Gießen (1966)
20. München, TU	12.505	15.182	-
o 21. Hannover, U (TU)	12.428	18.178	PH Niedersachsen, Abt. Hannover (1.10.1978)
o 22. Saarbrücken, U	11.824	13.268	PH Saarbrücken (1.10.1978)
(o) 23. Kiel, U	11.750	12.883	zeitweise Med. Ak. Lübeck (24.9.1964-6.5.1973)
24. Stuttgart, U (TH)	11.222	11.550	-
25. Karlsruhe, U (TH)	11.206	11.428	-
26. Darmstadt, TH	10.013	11.330	-

Hochschule	ordentl. Studenten		Integrierte Hochschulen
	WS 75/76	WS 78/79	
o 27. Regensburg, U	9.550	9.187	PH Regensburg (1.8.1972), PTH Regensburg (WS 1967/68)
+ 28. Essen, GH	8.803	12.784	PH Ruhr, Abt. Essen, Klinikum Essen und FH. Essen (1.8.1972)
o 29. Braunschweig, U (TU)	8.147	11.234	PH Niedersachsen, Abt. Braunschweig (1.10.1978)
+ 30. Mannheim, U	6.459	6.418	-
+ 31. Paderborn, GH	6.273	7.530	PH Westfalen-Lippe, Abt. Pader- born; FH Südost-Westfalen (1.8.1972)
+ 32. Düsseldorf, U	5.868	8.851	-
+ 33. Wuppertal, GH	5.816	7.269	PH Rheinland, Abt. Wuppertal; FH Wuppertal (1.8.1972)
+ 34. Siegen, GH	5.613	6.230	PH Westfalen-Lippe, Abt. Hüttental; FH Siegen (1.8.1972)
+ 35. Kassel, GH	5.512	6.699	HfBK und versch. FHs (2.8.1971)
+ 36. Duisburg, GH	5.501	6.591	PH Ruhr, Abt. Duisburg; FH Duisburg (1.8.1972)
o 37. Bielefeld, U	4.335	6.740	-
o 38. Bremen, U	4.042	6.089	PH Bremen (15.4.1973)
o 39. Dortmund, U	3.953	5.937	-
o 40. Augsburg, U	3.385	3.734	PTH Dillingen (WS 70/71); PH Augsburg (1.8.1972)
+ 41. Osnabrück, U	3.379	3.913	PH Niedersachsen, Abt. Osnabrück und Vechta
+ 42. Oldenburg, U	3.342	4.489	PH Niedersachsen, Abt. Oldenburg
43. Clausthal, TU	2.679	2.844	-
44. Konstanz, U	2.659	3.028	-
45. Trier, U	2.474	3.368	-
46. Hohenheim, U	2.295	3.250	-
+ 47. München, HBW (GH)	1.976	2.526	FH der Luftwaffe Neubiberg, FH des Heeres München
48. Köln, SpHo	1.914	2.673	-
49. Kaiserslautern, U	1.862	3.050	-
+ 50. Eichstätt, GH	1.515	1.385	PH Eichstätt, FH Eichstätt (1.8.1972)
+ 51. Bamberg, GH	1.503	1.849	PH Bamberg (1.8.1972), PTH Bamberg (1.8.1972)
52. Ulm, U	1.396	2.534	-
53. Hannover, MedHo	1.296	2.326	-
+ 54. Hamburg, HBW	1.236	1.869	FH des Heeres Hamburg
55. Hannover, TiHo	1.000	1.305	-
+ 56. Hamburg, HWP	896	968	-
57. Hagen, FernU (GH)	751	8.543	-
+ 58. Bayreuth, U	606	1.095	PH Bayreuth (SS 1976)
59. Lübeck, MedHo	313	401	-
+ 60. Neuendettelsau, GH	309	308	KiHo Neuendettelsau, FH Neuendettelsau (1.8.1972)
+ 61. Lüneburg, H	-	1.014	-
+ 62. Hildesheim, H	-	880	-
63. Passau, U	-	463	PTH Passau (WS 1978/79)
64. Speyer, HfV	-	296	-
Insgesamt	599.226	699.256	

Lüneburg und Hildesheim waren im WS 1975/76 Pädagogische Hochschulen. Speyer als postuniversitäre Hochschule wurde damals noch nicht in der amtlichen Hochschulstatistik geführt. An der TH Flensburg und der TU Hamburg-Harburg wurde der Lehrbetrieb noch nicht aufgenommen.

In Nordrhein-Westfalen wurde die Eingliederung der Pädagogischen Hochschulen in die Universitäten gesetzlich zum 1.4.1980 beschlossen, in Berlin ist die Integration in Vorbereitung.

- + Universitäten, die wesentlich auf Kernen anderer Hochschulen aufbauen
- o Universitäten mit eingegliederten Hochschulen, die eine Ergänzung von Fachbereichen bzw. Studiengängen bedeuten

(o) Universitäten mit zeitweilig eingegliederten Hochschuleinrichtungen

Quellen:

- 1) Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Hochschulbesuch. Ausgewählte Übersichten Wintersemester 1975/76. Stuttgart und Mainz, Mai 1976 (Fachserie A: Bevölkerung und Kultur, Reihe 10: Bildungswesen, V: Hochschulen).
- 2) Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Studenten an Hochschulen. Wintersemester 1978/79. Vorbericht. Stuttgart und Mainz, Mai 1979 (Fachserie 11: Bildung und Kultur, Reihe 4.1: Studenten an Hochschulen).
- 3) Eigene Erhebungen.

2. Einzugsbereiche, regionale und schichtenspezifische Bildungsbeteiligung

Wie im vergangenen Kapitel aufgezeigt, werden bei der Errichtung neuer Hochschulen in der Bundesrepublik Deutschland neben wissenschaftspolitischen Zielsetzungen (Hochschulreform u.a.) vor allem die Aspekte der Versorgungs- und Schrittmacherfunktion einer Hochschule bei der Standortentscheidung bedacht. Neue Universitäten und Gesamthochschulen sollen ein möglichst breit gestreutes Angebot an Studienplätzen vorhalten (Versorgung mit Ausbildungskapazitäten) und darüber hinaus die Entwicklungschancen ihrer Region entscheidend verbessern (Hochschule als Entwicklungsimpuls).

2.1 Hochschulregion und Studienortwahl

Ein wesentliches Indiz für die Standortqualität einer Hochschule in überregionaler Betrachtung ist die Studentenfrequenz bzw. das Studentenaufkommen, das wiederum von der Bildungsbeteiligung und dem Wanderungsverhalten der Studierenden abhängig ist.

Am Beispiel der Studierenden an den Technischen Hochschulen der amerikanischen und britischen Besatzungszone Deutschlands haben O. NEULOH und K. HAHN m.W. erstmals in dieser Form auf die Abhängigkeiten zwischen Hochschulnähe, Studienortwahl und Bildungsbeteiligung nach Bundesländern hingewiesen (1949, S. 2-3). In ihrer Auswertung der regionalen und sozialen Herkunft von 21.000 Studierenden an den acht Technischen Hochschulen im Winter-Semester 1948/49 nach - noch keineswegs befriedigend abgegrenzten - Herkunftsgebieten konnten sie u.a. nachweisen, daß Studierende aus dem Ruhrgebiet sowie dem übrigen Nordrhein-Westfalen in Aachen am stärksten vertreten sind und daß die geringe Bildungsteilnahme von Ruhrgebietsbewohnern, bei denen eine "besondere Häufung technischer Begabungen" vermutet wird, allein durch die "historisch zu erklärende geographische Verteilung" der Hochschulen beeinflusst wird (ebd., S. 13).¹⁾

Es ist das Verdienst von C. GEISLER, erstmals für das gesamte Gebiet der Bundesrepublik auf Kreisebene die extrem differierende Bildungsbeteiligung im tertiären Bereich und die Hochschuleinzugsbereiche in einer umfassenden Augenblicksaufnahme (Überwiegend WS 1960/61) analysiert sowie auf hieraus resultierende Probleme hingewiesen zu haben (C. GEISLER 1965, Text- / Tabellen- und Tafelband). GEISLER lagen die faktischen Studentenziffern aller Hochschulen des Bundesgebietes und West-Berlins vor, die nach Heimatkreisen und z.T. nach Studiengebieten gegliedert waren. Durch Aggregation konnte das tatsächliche Studentenaufkommen der Kreise und kreisfreien Städte (abzüglich der im Ausland Studierenden) festgestellt und mit den Ergebnissen der Volkszählung vom 6. Juni 1961 verglichen werden. So ergaben etwa Verhältniszahlen zur Bevölkerung die Werte des relativen Hochschulbesuches, der nach unterschiedlichen Teilsummen differenziert und mit weiteren Strukturdaten wie Bevölkerungsentwicklung, Altersgliederung, Konfessionszugehörigkeit, Wirtschafts- und Sozialstruktur, Industriebesatz und Realsteuerkraft korreliert werden konnte. Die relative Aufteilung aller in einem Kreis beheimateten Studenten auf die einzelnen Hochschulen führte schließlich zu Erkenntnissen über deren Anziehungskraft, die Bildungswanderungen der deutschen Studenten und die Hochschuleinzugsbereiche.

GEISLER prägte den Begriff der Hochschulregion, den er durch Schwellenwerte abgrenzte und in zwei Zonen höheren und niederen Regionalitätsgrades unterteilte. "Kreise, aus denen mehr als 50% der jeweils beheimateten Studierenden an einer bestimmten Universität oder mehr als 20% der beheimateten Studierenden an einer Technischen Hochschule immatrikuliert sind,

1) Die soziale Herkunft wird nach Hochschulen, Herkunftsgebieten und drei Sozialschichten tabellarisch dargestellt und durch Ausführungen zum durchschnittlichen Gesamteinkommen deutscher Großstädte je Einwohner 1934 belegt. In der Studie wird die Errichtung einer Technischen Hochschule Ruhrgebiet mit Sitz in Dortmund vorgeschlagen (O. NEULOH und K. HAHN 1949, S. 11-13).

werden als Kreise mit einer regionalen Zuordnung höheren Grades der dem jeweiligen Hochschulstandort zugeordneten regionalen Zone A zugeordnet. Kreise, aus denen mehr als 30%, jedoch weniger als 50% der jeweils beheimateten Studierenden an einer bestimmten Universität oder mehr als 12%, jedoch weniger als 20% der beheimateten Studierenden an einer Technischen Hochschule immatrikuliert sind, werden als Kreise mit einer regionalen Zuordnung geringeren Grades der dem jeweiligen Hochschulstandort zugeordneten regionalen Zone B zugeordnet " (C. GEISLER 1965, S. 69 und ebd., Tafeln C-41 bis C-43). Wegen der Verbreiterung des Fachangebotes der Technischen Hochschulen durch geisteswissenschaftliche, wirtschafts- und sozialwissenschaftliche sowie medizinische Fakultäten sollten m.E. künftig für alle wissenschaftlichen Hochschulen (mit Ausnahme der Medizinischen Hochschulen und Sporthochschulen) einheitlich die Schwellenwerte für Universitäten zugrundegelegt werden.²⁾

GEISLERs Untersuchung von 1965 führte zu dem Ergebnis, daß große Bereiche der Bundesländer Rheinland-Pfalz, Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen und Bremen 1961 zu keiner Hochschulregion gehörten, Ostbayern dagegen trotz beachtlicher Hochschulferne zur Hochschulregion München. Es konnte eindeutig nachgewiesen werden, daß im Bereich der Bildungswanderungen die Tendenz besteht, bevorzugt an der dem Wohnsitz regional zugeordneten Hochschule zu studieren, wobei das regionale Angebot an Studienplätzen die Wahl der Studienfächer - oft entgegen anderen Neigungen - mitbestimmt (siehe auch MAYR 1970a, S. 97 sowie für den Fachhochschulbereich BERGJOHANN/GEISLER/POHL 1971, S. 34). Studenten aus Hochschulstädten studieren meist am Heimatort und entwickeln dabei ein hohes Maß an "Bildungsebfhaftigkeit" (GEISLER 1965, S. 67, MAYR 1970a, S. 101f.), das zudem noch kon-

tinuierlich steigt (BERGJOHANN/GEISLER/POHL 1971, S. 29). Beachtliche Fernwanderungen sind dagegen charakteristisch für Studierende aus hochschulleeren und hochschulfernen Gebieten (vgl. GEISLER 1965, Tafel C-44).

Attraktivität und Freizeitwert der Hochschulstandorte sowie das Ansehen bestimmter Institute und Hochschullehrer sind im allgemeinen weniger bedeutend für Einzugsbereiche von Universitäten, allerdings für manche Standorte mit überregionaler Anziehungskraft recht ausgeprägt (z.B. Freiburg, Würzburg, München u.a.). Wie sehr die bildungsbezogene Mobilität vom Informationsniveau, dem Vorstellungsbild des Hochschulortes sowie der Wahrnehmung und Bewertung des Heimatwohnortes abhängig ist, konnte G. MUSKE in einer auf wahrnehmungs- und entscheidungstheoretischen Ansätzen basierenden Studie nachweisen, in der Motive für die Wahl des Studienortes München untersucht werden (G. MUSKE 1975). Daß es sogar beachtliche saisonale Schwankungen im (Sommer- und Winter-)Wanderungssystem der westdeutschen Hochschulen gibt, konnte K. NIEDZWETZKI am Beispiel von Kiel nachweisen (K. NIEDZWETZKI 1969, 2 Teile).

Die bestimmend vorherrschende regionale Gebundenheit von Studierenden bei der Hochschulortwahl wird allerdings in jüngster Zeit zunehmend durch territorial begrenzte Prüfungsordnungen und insbesondere durch zwangsgesteuerte Studienplatzzuweisungen im Gefolge des Numerus clausus an entfernten Hochschulen mit freien Kapazitäten modifiziert. Eine Analyse dieser unfreiwilligen Bildungswanderungen nach den Unterlagen der Zentralen Registrierstelle für die Vergabe von Studienplätzen in Dortmund wäre durchaus einer Untersuchung wert. Häufige Rückwanderungen zum frühestmöglichen Zeitpunkt an die dem Heimatwohnsitz zugeordnete regionale Hochschule bestätigen den Trend zur bevorzugten regionalen Hochschulortwahl, die insbesondere durch eine emotionale Ortsgebundenheit eines Studenten (Familie, Freunde) noch unterstützt wird (G. MUSKE 1975, S. 71-76).

Den deutlichsten Beweis für die bevorzugte

2) In einer neueren Untersuchung wird dies bereits von der Arbeitsgruppe Standortforschung für die TH Aachen so praktiziert. Vgl. E. BERGJOHANN, C. GEISLER und H. POHL 1971, S. 32 und S. 34.

Wahl des nächstgelegenen Universitätsstandortes stellen die sich neu bildenden Hochschulregionen junger Universitäten dar. Untersuchungen über Bochum (MAYR 1970b, S. 226ff., BERGJOHANN/GEISSLER/POHL 1971, S. 32 und S. 34) und Regensburg (2. Raumordnungsbericht der Bayerischen Staatsregierung 1974, S. 96f. und Kuratorium Universität Passau e.V. 1974, Karten nach S. 18) machen deutlich, daß diese Hochschulen schon nach wenigen Semestern sich eigene regionale Einzugsbereiche geschaffen haben und daher als gelungene Beispiele erfolgreicher Neugründungen bezeichnet werden müssen. R. GEIPEL hat umgekehrt in seinen Untersuchungen zur Dynamik des Bildungsverhaltens in Hessen deutlich machen können, daß nach der Verlagerung der dortigen Lehrerbildungsinstitutionen 1966 in den Kreisen der früheren Standorte eine Stagnation der Studentenzahlen erfolgte (R. GEIPEL 1968b, S. 56).

Die von C. GEISSLER für 1961 ermittelten Hochschulregionen innerhalb des Bundesgebietes sind in verschiedenen Länderstudien des Instituts für Regionale Bildungsplanung zu Hannover aktualisiert und schließlich 1975 im analytischen Teil einer Studie über Hochschulstandorte und Hochschulkapazitäten für das Winter-Semester 1970/71 erneut - jedoch ohne Vergleich zur erstgenannten Arbeit - zusammenfassend dargestellt worden (E. BERGJOHANN, S. DIESTERWEG und U. POHL 1975, S. 119ff. und Anhang). Im Unterschied zur Ersterhebung (C. GEISSLER 1965) sind nicht mehr zweifach differenzierte Hochschulregionen von Universitäten und Technischen Hochschulen mit unterschiedlichen Abgrenzungskriterien ausgewiesen, vielmehr werden die Hochschulregionen der wissenschaftlichen Hochschulen insgesamt (einschl. der Standorte Pädagogischer Hochschulen) zusammengefaßt sowie für sechs Hauptstudienbereiche differenziert dargestellt, darunter für das Lehramt an Grund- und Hauptschulen (= Einzugsbereiche der Pädagogischen Hochschulen bzw. Erziehungswissenschaftlichen Fakultäten). Als Schwellenwerte der Zuordnung wurden nunmehr - wohl wegen der deutlich gestiegenen bevorzugten Wahl des nächstgelegenen

Studienortes - Wanderungsquoten von über 75%, 50 bis unter 75% und 25 bis unter 50% aller Studierenden eines Kreises an einem bestimmten Hochschulort gewählt. Eigene Hochschulregionen mit den beiden ersten Intensitätsstufen hatten unter den insgesamt 87 verzeichneten Hochschulorten jedoch ausschließlich solche mit Universitätseinrichtungen (vgl. Abb. III. 2.3). Über die ausgedehntesten Einzugsbereiche verfügten im Winter-Semester 1970/71 die Hochschulen von München - trotz Abtrennung des Regensburger Bereichs -, Hamburg und Münster. Zwar waren damals noch zahlreiche Kreise keinem Hochschulort, nicht einmal in der dritten Intensitätsstufe, zugeordnet, doch darf dies nicht verwundern, da erst danach die Hochschulen der dritten Neugründungsphase eröffnet wurden, deren Annahme erst durch eine neuerliche spätere Analyse der Wanderungsquoten nach Kreisen überprüft werden könnte.

2.2 Zur regionalen und schichtenspezifischen Bildungsbeteiligung im sekundären Bildungsbereich

Daß Nähe und Erreichbarkeit einer Bildungsinstitution entscheidend das Ausmaß der Bildungsbeteiligung bestimmen, aber durch andere Faktoren ergänzend beeinflusst werden, haben Studien über den Sekundarbereich des Bildungswesens von R. GEIPEL, H. PEISERT, K. AURIN, A.O. SCHORB, R. RITTER u.a. gezeigt).³⁾ Nachdem als erste in der Bundesrepublik F. EDDING und G. PICHT auf die zu geringe Bildungsbeteiligung und den großen Mangel an Akademikern im internationalen Vergleich wie auch im Vergleich innerhalb der Bundesländer hingewiesen haben,⁴⁾ haben die vorher genannten Autoren an konkreten Fallstudien regionale Aspekte der unterschiedlichen Teilhabe an höherer Bildung er-

3) R. GEIPEL 1965, 1967, 1968b, 1968c; H. PEISERT 1965, 1967; K. AURIN 1966, 1968; A.D. SCHORB 1970; A.O. SCHORB und M. SCHMIDBAUER 1969, 1973; R. RITTER 1971, 1973.

4) F. EDDING 1958; F. EDDING und R. v. CARNAP 1962; G. PICHT 1964.

forscht und Wege zu ihrer Beseitigung aufgezeigt.

H. PEISERT hat in einer regionalsoziologischen Studie auf der Grundlage der Volkszählung 1961 die schulische Ausbildungsbeteiligung der 15-19jährigen (zwischen Ende der Pflichtschulzeit und Studienbeginn) erfaßt und als "Bildungsdichte" definiert (1967, S. 13). Da sich die Struktur der Bildungsdichte durch vorgegebene Verwaltungsgrenzen höherer Ordnung nicht angemessen erkennen läßt, wird nach der Methode der "differenzierenden Regionalanalyse" Schritt für Schritt der relative Besuch weiterführender Schulen auf den Ebenen der Länder, Regierungsbezirke, Kreise und schließlich der Gemeinden untersucht. Die höheren Verwaltungseinheiten erbringen nicht nur ein zu grobes Bild, sondern überdecken auch die um ein Vielfaches bedenklicheren Tatbestände, wie sie aus den Gemeindeanalysen hervorgehen. Als zentrales Ergebnis der Arbeit werden schließlich diejenigen Gemeinden mit niedriger Bildungsbeteiligung zu insgesamt 132 "Regionen geringer Bildungsdichte" in einer Karte (Maßstab 1:2 Mill.) zusammengefaßt. Zum Zeitpunkt der Volkszählung 1961 hatte ein Drittel aller Gemeinden die Bildungsdichte 0, fast die Hälfte einen Wert unter 5% (insbesondere in Hessen, Rheinland-Pfalz, Baden-Württemberg und Bayern). Nach Bundesländern entfielen die geringsten Gesamtwerte auf Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und das Saarland, wobei insbesondere durch die Großstädte verzerrende und ausgleichende Effekte erzielt wurden. In Nordrhein-Westfalen konnte für die kreisfreien Städte eine negative Annäherung der Bildungsbeteiligung an die Landkreise festgestellt werden (13,6% im Vergleich zu 11,7%), wobei jedoch der Bildungsrückstand im wesentlichen durch die geringe Bildungsbeteiligung im Ruhrrevier hervorgerufen wurde. Alle 11 Stadtkreise geringster Bildungsdichte des Bundesgebietes lagen in Nordrhein-Westfalen, davon 10 im Ruhrgebiet. Von den 15-19jährigen besuchten eine weiterführende Schule in Bottrop 7,7%, Castrop-Rauxel 7,8%, Gladbeck 8,0%, Wanne-Eickel 8,7%, Herne und Gelsenkirchen 8,5%, Bocholt 8,7%, Oberhausen 8,9%, Wattenscheid 9,0%,

Lünen 9,4% und Duisburg 9,8% (PEISERT 1967, S. 53). Wie PEISERT durch Gegenbeispiele belegen konnte, war nicht der Arbeiteranteil an dieser Situation schuld, sondern die strukturelle Eigenart der Arbeitsplätze und das unzureichende Schulangebot. In einer anschließenden Analyse der Bildungschancen einzelner Gruppen stellt H. PEISERT Kinder von Arbeitern und Bauern, Katholiken (vgl. auch H. PEISERT 1968) und Mädchen als besonders bildungsbenachteiligt und bildungsabstinent heraus; als eine weitere Gruppe müßten heute sicherlich auch die Kinder ausländischer Arbeitnehmer genannt werden.⁵⁾

R. GEIPEL hat für die Zehnjahresperiode 1955-1964 die Dynamik des Bildungsverhaltens auf Gemeindeebene für Hessen und Rheinland-Pfalz untersuchen können, und zwar auf den drei verschiedenen, aber eng miteinander verbundenen Ebenen der Realschule (1968b), des Gymnasiums (1965, 1968b, 1968c) sowie des Lehramtsstudiums (1968b). Karten der Einzugsbereiche der Realschulen und Gymnasien, der Herkunft und Dichte der Realschulabsolventen, Abiturienten und Lehramtsstudenten und ihrer Abhängigkeiten von geographischen und anderen Bedingungen lassen innerhalb der beiden Bundesländer mit ihren gestreuten Aktiv- und Passivräumen große Unterschiede erkennen. GEIPEL wies für das Bildungsgefälle und insbesondere für die weitverbreitete Bildungsabstinenz ein Bündel von Ursachen nach, das z.T. den von PEISERT herausgestellten Kategorien entspricht. Besonders betonte er die Schul- und Eisenbahnferne und den "Abschreckungseffekt des Transportwiderstandes", die Abhängigkeit bildungsferner Räume von der schulischen Infrastruktur, Gemeindegröße und Erwerbsstruktur, sodann die unterschiedlichen Ansprüche der Sozial-, Berufs-, Konfessionsgruppen und Geschlechter an das Bildungswesen und schließlich den Einfluß von Mentalitäts-

5) H. PEISERT und M. WUNBERG (1970) arbeiten an einer Neuerhebung der "Regionen gleicher Bildungsdichte" zum Zeitpunkt der Volkszählung 1970; zur Entwicklung in Baden-Württemberg zwischen 1961 und 1970 vgl. N. KAMPFE und M. WUNBERG 1973.

sperren, Erbrecht sowie Finanzkraft und Sozialprodukt (vgl. zusammenfassend R. GEIPEL 1966, 1969a, 1969b).

Hintergründe unterschiedlicher Bildungsbeteiligung und Maßnahmen der Schulverbesserung untersuchten vorzugsweise an Problemgebieten aus Bayern A.O. SCHORB, M. SCHMIDBAUER und R. RITTER. Ihre Studien verstehen sich einerseits als Grundlagenforschungen für die Mobilisierung von Begabungsreserven, andererseits aber auch als Dokumentation für die Forderung, daß der "Ausbau des Bildungswesens und wirtschaftliche Strukturverbesserung ... Hand in Hand gehen (müssen), weil ein großer Vorsprung des Bildungsausbaus zu einer strukturpolitisch gefährlichen Abwanderung hochqualifizierter Bevölkerungsteile führt, die im Umkreis ihres Wohnorts keine adäquate Beschäftigung finden" (R. RITTER 1973, S. 164).

Pädagogisch-psychologische Untersuchungen der Schuleignung, der Erfassung von "Bildungswiderständen", der Bildungsberatung und der Überprüfung der nach vorgenommenen Infrastrukturverbesserungen erfolgten höheren Übergangsquoten zu weiterführenden Schulen bestimmten die Arbeiten von K. AURIN in Baden-Württemberg (1966 und 1968). Angeregt durch die Studie über Bildungsnotstandsgebiete von H. PEISERT hat das Land Baden-Württemberg sich bemüht, durch eine systematische Begabungsermittlung mit anschließender Bildungsberatung die Forderung nach Gleichheit der Bildungschancen (vgl. hierzu R. DAHRENDORF 1966) zu verwirklichen. Neben der Errichtung neuer weiterführender Schulen in seinen "Regionen geringer Bildungsdichte" dienten ihm hierzu insbesondere die nach und nach seit 1966 eingerichteten Bildungsberatungsstellen. Von 37 vorgesehenen, über das ganze Land verstreuten derartigen Stellen sind zur Zeit 18 errichtet, über deren bildungswerbende Arbeit ein unlängst erschienener Sammelband mit großer Themenbreite berichtet.⁶⁾

6) Siehe "Bildungschancen für alle" 1972, S. 40f. und "Bildungsberatung in der Praxis" 1975.

P. MEUSBURGER hat in den letzten Jahren an Beispielen aus Österreich anschaulich die Disparitäten und Probleme der Bildungsbeteiligung aufgezeigt, die sich insbesondere in Gebirgsregionen stellen. Für das Land Tirol, das in seiner sozioökonomischen und zentralörtlichen Struktur durch die Landeshauptstadt Innsbruck deutlich beherrscht wird, konnte er ein extremes regionales Bildungsgefälle selbst in der Inntalachse nachweisen, erst recht aber gegenüber den topographisch exponierten Peripherräumen, wo es zudem schon immer eine ausgeprägte "soziale Stockwerkgliederung" gegeben hat (P. MEUSBURGER 1975). Im allgemeinen nimmt der Besuch weiterführender Schulen ebenso wie die höherrangige Versorgung bzw. die Existenz an Arbeitsplätzen für Höherqualifizierte mit zunehmender Höhenlage ab. Diese Situation wird jedoch in Innovationszentren unter dem Einfluß des Fremdenverkehrs häufig verändert, weil dieser zum Abbau der sozialen Distanz beiträgt und damit die Kommunikationsfelder der Bevölkerung beträchtlich vergrößern hilft. Als Beispiel für diesen Sachverhalt wird die unterschiedlich gewachsene Bildungsbeteiligung in den verschiedenen strukturierten Ortsteilen der Gemeinde Lech am Arlberg angeführt (P. MEUSBURGER 1975a, insb. S. 133-135 und S. 147-148).

Nach diesen Ausführungen erscheint verständlich, daß selbst die Gemeindeebene - insbesondere bei größeren Städten - als Bezugsebene für Dokumentation und Studien zur Bildungsbeteiligung nicht ausreicht. So zeigt etwa B. HOFMEISTER, daß in den Bezirken West-Berlins die Übergangsquoten auf Gymnasien zwischen rd. 23% (Wedding, Kreuzberg) und 64% (Zehlendorf) schwanken, wobei er als Ursache des erwähnten Tiefstwertes die Dominanz von Arbeiterbevölkerung anführt (B. HOFMEISTER 1975, S. 345). Die erste sozialgeographische Studie, die Bildungsstrukturen unterhalb der Gemeindeebene umfassend untersucht, stammt von K. BRAND (1975). Nachdem zunächst anhand einer Analyse des höheren Schulwesens in Nordrhein-Westfalen auf Kreisebene unter besonderer Berücksichtigung des Ruhrgebietes bildungsaktive und -inaktive

Räume herausgestellt werden, untersucht der Verfasser am Beispiel der Gymnasien der Stadt Bochum und ihrer Abiturientenentwicklung innerstädtische Raumstrukturen gruppenspezifischen Bildungsverhaltens. Dabei konnte nachgewiesen werden, daß nicht allein die Sozialstruktur, sondern die Mischung der Sozialgruppen innerhalb bestimmter Wohnquartiere von entscheidender Bedeutung für das Ausmaß der Bildungsbeteiligung (hier: des Gymnasialbesuches) ist.

Im Rahmen des Erhebungsprogrammes der Volkszählung 1970 wurde erstmals in der Bundesrepublik Deutschland auch der höchste erreichte Bildungsabschluß nach vier Stufen erfragt (Volksschule einschließlich Sonderschule; Mittlere Reife, Abitur; Berufsfachschule, Fachschule, Ingenieurschule; Hochschule). Die Ergebnisse blieben zwar auf Landesebene unveröffentlicht, liegen aber bei den Statistischen Landesämtern vor und können dort von den Gebietskörperschaften auch unterhalb der Gemeindeebene abgerufen werden. Zahlreiche Städte haben von dieser Möglichkeit Gebrauch gemacht und die für sie zutreffenden Daten teilweise sogar für die einzelnen Stadtbezirke publiziert.⁷⁾ Es bleibt zu hoffen, daß Auswertung und Kenntnis der Daten zur Bildungsbeteiligung im sekundären Bildungsbereich für zahlreiche Gebietskörperschaften Grundlage einer gezielten Schulentwicklungsplanung geworden sind, die im Sinne des Anspruchs auf Gleichheit der Bildungschancen den Ansprüchen bisher vernachlässigter Regionen oder städtischer Teilräume genügt.⁸⁾

7) Die Stadt Essen veröffentlichte 1974 in ihrem 10. Bericht zur Stadtentwicklung ("Bestandsaufnahme - Daten- und Kartensammlung -") für alle Stadtbezirke je 18 Tabellen, von denen die Tabelle 2 die Wohnbevölkerung nach dem höchsten Schulabschluß untergliedert und jeweils mit der Gesamtstadt vergleicht.

8) Auf Probleme der Standortwahl für weiterführende Schulen, auf organisatorische Maßnahmen zur Anhebung der Bildungsbeteiligung (z.B. durch Gesamtschulen, Schul- und Bildungszentren u.ä.) und auf deren Effizienz kann an dieser Stelle nicht eingegangen werden. Zur Verflechtung von Landesentwicklungsplanung und Bildungsplanung im Sekundärbereich vgl. A. MAYR 1975.

2.3 Zur regionalen und schichtenspezifischen Bildungsbeteiligung im tertiären Bildungsbereich

Im tertiären Bereich des Bildungswesens liegen Erhebungen zur Bildungsbeteiligung bisher nur auf der Ebene der Landkreise und kreisfreien Städte vor. Die Untersuchung von C. GEISSLER (1965) enthält für 1960/61 Absolutangaben der Studenten an Wissenschaftlichen Hochschulen im Universitätsrang je Kreis (Tafel B-1) sowie eine Darstellung des relativen Hochschulbesuchs nach dem Anteil der immatrikulierten Studierenden an der Anzahl der gesamten Wohnbevölkerung, der sog. Studentendichte (Tafel D-2): Auf 1.000 Einwohner entfielen damals im gesamten Bundesgebiet 3,3 Studierende, in den Landkreisen 2,3, in den kreisfreien Städten 4,6 und in den kreisfreien Hochschulstädten sogar 5,8 Studierende an Wissenschaftlichen Hochschulen; den Höchstwert erreichte die kreisfreie Stadt Marburg mit 18,7% (Tafel D-2, Legende). Bis zum Wintersemester 1968/69 stieg der relative Hochschulbesuch an Universitäten des Bundesgebietes auf 5 Studierende je 1.000 Einwohner an. Da jedoch die Studierendendichte nahezu gleichmäßig angehoben wurde, blieb das regionale Bildungsgefälle fast unverändert. Die geringste Studierendendichte war nach wie vor in Rheinland-Pfalz, dem Saarland, Teilen des mittleren und östlichen Niedersachsens sowie Bayerns nachzuweisen (P. DIETZE und J. PAMPE 1971). Hier muß allerdings berücksichtigt werden, daß zu diesem Zeitpunkt erst einige wenige der neubegründeten Wissenschaftlichen Hochschulen ihren Lehrbetrieb eröffnet hatten.

Die Disparitäten der Bildungsbeteiligung im tertiären Bereich lassen sich auch dann noch nachweisen, wenn man - wie für Nordrhein-Westfalen für das Wintersemester 1968/69 geschehen - die Studenten an sämtlichen Hochschulen (mit Ausnahme des Fachhochschulbereiches) zusammenfaßt. Bezogen auf 1.000 Einwohner studierten damals 5,4 Studierende aus Nordrhein-Westfalen an allen Hochschulen im Universitätsrang, Kirchlichen und Pädagogischen Hochschulen, Kunst-, Musik- und Sporthochschulen des Bundesgebietes und West-Berlins. Die Höchstwerte erreichten die Verwaltungsstädte

Bonn (16,0) und Münster (15,6) sowie der damalige Landkreis Bonn (11,6), die niedrigsten Werte die kreisfreien Städte Castrop-Rauxel, Wanne-Eickel (je 3,6) und Bottrop (3,3) sowie die damaligen Landkreise Halle (3,2) und Heinsberg-Geilenkirchen (3,1).⁹⁾ Die von H. PEISERT für 1961 ermittelten kreisfreien Städte mit der geringsten Bildungsbeteiligung im Sekundarbereich waren zugleich auch diejenigen, die 1968 die geringsten Studentenquoten aufwiesen. In einer vom Verfasser betreuten Staatsexamensarbeit von I. OVERBECK (1973), die den Hochschulbesuch in Nordrhein-Westfalen im Wintersemester 1969/70 analysierte, konnte gezeigt werden, daß die unterschiedliche Bildungsbeteiligung in den kreisfreien Städten (6,1 Studierende je 1.000 Einwohner) und den Kreisen (5,0 Studenten) nur unwesentlich um den Landesdurchschnitt (5,5 Studenten) schwankte, bedingt vor allem durch die Gegebenheiten in den nördlichen Ruhrgebietsstädten. Zugleich wurde jedoch eine Zunahme des Hochschulbesuchs im Vergleich zum Vorjahr im Umkreis der neuen Universitätsstandorte erkannt, und zwar insbesondere auch in den Städten des nördlichen Ruhrreviers.

Karte 1 zeigt nach einer Zusammenstellung von I. OVERBECK den Hochschulbesuch in den Kreisen und kreisfreien Städten Nordrhein-Westfalens im Winter-Semester 1969/70, jedoch nicht bezogen auf die Gesamtheit der Bevölkerung, sondern auf den Anteil an der Wohnbevölkerung der Altersgruppe 18-25 Jahre. Wegen der sehr unterschiedlichen Altersstrukturen in den einzelnen Verwaltungseinheiten ergeben die so errechneten Indexwerte ein getreueres Bild der tatsächlichen Nutzung möglicher Studienchancen. Da manche kreisfreien Städte (z.B. Bonn und Münster) bevorzugte Rentnerwohnsitze sind, vermindern sich insgesamt die Extreme zwischen Maxima und Minima der Bildungsbeteiligung (13,9 - 3,7%, Landesdurchschnitt 6,1%, Kreise 5,8%, kreisfreie Städte 6,7%) (I. OVERBECK 1973, S. 10). Der Hochschulbesuch war zum erfaßten Zeitpunkt am höchsten in den Städten und Kreisen der Rheinschiene südlich von Düsseldorf sowie des südlichen

Ruhrreviers, ferner in Münster, Aachen, Bielefeld, Hamm und Iserlohn (kreisfreie Stadt), am geringsten dagegen in Bereichen der südwestlichen und südöstlichen Landesteile, des nördlichen Ruhrgebietes und östlich angrenzender Gebiete sowie des Westmünsterlandes.

Ursache dieser regionalen Disparitäten kann keineswegs allein oder überwiegend die Hochschulferne sein, sondern es ist ein Bündel von Kriterien heranzuziehen. Unter ihnen sei besonders die schichten-spezifische Bildungsbeteiligung herausgestellt. Die 7. Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerkes (G. KATH u.a. 1974, S. 27-28) enthält zu diesem Problemkreis folgende Daten:

Siehe Tabelle 4

Nach wie vor entfallen in der Bundesrepublik auf Kinder von Beamten und Angestellten rd. 60% aller Studierenden, wobei sich jedoch ihr wechselseitiger Anteil umgekehrt hat. Vom Anteil der Elterngeneration her sind Kinder von Beamten weiterhin am stärksten überrepräsentiert. Die Quote der Kinder von Selbständigen hat beträchtlich abgenommen (zugleich bedingt durch rückläufige Anteile der Kinder von Landwirten und selbständigen Gewerbetreibenden), während der prozentuale Anteil der studierenden Arbeiterkinder sich in 23 Jahren mehr als verdreifacht hat: 1976 betrug er 13,1% aller Studierenden (1953: 4.000, 1976: 64.000 Studenten aus Arbeiterfamilien).¹⁰⁾ Dies bedeutet freilich noch immer, daß dieser Anteil nicht einmal ein Drittel so hoch war wie der Anteil dieser Gruppe an der Elterngeneration. Ergänzend muß erwähnt werden, daß es auch

9) Vgl. "Hochschulplanung in Nordrhein-Westfalen" 1971, S. A 62 und A 63.

10) 8. Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerkes. Vorabergebnisse. In: Informationen Bildungswissenschaft, Nr. 1/77 vom 20. Januar 1977, S. 5f.; Die Studenten nach sozialer Herkunft. Ebd., Nr. 9/78 vom 21. September 1978, S. 169-175, insb. S. 172 (sehr differenzierte Angaben).

Tab. 4: Zusammensetzung der Studenten der BRD nach der sozialen Herkunft

Studentenväter nach Stellung im Beruf	Studenten an wissenschaftlichen Hochschulen in % je Semester					Männliche Erwerbspersonen (Volkszählung 1970, 10%-Stichprobe)
	WS 52/53	SS 63	WS 67/68	SS 73	SS 76	
Beamte	38	33	29	26,7	24,7	10,6
Angestellte	23	30	31	33,5	35,0	26,9
Selbständige	34	28	30	25,8	(21,8)	12,5
Mithelfende Familienangehörige	-	-	-	-	-	2,0
Arbeiter	4	6	7	11,5	13,1	48,0
Obrige/ ohne Angabe	1	3	3	2,5	(5,4)	-

Quelle: G. Kath u.a.: Das soziale Bild der Studenten in der Bundesrepublik Deutschland. Ergebnisse der 7. Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks im Sommer-Semester 1973. Frankfurt 1974, S. 27-28 (= Bundesminister für Bildung und Wissenschaft, Schriftenreihe Hochschule, Bd. 15, zugleich Drucksache 7/2803 des Deutschen Bundestages); ergänzt nach: Die Studenten nach sozialer Herkunft. Einzelberichte zur 8. Sozialerhebung des DSW. In: informationen bildung wissenschaft, Nr. 9/78 vom 21.9.1978, S. 172.

innerhalb der einzelnen Gruppen beträchtliche Verschiebungen gegeben hat: so sank die Quote der Kinder von höheren Beamten und leitenden Angestellten ohne Hochschulabschluß, während der Anteil der Kinder von einfachen oder mittleren Beamten zugenommen hat. Nach G. KATH entfielen auf einkommensschwächere Schichten insgesamt 1963 18%, 1973 aber bereits 28% aller Studenten (1974, S. 28).¹¹⁾ Trotz dieser quantitativen Änderungen zeigt das aus der angeführten Tabelle ersichtliche Mißverhältnis von männlichen Erwerbspersonen und Studenten bei der Gruppe der Arbeiter, daß wir von Chancengleichheit im "Bürgerrecht auf Bildung" noch sehr weit entfernt sind. Kinder aus Elternhäusern der Unterschichten sind nicht nur, was Schul- und Hochschulbesuch anbetrifft, finanziell benachteiligt - und das trotz aller Ausbildungsförderungen! (G. KATH u.a. 1974, S. 33-37) -, negativ wirkt sich vor allem die soziale Distanz aus, die als Informationsmangel über Studien- und Berufsmöglichkeiten und als mangelnde Mobilität bei der Ausbildungsentscheidung auftritt und häufig auch als affektive Distanz

gegenüber höheren Bildungseinrichtungen überhaupt (vgl. J. HITPASS 1965, R. DAHRENDORF 1965 und 1966).

Die soziale Distanz im tertiären Bildungsbereich läßt sich am einfachsten aufheben durch Beseitigung der Hochschulferne. Hochschulen werden dann eher angenommen, wenn sie - bei gleichzeitiger Verminderung des Transportwiderstandes - in das Erfahrungsumfeld bisher bildungsbenachteiligter Bevölkerungsgruppen geraten. Anders ausgedrückt: Eine "Universität vor der Haustür" mobilisiert am ehesten bislang unerschlossene Begabungsreserven aus bisher bildungsabstinenten Sozialgruppen. Für die bildungspolitische Aktivierungsarbeit der

11) Zugleich wird jedoch betont, daß nach der sozialen Schichtung das signifikante Ungleichgewicht zwischen Mittelschicht und Unterschicht sich kaum verändert hat und daß der Studentenanteil der unteren Unterschicht (angelernte und ungelernete Arbeiter) vor allem auf Kosten des Anteils der unteren Mittelschicht angestiegen ist (siehe ebd., S. 31, insb. auch zum herangezogenen Schichtenmodell).

Ruhr-Universität ist bezeichnend, daß von Anfang an um die Hälfte mehr Arbeiterkinder an ihr studierten als an anderen Universitäten der Bundesrepublik; so gaben im Winter-Semester 1976/77 18,74% der Bochumer Studenten an, daß ihr Vater Arbeiter sei.¹²⁾ W. VOSS, R. MEYER und I. RAUSCH ermittelten für das gleiche Semester im Rahmen ihres Bochumer Sozialberichtes sogar einen Anteil von 21,9% Arbeiterkindern (1978, S. 38); dabei sind allerdings Studierende, deren Väter verstorben waren, unberücksichtigt geblieben. Neben der schichtenspezifischen ist natürlich auch die allgemeine Bildungsbeteiligung im Hochschulbereich durch die Errichtung der Ruhr-Universität sehr gefördert worden. Nahm zwischen dem Winter-Semester 1964/65 und dem Winter-Semester 1970/71 die Zahl der Studenten an Wissenschaftlichen Hochschulen in Nordrhein-Westfalen (Universitäten und Technische Hochschule) um 51,2% zu, so traf für die Gesamtheit der kreisfreien Städte des Kernreviers und für die angrenzenden Landkreise Recklinghausen und Ennepe-Ruhr-Kreis eine Verdoppelung zu. Mit der Nähe zur Universität vergrößerte sich die Steigerungsrate (z.B. Gelsenkirchen 87,1%, Watten-

scheid 130,6%, Witten 173,0%, Bochum 242,4%), um in der neuen Hochschulstadt ihr Maximum zu erreichen.¹³⁾

Mit der höheren Bildungsbeteiligung erfolgte gleichzeitig eine Änderung des Wanderungsverhaltens der Studierenden aus dem Ruhrrevier, und zwar um so stärker, je geringer die Entfernung zu Bochum war. Die Ruhr-Universität bildete, wie an anderer Stelle aufgezeigt (A. MAYR 1970b), einen eigenen Einzugsbereich heraus und beschnitt damit die Hochschulregionen benachbarter Universitäten. Aus dem Ruhrgebiet in der oben angeführten Abgrenzung studierten an landeseigenen Hochschulen durchschnittlich¹⁴⁾

in	WS 1964/65	WS 1970/71
Münster	36%	20%
Köln	28%	9%
Bonn	16%	8%
zusammen	80%	37%
in Bochum	-	50%

12) RUB-aktuell. Zeitung der Ruhr-Universität Bochum. Ausgabe 43/77 vom 16. Februar 1977, S. 13.

13) Vgl. "Hochschulplanung in Nordrhein-Westfalen" 1971, S. A 66 (Anlage 22).

14) "Hochschulplanung in Nordrhein-Westfalen" 1971, S. 22.

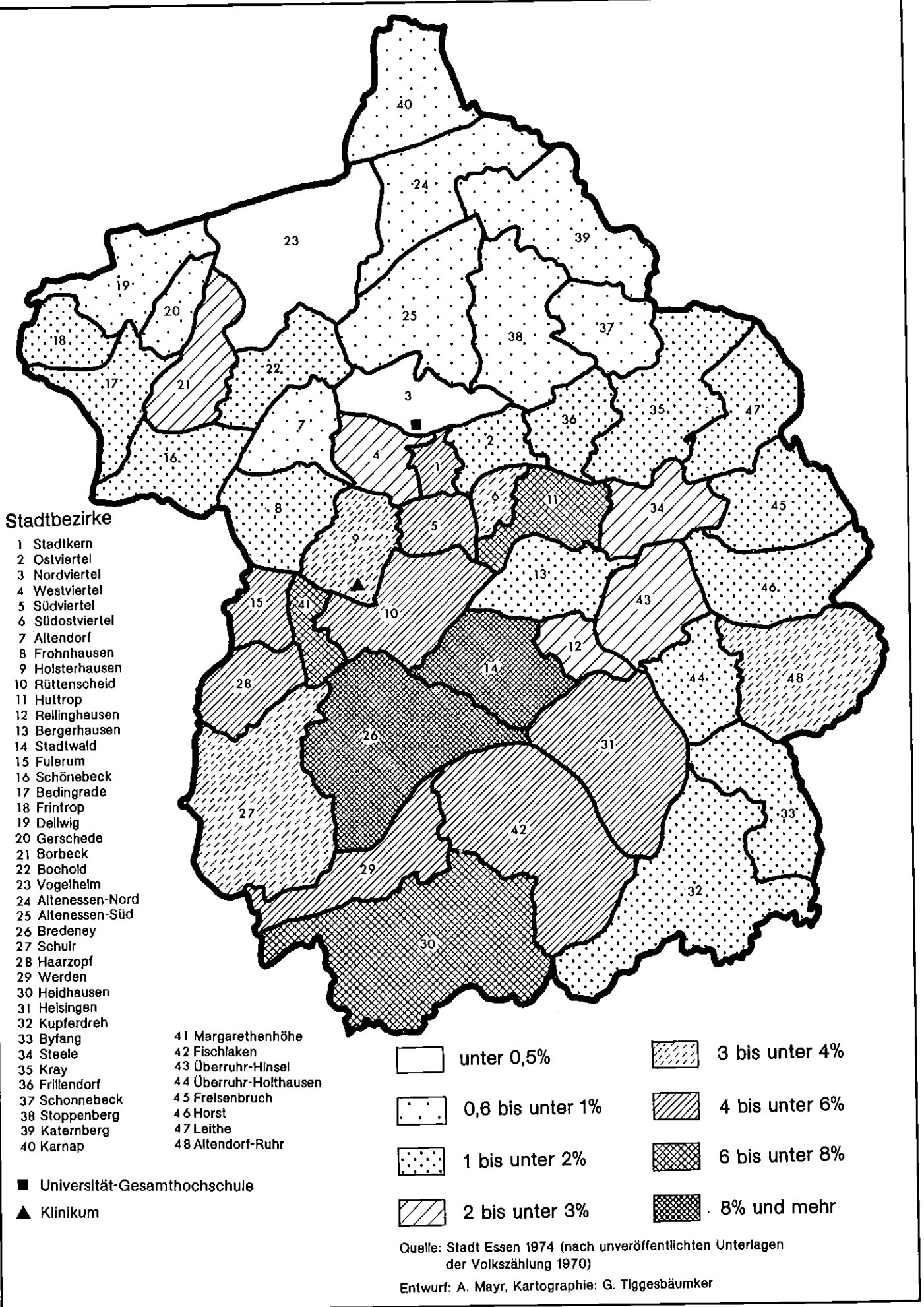
Tab. 5: Regionale Herkunft der Studenten an den Universitäten und der Technischen Hochschule in Nordrhein-Westfalen im Wintersemester 1973/74 (Anteil in v.H.)

Hochschule	Nordrhein-Westfalen	Niedersachsen	übrige norddt. Bundesländer und Berlin	Rheinland-Pfalz	übrige süddt. Bundesländer	Ausland und ohne Angabe
Bochum	93,7	2,2	1,1	0,8	2,2	0,1
Düsseldorf	89,4	2,8	1,4	0,8	4,9	0,7
Dortmund	89,2	2,9	2,3	1,5	4,2	0,1
Köln	89,1	2,2	1,2	3,6	3,7	0,2
Aachen	86,0	2,5	1,1	5,0	4,5	0,9
Bielefeld	81,1	11,0	3,5	0,7	3,2	0,5
Münster	79,6	14,6	2,2	0,7	2,8	0,1
Bonn	75,9	3,4	1,4	14,2	5,0	0,2
Insgesamt	84,7	5,4	1,4	4,5	3,6	0,4

Quelle: Elke Schowe: Studien zur Abgrenzung nordrhein-westfälischer Hochschulregionen, insbesondere der Universitätseinzugsbereiche Münster und Bochum. Wiss. Hausarbeit für das Lehramt an Gymnasien. Masch., Bochum 1976, S. 21 (nach Daten des Statistischen Landesamtes, Düsseldorf).

Abb. 3

Bevölkerung mit Hochschulabschluß in den Essener Stadtbezirken 1970



Der Anteil der Studenten aus dem Ruhrgebiet, die in Bochum als der regionalen Hochschule studierten, dürfte auch nach 1970 kontinuierlich zugenommen haben. Dies ergibt sich deutlich aus dem Anteil an Landeskindern, der, wie E. SCHÖWE in einer vom Verfasser betreuten Examensarbeit zeigen konnte, bei einer hohen territorialen Bindung innerhalb Nordrhein-Westfalens nirgendwo höher war als in Bochum (1976, S. 21).

Siehe Tabelle 5

Am Beispiel des Ruhrgebietes und der Universität Bochum wurde im Überblick dargestellt, wie sich durch ein verändertes wohnortnahes Hochschulangebot gemäß den Erwartungen von O. NEULOH und K. HAHN (1949) in der Tat die regionale und schichtenspezifische Bildungsbeteiligung erhöhen sowie die Bildungswanderungen ändern können. G. HANSEN (1973) hat in einer sozialwissenschaftlichen Dissertation diese Entwicklung für Bochum für den Zeitraum 1966-1971 differenziert analysiert.

Wie beim Besuch weiterführender Schulen (vgl. K. BRAND 1975) kann auch der Hochschulbesuch innerhalb einer Stadt extrem unterschiedliche Werte erreichen. Anhand des weiter oben bereits erwähnten Censurmaterials über höchste Bildungsabschlüsse 1970 zeigt Abbildung 3 als weiterführende Differenzierung von Karte 1 den Anteil der Einwohner mit einem Hochschulstudium (alle Hochschulen ohne Fachhochschulen) in den einzelnen Stadtbezirken der Beispielstadt Essen (nach: Stadt Essen 1974). Hatten 1970 durchschnittlich 2,7% aller Essener an einer Hochschule ein Studium abgeschlossen, so traf dies für mehr als 5% der Bewohner einiger Bezirke im mittleren südlichen Stadtgebiet zu und erreichte in den Vorzugwohngebieten Bredey (14,1%) und Stadtwald (9,6%) seine höchsten Werte. In den überwiegend von Arbeiterbevölkerung bewohnten nördlichen Stadtteilen hatten hingegen weniger als

1% eine Hochschule besucht, davon im Nordviertel (Segeroth) und in Vogelheim mit jeweils 0,4% anteilig am wenigsten. In diesen Daten drückt sich ein für die Hellwegstädte des Ruhrreviers charakteristisches, auch im Siedlungsbild hervortretendes sozialstrukturelles Süd-Nord-Gefälle überdeutlich aus.

Im Unterschied zu Bochum und Dortmund, wo Universitäten im Süden der Stadt errichtet worden sind, ist nun die Universität Essen - Gesamthochschule gezielt im nördlichen Stadtgebiet (Segeroth) in einem bisher infrastrukturell stark vernachlässigten Bereich lokalisiert worden. Sie hat die Silhouette des Essener Nordens nachhaltig verändert, die Hochschulferne für die Bevölkerung des nördlichen Ruhrgebietes noch stärker vermindert als ihre älteren Nachbarhochschulen und damit zugleich Veränderungen im regionalen und schichtenspezifischen Bildungsverhalten verursacht. So stammten 1978 von den Essener Studierenden, die zu einem Drittel in der Stadt und zu fast 80% im Ruhrgebiet beheimatet sind (W. KRÜLL 1978b, S. 11), nicht weniger als 26% aus Arbeiterfamilien; etwa die Hälfte der Väter von Teilnehmern ausgewählter natur-, ingenieur- und wirtschaftswissenschaftlicher Kurse hat lediglich einen Volkschulabschluss (W. KRÜLL 1978a, S. 3). Diese Daten bezeugen deutlich den Beitrag einer in regionalpolitischer Sicht günstig gelegenen Hochschule zur Verbesserung der Bildungschancen für junge Menschen aus sozial schwachen Schichten. Es ist allerdings zu berücksichtigen, daß im Gegensatz zu Bochum und Dortmund eine Pädagogische Hochschule und eine Fachhochschule in der Universität Essen aufgegangen sind - wenn gleich wegen integrierter Studiengänge kaum noch erkennbar - und daß insbesondere ein Fachhochschulstudium in besonderem Maß ein Weg des sozialen Aufstiegs ist.

In einer Studie des Instituts für Regionale Bildungsplanung, deren Hauptziel "die Bereitstellung eines anwendbaren Modells der Regionalprognose sowie von

differenzierten Prognoseergebnissen als Entscheidungsgrundlagen für die Bildungs- und Regionalpolitik" war, haben E. BERGJOHANN, S. DIESTERWEG und U. POHL (1975, S. 11) u.a. auch eine umfassende Ist-Analyse der Bildungsbeteiligung für das gesamte Gebiet der Bundesrepublik Deutschland im Jahre 1970 vorgelegt. Sie haben dort nicht nur auf der Ebene von Planungsregionen oder Regierungsbezirken in geschlechtsspezifischer Differenzierung die Zugangsquoten zur Realschule und zum Gymnasium 1970 sowie die durchschnittlichen Abiturientenquoten 1968-1970 (Karten S. 51-53 und S. 59) dokumentiert, sondern auch den Übergang in den Hochschulbereich prognostiziert (S. 62ff.), eine Ermittlung der Nachfrage nach Studienplätzen für einzelne Hochschulstandorte angestellt und bereits erwähnte Empfehlungen zur weiteren Netzverdichtung der Hochschulstandorte ausgesprochen. Die Untersuchung der schulischen Bildungsbeteiligung verdeutlicht eindringlich den engen Zusammenhang zwischen Schul- und Hochschulsystem. In dem zweiphasigen Prognosemodell wird zunächst mit alternativen Annahmen der Weg eines Bevölkerungsjahrgangs bis zum anteiligen Eintritt in die Hochschule simuliert, sodann in einem zweiten Schritt mit Hilfe von Analysen der Bildungswanderungen und der Hochschuleinzugsbereiche die natürliche Studienplatznachfrage pro Hochschulstandort berechnet.

Die Darstellungen geben allerdings keinen Aufschluß über die absolute Anzahl der Studierenden je Region bzw. den Studentenanteil an der regionalen - ggfs. sogar gleichaltrigen - Bevölkerung. Diese "Studentendichte" ist jedoch - als Anzahl der Studierenden je 1.000 Einwohner - für das Jahr 1972 zusammen mit Daten zur Bildungsteilnahme der Gymnasiasten 1970, Angaben zu Bildungswanderungen 1969-1971 und zum Bildungsniveau der Gesamtbevölkerung 1970 in vier Kartendarstellungen des Raumordnungsberichtes der Bundesregierung von 1974 (S. 99) wiedergegeben; zusammen mit einer etwas unbefriedigenden Karte der Hochschulen ermöglichen diese Abbildungen einen

vergleichenden Überblick über das gesamte Bundesgebiet und sind Ausgangspunkt raumordnungspolitischer Überlegungen, die auf eine Überwindung der regionalen Ausbildungsdefizite hinauslaufen. Die Darstellung erfolgt jedoch weder - wie von H. PEISERT (1967) bei seiner Erfassung der Bildungsdichte im Sekundarbereich als notwendig angesehen - auf Gemeindeebene noch auf Kreisbasis, wengleich - umso mehr nach Abschluß der Verwaltungsgebietsreform - auch vor der trügerischen Aussagekraft von Durchschnittswerten auf dieser Ebene zu warnen ist.¹⁵⁾ Als Erhebungs- und Darstellungseinheiten sind vielmehr die 38 Gebietseinheiten des Bundesraumordnungsprogramms zugrundegelegt (Gebietsstand: 27. Mai 1970). Diese von Bund und Ländern abgegrenzten Gebietseinheiten sollen sich funktional ergänzende, oberzentral orientierte Bereiche zusammenfassen, doch lassen die gewählten Abgrenzungskriterien nach amtlichen Aussagen "eine Verwendung der Gebietseinheiten für kleinräumige regionale Analysen und Planungen nicht zu" (Bundesraumordnungsprogramm 1975, S. 7). Der Beirat für Raumordnung hatte schon 1974 zum Entwurf des Bundesraumordnungsprogramms u.a. festgestellt: "Das Programm überbetont den Abbau großräumiger Disparitäten. In dem Entwurf zum Bundesraumordnungsprogramm sind die Disparitäten zu global und zu undifferenziert erfaßt" (Raumordnungsbericht 1974, Anhang

15) C. GEISSLER und H. PEISERT hatten 1965 bzw. 1967 insgesamt 566 Kreise zu erfassen (davon 141 kreisfreie Städte); ihre Anzahl ist durch die Verwaltungsgebietsreform beträchtlich zurückgegangen und betrug ab 1.1.1975 noch 342. - Für seine Gemeindeanalyse mußte PEISERT damals etwa 27.000 Erhebungseinheiten benutzen, nämlich 24.504 Gemeinden und rd. 2.500 Einheiten für statistische Bezirke größerer Städte (1967, S. 51).

Die kommunale Gebietsreform hat zu einem so großflächigen gemeindlichen Gebietsraster geführt, daß die Ministerkonferenz für Raumordnung am 14. Februar 1975 eine Entschließung zur Einführung von statistischen Gemeindeteilen verabschiedet hat (vgl. Raumordnungsbericht der Bundesregierung 1974, Anlage 6 f, S. 166-168). Wenn die Gemeindeebene für regionalstatistische Informationen vielfach schon nicht mehr ausreicht, um wieviel mehr muß dies für die neugebildeten Kreise nach der Verwaltungsgebietsreform gelten!

7, S. 171). Zur besseren Erfassung inner-gebietslicher Disparitäten sollen künftig die zentralörtlichen Verflechtungsbe-reiche mittlerer Stufe als kleinste Räume gewählt werden (Bundesraumordnungsprogramm 1975, S. 8), ein sehr löblicher Vorsatz, dessen Verwirklichung aber sicher noch lan-ge auf sich warten lassen dürfte.¹⁶⁾

Es wäre deshalb wünschenswert, wenn die er-wähnten Darstellungen aus dem Raumordnungs-bericht 1974 - möglichst für einen jüngeren Zeitpunkt - im neuen "Atlas zur Raument-wicklung" (Herausgeber: Bundesforschungs-anstalt für Landeskunde und Raumordnung) innerhalb der vorgesehenen Lieferung "Bildung" in differenzierter Form und wenigstens auf Kreisebene aufbereitet werden könnten. Über eine solche einma-lige Bestandsaufnahme hinaus sind klein-räumige laufende Raumbesichtigungen notwen-dig, die möglichst auch Prognosen für zu erwartende Defizite und Strategien zu ih-rem Ausgleich einschließen. Die regionalen Strukturen und Prozesse des Bildungswesens und der Bildungsbeteiligung wiederum sind

in größere Zusammenhänge einzubinden und insbesondere mit der sozioökonomischen Entwicklung und den Wandlungsvorgängen zu vergleichen. Wiederholt ist auf den be-kannten Sachverhalt hingewiesen worden, daß infrastrukturell benachteiligte wirt-schaftliche Passivräume durch Abwanderung dauernd den Großteil der aus ihnen her-vorgegangenen Abiturienten und Akademiker an Verdichtungsräume und größere Orte ver-lieren und somit aus einer ersten Aufstiegs-generation selten eine zweite entstehen kann; diese Gefahr ist bei sozialen Auf-steigern weniger gegeben als bei Abitu-rianten und Studenten aus Akademikerfami-lien, wie K. NIEDZWETZKI 1977 an einer Fallstudie aus dem traditional geprägten großstadtfernen Ostwürttemberg zeigen konnte. Im Ergebnis führt eine solche "soziale Erosion" jedoch dazu, daß die angestrebte Beseitigung regionaler Un-gleichheiten des Bildungsverhaltens nicht oder nur teilweise erreicht wird und die ausgeprägten Disparitäten der Bildungsbeteiligung weiterhin bestehen bleiben.

16) Abgesehen von den Schwierigkeiten, die amtlichen Statistiken auf die zentral-örtlichen Bereiche mittlerer Stufe um-zustellen, gibt es noch in der Dar-stellung und Wertung beachtliche Dis-crepanzen zwischen der bundeseinheit-lichen, als generalisierte Bestands-aufnahme der Jahre 1967/68 zu wertenden Zentralitätskarte des Instituts für Landeskunde (vgl. G. KLUCZKA 1970) und den amtlichen und privaten Zentrali-tätsgliederungen für einzelne Bundes-länder oder Teilregionen; Zentralitäts-karten der Länder sind ohnehin meist Darstellungen entwicklungsplanerischer Zielvorstellungen, nicht aber tat-sächlicher Gegebenheiten.

3. Mikrostandorte und Stadtentwicklung - die Universität als Motor der kommunalen Entwicklungsplanung

Nach der Darstellung der Gründung von Universitäten und den Problemen ihrer großräumlichen Standortbestimmung sowie der anschließenden Behandlung der Bildungsbeteiligung soll nunmehr in einem dritten Teil die Aufmerksamkeit auf den engeren Hochschulstandort gelenkt werden.

Als Folge zunehmender Wissenschaftsdifferenzierung in unserer Zeit sind auch die steigenden Raumansprüche der Universitäten schnell gewachsen und stellen ein Hauptproblem der heutigen Hochschulplanung dar. Deshalb kommt dem Standort einer Universität eine sehr hohe Bedeutung zu.

In der Literatur wird seit etwa 1960 zwischen Makro- und Mikrostandort unterschieden. "Übereinstimmend wird unter Makrostandort einer Hochschule deren Lage bzw. die Lage des Hochschulortes im größeren regionalen Bereich verstanden, unter Mikrostandort die Lage der Hochschule im Stadtraum bzw. das Hochschulgelände selbst" (Projektgruppe UNIFO 1971, S. 217). Beide stehen offensichtlich in wechselseitiger Abhängigkeit, wobei jedoch der Vorrang beider unterschiedlich gewichtet wird. Insgesamt gesehen erscheint mir die Frage des Standortes im engeren Sinne für die Beziehungen zwischen Universität und Stadt vorrangiger zu sein. "Der Mikrostandort als die genaue Lokalisierung der Universität innerhalb des Makrostandortes entscheidet weitgehend über die Möglichkeiten zur Ausnutzung der durch die Stadt gebotenen Qualitäten und über die Chancen einer Integration in die Stadt" (D. STORBECK 1967, S. 203).

Als Gegensatzpaar für Lagetypen von Universitäten werden immer wieder Stadt- und Campusuniversitäten herausgestellt, ohne daß vielfach die Inhalte dieser Begriffe kritisch hinterfragt werden. Partielle Auslagerungen von Hochschulen haben auch Kombinationslagen entstehen lassen. F. HALLAUER bestreitet sogar grundsätzlich, daß beide Grundtypen einen Gegensatz darstellen sollen. "Um das Ergebnis vorweg zu sagen: Es handelt sich hier nicht um eine polare Kontradiktion,

sondern um eine Synthese Campus und Stadtuniversität, nicht Campus oder Stadtuniversität" (F. HALLAUER 1970, S. 56).

Die Problematik der Begriffe geht beispielhaft aus den folgenden Ausführungen des Kölner Universitätskanzlers W. WAGNER hervor: "Die Universität (Köln) ist eine Stadtuniversität, denn sie liegt nicht nur innerhalb des Stadtgebietes, sondern ist mitten in Wohnbezirke eingebettet, eine Tatsache, die jeder Erweiterung des Geländes von vornherein Grenzen setzt. Trotzdem ist sie keine typische Stadtuniversität, denn sie ist nicht, wie selbst mittlere und kleinere Universitäten, über das Gebiet der Stadt verstreut. Vielmehr hat sie ein zusammenhängendes, in sich geschlossenes eigenes Areal ... Bedenkt man ferner, daß diese räumliche Einheit durch eine weitgehende Geschlossenheit der Fakultätsbereiche ergänzt wird, ... , so kann man sagen, die Universität Köln liegt heute schon auf einem Campus, dessen Mitte der Albertus-Magnus-Platz bildet" (W. WAGNER 1969, S. 195). Eine wichtige Forderung für die Neubauplanung war, das Universitätsgebiet "im unmittelbaren Anschluß an den bisherigen Campus nach allen Richtungen zu erweitern" (Ebd., S. 195).

3.1 Stadtuniversitäten

3.1.1 Ehemalige Bürgeruniversitäten

Unter dem Begriff der Stadtuniversität wird nicht nur ein besonderer Lagetyp verstanden; sehr oft wird diese Bezeichnung auch auf die frühere oder heutige Eigentümerschaft oder auf die zu versorgende Bevölkerung angewandt. So gelten die Universitäten in Hamburg, Frankfurt, Köln oder Basel als "Stadtuniversitäten" oder auch "Bürgeruniversitäten", da sie kommunaler Initiative ihre Existenz verdanken (W. KATNER 1969, S. 4).

Die schottischen Hochschulen (u.a. Edinburgh, Glasgow, Aberdeen) sind "gleichsam als mittelalterliche Frühformen der Stadtuniversität" (W. RATH 1969, S. 58) aus lokalen Impulsen entstanden und zählen heute zu den innerstädtischen Großuniver-

sitäten. In England wurden neben den durch ihre Colleges geprägten alten Universitäten Oxford und Cambridge im 19. Jahrhundert und auch nach 1950 Stadtuniversitäten (Civic Universities) in citynaher Lage für vorwiegend technologische Bildung gegründet, die gleichfalls auf lokale Initiative zurückgehen (z.B. Manchester, Leeds, Birmingham, Liverpool oder die London School of Economics). "Es lag im Aufgabenbereich der Stadtuniversitäten, daß sie ihre Studenten, anders als Oxford und Cambridge, aus der Stadt und der engeren Region rekrutierten". (Ebd., S. 59).

Von der Trägerschaft her sind alle angesprochenen Hochschulen heute nicht mehr als Stadtuniversitäten zu bezeichnen, da sie inzwischen staatliche oder zumindest stark mit Staatsmitteln unterstützte Hochschulen geworden sind. Im folgenden soll auf diese besonderen Inhalte des Begriffs "Stadtuniversität" nicht mehr eingegangen werden, sondern darunter nur noch der Standort im Kernraum der Stadt verstanden werden.

3.1.2 Stadtkernlage und räumliche Expansion

Von ihrer Entstehung im Mittelalter und der frühen Neuzeit her müssen die traditionsreichen europäischen Universitäten als stadtbezogene Einrichtungen gelten, die innerhalb der damaligen Stadtmauern in Streulage an unterschiedlichen Standorten sich entwickelten und durch Ankauf von Gebäuden und Grundstücken allmählich prägend für bestimmte Stadtviertel wurden (z.B. die südwestliche Stadt in Bologna, das linke Seineufer in Paris, die östliche Stadthälfte in Oxford, das ehemalige Judenghetto im Westen Heidelbergs). Im 16. und 17. Jahrhundert entstanden neben meist als Auditorien- und Aula-Gebäuden dienenden kleineren Neubauten (z.B. Alte Aula in Tübingen) auch die ersten Gesamtgebäude von Universitäten (z.B. in Helmstedt, Altdorf bei Nürnberg, Würzburg oder Krakau), die im 18. und 19. Jahrhundert - wie in Breslau, Berlin, Wien und Paris - zunehmend als monumen-

tale Repräsentationsbauten errichtet wurden. Beachtlich ist das Bemühen, die Universität weiterhin im - mittlerweile durchweg erweiterten - Stadtkern anzusiedeln, so in Berlin Unter den Linden (Dorotheenstadt) oder doch zumindest an seiner Peripherie wie an der Ringstraße in Wien (vgl. K. ROCKBROD 1969, S. 26-34).¹⁾ In Berlin entstand mit der Nachbarschaft von Universität, Bibliothek, Museen, den Akademien der Wissenschaften und Künste sowie Oper und Dom sogar ein nahezu geschlossener geistig-kultureller Bezirk im Stadtzentrum in enger Bezogenheit zur Gesamtstadt (Ebd., S. 34). E. LICHTENBERGER spricht für Wien vom innerstädtischen Teilraum einer "Universitäts-city", die durch die Universität, andere Hohe Schulen und halböffentliche Institute in der Nachbarschaft gebildet werde (E. LICHTENBERGER 1972, S. 60f. und Tafel IX nach S. 80, 1973, S. 13 und S. 19, 1977, S. 319 und Abbildungen S. 242 und S. 266).

Aber auch die als Gesamtbauwerke für das vollständige Raumprogramm der Universität - jedoch ohne Klinikum - konzipierten Großbauten erwiesen sich im 20. Jahrhundert als zu klein. "Die starken Erweiterungstendenzen der modernen Universität erforderten, jeder vorausschauenden Planung zum Trotz, das Provisorium der Einnistung in Vorhandenes, ein Provisorium, das für die Universität seit ihrem Entstehen kennzeichnend gewesen war" (K. ROCKBROD 1969, S. 34).

Charakteristisch für Stadtuniversitäten sind somit eine Streulage der Hochschulgebäude innerhalb des Stadtkerns und das Bemühen der Universität nach Expansion und Konzentration. Der innerstädtische Standort hat - wie leicht ersichtlich - eine sehr enge bauliche und gesellschaftliche Verflechtung von Stadt und Universität zur Folge.

1) Zu Standort, Funktion, Nutzung und Gestalt von Hochschulgebäuden siehe auch K. ROCKBROD 1977. - Der Plan, die Wiener Universität bereits bei der Gründung 1365 außerhalb der Altstadt zu errichten, kam nicht zur Ausführung (K. ROCKBROD 1969, S. 29).

3.1.3 Altstadt, City und deren Erweiterungsgebiete als Universitätsstandorte

Nun werden in der Literatur als "Stadtuniversitäten" aber auch solche Hochschulen bezeichnet, die

- im unmittelbaren Erweiterungsbereich des Stadtkerns liegen (z.B. Frankfurt, Hamburg, München),
- die zentral oder randlich in einem geschlossenen Wohngebiet liegen, das baulich Anschluß an die Innenstadt hat und nicht durch größere Freiflächen abgetrennt ist (z.B. Köln, Duisburg),
- die durch größere Freiflächen von der Innenstadt getrennt sind und sich an einen Vorort anlehnen, der nicht allzuweit vom Stadtzentrum entfernt liegt und gut erreichbar ist (z.B. Düsseldorf).

Es ist leicht zu erkennen, daß das Bestimmungswort "Stadt" innerhalb des Kompositums Stadtuniversität von Fall zu Fall einen beträchtlich anderen Bedeutungsinhalt hat, der in der Anwendung des Wortes zunehmend bedenklich wird. Grundsätzlich sind nicht alle Bereiche auf dem Gebiet einer politischen Stadtgemeinde auch Stadt im funktionalen Sinne. Dies verdeutlicht auch die Redensart "in die Stadt fahren", wenn man von einem Vorort oder einer Stadtrand siedlung aus für Besorgungen oder Inanspruchnahme von Dienstleistungen in das Stadtzentrum fährt. Das Kerngebiet einer Stadt kann man charakterisieren:

- tagemäßig als Innenstadt oder Stadtmitte (evtl. auch Stadtkern),
- genetisch als Altstadt,
- funktional als Stadtkern und als deren Kernraum City.

Alle Begriffe können im Extremfall dekongungsgleich sein, weisen aber im allgemeinen beträchtliche Bedeutungsunterschiede auf, die im folgenden zunächst herausgestellt werden sollen. Während die Lagebegriffe am neutralsten sind, dürften sich genetische und funktionale Charakterisierung häufiger ausschließen. B. HOFMEISTER weist denn auch auf die Problematik der Termini City, Altstadt, Innenstadt und Stadtkern hin, deren Verwendung nicht

eindeutig ist, da sie alle nichts anderes angeben "als die zentrale Lage eines Stadtteils innerhalb des Stadtgebietes (1969, S. 88).²⁾

Als Altstadt bezeichnet man gemeinhin jenen Bereich, der - ehemals von Mauer, Wall und Graben umgeben - bis etwa 1800 oder sogar 1870 die Stadt schlechthin war. Sie ist vielfach ein historischer Kernbereich "zur planmäßigen Wahrung des alten traditionellen Stadtbildes, das je nach der Hauptblütezeit der Stadt seine individuelle kunstepochengebundene Gestalt hat" (Die Kölner Innenstadt 1970, S. 15). Unter City versteht man - entgegen dem Sprachgebrauch im Englischen - jenen zentralen Stadtteil, in dem "die zentralörtlichen Funktionen der höchsten Stufe der Bedienung in einzigartiger Konzentration vereinigt" sind (B. HOFMEISTER 1969, S. 87). Kennzeichen sind eine hohe Oberbauung, große Geschoßflächenzahlen und anhaltende Bodenspekulationen bei Grundstücks-Höchstpreisen, Dominanz von Gebäuden für kommerzielle, administrative und kulturelle Zwecke und von sog. tertiären Berufen, eine hohe Verkehrsintensität mit tageszeitlich rhythmisch auftretenden Verkehrsströmen, eine abnehmende Bevölkerungszahl, ein deutliches Übergewicht der sog. Tag- über die Nacht-(Wohn-)bevölkerung sowie ein Höchstmaß räumlich gedrängter Urbanität. Vereinfacht könnte man die City (amerik.: downtown) als Hauptgeschäftszentrum (central business district) sowie als Verwaltungs- und Dienstleistungszentrum

2) Diese verworrene begriffliche Situation sei beispielhaft an den statistischen Kernbezirken einiger Städte aus dem Ruhrgebiet und anderer deutscher Großstädte dargestellt. Diese heißen in Dortmund City (ergänzt durch City-Randgebiete), in Essen Stadtkern, in Duisburg, Oberhausen, Gelsenkirchen und Bottrop Altstadt, in Bochum, Recklinghausen und Hamm Innenstadt (in Bochum ergänzt durch "Übrige Altstadt"), in Mülheim und Lünen Stadtmitte, in Gladbeck und Witten Mitte und in Hagen - reichlich verwirrend - "Mittelsstadt". Als Mitte werden auch die zentralen Stadtbereiche in Berlin, Hannover und Stuttgart bezeichnet, als Altstadt diejenigen von Hamburg und Köln (mit benachbarter bzw. ringförmig anschließender Neustadt), Düsseldorf (Altstadt/Stadtmitte I), Münster, Nürnberg und Bremen (Altstadt 1).

charakterisieren.³⁾ Die Abgrenzung der City ist besonders problematisch und erfolgt meist mit Indexwerten (INFAS 1966, S. 11-33 und S. 168-171, B. HOFMEISTER 1969, S. 96f.); dabei spielt der Abbau der Wohnfunktion eine charakteristische Rolle.

"Die Altstadt vieler größerer Städte ist zum Schauplatz der Citybildung geworden und heute je nach Ausdehnung mit der City identisch" (B. HOFMEISTER 1969, S. 69f.). "Doch die Entwicklung zu Großstädten und deren Wachstum brachten es mit sich, daß auch die City eine Erweiterung über die ehemaligen Stadtmauern bzw. Befestigungsanlagen hinaus erfuhr" (G. SCHWARZ 1966, S. 453). Insbesondere bildeten sich Achsen gesteigerter Verkehrsspannung zwischen dem innerstädtischen Hauptgeschäftszentrum und dem Hauptbahnhof, wo im unmittelbaren Zentralkontakt wie in Köln - hier liegt der Hauptbahnhof sogar noch auf historischem Altstadtgebiet - oder in Stuttgart eine Art "Bahnhofscity" entstehen konnte (P. SCHÜLLER 1967, S. 63). Oft hat sich aber auch "zur Umgehung der Enge der Altstadt, meist ... in Orientierung an den Hauptverkehrsknotenpunkten, die Geschäftsstadt unabhängig von der Altstadt entwickelt, sie dann erst später berührt, teilweise oder schließlich ganz überwuchert und verdrängt. Große Stadtbrände, frühe und jüngere Zerstörungen trugen ihr übriges dazu bei (Die Kölner Innenstadt 1970, S. 15).

In zahlreichen Städten bestehen beträchtliche Diskrepanzen zwischen Altstadt und City. So ist der Nordwesten der Innenstadt Münsters, das sog. Kuhviertel, mit seinem alten Baubestand und zahlreichen Gastronomiebetrieben zwar städtischer Traditionsraum, aber mitnichten City. "Für Köln gilt der Begriff Altstadt für das Gebiet innerhalb der Ringe als Verwaltungsbegriff, in der Erscheinungsform gibt es eine Kölner Altstadt nicht. Der südliche Sektor der

Altstadt ist Wohnstadt mit wenigen Wirtschaftsverwaltungskomplexen, öffentlichen Versorgungsdiensten, jedoch noch mit Produktionsgewerben einschließlich eines Großbetriebes, und vielen 'stillen' Wohnstraßen."⁴⁾

Entsprechend der vergleichenden City-Studie von INFAS haben sich in den deutschen Großstädten zwei Grundtypen der City entwickelt und zwar

- a) die aus einem großen alten Stadtkern mit intensiver Nutzung und starkem Gefälle nach außen erwachsene City (Bremen, Dortmund, Essen, Nürnberg) und
- b) die City zwischen Altstadt und Hauptbahnhof mit meist einer zentralen Straße als Leitlinie (Düsseldorf, Frankfurt, Stuttgart, München).

Ist der erste Typ innerhalb der ehemaligen Festungsanlagen und heutiger Ringstraßen relativ leicht abgrenzbar, so ist dies beim zweiten Typ mit seinen breiten Übergangszonen sehr schwer.

Für einige Autoren bedeutet City nur das Verwaltungszentrum - wie bei der City of Westminster -, für andere wiederum nur das Hauptgeschäftszentrum, während die übrigen zentralen Funktionen in der weiteren Stadtmitte angesiedelt seien. Für W. DUCKERT (1968) ist Stadtmitte der übergeordnete Begriff für Stadtkern (physiognomisch) und Stadtzentrum (funktional). Auch diese Terminologie ist nicht sehr überzeugend.

Zu den höchstrangigen zentralen Funktionen, die als charakteristisch für Oberzentren und damit für deren Cities als städtische Kernräume angesehen werden, gehören auch Universitäten und Kliniken. Wegen ihres hohen Raumbedarfs oder wegen des Ruhebedürfnisses liegen sie aber überwiegend außerhalb des Citybereiches (B. HOFMEISTER 1969, S. 92f.). Dies gilt auch für die Mehrzahl der sog. Stadtuniversitäten. Lediglich in einigen traditionsreichen

3) Siehe u.a. P. SCHÜLLER 1967, S. 63f., B. HOFMEISTER 1969, S. 87-97, INFAS (Institut für angewandte Sozialwissenschaft) 1966, S. 7-10, G. NIEMEIJER 1969, S. 290-306 und E. LICHTENBERGER 1971, S. 216-262.

4) Die Kölner Innenstadt 1970, S. 15f. - Siehe auch ebd., S. 24: Karte der Geschäftsstadtkerne von Köln, Düsseldorf und Bonn.

Universitätsstädten wie Heidelberg, Tübingen, Marburg, Göttingen oder Münster liegen wesentliche Teile der Universität innerhalb einer City, die weitestgehend aus der Altstadt erwachsen ist. Eine Gleichsetzung von Stadtuniversität mit City-Universität wäre deshalb falsch. Eine echte City-Lage hat nicht einmal die nur jeweils etwa 400 m von Innenstadt und Hauptbahnhof entfernt liegende Universität (Technische Hochschule) Stuttgart. Sie entstand im Nordwesten der Innenstadt auf einem Gelände, das ehemals See- und Jagdfläche, dann Parkanlage und schließlich wilhelminisches Wohngebiet wurde,⁵⁾ nach der INFAS-Studie aber außerhalb der City im funktionalen Sinne liegt (1966, S. 174f. und Karte Y 1.02). Auch die neuerrichtete Universität Essen-Gesamthochschule, für die aus mehreren Lokalisierungsvorschlägen bewußt der Standort "City-Nord" im Ortsteil Segeroth ausgewählt wurde, liegt außerhalb der eigentlichen City (Ebd., S. 176f. und Karte Y 1.02). Sie grenzt zwar wie in Stuttgart an diese an, wird aber durch den Gleiskörper der Deutschen Bundesbahn deutlich abgetrennt.

Wenn somit eine Stadtuniversität nicht durch eine ausschließliche oder überwiegende Citylage gekennzeichnet ist, so muß wenigstens für sie eine Lage im engen oder weiteren Kernraum der Stadt charakteristisch sein. Hierbei handelt es sich meist um jenen Kranz von Stadtteilen, der aus den umfangreichen Stadterweiterungen des 19. Jahrhunderts hervorging. Sie werden meist als citynahe Wohn- und Gewerbegebiete oder auch Vorstädte bezeichnet

5) Freundliche Auskunft von Herrn Dr. Reinhard GROTZ, Stuttgart. Da der Raumbedarf der TH schon in den 20er und 30er Jahren im Stadtzentrum nur schwierig zu befriedigen war, diskutierte man die Verlegung der gesamten Hochschule (z.B. 1931 nach Degerloch). Angesichts der im 2. Weltkrieg zu 75% zerstörten Hochschulgebäude stand eine völlige Auslagerung nach Tamm (Württ.) zur Diskussion, ehe man sich 1954 und endgültig 1960 zum Ausbau in der Stuttgarter Stadtmitte und zur Bildung einer neuen Hochschulstadt für forschungsintensive Einrichtungen im Pfaffenwald bei Stuttgart-Vaihingen entschloß. - Siehe auch W. MECKELEIN 1967.

net und vereinfachend "gern" zumindest in größeren Städten - "wilhelminischer Wohnring" oder "gründerzeitlicher Wohngürtel" genannt. "Nicht immer war es wie in Pisa möglich, das alte, an den Geschäftskern sich anlehrende Universitätsviertel innerhalb der mittelalterlichen Stadtmauern im 19. Jahrhundert über diese hinaus in die unmittelbare Nachbarschaft zu erweitern" (G. SCHWARZ 1961, S. 386f.). Die Universität Münster oder die Technische Hochschule Aachen entwickelten sich ähnlich nahezu sektoral aus dem Innenstadtbereich heraus nach Westen bzw. Nordwesten. Die Technische Hochschule Braunschweig wurde außerhalb des Stadtkerns nördlich des Oker-Umflutgrabens, aber noch innerhalb einer weitgefaßten Ringstraße errichtet (G. NIEMEIER 1969, S. 294). Universität und Technische Universität München entstanden in der Max-Vorstadt und haben den Charakter von Stadtviertels-Universitäten. Derartige universitätsgeprägte Viertel im Randbereich der Innenstädte existieren auch in Frankreich und Spanien (Citè Universitaire, Ciudad Universitaria).⁶⁾

Man sollte allerdings spätestens dann nicht mehr von Stadtuniversitäten sprechen, wenn Hochschulkomplexe in ehemals selbständigen Vororten mit gewissen funktionalen Eigenständigkeitsmerkmalen liegen, wenn sie einen besonderen Vorort darstellen oder erst recht in den peripheren Teilen der Stadt angeordnet sind. In der Regel bedeutet eine solche Lage, daß die Universität drei und mehr Kilometer vom Rand der Innenstadt entfernt ist. Dieser Wert kann jedoch nicht generell genommen werden, da er sehr abhängig ist von der Größe der jeweiligen Stadt und auch dem Ausmaß ihres Stadtkerns. Eine detaillierte Einzeluntersuchung der Innenstadtabgrenzung aller Hochschulstädte der Bundesrepublik Deutschland ist im Rahmen dieser Untersuchung nicht möglich; selbst die umfassende INFAS-Studie hat sich nur mit den Ci-

6) Die angeführten Bezeichnungen gelten allerdings auch für Hochschulkomplexe und zugeordnete Gebäude im Außenbereich der Städte.

ties von neun Großstädten beschäftigt.⁷⁾ Die Abgrenzung des zentralen städtischen Kernraumes (Innenstadt) erfolgte - soweit sie für die weiteren Untersuchungen benötigt wurde - nach Stadtplanstudien und physiognomischen Beobachtungen aufgrund der stadtgeographischen Arbeitserfahrung.

3.2 Campus-Universitäten

3.2.1 Entwicklung und internationale Tendenzen

3.2.1.1 Begriff und Anfänge in den USA

Als Gegentyp zur Stadtuniversität entwickelte sich insbesondere in den angelsächsischen Ländern, vor allem den USA, die Campus-Universität. Hierunter wird zumeist eine akademische Stadt auf Eigengelände in baulicher Geschlossenheit und Isoliertheit verstanden; Campusanlagen gelten durchweg als "integrationsfeindlich" für Außenbeziehungen der Hochschule zur Stadt (Projektgruppe UNIFO 1971, S. 3). Von einem Campus als Universitätsbezirk wird aber auch dann gesprochen, wenn eine Hochschule sich nicht als Campus-Universität versteht. So heißt es in einer Festschrift der Universität Hamburg, daß nach Demonstrationen und einer Institutsbesetzung "Polizei auf den Campus gerufen" wurde (Universität Hamburg 1919-1969, 1969, S. 329). In diesem Zusammenhang wird Campus - wie auch an zahlreichen anderen Hochschulen üblich - mit Universitätsgelände gleichgesetzt.⁸⁾

Der Ursprung der Campus-Universität liegt in den "Land Grant Colleges" der USA.

"Im Morrill Act von 1862 bestimmte Präsident Lincoln mitten im Bürgerkrieg, daß in jedem amerikanischen Bundesstaat minde-

stens ein (staatliches) College zu errichten sei, um dem Bildungsanspruch seiner Bürger zu entsprechen und gleichzeitig die technische Entwicklung des Landes zu fördern. Zur materiellen Sicherstellung dieser Colleges wurden bundeseigene Ländereien herangezogen (Land Grants) ... Im Sinne ihrer Zielsetzung erhielten die 'Land Grant Colleges' eine möglichst zentrale Lage im Territorium des jeweiligen Bundesstaates. Es entstand der autarke, nicht an eine bedeutendere Siedlung gebundene Universitäts-Campus, die 'Campus-Universität' ... Bildungsziel dieses amerikanischen aller Hochschultypen wurde eine praktisch orientierte Allgemeinbildung ..." (W. RATH 1969, S. 70)⁹⁾ unter Einschluß von Umgangsformen und Erziehung für das Leben in der Gesellschaft. "Eine so breit angelegte Erziehung ließ sich am ehesten in Campus-Universitäten verwirklichen, wo den Studenten räumlich Möglichkeiten zur Verfügung gestellt werden konnten, sich auf Gebieten zu betätigen, die nichts mit der Wissenschaft zu tun haben" (Ebd., S. 22). Aufgrund des erwähnten Gesetzes wurden in der Folgezeit 69 Land Grant Colleges gegründet (B. HOFMEISTER 1970, S. 124).

Vorbild dieses Bildungskonzepts waren die britischen Universitäten Oxford und Cambridge mit ihren Colleges, in denen eine "Lebensgemeinschaft" von Lehrenden und

8) Das Ökumenische Studienwerk e.V. in Bochum (Studentenwohnheim und privates Studienkolleg der Evangelischen Landeskirche Westfalen) bietet Studentenehepaaren aus Entwicklungsländern "Kleinstwohnungen auf dem Campus" an, womit in diesem Fall das Grundstück dieser Einrichtung gemeint ist.

9) Im Gegensatz zu älteren Privatuniversitäten (1636 Harvard-Universität in Boston, 1695 College of William and Mary in Williamsburg, 1747 Princeton), die vor allem von Religionsgemeinschaften primär für die Priesterausbildung errichtet worden waren (B. HOFMEISTER 1970, S. 60), nahmen die Land Grant Colleges zunächst überwiegend zweckorientierte landwirtschaftliche und polytechnische Fächer in ihr Lehrprogramm auf. Erst langsam entwickelten sie sich von der praktisch allgemeinbildenden zur wissenschaftlichen Hochschule. Als frühe Dienstleistungsbetriebe zur Versorgung eines bestimmten Einzugsbereiches mit Bildungsmöglichkeiten entsprechen sie den heutigen Regionaluniversitäten.

7) Es sind dies Hamburg, Essen, Düsseldorf, Dortmund, Stuttgart, Bremen, Hannover, Duisburg und Nürnberg (INFAS 1966, Vorbemerkung). Ein mir nicht zugänglich gewesener "Zwischenbericht" soll auch noch Strukturdaten von München, Köln und Frankfurt enthalten haben. G. NIEMEIER legte Karten der Citygrenzen für Braunschweig, Hannover, Düsseldorf, Duisburg und München vor (1969, Beilage), die von den INFAS-Ergebnissen beträchtlich abweichen.

Lernenden angestrebt wird; als Mittel dazu dienen ein zwangloses Miteinander von Wohnen, Lernen und gesellschaftlichem Leben sowie die Betreuung jüngerer College-Studenten durch Tutoren.¹⁰⁾ Im Unterschied zu den ersten britischen Colleges, die durch eine Stadtlage (z.T. abgeschlossene Komplexe innerhalb der Stadt) bestimmt sind, wurde in den Vereinigten Staaten jedoch bevorzugt ein freies Feld (Campus) als Hochschulstandort gewählt und nach einem Gesamtplan erschlossen, und zwar erstmals 1813 für das Union College der Universität Schenectady im Staat New York und 1819 die Universität für Virginia in Charlottesville (K. ROCKBROD 1969, S. 35f.). Als Standortbedingungen wurden u.a. eine klimatisch gesunde Lage möglichst zentral zu allen Siedlungen des Staates, Ruhe und Bequemlichkeit für die Professoren und ihre Familien und Möglichkeiten zu ungestörtem Studium für die Studenten gefordert (Ebd., S. 36). So entstanden, entsprechend der Forderung nach mathematisch-geographischer Zentrallage, zahlreiche Campus-Hochschulen mit Universitätsgebäuden und zugehörigen Wohnbereichen auf den Gemarkungen von Landgemeinden und Kleinstädten. In seiner Studie zur Klassifizierung der amerikanischen Städte für das Jahr 1940 erwähnt Ch. D. HARRIS allein 52 bekannte Hochschulen in Städten mit unter 10.000 Einwohnern sowie 17 einwohnerstärkere "Universitätsstädte" mit mehr als 25% studentischer Bevölkerung; diese zuletzt genannten Orte (z.B. Ann Arbor in Michigan oder Columbia in Minnesota) charakterisiert er als kleine Zentren in Staaten des mittleren Westens mit jeweils mehr als 8.000 Studenten an großen Staatsuniversitäten.¹¹⁾ Als Campusanlagen wurden aber auch berühmte Privatuniversitäten gegründet, so z.B. in Kalifornien die nahe Berkeley ge-

10) Die Colleges sind heute noch weitgehend autonome Institutionen; so besteht die Groß-Universität London aus 35 solcher Colleges und Schools mit Selbstverwaltung (z.B. London School of Economics) und ist damit praktisch ein Hochschul-Verbund.

11) Ch. D. HARRIS 1943; Abdruck bei P. SCHÖLLER 1969, S. 289-309, insb. S. 292f. und S. 304f.

legene, 1891 eröffnete Stanford University, die aus einem Komplex mehrerer Hochschulen besteht (Universität, Technische und Pädagogische Hochschule, Musik- und Kunsthochschule), durch zwei unabhängige Forschungszentren erweitert wurde und zusammen mit den ergänzenden Wohn-, Versorgungs- und Freizeiteinrichtungen eine Stadt für sich darstellt; zu ihr gehören u.a. je ein Stadion, Konzert- und Theatersaal, Museum, Verlag, eine Radiostation und eine Vielzahl weiterer städtischer Dienste (P. FRANK 1972, S. 126).

3.2.1.2 Realisierung der Campus-Idee in verschiedenen Ländern

Während in den USA im 19. und 20. Jahrhundert zunehmend hauptstädtische Universitäten in städtischen Verdichtungsräumen gegründet wurden, kam es zur Errichtung von Campus-Universitäten in peripheren Teilen von Städten insbesondere in einigen Ländern der dritten Welt, so z.B. in Indien oder Südamerika, aber auch auf dem europäischen Festland und in Großbritannien. Die neuen, in Obersee fast ausschließlich in Groß- und Hauptstädten begründeten Hochschulen (G. SCHWARZ 1961, S. 351) wurden prägend für ganze Vororte, wie es in den bereits erwähnten Begriffen Cité Universitaire im Französischen und Ciudad Universitaria im Spanischen zum Ausdruck kommt.

In Großbritannien entschied man sich erst bei einem Großteil der ab 1961 errichteten "neuen Universitäten" für den Typ der stadtfernen Campus-Universität, z.B. in York oder den Universitäten von Sussex (Brighton) und Essex (Colchester); wachstumsorientierte Planung und eine "vielfältige Integration der Wohnfunktion in die Hochschule" bei Beibehaltung des College-Ideals sind charakteristisch.¹²⁾

In Frankreich entstanden die meisten Hochschulneugründungen und -erweiterungen in

12) W. RATH 1969, S. 64; siehe auch A.E. SLOMAN 1964, P. JOCKUSCH und F.J. MERTENS 1967 und R. ELVIN 1971. Zur Situation einer neuen Technischen Universität nach Lage und Einzugsbereich siehe G.H. HONES 1973.

beträchtlicher, ja teilweise extremer stadtferner Lage, oftmals in Verbindung mit anderen Hochschuleinrichtungen oder Forschungszentren (u.a. in Bordeaux, Caen, Dijon, Grenoble, Montpellier, Orléans, Rouen). So liegt z.B. der Campus der Universität Orléans 5 km südöstlich der Stadt, der Erweiterungscampus der Universität Marseille in Luminy 15 km, derjenige der ehemals einheitlichen Sorbonne in Orsay gar 25 km vom Zentrum von Paris entfernt.¹³⁾ Teilweise sind an diese Forschungsanlagen Wohnstädte mit einem gewissen Freizeitangebot angegliedert worden (Orléans II, Toulouse - Le Mirail), z.T. lediglich studentische Wohnbereiche (Grenoble), gelegentlich aber auch keinerlei Folgeeinrichtungen mit Ausnahme der Verkehrsverbindungen (z.B. Métro nach Orsay).¹⁴⁾ Die interdisziplinäre Forschungsgruppe SEGESA hat an der französischen Hochschulplanung u.a. kritisiert, daß sie durch die Auslagerung der Universitäten den Städten einen kulturell und sozial wichtigen Faktor entzogen habe und daß in den neuen Anlagen außer guten Arbeitsmöglichkeiten nichts oder zu wenig geboten werde, was zu einem universitären Leben gehöre.¹⁵⁾

Auch in den skandinavischen Ländern sind, angefangen mit den Auslagerungen der Technischen Hochschule in Kopenhagen

(1960) sowie der Universität Stockholm in Vororte, bevorzugt "große zusammenhängende Gelände außerhalb der Stadt" (W. RATH 1969, S. 50) gewählt worden, so für die neuen Universitäten in Oulu (Finnland) und Odense (Dänemark). Rahmenplan und peripherer Standort sollen gewährleisten, daß künftige Entwicklungsmöglichkeiten offen bleiben; zusehends werden aber auch städtebauliche Folgen sowie Arbeits- und Lebensstil der Hochschulen diskutiert.¹⁶⁾

In den Niederlanden und Belgien, wo es ursprünglich nur Stadtuniversitäten gab, stellen die wachsenden Dimensionen der Universitäten gleichfalls das Hauptproblem der Hochschulplanung dar. Während man etwa in Amsterdam und Groningen die Universitätsgebäude auf mehrere Schwerpunktbereiche konzentrierte, verblieben in Leiden, Utrecht, Delft und Löwen nur die geisteswissenschaftlichen Fakultäten in der Innenstadt, während die naturwissenschaftlichen und medizinischen Fachbereiche auf zusammenhängende Komplexe am Stadtrand ausgelagert wurden. Die Universität Lüttich wurde 1967 geschlossen als stadtferner Campus in den Vorort Sart Tilman verlegt, die neuen Technischen Hochschulen Eindhoven (1956) und Twente in Enschede (1964) bereits als Campushochschulen begründet (W. RATH 1969, S. 52-56). Der flämisch-wallonische Sprachenstreit in Belgien führte zur Teilung der katholischen Universität Löwen, der ältesten des Landes. Während die flämische Universität in der Stadt Löwen verblieb, wurde die französischsprachige Universität Louvain-la-Neuve 1971 auf einem 900 ha (!) großen Gelände bei dem Dorf Ottignies eröffnet, das etwa zugleich 25 km südöstlich von Brüssel und südwestlich von Löwen liegt.¹⁷⁾ In ihrer extremen

13) Um Paris herum, dessen Universität um 1970 nahezu unüberschaubar auf mehr als 150.000 Studenten angewachsen war, sind seit den 60er Jahren in Campuslage einige periphere Fakultäten zur Entlastung entstanden (z.B. Nanterre und Orsay) und weitere geplant (vgl. S. VASSAL 1969, S. 13B). Durch einen ministeriellen Erlaß vom 20.3.1970 wurden im Bezirk der Académie Paris 13 neue Universitäten konstituiert, die die Aufgaben und das Erbe der alten Pariser Universität angetreten haben (nach freundlicher Mitteilung von Herrn Dr. Serge VASSAL, Paris). Zur Entwicklung der französischen Universitäten bis zur Universitätsreform 1968 siehe J. SCHRIEWER 1972.

14) W. RATH 1969, S. 44-46, S. VASSAL 1969 und 1976 (instruktive Fallstudie Orléans), F. GAUSSEN 1965 und "Treize universités parisiennes". In: L'Education National Nr. 62, 9.4.1970, S. I-II.

15) SEGESA (Société d'Etudes Géographiques, Economiques et Sociologiques Appliquées) o.J., S. 3, 4, 13, 14.

16) Siehe H. LARSEN 1973, R. LAHTINEN 1973, H.J. AMINDE, H. BILLINGER und G. HECKING 1969.

17) Deutscher Akademischer Austauschdienst o.J. (1973), S. 11f. Auch die Freie Universität Brüssel wurde, jedoch unter Beibehaltung städtischer Standorte, in eine flämisch- und eine französischsprachige Universität geteilt. Die geteilten Hochschulen führen ihren Ursprung jeweils auf das historische Gründungsdatum zurück.

Abseitslage ähnelt diese neue Universität sehr stark den amerikanischen "Land Grant Colleges" des 19. Jahrhunderts, die zu Beginn erwähnt wurden.

Als eine Campus-Hochschule angelsächsischer Prägung stellt sich die kleine, derzeit nur für 4.000 Studenten ausgelegte TH Twente dar (Eröffnung 1964), auf die etwas näher eingegangen werden soll. Das 146 ha große Hochschulgelände liegt am nordwestlichen Stadtrand von Enschede etwa 3 km vom Stadtzentrum entfernt auf halbem Wege nach Hengelo, eingebettet in eine reizvolle Parklandschaft mit verschiedenen Gewässern. Auf dem weitläufigen, etwa 1,5 km langen Campus liegen in beträchtlicher Entfernung zueinander im Osten die pavillonartigen Fakultätsgebäude, im Westen Wohn- und Geselligkeitsbereiche mit zahlreichen attraktiven Gemeinschaftseinrichtungen, Studentenheimen und -wohnungen, Professorenhäusern und Wohnungen für Hochschulbedienstete. Obwohl kein Wohnzwang auf dem Campus besteht, wird insbesondere den jüngeren Semestern das Wohnen auf dem Hochschulgelände dringend empfohlen. Da in der Region Twente kaum Studentenzimmer verfügbar sind, werden diese Angebote (2.045 Wohnheimplätze bei 2.600 Studenten) meist gern in Anspruch genommen. Dieses angelsächsische "residential system" wird als Modellfall zur Erprobung eines intensiveren Studienbetriebes angesehen, ohne daß mit ihm das Prinzip der akademischen Pflicht-Tutoren aus den Colleges verbunden wäre. "Über die Neuordnung des Studienbetriebes hinaus sind durch gemeinsames Wohnen auf dem Campus vielfältige ungezwungene persönliche Kontakte möglich."¹⁸⁾

Nicht nur in den Staaten Westeuropas, son-

18) W. RATH 1969, S. 55 und Auskünfte der Hochschulverwaltung; vgl. auch "Die Technische Hochschule Twente als Campushochschule". In: Hochschule und Forschung in den Niederlanden, Den Haag, 8. Jg., 1964, Nr. 2, S. 3-22 und "Die Technische Hochschule Twente". In: Westfälische Wilhelms-Universität Münster. Nachrichten & Berichte. April/Mai-Ausgabe 1979, S. 37-38. W. RATH spricht noch von einem Residenzzwang für Anfangssemester (1969, S. 56).

dern auch in den Ländern des Ostblocks, Asiens, Afrikas und Lateinamerikas sind am Stadtrand gelegene Campus-Hochschulen Prototypen der Universitätsplanung geworden. Sie sind großenteils, wie in Mexico City, Brasilia oder zahlreichen afrikanischen Hauptstädten, "zu Prestigeobjekten geworden und werden teilweise mit kostspieligem Aufwand zu Denkmälern des nationalen Kulturwillens ... Ihre Campusanlagen sind oft überdimensionierte Repräsentativanlagen" (W. RATH 1969, S. B1 für Südamerika). "... sie geben der Gesellschaft das Bewußtsein einer geistigen Selbständigkeit und den Studenten einen Maßstab für die Zukunft" (Ebd., S. 94 für Afrika). Der lokale Standort afrikanischer Universitäten ist selten innerstädtisch (Nairobi), häufiger, und zwar vorwiegend in ehemals französischen Kolonien, vor- und randstädtisch, meist aber, insbesondere in früheren britischen Kolonien, 10-30 km außerhalb der Stadt (z.B. Accra, Ibadan, Lusaka). Die angelsächsische Campus-Ideologie hat somit isolierte Wohn-Universitäten entstehen lassen, die weitgehend autarke Lebenseinheiten darstellen (Ebd.).¹⁹⁾

Stärker an die amerikanischen Campusanlagen erinnern dagegen verschiedene Universitäten in Südostasien, die jeweils um ein im Zentrum angeordnetes Grünforum orientiert sind, z.B. in Bangkok oder Jogjakarta (Indonesien) (Ebd., S. 87). Sie sind jedoch vielfach nicht mehr durch eine periphere Lage bestimmt, sondern -

19) Diese Campuslage mit der aus ihr folgenden Autarkie gilt auch für viele der rd. 20 Universitäten in der Republik Südafrika, die bekanntlich der Apartheid-Politik unterliegen. So wurde z.B. 1972 ein großzügiger Neubaukomplex einer für die indische Bevölkerungsgruppe bestimmter Universität in Durban (Provinz Natal) eröffnet, und zwar 12 km westlich des Stadtzentrums bei dem Vorort Westville in beherrschender Lage auf einem Hügel mit Ausblick auf den Indischen Ozean. Die Universität war zuvor seit 1961 auf einer Insel im Hafen von Durban untergebracht. Der neue Hochschulcampus enthält außer den Universitätsgebäuden Studentenheime, zahlreiche Sportanlagen und sogar ein Theater (nach freundlichen Informationen von Herrn Prof. Dr. P. SCHÜLLER, Bochum).

wie dies vor allem in Japan, aber weitgehend auch schon in den USA der Fall ist - eingeschlossen in die stetig expandierende Bebauung groß- und weltstädtischer Verdichtungsgebiete. Campus-Universitäten ohne Anlehnung an städtische Zentren sind in Japan lediglich verbreitet bei den nach dem 2. Weltkrieg entstandenen Präfektur-Universitäten, die als regionale Hochschulen bedarfsorientiert und zur Entlastung von Tokyo und der anderen Großstadtbezirke²⁰⁾ in den Provinzhauptstädten entstanden sind (z.B. die Ehime Universität in Matsuyama/Shikoku), ferner bei den sog. Filial-Campusanlagen nicht mehr erweiterungsfähiger hauptstädtischer Universitäten²¹⁾ und vor allem bei der 60 km nordöstlich von Tokyo errichteten neuen Universitäts- und Wissenschaftsstadt Tsukuba. Auf einer Fläche von 2.700 ha entstehen hier eine staatliche Großuniversität, mehrere private Hochschulen, Forschungs- und Kulturinstitute sowie eine neue Stadt für ca. 200.000 Einwohner in einem bislang noch

20) Unter 398 Universitäten und Colleges, die das japanische Erziehungsministerium 1972 in der Stufe der höchsten Bildungseinrichtungen führte, lagen 200 in den 5 größten Stadtbezirken, davon allein 104 im Hauptstadtbezirk Tokyo-to (P. SCHÜLLER 1976, S. 87 und S. 103).

21) Die überwiegend nördlich und westlich des Kernraumes von Tokyo gelegenen Universitäten suchen Standorte für auszulagernde Hochschulbereiche vor allem westlich der Hauptstadt, wo - wie z.B. in der Stadt Koganei - auf großzügigen Campus-Anlagen verschiedene Universitäten ganz oder teilweise neu entstanden sind (Freundliche Auskünfte der Herren Professoren Dr. T. YAZAWA, Dr. O. NISHIKAWA, Dr. S. YAMAGA und Dr. I. KAMOZAWA).

Die Entwicklung des Hochschulwesens in Japan mit konkurrierenden privaten und staatlichen Universitäten ist besonders expansiv verlaufen. Für die Vermittlung englischer Übersetzungen japanischer Hochschulstatistiken und Abhandlungen, deren Auswertung noch nicht abgeschlossen ist, bin ich Herrn Prof. Dr. Iwao KAMOZAWA, Tokyo, besonders dankbar.

22) Nach W. RATH 1969, S. 89f., F. HALLAUER o.J. (1973), S. 137-153 ("Die Wissenschaftsstadt Tsukuba"), P. SCHÜLLER 1976, S. 103 und freundlichen Informationen durch Herrn Dr. Winfried FLOCHTER, Bochum.

verkehrsmäßig unzureichend erschlossenen Raum.²²⁾

Als Campus-Anlagen an der Peripherie der Städte sind schließlich zahlreiche Universitäten der Sowjetunion zu bezeichnen, darunter auch die monumentale Lomonossow-Universität auf den Leninbergen im Südwesten Moskaus. Häufiger werden - wie in Taschkent - mehrere Hochschulen auf einem Campus vereinigt und dort in Lehr-, Wohn-, Sport- und Erholungsbereiche untergliedert, daneben aber auch bestehende Universitäten aus Expansionsgründen ausgelagert (z.B. Leningrad oder Lumumba-Universität Moskau).²³⁾

Charakteristisch sind die Bemühungen, Wissenschaftsstädte größeren und kleineren Ausmaßes als eigene Stadtzellen zu errichten, so in Moskau und Irkutsk ("Hochschulstädtchen"), vor allem aber in Nowosibirsk mit den südlich der Stadt gelegenen Forschungs- und Siedlungskomplexen Akademgorodok 1 und 2. In Akademgorodok 1, nahe dem Ob-Stausee mitten im Wald gelegen, sind eine Universität, 18 Institute der Sibirischen Zweigstelle der Akademie der Wissenschaften, das größte Rechenzentrum der UdSSR und Wohn- und Versorgungsbereiche zusammengefaßt.²⁴⁾ Den im Jahre 1973 rd. 50.000 Einwohnern (Ausbauziel: 65.000 Einwohner im Jahre 2000, Stand 1976 bereits 72.000 Einwohner), von denen ein Drittel in den Instituten arbeitet, steht ein derart umfassendes Infrastrukturangebot zur Verfügung, daß die fehlende Integration in die Großstadt Nowosibirsk nicht vermißt wird (H.J. AMINDE 1973b, insb. S. 389f.).²⁵⁾

23) W. RATH 1969, S. 67-69, W. QUECK 1971a und "Bildungsplanung, Stadtplanung, Hochschulplanung in der UdSSR. Ein Reisebericht" 1973.

24) Vermutlich war Akademgorodok von der Idee her ein Vorbild für die japanische Wissenschaftsstadt Tsukuba.

25) Für ergänzende freundliche Hinweise danke ich Herrn Prof. Dr. Dr. K. HOTTES, Bochum. - Nachgetragen sei, daß die meisten Wissenschaftler aus Akademgorodok mehrmals im Jahr die Möglichkeit haben, mit ihren Familien nach Moskau zu fliegen.

3.2.1.3 Innerstädtische Campus-Universitäten als neues Konzept

Der deutlich ausgeprägte Wunsch von Universitätsangehörigen, insbesondere auch Studierenden, nach Integration von Hochschuleinrichtungen in die Stadt- und Gesellschaftsentwicklung war vielfach der Ausgangspunkt, warum in Europa und Obersee insbesondere in jüngerer Zeit Universitäten einen innenstadtbezogenen Standort suchten oder nicht aufgeben wollten.

Stellte in den USA seit den "Land Grant Universities" der stadtunabhängige Universitäts-Campus die Normalform dar, so entstanden nunmehr "Stadtuniversitäten mit Campus". Die zu den Elite-Hochschulen zählende private Harvard University in Boston hat sich, ausgehend von zwei Colleges aus dem 17. Jahrhundert, vom Kernbereich aus "ohne Gesamtplanungskonzepte" und "willkürlich über ein Areal von 2 Quadratmeilen im Bostoner Stadtteil Cambridge ausgebreitet" (W. RATH 1969, S. 75 und Abb. 29). Als "typische große Stadtuniversität" (ebd., S. 78) wird trotz existenz eines Campus auch Berkeley (Kern der dezentralisierten staatlichen University of California) bezeichnet.²⁶⁾

"Da die Entwicklungsmöglichkeiten dieses an drei Seiten durch städtische Bebauung eingezwängten Campus begrenzt sind, ist man bemüht, vor allem durch intensivere Nutzung der vorhandenen Einrichtungen die Kapazität der Anlage auf die vorgesehenen 45.000 Studenten zu steigern" (Ebd., S. 78 und Abb. 34).

Modellfall eines neuen, städtisch orientierten Universitätsstandortes in den USA

26) Neben dem "Hauptcampus" mit z.Z. 30.000 Studenten sollen drei neue "Subzentren" in San Diego, Irvine und Santa Cruz als "Universitäten auf der grünen Wiese" für jeweils wenigstens 25.000 Studierende entstehen. "Unter diesem Gesichtspunkt soll parallel zur Entwicklung des Campus jeweils eine Universitätsgemeinde in der Größenordnung von etwa 100.000 Einwohnern entstehen, die auch den 'Folgebedarf' decken muß" (W. RATH 1969, S. 78).

wurde die University of Illinois in Chicago. Als ehemalige "Land Grant University" wurde sie 1867 inmitten des Territoriums in der kleinen Provinzstadt Campaign errichtet, während es in der Weltstadt Chicago nur einige kleine Privatuniversitäten und ab 1946 Zweigabteilungen der Staatsuniversität gab. Anfang der 60er Jahre wurde als neuer Hochschulstandort der "Congress Circle Campus" in Chicago ausgewählt, ein nur 43 ha großes ehemaliges Slumgebiet am Kreuzungspunkt zweier Autoschnellstraßen, das durch Universitätsbauten (für 25.000 Studenten) mit differenzierter Verdichtung "rehabilitiert werden soll. Ob das gelingt, hängt weniger von der Universität als vom Erfolg der Sanierungspolitik für den gesamten Nachbarschaftsbereich ab. Der Campus von Chicago ist eine reine Pendler-Universität und insgesamt ein Modellfall dafür, die großen Staatsuniversitäten innerhalb der Metropolen anzusiedeln" (W. RATH 1969, S. 76; vgl. auch K. ASHWORTH 1965).

Heute findet man in den USA zahlreiche stadtkernnahe Universitäten, deren Hochschulbezirk gleichwohl als "Campus" bezeichnet wird.²⁷⁾ Sie liegen häufig in einem der mittleren Stadtgürtel.²⁸⁾ Dabei ist die innerstädtische Lage nicht unproblematisch, wie am Beispiel der Universität Boston gezeigt werden kann. Diese "ist eine Stadtuniversität mit allen daraus resultierenden Vor- und Nachteilen. Als Nachteil ist der beschränkte Platz anzusehen, der bei den Planungsarbeiten zur Konzeption einer vertikalen Ausdehnung führte ... Beherrschender Bau ist das 18geschossige Institutsgebäude ... (Es) macht diese Lösung zu einem Prototyp kompakter Planung, gibt ihr den Stempel der Unverwechselbarkeit und zeigt einen neuen Weg für den Universitätsbau, der vom Campus über den Chicago Circle ... hierher geführt hat" (Universität Boston/USA 1969, S. 425).

27) Vgl. B. HOFMEISTER 1969, Plan S. 22 (Campus der University of Wisconsin in Madison).

28) Freundliche Auskünfte von Herrn Dr. Jörg BEYER, Bonn.

3.2.2 Entwicklung und Situation in Deutschland^{28a)}

3.2.2.1 Frühe Standortveränderungen

Wie weiter oben erläutert, sind die Universitäten in Deutschland und seinen Nachbarländern fast ausschließlich in den Kernräumen der Städte entstanden, zumindest aber in ihren unmittelbaren Erweiterungsbereichen.

Der für Universitäten charakteristische Expansionsdrang mußte langfristig dahin führen, daß der wachsende Raumbedarf in den Innenstädten nicht mehr befriedigt werden konnte und daß Zentralgebäude und ganze Fachbereiche an der Peripherie der Städte neuerrichtet bzw. angesiedelt wurden. Diese Auslagerung auf ein geschlossenes hochschuleigenes Gelände wurde jedoch keinesfalls als Campuslage im Sinne der Abseitslage empfunden, da diese Bezirke baulich Anschluß an die bisherige Siedlungsfläche hatten oder zumindest sehr schnell fanden. Als Beispiel sei der Bau der Neuen Aula (1845) in der heutigen Wilhelmstraße der Universitätsstadt Tübingen erwähnt, mit der das um Stiftskirche und Alte Aula (1547) gelegene historische Universitätsviertel etwa 600 m nordöstlich der Altstadt im Ammertal ergänzt wurde. Ab 1868 wurden die Sandsteinterrassen im Norden des Ammertals von den das Stadtbild heute beherrschenden Kliniken besetzt, und in der Folgezeit entstand entlang der Wilhelmstraße eine Vielzahl weiterer Institute und Zentralgebäude (z.B. 1912 Universitätsbibliothek), so daß sich am Rande der Stadt

28a) An dieser Stelle sei auf den umfassenden "Hochschulatlas der Bundesrepublik Deutschland. Die Hochschulen nach ihrer Gliederung in Fakultäten und Fachbereiche, ihr Fächerspektrum, ihre Verteilung auf Mikro- und Makrostandorte" (1977) verwiesen, der am SFB 63 "Hochschulbau" der Universität Stuttgart von G. ROLLETT und Mitarbeitern in mehrjähriger Tätigkeit erstellt worden ist. Das Informations- und Zeichensystem dieses nach Abschluß der vorliegenden Untersuchung erschienenen Nachschlagewerks ermöglicht einen optisch schnell erfassbaren Überblick über den Hochschulbereich und seine Entwicklung (Studienfächer, Lagebeziehung der Hochschuleinrichtungen, Größenrelationen nach Studentenzahlen) von 1950 bis 1975.

ein "neues Universitätsviertel" von der Größe der Altstadt (21 ha) entwickelte.²⁹⁾ Dieses hat sich insbesondere seit Mitte der 50er Jahre entlang der gleichen Straße weiter ausgedehnt.

Eine gewisse Arbeitslage, die jedoch keinesfalls als nachteilige Campuslage angesehen wurde, hatte lange auch die Universität Bonn, solange deren Hauptgebäude, das ehemalige kurfürstliche Schloß am südöstlichen Altstadtrand, sowie das Lustschloß Poppelsdorf noch nicht in die allgemeine Siedlungsentwicklung eingebunden waren. Das starke Wachstum der Stadt Bonn nach Westen und Süden und die Eingemeindungen von 1904 bewirkten jedoch schließlich, daß die Universität nunmehr "völlig ins Zentrum des ... erweiterten Stadtgebietes rückte".³⁰⁾ Diese Aussage gilt jedoch nicht für die Hochschulkliniken auf dem Venusberg. Aber nicht nur in Bonn, sondern auch in zahlreichen anderen deutschen Universitätsstädten liegen die Kliniken räumlich getrennt und oftmals beträchtlich entfernt von den übrigen Universitätsbereichen.

Anders als in Bonn, wo das Universitäts-Hauptgebäude durch die Siedlungsentwicklung aus einer anfänglichen Rand- in eine Zentrallage gerückt wurde, verlief die Standortentwicklung der Universität Köln, die m.W. als erste deutsche Hochschule aus dem äußeren Innenstadtbereich in das stadtkernnahe Grenzgebiet eines Vorortes verlagert wurde. Zunächst im Stadtkernerweiterungsgebiet der südlichen Neustadt am Rhein gelegen (Stadtbezirk Altstadt-Süd)³¹⁾, wo sich allerdings

29) F. HUTTENLOCHER 1966, S. 71, 84 und S. 97-103, insb. Abb. 6a und 6b (Tübinger Ammertal 1824 und 1850).

30) D. HÖROLODT 1969, S. 179 - siehe auch ebd. Karten über Lage der Universitätsbereiche im Stadtgebiet 1818 (S. 166), 1850 (S. 167), 1890 (S. 175), 1930 (S. 183) und 1967 (S. 191).

31) Diese Neustadt wurde nach Abbruch der mittelalterlichen Stadtmauer 1880 zwischen den heutigen Ringstraßen und einer neuen preußischen Umwallung angelegt (vgl. E. UTECHT 1929, R. CONRAD 1955 und 1961, H. KIER 1973 und - im Vergleich von Wiener und Kölner Stadterweiterung - E. LICHTENBERGER 1970, S. 208-210).

"der Altstädter nicht mehr in Köln" fühlt (R. CONRAD 1961, S. 174), zog die Universität 1934 in einen Neubau in der Nähe der Hochschulkliniken um. Das statistisch bereits zum südwestlichen Stadtteil Lindenthal gehörige Gelände³²⁾ liegt indessen nicht weiter als die Alte Universität rd. 2,5 bis 3 km von Dom und Hauptbahnhof entfernt am äußeren Rand des inneren Grüngürtels, eines ehemals als Schußfeld dienenden Rayongeländes.³³⁾ Für die damalige Zeit ist Köln - wie alte Stadtpläne beweisen (siehe auch Stadt Köln 1978, Karte C 1/1) - nach Geschlossenheit und isolierter Lage als Campus-Universität anzusprechen. Allerdings hat auch hier die städtebauliche Entwicklung insbesondere nach 1945 dazu geführt, daß das östliche Gebiet der Gemarkung Lindenthal nahezu völlig bebaut wurde und die Universität damit heute jenen stadtorientierten Campus-Hochschulen gleicht, die aus den USA und Japan bekannt sind.

Eine vollständige Herausnahme der Universität aus der Stadt wurde unter dem nationalsozialistischen Regime in Jena erörtert. Auf dem östlichen Saaleufer sollte "in der Muschel des Hufeisens bei Kunitz" der Neubau einer "ganzen Universitätsstadt" erfolgen. Eine weitere Erörterung dieser Frage war 1955 für J.H. SCHULTZE abwegig; er empfahl hingegen eine Konzentration bei der weiteren baulichen Entwicklung der Universität Jena (J.H. SCHULTZE, P. HÜBSCHMANN, F. KÖRNER und H. MEYER 1955, S. 209).

32) Vgl. u.a. Statistisches Jahrbuch der Stadt Köln 1972, Karte nach S. 11 und Stadt Köln 1978, Karte C 1/3. - Lindenthal wurde 1888 zusammen mit anderen linksrheinischen Vororten nach Köln eingemeindet.

33) Die Zuordnung dieses inneren Grüngürtels erfolgt unterschiedlich. R. CONRAD bespricht ihn 1961 zusammen mit der Neustadt, ohne auf die Universität selbst genauer einzugehen (1961, S. 178 und 180). K. BAEDEKER stellt dagegen Grüngürtel und linksrheinische Vororte zusammen dar (1953, S. 146ff.), sieht also stärker die Außenorientierung.

3.2.2.2 Lage der ersten Universitätsgründungen nach 1945

Als typische Campus-Hochschulen wurden die ersten nach 1945 in Deutschland neu errichteten Universitäten durch die französische Besatzungsmacht in Mainz (1946) und Saarbrücken (1947) eröffnet. Die Universität Mainz, die an die Tradition der alten kurfürstlichen, seinerzeit durch Frankreich geschlossenen Universität (1476-1789) anknüpft, entstand am westlichen Rand der städtischen Bebauung an der Saarstraße auf einem 87 ha großen Gelände in den Gebäuden einer ehemaligen Flak-Kaserne (vgl. H. FÜRSTER 1968, S. 25, E. GORMSEN und H. SCHÖRMANN 1977a, insb. S. 166). Mit Ausnahme der Kliniken, die in einem gleichfalls geschlossenen Komplex etwa 1 km östlich liegen, sind nahezu alle Universitätseinrichtungen³⁴⁾ einschließlich Universitätssportplatz, Hallenbad, Botanischem Garten und sogar einigen Studentenheimen auf dem Campus vereint, der nur rd. 1,5 km von Hauptbahnhof und Innenstadt entfernt liegt. Trotz dieser geringen Entfernung und der zunehmenden städtischen Umbauung des Universitätsbereiches wirkt das Hochschulgebiet sehr abgeschlossen und sind Kontakte zwischen Universität und Stadt nur sehr zögernd zustande gekommen (B. BOHNKE und G. HIRSCHFELD 1974, S. 217 und S. 225f.).³⁵⁾

Auf einem geradezu klassischen Campus von 90 ha Größe liegt die Universität des Saarlandes etwa 6 km nordöstlich des Saarbrücker Stadtzentrums im St. Johanner Stadtwald nahe der Ortsgrenze zu Dudweiler.³⁶⁾ Auch diese Hochschule benutzte zunächst eine leerstehende Kaserne (Below-Kaserne), die nach französischem Vorbild zur Cité Universitaire umgestaltet und seit 1952

34) Zur Universität Mainz gehört seit November 1949 auch das ehemalige Auslands- und Dolmetscherinstitut im 100 km rheinaufwärts gelegenen Germersheim (jetzt Fachbereich Angewandte Sprachwissenschaft).

35) Der Wissenschaftsrat hat sich 1960 grundsätzlich gegen den Beginn neuer Hochschulen in Kasernen, Baracken usw. ausgesprochen, da "schlechte Provisorien ... gelegentlich überaus dauerhaft" seien (Wissenschaftsrat 1960, S. 56).

sehr stark ausgebaut wurde. Das großzügige Universitätsgelände, das Studentenwohnheime, Clubs, Forschungszentren und künftig auch ein Einkaufszentrum einschließt, liegt noch heute fernab von der Stadt; die nächsten Häuser von Saarbrücken liegen rd. 1,5 km, diejenigen von Dudweiler etwa 750 m entfernt. Diese geographische Isolierung bedingt weitgehend auch die soziale Distanz zwischen Stadtbevölkerung und Studenten. Die Universität Saarbrücken ist die erste deutsche Campus-Hochschule in räumlicher Abgeschiedenheit nach angelsächsisch-französischem Vorbild.

Auf die im Winter 1948/49 eröffnete Freie Universität in West-Berlin, deren Gründung wegen einer politisch motivierten Spaltung der Humboldt-Universität im Ostsektor der Stadt und auf der Grundlage kooperativer Abwanderung von Lehrenden und Lernenden erfolgte, sei nur kurz eingegangen. Ihr Standort im Villenviertel Dahlem, rd. 10 km Luftlinie von der ehemaligen City im Bezirk Mitte und 7 km vom Nebenzentrum am Kurfürstendamm entfernt, war vorgegeben durch Forschungsinstitute der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft und bedeutende Museen, durch die das Gelände der ehemaligen Domäne Dahlem (Fiskalischer, d.h. kostenfreier Staatsbesitz) neben seiner Funktion als bevorzugtes Wohngebiet im Berliner Südwesten seit 1910 zugleich auch ein Wissenschaftsvorort geworden war. Die Errichtung eines geschlossenen oder mehrerer Universitätsbezirke war nicht mehr möglich, während andererseits ein innerstädtischer Campus offensichtlich auch nicht angestrebt werden konnte.³⁷⁾

36) Zur wechselvollen Gründungsgeschichte siehe "Universität des Saarlandes 1948-1973", 1973, S. 5ff. und B. BOHNKE und G. HIRSCHFELD 1974, S. 282. Der Lehrbetrieb der Universität, deren Medizinische Fakultät im 30 km entfernten Homburg/Saar liegt, begann im März 1947 in Homburg und im November 1947 in Saarbrücken; 1948 wurde das "Hochschulinstitut", das anfangs der Universität Nancy angegliedert war, selbständige Universität.

3.2.2.3 Standortmäßige Universitätsteilung durch Auslagerung flächenintensiver Fachbereiche

Nach der Errichtung erster Universitäts-Campuslagen in der französischen Besatzungszone waren die 50er Jahre in der BRD ein Zeitraum nicht nur steigender Studentenzahlen, sondern auch heftiger Diskussionen über die Standorte künftiger Hochschulweiterungen. Dabei wurde, wie in Heidelberg, wiederholt auch die Frage diskutiert, ob man es mit der Auslagerung raumbeanspruchender Fakultäten bewenden lassen sollte oder ob es nicht besser sei, gleich die ganze Universität in ein Neubaugebiet zu verlegen (E. GORMSEN 1963, S. 121). Zwar beschloß 1956 der Große Senat das "Verbleiben der Universität in der Altstadt" unter gewissen Bedingungen (Befriedigung des Raumbedarfs und Ausnahme des fließenden Verkehrs aus der Altstadt), jedoch nur für die geisteswissenschaftlichen Fakultäten (Ebd., S. 121). "Damit erhält zugleich die historische Altstadt, die durch die Verschiebung des Stadtschwerpunktes nach Westen einen ... bedenklichen Funktionsschwund erleiden mußte ..., eine ihrer Tradition entsprechende Aufwertung" (H. OVERBECK 1963, S. 101). Gleichzeitig wurde jedoch vereinbart, im ca. 1 km entfernten, nördlich des Neckar gelegenen Neuenheimer Feld, das vorwiegend durch intensiven Gartenbau bestimmt war, die Medizinische und Naturwissenschaftliche Fakultät neu zu errichten, und zwar "in zwei großen Teilkomplexen südlich und nördlich der Tiergartenstraße auf einer Fläche von 120 ha - erst waren 45, dann 68 ha vorgesehen -" (Ebd., S. 101). Dieses große neue Universitätsgelände, in dem bereits vor dem 2. Weltkrieg ein neuer Botanischer Garten, das Max-Planck-Institut für medizinische Forschung und die neue Chirurgische Universitätsklinik

37) Diskussionsbeitrag von Prof. Dr. Gerd HEINRICH, Berlin, auf einer Arbeitstagung des Südwestdeutschen Arbeitskreises für Stadtgeschichtsforschung am 14.11.1976 in Schwäbisch Gmünd. - Zur innerstädtischen Lage der Lehr- und Forschungsstätten einschließlich Bibliotheken in beiden Teilen Berlins (mit Größenvergleich zum Bundesgebiet) vgl. auch Atlas von Berlin 1962, Karte 91.

entstanden waren, sollte durch Hochschulsportanlagen und Studentenhochhäuser noch erweitert werden.

Die Heidelberger Entscheidung war nach derjenigen der Technischen Hochschule Stuttgart aus dem Jahre 1954 die erste in der Bundesrepublik, mit der das Prinzip der standortmäßigen Universitätsteilung verwirklicht wurde: weniger raumintensive, meist geisteswissenschaftliche Fächer im Stadtkern (hier vielfach - allerdings in fußläufiger Entfernung - verstreut, aber insgesamt die Altstadt prägend), raumbanspruchende Fakultäten (Medizin, Natur- und Ingenieurwissenschaften) praktisch auf einem Teilcampus beachtlicher Größenordnung; dieser enthält z.T. auch Parzellen anderer, meist universitätsnaher Nutzer. Von Bedeutung sind die Fragen, wie weit das Universitäts-Erweiterungsgelände vom Stammgelände entfernt liegt und ob es an die bisherige bebaute Siedlungsfläche anschließt.

Bei der Auslagerung flächenintensiver Fachbereiche, die nach Stuttgart und Heidelberg auch in Kiel, Tübingen, Marburg, Münster, Göttingen, Aachen, Würzburg und München erfolgte und z.T. schon weitgehend abgeschlossen ist, haben jedoch die Entfernungen zwischen Stammgelände und Erweiterungsfläche inzwischen derart zugenommen, daß eine angemessene Erreichbarkeit beider Standorte in kurzer Frist kaum noch gegeben ist. So liegen einige der Erweiterungsflächen - z.T. noch topographisch exponiert wie in Würzburg, Marburg und Tübingen und damit im Winter ungünstiger zu erreichen - in 2 bis 4 km Entfernung vom Stadtzentrum. Die Distanz zwischen Stammgelände der Universität Stuttgart (TH) und dem neuen Ingenieur- und Naturwissenschaftlichen Campus beim Subzentrum Vaihingen (180 ha Größe) beträgt bereits 6,5 km Luftlinie und 14 km Straßenentfernung (vgl. Universität Stuttgart 1972). Die beiden Münchner Universitäten werden seit 1966 partiell auf ein 500 ha großes Wissenschafts- und Hochschulgelände verlagert, das nördlich der 12 km entfernten Landgemeinde Garching beim dortigen Reaktorgelände liegt; die Straßenentfernung vom Königsplatz aus beträgt 16 km. Ein struktureller Rahmenplan

sieht langfristig die Umsiedlung der gesamten Technischen Universität München nach Garching vor.³⁸⁾ Zu beiden Campusanlagen besteht keine öffentliche Nahverkehrsverbindung; zum Hochschulgelände Garching fährt zur Zeit ein Privatbus der Max-Planck-Gesellschaft, nach Vaihingen ein von der Universität Stuttgart gemieteter Bus als Werksverkehr.³⁹⁾ Nicht uninteressant ist, daß in amtlichen Veröffentlichungen die Hochschulbereiche Vaihingen und Garching nicht als Campus-Universitäten bezeichnet werden, weil man diese Bezeichnung offensichtlich als negativ und belastend empfindet und sie deshalb wohl vermeiden möchte.

Die Universität Kiel, zunächst in der Altstadt und seit 1876 am Nordende der Schloßparkanlage lokalisiert, zog nach Kriegszerstörungen bis auf die nördlich des Stadtkerns gelegenen Kliniken auf ein 2,5 km entferntes Gelände am Westrand des zusammenhängend bebauten Stadtgebietes. Zunächst in ehemaligen Fabrikhallen, später in großzügigen Neubauten entstand so nördlich des Güterbahnhofs Kiel-West, dreier Industriebetriebe und von Kleingartengelände ein geschlossener Hochschulbereich, "so daß die Universität Kiel weitgehend den Charakter einer Campus-Universität trägt" (R. STEWIG 1971, S. 47; vgl. auch ebd., S. 18f. und S. 44-48).

3.2.2.4 Neue Universitäten in peripherer Campuslage und ihre Probleme

Die zunehmende Größe neuer Universitätsgelände sowohl bei Neugründungen wie auch bei ausgelagerten Fachbereichen geht entscheidend zurück auf eine im November

38) Zur Situation der Universitätsstadt München vgl. R. GEIPEL 1972, insb. S. 12ff. und Oberste Baubehörde im Bayerischen Staatsministerium des Innern 1972, S. 25f.

39) Auf vorgesehene Maßnahmen der künftigen Verkehrsanbindung der "Hochschulstadt" Vaihingen durch eine S-Bahn-Strecke und des "Hochschul- und Forschungsgeländes" Garching durch eine U-Bahn (Hochbahn) kann hier nicht eingegangen werden.

1960 gegebene Empfehlung des Wissenschaftsrates: "Der Bau einer neuen Hochschule sollte nur dort geplant werden, wo ausreichend Gelände für ihre Entwicklung zur Verfügung steht. Ein geschlossener Geländekomplex von mindestens 150 ha Größe ist für den Bau einer modernen Hochschule (mit Klinikum), die etwa 8.000 Studenten aufnehmen kann, erforderlich" (Wissenschaftsrat 1960, S.56).

Diese folgenschwere Größen-Empfehlung, deren Berechtigung nicht belegt wird, wurde in der Folgezeit von 1960 - 1970 fast bei allen Universitätsneugründungen in der Bundesrepublik Deutschland befolgt, obwohl schon Mitte der 60er Jahre Kritik an ihr laut wurde. Die Empfehlung beruht auf der Annahme, daß man auch Hochschulen als Betrieb empfinden und auf einem ungeteilten Platz errichten muß, "um ein Höchstmaß an Effizienz und ein Minimum an Produktions- und Betriebsmittelaufwand für diesen Betrieb zu erreichen ... In völlig getrennten Anlagen in weit verstreuten Systemen wird naturgemäß eine Kommunikation überhaupt nicht oder nur schwer stattfinden können, und zugleich wird auch die wissenschaftliche Kooperation inter- und intradisziplinärer Zusammenarbeit erschwert" (F. HALLAUER 1970, S. 57 und S. 58). Die Voraussetzungen und die Stichhaltigkeit solcher Überlegungen (Humboldtsches Bildungsideal und studium generale als Ziel, räumliche Aktivitätsmuster von Lehrenden und Lernenden in der Realität) können hier nicht aufgezeigt bzw. überprüft werden.

Tatsache ist nun, daß ein zusammenhängendes Gelände von wenigstens 150 ha Größe im Bereich der Innenstädte oder ihrer unmittelbaren Erweiterungsbereiche in kaum einer Stadt zur Verfügung steht, so daß bei Beibehaltung dieser Anforderung, die im Grunde nur eine unter vielen ist, nur Bauflächen am Stadtrand "auf der grünen Wiese" in Frage kommen konnten. Gegenüber innenstadtnahen Grundstücken waren sie zugleich billiger und auch schneller bebaubar, ein Argument, das angesichts der Studenteneskalation der 60er Jahre sehr wichtig war.

Zum Erstaunen der kritischen Fachwelt

wurde für die erste Universitätsneugründung der BRD in den 60er Jahren, die Ruhr-Universität Bochum, eine überdimensionierte Grundfläche erworben, die für künftige Planungen deutliche Maße setzte: Das 5 km südöstlich des Stadtzentrums gelegene Universitätsgelände in Querenburg umfaßte nicht weniger als 525 ha,⁴⁰⁾ wovon jedoch schließlich nur 437 ha erworben wurden.⁴¹⁾ Diese Fläche, die nur zum Teil bebaubar ist, schließt allerdings große Areale für die Erholungsplanung mit ein, die jedoch teilweise inzwischen umgewidmet wurden. Eine deutlich geringere Fläche, die aber - mit Ausnahme von Bielefeld und Trier - dennoch ein beachtliches Ausmaß darstellt, erhielten auch die weiteren Neugründungen, wie die folgende Übersicht zeigt:

Siehe Tabelle 6a

Bei allen Hochschulgeländen muß - trotz z.T. gegenteiliger Behauptungen der zuständigen Universitätsplanungsämter - von Campus-Universitäten gesprochen werden. Da die Distanz zu den Innenstädten als Luftlinienentfernung angegeben ist, ist sie in Straßenkilometern in Wirklichkeit teilweise beträchtlich größer, dies umso mehr, weil sperrende Grundflächen (z.B. ein fürstlicher Privatpark und die Eisenbahnanlagen in Regensburg) oder topographische Gegebenheiten (Plateaulage oberhalb der Mosel in Trier) die Fahrtstrecke sehr

40) Die Universität Bochum. Gesamtplanung 1965, S. 46ff. (Gelände der Universität), Abb. S. 23 (Ergebnis Gesamtplanung) und S. 175f. (Grunderwerb). Die Stadt Bochum hatte dem Land NRW 1961 insgesamt 208,6 ha angeboten; auf Vorschlag des Gründungsausschusses wurde die Universitätsfläche endgültig mit 525,23 ha festgelegt (ebd., S. 175).

41) Ruhr-Universität Bochum. Grundstücke - Gebäude - Räume. November 1976, Blatt I. - In einer Studie der Bauverwaltung der Stadt Bochum (Universität und Universitätswohnstadt. Eine Bilanz. Dezember 1974, Masch. verv.) wird die Grundstücksfläche der Ruhr-Universität hingegen mit 457 ha angenommen, wovon 347 ha als Freifläche verbleiben sollen (ebd., S. 3f.).

Tab. 6a: Größe und Lage neuer Universitätsgelände in der Bundesrepublik I

Universität	Hochschulgelände (ha)	Lage (Ortsteil)	Entfernung zum Stadtzentrum (km)
Bochum	525/437	Querenburg	5
Dortmund	417	Barop/Eichlinghofen	4
Ulm	310	Oberer Eselsberg	4
Bremen	285	Lehe/Neu-Schwachhausen	4
Konstanz	243	Egg (Gießberg)	3,5
Kassel	230	Oberzwehren (Dönche)	5
Augsburg	187	Göggingen/Haunstetten	4
Düsseldorf	180	Flehe/Wersten	4
Regensburg	180	Karhausprüll	1,5
Trier	110	Tarforster Flur	2
Bielefeld	77	Bielefeld-West/Großdornberg	3

Quelle: Angaben der Universitätsbauämter bzw. der Hochschulverwaltungen.

verlängern. Die meisten dieser und auch einige spätere Universitäten leiden unter ihrer Abseitslage, unzureichender Verkehrsanbindung (wenigstens in der Frühphase) und dem Fehlen naher infrastruktureller Einrichtungen.

K. STAHL und G. CURDES beklagen sehr, daß z.B. die Universitäten Bochum, Dortmund und Bielefeld keinen Eisenbahnanschluß haben, obwohl Standorte an der Haupteisenbahnstrecke auch möglich gewesen wären. "Die Standortwahl ist nur erklärbar, wenn man vom Leitbild einer vollmotorisierten Gesellschaft ausgeht. Für denjenigen, der kein Auto hat, sind diese neuen Universitäten nicht funktionsfähig" (K. STAHL und G. CURDES 1970, S. 70). Um die Hochschulen dennoch mit einem leistungsfähigen öffentlichen Nahverkehrsmittel (und ohne den Zwang, umzusteigen!) erreichbar zu machen, wurde in Bochum eigens eine Straßenbahntrasse gebaut, die nach Ansicht der Autoren jedoch "als Fehlinvestition" anzusehen ist (Ebd., S. 69)⁴²; in Dortmund wird "für 90 Millionen Mark die S-Bahn-Strecke zur Universität verlegt" (Ebd., S. 69)⁴³, und in Bielefeld wird eine Stadtbahnstrecke zur Universität geplant.

Um nun aber einerseits diese Verkehrsmittel auszulasten - die Universität Dortmund bringt "nur etwa drei Prozent der erforderlichen Fahrgäste" auf (Ebd.) - und um

andererseits die Hochschulangehörigen universitätsnah ansiedeln zu können und die Hochschulen aus ihrer Isolierung zu lösen, sind weitere Maßnahmen erforderlich. "Der Bauplaner begegnet diesem schwerwiegenden Problem, indem er Rahmenstädte neu gründet, also diese Universitätsneustädte umschließt mit urbanen Strukturen des Wohnens, des Gewerbes, der Kultur und der Freizeit. Hier kommt also nicht die Bildungseinrichtung zur Stadt, sondern die Stadt zur Bildungseinrichtung. Welch ein

42) Die Erklärung, die Bochumer Straßenbahntrasse sei "für die neuerdings geplante Stadtbahn Ruhr zu schmal" (K. STAHL und G. CURDES 1970, S. 69), ist nicht zutreffend. Richtig ist dagegen, daß der nördliche Abschnitt nicht plankreuzungsfrei ist und daß die Fortsetzung von Bochum-Querenburg zum Kemnader Stausee und nach Witten noch nicht errichtet wurde. Damit könnte die Straßenbahnlinie zu einer leistungsfähigen Querspange werden. Vgl. hierzu u.a. Der Rückspiegel. Betriebsmitteilungen der Bochum-Gelsenkirchener Straßenbahnen AG, Jg. 24, 1967, Nr. 4, S. 3 und 12, Jg. 25, 1968, Nr. 3, S. 4-5 und Nr. 4, S. 16-17 sowie R. MENKE 1973.

43) Die sog. Universitätslinie, eine völlig neu trassierte S-Bahn-Strecke von Dortmund Hbf. über Dortmund-Universität (hier Streckenführung im Tunnel) nach Bochum-Langendreer, wurde 1978 im Rohbau fertiggestellt; der Abschluß der Bauarbeiten ist für 1983 vorgesehen.

Umweg, wird man mit Recht sagen!" (F. HALLAUER 1970, S. 60). Beispiele solcher Vorhaben sind die weitgehend fertiggestellte Universitätswohnstadt in Bochum für 25.000 - 30.000 Einwohner (A. MAYR 1976b, 1976f, 1976g), die für die gleichfalls rd. 30.000 Menschen geplante "Weststadt" in Dortmund, ein vorgesehener neuer Siedlungsschwerpunkt im Raume Großdornberg bei der Universität Bielefeld für erneut 30.000 Einwohner oder auch die Bebauungsprojekte Sonnenbühl und Jungerhalde in Konstanz für ca. 8.000 Personen (W. LUZ 1969). In Bremen war lange die sog. "Hollerstadt" für 40.000 - 50.000 Menschen in der Achse des urbanen Verdichtungsbandes City - Universität - Lilienthal - Worpsswede in der Diskussion (vgl. M. THROLL, M. SCHUMPP, R. GOOS, S. HERLYN und K. PLAGEMANN 1969; S. HERLYN 1977, S. 6ff.). Die neue, seit 1959 im Aufbau befindliche Stadt Orléans II beim Campus der dortigen Universität zählte 1976 bereits 20.000 Menschen (S. VASSAL 1976, S. 19-23) und soll auf 40.000 Einwohner anwachsen.

Verkehrsbauten und Erschließungsmaßnahmen für Wohnbebauung erfordern einen sehr hohen Mitteleinsatz. "Wenn man diese Kosten auf die zweifellos billigeren Grundstücke am Stadtrand aufschlägt, ob dann nicht zum gleichen Preis auch zentral liegende Grundstücke hätten erworben werden können?" (K. STAHL und G. CURDES 1970, S. 70). Zu Recht äußert R. GEIPEL den Verdacht, daß Stadtväter neuer Universitätsstädte unter Hinweis auf die als verhängnisvoll hingestellten Empfehlungen des Wissenschaftsrates nur allzu gern bereit waren, "jene 150 Hektar exakt an jener Stelle der Stadtregion zu suchen und zu finden, zu der hin sich nur in kühnsten Expansionsträumen die Entwicklung des Stadtgebietes ohne den Lokalisationsimpuls einer Universität vollzogen haben würde. Steht aber die Universität erst einmal draußen, wird sich, gezwungen vom Protest der Lehrenden und Lernenden, auch ein Geldgeber für den Verkehrsanschluß finden. Die Hochschulbevölkerung wird ungefragt zu Entwicklungshelfern ehrgeiziger Stadtbaupolitik" (R. GEIPEL 1974, S. 60f.).

Anläßlich eines Bauwettbewerbs zum Thema "Integration der Universität in die Stadt" wurden 1968 in Dortmund auch alternative Standortvorschläge zum gewählten Campusgelände unterbreitet, für die auch später noch unter Hinweis auf die Bochumer Erfahrungen engagiert worden wurde: nämlich eine dezentralisierte Ansiedlung in unmittelbarer Nachbarschaft des Hauptbahnhofs oder im stadtkernnahen Vorort Dorstfeld in S-Bahnnähe, zugleich als Beitrag zur Sanierung dieses Stadtteils (W.D. SCHRADER 1969 und Projektgruppe P 6 1970). Da aber das Gelände der Schönau bei Barop/Eichlinghofen bereits vom Land erworben war, konnte eine Änderung nicht mehr erreicht werden. Auch der Senat der Universität lehnte Alternativen einer hochschuleigenen Arbeitsgruppe ab, weil "auf der Hauptbaufläche die Studienkapazitäten am schnellsten ausgebaut werden könnten".⁴⁴⁾ Dieses Ergebnis beweist, daß gerade die Zufälligkeit des Besitzes oder Besitzerwerbes eine verhängnisvolle Rolle bei der Mikrostandortbestimmung von Hochschuleinrichtungen spielt.⁴⁵⁾

Nur eine Universitätsneugründung in der Bundesrepublik Deutschland wurde im ersten Konzept konsequent als Campus-Universität geplant, nämlich der Entwurf für Bremen von H.W. ROTHE (1961 und 1962). "Der Campus ist die aus dem inneren Wesen der Universität heraus gestaltete Vereinigung aller Universitätsgebäude nebst Studentenwohnheimen und Sportanlagen am Rande der Stadt. Hier auf dem Campus kann die den deutschen Universitäten leider ver-

44) Die Hauptbaufläche als Standort der Uni Dortmund. In: Deutsche Universitätszeitung 1971, H. 8, S. 240. - Ein Prorektor, der mit Wissen und Billigung des Wissenschaftsministers diese Arbeitsgruppe geleitet hatte, trat aus Protest von seinem Amt zurück, als der Minister verlauten ließ, der Standort der Universität sei nie infrage gestellt gewesen (ebd.). Siehe auch D. GRÖNEKE und R. STIERAND 1971.

45) Auch die neuen Hochschulgelände im Pfaffenwald bei Stuttgart-Vaihingen, bei Garching oder in Erlangen-Süd (Technische Fakultät, Erweiterung der Naturwissenschaftlichen Fakultät) befanden sich vorher "zufällig" in Staatsbesitz.

loren gegangene Dreiheit von Forschung, Lehre und gemeinsamem Leben wieder er-rungen werden. Die Atmosphäre vertiefter geistiger Arbeit, die in einem aus dem inneren Wesen der Universität gestalteten Campus herrscht, ist selbst ein bedeutender Bildungsfaktor" (H.W. ROTHE 1962, S. 115). Die Konzeption eines auch außer-wissenschaftlichen Erziehungsauftrages, wie sie am Beispiel der klassischen angelsächsischen Campus-Universitäten oder auch der Technischen Hochschule Twente in En-schede dargestellt wurde, liegt ROTHEs Modell einer "Bildungsuniversität" zugrunde, deren besonderes Charakteristikum die akademische Studien- und Lebensgemeinschaft von Professoren und Studenten ist. Dieses ursprüngliche Konzept, 1967 noch Grundlage eines Architekturwettbewerbs, wurde 1968 bei Beibehaltung des Standortes (!) auf-gegeben, da man die Isolierung der Hoch-schule von der gesellschaftlichen Realität fürchtete, der man sich jedoch öffnen wollte.⁴⁶⁾ Wichtigste Grundlage eines seit 1970 formulierten sog. Bremer Modells war "die Stellung der Universität in der Ge-sellschaft als Stätte kritischer Bewußt-seinsbildung gegenüber gesellschaft-lichen, politischen und ökonomischen Prozessen, als Stätte wechselseitiger Beeinflussung aller gesellschaftlichen Gruppen, als Zentrum geistiger Ausstrah-lung auf alle Bildungsbemühungen" (Senator für das Bildungswesen 1971, zitiert nach S. HERLYN 1977, S. 7).

Dieser Aufgabe, sich nicht "in Einsam-keit und Freiheit" zu entfalten, sondern eine Integration in die Stadtentwicklung anzustreben, verpflichteten sich in der Folgezeit nahezu alle neugegründeten Universitäten. Eine Ausnahme bildeten lediglich die zum Winter-Semester 1973/74 eröffneten Hochschulen der Bundeswehr am östlichen Hamburger Stadtrand und in der südlich an München angrenzenden Landge-meinde Neubiberg. Auf den abgegrenzten Hochschulgeländen, die man in jeder Hin-

46) Siehe M. THROLL, M. SCHUMPP, R. GOOS, S. HERLYN und K. PLAGEMANN 1969, Universitätsbauamt Bremen 1970, G. BOEDDINGHAUS 1972 und S. HERLYN 1977.

sicht als Campus ansprechen kann, befinden sich für die studierenden Soldaten auch "Wohnbereiche ..., allgemeine Betreuungs- und Freizeiteinrichtungen sowie Einrich-tungen zur sanitätsdienstlichen Versorgung ... Betreuung und Beratung durch Hoch-schullehrer und Offiziere in den Studen-tenbereichen sollen besonders dem Studien-anfänger helfen, den oft nicht einfachen Übergang vom militärischen Dienstbetrieb der vorangegangenen 15 Monate zum Studium in akademischer Freiheit zu bewältigen, ohne dabei den Bezug zum Beruf des Offi-ziers zu verlieren".⁴⁷⁾ Auf Rückfrage des Verfassers wurde schriftlich mitgeteilt: "Eine Verpflichtung zum Wohnen in diesen Gemeinschaftsunterkünften besteht für alle studierenden Offiziere, die das 25. Le-bensjahr noch nicht vollendet haben und nicht verheiratet sind".⁴⁸⁾ Damit wird deutlich, daß auch die Bundeswehrhoch-schulen gegenüber ihren Studenten, soweit zumutbar, einen gewissen allgemeinen Er-ziehungsauftrag wahrnehmen wollen. Zur Standortwahl wird ohne Beschönigung auch auf die Notwendigkeit hingewiesen, "auf vorhandene Infrastruktur der Bundeswehr aus ökonomischen Gründen zurückzugreifen. Unter diesen Gesichtspunkten war die Ent-scheidung für die Standorte Hamburg und München wegen der dort zahlreich vorhan-denen öffentlichen und bundeswehreigenen Bildungseinrichtungen und der günstigen Infrastruktur zwingend".⁴⁹⁾

47) Bundesminister der Verteidigung 1974, S. 35 und S. 36; siehe ebd., Karten nach S. 40 und Abb. S. 20 (Wohnbereich Hamburg).

48) Schreiben des Bundesministeriums der Verteidigung/Sonderbeauftragter für die Hochschulen der Bundeswehr vom 26.10.1976.

49) Bundesminister der Verteidigung 1974, S. 91. - Daß die Kooperation von Uni-versität und Bundeswehr-Hochschule Hamburg extrem problematisch ist, ist leicht verständlich. Vgl. auch Bei-träge in "Sonderhochschulen" 1975, S. 3B-51 und S. 69-94. Ob die neuer-dings vom Hamburger Wissenschafts-senator vorgeschlagene Öffnung der Bundeswehr-Hochschulen auch für zi-vile Studenten zu einer Milderung der Isolierung dieser Hochschuleinrich-tungen führen kann, bleibt abzuwar-ten.

Wie F. HALLAUER, anfangs Verfechter und später engagierter Gegner von Campus-Universitäten traditioneller Struktur und Standortlage, feststellt, haben "bisher ... alle Universitäts-Neugründungen die Gefahr der Isolierung in sich getragen. Befragungen, die immer wieder durchgeführt werden, bestätigen zwar auf der einen Seite ideale Lehr- und Forschungsbedingungen, auf der anderen Seite aber eine gewisse Verfremdung und Isolierung und keineswegs eine Förderung der Begegnung und menschlichen Kontaktpflege ... Die moderne Aufgabe, die sich uns stellt, ist also ein Campus in Form eines geschlossenen Grundstücks von ausreichender Größe ..., aber Integration dieses Campus in die Stadt und ihr gesamtes gesellschaftliches, wirtschaftliches, kommerzielles, kulturelles und Freizeitangebot. Keine Isolierung, sondern Verflechtung, keine Verselbständigung, sondern Integration" (F. HALLAUER 1970, S. 60).⁵⁰⁾

Diese Integration wird nach seinen Vorstellungen über die Universitäts-Rahmestadt erreicht, die sich als "großstädtisch konzipiertes Zentrum" an das Universitätsforum anlehnt und mit ihm eine städtebauliche Einheit bildet; darüber hinaus erhofft sich F. HALLAUER "schließlich (ein) Zusammenwachsen dieses Universitätsviertels mit der 'Mutterstadt'" (1968d, S. 68) und erhebt damit die Anforderung einer städtebaulichen Anbindung an die City. Bei einer Entfernung von 5 km zwischen Universität und Stadt ist diese Hoffnung jedoch unrealistisch.

3.2.2.5 Alternativen zu Campus-Hochschulen in peripherer Lage

Es bleibt festzustellen, daß spätestens seit Beginn der 70er Jahre das Konzept eines großflächigen eigenzentrierten Campus und eine allzu große Distanz zwischen Universität und Stadt mit Ausnahme der Bundeswehr-Hochschulen in der Bundesrepublik Deutschland nicht mehr verwirklicht worden sind. Schon 1963 stellte die Bauverwaltung der Stadt Frankfurt fest, daß eine Universitätsausiedlung der festgestellten Tendenz der Studenten wider-

sprache, die Hochschulen der Großstädte zu bevorzugen (Projektgruppe UNIFO 1971, S. 228). Folgerichtig erfolgte der weitere Ausbau der Universität Frankfurt in Hochbauten (AfE-Hochhaus mit 33 Stockwerken!); eine ähnliche Entwicklung kann in Hamburg aufgezeigt werden, wo für die Geisteswissenschaften die benötigte zusätzliche Nutzfläche in einem innenstadtnahen Universitätshochhaus geschaffen wurde. Auch für die Universität Stuttgart wurden trotz des partiellen Aussiedlungsbeschlusses 1959-1963 zwei 15stöckige Kollegienhäuser am Cityrand errichtet; ein drittes geplantes Gebäude dieser Art wurde nicht mehr gebaut.

Deutlichster Beweis für den Wunsch citybezogener Hochschulen in der DDR ist der Neubaukomplex der Karl-Marx-Universität in Leipzig, der 1968-1975 innerhalb des südöstlichen, stark kriegszerstörten Stadtzentrums auf dem historischen Hochschulgelände errichtet wurde und mit dem 34stöckigen "Uni-Riesen" (142 m hoch) physiognomisch die gesamte Stadt beherrscht. Der Fußweg zum Hauptbahnhof beträgt nur fünf Minuten. "Die städtebauliche Lage wird durch die Entwicklung des Stadtzentrums begründet, das in der weiteren Gestaltung den Forderungen unserer sozialistischen Gesellschaftsordnung entspricht ... Die Einbeziehung des Neubaukomplexes in das Stadtzentrum gewährleistet eine enge Verbindung der studentischen Jugend mit dem gesellschaftlichen Leben in der Stadt" (H. ULLMANN 1974, S. 72). Nicht im Universitätshochhaus untergebracht sind die Bereiche der experimentellen Naturwissenschaften, der Medizin, der Erholungs- und Sporteinrichtungen, die sich hochschulnah nach Südosten bis zum Messengelände anschließen. Veränderten Zielvor-

50) F. HALLAUER vertrat aus bauplanerisch-architektonischen Gründen stets das Campus-Konzept. Er war jedoch seit 1965 der Meinung, daß die Ruhr-Universität Bochum durch "die Einfügung in die Bau- und Siedlungsstruktur der Umgebung, die Öffnung zur Sozialstruktur (und) die Verknüpfung mit dem Verkehr" dazu bestimmt sei, nicht Campus-, sondern zugleich "Stadt- und Revier-Universität" zu werden (vgl. F. HALLAUER 1968d, S. 66).

stellungen über die Nutzung von Hochschulgebäuden folgend soll der Neubaukomplex auch für differenzierte Weiterbildungsaufgaben genutzt werden; auch "periodische Ereignisse der Stadt Leipzig, die Kongreßtätigkeit, Veranstaltungen und Dienstleistungen der Messe, Symposien und Kolloquien gewährleisten eine ökonomische Auslastung der neu errichteten Bausubstanz" (H. ULLMANN 1974, S. 72).

Der Universitätshochbau im Stadtkernbereich oder in seinem Ergänzungsraum als Alternative zum entlegenen Campus ist allerdings, wie auch an Beispielen aus den USA (Boston, Chicago) schon dargelegt, noch recht selten. Hochschulbauten sind kaum höher als 8-10geschossig und orientieren sich in Innenstadtnähe meist an der geltenden Staffelbebauung und der Höhe historischer Gebäude. In München haben diese Architekturvorstellungen "lieber das tiefe Unbehagen Zehntausender von Menschen über die Isolierung am Stadtrand (in Garching) als das Unbehagen einiger Ästheten über eine unruhige Firstlinienführung hingenommen ... Vor die Alternative gestellt, der Stadtsilhouette Münchens möglicherweise einen störenden Kontrapunkt zu den Türmen der Frauenkirche hinzuzufügen ... oder ein am Ort optimaler Zugänglichkeit gelegenes weitverästeltes Sozialsystem an den Ort denkbar schlechtester Erreichbarkeit zu verpflanzen, wurde zunächst der zweite Weg propagiert" (R. GEIPEL 1972, S. 15).

Eine andere Antwort auf die durch periphere Campus-Hochschulen verursachten Probleme stellen neben dem Hochhausbau kleinere innenstadtnahe Hochschulgelände und das - in Dortmund gescheiterte - Konzept der dezentralisierten Universität dar. Diese Entwicklung beruht auf den Voraussetzungen,

- daß seit der Errichtung der Ruhr-Universität Bochum anstelle von Volluniversitäten nur noch "Schwerpunkt-Universitäten" gegründet werden, die weniger Raum benötigen,
- daß wegen der schwindenden Bedeutung großer Massenvorlesungen zentrale Hörsaalgebäude als Kern eines zusammenhängenden Hochschulkomplexes immer weniger benötigt werden und

- daß wegen der Aufgabe des früher propagierten studium generale nicht mehr alle Fakultäten in unmittelbarer Nachbarschaft beieinander liegen müssen, sondern lediglich aufeinander bezogene Fachbereiche (vgl. R. GEIPEL 1974, S. 60). Dabei können - wie am Beispiel der Universität Essen gezeigt werden kann - eine relative Nachbarschaftslage oder ein gutes Verkehrsangebot Nachteile der Dezentralisation durchaus ausgleichen.

So entstehen die meisten neueren Universitäten in der Bundesrepublik Deutschland auf oft nur 20-40 ha großen Grundstücken, die aber an den Kernraum der Stadt anschließen.

Tab. 6b: Größe neuer Universitätsgelände in der Bundesrepublik II

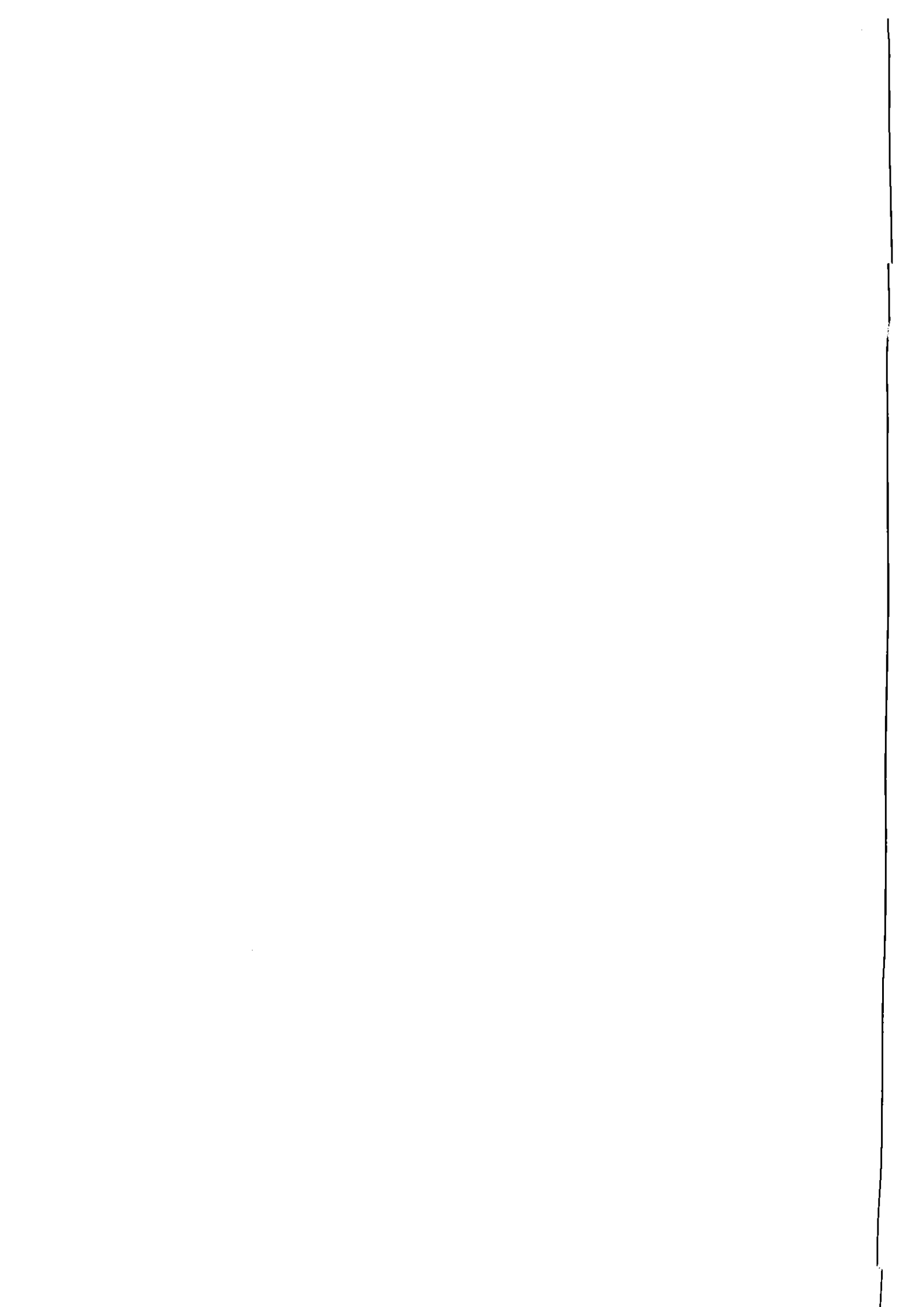
Universität	Hochschulgelände insgesamt (ha)
Wuppertal	47
Kaiserslautern	40 ¹⁾
Essen	40 ²⁾
Duisburg	27
Passau	24
Oldenburg	18
Osnabrück	6
Bamberg	5
Zum Vergleich: Köln	60

1) davon 20 ha Kerngelände

2) davon 16 ha Kerngelände

Quelle: Angaben der Universitätsbauämter bzw. der Hochschulverwaltungen

Auch F. HALLAUER fordert für eine neue Hochschule neuerdings nur noch 50-60 ha Grundstücksfläche und schließt dezentralisierte Standorte als "Kompromiß" nicht mehr aus (1970, S. 58 und S. 61). Diese neuen Hochschulareale (z.B. in Essen-Segeroth oder auf dem Griffenberg in Wuppertal-Elberfeld) sind noch immer Motoren der kommunalen Entwicklungsplanung und gewichtige Verursacher von Folgeinvestitionen (vor allem auf ehemaligen Sanierungsgebieten); sie haben jedoch keine stadträumliche Isolierung mehr und dienen stärker als periphere Universitätsbauten der Erweiterung und funktionalen Ergänzung der Innenstadt (für Essen vgl. W. KRÜLL 1978a und 1978b).



II. Struktur und Entwicklung der Beispielhochschulen

1. Auswahl der Beispielhochschulen

Im Jahre 1979 gibt es in der Bundesrepublik Deutschland einschließlich Berlin (West) insgesamt 56 Standortgemeinden von Hochschulen im Universitätsrang mit zusammen 64 Universitäten oder vergleichbaren Einrichtungen (vgl. Abb. 1 und Tab. 3b). In diesen Ziffern sind die Pädagogischen Hochschulen sowie die Philosophisch-Theologischen bzw. Kirchlichen Hochschulen nicht enthalten, die gemäß amtlicher Statistik gleichfalls den wissenschaftlichen Hochschulen zugerechnet werden. Bei den Hochschulstädten sind Erlangen und Nürnberg als Sitz einer gemeinsamen Universität mit Fakultäten in beiden Städten einzeln gezählt.¹⁾ Je drei Universitäten bzw. Hochschulen mit Universitätsrang existieren in Hamburg (ab 1980 vier), Hannover und München, je zwei in Köln, Stuttgart und Berlin (West).²⁾

Aus arbeitsökonomischen Gründen war es von Anfang an ausgeschlossen, im Rahmen dieser Arbeit alle Universitätsstädte zu behandeln, so daß eine Auswahl getroffen werden mußte. Diese sollte gleichwohl eine repräsentative Betrachtung der wichtigsten stadt-, wirtschafts- und sozial-geographischen Gegebenheiten und Probleme

1) Ansonsten sind Standortgemeinden auswärtiger Fakultäten oder Fachbereiche (z.B. in Freising, Germersheim, Homburg/Saar, Witzenhausen oder Vechta) nicht in der Summe der Hochschulorte enthalten.

2) Nach anderen Kriterien ermittelten unter Einschluß weiterer Hochschularten der Deutsche Städtetag ohne den Fachhochschulbereich insgesamt 77 Hochschulorte (vgl. Statistisches Jahrbuch deutscher Gemeinden, 62. Jg., 1975, S. 144-157), das Institut für Regionale Bildungsplanung 87 Hochschulstandorte (vgl. E. BERGJOHANN, S. DIESTERWEG und U. POHL 1975, Abb. III. 2.3) sowie der Deutsche Städtetag und das Institut für Urbanistik zu Berlin insgesamt 93 Hochschulstädte (vgl. Deutsches Institut für Urbanistik, Berichte, Nr. 5/75 vom 1.11.1975).

Nach Standorten getrennt betrug die Gesamtzahl aller Hochschuleinrichtungen im Jahre 1977 insgesamt 308 (siehe Bundesminister für Bildung und Wissenschaft 1978, S. 224-249).

erlauben. Als Auswahlkriterien wurden vor allem das Alter der Hochschulen, die Größe der Universitätsstädte und die unterschiedlichen Lagetypen herangezogen. Darüber hinaus wurde versucht, Beispiele für die verschiedenartige Beeinflussung der örtlichen Wirtschaft, insbesondere der Industrie, einzubeziehen. Schließlich bestand der Wunsch, nach Möglichkeit auch unterschiedliche Strukturtypen von Hochschulen zu berücksichtigen. Nicht angestrebt wurde die Untersuchung eines Hochschulortes mit zwei Universitäten oder sogar drei Hochschulen mit Universitätsrang und erst recht keine gleichmäßige Streuung der Beispielorte über das Bundesgebiet. Nach Abwägung vielfältiger Gesichtspunkte wurden schließlich die Universitätsstädte Bochum, Essen, Göttingen, Köln, Konstanz und Münster für die weitere Untersuchung ausgewählt.

Wichtigstes Auswahlkriterium bei diesen sechs Hochschulstädten war das Alter der Hochschulen, da sich aus diesem Faktum andere Gegebenheiten ableiten lassen. Es bestand der Wunsch, drei ältere Universitäten zu untersuchen, von denen zumindest eine aus dem 19. oder frühen 20. Jahrhundert stammen sollte, sowie drei erst nach 1960 entstandene Neugründungen aus möglichst unterschiedlichen Zeitphasen heranzuziehen.

Göttingen (gegr. 1734, eröffnet 1737) und Münster (gegr. 1773, eröffnet 1780) repräsentieren den Typ von Hochschulstädten mit langer Universitätstradition, wobei die Münstersche Hochschule jedoch zeitweilig (1818-1902) nicht als volle Universität bestand. Beide Städte müssen auch im funktionalen Sinne eindeutig als Universitätsstädte bezeichnet werden (vgl. G. SCHWARZ 1961, S. 350). Köln dagegen steht als Beispiel für jene Industriegroßstädte und Metropolen, die erst relativ spät durch eine wissenschaftliche Hochschule lediglich funktional ergänzt wurden; die aus einer Handelshochschule 1919 wiedererstandene Kölner Universität konnte jedoch an eine berühmte Vorgängerin (1388-1798)

anknüpfen, die die älteste aller untersuchten Hochschulen überhaupt war.³⁾

Die Universitäten Bochum (eröffnet 1965) und Konstanz (eröffnet 1966) gehören zu den ersten Neugründungen der 60er Jahre, stellen allerdings von ihrer Konzeption her (Umfang des Fächerangebotes) unterschiedliche Strukturtypen dar. Dies gilt erst recht für die 1972 begründete Universität Essen, die zu dem neuen Hochschultyp der Gesamthochschule zählt.

Bezüglich der Größenordnung der Hochschulstädte wurde versucht, für die Kategorien der alten und neuen Universitäten je eine Mittelstadt sowie eine Großstadt unterer und oberer Größenordnung heranzuziehen und - soweit möglich - die Hochschulen in Städten vergleichbarer Einwohnerzahlen gegenüberzustellen. Es sei zugestanden, daß selbst im statistischen Sinne die Städte Göttingen - Konstanz, Münster - Bochum und Köln - Essen nur bedingt zu vergleichen sind. So ist beim ersten Gegensatzpaar eigentlich nur Konstanz Mittelstadt (1975: 66.000 Einwohner), während Göttingen (1975: 122.000 Einwohner) statistisch gesehen bereits zu den Großstädten zählt. Hier ist indes anzumerken, daß statistische Schwellenwerte nicht zeitlos sind und daß sich insbesondere seit 1900 die Großstadtschwelle weiter nach oben verschoben hat und heute bei etwa 200.000 Einwohnern angesetzt werden müßte (vgl. P. SCHÜLLER 1967, S. 4). Münster (1975: 263.000 Einwohner) und Bochum (1975: 417.000 Einwohner) sind charakteristische Vertreter des Typs "Großstadt der unteren Größenordnung". Wenn Münster trotz der geringeren Einwohnerzahl mit seiner City entschieden großstädtischer wirkt als die beträchtlich einwohnerstärkere Revierstadt, so ist dies Ausdruck einer sehr verschiedenen, kaum vergleichbaren Stadtentwick-

lung. Nach seiner zentralörtlichen Stellung ist Münster sogar bedeutend höher einzustufen als Bochum. Auch Köln (1975: 1.022.000 Einwohner, nach Korrektur der Gebietsreform 1976 ca. 980.000 Einwohner) und Essen (1975: 684.000 Einwohner) unterscheiden sich nach Entwicklung und Bedeutung sehr stark, wenngleich sie gemeinsam als "Großstädte der oberen Größenordnung" eingestuft werden können. Allerdings hat Köln im System der zentralen Orte einen deutlich höheren funktionalen Rang. So ist die Gegenüberstellung der Hochschulen nach der Größenordnung ihrer Standorte mit mancherlei Problemen verbunden.

Besonders interessant erscheint der innerstädtische Standort, d.h. die Differenzierung der Universitäten nach Lagetypen. Göttingen und Münster als alte Hochschulen sind von ihrem Ansatz her als Stadt-Universitäten zu kennzeichnen. Die ehemaligen Stadtkern-(City-)Hochschulen befinden sich jedoch angesichts zunehmender Expansion in räumlicher Auflösung, ohne ihre stadtbestimmende Prägung aufgegeben zu haben. Parallelen ließen sich in Marburg, Heidelberg, Tübingen und Erlangen aufzeigen, weniger deutlich in Aachen, Bonn oder Stuttgart. Die Universität Köln hingegen als jüngste der alten Beispielhochschulen entstand ursprünglich in Campuslage zwischen der Altstadt und einem citynahen Vorort, wurde jedoch inzwischen durch die Siedlungsentwicklung in die städtische Bebauung einbezogen und hat daher - ähnlich wie in München - als integrierte Stadtviertels-Universität zu gelten.

Die Neugründungen Bochum und Konstanz werden durch eine isolierte Campuslage am Rande der städtischen Siedlungsausweitung gekennzeichnet, wie sie mehr oder weniger ausgeprägt auch in Dortmund, Bielefeld, Regensburg, Augsburg, Kassel und Saarbrücken besteht. Ob sich hier zumindest eine "Stadtzelle Universität" entwickeln kann, bleibt abzuwarten; die Universitätsrahmenstadt in Bochum zeigt Ansätze einer gewissen Eigenzentrierung. Die letzte Beispielstadt Essen wiederum hat nicht einen Hochschulstandort, sondern ist dezentralisiert bei jedoch eindeutiger Cityorientierung. Ihre Auswahl bot sich umso mehr an, als die Hochschulgebäude von

3) Mit der 1947 errichteten und 1970 in den Rang einer Wissenschaftlichen Hochschule erhobenen Deutschen Sporthochschule verfügt Köln sogar über eine zweite, allerdings kleine Hochschule mit Universitätsrang. Auf dieses Faktum wird gelegentlich Bezug genommen, Köln aber dennoch nicht als Stadt mit zwei Universitäten herausgestellt. Eine solche Einstufung träfe nach der Breite des Hochschulangebotes am ehesten auf Berlin und München zu.

der Konzeption her auch für nichtuniversitäre Belange, d.h. multifunktional, genutzt werden sollen.

Bei der Berücksichtigung des Problems der Struktur der Hochschulen ging es dem Verfasser vor allem darum, verschiedene Hochschulgrößen und ein unterschiedliches Studienangebot anzusprechen. Es sollten daher Hochschulen mit geringerer Studentenzahl (wie Konstanz) neben solchen behandelt werden, deren Studentenzahlen für Universität und Stadt extrem überdimensioniert erscheinen (wie vor allem Münster und Göttingen). Außerdem war beabsichtigt, Hochschulen mit Kliniken (wie Göttingen, Münster und Essen) in die Untersuchung einzubeziehen, da diese Einrichtungen vermutlich andere Raumannsprüche und -verflechtungen erwarten ließen. In diesem Zusammenhang wurde erörtert, aus den gleichen Gründen auch eine Technische Hochschule bzw. Technische Universität in einer Großstadt unterer Größenordnung (z.B. Braunschweig, Aachen oder Darmstadt) und eine Pädagogische Hochschule in einer größeren Mittelstadt (z.B. Lüneburg, Neuß oder Reutlingen) zu untersuchen. Die Erkenntnis, daß Entwicklung und Probleme derartiger Hochschulen insgesamt gesehen sich nicht wesentlich von denen der Universitäten unterscheiden dürften, sowie arbeitsökonomische Gründe führten schließlich zur Aufgabe dieser Idee.⁴⁾

Endlich sollte in der Untersuchung auch berücksichtigt werden, welche Bedeutung eine Universität als Wirtschaftsfaktor hat. In diesem Zusammenhang sollte geprüft werden, ob die Universität ein Hauptentwicklungsfaktor für die Stadtwirtschaft ist, welche Auswirkungen sie

4) In diesem Zusammenhang war auch von Bedeutung, daß sich die Technischen Hochschulen durch Angliederung geisteswissenschaftlicher und z.T. medizinischer Fakultäten (z.B. Aachen und TU München) ebenso an die "klassischen Universitäten" angenähert haben wie Universitäten teilweise an Technische Hochschulen nach Errichtung technischer Fachbereiche (Erlangen, Bochum, Dortmund, Rostock). Zur Entwicklung und Stellung der Technischen Hochschulen Aachen und Wien siehe H.M. KLINKENBERG 1970 und R. WURZER 1966, zu den Auswirkungen Pädagogischer Hochschulen auf die Stadtentwicklung am Beispiel Lörrach vgl. S. KULLEN 1971, insb. S. 110f.

auf den Arbeitsmarkt hat und inwieweit sie insbesondere die örtliche Industriestruktur beeinflußt. Dieser Frage wird vor allem am Beispiel von Göttingen nachgegangen werden. Auch Tübingen, Gießen und Jena als Städte, über die allerdings derartige Untersuchungen bereits vorliegen,⁵⁾ hätten sich als Beispielorte für diesen Problembereich angeboten. Ferner bestand die Absicht zu prüfen, ob die Universität negative Auswirkungen auf die finanziellen Einnahmen ihrer Standortgemeinden hat, ganz zu schweigen von den Folgekosten für hochschulbedingte Einrichtungen. Es bot sich an, diesen Fragen am Beispiel von Münster und Bochum nachzugehen. Neben anderen Städten erscheint vor allem auch Heidelberg ein lohnenswertes Objekt für derartige Fragestellungen zu sein.

Abschließend bleibt nochmals festzustellen, daß die letztlich ausgewählten Hochschulstädte, die in dieser Abhandlung genauer untersucht werden, aus jeweils mehreren Gründen berücksichtigt wurden. Wenn dabei mit Münster, Bochum, Essen und Köln vier Universitätsstandorte aus Nordrhein-Westfalen auftauchen, so sei durchaus zugestanden, daß dem Verfasser die Gegebenheiten im eigenen Bundesland besonders vertraut und interessant erscheinen.

Gleichwohl wurden auf mehreren Reisen durch Süd- und Norddeutschland nahezu alle vorhandenen und geplanten Universitätsstädte der Bundesrepublik studiert und konnte eine Vielzahl von Literatur über Hochschulstädte, Bildungsfor- schung und Bildungsplanung in aller Welt ausgewertet werden. Dies gilt auch für die sogenannte "graue Literatur", d.h. vielfach unveröffentlichte Memoranden, Denkschriften, Gutachten o.ä., die nur an einigen Stellen verfügbar, über den öffentlichen Fernleihverkehr der Biblio-

5) E. EHLERS 1974, A. WOLL 1966, J. LEIB 1976 und 1977b, H.J. SCHULTZE u.a. 1955. Die regionalwirtschaftliche Bedeutung von Hochschulen hat seit 1975 in der Literatur zunehmende Beachtung gefunden.

theken jedoch nicht zugänglich sind.⁶⁾

Dennoch ist sich der Verfasser darüber im klaren, an den sechs Beispielorten keinesfalls die Gesamtheit der Beziehungen zwischen Hochschulen und ihren Standortgemeinden aufzeigen zu können. Deshalb wird im Anschluß an die Analyse von Entwicklung und Standort der ausgewählten Universitäten ab Kapitel IV die allgemeine Betrachtung in den Vordergrund gestellt

und dort außer auf die näher untersuchten Hochschulen auch auf Situationen anderer Universitätsstädte eingegangen, soweit dies für eine bestimmte Fragestellung förderlich erscheint. Dabei ist allerdings einzuräumen, daß auch diese Beispiele sich überwiegend auf das Gebiet der Bundesrepublik Deutschland beziehen und daß demzufolge die getroffenen Aussagen regional weitgehend auf sie begrenzt und allenfalls auf Teile Europas übertragbar sind.

6) Diese Untersuchungen konnten - soweit dort vorrätig - in den Bibliotheken des Zentralarchivs für Hochschulbau in Stuttgart, des Staatsinstitutes für Bildungsforschung und Bildungsplanung in München, des Institutes für Regionale Bildungsforschung - Arbeitsgruppe Standortforschung - GmbH in Hannover und des Deutschen Städtetages in Köln mit freundlicher Erlaubnis der jeweiligen Institutionen eingesehen werden.

2. Abriß der Entwicklung der Beispielhochschulen

2.1 Universität Köln

Hundert Jahre nach der Schlacht von Worringen (1288), in der die Bürger der mächtigen und reichen Handelsstadt Köln mit dem Sieg über den Erzbischof die Domstadt in eine unabhängige freie Reichsstadt verwandelt hatten, entstand in Köln 1388 die erste deutsche städtische Universität. Bereits vor ihrer Gründung gab es in der Stadt mit den Theologisch-Philosophischen Ordenshochschulen ("Generalstudien") der Dominikaner (errichtet im Jahr der Grundsteinlegung des Domes 1248) und der Franziskaner (seit 1260) universitäre Vorstufen mit berühmten Gelehrten, die das Ansehen Kölns als Stätte der Bildung im 13. Jahrhundert nachhaltig bestimmten.¹⁾

Im Rahmen der spätmittelalterlichen Universitätsgründungen - 1348 Prag, 1365 Wien, 1366 Heidelberg, 1388 Köln - war die alte Kölner Universität die vierte im deutschen Sprachraum und die zweitälteste in Deutschland. Ihre Errichtung erfolgte nach dem Vorbild der Universität zu Paris mit je einer Theologischen, Juristischen, Medizinischen und Artistischen (Philosophischen) Fakultät. Gründungsmotiv für den Rat der wohlhabenden Hansestadt Köln war der Wunsch, ihre Stadt auch zu einem wissenschaftlichen Zentrum zu entwickeln und sich selbst ebenso ein "geistiges Denkmal" zu setzen, wie dies bisher ein Kaiser, ein Erzherzog und ein Kurfürst im deutschsprachigen Raum (Prag, Wien und Heidelberg) getan hatten. Die Genehmigung der Universitätserrichtung durch Papst Urban VI. erfolgte offensichtlich im Zusammenhang mit dem großen abendländischen Schisma und der Unterstützung des französischen Gegen-

1) Erster Leiter des Generalstudiums der Dominikaner war der Universalgelehrte Albert von Bollstädt (Albertus Magnus), der von der Universität Paris aus nach Köln berufen wurde. An der Hochschule lehrten außerdem Thomas von Aquin, Meister Eckhart, Heinrich Seuse und Johannes Tauler. Berühmtester Lehrer des Generalstudiums der Franziskaner war Johannes Duns Scotus, der vorher in Oxford und Paris tätig gewesen war.

papstes durch die Pariser Universität (W. KATNER 1969, S. 26).

Die Universität Köln erreichte eine ungewöhnliche Anziehungskraft: Sie hatte im Gründungsjahr bereits 609 und im 15. Jahrhundert jährlich 1.000 bis 1.500 Studenten; aus ihrem Lehrkörper entstammten die Gründungsrektoren der Universitäten Löwen (1426), Trier (1453) und Mainz (1476). In der Neuzeit sank jedoch ihr Ansehen, dies umso mehr, als 1777 der Kölner Erzbischof und Kurfürst in seiner Residenzstadt Bonn eine kurkölnische Akademie begründete, die 1786 sogar zur Landesuniversität erhoben wurde (W. KATNER 1969, S. 2-3). 1794 wurde Köln von französischen Revolutionstruppen besetzt, 1798 die Universität, die zur wissenschaftlichen Provinzialität abgestiegen war,²⁾ durch ein französisches Dekret aufgehoben.

Nachdem Köln preußisch geworden war, bemühten sich angesehene Bürger und ehemalige Professoren bei der preußischen Regierung um die Wiederbegründung der Kölner Hochschule als rheinische Landesuniversität, unterlagen aber 1818 dem Mitbewerber Bonn aus konfessionellen Gesichtspunkten. Das protestantische Preußen wünschte sich die Universität in seinen Westprovinzen nicht in einer Stadt, die man als Zentrum katholischer Reaktion ansah.³⁾ Eine weitere Enttäuschung erlebte Köln, als 1870 der preußische König Aachen eine polytechnische Anstalt gewährte, die sich zur Technischen Hochschule entwickelte. Schließlich betrieben die Kölner Bürger, vor allem der Großkaufmann und Industrielle Gustav von Mevissen (1815-1899), wegen der besonderen Bedeutung ihrer Stadt als Handels- und Wirtschaftszentrum die Errichtung einer Handelsakademie (erste Denkschrift von G. von MEVISSEN 1879), die als akademische

2) Unter den Hochschullehrern des 16. bis 18. Jahrhunderts seien Friedrich von Spee und Friedrich Schlegel erwähnt. - Zur Entwicklung und Stellung der alten Kölner Universität vgl. H. KEUSSEN 1934 (mit Lageplan der vier nach Fakultäten getrennten Universitätsgebäude und statistischem Anhang S. 380).

3) Ähnliches galt nicht nur für Köln, sondern auch für Münster, dessen Universität 1818 von Preußen aufgehoben wurde.

Hochschule die Universität Bonn und die Technische Hochschule Aachen ergänzen sollte. Mit dem Stiftungskapital aus dem Nachlaß Mevissens und städtischen Zuschüssen wurde 1901 die Handelshochschule Köln eröffnet, die wiederum die erste nur von einer Stadt getragene Hochschule dieser Art in Deutschland wurde;⁴⁾ an ihr wurden Diplom-Kaufleute und Handelslehrer ausgebildet. Sehr bald entstanden in Köln zwei weitere Hochschulen, nämlich 1904 eine Akademie für Praktische Medizin⁵⁾ und 1912 eine Hochschule für Kommunale und Soziale Verwaltung, d.h. eine Art Höhere Verwaltungsakademie.

Kern der Klinischen Anstalten waren neben fünf Hospitälern in der Innenstadt das Augusta-Hospital am Südbahnhof, das Evangelische Krankenhaus in Lindenthal und vor allem die Städtische Krankenanstalt Lindenburg im 1888 eingemeindeten Vorort Lindenthal. Hier war - weit außerhalb der städtischen Siedlung - 1850 eine private "Kranken-, Heil- und Irren-Verpflegungsanstalt" gegründet worden, die 1872 mit allen Liegenschaften in den Besitz der Stadt Köln überging. Sie wurde bis 1908 mit mehreren Kliniken, Schwesternhaus, Hebammenlehranstalt, Verwaltungsgebäude und technischen Anlagen zum größten Krankenhauskomplex der Stadt ausgebaut (vgl. Universität zu Köln, Zielplanung II 1972, S. 8 und W. KATNER 1969, S. 32). Die Chefarzte der Kliniken waren zugleich Professoren oder Dozenten der Akademie für Praktische Medizin. Studiendirektor der Hochschule für Kommunale und Soziale Verwaltung wurde der Direktor der Handelshochschule, der Nationalökonom Christian Eckert.

Aus Eckerts Feder stammt auch ein erstes Gutachten aus dem Jahre 1913, in dem er die drei Hochschulen als Ansatz dreier

Universitäts-Fakultäten hinstellte (W. KATNER 1969, S. 135). Schließlich konnte der 1917 zum Kölner Oberbürgermeister gewählte Konrad Adenauer auf Eckerts Drängen den preußischen Kultusminister und die Stadtverordnetenversammlung 1919 bewegen, eine staatlich genehmigte Universität zu gründen, deren Kosten allein von der Stadt zu tragen seien (Ebd.).⁶⁾ Die Universität erhielt eine Wirtschaftswissenschaftliche, Juristische, Medizinische und 1920 auch Philosophische Fakultät; die Theologische Fakultät wurde nicht wiederbegründet. Noch vor der Errichtung der neuen Kölner Universität hatte der ehemalige Bonner Professor und nunmehrige Universitätsreferent im preußischen Kultusministerium, C.H. Becker, versucht, die Kölner Handelshochschule als handelswissenschaftliche Fakultät der Universität Bonn anzugliedern.⁷⁾ Nach dem verlorenen Weltkrieg, dem Verlust Elsaß-Lothringens und der Universität Straßburg sowie der Besetzung großer Teile des Rheinlandes durch Frankreich (u.a. Bonn, Mainz) wurde der Universitätsplan bewilligt, weil Preußen durch die neue Hochschule am wirksamsten den Loslösungsbestrebungen im Rheinland begegnen zu können glaubte. Die Universität Köln sollte "im bedrohten Westen eine Zentrale des (deutschen) Geisteslebens" gegen die als Herausforderung empfundene französische Kulturpropaganda im Rheinland werden (K. DOWELL 1976, S. 172).

Nach der Neugründung begann ein rascher Aufstieg der zunächst für ca. 3.000 Studierende konzipierten Kölner Universität: 1919 immatrikulierten sich 1.299 Studenten, im Sommer-Semester 1922 hatte man mit 4.407 Studierenden bereits die Bonner Nachbarhochschule überholt und nahm unter

4) Ihr folgten 1907 eine Wirtschaftshochschule in Mannheim und 1919 die Handelshochschule Nürnberg, die sich später Hochschule für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften nannte. - Zur Entwicklung vgl. Festschrift zur Eröffnung des Neubaus der Handelshochschule Köln 1907.

5) Eine gleiche Institution erhielt Düsseldorf 1907; sie bildete später den Grundstock der Medizinischen Fakultät und der Universität Düsseldorf.

6) Bereits 1914 gründete die Stadt Frankfurt eine städtische Stiftungs-Universität, die aus einer 1901 entstandenen Akademie für Sozial- und Handelswissenschaften hervorging (vgl. zu ihrer Entwicklung P. KLUKE 1972).

7) Dieses Schicksal der Eingliederung erlebte die Hochschule für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften in Nürnberg, die ab 1961 mit der Universität Erlangen zur Universität Erlangen-Nürnberg vereinigt wurde.

den preußischen Universitäten nach Berlin schon die zweite Stelle ein (K. DOWELL 1976, S. 183f.), 1928 zählte man bereits 5.565 Studenten. Stets gehörten die meisten Studenten - in Fortführung der Tradition der Handelshochschule - der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät (WISO) an. Das starke Studentenzuwachstum machte den Bau eines neuen Universitätsgebäudes notwendig, das 1935 bezogen werden konnte.

1955 wurde von der Philosophischen Fakultät die Mathematisch-Naturwissenschaftliche Fakultät abgetrennt und zunehmend vergrößert (W. KATNER 1969, S. 82). Nach dem Zweiten Weltkrieg entwickelte sich die Universität zu Köln zu einer der größten Hochschulen der Bundesrepublik und behauptete lange nach München den zweiten Rang (W. KATNER 1969, S. 11 und R. MUSSO 1968, Graphik S. 169).⁸⁾ Die stetig steigenden Studentenzahlen überforderten bald die finanziellen Möglichkeiten der Stadt. Nach einem 1953 zwischen dem Land Nordrhein-Westfalen und dem Rat der Stadt Köln getroffenen Vertrag übernahm das Land die Universität mit allen Einrichtungen einschließlich der Universitäts- und Stadtbibliothek; die Stadt trug jedoch weiterhin 50% der laufenden Zuschüsse für die Universität. Nach einer weiteren Vereinbarung von 1960 sollte sich der Städtische Zuschuß bis 1965 schrittweise auf 20% verringern (W.P. ECKERT 1961, S. 216). Damit wurde aus der "Bürgeruniversität" nunmehr doch eine Landesuniversität.⁹⁾ Wegen der finanziellen Verpflichtungen und der Bereitschaft, für Institutsneubauten weitere Grundstücke abzutreten, wurde der Stadt ein Mitwirkungsrecht an der Universitätsverwaltung eingeräumt, das keine andere Hochschule Nordrhein-Westfalens kennt. Es wurde ein Kuratorium errichtet, dessen Vorsitzender der Oberbürgermeister der Stadt

8) Siehe auch "Zur Entwicklung der Studierendenzahl an der Universität Köln" (1920-1963). In: Statistische Mitteilungen der Stadt Köln, Jg. 18, H. 2/3, S. 203-209.

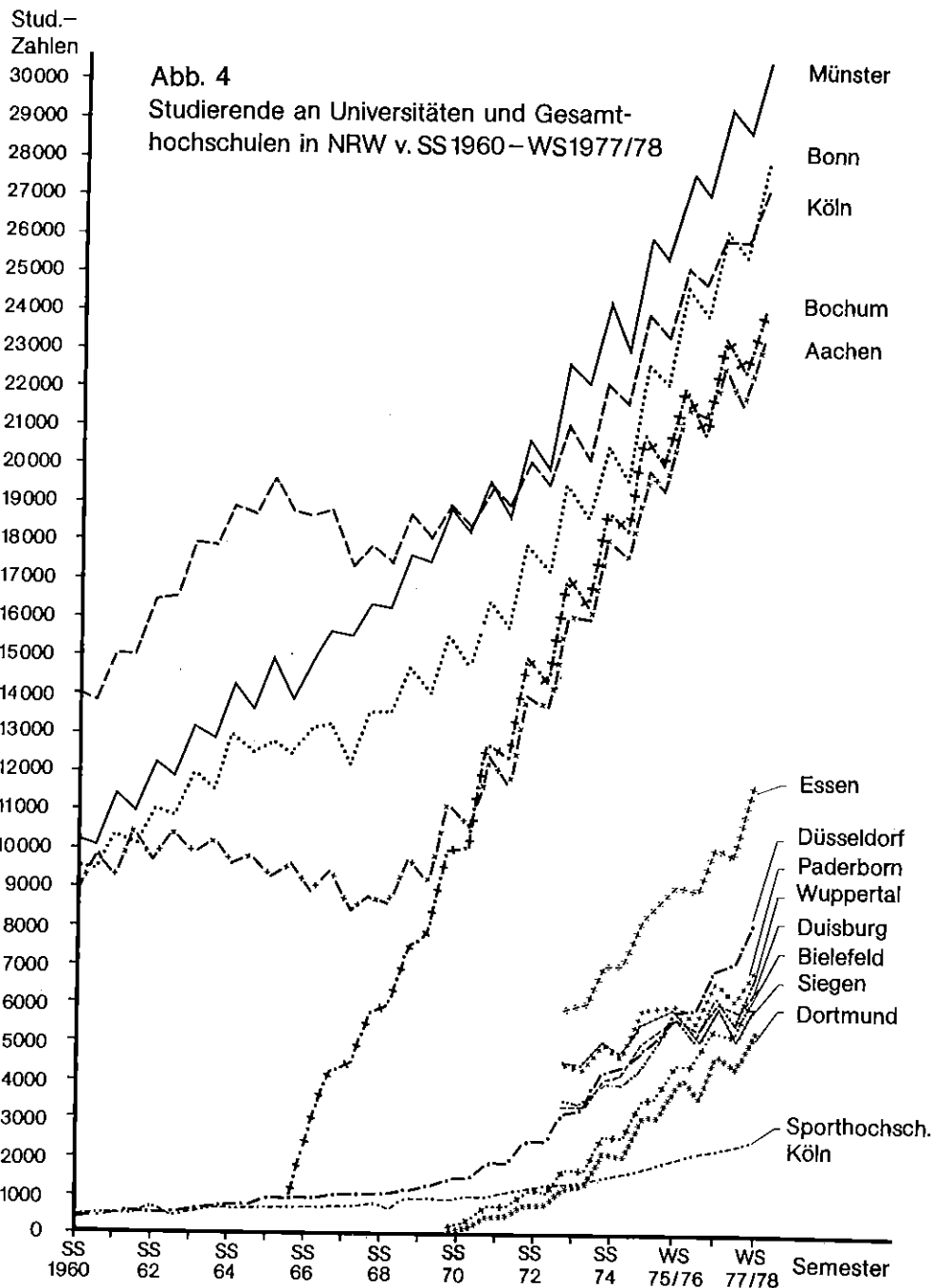
9) Auch die Stadt Frankfurt konnte ihre Universität nicht mehr tragen; sie wurde 1967 voll vom Land Hessen übernommen, das vorher bereits 50% des laufenden Finanzbedarfs getragen hatte.

Köln ist.¹⁰⁾ Auf Vorschlag des Kuratoriums bestellt der zuständige Minister den Kanzler der Universität (W.P. ECKERT 1961, S. 217). Das Kuratorium berät und begutachtet Entwicklung und Probleme der Hochschule. "Es hat in den letzten Jahren so rege gearbeitet und so fruchtbare Ergebnisse erbracht, daß sowohl die Universität als auch die Stadt bemüht sind, diese Einrichtung auch in Zukunft zu erhalten" (W. KATNER 1969, S. 4).

Zur Überfüllung der Kölner Universität, die 1950 5.280 Studierende, 1960 bei annähernd 14.000 Studenten bereits rd. 5.000 Studierende in der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät zählte, trugen bei dominantem Einzugsgebiet aus dem rheinischen Raum (G. KUNZ 1964 und 1967) auch die zahlreichen aus dem Ruhrgebiet kommenden Studenten bei. Deshalb wurde 1960 vom Wissenschaftsrat angeregt, angesichts der Studenteneskalation in Köln - zugleich auch in Münster und Bonn - eine Ruhr-Universität als Entlastungshochschule zu gründen.

Abbildung 4 stellt die Entwicklung der Studenten an den Universitäten und Gesamthochschulen Nordrhein-Westfalens zwischen 1960 und 1977 dar, die Abbildungen 5 und 6 zeigen absolute Zahlen und Anteile der Studienanfänger an ausgewählten Hochschulen zwischen 1960 und 1974 auf. Es ist bemerkenswert, daß die Universität Köln, die bis in die frühen 60er Jahre die meisten Studienanfänger in Nordrhein-Westfalen aufnahm (im Winter-Semester 1963/64 45%), nach Eröffnung der Ruhr-Universität Bochum im Winter-Semester 1965/66 vier Semester lang einen Rückgang ihrer Studentenzahlen verzeichnen konnte (vgl. auch A. MAYR 1970b, S. 224f.). Erst im Winter-Semester 1970/71 überschritt sie mit 19.783 Immatrikulierten die Zahlen des Höchststandes aus dem Sommer-Semester 1965 (19.315), um dann im Zuge stetig zunehmender Nachfrage nach Studien-

10) Dem Kuratorium gehören außerdem der Regierungspräsident zu Köln, der Oberstadtdirektor, zwei Stadtverordnete, drei vom Land berufene Mitglieder des Vereins der Freunde und Förderer der Universität Köln (gegründet 1924), der Rektor der Universität, die Dekane und ein Vertreter des Senats an.



Entwurf: A. Mayr

Kartographie: M. Michelka

plätzen kontinuierlich weiterzuwachsen;¹¹⁾ im Winter-Semester 1978/79 erreichte die Kölner Universität mit 27.573 ordentlichen Studierenden ihre bisher höchste Studentenzahl. Ihren Rang als größte Hochschule Nordrhein-Westfalens hat sie jedoch seit dem Winter-Semester 1971/72 endgültig an die Universität Münster eingebüßt, die auch - zeitweilig im Wechsel mit Bochum - in den folgenden Winter-Semestern die meisten Neumatrikulierten aufgenommen hat. Seit dem Winter-Semester 1977/78 zählt die

11) Einschränkung ist hier allerdings darauf hinzuweisen, daß die Universität Köln ebenso wie alle anderen länger bestehenden Hochschulen durch eine alternierende Zu- und Abnahme der Studentenzahlen charakterisiert wird. Bedingt durch die Zahl der Studienanfänger, erfolgt nach den Abiturterminen jeweils ein starker Anstieg, zum folgenden Semester wegen des Abgangs von Examinierten und geringerer Erstsemesterzahlen insgesamt gesehen ein Studentenrückgang. Bis zur Umstellung des Schuljahresbeginns (zwei Abiturientenjahrgänge in einem Jahr zum SS 1966 und WS 1966/67) erfolgte der größte "Studentenschub" zum Sommer-Semester, seitdem, wie Abb. 5 zeigt, zum Winter-Semester.

Abb. 5 Studienanfänger in Münster, Köln, Bonn, Bochum und Aachen
in ausgewählten Semestern

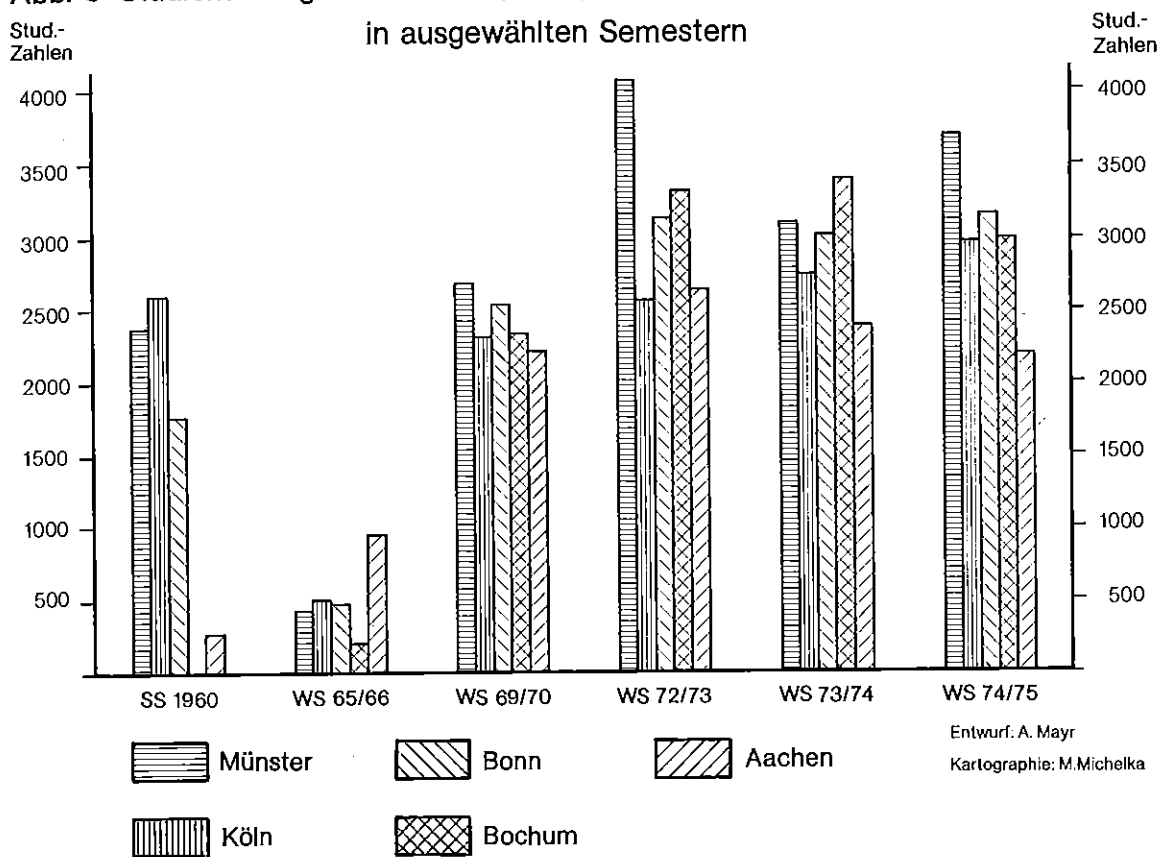
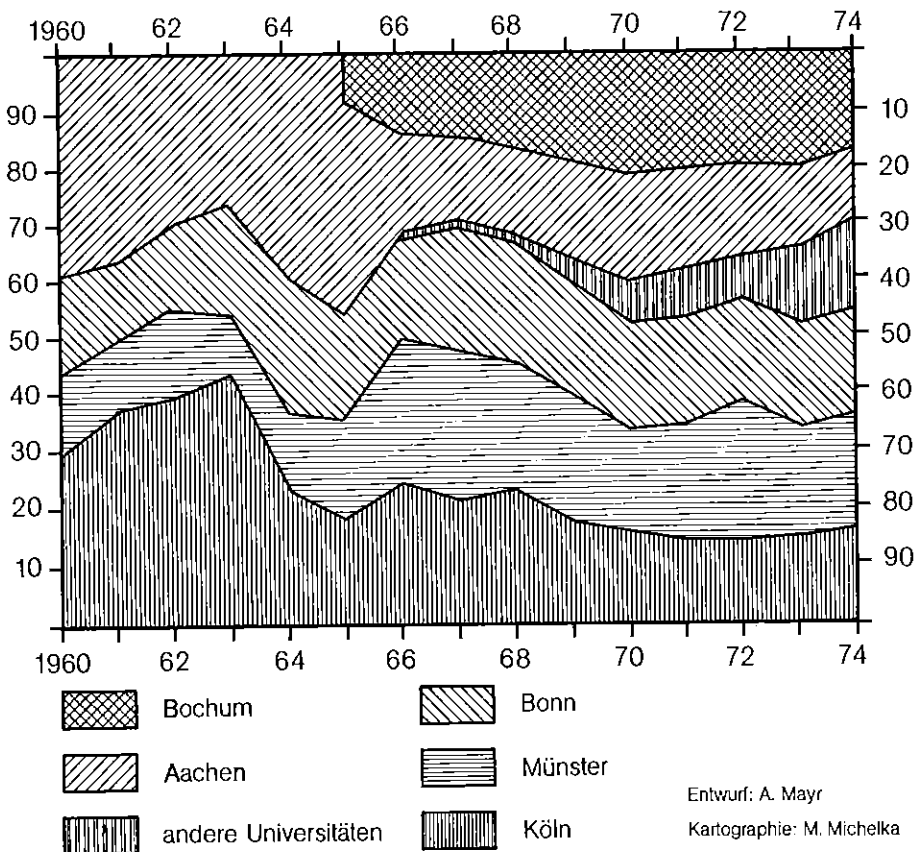


Abb. 6 Studienanfänger an Universitäten in Nordrhein-Westfalen
(Anteile aller Studienanfänger in v.H. in den Wintersemestern)



Universität Bonn, die nach Münster, aber vor Bochum und Köln die stärksten Studentenzugänge innerhalb des Landes verzeichnen konnte, sogar mehr Studenten als die Kölner Hochschule.¹²⁾ Für diese Entwicklung mag verantwortlich sein, daß der stetige Ausbau der Universität Düsseldorf (seit 1965) sowie die Gründung der Gesamthochschulen in Duisburg und Wuppertal (1972) die Universität Köln im Vergleich zu anderen Hochschulen vor stärkeren Zuwachsraten bewahrt hat. Sie ist gleichwohl nach ihrer Studentenzahl noch immer die sechstgrößte der Bundesrepublik (einschließlich Berlin-West) nach München, Berlin (FU), Hamburg, Münster und Bonn). Nach dem Nordrhein-Westfalen-Programm wird die maximale Größe einer Universität mit 15.000 bis 20.000 Studierenden angegeben, weil "über diese Größenordnung hinaus ... mit Funktionsstörungen und Effektivitätseinbußen gerechnet" wird (NWP '75 1970, S. 70). Diese Situation hat die Kölner Universität lange erreicht.

Der Kölner Gesamthochschulbereich, zu dem außer der Universität noch die Deutsche Sporthochschule, die Abteilungen Köln und Heilpädagogik der Pädagogischen Hochschule Rheinland, die Musikhochschule, Fachhochschulen und das Bibliothekar-Lehrinstitut zählen, sollte im Jahre 1975 34.000 Studenten zählen und 1980 etwa 38.000 erreichen (Ebd., S. 72); der Planungsausschuß für den Hochschulbau sieht als Ausbauziel 31.250 Studienplätze vor (8. Rahmenplan 1978, S. 48). Die Tatsache, daß an den Kölner Hochschulen bereits im Winter-Semester 1974/75 über 40.000 Studenten, im Winter-Semester 1978/79 schon über 48.000 Studierende eingeschrieben waren,¹³⁾ macht deutlich, daß die Wirklichkeit bereits alle Planungen vorzeitig überholt hat. Auf Probleme, die sich aus dieser Entwicklung er-

12) Als Quellen dieses Abschnittes dienten Auswertungen der Hochschulstatistiken des Statistischen Bundesamtes Wiesbaden (bis WS 1971/72) und des Landesamtes für Datenverarbeitung und Statistik, Düsseldorf (ab SS 1972). Die Studentenzahl für das WS 1978/79 entstammt dem Vorbericht des Statistischen Bundesamtes für das entsprechende Semester.

geben, wird an verschiedenen Stellen noch einzugehen sein.

2.2 Universität Göttingen

Göttingen gehört ebenfalls - vergleichbar Heidelberg, Tübingen, Marburg oder auch Oxford, Salamanca und Coimbra - zu den Städten Europas, bei deren Namensnennung man zuerst an die Universität denkt. In günstiger Verkehrslage an einem Übergang über die Leine als Schnittpunkt von wichtigen Straßen entstanden und gewachsen, war Göttingen während des Mittelalters als Mitglied des Kaufmanns- und Städtebundes der Hanse eine bedeutende Handelsstadt. Schon 1586 beantragte der Rat der Stadt, die mit einem Gymnasium illustre¹⁴⁾ über eine universitätsähnliche Bildungsstätte verfügte (Pädagogium im ehemaligen Paulinerkloster), das kaiserliche Privileg für eine Universität. Hohe Verschuldungen durch den Schmalkaldischen und den Dreißigjährigen Krieg sowie Pestepidemien vereitelten das hochgestellte Ziel und ließen Göttingen fast - wie alten Stadt-

13) Nach Universität zu Köln, Mitteilungen 3-1979, S. 16 konkurrieren auf dem Wohnungsmarkt etwa 28.000 Studenten der Universität mit ca. 17.000 Studierenden anderer Hochschulen. Nach der Kleinen Hochschulstatistik des Landesamtes für Datenverarbeitung und Statistik, Düsseldorf, zählte Köln an allen 9 Hochschuleinrichtungen (einschl. zweier in privater Trägerschaft, jedoch ohne Bibliothekar-Lehrinstitut) im WS 1978/79 48.426 Studenten. Universität und die beiden örtlichen Abteilungen der Pädagogischen Hochschule Rheinland, die ab 1.4.1980 zusammengeschlossen werden, hatten im WS 1978/79 zusammen 33.583 Studenten.

14) 1586 wurde die seit 1530 bestehende Lateinschule zum Gymnasium erhoben. Als Gymnasium illustre war es praktisch eine Akademie oder Hohe Schule mit universitärer Ausbildung, die auch eine Matrikel führte und Fakultäten kannte, der jedoch der Universitätstitel und das Recht fehlten, akademische Grade zu verleihen. Vergleichbare Institutionen im Raum Westfalen waren die Hohe Schule von Herborn (1584-1817), das Gymnasium illustre Arnoldinum in Burgsteinfurt (gegr. 1591) und das Akademische Gymnasium in Lingen (gegr. 1697). - Vgl. auch H.H. BLOTEVOGEL 1975, S. 104ff. und 1978.

ansichten und Chroniken zu entnehmen ist - zu einer Landstadt absinken, deren Erscheinungsbild jedoch nach wie vor sehr städtisch wirkte.¹⁵⁾

Etwa ab 1730 bemühte sich Göttingens Landesherr Herzog Georg August von Braunschweig-Lüneburg, Kurfürst von Hannover,¹⁶⁾ der als Georg II. zugleich König von Großbritannien (1727-1760) war, um die Errichtung einer landeseigenen Hochschule, damit seine Untertanen zum Studium nicht "ins Ausland" gehen und dort ihr Geld ausgeben müßten. Bevorzugt gewählte mittel- und norddeutsche Universitätsstädte waren damals, wie D. DENECKE exemplarisch zeigen konnte, Erfurt, Leipzig, Helmstedt und Wittenberg (1979, S. 116f.). Die Standortwahl fiel auf das einst blühende, jetzt aber verarmte und z.T. verfallene Göttingen, das zudem extrem ungünstig - durch braunschweigisches und z.T. hildesheimisches Gebiet getrennt - fast an der südlichen Peripherie des kurhannoverschen Territoriums nahe der Grenze zur Landgrafschaft Hessen-Kassel lag. Entscheidende Kriterien waren, daß die Stadt Göttingen "groß und bereits ziemlich gebauet" war, sich "wegen ihrer Weitläufigkeit, bequemen Lage, gesunden Luft, guten Wassers und anderer Vortheile" auszeichnete und daß in ihr "für eine zahlreiche Corporation nicht nur Platz und Raum genug, sondern auch aus der herumliegenden überaus fruchtbaren Gegend an Lebens-Mitteln ein Überfluß zur Hand

15) Die älteste Stadtansicht (Holzschnitt) und Stadtbeschreibung ("Von der Stadt und dem Land Göttingen") enthält die von Heinrich Bünting 1584 verfaßte Braunschweig-Lüneburgische Chronik. Vgl. W. NISSEN 1972, S. 29f., G. von SELLE 1953 und zusammenfassend D. DENECKE 1979, S. 13ff.

16) Die aus dem welfischen Besitz durch wiederholte Erbteilungen entstandenen Fürstentümer (Braunschweig-)Lüneburg, Calenberg, Göttingen und Grubenhagen, die seit 1634 im Besitz des Hauses Lüneburg-Celle waren, wurden 1692 zum Kurfürstentum Hannover erhoben und 1715 um die Herzogtümer Bremen und Verden erweitert. Das ebenfalls aus welfischem Besitz entstandene eigenständige Herzogtum Braunschweig-Wolfenbüttel trennte indessen die südhannoverschen Landesteile Göttingen und Grubenhagen vom Hauptgebiet des Kurfürstentums ab.

geschaffet werden kan." (W. NISSEN 1972, S. 34-35). Die Stadt Celle, der gleichfalls - ebenso wie Lüneburg - die kurhannoversche Universität angetragen worden war, hatte es vorgezogen, statt ihrer ein Zuchthaus aufzunehmen.¹⁷⁾

Durch ein Privileg Kaiser Karls VI. vom 17. Januar 1733 wurde der Kurfürst und König ermächtigt, das schon seit vielen Jahren anerkanntermaßen in Blüte stehende Gymnasium illustre zu Göttingen zu einer öffentlichen Universität zu erheben (W. EBEL 1961, S. 14). Durch Erlaß vom 9.10.1734 wurde die Eröffnung des Lehrbetriebes verfügt, mit dem bei 147 Studenten im ersten Semester am 14.10.1734 begonnen wurde. Die ersten Räume der Universität wurden im Gymnasium eingerichtet, dessen Leiter als Professor und dessen Schüler größtenteils als Studenten übernommen wurden. Durch königliches Privileg Georg Augusts wurden am 7.12.1736 die Statuten der Universität erlassen und die Universität am 17.9.1737 offiziell feierlich eröffnet (W. EBEL 1961, S. 8-9 und S. 29-83), und zwar mit Fakultäten für (evangelische) Theologie, Jurisprudenz, Medizin und Philosophie. Tatkräftiger Förderer und erster Kurator der "Georgia Augusta" wurde der hannoversche Staatsminister Gerlach Adolph Frhr. von Münchhausen. Er und die erstberufenen Professoren entwickelten Göttingen im Geist der Aufklärung, der heraufkommenden Naturwissenschaften und eines neuen humanistischen Ideals zur "ersten modernen Universität" (W. EBEL 1972, S. 52), an der u.a. der spätere preußische Universitätsreformer Wilhelm von Humboldt die Grundlagen seines Universitätsideals schon als Student kennenlernte. Die Freiheit von Forschung und Lehre war erstmals satzungsgemäß garantiert; bezeichnend ist, daß Göttingen als erste deutsche Hochschule auch jüdische und weibliche Studenten zum Studium zuließ und bereits 1787 zum 50jährigen Universitätsjubiläum erstmals einer Studentin die philosophische Doktorwürde erteilen

17) Die Bürger fürchteten für ihre Ruhe und die Moral ihrer Töchter. So wurde allgemein den widerstrebenden städtischen Bürgern durch einen Jenenser Gelehrten erst die Neugründung von Hochschulen schmackhaft gemacht (vgl. T. SAGITTARIUS 1611).

konnte (W. NISSEN 1972, S. 50f.). In die Geschichte eingegangen ist ferner der Protest der "Göttinger Sieben" im Jahre 1837 gegen die Aufhebung des Staatsgrundgesetzes durch den damaligen hannoverschen König Ernst August, der daraufhin die Professoren (u.a. den Historiker F.C. Dahlmann und die Germanisten Jakob und Wilhelm Grimm) ihrer Ämter entthob.

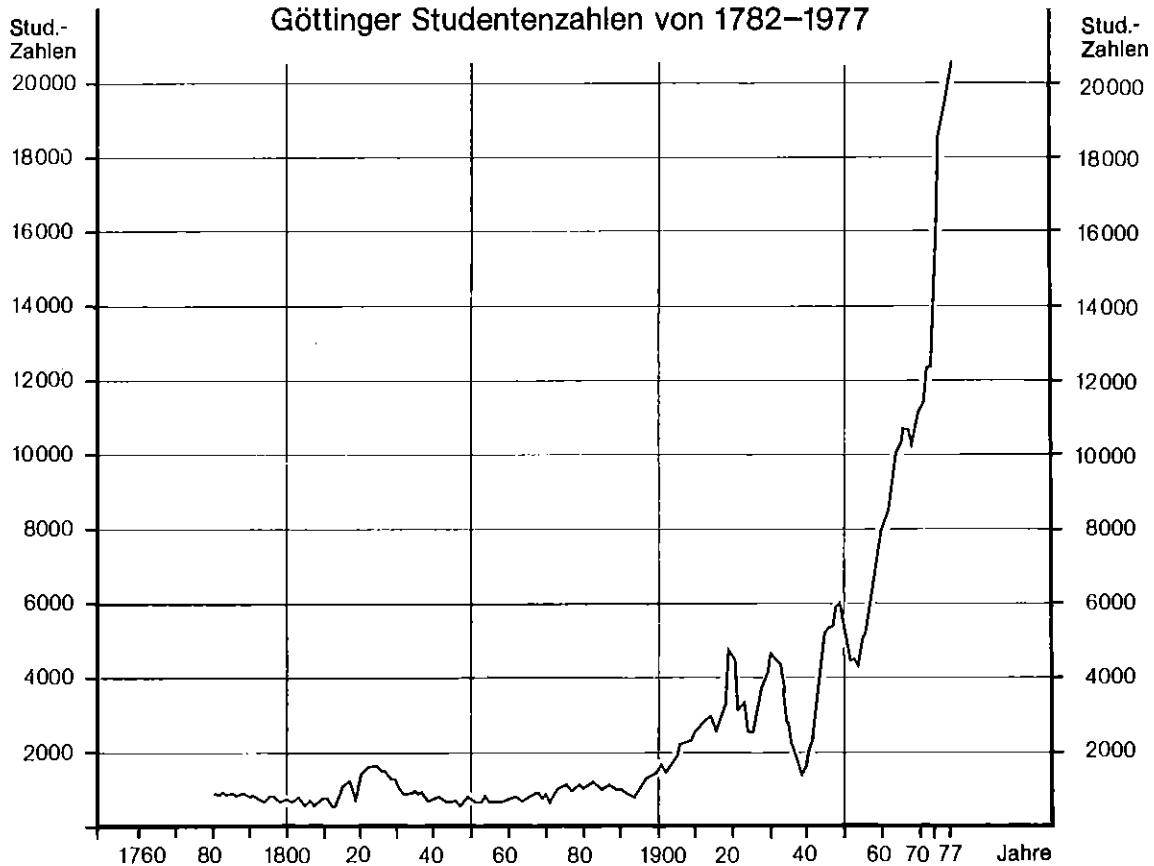
Die Universität Göttingen blieb hinsichtlich der Studentenentwicklung und ihres Einzugsbereiches keineswegs eine reine hannoversche Landesuniversität, sondern nahm innerhalb der Gruppe der nord- und mitteldeutschen Universitäten - es existierten bereits vorher Erfurt seit 1392, Leipzig seit 1409, Rostock seit 1419, Greifswald seit 1466, Wittenberg seit 1502, Frankfurt/Oder seit 1506, Jena seit 1558, Helmstedt seit 1576 und Halle/Saale seit 1680¹⁸⁾ - einen hervorragenden Platz

ein. Mehr als die Hälfte der Studierenden stammte nicht aus Hannover. Mit rd. 700-800 Studenten war Göttingen zusammen mit Halle die größte deutsche Hochschule des 18. Jahrhunderts und erreichte 1825 im 19. Jahrhundert mit 1.545 Studierenden seine Höchstquote (W. EBEL 1972, S. 52 und S. 54, H.H. BLOTVOGEL 1978, Karte S. 79 nach F. EULENBURG 1904), die nach der Gründung der großen Universitäten in Berlin (1810), Bonn (1818) und München (1826) jedoch beträchtlich absank.

Abbildung 7 weist beispielhaft für eine Hochschule die Entwicklung der Göttinger Studentenzahlen von 1782 bis 1977 nach; eine weitergehende, sehr anschauliche Dar-

18), Die Universitäten Erfurt, Frankfurt/Oder und Helmstedt wurden zu Beginn des 19. Jahrhunderts geschlossen, Wittenberg 1817 mit Halle zur Universität Halle-Wittenberg vereinigt.

Abb. 7
Göttinger Studentenzahlen von 1782-1977



Entwurf: A. Mayr

Kartographie: M. Michelka

stellung der Neuimmatrikulierten zwischen 1734 und 1766 sowie der Gesamtentwicklung bis zur Gegenwart - differenziert nach Fakultäten - wurde mit ergänzenden Erläuterungen von D. DENECKE vorgelegt (1979, S. 118f. und Diagramm in der Beilage).

Göttingens Ruhm entstand vor allem durch das Ansehen seiner Hochschullehrer, und zwar nicht nur - wie zunächst geplant - der Juristen (Joh. St. Pütter u.a.), sondern auch der Vertreter geisteswissenschaftlicher Fächer (Germanistik, Geschichte, klassische Altertumswissenschaft, Orientalistik u.a.), die vielfach zugleich Naturwissenschaftler waren (Mediziner und Dichter Albrecht v. Haller, Physiker und Dichter Georg Chr. Lichtenberg). Seit dem 19. Jahrhundert begründete Carl Friedrich Gauß den Ruf Göttingens als eines mathematisch-naturwissenschaftlichen Zentrums, der durch das Wirken bekannter Mathematiker (Felix Klein), vor allem aber Physiker und Chemiker (u.a. Friedrich Wöhler, Walter Nernst, Max Planck, Werner Heisenberg, Otto Hahn, Max Born) weiter gefestigt wurde (W. EBEL 1972, S. 54). Allein 12 Göttinger Wissenschaftler haben zwischen 1910 und 1976 Nobel-Preise für Chemie und Physik erhalten.¹⁹⁾ Seit 1874 sind an vielen Altgöttinger Häusern Gedenktafeln mit den Namen berühmter Hochschullehrer und Studenten angebracht, die dort einmal gewohnt haben. Die etwa 190 Tafeln sollten zunächst "in der Epoche eines gewissen Niedergangs der Universität seit der Vertreibung der Göttinger Sieben (1837) an eine größere Vergangenheit erinnern", heute aber "in einem durch Unpersönlichkeit gefährdeten Zeitalter an Persönlichkeiten als Träger, Sinn und Ziel akademischer Freiheit und akademischen Lebens überhaupt."²⁰⁾

Nach der Reichsgründung 1871 nahmen die

19) Göttinger Bürgerbuch, hrsg. von der Stadt Göttingen. Göttingen 1971, S. 49 und Bildtafel.

20) W. NISSEN 1962, S. 6f. - Die Tafeln (Verzeichnis S. 170-176) häufen sich besonders in der Weender Straße, Prinzenstraße und Goetheallee. Insbesondere die "Allee" (seit 1932 Goetheallee) war eine sehr beliebte Wohnstraße für Professoren.

Studentenzahlen in Göttingen wieder zu, erreichten wegen vorübergehenden Stellenmangels in akademischen Berufen in den 90er Jahren nochmals einen Einbruch, um sich dann - ebenso wie an anderen Hochschulen - bis zum Ersten Weltkrieg stetig zu entwickeln. Um 1900 hatte die Universität Göttingen ihre Studentenzahl von 1825 wieder erreicht, die sich seitdem, abgesehen von der wissenschaftsfeindlichen Zeit des Dritten Reiches und einem Rückgang zu Anfang der 50er Jahre, in zunehmend sprunghafter Weise vergrößerte.

Aus Disziplinen der Philosophischen und Medizinischen Fakultät heraus konstituierte sich 1922 eine eigene Mathematisch-Naturwissenschaftliche Fakultät. Die als Forstakademie 1868 gegründete Forstliche Hochschule Hannoversch-Münden kam 1939 als sechste Fakultät in den Verband der Universität Göttingen und ist 1970 nahezu ganz nach Göttingen-Weende umgezogen. 1952 wurde die Landwirtschaftliche Fakultät selbständig. 1962 wurde schließlich die 1949 gegründete Hochschule für Sozialwissenschaften in Wilhelmshaven nach Göttingen verlegt und mit den wirtschaftswissenschaftlichen Fächern der Rechts- und Staatswissenschaftlichen (nunmehr Juristischen) Fakultät als achte Fakultät konstituiert.

Die Universität Göttingen, die im Kriege kaum zerstört wurde, bietet mit insgesamt 140 Fachrichtungen eines der umfassendsten Lehrangebote unter allen Hochschulen der Bundesrepublik Deutschland. Dies mag eine der Ursachen sein, warum die Studentenzahl von rd. 4.200 im Winter-Semester 1952/53 auf 20.634 im Winter-Semester 1977/78 zugenommen hat; nach Eingliederung der 1946 entstandenen Pädagogischen Hochschule Niedersachsen, Abteilung Göttingen (vgl. Göttinger Bürgerbuch 1971, S. 67-72), betrug die Studentenzahl im Winter-Semester 1978/79 23.568. Von größerer Bedeutung ist aber die Tatsache, daß Göttingen lange die einzige Landesuniversität Niedersachsens war. Mit jeweils über 66% niedersächsischen Studenten im Winter-Semester 1960/61 und Winter-Semester 1964/65 - überwiegend aus dem Südosten des Landes - ist Göttingen eine ausgesprochen territoriale Universität, zu deren weite-

rem Einzugsbereich aber auch Nordhessen und Ostwestfalen-Lippe gehören (vgl. C. GEISSLER 1965, C. GEISSLER und G. VOGEL-SANG 1967, S. 42-44, D. DENECKE 1979, S. 119f.). Wegen der wachsenden Studentenzahlen hat sich die Raumnot der Universität zusehends vergrößert, obwohl das Land Niedersachsen seit Anfang der 60er Jahre den Neuausbau der gesamten Universität betreibt. Darüber hinaus hat das Land zur Entlastung Göttingens die Hochschulen in Hannover, Braunschweig und Clausthal systematisch ausgebaut und zum Sommer-Semester 1974 neue Universitäten in Osnabrück und Oldenburg eröffnet; die Hochschulen Hildesheim und Lüneburg sollen weiterentwickelt werden. Es bleibt abzuwarten, inwieweit die genannten Hochschulen und darüber hinaus die neuen Universitäten Bielefeld und Bremen künftig dazu beitragen können, das weitere Anschwellen der Göttinger Studentenzahlen in Grenzen zu halten. Zumindest sind seit 1974, als erstmals 18.000 Studenten erreicht wurden, die Zuwachsraten weniger schnell gestiegen.²¹⁾ Nach den Zielen des Planungsausschusses für den Hochschulbau sind langfristig in Göttingen nur 21.700 Studienplätze vorgesehen (8. Rahmenplan 1978, S. 48).

2.3 Universität Münster

Kann man Köln als städtische Universität und Göttingen als Landesuniversität an einem eigens dafür vorgesehenen Hochschulort bezeichnen, so repräsentiert Münster in seiner universitären Frühzeit den Typ einer Hochschule am Residenzort des Landesherrn (vergleichbar Wien oder Heidelberg, jedoch in bescheideneren Dimensionen). Der Weg zur Universitätsgründung war jedoch noch langwieriger als in Göttingen.

Seit dem 15. Jahrhundert, als die erste größere Gründungswelle von Universitäten auf deutschem Boden erfolgte, war wiederholt darauf hingewiesen worden, daß in Westfalen eine akademische Ausbildungsstätte fehle (siehe J. BERGENTHAL 1971,

21) Nach Statistischen Berichten des Niedersächsischen Landesverwaltungsamtes - Statistik - Hannover.

S. 7-10 und A. HARTLIEB VON WALLTHOR 1957). Unter den zahlreichen kleineren Territorialherren war keiner so vermögend, eine Hochschule tragen zu können, und die Fürstbischöfe von Münster als bedeutendste westfälische Landesherren begnügten sich lange mit ihrer Domschule bzw. einem 1588 gegründeten Jesuiten-Kolleg (mit philosophischen und theologischen Kursen seit 1623/24), dem späteren Staatlichen Gymnasium Paulinum. Vor der Gründung einer Universität in Münster entstanden die reformierte Hohe Schule (Gymnasium illustre Arnoldinum) in Burgsteinfurt (1591-1806) mit vier Fakultäten, eine in Stadthagen begründete (1610) und in Rinteln zu Ehren und Ansehen gelangte lutherische Weser-Universität (1621-1809) mit gleichfalls vier Fakultäten, eine aus nur zwei Fakultäten bestehende, aber sehr stark besuchte katholische Universität zu Paderborn (1614-1818),²²⁾ die gleichfalls nur aus zwei Fakultäten bestehende und bereits nach einem Jahr wieder geschlossene Universität Osnabrück (1632-1633) und schließlich die voll ausgebaute reformierte Universität zu Duisburg (1654-1818) mit vier Fakultäten (vgl. J. BERGENTHAL 1971 und H.H. BLOTEVOGEL 1975, 1978 und 1979).

Die Münsterschen Bischöfe waren hingegen zunächst nicht an einer Hochschulgründung interessiert, als sie päpstliche Stiftungsbriefe für eine Universität mit drei Fakultäten (1625) oder gar nur zwei Fakultäten (1629) (J. BERGENTHAL 1971, S. 31) erhielten, und sahen sich, als der Kaiser 1631 eine Volluniversität mit vier Fakultäten bewilligte, zu ihrer Gründung wegen kriegerischer Auseinandersetzungen und daraus folgender Finanzknappheit außerstande. Auf Betreiben des Ministers Franz Freiherr von Fürstenberg, der auch das

22) Sie lebte nach der Schließung durch Preußen zunächst als bischöfliches Seminar, seit 1844 als Philosophisch-Theologische Lehranstalt und seit 1917 als Akademie fort; 1966 wurde diese zur Theologischen Fakultät erhoben und erhielt das Promotionsrecht zurück. Zum Einzugsbereich der Universität Paderborn (1770-1804) sowie der Philosophisch-Theologischen Lehranstalt Paderborn (1815-1844) siehe H.H. BLOTEVOGEL 1975, S. 105, 106 (Abb. 20) und S. 116 (Abb. 25).

Münstersche Theater begründet hat, holte Fürstbischof Maximilian Friedrich von Münster 1773 erneut die päpstlichen und kaiserlichen Stiftungsprivilegien für eine Volluniversität ein. Nach Aufhebung des Jesuitenordens im gleichen Jahr wurde der am Paulinum erteilte Unterricht in Philosophie und Theologie in die neue Universität übernommen, 1774 eine Juristische und Medizinische Fakultät errichtet und am 16. April 1780 die Universität konstituiert, und zwar im aufgehobenen Frauenstift Oberwasser, das nunmehr als Universität diente. 11 Professoren waren vornehmlich für die Ausbildung des Klerus, der Verwaltungs- und Medizinalbeamten zuständig; die Zahl der Studenten ist in der Frühzeit nicht nachgewiesen. Fürstenberg wurde Vizekanzler der Universität, die er unentwegt förderte. "Als Universität des Fürstentums Münster sollte sie - wie so viele andere deutsche Landesuniversitäten - in erster Linie dem Bistum Münster dienen ... So ergab sich nach dem Willen Fürstenbergs die territoriale und konfessionelle Abgeschlossenheit der Universität" (A. EITEL 1965, S. 4).²³⁾

Zwar überdauerte die Universität, deren Studenten zumeist aus dem Münsterland und dem südlichen Oldenburg stammten, die politischen Umwälzungen zu Beginn des 19. Jahrhunderts und zählte im Winter-Semester 1817/18 noch 25 Dozenten und 375 Studenten,²⁴⁾ wurde jedoch 1818 zusammen mit den Universitäten Duisburg und Paderborn zugunsten der Wiedererrichtung der früheren Universität Bonn (1786-1796) durch den preußischen König Friedrich Wilhelm III. geschlossen. Für zwei Volluniversitäten war in den preußischen Westprovinzen Rheinland und Westfalen angeblich zu wenig Nachfrage und vor allem kein Geld dar. Auseinandersetzungen des preußischen Staates

23) Zur Begrenzung des Einzugsbereiches auf die katholischen Gebiete des Münsterlandes und des nordwestfälischen Tieflandes vgl. H.H. BLOTEVOGEL 1975, S. 107 (Abb. 21) und S. 108; zur Universität Münster siehe ferner A. PIEPER 1902 und E. HEGEL 1971.

24) Nach J. BERGENTHAL war die Zahl der Studierenden in Münster 1814 noch größer als an den Universitäten Berlin und Breslau (1971, S. 36).

mit dem Domkapitel und Generalvikariat waren aber wohl der eigentliche Grund für die Entscheidung gegen Münster (J. BERGENTHAL 1971, S. 36-37). Die Universität Münster wurde indessen nicht wie Duisburg völlig aufgehoben, sondern lediglich auf einen "Theologisch-Philosophischen Kursus" mit zwei Fakultäten reduziert, der 1843 in "Königliche Theologische und Philosophische Akademie" umbenannt wurde (1821-1849 einschließlich einer Medizinisch-Chirurgischen Lehranstalt). Diese bestand als Hochschule mit Rektoratsverfassung, Habilitationsrecht und nach und nach gewährtem Promotionsrecht weiter und erhielt in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts sogar unter konfessioneller Simultanisierung verschiedene naturwissenschaftliche Lehrstühle.

Der Einzugsbereich der Akademie weitete sich in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts, wie H.H. BLOTEVOGEL zeigen konnte, über das Gebiet des früheren Fürstbistums Münster hinaus in das östliche Sauerland, Paderborner Land und Niederrheingebiet aus (1975, S. 115-116 und Abb. 26). Unentwegte westfälische Bemühungen über fast ein Jahrhundert hinweg führten schließlich dazu, daß die Akademie zu Münster 1902 durch persönliches Eingreifen von Kaiser Wilhelm II. um eine Rechts- und Staatswissenschaftliche Fakultät erweitert und wieder zur Universität erhoben wurde; seit dem Kaiserbesuch 1907 trägt sie den Namen Westfälische Wilhelms-Universität.²⁵⁾

1905 wurde innerhalb der umbenannten Philosophischen und Naturwissenschaftlichen Fakultät eine medizinisch-propädeutische Abteilung errichtet, die ein Medizinstudium bis zur ärztlichen Vorprüfung ermöglichte. 1913 wurden eine Evangelisch-Theologische und eine Medizinische Fakultät bewilligt, die 1914 und 1925 endlich eröffnet werden konnten. Die Provinz Westfalen, aber auch die Stadt Münster und die westfälische Wirtschaft mußten für die Wiederherstellung ihrer Universität große finanzielle Opfer bringen, die anderen

25) Westfalen war die einzige preußische Provinz, die nicht über eine eigene Universität verfügte und fühlte sich insbesondere gegenüber den altpreußischen Gebieten zu Unrecht zurückgesetzt.

preußischen Provinzen nicht abverlangt wurden (J. BERGENTHAL 1971, S. 45 und S. 55-56).

Da die Münstersche Hochschule lange Überwiegend dazu bestimmt war, vordringlich den katholischen Klerus und Gymnasiallehrer auszubilden, spielte neben dem Unterricht die wissenschaftliche Forschung nur eine untergeordnete Rolle (A. EITEL 1965, S. 5). Zwar gab es in Münster einige angesehene Gelehrte (z.B. den Physiker und Chemiker Friedrich Wilhelm Hittorf, den Historiker Heinrich Finke, den Germanisten und Volkskundler Franz Jostes, den als Begründer des Münsterschen Zoos bekannt gewordenen Theologen und Zoologen Hermann Landois und den Pathologen und Nobelpreisträger für Medizin Gerhard Domagk) und berühmte Studenten (z.B. den Mathematiker Carl Weierstraß), die Berufungen von Universitäten und andere Auszeichnungen erhielten, aber wissenschaftliche Schwerpunktforschungen konnten sich nicht entwickeln.

Sehr schnell wuchs indessen die Studentenzahl von 902 im Jahre 1902 auf 5.704 im Jahre 1932 und übertraf bald die Größenordnungen anderer preußischer Universitäten (Marburg, Kiel, Greifswald, Königsberg). Mit dem Anschluß Westfalens an Preußen und der schrittweisen Entkatholisierung wurde die territoriale Abgeschlossenheit des Hochschuleinzugsbereiches, der bald vom Sauerland bis zur Nordseeküste reichte, immer mehr aufgelöst. Bereits 1930 stand Münster unter den 23 Universitäten des Deutschen Reiches nach seiner Studentenzahl an sechster Stelle (J. BERGENTHAL 1971, S. 57).

Einem extremen Rückgang der Studentenzahlen zur Zeit des Nationalsozialismus (1938 noch 2.497 Studierende) folgte mit der fast völligen Zerstörung der Münsterschen Innenstadt auch die fast völlige Vernichtung der Universitätsgebäude im Bereich des Domplatzes, eine teilweise Auslagerung nach Bad Salzuflen und die Einstellung des Lehrbetriebes im Wintersemester 1944/45. Zunächst als Westfälische Landesuniversität wiedereröffnet, dann jedoch unter altem Namen weitergeführt, wurde der Lehrbetrieb im Wintersemester

1945/46 mit 1.242 Studenten wieder aufgenommen (Statistischer Jahresbericht der Stadt Münster 1952, S. 57). Vom Mittelpunkt der Stadt bis zum westlichen Stadtrand entstand seitdem mit dem ehemals fürstbischöflichen Schloß als Hauptgebäude ein fast geschlossenes neues Universitätsviertel. 1948 trennte sich die gemeinsame Philosophische und Naturwissenschaftliche Fakultät, 1969 die Rechts- und Staatswissenschaftliche Fakultät in eine Juristische und eine Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Fakultät, so daß die Universität nunmehr insgesamt sieben Fakultäten zählte. Nach der neuen Universitätsverfassung von 1970 gliedert sich die Universität Münster heute in 19 Fachbereiche bei Beibehaltung der bisherigen Fakultäten.

Die Zahl der immatrikulierten Studenten in Münster nahm kontinuierlich zu, wobei seit 1957 die Philosophische die Rechts- und Staatswissenschaftliche Fakultät als stärkste Fakultät abgelöst hat. Nach München, Hamburg und Köln wurde Münster in den 60er Jahren die viertgrößte Universität des Bundesgebietes, zählte von 1969-1971 annähernd die gleiche Studentenzahl wie Köln und hat seitdem Köln beträchtlich hinter sich gelassen (vgl. Abb. 4). Mit 27.908 Studenten im Wintersemester 1975/76 war die Universität Münster nach München und Berlin die drittgrößte, mit 31.834 Studenten im Wintersemester 1978/79 nach München, Berlin und Hamburg die viertgrößte Hochschule der Bundesrepublik. Sie erreichte damit eine für die Stadt Münster kaum noch zu verkraftende Größenordnung. Die zur Entlastung von Münster und Köln gegründete Ruhr-Universität Bochum hat seit dem Wintersemester 1965/66 vor allem Köln, jedoch kaum Münster entlastet und höchstens zu einer Reduzierung des Zustroms aus dem Ruhrgebiet und damit zu einer Verringerung der Wachstumsziffern beigetragen (A. MAYR 1970b, S. 224-225). Für Nord- und Ostwestfalen und den gesamten nordwestdeutschen Raum ist Münster jedoch nach wie vor die bevorzugte Universität. Dies zeigte sich deutlich, als die Universität Hamburg zum Wintersemester 1972/73 einen totalen numerus clausus einführte, von dem nachträglich nur die sogenannten "Orchideen-

fächer" ausgenommen wurden. In diesem Semester kamen (vgl. Abb. 5 und 6) allein 4.054 Studienanfänger neu nach Münster und brachten der Universität derartig große Probleme, daß der damalige Rektor den Abiturienten des Jahrgangs 1973 im Einzugsbereich seiner Universität in persönlichen Briefen unter Hinweis auf die Kapazitäts- und Wohnungsprobleme von einem Studium in Münster abriet. Nachdem daraufhin zum Winter-Semester 1973/74 die Zahl der Neuzugänge zurückging (3.078) und erstmals die meisten Studienanfänger in Nordrhein-Westfalen sich an der Ruhr-Universität Bochum immatrikulierten, wählten Münster ohne gleichartige "Abwehrmaßnahmen" im folgenden Winter-Semester 1974/75 wiederum die meisten Studienanfänger innerhalb des Landesgebietes (3.669). Daraufhin sah sich der neue Rektor im Februar 1975 gezwungen, sich wie sein Vorgänger mit einem vergleichbaren Brief an die Abiturienten des Jahrgangs 1975 in Westfalen und Süd-Niedersachsen zu wenden und ihnen dringend von einem Studium in Münster abzuraten. Dennoch stiegen in den folgenden Semestern die Zahlen der Erstimmatrikulierten erneut beträchtlich an.

In den seit 1971 durchgeführten Umfragen des Statistischen Bundesamtes zur Studienortwahl der Abiturienten stand die Universität Münster unter allen Hochschulen der Bundesrepublik stets an zweiter Stelle nach München, nach dem Sympathiezuwachs dagegen an erster Stelle.²⁶⁾ Diese Entwicklung ist nicht nur für die Universität, sondern auch für die Stadtverwaltung wegen der wachsenden infrastrukturellen Probleme sehr beunruhigend. Die Hoffnungen von Stadt und Universität, daß sich die Studentenzahlen in Münster nach Eröffnung bzw. verstärktem Ausbau der Universitäten Bochum, Dortmund, Bielefeld, Bremen, Oldenburg und Osnabrück sowie der Gesamthochschulen Paderborn, Essen und Duisburg stabilisieren würden, sind nicht eingetreten. So ist die Behauptung sicherlich nicht übertrieben, daß ohne diese Entlastungshochschulen, insbesondere ohne die Ruhr-Universität Bochum, die Universität Münster zusammengebrochen

26) unipress münster, Nr. 916-A, C 1 vom 5. August 1975.

wäre. Der Planungsausschuß für den Hochschulbau sieht langfristig für den Hochschulstandort Münster (einschließlich Teilstandort Steinfurt) 27.000 Studienplätze vor (8. Rahmenplan 1978, S. 48). Bei Zusammenfassung sämtlicher Hochschuleinrichtungen gab es in Münster im Winter-Semester 1978/79 aber bereits über 42.000 Studierende,²⁷⁾ so daß beträchtliche "Umverteilungen" notwendig wären, um dieses Planziel zu erreichen.

2.4 Universität Bochum

Schon bevor der Wissenschaftsrat im November 1960 angesichts der anhaltenden Zunahme der Studentenzahlen den Ausbau bestehender Hochschulen, die Errichtung dreier neuer Universitäten in Südbayern, im norddeutschen Raum und im rheinisch-westfälischen Industriegebiet und die Neugründung einer Technischen Hochschule und einiger Medizinischer Akademien gefordert hatte (Wissenschaftsrat 1960, S. 54ff.), war am 10. März 1960 im Landtag von Nordrhein-Westfalen der Beschluß gefaßt worden, im Landeshaushalt für 1960 Mittel für die Errichtung einer "Hochschule als wissenschaftliche Forschungs- und Lehrstätte im westfälischen Raum" zu veranschlagen.²⁸⁾ In Fortführung dieser Entscheidung beschloß der Landtag am 18. Juli 1961 nach einer äußerst leidenschaftlich geführten Debatte mit 102:87 Stimmen, die neue Ruhr-Universität - entgegen der bisherigen Tradition der Hochschulgründungsabsichten - in Bochum, nicht aber in Dortmund zu errichten.

Dieser Landtagsbeschluß hat eine lange Vorgeschichte, die eigentlich schon um 1890

27) Nach der Kleinen Hochschulstatistik des Landesamtes für Datenverarbeitung und Statistik, Düsseldorf, zählten die 6 staatlichen Hochschuleinrichtungen und eine private Fachhochschule im WS 1978/79 zusammen 42.080 Studenten, darunter 36.877 an Universität und Pädagogischer Hochschule Westfalen-Lippe, Abteilung Münster, die ab 1.4.1980 zusammengeschlossen werden.

28) Materialien zur Geschichte der Ruhr-Universität Bochum I (im folgenden abgekürzt: Materialien I) 1971, S. 13 und S. 83.

einsetzte²⁹⁾ und im Zusammenhang zu sehen ist mit der Forderung der Provinz Westfalen nach Errichtung einer Technischen Hochschule. Unter den westfälischen Städten hatte sich Dortmund seit 1900 als Standort dieser Einrichtung beworben, 1907 der preußischen Staatsregierung sogar ohne Erfolg ein kostenloses Grundstück angeboten und seine Bemühungen seit 1947 bei der nordrhein-westfälischen Regierung fortgesetzt. Nachdem aus finanziellen Erwägungen³⁰⁾ oder wegen des angeblich nicht vorhandenen Arbeitsmarktbedarfs für Diplom-Ingenieure (Materialien I 1971, S. 13-15 und S. 81f., vgl. dagegen O. NEULOH und K. HAHN 1949) eine Hochschulgründung lange nicht für möglich und sinnvoll gehalten wurde, mußte sich der Landtag von Nordrhein-Westfalen seit 1955 wiederholt mit Anträgen auf Errichtung einer Technischen Hochschule beschäftigen, wobei zunächst von der Regierung, von Vertretern aller Parteien sowie von Repräsentanten der westfälischen Selbstverwaltung überwiegend Dortmund der Vorzug gegeben wurde, die Landesregierung jedoch zunehmend auf die Notwendigkeit weiterer gutachterlicher Untersuchungen verwies (Materialien I 1971, S. 82-84 und S. 38). Entsprechend den Überlegungen des Wissenschaftsrates, einen neuartigen Hochschultyp durch Vereinigung von Ingenieurwissenschaften mit traditionellen Universitätswissenschaften zu errichten, wurde seit etwa 1960 vorzugsweise von der Errichtung einer Technischen Universität für das Ruhrgebiet gesprochen. Eine im

29) Vgl. W.D. SCHRADER 1969, S. 4. 1948 wurden im Landtag Anträge eingebracht, eine neue TH in Nordrhein-Westfalen überhaupt, in Dortmund, im Bergischen Land und in Essen zu errichten (vgl. Materialien I 1971, S. 81), während der Provinzialverband Westfalen 1945 Dortmund, Bielefeld und Soest als alternative Standorte vorgeschlagen hatte (ebd., S. 37). Vgl. auch Stadt Dortmund 1960, S. 11-14 (Zeitplan).

30) 1926 war durch den preußischen Kultusminister Becker die Errichtung einer eigenen TH für Westfalen abgelehnt, wohl aber die Errichtung einer Technischen Fakultät an der Universität Münster in Aussicht gestellt worden (Materialien I, S. 36). Ein Gutachten der nordrhein-westfälischen Landesregierung sah 1957 erneut diese Möglichkeit vor (ebd., S. 82).

Anschluß an eine Vollversammlung der Industrie- und Handelskammer Dortmund am 10. Februar 1958 gegründete Gesellschaft der Freunde einer Technischen Universität Dortmund e.V. veröffentlichte 1960 nicht weniger als drei Denkschriften (1960a, 1960b, 1960c), in denen vor allem der Bedarf an technischen Studienplätzen, die Notwendigkeit einer TH-Gründung in Westfalen und die Eignung Dortmunds als Hochschulort nachgewiesen wurden. 1956 und 1959 hatte die Stadt Dortmund bereits Denkschriften veröffentlicht (Stadt Dortmund 1956, 1959a, 1959b). Am 28.3.1960 bot sie dem Land Nordrhein-Westfalen Gelände einschließlich der Aufschließung bis zur Bebauungsreife kostenlos für die Errichtung einer Technischen Hochschule an; dabei war an das stadtnahe Gebiet der Bolmke südlich der Bundesstraße 1 zwischen Westfalenhalle und Westfalenpark gedacht (ca. 140 ha).

Die Stadt Bochum bewarb sich nicht von sich aus um den Sitz der neuen Technischen Universität, sondern erst nach Aufforderung durch die Landesregierung, die Bochum als möglichen Hochschulstandort für eine Campus-Universität ab August 1960 ins Spiel brachte.³¹⁾ Dabei ging es der Regierung um das heutige Bochumer Universitätsgelände im Vorort Querenburg, das sich bereits überwiegend in städtischem Besitz befand, weil hier in drei Stufen eine Gartenstadt mit insgesamt rd. 1.700 Wohnungen für 5.000-7.000 Einwohner gebaut werden sollte.³²⁾ Die Stadt Bochum verpflichtete sich bei Vorverhandlungen u.a. zur Überlassung der bereits erworbenen Grundstücke in Querenburg zum Einkaufspreis, zur Mit Hilfe beim Erwerb weiterer Grundstücke, zur

31) Vgl. die Beiträge von Staatssekretär a.D. L. ADENAUER und Stadtdirektor a.D. A. SCHMITZ in Materialien I 1971, insb. S. 22ff. und S. 39ff.

32) Vgl. Ausschreibungstext für den Architektenwettbewerb in den Bochumer Tageszeitungen am 6.8.1960. - Die Stadt hatte bereits die drei Gehöfte Hautkapp (53 ha), Blennemann-Stockgräbe (21 ha) und Beckmann (23 ha) mit insgesamt 97 ha zusammenhängender Fläche zwischen Mark-, Buschey-, Stiepler und Oesterende-Straße für rd. 6,5 Mill. DM aufgekauft sowie außerdem das Gelände Leinweber (40 ha).

Erladigung der StraBenarbeiten und zur Einrichtung von Mahverkehrsverbindungen. AuBerdem brachte die Stadtverwaltung zwei Denkschriften heraus, in denen sie das vorgesehene Hochschulgelände (173-200 ha) und die VorzÙge der Stadt anpries (Stadt Bochum 1960 und 1961). Die Stadt Dortmund bot daraufhin in einer weiteren Denkschrift gleich drei alternative Standortvorschläge für eine Technische Universität an, und zwar das erweiterte Gelände Westfalenpark-Boimke, eine Fläche an der Gartenstadt Schönau (heutiger Standort der Universität Dortmund) und ein Gelände in der Reichsmark; jedes dieser Gelände umfaßte rd. 200 ha.³³⁾ Memoranden, Eingaben und Aufrufe verschiedener Institutionen, Verbände und Firmen sowie von einzelnen Persönlichkeiten wurden sowohl aus Dortmund wie auch aus Bochum nach Düsseldorf gerichtet. Haupt- und Kulturausschuß des Düsseldorfer Landtags führten im Januar und Juni 1961 Geländebesichtigungen der angebotenen Hochschulgrundstücke in beiden Städten durch, forderten eine Vielzahl an Gutachten an³⁴⁾ und führten gemeinsame kontroverse Sitzungen durch, ehe nach Empfehlung durch die Landesregierung am 18. Juli 1961 im Landtag die Entscheidung zugunsten von Bochum-Querenburg fiel. Neben der grundsätzlichen Eignung des Querenburger Geländes sowie dem kulturellen Rang der Stadt Bochum waren die zentralere Lage Bochums innerhalb des Ruhrgebietes und der Wunsch der Landesregierung entscheidend, der durch die Bergbaukrise schwer erschütterten Stadt wirtschaftlich zu helfen. Insofern scheinen auch politische Beweggründe eine Rolle gespielt zu haben. Der frühere Bochumer Stadtdirektor A. SCHMITZ hatte

33) Stadt Dortmund 1960. - Ein mögliches fünftes Gelände für die neue Ruhr-Universität im Dortmund-Bochumer Grenzgebiet von Bövinghausen, an dem beide Städte Anteil gehabt hätten, war von Staatssekretär L. Adenauer besichtigt, aber sogleich als ungeeignet verworfen worden (Materialien I, S. 23f.).

34) Siehe Materialien I, S. 84f., S. 31 und 42; vgl. auch die dreibändige "Dokumentation über die Entstehung der Ruhr-Universität Bochum 1948 bis 1961" (nur als Archivexemplar des Landtags und der Universität vorhanden).

bei einem entscheidenen Gespräch bereits im August 1960 "den Eindruck, daß die Entscheidung für Bochum, jedenfalls was die Landesregierung angeht, schon gefallen war. Alles, was später an Gutachten angefordert, an Untersuchungen und Vergleichen angestellt wurde, diente eigentlich nur dazu, diese Entscheidung der Landesregierung zu untermauern und auch den Landtag davon zu überzeugen, daß diese Entscheidung richtig war" (Materialien I 1971, S. 40).

Die Härte, die der Landtagsbeschluß für Dortmund bedeutete, wurde dadurch aufgehoben, daß die Landesregierung am 12. Juni 1962 die zusätzliche Gründung einer eigenen Technischen Hochschule in Dortmund beschloß, die dann später gleichfalls als Universität errichtet wurde.³⁵⁾ Angesichts der im Sommer 1962 fälligen Landtagswahlen sieht der frühere Staatssekretär L. ADENAUER hier eine rein politische Entscheidung. "Es hatte sich, wie so oft, wieder einmal gezeigt, daß weder die Landesregierung noch der Landtag fähig waren, kommunalem und politischem Druck zu widerstehen und allein sachlich nach den Landesinteressen zu entscheiden" (Materialien I 1971, S. 26). Der damalige Ministerpräsident F. MEYERS deutete dagegen bei der Grundsteinlegung der Dortmunder Universität am 26. Mai 1966 den Errichtungsbeschluß wie folgt: "Der Beschluß stand im sachlichen und zeitlichen Zusammenhang mit der Gründung der Universität Bochum ... Mit diesem Beschluß wurde deutlich, was die Landesregierung im Rahmen ihrer Hochschulpolitik in diesem Raum beabsichtigt - die Gründung zweier wissenschaftlicher Hochschulen, die unter Wahrung ihrer organisatorischen Eigenständigkeit eng miteinander arbeiten sollen. Mit diesen beiden nicht einmal zwanzig Kilometer voneinander entfernten wissenschaftlichen Hochschulen sollte der neue und für die Entwicklung

35) Bezeichnenderweise gibt es kein Errichtungsgesetz für die Technische Hochschule Dortmund. Der Landtag stimmte mit der Verabschiedung des Haushalts 1963, der einen Posten für Planungs- und Vorbereitungskosten der Dortmunder Hochschule enthielt, dem Beschluß der Landesregierung zu. Für die frühe Entwicklung siehe vergleichend A. MAYR 1971.

unseres Hochschulwesens interessante Versuch einer ständigen, sorgfältig koordinierten Zusammenarbeit zweier benachbarter Hochschulen, vor allem im Bereich der Lehre, erprobt werden."³⁶⁾ Diese offensichtliche Rechtfertigung ist nicht recht glaubwürdig und wurde zudem - von Ausnahmen abgesehen - kaum realisiert. Dennoch ist heute niemandem mehr zweifelhaft, daß angesichts der lawinenartigen Entwicklung der Studentenzahlen das nahe Nebeneinander zweier Universitäten bildungspolitisch, und das heißt für das Ruhrgebiet zugleich auch strukturpolitisch, voll gerechtfertigt ist.

Der im September 1961 vom Kultusminister berufene Gründungsausschuß für die Ruhr-Universität Bochum legte im Mai 1962 der Landesregierung eine Denkschrift zur Struktur und zum Aufbau der neuen Hochschule vor.³⁷⁾ Hervorragende Merkmale waren die allseitige Verflechtung der wissenschaftlichen Disziplinen, die Schaffung übergreifender Institute sowie die Eingliederung der Ingenieurwissenschaften.³⁸⁾ Die althergebrachten umfassenden Fakultäten wurden zugunsten von 18 überschaubaren Abteilungen aufgegeben, die als Vorbilder der heutigen Fachbereichsstruktur an unseren Universitäten anzusehen sind. Von den übergreifenden Instituten ist als regionaler Forschungsschwerpunkt besonders das Ostasien-Institut zu erwähnen, das 1970 eine eigene Abteilung geworden ist.

36) F. MEYERS: Ansprache zur Grundsteinlegung der Universität Dortmund. In: Veröffentlichungen der Gesellschaft der Freunde der Universität Dortmund e.V., H. 1, Dezember 1966, S. 22.

37) Empfehlungen zum Aufbau der Universität Bochum. Denkschrift des Gründungsausschusses. Bochum 1962.

38) Die Eingliederung technischer Disziplinen in eine klassische Universität erfolgte in Deutschland erstmals 1951 in Rostock durch Errichtung einer Fakultät für Schiffsbau, in der Bundesrepublik erstmals 1966 mit der Eröffnung einer Technischen Fakultät an der Universität Erlangen-Nürnberg. Technische Fakultäten erhielten ferner in Österreich die Universität Innsbruck, in der Schweiz die Universität Lausanne, deren Ecole Polytechnique de l'Université Lausanne (EPUL) jedoch inzwischen als Eidgenössische Technische Hochschule (neben Zürich) verselbständigt wurde.

Die Ruhr-Universität Bochum wurde ursprünglich für rd. 10.000 Studenten geplant. Sie ist in Nordrhein-Westfalen und in der gesamten Bundesrepublik "die erste und letzte Gründung, bei der noch einmal versucht worden ist, die dem 19. Jahrhundert entstammende universitäre Idee einer Repräsentanz aller Wissenschaften, und nun im Bochumer Fall mit Einschluß der technischen Disziplinen, darzustellen" (H. LOBBE 1968, S. 21) und ist daher "die folgerichtigste und wirksamste der Realisierungen" der vom Wissenschaftsrat empfohlenen Neugründungen (G. HESS 1967b, S. 7).

Nach der feierlichen Eröffnung am 30. Juni 1965 wurde der Lehrbetrieb der Ruhr-Universität Bochum zum Winter-Semester 1965/66 in den geisteswissenschaftlichen und einzelnen naturwissenschaftlichen Fächern mit 1.080 ordentlichen Studierenden begonnen und bis zum Winter-Semester 1969/70 in allen Abteilungen (ohne klinische Medizin) eröffnet. Die Entwicklung der Studentenzahlen der Ruhr-Universität überstieg alle Erwartungen (vgl. Abb. 4-6); die neue Hochschule wurde der ihr zugedachten regionalen und sozialen Erschließungsfunktion voll gerecht.³⁹⁾ Schon im Sommer-Semester 1970, als gerade etwa die Hälfte des Bauvolumens der Universität errichtet war, waren fast 10.000 Studenten an ihr eingeschrieben.⁴⁰⁾ Die Anzahl der Studienanfänger entsprach schon bald derjenigen von Münster, Köln und Aachen (vgl. Abb. 5 und 6) und erreichte im Winter-Semester 1973/74 mit 3.374 Studenten sogar den Spitzenwert innerhalb Nordrhein-Westfalens, als das Rektorat der Westfälischen Wilhelms-Universität vor einem Studienbeginn in Münster warnte.

39) Nicht erörtert werden soll und kann in dieser Arbeit die Frage, inwieweit Bochum und andere neue Universitäten auch einen Beitrag zur Hochschulreform (Studienreform, innere Organisation/Selbstverwaltung und Herrschaftsstrukturen) haben leisten können. Vgl. hierzu u.a. Verband Deutscher Studentenschaften 1962 sowie H. RAUPACH und B.W. REIMANN 1973.

40) Erst im SS 1971, dem 12. Semester, trat erstmalig der an allen anderen Hochschulen zu beobachtende Rückgang der Studentenzahlen im SS ein, bevor die Welle der neuen Abiturienten im WS die Studentenzahlen wieder steil ansteigen läßt.

Mit 21.937 Studenten im Winter-Semester 1975/76 und 23.449 Studierenden im Winter-Semester 1978/79 übertraf Bochum 1970 - 1977 knapp die Studentenzahl der Technischen Hochschule Aachen, war zeitweilig sogar nahe an Bonn und Köln herangekommen und endgültig in die Gruppe der zahlenmäßig großen Wissenschaftlichen Hochschulen der Bundesrepublik Deutschland aufgerückt.

Im Sommer-Semester 1972 - vor der Gründung der meisten Gesamthochschulen und Universitäten auf der Grundlage anderer Hochschulkerne - gab es an den 13 seit 1964 eröffneten neuen Universitäten und Wissenschaftlichen Hochschulen insgesamt 28.239 Studenten, davon allein 14.230 (= 50,4%) an der Ruhr-Universität. Im Winter-Semester 1975/76 stand die Ruhr-Universität unter den damals 60 Hochschulen der Bundesrepublik im Universitätsrang nach der Studentenzahl bereits an achter Stelle und zählte immerhin noch 20% der Studierenden aller 27 Neugründungen; im Winter-Semester 1978/79 war sie auf dem neunten Rang unter 64 Universitäten zurückgefallen, doch waren an ihr noch immer 16,4% der Studierenden unter den nunmehr 29 Neugründungen immatrikuliert.⁴¹⁾ Diese Zahlen beweisen deutlich den Stellenwert der Bochumer Universität, die zudem auch in bezug auf ihre wissenschaftliche Wertschätzung unter den bundesdeutschen Hochschulen einen angesehenen Platz einnimmt.

Der Planungsausschuß für den Hochschulbau sieht derzeit für den Hochschulstandort Bochum einschließlich des Teilstandortes Gelsenkirchen (Fachhochschule) 25.850 Studienplätze vor (8. Rahmenplan 1978, S. 48); ohne Gelsenkirchen zählten die Universität und die drei Fachhochschulen Bochums aber im Winter-Semester 1978/79 bereits 26.830 Studierende.⁴²⁾ Immerhin verläuft der Anstieg der Studentenzahlen der Ruhr-Universität seit 1975 nicht mehr so sprunghaft wie in den ersten 10 Jahren nach Beginn des Lehrbetriebes.

41) Errechnet nach Angaben des Statistischen Bundesamtes, Wiesbaden, Abt. Hochschulstatistik.

42) Nach der Kleinen Hochschulstatistik des Landesamtes für Datenverarbeitung und Statistik, Düsseldorf.

Es ist leicht verständlich, daß der Einzugsbereich der Ruhr-Universität wegen der Lage der Hochschule im Inneren von Nordrhein-Westfalen einen besonders ausgeprägten regionalen Charakter aufweist. Im Winter-Semester 1968/69 stammten 66,4% der Studierenden aus dem Gebiet des Siedlungsverbandes Ruhrkohlenbezirk und 88,7% aus Nordrhein-Westfalen (A. MAYR 197Db, S. 228 und Karten 1-4, vgl. auch G. HANSEN 1973 sowie E. BERGJOHANN, S. DIESTERWEG und U. POHL 1975), im Winter-Semester 1973/74 bereits 93,7% aus dem eigenen Bundesland (E. SCHOWE 1976, S. 21). Da allein 58% der Studenten in diesem Semester in der Kernzone des Ruhrreviers und angrenzenden Städten beheimatet waren (ebd., S. 67 und Karten S. 66 und S. 71), hat die Ruhr-Universität ihre Stellung als regionale Hochschule noch weiter ausgebaut. Inwieweit die Universitätsregion durch die Anziehungskraft der benachbarten Hochschulen verändert worden ist, bedarf noch einer genaueren Untersuchung.

Auf zwei Problembereiche ist noch einzugehen, die die Entwicklung der Ruhr-Universität Bochum deutlich mitbestimmt haben.

Eine ernsthafte Belastung im Verhältnis zur Nachbaruniversität Dortmund gab es, als das Kultusministerium in der Wirtschaftsrezession des Jahres 1966 unter Hinweis auf finanzielle Engpässe⁴³⁾ beide Hochschulen zu einer Reduzierung ihrer technischen Lehrstühle aufforderte. Es wurde geltend gemacht, daß für das Ruhrgebiet zur Zeit insgesamt die Kapazität einer Technischen Hochschule in Forschung und Lehre die angemessene Größenordnung sei, wobei entsprechend den vorgegebenen Tatsachen diese Kapazität auf beide Universitäten zu verteilen sei. Als beide Gründungsausschüsse 1967 mit dieser Frage befaßt wurden, befürchtete man in Bochum, daß von Dortmund aus Vorstellungen wiederholt wurden, das Land möge "die romantische Idee der Verknüpfung von Ingenieur-Disziplinen mit universitären Disziplinen in

43) Inzwischen waren auch der Ausbau der Medizinischen Akademie Düsseldorf zur Volluniversität und die Gründung der Universität Bielefeld beschlossen worden.

Bochum sausen" lassen, aber dem damaligen Dortmunder Gründungsrektor gelang es, "diejenigen, die so etwas forderten, davon zu überzeugen, daß sich der Dortmunder Gründungsausschuß unmöglich zum Totengräber der Strukturidee von Bochum machen konnte" (M. SCHMEISSER 1968a, S. 45 und S. 46).

In mühevoller Feinabstimmung kam es zu einem Dortmund-Bochumer Vergleich, der für die Bochumer Ausbildung schwerpunktmäßig den konstruktiven Ingenieur und für die Dortmunder den planenden Ingenieur vorsah und die Zahl der technischen Lehrstühle jeweils um ein Drittel reduzierte (insgesamt von 111 auf 75). Dieses Ergebnis war die Voraussetzung dafür, daß im Landtag eine drastische Verminderung oder gar ein völliger Abbau der ingenieurwissenschaftlichen Abteilungen vermieden werden konnte. Der Testfall für die Kooperationswilligkeit und Kooperationsfähigkeit beider Universitäten war bestanden. Um so erfreulicher war es, daß in neuen Strukturplänen die ursprünglichen Ansätze nicht nur wieder erreicht, sondern überschritten werden konnten. Beide Nachbarhochschulen haben inzwischen in einer Folge von Kooperationsgesprächen für die naturwissenschaftlichen und technischen Fächer eine Reihe von Vereinbarungen getroffen.

Weitere Mißstimmung entstand und besteht z.T. noch heute, weil der Bau des im Gründungskonzept vorgesehenen Klinikums der Ruhr-Universität Bochum immer wieder hinausgezögert wurde. Schon im September 1960 hatte sich der damalige Staatssekretär L. ADENAUER erkundigt, welche Bochumer Krankenhäuser eventuell für ein provisorisches Universitätsklinikum in Frage kämen, und Materialien über die Bergbauberufsgenossenschaftlichen Krankenanstalten Bergmannsheil erbeten (Materialien I 1971, S. 42). Auf die Notwendigkeit, ohne große Kosten eine provisorische Universitätsklinik einzurichten, hatte im Oktober 1960 erneut der von der Landesregierung bestellte Gutachter Prof. Dr. H. LINDE hingewiesen. "In einem Gespräch hierüber tauchte erstmals der Gedanke auf, die Klinik in Essen oder Dortmund zu errichten und diese an die Bochumer Universität anzuschließen, dergestalt, daß die vorklinischen Semester in Bochum studieren und dann nach dem Physi-

kum in Essen oder Dortmund weiterstudieren sollten" (Ebd.). Zum Winter-Semester 1963/64 wurden die Städtischen Krankenanstalten in Essen-Holsterhausen in das Klinikum II der Universität Münster umgewandelt und ab Winter-Semester 1967/68 in die Ruhr-Universität Bochum eingegliedert, in deren Verband sie bis zur Gründung der Gesamthochschule Essen am 1.8.1972 verblieben. Bochum wurde aber damals noch langfristig ein eigenes Klinikum zugesichert. Als der Dortmunder Strukturplan III von 1969 einen Medizinischen Fachbereich vorsah, wurde eine Abwanderung der für Bochum vorgesehenen Medizin nach Dortmund (Aufstockung der Städtischen Krankenanstalten) befürchtet.

Im November 1969 wurde seitens der Ruhr-Universität beim Kultusminister der Plan eines stufenweisen Aufbaus des Klinikums vorgelegt, im Juni 1972 endlich von einem Beirat beim Minister für Wissenschaft und Forschung das Rahmenprogramm für den Aufbau eines Klinikums Bochum mit 1.440 Betten aufgestellt und genehmigt.⁴⁴⁾ Ging man in der Frühphase der Klinikumsplanung⁴⁵⁾ davon aus, die Krankenanstalten Bergmannsheil nur vorübergehend als Aufbau- und Verfügungszentrum zu nutzen, so wurde später vorgesehen, an Stelle eines Neubaus diese ab 1975 als Universitätsklinikum samt der rd. 650 Bediensteten zu übernehmen (sog. "Sparklinikum") und auszubauen. Sodann schien der Neubau einer Campus-Klinik auf dem Grimberg in den Jahren 1974/75 doch realisierbar, wenn auf dem Universitätsgelände gleichzeitig ein Haftkrankenhaus und eine Sozialtherapeutische

44) Vgl. Rechenschaftsbericht des Rektorates der Ruhr-Universität Bochum für den Berichtszeitraum 15.10.1973 bis 14.10.1974, S. 5 (mit detaillierten Angaben). Der 1. Bauabschnitt sollte bereits zum WS 1979/80 fertiggestellt sein; in der ersten Phase sollten dem Klinikum Bochum die Krankenanstalten Bergmannsheil sowie die Landesfrauen- und Landeskinderklinik zugeordnet werden.

45) Zur Entwicklung der Bochumer Klinikumsplanung siehe zusammenfassend RUB-aktuell, Ausgabe 42 vom 26. Januar 1977 (Sondernummer Klinikum), Nr. 44 vom 1. April 1977, S. 1 und S. 7-8 (einschl. Bericht über die 6 kooperierenden Krankenanstalten), Nr. 46 vom 15. Juni 1977, S. 1 und S. 5 und Nr. 50 vom 9. Dezember 1977, S. 5.

Anstalt für den Strafvollzug realisiert würden. Mit dem endgültigen Verzicht auf ein Klinikum in Bochum (Beschluß der Landesregierung vom 27.1.1976)⁴⁶⁾ sah die Stadt Bochum auch diese Projekte als hin-fällig an.

Nach einjährigen Bemühungen von Universi-tät, Stadt, Förderergesellschaft und ört-lichen Krankenhausträgern stimmte die Lan-desregierung am 25. Januar 1977 für 10 Jahre der neuen Konzeption des "Bochumer Modells" der Medizinerausbildung zu, die ein völliges Novum in der deutschen Uni-versitätsplanung darstellt: Größere, mit Landesmitteln für Anforderungen der Lehre auszubauende Krankenhäuser unterschied-licher Träger werden mit vorklinischen und theoretischen Instituten zu einer Medizinischen Fakultät vereinigt. Durch die großzügige und aufopfernde Bereit-schaft der Stadt Bochum, die Kranken-anstalten Bergmannsheil vom jetzigen Träger nach 10 Jahren ohne Auflage zu überneh-men und die Gebäude notfalls sofort anzu-kaufen und zu tragen, wenn dadurch über-haupt ein klinisches Studium in Bochum ermöglicht würde, konnte dieses neue Modell überhaupt erst realisiert werden. Mit ihm ist im Vorlauf im Winter-Semester 1976/77 bereits begonnen worden; ent-sprechende Verträge über die jährliche Aufnahme von 150 Medizinstudenten zwischen Land, Krankenhausträgern und Stadt Bochum wurden am 15.6.1977 und 23.11.1977 mit ei-ner Laufzeit bis 1987 geschlossen.⁴⁷⁾

Neben dem Aufbau der klinischen Medizin-Ausbildung gilt die größte Sorge der Bochumer Universität der Bewältigung der steigenden Studentenzahlen. In den seit

46) Als Hinderungsgrund wurde neben einer Überkapazität an Krankenhausplätzen im Lande Nordrhein-Westfalen vor allem der Mangel an Finanzmitteln angeführt. Dabei wurde in der Öffentlichkeit ein-mal auf die unerwartete Kostenexplosion des im Bau befindlichen Aachener Zen-tralklinikums hingewiesen, von Bochum aus aber gleichzeitig das Operative Zentrum der Gesamthochschule Essen arg-wöhnisch betrachtet. Die für Medizinische Institute vorgesehenen Universi-tätsgebäude MB und MC sind seit etwa 1970 im Rohbau fertiggestellt, konnten jedoch lange wegen Unklarheit über die künftige Zweckbestimmung nicht weiter ausgebaut werden.

1971 geführten Kooperationsgesprächen mit der Universität Dortmund ist deshalb neben einer Koordinierung von Studiengängen und Prüfungsordnungen sowie der Ermöglichung von Doppelbelegungen und Dozentenaustausch von Bochumer Seite aus vor allem auf den beschleunigten Ausbau bedrängter Bochumer Fachbereiche in Dortmund - und übrigens auch in Bielefeld - hingewiesen worden. Die als Entlastungshochschule gebaute Ruhr-Universität bedarf inzwischen selbst dringend der Entlastung. Diese ist außer von der Universität Dortmund vor allem von den Gesamthochschulen Essen und Wuppertal, in geringerem Ausmaß auch von der Univer-sität Düsseldorf und der Gesamthochschule Duisburg zu erwarten.

2.5 Universität Konstanz

Am 27. Februar 1964 beschloß der Landtag von Baden-Württemberg, in Konstanz eine Universität und in Ulm eine Medizinische Akademie zu errichten.⁴⁸⁾

Der Beschluß zur Errichtung einer Bodensee-Universität geht auf eine Anregung des da-maligen baden-württembergischen Minister-präsidenten K.G. KIESINGER zurück, der am 6. September 1959 bei einem Politikertreffen in Singen die "damals wohl mehr wunschbe-

47) Eine automatische Verlängerung ist um jeweils fünf Jahre vorgesehen, sofern das Land die Vereinbarungen nicht drei Jahre vor Ablauf kündigt. Das als Not-programm entstandene "Bochumer Modell" wird inzwischen als richtungsweisender praxisorientierter neuer Weg der Ärzte-ausbildung angesehen, der auch im Aus-land diskutiert oder erprobt wird. Seit März 1978 ist das "Bochumer Modell" eingebunden in den von Bund und Land finanzierten "Modellversuch für dezentralen klinischen Unterricht" (vgl. RUB-aktuell Nr. 53 vom 6. Mai 1978, S. 4).

48) G. HESS 1973, S. 12. An verschiedenen Stellen wird fälschlicherweise 1966 als Jahr der Universitätsgründung angegeben, z.B. bei K. BAEDEKER 1974, S. 13 und S. 57 oder Stadt Konstanz: Konstanz kulturell (Mappe), Faltblatt "Bildung und Wissenschaft", o.J., dritte Seite (ungezählt). Offensichtlich geht man fälschlicherweise von der offiziellen Eröffnung der Universität am 1.4.1966 oder der Grundsteinlegung am 21.6.1966 aus. - Zur Gesamtentwicklung siehe auch 10 Jahre Universität Konstanz 1976, insbesondere U. LEINER, ebd., S. 29-35.

stimmte als programmatische Äußerung⁴⁹⁾ machte, Konstanz müsse eine Universität erhalten. Nach Vermutungen des Konstanzer Gründungsrektors G. HESS dachte K.G. KIESINGER seinerzeit wohl daran, die Altbadener mit dieser Hochschulgründung für den Verlust ihrer politischen Selbständigkeit zu entschädigen, vor allem aber "der wirtschaftlich und kulturell an den Rand des Landes Baden-Württemberg gerückten Region um den Bodensee neue Impulse und zugleich der Idee der die Völker verbindenden Wissenschaft eine konkrete Erfüllung" zu geben (G. HESS 1973, S. 9). R. GEIPEL spricht von einer "intendierten zirkumbodenseischen geistigen Mitte des Alemannentums aus drei Ländern" (1971b, S. 169). Er verweist auf das historische Handicap der Primärverteilung von Universitätsstandorten innerhalb Baden-Württembergs und die neuerliche Gründung derart peripher gelegener Hochschulen außerhalb eines Ballungsgebietes, die wiederum nur von ihrer Grenzlage aus die Fläche bedienen und zu einer ausgewogenen Regionalversorgung nur bedingt beitragen könnten (Ebd., S. 172). Die Lokalisierung einer Universität in bewußter Grenzlage mit einem erhofften Ausstrahlungseffekt auf Nachbarterritorien, wie sie insbesondere im Mittelalter und der frühen Neuzeit - wie z.B. Göttingen zum Zeitpunkt der Gründung - üblich war, wird von ihm als "archaisches" Standortmuster angesehen (R. GEIPEL 1974, S. 65). Für den ehemaligen Konstanzer Hochschullehrer R. DAHRENDORF ist die Universität Konstanz gar "eine Art Fürstengründung ..., von der

selbst der Kultusminister erst durch die Zeitung erfuhr, vom Konstanzer Gemeinderat ganz zu schweigen", oder eine Art "süßer Anachronismus" (1976, S. 15 und S. 14).

Daß die Konstanzer angesichts der bedeutenden Vergangenheit ihrer Stadt⁵⁰⁾ ein solches Urteil nicht teilen, ist verständlich. Für sie war KIESINGERS Überlegung von 1959 "eine der wenigen Sternstunden der von harten Schicksalsschlägen so oft gedemütigten Bodenseemetropole" (H. FINKE 1969, S. 15). In einer Resolution des Konstanzer Gemeinderates vom 8.10.1959 wird die Gründung einer Hochschule begrüßt und unterstützt, ein eigens gegründetes "Kuratorium Universität Konstanz" aus Persönlichkeiten zwischen Schwarzwald, Donau und Iller fördert den Gedanken einer Universitätsgründung. Obwohl die ersten Denkschriften des Wissenschaftsrates Konstanz nicht erwähnten, veröffentlichte die Stadt Konstanz unter Hinweis auf deren Grundsatzaussagen im Oktober 1961 eine Stellungnahme über Voraussetzungen und Möglichkeiten einer Universität Konstanz (Stadt Konstanz 1961). Darin wird u.a. die Stadt, insbesondere ihre regionale Stellung und Bedeutung, vorgestellt, werden die Voraussetzungen von Stadt und Bodenseeraum für eine Universität dargestellt und wird eine Neugründung als wirksame Entlastung baden-württembergischer und anderer deutscher Hochschulen bezeichnet. Es wird die Vermutung ausgesprochen, daß Konstanz - vergleichbar Freiburg und Heidelberg - vor allem eine überregional bedeutsame Universität würde und erst in zweiter Hinsicht eine regionale Bildungsstätte (Stadt Konstanz 1961, S. 15). Als Gelände wird ein ca. 200 ha großes, landschaftlich reizvolles Areal im Mainauwald vorgeschlagen.

Ab Mitte 1961 begannen nach Landtagsbeschlüssen in Stuttgart Vorarbeiten des Kultusministeriums und Beratungen mit dem Wissenschaftsrat über Hochschulneugründungen in Baden-Württemberg. Im April 1963 legte die Landesregierung dem Landtag eine Denkschrift vor, die sich mit der Errichtung einer Universität und einer Medizinischen Akademie sowie der Erweiterung der

49) H. FINKE 1969, S. 15 (ebd. auch frühere Überlegungen zur Errichtung einer Universität in Konstanz).

50) Vgl. K. KIPPING 1971, S. 12-17. - Als Römerkastell entstanden, war Konstanz von 600 - 1800 Sitz eines sehr großen Bistums, lange Zeit Vorort der schwäbischen Reichsstädte am Bodensee, Stätte verschiedener Reichstage und 1414 - 1418 Tagungsort eines berühmten Konzils, ehe die Stadt durch neue politische Grenzziehungen zusehends in eine Randlage geriet und an Einfluß verlor (1499 Abtrennung des Thurgaus und damit Verlust des südlichen Hinterlandes, 1548 Verlust der Reichsfreiheit und Übergang an Österreich, 1803 Übergang von Stadt und Fürstbistum an Baden, 1821 Aufhebung des kirchlichen Bistums zugunsten von Freiburg).

Wirtschaftshochschule Mannheim beschäftigte (Landesregierung Baden-Württemberg 1963). Als Sitz der Universität hatte sich neben Konstanz auch Ulm mit vier Standortvorschlägen beworben. Die Landesregierung entschied sich für Konstanz als Standort der Universität und für Ulm als Sitz der Medizinischen Akademie, die dann schließlich auch als Universität (Medizinisch-Naturwissenschaftliche Hochschule) errichtet wurde.

Schon bevor am 27. Februar 1964 die Entscheidung für eine Universität Konstanz gemäß den Beschlüssen der Landesregierung fiel, berief diese auf Ersuchen des Landtags im Dezember 1963 die Gründungsausschüsse für beide Hochschulen. Im Juni 1965 überreichte der Konstanzer Ausschuß dem Ministerpräsidenten seinen Gründungsbericht,⁵¹⁾ der sich an Überlegungen einer Kommission des Wissenschaftsrates anlehnte. Anstelle des "Kosmos der Wissenschaften" wurde für Konstanz eine Begrenzung auf drei Fakultäten vorgesehen, und zwar eine Naturwissenschaftliche Fakultät ohne Geowissenschaften mit Biologie als ausgesprochenem Forschungsschwerpunkt, eine Philosophische Fakultät und eine Sozialwissenschaftliche Fakultät, in die die Rechtswissenschaften eingegliedert sind (seit 1972 11, später 12 Fachbereiche). Es wurde eine Höchstzahl von 3.000 Studenten vorgesehen, der Anteil der Aufbaustudenten auf ein Viertel fixiert sowie die Forderung aufgestellt, daß die Lehre aus der Forschung entwickelt werden müsse und daß Konstanz als kleine Universität über Beweglichkeit und Erprobungschancen verfügen müsse. Diese Struktur brachte ihr den Ruf einer elitären Forschungsuniversität ein, wenngleich dies bestritten wird.⁵²⁾ G. HESS beschwört dagegen die Zusage des Staates, "Konstanz als Modell und Experiment zu errichten ... Gemessen an den Bedürfnissen

51) Die Universität Konstanz. Bericht des Gründungsausschusses. Konstanz (Juni) 1965.

52) Vgl. Universität Konstanz, Personal- und Verzeichnisverzeichnis, Studienjahr 1974/75, S. 9. - Zur Konzeption der Universität Konstanz und ihrer Begründung durch die "Anregungen des Wissenschaftsrates zur Gestalt neuer Hochschulen" (1962) vgl. R. DAHRENDORF 1976, S. 15-18.

der Wissenschaft ... ist Konstanz nicht bloß vertretbar, sondern eine sehr gute Lösung" (G. HESS 1973, S. 89). Der Staat müsse auch den Mut haben, "Modellen wie Konstanz und Bielefeld die Chance des Beispiels zu erhalten" (Ebd., S. 90).

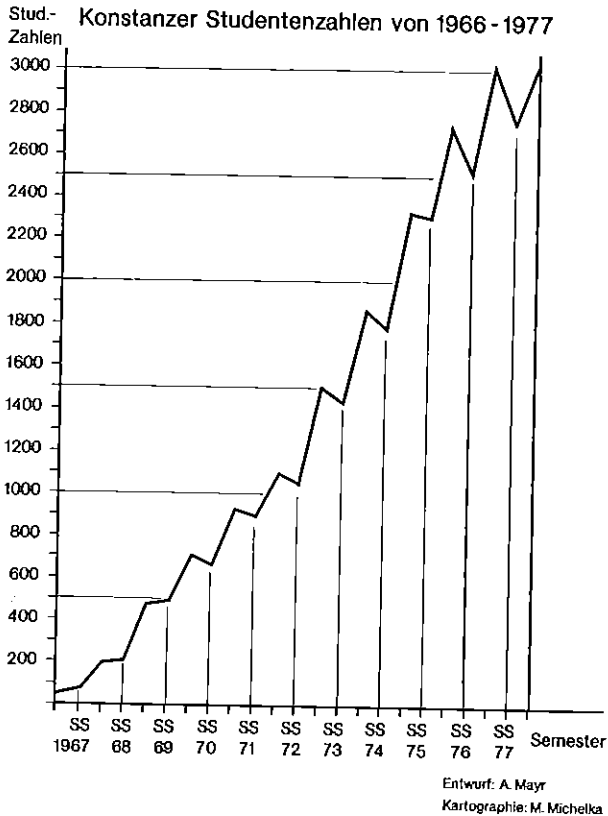
Im Februar 1966 wurde vom Kultusminister eine Vorläufige Grundordnung für die Universität Konstanz erlassen und am 1. April 1966 die Universität offiziell eröffnet. Die Lehrveranstaltungen wurden zum Wintersemester 1966/67 mit 53 fortgeschrittenen Studenten begonnen, und zwar in einem ersten Provisorium des vom Land erworbenen Insel-Hotels (März 1966 bis Herbst 1967), das ursprünglich als Dominikanerkloster entstanden war. Zwischen der Aufgabe dieses vom Land erworbenen Hotels und dem Bezug des endgültigen Gebäudekomplexes auf dem Gießberg (Mainauwald) wurde bis Herbst 1972 als zweites Provisorium die sogenannte Vorstufe auf dem Sonnenbühl am Südrand des Universitätsgeländes bezogen, die z.T. noch heute in Benutzung ist. Erst ab Wintersemester 1968/69 wurden Studienanfänger aufgenommen; gleichzeitig wurde mit einem Kontaktstudium für Gymnasiallehrer begonnen. Die im Wintersemester 1972/73 bezogene Baustufe A/B des Gesamtkomplexes auf dem Gießberg stellt 38% des Bauvolumens dar (G. HESS 1973, S. 14f.). Von diesem Zeitpunkt an wurde in sämtlichen Studiengängen die Studentenausbildung aufgenommen. Mit der weitgehenden Fertigstellung der Betriebsstufe C 1 verfügte die Universität im September 1976 nach zehnjähriger Aufbauzeit über zwei Drittel der geplanten Flächen.⁵³⁾

Ihre größte Krise erlebte die Universität Konstanz, als nach 1970 und 1971 beschlossenen Änderungen der Vorläufigen Grundordnung während der Arbeit an der Endgültigen Grundordnung ein Hochschullehrer ein Normenkontrollverfahren beantragte, das schließlich zum Erlaß einer neuen Vorläufigen Grundordnung im Oktober 1972 durch den Ministerrat, zum Rücktritt von Rektor und Prorektor und zur einjährigen Einsetzung eines Landesbeauftragten (Staatskommissars)

53) W. RITTER VON MANN 1978 und Empfehlungen des Wissenschaftsrates zum weiteren Ausbau der Universität Konstanz 1978, S. 11.

führte (G. HESS 1973, S. 7 und S. 16-25, W. VOGEL 1974, S. 214f.). In dieser Zeit wurde als Modellstudiengang mit einer einphasigen Juristenausbildung begonnen.

Abb. 8



Die Entwicklung der Studentenzahlen in Konstanz (vgl. Abb. 8) konnte schon wegen der angestrebten Größenordnung der Hochschule nicht so explosiv sein wie in den anderen neuen Universitätsstädten. Sie stieg von 53 im Eröffnungssemester (WS 1966/67) über 473 (WS 1968/69), 1.479 (WS 1972/73), 1.852 (WS 1973/74), 2.751 (WS 1975/76) auf 3.036 (WS 1976/77) und 3.028 (WS 1978/79).⁵⁴⁾ Von den im Studienjahr 1973/74 an der Universität Konstanz vorhandenen rd. 2.500 Studienplätzen waren damals über 600 frei geblieben; selbst in den Numerus-clausus-Fächern Chemie und Biologie immatrikulierten sich nicht so

54) Nach Statistischen Berichten (Kleine Hochschulstatistik) des Statistischen Landesamtes Baden-Württemberg, Stuttgart. - Es sei allerdings darauf hingewiesen, daß es in Konstanz keine Semester, sondern stattdessen Studienjahre gibt.

viele Studenten, als der Zentralstelle für die Vergabe von Studienplätzen in Dortmund Plätze angeboten worden waren (W. VOGEL 1974, S. 212). Angesichts der dringlichen Enge an nahezu allen bundesdeutschen Hochschulen erschienen diese Gegebenheiten und die idealen Studienbedingungen in Konstanz fast unglaublich; eine Senatskommission erhielt seinerzeit den Auftrag zu prüfen, worin das Ausbleiben der Studenten begründet liegt (vgl. H. PEISERT 1975).

Offensichtlich war zum damaligen Zeitpunkt die Studienplatznachfrage aus der Region Bodensee-Oberschwaben weit schwächer als angenommen. Zudem scheinen die günstigen Konstanzer Studienverhältnisse an den Massenuniversitäten nicht bekannt gewesen zu sein. Ferner trat der Studentenzustrom aus Österreich und der Schweiz nur bedingt ein. Für G. HESS waren schon 1967 die Auswirkungen der Grenzlage ein "besonders delikates Problem, eine Frage nur sehr schwer zu vermutender Möglichkeiten und Wirkungen ... Es wird zum Beispiel im Thurgau und in Vorarlberg eine Anzahl von jungen Menschen geben, die von der Nähe einer Universität dahingebacht werden, mit dem Studieren hier anzufangen, oder die, statt nur an die entfernten Universitäten ihres eigenen Landes zu gehen, ein oder zwei Semester hier in Konstanz verbringen möchten. Mir persönlich scheint übrigens der vorarlbergische Zuzug - trotz der erfreulichen Zeugnisse der Bejahung der Universität von dort wie auch aus der Schweiz - nicht ganz so selbstverständlich zu sein. Vorarlberg ist im Grunde recht weit weg. Man sollte hymnische Reden auf die natürliche Einheit des Bodenseegebietes etwas zurückstellen oder erst einmal ruhig überlegen, wohin vom See weg ins Innere des Landes - sei es nach Oberschwaben, sei es in den Hegau, sei es in die Schweiz oder nach Vorarlberg - die wirtschaftlichen und kulturellen Ströme gehen. Man sollte sich auch fragen - obwohl manche die Frage nicht mögen -, ob nicht ein See eher trennt als vereint" (G. HESS 1967b, S. 12).

U. LEINER, Stadt- und Kreisratsmitglied in Konstanz und bis 1971 stadträtlicher Respizient für Hochschulfragen, greift 1976 die Hoffnungen der Gründungsdenkschrift, Konstanz

werde eine Universität besonders hoher Anziehungskraft sowie internationaler Begegnungen insbesondere der Jugend Deutschlands, Österreichs und der Schweiz sein, wieder auf und stellt bedauernd fest, daß die Richtigkeit dieser Feststellungen sich - zumindest bis heute - noch nicht bestätigt habe (U. LEINER 1976, S. 31). Sie muß wohl - was die Inanspruchnahme aus den beiden Nachbarländern betrifft - ganz aufgegeben werden.⁵⁵⁾

Zu der tatsächlichen oder empfundenen Verkehrsentlegenheit von Konstanz (zur Verkehrslage der Stadt vgl. F. METZ 1928) kommt meines Erachtens eine Abneigung gegen die Größenordnung und Struktur der Stadt, zumindest aber Unkenntnis über Konstanz hinzu. Die Universität Konstanz kann zudem von ihrem eingeschränkten Fächerangebot her nicht voll die Nachfrage nach Studienplätzen aus ihrer möglichen Hochschulregion decken und ist auch nicht Entlastungshochschule einer Massenuniversität in zumutbarer Erreichbarkeit, sondern war gegen Ende der 60er Jahre stark auf bildungsmobile studentische Zuwanderer angewiesen. Muß aber das notwendige Studentenaufkommen einer Hochschule aus den Verdichtungsgebieten "eingeworben" werden, so sieht R. GEIPEL - freilich ohne konkreten Bezug auf Konstanz - in diesem "Wettbewerb um den akademischen Jungbürger" eine "Zwangsverpflichtung ins Idyll. Es gehört ein besonderer Menschentyp dazu, in einer Stadt sein ganzes Studium zu absolvieren, an der die Industrialisierung bisher vorbeigegangen ist und in der sich noch agrarge-

55) Unter den 250 Ausländern des Studienjahres 1975/76 der Universität Konstanz stammten 53 aus den USA, 36 aus der Schweiz, 22 aus Österreich und 10 aus Frankreich. Der Anteil aus den benachbarten Alpenländern (58 von 2.751 = 2,1%) ist also recht gering, während vergleichsweise an der Universität Salzburg rd. 9-10% Studierende aus Deutschland (WS 1973/74: 513 von 5.550, WS 1974/75: 666 von 7.229 = 9,2%) immatrikuliert waren (Mitteilungen der Rektorate der beiden Universitäten). Die Konstanzer Ausländerquoten an der Universität haben sich kaum verändert. H. PEISERT (1979, S. 104) registrierte für das WS 1978/79 zwar 62 Amerikaner, aber nur 45 Schweizer (davon 18 aus dem Nachbarkanton Thurgau) und 15 Österreicher (davon zwei aus Vorarlberg).

sellchaftliche Verhaltensweisen reproduzieren" (R. GEIPEL 1971b, S. 169).

Die Richtigkeit derartiger Vermutungen wurde durch eine Ende 1975 erschienene empirische Studie von H. PEISERT (Zentrum I Bildungsforschung der Universität Konstanz), die die Gemüter in Konstanz ungewöhnlich erregte, weitgehend bestätigt. Während die Befragungsergebnisse einerseits ergaben, daß es die Reformen sind, die die Universität für Studenten anziehend machen, wurde als Hauptgrund für die Abwanderung besonders die mangelnde Attraktivität der Stadt angegeben. So wurde neben Studienbedingungen und dem verkehrsmäßigen Standort der Hochschule vor allem beklagt, Konstanz sei zu provinziell, habe kein kulturell-intellektuelles und kein zeitgemäßes politisches Klima und sei zu wenig studentisch geprägt (H. PEISERT 1975, S. 70-81, insbesondere S. 75).

H. PEISERT hat in seinen sehr gründlichen Studien zum Image und zur Hochschulregion der Universität Konstanz die regionale Herkunft der Studierenden zwischen 1968 und 1978 analysiert und dabei festgestellt, daß eine künftige Hochschulregion aus den fünf Kreisen Konstanz, Tuttlingen, Sigmaringen, Ravensburg und Bodensee-Kreis bestehen wird (1975, S. 36-48 und 1979, S. 105). Er konnte ferner nachweisen, daß der Anteil der in dieser Region beheimateten Studenten, die an der Universität Konstanz immatrikuliert waren ("Regionalität"), im genannten Zeitraum von 15% auf 40%, der Studentenanteil der Baden-Württemberger ("Territorialität") von 36% auf 74% angestiegen war (1975, S. 49-52 und 1979, S. 108f.). Diese nennenswerte Mobilisierung von Studienbewerbern aus der Bodensee-Region und aus dem eigenen Bundesland⁵⁶⁾ ist erstaunlich und zeigt, daß Konstanz mitnichten wie z.B. Freiburg oder Heidelberg eine Hochschule von großer überregionaler Anziehungskraft geworden ist; zugunsten baden-württembergischer Landeskinder

56) Bezeichnenderweise stellten unter den Großstädten nur München und Stuttgart 1974 eine nennenswerte Anzahl an Konstanzer Studierenden (H. PEISERT 1975, S. 45).

ist der Anteil der Fernwanderer vielmehr drastisch zurückgegangen. Die Regionalquote von 40% ist dennoch relativ gering, zumal im Winter-Semester 1976/77 nur 17% der in der Universitätsregion beheimateten Studenten auch in Konstanz studierten, während die gleiche Anzahl nach Freiburg und Tübingen abwanderte. Von den Universitätsstudenten, die in den Regionen Freiburg und Tübingen beheimatet waren, wählten hingegen 54% bzw. 57% ihre Regionaluniversität und wanderten nur 2% bzw. 1,5% nach Konstanz ab (H. PEISERT 1979, S. 107). Diese und andere Daten machen deutlich, "wie lange es dauert, bis eine Universitätsneugründung sich in einer relativ dünn besiedelten Region, in der der quantitative Druck entfällt wie etwa im Einzugsgebiet der Bochumer Neugründung, gegenüber den seit vielen Generationen gewohnten Wanderungsströmen an die traditionellen Universitäten durchsetzen kann" (Ebd., S. 108).

Ungeachtet der bescheidenen Studententwicklung der Universität Konstanz beschloß die baden-württembergische Landesregierung bereits Ende 1972 unter dem Eindruck gesamtstaatlicher Entwicklungen, die ehemals vorgesehene Endzahl der Studierenden von 3.000 auf 4.200 Studenten zu erhöhen. Die Novelle zum Landeshochschulgesetz von 1973 verpflichtete alle Hochschulen des Landes, eigenständige Entwicklungspolitik zu betreiben und ihre Kapazitäten veränderten Rahmenbedingungen anzupassen. Für die Universität Konstanz bedeutete diese Forderung eine Fortschreibung des Gründungsberichtes. Der neue Entwicklungsplan von 1975 will den Reformauftrag sichern, die Hochschule in 14 Fachbereiche gliedern und die Studentenzahl für 1982 auf nunmehr 6.000 festzuschreiben.⁵⁷⁾ Der der Universität Konstanz ursprünglich zugebilligte Experimentierspielraum wurde in den folgenden Jahren bis hin zum Inkrafttreten

57) Entstehung und erstes Jahrzehnt der Universität Konstanz. Eine Chronologie. In: Konstanzer Blätter für Hochschulfragen, H. 50/51 (= Jg. XIV, H. 1/2), 1976, S. 77-121, S. 104 (19.12.1972), S. 108 (28.1. und 15.2.1974) und S. 115 (26.5.1975).

eines neuen Universitätsgesetzes (am 1.4. 1978) zusehends geringer. Finanzielle Restriktionen verlangsamten seit 1975 - wie auch in Bochum - den weiteren Ausbau (vgl. W. RITTER VON MANN 1978).

Im Hinblick auf eine erhoffte beträchtliche Zunahme der Abiturientenzahlen in der Bodensee-Region rechnet der Hochschulgesamtplan II des Landes Baden-Württemberg für die Universität Konstanz mit 5.000 Studenten im Jahre 1980 sowie mit 6.500 im Jahre 1985, für die Gesamthochschulregion Konstanz-Oberschwaben (einschließlich der Standorte Weingarten und Ravensburg) gar mit einem Ausbau auf 13.500 Studienplätze;⁵⁸⁾ demgegenüber nimmt der Planungsausschuß für den Hochschulbau als Ausbauziel für Konstanz und die zugeordneten Teilstandorte nördlich des Bodensees lediglich 9.450 Studienplätze an (8. Rahmenplan 1979, S. 49). Weder die Entwicklung der Gesamthochschulregionen, deren Reformbemühungen nach Darlegungen von K.-D. HEYMANN durch staatliche Eingriffe gebremst und letztlich zum Scheitern verurteilt wurden (vgl. K.-D. HEYMANN und W. KARCHER 1976, S. 113-128), noch die Studentenzahlen haben den erwarteten Aufschwung genommen.⁵⁹⁾ Es bleibt abzuwarten, wie sich nach der weitgehenden Aufhebung des Numerus clausus und der vorläufig noch anhaltenden globalen Studienplatznachfrage das Studentenaufkommen der Universität Konstanz, deren räumliches Angebot bisher nicht voll ausgeschöpft wurde (H. PEISERT 1979, S. 99-101), weiterentwickeln wird.

58) Universität Konstanz, Fachhochschule Konstanz, Pädagogische Hochschule Weingarten sowie Fachhochschule und Bezirksseminar Ravensburg sind nach den baden-württembergischen Hochschulgesamtplänen I und II zur Gesamthochschulregion Konstanz-Oberschwaben zusammengeschlossen worden. Siehe u.a. Hochschulgesamtplan II des Landes Baden-Württemberg 1972, S. 80-86.

59) Nach den Statistischen Berichten (Kleine Hochschulstatistik) des Landes Baden-Württemberg zählten Universität und Fachhochschule Konstanz zusammen im WS 1978/79 4.447 Studierende.

2.6 Universität Essen-Gesamthochschule⁶⁰⁾

Als der Landtag von Nordrhein-Westfalen am 10. März 1960 den Beschluß faßte, innerhalb des Ruhrgebietes eine "Hochschule als wissenschaftliche Forschungs- und Lehrstätte im westfälischen Raum" zu errichten (Materialien I 1971, S. 81), bedeutete dies zugleich, daß Essen als einwohnerstärkste Stadt und zentraler Ort höchster Stufe im Revier seine nach 1945 entwickelten Hoffnungen begraben mußte, Standort einer Technischen Universität werden zu können. Die Lage im rheinischen Teil des Ruhrgebietes ließ Essen als Hochschulbewerber von vornherein ausscheiden, da der Gesetzgeber gegenüber dem Rheinland mit seinen Universitäten in Bonn und Köln, der Technischen Hochschule Aachen und der damaligen Medizinischen Akademie in Düsseldorf die neue Hochschule eindeutig dem Landesteil Westfalen zugedacht hatte, der bisher nur über die Universität Münster verfügte.⁶¹⁾ So mußte sich Essen zunächst mit der ältesten Pädagogischen Akademie Nordrhein-Westfalens (gegr. 1945),⁶²⁾ der Folkwang-Schule für Musik, Theater und Tanz in Essen-Werden (gegr. 1962) sowie Ingenieurschulen und höheren Fachschulen begnügen, ehe es mit dem Klinikum Essen im Winter-Semester 1963/64 eine universitäre Ausbildungsstätte erhielt. Diese ging aus den Städtischen Krankenanstalten in Essen-Holsterhausen hervor, die

zunächst als Klinikum II der Universität Münster angeschlossen und ab Winter-Semester 1967/68 in die Ruhr-Universität Bochum (Abteilungen für Theoretische und Praktische Medizin) eingegliedert wurden.

Steigende Studentenzahlen und bildungsökonomische Berechnungen der späten 60er Jahre führten bald zu der Erkenntnis, daß das Ruhrgebiet neben den Universitäten Bochum und Dortmund (eröffnet im Winter-Semester 1965/66 bzw. Sommer-Semester 1969) weitere Hochschulkapazitäten benötige. In seinen Empfehlungen für den Ausbau des Hochschulbereichs nach 1970 forderte der Wissenschaftsrat die Errichtung neuer wissenschaftlicher Hochschulen in der Form der integrierten Gesamthochschule und konkret "den Ausbau der Hochschuleinrichtungen in Essen zu einer Gesamthochschule sowie weitere Bildungseinrichtungen im Hochschulbereich" für die Regionen Rhein-Ruhr und Ostwestfalen. "Mittelfristig werden sich hier Hochschulneugründungen als erforderlich erweisen, um Studienplätze in den Regionen der größten Nachfrage anbieten zu können" (Wissenschaftsrat 1970, S. 189).

Schon seit Oktober 1969 hatten einzelne Landespolitiker, darunter auch der damalige Ministerpräsident H. KOHN, ihre Absicht bekundet, daß Essen dritte Universitätsstadt des Ruhrgebietes werden solle. Dabei sei an eine "Gesamtuniversität" bzw. ein "Hochschulzentrum" mit erziehungswissenschaftlichem Schwerpunkt gedacht.⁶³⁾

Bei den Etatberatungen des Landtags für 1970 verkündete die Landesregierung im November 1969 im Landtag, sie wolle 8 neue Universitäten und 13 Fachhochschulen gründen und diese mit den "alten" Universitäten zu Gesamthochschulen zusammenfassen; diese in Abb. 9 dargestellten Beschlüsse fanden Eingang in das im März 1970 verabschiedete Nordrhein-Westfalen-Programm 1975 ("NWP '75" 1970, S. 67-73).⁶⁴⁾ Darin wird u.a. betont, daß Neugründungen "auf der grünen Wiese" eine zu lange Anlaufzeit benötigten, daß vor allem Kapazitäten für die Ausbildung in Lehramtsfächern benötigt würden und daß des-

60) Da die Bestimmung des Mikrostandortes für die Hauptbaufläche der Universität Essen auf ein beispielhaftes Verfahren zurückgeht, das für alle anderen behandelten Hochschulen nicht aufgezeigt werden kann, soll in diesem Abschnitt auch die Festlegung des innerstädtischen Standortes dargestellt und gewürdigt werden; ferner soll der neue Hochschultyp der Gesamthochschule nach Idee und Bauverwirklichung vorgestellt werden.

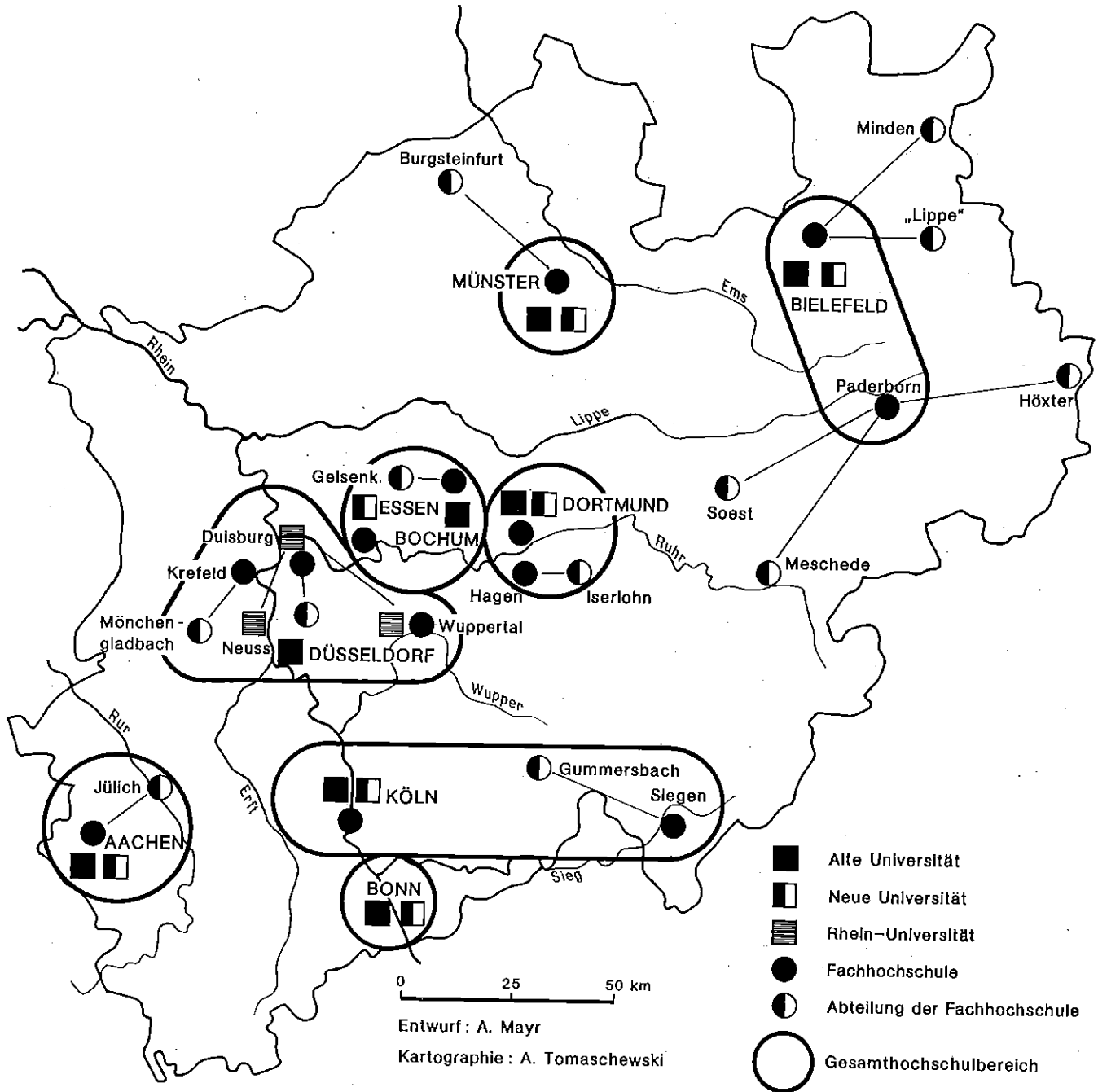
61) Hieran änderte auch eine unveröffentlichte gutachtliche Stellungnahme des Siedlungsverbandes Ruhrkohlenbezirk, die sich aus landesplanerischen Erwägungen für Essen als Sitz der Ruhr-Universität aussprach, nichts (freundliche mündliche Mitteilung von Dr. J. KÖRBER aus dem Jahre 1965).

62) Vgl. Presseinformationen zum 25jährigen Bestehen der Abteilung Essen der Pädagogischen Hochschule Ruhr, Masch. o.O., o.J. (Essen 1970), S. 1-2.

63) Nach Pressemeldungen (Westdeutsche Allgemeine Zeitung vom 25.10.1969).

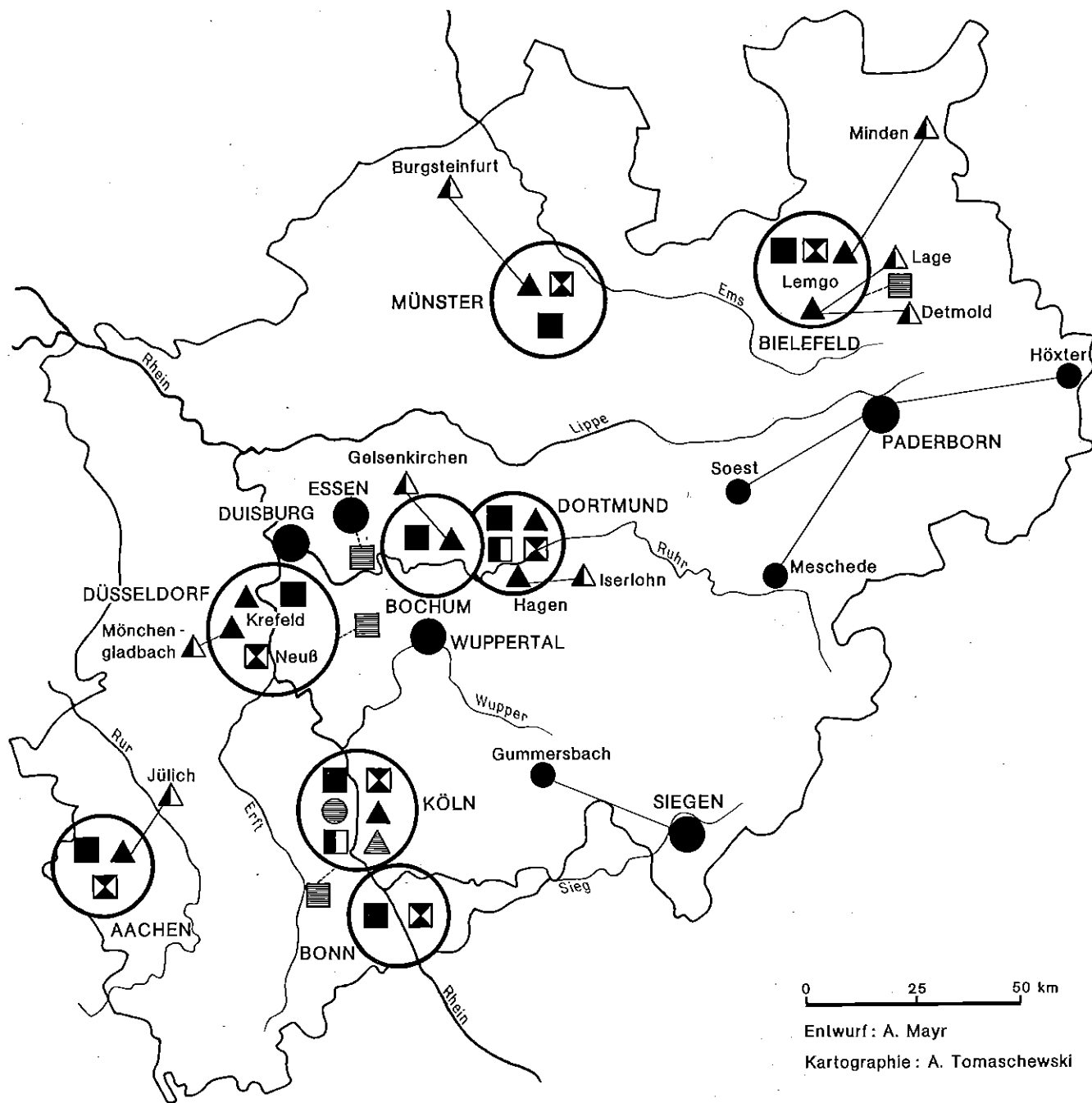
64) Siehe S. 116

Abb. 9
Hochschulplanung Nordrhein - Westfalen 1970



Quelle :Nordrhein - Westfalen - Programm 1975. Düsseldorf 1970, S. 71

Abb. 10
Hochschulstruktur in Nordrhein - Westfalen seit 1972



- | | | |
|--------------------------------------|-----------------------------|--|
| ○ Gesamthochschulbereiche | ■ Univ. / TH | ▨ Verbund der Kunst- und Musikhochschulen mit Gesamthochschulbereichen |
| ● Gesamthochschulen | ⊠ Abt. PH | ⊙ Deutsche Sporthochschule Köln |
| ● Außenstellen von Gesamthochschulen | ◻ Abt. Heilpädagogik der PH | ▲ Bibliothekarlehreinstitut |
| | ▲ FH mit Abteilungen | |

Quelle : Halbzeitbericht Nordrhein - Westfalen - Programm 1975. Düsseldorf 1973, S. 29

halb auf den Kernen bestehender Hochschul-einrichtungen "neue Universitäten" errichtet werden sollten - sie wurden in politischen Diskussionen und Presseveröffentlichungen als "Pädagogische" oder "Erziehungswissenschaftliche Universitäten" bezeichnet -, die mit den alten Universitäten kooperieren sollten ("NWP '75" 1970, S. 67, 68 und 71). Deshalb war vorgesehen, daß 6 der 8 neuen Erziehungswissenschaftlichen Universitäten (mit vollem Universitätsrang) an Standorten bestehender Universitäten als Zweithochschulen zu errichten seien (Aachen, Bielefeld, Bonn, Dortmund, Köln, Münster) und damit zugleich die Zusammenfassung in einer Gesamthochschule angebahnt werden könnte. Siebte Hochschule mit dem Sitz in Duisburg sollte eine Rhein-Universität mit Standorten in Duisburg, Neuß und Wuppertal und einer Zuordnung zum Gesamthochschulbereich Düsseldorf,⁶⁵⁾ achte Hochschule eine neue Universität Essen innerhalb eines Gesamthochschulbereiches Bochum sein. "Die in Essen zu gründende Universität wird ihren Schwerpunkt in Naturwissenschaft und Medizin haben. Bei der Planung ist von vornherein zu berücksichtigen, daß die vorhandenen Einrichtungen der Lehrerausbildung gleichzeitig ... Universitätsrang erhalten und in schrittweise zu intensivierender Zusammenarbeit mit der Fachhochschule das Modell einer Gesamthochschule im Verbund mit der Ruhruniversität Bochum zu verwirklichen ist" ("NWP '75" 1970, S. 68).⁶⁶⁾ Der Stadt Essen war damit als einziger Stadt eine Uni-

64) Landesregierung Nordrhein-Westfalen: Nordrhein-Westfalen-Programm 1975 (abgekürzt NWP '75). Düsseldorf 1970, S. 67-73. Das von der Landesregierung zwei Jahre zuvor verabschiedete "Entwicklungsprogramm Ruhr 1968 - 1973" (1968) enthält noch keinerlei Hinweise auf diese Absichten, sondern stellt lediglich heraus, daß "die Entscheidung der Landesregierung, im Zeitplan des Aufbauprogramms den Universitäten an der Ruhr den Vorrang gegenüber den Projekten Düsseldorf und Bielefeld zu geben, ... in ihrer Bedeutung für das Ruhrgebiet hoch eingeschätzt werden" müsse (ebd., S. 55).

65) Gegen dieses Projekt ist von allen betroffenen Seiten heftig polemisiert worden. Insbesondere bezeichneten die Stadt Duisburg und die Abteilung Duisburg der Pädagogischen Hochschule Ruhr die vorgesehene "dreigeteilte Rhein-Universität" als wenig tragfähige Risikohochschule.

versität herkömmlichen Stils zgedacht, und zwar bedingt durch die Existenz des Klinikums.

Während der Wissenschaftsminister noch im August 1970 Aufbau- und Strukturpläne für die vorgesehenen Universitäten vorlegte, die allerdings für die Hochschulgründung Essen keine neue Konzeption vorsahen,⁶⁷⁾ kündigte er bereits Ende 1970 aufgrund veränderter Voraussetzungen ein neues Hochschulkonzept an, das schließlich nach einem Kabinettsbeschluß vom 27.4.1971 und langen Diskussionen zum Gesamthochschulentwicklungsgesetz vom 30.5.1972 führte.⁶⁸⁾ Unter Verzicht auf die vorgesehenen Zweituniversitäten begründete es mit Wirkung vom 1.8.1972 fünf neue Gesamthochschulen in Essen, Duisburg, Wuppertal, Siegen und Paderborn und sieht langfristig die Schaffung von 13 anstelle der bisher geplanten 8 Gesamthochschulen vor (siehe Abb. 10). Voraussetzungen waren der sprunghafte weitere Anstieg der Studentenzahlen (Prognose "NWP '75" für 1975 167.000, 1980 219.000, nach Antwort auf Große Anfrage 3 zur Hochschulplanung 1975 194.000, 1980

66) Erwähnt sei noch, daß die neuen Universitäten schrittweise Lehrer aller Stufen ausbilden und auch eigene Forschungskapazitäten erhalten sollten. Ein Sofortprogramm sollte bis 1975 insgesamt 31.000, bis 1980 insgesamt 41.000 neue Studienplätze in Nordrhein-Westfalen garantieren, davon in Essen 1980 4.000 in Naturwissenschaften und 4.300 in Erziehungswissenschaften.

67) Der Minister für Wissenschaft und Forschung des Landes Nordrhein-Westfalen: Aufbau- und Strukturplan für die Gründung neuer Universitäten. Masch., August 1970. - Das Projekt "Rhein-Universität" wird in ihm bereits in Frage gestellt (S. 10-12), Sonderprobleme werden auch für die Zweithochschulen Bielefeld und Dortmund aufgezeigt (S. 9-10). Wichtig ist die hier auftretende Forderung, künftig anstelle von Lehrern für Schularten Stufenlehrer auszubilden (S. 2ff.).

68) Vgl. hierzu insbesondere "Hochschulplanung in Nordrhein-Westfalen". Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage 3 der CDU-Fraktion - Drucksache 7/986, Düsseldorf 1971 (= Landtag Nordrhein-Westfalen, 7. Wahlperiode, Drucksache 7/1162 vom 19.10.1971); Gesetz über die Errichtung und Entwicklung von Gesamthochschulen im Lande Nordrhein-Westfalen (Gesamthochschulentwicklungsgesetz - GHEG). In: GV.NW., 26. Jg., 1972, Nr. 25 vom 12.6.1972, S. 134-141.

232.000 Studenten) und der Wunsch, die Studienplätze nicht mehr an den traditionellen Hochschulzentren des Landes zu konzentrieren. "Die Standortwahl berücksichtigt die regionale Nachfrage nach Studienplätzen und schafft damit mehr räumliche Chancengleichheit für die Aufnahme eines Studiums" (Landesregierung Nordrhein-Westfalen 1973, S. 28); sämtlichen Neugründungen wurde ein über die Erziehungswissenschaften hinausreichendes erweitertes Lehrangebot zugestanden, insbesondere durch "überproportionale Steigerung der Studiemöglichkeiten im natur- und ingenieurwissenschaftlichen Bereich" (Ebd., S. 28). In die neue Essener Gesamthochschule, der nunmehr ohne organisatorische Zurodnung zum Bochumer Gesamthochschulbereich eine eigenständige Entwicklung garantiert ist, wurden folgende Hochschuleinrichtungen überführt: die Abteilungen für Theoretische und Praktische Medizin der Universität Bochum (Klinikum Essen), die Abteilung Essen der Pädagogischen Hochschule Ruhr und die zum 1.8.1971 aus fünf früheren Einrichtungen entstandene Fachhochschule Essen, nicht jedoch die Folkwang-Hochschule für Musik, Theater und Tanz.⁶⁹⁾

Analog zu den Hochschulgründungsabsichten der dritten Hochschulgründungsphase in Nordrhein-Westfalen wurde die Gesamthochschule Essen am 1.8.1972 als erste der fünf neuen Gesamthochschulen eröffnet.⁷⁰⁾ Bedingt durch die Überführung anderer Hochschuleinrichtungen zählte sie bereits vor ihrer amtlichen Begründung im Sommer-Semester 1972 5.025 Studenten, im Winter-Semester 1972/73 5.935 Studie-

69) Zum 1.8.1971 entstanden in Nordrhein-Westfalen durch Übernahme und Zusammenfassung bisheriger Einrichtungen 15 staatliche Fachhochschulen (anstelle von vorgesehenen 13), dazu vier private Fachhochschulen. Zum 1.4.1972 wurden die acht Konservatorien in Nordrhein-Westfalen in drei staatlichen Musikhochschulen zusammengefaßt, darunter die Musikhochschule Ruhr mit Abteilungen in Essen und Duisburg.

70) Vgl. Ministerpräsident Heinz KOHN: Mehr Chancengleichheit; Gründungsrektor Walter KRÜLL: Aufgabe und Verpflichtung. In: Gesamthochschulen. Angebot und Herausforderung. Auszüge aus Reden zur Eröffnung der neuen Gesamthochschulen. Düsseldorf 1972, S. 7-14.

rende. Die Essener Hochschule, die sich selbst als "Universität Essen - Gesamthochschule" bezeichnet, sollte bis 1975 über 9.300 und 1980 über 11.600 Studienplätze verfügen (Minister für Wissenschaft und Forschung 1975, S. 16-69). Sie zählte jedoch im Winter-Semester 1975/76 bereits 8.803 und im Winter-Semester 1978/79 12.784 Studierende; dank ihrer hohen Wachstumsraten hat sie - wie Abb. 4 zeigt - deutlich höhere Studentenzahlen als die Universitäten Düsseldorf, Dortmund und Bielefeld. Unter den 29 neugegründeten wissenschaftlichen Hochschulen der Bundesrepublik Deutschland steht Essen nach Bochum, aber mit beachtlichem Abstand vor Regensburg, nach seiner Studentenzahl auf dem zweiten Rang (vgl. Tab. 3b). Der Planungsausschuß für den Hochschulbau sieht langfristig in Essen nur 11.650 Studienplätze vor (8. Rahmenplan 1978, S. 48); dieser Richtwert ist bereits überschritten.⁷¹⁾ An anderer Stelle wurde bereits erwähnt, daß etwa ein Drittel der Essener Studenten im eigenen Stadtgebiet beheimatet sind (W. KRÜLL 1978a, S. 3) und daß inzwischen 80% aus dem Ruhrgebiet stammen (W. KRÜLL 1978b, S. 11). Damit ist der Einzugsbereich sehr deutlich regional bestimmt.

Bei den neuen Gesamthochschulen stellte die Landesregierung die Bedingung, daß die Kommunen entsprechend teilweise noch zu treffenden Vereinbarungen die örtlich notwendigen Standortvoraussetzungen zu erfüllen hätten. Die Mikrostandortwahl erfolgte letztlich durch alleinigen Beschluß der Landesregierung und war entscheidend vorbereitet worden durch den Leiter der Hochschulbauabteilung im Finanzministerium und Sonderbevollmächtigten für Hochschulbauten, Ministerialrat F. HALLAUER.⁷²⁾ Anders als in den Standortgemeinden der vier anderen Gesamthochschulen war jedoch in Essen eine

71) Nach der Kleinen Hochschulstatistik des Landesamtes für Datenverarbeitung und Statistik, Düsseldorf, zählten Gesamthochschule Essen und Staatliche Hochschule für Musik Ruhr, Abt. Folkwang-Hochschule Essen, im WS 1978/79 zusammen 13.101 Studierende.

72) Siehe S. 118

intensive Diskussion über das optimale Hochschulgelände vorausgegangen, seitdem 1969 das Fachhochschul-Einrichtungsgesetz beraten wurde, gleichzeitig die Bauplanung einer neuen Ingenieurschule diskutiert wurde und schließlich erste Pläne für eine neue universitäre Ausbildungsstätte bekannt wurden. Ein Arbeitskreis von Dozenten, Assistenten und Studenten aller Essener Hochschuleinrichtungen (ohne Klinikum) setzte sich schon seit 1969 für Kooperationsmöglichkeiten innerhalb einer zu errichtenden "Gesamthochschule für das westliche Ruhrgebiet" ein; der Gedanke entstand allmählich aus den baulichen Bedrängnissen der überfüllten Hochschuleinrichtungen und der Erkenntnis, daß Zentraleinrichtungen gemeinsam genutzt werden könnten. Der Rat der Stadt Essen bestellte im Frühjahr 1970 aus seinen Mitgliedern einen Hochschulausschuß und berief gleichzeitig einen "Sachverständigenbeirat für Fragen der Errichtung, Entwicklung und Koordinierung von Hochschuleinrichtungen auf Essener Gebiet" (Mitglieder u.a. C. Evers, W.v. Weizäcker, H. Schelsky und W. Brüggemann). Da die Stadt Essen von der Landesregierung gebeten worden war, einen Standort für neue Hochschuleinrichtungen vorzuschlagen, sollte dieser Beirat Entscheidungshilfen geben.

Aus zunächst zwölf denkbaren Standortalternativen kristallisierten sich schließlich vier heraus,⁷³⁾ die in die

72) Nach freundlicher mündlicher Mitteilung von Herrn Prof. Dr. F. HALLAUER vom 4.4.1975 hätte eine Einschaltung von Beratungsgremien zwar den Entscheidungsprozeß demokratisiert, jedoch zeitliche Verzögerungen mit sich gebracht, die für eine frühestmögliche Erstellung von Studienplätzen von Nachteil gewesen wären. Deshalb seien Standortalternativen nur im Finanzministerium und mit den betroffenen Städten diskutiert worden. Wesentlich sei vor allem eine frühestmögliche zeitliche Verfügbarkeit der Grundstücke gewesen. Zur Fixierung der Standorte vgl. Kabinettsvorlage des Wissenschaftsministers zur Planung und Errichtung von Gesamthochschulen vom 19.4.1971, Masch., S. 14f.

73) Freundliche mündliche Mitteilung von Frau Dr. GERBERDING-WIESE, Planungsamt der Stadt Essen, Abt. Hochschulplanung.

engere Wahl einbezogen wurden. Die Stadtverwaltung Essen favorisierte die Standorte City-Nord im Stadtteil Segeroth sowie Schuir auf den Ruhrhöhen im südwestlichen Stadtgebiet, verschiedene politische Gruppen, eine Interessengruppe von Fluglärmgeschädigten und teilweise die Stadt Mülheim setzten sich für das Gelände des Flughafens Essen-Mülheim als Hochschulstandort ein (gleichmäßig verteilt auf Essener und Mülheimer Gebiet), und die Stadt Mülheim sowie die bereits erwähnte Arbeitsgemeinschaft "Gesamthochschule Westliches Ruhrgebiet" unterstützten den von der Stadt Mülheim eingebrachten Vorschlag Mülheim-Winkhausen/Essen-Schönebeck im Essener Westen bzw. Mülheimer Osten (überwiegend auf Mülheimer Gebiet gelegen).⁷⁴⁾ Der Sachverständigenbeirat vergab und diskutierte Gutachten und Stellungnahmen und führte eine Anzahl von Informations-, Anhörungs- und Diskussionsveranstaltungen durch⁷⁵⁾ - ein bis zu diesem Zeitpunkt einmaliges Verfahren (Motto: "Brüten Sie mit."). "Die Universität entsteht in Kommunikation mit der Bevölkerung ... Die Öffentlichkeit hat soweit mitgebrütet, als es ihr in diesem zunächst sie überraschenden Verfahren mit Skepsis und Erstaunen möglich war" (H. KORTE 1971, S. 18). Am 14. Januar 1971 beschloß der Sachverständigenbeirat nach Abwägung der Standortmerkmale und stadtplanerischen Kriterien einstimmig und ohne Stimmenthaltung, dem Rat der Stadt Essen das Gelände "City-Nord" als Standort für die Integrierte Gesamthochschule Essen vorzuschlagen,⁷⁶⁾ ein Vorschlag,

74) Vgl. Stadt Mülheim 1970. - Daß das Mülheimer Beteiligungsangebot, das angeblich aus regionaler Verantwortung und weniger aus lokalem Egoismus erfolgte, die Stadt Essen mit Unbehagen erfüllte (nicht zuletzt wegen der Mülheimer Gespräche mit Oberhausen, Kettwig, Gladbeck und Bottrop), ist verständlich, hat Mülheim doch die zentralere Lage innerhalb des westlichen Ruhrgebiets!

75) Siedlungsverband Ruhrkohlenbezirk 1970, W. THOMAS u.a. 1970, Planergruppe Einsele u.a. 1971, Planunion 1970 und 1971.

76) Integrierte Gesamthochschule Essen. Struktur, Standort, Planungsverfahren. Empfehlungen des Sachverständigenbeirats für Fragen der Errichtung, Entwicklung und Koordinierung von Hochschuleinrichtungen auf Essener Gebiet. O.O. o. J. (Essen 1971), S. 2ff.

der um so beachtlicher ist, als sich zuvor auch der Siedlungsverband Ruhrkohlenbezirk, eine Essener Architektengemeinschaft (Planunion) sowie eine Gladbecker Planergruppe (Einsele) in Gemeinschaft mit der "Arbeitsgemeinschaft Gesamthochschule Westliches Ruhrgebiet e.V." trotz einiger Bedenken aus planerisch-funktionalen Erwägungen ebenfalls für ihn entschieden hatten.

Die vorgetragene Entscheidung, die vom Rat der Stadt Essen und der Landesregierung akzeptiert und durch das Gesamthochschul-Entwicklungsgesetz vom 30. Mai 1972 endgültig bestätigt wurde, beruht auf folgenden Begründungen: Im Gegensatz zu den ersten Ruhrgebiets-Universitäten Bochum und Dortmund, die "auf der grünen Wiese" im bevorzugten Süden der Städte angesiedelt wurden, sollte der Standort am nördlichen Cityrand

- vom Einzugsbereich her vor allem auf die bildungspolitisch bisher benachteiligte Arbeiterbevölkerung des nördlichen Ruhrgebietes (Emscher-Lippe-Raum) ausgerichtet sein (zugleich auch wegen der Hochschulstandorte Duisburg, Düsseldorf und Wuppertal),
- das soziale Wechselspiel von Hochschule und Stadtbevölkerung ermöglichen und fördern, insbesondere die Chance einer Integration der Erwachsenenbildung bieten,
- kostspielige "Anbindungen" ersparen, da S- und U-Bahn-Anschlüsse mit geringerem Aufwand als bei den bestehenden Hochschulen realisierbar sind und das Versorgungs- und Dienstleistungsangebot der Essener City direkt genutzt werden kann.

Für die Stadt Essen ergibt sich insofern ein weiterer Vorteil, als der Stadtteil Segeroth ein im Kriege fast völlig zerstörtes und wenig attraktives, sanierungsbedürftiges Areal darstellte, das durch den Hochschulbau einen entscheidenden Wertewandel erfuhr. Das nur 40 ha große Gelände, das im Gegensatz zu tradierten Auffassungen als hinreichend groß für den Hochschulbedarf angesehen wurde, befand sich bereits überwiegend in städtischem

Besitz, so daß schon im Sommer 1972 mit dem Bau begonnen werden konnte. Bis auf das Klinikum, an dessen Verlagerung nicht gedacht ist,⁷⁷⁾ wird langfristig eine Konzentration aller überfüllten Einrichtungen im Segeroth unter Aufgabe bisheriger Gebäude angestrebt.

Die Stadt Essen errichtete innerhalb ihres Amtes für Stadtentwicklung im Frühjahr 1971 ein eigenes Hochschulamt und berief aus dem Kreis des Sachverständigenbeirats eine Hochschulberatergruppe aus fünf Personen.⁷⁸⁾ Mit der Bauplanung für alle Gesamthochschulen beauftragte das Land Nordrhein-Westfalen die Zentrale Planungsstelle für die Rationalisierung von Landesbauten (ZPL) in Aachen, für die integrierte Gesamthochschule (IGH) Essen ist die Außenstelle in Münster zuständig.⁷⁹⁾ Die ZPL "hat Richtlinien und Richtwerte für die Elementierung, Normierung und Typisierung von Hochschulen des Landes zu entwickeln, sich bei Typenbauten in die Planung (Entwurfs- und Ausführungsplanung) einzuschalten, Bauleistungen bei elementierten und normierten Bauten zentral auszuschreiben und zu vergeben, insbesondere aber die neuen Gesamthochschulen Duisburg, Essen, Paderborn, Siegen und Wuppertal zu bauen" (J. MARBACH 1974, S. 87). Nach dem Aktionsprogramm Hochschulbau 1975/80 des Landes

77) Es wird im Gegenteil im Umkreis seines Standortes in Holsterhausen durch neuere Gebäude vergrößert. Nach Fertigstellung der sog. Institutsgruppe I (Theoretische Medizin, vorklinische Ausbildung) an der Hufelandstraße (1976) und des geplanten Operativen Zentrums wird eine engere Verflechtung zwischen Naturwissenschaften und Medizin bestehen.

78) Freundliche mündliche Mitteilung von Frau Dr. GERBERDING-WIESE, Stadtplanungsamt Essen.

79) Aus dem früheren Staatshochbauamt Münster II ging 1971 die Zentrale Planungsstelle für Hochschulbau (ZPH) des Landes Nordrhein-Westfalen hervor. Diese wurde - nach Auflösung der Bezirksregierung Aachen - 1972 nach dort verlagert und in Zentrale Planungsstelle für die Rationalisierung von Landesbauten (ZPL) umbenannt; Außenstellen existieren in Münster und Duisburg. Die Hochschulbauplanung für Essen, Wuppertal und Paderborn wird von Münster aus, für Siegen und Duisburg von Aachen durchgeführt.

Nordrhein-Westfalen, das mit dem Hochschulbaurahmenplan des Bundes abgestimmt ist, bedeutet dies die Schaffung von etwa 36.000 neuen Studienplätzen innerhalb von fünf Jahren, ein in der Tat "ungewöhnlich diffiziles Planungsprogramm für die Lösung von Zeit-, Kapazitäts-, Organisations- und Qualitätsproblemen" (B. DIRKSMEIER 1974, S. 42), das nur durch Rationalisierung und Standardisierung zu lösen ist. "Bei der Planung der neuen Gesamthochschulen wurde ein neues Verfahren durchgeführt, das die Programm- und Nutzungsplanung einerseits und die Bauleit- und Bauplanung andererseits weitgehend unabhängig voneinander ablaufen läßt und damit eine erhebliche Abkürzung der Planungszeiten ermöglicht. So konnte die Baustruktur mit ihren Festlegungen für die Bauleitplanung geschaffen werden, obwohl die Nutzer bei Planungsbeginn noch nicht vollständig vorhanden waren; die Senate der Hochschulen wurden erst im August gegründet. Auch die Studiengänge lagen noch nicht abschließend fest" (B. DIRKSMEIER 1974, S. 44). Baugenehmigungsbehörde bleiben die Städte, die auch Dispense gegenüber dem Bundesbaugesetz zu verantworten haben. In Essen wurde als erstem IGH-Standort durch Beschluß des Rates der Stadt vom 15.12.1971 für den Bereich der Stadtteile Altstadt-Nord/Altessen-Süd der Flächennutzungsplan geändert und mit Schreiben der Landesbaubehörde Ruhr vom 26.7.1972 genehmigt sowie am 22.3.1972 ein erster Bebauungsplan (20/71, IGH, Teilbereich I) vom Rat der Stadt verabschiedet. Das für die Errichtung der Hochschule notwendige Gelände wurde als Sonderbaugelände dargestellt.⁸⁰⁾ Bevor die Landesregierung dem Standortvorschlag der Stadt folgte und Stadt und Land einen gemeinsamen Baustab bilden konnten, der für die Einpassung des Bebauungsplanes in das städtebauliche Rahmenkonzept verantwortlich ist, legte das Stadtplanungsamt Studien zur Entwicklung des Gebietes City-Nord einschließlich von Vorschlägen zur

80) Nach Unterlagen des Planungsamtes der Stadt Essen. - Da Teile dieser Fläche in einer Verbandsgrünfläche liegen, mußte ihre Löschung im Verbandsverzeichnis des Siedlungsverbandes Ruhrkohlenbezirk beantragt werden.

baulichen Integration der Hochschule vor (Stadt Essen 1972 und 1973).

Neben dem Gründungsrektorat und dem Gründungssenat wurde für die Gesamthochschule Essen auch ein Kuratorium als Organ errichtet, dessen Aufgaben in der Vorläufigen Grundordnung vom 31.7.1972 in der Fassung vom 28.2.1974 festgelegt sind. Dabei hat das Kuratorium, dessen Vorsitz der Essener Oberbürgermeister führt und dem außerdem der Oberstadtdirektor, Rektor und Kanzler, Mitglieder des Gründungs senates, Dezernenten und Ratsmitglieder der Stadt Essen sowie ein Mülheimer Ratsherr angehören, sich für die Interessen der Gesamthochschule in der Öffentlichkeit, vor allem im Bereich der Stadt und ihrer Region, einzusetzen. Es tagt in der Regel zweimal jährlich.

Da der gesetzliche Auftrag der Gesamthochschule darin besteht, Aufgaben der Wissenschaftlichen Hochschulen (Universität, Pädagogische Hochschule) und der Fachhochschulen mit dem Ziel der Integration zu vereinigen, waren bevorzugt integrierte Studiengänge anzubieten.⁸¹⁾ Ziel der Neuordnung sollte es sein, daß die bisher praxisbezogenen Fachhochschulstudiengänge stärker wissenschaftlich durchdrungen werden sollten, während die wissenschaftlichen Studiengänge einen stärkeren Praxisbezug zu erhalten hatten. Verschiedene Ausbildungsziele innerhalb getrennter Hochschuleinrichtungen waren zu ersetzen durch verschiedene Ausbildungsziele innerhalb eines integrierten Studiensystems mit breiter Binnendifferenzierung, das dem Studierenden nach dem gemeinsamen Grundstudium ein differenziertes Hauptstudium mit Übergangsmöglichkeiten je nach

81) Zu den folgenden Ausführungen vgl. Universität Essen - Gesamthochschule. Personal- und Vorlesungsverzeichnis WS 1974/75, Bochum 1974, S. 11-16 und H. FRITZ 1974, S. 113-119. - Siehe auch "Studienreform erreicht erstes Etappenziel". In: Informationen aus dem Ministerium für Wissenschaft und Forschung des Landes Nordrhein-Westfalen, Nr. 6/Juli 1973, S. 2-3 und "Sechs Gesamthochschulen in NW - eine Zwischenbilanz". Ebd., Nr. 15/Dezember 1975, S. 4-6.

Für zahlreiche freundliche Auskünfte und Hinweise danke ich dem Leiter der Pressestelle der Universität Essen, Herrn Bernd DRESCHER.

den individuellen Fähigkeiten und Neigungen ermöglichen sollte.

Die Gesamthochschule Essen ist nach der vorläufigen Grundordnung in 14, ab 1975 in 15 Fachbereiche gegliedert, von denen zwei dem ehemaligen Klinikum und 5 den ehemaligen Fachhochschuleinrichtungen entsprechen, während die übrigen aus verschiedenen Institutionen zusammengesetzt sind. Schon nach einem Jahr konnten zum Winter-Semester 1973/74 integrierte Studiengänge in vier Fächern (Wirtschaftswissenschaften, Mathematik, Physik, Chemie), nach zwei Jahren in sechs Fächern (außerdem Maschinenbau und Bauingenieurwesen) angeboten werden, während verschiedene Fachhochschulstudiengänge ausliefen. Die integrierten Studiengänge ermöglichen eine differenzierte Diplomierung nach 6 oder 8 Semestern. Stufenweise wurde ein komplettes Angebot in allen Lehrerstudiengängen errichtet, die ebenfalls integriert wurden: zur Möglichkeit des Studienabschlusses für das Lehramt an Grund- und Hauptschulen, den bereits die frühere Pädagogische Hochschule anbot, traten ab Winter-Semester 1972/73 die Lehrämter an Realschulen und Gymnasien und ab Winter-Semester 1974/75 an berufsbildenden Schulen hinzu. Gemäß dem Prinzip der Durchlässigkeit der einzelnen Studiengänge können Absolventen des Grund- und Hauptschullehramtes auf Antrag in einem höheren Fachsemester für das Lehramt an Realschulen und Gymnasien zugelassen werden.

Zugangsvoraussetzungen für die Studiengänge der Gesamthochschulen sind ein Zeugnis über die allgemeine Fachhochschulreife oder ein Zeugnis über die allgemeine Hochschulreife. Damit wird Studenten unterschiedlicher Zulassungsvoraussetzungen der Zugang zur Universität eröffnet und damit für Fachhochschüler die Chancengleichheit wesentlich erhöht. Allerdings müssen in Essen die Nicht-Abiturienten bis zur Zwischenprüfung mehrwöchige sog. Brückenkurse absolvieren, die in der Regel in den Semesterferien als Kompaktveranstaltungen angeboten werden. Diese sehr kritisierten Veranstaltungen, die "Fachschulabgänger als Studenten niedriger Klasse diskriminieren" (H. FRITZ 1974, S. 117), sollen "Studienanfängern einen Überblick über erforderliche Vorkenntnisse (zu) vermitteln und einen Ausgleich unterschied-

licher Vorbildung (zu) ermöglichen" (Vorlesungsverzeichnis Winter-Semester 1974/75, S. 12). J. HITPASS hat bei Studienerfolgsüberprüfungen von Essener Studierenden (Immatrikulationsjahrgänge 1974/75 und 1975/76) festgestellt, daß sich die Teilnahme an an Brückenkursen "nicht belangvoll positiv oder negativ auswirkt" (1979, S. III) und daß sich zwischen Abiturienten und Nicht-Abiturienten, die in integrierten Studiengängen studieren, bezüglich Studienerfolg oder Studienabbruch keine signifikanten Unterschiede zeigen.^{B2)}

Als schweres Handicap für die angestrebte Integration erwies sich anfangs die Tatsache, daß die Gesamthochschule Essen nicht weniger als acht verschiedene Standorte zählte, die teilweise beträchtlich voneinander entfernt lagen (vgl. Vorlesungsverzeichnis Winter-Semester 1974/75, S. 398-399). Berücksichtigt man, daß darüber hinaus Bibliotheksdependancen bestanden und Prüfungsämter, Studentengemeinden, Studentenwohnheime und Mensa nicht auf der Hauptbaufläche lagen, so wird erst recht deutlich, wie dezentralisiert, z.T. in Provisorien untergebracht und über das ganze Stadtgebiet verteilt die Essener Gesamthochschule anfangs war. "Wer kein Auto hat, ist verloren" (H. FRITZ 1974, S. 114) - so jedenfalls nach Auffassung vieler Studenten. Es verwundert nicht, daß die Eigenmotorisierung sehr hoch ist - ein Problem, das für die weiteren Baubewilligungen zu ernsthaften Auseinandersetzungen führte. Ein beim Aufbau- und Verfügungszentrum eingerichteter Tramperbahnhof wurde mangels Zuspruch jedoch wieder aufgelassen, eine regelmäßige hochschuleigene Autobuslinie gemäß dem Ergebnis einer Umfrage als nicht notwendig angesehen, auch nicht zwischen Hauptbaufläche und ehemaliger Pädagogischer Hochschule.

Drei der entfernteren Standorte sind inzwi-

82) Vgl. auch: Die Chance genutzt. In: Essener Hochschuljournal, Nr. 5, Februar 1978, S. 1-3. - Die Brückenkurse, an denen 85% der Nicht-Abiturienten, aber auch 60% der Abiturienten mehr oder weniger regelmäßig teilnehmen, umfassen z.B. in den Fächern Mathematik, Deutsch und Englisch 300 zusätzliche Stunden.

schen aufgegeben worden, und ab Wintersemester 1979/80 wird mit dem Umzug des Fachbereichs "Kunsterziehung-Gestaltung" aus der Folkwang-Hochschule in der Abtei Werden (Entfernung Luftlinie 8,5 km) auf die Hauptbaufläche eine weitere Konzentration eintreten. Neben dem eigentlichen Hochschulgelände und der fußläufig erreichbaren früheren Ingenieurschule für Maschinenbau an der Schützenbahn (östliche Stadtkerntangente) sind als weitere Hochschulgelände das Klinikum an der Hufelandstraße in Holsterhausen südwestlich des Stadtkerns (nördlich der Gruga) sowie die frühere Pädagogische Hochschule an der Henri-Dunant-Straße in Rüttenscheid zu nennen, die beide ca. 3,5 km Luftlinie entfernt liegen. Nach Abtretung auch des letzten Gebäudes (Zeitpunkt noch unklar) wird die Universität im wesentlichen auf zwei große Standorte verteilt sein.⁸³⁾

Angesichts des bereits erwähnten starken Anstiegs der Studentenzahlen der Universität Essen-Gesamthochschule war die Errichtung weiterer Bauten auf dem Stammgelände von besonderer Dringlichkeit. Noch im Sommer 1972 wurde mit Planungs- und Erschließungsaufgaben, im Oktober 1972 mit Bauarbeiten auf der 16 ha großen Kernfläche des Hochschulgeländes in Essen-Segeroth begonnen. Nach 15monatiger Bauzeit konnte am 15. Februar 1974 mit dem Aufbau- und Verfügungszentrum (AVZ) der Essener Gesamthochschule das erste "richtige" Universitätsgebäude übergeben werden, das nach dem tödlich verunglückten früheren Essener Hochschuldezenten und Bildungspolitiker Jochen Bargmann "Bargmann-Haus" benannt wurde. Dieses als Kristallisationskern gedachte Gebäude, dem die Baustufen 1975 und 1980 folgen sollten (vgl. B. DIRKSMEIER, K. SCHLIEBE, A. SCHOLZ und H. SCHULTHEIS 1974), umfaßt rd. 15.000 qm Hauptnutzfläche (HNF) und bietet etwa 2.000 Studenten und Bediensteten Platz. Das Essener AVZ wurde zwar zwei Monate nach den gleichartigen Gebäuden der anderen nordrhein-westfälischen

Gesamthochschulen fertig, ist aber zugleich mit Abstand das größte.⁸⁴⁾

Der Baustufe 1975 genannte zweite Bauabschnitt wurde mit Verzögerung - nach Paderborn, Siegen und Wuppertal, aber noch vor Duisburg - im Juni 1974 vergeben und im September 1974 begonnen; er konnte im Juni 1977 übergeben werden. In Essen waren damit weitere 83.000 qm HNF für insgesamt 8.700 Studienplätze verfügbar.⁸⁵⁾ Die Ursache für den verspäteten Start zur zweiten Baustufe lag in einem Streit über den Parkraumbedarf zwischen Stadt und Land. Während der Finanzminister aus Kostengründen unter Hinweis auf die Cityrandlage und die Möglichkeit der Benutzung von öffentlichen Nahverkehrsmitteln nur einen Abstellplatz auf vier Studenten bewilligen wollte, bestand die Stadt Essen darauf, daß für zwei Studenten ein Parkplatz verfügbar sein müsse, da sonst ein Chaos entstehe, und verweigerte die Baugenehmigung. Schließlich wurde ein Kompromiß dergestalt erzielt, daß die Stadt zwar weiterhin 4.000 Parkplätze forderte und das Land nur einen für vier Studienplätze errichtet, beide Seiten aber einen Stufenplan erarbeiteten, nach dem das Land mehr Abstellplätze schaffen muß, wenn es erforderlich ist.⁸⁶⁾ Die Bautätigkeit am Hauptkomplex der Universität ließ hier - trotz des U-Bahn-Baus im Stadtgebiet - "Essens größte Baustelle" und zugleich eine der größten der Bundesrepublik entstehen.⁸⁷⁾ Das nach einem Jahr im September 1975 pünktlich erfolgte Richtfest war jedoch bereits von Sorgen der Hochschule wie auch der Stadt begleitet, da wegen des

83) Nach freundlichen Auskünften von Herrn Bernd DRESCHER, Pressestelle der Universität Essen.

84) Die Aufbau- und Verfügungszentren aller fünf nordrhein-westfälischen Gesamthochschulen umfassen 37.000 qm Hauptnutzfläche. Vgl. Informationen aus dem Ministerium für Wissenschaft und Forschung des Landes Nordrhein-Westfalen, Nr. 9/Februar 1974, S. 7f.

85) Presse- und Informationsamt der Landesregierung Nordrhein-Westfalen, Pressemitteilung Nr. 252/6/77 vom 15.6.1977.

86) "Uni Essen: Grünes Licht". In: Informationsdienst Ruhr, hrsg. vom Siedlungsverband Ruhrkohlenbezirk, Nr. 21/74 vom 12.6.1974.

87) Vgl. "Essens größte Baustelle". In: Neue-Ruhr-Zeitung, Ausgabe Essen, vom 12.6.1974.

Konjunkturreinbruchs auch für den Hochschulbau Einschränkungen und Verzögerungen unvermeidlich waren (die Fertigstellung war ursprünglich für Juli 1976 vorgesehen). Parkplatzsorgen, die noch fehlende problematische Einbindung in die Stadt und die anfangs geplante, aber kaum noch als realisierungsfähig angesehene multifunktionale Nutzung der Hochschul-Nullebene stellen neben der Oberbelegung beträchtliche Probleme für die Entwicklung der Universität Essen dar. Im Winter-Semester 1974/75 waren bereits mehr als 80% der für das Ende der ersten Aufbauphase vorgesehenen Studienplätze belegt, obwohl - abgesehen vom medizinischen Bereich - weniger als die Hälfte der für die Baustufe 1975 verfügbaren HNF an den verschiedenen Standorten verfügbar waren.⁸⁸⁾ Zwischen 1976 und 1977 erfolgte ein schrittweiser Umzug der meisten Fachbereiche der Geistes- und Gesellschafts-

wissenschaften, der Natur- und Ingenieurwissenschaften, der Hauptmensa und der Hochschulbibliothek auf die Hauptbaufläche. Von der 40 ha großen Hochschulfläche werden als Kerngelände derzeit 16 ha genutzt. Die Universität hat auf die Nutzung einiger Teilflächen sogar inzwischen zugunsten der Stadt verzichtet.

Ein geplanter dritter Bauabschnitt (Baustufe 1980) sollte die Universität auf insgesamt 102.000 qm HNF bringen und vor allem den Bereich "Kunst" aufnehmen. Er ist - ebenso wie bei den anderen Gesamthochschulen - ersatzlos gestrichen worden. So sehr dies auch die Universität Essen betroffen hat, so war diese Entscheidung der Landesregierung für die anderen Gesamthochschulen gewichtiger, da der größere Teil des Essener Bauvolumens (ca. 80%) bereits in den beiden ersten Baustufen erstellt war.

88) gh-integrale. informationen aus der universität essen-gesamthochschule. Nr. 5/Juni 1975, S. 3 und 4.



III. Universität und Stadt – Eine Lageanalyse der Beispielhochschulen

Aufgabe dieses Kapitels soll es sein, in geraffter Darstellung die innerstädtische Situation der Beispielhochschulen zu behandeln und insbesondere Standort und Erreichbarkeit der Universitäten sowie die Wohnsituation der Bediensteten und Studenten herauszustellen. Dabei ist es nicht möglich, alle Hochschulen gleichgewichtig, geschweige denn vollständig darzustellen, da derartige Aufgaben – wie J. LEIB am Beispiel von Gießen zeigen konnte (1976) – den Umfang einer stadtgeographischen Monographie erfordern. Insbesondere sollen die räumliche Expansion der Hochschulen sowie die Probleme aufgezeigt werden, die sich daraus für die jeweilige kommunale Entwicklungsplanung der Standortgemeinde ergeben.

In Ergänzung zu den Abbildungen innerhalb des laufenden Textes mögen die im Anhang beigefügten Karten dazu beitragen, Lagebeziehungen zwischen den jeweiligen Universitäten sowie insbesondere den Innenstädten und dem Verkehrsnetz ihrer Standortgemeinden zu verdeutlichen. Es ist bedauerlich, daß die den amtlichen Stadtplänen entnommenen Ausschnitte nicht im gleichen Maßstab verfügbar waren, so daß beim Vergleich stets die Unterschiedlichkeit des Maßstabs (Münster 1:12.500, Göttingen und Konstanz 1:15.000, Köln, Essen und Bochum 1:20.000) zu beachten ist.¹⁾

Für die Mikrostandorte aller Hochschulen der Bundesrepublik Deutschland sei nochmals auf den von G. ROLLETT erarbeiteten Hochschulatlas (1977) verwiesen.

1) Bei Münster wurde nicht auf den amtlichen Stadtplan, sondern auf eine vorliegende Themakarte zurückgegriffen, die über einen längeren Zeitraum in der vorliegenden Form dem Vorlesungsverzeichnis beigefügt war (inzwischen inhaltlich reduziert auf Grundriß und Heraushebung der Gebäude mit Hochschuleinrichtungen).

1. Mikrostandort und Hochschulgelände

1.1 Köln

Auf die bauliche Situation der alten Universität Köln (1388-1797) soll an dieser Stelle nicht weiter eingegangen werden (H. KEUSSEN 1934, W.P. ECKERT 1961); hier mag der Hinweis genügen, daß die meisten der etwa zehn Kollegiengebäude der vier Fakultäten verstreut in der nördlichen Altstadt lagen.²⁾

Die 1901 eröffnete Handelshochschule als Kernzelle der neuen Universität war zunächst in der städtischen Handelsschule am Hansaring untergebracht, d.h. am Nordrande der Altstadt, jenes städtischen Kerngebietes, das seit dem 13. Jahrhundert von einer stark befestigten und erst ab 1881 niedergelegten Stadtmauer umgeben war.³⁾ Das erste eigene Gebäude der Handelshochschule Köln entstand 1904 bis 1907 bereits im ersten Erweiterungsring der Stadt, der sog. Neustadt (R. CONRAD 1955 und 1961, H. KIER 1973), die ab 1881 außerhalb der mittelalterlichen Stadtmauer angelegt wurde, nachdem das Bauverbot in nahezu zwei Dritteln des davorliegenden Rayons aufgehoben und die hier vorhandenen preußischen Forts abgebrochen worden waren.

Die Gebäude der Neustadt wurden meist in einem dem Repräsentativen stark verpflichteten Gründerzeitstil errichtet. Dies galt auch für das Bauwerk der Handelshochschule

2) Der Kanzler der Universität zu Köln – Das Staatshochbauamt für die Universität: Zielplanung I. Hrsg. vom Staatshochbauamt für die Universität zu Köln. Stand Dezember 1967. O.O., o.J. (Köln 1968), S. 6-7 (im folgenden abgekürzt Zielplanung I).

3) Von den damals dem preußischen Staat gehörigen Festungsanlagen sind Teile der Stadtmauer sowie einige Stadttore und -türme noch erhalten (von Nord nach Süd: Eigelsteintor, Gereonsmühle, Hahnentor, Ulrepforte, Severinstor und Bayenturm). Die heutige Ringstraße ist 6 km lang und folgt der hochmittelalterlichen Stadtumwallung.

einschließlich des 1906 angeschlossenen Handelsmuseums, das im Süden der Neustadt unweit des Rheins zwischen Claudiusstraße und Agrippinaufer am Römerpark entstand (vgl. Karte 2). Das dreiflügelige Gebäude nahm später auch die Hochschule für kommunale und soziale Verwaltung und ab 1919 die wiederbegründete Kölner Universität auf; es wird noch heute als Alte Universität bezeichnet (vgl. H. KIER 1973, S. 92, W.P. ECKERT 1969, Abbildung nach S. 160 und W. KATNER 1969f., S. 104f. und S. 87). In räumlicher Nachbarschaft existierten damals und z.T. noch heute eine Anzahl Schulen und Fachschulen (Maschinenbau-, Kunstgewerbeschule) sowie das Rautenstrauch-Joest-Museum für Völkerkunde, so daß R. CONRAD von einer kulturellen Rolle dieses Stadtteils spricht (1955, S. 238), den er im übrigen als "herrschaftliches Viertel um den Römerpark" bezeichnet (Ebd., S. 236). E. UTECHT charakterisiert die Kölner Neustadt allgemein als Wohnbereich des Mittelstandes, weist jedoch für den Umkreis der Universität auf den hohen Anteil von mittleren und höheren Beamten, Prokuristen, Direktoren, Fabrikanten, ehemaligen Offizieren, Ärzten und Rechtsanwälten hin (1929, S. 72f.).⁴⁾ Nach dem Zweiten Weltkrieg beherbergte die teilweise zerstörte Alte Universität verschiedene Hoch- und Fachschulen und bis 1968 in einem Seitenflügel einige Lehrstühle der Physikalischen Institute der Universität Köln (R. CONRAD 1955, S. 238, W. KATNER 1969, S. 86f.), diente aber überwiegend als Verwaltungsgebäude der Deutschen Lufthansa und wird heute von der Fachhochschule Köln genutzt. Der durch die starke Studentenentwicklung bedingte Aufschwung der Universität Köln führte bereits Anfang der 20er Jahre zu wachsender Raumnot und zur Auslagerung einzelner Universitätsinstitute (K. DOWELL 1976, S. 187ff.), so daß Kölns damaliger Oberbürgermeister Konrad Adenauer spätestens 1926 Pläne für ein neues Universitäts-Hauptgebäude entwickelte. Sie wurden nach

4) Der Charakter des Viertels ist jedoch nach dem Zweiten Weltkrieg durch soziale Umschichtungen stark verändert worden, da seitdem untere Angestellte, Handwerker und Arbeiter vorherrschen (R. CONRAD 1955, S. 238f.).

langen Auseinandersetzungen um die bauliche Gesamtsituation aller Kölner Bildungs- und Wissenschaftseinrichtungen 1929 von der Stadtverordnetenversammlung endgültig gebilligt und in den Jahren 1929 bis 1934 ausgeführt.⁵⁾

Mit dem Winter-Semester 1934/35 siedelte die Universität in den seinerzeit als monumental und großzügig empfundenen Neubau über (vgl. W. KATNER 1969, S. 167-169), der östlich der um die sog. Lindenburg herum entstandenen Universitäts-Kliniken zwischen Bachemer und Kerpener Straße errichtet worden war. Der topographische Standort des Universitäts-Hauptgebäudes (vgl. Karte 2) liegt am Außenrand des ehemaligen, heute durch Innere Kanalstraße und Universitätsstraße begrenzten Festungsrayons, der als breiter Grüngürtel ausgeprägt ist; er lehnt sich an den 1888 zusammen mit anderen Vororten nach Köln eingemeindeten Ortsteil Lindenthal an, der ein innenstadtnahes Vorzugswohngebiet darstellt. Die Luftlinienentfernung zum Dom und Hauptbahnhof beträgt rd. 2,5 km. Südlich der Universität schließt der Stadtteil Sülz an, ein mit Kleingewerbe durchsetztes, z.T. sanierungsbedürftiges Wohngebiet.

Mit der Errichtung der Neuen Universität anstelle einer als Alternative geprüften Erweiterung des alten Hochschulgebäudes sollte zunächst einmal eine die Raumnot behebbende Lösung gefunden werden, die der Bedeutung und Ausdehnung der Kölner Universität Rechnung trug. Neben der Verfügbarkeit eines Grundstückes im damaligen Umlageungsgebiet war die unmittelbare Nachbarschaft zu den Kliniken und medizinisch-wissenschaftlichen Instituten in Lindenthal von großer Bedeutung. Schließlich wurde auch an Raumreserven für eventuelle spätere Ausbauten gedacht (K. DOWELL 1976, S. 187f.).

5) Die SPD-Fraktion lehnte - trotz eines Vermittlungsversuchs ihres Fraktionsangehörigen, des Wirtschaftshistorikers und -geographen Bruno Kuske (Rektor der Universität Köln 1931/32) - das Neubauprojekt seinerzeit ab, weil die Stadtverwaltung Köln nicht gleichzeitig bindende Zusagen für Errichtung und Erneuerung von Volksschulbauten vorgelegt hatte (K. DOWELL 1976, S. 189f.).

Der Bombenkrieg fügte der Universität, insbesondere den Kliniken, schwere Schäden zu; gleichwohl entstanden bereits Ende der 40er Jahre mit den sehr stark wachsenden Studentenzahlen (Zielplanung I 1968, S. 8) Zielvorstellungen für einen umfassenden Ausbau der gesamten Kölner Hochschuleinrichtungen.

"Die Universität steht am inneren Grüngürtel ... und wächst allmählich in den Vorort Lindenthal hinein, denn sie wird, wie alle Hochschulen heute, später selbst fast die Größe einer Stadt einnehmen. Sie wird sich als Keil nach Westen verschieben, das Krankenhaus Lindenburg sich einverleiben und dann - so hoffen wir - am Decksteiner See einen zweiten Kopf in Gestalt der Hochschule für Leibesübungen bilden. So wird ihr Raum zwischen den beiden Polen der geistigen und leiblichen Bildung verspannt sein. Lindenthal bekommt so einen hochstädtischen Dienst. Aber das Gelände in Lindenthal wird für die Universität nicht ausreichen. Man wird es zwischen Eisenbahn und Kanalstraße nach Süden ziehen und außerdem über den Bahndamm hinweg in den südlichen Teil der Innenstadt einwachsen lassen ..." ("Das neue Köln" 1950, S. 49). Aber gar so leicht war und ist dieser kühne Vorentwurf aus dem Jahre 1950 nicht zu realisieren.

Zunächst entstand als erster Erweiterungsbau Ende der 50er Jahre das achtgeschossige Hochhaus der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät unmittelbar nördlich des Hauptgebäudes (1956-1959), das aber auch nur vorübergehende Entlastung brachte. In der Folgezeit bereitete das Staatshochbauamt für die Universität Köln, das gleichzeitig auch für die beiden Abteilungen der Pädagogischen Hochschule und für die Deutsche Sporthochschule⁶⁾ zuständig ist, umfassende Zielpla-

6) Die Hochschulkomplexe der Pädagogischen Hochschule Rheinland, Abteilung Köln und Abteilung Heilpädagogik (im WS 1978/79 rd. 3.900 und 2.500 Studierende) liegen unmittelbar nördlich der Universität zwischen Dürener Straße und Klarenbachstraße am oberen Rand von Abbildung 11. Die Deutsche Sporthochschule (im WS 1978/79 knapp 2.700 Studierende) liegt rd. 4 km nordwestlich des Universitätsgeländes im Ortsteil Müngersdorf.

nungen vor, die nach den Konzepten für die neugegründeten Universitäten die ersten Hochschulzielplanungen in Nordrhein-Westfalen waren (Zielplanung I 1968, S. 2). Mit ihnen wurde angestrebt, das bisherige Universitätsgelände effektiver zu nutzen, Interessen- bzw. Erweiterungsgebiete abzustecken und die Entwicklungsplanung mit der Stadt Köln besser zu koordinieren.

Während bei den meisten Neugründungen der ersten Phase von einem Grundstücksbedarf von 200-250 ha ausgegangen wurde, verfügt die Universität Köln nur über eine Hochschulfläche von 60 ha (R. MUSSO 1968, S. 169)⁷⁾, die einen in sich geschlossenen, T-förmigen Komplex bildet (vgl. Abb. 11). Die Flächenausdehnung von Osten nach Westen beträgt zwischen Bundesbahntrasse und Lindenthalgürtel 1,5 km, die mittlere Ausdehnung des Gebietes in Nord-Süd-Richtung ca. 700 m. Es bestehen jedoch Bedenken, ob diese Flächen auch für künftige Anforderungen ausreichend sein werden.

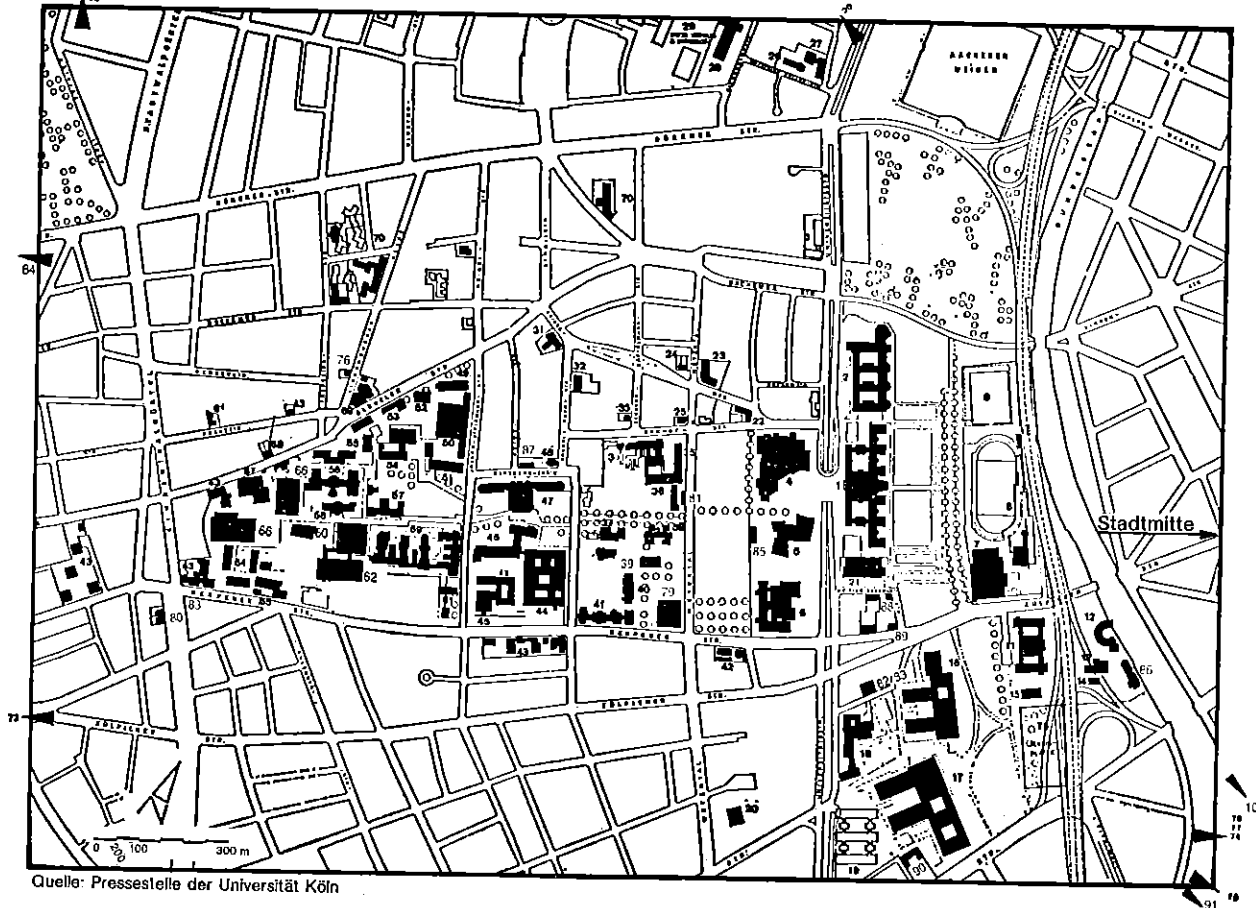
In einer ersten Zieldiskussion wurde 1959 zwischen Universität, Stadt Köln und Land Nordrhein-Westfalen die Grundlage des künftigen Universitätsneubaus angedeutet, die sich auf drei Einzelprojekte bezog und mit der 1968 verabschiedeten Zielplanung I fortgeführt wurde: Es sind das Forum mit seinen angrenzenden Gebäuden, ein neuer Naturwissenschaftlicher Zentralbereich sowie die Planung eines Großklinikums.

Gegenüber dem Hauptgebäude entstand mit der Erweiterung des Albertus-Magnus-Platzes ein neues Universitätsforum. Damit es fußläufig erreicht werden kann, wurde die Universitätsstraße 1963-1967 in eine Tunnelstraße verlegt und als vierspurige Schnellstraße ausgebaut. Im Bereich des Forums wurde zunächst ein zentrales Hörsaalgebäude errichtet (vgl. W. KATNER 1969, S. 170ff.) und anschließend nördlich davon ein großer Neubau für die Philosophische Fakultät er-

7) Hinzu kommen insgesamt 2 ha Außenbesitzungen in Brühl (landwirtschaftliche Nutzfläche), Bensberg (Erdbebenstation) und Grieterbusch/Niederrhein (Außenstation des Zoologischen Instituts) sowie 35 angemietete Objekte, darunter auch die Burg Wahn im Ortsteil Porz (Theaterwissenschaftliches Museum).

Abb. 11

Situationsplan der Kölner Universitätsgebäude (Stand Mai 1979)



Quelle: Pressestelle der Universität Köln

- | | | | |
|---|---|--|--|
| 1 Universitätshauptgebäude | 27 Institut für Internationae Rechtsgebiete | 50 Anatomisches Institut | 77 Französisches Institut (Sachsenring 77) |
| 2 WISO-Gebäude | 28 Psychologisches Institut I und II | 51 Augenklinik | 78 Wissenschaftsrat (Godesberger Straße 10) |
| 3 WISO-Erweiterungsbau (geplant) | 29 Pädagogische Hochschule Rheinland | 52 Apotheke | 79 Institute für Versicherungswissenschaft |
| 4 Philosophikum | 30 Institut für Rechtsmedizin | 53 Pestalozzi-Station | Archäologisches Institut |
| 5 Hörsaalgebäude | 31 Seminar für Osteuropäische Geschichte | 54 Hals-Nasen-Ohrenklinik | Abt. Architektur des Kunsthistorischen Instituts |
| 6 Universitäts- und Stadtbibliothek | 32 Staatshochbauamt für die Universität | 55 Unruhigenpavillon | 80 Institut für Niederländische Philologie |
| 7 Zentralmensa | 33 Betriebsarzt | 56 Nervenklinik und Neurochirurgische Klinik | 81 Institut für Arbeits- und Wirtschaftsrecht |
| 8 Sporthallen und Sportplatz | 34 Institute für Botanik und Entwicklungsphysiologie | 57 Kinderklinik | 82 Akademisches Auslandsamt |
| 9 Fußballplatz | 35 Zoologisches Institut | 58 Pathologisches Institut | 83 Forschungsinstitut für Einkommenspolitik und soziale Sicherung |
| 10 Erdbebenstation Bensberg | 36 Genetisches Institut | 59 Chirurgische Kliniken | 84 Staatliches Studienkolleg |
| 11 Geo-Institute/Mineralogie | 37 Experimentelle Chirurgie | 60 LFI-Gebäude (Med. Dekanat, Rechenzentrum) | 85 Biologie für Mediziner |
| 12 Rundbau | 38 Kindertagesstätte | 61 Verwaltung | 86 Geographisches Institut |
| 13 Biochemie | 39 Rechenzentrum (Leitung, Basis-Software, Planung, Bibliothek, Verwaltung) | 62 Zentralklinikum | 87 Bauleitung StHBA |
| 14 Technikum | 40 Plastische Chirurgie | 63 Hautklinik | 88 Institute für Afrikanistik, Ägyptologie und Sprachwissenschaft |
| 15 Kernchemie | 41 Zahnklinik | 64 Infektionshäuser | 89 Martin Buber Institut, Psychologisches Institut I, Lehrstuhl Prof. Angermeier |
| 16 Physikalische Institute | 42 Institut für Geophysik | 65 Institut für Nuklearmedizin | 90 Institute für Phonetik und Soziologie |
| 17 Chemische Institute | 43 Schwestern- und Personalunterkünfte | 66 Versorgungszentrum, Werkstattgebäude | 91 Bootshaus Rodenkirchen |
| 18 Studienhaus, Förderungsabteilung ASTA, „Deutsch als Fremdsprache“ | 44 Frauenklinik | 67 Fernheizwerk | |
| 19 Verfügungszentrum geplant | 45 Klinikkirche | 68 Fernsprechzentrale | |
| 20 Rechenzentrum (Beratung, Anwendungs-Software, Job-Annahme und Ausgabe) | 46 Orthopädische Klinik | 69 Rehabilitationszentrum | |
| 21 Parkgebäude | 47 Medizinisch-Theoretische Institute | 70 Studentenwohnheime | |
| 22 Kunsthistorisches Institut | 48 Wirtschaftspolitisches Seminar | 71 Gästehäuser | |
| 23 Mathematisches Institut | 49 Pharmakologisches Institut | 72 Hygiene-Institut | |
| 24 Slavisches Institut | | 73 Hygiene-Institut II | |
| 25 Institut für Ur- und Frühgeschichte | | 74 Institut für Biochemie (Bottmühle) | |
| 26 Institut für Politische Wissenschaften | | 75 Tennisplätze | |
| | | 76 Forschungsinstitut für Soziologie | |

Dieser Plan enthält nur diejenigen Institute, die sich in universitätseligen Gebäuden befinden

stellt (rd. 4.000 Studienplätze). Südlich des Hörsaalgebäudes schließt das 1967 vollendete neuerrichtete Hauptgebäude der Universitäts- und Stadtbibliothek an (Ecke Universitätsstraße/Kerpener Straße), in der auch das Hochschulbibliothekszentrum (ehemals Zentralkatalog) des Landes Nordrhein-Westfalen und das Bibliothekar-Lehrinstitut des Landes Nordrhein-Westfalen untergebracht sind.⁸⁾ Hörsaalbau und Bibliothek sind durch Anlagen und Wasserspiele miteinander verbunden und werden durch Pflastermuster im Bereich des Forums ergänzt, wodurch insgesamt eine mannigfaltige Gestaltung gegeben ist (vgl. Staatshochbauverwaltung des Landes Nordrhein-Westfalen 1968).

Kern des Ausbaus der Medizinischen Fakultät, die durch Kliniken und Schwesternhäuser erweitert wurde, ist der Zentralbau der Universitätskliniken (1969-1973). Aus Wirtschaftlichkeitsgründen wurden in einem Gebäudekomplex die klinischen Disziplinen Innere Medizin, Chirurgie, Dermatologie und Radiologie zusammengefaßt; der Zentralbau ist jedoch in die Baukörper Bettenhaus (mit 1.125 Betten), Behandlungsbau I und II und Gebäude für Lehre, Forschung und Information (LFI) gegliedert, die durch ihre Lage zueinander und durch technische Kommunikationsmittel eng verbunden sind. Als Fremdkörper innerhalb des Klinikenviertels liegt das Fernheizwerk für die gesamte Universität.

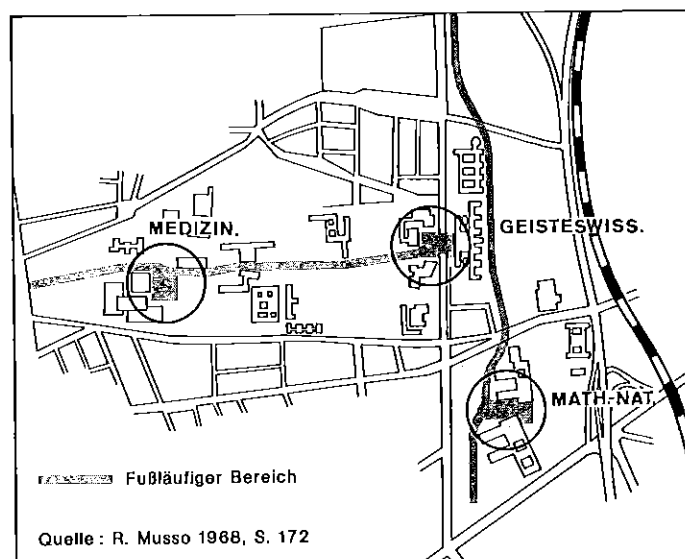
Dritter Entwicklungsschwerpunkt sind die Neubauten der Mathematisch-Naturwissenschaftlichen Fakultät südöstlich des Hauptgebäudes im Bereich der Zülpicher Straße. Die bislang verstreuten Institute wurden in großzügiger Weise in mehreren Baukomplexen (Geowissenschaften, Biologie, Physik, Chemie) im Gebiet zwischen der Zülpicher und Luxemburger Straße zusammengefaßt; Neubauten für Mathematische Institute und ein Rechenzentrum werden zur Abrundung beitragen. Einige Altbauten sollen noch abgetragen und statt dessen Grünanlagen und Parkplätze geschaffen werden.

8) Nicht im Bibliothekshauptgebäude untergebracht ist die Medizinische Abteilung, die ihren Standort im Bereich der Kliniken hat.

Somit sind insgesamt drei verschiedene Fakultätsbereiche entstanden, unter denen der geisteswissenschaftliche eine zentrale Stellung innerhalb der Universität einnimmt (siehe Abb. 12).

Abb. 12

Zentren der Geisteswissenschaftlichen Fakultäten sowie der Medizinischen und Mathematisch-Naturwissenschaftlichen Fakultät der Universität Köln



In diesem Zusammenhang ist noch von Bedeutung, daß zwischen Geistes- und Naturwissenschaftlichem Zentrum innerhalb des Grüngürtels an der Zülpicher Straße 1971-1974 eine neue Zentralmensa für die Universität Köln gebaut wurde. Sie verfügt über 2.900 Plätze, kann täglich 12.800 Mahlzeiten bereitstellen und entspricht in ihrem Flächenprogramm den Aufbau- und Verfügungscentren der Gesamthochschulen Duisburg und Paderborn.⁹⁾

Die Universität hat in unmittelbarer Nachbarschaft ihrer bisherigen Gebäude vorsorglich 20 ha als Interessengebiete ausgewiesen, die durch Aufkauf freizusetzender Gebäude eine Ausweitung einzelner Bereiche ermöglichen sollen. Diese Wünsche sind aber

9) Vgl. F. WEILER 1968/69 und Presse- und Informationsamt der Landesregierung Nordrhein-Westfalen: Pressemitteilung Nr. 497/9/72 vom 7.9.1972. Die alte Mensa im Studentenhaus mit 1.200 Plätzen war längst zu klein geworden.

bisher an Einsprüchen des Finanzministers gescheitert. Das Land besitzt als Hochschulreservegebiet lediglich noch kleinere Parzellen im 1975 eingemeindeten Ortsteil Lövenich westlich des Autobahnringes, die als Sonderbaugebiete ausgewiesen sind. "Sonderbaugebiet für Hochschulen" ist auch das eigentliche Universitätsgelände, das bis 1964 "reines Wohngebiet" im Sinne des Baurechts war und praktisch nur zweigeschossig bebaut werden durfte, sofern nicht - wie bei der Universität zumeist - Dispense erteilt wurden (R. MUSSO 1968, S. 170). Bereits 1969 liefen Vorplanungen für den weiteren Ausbau der Medizinischen Fakultät an, die mit der Vorlage einer Zielplanung II einen gewissen Abschluß erreichten und zusätzliche Einrichtungen unterschiedlicher Art vorsehen.¹⁰⁾ Diese sollen, sofern nicht eine überdimensionale Ausdehnung notwendig wird, bei konzentrierter Anordnung sämtlich auf dem vorhandenen Gelände der Lindenburg entstehen. Eine Zielplanung III für den Sportbereich sah schließlich im Verlauf des inneren Grüngürtels ein Freizeitsportgelände vor, innerhalb dessen ein Hartplatz, Sporthallen und Tennisplätze entstanden sind; wegen des möglichen Baus einer Stadtautobahn, die parallel zur Eisenbahnlinie Köln-Bonn den Grüngürtel durchziehen müßte, sind künftig Zielkonflikte bei der weiteren Planung nicht ausgeschlossen.

Unabhängig von diesen Planungen hat das Staatshochbauamt für die Universität Köln 1972 Gedanken für einen Ausbau der Deutschen Sporthochschule Köln im Ortsteil Müngersdorf vorgelegt.¹¹⁾ Obschon zwischen der rechtsrheinisch gelegenen Fachhochschule sowie Universität, Pädagogischer Hochschule und Sporthochschule eine theoretische Achse konstruiert wird (Zielplanung, Einleitung), wird die bereits ange-

deutete Möglichkeit, daß Universität und Sporthochschule aufeinander zuwachsen könnten, nicht mehr angesprochen.

Abschließend sei nochmals die städtebauliche Situation der Universität Köln diskutiert, die m.E. inzwischen als stadtintegrierte Campushochschule anzusprechen ist, für das Staatshochbauamt aber als Stadtuniversität gilt. Die Lagequalität wird jedoch deutlich eingeschränkt. "Obwohl das Universitätsgelände nach Osten hin unmittelbar an den Stadtkern anschließt und eine enge Verbindung mit den umliegenden Wohngebieten gegeben ist, scheint eine Integration in die Stadt heute noch nicht zu bestehen. Verschiedene Gründe können für diesen Sachverhalt ausschlaggebend sein ... Aus der städtebaulichen Situation der Universität kann man einen möglichen Grund für ihre Isolierung ableiten. Die Bahnkörper der Bundesbahn - hinzu kommen später die Schnellbahntrasse und die Stadtautobahn - sowie der Grüngürtel in der gegenwärtigen Form bilden ein optisches, bauliches und verkehrstechnisches Hindernis zur Innenstadt. Vorschläge, diesen Querriegel der Verkehrsanlagen, der heute nur durch zwei enge und unansehnliche Unterführungen durchbrochen wird, aufzulockern und zu verbreitern, sollten in Zusammenarbeit mit der Stadtplanung entwickelt werden" (R. MUSSO 1968, S. 169).

Es bleibt abzuwarten, ob diese Lagequalität durch stadtplanerische Maßnahmen verbessert werden kann oder ob der diskutierte Bau der Stadtautobahn die Abtrennung noch verstärken wird.

1.2 Göttingen

Die Georg-August-Universität Göttingen ist bis ca. 1960 als Stadtuniversität zu charakterisieren, deren Gebäude bis auf wenige Ausnahmen und das alte Klinikenviertel verstreut innerhalb der Wälle lagen oder außerhalb der ehemaligen Festungsanlagen in deren Vorfeld errichtet worden waren. So lagen z.B. außerhalb der ehemaligen Umwallung

10) Der Kanzler der Universität zu Köln - Das Staatshochbauamt für die Universität - E. HEINLE, R. WISCHER und Partner: Universität zu Köln. Zielplanung II 1972. O.O., o.J. (Köln 1972).

11) Das Staatshochbauamt für die Universität Köln: Deutsche Sporthochschule Köln. Zielplanung. O.O., o.J. (Köln 1972).

- im Norden der Botanische Garten (seit 1736 unter Leitung Albrecht von Hallers angelegt, seit 1792 auch außerhalb des Wallles) und das 1862-1865 im Rundbogenstil errichtete Auditorium,
- im Westen südlich des Hauptbahnhofs das Tierärztliche Institut (1816) sowie das Zoologische Institut und Zoologische Museum (1877) an der Berliner Straße (sie schließen jedoch an andere naturwissenschaftliche Institute und Kliniken an der äußeren Peripherie der Innenstadt an),
- im Süden die 1803-1806 errichtete und als Arbeitsstätte von Carl-Friedrich Gauß bekannt gewordene Sternwarte sowie verschiedene naturwissenschaftliche Institute beiderseits des Leinekanals, auf die noch einzugehen ist.

Ein frühes Erweiterungsgebiet stellten die 1887-1891 nordöstlich der Altstadt im Stile des Historismus errichteten alten Kliniken zwischen Goßlerstraße und Humboldtallee dar, an die sich auch Krankenhäuser in privater Trägerschaft (z.B. Stift Neu-Bethlehem und Krankenhaus Neu-Maria-Hilf) anlehnten (vgl. K. HAUBNER 1964 und 1965).

Im wesentlichen war die Hochschule aber in fast 225jähriger Tradition eingebunden in die Entwicklung des mittelalterlich engen und zugleich wirtschaftlich belebten Stadtzentrums. Dem Zuwachs an Studenten und Personal wurde möglichst durch Erweiterungen an den jeweiligen Institutsstandorten entsprochen.

Als Gebäude mit besonderer Bedeutung für die Universitätsentwicklung seien Bibliothek und Aula besonders herausgestellt. Der vielgestaltige, mehrfach erweiterte Komplex der Niedersächsischen Staats- und Universitätsbibliothek - an der Prinzenstraße im Westen der Altstadt gelegen - stammt mit seinem heutigen Hauptgebäude erst von 1879/83, schließt aber die 1331 eingeweihte geschichtsträchtige Paulinerkirche ein. In ihr fand 1737 die feierliche Inanguration der Georgia Augusta statt; im 19. Jahrhundert wurde sie, mit einer Zwischendecke versehen, in die Universitätsbibliothek einbezogen und be-

herbergt heute den Niedersächsischen Zentralkatalog.¹²⁾ Anlässlich der Hundertjahrfeier der Universität wurde durch König Wilhelm IV von Großbritannien und Hannover ein neues Aulagebäude (1835-1837) gestiftet, das im klassizistischen Stil am neuentstandenen Wilhelmsplatz (ehemaliges Gebäude des St. Annenklosters und Barfüßerklosters) errichtet wurde (zum Wandel seiner Gestaltung und Nutzung vgl. D. DENECKE 1979, S. 51-55). Diese Universitätsaula, in der neben dem Kuratorium auch die Akademie der Wissenschaften untergebracht ist, stellt für H.G. SPERLICH den Höhepunkt der Göttinger Universitätsarchitektur dar; alle späteren Bauten "herrschen im Stadtbild nicht mehr konkurrenzlos", denn es "wachsen neue Kräfte heran" (Gymnasien, Theater, Banken), deren Bauten gleichrangig neben den Universitätsbauten stehen (H.G. SPERLICH 1954, S. 15). Zu diesen "neuen Kräften" zählen in jüngerer Zeit ein Großkaufhaus im nördlichen Stadtkern, dessen Neubau 1968 den Abriß des überkommenen barocken Universitäts-Reitstalls (1733-1735) erforderte, des ältesten Universitätsgebäudes,¹³⁾ ferner der nördlich angrenzende 10-15geschossige Geschäfts- und Bürokomplex des Iduna-Zentrums (zur Kritik vgl. H.-D. von FRIELING 1979, S. 177) und vor allem die jetzige städtebauliche Dominante Göttingens, das 1975-1978 am südlichen Altstadtrand unweit des Geismar-

12) Die Paulinerkirche, ein frühes Beispiel des Hallenkirchenbaus, war im Mittelalter wegen dort verwahrter Reliquien des Thomas von Aquin Wallfahrtsort; 1529 fand in ihr der erste protestantische Gottesdienst in Göttingen statt. - Aus der Universitätsbibliothek sind heute Teilbibliotheken für Medizin und Chemie ausgelagert.

13) Der Reitstall an der Weender Straße, bestehend aus Halle, offener Bahn und Stallmeisterwohnung, war ein typischer Ausdruck der "aristokratischen Tendenzen der Gründungszeit" der Hochschule (H.G. SPERLICH 1954, S. 7). Der Abbruch des Gebäudes, das zuletzt als Sporthalle diente, erfolgte - ursprünglich für den Bau eines neuen Rathauses - gegen heftigste Protestaktionen aus der Bürgerschaft. Vgl. auch W. BITTNER 1974, S. 5. Das Portal des Reitstalls wurde 1974/75 als Zugang zum neuen Geisteswissenschaftlichen Zentrum an der Weender Straße wiedererrichtet.

tors erbaute 17geschossige, 72 m hohe Neue Rathaus.

Nach 1945 stellte sich für die räumliche Entwicklung der Universität zunehmend heraus, daß im Stadtkern keinerlei Flächenreserven mehr bestanden und daß die Universität "weder quantitativ noch qualitativ eine Baubsubstanz (hat), die dem Ansturm der Studentenzahlen und neuer Lehrstühle mit ihrer Intensivierung des technischen Ausbaus gerecht werden kann" (G. BROTT 1964, S. 25).

In dieser Situation mußten die seinerzeit verantwortlichen Neubauämter I (Gesamtplanung ohne Medizin) und II für die Universität Göttingen (Medizinische Fakultät) Überlegungen für einen Ausbau der Georgia Augusta anstellen, der dem Bedarf und den künftigen Ansprüchen der Hochschule entsprach.¹⁴⁾ Die Ausbauempfehlungen des Wissenschaftsrates von 1960 für die Universität führten endgültig zu der Erkenntnis, daß nur ein Ausbau in einem geschlossenen Planungsraum möglich sei. Zur Auswahl standen je ein Planungsgebiet im Südwesten und Nordosten der Stadt.

Zunächst wurde angestrebt (vgl. Karte 3), die gesamte Universität im Südraum der Stadt auf einen Campus zwischen der Altstadt und dem Ortsteil Geismar-Treuenhagen neu zu errichten. Südlich des ehemaligen Walles (Bürgerstraße) waren hier bereits am Leinekanal einige Institute der Mathematisch-Naturwissenschaftlichen Fakultät entstanden, in deren unmittelbarer Nachbarschaft die damalige Hauptverwaltung sowie einige Institute der Max-Planck-Gesellschaft und die Aerodynamische Versuchsanstalt angesiedelt wurden. Im Hinblick auf den weiteren Ausbau entstand in diesem Bereich - deutlich von den bisherigen Komplexen abgegrenzt - als eine Art "Vorreiter" der große Neubau der Organisch-Chemischen Institute am Windausweg (inzwischen Institut für Rechtsmedizin). Anfang der 60er Jahre wurde diese Tendenz der Gesamtplanung jedoch verworfen. Gründe

14) Freundliche mündliche Auskünfte und Hinweise von Herrn Oberbaurat SCHREIBER, Staatshochbauamt Göttingen - Baugruppe für den Hochschulbau.

waren die Einstufung des Planungsgebietes Süd für Landwirtschaft und Freizeit, vor allem aber die Sorge, daß dieser Standort die Beziehungen zum Stadtgefüge zunehmend eliminiert hätte, dies umso mehr, als die Stadt in entgegengesetzter Richtung ausgeweitet werden sollte. "Diese Lage auf freiem Felde vor den Toren der Stadt hätte nicht nur die kulturellen und wirtschaftlichen Verknüpfungen zwischen der Universität und ihrer Stadt gelockert, die durch das Leben und die Arbeit der Wissenschaftler in ihren Mauern geprägt ist und lebendig bleibt, sondern auch der Universität abverlangt, ihr gewachsenes inneres Bild für diese Campus-Lösung umzuformen" (Niedersächsische Staatshochbauverwaltung 1966, S. 1213).

So wurde nunmehr von der Universität eine Ausdehnung im Bereich des "Planungsgebietes Nord" angestrebt und mit der Stadt Göttingen und dem Land Niedersachsen ein stadt- und landesplanerisches Konzept für die gemeinsame Entwicklung von Stadt und Universität in Angriff genommen. Im Herbst 1962 stimmte die Landesregierung zu, die Georgia Augusta in einem Zeitraum von 15-20 Jahren im Anschluß an das Klinikenviertel am Nordrand der Stadt auszubauen (G. BROTT 1964, S. 25). Diese Entwicklung ist inzwischen sehr weit fortgeschritten. Abbildung 13 zeigt die Verteilung der Universitätsgebäude innerhalb und südlich der Altstadt im Jahre 1971 und das dreigeteilte Erweiterungsgebiet.¹⁵⁾

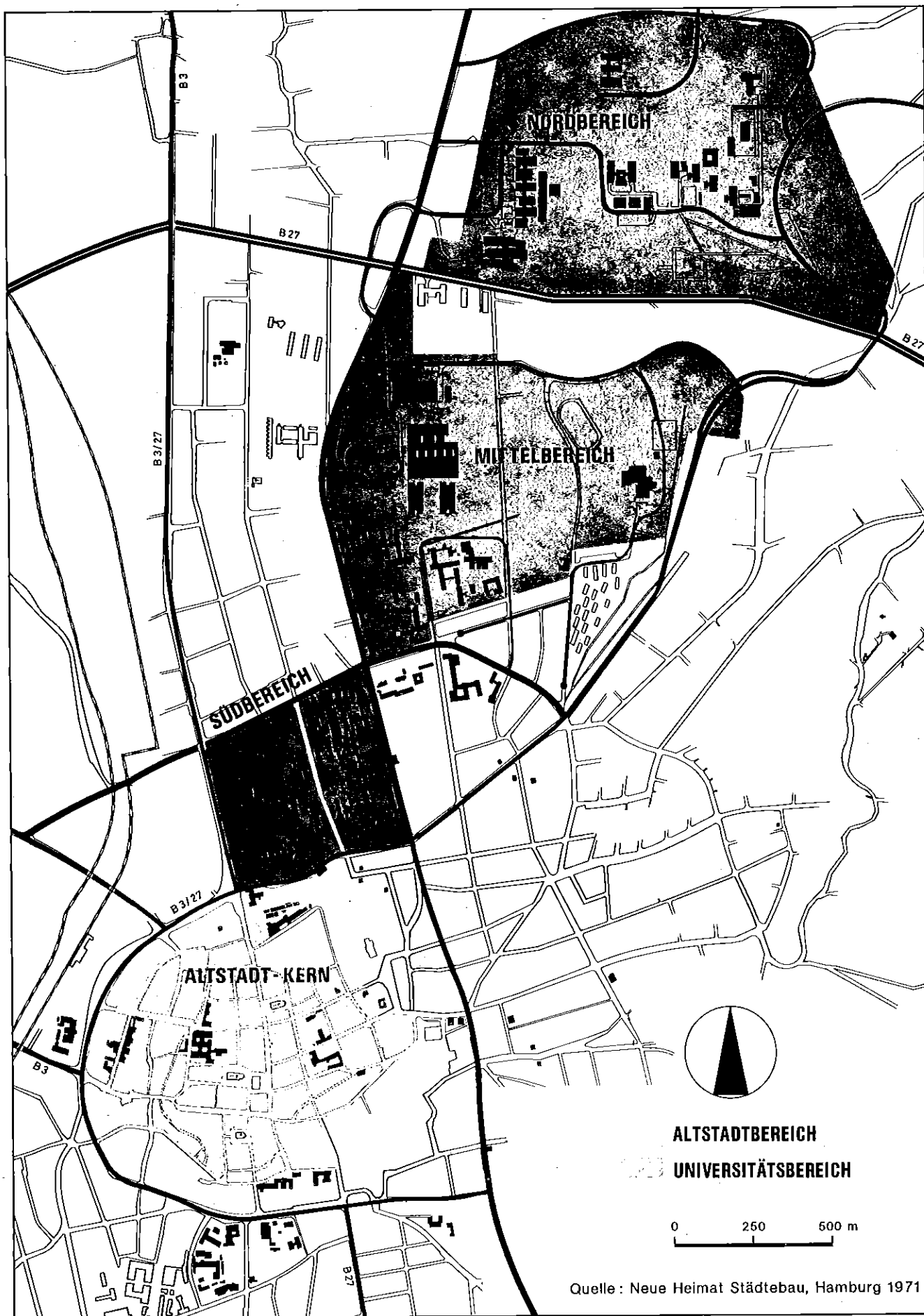
Im erweiterten Stadtkern, der inzwischen mit Fußgängerzonen (seit 1971) und durch zusätzliche Geschäftsflächen beträchtlich umgestaltet worden ist und als Citybereich eines Oberzentrums weiter ausgebaut werden soll,¹⁶⁾ werden von ehemals 33 Standorten mit Einrichtungen der Universität langfri-

15) Der Erläuterungsbericht zum Flächennutzungsplan 1975 (Stadt Göttingen 1977, S. 166 und Bestandsplan 28) weist für Herbst 1974 87 verschiedene Einzeleinrichtungen nach, durch deren Anzahl die besondere Stellung der Universität deutlich unterstrichen wird.

16) H. WILTENSTEIN und H. BAUKNECHT 1967, Stadt Göttingen 1970, 1971 und 1979, H.-D. von FRIELING und J. STRASSEL 1973, H.-D. von FRIELING 1979 und D. DENECKE 1979.

Abb. 13

Universität Göttingen – Gebäude in der Altstadt und Neubaubereiche



stig nur noch acht übrigbleiben, die sich in vier Gebäudekomplexen zusammenfassen lassen: es sind zunächst Aula, Kuratorium (Verwaltung) und Alte Mensa um den Wilhelmsplatz herum in der östlichen Stadthälfte, sodann die Niedersächsische Staats- und Universitätsbibliothek im Westen der Altstadt, ferner das Große Auditorium am Weender Tor am nördlichen Stadtwall und schließlich das Institut für Völkerkunde am Theaterplatz am östlichen Stadtwall. Die in der Innenstadt zugunsten einer City-Expansion stark zurückgegangene Wohnfunktion wird neuerdings vor allem in Wallnähe und auf dem Gelände aufgelassener Universitätsinstitute konzentriert (H.-D. von FRIELING 1979, S. 178).

Der Universitätsneubaukomplex im Norden Göttingens, der von Größe und Geschlossenheit her fast den Charakter eines Teilcampus hat, ist mit 370 ha (Interessengebiet) um ein Mehrfaches größer als die nur 71 ha große Innenstadt (vgl. Stadt Göttingen 1970, S. 23). Unter Hinweis darauf, daß "den neuen Dimensionen des Wissenschaftsbetriebes unserer Tage gegenüber ... sich die äußere Gestalt der Universität endgültig als zu klein" erwiesen habe, wird übertreibend vom Neubau einer "ganzen Universitätsstadt" gesprochen.¹⁷⁾ Richtig ist jedoch, daß der Gesamtausbauplan (sog. Plan 29a) "praktisch den völligen Neubau der Universität" zum Inhalt hatte (H.-L. SCHNEIDER 1968, S. 135).

Voraussetzungen für den Hochschulentwicklungsplan der Georgia Augusta waren allerdings, daß Göttingen und 16 Umlandgemeinden sich zuvor in einem Zweckverband "Wirtschaftsraum Stadt und Landkreis Göttingen" zusammenschlossen, der einen gemeinsamen Regionalplan zu erarbeiten hatte, und vor allem das sog. Göttingen-Gesetz des Niedersächsischen Landtags vom 1.7.1964. Dieses Gesetz zur kommunalen Neuordnung des Stadt-Umland-Bereiches Göttingen stellte insofern zwischen Stadt und Landkreis Göttingen ein neues Verhältnis her, als die aufs engste mit der Kernstadt verwachsenen Nachbar-

gemeinden Weende, Nikolausberg, Geismar und Grone nach Göttingen eingegliedert wurden, Göttingen selbst aber - mit gewissen Sonderrechten - kreisangehörig wurde (W. WEBER 1970, Stadt Göttingen 1977, Einleitung).¹⁸⁾ Der räumlich sehr bedrängten Kernstadt - jetzt mit 113.000 Einwohnern im statistischen Sinne Großstadt - war nunmehr neuer Entwicklungsraum gegeben, und der Hochschulausbau brauchte sich jetzt nicht mehr auf zwei Gemeindegebieten (Göttingen und Weende) zu vollziehen. Damit wurde erstmalig in Deutschland die Expansion einer Universität Ursache für Eingemeindungen.¹⁹⁾ Von Bedeutung war schließlich, daß in Ergänzung des Regierungserlasses von 1962, wonach sich der Ausbau der Universität Göttingen im nördlichen Planungsgebiet zu vollziehen habe, der Niedersächsische Landtag am 20.3.1967 einem Gesetz über den Ausbau der Universität Göttingen und der Technischen Hochschulen Braunschweig und Hannover zustimmte und hierfür finanzielle und organisatorische Voraussetzungen schuf (H.-L. SCHNEIDER 1968, S. 136).

Das Planungsgebiet Nord für den Göttinger Universitätsausbau stellt zwar ein zusammenhängendes Gelände dar, ist jedoch durch städtebauliche, verkehrstechnische und topographische Gegebenheiten deutlich in drei Teilbereiche gegliedert (siehe Abb. 13 und Karte 3):

Auf dem Südbereich zwischen Innenstadtrand und Kreuzberggring liegen das 1973 vollendete Geisteswissenschaftliche Zentrum (GWZ) mit seinen verschiedenen Baukörpern (Hörsaalzentrum, Theologicum, Juridicum, Oeconomicum und das 13stöckige Seminarhochhaus "Blauer Turm"), die neue Zentralmensa und die Stu-

18) Versuche der Stadt Göttingen, Geismar, Grone und Weende einzugemeinden, waren 1905, 1937, 1946 und 1958 gescheitert. 1963 war Herberhausen angegliedert worden. Im Zuge der Niedersächsischen Verwaltungsgebietsreform wurden ab 1973 weitere 8 Gemeinden mit Göttingen vereinigt (vgl. Stadt Göttingen 1977, Einleitung).

19) Diese Situation wiederholte sich u.a. in Aachen, Bielefeld, Konstanz und Augsburg, nicht jedoch - bei gleichen Voraussetzungen - in Würzburg.

17) Universität Göttingen: Vorlesungsverzeichnis Winter-Semester 1974/75. Göttingen o.J. (1974), S. 4.

dentenerksverwaltung, einige andere universitätsbezogene Einrichtungen (ASTA, Prüfungsämter) und hochschulorientierte Läden. "Dieser Standort der Massenfakultäten mit ihren großen Studentenzahlen hat durch seine Nähe zum Stadtkern engen Bezug zum geschäftlichen und kulturellen Mittelpunkt der Stadt" (Niedersächsische Staatshochbauverwaltung 1966, S. 1214). Zwei Fußgängerbrücken über die Berliner Straße und die Weender Landstraße, über die der Hauptdurchgangsverkehr führt, erleichtern die Verbindung zur Altstadt. Neue Bausubstanz kann in diesem überwiegend bebauten Bereich nur errichtet werden, wenn vorher alte entfernt wird. Der östlich angrenzende Komplex der Altkliniken, an den im Nordosten die Pädagogische Hochschule anschließt, soll langfristig aufgegeben werden und ist als mögliche Erweiterungsfläche für die Geisteswissenschaftlichen Fakultäten vorgesehen.

Der Mittelbereich östlich der Robert-Koch-Straße hat die 1976 übergebenen, sehr konzentriert gebauten neuen Medizinischen Einrichtungen aufgenommen, denen westlich das Max-Planck-Institut für experimentelle Medizin benachbart ist. Der größte Teil der Fläche wird durch das neue Zentralklinikum eingenommen, das sich in die drei Bereiche Versorgung im Norden, Untersuchung, Behandlung, Forschung (UBF) im Hauptkomplex und Unterkunft, Pflege (zwei Bettenhäuser) im Süden gliedert. Für Erweiterungen und eventuelle Nachsorgekliniken wird noch Fläche freigehalten (Stadt Göttingen 1977, S. 123).²⁰⁾ Im Südosten dieses Gebietes liegen einige Institute der Landwirtschaftlichen Fakultät, im Osten in Anlehnung an den Klausberg das Institut für Leibesübungen und die Hochschulsportanlagen.

Der Nordbereich schließlich wird durch das Luttertäl und die verkehrsreiche Bundesstraße 27 topographisch sehr deutlich abgetrennt. Hier sind besonders flächeninten-

sive Institute der mathematisch-naturwissenschaftlichen und forstwissenschaftlichen Fächer (u.a. Geowissenschaften, Chemie, Tierphysiologie, Zentrales Isotopenlabor) sowie der neue Botanische und Forstbotanische Garten entstanden.²¹⁾ Auf einem 5 ha großen Gelände wird hier ferner ein Deutsches Primatenzentrum entstehen, in dem mit ca. 600 Affen naturwissenschaftliche und medizinische Forschung mit und über Primaten betrieben sowie Primaten gezüchtet werden sollen (M. BOCKEMOHL 1979). An diesen dritten Hochschulbereich schließen östlich am Faßberg das große Institut für Biophysik (Bonhoeffer-Institut) der Max-Planck-Gesellschaft (MPG) sowie ein von MPG und Universität gemeinsam betriebenes Rechenzentrum an.

Während der Universitätsbereich Süd keinerlei Reserveflächen mehr enthält, ist die mittlere Teilfläche "nur teilweise bebaut. Um an dieser Stelle das Entstehen einer reinen Campussituation zu vermeiden, sind im Sinne einer engeren Verflechtung zwischen Stadt und Universität im Bereich des Moosberges und nördlich der Von-Bar-Straße Wohnbauflächen für universitätsnahes Wohnen eingefügt worden" (Stadt Göttingen 1977, S. 123). Im Nordbereich, der größten und weitläufigsten der drei Teilflächen, existieren große Freizonen, die heute teilweise noch brach liegen.

Der Außenraum um die Gebäude soll als Parklandschaft und Erholungsraum ausgestaltet werden (Ebd., S. 124). Es bleibt - trotz der beiden neuen Botanischen Gärten - fraglich, ob diese Flächen jemals auch nur annähernd den Stellenwert der heute beliebtesten Naherholungsgebiete im Osten (Schillerwiesen, Göttinger Stadtwald am Hainberg) oder Süden der Stadt (Kiessee) erreichen werden. Die Entfernung zwischen Innenstadt und Naturwissenschaftlichem Zentrum beträgt rd. 3 km Luftlinie.

20) Die 10 Universitätskliniken verfügen über rd. 1.400 der 3.100 Krankenhausbetten in Göttingen (Stadt Göttingen 1976, S. 78f. und 1977, Tabelle zum Bestandsplan Nr. 23 B). Nur zwei der Universitätskliniken liegen im Altstadtbereich.

21) Der bisherige kleine Botanische Garten am Nordostrand des Stadtwalles wird langfristig aufgelassen. In Anlehnung an die neuen Anlagen ist z.T. auch der Fachbereich Forstwirtschaft der Fachhochschulen Hildesheim und Holzminden untergebracht.

Im Flächennutzungsplan der Stadt Göttingen von 1975 sind mit 340 ha ca. 8,4% aller Bauflächen als Sonderbauflächen ausgewiesen (Stadt Göttingen 1977, S. 124). Dieser Anteil ist ungewöhnlich groß, beruht aber im

wesentlichen auf den Flächenansprüchen von Universität und Max-Planck-Gesellschaft.

Der Universitätsbesitz der Georgia Augusta gliederte sich 1975 wie folgt:

Tab. 7: Der Grundbesitz der Universität Göttingen

Lage	Anzahl der Parzellen	Fläche in qm
Altstadt	19	55.798
Süden der Stadt	59	198.017
Norden der Stadt		
a) Südbereich	52	121.278
b) Mittelbereich	25	519.702
c) Nordbereich	217	1.926.597
Insgesamt	431	ca. 2.750.000

Quelle: Schreiben des Kurators der Georg-August-Universität Göttingen vom 6.1.1975.

Nach diesen Angaben war der Gesamtbesitz der Universität Göttingen mit 275 ha deutlich geringer als der ursprünglich allein mit 370 ha bezifferte Planungsraum Nord, der hier etwa 257 ha ausmacht. Nach Auskünften des Planungs- und Informationszentrums der Universität betrug der Hochschulbesitz 1970 zusammen 269 ha (66 ha Grundstücke mit Altbausubstanz, 203 ha Neubaugebiete), das Interessengebiet 352 ha. Der Flächennutzungsplan 1975 geht von einem 350 ha großen Neubaugebiet der Universität aus (Stadt Göttingen 1977, Einleitung). Ungeachtet der differierenden Angaben wird das Ausmaß deutlich, mit dem die Stadtentwicklung durch die Hochschule beeinflusst wird.

Von Interesse erscheint noch, daß das Land Niedersachsen nach Auflösung seiner beiden Göttinger Neubäuämter und Errichtung einer Niedersächsischen Hochschulbaugesellschaft und einer Sonderbehörde einen Entwicklungsvertrag für alle Landesuniversitäten mit der Neuen Heimat Städtebau GmbH schloß (Bauherr: Hochschulbaugesellschaft, Bau- und Finanzbetreuung durch "Neue Heimat"). Dies geschah offensichtlich in der Hoffnung, daß ein großer Bauträger Großprojekte schneller realisieren und eventuell auch vorfinanzieren würde. Die 1970 vorgelegten umfangreichen Zielvorstellungen der Neuen Heimat (Neue Heimat Städtebau GmbH 1970,

Bd. 2.2) wichen jedoch von den bisherigen Konzeptionen für die Gestaltung der drei Flächen teilweise beträchtlich ab. Für die Stadt entstanden neue Koordinierungsprobleme (W. WEIL 1973, S. 119); der Ausbau erfolgte insgesamt langsamer als erwartet, nähert sich aber dem Abschluß.

Der Stadt Göttingen erwachsen durch die expansive Hochschulentwicklung bedeutende Folgekosten, insbesondere für Verkehrs- und Wohnungsbaumaßnahmen. Als Ausgleich für diese Lasten erhielt sie vom Land Niedersachsen 2 Mill. DM jährlich - verteilt auf fünf Jahre - als Zuschuß für den städtischen Haushalt (W. WEIL 1973, S. 119). Sie bemüht sich insbesondere, in den Universitätsbereich auch - wie bereits erwähnt - städtische Elemente einzubeziehen. "Gerade die große Ausdehnung in der Nord-Süd-Richtung sollte von einer Achse getragen werden, wo urbane Einrichtungen mit denen der Universität in ein lebendiges Wechselspiel treten" (Ebd.). Die Universitätsverlagerung hat zur Entwicklung einer neuen städtebaulichen Konzeption für Göttingen geführt, bei der im Nordosten der Stadt im Raum Herberhausen/Nikolausberg eine neue Großsiedlung für ca. 30.000-40.000 Menschen entstehen soll. Zwischen diesem neuen Wohnschwerpunkt, dem Ortszentrum Weende und der Innenstadt soll sich die Universität als integrierter Bestandteil des Stadtkörpers entwickeln und zusammen mit den

kommunalen Nachbarbereichen dazu beitragen, daß die traditionelle Verflechtung zwischen Hochschule und Stadt erhalten bleibt. Öffentliche Grünzüge, Fußwege und Straßen durch das Gebiet des weit nach Norden ausgreifenden Hochschulsektors sollen diese Entwicklungsziele unterstützen (vgl. Niedersächsische Staatshochbauverwaltung 1966, S. 1215f., W. WEIL 1973, S. 119ff.).

Die Nord-Ost-Entwicklung als städtebauliches Leitbild, erstmals konzipiert im Regionalplan des Zweckverbandes "Wirtschaftsraum Stadt und Landkreis Göttingen" 1965, ist auch weiterhin nach dem Flächennutzungsplan 1975 Grundlage der Göttinger Stadtentwicklungsplanung, da man weiterhin die Ziele verfolgt, "Stadt und Universität räumlich miteinander zu verzahnen, ein lebendiges Wechselspiel zwischen beiden zu gewährleisten und keine perfektionierte sterile Universitätslandschaft neben die Stadt zu stellen" (Stadt Göttingen 1977, S. 73). Schließlich waren im nordöstlichen Stadtgebiet erhebliche Investitionen getätigt worden, für die die zugehörige Bebauung erst in Ansätzen vorhanden ist" (Ebd., S. 75). Wegen des neuen Zuschnitts des Stadtgebietes und der weniger optimistischen Bevölkerungsentwicklung werden die neu ausgewiesenen Wohnbauflächen im Norden und Nordosten der Stadt jedoch reduziert und nunmehr auf 2.700 Wohnungseinheiten festgelegt (Ebd., S. 88-90); erwartete Einwohnerzahlen werden nicht mehr genannt.

1.3 Münster

Ebenso wie die Georgia Augusta zu Göttingen ist auch die Westfälische Wilhelms-Universität (WWU) in Münster von ihrem Ansatz her Prototyp einer Stadtuniversität. Bis zum Zweiten Weltkrieg lagen mit Ausnahme der in den 20er Jahren am Westring entstandenen Kliniken fast alle Universitätsgebäude in der Altstadt, deren westliche Hälfte schon damals deutlich hochschulgeprägt war. Die meisten Gebäude stammten aus dem 19. Jahrhundert, als die Universi-

tät Münster zur Königlichen Akademie zurückgestuft war (1818-1902), so z.B. das 1880 fertiggestellte neue Akademiegebäude am Domplatz, das seit 1902 Sitz der Universität war (J. BERGENTHAL 1971, S. 40), oder aus der Zeit kurz nach der Jahrhundertwende, wie z.B. die alte Universitätsbibliothek (1904-1906) oder die Erweiterung des Seminar- und Vorlesungsgebäudes (Auditorium Maximum) an der Johannisstraße (1913).

Die Anlage der Universitätskliniken in den 20er Jahren im Westen der Stadt (Eröffnung der Medizinischen Fakultät 1925) zeigte erstmals die Richtung einer möglichen späteren Erweiterung der Universität innerhalb der Stadt Münster auf.

Wegen des Bombenkrieges, durch den die WWU bis auf die Kliniken und die Medizinische Fakultät zu 85% zerstört worden war, mußte die Universität 1944 geschlossen werden; sie nahm jedoch stufenweise bereits ab 1945/46 den Lehrbetrieb wieder auf, größtenteils in Baracken auf dem Hindenburgplatz, einem ehemaligen Exerzierplatz zwischen westlicher Altstadt und ehemaliger Zitadelle bzw. späterem Schloß. Der Wiederaufbau der Universität²²⁾ erfolgte auf Bitten der Stadt Münster und ihrer Bürger am alten Standort, obwohl Pläne für eine Verlegung in unbebautes Gelände südlich des Klinikums oder in den Raum zwischen Coesfelder Kreuz und Horstmarer Landweg im Nordwesten der Stadt vorlagen. Die Überzeugung der Münsteraner jedoch, daß Dom, Regierungssitz, Universität und Prinzipalmarkt der gemeinsame Mittelpunkt der Stadt sein sollten, sowie umfangreiche Schenkungen der damaligen Landesregierung waren entscheidend für den Verbleib der Universität in der Stadt. So wurde der WWU als neues Hauptgebäude das ehemals fürstbischöfliche Residenzschloß zur Verfügung gestellt (wiederhergestellt 1954), in dem in preußischer Zeit der Oberpräsident der Provinz Westfalen und der kommandierende General ihren Sitz hatten; mit ihm erhielt die Hochschule eine repräsentative Stellung innerhalb der Stadt

22) Freundliche Auskünfte von Herrn Ltd. Regierungsbaudirektor Johannes ERDMANN, Staatshochbauamt für die Universität Münster.

Münster. In weiteren benachbarten Bauten des Oberpräsidiums, der Wasser- und Schifffahrtsdirektion und der Wehrmacht konnten nach Umbaumaßnahmen um 1950 Institute für Chemie und Physik untergebracht werden, die zum Kernbereich der Mathematisch-Naturwissenschaftlichen Fakultät wurden.

In dieser Phase des Wiederaufbaus wurden bis 1960 die beiden Theologischen Fakultäten, die Philosophische Fakultät mit dem Fürstenberg-Haus (auf dem Grundstück des alten Akademiehauptgebäudes) und die Rechts- und Staatswissenschaftliche Fakultät im alten Universitätsviertel beiderseits der Aa wiederaufgebaut und durch Neubauten (z.B. früheres Geographisches Institut) ergänzt. Damit entstand zwischen Schloß und Domplatz ein fast geschlossenes innerstädtisches Universitätsviertel (vgl. Karte 4), das unmittelbar angrenzt an die Gebäude von Dom, bischöflicher Residenz, Landesmuseum, Bezirksregierung sowie die an dieses öffentliche Zentrum anschließenden Hauptgeschäfts- und Einkaufsstraßen. Die Universität bildete somit einen nach Westen gerichteten Sektor aus, ist unmittelbar im Kern der Stadt präsent und insgesamt sehr eng in den Stadtorganismus eingebunden (G. RABELER 1972, S. 20 und 1976, S. 6f.).²³⁾ Diese Stadtorientierung wurde durch den Ankauf des bischöflichen Franz-Hitze-Hauses am Domplatz sowie später des Gebäudes der Landesversicherungsanstalt am Bispinghof noch verstärkt: die Hochschule wurde zum Auslöser von Verdrängungsmaßnahmen aus der Altstadt.²⁴⁾ Bis 1960 erhielt aber auch die Medizinische Fakultät einige Erweiterungs- und Neubauten (z.B. die neue Hals-, Nasen-, Ohrenklinik), und es entstand ein modernes Zentrum für die Leibesübungen am Horstmarer Landweg.

In einer zweiten Entwicklungsphase ab 1960

wurden durch die rasche Zunahme der Studentenzahlen (besonders auch in den Naturwissenschaften) und neue Richtwerte des Wissenschaftsrates weitere Ausbauten der Universität notwendig, die teils in der Innenstadt erfolgten, so z.B. ein neues Hörsaalzentrum am Hindenburgplatz oder der Neubau der Universitätsbibliothek, teilweise aber auch westlich des Schloßgartens, wo in der Nachbarschaft der Kliniken zunächst verstreut verschiedene Bauten der Naturwissenschaftlichen Fakultät errichtet wurden. Mit einem neuen Physik-Institut, dem Rechenzentrum (1967) und einem zentralen Heizkraftwerk am Orléans-Ring deutete sich die Entwicklung eines künftigen Naturwissenschaftlichen Zentrums an. Wettbewerbe für dieses Zentrum sowie für ein neues Großklinikum der Universität wurden zu Anfang der 60er Jahre ausgeschrieben. "Im Ergebnis entstand eine Art zweipolige Anlage mit eingestreuten Einrichtungen in der Zwischenzone, deren verbindende Kräfte nicht ausreichten, ein Ganzes zu formen. Von den beiden Universitätsbereichen war der altstädtische städtebaulich vorbildlich integriert (u.a. durch eine Freiraumzone längs der Aa), der außenliegende Bereich nicht integriert und mehr oder weniger planlos entsprechend dem Grundstücksangebot gewachsen" (G. RABELER 1976, S. 6f.). "Rat und Verwaltung der Stadt war angesichts dieser Sachlage klar, daß das weitere Wachstum der Universität innerhalb des Stadtkörpers grundsätzlich überdacht werden muß ..." (G. RABELER 1972, S. 31). Eine Planungsdiskussion war umso notwendiger, als eine Erweiterung des Naturwissenschaftlichen Zentrums, ein Großklinikum, eine zweite Pädagogische Hochschule, Neubauten der Ingenieurschule (heute Fachhochschule) und eine zweite Mensa²⁵⁾

23) G. RABELER weist besonders darauf hin, daß die Wachstumstendenzen Münsters Nord-Süd gerichtet sind, während die Universität sich keilförmig nach Westen entwickelt. Diese Divergenzen verursachen große Planungsprobleme.

24) Zur Entlastung der Innenstadt wurde das Konzept eines neuen Verwaltungs- und Gewerbezentrum Nord entwickelt. Vgl. Planungsgruppe Zentrum Nord 1973.

25) Inmitten eines Komplexes von Studentenwohnheimen, dessen ältestes bereits 1932 entstanden war, liegt südöstlich des Aasees die Mensa I (mit nur 1.300 Plätzen), die den gewachsenen Studentenzahlen schon lange nicht mehr genügt. Südwestlich des Aasees wurde in den 50er Jahren die Pädagogische Hochschule I errichtet, die trotz zweier Erweiterungsbauten sich bald als zu klein erwies. 1962 entstand eine Pädagogische Hochschule Münster II in Provisorien an verschiedenen Stellen der Stadt. Beide Abteilungen wurden 1969 formell vereinigt.

zu erwarten waren, die zusätzliche Erschließungsprobleme nach sich ziehen würden, ganz zu schweigen von neuen Ansprüchen einer möglichen zweiten (Erziehungswissenschaftlichen) Universität oder eines Gesamthochschulbereiches mit neuen fachlichen Zuordnungen und mehr als 30.000 Studenten (vgl. "NWP '75" 1970 und E. EVERS 1976).

Daß die Universität mit ihren Institutionen die Struktur im Westen der Stadt beherrscht, hängt mit den Bodenbesitzverhältnissen zusammen. Die Universität ist nämlich einer der Nutznießer des Münsterschen Studienfonds, dessen Grundbesitz - 250 ha vorwiegend im Westen der Stadt - vom Land Nordrhein-Westfalen verwaltet wird. Etwa 20% der Fläche waren 1967 mit Hochschulgebäuden, Erbpachtheimen von Landesbediensteten und Gewerbebetrieben besetzt, der Rest war an Bauern verpachtet. Auf diesen landwirtschaftlichen Flächen hatte die Universität

gute Erweiterungsmöglichkeiten (P. SCHNELL 1970, S. 92).

Karte 4 zeigt als früher dem Vorlesungsverzeichnis beiliegende, in dieser Form nicht mehr fortgeführte Übersicht die Lage-situation der Gebäude der WWU sowie der Studentenwohnheime. Außer der bereits erläuterten Aufgliederung der Hochschulbereiche fallen zahlreiche kleine, durch die Universität genutzte Parzellen im Osten der Altstadt auf, die sich im Verlauf von Salz- und Ludgeristraße sowie von Spiekerhof und Rosenstraße häufen. Es sind angemietete Objekte, in denen auf rd. 10.000 qm in fußläufiger Entfernung vom Domplatz verschiedene geisteswissenschaftliche Institute oder Lehrstühle untergebracht sind.²⁶⁾ Im Jahre 1974 verfügte die WWU über insgesamt ca. 140 ha Grundflächenbesitz in Münster. Er teilte sich wie folgt auf die einzelnen Fakultätsbereiche und den Zentralbereich auf:

Tab. B: Grundflächenbesitz und Interessengebiete der Universität Münster 1969

	Besitz (in ha)	Interessengebiet (in ha)
Zentrale Einrichtungen, Versorgungseinrichtungen, Sport	14	.
Geisteswissenschaften	5	.
Botanischer Garten	4	-
Naturwissenschaften	22	63
Vorklinische und klinische Medizin	57	14
	102	77

. = keine Angaben vorhanden

Quelle: Vergleichender Bericht I der Staatshochbauverwaltung des Landes Nordrhein-Westfalen 1968 - Arbeitskreis Gesamtplanung - . O.O. 1969, Daten zu Abb. 4.4 (unpaginiert).

Anmerkung: Von der für die Naturwissenschaften vorgesehenen Interessenfläche von 63 ha befanden sich 1969 bereits 37 ha im Landesbesitz.

Nach dem Willen aller Beteiligten soll "die in Münster bewährte Form der Integration der Universität in das städtebauliche und soziale Stadtgefüge fortgeführt werden ... Das läßt sich nur erreichen, wenn gleichzeitig die Einbindung in den städtischen Organismus, die Zuordnung von Wohngebieten, Verkehrsbändern, Zentren für Versorgung und Kommunikation, Erholungs- und

Freiräume usw. geplant wird" (Stadt Münster 1973, S. 152). 1967 beschloß der Rat der Stadt, im westlichen Ortsteil Gievenbeck einen neuen Stadtteil zu errichten, in den

26) Freundliche Auskünfte von Herrn Oberregierungsrat Robert BRETSCHNEIDER, Bau- und Liegenschaftsabteilung der Universität Münster.

die Universitätsentwicklung einbezogen werden sollte. Er beauftragte Professor Friedrich SPENGLIN (TU Hannover) mit der Erarbeitung eines Strukturplanes für ein 1.500 ha großes Gebiet im Münsteraner Westen. 1968 erging an ihn ein Parallelauftrag des Landes Nordrhein-Westfalen zur Rahmenplanung für die Universitätserweiterung. Durch diese Doppelbeauftragung wurde eine integrierte Stadt- und Universitätsplanung sichergestellt. Gleichzeitig wurde 1968 das Kooperationsinstrument eines gemeinsamen Baustabs begründet, in dem Vertreter der Universität, der staatlichen Bauverwaltung, des Finanz-, des Wissenschaftsministeriums und der Stadt Münster Zieldaten und Planungen von Universität und Stadt aufeinander abstimmen (W. PIERCHALLA 1973, S. 43 und G. RABELER 1976, S. 11). Dieses Gremium hat Modellcharakter in der Bundesrepublik und hat letztlich - trotz unterschiedlicher Standpunkte seiner Mitglieder in Einzelfragen - den koordinierten Aufbau im Westen Münsters ermöglicht.²⁷⁾

Dem Baustab gehörte auch F. SPENGLIN an, der ihm erstmals 1970 ein mit anderen Mitarbeitern erstelltes vorläufiges Planungskonzept (Planungsgruppe für die Universität Münster 1970)²⁸⁾ und 1972 den gewünschten Strukturplan vorlegte (F. SPENGLIN 1972a). Dieser vom Baustab gebilligte und vom Rat der Stadt Münster mit der 31. Änderung des Flächennutzungsplanes genehmigte Strukturplan Gievenbeck (vgl. Abb. 14) sieht Flächen für die Universitätserweiterung in drei Bereichen vor: 1. einen medizinischen Bereich²⁹⁾ südlich

27) Leiter des Baustabs ist Ministerialdirigent Prof. Dr. Fridolin Hallauer, Finanzministerium Düsseldorf. - Die Büros für die Universitätsumlandplanung in Bochum und Dortmund sind wegen Rückzugs des Landes letztlich kommunale Einrichtungen geblieben und haben nicht annähernd effektiv gearbeitet wie der gemeinsame Baustab in Münster.

28) Da eine Neuordnungsalternative u.a. eine partielle Überbauung des Hindenburgplatzes und Verlagerungen geisteswissenschaftlicher Fachbereiche (Juristen, Wirtschaftswissenschaftler) vorsah, wurde dieses Konzept von der Stadtbevölkerung heftig kritisiert.

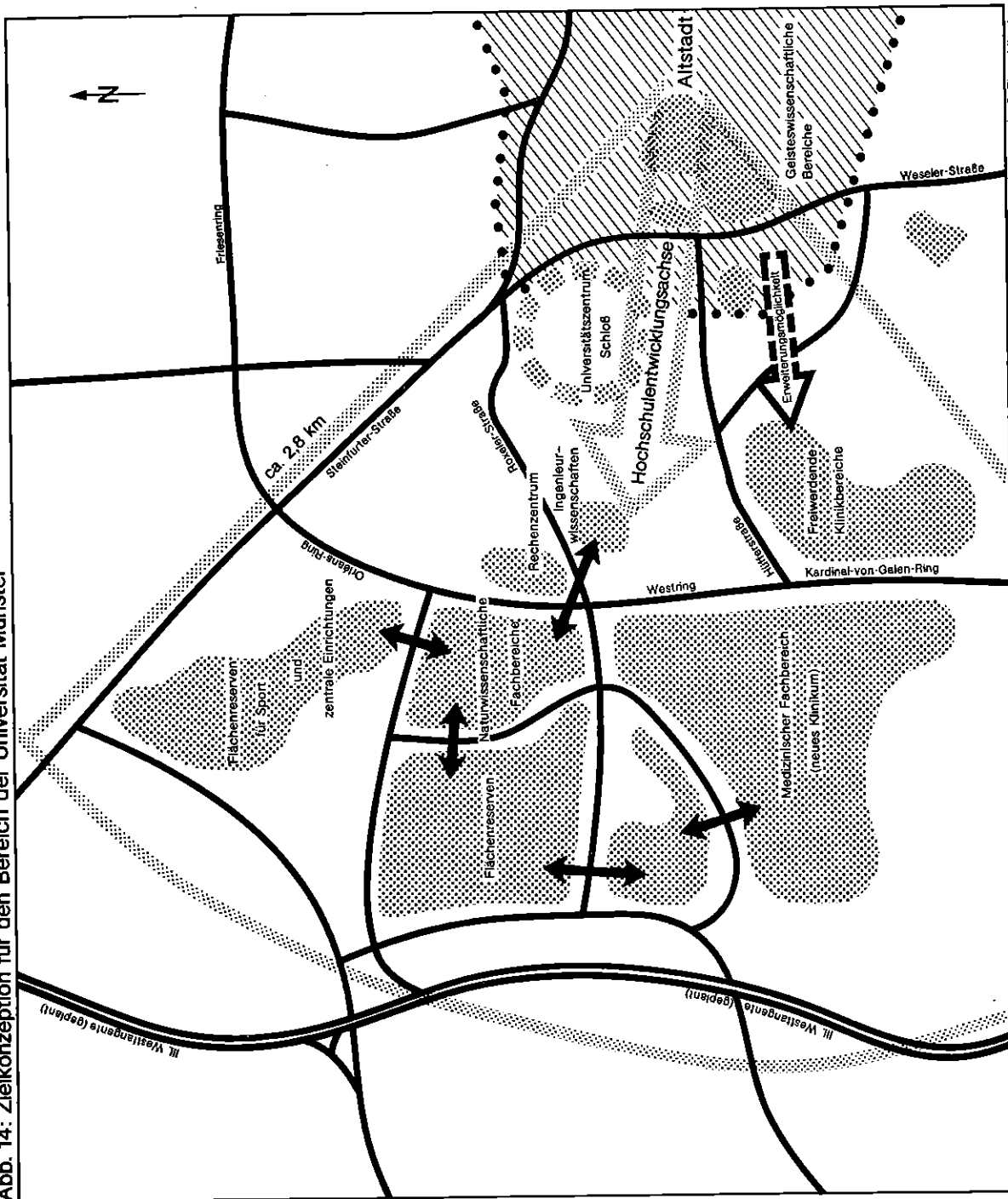
der Roxeler Straße im Anschluß an die am Westring vorhandenen Kliniken, 2. einen naturwissenschaftlichen Bereich westlich des Orléans-Ringes zwischen Von-Esmarch-Straße und dem verlegten Gievenbecker Weg und 3. einen Sportbereich zwischen Horstmarer Landweg und Steinfurter Straße, wo für noch unbekanntere Entwicklungen (ggfs. zentrale Einrichtungen) eine Vorbehaltsfläche ausgewiesen ist (F. SPENGLIN 1972, S. 16). Insgesamt gesehen entsteht damit eine von der Stadtmitte nach Westen zielende Hochschulachse von ca. 2,8 km Luftlinie, welche als Querachse die sonst vorrangige Nord-Süd-Entwicklung der Stadt ergänzt (vgl. auch Stadt Münster 1979, S. 188f.). Dabei werden auf etwa zwei Drittel der Fläche im Außenbereich Lehrveranstaltungen für ein Drittel der Studierenden angeboten (Naturwissenschaften, Medizin, Sport), während die von der Studentenzahl her dominierenden geisteswissenschaftlichen Fachbereiche am Ostende der Hochschulachse (rd. zwei Drittel der Studierenden auf ein Drittel der Fläche) die Kommunikation zur Altstadt aufrechterhalten sollen.³⁰⁾

Im Vorgriff für diese dargestellte Gesamtplanung der Universität Münster (GPUM) wurden in Schnellbauweise seit 1971 drei Aufbau- und Verfügungszentren errichtet, die kurzfristig Verbesserungen ermöglichen sollten:

29) Durch das Kopenhagener Institut for funktionsanalyse og hospitalsprojektering wurde ergänzend in den Jahren 1973 bis 1974 ein "Generalplan 1974 für die Medizinische Fakultät der Universität Münster" (1974) erstellt. Siehe auch "Medizin in Münster - Gestern, heute, morgen". In: Münster. Wirtschaftsreport, H. 6, 1975, S. 59-62.

30) Für den Höhepunkt des sog. "Studentenberges" im Jahre 1985 prognostiziert H. EVERS für Universität, Pädagogische Hochschule und Fachhochschule Münster insgesamt 49.700 Studenten, deren räumliche Verteilung er wie folgt erwartet: in der City-Region (Buchwissenschaften) 27.800, Region Orléansring (Naturwissenschaften) 18.800 und Region Westring (Medizin) 3.000 Studenten (1976, S. 7); bei dieser Prognose wird eine deutliche Verstärkung natur- und ingenieurwissenschaftlicher Studienwünsche unterstellt.

Abb. 14: Zielkonzeption für den Bereich der Universität Münster



Quelle: Gesamtplanung Universität Münster. Planungsgruppe für die Universität Prof. Spengelin 1970/Flächennutzungsplan Münster, Entwurf 1973. Erläuterungsbericht, Abb. 24 Kartographie: G. Tiggesbäumker

an der Robert-Koch-Straße südwestlich des Schloßgartens entstand im sog. Hüffergarten ein Neubaukomplex für das Institut für Geographie, für die Zahnklinik und das Physiologische Institut, am Gievenbecker Weg je ein Verfügungszentrum für die übrigen Geowissenschaften sowie die Fachbereiche Architektur und Bauingenieurwesen der Fachhochschule. Südlich davon war bereits 1970 die Pädagogische Hochschule II an der Fliednerstraße fertiggestellt worden.³¹⁾

Kernstück des Neuausbaus ist das 1971 begonnene neue Zentralklinikum mit 1.025 Betten, das jedoch die alten Kliniken (803 Betten) nicht voll ersetzen soll. Die vier zehngeschossigen, 61 m hohen Bettenhochhäuser sind bereits ein neues Wahrzeichen von Münster geworden. Zusammen mit einem Versorgungszentrum soll das Zentralklinikum ca. 932 Mill. DM kosten und 1980 fertiggestellt sein. Im Bereich der alten Kliniken wird die sog. 2. Westtangente (Westring neu - Orléansring) mit Anschlußstraßen zur Mensa II zu einem komplizierten Doppelknoten am Coesfelder Kreuz und in das neue Naturwissenschaftliche Zentrum (NWZ) ausgebaut; dieser Neutrasseierung müssen einige Gebäude der Medizinischen Fakultät (z.B. Hygiene-Institut) und erst nach 1945 errichtete Schwesternwohnhäuser zum Opfer fallen. Die freiwerdenden Altkliniken werden umgewidmet.

Die neue dreigeschossige Mensa II (mit etwa 1.900 Plätzen) und ein benachbartes Parkhaus wurden 1976 begonnen und werden zum Winter-Semester 1979/80 eröffnet. Der Bau der Mensa, die wegen Überlastung der alten Mensa am Aasee und wegen der Errichtung des neuen Naturwissenschaftlichen Zentrums dringend seit etwa 1970 erforderlich war, wurde wegen Planungs- und Finanzierungsschwierigkeiten (Verkehrsanbindung, Strukturentwicklungsplan) lange

31) Das Staatshochbauamt für die Universität Münster ist für den Gesamthochschulbereich Münster zuständig. Der Strukturplan Gievenbeck enthält auch Flächenansprüche der neben der Universität bestehenden Hochschulen. Zentrale Einrichtungen wie Mensa, Sportanlagen usw. sollen ohnehin von den Studenten aller Hochschuleinrichtungen genutzt werden.

hinausgezögert. Als weitere Ausbauten sind schließlich noch die sog. Institutsgruppen I und II (Physik und Chemie), Erweiterungen der Universitätssportanlagen und des Heizwerkes geplant bzw. bereits im Bau. Ein 1977 konzipierter zweiter Generalplan für die Universität Münster sieht indessen nur noch begrenzte nach Westen gerichtete Erweiterungen vor.³²⁾

Das bereits heute z.T. relativ großzügig ausgebaute Straßennetz innerhalb des Hochschulerweiterungsgeländes dient der Anbindung des Ortsteils Gievenbeck und der Verknüpfung mit einer geplanten 3. Westtangente (östlich der Autobahn Hansalinie). In Gievenbeck, das bereits 9.000 Einwohner zählt, sollten nach der Planung von 1972 einmal bis zu 40.000 Menschen (einschl. 6.000 Studenten) wohnen. An der Nahtstelle von Hochschule und Wohnbebauung ist im Zentrum des gemeinsamen Planungsraumes ein neues Stadtteilzentrum der mittleren Stufe vorgesehen, das von der 3. Westtangente erschlossen werden soll. Ob Gievenbeck diese ihm zugedachte Funktion wird übernehmen können und ob der Hochschulbereich sich voll zwischen die beiden Pole City und Neues Zentrum wird "einspannen" lassen, wird nicht zuletzt von Attraktivität und Zeitpunkt der Planrealisierung des Projektes Gievenbeck abhängen. Sicherlich ist F. SPENGLIN zuzustimmen, daß eine Stadt von der Größe Münsters prinzipiell nicht nur einen Mittelpunkt als Kontaktzone haben kann und daß auch außerhalb der City "urbane Zonen" existieren können, in denen sich Kommunikation abspielen kann (F. SPENGLIN 1972b, S. 49 und S. 50). Die jüngste Bevölkerungsentwicklung hat jedoch trotz eines in Münster noch anhaltenden Wachstums veränderte Voraussetzungen geschaffen.

Der Entwurf des neuen Flächennutzungsplanes hält ausdrücklich an der Notwendigkeit einer 3. Westtangente fest und sieht ihre Bedeutung "in der flüssigeren Verteilung des vom Verkehrsmagneten 'Hochschulen' verursachten Verkehrs aufgrund der weiteren

32) Neue Probleme ergeben sich nach einer Integration der Pädagogischen Hochschule in die Universität, wenn im Rahmen einer Fach-zu-Fach-Zuordnung durch umfangreiche Umzüge weitere bauliche Maßnahmen notwendig werden.

Hochschulentwicklung nach Westen und der damit zusammenhängenden Entwicklung des Stadtteils West" (Stadt Münster 1979, S. 275). Er geht jedoch für den Statistischen Bezirk Gievenbeck/Sentrup für 1990 lediglich noch von etwa 20.000 Einwohnern, für Gievenbeck allein von 14.400 Einwohnern aus und reduziert die ursprünglich vorgesehenen Wohnbauflächen (Ebd., S. 120 und S. 134). Damit werden die Entwicklungsimpulse deutlich hinter den Erwartungen des Strukturplanes zurückbleiben. Es bleibt sogar abzuwarten, ob "der Stadtteil West einen sich erst langfristig bildenden Schwerpunkt künftiger Stadtentwicklung" (ebd., S. 136) überhaupt darstellen kann, da sich ja auch die räumliche Entwicklung der Universität und der anderen Hochschulen deutlich verlangsamt.

Stadt und Universität Münster sind zwei Partner, die wegen ihrer engen Verflechtungen wechselseitig aufeinander angewiesen sind. Dabei ist zu bedenken, daß die Stadt Münster als Trägerin von hochschulbedingten Infrastrukturmaßnahmen außerordentlich stark belastet wird und daß im Bundesgebiet von den Größenordnungen her lediglich die Universitäten München und Hamburg mit der WWU vergleichbar sind. Handelt es sich bei jenen aber um Hochschulen in Weltstädten mit verstädertem Umfeld, so liegt die "Mammut"-Universität Münster in einer relativ kleinen Großstadt. Der finanzielle Beitrag der Stadt Münster zu Ausbau und Förderung seiner Hochschuleinrichtungen ist daher auch im Verhältnis zu Rang und Stellung der Universität beträchtlich (W. PIERCHALLA 1973, S. 44-45, Stadt Münster 1973, S. 84 und A. WILLAUSCHUS 1979).

1.4 Bochum

Im Unterschied zu den innerstädtischen Standorten der bisher behandelten Beispieluniversitäten und ihren Entwicklungsproblemen stellt sich die Situation der Mikrostandorte der ausgewählten Neugründungen beträchtlich anders dar.

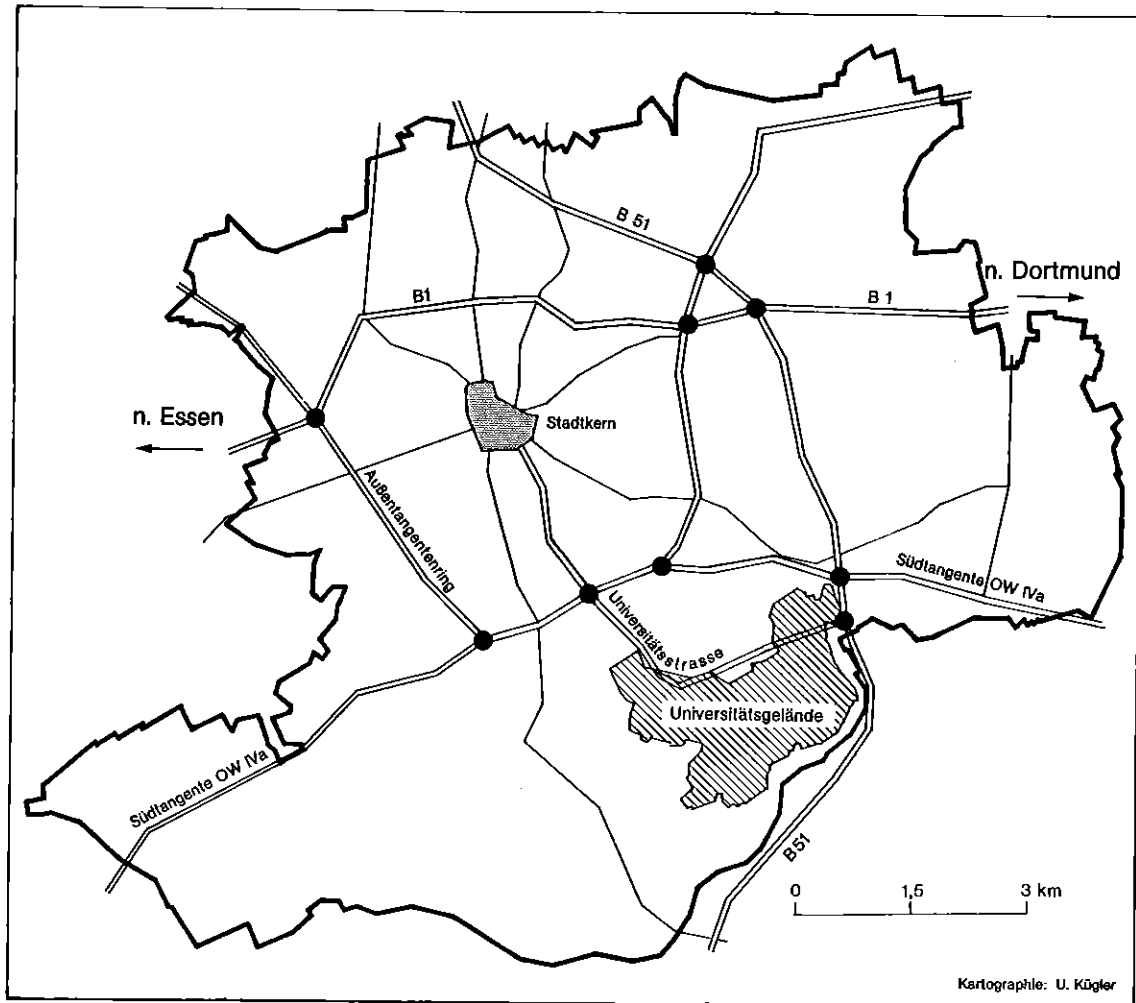
Das 5 km von der City entfernt im Südosten der Stadt gelegene Gelände der Ruhr-Universität in Bochum (vgl. Karte 5 und

Abb. 15) wurde zunächst mit 526 ha erworben; mittlerweile aber auf 457 ha verkleinert; es liegt in Anlehnung an die frühere Bauern- und Bergarbeitersiedlung Querenburg (vgl. C.H.F. GAERTNER 1976, J. DODT und A. MAYR 1976, S. 118ff.) auf der Abdachung zum Ruhrtal und ist landschaftlich reizvoll gegliedert (Monographie der Ruhr-Universität Bochum, Bd. I, 1965, S. 46f.).

Das gesamte Gebiet gehörte früher zu 16 Gehöften und war teilweise bereits von der Stadt Bochum für den Bau einer zeitweilig geplanten Gartenstadt erworben worden. Das tief eingeschnittene Lottental im Süden trennt einen kleineren Südbereich von einem großen Nordbereich, der durch drei Tälchen erneut unterteilt wird. Die größte dieser Teilflächen, das rd. 80 ha große Buscheyfeld, wurde als eigentliches Baugelände ausgewählt. Das in der ursprünglichen Planung vorgesehene Klinikum sollte auf der Höhe des nordwestlich gelegenen Grimbergs errichtet werden; hier soll nunmehr eine vom Landschaftsverband Westfalen-Lippe getragene Psychiatrische Klinik entstehen. Das gesamte Universitätsgelände wurde in vier ruhrparallele Planungszonen gegliedert, nämlich die Instituts- und Hörsaalzone im Norden, daran anschließend eine Zone für Kurzzeitsport und für den Botanischen Garten und schließlich Zonen für Erholung am und auf dem Wasser. Die Ruhr wurde nahe der Wasserburg Haus Kemnade zu einem 3,5 km langen und 125 ha großen Stausee aufgestaut, der in den Jahren 1976 - 1979 entstanden ist; an seinen Uferbereichen sind vier Freizeitschwerpunkte und ein längeres Wegenetz geplant, so daß südlich der Universität ein neues Erholungszentrum entsteht.³³⁾

33) Erste Planungen für den ursprünglich als Wasserversorgungsanlage konzipierten See gehen auf das Jahr 1929 zurück, als im Ruhrtal zugleich Henstey-, Harkort-, Baldeney- und Kettwiger See verwirklicht wurden. Die 1934 abgebrochenen Planungen wurden 1965 als Freizeitkonzept im Rahmen der Umlandgestaltung der Ruhr-Universität wieder aufgegriffen. Zur Funktion der für das gesamte Freizeitzentrum namengebenden Burg Kemnade vgl. W. LINKE in J. DODT/A. MAYR 1976, S. 176. In größter Nähe der Ruhr-Universität liegt künftig der Schwerpunkt Heveney im Rückstaubereich des einmündenden Ülbachs (mit 18 ha großem Bootshafen).

Abb. 15
Lage des Universitätsgeländes Bochum



Quelle: J.P. Franken 1985, S. 38 nach Unterlagen des Staatshochbauamtes für die Ruhr - Universität Bochum

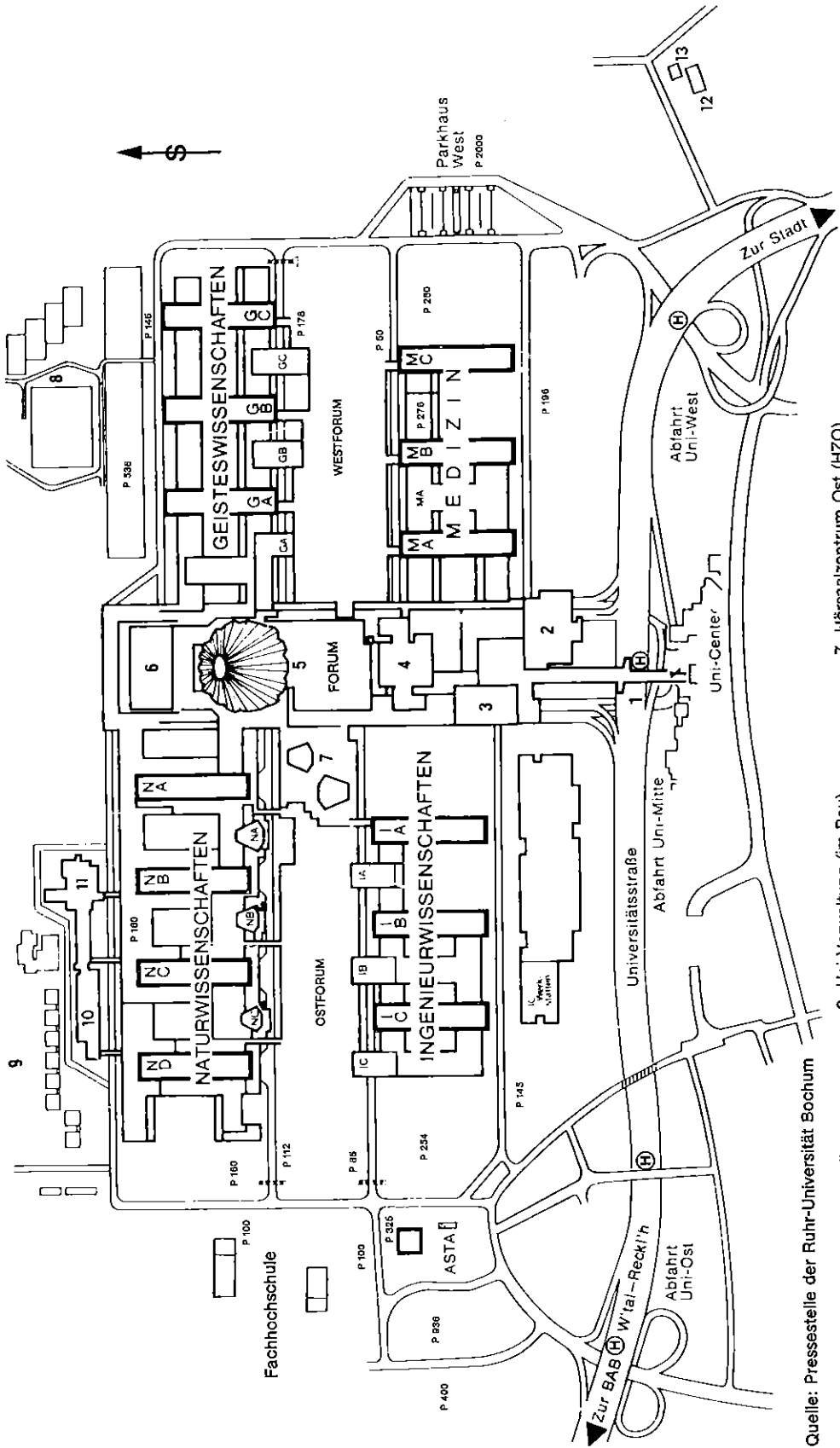
Die bauliche Gestalt der Ruhr-Universität Bochum (RUB) innerhalb eines 1.000 m langen und 400 m breiten Kernbereichs wurde außer durch Zielvorstellungen des Wissenschaftsrates und des Gründungsausschusses durch das Ergebnis eines Architektenwettbewerbs bestimmt. Angestrebt wurde eine allseitige Verflechtung der verschiedenen Fachbereiche, die zu streng symmetrisch ausgerichteten, von fern wie ein gigantischer Monolith wirkenden Baukörpern führte. Die erstmalige Anwendung eines Fertigteilsystems, mitverursacht durch den Wunsch der Landesregierung nach schneller Verfügbarkeit neuer Studienplätze, verstärkt den stereotypen Eindruck der Gesamtanlage.³⁴⁾

In der Hörsaal- und Institutszone heben sich deutlich 13 um ein Achsenkreuz zu vier Ab-

teilungsbereichen zusammengefaßte 7- bis 12geschossige Hochbauten ab, deren Flachbereiche (2- bis 3geschossig) miteinander verbunden sind. Es sind - nach dem Zeitpunkt der Fertigstellung zwischen 1965 und 1971 - die heutigen Gebäude der Ingenieurwissenschaften im Nordosten, der Naturwissenschaften im Südosten, der Geisteswissenschaften im Südwesten und der Medizin im

34) Die Ruhr-Universität Bochum wurde geradezu ein Testobjekt für Hochbauten in industrieller Vorfertigung - eine Feldfabrik bestand mehrere Jahre auf dem Campus - sowie für elektronische Netzwerkplanung als Voraussetzung für Betriebskooperation und Erhöhung der Baukapazität bei gleichzeitiger Verringerung der Bauzeiten. Vgl. hierzu u.a. F. HALLAUER 1966a, 1968a, 1968c, 1968e und 1975.

Abb. 16: Situationsplan der Ruhr-Universität Bochum



Quelle: Pressestelle der Ruhr-Universität Bochum

- 1 Straßenbahn- und Bushaltestelle Uni-Mitte am Uni-Center mit Fußgängerbrücke
- 2 Studentenhäuser und Musikisches Zentrum (im Bau)
- 3 Uni-Verwaltung (im Bau)
- 4 Universitätsbibliothek und Kunstsammlungen
- 5 Auditorium maximum
- 6 Mensa
- 7 Hörsaalzentrum Ost (HZO)
- 8 Kurzzeit-Sportanlagen
- 9 Botanischer Garten
- 10 Isotopenlabor
- 11 Teilchenbeschleuniger
- 12 Staatshochbauamt für die Universität Bochum Akad. Förderungswerk
- 13 Haus der Freunde

Nordwesten. In diesem Komplex ist der Ausbau der ursprünglich für Medizinische Institute vorgesehenen Gebäude MB und MC (seit 1970 im Rohbau fertiggestellt) gerade erst ange laufen; Gebäude MC soll nunmehr die Zahnmedizin, Gebäude MB Teile der Theoretischen Medizin, der Ingenieur- und Geisteswissenschaften aufnehmen. Im Kernbereich sind von Süd nach Nord die neue Zentralmensa (Mensa II mit insgesamt 3.400 Plätzen), das erst im Februar 1978 fertiggestellte, durch seine muschelförmige Dachkonstruktion auffallende Auditorium Maximum (mit insgesamt 2.307 Sitzplätzen)³⁵⁾ mit anschließendem Hörsaalzentrum Ost sowie die Universitätsbibliothek mit den RUB-Kunstsammlungen entstanden; Verwaltung, Musisches Zentrum und Studentenhaus befinden sich am Beginn einer Brücke zum nördlich gelegenen Uni-Center noch im Bau und sollen 1980 fertiggestellt sein.³⁶⁾ Unter dem Kernbereich liegt das zentrale Parkbauwerk der Universität mit ca. 1.900 Einstellplätzen.

Südlich der naturwissenschaftlichen Gebäude schließen weitere spezielle Forschungs-komplexe an und leiten zum Botanischen Garten und seinen Gewächshäusern über. Nördlich der ingenieurwissenschaftlichen Gebäude werden seit 1978 Werkstätten und Versuchshallen errichtet. Westlich des Universitätskomplexes, wo in den geisteswissenschaftlichen Instituten 60% der Studierenden ihre Lehrveranstaltungen besuchen, ist das Parkhaus West mit 2.000 Plätzen entstanden, während die mei-

35) Das gewaltige Auditorium Maximum als zentraler Veranstaltungsraum dient den Bochumer Symphonikern zugleich als Konzertsaal, wird aber auch als Tagungs- und Kongreßzentrum vielfältig genutzt. Neben einem Großen Saal (arenaförmiger Innenraum mit 1.987 Sitzplätzen) existieren zwei abgeschlossene Hörsäle sowie eine Vielzahl von Neben- und Vorbereitungsräumen. Vgl. RUB-aktuell, Ausgabe 51 vom 25. Januar 1978, S. 1 und S. 3.

36) Wegen der Studentenentwicklung mußte sich die Aufbauleistung im Bereich der Ruhr-Universität in den ersten Jahren ausschließlich auf die Schaffung von Studienplätzen konzentrieren; die Inangriffnahme der Zentralbauten wurde hintangestellt und erfolgte wegen gekürzter Mittelzuweisungen recht schleppend.

sten offenen Stellflächen insbesondere östlich des Kernbereiches angelegt worden sind. Hier liegen u.a. auch die Alte Mensa (demnächst Institut für Sportwissenschaft) und die am Hang des südöstlich gelegenen Kalwes seit 1975 entstandenen gestaffelten Gebäudekomplexe der Fachhochschule Bochum, die zum Winter-Semester 1979/80 fertiggestellt sein sollen. In ihrer Nachbarschaft werden schließlich noch die flächenintensiven Außenanlagen und Hallen des Instituts für Sportwissenschaft entstehen (H. THOL 1979, S. 110-114), während die Kurzzeitsportanlagen den geisteswissenschaftlichen Gebäuden vorgelagert wurden.

Der als "Betonlandschaft" vielgeschmähte Universitätsbereich, der durch Grünanlagen und Wasserflächen insbesondere im östlichen Querforum aufgelockert worden ist und durch bewußte "Konfrontation von Architektur und Landschaft" gestaltet wurde (H. THOL 1976, S. 129), entspricht vom Bauvolumen und der Versorgung mit Wasser, Fernwärme und Gas einer Stadt von 80.000 Einwohnern.³⁷⁾ Die architektonische Grundstruktur wird durch die Hochbauten der anonym und stereotyp wirkenden Institutsgebäude beherrscht, deren Erscheinungsbild ("durchgehende Rhythmisierung der Gesamtbaumasse" nach H. THOL 1977, S. 11) auch durch die vorgelagerten Sonderbauten kaum gemildert wird. Individuelle Bauformen und damit ein unverwechselbares Äußeres bestimmen dagegen die Zentralbauten, die unterschiedlich gestalteten Innenhöfe sowie die stärker gegliederten Querforen.

Als städtebauliches Gegengewicht zu dieser kompakten Baumasse der RUB ist seit etwa 1966 in drei Bauabschnitten eine Universitätswohnstadt für etwa 25.000 - 30.000 Einwohner mit dem Uni-Center als Neuem Zentrum entstanden; diese nahezu vollendete Rahmenstadt, auf die an anderer Stelle noch zurückzukommen ist, hat die Aufgabe, Wohnraum für die Hochschulbediensteten zu bieten sowie die Campus-Universität aus ihrer Isolierung zu lösen und gegenüber Stadt und Region zu öffnen. Hierzu trugen

37) Freundliche Auskunft von Herrn Dipl.-Ing. NARCISS, Staatshochbauamt für die Ruhr-Universität Bochum.

auch der Bau einer autobahnähnlichen Schnellstraße mit drei Abfahrten im Hochschulbereich, nämlich der 10 km langen Universitätsstraße (Innenstadt-Querenburg-Langendreer), sowie einer Straßenbahnlinie und nicht zuletzt eine hervorragende Einbindung in das regionale Autobahnnetz bei. Die breite Trasse der Universitätsstraße (sechs Fahrspuren und Gleiskörper der Straßenbahn) ruft allerdings im engeren Hochschulbereich eine trennende Wirkung zwischen Universitätsgebäuden und Uni-Center trotz eines beide Teile verbindenden langen Brückenbauwerks hervor.

Die unter dem Universitätsgelände liegenden Steinkohlenflöze wurden bis 1961 von Tiefbauzechen und teils nicht mehr bekannten Stollenbetrieben (Kleinzechen) abgebaut³⁸⁾, so daß umfangreiche Bergschadensicherungen erfolgen mußten. Zwei ehemalige Bergbaubetriebsflächen werden heute von der Universität genutzt. Das östlich gelegene hochschuleigene Kraftwerk³⁹⁾ und das Technische Zentrum stehen auf dem Gelände der 1958 abgebrochenen Zeche Mansfeld V. Unmittelbar südlich der Universität am Südabhang des bewaldeten Kalwes (mit berühmten Aufschluß eines geologischen Großsattels) war bis 1961 die Zeche Klosterbusch in Betrieb, in deren alten Werksgebäuden heute Arbeitsbereiche der Ingenieurwissenschaften und der Biologie untergebracht sind.

Schließlich sei noch erwähnt, daß 1964 ein Planungsbüro "Umlandplanung der Ruhr-Universität Bochum" gegründet wurde, in dem Bedienstete der Stadt und des Landes anfangs gemeinsam tätig waren. Später trug das Land nur noch durch Übernahme von Kosten zur Arbeit des der Stadtverwaltung

38) Vgl. Monographie der Ruhr-Universität I, 1965, S. 52-55 (Beitrag von C. HAHNE und F. HOLLMANN über Geologie und Bergbau, besonders die Einwirkungen des früheren Bergbaus auf den Baugrund) und A. MAYR 1976c, S. 118.

39) Es dient lediglich der Spitzenversorgung. Ansonsten werden Ruhr-Universität, Universitäts-Wohnstadt und auch die Opel-Werke durch Fernwärme vom Heizkraftwerk Prinz Regent in Bochum-Wiemelhausen versorgt (vgl. F.W. WEBER in J. DODT/A. MAYR 1976, S. 98f.).

angegliederten Büros bei. Aufgabe des Planungsbüros ist die Einbindung der Universität in einen geordneten städtebaulichen Gesamtrahmen. Wenngleich Einzelentscheidungen und -maßnahmen zeitweilig umstritten waren, so hat sich die Existenz dieses gemeinsamen Planungsbüros insgesamt doch als sehr förderlich erwiesen.

Wer heute nach Querenburg kommt und die kompakten Baumassen der Universität und der angrenzenden Wohnstadt erblickt, kann sich nur schwer vorstellen, daß dieses Gebiet noch vor weniger als zwei Jahrzehnten geprägt war von Äckern, Weideland, großen Bauernhöfen, einigen wenigen Ansiedlungen und den Bergbaubetrieben. Der Wandel der früheren Agrarlandschaft zur Stadtlandschaft ist durch R. WEGENER (1975) in einer Folge von Senkrechtaufnahmen und ergänzenden Erläuterungen beispielhaft dargestellt worden. Mit dem Abschluß der Bautätigkeit auf dem Gelände der Ruhr-Universität wird erst um 1985 gerechnet.

1.5 Konstanz

Nicht nur die Ruhr-Universität Bochum, sondern auch die Universität Konstanz ist von ihrer Lage her Campus-Hochschule im Peripherie-Bereich der Stadt. Das Hochschulgelände von rd. 243 ha Größe liegt 3,5 km nördlich des Stadtkerns am östlichen Ausläufer des Bodanrückens, der den Oberlinger See vom Untersee trennt. Der Ausblick auf den Bodensee, an den der Universitätsbesitz nahe der Insel Mainau unmittelbar angrenzt (vgl. Karte 6), war bei der Planung ein bestimmender Faktor. Die Stadt Konstanz, die Spitalstiftung Konstanz⁴⁰⁾, einige Privatpersonen sowie der Bund als Eigentümer von Kasernengelände veräußerten ihren Grundbesitz innerhalb des Universitätsgeländes an das Land

40) Grundbesitz des früheren städtischen Bürgerspitals; das Stiftungsgelände darf satzungsgemäß nicht geschmälert werden, bei Verkauf muß Ersatzgelände erworben werden.

Baden-Württemberg. Im Bereich des vorgesehenen Hochschulareals lag aber vor allem der im Eigentum des Grafen Lennart Bernadotte, Schloßherr zu Mainau, stehende Mainauwald mit allein 133 ha Größe. Sein Verkauf wurde abhängig gemacht von der Stellung von Ersatzwaldgelände an anderen Stellen auf dem Bodanrücken durch Stadt und Spitalstiftung Konstanz und von der Zahlung eines zusätzlichen Aufpreises für Bauerwartungsland durch das Land Baden-Württemberg. Weitere Grundstückstransaktionen und die Problematik der vorgenommenen Waldwertberechnung können hier unberücksichtigt bleiben. Das Land sicherte sich ferner ein Vorverkaufsrecht für forst- und landwirtschaftliche Grundstücke des Grafen Bernadotte, die an das jetzige Universitätsgelände nach Norden anschließen⁴¹⁾. Die Stadt Konstanz und das Land Baden-Württemberg schlossen neben einem Grundstücksvertrag (1965) und einem Vertrag zur Erschließung des Gewanns "Sonnenbühl" (1966) im Ortsteil Königsbau, das die Vorstufe der Universität aufnehmen sollte, 1969 einen umfassenden Universitätsbau- und Erschließungsvertrag im Interesse einer schnellen Errichtung der Universität Konstanz und ergänzender städtebaulicher Maßnahmen. Das gesamte Hochschulareal⁴²⁾ wurde baurechtlich als Sondergebiet ausgewiesen.

41) Nach Unterlagen des Staatlichen Liegenschaftsamtes Konstanz. Es wurden mehrere Kauf- und Abtauschverträge geschlossen, die im Endergebnis dazu führten, daß die Stadt Konstanz für die Universität ein "wohlabgewogenes Opfer" bringen mußte (Oberbürgermeister Dr. Bruno HELMLE, Konstanz).

42) Wie in Bochum wurde auch in Konstanz eine andere Standortalternative nicht diskutiert. Das Universitätsgelände westlich der Ortsteile Allmannsdorf und Egg ist der nächstgelegene relativ problemlose Erweiterungsbereich der Stadt, da ein Kasernenbereich (Klosterkaserne), ein militärisches Übungsgelände (Bettenberg), ein nahes Erholungsgebiet (Lorettowald/Horn) sowie der bereits auf Schweizer Hoheitsgebiet liegende städtische Besitz des Tägermooses westlich der Altstadt nur theoretische Alternativen darstellten (Freundliche Auskünfte von Herrn Dipl.-Ing. M. KERMANN, Universitätsbauamt Konstanz).

Es wurde folgende Zonierung des Universitätsgeländes vorgenommen⁴³⁾:

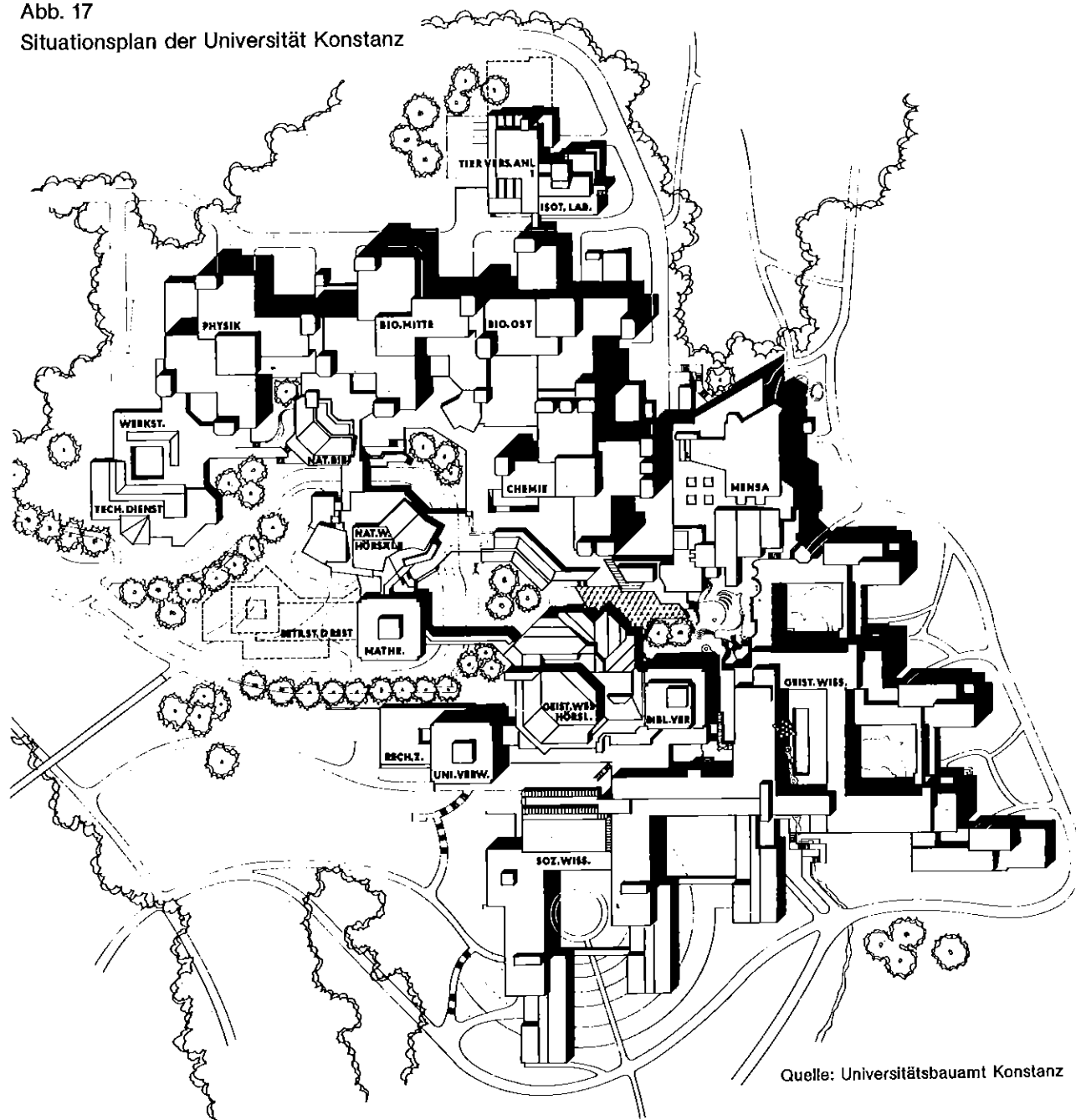
Kernbereich Gießberg mit Erweiterungen	ca. 50 ha
Vorstufe Sonnenbühl (mit Studentenheimen)	7 ha
Verkehrsflächen (einschl. Parkraum)	40 ha
Heizwerk	1 ha
Sportbereich	6 ha
Grünbereich: Talaue	15 ha
Landschaftsschutzgebiete	34 ha
Waldflächen (teilweise steile Lage)	67 ha
	<hr/>
	ca. 220 ha

Die verbleibende Restfläche stellt Wohnbaugelände für Universitätsbedienstete dar.

Es ist auffällig, daß nahezu die Hälfte des Geländes aus Gründen der Topographie oder des Landschaftsschutzes für eine Bebauung nicht infragekommen. Vorstufe und Kernbereich entstanden auf den beiden exponierten Flächen des Sonnenbühls am Südrand und des Gießbergs im Nordosten. Zwischen beiden zieht als Teil eines alten Rhein-Urstromtales der Hockgraben hindurch, der schwer bebaubar ist, aber auch aus ökologischen Gründen als Durchlüftungsschneise und Freiraum gesichert werden soll (Grüngebiet mit Spazierwegen). Die 1966 - 1967 errichtete Vorstufe auf dem Sonnenbühl enthält heute naturwissenschaftliche Laborgebäude (Physik), Studentenheime und ein differenziertes Wohnangebot, das vorübergehend für universitäre Zwecke genutzt wurde. Auf dem Höhenrücken des Gießbergs, der im Kern einer räumlichen Achse Altstadt-Universität-Mainau liegt, entsteht seit 1969 der eigentliche Universitätskomplex, der schneisenartig in den Mainauwald hineinragt und wegen seiner erhöhten Lage eine besondere optische Fernwirkung erreicht. Zwar kann die Universität nicht von der südlich des Rheins gelegenen Konstanzer Altstadt aus gesehen werden - es sei denn von den Türmen des Münsters aus -, wohl aber von

43) Nach Auskünften wie in Anmerkung 42.

Abb. 17
Situationsplan der Universität Konstanz



südwestlich und südöstlich gelegenen Schweizer Orten und den Städten Meersburg und Oberlingen am nördlichen Bodensee-Ufer (vgl. W. RITTER VON MANN 1970, S. 15-17 und W. BERNHARD 1970). Vor allem werden immer wieder die Einbindung in die "besonders wertvolle und eigenartige Bodenseelandschaft" und die daraus resultierenden Gesichtspunkte der Landschaftspflege und des Landschaftsschutzes herausgestellt ("Zur Universität Konstanz" 1966, S. 52 und H. LINDE 1966, S. 11-13). Etwas iro-

nisch hat R. DAHRENDORF in diesem Zusammenhang betont, daß am Bodensee das Wort "Landschaft" "meistens nicht geographisch-sachlich, sondern liturgisch weihetvoll verwendet" wird (1976, S. 15).⁴⁴⁾

44) Neuerdings hat A. BORST darauf hingewiesen, daß die natürliche Lage des Bodenseeraumes stets ambivalent war, daß aber an der Universität Konstanz nur intensiv lehren könne, wer "an die Bildungsgeschichte der Landschaft" anknüpfe (1978, S. 80).

Die Gesamtanlage der Universität wird in vier Betriebsstufen errichtet, von denen A und B ganz sowie C zum überwiegenden Teil fertiggestellt sind. Die Baustufen C Rest und D, die den West- und Nordbereich des Hochschulkomplexes betreffen, sind in Bauausführung (vgl. Empfehlungen des Wissenschaftsrates zum Ausbau der Universität Konstanz 1978, S. 22-24 und W. RITTER VON MANN 1978). Der gesamte Baukomplex entsteht auf der Basis eines mehrfachen Rasterystems und bildet drei charakteristische Bereiche.

Im Mittelfeld sind bandartig die zentralen Einrichtungen aneinandergereiht: von West nach Ost folgen Rechenzentrum, Verwaltung, Hörsaalzentrum und Bibliothek der Geisteswissenschaften (zur Zeit vereinigt mit Naturwissenschaften) sowie im Anschluß daran und nach Nordosten versetzt die Eingangszonen, Studentenwerk und Mensa (mit umfassender Aussicht auf den Bodensee). Die Zentralanlage sichert eine hohe Ausnutzungsfrequenz.

Im Norden und Nordwesten vor dem Waldrand wurde die relativ hohe Bebauung der naturwissenschaftlichen Fachbereiche angeordnet, die die größte optische Fernwirkung erzielen. Bisher sind lediglich zwei Laborgebäude fertiggestellt (Chemie, Biologie-Ost), während Hörsaal- und Bibliothekszentrum der Naturwissenschaften, weitere Bauten für die Fachbereiche Biologie, Physik und Mathematik sowie Werkstätten am Westrand und Spezialeinrichtungen am Nordrand (Tierversuchsanlage, Isotopenlabor) derzeit errichtet werden. Innerhalb der Naturwissenschaften ist Biologie als besonderer Schwerpunkt vorgesehen (vgl. H. SUND 1976).

Das bauliche Geflecht der geistes- und sozialwissenschaftlichen Fachbereiche treppt sich kleinmaßstäblich der Topographie folgend an den Hängen des Gießbergs nach Osten und Süden ab. In ihrer Differenziertheit sind diese Baugruppen ein Pendant der neuen Wohngebiete in den unmittelbaren Nahbereichen auf dem südlichen Sonnenbühl (vorhanden) sowie den im Südosten bzw. Osten gelegenen Erhebungen der Jungerhalde bzw. des Krähenberges (geplante Bebauung).

Alle Baugruppen der Universität, deren Kernfläche lediglich 350 x 350 m groß ist,

sind über ein internes Fußgängersystem verbunden. Die äußere Erschließung mit Parkzonen außerhalb der baulichen Anlage erfolgt von Westen und Norden. Ober eine Mensatreppe und die Seegasse gelangt man nach Nordosten zu den am Bodensee nördlich des Ortsteils Egg entstehenden umfangreichen Sportanlagen (Stadion, andere Freianlagen, Sporthallen) mit besonderen Möglichkeiten für den Wassersport (Sporthafen). Ebenfalls außerhalb der Zone für Forschung und Lehre liegt nordwestlich inmitten des Mainauwaldes an der neuen Universitätsstraße das Heizwerk mit einem angeschlossenen technischen Versorgungsbereich. Leider erreicht auch der 75 m hohe Schornstein des Heizwerks die so oft beschworene Fernwirkung; als störendes Element scheint er mir nicht unbedingt mit dem sog. Bodensee-Erlaß der baden-württembergischen Landesregierung vereinbar zu sein.

Beeindruckend sind - im Vergleich zur Monotonie der Architektur der Bochumer Institutsbauten - die differenzierte Vielfalt und aufgelockerte Dynamik des Konstanzer Kompaktbaues, die der Hochschule eine unverwechselbare Individualität verleihen⁴⁵⁾; diese wird noch gesteigert durch eine starke Durchdringung von Architektur und verschiedenartigster, sehr ansprechender bildender Kunst. Gleichwohl charakterisiert A. BORST den Hochschulkomplex als "Betongebirge der Universität am Wiesenhang", das in unverkennbarer Spannung zur Landschaft stehe (1978, S. 69).

Seit September 1976 sind zwei Drittel des Konstanzer Universitätsbauprogramms fertiggestellt, während die räumliche Integration in die Stadt - teilweise bedingt durch den Stop von hochscholorientierten Wohnungsbauprojekten und eine unzureichen-

45) Sehr individuell gestaltet sind auch die einzelnen Baugruppen der Universitäten Regensburg und Bremen, während für die nordrhein-westfälischen Hochschulbauten - insbesondere für Bochum und die Gesamthochschulen - Standardisierung und Gleichförmigkeit m.E. charakteristisch sind. Dabei ist zu betonen, daß auch für Konstanz die Kostenrichtwerte des Bundes und Landes verbindlich waren und eingehalten werden konnten.

de Anbindung durch den öffentlichen Nahverkehr - noch erheblich zu wünschen übrig läßt. In den Randlagen des Universitätsbauwerks sind noch Erweiterungen möglich. Angesichts der Größe des Geländes könnten auch noch weitere Hochschuleinrichtungen (Erziehungswissenschaften, Ingenieurwissenschaften, Medizin?) oder aggregierte Forschungsinstitute errichtet werden, die man für einen späteren Zeitpunkt nicht für ausgeschlossen hält.

1.6 Essen

Die Analyse des Hochschulgeländes der Universität Essen-Gesamthochschule soll im wesentlichen auf die Hauptbaufläche beschränkt bleiben. Bei der Darstellung von Entwicklung und Struktur der Hochschule ist ausführlich dargelegt worden, warum aus bildungspolitischen und städtebaulichen Gründen der Mikrostandort City-Nord im sog. Segeroth-Viertel gewählt wurde. Karte 7 läßt erkennen, daß das nur 40 ha große Universitätsgelände (Kernfläche 16 ha) unmittelbar nordwestlich des Stadtkerns liegt und im Westen (Krupp-Fabriken), Norden und Osten überwiegend von Industrie- und Gewerbeflächen sowie kleineren Wohnbereichen umgeben wird.

Der Komplex wird von den in die benachteiligte Emscherzone des Ruhrreviers hinein führenden Straßenzüge Segerothstraße/Bottroper Straße im Westen und Gladbecker Straße/Reckhammerweg im Osten und Nordosten begrenzt. Im Norden bildet vorläufig die Grillostraße die Grenze des Hochschulgeländes, doch stehen nördlich noch drei ehemals gewerblich genutzte Flächen für Erweiterungen zur Verfügung, darunter insbesondere das Grundstück des abgeräumten früheren städtischen Gaswerks. Das bereits im Landesbesitz befindliche Gelände des Friedhofs Segeroth (Ruhezeit läuft 1980 aus) wird von der Universität nicht mehr beansprucht und soll der Stadt für die Anlage von Grünflächen zur Verfügung gestellt werden.

Der Nordbereich der Hauptbaufläche wurde ehemals von dem abgeräumten Güterbahnhof

Segeroth eingenommen, der Südbereich von einem durch Bomben zerstörten, extrem sanierungsbedürftigen gründerzeitlichen Wohnviertel. Die Gesamtfläche wurde seit Mitte des vergangenen Jahrhunderts durch intensiven Steinkohlenabbau (bei nur 50 m Deckgebirgsmächtigkeit) geprägt oder beeinflusst. Im Mittel- bzw. Westabschnitt der heutigen Universitäts-(früher Union-)straße lagen zwei 1875 verfüllte, 1925 abgedeckte Schächte, nämlich der Schacht Mathias (Teufe 252 m) und ein Wetterbohrschacht (Teufe ca. 80 m). Dieser Bereich mußte durch besondere Maßnahmen gesichert werden.⁴⁶⁾ Auf dem Gelände der Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerke (RWE) östlich der Gladbecker Straße förderte bis Ende der 60er Jahre die Zeche Victoria Mathias.

Die Südgrenze des Universitätsgeländes wird durch die sehr breite, in Hochlage geführte Eisenbahntrasse der Rheinischen Bahn gebildet, die derzeit nur für den Güterverkehr genutzt und vielleicht langfristig in das S-Bahn-Netz des Rhein-Ruhrgebietes einbezogen wird. Auf die Nutzung von drei südwestlich angrenzenden Parzellen (zwischen Nordhof- und Schlosserstraße) hat die Hochschule inzwischen verzichtet (hier liegt u.a. ein Bordell); über die unmittelbar südlich des Hochschulgeländes anschließenden Flächen (u.a. Großmarkt, der verlegt werden soll) verfügt die Stadt Essen, die sie als Integrationsbereich zwischen City und Universität ansieht und gesondert durch Mischbebauung (Wohnen/Hochschule) entwickeln möchte (vgl. Stadt Essen 1972 und 1973, S. 62f.).

Durch den Baustab für die Gesamthochschule Essen erfolgte einschließlich der noch zu besprechenden Verkehrsanbindung folgende zusammenfassende Wertung des Universitätsgeländes: "Die Grundstücke bieten mit ihrer Morphologie, u.a. dem Vorhandensein von zwei ehemaligen Bergbauschächten, der Unterbemessung der Erschließungssysteme, dem Problem der Verlegung eines Güterbahnhofs, der Flächenbeschränkung innerhalb

46) Nach unveröffentlichten Unterlagen der Zentralen Planungsstelle für die Rationalisierung von Landesbauten (ZPL), Bauleitung Essen.

zum Teil sanierungsbedürftiger Wohn- und Gewerbebebauung sowie dem neuen Angebot an S-Bahn und U-Bahn alle schwierigen, aber auch interessanten Aspekte der Ruhrgebietslandschaft" (B. DIRKSMEIER, K. SCHLIEBE, A. SCHOLZ und H. SCHULTHEIS 1974, S. A 316).

Die Stadtplaner hoffen, daß die Hochschulbebauung nicht nur eine Brückenfunktion zur City übernimmt, sondern erwarten auch Impulse für die Umgebung der Universität im teils veralteten, schlecht geordneten und lange vernachlässigten Nordviertel sowie im angrenzenden Stadtbezirk Altenessen-Süd (vgl. Stadt Essen 1972 und 1973, A. SCHOLZ 1974). Die Stadt Essen wünscht die Aktivierung einer Entwicklungsachse zwischen dem durch die Rheinische Bahn begrenzten Hochschulgelände im Süden über die Köln-Mindener Bahn bis hin zum Karlsplatz im Norden von Altenessen; als Planungsraum "Nordstadt" wird im wesentlichen das Nordviertel und die südliche Hälfte des Stadtbezirkes Altenessen-Süd zusammengefaßt.⁴⁷⁾ Eine nahe der Universität gelegene Bezirkssportanlage an der Gladbecker Straße in Altenessen-Süd wurde vom Land als Hochschulsportgelände erworben, wird aber gemeinsam mit der Ortsbevölkerung genutzt.⁴⁸⁾ Sie soll durch Ausbau der Leichtathletik-Anlagen und eine Sporthalle ergänzt werden.

Die Stadt Essen hat den Kernbereich des Universitätsgeländes in ein Sonderbaugebiet umgewidmet und 1972 einen pauschalen Be-

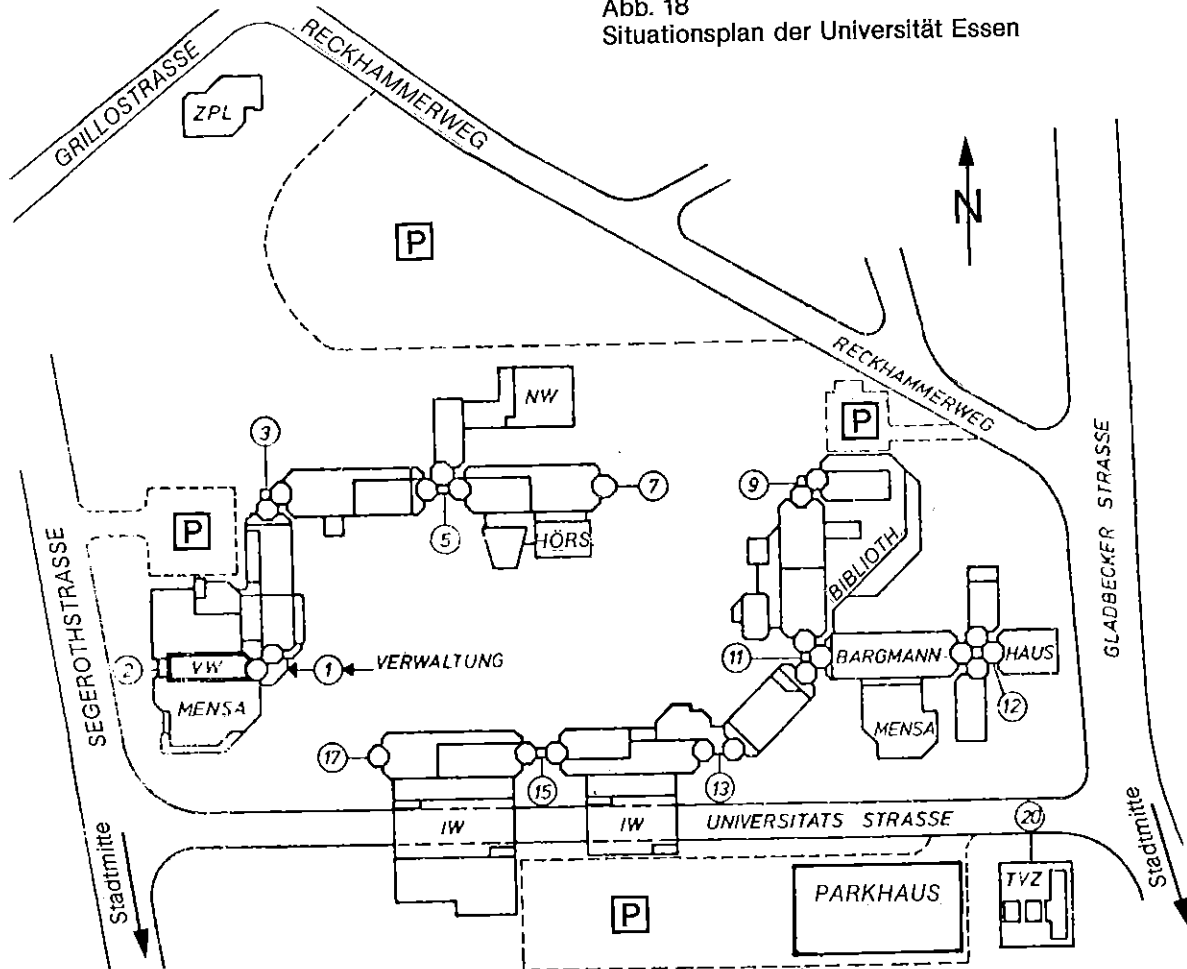
47) Dieses Planungskonzept wird ergänzt durch ein weiteres für den Planungsraum "Altenessen", der den Stadtbezirk Altenessen-Nord und den nördlichen Teil von Altenessen-Süd umfaßt. Der ehemals durch Bergbau (5 von 32 Essener Zechen) und Krupp-Fabriken geprägte Raum, der unter mangelndem Wohn- und Freizeitwert sowie der Bergbaustrukturkrise sehr gelitten hat, ist durch erfolgreiche Gewerbeansiedlungsmaßnahmen und ein Einkaufszentrum gefördert worden und soll mit dem Bereich Altenessen/Karlsplatz ein attraktives Nebenzentrum erhalten, das den nördlichen Punkt der Entwicklungsachse City-Hochschule-Nordstadt-Altenessen darstellt (Stadt Essen 1973, S. 30 und S. 37f.).

48) Freundliche Auskünfte von Herrn Bernd DRESCHER, Leiter der Pressestelle der Gesamthochschule Essen.

bauungsplan verabschiedet. Nachdem zunächst auf der Landesebene - vertreten durch die Zentrale Planungsstelle für die Rationalisierung von Landesbauten (ZPL) - und auf seiten der Kommunalverwaltung zwei getrennt arbeitende Entwicklungsgruppen tätig waren, wurde 1970 eine integrierte Arbeitsgruppe und nach dem Vorbild von Münster ein gemeinsamer Baustab gegründet; er beschäftigte sich vor allem mit der Einpassung des Hochschulbauprogramms in das städtebauliche Rahmenkonzept der Stadt Essen. In einer ersten Grundvereinbarung vom 7.4.1971, die inzwischen entsprechend den Ausführungen über das Hochschulgelände abgeändert worden ist, wurde ein Konzept der strukturellen Verflechtung von Hochschule und Stadt beschlossen. Die Voraussetzungen, die Hochschule den Bürgern zu öffnen, sollten durch eine städtebauliche Transparenz der Gestaltung, durch Freiplätze und die Vorhaltung von Flächen für den Folgebedarf seitens des Landes geschaffen werden. Für die Anbindung und Verbindung des Universitätsgeländes nördlich der Bundesbahn mit der City wurde die Stadt allein verantwortlich gemacht. Ein hierzu vorgeschlagenes Brückenbauwerk als integratives Element scheiterte bisher nicht nur an den Kosten, sondern auch an den konstruktiven Möglichkeiten. Inzwischen hat der Rat der Stadt Essen beschlossen, das Nadelöhr der Bahnunterführung im Zuge der Gladbecker Straße durch einen 16 m breiten Tunnel zu ersetzen, in dem auch Einzelhandelsgeschäfte vorgesehen sind. Damit ist eine bessere Anbindung des östlichen Universitätsgeländes zum Viehofer Platz gegeben, von dem aus man direkt zum Hochschulgebäude an der Schützenbahn (frühere Maschinenbauschule) sowie in die Essener Fußgängerzone und zum Hauptbahnhof gelangt (Entfernung ca. 1,5 km). Neuerdings hat ein Essener Architekt in Ergänzung dazu eine schmale Fußgängerbrücke zwischen der Mensa am Westrand des Hochschulkomplexes und den Bus- und U-Bahn-Haltestellen am Berliner Platz vorgeschlagen.⁴⁹⁾

49) Vgl. Ein Laufband in die City. In: Essener Hochschuljournal Nr. 7, Mai/Juni 1978, S. 5.

Abb. 18
Situationsplan der Universität Essen



Quelle: Pressestelle der Universität Essen

Bargmann-Haus = Geisteswissenschaften (einschl. Kunst)

IW = Ingenieurwissenschaften

NW = Naturwissenschaften

TVZ = Technisches Versorgungszentrum

VW = Verwaltung

ZPL = Zentrale Planungsstelle für die Rationalisierung von Landesbauten

Bei der Darstellung der Essener Universitätsentwicklung wurde bereits ausgeführt, daß 1974 als erstes Gebäude der Gesamthochschule das Aufbau- und Verfügungszentrum (Bargmann-Haus) auf dem südöstlichen Stammgelände fertiggestellt wurde; das kreuzförmige dunkle Stahlbauwerk hebt sich deutlich ab von den Betonbauten der 1977 übergebenen Baustufe 1975. Die Baustufe 1980 ist nicht mehr genehmigt worden. Die Baustruktur der Universität Essen (vgl. Abb. 18) basiert wie in Bochum auf Serienbauweise mit elementierten und standardisierten Bauteilen. Diese wurden jedoch mit einem hohen Grad an Flexi-

bilität zu einem multifunktionalen, vieltgliedrigen Bausystem vereinigt, das durch innere wie auch äußere Veränderbarkeit (d.h. Möglichkeit der Erweiterung) bestimmt ist und sich bei zahlreichen Umrüstungen bewährt hat. Die Gebäude sind sechs- bis zwölf-, in der Regel achtgeschossig und erhalten individuelle Noten durch verschiedene Zentraleinrichtungen je nach Zielbestimmung für die einzelnen Fachbereiche (Geistes-, Wirtschafts-, Sozial-, Ingenieur- und Naturwissenschaften). Nach langen Diskussionen zwischen Stadt- und Landesvertretern wurde ein zunächst geplan-

tes starres Rastersystem in Einzelkomplexe aufgelöst.⁵⁰⁾ Hochschulverwaltung, Hauptmensa und andere zentrale Einrichtungen liegen als Haupteingangsbereich der Hochschule im Westen, die naturwissenschaftlichen Laborgebäude und Hörsäle im Norden des Stammgeländes in einem in etwa winkelförmigen und weiter aufgelösten ersten Baukomplex. Die Zentralbibliothek, die geisteswissenschaftlichen Fachbereiche einschließlich Kunst sowie die alte Mensa sind im Ostbereich in einem zweiten Gebäudekomplex vereinigt, der sich nach Westen bogenmäßig zu den Instituten und Maschinenhallen der Ingenieurwissenschaften unmittelbar an der Universitätsstraße fortsetzt. Im Südosten liegen an der Ecke Gladbecker Straße/Universitätsstraße das Technische Versorgungszentrum und ein Parkhaus mit 850 Einstellplätzen, das zum Herbst 1979 eröffnet wird, aber bei weitem nicht ausreicht. Andere Parkplätze verteilen sich insbesondere auf dem nördlichen und südlichen Hochschulareal.

Die beiden großen Gebäudekomplexe umschließen eine innere Grünfläche, die ergänzend gärtnerisch gestaltet worden ist. Sie soll auch bei notwendigen Erweiterungen möglichst unangetastet bleiben.⁵¹⁾ Nicht zuletzt zur optischen Bereicherung des Hochschulgeländes sind auf der Hauptbaufläche noch ein Teich, Volieren und Gewächshäuser für den Fachbereich Biologie vorgesehen.⁵²⁾ Ein ursprünglich geplantes hochschulinternes Wegenetz wurde als System öffentlicher Fußwege erstellt. Die zentralen Einrichtungen der Gesamthochschule wie Bibliothek, Mensa

und Anlagen des Neubaugebietes sind auch den Bürgern der Stadt Essen zugänglich. Die Parterre-Ebene (sog. Nullebene) soll noch universitätsfremde Einrichtungen wie Ladenlokale und Gastronomiebetriebe erhalten, die bisher aber noch nicht gewonnen werden konnten.

Westlich des Hochschulgeländes wird im Zuge der Segerothstraße an der Fortführung jener U-Bahn-Linie gearbeitet, die als Modellstrecke der Stadtbahngesellschaft Rhein-Ruhr seit dem 28.5.1977 Mülheim-Heißen mit dem Essener Hauptbahnhof verbindet und sich dort in Richtung Wiener Platz (U 18) bzw. zum neuen Essener Rathaus am Porscheplatz teilt. Die U 18 wird bis 1981 über den Berliner Platz zur Grillostraße verlängert, unter der die Haltestelle "Universität" liegt.⁵³⁾

Für die Hochschule wird künftig von besonderer Bedeutung sein, daß der zum Städtischen Saalbau führende Abzweig der Stadtbahnlinie langfristig in Richtung Gruga und Margarethenhöhe (U 17) verlängert wird und damit das Klinikum in Holsterhausen mit dem Stammgelände der Universität verbindet. Das Hochschulgelände des Klinikums umfaßt insgesamt 23 ha, wovon 14 ha auf die Hauptbaufläche, 5 ha auf ergänzendes Klinikengelände und 4 ha auf Reserve- und Wohnbereiche entfallen.⁵⁴⁾ Der Komplex, der mit rd. 1.700 Betten das größte Krankenhaus des Ruhrgebiets darstellt, hat sich in den letzten Jahren sehr verändert. Im Südbereich ist im Mühlbachtal zwischen Virchowstraße und Gruga als 13geschossiger, 67 m hoher Hochhauskomplex in den Jahren 1972 bis 1976 die Institutsgruppe I für die theoretische Medizin neu entstanden. Unmittelbar an sie schließt nördlich das vom Landschaftsver-

50) Gleichwohl ist von Architekten der Vorwurf erhoben worden, es handle sich "um eine wilde Gruppierung von unförmigen Betonsilos, Fabrikhallen oder chemischen Superlaboratorien" und es fehle Formenharmonie und Schönheit der gebauten Umwelt (Leserbrief, Westdeutsche Allgemeine Zeitung Essen vom 19.5.1976).

51) Solche Erweiterungsmöglichkeiten sind an den Kernen 3 und 7 (Naturwissenschaften), 9 (Geisteswissenschaften) und 13 (Ingenieurwissenschaften) vorhanden.

52) Freundliche Mitteilung von Herrn Bernd DRESCHER, Leiter der Pressestelle der Universität Essen.

53) Die Stadt Essen wünscht eine Verlängerung dieser Stadtbahnlinie über Altenessen-Süd, Altenessen-Nord (Karlsplatz) nach Karnap (Stadt Essen 1973, S. 64).

54) Freundliche Auskünfte von Herrn Regierungsbaudirektor WOLTER, Staatliche Bauleitung für das Klinikum Essen.

band Rheinland 1974 neueröffnete Psychiatrische Landeskrankenhaus an. Weiterhin wurden Schwesternwohnheime und eine neue Mensa gebaut. Seit 1979 wird für die völlig unzureichend untergebrachten hochspezialisierten operativen Fächer nach Abbruch überalterter Bausubstanz im Südosten des Klinikgeländes ein Operatives Zentrum errichtet (veranschlagte Bausumme: 280 Mill. DM), das mit 625 Betten etwa 40% des Gesamtbettenbestandes ersetzen soll (W. KRÜLL 1978b, S. 10). Um einen Zentralbereich werden sich sternförmig vier neugeschossige Bettenhochhäuser anordnen. Grundlage des Ausbaus ist der Generalplan '74 für das Klinikum Essen, mit dem das Land Nordrhein-Westfalen die Voraussetzungen zum Ausbau und zur Sanierung der bis 1963 Städtischen Krankenanstalten übernommen hat.⁵⁵⁾

Ist das Klinikum schon länger im Bewußtsein der Essener Bevölkerung verankert, so kann diese sich von der Hauptbaufläche der Gesamthochschule erst seit einigen Jahren eine Vorstellung machen. Der Baukomplex unmittelbar nördlich des Bahndammes bildet von der nördlichen Essener City aus eine eindrucksvolle Kulisse, erst recht von der Aussichtsplattform des 104 m hohen, 23geschossigen neuen Rathauses aus, das im Oktober 1979 übergeben werden soll.

Die einmalige Lage im unmittelbaren Anschluß an den Stadtkern bietet eine gute Voraussetzung dafür, daß Hochschule und Stadt miteinander verschmelzen können oder richtiger, daß die City über die Rheinische Bahn hinaus erweitert werden kann. Man wird an dieser Aufgabe jedoch noch lange arbeiten müssen.

Abschließend sei noch auf zwei Projekte verwiesen, die besondere Ansätze der Verkehrsplanung in Hochschulgebieten enthalten. Als Standort der Gesamthochschule Wuppertal, die inzwischen auf dem Griffenberg südlich des Stadtzentrums Elberfeld entstanden ist, wurde von einem örtlichen Architekten eine partielle Oberbauung des Bahnhofs Wuppertal-Steinbeck in drei

Ebenen vorgeschlagen. Über der Gleiszone mit Nah- und Fernverkehr sollte eine Fahr- und Parkzone mit großen Parkdecks entstehen, darüber eine Fußgängerzone, in der auch die Fakultätsgebäude und Hörsäle hätten lokalisiert werden sollen. In diesem Falle hätte keine Notwendigkeit bestanden, den Nahverkehr an die Hochschule heranzuführen, weil diese unweit eines Stadtkerns selbst verkehrsintegriert in einem Schnittpunkt von Nah- und Fernverkehr, schienengebundenem und Straßenverkehr, entstanden wäre. Das Projekt einer Bahnhofsüberbauung ("Die Wuppertaler Schwebeuniversität" 1972, S. 20f.) kam jedoch wegen grundsätzlicher und technischer Probleme über eine erste Diskussionsphase nicht hinaus.

Verkehrsprobleme innerhalb eines Hochschulgeländes werden demnächst auf dem durch ein Bachtal deutlich gegliederten großen Campus der Universität Dortmund auf ungewöhnliche Weise gelöst. Zwischen dem Aufbau- und Verfügungszentrum am äußersten Südrand des Geländes und der Hauptbaufläche (ca. 1.000 m Entfernung) ist eine elektrisch betriebene neuartige Hängebahn vorgesehen. Das zugleich als Versuch betriebene neue Verkehrsmittel soll vor allem den Parkstandbedarf reduzieren helfen, der zur Zeit doppelt vorgehalten werden muß. Zwischen beiden Teilkomplexen pendeln täglich über 5.000 Autos, 160 Radfahrer und 140 Fußgänger. Die umweltfreundliche und energiesparende Bahn ist zugleich Bestandteil eines Forschungsprojektes, das ein Dortmunder Hochschullehrer durchführt (R. JONEMANN 1978).

55) Ebd. (nach Kurzbericht zum Ausbau der Medizinischen Einrichtungen der Gesamthochschule Essen).

2. Hochschule und Verkehr

Die Lagequalität eines Universitäts-Mikrostandortes ist in entscheidender Weise von der Integration in das städtische und regionale Verkehrsnetz, dem Wohnraum-Angebot für die Hochschulbevölkerung sowie der Erreichbarkeit von Erholungsgebieten bestimmt. Diese Größen beeinflussen einander wechselseitig, werden ihrerseits aber wiederum gesteuert vom Einzugsbereich und der regionalen Herkunft der Studierenden sowie dem Angebot des Wohnumfeldes der Universität.

2.1 Die Lage im Verkehrsnetz

Im Idealfall sollte eine Hochschule möglichst in der Nähe des Stadtzentrums und/oder des Hauptbahnhofes liegen, weil sie von dort aus leicht erreicht werden kann und durch diese Lage besondere Möglichkeiten zur Kommunikation geschaffen werden. Die auch stadtentwicklungsplanerisch positiven Effekte können allerdings durch extremes Wachstum von Hochschulen (Verdrängungseffekte) wieder aufgehoben werden, wie die Situation in manchen Universitätsstädten deutlich zeigt. Damit Tagespendler aus dem Umland, möglicherweise auch Bedienstete und Besucher von auswärts - einschließlich Kontaktstudenten - die Universität ohne Schwierigkeiten erreichen können, wäre die Nähe eines Bahnhofs vorteilhaft. So liegen die Universitäten Stuttgart und Leipzig in unmittelbarer Nachbarschaft eines Hauptbahnhofes, Essen in zumindest zumutbarer fußläufiger Entfernung; diese Aussagen gelten jeweils nur für den Hauptstandort. In Köln liegt das Universitätshauptgebäude nur 5 Minuten vom Südbahnhof der Bundesbahnstrecke Köln-Bonn entfernt, wo die meisten Eisenbahnpendler ankommen; ¹⁾ hier halten

allerdings keine Eil- und Schnellzüge. Etwas weiter stadteinwärts befindet sich der Bahnhof Barbarossaplatz, Endstation der Vorgebirgs-Linie der privaten Köln-Bonner Eisenbahnen AG. Der Bahnhof an einer Eisenbahnlinie kann auch durch eine Haltestelle eines anderen regionalen Schnellverkehrsmittels ersetzt werden, z.B. die U-Bahn in Berlin, Hamburg oder München. U-Bahn-Anschlüsse werden künftig auch die Universitäten Köln und Essen erhalten.

Von ganz entscheidender Bedeutung ist die Bedienung der Hochschule durch ein lokales öffentliches Verkehrsmittel mit häufigen Frequenzen und akzeptablen Fahrpreisen, die man heute kaum noch findet. In Bochum wurde in Teilabschnitten bis 1971 auf weitgehend eigenem Gleiskörper eine 6 km lange Straßenbahnlinie vom Hauptbahnhof zur Universität und dem neuen Großwohngebiet der Hustadt gebaut; sie soll künftig einmal am Kemnader Ruhrstausee vorbei nach Witten führen und zur Stadtbahn aufgestuft werden. Außerdem wird die Universität durch drei Buslinien angefahren. Auch die Universität Köln wird im wesentlichen durch zwei Straßenbahnlinien und ergänzend durch Autobusse bedient. Fünf Buslinien verbinden die Hauptbaufläche der Universität Essen mit der City und den nördlichen Stadtteilen. Die Hochschuleinrichtungen in den Innenstädten von Münster und Göttingen sind vom Hauptbahnhof aus großenteils fußläufig erreichbar, die Außenbereiche werden ebenso wie die peripher gelegene Universität Konstanz (hier seit 1972) von je einer Buslinie angefahren, deren Frequenz in Münster sehr hoch (Ringlinie), in Göttingen und Konstanz noch unbefriedigend ist. Die von den Verkehrsbetrieben angebotenen zahlen- und zeitmäßig begrenzten Fahrtmöglichkeiten - bedingt durch die Anwendung des Wirtschaftlichkeitsprinzips - tragen nicht dazu bei, den öffentlichen Nahverkehr attraktiv erscheinen zu lassen. Dies ändert sich auch dadurch kaum, daß wie in Bremen und Konstanz der Bus bis unmittelbar vor den Universitäts-Haupteingang fahren darf. Als besonders ungünstig hat sich eine Hochschulbedienung mit gebrochenem Verkehr (Straßenbahn/Bus) herausgestellt, wie sie in Bochum und Dortmund (A. MAYR 1971, S. 173) lange notwendig war und in Bremen noch existiert.

1) Zwischen dem WS 1963/64 und dem SS 1966 betrug die Zahl der Kölner Studierenden, die ausschließlich oder überwiegend die Bundesbahn für den Weg zur Universität benutzten, zwischen 3.052 und 3.565 (rd. 20%); von ihnen stiegen rd. 1.800-2.200 in Köln-Süd, rd. 1.200-1.400 in Köln-Hbf. aus (G. KUNZ 1968a, S. 236f. und S. 351). Wegen des gestiegenen Motorisierungsgrades dürfte der Anteil jedoch stark zurückgegangen sein.

Von Bedeutung ist schließlich, daß Studierende und Bedienstete - nicht zuletzt wegen des Wechsels von Semester und vorlesungsfreier Zeit - eine Verkehrslinie meist nicht auslasten können; deswegen sollte diese einen großen Einzugsbereich haben und die Universität möglichst nicht - wie in Konstanz, Regensburg und Bremen unvermeidbar - Endstation, sondern Zwischenstation inmitten eines mehrpoligen Spannungsfeldes sein. Die Errichtung von Universitätswohnstädten in der Nachbarschaft peripherer Campus-Hochschulen dient auch der Erhöhung der Tragfähigkeit einer Hochschul-Erschließungslinie. In Bochum endet die Straßenbahnlinie Innenstadt-Hustadt praktisch dennoch an der Ruhr-Universität und wird in der östlichen Verlängerung kaum beansprucht. Dies ist vor allem darin begründet, daß die Haltestelle "Hustadt" viel zu weit vom Wohngebiet entfernt liegt, welches mit einer eigenen Buslinie erschlossen wird.

Die veränderten Verkehrsgewohnheiten, auf die noch einzugehen ist, lassen eine gute Einbindung der Hochschule in das Hauptstraßennetz für einen großen Teil der Studenten, vor allem aber für die Bediensteten sowie für Lieferanten und Besucher als unerläßlich erscheinen. Als günstig hat sich vor allem auch zur Entlastung des innerstädtischen Verkehrsaufkommens ein naher Autobahn- oder Schnellstraßenanschluß herausgestellt. Eine vorzügliche Lage im Autobahnnetz mit eigener Auffahrt 1 km östlich von Querenburg hat inzwischen die Ruhr-Universität Bochum, die zudem an die Innenstadt und das Subzentrum Langendreer mit der 10 km langen Universitätsstraße angebunden ist. Diese vierspurige, größtenteils plankreuzungsfrei geführte Schnellstraße mit vier z.T. komplizierten Knoten im Universitätsbereich wurde allerdings erst Ende 1973 nach zehnjähriger Bauzeit fertig.²⁾ Eine nahe Autobahnauffahrt

2) Vgl. Stadt Bochum 1968b und 1972; zur Kritik siehe R. MENKE 1973. Der Universitätsstraße, der Ruhr-Universität und der Universitätswohnstadt mußten insgesamt 150 Wohngebäude weichen. - Die Universitätsstraße verbindet die Ruhr-Universität mit zwei Bundesautobahnen sowie der Stadtautobahn, die bereits vorher im Rahmen der Ansiedlung des Opel-Werks entstanden war.

hat auch die Universität Dortmund. Die Hochschulgelände Regensburg und Bremen werden zwar von Autobahnen berührt, haben aber (noch) keinen Anschluß. Die Universität Köln liegt unmittelbar an einer innerstädtischen Durchgangsstraße (Innere Kanalstraße - Universitätsstraße), die ebensoviel Durchgangs- wie Zielverkehr aufweist. Neue Tangentialstraßen sind teilweise schon entstanden und werden noch fortgeführt in Göttingen (Innenstadt-Osttangente als südliche Verlängerung der Robert-Koch-Straße aus dem Universitäts-Neubaugebiet) sowie in Münster (1.-3. Westtangente mit teilweiser Neutrasseierung). Neu ausgebaute Landstraßen und eine Stichstraße führen zur Universität Konstanz, die von der Innenstadt aus relativ ungünstig zu erreichen ist, da der Gesamtverkehr über die stark belastete, oft nur im Schrittempo zu befahrende Rheinbrücke führt. Als vierspurige Schnellstraße wird künftig der Bodenseeschnellweg (EB 33) das westliche Stadtgebiet durchziehen und sieben Anschlüsse an das städtische Straßennetz erhalten, von denen einige auch auf die Universität ausgerichtet sind (Stadt Konstanz 1969).

2.2 Motorisierung und ruhender Verkehr

Die Zahl der mit einem eigenen Kraftfahrzeug zur Universität fahrenden Hochschulbediensteten, Studenten und Besucher ist inzwischen so stark angestiegen, daß die Schaffung hinreichender Parkstände ein besonderes Problem darstellt (vgl. hierzu zusammenfassend H. BILLINGER 1965, 1968, 1969, H. BILLINGER, H.-W. LIEBERT und H. SCHÜNFUSS 1971). Der Bedarf an Einstellplätzen je Hochschulbediensteten (einschließlich Besucher) wird für 1970 auf ca. 40-55%, je immatrikulierten Studenten auf wenigstens 25-35% geschätzt (H. BILLINGER, H.-W. LIEBERT und H. SCHÜNFUSS 1971, S. 124). Diese Werte reichen heute bereits nicht mehr aus.

Bei den Studierenden der Bundesrepublik Deutschland sank der Anteil der Benutzer öffentlicher Verkehrsmittel für den täglichen Weg zur Hochschule zwischen 1967 und 1973 von 40% auf 29%, während die Quote der Autofahrer von 23% auf 40% anwuchs. Die Tendenz zum Individualverkehr - im Bundes-

durchschnitt verfügen bereits 55% aller Haushalte über ein eigenes Kraftfahrzeug - hat sich demnach in diesen Jahren auch bei den Studierenden durchgesetzt (G. KATH 1974, S. 72 und S. 276), dürfte aber örtlich sehr unterschiedlich sein. 1976 benutzten bereits 55% der studentischen Tagespendler und 34% der am Hochschulort wohnhaften Studierenden das eigene Auto (G. KATH 1978, S. 79).³⁾

Die Motorisierung hat ein solches Ausmaß angenommen, daß der Flächenbedarf für den ruhenden Verkehr häufig der veränderten Situation angepaßt werden muß. Beispielhaft sei auf die verschiedenen Parkraumstudien der Universität Köln hingewiesen (G. KUNZ, R. WETZLAR und P. DREWE 1965, H. BILLINGER und H. SCHÖNFUSS 1966, G. KUNZ 1967, 1968a, 1968b), aus denen hervorgeht, daß der Bedarf an universitätseigenen Stellplätzen um 1965 - 1967 nur zu etwa 23% befriedigt werden konnte und daß mehr als 4.000 Parkstände hätten errichtet werden müssen, insbesondere im Zentralbereich (Zielstudie I 1968, S. 37). Der Bau von Tiefgaragen südlich und östlich des Hauptgebäudes hat angesichts steigender Motorisierung nur vorübergehend Abhilfe geschaffen. Neben dem Bau von Parkständen im Umkreis neuer Institutsgebäude erhofft man sich langfristig hinreichenden Parkraum unterhalb der als Hochstraße geplanten Stadtautobahn, die unmittelbar östlich der Universität durch den Lindenthalgürtel

3) In Münster wurden nach Auskunft der Stadtwerke - Abt. Verkehrsbetriebe - 1974 noch 3.000 Studenten-Monatskarten verkauft, 1978 bei gestiegener Studentenzahl (44.000 in allen Hochschulen) nur noch 2.000 (trotz guter Verkehrsbedienung und annehmbarer Fahrpreise). Andererseits geht man von ca. 10.-12.000 Studentenautos in der Stadt aus. Allerdings sei auch erwähnt, daß im SS 1978 ungeachtet des Semesterwohnortes die Studierenden der Universität Münster ihren Studienplatz zu 42,5% mit dem Fahrrad, zu 32,9% im eigenen PKW und zu 14% zu Fuß erreichten. 3,1% benutzten überwiegend Mofa, Roller oder Motorrad, nur je 2,6% die Bundesbahn oder den Stadtbus (Münsteraner Nachrichten Nr. 25, 1978, hrsg. von der Studentenschaft der WWU, Sondernummer: Umfrage zu den Sozial- und Studienbedingungen im Sommer-Semester 1978, S. 12). In seiner Repräsentativ-Erhebung ermittelte G. KATH bei den während des Semesters am Hochschulort wohnenden Studenten für die Fußgänger durchschnittlich 23%, für die Radfahrer nur 11% (1978, S. 79).

führen soll.⁴⁾ Dieses Projekt ist jedoch inzwischen wieder fraglich.

H. BILLINGER ist der Ansicht, daß in den ersten Baustufen von Hochschulen "der Bau von Parkhäusern meist umgangen werden kann, wenn die Erweiterungsflächen zwischenzeitlich als Parkplätze ausgewiesen werden. Erst mit dem zunehmenden Ausbau der Universität wird es dann erforderlich, die Parkstände in Parkhäusern zur Flächensparnis zu stapeln. Eine Nutzung des Daches der Parkhäuser ist zu überlegen. Es sind Sportanlagen (Tennis, Rollschuh, Kunsteis) und Wohnungen denkbar" (1968, S. 48). Derartige Parkierungsbaugeräte (Hoch- oder Tiefgaragen), wie sie z.B. in München, Köln, Tübingen, Konstanz oder Bochum bestehen und in Essen im Bau sind, sind jedoch recht kostspielig und werden daher, wie sich an den beiden letztgenannten Beispielorten zeigen läßt, nur widerstrebend von den Ländern bewilligt; Auseinandersetzungen um den Parkraumbedarf führten in Essen sogar, wie früher ausgeführt, zu Verzögerungen der Baubewilligung durch die Stadt. In Konstanz hingegen, wo für drei Studenten ein Stellplatz vorgesehen ist, wurden aus Gründen der Landschaftspflege sogleich zwei raumsparende mehrgeschossige Parkdecks vorgesehen, von denen eines bereits südwestlich der Universität existiert. Es liegt ca. 500 m abseits im Wald und wird durch überdachte Wege mit den Haupteingängen verbunden. In den Kernbereich darf - ähnlich wie auch in Bremen - nur das öffentliche Verkehrsmittel hineinfahren.

Je mehr Tagespendler eine Universität zählt, umso größer ist die Nachfrage nach Parkraum. Dieses Problem ist bei der Ruhr-Universität Bochum besonders ausgeprägt. Die folgenden Daten wurden bei der Rückmeldung im Winter-Semester 1971/72 erhoben, als nach dem hauptsächlich benutzten Verkehrsmittel bei der täglichen Fahrt zur Hochschule gefragt wurde.

Im Winter-Semester 1966/67 hatte der Anteil der studentischen PKW-Besitzer nur

4) Auskünfte von Mitarbeitern der Liegenschaftsabteilung der Universität und des Staatshochbauamtes für die Universität Köln; vgl. auch F. BRAUN 1972.

Tab. 9: Anfahrt der Studierenden zur Ruhr-Universität Bochum im WS 1971/72

Art	Studenten absolut	Anzahl in v.H.
zu Fuß	1.325	8,8
mit dem Fahrrad	199	1,3
mit Motorroller oder Krad	155	1,0
im eigenen Auto	6.984	46,4
als Mitfahrer im Auto eines Kommilitonen	1.399	9,3
mit Straßenbahn oder Bus	2.656	17,7
mit der Bundesbahn	1.855	12,3
mit sonstigen Verkehrsmitteln	101	0,7
ohne Angabe	372	2,5
Summe	15.046	100,0

Quelle: Rektorat der Ruhr-Universität Bochum.

37,2% betragen (E. WERNER, E. ZIERIS und W. LIPP 1970, S. 57); über 46,4% im Wintersemester 1971/72 stieg er auf 65% im Sommersemester 1973 an und erreichte damit den Spitzenwert in der gesamten Bundesrepublik gegenüber einem Durchschnitt von nur 40%, unter dem beispielsweise noch die Motorisierungsquote in Köln (38%) und Göttingen (35%) lag (G. KATH 1974, S. 187, Tab. 172). Im Sommersemester 1976 war die Quote der studentischen PKW-Benutzer zwischen Semesterwohntort und Hochschule unter dem Einfluß wirtschaftlicher Veränderungen geringfügig im Durchschnitt auf 39%, in Bochum auf 63% und in Göttingen auf 33% abgesunken, während sie in Köln 40% erreichte (G. KATH 1978, S. 176, Tab. 169). Nächste Bochum hatte Saarbrücken - gleichfalls Campusuniversität - mit 61% den höchsten Anteil an Studierenden, die täglich mit dem eigenen Auto zur Hochschule fahren.

Die Ruhr-Universität Bochum verfügt inzwischen nach Fertigstellung des Parkhauses West (2.000 Plätze) und des Verkehrsbauwerks unter dem Forum (1.900 Plätze) über rd. 9.100 Einstellplätze. Obschon diese hohe Anzahl über den Richtwerten liegt, die heute mit einem Parkplatz auf vier Studenten oder auf zwei Bedienstete angenommen werden, reichen die vorhandenen Parkplätze kaum aus. Die Nachfrage wird weiter steigen, wenn im Wintersemester 1979/80 das neue Gebäude der Fachhochschule auf dem Campus bezogen wird.

A. WILLAUSCHUS hat für Münster zusammenfassend die Nachteile dargestellt, die der Verkehrsbereich durch die Existenz der Hochschulen erfährt. Während der Parkraum in den Semesterferien mit Sicherheit ausreicht, errechnete er für 1970 ein Defizit von 4.000 Einstellplätzen für Hochschulbedienstete und Studenten (bei 4.000 vorhandenen) und für 1975 von 6.000 Plätzen (bei 6.000 vorhandenen); die neuen Parkmöglichkeiten sind überwiegend im Bereich des Naturwissenschaftlichen Zentrums entstanden (A. WILLAUSCHUS 1979, S. 126f.), nicht jedoch im überlasteten Kernbereich der Stadt.⁵⁾ Die dargestellte Problematik gilt in gleicher Weise auch für andere Innenstadt-Universitäten.

Als planerisches Mittel zur Beeinflussung des Parkstandbedarfs wird oft die Aktivierung der öffentlichen Nahverkehrslinien genannt. Sie müßten indessen nicht nur mit dichter Kursfolge betrieben werden, sondern auch noch zu tragbaren Preisen Beförderungsmöglichkeiten anbieten. "Ein dichtes Omnibusnetz zu den zur Zeit geltenden preisgünstigen Studententartifen kann auch für Autobesitzer eine echte Alternative zum Individualverkehr sein,

5) Das Parkplatzdefizit in Münster ist besonders katastrophal, wenn zur Zeit des dreimal jährlich stattfindenden Send (Jahrmarkt) der große Hindenburgplatz vor dem Schloß (rd. 1.000 PKW-Einstellplätze) nicht zur Verfügung steht.

wenn an der Studienstätte wirklich nicht genügend Möglichkeiten bestehen, das Auto ordnungsgemäß zu parken und somit des öfteren Strafmandate wegen ordnungswidrigen Parkens zu bezahlen sind" (Ebd., S. 128).

Sehr viel wirksamer sind Maßnahmen, mit denen auf die Wohnsitzverteilung der Studenten Einfluß genommen wird. Sowohl zwischen Semesterwohnsitz und Universität wie auch zwischen Parkierungsanlage und Hochschule werden Entfernungen von 400-600 m oder 4-7 Minuten Gehzeit im allgemeinen

von Studierenden und Bediensteten akzeptiert (H. BILLINGER, H.-W. LIEBERT und H. SCHÖNFUSS 1971, S. 123), weniger jedoch Distanzen, die 800 m oder 1.000 m übersteigen. "Durch nahe - d.h. möglichst nicht weiter als 800 m entfernt - gelegene Studentenwohnheime könnte erreicht werden, daß die Studierenden nicht nur engeren Kontakt mit der Hochschule haben, sondern daß darüber hinaus noch Parkstände eingespart werden, weil diese nur einmal, neben dem Wohnheim, gebaut werden müssen. Damit wird auch das Straßennetz entlastet" (Ebd., S. 121).

3. Hochschule und Wohnraumbedarf

3.1 Studentisches Wohnen

Die zuletzt angestellten Überlegungen leiten bereits über zur Situation des studentischen Wohnens in den Hochschulstädten, über die in letzter Zeit eine Reihe von Veröffentlichungen erschienen ist.¹⁾ Nicht uninteressant erscheinen dabei gewandelte Zielvorstellungen unter den Studierenden bezüglich der Wohnwünsche. Im allgemeinen ist davon auszugehen, daß ein großer Teil

der Studierenden zur Untermiete in der Nähe der von ihm am häufigsten besuchten Hochschuleinrichtungen wohnen möchte. Ein derartiges Angebot an "Studentenbuden" ist in traditionellen Universitätsstädten mit großem Altbaubestand (z.B. Tübingen, Marburg, Göttingen) erfahrungsgemäß am häufigsten (vgl. H.-D. HAAS 1973, B. RAUSCHELBACH 1973 und "Studenten in Marburg" 1974). In den letzten Jahren hat sich im statistischen Durchschnitt jedoch nicht nur die Vorliebe der Studenten für diese traditionelle Form des Wohnens, sondern auch für andere Wohnarten beträchtlich verändert.

Tab. 10: Studenten und Studienanfänger in der Bundesrepublik Deutschland nach der Art des Wohnens 1967 und 1973 (in v.H.)

Es wohnten während des Semesters	Studenten		Studienanfänger	
	WS 1967/68	SS 1973	WS 1967/68	SS 1973
bei Eltern oder Verwandten	31,2	24,5	39,9	43,0
in einem Wohnheim	13,9	11,6	11,1	6,7
zur Untermiete bei Privatleuten	39,8	24,5	39,4	23,9
in Wohngemeinschaften	-	14,2	-	10,4
in einer eigenen Wohnung	13,0	24,9	5,8	15,8
ohne Angabe	2,1	0,3	3,8	0,2

Quelle: G. Kath u.a. 1974, S. 64.

Die hier angeführten Repräsentativerhebungen des Deutschen Studentenwerks aus dem Jahre 1973 weisen jedoch stadtspezifisch beträchtliche Unterschiede auf, auf die hier nicht eingegangen werden kann.

Auffällig ist, daß der Anteil der Studenten, die mit dem Ehepartner oder mit anderen Studierenden (Wohngemeinschaft) eine eigene abgeschlossene Wohnung gemietet haben, sehr stark angestiegen ist. Für eine gemeinsam finanzierte Wohnung erhalten Studierende im allgemeinen mehr Wohnkomfort und eine größere Unabhängigkeit als bei einem Untermietverhältnis oder bei Anmietung eines Wohnheimzimmers. Untermiet-

zimmer bei Privatpersonen, insbesondere separate Zimmer, sind nach wie vor gefragt, doch ist die Kapazität in vielen Hochschulstädten erschöpft. Sie existiert nicht oder kaum in neuen Universitätsstädten wie Bochum, Essen oder Konstanz; Ursachen sind vor allem die fehlende Hochschultradition und die Sozialstruktur der Stadtbevölkerung mit räumlich eng dimensionierten Wohnungen.²⁾ Der Anteil der sog. Elternwohner, die weiterhin im Elternhaus wohnen und täglich zur Hochschule pendeln, ist im allgemeinen gefallen, bei den Studienanfängern hingegen gestiegen. Diese Wohnform wird überwiegend im regionalen Einzugsbereich der Hochschulen genutzt und trägt hier beträchtlich zur Entspannung der Situation auf dem studentischen

1) Siehe z.B. K. WEBER 1968, W. SCHRAMM 1969, Deutsches Studentenwerk 1971, 1974 und 1976. Die Beratungsstelle für Wohnheimfragen des Deutschen Studentenwerks bereitet eine neue Statistische Übersicht der Studentenwohnheime für 1979 vor.

2) Zur Konkurrenz mit Feriengästen oder finanzstärkeren Untermietern siehe u.a. J. BLOTHGEN 1961, S. 7 und R. GEIPEL 1971b, S. 169.

Wohnungsmarkt bei. Dies gilt insbesondere für die in bisher unterversorgten Regionen Nordrhein-Westfalens entstandenen Gesamthochschulen, die im Ruhrgebiet teilweise den Charakter von Stadtuniversitäten haben. So stammten im Sommer-Semester 1975 über 75% der rd. 5.300 Studenten in Duisburg aus einem Umkreis von 25 km um den Hochschulstandort, und über die Hälfte wohnte im Elternhaus.³⁾ Die Gründung der Regionaluniversitäten hat damit vielen ein Studium "vor der Haustür" ermöglicht, deren Eltern eine auswärtige Unterbringung an einem ferner gelegenen Studienort nicht hätten finanzieren können. Die meisten Elternwohner klagen allerdings über erschwerte Studienbedingungen in der beengten elterlichen Wohnung, über allzu starke Sozialkontrolle und über mangelnde Teilhabe am Studentenleben.

Sehr stark ist nach dem Zweiten Weltkrieg der Bau von Studentenwohnheimen in großer Typenvielfalt gefördert worden (vgl. für Köln Th. KRAUS 1960, für Münster W. MOLLER-WILLE 1960), der in neuen Hochschulstandorten ohne ein breites Zimmerangebot für Studierende geradezu eine Notwendigkeit war. Wegen der im allgemeinen günstigen Mietpreise und der Möglichkeit zu sozial-kommunikativen Kontakten sind Studentenwohnheime meist recht beliebt, wengleich sog. Wohnheimideologien, strenge Hausordnungen und die begrenzte Zimmergröße häufig beklagt werden.

Im Bundesgebiet stieg die Zahl der Wohnheimplätze von rd. 23.000 im Jahre 1960 über 58.000 im Jahre 1970 auf 90.000 im Jahre 1975 an; wegen der gleichzeitigen Studentenskalation veränderte sich das Verhältnis von Hörern zu Wohnheimplätzen jedoch im gleichen Zeitraum nur von 7,3% über 12,1% auf 10,6%.⁴⁾ Ein Sofortprogramm der nordrhein-westfälischen Landesregierung für 10.000 neue Wohnheimplätze ("NWP '75" 1970, S. 73) hat zu deutlichen Verbesserungen der

studentischen Wohnungsmarktsituation geführt, insbesondere in Münster, wo das ärgste Mißverhältnis von Hörern und Wohnungsmöglichkeiten bestand (siehe H.-P. HANSEN und K.H. MYLIUS 1974 und F. SPENGLIN, H. KORTE und R. BECKMANN 1971); der sog. Düsseldorfer Wohnheimplan des Studentenwerks von 1958, wonach langfristig für 30% der Studierenden in der Bundesrepublik Wohnheimplätze zur Verfügung gestellt werden sollten, konnte indessen auch in Nordrhein-Westfalen in keiner einzigen Universitätsstadt verwirklicht werden.

Tabelle 11 zeigt das Angebot an Wohnheimplätzen an allen Standorten mit Hochschulen im Universitätsrang im Winter-Semester 1975/76; als Studierende sind jeweils die Hörer aller Hochschularten zusammengefaßt.

Die Tabelle und die aus ihr entwickelte Abbildung 19 machen deutlich, daß an den Standorten kleiner Hochschulen in Klein- und Mittelstädten das Wohnheimangebot am günstigsten ist, insbesondere für Studenten der Kirchlichen Gesamthochschule Neuen-dettelsau (48,4%).⁵⁾ Sieht man von den fachlich sehr spezialisierten Hochschulen mit Universitätsrang (Lübeck, Ulm) ab, so ist das Angebot an Wohnheimplätzen in Clausthal-Zellerfeld (34,3%) und Konstanz (28,9%) am größten. Von den behandelten Beispielorten folgen Bochum mit 16,5%, Münster mit 15,5%, Göttingen mit 14,6% und Köln mit 10,1%, während die Situation in Essen mit nur 4,2% Wohnheimplätzen recht unbefriedigend ist. Für diese Hochschulstadt gilt aber bezüglich des Anteils der Elternwohner Ähnliches, wie bereits für Duisburg ausgeführt wurde.

Bis 1979 hat die Zahl der Studentenwohnheimplätze in der Bundesrepublik Deutschland und Berlin (West) auf rd. 106.000 (in 775 Heimen) zugenommen, womit der Prozentsatz der Studierenden, die in Studentenwohnheimen untergebracht werden können, auf 11,5% angestiegen ist. In den letzten Jahren sind Heime insbesondere an neuen Hochschul-

3) Nach Pressemitteilungen (Westdeutsche Allgemeine Zeitung vom 12.8.1975).

4) Nach Auskünften des Deutschen Studentenwerks, Beratungsstelle für Wohnheimfragen, Bonn.

5) Dieser Sachverhalt würde noch deutlicher, wenn die Standorte anderer Hochschularten in die Untersuchung einbezogen worden wären.

standorten gefördert worden. So konnte etwa in Essen das Angebot an Wohnheimplätzen auf 9,3% aller Studierenden bis 1979 erhöht werden. Der Bildungsgesamtplan der Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung aus dem Jahre 1973 ging davon aus, daß 1980 15-20% und 1985 20-25% aller Studenten Aufnahme in Studentenwohnheimen finden.⁶⁾ Ein 1976 von Bund und Ländern verabschiedeter vorläufiger Förderungsplan sieht lediglich noch einen Ausbau des öffentlich geförderten Studentenwohnraumes auf 15% vor und orientiert sich am langfristigen Ausbauziel des Hochschulsystems von 850.000 Studienplätzen gemäß dem 7. Rahmenplan (B. ENGHOLM 1978, S. 37). Bis 1985 sollen nunmehr rd. 130.000 Wohnheimplätze gebaut sein.

Die Lage der Studentenwohnheime in den Universitätsstädten ist sehr unterschiedlich bei insgesamt festzustellender Tendenz einer Konzentration in Hochschulnähe oder in universitätsbezogenen Großsiedlungen. In jüngerer Zeit sind häufiger mehrere Studentenwohnheime auf benachbarten Grundstücken lokalisiert worden, so an der Mark-, Laerheide- und Laerholzstraße in Bochum-Querenburg, am Aasee, dem Horstmarer Landweg oder der Steinfurter Straße ("Wilhelmskamp") in Münster, vor allem aber bei den "Studentendörfern" in Göttingen (Gutenbergstraße), Berlin (Siegmonds-Hof), Köln-Efferen, Gießen und der "Studentenstadt" in München-Freimann (14 Häuser mit insgesamt 2.400 Wohnheimplätzen). Bei unterschiedlicher baulicher Konzeption - in München sowohl mit flachen Baumassen als auch bis zu 20geschossigen Hochhäusern - ermöglichen diese teils beträchtlich isolierten Studentensiedlungen (vgl. Deutsches Studentenwerk 1971, S. 34ff.) ein Höchstmaß der Entfaltung an studentischem Leben⁷⁾, schließen aber - wie in Göttingen - Konflikte mit Nachbarn

wegen des andersartigen Lebensrhythmus der Studierenden nicht aus. F. SPENGLIN plädiert m.E. zu Recht dafür, daß der Studentenwohnraumbau ein Teil der übrigen Bautätigkeit der Stadt sein müsse, damit keine Monostrukturen entstehen. "Das Wohnen für alle Hochschulangehörigen sollte insbesondere im Rahmen des Ausbaus der Siedlungsschwerpunkte an den Verknüpfungspunkten des öffentlichen Nahverkehrs gefördert werden ... Eine Berliner Untersuchung weist aus, daß bei vorhandener Attraktivität der Stadt die Ambivalenz zwischen hochschul- und stadtnahem Wohnen bei Studenten zugunsten der Stadt entschieden wird" (F. SPENGLIN 1972b, S. 53 und S. 54).

Diese Tendenz ist auch bei einer zentralen Umfrage des Deutschen Studentenwerks bestätigt worden, nach der von den Studierenden ein Wohnen in den alten Stadtkernen der Universitätsstädte deutlich dem Leben auf einem stadtfernen Campus vorgezogen wird. So wird neuerdings in der Verbindung von Stadtsanierung und dem Bau von Studentenwohnheimen eine bisher noch kaum genutzte Chance gesehen, Studentenwohnheime an attraktiven innerstädtischen Standorten zu errichten (vgl. B. ENGHOLM 1978), wie es E. GORMSEN schon 1963 gefordert hatte. Diese Konzeption bedeutet - im Unterschied zu den standardisierten großen Heimen der letzten Jahre (mit 300 - 500 Plätzen) - die Errichtung kleinerer Kapazitäten, für deren Bau Planer und Architekten neue Ideen aufbringen müssen, und zugleich einen beachtlichen Beitrag zur Integration der Studierenden mit der übrigen Bevölkerung⁸⁾ sowie einen wichtigen, der beklagten Verödung der Innenstädte entgegenwirkenden Faktor.

In anderen europäischen Ländern gibt es bereits Beispiele für die Verknüpfung von Stadtsanierung und Denkmalpflege mit dem Studentenwohnraumbau (Belgien, Niederlande,

6) Nach Auskünften des Deutschen Studentenwerks, Beratungsstelle für Wohnheimfragen, Bonn, und des Bundesministeriums für Bildung und Wissenschaft, Bonn.

7) Die in sich geschlossene Studentenstadt in München-Freimann verfügt z.B. über einen Mehrzwecksaal, Kegelbahnen, Diskothek, Cafeteria, Trinkstube, Atelierräume für musische und gesellige Zwecke.

8) Als Beitrag zur Integration sind im Stadtzentrum von Halle-Neustadt Hochhaus-Wohnheime gebaut worden, die von den Chemischen Werken Buna und den Leuna-Werken als Ledigenwohnheime und von der Universität Halle als "Studenteninternate" gemeinsam genutzt werden (P. MORGNER, I. SCHNEIDER und E. SCHÖLZ 1974, S. 102).

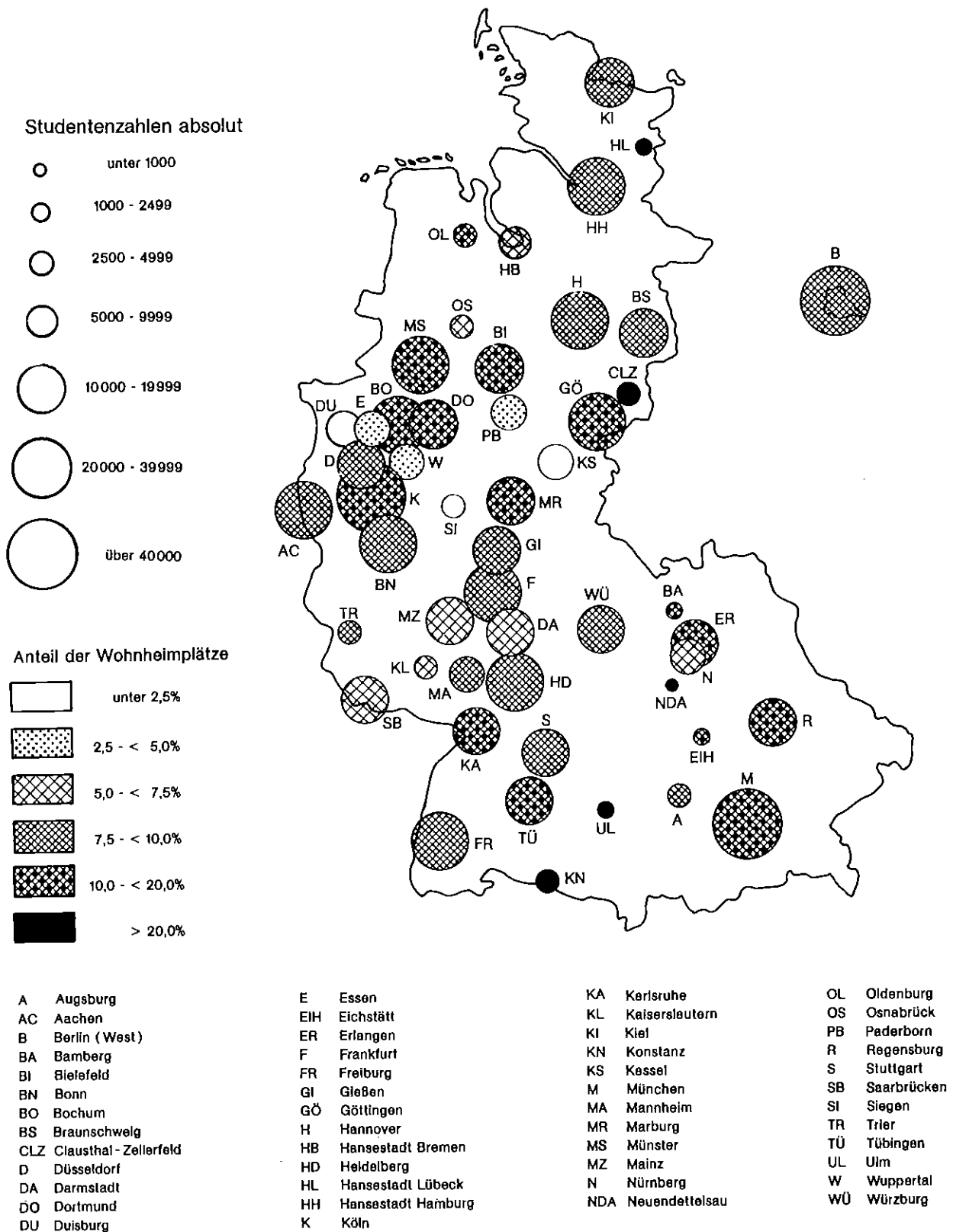
Tab. 11: Studierende und Wohnheimplätze im WS 1975/76

Hochschulstadt	Studierende	Wohnheimplätze	Studierende in Heimen in v.H.
Aachen	28.162	2.383	8,5
Augsburg	4.629	409	8,8
Bamberg	1.526	159	10,4
Berlin	66.649	5.740	8,6
Bielefeld			
(mit Bethel)	11.011	1.353	12,3
Bochum	27.738	4.385	16,5
Bonn	27.887	2.313	8,3
Braunschweig	12.039	1.094	9,1
Bremen	8.990	608	6,8
Clausthal-Zellerfeld	2.725	936	34,3
Darmstadt	13.705	916	6,7
Dortmund	14.217	1.520	10,7
Düsseldorf	12.538	1.067	8,5
Duisburg 1)	5.901	105	1,8
Eichstätt 1)	1.343	207	15,4
Erlangen			
(ohne Nürnberg)	11.920	1.771	14,9
Essen	9.506	395	4,2
Flensburg 2)	1.315	225	17,1
Frankfurt	28.040	2.701	9,6
Freiburg	23.350	2.200	9,4
Gießen	16.552	1.500	9,1
Göttingen	22.127	3.226	14,6
Hagen 3)	3.645	77	2,1
Hamburg	37.588	3.630	9,7
Hannover	20.863	1.713	8,2
Heidelberg	21.601	2.055	9,5
Kaiserslautern	3.024	212	7,0
Karlsruhe	16.240	1.818	11,2
Kassel	5.512	40	0,7
Kiel	17.300	1.557	9,0
Köln	44.323	4.458	10,1
Konstanz	4.352	1.259	28,9
Lübeck	1.395	491	35,2
Mainz			
(ohne Germersheim)	19.833	1.149	5,8
Mannheim	8.721	779	8,9
Marburg	14.380	1.669	11,6
München	58.282	7.583	13,0
Münster	37.568	5.816	15,5
Neuendettelsau 1)	215	104	48,4
Nürnberg	7.588	582	7,7
Oldenburg	3.849	391	10,2
Osnabrück	4.268	289	6,8
Paderborn	6.317	228	3,6
Passau 2)	91	31	34,1
Regensburg	11.904	1.836	15,4
Saarbrücken			
(ohne Homburg)	13.391	852	6,4
Siegen	4.822	71	1,5
Stuttgart			
(mit Hohenheim)	17.952	1.636	9,1
Trier	4.149	386	9,3
Tübingen	17.424	2.612	15,0
Ulm	2.488	588	23,6
Würzburg	14.776	1.388	9,4
Wuppertal	6.181	184	3,0
sonstige Hochschulorte	.	.	.
BRD mit Berlin (West)	850.988	90.155	10,6

Quelle: Deutsches Studentenwerk e.V.: Studentenwohnheime, Statistische Übersicht 1976. Bonn 1976.

- Anmerkungen: . = Angaben nicht verfügbar
 1) = Kirchliche Gesamthochschulen
 2) = Lehrbetrieb an den Hochschulen im
 Universitätsrang hatte noch nicht begonnen
 3) = Studierende einschl. der Fernuniversität

Abb. 19
Studierende und Wohnheimplätze im WS 1975/76



Quelle: Deutsches Studentenwerk e. V.: Studentenwohnheime – Statistische Übersicht 1976. Bonn 1976

Entwurf: A. Mayr
Kartographie: M. Michelka

Großbritannien, Finnland). In der Bundesrepublik Deutschland sind erste Bemühungen dieser Art angelaufen. So wurden in Lübeck in einem denkmalgeschützten Brauereigebäude 34 Studentenappartements eingerichtet, in Regensburg gibt es 26 solcher Wohneinheiten in einem aus dem 12. Jahrhundert stammenden Geschlechterturm. In Braunschweig entstehen hinter den rd. 400 Jahre alten Fassaden des Michaelihofes moderne Wohnungen für 165 Studenten, in der jungen Universitätsstadt Passau sollen Altstadtbereiche durch die Einrichtungen von Studentenwohnungen aufgewertet werden, in Marburg und Göttingen befinden sich entsprechende Projekte in Planung.⁹⁾

Es ist deutlich geworden, daß bei der Verknüpfung von Altstadtsanierung und Studentenwohnraumbau keineswegs nur Studentenheime im traditionellen Sinne entstehen, sondern daß auch andere Wohnformen geschaffen werden können, die auf zunehmendes Interesse stoßen. In verschiedenen Veröffentlichungen konnte aufgezeigt werden, daß starke Diskrepanzen zwischen tatsächlichem und gewünschtem studentischen Wohnen bestehen, die allerdings große regionale Unterschiede aufweisen. Insgesamt wird von den Studierenden heute deutlich einer eigenen Wohnung vor einem Platz innerhalb einer Wohngemeinschaft oder in einem Studentenwohnheim der Vorrang eingeräumt. Über diese Feststellungen sei aber der Hinweis nicht vergessen, daß es in den meisten Universitätsstädten überhaupt an Wohnmöglichkeiten für Studierende fehlt, so daß der hohe Anteil an studentischen Pendlern - vom Heimatwohnoort oder einem zweiten Wohnsitz in Hochschulnähe aus - weitgehend als unfreiwillig gelten muß. Fehlende Wohnmöglichkeiten in den Universitätsstädten sind als sozialer Numerus clausus gewertet worden (E. MÜLLER und H. KORTE 1972). In diesem Zusammenhang ist nicht uninteressant, daß selbst in einer Stadt mit relativ großem Angebot an Wohnheimplätzen wie Konstanz

9) Nach "Studentenwohnheimbau muß weitergehen" (Bericht über die Fachtagung des Deutschen Studentenwerks über "Studentenwohnraumförderung im Rahmen von Altstadtsanierung" 1978). In: Informationen zum studentischen Wohnen, Nr. 13 vom 1. Juli 1978, S. 11-13.

der Wohnungsmarkt für Studierende extrem angespannt ist. In Vereinbarungen mit der schweizerischen Nachbarstadt Kreuzlingen konnte erreicht werden, daß hier bis zu 400 Konstanzer Studenten eine Unterkunft finden.¹⁰⁾

Abschließend sei nochmals herausgestellt, daß der starke Hochschulausbau in der Bundesrepublik Deutschland seit den 60er Jahren im Studentenwohnheimbau seine soziale Flankierung finden muß und weitgehend auch gefunden hat.¹¹⁾ Es ist als deutliche Leistung zu werten, wenn die Quote der in Wohnheimen lebenden Studenten trotz der sehr stark angestiegenen Studentenzahlen seit 1970 halbwegs konstant geblieben ist. Bei der Lokalisierung neuer Studentenwohnheime sollten jedoch künftig periphere Standorte vermieden und stärker als bisher die Auswirkungen beachtet werden, die von den Studierenden für die Belegung von Innenstädten und Stadtteilzentren sowie für die zusätzliche Belastung im innerstädtischen Individualverkehr ausgehen.

3.2 Wohnraumbedarf und Wohnsitzverteilung der Hochschulbediensteten (mit Exkurs über Universitätswohnstädte)

Außer durch die Studenten entsteht eine weitere hochschulinduzierte Wohnungsnachfrage durch die Universitätsbediensteten und die sog. Mantelbevölkerung. Je nach Hochschulgröße ist diese Nachfrage im allgemeinen beträchtlich und führt zu Wohnraumverknappungen und häufig beklagten Kostensteigerungen von Mieten und Grundstücken. Oft werden umfangreiche Neubaumaßnahmen in unmittelbarer Nähe der Hochschule notwendig; für technisches Personal

10) Freundliche Auskunft von Herrn Wolfram VOGEL, Leiter der Pressestelle der Universität Konstanz, und Geschäftsbericht des Studentenwerks Konstanz 1973, Masch., S. 26.

11) Eines der in kürzester Zeit verwirklichten Großprojekte ist das im Fertigteilbauverfahren erstellte Studentenviertel im Münchener Olympiazentrum (rd. 1.800 Wohnplätze), das während der Olympischen Spiele 1972 als Olympisches Dorf für Frauen diente (Appartement-Hochhaus und Flachbauten).

und Klinikbedienstete sind sie ohnehin unerläßlich (z.B. Dienstwohnungen und Schwesternwohnheime).

D. DENECKE konnte am Beispiel von Göttingen aufzeigen, daß sich mit der baulichen Entwicklung einer Stadt auch die Wohnstandorte der Hochschullehrer änderten, die z.T. zweibis dreimal während ihrer Amtszeit umzogen. Der Anteil derer, die innerhalb des Wallles wohnten, ging von 94% (1826) über 80% (1864) zunächst langsam zurück, um dann zur Jahrhundertwende hin schnell abzusinken (1880 50%, 1900 unter 10%). Zunehmend wurde als neues Wohngebiet der östlich des Stadtkerns gelegene, topographisch reizvolle Hainberg bevorzugt, wo neben Eigenheimen von Professoren auch Mietwohnungen des Beamtenwohnungsvereins entstanden. Durch diese anhaltende Wohnsitzverlagerung der Hochschullehrer seit dem Ende des 19. Jahrhunderts erhielt das Göttinger Ostviertel einen ausgeprägt hohen sozialen Status, der nach dem 2. Weltkrieg noch verstärkt wurde (D. DENECKE 1979, S. 120f.). 1970 wohnten von 500 Hochschullehrern lediglich 7 westlich der Leine und kein einziger mehr innerhalb der Wälle (R. KLÖPPER 1974, S. 31f.), während die Wohnsitze der Professoren sich deutlich am Klausberg - hier wohnten allein 11% des gesamten Lehrkörpers -, im nordöstlichen Vorort Nikolausberg (Bungalow-Siedlungen) sowie in der nördlichen Nachbargemeinde Bovenden häuften (D. DENECKE 1979, S. 121f.).¹²⁾

Im allgemeinen ist festzustellen, daß sich die Wohngebiete der Universitätsbediensteten deutlich im Nahbereich der Hochschulen¹³⁾ und in den Vorzugswohngebieten der Stadt konzentrieren. Nicht unerheblich

12) Eine beigegebene Graphik des Wohnstatus der Göttinger Professoren zwischen 1864 und 1970 (ebd., S. 121) läßt erkennen, daß lediglich um die Jahrhundertwende Eigenheime vorherrschten, während die meisten Hochschullehrer durchweg in privaten Mietwohnungen untergebracht waren. Ihr Anteil herrschte zusammen mit den Sozialbau- oder Dienstwohnungen (jeweils rd. 40%) im Jahre 1970 noch vor, während der im Jahre 1950 auf 10% abgesunkene Anteil der Eigenheim-Bewohner 1970 knapp 20% betrug.

13) Dies konnte bereits für den Umkreis der Alten Universität Köln in der südlichen Neustadt aufgezeigt werden.

ist auch die Verkehrslage, d.h. insbesondere die Möglichkeit, ohne einen Zwang zur Innenstadt-Durchquerung mit den bekannten Verkehrsstaus in den Hauptgeschäftszeiten die Universität auf gut ausgebauten Straßen direkt erreichen zu können. Beliebte Wohngebieten von Hochschulangehörigen sind

- in Münster die westlichen und südwestlichen Stadtbezirke (Sentruper Höhe, Gievenbeck, Mecklenbeck, Roxel, Nienberge)¹⁴⁾, das östliche Stadtgebiet (Mauritz-West, Handorf, Angelmodde, Wolbeck) und das im Nordosten gelegene neue Großwohngebiet Coerde,
- in Konstanz der Stadtraum nördlich des Rheines, insbesondere die Ortsteile Egg, Allmannsdorf und Litzelstetten in Hochschulnähe, und der weitere Bodanrücken; im Winter-Semester 1972/73 wohnten von 360 Angehörigen des Lehrkörpers aber auch 56 (= 15,6%) in der Schweiz und 13 am nördlichen Bodenseeufer im Raum Meersburg¹⁵⁾,
- in Köln das westliche und südliche Stadtgebiet (zwischen Müngersdorf und Marienburg/Rodenkirchen) sowie rechtsrheinisch der Raum Delbrück/Brück, kaum dagegen der industrielle Norden der Stadt,
- in Essen die südlich und südöstlich des Stadtkerns gelegenen Ortsteile Rüttenscheid und Stadtwald, seltener dagegen die überwiegend von Arbeitern bewohnten nördlichen Stadtbezirke.

Die steigenden Bodenpreise haben häufig eine "Stadtflucht" auch von Hochschulangehörigen bewirkt, die in den Randgebieten der Verdichtungsräume Eigenheime bzw. Eigentumswohnungen gebaut oder erworben haben. So wohnen zahlreiche Kölner Professoren z.B. in Liblar (Gemeinde Erftstadt), Brühl, Hürth, den inzwischen eingemeindeten ehemaligen Randgemein-

14) Nach Auskunft der Wohnungsvermittlungsstelle der WWU liegen die meisten der rd. 500 Landesbedienstetenwohnungen der Universität im Westen und Süden Münsters; dazu verfügt die WWU im Westen der Stadt über Erbbaugelände aus dem Besitz des Münsterschen Studienfonds.

15) Nach Unterlagen des Universitätsbauamtes Konstanz.

den Rodenkirchen und Porz sowie im Raume Bensberg (Stadt Bergisch-Gladbach). Die genannten Bereiche sind beliebte Wohnlagen, da man von ihnen aus über die zahlreichen Autobahnen des Kölner Raumes einerseits die Universität schnell erreichen kann, andererseits aber auch Vorgebirge, Eifel, Königsforst und Bergisches Land als Naherholungsgebiete.¹⁶⁾

Für Münster hat A. WILLAUSCHUS (1979, S. 151, Tab. 9) für einen Zeitraum von 6 Jahren (1970-1975) die Wohngebiete der Hochschulbediensteten von Universität, Pädagogischer Hochschule und Fachhochschule und ihrer Familienangehörigen (1975 insgesamt 52.401 Personen) verfolgt und kam dabei zu folgenden Ergebnissen: Die Gesamtzunahme von 17.516 Personen erfolgte zum geringsten Anteil im Stadtkern und seinen Ergänzungsgebieten (2.846 Personen) sowie in den neun 1975 eingegliederten Umlandgemeinden (2.119 Personen), stärker außerhalb des heutigen Stadtgebietes (3.734 Personen) und am intensivsten in den meist kurz nach der Jahrhundertwende eingemeindeten ehemaligen Stadtaußenbezirken (8.817 Personen). Prozentual erfolgte hingegen der stärkste Anstieg außerhalb des heutigen Stadtgebietes (144% bei einer Gesamtzunahme von 50,2%). Diese Daten deuten gleichfalls auf starke Randwanderungen hin, deren absoluter Schwerpunkt aber einstweilen noch im Außenbereich des früheren Stadtgebietes vor der kommunalen Neugliederung liegt. Die größten Zunahmen an Hochschulbevölkerung wurden in den 6 Jahren in den Ortsteilen Gievenbeck, Mäcklenbeck, Roxel und Albachten verzeichnet (jeweils um mehr als 200%).

Für die Lehrenden der Ruhr-Universität Bochum wurde nach Unterlagen der Vorlesungsverzeichnisses für das Winter-Semester 1974/75 eine umfassende Analyse der Wohnsitzverteilung durchgeführt, deren Ergebnis in Karte 8 dargestellt ist. Honorarprofessoren, Gastprofessoren, Lehrbeauftragte sowie Mitarbeiter, die aus Mitteln Dritter bezahlt wurden, blieben dabei unberücksichtigt. Eine Einbeziehung der nicht-

wissenschaftlichen Mitarbeiter in die Untersuchung war aus Gründen des Datenschutzes leider nicht möglich.

Zunächst ist erstaunlich, daß immerhin 19,2% des akademischen Mittelbaus und 25,0% der Hochschullehrer außerhalb des Hochschulstandortes wohnten und teilweise recht beträchtliche Wege zur Arbeitsstätte zurücklegen mußten. Die meisten von ihnen waren allerdings in den mit Bochum sehr eng verflochtenen Nachbarstädten Essen und Dortmund - hier verfügt die Wohnungs-fürsorgestelle der Universität über Landesbedienstetenwohnungen im Ortsteil Löttringhausen - sowie in den Städten unmittelbar südlich der Ruhr ansässig. Von ihnen liegt beispielsweise die Innenstadt von Witten, das - seit 1975 um Herbede vergrößert - ein immer beliebter Wohnsitz von Hochschulangehörigen wird, näher an der Ruhr-Universität als die Bochumer City. Entsprechende Parallelen zeigen sich auch bei den Semesterwohn-sitzen der Studierenden.

Innerhalb des Stadtgebietes Bochum fallen die teilweise mit negativem Image belasteten Arbeiterwohngebiete im Norden und Nordosten der Stadt als Wohnräume von Hochschulbediensteten praktisch aus; auch Langendreer und Werne im Bochumer Osten sind nicht sehr beliebt und werden am ehesten von Angehörigen des Mittelbaus akzeptiert. Ungefähr gleich viele Beschäftigte der Ruhr-Universität wohnten in den Vorzugwohngebieten Stiepel¹⁷⁾, Weitmar-Süd und im Umkreis der Innenstadt, insbesondere im Stadtparkviertel (Grumme) sowie im Ehrenfeld und im Westen von Altenbochum. Die meisten Lehrenden der Universität wohnten aber in nächster Nachbarschaft der Hochschule in Querenburg sowie den angrenzenden Bereichen von Laer und Wiemelhausen.

Die Notwendigkeit, für die Universitätsbediensteten Wohnraum zu schaffen und die Hochschule selbst nicht isoliert stehen zu lassen, führte 1963/64 in Bochum zur Konzeption einer nördlich angrenzenden Universitätswohnstadt für etwa 25.000 - 30.000 Einwohner (vgl. Karte 5 und J. DODT und A. MAYR

16) Auskünfte der Liegenschaftsabteilung und Wohnungsfürsorgestelle der Universität Köln.

17) Hier verfügt die Ruhr-Universität über Baugelände für Hochschullehrer an der Kennader Straße.

Tab. 12: Wohnsitzverteilung der Lehrenden an der Ruhr-Universität Bochum im WS 1974/75

	Hochschullehrer	Akademischer Mittelbau	Insgesamt
<u>I. Innerhalb des Stadtgebietes</u>			
Querenburg, Laer, Wiemelhausen-Süd	178	492	670
Stadtkern, Grumme, Altenbochum, Wiemelhausen-Nord	30	105	135
Stiepel	38	81	119
Weitmar, Linden, Dahlhausen	27	81	108
Langendreer, Werne	2	30	32
Harpen, Gerthe, Hiltrop, Bergen	-	17	17
Hamme, Hofstede, Hordel, Riemke	-	4	4
	275	810	1.085
<u>II. Außerhalb des Stadtgebietes</u>			
Witten	17	31	48
Essen	11	22	33
Dortmund	9	23	32
Hattingen	9	22	31
Herbede	11	12	23
Sprockhövel	5	11	16
Düsseldorf	5	6	11
Münster	6	5	11
Recklinghausen	2	8	10
Herne	1	7	8
Köln	3	5	8
Hagen	-	8	8
Bonn	6	2	8
Gelsenkirchen	-	8	8
Duisburg	1	6	7
Mainz	3	4	7
Mülheim/Ruhr	2	5	7
Wattenscheid	-	7	7
	91	192	283
Zusammen	366	1.002	1.368

Quelle: Ruhr-Universität Bochum: Vorlesungsverzeichnis WS 1974/75. Bochum 1974.

Anmerkung: Heimatwohnsitze mit weniger als drei Nennungen wurden nicht erfaßt.

1976, S. 122-129).¹⁸⁾ Diese sollte in gleicher urbaner Dichte wie die Universität selbst errichtet werden und mit ihren Folgeeinrichtungen auch städtische Funktionen und zugleich Naherholungsmöglichkeiten bieten. Damit wurde aus der isolierten Campus-Hochschule eine Art Stadtzelle Universität (vgl. K.-H. COX 1971, S. 51). Die lebhaft

18) Planungsbüro "Umlandplanung der Ruhr-Universität Bochum" 1966/67, J. NEHAMMER 1968 und 1971, Stadt Bochum, Bauverwaltung, 1974.

Topographie des Bochumer Südens und die vorhandene Bebauung machten es jedoch erforderlich, die Rahmenstadt in einen zentralen Versorgungsbereich (Uni-Center) und drei verdichtete Wohngebiete (Hustadt, Steinkuhl, Laerheide) zu gliedern, die durch Grünzonen voneinander getrennt sind. 1975 lebten in der Hustadt (erster Bauabschnitt der Universitätswohnstadt) 5.140 Einwohner, davon etwa zwei Drittel Universitäts- und andere Landesbedienstete, im Bereich Steinkuhl-Laerheide (zweiter und dritter Bauabschnitt) rd. 9.000 Ein-

wohner, darunter gleichfalls überwiegend Hochschulangehörige, in der gesamten Universitätswohnstadt 20.700 Einwohner; unter ihnen waren etwa 3.000 Studenten. So ist im funktionellen Sinne überwiegend eine "Werkssiedlung Hochschule" (H.J. AMINDE 1971, S. 60) entstanden, in der andere Sozialgruppen deutlich nachgeordnet sind: die Alt-Querenburger (vgl. C.H.F. GAERTNER 1976), die teilweise als Planungsverdrängte in Steinkuhl wiederangesiedelt wurden, Opel-Belegschaftsangehörige in Steinkuhl, ein knappes Drittel Sozialmieter sowie einige Selbständige in der Hustadt und einige wenige hochschulunabhängige Mieter im Uni-Center (Appartement-Haus), auf dessen Funktion an anderer Stelle näher eingegangen wird.

Das weitere Ausbauprogramm für den dritten Bauabschnitt der Universitätswohnstadt (Laerheide) wurde 1976 beträchtlich reduziert und die Erweiterung westlich des Uni-Centers nach der endgültigen Streichung des Klinikums vollkommen aufgegeben. Zwischen Uni-Center und Hustadt ist dagegen noch eine verdichtete Wohnbebauung im Zuge der Straße "Auf dem Aspei" zu erwarten. Insgesamt soll die Rahmenstadt aber nach jüngsten Überlegungen nicht über 24.000 Einwohner hinaus anwachsen.

Die Errichtung eines Stadtteils dieser Größenordnung innerhalb kürzester Zeit¹⁹⁾ war nur dadurch möglich, daß sowohl auf der früher überwiegend landwirtschaftlich genutzten Gemarkung Hustadt (seit 1966) wie auch in den durch Streusiedlung geprägten Gebieten Steinkuhl und Laerheide sowie im Uni-Center (jeweils ab 1970) durch Baugesellschaften überwiegend mehrgeschossige Wohnketten und Wohntürme mit Mietwohnungen errichtet wurden; das Terrassenhaus I im Uni-Center ist mit 18 Stockwerken und 114 Mietparteien Bochums höchstes Wohngebäude. Diese Hochbauten beherrschen jeweils die Höhenrücken. An den Hängen folgen zu den Talzügen hin im Südosten der Hustadt und im Nordwesten Steinkuhls kleinere Mietshäuser, Reiheneigenheime und Bungalows, die meist Privateigen-

tum sind. Verschiedene Großbauten wurden auch als Eigentumswohnungen errichtet.

In den durch große Verkehrssammelschienen (Universitätsstraße, Hustadtring, Marktstraße) erschlossenen Großsiedlungen sind - mit Ausnahme des Laerheide-Bereiches - Nahversorgungszentren und eigene Kirchengemeinden entstanden, die zu einer gewissen Eigenzentrierung geführt haben. Eigentlicher Bezugspunkt der gesamten Universitätswohnstadt ist das Uni-Center. Die Bewertung der Wohngebiete schwankt extrem: das Ausmaß der Verdichtung wird teils als bedrückend ("Betonwüste"), teils als positive Umweltgestaltung empfunden; über die Hustadt liegt eine architektursoziologische Studie über gruppenspezifisches Wohnverhalten vor (L. HEIDEMANN 1976). Als besonderes Problem gilt - trotz innerer Grünanlagen und Spielplätze - die Sicherung angrenzender Naherholungsgebiete, die durch Schnellstraßenlärm und weitere Oberbauungen (z.B. am Nordhang des Kalwes) gefährdet sind. Nicht zuletzt deshalb und wegen der rückläufigen Bevölkerungsentwicklung ist der weitere Ausbau des dritten Bauabschnittes, durch den Steinkuhl und Laerheide (Schinkelstraße) zusammengewachsen wären, gestoppt worden. Im Zwischenbereich ist nunmehr ein Spielgelände entstanden, an das sich noch Kleingartenanlagen anschließen sollen.

Tabelle 12 und Karte 8 lassen erkennen, daß im Winter-Semester 1974/75 etwa die Hälfte aller Wissenschaftler der Ruhr-Universität bzw. nahezu zwei Drittel der ortsansässigen Lehrenden in der Universitätswohnstadt ihren Wohnsitz hatten. Der Anteil der nichtwissenschaftlichen Bediensteten dürfte ebenso hoch sein. Diese Gegebenheiten lassen die große Bedeutung der neuen Wohnstadt für die Universität Bochum erkennen.

Die Stadt Konstanz, die bereits 1965 in ihrer Bauleitplanung die Einwohnerrichtzahl von 90.000 und damit die planerische Vorbereitung der Großstadt in Angriff nahm (Stadt Konstanz 1965, S. 10), gedachte zur Realisierung dieses Ziels gleichfalls eine universitätsbezogene "neue Stadt" für ca. 8.000 - 10.000 Einwohner zu errichten. Nach der Bebauung des Sonnenbühls wurde

19) 1957 zählte Querenburg nach mehreren Siedlungserweiterungen rd. 5.100 Einwohner (vgl. A. MAYR 1976c).

allerdings das Projekt Jungerhalde - Egg, für das bereits sehr konkrete Zielvorstellungen vorlagen (W. LUZ 1969 und 1972), wegen des langsameren Bevölkerungswachstums und der neuen planerischen Aufgaben und Möglichkeiten nach der Eingemeindung einiger Nachbarorte nicht mehr in Angriff genommen.

Welcher Stellenwert universitätsnahen Wohnbereichen für die städtebauliche Integration eingeräumt wird, beweisen wohl am deutlichsten die veränderten Zielvorstellungen der Rahmenplanung für die Universität Bremen, auf die abschließend noch kurz eingegangen werden soll. Vom Lagetyp her als periphere Campus-Hochschule einzustufen, soll sie nunmehr konzeptionell dadurch anders ausgerichtet werden, daß nicht mehr am äußeren Stadtrand eine nördlich gelegene große Hochschulstadt (sog. Hollerstadt für 40.000 - 50.000 Einwohner) entsteht, sondern daß der leere Kontaktraum zwischen Hochschule und Stadt (ehemals Reservefläche der Universität) ausgefüllt wird. In den Freiflächen zwischen der Universität und den benachbarten Stadtteilen Horn-Lehe und Schwachhausen sollen in den nächsten Jahren Wohn- und Wohnfolgeeinrichtungen entstehen mit drei südlich und östlich angeordneten Wohnquartieren von je ca. 2.000 Einwohnern, in denen auch andere Bevölkerungsgruppen und nicht nur Hochschulangehörige eine Wohnung bauen oder mieten können. Durch weitere Ein- und Anbindungsmaßnahmen (Schule, Berufsbildungswerk, Marktplatz mit Ladengruppe,

Sportanlagen) hofft man die Bremer Bevölkerung dazu bewegen zu können, die verschiedenen Hochschuleinrichtungen noch stärker aufzusuchen und mitzunutzen (S. HERLYN 1977, S. 12-14). Die Bremer Universitätsrahmenplanung strebt damit eine ähnliche Verflechtung an, wie sie die Bochumer Universitätswohnstadt zu erreichen versucht hat.

Eine Erhebung im Winter-Semester 1975/76 ließ erkennen, daß schon damals der Anteil aller drei Universitätsgruppen (Studenten, Lehrende, "Dienstleister") in den hochschulnahen Bremer Ortsteilen Schwachhausen und Horn-Lehe an vorderer Stelle lag; durch die ansteigende Wohnungssuche der Universitätsbevölkerung wurden nicht nur Verschiebungen im sozialen Gefüge, sondern auch Miet- und Bodenpreisanstiege bewirkt (Ebd., S. 38 und S. 40).

Daß die Einrichtung derartiger Universitätswohnstädte und anderer baulicher Veränderungen im Gefolge eines Hochschulbaus, insbesondere auch die damit verbundenen gesellschaftlichen Umstrukturierungen, nicht reibungslos und innerhalb eines Jahrzehnts vollziehen können, läßt sich in Bochum in der Gestalt und Struktur des Ortsteils Querenburg nachdrücklich aufzeigen. "Es ist Aufgabe einer Generation, diese Veränderungen zu bewältigen, das Neue einzugliedern, noch nicht vollständig vorhandene Umweltbeziehungen zu vollenden und daraus das künftige Stadtbild zu formen" (Stadt Bochum, Bauverwaltung, 1974, S. 13).



IV. Die Universität als Wirtschaftsfaktor

"Die Errichtung einer Hochschule hat für die Kommune wahrscheinlich finanzielle Lasten (Aufschließungskosten, Verkehrsverbindungen, Wohnungsbau, Verzicht auf eigenes Ausdehnungsgelände), kaum aber materiellen Gewinn zur Folge" (Wissenschaftsrat 1960, S. 56). Mit dieser Feststellung hat der Wissenschaftsrat Bewerber um Universitäten und andere Hochschulen eindringlich davor gewarnt, Hochschuleinrichtungen ausschließlich oder nur einseitig unter dem Aspekt der Verbesserung der Wirtschaftsstruktur der Stadt ansiedeln zu wollen. Gleichwohl läßt sich nicht leugnen, daß eine Universität von gewichtiger regional-politischer Bedeutung für eine Stadt und ihr Umland ist (vgl. R. GEIPEL 1974).

Als Dienstleistungsbetrieb zahlt eine Hochschule an ihre Standortgemeinde weder - wie etwa eine Industriefirma, Handwerks- oder Handelsbetriebe - Gewerbesteuer¹⁾ noch Körperschafts- und Vermögenssteuer noch Umsatz-(Mehrwert-)Steuer. Auch die von den Bediensteten zu entrichtenden Einkommen- und Lohnsteuern fließen nicht den Kommunen zu, sondern werden zwischen Bund und Ländern (z.Z. im Verhältnis 35:65) geteilt. Die Standortgemeinde erhält von der Universität selbst direkt nur die Grundsteuer, die für land- und forstwirtschaftlichen Besitz sowie bebaute und unbebaute Grundstücke erhoben wird.

Meist wird "indessen übersehen, daß eine Hochschule - genau wie ein Industrieunternehmen - für eine Wirtschaftsregion ... ein bedeutsames Aktivum in dem Sinne darstellt, daß die Ausgaben, die von der Universität ausgehen, direkt oder indirekt einen wesentlichen Beitrag zum Volkseinkommen der betreffenden Region leisten" (E. SCHNEIDER 1967). Im einzelnen handelt es sich dabei

1. innerhalb des Universitätshaushalts um die Positionen
 - a) Baukosten (bei Neugründung und Ausbau von Hochschulen sehr wichtig; teilweise eigene Etats der Universitätsbauämter),
 - b) Sach- und Betriebskosten (einschließlich Ausgaben für Unterhalt und Reparaturen),
 - c) Personalkosten (Gehälter und Löhne der wissenschaftlichen und nicht-wissenschaftlichen Hochschulbediensteten sowie der Pensionäre), und
2. um die Ausgaben der Studenten.

Die Gesamtheit dieser Ausgaben, die sich noch um diejenige hochschulverbundener Einrichtungen wie z.B. der örtlichen Studentenwerke erhöht, hat bedeutsame Folgen für die örtliche und regionale Wirtschaft (vgl. u.a. U. BRÜSSE und J. EMDE 1977, K. GANSER 1978, J. LEIB 1976, 1977a und 1977b, G. KOPPERS und J. SONNTAG 1977, H. KNEPEL und G. POSER 1978, A. WILLAUSCHUS 1979).

Für eine Vielzahl von meist heimischen Unternehmen - am geringsten noch im Bereich der Bauausgaben - steigen die Umsätze und damit in der Regel auch die Einkommen. Von Aufträgen und Käufen der Universitäten und ihrer Mitglieder profitieren zahlreiche Betriebe des täglichen, periodischen und episodischen Bedarfs sowie ausgewählte Dienstleistungsfirmen (z.B. kommunale Versorgungs-, Reinigungs- und Bewachungsunternehmen) in gleicher Weise, insbesondere aber das spezielle hochschulorientierte Versorgungsgewerbe, wie im einzelnen noch näher darzustellen ist. Aber auch für zahlreiche Einzelpersonen fällt z.B. durch Zimmer- und Wohnungsvermietung an Studenten und Hochschulpersonal ein Zuerwerb an.

Als zweite Auswirkung ist herauszustellen, daß der hochschulbedingte höhere Umsatz der Gewerbebetriebe in Stadt und Region den jeweiligen Gemeinden indirekt auch zu einer höheren Gewerbesteuererinnahme verhelfen kann. Dies gilt in erster Linie für die Veranla-

1) Die Gewerbesteuer bringt den Gemeinden etwa 80% ihrer Einnahmen. Der Hebesatz wird im Rahmen staatlicher Richtlinien durch die Gemeindevertretung (Stadtverordnetenversammlung) festgesetzt.

gung nach dem Ertrag (d.h. nach dem Gewinn), oft aber auch - bei Umbau und Vergrößerung der Einrichtungen - für die Veranlagung nach dem Kapital, d.h. nach dem Wert des Gewerbetriebes. Der universitätsbedingte Steuerzuwachs läßt sich jedoch auch schätzungsweise nicht quantifizieren.²⁾

Die Hochschulen können darüber hinaus dadurch eine Schrittmacherfunktion übernehmen, daß sie Impulse für die Gründung und Erweiterung bestimmter Industriebetriebe auslösen. Es bedarf freilich einer längeren zeitlichen Entwicklung, bis diese Ansätze für die Standortgemeinde eine größere Bedeutung erlangen. Bisweilen kommt es auch zur Errichtung von Forschungsinstituten der Industrie in der Nachbarschaft von Hochschulen. Ein eigener Abschnitt beschäftigt sich mit dieser Fragestellung anhand ausgewählter Beispiele.

Schließlich ist darauf hinzuweisen, daß in Universitätsstädten häufig hochschulverbundene Folgeinstitutionen entstehen, z.B. Forschungszentren der Max-Planck-Gesellschaft oder andere wissenschaftliche Einrichtungen, die ihrerseits wiederum als Auftraggeber für

einen lokalen und regionalen Markt in Erscheinung treten können.

Insgesamt haben Hochschulen damit eine unbestreitbare Multiplikatorwirkung, die sich allgemein in die Wirkung öffentlicher Ausgaben auf die monetäre Gesamtnachfrage einer Volkswirtschaft einfügt.³⁾ Universitäten sind damit im Sinne von F. PERROUX eine echte "industrie motrice", da sie wirtschaftliche Prozesse auslösende Funktionen übernehmen (F. PERROUX 1964).

Inwieweit diese positiven kommunalen und regionalen Auswirkungen imstande sind, hochschulbedingte Folgekosten für die Kommunen auszugleichen, kann in diesem Rahmen nicht untersucht werden. Für Münster hat sich A. WILLAUSCHUS (1979) ausführlich mit diesem Problem beschäftigt. Kaum abzuschätzen ist schließlich das auch ökonomische Faktum, daß durch die Existenz von Hochschulen die Versorgung bestimmter Regionen mit hochqualifizierten Arbeitskräften verbessert und damit ein positiver Einfluß für Betriebserweiterungen oder unternehmerische Standortentscheidungen geschaffen wird (z.B. für industrielle Forschungsinstitute).

2) Freundliche Auskunft von Herrn Stadtdirektor a.D. Dr. Alfred SCHMITZ, ehemals Kämmerer der Stadt Bochum.

3) Eine jüngere inhaltsreiche und zugleich kritische Studie über die wirtschaftliche Bedeutung der Beispieluniversität Konstanz für die Bodenseeregion (D. FÜRST 1979)-erschieden in einem allgemeinen Themenheft "Die Universität aus ökonomischer Sicht" - konnte leider für die folgende Darstellung keine Berücksichtigung finden.

1. Universitätshaushalt und Ausgaben der Studentenschaft

Aus den einleitend dargelegten Überlegungen geht hervor, daß der Haushalt einer Hochschule und die Ausgaben der Studentenschaft für die Wirtschaft der Standortgemeinde und ihres Umlandes von beträchtlicher Bedeutung sein müssen. Es ist jedoch schwierig, diese

offensichtlichen Zusammenhänge exakt zu quantifizieren.

1.1 Haushaltsvolumina und Personalstellen im Hochschulbereich

D. HÜROLDT hat 1976 aufgezeigt, daß die Universität Bonn lange ein höheres Haushaltsvolumen hatte als die Stadt Bonn:

Tab. 13: Haushaltsvolumen von Universität und Stadt Bonn in Mill. DM (bzw. RM)

Jahr	Universität	Stadt	Anteil der Universität in v.H.
1830	(0,3)	0,1	300
1849	(0,36)	0,15	240
1867	0,48	0,28	171
1888	1,02	1,24	82,8
1910	1,8	6,9	26,8
1935	7,59	22,0	34,0
1957	42,6	104,0	40,9
1971	253,5	648,0	39,0

Quelle: Dietrich Hüroldt: Die wirtschaftliche Bedeutung der Universitäten für ihre Städte im 19. und 20. Jahrhundert. Vortrag während einer Arbeitstagung des Südwestdeutschen Arbeitskreises für Stadtgeschichtsforschung am 13.11.1976 in Schwäbisch Gmünd. Manuskript, Tab. 1 und S. 14ff.

Anmerkung: Geschätzte Werte in Klammern.

Seit 1868 gibt die preußische Statistik Auskunft über die Haushaltsvolumina der preußischen Universitäten (Preußische Statistik, H. 102, 136 u.a.; nach O. HÜROLDT 1976, S. 15 und S. 25f.); mit ihrer Hilfe läßt sich feststellen, welche Geldmittel die Hochschulen zu verschiedenen Zeitpunkten in ihren Städten, in deren Umland und - besonders wohl bei Bauausgaben - auch in anderen Regionen in Umlauf gesetzt haben. Obwohl die Haushaltsmittel der Universitäten ständig stiegen, hatten mit zunehmender Wirtschaftsentwicklung die größeren Städte seit der zweiten Hälfte des vergangenen Jahrhunderts höhere Summen zur Verfügung. So erreichte der Bonner Universitätshaushalt 1910 nur noch etwa ein Viertel des städtischen Haushalts, stieg aber nach 1950 wieder auf einen Anteil von rd. 40% an.

In Universitätsstädten geringerer Größenordnung (Tübingen, Marburg, Clausthal) und geringerer industrieller Prägung (z.B. Münster, Freiburg) ist auch heute die Universität nicht nur größter Arbeitgeber, sondern hat meist auch den größten Haushalt. So betragen

die Ausgaben der Universität Tübingen (einschließlich Universitätsbauamt) im Jahre 1972 237,5 Mill. DM, diejenigen der Stadt aber nur 70,8 Mill. DM, d.h. weniger als ein Drittel (E. EHLERS 1974, S. 230). Die Ausgaben des Haushaltes der Stadt Gießen beliefen sich im Jahre 1974 auf 195,6 Mill. DM, diejenigen der Universität (einschließlich Kliniken) sowie des Studentenwerkes und des Staatlichen Hochschulbauamtes betragen demgegenüber 365 Mill. DM und übertrafen damit die städtische Finanzmasse um 82% (J. LEIB 1976, S. 125). In Münster konnte im Jahre 1975 die Universität (einschließlich Kliniken) über 342,2 Mill. DM verfügen, die Stadt bei laufenden und investiven Ausgaben insgesamt bereits über 400,9 Mill. DM (A. WILLAUSCHUS 1979, S. 169). In der Industriestadt Bochum schließlich hatte die Universität (ohne Kliniken) im Jahre 1975 für Ausgaben 236,9 Mill. DM zur Verfügung, während die Stadt einschließlich der Zuweisungen und Zuschüsse rd. 813,0 Mill. DM verausgabte (Siedlungsverband Ruhrkohlenbezirk 1976, S. 11.2.2 und Rechenschaftsbericht des Rektorates der Ruhr-

Universität Bochum für den Zeitraum vom 15.10.1975 bis 14.10.1976, S. 22-23).

Einen Überblick über die Haushaltsansätze der verschiedenen nordrhein-westfälischen

Hochschulen und die Anzahl ihrer Planstellen für das Jahr 1975 vermittelt folgende Übersicht:

Tab. 14: Personalstellen und Haushaltsansatz an Hochschulen in Nordrhein-Westfalen 1975

Hochschulen	Stellensoll 1975	Haushaltsansatz 1975 in Mio. DM
Universität Bonn einschl. Kliniken	5.698	357,3
TH Aachen einschl. Kliniken	5.682	353,3
Universität Münster einschl. Kliniken	5.696	342,2
Universität Köln einschl. Kliniken	6.077	333,8
Universität Düsseldorf einschl. Kliniken	4.776	271,5
Gesamthochschule Essen einschl. Kliniken	3.449	299,0
Universität Bochum einschl. Kliniken ⁺)	3.595	247,5
Gesamthochschule Wuppertal	876	126,7
Gesamthochschule Paderborn	870	83,1
Universität Dortmund	1.183	81,1
Gesamthochschule Siegen	927	76,1
Universität Bielefeld	1.189	71,1
Gesamthochschule Duisburg	808	57,1
Pädagogische Hochschulen	2.357	125,9
Fachhochschulen	4.042	231,8
	47.225	3.057,5

Quelle: Presse- und Informationsamt der Landesregierung Nordrhein-Westfalen, Pressemitteilung 254/7/75 vom 3.7.1975.

Anmerkung +): Obwohl Bochum noch nicht über eigene Kliniken verfügt, enthält der Haushaltsplan des Landes NRW ein eigenes Kapitel für die Medizinischen Einrichtungen in Bochum (Abt. XV bis XVIII der Ruhr-Universität).

An sämtlichen Hochschulen in der Bundesrepublik Deutschland und in Berlin (West) waren am 2. Oktober 1975 insgesamt 270.212 Personen beschäftigt, davon 103.577 Wissenschaftler - 1960 waren es erst rd. 18.000 (Bundesminister für Bildung und Wissenschaft 1974b, S. 79) - und 166.635 Bedienstete in den Bereichen Tech-

nik, Verwaltung und Sonstiges.¹⁾ Dabei ist zu bedenken, daß ausschließlich oder vorrangig geisteswissenschaftlich ausgerichtete Hochschulen weniger Personal benötigen als Universitäten mit medizinisch-naturwissenschaftlichen Schwerpunkten. Auf ein Klinikum allein entfallen in der Regel 2.500 - 3.500 Beschäftigte sowie jährliche Ausgaben in Höhe von 150 Mill. bis 200 Mill. DM.²⁾

1) Statistisches Bundesamt: Personal an Hochschulen (2.10.1975). Wiesbaden 1976, S. 4-15 (= Bevölkerung und Kultur, Reihe 10; Bildungswesen V. Hochschulen). - Nach dieser Veröffentlichung liegt die Zahl der Bediensteten wesentlich höher (für Nordrhein-Westfalen 65.568 statt 47.225), weil Beschäftigte an nichtstaatlichen Hochschulen, Emeriti, Gastprofessoren, Lehrbeauftragte, aus Mitteln Dritter bezahlte Mitarbeiter und Hilfskräfte mitgezählt sind.

2) Vgl. Haushaltsplan für den Geschäftsbereich des Ministers für Wissenschaft und Forschung für das Haushaltsjahr 1975 (= Land Nordrhein-Westfalen, Einzelplan 06). Die Medizinischen Einrichtungen werden jeweils unter einem eigenen Kapitel und nicht zusammen mit der übrigen Hochschule geführt.

1.2 Haushaltsentwicklung und Ausgabenstruktur - Überblick am Beispiel der Universität Bochum

Seit etwa 1960 sind die Ausgaben für den gesamten Hochschulbereich sehr stark erhöht worden. Dies ist insbesondere bei neugegründeten Hochschulen festzustellen.³⁾ Als Beispiel sei die Entwicklung des Haushalts der Ruhr-Universität Bochum angeführt.

Erwartungsgemäß ist festzustellen, daß mit dem Wachstum der Hochschule auch die Gesamtausgaben für die Ruhr-Universität - mit Ausnahme der Rezessionsjahre 1966, 1968, 1972 und 1975 - kontinuierlich gestiegen sind. Die absolut höchsten Gesamtausgaben wie auch die höchsten Summen im Bereich der einmaligen Ausgaben⁴⁾ erfolgten 1970 und 1971, als die Hochbauten für die geisteswissenschaftlichen und medizinischen Ab-

Tab. 15: Entwicklung des Haushalts der Ruhr-Universität Bochum (ohne medizinische Einrichtungen) in Mill. DM

Jahr	Ausgaben insges.	insges.	Einmalige Ausgaben			insges.	Fortdauernde Ausgaben		
			davon Bauausgaben	davon Grundstückskäufe	davon Wiss. Erstaussstattg.		davon Personalkosten	davon lfd. Mittel für Lehre u. Forschung	davon Betriebskosten
1963	34,9	34,4	4,5	25,6	0,04	0,5	0,3	0,1	0,07
1964	58,3	54,0	40,0	7,1	1,9	4,3	3,2	0,6	0,4
1965	155,2	143,4	102,6	28,9	4,5	11,9	8,5	1,9	1,3
1966	126,0	103,7	91,0	1,4	6,2	22,3	17,3	2,3	2,5
1967	169,5	139,0	113,4	7,3	14,2	30,5	23,3	3,2	3,2
1968	163,2	121,5	105,3	0,1	10,7	41,7	29,6	6,1	4,6
1969	204,3	147,3	126,2	0,02	14,5	57,0	41,0	5,3	8,2
1970	267,9	210,4	169,8	0,2	32,7	77,5	56,7	7,3	10,5
1971	270,7	160,8	122,1	0,2	27,9	109,9	79,4	8,6	17,2
1972	233,7	108,9	91,0	0,2	12,3	124,8	92,3	9,9	16,6
1973	235,3	85,9	68,8	0,2	12,4	149,4	109,1	10,8	20,4
1974	248,2	83,3	59,4	0,1	14,2	164,9	122,3	10,8	20,2
1975	236,9	54,3	44,9	0,2	4,5	182,6	134,5	12,1	22,7
1976 (1.1.-31.8.76)	139,7	22,2	16,3	0,0	3,8	117,5	88,0	7,4	14,5
Zusammen	2.563,7	1.469,2	1.155,3	71,2	169,5	1.094,5	805,6	86,5	142,4

Medizinische Einrichtungen (ab 1973, wissenschaftliche Erstaussstattung bis 31.12.1975 s.o.)

1973-31.8.1976	39,1	10,5	9,5	-	0,7	28,6	20,6	2,9	4,9
----------------	------	------	-----	---	-----	------	------	-----	-----

Quelle: Ruhr-Universität Bochum, Rechenschaftsbericht des Rektorates für den Zeitraum vom 15.10.1975 bis 14.10.1976, S. 22-23.

teilungen errichtet wurden. Seit 1964 wurde die Ruhr-Universität häufig als "größte Baustelle Europas" bezeichnet; 1965 - 1972 wurden jährlich jeweils über 90 Mill. DM

verbaut, im Rekordjahr 1970 fast 170 Mill. DM. Auf die regionale Verteilung dieser Mittel wird noch zurückzukommen sein.

3) Ein nicht unbedeutender Anteil der höheren Mittelzuweisungen ist allerdings durch die gleichzeitig steigende Inflationsrate absorbiert worden.

4) Zu den einmaligen Ausgaben zählen wissenschaftliche und konventionelle Erstaussstattung, der Aufbau der Universitätsbibliothek, Grundstückskäufe, Bauausgaben und sonstige einmalige Ausgaben.

Im Zeitraum 1963 - 1976 machten die seit 1973 stark zurückgehenden Bauausgaben insgesamt 78,6% der einmaligen Ausgaben aus, gefolgt von der wissenschaftlichen Erstausrüstung mit 11,5% (insgesamt 169,5 Mill. DM) und Grundstückskäufen mit 4,9% (zusammen 71,2 Mill. DM). Daß die Mittel für die Erstausrüstung der Institute wie auch die Ausgaben für den Aufbau der Universitätsbibliothek überwiegend der Bochumer Wirtschaft zugutekamen, ist verständlich. Da jedoch zahlreiche Aufbaustellen der Ruhr-Universität an den bisherigen Tätigkeitsorten neu berufener Hochschullehrer entstanden sind und auch der antiquarische Buchkauf weit verbreitet ist, dürften die Berufungsmittel in den 60er Jahren zu einem nicht unbeträchtlichen Anteil auch in anderen Universitätsstädten verausgabt worden sein (z.B. in Münster, Köln, Bonn, Göttingen, Clausthal, Marburg und Tübingen). Anfänglich vom Volumen unbedeutender, langfristig aber sehr viel gewichtiger als die einmaligen Ausgaben sind die fortlaufenden oder laufenden Ausgaben einer Universität.⁵⁾

Sie übertreffen in Bochum seit 1972 die einmaligen Ausgaben und machen rd. zwei Drittel des Gesamthaushalts aus. Größter Einzelposten mit 73,2% im Zeitraum 1963 - 1976 sind die Personalkosten, die allein neben den Betriebskosten kontinuierlich zugenommen haben. Die Summe von rd. 122,3 Mill. DM bei ca. 5.000 Beschäftigten (einschließlich studentischer Hilfskräfte), die die Universität im Rechnungsjahr 1974 an Löhnen und Gehältern ausgezahlt hat, entspricht etwa dem entsprechenden Wert der Stadtverwaltung Bochum (1972: 135,2 Mill. DM Personalausgaben, Oktober 1974 rd. 4.700 städtische Bedienstete).⁶⁾ Die laufenden Mittel für Forschung und Lehre erreichten 1974 rd.

5) Zu den fortdauernden Ausgaben zählen neben Personal- und Betriebskosten laufende Mittel für Lehre und Forschung, Mittel aus Beiträgen Dritter, Mittel der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) und Zuschüsse der DFG für Sonderforschungsbereiche.

6) Rechenschaftsbericht des Rektors für den Zeitraum 15.10.1973 bis 14.10.1974, S. 17 und Statistisches Jahrbuch deutscher Gemeinden, 61. Jg., 1974, S. 378ff. - Nach dem Anschluß Wattenscheids an Bochum stiegen die städtischen Personalkosten 1975 auf 244,0 Mill. DM (vgl. Siedlungsverband Ruhrkohlenbezirk 1976, S. 11.2.1).

10,8 Mill. DM, diejenigen für Betriebskosten annähernd die doppelte Höhe.

Von besonderer Bedeutung sowohl bei den laufenden Ausgaben, erst recht aber bei den Einnahmen, die erstere erst ermöglichen, sind zunehmend die Beiträge Dritter (z.B. Stiftung Volkswagenwerk, Forschungsaufträge u.ä.) sowie die Zuschüsse der Deutschen Forschungsgemeinschaft für Einzelprojekte und Sonderforschungsbereiche geworden. Das ständige Anwachsen dieser Beiträge dokumentiert das Ansehen der Lehrenden einer Hochschule. In Bochum entfielen 1974 auf derartige Einnahmen rd. 13 Mill. DM, 1965 bereits etwa 14,8 Mill. DM. Diese Summen ermöglichen die zeitweilige Beschäftigung weiterer Bediensteter und zusätzliche Ausgaben vor allem für die Forschung; sie wurden in der Lokalpresse mehrfach als "Millionenschätzchen für die heimische Wirtschaft" bezeichnet.

1.3 Zur Bedeutung der Bauausgaben

In den meisten Universitätsstädten ist das Baugewerbe in nicht unbeträchtlichem Ausmaß von Hochschulaufträgen abhängig. Dies gilt insbesondere bei der Neugründung von Hochschulen, aber auch bei Universitäterweiterungen.

Will man die sektorale und regionale Aufgliederung der für bestimmte Baumaßnahmen verausgabten Mittel verfolgen, so kostet dies einen sehr hohen Arbeitsaufwand. J. LEIB konnte anhand von Unterlagen des Staatlichen Hochschulbauamtes für die Universität Gießen für sieben ausgewählte Bauprojekte der Jahre 1961 - 1974 feststellen, daß genau 64,6% aller Bauausgaben in der Stadt Gießen sowie den damaligen Kreisen Gießen und Wetzlar verblieben und weitere 5,6% ins übrige Mittelhessen flossen. Nur 1,2% der Mittel wurden an Firmen im Ausland und 10,1% an Unternehmen im übrigen Bundesgebiet und in Berlin (West) gezahlt, während rd. 9/10 im Lande Hessen blieben. Neben einigen Großfirmen aus dem Rhein-Main-Gebiet und von außerhalb Hessens waren in der Regel 100 und mehr kleinere und mittlere Handwerksbetriebe aus Gießen

und Umgebung beschäftigt; Bauerhaltungsmaßnahmen wurden fast ausschließlich an einheimische Firmen vergeben (J. LEIB 1976, S. 122-124).

Wurden nach einer ungefähren Hochrechnung (ebd., S. 123) in Gießen von 1946 bis 1974 Maßnahmen im Wert von 335,5 Mill. DM (mit Bauleitungsmitteln 410,5 Mill. DM) durchgeführt, so war die von 1963 - 1976 in Bochum verbaute Summe mit rd. 1,1 Mrd. DM (vgl. Tab. 15) dreimal so groß. Im Jahr 1968 beschäftigte der Baustab 400 Menschen, während auf der Baustelle der Ruhr-Universität etwa 1.500 Fach- und Hilfskräfte des Bauhaupt-, Bauhilfs- und Bauausbaugewerbes tätig waren, darunter zahlreiche Gastarbeiter aus Spanien, Italien und Jugoslawien. Die Aufträge, monatlich etwa 120 - 150, wurden an insgesamt 4.000 Firmen vom Groß- bis zum Kleinstbetrieb vergeben. Nach erfolgter Ausschreibung erhielt meist diejenige Firma oder Arbeitsgemeinschaft den Zuschlag, die das günstigste Angebot unterbreitete. Zahlreiche handwerkliche und mittelgroße Betriebe aus dem Raum Bochum schlossen sich zu Arbeitsgemeinschaften zusammen ("Arge Beton" o.ä.), um gegenüber großen Baufirmen konkurrenzfähig zu sein. 1968 verblieben 44,35% aller verausgabten Mittel in Bochum und Umgebung und 50,35% im übrigen Nordrhein-Westfalen; 2,76% der Baukosten flossen nach Berlin, 2,54% in andere Bundesländer (bevorzugt Notstandsgebiete) und ins Ausland, und zwar nach Italien, Frankreich und in die Beneluxländer. Bezogen auf die Auftragssummen übernahm die Industrie 76,78% und der Mittelstand 23,22% (nach G. UHLHORN 1968, S. 119 und Auskünften von Mitarbeitern des Staatshochbauamtes für die Ruhr-Universität Bochum). Eine Verteilungsanalyse aller Kosten für die gesamten bisherigen Bochumer Universitätsbauten konnte nicht erstellt werden. Die oben genannte Bausumme berücksichtigt noch nicht jene Beträge, die von Trägergesellschaften für die einzelnen Bauabschnitte der Universitäts-Rahmenstadt sowie durch die Stadt Bochum im Universitätsbereich für Erschließungsmaßnahmen verausgabt wurden.

Als weiteres Beispiel dafür, wieviel Arbeitsplätze durch Universitätsbaumaßnahmen geschaffen bzw. erhalten werden können und welche Bedeutung derartige Projekte für

ihren Standort und die angrenzene Region haben, sei das derzeit wegen seiner Kostenexplosion heftig umstrittene neue Klinikum Aachen angeführt. Das Finanzministerium des Landes Nordrhein-Westfalen stellte dazu 1976 fest: "Nachdem in den letzten Jahren bereits Landesmittel für etwa 900 Betten der örtlichen Krankenhausträger bereitgestellt worden waren, sind an der Errichtung des neuen Zentralklinikums mit 1.585 Betten zur Zeit 120 Arbeitsgemeinschaften, Büros und Firmen beteiligt; mehr als 2.000 Arbeitskräfte sind von der Werkbank bis zur Baustelle bei diesem Projekt eingesetzt. Durch Inbetriebnahme, Wartung und Ersatzinvestitionen ist auf Jahre hinaus mit Anschlußaufträgen für die Aachener Wirtschaft zu rechnen."⁷⁾

Während der Hauptphase des Universitätsbaus wurden in der Stadt Bochum zwischen 1960 und 1971 fünf Betriebe des Baugewerbes neu angesiedelt, im Bereich der Industrie- und Handelskammer Konstanz sogar 30 Baufirmen (H. BULWIEN 1973, S. 142 und S. 129f.). Alteingesessene und neugegründete Firmen profitierten nicht nur von den Hochschulbauten allein, sondern auch vom Wohnungsbau für Universitätsbedienstete, von der Errichtung von Studentenheimen sowie von zahlreichen Tiefbaumaßnahmen (Straßenbau, Bau von Versorgungsleitungen usw.).

Die Ausmaße, die der Hochschulausbau darstellt, sollen am Beispiel von Münster aufgezeigt werden. Seit etwa 1967 sind hier im Zuge des Universitätsneubaus Projekte verwirklicht bzw. in Angriff genommen worden, die die Stadt in dieser Größenordnung bisher nicht gekannt hat: die Universität wurde zum größten Bauherrn der Stadt.⁸⁾ So wurden bzw. werden noch gebaut:

7) Zur wirtschaftlichen Bedeutung der Aachener Hochschulen. Presseerklärung Nr. 563/12/76 des Presse- und Informationsamtes der Landesregierung Nordrhein-Westfalen vom 21.12.1976.

8) Vgl. E. OBERMEYER 1969, J. BÜCKLING 1970 und 1971 und zahlreiche Ausgaben von unipress münster, insb. Sonderinformation über Baumaßnahmen vom 17.12.1974. Die angeführte Institutsgruppe II wird vermutlich nicht mehr realisiert.

- 1967 - 1973 Neubau der Universitätsbibliothek (Baukosten 16 Mill. DM)
- 1974 - 1979 Naturwissenschaftliches Zentrum, Institutsgruppe I (Baukosten voraussichtlich 45 Mill. DM)
- 1975 - 1978 Naturwissenschaftliches Zentrum, Institutsgruppe II (Baukosten voraussichtlich 33 Mill. DM)
- 1976 - 1979 Neubau Biowissenschaften
- 1976 - 1979 Neubau des Rechenzentrums (Baukosten ca. 10 Mill. DM)
- 1973 - 1979 Neubau der Zahn-, Mund- und Kieferklinik (Baukosten 60 Mill. DM)

Größtes Bauobjekt der Westfälischen Wilhelms-Universität - sowohl von der räumlichen als auch der finanziellen Dimension her - ist das 1971 begonnene neue Großklinikum, das mit einem zweigeschossigen Flachbereich und vier zehngeschossigen, 61 m hohen Bettenhochhäusern (mit sog. Rundstationen für 1.025 Betten) nach seiner Fertigstellung im Jahre 1980 eines der modernsten Klinik-Zentren Europas sein soll. Wurden die Kosten zunächst auf 190 Mill. DM geschätzt (E. OBERMEYER 1969) und dann mit 564 Mill. DM veranschlagt (J. BÜCKLING 1971, S. 33), so werden sie - einschließlich eines neuen Versorgungszentrums für alte und neue Kliniken - nunmehr mit 932 Mill. DM angegeben.⁹⁾

Darüber hinaus nehmen verschiedene Um- und Ausbauten einen breiten Raum in den Bauvorhaben der Universität Münster ein; Ende 1974 waren etwa 20 verschiedene Bauprojekte in Planung und Ausführung. Die Errichtung von Studentenwohnheimen ist in dieser Summe nicht enthalten. Gemäß einem besonderes Landesgesetz wurde die Gesamtplanung des neuen Klinikums und der staatlichen Wohnheimbauten der landeseigenen Hochschulbau- und Finanzierungsgesellschaft mbH (HFG) übertragen.

9) Nach Presseberichten (Westfälische Nachrichten Münster vom 13.2.1979). Das Land Nordrhein-Westfalen baut neben den neuen Universitäten, Gesamthochschulen und anderen Hochschulen derzeit neue Kliniken in Köln, Münster, Aachen und Essen; die höchsten Baukosten sind bisher am Zentralklinikum Aachen entstanden (ca. 2 Mrd. DM bei einer Veranschlagung von ca. 700 Mill. DM), wo Planung und Bauausführung synchron erfolgten.

Diese führt sie in Münster mit Hilfe eines Dortmunder Bauträgers durch (J. BÜCKLING 1971, S. 33). Da es in der Provinzialhauptstadt jedoch ein sehr leistungsfähiges Baugewerbe gibt, darunter allein zwei Großunternehmen, darf unterstellt werden, daß das örtliche Bauhaupt-, Bauhilfs- und Bauausbaugewerbe angemessen beteiligt sind. Nach WILLAUSCHUS stellten die Bauaufträge der Münsterschen Hochschulen und des Studentenwerks in den Jahren 1970 - 1975 fast ein Sechstel des Gesamtumsatzes der örtlichen Baufirmen; ab 1973 stieg das Auftragsvolumen durch Zentralklinikum und Studentenwohnraumbau sogar um das Doppelte an und wurde zusätzlich durch den Eigenheimbau von Universitätsangehörigen belebt (A. WILLAUSCHUS 1979, S. 135-137).

1.4 Sachausgaben - Verwendung und räumliche Verteilung

Der Verbleib der hochschuleigenen Sachmittel und damit deren Bedeutung für Stadt und Region wurden beispielhaft für die Ruhr-Universität Bochum überprüft. Mit Einverständnis der Universitätsverwaltung konnten die Rechnungsbelege der laufenden Ausgaben für das Jahr 1973 eingesehen und ausgewertet werden.¹⁰⁾ Nicht erfaßt wurden Ausgaben der Universitätsbibliothek, deren Rechnungswesen damals noch nicht zentral über die Haushaltsabteilung der Universität abgewickelt wurde. Eine regionale Auswertung der 9.353 Lieferanten (vgl. Tab. 16 und 17), die 1973 bei der Ruhr-Universität erfaßt wurden, ergab, daß knapp die Hälfte von ihnen (48,8%) in Nordrhein-Westfalen und 7,3% im Ausland beheimatet waren, und zwar hier besonders in den USA, den westeuropäischen Ländern und Japan. 20,5% aller Lieferanten stammten aus Bochum, 34,1% aus dem Ruhrgebiet und den ruhrgebietsbegleitenden Kreisen. Dieser Anteil der Eigenversorgung aus der Region ist angesichts des jungen Alters der Universität sowie der fehlenden Tradition einer Hochschulorientiertheit der Wirtschafts bereits als beachtlich anzusehen.

10) Für die Erlaubnis, diese Unterlagen einsehen und auswerten zu dürfen, danke ich dem Stellvertreter des Kanzlers, Herrn Ltd. Regierungsdirektor Hubert SCHMITZ.

Tab. 17: Auslandslieferanten der Ruhr-Universität Bochum
(ohne Universitätsbibliothek) im Haushaltsjahr 1973 nach Heimatländern

Land	Lieferanten	Land	Lieferanten
USA	145	Libanon	3
Großbritannien	87	Türkei	3
Schweiz	81	Tansania	3
Niederlande	70	Griechenland	2
Österreich	55	Vatikan	2
Frankreich	52	Liechtenstein	2
Italien	39	Israel	2
Japan	25	Ägypten	2
Belgien	20	Brasilien	2
Spanien	16	Argentinien	2
Kanada	8	Chile	2
Schweden	7	Luxemburg	1
Dänemark	7	Malta	1
Hongkong	7	Ungarn	1
Taiwan	7	Sowjetunion	1
Finnland	5	Tschechoslowakei	1
Portugal	5	Kenia	1
Indien	5	Südafrika	1
Norwegen	4	Thailand	1
Jugoslawien	4	Auslands-Sammelkonto	1

= 683 insgesamt

Quelle: Haushaltsabteilung der Ruhr-Universität Bochum.

Anmerkung: Auf dem Auslands-Sammelkonto "Ausgleichslieferant" wurden Rechnungen ausländischer Firmen mit meist nur einem Auftrag pro Jahr ohne Zweigniederlassung in der BRD und ohne inländisches Konto gebucht.

Ein differenzierteres Bild ergibt sich, wenn nicht die Anzahl der Lieferanten, sondern die Werte der tatsächlich erfolgten Lieferungen für universitätstypische Branchen und der Dienste herausgegriffen werden.

Der Universität Bochum standen 1973 - ohne laufende Mittel für Personalkosten, Bauausgaben und Ausgaben für den Aufbau der Universitätsbibliothek - an Sachmitteln zur Verfügung:

Tab. 18: Sachmittel der Ruhr-Universität Bochum 1973

Fortdauernde Ausgaben

Laufende Mittel für Lehre und Forschung	DM	10.812.143
Betriebskosten	DM	20.384.820
Beiträge Dritter	DM	3.934.354
Zuschüsse der DFG für Sonderforschungsbereiche	DM	1.982.190
Mittel der Deutschen Forschungsgemeinschaft	DM	3.202.246

Zwischensumme DM 40.315.753

Einmalige Ausgaben

Wissenschaftliche Erstausrüstung	DM	12.444.228
Konventionelle Erstausrüstung	DM	2.109.976
Sonstige einmalige Erstausrüstungen	DM	1.356.815

Gesamtsumme DM 56.226.772

Quelle: Ruhr-Universität Bochum, Rechenschaftsbericht des Rektorates für den Berichtszeitraum 15.10.1973 bis 14.10.1974, o.O., o.J., S. 16-17.

Diese Angaben enthalten vermutlich noch befristete Personalkosten für Mitarbeiter in wissenschaftlichen Projekten.

Mit Unterstützung von Mitarbeitern der Haushaltsabteilung der Ruhr-Universität wurden

110 Lieferanten oder Dienstleistungsunternehmen ausgewählt, die in jedem Jahr besonders hohe Zahlungen aus Universitätsmitteln für gelieferte Waren oder Inanspruchnahme von Diensten erhalten; im Jahr 1973 entfielen auf sie etwa 26 Mill. DM.

Tab. 19: Ausgewählte Sachausgaben des Universitätshaushalts 1973 nach Branchen (ohne Universitätsbibliothek) im Ruhrgebiet

	Verausgabter Betrag in DM (abgerundet auf 1.000)	davon an Unter- nehmen in Bochum DM	%
15 Buchhandlungen und Antiquariate in Bochum, Dortmund und Essen	1.403.000	1.394.000	99,4
5 Buchbindereien in Bochum und Essen	274.000	242.000	87,6
13 Lieferanten für Büroeinrichtungen, Büro- und Zeichenbedarf in Bochum, Dortmund und Hattingen (einschl. Druckereien)	1.443.000	1.214.000	84,1
13 Lieferanten für Fotoartikel und Luft- bilder in Bochum, Dortmund, Essen, Witten und Gelsenkirchen	445.000	421.000	94,6
6 Lieferanten für Laborbedarf in Bochum, Dortmund, Witten und Wattenscheid	1.869.000	257.000	13,8
4 Lieferanten für Werkzeuge und Werkstättenbedarf in Bochum	731.000	731.000	100,0
4 Lieferanten für Metall- und Eisenwaren in Bochum, Dortmund und Essen	174.000	95.000	54,6
3 Lieferanten für medizinisch-naturwiss. Bedarf in Bochum	16.000	16.000	100,0
5 Lieferanten für Tierfutter in Bochum und Gelsenkirchen	49.000	7.000	14,3
7 Lieferanten für Elektrobedarf in Bochum, Dortmund und Essen	435.000	88.000	20,2
5 Schreinereien und Holzlieferanten in Bochum	224.000	224.000	100,0
2 Speditionen in Bochum	222.000	222.000	100,0
4 Wäschedienstfirmen in Bochum, Essen und Gelsenkirchen	171.000	116.000	67,8
3 Gebäudereinigungsfirmen in Bochum, Dortmund und Essen	2.683.000	827.000	30,8
1 Wachdienst in Bochum	640.000	640.000	100,0
90 Lieferanten	10.779.000	6.494.000	60,2
3 Versorgungsunternehmen für Wasser, Strom- und Fernwärme in Bochum und Dortmund	9.965.000	9.964.000	
(1) Abgaben an die Stadt Bochum (Grundsteuer, Liegenschaftsabgaben, Straßenreinigung, Mieten)	551.000	551.000	
(1) Fernmeldegebühren (Buchungsstelle Düsseldorf)	610.000	-	
95 Lieferanten bzw. Dienstleistungsunternehmen	21.905.000 =====	17.009.000 =====	
15 Großunternehmen für Elektroanlagen, Kühltechnik, optische und feinmechanische Produkte und Vervielfältigungen/Maschinen, Geräte und Wartung (nächste Niederlassungen meist Dortmund, Essen oder Düsseldorf, gelegentlich Köln und Frankfurt)	5.080.000	-	

Quelle: Haushaltsabteilung der Ruhr-Universität Bochum (eigene Auswertung).

Die Tabelle ist in sich dreifach gegliedert. Bei den ersten 15 Branchen, für die 90 Firmen aus dem Ruhrgebiet beispielhaft ausgewählt wurden, können Institute und Hochschulverwaltung aus alternativen Angeboten wählen. Bei der zweiten Gruppe besteht wegen eines Monopolcharakters öffentlicher Zahlungsempfänger diese Möglichkeit nicht (vgl. J. LEIB 1976, S. 92, Anm. 2). Eine dritte Gruppe umfaßt führende Großunternehmen mit Sitz oder Zweigniederlassung überwiegend in Nordrhein-Westfalen, deren Produkte oder Leistungen marktbeherrschend und damit praktisch konkurrenzlos sind.

Auf die zunächst aufgeführten 15 Branchen bzw. Arten von Dienstleistungen entfielen, sofern sie innerhalb des Reviers in Anspruch genommen wurden, im Jahre 1973 Ausgaben in Höhe von rd. 10,8 Mill. DM, von denen mit unterschiedlichen Anteilen durchschnittlich 60,2% der Summe Bochumer Firmen zugutekamen. Die Zusammenstellung hätte um weitere Branchen erweitert werden können, die gleichfalls mehr oder weniger regelmäßig von der Universität Aufträge erhalten, z.B. Autobusunternehmen (für Studenten-Exkursionen verschiedener Abteilungen), Kraftfahrzeughändler¹¹⁾ und Firmen für Kfz-Bedarf, Musikgeschäfte und Apotheken (für Erste-Hilfe-Ausstattungen). Unter den Lieferanten findet man auch Einrichtungshäuser und Haushaltswarengeschäfte, bei denen unregelmäßig Einzelanschaffungen besorgt werden, oder auch Gaststätten, die von Repräsentationskosten der Universitätsorgane profitieren. Es ist auffällig, daß bei den meisten in der Tabelle angeführten Branchen das örtliche Angebot 1973 ganz oder beinahe ausreichte, um die Nachfrage der Hochschule innerhalb ihres Nahversorgungsbereiches zu decken. Lediglich bei der

11) Nach Auskunft der Fahrbereitschaft unterhält die Ruhr-Universität allein 15 Fahrzeuge, davon 3 Kleinbusse, 5 PKW und 2 Transportwagen der zentralen Fahrbereitschaft und zusammen 5 Fahrzeuge der Universitätsbibliothek (Fernleihe) bzw. der Institute. Die Fahrzeuge werden in bestimmten Abständen durch neue ersetzt, und zwar über örtliche Händler. 5 Fahrzeuge sind Modelle des in Bochum ansässigen Automobil-Zweigwerkes Opel. - Vergleichsweise sei erwähnt, daß die Universität Münster 35 Fahrzeuge, die Medizinischen Einrichtungen weitere 31 Fahrzeuge unterhalten.

Beschaffung des Labor- und Elektrobedarfs, von speziellem Tierfutter (für Versuchstiere der Abteilung Biologie) und bei der Inanspruchnahme von Reinigungsfirmen¹²⁾ wurden die größeren Summen, bei Metall- und Eisenwaren noch ein beachtlich hoher Anteil der im Ruhrgebiet verbleibenden Gelder an Firmen mit Sitz in Bochumer Nachbarstädten verausgabt. Dies läßt auf eine gewisse Tradition und Spezialisierung der dortigen Unternehmen schließen, die in Bochum nicht oder noch nicht gegeben ist.

So sehr nach Möglichkeit bei der Auftragsvergabe die Wirtschaftsunternehmen von Stadt und Region bevorzugt mit Aufträgen bedacht werden, so scheint jedoch dennoch die Hälfte aller Ausgaben oder sogar mehr an auswärtige Firmen zu fließen, die einen in der Region nicht vorhandenen Spezialbedarf anbieten.¹³⁾ So dominieren bei den Lieferanten der Branchen Elektronik, Elektrotechnik, Feinmechanik und Optik Firmen aus Süddeutschland sowie den Räumen Göttingen, Hannover, Braunschweig und Hamburg.¹⁴⁾ Metall- und Eisenwaren, insbesondere Schlüssel, wurden überwiegend in Velbert bestellt,¹⁵⁾ ein beachtlicher Anteil der Chemikalien und Buchbinderaufträge wurde aus Münster geliefert bzw. dort ausgeführt. Die Bestellungen von Literatur außerhalb Bochums und seiner Nachbarstädte waren demgegenüber gering und beschränkten sich nahezu auf Antiquariate und ausländische Firmen. Dies darf als Ausdruck

12) Die Gebäudereinigungsfirmen, von denen eine unter dem Namen "Uni-Putz" in Essen eigens gegründet wurde, bringen in angemieteten Bussen Frauen aus dem ganzen Ruhrgebiet (insbesondere aus den nordwestlichen, nördlichen und östlichen Bereichen) täglich nach Bochum, die von 16 bis 21 Uhr die Gebäudereinigung durchführen.

13) Nach Schätzungen von Mitarbeitern der Haushaltsabteilung der Ruhr-Universität Bochum. Eine komplette Auswertung aller Sachausgaben der Universität konnte durch den Verfasser aus zeitlichen Gründen nicht durchgeführt werden.

14) Allein auf 19 Göttinger Firmen für Feinmechanik, Optik, Elektrotechnik und naturwissenschaftlich-medizinischen Bedarf entfielen Lieferungen im Wert von rd. 173.000 DM und damit mehr als das Zehnfache dessen, was für den gleichen Bedarf in Bochum verausgabt wurde (rd. 16.000 DM).

15) Zu Entwicklung, Struktur und Bedeutung der Wirtschaft dieses Raumes vgl. Dorothee HAIN 1977.

dafür gewertet werden, daß der Bochumer Buchhandel, auf den an anderer Stelle noch zurückzukommen ist, als qualifiziert und leistungsfähig eingestuft wird.

Ein großes Ausmaß erreichten - wie am Ende der Tabelle sichtbar - Waren und Leistungen (z.B. Wartung von Geräten) deutscher und ausländischer Großbetriebe, die sich auf Elektroanlagen, optischen und feinmechanischen Bedarf, Kühltechnik, Büromaschinen, Fotobedarf und Vervielfältigungstechnik spezialisiert haben. Die Universität hatte an sie durchweg über 100.000 DM, vereinzelt mehr als 1 Mill. DM im Jahre 1973 zu zahlen. Lieferungen und Wartungen erfolgten vielfach von verschiedenen Standorten des gleichen Unternehmens aus. Ihre nächstgelegenen Niederlassungen liegen meist in Dortmund, Essen oder Düsseldorf, gelegentlich auch in Köln oder Frankfurt.¹⁶⁾

Die Tabelle läßt schließlich erkennen, daß die Universität nicht unbeträchtliche Summen jährlich an öffentliche Versorgungsunternehmen und auch an die Stadt Bochum entrichtet. Nicht aufgeführt sind Abgaben und Steuern an verschiedene staatliche Kassen und Ämter (verschiedene Steuern, Zollgebühren, Vergütungen für Dienste) sowie die Ausgaben an Portogebühren, die gleichfalls beachtliche Größenordnungen erreichen. Für Göttingen konnte P. BAER nachweisen, daß Universität und Kliniken sehr bedeutende Kunden der Stadtwerke sind: die Hochschul-einrichtungen waren 1973 mit 53% am Absatz der Heizwerke und mit 11% am Absatz der Wasserwerke beteiligt (P. BAER 1976, S. 313).

In ähnlicher Weise dürften auch in anderen Hochschulstädten die dortigen Wirtschaftsbetriebe stark von Universitätsaufträgen abhängig sein. Je mehr Tradition eine Hochschulstadt hat, um so höher dürfte der Grad der örtlichen Eigenversorgung sein, dies umso mehr, wenn es sich um eine regionale Landeshauptstadt handelt, in der Hauptverwaltungen oder Niederlassungen großer Firmen

mit Monopolstellung existieren. Aus der jungen Universitätsstadt Kaiserslautern flossen dagegen bis 1975 70% der Aufträge für universitäre Hochbau- und Erschließungsmaßnahmen und im Jahre 1975 sogar 72% der Sachmittelausgaben aus der Region ab. Insbesondere der Erwerb von Fahrzeugen, Geräten, Ausstattungsgegenständen und sonstigen Investitionsgütern wurde zu über 90% außerhalb getätigt (K. GANSER 1978, S. 12 und S. 10). Man hofft indessen, daß langfristig 60% der Sachmittel in der Region wirksam werden und bei einem Ausgabevolumen von rd. 15 Mill. DM etwa 250 Arbeitsplätze in Handwerk und Dienstleistungen schaffen oder sichern können (Ebd., S. 11).

Nach Auskünften der Haushaltsabteilung der Westfälischen Wilhelms-Universität waren in Münster folgende Firmen stark von Aufträgen der 170 haushaltsrechtlich selbständigen Institute, Seminare und Abteilungen (ohne die 12 Kliniken) abhängig:¹⁷⁾

- 5 Buchhandlungen und Antiquariate, teils mit Zweiggeschäften in Universitätsnähe (sämtlich in Münster),
 - 5 Buchbindereien (sämtlich in Münster),
 - 12 Lieferanten von Büroeinrichtungen, Büro- und Zeichenbedarf (11 in Münster, 1 in Telgte), davon zwei extrem stark,
 - 2 Lieferanten für Elektrobedarf (in Münster),
 - 1 Lieferant für Laborbedarf (in Münster-Roxel), extrem universitätsabhängig,¹⁸⁾
 - 3 Speditionen (in Münster) und
- eine Reihe weiterer Firmen für biologischen und insbesondere medizinischen Sonderbedarf (Pharma-Handlungen) sowie für Gebäude-reinigung.

17) Es wurde allerdings zugleich herausgestellt und durch zwei Buchhändler bestätigt, daß angesichts des hohen Anteils der Akademiker und des kulturellen Engagements der Bewohner in Münster die dortigen literaturbezogenen Firmen auch einen recht hohen Anteil am städtischen Publikum haben.

18) Dieser Großhandelsbetrieb beschäftigt immerhin 150 Mitarbeiter und beliefert mehr als 20.000 Kunden (Hochschulen, Krankenhäuser, Ärzte, Industrielaboratorien) zwischen Flensburg und Bodensee. Vgl. Waldeck-Service rund um's Labor. In: Münster. Wirtschaftsreport 7, 1976, S. 54-55.

16) Bei diesen Großfirmen handelt es sich um die Firmen AEG, Agfa, Balzers AG, BBC, Beckman Instrumente, Colora Meßtechnik, Digital Equipment, Hewlett & Packard, IBM, Leitz, Linde AG, Messer-Griesheim AG, Rank Xerox, Siemens und Zeiss.

Da auch an der Universität Münster das Prinzip verfolgt wird, bei der Auftragsvergabe zuerst einheimische Firmen zu berücksichtigen, bleiben die Mittel für Sachausgaben zum größten Teil in Münsters Wirtschaft. Nach Berechnungen von A. WILLAUSCHUS hat sich allein das Nachfragevolumen der Münsterschen Buchhandlungen zwischen 1970 und 1975 von 10,5 auf 19 Mill. DM erhöht (1979, S. 135).

1.5 Entwicklung der Beschäftigtenzahlen und der Personalkosten

Den größten Teil des Haushaltes einer Universität machen - wie auch bei Gemeinden, Ländern und Bund - die Personalkosten (Löhne und Gehälter) aus. Mit den seit den 50er Jahren steigenden Studentenzahlen hat auch die Zahl der Hochschulbediensteten ständig zugenommen, wenngleich sich ihre Verhältniszahl zu den Studierenden im allgemeinen verschlechtert hat.

Geraffte Tabellen mögen für die Beispielhochschulen die Entwicklung des Personalbestandes aufzeigen:

Tab. 20: Beschäftigte der Universität Göttingen

	1933	1948	1960	1970	1974
Wissenschaftliches Personal	251	391	622	1496	1943
davon: Professoren (H3/H4)	90	108	140	289	358
Dozenten	-	26	32	68	64
Wiss. Mittelbau und Bibl.-Beamte	161	257	450	1139	1521
Technisch-administratives Personal	694	1020	1692	3247	4200
davon in Kliniken	2508
Personal insgesamt (Landesmittel)	945	1411	2314	4743	6143
<u>dazu</u>					
Bedienstete über DFG					300
Über Mittel Dritter					287
Personal insgesamt					6730

Quelle: Kuratorium der Universität Göttingen, Personalabteilung.

Der Personalbestand der Universität Göttingen, dessen Entwicklung in Abbildung 20 graphisch dargestellt ist, hat gegenüber der Vorkriegszeit um mehr als das Sechsfache zugenommen; von 1960 bis 1974 hat die Zahl der aus Landesmitteln bezahlten Mitarbeiter sich verdreifacht, die Zahl der Lehrstühle sich von 118 auf 243 mehr als verdoppelt. Knapp 60% des technisch-administrativen Personals war in den Kliniken tätig.¹⁹⁾

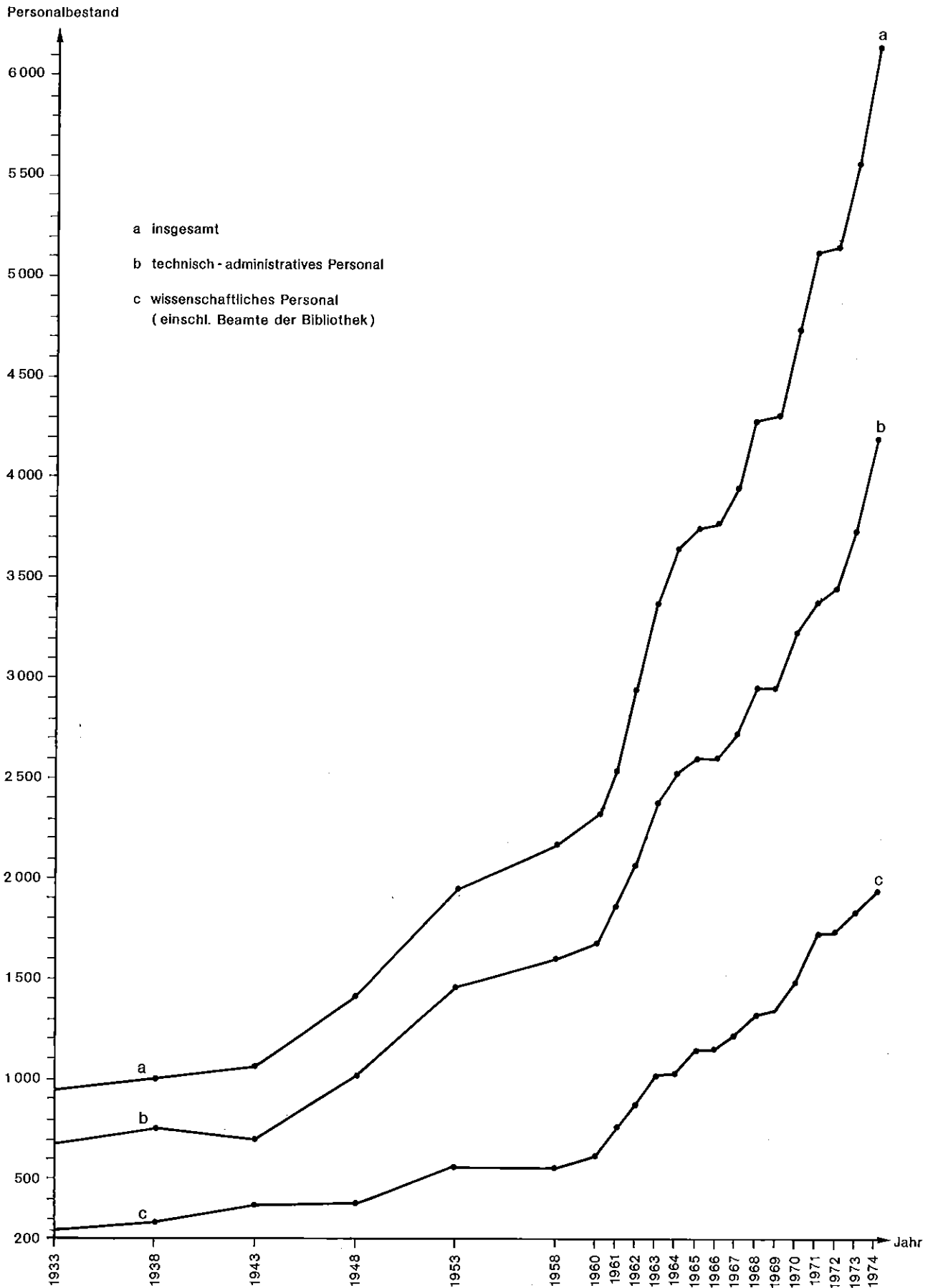
An der Universität Köln, die weniger Fakultäten zählt als Göttingen, nahm die Zahl der Lehrstühle von 1960 bis 1974 von 103 auf

213 zu; das gesamte wissenschaftliche Personal (ohne wissenschaftliche Hilfskräfte) verdoppelte sich annähernd von 1960 - 1970 von 690 auf 1.310. Allein an den Kliniken waren - ohne habilitierte Lehrende - 1974 etwa 3.600 Beamte, Angestellte und Arbeiter tätig, darunter allein ca. 2.200 Krankenschwestern (ohne Auszubildende, Praktikanten, Schüler der Fachschulen und Ersatzdienstleistende). Aus Landesmitteln waren 1975 6.077 Stellen etatisiert.²⁰⁾

19) Nach Auskünften des Kuratoriums der Universität Göttingen, Personalabteilung.

20) Auskünfte der Personalabteilungen der Universität und der Universitätskliniken Köln bzw. errechnet nach Universität Köln, Jahrbuch, 6. Jg., 1971, S. 17; die ehemals Städtischen Kliniken sind inzwischen vollständig durch das Land übernommen worden.

Abb. 20
Entwicklung des Personalbestandes der Universität Göttingen



An der Universität Münster nahmen die verschiedenen Personalgruppen wie folgt zu:²¹⁾

Tab. 21: Beschäftigte der Universität Münster

	1960	1975
Ordentliche, außerordentliche Professoren, Emeriti	173	266
Obrige Hochschullehrer: Wiss. Räte und Professoren, Dozenten	53	268
Wiss. Mitarbeiter (einschl. Studienprofessoren, Oberassistenten)	251	883
Universitätsbibliothek (Beamte und Angestellte)	77	168
Zentrale Universitätsverwaltung (Beamte und Angestellte)	147	486
Obriges Personal (Beamte, Angestellte, Arbeiter)	385	657
Wissenschaftliche Hilfskräfte	103	504
<hr/>		
Beschäftigte in der Universität	1.189	3.232
Beschäftigte in den Kliniken (Beamte, Angestellte, Arbeiter)	1.600	3.720
<hr/>		
Personal insgesamt	2.789	6.952

Quelle: Nach Auskünften der Personalabteilungen der Universität und der Universitätskliniken Münster.

Anmerkung: In den Beschäftigtenzahlen der Kliniken sind Ordens- und DRK-Schwestern enthalten, die über sog. Gestellungsverträge verpflichtet sind, außerdem DRK-Lernschwestern. Nicht berücksichtigt sind jeweils studentische Hilfskräfte.

Der Personalbestand der Universität Münster (einschließlich Honorarprofessoren, Lehrbeauftragte und studentische Hilfskräfte) hat sich in drei Dekaden jeweils verdoppelt, die Personalausgaben aber haben jeweils um das Vierfache zugenommen:

	Personal	Personalkosten
1953	1.900	9 Mill. DM
1963	3.722	37 Mill. DM
1973	.	150 Mill. DM
1974	mehr als 7.500	.

Im Landeshaushalt waren 1975 5.696 Stellen etatisiert. 1974 machten Löhne und Gehälter über 60% des gesamten Universitätshaushalts aus;²²⁾ dieser Anteil hat sich bis 1977 nicht verändert.

Wie schnell der Personalbestand einer neu gegründeten Hochschule sich ausweiten kann,

geht nachdrücklich aus der Entwicklung der Beschäftigten der Ruhr-Universität Bochum hervor. Sie konnte binnen 10 Jahren auf rd. 5.000 Mitarbeiter anwachsen und sich damit nach dem Opel-Werk und den Friedrich-Krupp-Hüttenwerken zum drittgrößten Arbeitgeber (noch vor der Stadtverwaltung) der Stadt entwickeln.

21) Nach Auskünften der Personalabteilungen der Universität und der Universitätskliniken Münster. In den Beschäftigtenzahlen der Kliniken sind Ordens- und DRK-Schwestern enthalten, die über sog. Gestellungsverträge verpflichtet sind, außerdem DRK-Lernschwestern. Nicht berücksichtigt sind jeweils studentische Hilfskräfte.

22) unipress münster, Presseerklärung Nr. 759/74 vom 2.9.1974 (Sonderinformation für die Teilnehmer der Pressefahrt der Stadt Münster am 4. September 1974), S. 12-13.

Tab. 22: Beschäftigte der Universität Bochum

Jahr (Stand 31.12.)	Profes- soren (H4)	Andere Lehrende (H3 - H1)	Beamte	Ange- stellte	Arbeiter (und Lehrlinge)	wiss. und stud. Hilfskräfte	gesamt
1963	14	6	8	28	3	5	64
1964	50	76	17	164	22	137	466
1965	90	186	26	284	67	386	1039
1966	114	291	33	449	105	431	1423
1967	130	414	42	593	136	423	1738
1968	162	512	45	742	172	667	2297
1969	184	616	45	952	261	719	2777
1970	189	835	57	1213	372	605	3271
1971	191	926	57	1491	446	724	3838
1972	203	946	58	1575	459	1081	4322
1973	209	947	60	1690	457	1388	4751
1974	221	949	62	1697	494	1587	5010
1975	232	1041	63	1702	484	1384	4906

Quelle: Ruhr-Universität Bochum (Dokumentation, hrsg. von der Pressestelle, Stand 1976), Masch., S. 8.

Anmerkung: Ohne Bedienstete des Klinikums Essen während dessen Zugehörigkeit zur Ruhr-Universität 1967-1972.

Beachtlich erscheint der kontinuierliche Ausbau des Personals, dessen Zahl erstmals 1975 zurückgeht, bedingt vor allem durch den Abbau studentischer Hilfskräfte. In den Beschäftigtenzahlen sind offensichtlich nebenamtliche Lehrbeauftragte und Mitarbeiter, die über die Deutsche Forschungsgemeinschaft oder aus Mitteln Dritter bezahlt werden, noch nicht enthalten. Während der Landeshaushalt 1975 die Ruhr-Universität mit nur 3.595 Personalstellen ausweist,²³⁾ gibt die hochschuleigene Statistik bedeutend höhere Angaben an.²⁴⁾ Für 1976 wird sogar ein Personalbestand von 5.659 nachgewiesen, darunter 242 Lehrbeauftragte und 407 Mitarbeiter aus Mitteln Dritter.²⁵⁾

23) Presse- und Informationsamt der Landesregierung Nordrhein-Westfalen, Pressemitteilung 254/7/75 vom 3.7.1975.

24) Möglicherweise zählt die Ruhr-Universität nicht Planstellen, sondern Mitarbeiter. Durch Aufteilung wissenschaftlicher in jeweils zwei studentische Hilfskraftstellen und weitere Aufteilung dieser Stellen kann die Zahl der Mitarbeiter sehr schnell ansteigen. Ähnliches gilt auch bei denkbarer Teilung von Angestellten- und Arbeiterstellen. - Die in der universitätseigenen Statistik angeführten studentischen Hilfskräfte können eigentlich nicht als volle Arbeitskräfte gezählt werden.

25) Rechenschaftsbericht des Rektorates der Ruhr-Universität Bochum vom 15.10.1975 bis 14.10.1976, S. 24.

An der Universität Konstanz mit ihren vergleichsweise niedrigen Studentenzahlen wurde der Lehrbetrieb im Winter-Semester 1966/67 mit 25 Lehrpersonen aufgenommen (davon 10 ordentliche Professoren). 1971 war ihre Anzahl bei nunmehr 47 Ordinarien auf 250 angestiegen, zu Beginn des 10. Studienjahres 1975 auf 372 (davon 67 ordentliche Professoren).²⁶⁾ Am 2. Oktober 1975 beschäftigte die Universität insgesamt 1.255 Bedienstete, davon 724 in den Bereichen Technik, Verwaltung und Sonstiges und 531 Wissenschaftler.²⁷⁾ Damit war sie nach den beiden örtlichen Werken des Telefunken-AEG-Konzerns zweitgrößter Arbeitgeber der Stadt und hatte ein alteingesessenes Textil- und Bekleidungswerk (Stromeyer) sowie eine expansive pharmazeutische Fabrik (Byk Gulden), die beide rd. 1.000 Beschäftigte zählen, nach Bediensteten knapp überrundet.²⁸⁾

26) Die personelle Entwicklung im Bereich der Lehre an der Universität Konstanz. In: Konstanzer Blätter für Hochschulfragen, H. 50/51 (= Jg. XIV, H. 1/2), 1976, S. 122f.

27) Statistisches Bundesamt: Personal an Hochschulen 1975. Stuttgart und Mainz 1976, S. 13 (= Bevölkerung und Kultur, Reihe 10: Bildungswesen, V. Hochschulen). - Gemäß Haushaltsplan waren nur 841 Stellen etatisiert.

28) Freundliche Auskünfte von Herrn Bürgermeister Dr. Werner DIERKS, Konstanz; vgl. auch K. KIPPING 1971, S. 77-86.

Andere Größenordnungen gelten wiederum für den Personalbestand der letzten Beispielhochschule, der Universität-Gesamthoch-

schule Essen. Sie zählte Ende 1975 etwa die gleiche Beschäftigtenzahl wie die Ruhr-Universität Bochum.

Tab. 23: Beschäftigte der Universität Essen-Gesamthochschule

	August 1974		} 1.241	Oktober 1975
	insgesamt	davon Klinikum		
Hochschullehrer	324	71	}	
Wiss. Mitarbeiter	494	363		
Nichtwiss. Mitarbeiter	2.654	2.216		3.721
	<u>3.472</u>	<u>2.650</u>		<u>4.962</u>

Quellen: Presseinformation der Universität Essen-Gesamthochschule vom 12.8.1974; Statistisches Bundesamt: Personal an Hochschulen 1975, S. 11.

Beachtlich erscheint dabei, daß 1974 insgesamt 76% der Bediensteten auf den universitären Kern des Klinikums entfielen. Vom Gesamt-Etat der Universität Essen (ohne Neubau-Titel) von ca. 300 Mill. DM entfielen auf den kostenintensiven Bereich der Medizin rd. 175 Mill. DM; etwa 1/3 des Gesamthaushalts, also etwa 100 Mill. DM, waren Personalkosten (W. KRÜLL 1975, S. 9).

Das Verhältnis von Studenten zu Personal liegt im allgemeinen bei etwa 3:1, ist bei großen Universitäten deutlich ungünstiger und bei kleinen und im Aufbau befindlichen Hochschulen sehr viel günstiger (siehe H. MONHEIM 1977, S. 207). Die Bediensteten der Hochschulen tragen somit mit ihren Nettolohnsummen beträchtlich zur Kaufkraft innerhalb der Universitätsstadt und der umliegenden Region bei. Es ist sehr wahrscheinlich, daß - von gewissen Schwankungen je nach Hochschulort abgesehen - der größte Teil der Löhne und Gehälter in den örtlichen Einzelhandels-, Handwerks- und Dienstleistungsbetrieben verausgabt wird. Die Kaufkraftabflüsse der Universitätsbediensteten betragen 1976 in Kaiserlautern 5,4%, in Saarbrücken 10% (K. GANSER 1978, S. 9). Das Institut für Regionale Bildungsplanung und K. GANSER unterstellen pro Hochschulbeschäftigten ca. 20.000 DM Ausgaben für Konsumgüter bzw. insgesamt 60.000 DM Jahresumsatz in Handel und Dienstleistungen (K. GANSER 1978, S. 8).

Bei der Beurteilung der wirtschaftlichen Bedeutung der universitären Löhne und Gehälter ist indessen noch ein weiterer Aspekt

herauszustellen: zahlreiche Personalstellen an den Hochschulen sind Ausbildungsplätze. Von den 5.490 Ausbildungsstellen, die z.B. das Land Nordrhein-Westfalen 1977 bereitstellte, entfielen mit 3.486 (siehe Tab. 24) allein 63,5% auf die Hochschulen einschließlich der Kliniken. Dieser hohe Anteil zeigt, welche große Bedeutung die Hochschulen neben ihrer eigentlichen Aufgabe in Studium, Lehre und Forschung auch bei der Sicherung eines ausreichenden Ausbildungsangebots im Berufsbildungsbereich haben. In einer Zeit bedrohlicher Jugendarbeitslosigkeit ist dieses Angebot an Auszubildende, das in den letzten Jahren sehr ausgeweitet worden ist und 1978 - 1980 jährlich um mindestens 7% weiter erhöht werden soll, auch ein Beitrag zur Arbeitsmarktpolitik.²⁹⁾

Siehe Tab. 24

1979 betrug die Anzahl der Ausbildungsplätze an nordrhein-westfälischen Hochschulen bereits 5.125.³⁰⁾

29) Landtag Nordrhein-Westfalen, Kleine Anfrage Nr. 713, Fragen und Antworten (Pressemitteilung des Landes Nordrhein-Westfalen vom 4. April 1977), S. 2-3. Wie sehr die Regionalisierung des Hochschulausbaus zugleich Strukturpolitik auf dem Arbeitsmarkt war, zeigt folgende Zahl für das Ruhrgebiet: Die Universitäten Bochum und Dortmund sowie die Gesamthochschulen Duisburg und Essen beschäftigten 1977 außer den Hochschullehrern und Wissenschaftlern zusammen 5.300 Arbeiter und Angestellte.

30) Pressemitteilung des Landes Nordrhein-Westfalen 432/10/78 vom 23.10.1978.

Tab. 24: Ausbildungsplätze an Hochschulen in Nordrhein-Westfalen 1977

Medizinische Einrichtungen Düsseldorf	646
Medizinische Einrichtungen Münster	565
Technische Hochschule Aachen	424
Medizinische Einrichtungen Köln	333
Medizinische Einrichtungen Aachen	310
Medizinische Einrichtungen Bonn	281
Medizinische Einrichtungen Essen	144
Universität Bonn	122
Universität Köln	120
Universität Münster	114
Universität Dortmund	100
Universität Bochum	99
Medizinische Einrichtungen Bochum	23
Universität Bielefeld	20
Gesamthochschule Duisburg	20
Universität Düsseldorf	17
Gesamthochschule Essen	16
Pädagogische Hochschule Rheinland	14
Gesamthochschule Wuppertal	11
Gesamthochschule Paderborn	10
Pädagogische Hochschule Westfalen-Lippe	10
Laborschule/Oberstufenkolleg an der Universität Bielefeld	8
Gesamthochschule Siegen	8
Pädagogische Hochschule Ruhr	6
Sporthochschule Köln	6
Zoologisches Forschungsinstitut und Museum Koenig Bonn	2
Fachhochschulen	57

3.486

Quelle: Landtag Nordrhein-Westfalen, Kleine Anfrage Nr. 713, Fragen und Antworten (Pressemitteilung des Landes Nordrhein-Westfalen vom 4. April 1977), S. 2-3.

Jahr	Ausbildungsplätze	Zunahme gegenüber dem Vorjahr
1975	2.832	-
1976	3.135	10,7%
1977	3.486	11,2%

Quelle: Landtag Nordrhein-Westfalen, Kleine Anfrage Nr. 713 und Antworten (Pressemitteilung des Landes Nordrhein-Westfalen vom 4. April 1977, Anlage).

Das Spektrum der Lehrberufe an Hochschulen ist breit. Es überwiegen - wie auch die Tabelle erahnen läßt - eindeutig die Heilhilfsberufe. Von den Ausbildungsplätzen an Hochschulen in Nordrhein-Westfalen entfielen 1977 rd. 2.000 auf Schwestern und Krankenpfleger, medizinisch-technische Assistenten und anderes medizinisches Personal. Die führende Stelle der Technischen Hochschule Aachen beim Ausbildungsplatzangebot und die Tatsache, daß die vorwiegend technisch ausgerichtete Universität Dortmund mehr Auszubildende beschäftigt als die bedeutend größere Ruhr-Universität Bochum, läßt erkennen, daß auch die gewerb-

lich-technischen Ausbildungsplätze recht zahlreich sind. In den Werkstattbereichen der Hochschulen werden u.a. Chemie- und Physiklaboranten, mathematisch-technische Assistenten, Feinmechaniker, Elektromechaniker, Maschinenschlosser, Kraftfahrzeugmechaniker, Glasapparatebläser, technische Zeichner und Modelltischler ausgebildet. Die Universität Dortmund zählt z.B. zu den 10 größten Ausbildungsbetrieben der Stadt Dortmund (Universität Dortmund 1968-1978, S. 47). Neben Lehrstellen für Verwaltungslehrlinge, die praktisch an allen Hochschulen beschäftigt werden, gibt es eine Reihe weiterer spezieller Ausbildungsplätze, z.B.

als Gärtner an den Botanischen Gärten einiger Universitäten oder wie in Bochum als Assistent der Präparationstechnik.

Die Bochumer Präparatorenschule, die von Schulabgängern mit Fachhochschulreife besucht wird, wurde erst im September 1976 mit zunächst 30 Schülern eröffnet und wird formell von der Stadt Bochum getragen. Auf Initiative der Abteilungen Geowissenschaften, Biologie, Naturwissenschaftliche und Theoretische Medizin und der Berufsvereinigung der Präparatoren veranlaßte das Kultusministerium die Errichtung dieser zweijährigen Ausbildungsstätte (für Berufsfachschüler nach dem Berufsbildungsgesetz), mit der Universität und Stadtverwaltung einem neuen Beruf zum Durchbruch verhelfen und für den universitären Nachwuchs sorgen wollen.³¹⁾ Der fachtheoretische und fachpraktische Teil des Unterrichts erfolgt nicht in der städtischen Berufsschule, sondern - trotz mancher organisatorischer Probleme - in Labors und Kursräumen der Universität durch Professoren, Mittelbau-Angehörige und Präparatoren in Nebentätigkeit.³²⁾

Kooperation in der Lehrlingsausbildung wird auch in Konstanz praktiziert. Im September 1975 entwickelten die Universität und die pharmazeutische Fabrik Byk-Gulden ein gemeinsames Modell für die Ausbildung von Chemielaboranten, das in einer Zeit konjunktureller und struktureller Jugendarbeitslosigkeit sicherlich von Bedeutung ist (vgl. "Ehrenbürger und Ehrensenatoren der Universität Konstanz" 1976, S. 31 und S. 39f.). Man hofft, daß Hochschule, Indu-

strie und nicht zuletzt die Auszubildenden selbst von dieser vielseitigen Ausbildung profitieren.

Die Vergütungen der Auszubildenden stellen nur geringe Anteile der Personalkosten der Hochschulen dar. Das Land Nordrhein-Westfalen beziffert die durchschnittlichen Kosten für einen Ausbildungsplatz, bestehend aus einer durchschnittlichen dreijährigen Ausbildungsvergütung und lehrstellenbedingten zusätzlichen Sachausgaben, auf rd. 8.000 DM.³³⁾

Die wirtschaftliche Bedeutung der Universitäten als Arbeitgeber läßt sich am eindeutigsten aufzeigen, wenn man Relationen zwischen den jeweiligen Hochschulbediensteten und der Bevölkerung der Universitätsstandorte herstellt (Beschäftigte pro 1.000 Einwohner). Eine derartige Zusammenstellung wird aufgrund von Angaben des Statistischen Jahrbuchs deutscher Gemeinden von 1975 vorgelegt, das für das Winter-Semester 1974/75 die entsprechenden Werte nachweist - allerdings für die Gesamtheit aller örtlichen Hochschulen mit Ausnahme der Fachhochschulen, d.h. für insgesamt 77 Hochschulorte. Aus ihnen wurden nur diejenigen herausgegriffen, die Sitz einer Hochschule im Universitätsrang oder einer Abteilung von Gesamthochschulen sind.³⁴⁾ Unter Hochschulpersonal sind haupt- und nebenberuflich tätige Personen zusammengefaßt.

Siehe Tab. 25

Tabelle 25 und die aus ihr entwickelte Abbildung 21 sondern deutlich die sog. "echten Universitätsstädte" von jenen Städten ab, in denen die Hochschule lediglich eine ergänzende Funktion wahrnimmt, ohne die Physiognomie und Wirtschaft der

31) Präparatoren konservieren z.B. geologische oder archäologische Fundstücke, stellen hauchdünn geschnittene Gewebeproben zur Untersuchung unter dem Mikroskop her und konservieren oder rekonstruieren Anschauungsmaterial für Botaniker, Zoologen und Mediziner. - Die Bochumer Zentralstelle für Präparationstechnik hat sich 1971 aus den Zentralwerkstätten der Abteilung Geowissenschaften zu einer universitätsunmittelbaren Einrichtung entwickelt (Auskünfte von Herrn Hans VÖLKEL, Bochum).

32) Rechenschaftsbericht des Rektorates der Ruhr-Universität Bochum für den Berichtszeitraum 15.10.1975 bis 14.10.1976, S. 21 und RUB-aktuell, Ausgabe 55/78 vom 30.6.1978, S. 9.

33) Wie Anm. 29, S. 4.

34) Die Einwohnerzahlen wurden nach dem Stand vom 30.6.1974 zugrundegelegt. Die Außenstandorte Vechta, Witzenhäusen, Freising, Homburg/Saar und Gernersheim sind in der Quelle überhaupt nicht oder nicht mit entsprechenden Relationsziffern aufgeführt. Die Bediensteten der Universität Erlangen-Nürnberg sind in der Quelle ausschließlich auf Erlangen bezogen, obwohl zwei Fakultäten in Nürnberg lokalisiert sind.

Stadt als Gesamtheit zu prägen.³⁵⁾ Die stärkste Abhängigkeit läßt sich für Marburg, Tübingen und Gießen nachweisen, aber auch in Clausthal, Göttingen, Heidelberg, Erlangen und Freiburg sind noch mehr als 50 von 1.000 Einwohnern bei der Universität bzw. bei örtlichen Hochschulen beschäftigt. Von den Beispielorten liegen - wie erwartet - Göttingen (67,7%) und Münster (39,9%) im oberen Tabellenbereich. Konstanz weist bereits eine erstaunliche Abhängigkeit von der Universität als Arbeitgeber auf (22,7%), während dies für Bochum (14,4%) und Köln (11,4%) weniger stark, für Essen praktisch kaum zutrifft (7,2%). Diese geringeren Werte ergeben sich aus der hohen Einwohnerzahl der entsprechenden Städte. Aus dem gleichen Grunde liegen auch Berlin und München, die mit rd. 20.000 bzw. 16.000 die meisten Hochschulbeschäftigten überhaupt aufweisen, relativ weit zurück. Daß München und Berlin als Weltstädte immerhin einen Wert von 12 bzw. 10 Hochschulbediensteten auf 1.000 Einwohner erreichen, zeigt ein erstaunliches Ausmaß von Universitätsgeprägtheit (vgl. R. GEIPEL 1972, S. 7) und deutet auf eine hohe Bedeutung der Personalausgaben der Hochschulen für die Wirtschaft beider Städte hin.^{35a)}

1.6 Das studentische Haushaltsbudget nach Höhe und sektoraler Verteilung

Bedingt die große und wachsende Zahl der Hochschulbeschäftigten eine erhebliche Kaufkraft für Universitätsstädte und deren Region, so gilt dies auch in nicht zu unterschätzendem Maße für die Ausgaben der Studierenden. Freilich lassen sich diese Beträge nur schwer quantifizieren. Für die Zeit vor 1950 fehlen umfassende statistische Erhebungen über die soziale und wirtschaftliche Situation der Studentenschaft, die es erlaubten, durch Multiplizierung der

35) Eingemeindungen ab 1975 werden bei künftigen Untersuchungen des gleichen Sachverhaltes für einige Städte, deren Einwohnerzahl vergrößert worden ist, deutlich niedrigere Relationen zur Folge haben.

35a) Gleichzeitig sei jedoch erwähnt, daß z.B. die Stiftung Preußischer Kulturbesitz in Berlin mit ihren Museen, Bibliotheken, Instituten und Archiven 1.500 Mitarbeiter zählt, darunter knapp 200 Wissenschaftler. "Sie kommt damit dem wissenschaftlichen Potential nach einer durchaus respektablen Universität gleich" (W. KNOPP 1979).

Durchschnittswerte mit den Studentenzahlen und der jährlichen Aufenthaltsdauer am Hochschulort den Gesamtaufwand der Studentenschaft zu errechnen. D. HÜROLDT hat für die Zeit bis zum 2. Weltkrieg verschiedene Daten zusammengetragen, die gewisse Vorstellungen ermöglichen, zugleich aber erkennen lassen, daß es bereits im 19. Jahrhundert "wohlfeilere" Universitätsstädte wie Marburg und Jena gab, neben solchen, die einen beträchtlich höheren Monatswechsel erforderten wie Würzburg, Heidelberg, Bonn und Göttingen.³⁶⁾ Als 1935 die Schließung der Universität Bonn befürchtet wurde, errechnete die Stadtverwaltung Bonn in einer Denkschrift, daß jeder in Bonn beheimatete Student jährlich 250 RM, jeder auswärtige aber durchschnittlich 1.000 RM pro Jahr in der Stadt ausgabe. Die ermittelten Gesamtausgaben der damals ca. 4.000 Studierenden wurden auf ca. 3,25 Mill. RM errechnet. Diese Summe machte etwa ein Drittel aller Umsätze aus, die die gesamte Universität (einschließlich Studentenwerk) der städtischen Wirtschaft in Handel, Handwerk und Diensten erbrachte. Die damals durch die Universität insgesamt in Umlauf gebrachten 11 Mill. RM wurden vorsichtig als ungefähr 1/8 des Gesamtumsatzes in Bonn geschätzt (D. HÜROLDT 1969, S. 335).

Seit 1951 werden im Auftrag des Deutschen Studentenwerks durch G. KATH u.a. in unregelmäßigen Abständen Erhebungen über die soziale Lage der Studierenden in der Bundesrepublik Deutschland durchgeführt.³⁷⁾ Diese und spezielle lokale Untersuchungen (u.a. in Göttingen, Münster, Bochum, Köln, Saarbrücken, Marburg, Gießen, Tübingen und Regensburg) ermöglichen relativ konkrete Vorstellungen über die Ausgaben der Studenten und ihre Bedeutung für die örtliche Wirtschaft,

36) D. HÜROLDT 1976, S. 16 und allgemein S. 15-20. Wiederholt wird darauf hingewiesen, daß Angehörige von Corps und anderen Studentenverbindungen z.T. sehr viel höhere Ausgaben hatten.

37) G. KATH 1952, 1954, 1957, 1963; G. KATH u.a. 1969, 1974 (7. Sozialerhebung) und 1978 (8. Sozialerhebung). Erste Ergebnisse der 8. Sozialerhebung (SS 1976) finden sich in: information bildung wissenschaft. Pressemitteilungen des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft, Nr. 1/77 vom 20. Januar 1977, S. 5-7.

Tab. 25: Die Hochschulen als Arbeitgeber

Hochschulort	Hochschulbedienstete am 2. Oktober 1974	
	insgesamt	auf 1.000 Einwohner
(x) Marburg	6.016	122,3
(x) Tübingen	8.300	117,9
(x) Gießen	7.249	95,0
(x) Clausthal-Zellerfeld	1.184	72,7
Göttingen	8.167	67,7
Heidelberg	7.419	61,1
(x) Erlangen	5.836	58,3
Freiburg	9.093	52,3
Würzburg	5.605	49,3
Münster	7.929	39,9
Aachen	9.528	39,5
Mainz	7.041	38,4
Bonn	7.844	27,7
(x) Konstanz	1.475	22,7
Kiel	5.672	21,5
Darmstadt	2.858	20,5
Karlsruhe	4.734	17,8
Saarbrücken	3.618	17,4
(x) Siegen	964	17,1
Hannover	9.501	16,8
(x) Ulm	1.548	16,6
(x) Bochum	4.853	14,4
(x) Eichstätt	170	13,3
(x) Regensburg	1.775	13,3
Braunschweig	3.533	13,0
Frankfurt/Main	8.276	12,6
München	16.308	12,3
Stuttgart	7.355	11,9
Köln	9.129	11,4
(x) Paderborn	716	10,0
Berlin	20.314	10,0
Lübeck	2.100	8,9
Düsseldorf	4.832	7,7
Essen	4.788	7,2
(x) Neuendettelsau	46	6,9
Bielefeld	1.825	5,7
Hamburg	9.287	5,3
(x) Kassel	1.104	5,2
(x) Kaiserslautern	519	5,1
Trier	521	5,1
(x) Meschede (GH Paderborn)	80	4,8
(x) Oldenburg	636	4,7
(x) Osnabrück	669	4,1
Mannheim	1.190	3,7
Dortmund	2.099	3,3
(x) Gummersbach (GH Siegen)	140	3,1
(x) Augsburg	739	2,9
(x) Bamberg	205	2,7
Wuppertal	955	2,3
(x) Höxter (GH Paderborn)	67	2,0
(x) Soest (GH Paderborn)	83	2,0
Duisburg	803	1,9
(x) Bremen	708	1,2

+ 24 weitere Hochschulorte mit
ausschließlich Theologischen,
Pädagogischen, Kunst- bzw.
Musik-Hochschulen

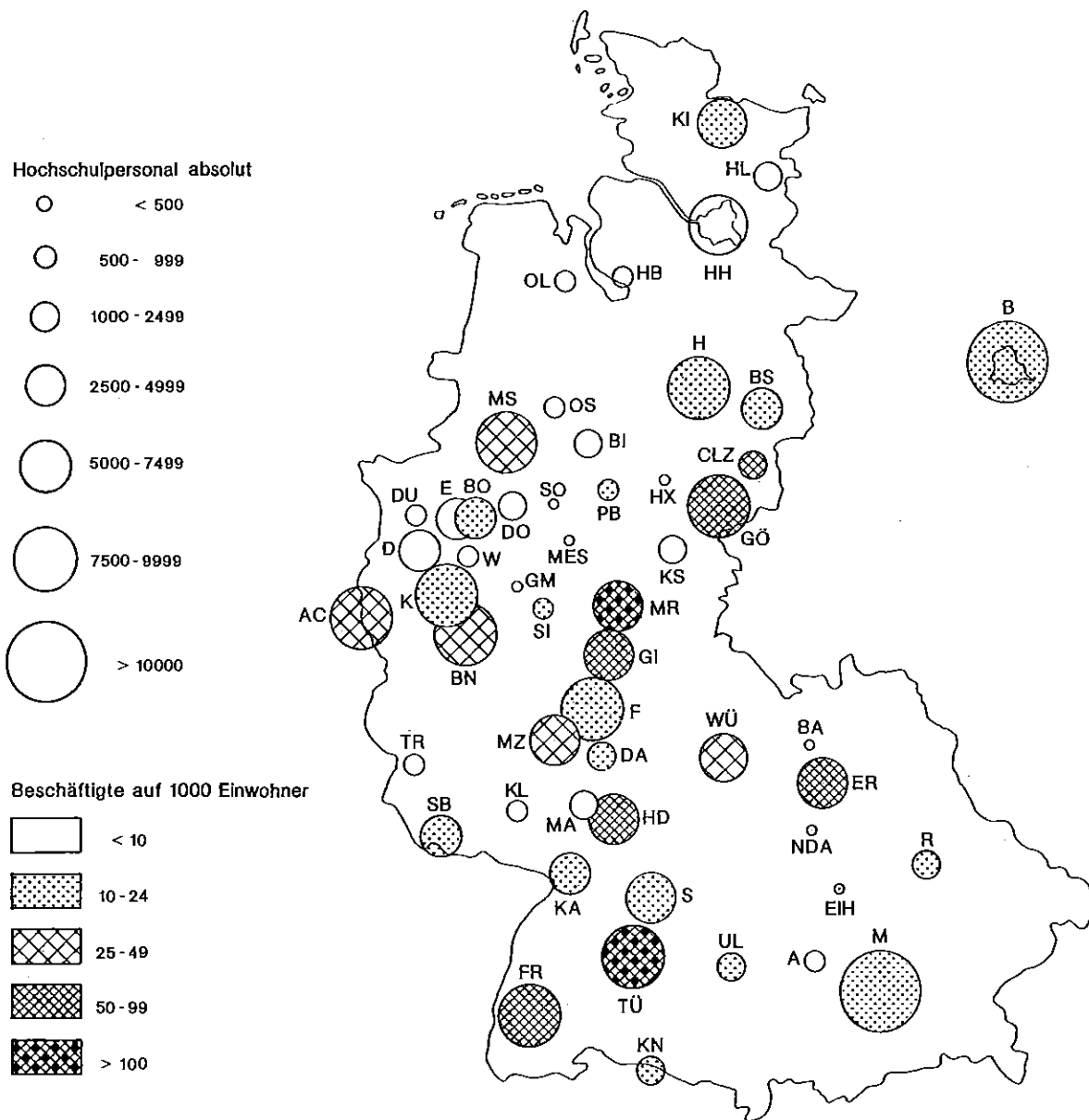
77 Hochschulorte insgesamt 230.734

Quelle: Statistisches Jahrbuch deutscher Gemeinden,
62. Jg., 1975, S. 144-157.

Anmerkungen: (x) Werte beziehen sich ausschließlich auf eine örtliche Wissenschaftliche Hochschule im Universitätsrang bzw. auf eine auswärtige Abteilung einer Gesamthochschule.
Orte ohne (x) haben entweder mehrere Hochschulen mit Universitätsrang oder außer einer derartigen Hochschule wenigstens noch eine Theologische bzw. Kirchliche Hochschule, Pädagogische Hochschule, Kunst- oder Musikhochschule.

Abb. 21

Hochschulpersonal an Standorten der Hochschulen mit Universitätsrang im WS 74/75



- | | | | |
|--------------------------|-----------------------|--------------------|----------------|
| A Augsburg | EIH Echstätt | K Köln | OL Oldenburg |
| AC Aachen | ER Erlangen | KA Karlsruhe | OS Osnabrück |
| B Berlin (West) | F Frankfurt | KL Kaiserslautern | PB Paderborn |
| BA Bamberg | FR Freiburg | KI Kiel | R Regensburg |
| BI Bielefeld | GI Gießen | KN Konstanz | S Stuttgart |
| BN Bonn | GÖ Göttingen | KS Kassel | SB Saarbrücken |
| BO Bochum | GM Gummersbach | M Mannheim | SI Siegen |
| BS Braunschweig | H Hannover | MES Meschede | SO Soest |
| CLZ Clausthal-Zellerfeld | HB Hansestadt Bremen | MR Marburg | TR Trier |
| D Düsseldorf | HD Heidelberg | MZ Münster | TÜ Tübingen |
| DA Darmstadt | HL Hansestadt Lübeck | NDA Neuendettelsau | UL Ulm |
| DO Dortmund | HH Hansestadt Hamburg | | W Wuppertal |
| DU Duisburg | HX Hörter | | WÜ Würzburg |
| E Essen | | | |

Entwurf: A. Mayr
Kartographie: M. Michelka

mehr aber noch über die jeweilige wirtschaftliche Lage der Studierenden.³⁸⁾

E. OBERMEYER hat für die Studenten in Münster 1969, als die durchschnittlich auszahlten Förderungsbeiträge 268 DM ausmachten, das mittlere monatliche Budget mit 400 DM veranschlagt; nach seinen Überlegungen kommen die wesentlichen Teilsummen der örtlichen Gastronomie, den Zimmervermietern und den Buchhandlungen zu (E. OBERMEYER 1969, S. 14). H.P. HANSEN und K.H. MYLIUS ermittelten für das Sommer-Semester 1972 in Münster einen studentischen Verfügungsbetrag von 401,26 DM, der - bei einer Standardabweichung von 152,80 DM - allerdings erheblich über die wahre finanzielle Lage vieler Studenten hinwegtäuschte (H.P. HANSEN und K.H. MYLIUS 1974, S. 32-33; gruppenspezifische Schwankungen S. 30-40). In Göttingen hatten Studierende der Universität im Sommer-Semester 1971 im Monatsdurchschnitt 419 DM, diejenigen der Pädagogischen Hochschule nur 365 DM zur Verfügung (Studentenwerk Göttingen 1972, S. 3 und S. 11). Im Sommer-Semester 1973 war die durchschnittliche Konsumsumme der Göttinger Universitätsstudenten geringfügig auf 454 DM angestiegen, allerdings am wenigsten durch erhöhte Stipendien (Studentenwerk Göttingen 1973, S. 6). Im Winter-Semester 1975/76 wurde an drei Hochschulen in Münster eine neuerliche Umfrage zur sozialen Lage, zu den Wohnverhältnissen und den Wohnwünschen der Studenten durchgeführt. Trotz fortschreitender Geldentwertung und bedeutend gestiegener Lebenshaltungs- und Mietkosten lag das Durchschnittseinkommen lediglich bei 447 DM, etwas höher bei Studenten der Universität (471 DM), etwas niedriger bei Studenten der

38) Auf diese Gegebenheiten, die vor allem mit den gestiegenen Lebenshaltungskosten und Mieten bei nicht oder - selbst nach der BAFÖG-Erhöhung von 1977 - nur unzureichend angepaßten Förderungssätzen zusammenhängen, daneben aber auch mit fehlenden Zuerwerbsmöglichkeiten in den Semesterferien wegen der Konjunkturflaute, kann hier nicht eingegangen werden.

39) unipress münster: Soziale Lage der Studenten hat sich weiter verschlechtert. Bericht Nr. 1.054 - A.C.1 vom 5. August 1976, S. 1-2.

Pädagogischen Hochschule (429 DM) und noch niedriger bei Studenten der Fachhochschule (415 DM).³⁹⁾ In einer Erhebung, die auf persönlichen Interviews und Haushaltsbüchern aufbaut, ermittelte H. KNOBLICH für die Göttinger Studierenden im Winter-Semester 1974/75 ein Gesamteinkommen von 586 DM im arithmetischen Mittel (H. KNOBLICH 1976 nach G. KATH 1978, S. 118).

Alle bisher aufgezählten Studien hatten vorwiegend den Zweck, die Öffentlichkeit über die soziale Situation der Studenten zu informieren, Grundlagen für die örtliche Sozialplanung, insbesondere die Wohnheimplanung zu gewinnen, das Prinzip der Kostendeckung bei den Mietpreisen in den Wohnheimen infrage zu stellen und auf die Notwendigkeit einer Anpassung der staatlichen Stipendien nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAFÖG) hinzuweisen. Zwar werden Wohn- und Fahrtkosten erfragt sowie die Gewohnheiten des Mittagstisches erkundet, nicht aber die Aufteilung des studentischen Monatsbudgets erforscht. Eine Zusammenstellung der Ausgaben wurde jedoch vorgenommen bei den Sozialerhebungen des Deutschen Studentenwerks. 1973 wurde exemplarisch jeder 9. Student an insgesamt 19 westdeutschen Universitäten befragt. Nach Angaben sog. "typischer" Studenten, die unverheiratet sind, nicht bei Eltern oder Verwandten wohnen oder essen und damit nicht durch indirekte Zuwendungen unterstützt werden, ergaben sich 1966 und 1973 die in der folgenden Tabelle aufgeführten Zentralwerte.⁴⁰⁾

Siehe Tab. 26

Bis 1976 war der Zentralwert der studentischen Monatsausgaben auf 638 DM angestiegen. Wenn in den letzten drei Jahren der Index der Lebenshaltungskosten um ca. 18%, die Ausgaben der Studenten aber nur um 11% angestiegen sind, so beweisen diese Zahlen, "daß sich die Stu-

40) G. KATH 1974, S. 12-17 und S. 122-135, insb. Tabelle 109 auf S. 127. - Der "Zentralwert" für jeden der angeführten Ausgabeposten gibt den Betrag an, der von der Hälfte der Studenten nicht erreicht, von der Hälfte überschritten wurde (Mittelwert der durchschnittlichen Ausgaben).

Tab. 26: Aufteilung des Monatsbudgets eines Durchschnittsstudenten in der Bundesrepublik Deutschland 1966 und 1973

	1966		1973	
	DM	v.H.	DM	v.H.
Miete ¹⁾	90	23,8	138	24,0
Fahrtkosten	16	4,2	29	5,1
Ernährung ²⁾	130	34,3	196	34,1
Körperpflege	10	2,6	16	2,8
Lehrbücher	24	6,3	26	4,5
Sonstige Lehrmittel	5	1,3	5	0,9
Kleidung, Schuhe ²⁾	30	7,9	42	7,3
Reparaturen ²⁾	10	2,7	11	1,9
Sozialbeitrag	7	1,9	16	2,8
Sonstige Ausgaben ³⁾	57	15,0	95	16,6
Gesamtbetrag	379	100,0	574	100,0

Quelle: G. Kath, 1974, S. 127 und eigene Umrechnungen.

- Anmerkungen: 1) nur Untermieter bei Privatleuten und Wohngemeinschaften
 2) ohne Hilfe von daheim
 3) Theater, Film, Konzerte; Zeitungen; allgemeine Literatur; Zigaretten, Tabak; Beiträge; Fahrtkosten am Wochenende, Auto; eigene Krankenversicherung, Arztkosten; Geschenke; Hobby, Sport; Telefon/Porto u.a., jedoch ohne aperiodische Ausgaben. Der Zentralwert für die Autohaltung lag 1973 bei 75 DM, die "sonstigen Ausgaben" der Autohalter bei insgesamt 148 DM. Sie müssen also wegen des Fahrzeugs an anderer Stelle sparen (ebd., S. 124 und S. 126).

denen nach der Decke strecken müssen und dies auch tun".⁴¹⁾

Aufgliederungen der oben angeführten Art ermöglichen eine annähernde Berechnung des studentischen Kaufkraftvolumens, wie sie m.W. zuerst E. EHLERS in vergrößernder Betrachtung für Tübingen vorgelegt hat. In Anlehnung an eine Sozialerhebung von B. RAUSCHELBACH über die Wohnsituation der Tübinger Studenten im Winter-Semester 1972/73 (B. RAUSCHELBACH 1973) ging er von der Annahme aus, daß rd. 50% der Studenten 10 Monate und mehr sich am Hochschulort aufhalten, daß 30% diesen für 3-4 Monate und die restlichen 20% ihn für die ganzen Semesterferien verlassen. Für die ortsansässigen rd. 8.500 Studenten, die in privaten Unterkünften oder privaten Wohnheimen

untergebracht waren, unterstellte E. EHLERS vereinfachend monatliche Ausgaben von 200 DM Lebenshaltungskosten, weitere 100 DM für Institutionen des Studentenwerks (Mensa u.a.) und nochmals 100 DM für die Miete. Trotz Außerachtlassung von 5.000 außerhalb Tübingens wohnenden studierenden Pendlern und Vernachlässigung der Ausgaben der Bewohner öffentlicher Wohnheime ermittelte er, daß durch die Studierenden 1973 mindestens 10 Mill. DM Mietkosten an private Haushalte und Ausgaben von weiteren 16 Mill. DM an den städtischen Einzelhandel geflossen sein müssen. Angesichts der sehr niedrig angesetzten Verfügungsbeträge ist das studentische Ausgabenvolumen von wahrscheinlich 30 Mill. DM/Jahr in Tübingen ein nicht zu unterschätzender Wirtschaftsfaktor (E. EHLERS 1974, S. 227 und S. 236).

41) 8. Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerkes. In: Informationen Bildungswissenschaft. Pressemitteilungen des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft, Nr. 1/77 vom 20. Januar 1977, S. 7.

Neuerdings hat J. LEIB sich ausführlich mit den Hochschulstandorten Gießen und Marburg beschäftigt und in seinen Studien auch die wirtschaftliche Bedeutung der Studentenschaft untersucht (J. LEIB 1976,

1977a, 1977b). Nach dem von G. KATH (Deutsches Studentenwerk) ermittelten Zentralwert studentischer Monatsausgaben von 574 DM im Jahre 1973 unterstellt er für die Gießener Studenten im Winter-Semester 1974/75 die dort genannten monatlichen Mietausgaben von jeweils 138 DM, die nunmehr für Stadt und Gesamtregion Gießen aufgerechnet werden. J. LEIB ermittelt, daß - nach Abzug von Mietzinsleistungen an öffentliche Studentenheime - die Privathaushalte in Stadt und Region Gießen zusätzlich eine jährliche Einnahme von 8,6 bzw. 20 Mill. DM verbuchen können.⁴²⁾ Für die übrigen Lebenshaltungskosten, jedoch ohne Fahrtkosten und Sozialbeitrag, werden nach G. KATH jeweils 391 DM angesetzt und nach Anwesenheitsdauer, Wohnung in der Hochschulregion Gießen sowie Einkaufsverhalten differenziert. Die Studenten der Justus-Liebig-Universität und der Fach-

hochschule Gießen wenden danach jährlich 52,5 Mill. DM für Ernährung, Kleidung, Schuhe, Körperpflege, Bücher und sonstige Lernmittel, Reparaturen und sonstige Ausgaben auf, wovon bei 88,7% beheimateten Studenten in der Hochschulregion 43,4 Mill. DM in Gießen und Umgebung verbleiben. Davon entfallen allein 36 Mill. DM auf Einzelhandels-, Handwerks- und Dienstleistungsbetriebe in der Stadt Gießen (J. LEIB 1976, S. 103 und Tab. 20 und 21).

Eine noch differenziertere Analyse des Haushaltsbudgets der Studentenschaft führte J. LEIB auf der Basis einer 10%-Stichprobenbefragung für das Jahr 1975 in Marburg durch. Bei monatlichen Durchschnittsausgaben von 569 DM⁴³⁾ gaben die Marburger Studenten 1975 insgesamt rd. 99 Mill. DM aus, die sich wie folgt zusammensetzten:

Tab. 27: Ausgaben der Marburger Studenten 1975

Ausgabengruppe	Gesamtausgaben pro Jahr in DM	Durchschnittliche Ausgaben pro Student und Monat	
		DM	v.H.
Miete	26.339.568	151	26,5
Nahrungs- und Genußmittel	30.210.204	174	30,6
studienbezogener Bedarf	8.915.220	51	9,0
kulturelle Veranstaltungen, Freizeit, Hobby, Sport	6.470.220	37	6,5
Fahrtkosten	9.825.276	57	10,0
Körperpflege	2.724.012	16	2,8
Rücklagen, Sparbeträge	5.248.680	30	5,3
Sonstiges	9.217.330	53	9,3
Summe	98.950.510	569	100,0

Quelle: J. Leib, 1977a, S. 27.

Bei den 28% Studenten, die in Marburg selbst und im Postleitbereich Kassel-Marburg beheimatet waren, verblieben 86% der in der räumlichen Verteilungsanalyse enthaltenen Ausgaben

42) J. LEIB 1976, S. 103-107. Die errechneten und die empirisch ermittelten tatsächlichen Mietausgaben der Studenten der Gießener Universität waren faktisch identisch (S. 104 und S. 107, Tab. 20b und 23).

43) Der monatliche Durchschnittsetat eines Marburger Studenten während des Semesters betrug 573 DM; während der vorlesungsfreien Zeit betrug der Betrag nur 514 bis 550 DM je Monat. Der monatliche Jahresdurchschnitt eines Normalstudenten von 573 DM lag etwa 10% unter dem vom Deutschen Studentenwerk ermittelten Zentralwert von 638 DM im Bundesgebiet (1976). Marburg kann damit noch immer als eine der preiswerteren Hochschulstädte gelten.

in der Stadt Marburg selbst (78 Mill. DM) und insgesamt 94% (85 Mill. DM) im Postleitbereich Kassel-Marburg; 2,3% flossen in den Raum Gießen-Frankfurt ab.⁴⁴⁾ Nach Abzug von 2,5 Mill. DM Mietzahlungen an das Studentenwerk Marburg verblieben den Privathaushalten zusätzliche Mieteinnahmen von 17 Mill. DM. Allein die Handels-, Dienstleistungs- und Handwerksbetriebe der Stadt Marburg haben aufgrund der Ausgaben jährliche Mehreinnahmen von 52 Mill. DM, die noch gelegentlich um aperiodische Sonderausgaben aus Werkarbeit zu erhöhen sind. Die öffentlichen Nahverkehrsunternehmen nehmen jährlich zusätzlich 0,8 Mill. DM von Studenten ein, die Tankstellen in Marburg und Umgebung rd. 5,8 Mill. DM (J. LEIB 1977a, S. 11 und S. 14f.). Die von J. LEIB zusammengetragenen Daten zeigen nachdrücklich, daß gerade auch die Ausgaben der Studentenschaft einen entscheidenden kommunalen und regionalen Entwicklungsimpuls darstellen.

1.7 Zusammenfassende Wertung und fortführende Ansätze

Versucht man, die Gesamtbedeutung des Wirtschaftsfaktors Hochschule zusammenfassend zu würdigen, so sei nochmals auf zwei frühere Arbeiten hingewiesen. E. SCHNEIDER hat errechnet, daß im Jahre 1967 durch die Kieler Universität 92 Mill. DM im Lande Schleswig-Holstein in Umlauf gesetzt wurden (Ausgaben der Universität, der Hochschulbediensteten und der Studenten), wovon etwa 60% in der Stadt Kiel und 40% außerhalb verausgabt wurden. Stellt man darüber hinaus die sekundären und tertiären Wirkungen dieses primären Einkommensbeitrages noch in Rechnung, so erhöht sich mit dieser Multiplikatorwirkung der Gesamtbetrag der Universität Kiel zum Einkommen Schleswig-Holsteins auf 118,5 Mill. DM (E. SCHNEIDER 1967, S. 6). A. WOLL hat 1966 in einer Studie über die wirtschaftliche und fiskalische Bedeutung der Universität für die Stadt Gießen aufgezeigt, daß

"die von der Universität - direkt oder über ausgezahlte Löhne und Gehälter indirekt - ausgehende Nachfrage so groß ist, daß die Stadt ohne Universität nur etwa 45.000 statt 73.000 Menschen eine wirtschaftliche Existenz bieten könne" (A. WOLL 1966, S. 9). Damals waren bei 5.000 Beschäftigten (einschließlich rd. 1.000 studentischen Hilfskräften) und 6.000 Studierenden ca. 15.000 Menschen von der Hochschule direkt abhängig, die selbst über einen Etat von 120 Mill. DM verfügte.⁴⁵⁾ Nach Schätzungen von J. LEIB dürften die Angaben bei einem derzeitigen Haushaltsvolumen der Universität Gießen von ca. 340 Mill. DM (1974 einschließlich Kliniken), etwa 6.500 Bediensteten (1974) und rd. 13.000 Studenten "um nahezu 50% höher" liegen.⁴⁶⁾ Bei Übertragung der von WOLL ermittelten Relation stellte E. EHLERS fest, daß in Tübingen 1972 bei rd. 7.000 fest beschäftigten Universitätsbediensteten und etwa 14.500 Studenten mindestens 20.000 - 25.000 Menschen von der Universität wirtschaftlich abhängig waren (E. EHLERS 1974, S. 228). Auf den hier angesprochenen Problembereich des Verhältnisses von Kern- und Mantelbevölkerung wird im nächsten Kapitel noch ausführlicher eingegangen.

Weitere Studien über den Beitrag der Universität zur Wirtschaftsentwicklung ihrer Standortgemeinde wurden u.a. von J.W. HARVEY (1958), R.R. BEER (1961, 1964, 1966), D. STORBECK (1967), E.R. BONNER (1968), S.M. HURTT (1968), D. SAUBERZWEIG (1968), U. WISER (1968), E.D. COOK (1970), I.H. WILSON/R. RAYMOND (1973), A. SCHULZ/E. BERG-JOHANN (1973) vorgelegt und teilweise von der Projektgruppe UNIFO des Sonderforschungsbereichs "Hochschulbau" in Stuttgart 1971 zusammenfassend gewertet (Projektgruppe UNIFO 1971). Danach stimmen alle Untersuchungen darin überein, daß die Universität ein bedeutender Wirtschaftsfaktor für die

44) J. LEIB 1977a, S. 11. - Von den gesamten ausgabefähigen Kosten wurden die Rücklagen/Sparbeträge sowie regional nicht fixierbare Kosten für Heimfahrten subtrahiert (zusammen 8,2 Mill. DM).

45) A. WOLL 1966, S. 9-14 und Tabellenanhang. J. LEIB (1976, S. 101) beklagt zu Recht, daß sich der methodische Weg, der zur Feststellung der o.a. Zahlen führte, nach den Angaben WOLLs nicht nachvollziehen läßt.

46) J. LEIB 1976, S. 101. - Auch dieser Schätzungsansatz bleibt unbegründet.

Stadt ist. Die Quantifizierungsversuche unterscheiden sich "im wesentlichen nur in dem Ausmaß, in dem sie indirekte und induzierte (multiplikative) Effekte berücksichtigen. Ein entscheidender Mangel aller Untersuchungen liegt jedoch darin, daß sie alle einen partiellen Ansatz verwenden, in dem die Universität als Wirtschaftsfaktor herausgenommen und der übrigen Stadtwirtschaft gegenübergestellt wird ..." (Projektgruppe UNIFO 1960, S. 81). Gefordert werden:

1. detaillierte Studien darüber, in welchem Ausmaß die Nachfrage von Universität und Universitätsbevölkerung tatsächlich im Hochschulort befriedigt wird,
2. ein Vergleich der ökonomischen Effekte alternativen Entwicklungen der Stadt, insbesondere mit alternativen Nutzungen der Universitätsflächen (z.B. als Industriegelände) (Ebd.).

Diese zuletzt genannte Forderung verbleibt im Bereich der Spekulation, da nicht zwingend festgestellt werden kann, ob z.B. ein Hochschulgelände als Industrieareal akzeptiert würde, wieviel Arbeitsplätze dort geschaffen werden könnten und ob die Steuereinnahmen für die Kommune gleichwertig oder gewichtiger wären als der hochschulinduzierte Bedarf mit seinen fiskalischen Folgen (vgl. A. WOLL 1966, S. 38f.).

Eine regionale Verteilungsanalyse der Hochschulausgaben, d.h. die zuerst genannte Forderung, wird mit Nachdruck auch von A. SCHULZ und E. BERGJOHANN als notwendig herausgestellt. Sie ermittelten für die Universität Saarbrücken folgende "monetären Ströme": von den Mitteln für Erst- und Neuausstattung für Gebäude verblieben 1970 60,5% im Saarland und 39,5% in anderen Bundesländern, von den Literaturausgaben aller Bibliotheken der Universität des Saarlandes im Zeitraum 1968 - 1970 ca. 30% im Saarland, 30% im übrigen Bundesgebiet und 40% im Ausland (A. SCHULZ/E. BERGJOHANN 1973, S. 27 und S. 31). Um die Schrittmacherhypothese der Hochschulausgaben vertieft analysieren zu können, fordern SCHULZ und BERGJOHANN als weitere Voraussetzungen einer "regionalen Inzidenzanalyse" u.a.:

1. Feststellung der Wohnorte der Empfänger von Hochschulausgaben (d.h. Bedienstete, Studierende, Lieferanten) (sog. formale Ausgabeninzidenz),
2. sektorale Betrachtung der regionalen Ausgaben
 - a) Personalausgaben: weitere Verwendung der Einkommen (d.h. insbesondere Erhebungen zum Einkaufsverhalten)
 - b) Sach- und Investitionsausgaben: sektorale Gliederung und Analyse nach Empfängerregionen in einem "ersten Verausgabungsschritt" (Hochschule-Lieferer) und einem "zweiten Verausgabungsschritt" (Lieferer-Zwischenhändler-Produzent) (vgl. ebd., S. 12f. und S. 26).

Die Verfasser kommen in ihrer Studie, die sich als "Voruntersuchung" für das ausgewählte Problemfeld versteht, allerdings über erste empirische Ergebnisse und arbeitstechnische Erkenntnisse nicht hinaus. Dies liegt, soweit es die Sach- und Investitionsausgaben betrifft, nicht nur am Erhebungsaufwand einer "detaillierten Auftragsanalyse", für die die "Eigenheiten der kameralistischen Haushaltsrechnungen" verantwortlich gemacht werden (ebd., S. 12 und S. 31), sondern auch an der faktischen Unmöglichkeit der Durchführung der selbst gesteckten Ziele. Ob selbst bei "Aufspüren geeigneter Informationskanäle" die geforderte "umfassende Ausgabenanalyse", die nach SCHULZ und BERGJOHANN "bei richtiger Auswahl des Untersuchungsprojekts aller Wahrscheinlichkeit nach erfolgreich durchzuführen" ist, tatsächlich im geforderten Sinne realisiert werden kann und wesentlich neue Erkenntnisse zur regionalen Verteilung der Hochschulausgaben bringt, muß m.E. bezweifelt werden.

Unzweifelhaft steht hingegen fest, daß Universitäten außer den dargestellten positiven materiellen Folgen weitere sekundäre wirtschaftliche Auswirkungen hervorrufen können: sie dienen der Imagewerbung und fördern unternehmerische Standortentscheidungen von forschungsintensiven Betrieben und hochschulorientierten Folgeinstitutionen. Auf diesen Problemkreis ist später noch zurückzukommen.

2. Das hochschulorientierte Versorgungs- und Dienstleistungsgewerbe

2.1 Zugehörigkeit zur Infrastruktur und Mantelbevölkerung von Hochschulen

Die Analyse des Problemkreises, in welchem Umfang und in welcher regionalen Verteilung Mittel des Universitätshaushaltes (Baukosten, Sachmittel und Personalmittel) und Ausgaben der Studentenschaft zur Verfügung stehen und wirksam werden, hat wiederholt den Blick auf jene Wirtschafts- und Bevölkerungsgruppen gelenkt, die von der Hochschule profitieren und/oder auf die Bedürfnisse ihrer Mitglieder ausgerichtet sind. Im weiteren Sinne können sie als Bestandteil ihrer Infrastruktur angesehen werden.

Der Begriff der Infrastruktur wird sehr unterschiedlich gebraucht. Für R. JOCHIMSEN werden mit Infrastruktur die wachstums-, integrations- und versorgungsnotwendigen Basisfunktionen einer Gesamtwirtschaft umschrieben; er untergliedert sie in materielle, institutionelle und personelle Infrastruktur.¹⁾ Konkret auf die Bereiche Siedlungs- und Wohnungswesen sowie Städtebau bezogen existieren für G. ISENBERG.

- a) eine technische Infrastruktur zur Erschließung eines Geländes (Verkehrsanlagen, Ver- und Entsorgung),
- b) Folgeleistungen des Gemeinbedarfs (Kirchen, Schulen, Kindergärten, kulturelle Einrichtungen) und
- c) erwerbswirtschaftliche Folgeeinrichtungen (Einzelhandel, Handwerk, Dienstleistungen usw.).

Diese sollten nach G. HECKING noch ergänzt werden um

- d) Anlagen des allgemeinen und gruppenspezifischen Wohnens (z.B. Wohnheime für Studenten oder andere Sozialgruppen), die selbst Elemente der Infrastruktur darstellen, und schließlich

1) Vgl. zusammenfassend R. JOCHIMSEN und K. GUSTAFSSON 1970 und H. NIESING 1968, für die regionale Bildungsforschung siehe "Infrastruktur im Bildungswesen" (Akademie für Raumforschung und Landesplanung 1976).

- e) ein zugehöriges Freizeit- und insbesondere Naherholungsangebot (G. HECKING 1971, S. 39 und G. ISENBERG 1967).

Eine Hochschule - selbst infrastruktureller Bestandteil und Faktor zur Verbesserung der Lebensbedingungen und Wettbewerbschancen für die Bevölkerung einer Region - ist ihrerseits auf alle oben genannten Kategorien städtischer Infrastruktur angewiesen, wenn sie funktionstüchtig sein soll und dem Wohlbefinden ihrer Mitglieder förderlich sein möchte.

Die Repräsentanten universitätsorientierter Dienstleistungs- und Versorgungsberufe gehören mit ihren Einrichtungen und Niederlassungen (siehe Ziffern b und c) zur städtischen und universitären Infrastruktur (siehe auch G. HECKING 1967), wenn man stadtfunktionelle Bedarfskategorien zugrundelegt. Innerhalb der Bevölkerungsstatistik ordnet man sie in der Hochschulforschung und -planung der sog. Mantelbevölkerung zu, die die Kernbevölkerung ergänzt.

Nach G. HECKING gehören zur Kernbevölkerung einer Hochschule deren Bedienstete, Studierende und Pensionäre sowie die Beschäftigten des Studentenwerks, d.h. alle, die über Erwerb, Stipendien bzw. Studentenwechsel oder Rente eine "aktive" Bedeutung für die Wirtschaft von Stadt und Region haben, insbesondere für die Kommunalwirtschaft. Den Begriff der Mantelbevölkerung, worunter gewöhnlich abhängige Personen ohne eigenes Einkommen verstanden werden, erweitert er hingegen. So versteht er unter der Mantelbevölkerung der 1. Stufe die Angehörigen der Kernbevölkerung (Ehegatten und Kinder). In einer detaillierten Untersuchung für die vier baden-württembergischen Universitäten Stuttgart, Karlsruhe, Tübingen und Heidelberg und die Kliniken der beiden letztgenannten Hochschulen ermittelte er exakte Bezugsgrößen zwischen Student bzw. Klinikbett und übrigen Bediensteten samt Angehörigen sowie zwischen der Summe der Kernbevölkerung und der 1. Stufe der Mantelbevölkerung.²⁾ Als 2. und 3. Stufe der Mantelbevölkerung bezeichnet er jene Einwohnergruppe, die "funktional auf die Versorgung

2) Siehe Seite 202

der städtischen Bevölkerung" im allgemeinen und der universitären Bevölkerung im besonderen bezogen ist, "insbesondere im tertiären Wirtschaftssektor (Verteilungs- und Dienstleistungswirtschaft)" (G. HECKING 1971, S. 41). Eine Quantifizierung hält er jedoch für schwierig, wenn nicht gar unmöglich, weil diese Personen im Rahmen der gesamten städtischen Arbeitsmarktsituation analysiert und nicht ausschließlich in ihrem Bezug zur Hochschule gesehen werden dürfen. G. HECKING führt jedoch ein Beispiel aus Schweden an, wo auf 11.100 Studenten 4.200 Universitätsbedienstete sowie 4.275 Dienstleistungsangestellte (jeweils ohne Familienangehörige) entfielen, mithin aktive Kern- und Mantelbevölkerung der Hochschule bereits 19.575 Einwohner ausmachten. In Oxford und Cambridge ergab ein Studienplatz 7 - 9 Einwohner in der Stadt (Ebd.).

Unter der Voraussetzung, daß die Ruhr-Universität Bochum nur etwa 10.000 Studenten aufnehmen werde und einschließlich Klinikum voll ausgebaut sei, wurde 1964 für Bochum ein Bevölkerungszuwachs von etwa 10.000 bis 11.000 Personen errechnet (ohne Studierende; nur Universitätsbedienstete und deren Familienangehörige (P. ROCHOLL, J. BORCHERS, D. DUWENDAG und F. LIESE 1964, S. 47f. und S. 80). Bei etwa 7.595 geplanten Wohnungseinheiten in einem neuen "Universitätsbezirk" wurde mit ca. 23.000 Einwohnern in diesem Bereich gerechnet, zu denen noch etwa 6.000 Studenten hinzutreten würden (Ebd., S. 57). Ausgehend von diesen Prognosen, die durch die starke Erhöhung der Studentenzahlen und die Nichterrichtung des

2) G. HECKING 1971, S. 40-41. Auf einen Studenten entfielen im statistischen Durchschnitt an den traditionellen Universitäten (ohne Kliniken) 0,6, an den Technischen Universitäten 1,1 Bedienstete mit Angehörigen, auf ein Klinikbett 2-3 Bedienstete mit Angehörigen. Das Verhältnis zwischen Kern- und Mantelbevölkerung 1. Stufe betrug an traditionellen Universitäten (ohne deren Kliniken) 3:1, an Technischen Universitäten 2:1, an Kliniken gar 1:1 und war vor allem durch die unterschiedliche Größe der Studentenzahlen bedingt. - Kritisch zu fragen ist, ob man die Bediensteten des Studentenwerks (durchschnittlich 100-150 Personen pro Hochschulort) zur Kernbevölkerung der Hochschule oder bereits zur Mantelbevölkerung zählen soll.

Klinikums einer Korrektur bedürfen, wurde für Bochum seitdem mit einer universitären Kern- und Mantelbevölkerung von rd. 25.000 bis 30.000 Personen gerechnet, die das hochschulorientierte Versorgungs- und Dienstleistungsgewerbe mit einschließt (vgl. auch J.P. FRANKEN 1965, S. 53).

2.2 Hochschulspezifische Gewerbe und Dienste

Wenn im folgenden die universitätsverbundenen Gewerbe und Dienstleistungen im einzelnen betrachtet werden, so sollen zunächst jene Dienste ausgenommen werden, die nicht auf Erwirtschaftung von Gewinn oder Unterhalt ausgerichtet sind, sondern echte Service-Funktionen für einzelne Hochschulmitglieder anbieten. Hierzu zählen die Studentenwerke und Studentengemeinden mit ihren verschiedenen Einrichtungen, die in erster Linie auf soziale und religiöse Betreuung ausgerichtet sind, vielfach aber mit Wohnheimen, Verpflegungsbetrieben (Mensa), Bars oder Studentenhäusern, die der allgemeinen Kommunikation dienen, gekoppelt sind.

2.2.1 Gastronomische Betriebe (mit Exkurs über den Mensabesuch)

Unter den Gewerben, die aus den Ausgaben der Hochschulmitglieder Nutzen ziehen, seien an erster Stelle gastronomische Betriebe genannt, die in Hochschulstädten meist überproportional vertreten sind. Hierzu gehören einmal Speiserestaurants und Imbißstuben (mit charakteristischen Namen wie "Bettelstudent" u.a.), daneben aber eine große Auswahl von Lokalen vom Typ der gemütlichen Studentenkneipen ("Summa cum laude", "Gaudi Max", "Quartier Latin", "La Bohème", "Bier-Uni", "Tenne", "Delirium", "Studentenpinte", "Rub-pub" o.ä.), die häufig viertelsprägend oder gar altstadtprägend in Erscheinung treten.

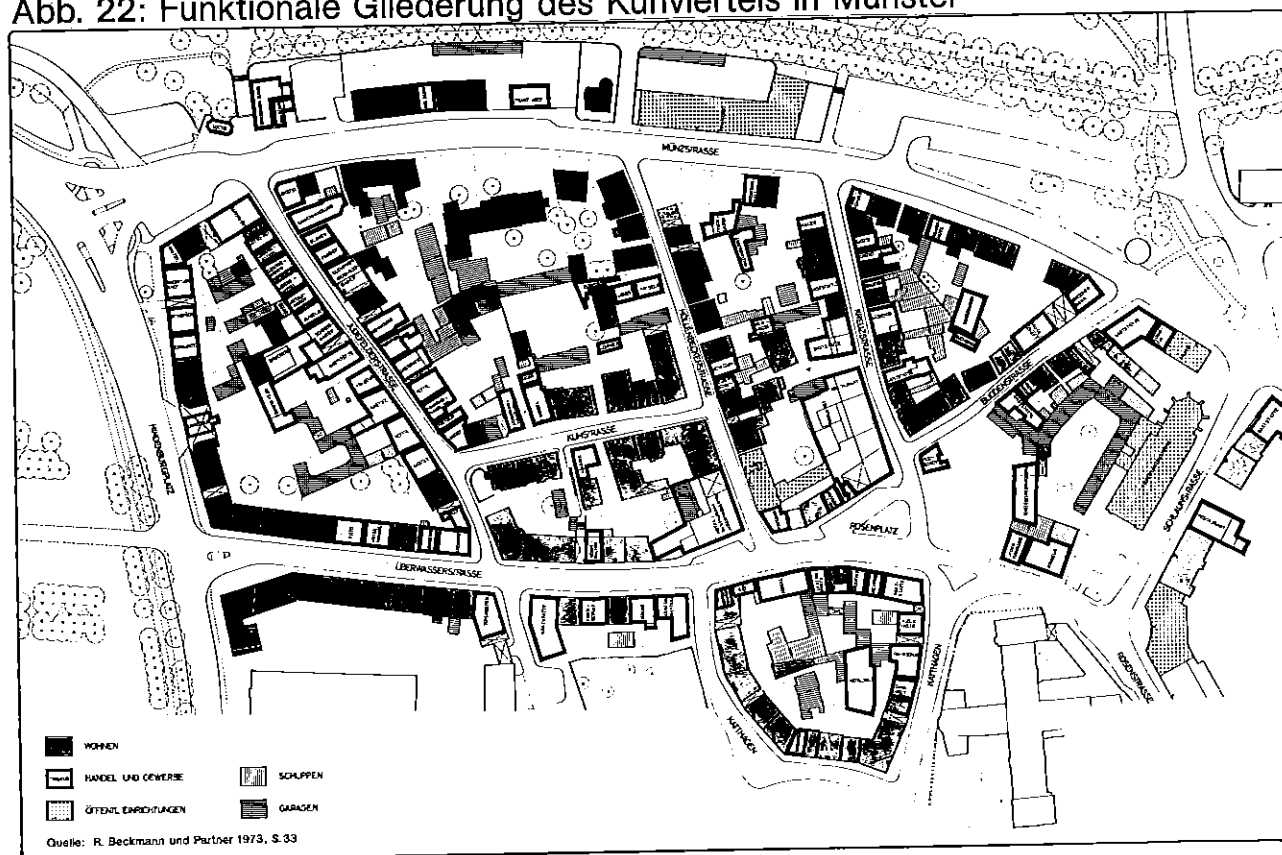
E. EHLERS stellt für Tübingen folgendes heraus: "Oftmals Haus an Haus gelegen, konzentrieren sich Weinstuben, Bierlokale, Eisdielen, Schnellimbisse, Hotels, Cafés

und Restaurants besserer Provenienz im Tübinger Altstadtbereich und seiner Peripherie. Vor allem die Unterstadt hat in letzter Zeit eine schwunghafte Zunahme neuer Lokale erfahren, die ... auch, zusammen mit dem studentischen Wohnen, zur Konservierung und Kommerzialisierung sanierungsbedürftiger Bausubstanz beiträgt" (E. EHLERS 1974, S. 227 und Karte nach S. 222). Nach Richtwerten der Akademie für Raumforschung und Landesplanung gilt als Existenzminimum für eine Gaststätte i.w.S. ein Wert von 2.500 - 4.000 Einwohnern; hiernach hätte Tübingen (vor der kommunalen Gebietsreform) etwa einen Bestand von 20 Gaststätten haben müssen, während tatsächlich mehr als 60 existieren (Ebd., S. 228). Diese Zahl müßte eigentlich

noch um die Summe der verbindungseigenen Häuser erhöht werden, in denen in der Regel auch Schankbetriebe existieren.

Einen ähnlichen Oberbesatz mit Gaststätten weist auch Münster auf. "Es dürfte ... kaum an 400 Theken Bier gezapft werden, wäre diese Stadt nicht gleichzeitig Universitätsstadt" (E. OBERMEYER 1969, S. 14). Galt dieser Wert für 1969, so hatte die westfälische Hauptstadt Anfang 1973 bereits 603 Gaststättenbetriebe.³⁾ Die meisten von ihnen liegen gleichfalls in der Innenstadt, wobei sich in deren nordwestlichem Bereich, dem sog. Kuhviertel, eine besondere Konzentration abzeichnet.

Abb. 22: Funktionale Gliederung des Kuhviertels in Münster



3) Nach Münster, Wirtschaftsreport 4, 1973, S. 58 waren dies 58 Beherbergungsbetriebe, 326 Schank- und Speisewirtschaften, 18 Barbetriebe, 45 Cafés, 50 Imbißstuben,

65 Kantinen und Erfrischungsräume, 16 Clubhäuser und 25 Eisdielen. Möglicherweise sind Bars in Studentenheimen noch nicht mitgezählt, da sie nur eine begrenzte Konzession haben.

Dieses im Mittelalter von Handwerkern bewohnte und als Handelsplatz bekannte Stadtviertel enthält noch heute an manchen Stellen "ältere, gut gestaltete Bauwerke, die in Verbindung mit dem überkommenen Straßennetz einen Nachklang altmünsterischer Atmosphäre vermitteln" (R. BECKMANN, W. KANTORSKI, M. WESSELMANN und M. PÖLLMANN 1973, S. 1). Das in einem Neuordnungsverfahren neugestaltete Gebiet (vgl. Abb. 22) enthält neben Wohnungen in den oberen Stockwerken Handwerksbetriebe und Läden in den Erdgeschossen, darunter in bescheidenem Umfang Boutiquen, Galerien, Kunstgewerbe u.ä., vor allem aber 19 Gaststätten, Restaurants und Kneipen, die am Abend und in der Nacht den Charakter dieses Viertels prägen (Ebd., S. 33f.). Von ihnen finden sich jeweils 6 in der Jüdefelder Straße und in der Kreuzstraße, an der auch die bekannte Münstersche Altbierbrauerei Pinkus Müller (mit großer Gaststätte) liegt. Bei 1.499 Bewohnern im Jahre 1971 entfielen auf einen gastronomischen Betrieb nur 79 Personen, eine Relation, die allein schon deutlich macht, daß das Kuhviertel eine große Bedeutung als Anziehungspunkt für Bevölkerungsgruppen hat, die nicht hier wohnen. Die Lokalpresse hat es wiederholt mit dem Bremer Schnoorviertel verglichen. Das Kuhviertel mit seinen Gaststätten, von denen acht durch eine besonders rege Laufkundschaft gekennzeichnet sind, ist nicht nur häufiges Ziel von Studierenden und Treffpunkt von Bürgern und Studenten, sondern auch von Besuchern der Stadt.

Weitere gemütliche Restaurants finden sich in Münster aber auch im City-Kernbereich (Prinzipalmarkt/Rothenburg, Drubbel/Alter Fischmarkt, Salzstraße) und werden von Studenten und anderen Hochschulangehörigen gleichfalls gern in Anspruch genommen. Da sie teilweise bereits seit mehreren Jahrhunderten existieren, stellen sie "ein Stück Münsteraner Stadtkulturgeschichte" dar (A. WILLAUSCHUS 1979, S. 133). A. WILLAUSCHUS führte 1976/77 in 17 Altstadtgaststätten Erhebungen durch und konnte dabei feststellen, daß in den meisten von ihnen mehr als 50%, in einigen sogar mehr als 90% der Gäste Studierende waren. Da diese jedoch nur 13% der Bevölkerung ausmachten, wird deutlich, in welchem Ausmaß die wirt-

schaftliche Existenz des Gaststättengewerbes der Altstadt von diesem Kundenkreis abhängig ist (Ebd., S. 133 und S. 201, Tab. 61). - Diese Ausführungen treffen sinngemäß auch für Göttingen zu.

In Tübingen, Münster und Göttingen sind Innenstadt und Universität eng miteinander verflochten. Daß örtliche Lokale nicht immer oder nur schwer von "studentischen Neubürgern" akzeptiert werden, zeigte sich insbesondere in der neuen Universitätsstadt Konstanz mit ihrer peripher gelegenen Hochschule. Dem einzigen in der Stadt entstandenen Studentenclub (im Stadtkern) wurde von den Ratsmitgliedern aller Fraktionen die Verlängerung der Polizeistunde abgelehnt und die Errichtung von Clubräumen auf dem Campus empfohlen (W. VOGEL 1974, S. 213). Nur ein weiteres Lokal in der Altstadt hat überwiegend studentisches Publikum, während die bürgerlichen Lokale in Alt-Konstanz und auch auf dem Sonnenbühl weniger gefragt sind.⁴⁾ Im Bochumer Stadtteil Querenburg mit seiner großen Studentenzahl werden dagegen nicht nur die wenigen alteingesessenen Gastwirtschaften, sondern auch die im Uni-Center neueröffneten Restaurants sehr stark von Studenten frequentiert, während die entfernten Innenstadt-Lokale mit wenigen Ausnahmen (z.B. Pizzerien, Cafés) kaum in Anspruch genommen werden.

In unmittelbarer Nähe der Universität Köln im Vorort Lindenthal sind nur wenige Gaststätten entstanden, die hochschulorientiert sind (Zülpicher Straße). In ihrer "City-Studie"⁵⁾ konnten E. OTREMBÄ und Mitarbeiter 1970 jedoch feststellen, daß der mit Gastronomiebetrieben am drittstärksten durchsetzte Bereich um Zülpicher- und Barbarossaplatz mit seinen Bier-, Speise- und Spezialgaststätten, Restaurants, Spezialrestaurants und Diskotheken ein eigengeprägtes Gebiet ist: "Dieser innerstädtische Bereich hebt sich hinsichtlich seiner überwiegend jungen gastronomischen Betriebe mit weitem Einzugsbereich von dem am Ring gelegenen Unterhal-

4) Nach mündlichen Informationen von Herrn Wolfram VOGEL, Pressestelle der Universität Konstanz.

5) Siehe Seite 205

tungszentrum deutlich ab. Aus der Nähe zur Universität und des Studentenwohngebietes läßt sich die starke Rekrutierung studentischer Besucher erklären. Auffallend ist die große Anzahl von Diskotheken und deren hohe Besucherzahlen. Mehrere dieser Lokale sind in ihrer Art speziell auf studentische Besucher ausgerichtet. Diese jungen Formen der Gastlichkeit ... stellen das besonders mobile Element dar, das ganz neue Zentren der Unterhaltung aufbauen kann und Präferenzveränderungen der Standorte sofort sichtbar werden läßt. So lassen sich am Zülpicher Platz Beobachtungen sammeln über den sozialen Wandel von Gaststättenbezirken in Verbindung mit den Begegnungspunkten bestimmter Gruppen" ("Die Kölner Innenstadt 1969/70, S. 62).

Für H. HELD ist das "Kartjeh Latäng" als "typisches Stück Köln" ein schwer abgrenzbares besonderes Stadtviertel, dessen Achse in der Zülpicher Straße zu sehen ist. In einer feuilletonistischen Charakterisierung stellt er es als häßliches "Konglomerat von gegensätzlichen Baulichkeiten" dar, das aber eine "eigenartige Atmosphäre" und ein "unerklärliches Fluidum" hat, welches durch die extrem gemischte, schillernd beschriebene Nutzung sowie unterschiedliche Bevölkerungsgruppen und die "Spiegelungen ihres Lebens und Wirkens" geprägt wird. Unter ihnen werden insbesondere junge Intellektuelle und Ausländer sowie als prägende Einrichtungen Boutiquen, Trödlerläden und "unzählige" gemütliche Restaurants mit einheimi-

- 5) "Die Kölner Innenstadt" 1969/70. Bei der Analyse der "Gaststättenbezirke" (ebd., S. 55-57 und S. 72-73) wurden insgesamt 762 Betriebe erfaßt und nach Typen, Einzugsbereich, Besucher und Öffnungsdauer dargestellt. Es liegen in
- Kreis 1: Fremdenverkehrsviertel am Rhein (um St. Martin zwischen Dom und Heumarkt): 121 gastronomische Betriebe,
 - Kreis 2: Kölner Vergnügungsviertel um Hohenzollern- und Kaiser-Wilhelm-Ring: 156 gastronomische Betriebe,
 - Kreis 3: Raum Zülpicher Platz/Barbarossaplatz: 85 gastronomische Betriebe,
 - Kreis 4: Raum Ebertplatz/Eigelstein: 46 gastronomische Betriebe und
 - Kreis 5: Severinsviertel: 56 gastronomische Betriebe.

scher und fremder Küche herausgestellt (H. HELD 1979, S. 36, 38 und 41).

Daß die gastronomischen Betriebe von Studenten und Hochschulbediensteten nicht nur als Schankbetriebe aufgesucht werden, sondern - wie bereits angedeutet - auch als Verpflegungsstätten, läßt sich jeweils indirekt aus dem Besuch bzw. der Nicht-Inanspruchnahme der örtlichen Mensa schließen. So wurden die Mensen des Studentenwerks Göttingen ("neue" Zentralmensa an der Goßlerstraße, "alte" Mensa am Wilhelmsplatz im Stadtkern und PH-Mensa) 1971 von 71% der Studierenden in Anspruch genommen - allerdings nur von einem geringen Anteil regelmäßig -, während etwas weniger als ein Drittel zu Hause aß oder sich in Gaststätten verpflegte.⁶⁾ 1973 gingen nach einer örtlichen Erhebung nur noch 55,9% gewöhnlich in die Mensa, 34,0% aßen zu Hause und 2,1% in Gaststätten.⁷⁾ Nach einer zeitgleichen Erhebung des Deutschen Studentenwerks benutzten etwa 40% der Studierenden der Universität Göttingen die dortigen Mensen gar nicht oder nur gelegentlich (G. KATH 1974, S. 170).

In der damaligen vergleichenden Sozialerhebung wurden folgende Werte für den Besuch der Mensa in den ausgewählten Universitätsstädten ermittelt:

Tab. 28 siehe Seite 206

Der Mensabesuch ist außer neben der Lage der Universität in der Hochschulstadt und der Entfernung der Mensa zu den Hochschulgebäuden von einer Reihe weiterer Faktoren abhängig, z.B. der Platzzahl der Mensa, dem Familienstand und der Wohnsituation der Studierenden. Am wenigsten besuchen die sog. Elternwohner und diejenigen die Mensa, die in abgeschlossener Wohnung (zumeist Verheiratete) oder in Wohngemeinschaften leben, am meisten die Untermieter in traditionellen

6) Studentenwerk Göttingen 1972, S. 6. - Von den Studierenden der Pädagogischen Hochschule aßen 1971 nur rd. 47% in einer der drei Mensen; der Anteil der Selbstversorger war mit 48% wesentlich höher als an der Universität (Ebd., S. 13).

7) Studentenwerk Göttingen 1973, S. 14-15 und S. 26-27; die PH-Studenten wurden 1973 nicht befragt.

Tab. 28: Mensa-Besuch nach ausgewählten Hochschulen im SS 1973

Universität	Es aßen durchschnittlich in der Woche mittags in der Mensa (v.H.)					Platzzahl je 100 Studenten (1972)
	gar nicht	gelegentlich	1-bis 2mal	3-bis 4mal	5-bis 6mal	
Gießen	46	21	9	14	10	.
Frankfurt	37	26	13	17	7	7
Mainz	36	19	11	21	13	.
Köln	31	25	12	19	13	5
Hamburg	27	25	15	23	10	5
Erlangen	27	22	11	23	17	.
Würzburg	26	28	10	19	17	.
Heidelberg	26	22	8	26	18	5
Bonn	25	25	12	22	16	.
Stuttgart (TU)	23	20	12	25	20	.
Hannover (TU)	23	17	11	30	19	.
Kiel	22	24	10	25	19	5
Bochum	22	22	15	28	13	.
Saarbrücken	20	19	9	25	27	15
Berlin (TU)	20	24	14	26	16	.
München (TU)	20	19	12	31	18	.
Göttingen	18	22	12	25	23	.
Regensburg	17	22	12	25	24	16
Tübingen	15	18	13	27	27	7
19 Hochschulen	26	23	12	23	16	1

. = keine Angaben vorhanden.

Quelle: Gerhard Kath u.a.: Das soziale Bild der Studentenschaft in der Bundesrepublik Deutschland. 7. Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks im Sommersemester 1973, Frankfurt 1974, S. 170-171.

Buden und die Wohnheimmieter. Verallgemeinernd läßt sich feststellen, daß - von Ausnahmen abgesehen - bei peripher gelegenen Hochschulen mit großem Mensa-Sitzplatzangebot und gleichzeitig geringen Alternativen für den Mittagstisch der Anteil der regelmäßigen Mensabnutzer besonders groß ist (z.B. in Saarbrücken und Regensburg). Sehr geringe regelmäßige Inanspruchnahme (wie in Frankfurt, Hamburg, Gießen oder auch Köln) dürfte einmal von einem geringen Platzangebot herrühren, daneben von anderen Möglichkeiten für den Mittagstisch oder einem hohen Anteil ortsansässiger Studenten. Wenn Tübingen trotz des geringen Platzangebotes in der Mensa den geringsten Anteil an Studierenden aufweist, die gar nicht oder nur gelegentlich in der Mensa essen, so dürfte dies in der Tatsache begründet sein, daß dort nur 3% aller Stu-

denten bei den Eltern in der Stadt selbst wohnen (G. KATH 1974, S. 171f.).⁸⁾

Daß das Mensa-Angebot in Hochschulstädten trotz großer Anstrengungen und Leistungen der Studentenwerke⁹⁾ vielfach nicht ausreicht, sei am Beispiel der Ruhr-Universität aufgezeigt. Die in Bochum im Oktober 1971

8) Die Tübinger Daten bedeuten eine nicht mehr zumutbare Überfüllung der Mensa und eine höhere Umschichtung auf den verfügbaren Plätzen.

9) Die 36 befragten Studentenwerke an den Universitäten des Bundesgebietes einschließlich Berlin (West) hielten 1972 in ihren Mensabetrieben 42.700 Plätze bereit (1 Platz auf 100 Studenten) und gaben 32 Mill. Mahlzeiten aus (Studentenwerke im Zahlenspiegel 1973).

nach 3 1/2-jähriger Bauzeit eröffnete Mensa II bietet in allen Räumen (großer und kleiner Saal, Cafeteria, Bierklausen und Bedienungsräume) zusammen 3.400 Plätze an. Vier automatische Kochstraßen sorgen dafür, daß nicht auf Vorrat gekocht werden muß. Pro Tag können bis zu 12.500 Mittagessen ausgegeben werden, davon maximal 6.000 Stammmessen stündlich.¹⁰⁾ Zwar ist die sehr moderne neue Zentralmensa auf 18.000 - 20.000 Studenten ausgelegt; an der Ruhr-Universität und der teilweise in ihr untergebrachten Fachhochschule des Landes Nordrhein-Westfalen sind aber ca. 25.000 Studenten immatrikuliert, und die Universität hat rd. 5.000 Bedienstete. So könnte theoretisch nicht einmal jeder zweite in der Mensa zu Mittag essen. Die Tabelle weist aus, daß je 22% der Bochumer Studierenden die Mensa nie oder nur gelegentlich nutzen. Unabhängig von gewollter Nicht-Inanspruchnahme der Mensa durch Personal und Studierende, die unterschiedliche Gründe haben kann, dürfte ersichtlich sein, daß auf das gastronomische Angebot erwerbswirtschaftlicher Betriebe auch in Bochum nicht verzichtet werden kann - nicht zuletzt aus Gründen der Vielfalt und Abwechslung. Dies gilt ebenso oder in noch erhöhtem Ausmaß für andere Universitätsstädte wie z.B. Münster, wo die Mensaverhältnisse weit katastrophaler sind und die Auseinandersetzung um die inzwischen begonnene Errichtung einer Mensa II im Naturwissenschaftlichen Zentrum (vorgesehene Eröffnung im Wintersemester 1979/80) jahrelang ein kommunalpolitischer Streit erheblichen Ausmaßes war. Betont sei schließlich, daß in den Mensen der Bundesrepublik kaum noch Abendessen ausgegeben wird und daß in manchen hochschulnahen Restaurants und Studentenkneipen - selbst in einer Stadt wie Bochum mit einem extremen Pendleranteil von rd. 60% -

10) Vgl. Neue Mensa öffnete ihre Pforten. In: Ruhr-Universität Bochum. Der Bericht, Nr. 25 vom 29.10.1971, S. 9. - Die Mensa I und eine frühere Personal-Kantine sind inzwischen geschlossen. Das Akademische Förderungswerk Bochum - Studentenwerk - betreibt außer der Zentralmensa noch 7 Cafeterien in verschiedenen Universitätsgebäuden.

11) Nach mündlichen Auskünften von Wirten und Pächtern in Bochum-Querenburg (einschließlich Uni-Center).

mehr Abend- als Mittagessen verkauft werden.¹¹⁾

Der abendliche Gaststättenbesuch dient vielfach nicht nur dem Zweck, zu essen und zu trinken, sondern ebenso sehr zur Herstellung und Pflege menschlicher Kontakte, die gerade für den häufig isoliert wohnenden und arbeitenden Studenten von großer Wichtigkeit sind. Diese sozialkommunikative Bedeutung kommt auch Cafés zu, die im Verlauf des Tages zwischen zwei Lehrveranstaltungen oder im Anschluß an sie gern aufgesucht werden. Dies ist natürlich bei intensiver Verflechtung von Stadt und Universitätsgebäuden wie z.B. in Münster oder Göttingen leichter möglich als im lange Begegnungsfeindlichen und unpersönlichen Bochumer Universitätsstadtteil Querenburg mit seiner permanenten Baustellensituation und bis 1973 (Eröffnung des Uni-Centers) unzureichenden Infrastruktur. Das Café in einem 1970 - 1973 bestehenden provisorischen Ladenzentrum erfreute sich besonderen Zuspruchs.¹²⁾ Das Musikische Zentrum ist noch nicht vollendet, das Clubhaus der Gesellschaft der Freunde¹³⁾ (mit eigenem Restaurationsbetrieb) sollte bewußt eine Oase der Ruhe und Stätte der Begegnung sein. Auf die Bedeutung, die gemütliche Gaststätten für die besondere Atmosphäre und das Image einer Universitätsstadt haben,

12) Vgl. auch B.-A. WILCKE 1970 (Umfrage im WS 1968/69). Auf die Frage, wo man die Zeit zwischen zwei Lehrveranstaltungen am liebsten verbringe, entschieden sich bezeichnenderweise mit 35% die meisten für ein Studentencafé mit Zeitschriften (Ebd., Frage 41).

13) Ende 1968 dank großzügiger Spenden eingerichtet, wurde das "Haus der Freunde" (ehemals als Baracke 3 an der Alten Mensa) jährlich von 20.000-25.000 Gästen (bis Ende 1976 rd. 175.000) besucht. Leider brannte es am 9.12.1976 infolge eines technischen Defektes völlig ab. 80% der Besucher waren Studenten. Hier fanden zahlreiche "intimere" Seminare, Arbeitsgemeinschaften, Besprechungen verschiedenster Gruppen, offizielle Treffen und auch Ausstellungen statt. Im November 1977 konnte erneut mit der Zielsetzung, als Versammlungsort sowie Stätte der Begegnung zu dienen, in einem Pavillon unweit des Staatshochbauamtes ein neues und größeres "Haus der Freunde" übergeben werden; sein Restaurationsbetrieb dient inzwischen zugleich als Kantine des Staatshochbauamtes.

ist zu Beginn dieses Abschnittes hingewiesen worden.

So kann abschließend nochmals herausgestellt werden, daß gastronomische Betriebe der unterschiedlichsten Art für die Hochschulversorgung als notwendig anzusehen sind und bei entsprechendem Angebot in Studierenden und Universitätsbediensteten eine interessierte Kundschaft finden.

2.2.2 Buchhandlungen und andere Betriebe für den Studienbedarf

Außer einem Überbesatz an gastronomischen Betrieben oder zumindest der Existenz von Gaststätten und Restaurants, die sich besonders an Studenten und andere Hochschulangehörige wenden, werden Universitätsstädte stark durch Buchhandlungen und andere Geschäfts- und Dienstleistungsbetriebe für den Studienbedarf geprägt. Sie sind vielfach in Standortgemeinschaften oder verstreut auf Zufahrtstraßen zu wichtigen Universitätsgebäuden zu finden.

Außer den Buchhandlungen, die am Ende dieses Abschnittes ausführlich dargestellt werden, handelt es sich dabei in erster Linie um Geschäfte für Büro- und Zeichenbedarf, in denen ein breites spezielles Sortiment von Ringbucheinlagen über Aktendeckel und Karteikästen bis zu Zeichen- und Lichtpauspapier, Reißzeugen und Zeichenbrettern verlangt wird. Zeitschriftenläden oder -stände, die regionale und überregionale Zeitschriften führen, haben meist regen Publikumsverkehr von Hochschulangehörigen; bisweilen sind sie mit Schreibwarengeschäften oder Taschenbüchtläden gekoppelt. In der Nachbarschaft naturwissenschaftlicher und medizinischer Fakultäten oder von Kliniken (z.B. in Köln), bisweilen aber auch in den Innenstädten (wie in Göttingen) finden sich Betriebe für Labor- und Medizinalbedarf, die mit Chemikalien und unterschiedlichen Präzisionsgeräten von einfachen präparationstechnischen Instrumenten über Meßgeräte bis zu ärztlichen Bestecken und anderen Fachutensilien handeln. Gelegentlich können die komplizierten Geräte nur in optisch-feinmechanischen Fachgeschäften erworben werden.¹⁴⁾

Weit verbreitet sind ferner Fotokopierläden und Schreibbüros, denen gelegentlich Buchbindereien angeschlossen sind. Diese Dienstleistungsbetriebe sind von den Studenten für ihre Seminar- und Examensarbeiten sehr gefragt. In Münster unterhält die Universität eine eigene leistungsfähige "Phototechnische Zentralstelle", die Fotoarbeiten, Fotokopien sowie Manuskript- und Dissertationsdrucke betreut und sehr stark beschäftigt ist; sie kann von allen Hochschulangehörigen in Anspruch genommen werden. Ihre Existenz erklärt wahrscheinlich, daß sich hier weniger gewerbliche Vervielfältigungsbetriebe bilden konnten als etwa in Köln oder Bochum, wo sich jeweils vier in nächster Nähe der Universität angesetzt haben. Einige sind mit Schreibbüros, andere mit Dffsetdruckereien verbunden. Die Bochumer Betriebe sind meist jüngeren Datums und bis auf eine Ausnahme relativ bescheiden eingerichtet.

In Köln findet man hochschulnah allein fünf Dissertations- bzw. Fotodruckereien, die für Doktoranden und Institute arbeiten. Weniger von Studierenden und Universitätsbediensteten leben auch die zahlreichen Buchbindereien. Die Aufträge der größten Münsterschen Sortiments-Buchbinderei (mit 25 Beschäftigten)¹⁵⁾ stammen zu 90% von Universitätsbibliotheken und Instituten (aus Münster, Bochum, Dortmund und Bielefeld), zu 6% von der Pädagogischen Hochschule und den Fachhochschulen, zu 3% von Universitätsangehörigen und nur zu 1% von sonstigen Bürgern oder Firmen der Stadt Münster. Eine mit der Buchbinderei gekoppelte Buchdruckerei wäre auch ohne Universitätsaufträge existenzfähig. Auf sie entfallen aber lediglich 30% des Auftragsvolumens (Rektorats-Formulare, Leihschein, Kopfbö-

14) Manche Geschäfte für Bürobedarf wie auch für feinmechanisch-optische Spezialgeräte sind zwar überwiegend Handelsbetriebe, aber teilweise auch produzierende Betriebe (z.B. Druck spezieller Karteikarten, Entwicklung und - in bescheidenem Umfang - Fertigung medizinischer Bestecke). Hierauf wird bei der Entwicklung und Würdigung des industriell-gewerblichen Lebens in Göttingen und seiner Beziehungen zur Universität noch eingegangen.

15) Es bestehen außerdem zwei wesentlich größere Verlagsbuchbindereien und fünf kleinere handwerkliche Betriebe.

gen und Karteikarten).¹⁶⁾ Gelegentlich sind mit Buchbindereien, wie je ein Beispiel in Münster und Bochum zeigen, Galerien und Angebote für Bilderrahmen verbunden.

Ein studienorientiertes Dienstleistungs-gewerbe besonderer Art sind die Repetorien, in denen Juristen, gelegentlich auch Wirtschaftswissenschaftler, meist von Rechtsanwälten in Intensivkursen auf das Examen vorbereitet werden. Diese nicht unumstrittenen Einrichtungen, von denen in jeder größeren Universitätsstadt durchweg ein oder zwei existieren, domizilieren vorzugsweise hochschulnah in Gaststätten, Studentenheimen oder sogar Lichtspieltheatern.

Von besonderer Bedeutung für die Universitäten und ihre Angehörigen sind die wissenschaftlichen Buchhandlungen (vgl. F. UHLIG 1962 und "Buchhandel und Wissenschaft" 1965), die sich bei stadtintegrierten Universitäten in den Stadtkernen, ansonsten bevorzugt mit Haupt- oder Filialbetrieben in Universitätsnähe ansiedeln.¹⁷⁾ Während einige auf Teildisziplinen spezialisiert sind und als "Medizinische" oder "Juristische Buchhandlung" firmieren, versuchen die meisten, die gesamte Literatur für die am Ort gelehrteten Fächer zu führen. Die Tabelle auf der folgenden Seite enthält die Mitgliedsbetriebe der Arbeitsgemeinschaft Wissenschaftlicher Sortimentsbuchhandlungen (AWS) innerhalb des Börsenvereins des deutschen Buchhandels.

Zur Interpretation sind einige Vorbemerkungen vorzuschicken: Die Buchläden können hier nur nach ihrer Anzahl, nicht

16) Mündliche Auskunft von Herrn Johann BURLAGE junior, Münster. Der ehemals in der Altstadt ansässige Betrieb wurde 1974 in das Kleingewerbegebiet Münster-Coerde ausgelagert, wo eine etwas größere und rationeller zu bewirtschaftende Fläche zur Verfügung steht. In der Altstadt verblieben noch eine Zeitlang eine Annahmestelle und eine kleine Werkstatt für Studentenbedarf.

17) Unmittelbar an der Universität liegen z.B. Buchhandlungen in Aachen, Berlin, Bochum, Bonn, Braunschweig, Duisburg, Essen, Göttingen, Hamburg, Kiel, Köln, Konstanz, Mainz, München und Stuttgart-Hohenheim, in Kliniknähe in Berlin, Freiburg, Gießen und Hamburg, in der Mensa in Bonn und Dortmund, bei Hochschuldependancen in Stuttgart-Vaihingen und Tübingen-Wanne (Mensa II).

Jedoch nach der Geschäftsfläche und Sortimentsbreite verglichen werden. Dies gilt insbesondere auch für die 80 Filialen, die aber teilweise ein größeres Angebot enthalten als manche Stammgeschäfte. Einschränkend ist ferner festzustellen, daß die Tabelle insofern unvollständig ist, als nicht alle einschlägigen Fachbuchhandlungen Mitglieder der erwähnten Arbeitsgemeinschaft sind.¹⁸⁾

Dennoch drücken m.E. die errechneten Bezugsgrößen der Einwohner je wissenschaftliche Buchhandlung charakteristische und relativ zutreffende Werte aus. Bezogen auf die 58 angeführten Städte entfielen im Jahre 1975 auf eine wissenschaftliche Buchhandlung 83.000 Einwohner. Eine Relation von 24.000 bis 50.000 Personen wurde aber - neben zu erforschenden Ausnahmen - in den Städten Marburg, Tübingen, Göttingen, Gießen, Freiburg, Würzburg, Heidelberg, Konstanz, Bochum, Münster, Braunschweig und Erlangen (in dieser Reihenfolge) erreicht. Bis auf Konstanz und Braunschweig gelten alle als charakteristische Universitätsstädte, deren besondere Struktur auch durch diese Daten wieder einmal ausdrucksvoll bestätigt wird. Kleinere Städte wie Konstanz können bekanntlich leichter überformt werden als größere, aber auch Bochum als Sitz einer jungen Universität rangiert nach den Regionalzentren Stuttgart, Hamburg und München mit 66.000 Einwohnern je wissenschaftlicher Buchhandlung noch unter dem errechneten statistischen Durchschnitt, über dem u.a. Essen, Köln, Düsseldorf und Berlin sowie die meisten Industriestädte liegen.

Charakteristisch für Universitätsstädte und große Regionalzentren sind ferner Antiquariate, über die keine Daten zur Verfügung standen. Sie sind in der Zusammenstellung nur dann berücksichtigt, wenn sie als Abteilung oder Filiale mit einem der angeführten wissenschaftlichen Buchgeschäfte verknüpft sind.

18) Neben fehlenden Firmen in den aufgezählten 58 Städten (darunter auch Orte ohne Universität) bleiben die Buchhandlungen von neun, bis auf Darmstadt jungen oder kleinen Hochschulstädten völlig unerwähnt (Darmstadt, Trier, Paderborn, Siegen, Hagen, Passau, Clausthal-Zellerfeld, Eichstätt und Neuendettelsau).

Tab. 29: Wissenschaftliche Sortimentsbuchhandlungen
in der Bundesrepublik Deutschland

Stadt	Einwohner am 1.1.1975	Wiss. Buchhand- lungen	davon Filialen	Einwohner je wiss. Buchhandlung in 1.000
Aachen	242.416	3	2	81
Bamberg	75.378	1	-	75
Bayreuth	66.936	1	-	67
Berlin (West)	2.023.987	14	4	145
Bielefeld	319.611	2	1	160
Bochum	417.336	6	4	70
Bonn	283.891	7	3	40
Braunschweig	271.213	6	2	45
Bremen	579.430	2	-	290
Bremerhaven	144.529	1	-	145
Dortmund	636.954	2	-	318
Düren	88.579	1	-	89
Düsseldorf	675.437	5	2	135
Duisburg	599.799	4	2	150
Erlangen	100.550	2	-	50
Essen	684.147	8	3	86
Eßlingen	97.029	1	-	97
Flensburg	94.528	1	-	95
Frankfurt	652.037	8	-	82
Freiburg	179.196	7	3	26
Gießen	76.217	3	1	25
Göttingen	122.428 ²⁾	5	1	24
Hamburg	1.733.802 ²⁾	27	12	64
Hannover	562.951	2	-	281
Heidelberg	130.134	4	-	33
Hildesheim	106.734	3	2	36
Homburg/Saar	41.952	1	1	42
Kaiserslautern	102.119	1	1	102
Karlsruhe	270.647	4	1	68
Kassel	210.042	3	1	70
Kiel	264.290	2	-	132
Köln	1.022.075	10	4	102
Königstein/Taunus	16.165	1	-	16
Konstanz	65.963	2	1	33
Krefeld	231.642	1	-	232
Ludwigshafen	173.976	1	-	174
Lübeck	234.510	3	1	78
Lüneburg	65.301	1	-	65
Mainz	184.030	4	1	46
Mannheim	320.508	3	1	107
Marburg	71.604	3	1	24
Mönchengladbach	263.356 ²⁾	1	-	263
München	1.323.434 ²⁾	20	8	66
Münster	262.567	6	1	44
Nürnberg	509.813	2	-	255
Oldenburg	134.280	1	-	134
Osnabrück	163.674	2	-	82
Pforzheim	102.339	3	3	34
Regensburg	133.183	1	-	133
Saarbrücken	205.987	2	-	103
Speyer	44.658	2	1	22
Stuttgart	613.263	11	3	56
Tübingen	71.175	3	1	24
Ulm	98.499	1	-	98
Weinheim	41.345	1	-	41
Wiesbaden	252.017	2	-	126
Würzburg	113.121	4	1	28
Wuppertal	412.403	1	-	412
58 Städte	18.985.191	229	80	83
7 sonstige Städte)	-	7	7	-

Quellen und Anmerkungen siehe nächste Seite unten.

Um den Grad der Abhängigkeit des Bochumer Buchhandels von der Universität zu erforschen, wurden bei den drei am stärksten hochschulorientierten Betrieben Befragungen durchgeführt (siehe Tab. 30). Geschäft A, 1907 gegründet, ist die heute älteste und größte Bochumer Buchhandlung, die als Druckerei und Schreibwarengeschäft entstand, sich dann vorwiegend zur Schulbuchhandlung entwickelte und seit 1965 eine Filiale als Universitäts-Buchhandlung unterhält (seit 1974 im Baukomplex des Kirchenforums im Uni-Center); der Sohn des Firmeninhabers, ehemals Student und Assistent an der Ruhr-Universität, hat dem Unternehmen noch einen Studienverlag angegliedert. Der Inhaber von Geschäft B, ehe-

mals Leiter einer Universitätsbuchhandlung in Münster, hat 1956 eine Fach-Buchhandlung in der Innenstadt übernommen und 1973 im Uni-Center zwei weitere, auf unterschiedliche Fachgebiete spezialisierte Läden eröffnet, die praktisch als Einheit anzusehen sind, wegen nicht verfügbarer ausreichender Geschäftsfläche aber auf zwei Ladenlokale aufgeteilt werden mußten. Buchhandlung C wurde von einem ehemaligen Bediensteten einer anderen Bochumer Firma mit vorheriger Tätigkeit in Universitätsbuchhandlungen in Münster und Köln kurz nach Universitätsgründung 1964 eröffnet, verblieb in der Innenstadt und wurde 1976 um ein modernes Antiquariat erweitert.

Tab. 30: Vorratsbestände und Umsatzverteilung ausgewählter Bochumer Buchhandlungen im Jahre 1976

	Geschäft A (70 Mitarbeiter)		Geschäft B (32 Mitarbeiter)		Geschäft C (11 Mitarbeiter)
	Innenstadt (Nähe Rathaus)	Uni- Center	Innenstadt (Nähe Hbf.)	Uni- Center (Laden 1+2)	Innenstadt (Nähe Hbf.)
<u>Vorratsbestände</u>					
Allgemeine Literatur (einschl. Sach- und Schulbücher)	80%	30%	70%	2%	70%
Wissenschaftliche Literatur	20%	70%	30%	98%	30%
<u>Umsätze nach Zielgruppen</u>					
A. Hochschuleinrichtungen insg. und zwar	-	30%	20%	-	70%
Institute und Fachhochschulen	-	25%	15%	-	30%
Universitätsbibliothek	-	5%	5%	-	40%

B. Andere Einrichtungen und Einzelkundschaft davon	100%	70%	80%	-	30%
Universitätsbedienstete und Studenten	10%	60%	5% ¹⁾	99% ¹⁾	5%
Stadtbezogene Kunden (Einzelpersonen, Schulen, Firmen, Stadtbücherei u.ä.)	90%	10%	95% ¹⁾	1% ¹⁾	25%

Quelle: Freundliche Auskünfte der Herren Dr. Norbert Brockmeyer, Friedrich Schaten und Hanns Janssen, Bochum (Schätzungen).

Anmerkung: 1) Angaben gehen von der Annahme aus, daß der Verkauf an Einzelkundschaft und nicht-universitäre Einrichtungen mit 100% angesetzt wird. Andere Angaben sind nicht möglich.

Zu Tab. 29

Quellen: Arbeitsgemeinschaft Wissenschaftlicher Sortimentsbuchhandlungen. Mitgliederverzeichnis 1976, o.O., 1976; Statistisches Jahrbuch deutscher Gemeinden, 62. Jg., 1975, S. 15-25 (Einwohnerzahlen).

Anmerkungen: 1) Nicht aufgeführt sind 7 Zweigniederlassungen wissenschaftlicher Buchhandlungen in kleineren Orten.
2) Eine Münchener Firma besitzt 5, eine Hamburger 4 Filialen jeweils am Ort. Der Unterhalt von zwei oder drei Zweigbetrieben ist häufiger verbreitet.

Nach Feststellungen der Akademie für Raumforschung und Landesplanung gelten als Richtwerte für Papier- und Buchläden etwa 5.000 - 8.000 Einwohner. Danach müßten in Tübingen ca. 10 vorhanden sein, während E. EHLERS tatsächlich über 25 ermittelte (E. EHLERS 1974, S. 228). Diese Zahlen haben deutlich indikatorische Aussagekraft.

Es versteht sich von selbst, daß Gründung und Ausbau einer Universität besonders starke Auswirkungen auf den örtlichen Buchhandel haben. Durch die Hochschule wird ein anderer Bedarf hervorgerufen und werden andersartige Ansprüche gestellt. Als Beispiel sei Bochum herausgegriffen, wo es nach Errichtung der Ruhr-Universität zu beträchtlichen strukturellen Wandlungen im örtlichen Buchhandel in der Innenstadt wie auch im Ortsteil Querenburg gekommen ist. Mehrere Firmen bemühten sich, ihr Unternehmen zur Universitäts-Buchhandlung auszubauen.¹⁹⁾ In der Innenstadt unweit des Hauptbahnhofs sowie nahe der Universität in einem aufgelassenen Gehöft, das zur "Kunst- und Bücher-scheune" umfunktioniert wurde, entstanden als Neugründungen zwei sehr stark hochschulbezogene Buchhandlungen, zu denen noch eine aus studentischer Initiative errichtete "Politische Buchhandlung" hinzutrat. Drei alteingesessene Bochumer Firmen errichteten in Querenburg Zweigbetriebe, die zunächst in Provisorien (aufgelassenes Kino, Übergangsforum)²⁰⁾ untergebracht waren, ehe zwei Firmen im 1973 fertiggestellten Uni-Center endgültige Ladenlokale eröffnen konnten. Zwei Unternehmen konnten mit der Entwicklung nicht Schritt halten und mußten wegen mangelhafter Wirtschaftlichkeit und unternehmerischen Überblicks Bankrott anmelden: es waren Bochums damals älteste Buchhandlung

19) Es gehören freilich nur die Inhaber von drei Bochumer Buchhandlungen (davon ein Essener, der in Bochum einen Filialbetrieb unterhält) der Arbeitsgemeinschaft Wissenschaftlicher Sortimentsbuchhandlungen (AWS) innerhalb des Börsenvereins des deutschen Buchhandels an. - Eine Bochumer Buchhandlung in der Innenstadt war bereits seit ihrer Gründung wissenschaftliche Buchhandlung für Rechtswissenschaften und Medizin.

20) Im Übergangsforum wollten bereits vier ortsansässige Unternehmen einen Filialbetrieb eröffnen, von denen nur einer zugelassen und durch Los ermittelt wurde.

(mit zeitweiliger Zweigniederlassung im früheren Querenburger Kino) und die Kunst- und Buchhandlung in dem erwähnten, wahrscheinlich zu peripher gelegenen Bauernhof. Während das letztere Unternehmen von einem Essener Buchhändler übernommen wurde, ging die zuerst genannte Firma in Liquidation; ihr Inhaber betreibt noch an anderer Stelle ein kleines Antiquariat.

Auffällig ist, daß - bei allerdings sehr unterschiedlich großer Lagerhaltung - bei den drei Stadtgeschäften durchweg ein geringerer Anteil an wissenschaftlicher Literatur (20-30%) auf Lager gehalten wird, während bei den Zweigbetrieben im Uni-Center die allgemeine Literatur (Belletristik, Sach- und Schulbücher, Kinderliteratur) deutlich nachgeordnet ist oder fast fehlt. Für die hochschulnahen Geschäfte sind Universitätsbedienstete und Studenten die mit Abstand wichtigste Zielgruppe unter allen Käufern, deren Umsatzanteile erheblich höher liegen als die Bestellungen der verschiedenen Hochschuleinrichtungen. Unternehmen B hat einen besonders hohen Anteil an studentischer Kundschaft im Uni-Center; beim Rechnungsverkehr des Gesamtbetriebes ist die Universität der größte Auftraggeber, wird aber von der Summe der anderen übertroffen. Den relativ höchsten Rechnungsverkehr mit der Universitätsbibliothek und den Instituten (einschließlich Fachhochschule) hat Firma C, bei der nur ein knappes Drittel des Umsatzes auf Einzelkunden entfällt. Die entfernte Lage von der Universität und das junge Alter der Buchhandlung erklären, warum auf Verkäufe an Studenten und Hochschulangehörige nur etwa 5% entfallen; der Anteil der stadtbezogenen Individualkundschaft hat in den letzten Jahren zugenommen und steigt weiterhin.²¹⁾

Alle drei Unternehmen gewannen anfangs qualifizierte Fachkräfte als universitätserfahrene Fachbuchhändler von außerhalb (z.B. aus Köln, Münster, Frankfurt), bilden aber heute ihre aus Stadt und Region Bochum stammenden Mitarbeiter überwiegend selbst aus. Diese genügen inzwischen den gewachsenen Anfor-

21) Bei der Befragung wurde die Umsatzhöhe nicht erkundet. Die prozentualen Angaben enthalten somit keine absoluten Größenordnungen der Verkaufserlöse.

derungen der hochschulbezogenen Käufer weitgehend. Von allen drei Firmeninhabern wurde immer wieder herausgestellt, daß das Universitätsgeschäft personalintensiver und damit kostenträchtiger ist, weil es sich fast nur um Einzelbestellungen handelt, die beträchtliche Katalogarbeit und z.T. komplizierte Auslandskorrespondenz erfordern. Neben dem Individualverkehr mit wissenschaftlicher Literatur, der für den Inhaber teurer ist als ein allgemeines Sortiment, wurde auch die andersartige Publikumsstruktur in den universitätsnahen Läden im Vergleich zur Innenstadt herausgestellt; diese erfordere - auch beim Verkauf von Belletristik - höhere Ansprüche, insbesondere im kritischen Eingehen auf gezielte Kundenwünsche.²²⁾

2.2.3 Sonstige Geschäfte und Dienstleistungsbetriebe

Nach den Gastronomiebetrieben, den Buchhandlungen und anderen Betrieben für speziellen Studienbedarf ist schließlich eine dritte Gruppe von Niederlassungen zu erwähnen, die von der Universitätsbevölkerung beansprucht wird, aber keinesfalls hochschulspezifisch ist.

Dies sind zunächst die im Umkreis von Hochschule und Hochschulwohngebieten gelegenen Geschäfte aller Bedarfsstufen, insbesondere des täglichen Bedarfs.

In Universitätsnähe siedeln sich sodann gern Blumenläden, Schallplattengeschäfte, Kunstgewerbebehandlungen, Galerien (mit Bildeinrahmungen) sowie Geschäfte mit Geschenkartikeln an, weil sie Studierende und andere Hochschulangehörige als Publikum erwarten. Hier sind auch die Spezialgeschäfte für den besonderen Bedarf von Verbindungsstudenten (Mützen, Bänder, Bierzipfel, Schärpen, Fahnen u.ä.) einzuordnen, die jedoch m.W. in den neuen Universitätsstädten nicht errichtet wurden. Ebenfalls lassen sich manchmal besondere

Konfektionsgeschäfte für jugendlich-sportliche Kleidung hochschulnah nieder (z.B. Boutiquen oder zwei Jeans-Geschäfte in Köln).

Zu den Dienstleistungen im Gesichtskreis der Universitäten zählen außer den gastronomischen Betrieben einmal handwerkliche Dienste (Friseur, Schuster, Änderungsschneider, Wäschereien oder Reinigungen, Tankwarte/Reifenhändler), ferner Fahrschulen mit besonderen Verträgen zum jeweiligen AstA, preiswerte Studentenreisebüros (oft in Eigenregie oder unter Beteiligung der Allgemeinen Studentenausschüsse) sowie als Unterhaltungsstätten Diskotheeken, Kinos und Cabarets. Diese haben jedoch manchmal mit gleichartigen alternativen Angeboten von Studentenheimen, Wohnheimen und studentischen Filmclubs zu rechnen. In Münster beträgt der Anteil des studentischen Publikums in den Lichtspieltheatern ca. 30%; durch Auslegung von Kinoprogrammen in der Mensa sowie durch Kartenverbilligungen innerhalb der Woche wird um diese Besuchergruppe besonders geworben (A. WILLAUSCHUS 1979, S. 133f.). In Köln bemüht sich als weiterer Dienstleistungsbetrieb eine Sauna um die Gunst der Studenten und Hochschulbediensteten. In besonderem Ausmaß werben auch Geldinstitute, Krankenkassen und Versicherungen bei Universitätsangehörigen; Sparkassen und Banken zählen meist zu den ersten Firmen, die unweit neuer oder sogar in provisorischen Foren Filialen eröffnen. Wichtigste öffentliche Dienstleistungsbetriebe in Hochschulnähe - in Konstanz sogar innerhalb der Universität - sind Postämter, deren Bedienstete wegen des großen Spektrums der Kundenwünsche (u.a. viele Auslandssendungen) sehr vielseitig beschäftigt werden.

Ob Universitätsbedienstete und Studenten durch ein besonderes Einkaufsverhalten bestimmt sind, ist m.W. bisher nur in einer Arbeit näher untersucht worden. Studierende kaufen angesichts knapper Monatsbudgets meist preisbewußt ein. J. LEIB konnte in seiner Studie über die Marburger Studenten als Wirtschaftsfaktor feststellen, daß Nahrungs- und Genußmittel von fast zwei Drittel aller Studenten in Supermärkten (meist außerhalb der traditionellen Geschäftszentren), Güter des mittel- und langfristigen Bedarfs

22) Auf die meist mit Druckereien verbundenen Verlage wird in anderen Abschnitten dieses Kapitels eingegangen (3.1.2 und 3.2.4).

aber überwiegend in den Fach- und Spezialgeschäften der Marburger Altstadt erworben wurden (J. LEIB 1977a, S. 16 und Tabellen S. 43-44). Insgesamt deckten 1975 82% der Studenten den täglichen Bedarf, 58% den periodischen und 29% den episodischen Bedarf in der Stadt Marburg; hierbei ist allerdings zu berücksichtigen, "daß mit zunehmender Bedarfsstufe der Anteil derjenigen Studenten ... wächst, die entsprechende Güter nicht erwerben" (Ebd., S. 15). Immerhin wünschten sich 5% der Befragten preiswertere Kauf-, Warenhäuser und Supermärkte und nur ein geringer Anteil Spezialgeschäfte (auch des täglichen Bedarfs), 14,3% aber Speziallokale (Ebd., S. 45). Wenn von den außerhalb des Hochschulortes wohnenden Mainzer Studierenden immerhin 35% (ohne die Studenten aus Wiesbaden gar 45%) ihren nichttäglichen Bedarf überwiegend in Mainz besorgten (E. GORMSEN und H. SCHÖRMANN 1977a, S. 186), so beweist dies, in welchem Ausmaß das Gewerbe in Universitätsstädten selbst von Auswärtigen profitiert.

Abschließend sei nochmals darauf hingewiesen, daß auch das Baugewerbe in den Universitätsstädten stark hochschulabhängig ist (vgl. Abschnitt 1.3 dieses Kapitels). Neben den universitätsunmittelbaren Aufträgen sind Objekte des Studentenwohnraumbaus, Eigenheimbauten von Hochschul- und Studentenwerksangehörigen sowie die Errichtung von ganzen Universitätsrahmenstädten Garantien für die Beschäftigung dieses Wirtschaftszweiges. A. WILLAUSCHUS schätzt, daß von 1970 - 1975 mindestens 25% der Einnahmen der Münsteraner Baufirmen aus dem hochschulbedingten Eigenheimbau stammen und daß dieser Anteil unter Einschluß des Mietwohnungsbaus auf mindestens ein Drittel des Gesamtumsatzes steigt (A. WILLAUSCHUS 1979, S. 136f.).

2.3 Ladenzeilen und Uni-Center

Daß durch Hochschulgründungen besondere Geschäftsbranchen in räumlicher Konzentration angezogen werden, konnte bereits 1926 E. UTECHT für die 1919 wiedererrichtete und damals in der südlichen Neustadt liegende Universität Köln aufzeigen.

In einer Studie zur Wirtschafts- und Sozial-

topographie Kölns führt sie aus: "Das Agrippina-Ufer wird beherrscht von dem Universitätsgebäude, dessen Einfluß sich in den Straßen westlich der Claudiusstraße bis zur Bonnerstraße in verschiedener Weise bemerkbar macht. Einige Buchhandlungen in der Mainzerstraße und auf dem Ubierring versorgen die Studierenden mit der einschlägigen Literatur; dazu kommen einige Schreibwarengeschäfte und in der Mainzerstraße ein Laden für studentische Artikel, Mützen, Bänder, Trinkgläser usw. Die Restaurants in dieser Gegend werden ebenfalls viel von Studenten besucht und sind häufig Sitz von studentischen Verbindungen.

Alle diese Einrichtungen dienen dem Verkehr der Studierenden allgemein, während andere besonders auf die vielen dort eingemieteten Studenten eingestellt sind. Dabei sind erwähnenswert die Wasch- und Bügelanstalten... Außerdem finden sich fast in jeder Straße Friseurgeschäfte, die ebenfalls durch die Nähe der Universität, an der ungefähr 5.500 Studenten immatrikuliert sind, einen erweiterten Kundenkreis haben" (E. UTECHT 1929, S. 55-56).²³⁾

Bei Hochschulen, die auf einem peripher gelegenen Campus nach dem 2. Weltkrieg neu entstanden sind oder stark ausgebaut wurden, läßt sich das Entstehen charakteristischer Ladenzeilen beobachten, die linear oder winkelförmig angelegt sind. Diese Entwicklung sei an den Beispielen der Universitäten Kiel, Stuttgart-Hohenheim und Bochum aufgezeigt.

Der Tabelle ist zu entnehmen, daß es sich durchweg um 6-8 Betriebe handelt, die auf täglichen Bedarf, speziellen Studienbedarf, handwerkliche und andere Dienste ausgerichtet sind. Sie liegen sämtlich hochschulnah, so in Kiel zwischen Großem Hörsaalgebäude und Mensa, in Hohenheim gleichfalls nahe einem Hörsaalgebäude auf dem Wege zur Mensa und in Bochum zwischen der damaligen Bushaltestelle "Universität" und einem Zugangsweg zu den Hochschulgebäuden. Die Sonderstellung der Hohenheimer Universität wird durch ein Geschäft für Laborgeräte und eine

23) Zum wirtschaftlich einseitig auf Hochschulbedarf ausgerichteten Universitätsviertel in München zwischen Altstadt und Schwabing vgl. J. BÜDRICH 1958, S. 99.

Tab. 31: Geschäftsbesatz hochschulorientierter Ladenstraßen

Branche	Ladenzeile an der Universität Kiel (Westring)	Ladenstraße an der Universität Hohenheim (Fruwirtstraße, err. 1964)	Ehem. Ladenzentrum an der Universität Bochum (nahe der Buschey-Straße, 1970 - 1973)
Lebensmittel	+	+	+
Bäckerei/Konditorei mit Café	-	-	+
Milch/Molkereiwaren	-	+	-
Gemüse/Obst/Blumen	-	+	-
Tabakwaren	-	-	+
Schreibwaren	+	-	-
Buchhandlung/Zeitschriften/ Schreibwaren	-	+	-1)
Laborbedarf	-	+	-
Friseursalon	+	+	+
Schneiderwerkstatt	+	-	-
Schuhmacherwerkstatt	+	-	-2)
Schuhgeschäft	-	-	+
Chemische Reinigung	-	-	+
Sparkassenfiliale	+	-	+
Bankfiliale	-	-	+
Studentenreisedienst	+	-	-
Postamt	+	-	-3)
Anzahl der Niederlassungen	8	6	8

Quelle: Eigene Erhebungen.

Anmerkungen: 1) im Übergangsbereich bei der Mensa vorhanden
2) an anderer Stelle planungsverdrängt
3) in 100 m Entfernung vorhanden

Verkaufsstelle der Molkerei Hohenheim dokumentiert.²⁴⁾

In Konstanz ist eine Ladenkette sogar innerhalb der Universitätsgebäude vorgesehen,

und zwar im Verlauf der zu den zentralen Einrichtungen (Bibliothek, Werkstätten, Hörsäle, Mensa usw.) führenden Eingangszone. Seit 1973 wurden hier u.a. ein Postamt, eine Sparkassenfiliale und eine Buchhandlung eröffnet.

24) Die aus einer Kgl.-Württembergischen landwirtschaftlichen Unterrichts-, Versuchs- und Musteranstalt (errichtet 1818) hervorgegangene Landwirtschaftliche Hochschule (seit 1904) bzw. Universität (seit 1967) Hohenheim liegt auf den Filderhochflächen in einem Vorort, der - 12 km vom Stadtkern entfernt - seit 1942 ein Stadtteil Stuttgarts ist. Unter Wahrung und organischer Weiterentwicklung der agrarwissenschaftlichen Substanz stellt sie eine Universität eigener Art dar mit den Schwerpunkten Biologie/naturwiss. Medizin, Allg. Naturwissenschaften, Agrarbiologie, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften. Sie ist umgeben von Versuchsbetrieben (252 ha), einigen Landes- und Bundesanstalten und vier landwirtschaftlichen Schulen. Inmitten des großen Universitätscampus liegen Schloß Hohenheim als Hauptgebäude und eine Reihe jüngerer Neubauten (Universität Hohenheim 1971).

Eine deutlich andere Funktion nimmt das etwa 700 m südöstlich der Kölner Universität im Winkel zwischen Universitätsstraße und Luxemburger Straße entstandene Uni-Center Köln ein, das seit 1967 geplant und ab August 1973 bezogen wurde. Hochschulnah und am Rande des sog. inneren Grüngürtels gelegen, soll es vor allem Wohnentlastungsfunktionen erfüllen, daneben durch eine Ladengruppe der Nahversorgung dienen und schließlich städtebauliche Akzente setzen. Das Uni-Center, im Auftrage einer Münchener Gesellschaft (Deutsche Bauträger GmbH) von einem Kölner Architekten erbaut, stellt einen einzigen dreiflügeligen Wohnturm dar, der mit bis zu 45 Obergeschossen und 132 m Höhe

eines der höchsten Häuser der Domstadt und Europas sein soll (Baukosten 90 Mill. DM). Die drei Flügel sind verschieden hoch und enthalten u.a. zusammen 951 verschieden große Eigentumswohnungen sowie auf den Dächern je ein Penthouse; in einem Flügel hat das Studentenwerk Köln 21 Etagen als Sondereigentum erworben und darin 378 Studenten-Appartements eingerichtet. Insgesamt kann der Kolob am Südwestrand der Innenstadt ca. 3.000 Menschen beherbergen.²⁵⁾ Im Erdgeschoß - über einer Tiefgarage - gibt es 20 Ladenlokale, von denen im Dezember 1975 18 wie folgt genutzt waren: 3 Geschäfte des täglichen Bedarfs (Supermarkt, Bäckerei, Fleischerei), 5 Geschäfte des periodischen Bedarfs (2 Boutiquen, Blumenladen, Apotheke und Buchhandlung mit Tabakwaren) sowie 8 Dienstleistungsbetriebe (Stehbierhalle, Eiscafé, Restaurant, Reinigung, Friseur, Autovermietung, Kino, Schwimmbad und Sauna). Im 1. und 2. Obergeschoß existierten neben verschiedenen Firmenbüros eine von der Stadt Köln unterhaltene Kindertagesstätte, eine kommunale Bibliothek und ein Partyraum (als Beitrag zur Überwindung der Anonymität innerhalb des Wohnturms). Vertreter des Bundes und der Stadt Köln bezeichneten die Anlage, aus deren Wohnungen man phantastische Blicke auf die Kölner Innenstadt und den Universitätsstadtteil Lindenthal hat, als beispielhaftes Zeichen privater und öffentlicher Städtebauinitiative. Das angrenzende Gebiet ist inzwischen durch ein neues Gerichtszentrum auf dem gegenüberliegenden ehemaligen Güterbahnhofs Gelände der Köln-Bonner Eisenbahnen weiter aufgewertet worden.²⁶⁾

25) Nach freundlichen Auskünften von Herrn STRASSERT, Hausverwaltung des Uni-Centers und Herrn Dr. F. WEILER, Geschäftsführer des Studentenwerks Köln. - Das Programm des Kölner Stadtplaners Werner Baecker vom "Citynahen Wohnen in hohen Häusern am Strom" hat in kürzester Zeit die historische Skyline der Stadt sehr verändert und neben dem Dom (157 m hoch) andere Dominanten entstehen lassen, so das Colonia-Hochhaus am City-Nordrand (137 m hoch, 46 Geschosse, 350 Wohnungen, 1.000 Menschen), das Uni-Center (s.o.), das mit bunten Platten bedeckte Herkules-Hochhaus an der Inneren Kanalstraße (31 Geschosse, 427 Wohnungen), zwei 26geschossige Bauten des Gerling-Versicherungskonzerns am Ebertplatz und an der Bonner Straße und eine Reihe weiterer Hochhäuser zwischen 20 und 30 Geschossen.

Gegenüber dem Einzelobjekt des Uni-Centers Köln in Hochschul- und Citynähe basiert das als "Neues Zentrum Querenburg" 1970 - 1973 errichtete und im Oktober 1973 - also wenige Monate später - eröffnete Uni-Center Bochum auf einer völlig anderen Konzeption. Wie schon an anderer Stelle erläutert, sollte die in Stadtrandlage entstehende Universität nicht isoliert bleiben, sondern in das Stadtgebiet integriert werden. Zu diesem Zweck wurde in gemeinsamer Beschlußfassung des Landes Nordrhein-Westfalen und des Stadtparlamentes Bochum schon im Jahre 1963 die Errichtung eines eigenen Stadtviertels, der Universitätswohnstadt (für rd. 25.000 Einwohner), mit einem zentralen Versorgungsbereich für Bevölkerung und Studierende vereinbart. Gegenüber der erdrückenden Baumasse der Universität und gegenüber dem "Akademischen Forum" sollte als städtebauliche Ergänzung ein "Ziviles Forum" geschaffen werden, das sich gemäß dem nordrhein-westfälischen Landesentwicklungsprogramm als Stadtteilzentrum entwickeln konnte. Auf Beschluß der Landesregierung wurde es schließlich als Entwicklungsmaßnahme nach dem Städtebauförderungsgesetz von 1971 förmlich festgelegt²⁷⁾ und entsprechend finanziert (Bund und Land zusammen 75%, Stadt 25%); das Uni-Center stellt mit Wohnungen, kommerziellen und öffentlichen Einrichtungen in günstiger Verkehrsanbindung ein integriertes Stadtteilzentrum dar, das Kern eines Standortbereiches der Bochum-Planung ist.

Zugleich ist es - ähnlich wie der Ruhrpark in Bochum - ein fußläufiges Shopping-Center; es ist nach einer einheitlichen Konzeption von einer Firma errichtet und wird von dieser verwaltet (Neue Heimat NW),²⁸⁾ gruppiert

26) Während die Kölner Bevölkerung dem entstehenden "Manhattan am Rhein" eher skeptisch gegenübersteht, verteidigt es der Baudezernent der Stadt, der mit der Bevölkerungsverdichtung durch Hochhausbau die City vor der totalen Verödung (zunehmende Überformung durch Büro- und Geschäftsbauten) bewahren will. Allerdings finden die Hochhaus-Wohnungen wegen der hohen Preise nur schleppend Käufer und Mieter.

27) Zeitgleich mit den Entwicklungsmaßnahmen Köln-Chorweiler und Bonn-Hardtberg.

28) Siehe Seite 217

sich um eine 800 m lange Ladenstraße ("Querenburger Höhe"), und seine gewerblichen Mieter treten nach außen geschlossen als Werbegemeinschaft auf. Das Uni-Center ist jedoch beträchtlich kleiner als der Ruhrpark; auf nur 13,8 ha Grundfläche verfügt es über 20.000 qm Nutzfläche, davon etwa 12.000 qm Verkaufsfläche (vgl. A. MAYR 1976d und 1976g). Dies ist jedoch entschieden mehr als das erwähnte provisorische Ladenzentrum an der Buscheystraße (1970 - 1973) mit seinen 1.100 qm.

Bisher wurde im wesentlichen nur der erste von drei Bauabschnitten des Uni-Centers fertiggestellt. Die Annullierung des vorgesehenen Klinikumbaus sowie die Bevölkerungsstagnation und Wirtschaftsrezession lassen die Verwirklichung des Gesamtprogrammes als unrealistisch erscheinen.²⁹⁾ Damit wird das Uni-Center nicht 1/6 der Citygröße erreichen und wohl kaum auf die Zahl von 200 Läden, Geschäften und Handwerksbetrieben heranwachsen (Planungsbüro Umlandplanung 1966/67, Sdr., S. 55f.). Zur Zeit existieren mit den Betrieben im sog. Kirchenforum rd. 65 erwerbswirtschaftliche Niederlassungen, die

28) Für die Durchführung der Bauaufgaben wurde ein gemeinsames "Planungsbüro Umlandplanung Ruhr-Universität Bochum" durch Land, Stadt und Westfälisch-Lippische Heimstätte (als Beauftragte für Grunderwerb) im Juli 1964 beschlossen. Mit der Ausarbeitung des Projektes "Neues Zentrum" wurden innerhalb des Planungsbüros als Arbeitsgruppe zwei Architektengemeinschaften betraut; der Rat der Stadt errichtete parallel eine "Parlamentarische Arbeitsgruppe Neues Zentrum" und verabschiedete 1966 einen Bebauungsplan. Als Träger für die Baudurchführung des Objektes und seine Verwaltung wurde die "Neue Heimat Nordrhein-Westfalen" verpflichtet, während als eigentlicher Bauherr schließlich eine Düsseldorfer Immobiliengesellschaft auftrat, die sog. Hausbesitzbriefe im Neuwert von 39 Mill. DM verkaufte.

29) Eine mögliche weitere Bebauung im Westen und Osten wird höhenmäßig stark reduziert werden und um innere Kommunikationsbereiche angelegt. Ein innerer Grün- und Fußwegbereich soll als Verbindungsspanne zwischen Uni-Center-Ost, wo ein Studentenwohnheim für Behinderte entsteht, und Hustadt über das Gebiet "Auf dem Aspei" führen. Die hier ursprünglich vorgesehene starke Verdichtung soll beträchtlich reduziert werden (Freundliche Auskünfte von Herrn Städt. Baudirektor J. NEHAMMER, Büro Umlandplanung Ruhr-Universität).

jedoch keineswegs - wie durch verschiedene vorbereitende Gutachten ermittelt und durch amtliche Ausarbeitungen herausgestellt³⁰⁾ - im Kern eines Einzugsbereichs von 58.000 Personen liegen. Auf Widersprüche und Probleme der Marktanalysen und der vorgeschlagenen Branchenstrukturplanung kann hier nicht eingegangen werden.

Blickfang des Uni-Centers in Bochum (vgl. Abb. 23) ist die nördliche Wohnkette mit einer Ladengruppe in den Grundgeschossen und zwei begrenzenden Terrassenhäusern mit rd. 13 bzw. 18 Stockwerken (höchstes Bochumer Wohngebäude). Südlich der Ladenstraße (offene Fußgängerzone) liegt ein dreigeschossiger Gebäudekomplex, der als witterungsunabhängiger Teil konzipiert ist und neben gewerblichen Betrieben auch öffentliche Dienste und ein Appartementhaus beherbergt. Bei großer Vielseitigkeit dominieren im Uni-Center von der Fläche und vom Publikumsverkehr her ein Kleinwarenhaus (mehr als 25% der gesamten Nutzfläche) sowie drei Supermärkte, von der Anzahl her Geschäfte des mittelfristigen Bedarfs mit besonderer Betonung des Bekleidungssektors. Von der Hochschulbevölkerung besonders gefragt sind die schon erwähnten Buchhandlungen und ein Geschäft für Büro- und Zeichenbedarf sowie von den privaten Dienstleistungsbetrieben eine Buchbinderei (mit Galerie), zwei Kopierläden (davon einer mit Schreib- und Übersetzungsbüro), die zahlreichen gastronomischen Betriebe, Kino, Jazzkeller und Diskothek. An privaten Diensten seien noch die verschiedenen Krankenkassen, zwei Arztpraxen und zwei Geldinstitute erwähnt,³¹⁾ als öffentliche Dienstleistungen Postamt, Polizeiwache, verschiedene städtische Ämter, Stadtbücherei, Volkshochschule, Bürgersaal sowie das in seiner Art einzigartige ökumenische Kirchenforum, das außer zwei übereinanderliegenden Kirchen u.a. je zwei Orts- und Studentengemeinden und drei kirchliche Einrichtungen

30) Vgl. N. CREMER 1964, F. HALLAUER 1966d, Beratungsgesellschaft für Gewerbebau 1968, H. SCHOOF 1968, Neue Heimat Nordrhein-Westfalen 1970 und 1973.

31) Seit der Kartierung im Mai 1977 sind Praxen eines weiteren Arztes (Facharzt) und eines Rechtsanwaltes hinzugekommen.

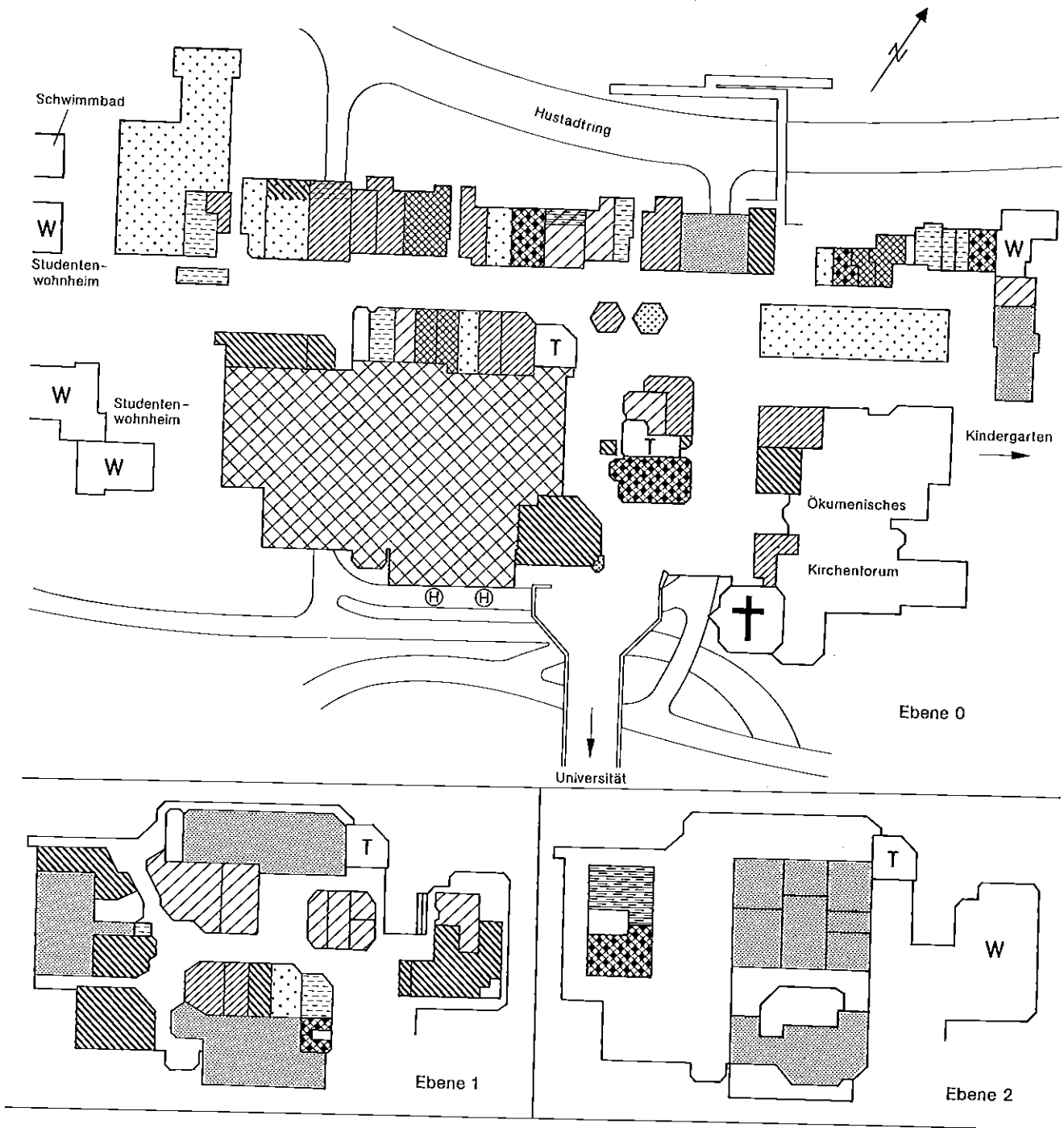
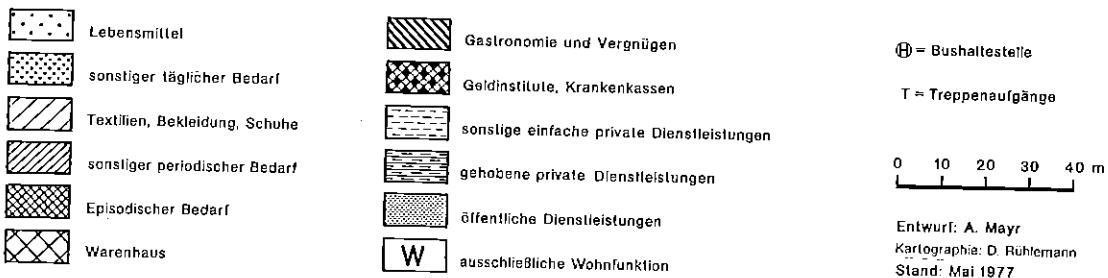


Abb. 23 Einzelhandel und Dienstleistungen im Uni-Center Bochum-Querenburg



(Familienbildungsstätte, Beratungszentrum, Dritte-Welt-Laden) beherbergt.³²⁾ Östlich schließt sich ein Kindergarten und westlich des Uni-Centers neben zwei Studentenwohnheimen ein Bezirksschwimmbad an, das Ruhr-Universität und Stadt gemeinsam errichtet haben.

Der 2. und 3. Bauabschnitt des Uni-Centers sahen u.a. handwerkliches Kleingewerbe, einen Basar, Büro- und zusätzliche Ladenflächen, ein Hotel und in Ergänzung zu den vorhandenen Wohnungen³³⁾ und Wohnheimen weiteren Wohnraum vor, insbesondere für künftige Klinikbedienstete. Diese Bauten werden vermutlich auf lange Sicht ebenso wenig entstehen wie Läden auf der Universitätsbrücke (nach dem Vorbild des Ponte Vecchio in Florenz). F. HALLAUER wünschte sich "Läden, Geschäfte, Hotels, Verwaltungsräume (hoffentlich) in einer solchen Form und Dichte, wie man es vielleicht aus den Basarstraßen des Orients kennt" (F. HALLAUER 1969d, S. 46) - ein wohl utopisches Bild.

Hinzuweisen ist noch auf die Tatsache, daß die Eröffnung des Uni-Centers praktisch zu einer Verödung des alten Querenburger Ortszentrums geführt hat³⁴⁾ - lediglich ein Studentenlokal in einer früheren Bäckerei ist weiterhin gut besucht - und daß auch die Fluktuation der gewerblichen Mieter im neuen Stadtteilzen-

trum selbst sehr hoch ist. Dabei kam es zu einer bedauernswerten Verringerung der Branchenvielfalt,³⁵⁾ während gleichzeitig die Spezialisierung im Bekleidungsbereich zunahm und die Gastronomie expandierte.

Nach anfänglicher Zurückhaltung hat die Querenburger Bevölkerung, der in der Huestadt und in Steinkuhl nur bescheidene Versorgungsmöglichkeiten zur Verfügung stehen, das Uni-Center akzeptiert, so daß es sich zunehmend auch zu einem Kommunikationszentrum zwischen Stadt und Ruhr-Universität entwickeln konnte. Es wird auch bereits als Erlebnisbereich zum Verweilen und Flanieren geschätzt. Das Uni-Center strahlt zwar noch nicht "großstädtisches Leben" aus (F. HALLAUER 1966d, S. 46), ist aber schon - auch in den geschäftsfreien Stunden des Tages, an den Abenden und teilweise sogar an den Wochenenden - von einem gewissen städtischen Leben erfüllt. Mit seiner multifunktionalen Struktur kommt es dem besonderen Lebensrhythmus der Studenten und Hochschulangehörigen sehr entgegen: "Sie haben ... eine eigene und vom Verhalten der übrigen Bevölkerung abweichende Zeiteinteilung, in der die Übergänge zwischen konzentrierter Arbeit und Muße fließend sind und die durch eine Diskontinuität des Tagesplans und durch ein hohes Bedürfnis nach Kommunikation gekennzeichnet ist" (D. SAUBERZWEIG 1973, S. 541 nach R. BECKER 1972). Es bleibt abzuwarten, ob die gewerblichen

32) Ursprünglich waren zwei einander gegenüberliegende große Universitätskirchen geplant, ehe Evangelische Landeskirche Westfalen und Bistum Essen als Eigentümergemeinschaft mit Unterstützung des Landes NW sich zu diesem gemeinsamen Bauwerk (Einweihung im Dezember 1975) entschlossen, der "optimale Nähe ohne enthusiastische Verschmelzung" bedeutet.

33) In den vorhandenen Wohnungen leben zu 80% Universitätsangehörige, daneben andere Landesbedienstete, im Appartementshaus auch Beschäftigte der Gewerbebetriebe im Uni-Center.

34) Es wurden u.a. folgende Geschäfte aufgelassen: Drogerie, Fleischerei, je ein Lebensmittel- und Textilgeschäft sowie eine Gärtnerei; im Rahmen eines Sanierungsvorhabens wurden die Gebäude sogar teilweise abgerissen. Die Post und ein Haushaltswarengeschäft zogen ins Uni-Center um. Die Inhaber der noch verbliebenen Geschäfte und Gaststätten erlitten bis zu 60% Umsatzverlust (nach mündlichen Auskünften).

35) Wegen mangelnder Wirtschaftlichkeit bzw. zu hoher Mieten wurden seit Oktober 1973 u.a. wieder aufgegeben: ein gemeinsames Informationszentrum (Universität/Stadt/Neue Heimat), Geschäfte für Obst/Gemüse, Fleischwaren, Spirituosen, Haushaltswaren, Geschenkartikel/Spiele, Elektrowaren, Schallplatten, Moden, ein Zoogeschäft, eine Bank, das Büro einer Versicherung, ein Dentallabor und die kostenfreie "Kinderstube" der Werbegemeinschaft. Diskothek, Reinigung und ein Schnellimbiss (Grill) wechselten den Besitzer, ein Geschäft wurde auf drei neue Läden aufgeteilt, vier Betriebe zogen innerhalb des Uni-Centers um. - Im übrigen wurden 1977 nur zwei Betriebe von "alten" Querenburgern betrieben, 6 Geschäftsleute aus dem übrigen Bochum hatten hier Zweigniederlassungen, 6 Betriebe waren Neugründungen und alle übrigen sonstige Filialbetriebe oder Geschäftsstellen nicht ortsansässiger Unternehmen (Auswertung zum Teil mit freundlicher Hilfe des Verwalters der Neuen Heimat Bochum, Herrn ZILTZ).

Folgeeinrichtungen in Hochschulstädten mit Universitäten in peripherer Campuslage wie z.B. Konstanz oder auch Dortmund und Bremen in ähnlicher Weise einen Beitrag nicht nur zur Versorgung der Hochschulbevölkerung und der übrigen Mantelbevölkerung, sondern auch zu ihrer sozialen Einbindung leisten können. Einen Ansatz hierzu stellt das Nahversorgungszentrum Bültmannshof östlich der Universität Bielefeld an der Ecke Kurt-Schumacher-Straße/Jakob-Kayser-Straße dar, eine um einen Binnenhof gruppierte Laden-
gruppe zur Versorgung des hochschulnahen

Stadtteils Bielefeld-West. Im Mai 1974 waren hier folgende 21 Geschäfte vertreten: zwei Supermärkte, Bäcker- und Fleischer-laden, Blumengeschäft, Zeitungskiosk, Tabak/Schreibwaren, Buchhandlung, Drogerie, Apotheke, Geschenke/Boutique, Tapeten/Teppiche, Uhrmacher, Bestecke, Schnellim-biß, drei Gaststätten, Friseur, Chemische Reinigung, Sparkasse und Bank. Dieser ge-werbliche Ansatz, der schon fast ein klei-nes Uni-Center darstellt, ist aus der Sicht der Hochschulbevölkerung erfreulich und wird rege in Anspruch genommen.³⁶⁾

36) Nach eigenen Erhebungen. Am Ende des Binnenhofes steht ein ehemaliges Bauern-gehöft, der 1802 errichtete Bültmanns-hof, in dem eine Gaststätte untergebracht ist.

3. Die Universitäten als Auslöser und Förderer industrieller Impulse

Zu den Charakteristika von "Universitätsstädten" im engeren Sinne gehört es, daß sie sich u.a. durch einen überwiegend geringen Industrialisierungsgrad auszeichnen. Manchmal wurde aus diesen traditionellen Residenz-, Verwaltungs- und Beamtenstädten, in denen sich kaum ein Gewerbeklima entfalten konnte, die Industrie bewußt ferngehalten, weil sie offensichtlich als für Image und soziale Ruhe nicht unbedingt förderlich angesehen wurde. Die Universität war meist nicht allein ausschlaggebend, sondern nur ein Hindernisfaktor neben anderen. E.W. GILBERT forderte eine "Atmosphäre heiterer Ruhe" für Universitätsstädte, weil etwa der Lärm des Motorenverkehrs und zunehmender Industrialisierung ihren Charakter zuerst stören und schließlich gar zerstören könne; diese Behauptung wird vor allem am Beispiel von Oxford, aber auch von Jena und partiell Heidelberg nachgewiesen (E.W. GILBERT 1961).

Tatsache ist, daß in Städten wie Münster, Bonn und auch Tübingen eine aktive Gewerbeansiedlungspolitik erst nach dem 2. Weltkrieg einsetzte und daß eigentliche Großbetriebe sich nicht entwickeln konnten. In einem Rechenschaftsbericht des Bonner Oberbürgermeisters von 1867 wurde festgestellt, Bonn sei "mehr darauf angewiesen, in dem weitverbreiteten Ruf unserer Hochschule und in den verschiedenen Annehmlichkeiten des Lebens, welche die reizende Lage und die geistigen Genüsse der Kunst und Wissenschaft bieten, die Quelle ihres Wohlstandes zu finden und zu pflegen als in der Entwicklung einer großartigen industriellen Tätigkeit" (D. HÖRDLDT 1969, S. 273f.). So wurden nicht nur gewerbliche Konzessionen verweigert, sondern auch einige Betriebe veranlaßt, Bonn zu verlassen bzw. ihre Produktion bestimmten einschränkenden Auflagen zu unterwerfen, wie z.B. bei einer Talgschmelze und einer Seifensiederei. Diese geruchsbelästigenden Betriebe störten das Erscheinungsbild und den Ruf als beliebte Universitäts- und Rentnerstadt (Ebd., S. 274 und S. 68).

Als durch die Reichsfinanzreform von 1920 den Städten die ertragreiche Einkommensteuer genommen und als Ausgleich die Grund- und Gewerbesteuer bewilligt wurde, hatte sich

für viele Universitätsstädte die Lage entscheidend verändert. Um zu Steuereinnahmen zu kommen, war man jetzt eher zur Industrie- und Gewerbeansiedlung bereit, allerdings nicht um jeden Preis. Man war nicht mehr gegen jede Industrie, wünschte sich aber "schornsteinlose" Betriebe, die sich dem Bild einer ruhigen Wohnstadt einfügten (D. HÖRDLDT 1976).

Bedenken ergaben sich am wenigsten, wenn die Industrieentwicklung in unmittelbarer Kausalbeziehung zur Universität stand. Unter den Branchen, die hier an bevorzugter Stelle zu erwähnen sind, dominieren die feinmechanische, elektrotechnische und optische Industrie, ferner der naturwissenschaftlich-medizinisch orientierte Apparatebau, die pharmazeutische Industrie, das graphische Gewerbe und die Bürobedarfsindustrie. Als Städte, in denen Hochschule und Industrie besonders eng verflochten sind, gelten in Deutschland besonders Jena, Göttingen und neuerdings auch Erlangen, in England vor allem Cambridge.

Im folgenden soll insbesondere die industriell-gewerbliche Entwicklung der Beispielstadt Göttingen und ihr Verhältnis zur Universität untersucht werden.

3.1 Industrie, Gewerbe und Universität in Göttingen

Im Jahre 1971 waren in der Stadt Göttingen in 72 Industriebetrieben mit 10 und mehr Beschäftigten insgesamt 14.657 Personen beschäftigt; von diesen arbeiteten mehr als 50%, nämlich 7.745 Arbeitnehmer, in den Wirtschaftsbereichen Elektrotechnik, Optik, Feinmechanik, Spielwaren, Kunststoffe und Glas.¹⁾ Diesen industriellen Branchen kommt somit innerhalb der Göttinger Industrie eine ausgeprägte Sonderstellung zu. Vereinfachend läßt sich feststellen, daß die Entwicklung insbesondere der feinmechanischen und optischen Industrie langsam nach 1870 einsetzte und

1) Statistisches Jahrbuch der Stadt Göttingen 1970/71, S. 73 (nicht berücksichtigt sind Beschäftigte in Bauunternehmen und öffentlichen Versorgungsbetrieben).

nach der Jahrhundertwende verstärkt wurde. Bereits 1925 entfielen auf die Gewerbezweige Feinmechanik, Optik und Glasbearbeitung die meisten Beschäftigten der Stadt (K. HAUBNER 1964, S. 55ff.).

3.1.1 Die feinmechanisch-optische sowie Elektro-Industrie und ihre Beziehungen zur Universität

Betrachten wir die Entwicklung im einzelnen, so ist als Ausgangspunkt davon auszugehen, daß seit jeher der besondere Ruf der Göttinger Universität im Ansehen ihrer Mathematisch-Naturwissenschaftlichen Fakultät beruht. Schon bevor die Universität 1535 - 1537 errichtet wurde, gab es in der Stadt ein leistungsfähiges Schmiede- und Schlosserhandwerk. Nach der Universitätseröffnung wurden jedoch von den Professoren Instrumente benötigt, die man bislang in Göttingen nicht gekannt hatte; sie mußten anfangs aus dem Ausland, insbesondere aus England, eingeführt werden. Es entwickelte sich zusehends ein Bedarf an Spezialhandwerkern, z.B. Messerschmieden, die chirurgische Instrumente herstellen konnten, Schlossern, die Sicherheitsschlösser anzufertigen vermochten und Instrumentenmachern, von denen man mathematische und physikalische Instrumente anfertigen lassen konnte. Die Anfänge der Göttinger optischen und feinmechanischen Industrie werden auf den seit 1742 in der Stadt tätigen Leberecht CAMPE zurückgeführt, der als erster einen Betrieb für Optik und Feinmechanik unterhielt. Er verstand es, Linsen und andere optische Geräte zu schleifen, Brillen anzufertigen und die ersten Fernrohre auch für die 1751 errichtete Sternwarte zu bauen und wurde deshalb auch beauftragt, Optiker für die Universität auszubilden. "Seit 1765 waren bei ihm mehrere Gesellen und Lehrlinge beschäftigt und damit der erste Schritt zur Göttinger feinmechanischen und optischen Industrie getan" (G. MEINHARD 1973, S. 14).

Bahnbrechend für die Entwicklung des Präzisionsgerätebaus in Göttingen wurden insbesondere Anregungen der naturwissenschaftlichen Lehrstuhlinhaber der Universität, so z.B. von dem Physiker Georg Christoph LICHTENBERG und dem Mathematiker und Physiker

Carl Friedrich GAUSS. Die Universitätsbehörden hatten mittlerweile für die Wartung der Geräte in den naturwissenschaftlichen Instituten und in der Sternwarte einen Mechaniker angestellt, der später den Titel eines Maschineninspektors bekam. Die Mechaniker in den Instituten wie auch in den Handwerksbetrieben der Stadt wurden nun häufig von Professoren beauftragt, neben der Ausführung von Reparaturen auch selbst erdachte Apparate zu konstruieren. Bei der Universität früher tätig gewesene Mechaniker sowie Söhne von Universitäts-Maschineninspektoren gründeten weitere feinmechanische Betriebe. So entwickelte sich Göttingen nach und nach zu einem angesehenen Zentrum der Präzisionsgeräteindustrie in Deutschland. Hergestellt wurden vor allem meteorologische Meßgeräte, Geräte für die Vermessungstechnik, Präzisionswaagen, Seismographen und in zunehmendem Maße Schulmikroskope. Im Jahre 1863 verlieh die Universität Göttingen sogar dem ehemaligen Universitäts-Maschineninspektor Moritz MEYERSTEIN, der mittlerweile einen eigenen Betrieb eröffnet hatte, die Ehrendoktorwürde, eine Auszeichnung, die weder vorher noch nachher einem Mechanikermeister zuteil geworden ist (G. MEINHARD 1973, S. 17). Mit etwa 30 - 50 Beschäftigten war das feinmechanische Gewerbe bei der Berufszählung 1867 jedoch nur schwach vertreten (K. HAUBNER 1964, S. 56).²⁾ Betriebe des Handels, des Verkehrs und der öffentlichen Dienste sowie eine Tuchfabrik als einziger eigentlicher Industriebetrieb bestimmten die Wirtschaftsstruktur der Stadt (Ebd., S. 55f.).

Das älteste und zugleich größte der heute noch bestehenden Göttinger Unternehmen der Präzisionsindustrie ist ein 1857 von dem selbständigen Mechanikermeister und Maschinenbauer Rudolf WINKEL gegründetes Werk, das seit 1894 mit dem Jenenser Professor und Mitinhaber der Firma Carl Zeiss, Ernst ABBE, kooperierte, der in Göttingen studiert hatte. Die Firma Winkel, die kontinuierlich von Zeiss übernommen wurde (Zeiss 1911 Hauptgesellschaft, 1928 Alleininhaber, 1957 Übergang der

2) H. WITTHÖFT erwähnt für 1867 vier optische und feinmechanische Gewerbebetriebe mit zusammen 36 Arbeitern (1966, S. 66).

R. Winkel GmbH in den Stiftungsbetrieb Carl Zeiss), ist somit zugleich ein Beweis für frühe Verbindungen zwischen Göttingen und Jena als dem anderen großen Zentrum der feinmechanisch-optischen Industrie in Deutschland.

Der entscheidende Aufschwung der Göttinger Präzisionsgeräteindustrie setzte ab 1890 ein. Besonders zahlreiche Anregungen und vielfältige Unterstützung gewährte den feinmechanischen Betrieben der Stadt der Mathematik-Ordinarius Felix KLEIN, nach dem ein Göttinger Gymnasium benannt ist. Er setzte u.a. gegen nicht unerheblichen Widerstand eine Beteiligung der Göttinger feinmechanischen Industrie an verschiedenen Weltausstellungen durch (Chicago 1893, Paris 1897 mit gemeinsamem Katalog aller Göttinger Werkstätten, St. Louis 1904), regte 1898 die Gründung der "Göttinger Vereinigung der Förderung der angewandten Physik und Mathematik" an, die die örtliche Industrie sehr förderte, und wies mit Kollegen der Naturwissenschaftlichen Fakultät beim 8. Deutschen Mechanikertag 1898 in Göttingen auf die Aufgaben hin, die von der Wissenschaft in naher Zukunft auf die Feinmechaniker zukämen (G. MEINHARD 1973, S. 30f.).³⁾

Der Gewinn von Medaillen auf Weltausstellungen, Ausstellungen für Luftfahrttechnik, Sport- und Schulausstellungen und Industriemessen machte für die Besucher die Spitzenstellung der Göttinger feinmechanischen Industrie deutlich. Dies ist umso erstaunlicher, als manche Firmen noch in Hinterhofwerkstätten arbeiteten, vielfach noch nur saisonal im Winterhalbjahr tätige Landwirte beschäftigten und erst mit der gestiegenen Nachfrage vor allem nach Mikroskopen und Feldstechern der Übergang zur Serienfertigung und zur Beschäftigung eines größeren Arbeitnehmerstammes einsetzen

3) Anregend für die Göttinger Präzisionsgeräteindustrie wirkten - nach Befragungsergebnissen bei Firmen - neben dem Mathematiker Klein auch der Chemiker Wöhler, der Physiker und Miterfinder des Telegraphen Weber und der Mathematiker und Astronom Klinkerfuß; vgl. ferner "Zum 140. Geburtstag Wilhelm Lambrechts." In: Allgemeines Nachrichtenblatt, Göttingen-Geismar, Aug./Sept. 1973, S. 7-8.

konnte. 1901 existierten in der Stadt 14 feinmechanische Betriebe; die Zahl der Beschäftigten in den Branchen Feinmechanik, Optik, Glasbearbeitung stieg von 169 im Jahre 1895 auf 379 im Jahre 1907. Da der Schmiede- und Schlosser-Fachunterricht in der Gewerbeschule den Ansprüchen der Industrie nicht mehr genügte, kam es 1906 zur Gründung einer eigenen Fachschule für Feinmechanik im Rahmen der Gewerbeschule, die dem Mangel an Facharbeitern wirksam abzuhelpfen verstand (G. MEINHARD 1973, S. 60f., K. HAUBNER 1964, S. 55 und S. 57).

Die Berichte der Göttinger Handelskammer heben hervor, daß die Betriebe wegen unterschiedlicher Produktionsprogramme sich damals wie auch später kaum Konkurrenz machten. 1906 wurde bereits 40 - 60%, im Berichtsjahr 1908/09 schon etwa 80% der Produktion der Göttinger mechanischen Werkstätten ins Ausland exportiert (G. MEINHARD 1973, S. 55). Militärische Bedürfnisse und die Ereignisse des Ersten Weltkrieges ließen die feinmechanische und optische Industrie Göttingens weiter expandieren und 1925 mit 1.084 Beschäftigten zur stärksten Gewerbegruppe werden, obwohl bereits ein Großbetrieb in den Vorort Grone verlegt worden war (K. HAUBNER 1964, S. 55 und S. 57). Für die Weiterentwicklung des Produktionsspektrums wie auch des Absatzes wurden Beziehungen wichtig, die der Stadt Göttingen zugleich bedeutende wissenschaftliche Institutionen sicherten; durch Vermittlung von Felix KLEIN und des Potsdamer Observatoriums kam es zur Errichtung eines Forschungszentrums für Luftfahrt, der sog. Aerodynamischen Versuchsanstalt,⁴⁾ und über den Physiker Max BORN 1914 zu ersten Kontakten der Göttinger Präzisionsgeräteindustrie zur neuenstandenen Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften in Berlin (heute Max-Planck-Gesellschaft); der Erschließung eines gewichtigen neuen Abnehmerkreises der Industrie folgte schließlich nach 1945 die Errichtung von mehreren Max-Planck-Instituten und der Generalverwal-

4) Erwähnt sei, daß der erste Windkanal Deutschlands 1907/D8 durch L. Prandtl in Göttingen gebaut wurde. Es handelt sich dabei um eine Anlage zur Untersuchung strömungstechnischer Eigenschaften von Flugkörpern.

tung der Forschungsgesellschaft in Göttingen. Von 1925 - 1939 fand fast eine Verdoppelung der Arbeitskräfte in den Betrieben der Feinmechanik und Optik auf 1.881 Beschäftigte statt; entscheidend für die erneute Expansion war die ab 1936 einsetzende Rüstungskonjunktur, die sogar zur Gründung zweier weiterer Werke führte, von denen eines jedoch bereits 1940 in den Vorort Weende verlegt wurde. Nach 1945 konnte die bisherige Beschäftigtenzahl der feinmechanischen und optischen Industrie nicht nur gehalten, sondern zunächst leicht (1950: 2.077) und bis 1961 erneut stark auf 3.351 erhöht werden, d.h. auf mehr als ein Drittel aller Industriebeschäftigten (K. HAUBNER 1964, S. 55).

Für die Arbeit nach dem Zweiten Weltkrieg ist kaum noch eine Zusammenarbeit zwischen Göttinger Hochschulangehörigen und der Präzisionsgeräteindustrie belegt. In der Zeit zwischen den Weltkriegen wurde durch die Firma Spindler & Hoyer eine Reihe von wissenschaftlichen Geräten und Instrumenten für die Elektrizitätslehre, Mechanik, Akustik und Optik, für Projektion und im Schattenwurf in großen Hörsälen auf Anregung des damaligen Direktors des Ersten Physikalischen Instituts der Universität, R.W. POHL, entwickelt und gebaut (G. MEINHARD 1973, S. 71 und S. 74).⁵⁾ Otto HAHN, damals Präsident der Max-Planck-Gesellschaft, entschied sich 1948, die weitere Fertigung und Entwicklung von Gleitlagern (Mehr-gleitflächen-Lager, Schleif- und Feinbohrspindeln) den Sartorius-Werken zu übertragen ("Sartorius 1870-1970", 1970, S. 46). Der bis zur Ansiedlung eines Zweigwerkes der Fa. Bosch (gegr. 1960; 1974: 1.900 Beschäftigte) größte und wichtigste Betrieb der Göttinger Elektroindustrie, die Fa. Ruhstrat, erhielt gleichfalls zahlreiche Impulse durch die naturwissenschaftlichen Institute der Universität. So gab der Physiker Ernst NERNST die Anregung zur Herstellung von Schiebewiderständen, die lange

5) Von Prof. R.W. POHL stammt auch ein Geleitwort der Universität zum 75jährigen Firmenjubiläum von Spindler & Hoyer als Ausdruck der Verbundenheit der Mathematisch-Naturwissenschaftlichen Fakultät.

Hauptartikel des Unternehmens waren (K. HAUBNER 1964, S. 59). Die drei größten Werke der Göttinger Elektroindustrie produzieren heute Kfz.-Zubehöerteile, Leuchtstoffröhren sowie Sanitär- und Haustechnik-, insbesondere Schalttafelelemente. Zwei dieser Unternehmen haben nie einen Bezug zur Hochschule gehabt; die dritte, oben erwähnte Firma hat ihn offensichtlich verloren. Auch ein kleineres, aus Ilmenau/Thüringen zugewandertes Werk, das elektronische Geräte herstellt, steht in keinerlei Kontakt zur Universität.

Für eine Untersuchung der "Arbeitsgruppe Stadtentwicklung" über den Flächenbedarf von Industrie und Handwerk in Göttingen im Jahre 1974 ermittelte man 20 von 105 Industriebetrieben und 11 von 386 Handwerksbetrieben in der Wirtschaftsunterabteilung "Elektrotechnik, Feinmechanik, Optik, Musikinstrumente usw." (Wirtschaftsunterabteilung 25).⁶⁾ Aus dieser Gruppe wurden im Rahmen der vorliegenden Untersuchung acht Industriebetriebe und drei Handwerks- und Handelsbetriebe über ihre Beziehungen zur Universität befragt:

Siehe Tab. 32

Fast alle Firmengründer waren Feinmechaniker, manche zusätzlich Optiker, Photographen oder Elektro-Ingenieure und haben teilweise als Gasthörer an der Universität Göttingen Vorlesungen und Übungen besucht; manche wie der junge Florenz SARTORIUS gingen nach der Lehrzeit bei einem Universitätsmechaniker auf Wanderschaft, um ihre Kenntnisse zu erweitern.⁷⁾ Die Begründer der schon im 19. Jahr-

6) Untersuchung zur Struktur der Handwerks-, Gewerbe- und Industriebetriebe im Raum Göttingen. Erste Datenauswertung. Bearbeitet von der Arbeitsgruppe Stadtentwicklung in Verbindung mit der Kommunalen Datenverarbeitungszentrale Niedersachsen. Masch., Göttingen 1974. - Für freundliche Auskünfte danke ich Herrn Dipl.-Sozialwirt BROHL.

7) Florenz Sartorius arbeitete zunächst bei einem Gießener Mechaniker, der Analysenwaagen für die Universitäten Gießen, Marburg und Frankfurt sowie andere Präzisionsgeräte anfertigte, später bei Siemens & Halske in Berlin, ehe er 1870 in Göttingen eine eigene feinmechanische Werkstatt eröffnete ("Sartorius 1870-1970", 1970, S. 5f.).

Tab. 32: Ausgewählte Industrie- und Handwerksbetriebe der Feinmechanik und Optik in Göttingen

Firma (Gründungsjahr)	Beschäftigte (Oktober 1974)	Schwerpunkte der gegenwärtigen Produktion
Zeiss-Winkel (1857)	1.200	Lichtmikroskope, Photomikroskope
Phywe (1913) ¹⁾	1.200	Naturwissenschaftliche Lehrmaterialien, Möbiliar für naturwissenschaftliche Unterrichts- und Sammlungsräume, Laborausstattung
Sartorius (1870/1928/1951; 3 verschiedene Werke)	1.000	Präzisionswaagen, andere Präzisionsgeräte; Membranfilter; Gleitlager, Ölaggregate
ISCO Optische Werke Josef Schneider (1936)	525	Photographische Apparate.
Feinprüf GmbH (1936)	470	Feinmeß- und Prüfgeräte
Lambrecht (1859)	250	Meteorologische Meß- und Regelgeräte, Strömungsmeßgeräte und gasförmige Medien
Spindler & Hoyer (1898) (1875-1898 Diederichs & Bartels)	200	Optische Bauelemente, Bänke und Zubehör, Lichtquellen, Laser
Thieß (1945)	115	Klima-, Meß- und Regelgeräte
Dräger & Heerhorst (1869) ²⁾	80	Medizinische Präzisionsgeräte
Mahrt & Hoernig (1874) ³⁾	38	Chirurgische Instrumente und Apparate
Krannich (1927) ³⁾	8	Mechanische Werkstatt, Glasbläserei, Laborfachhandel

Quelle: Eigene Befragung im Oktober 1974.

Anmerkungen: 1) = teilweise Handelsbetrieb
2) = Handwerks- und Handelsbetrieb
3) = überwiegend Handelsbetrieb

hundert entstandenen Werke hatten ausnahmslos Kontakte zu Hochschullehrern naturwissenschaftlicher und mathematischer Fächer, die auch das Firmenprogramm der Anfangsphase entscheidend beeinflussten.

Eine Ausnahme auch hinsichtlich des Fabrikationsprogrammes stellt die Phywe AG (Physikalische Werkstätten) dar, die durch den ehemaligen Universitätsassistenten Dr. Gotthelf LEIMBACH errichtet wurde, der in Physik, Chemie und Geophysik promoviert hatte und 1913 eine "Gesellschaft zur Erforschung des Erdinnern mbH" gründete, die 1918 den heutigen Namen erhielt. Nach anfänglicher Produktion von Meßgeräten konzentrierte man sich auf die Herstellung von Lehrmitteln für den Physik-, Chemie- und Biologieunterricht, die noch heute etwa 50% des Umsatzes ausmachen. Hinzu trat die Fertigung von Möbiliar für naturwissenschaftliche Unterrichts- und Sammlungsräume und Vorschulausstattung. Nicht selbst hergestellt, aber ge-

handelt und gewartet werden Sprachlabors und medizinisch-technische Geräte. Im Lieferprogramm stehen auch Produkte anderer Göttinger Firmen. Das Lehrmittelunternehmen, anfangs an sieben verschiedenen Stellen im Stadtgebiet verstreut, ist seit 1963 in einem neuen Werkskomplex im Industriegebiet Grone untergebracht und unterhält hier auch ein Informations- und Schulungszentrum für Pädagogen.⁸⁾

Die Hochschulbindung der Göttinger Industrie ist sehr stark zurückgegangen. Fast alle Unternehmen besitzen eigene Forschungs- und Entwicklungsabteilungen mit einer z.T. beachtlichen Mitarbeiterzahl; für die Firmen Zeiss und ISCO befinden sich diese in den Stammwerken Oberkochen und Bad Kreuznach,

8) Vgl. "Die Phywe Aktiengesellschaft in Göttingen, ihr Werden und Wirken 1913-1963", 1963; für ergänzende freundliche Auskünfte danke ich der Öffentlichkeitsabteilung der Phywe AG.

so daß in Göttingen lediglich produziert wird. Bei der Entwicklung neuer Produkte arbeiten nur noch zwei der angeführten Industriebetriebe mit Göttinger Hochschullehrern zusammen, drei mit Professoren der Max-Planck-Institute, immerhin fünf mit Universitätsinstituten anderer Städte. Stärkere Beziehungen bestehen zwischen den Handwerksbetrieben und den Göttinger Universitäts- bzw. Max-Planck-Instituten. Dabei produzieren die feinmechanischen Handwerksbetriebe in einem Fall wenige sehr spezialisierte ärztliche Instrumente und entwickeln im anderen Fall nur noch Prototypen, während der Geschäftsschwerpunkt sich auf den medizinisch-technischen und optischen Fachhandel konzentriert.

Im Bereich des Absatzes nehmen die Universität Göttingen und auch andere Hochschul- und Forschungsinstitute eine recht unterschiedliche Stellung ein, werden jedoch allgemein als entschieden zu klein als Absatzträger angesehen. Lediglich die Produzenten optischer Geräte liefern sehr stark (bis 40%), diejenigen meteorologischer Meßinstrumente noch in beachtlichem Ausmaß an wissenschaftliche Institutionen, während bei der Mehrzahl der Unternehmen die Industrie und der Handel die meisten Waren anfordern. Bei Landesbehörden und Kommunen sind die Firmen mit meteorologischen Programmen noch recht gut vertreten, insbesondere beim Wetterdienst, während das Lehrmittelunternehmen verständlicherweise 80% seiner Lieferungen an Schulen absetzt. Den höchsten Absatz am Ort erreichen die befragten Handwerksbetriebe für medizinischen und Laborbedarf, die 50 - 60% an die Universität Göttingen, 10 - 30% an Kranken-

häuser in Stadt und Umland und in einem Fall bis zu 30% an andere wissenschaftliche Institute (Max-Planck-Gesellschaft) veräußern. Der Inhaber eines Einzelhandelsbetriebes für elektronische Bauteile und Geräte teilte mit, daß das Sortiment seiner Firma durch den Bedarf der örtlichen naturwissenschaftlichen Universitäts- und Max-Planck-Institute wesentlich beeinflußt sei und daß sein Unternehmen ohne diese Nachfrage sich nicht entwickelt hätte. Aus den angeführten Zahlen resultiert eine starke Abhängigkeit der meisten Firmen von der staatlichen und kommunalen Haushaltspolitik.

Demgegenüber ist erstaunlich, daß die meisten Betriebe recht hohe Exportanteile erreichen, die ein nachdrücklicher Beweis für die Weltgeltung der Göttinger Präzisionsindustrie sind.

Fragt man nunmehr abschließend nach den Standortbedingungen der Göttinger feinmechanischen und optischen Werke, so werden im wesentlichen drei Voraussetzungen genannt: an erster Stelle werden die Nähe der Universität und das Image Göttingens als führendes naturwissenschaftliches Zentrum angeführt; sie garantieren nach Auskunft einiger Gewährspersonen Fühlungsvorteile und stellen einen großen Werbefaktor dar.⁹⁾ Die

9) Bei der Befragung der Göttinger "Arbeitsgruppe Stadtentwicklung" (siehe Anm. 6) sahen 24 von insgesamt 79 antwortenden Industriebetrieben (= 37,5%) und 75 von 180 antwortenden Handwerksbetrieben (= 46,9%) die Universität neben anderen Gegebenheiten als positive Standortbedingung des Betriebes an. Kein einziger Industriebetrieb und ein Handwerksbetrieb sahen die Universität als für sie ungünstig an (möglicherweise, weil Fachkräfte oft zur Universität abwandern).

Tab. 33: Exportanteile ausgewählter Göttinger Betriebe der Feinmechanik und Optik

Firma	Anteil	Bevorzugte Exportländer
Sartorius	75%	USA, Japan
Zeiss-Winkel	60-70%	USA
Thieß	45%	Europa, Süd- und Mittelamerika, Indien, Afrika
Lambrecht	40%	Mittel- und Westeuropa, Asien, Australien
ISCO	35%	USA, Westeuropa, Australien, Südafrika
Spindler & Hoyer	30%	USA, West- und Nordeuropa
Phywe	12-15%	Europa, Südamerika, Orient
übrige Firmen	ca. 5%	Europa

Quelle: Eigene Befragung im Oktober 1974.

während des Zweiten Weltkrieges entstandenen Firmen, die damals im Auftrage des Rüstungsministeriums Prismen, Fernrohre und Objektive für die Luftaufklärung herstellten, erhielten ihre Standorte im Reichsinneren an einem vor feindlichen Angriffen relativ sicheren Ort.¹⁰⁾ Die seinerzeitige Zentrallage ist heute allerdings durch eine Randlage im Grenzraum der Bundesrepublik abgelöst worden, aber auch diese wird als Standortvorteil gesehen, und zwar wegen der Zonenrandförderung. Dritte Standortbedingung ist der große verfügbare Stamm an Facharbeitern, der durch die Tradition der feinmechanischen und optischen Industrie und durch die Möglichkeiten der Nachwuchsausbildung und -förderung bedingt ist. Die Expansion der bestehenden Betriebe und die aktive Industrieförderung in Göttingen hat jedoch inzwischen - trotz eines im allgemeinen ausreichenden Arbeitskräftepotentials - zu Engpässen bei der Nachfrage von Facharbeitern geführt. So haben die beiden großen Firmen Phywe und Sartorius im Eichsfeld (Raum Duderstadt) zwei kleinere Zweigbetriebe eröffnet, wo - neben steuerlichen Anreizen - billige Arbeitskräfte zur Verfügung stehen.

In einigen der befragten Industriebetriebe wurde auf die häufige Abwanderung ausgebildeter Feinmechaniker, Feinoptiker und Werkzeugmacher an die Universität hingewiesen. Danach ist der Arbeitskräftemarkt für diese Berufe ziemlich erschöpft.

In der Innung der Feinmechaniker in Göttingen sind etwa gleichviele selbständige Handwerksmeister wie Industriemeister Mitglieder. Im August 1974 gab es im ganzen damaligen Regierungsbezirk Hildesheim 13 Feinmechaniker-Handwerksbetriebe, davon allein 10 in der Stadt Göttingen. Etwa 20 Universitäts- und Max-Planck-Institute haben eigene feinmechanische Werkstätten und sind freiwillige Mitglieder der Kreishandwerkerschaft. Das Verhältnis zwischen Handwerks- und Industriemeistern ist gut, da eine koordinierte Nachwuchsförderung und ein fachlicher Gedankenaustausch von beiden Gruppen bejaht werden. Die Auszubil-

den der Universität und der Gewerbebetriebe besuchen die gleichen Fachklassen in der Gewerbeschule und legen vor dem gleichen Ausschuß die Gesellenprüfung ab. Die feinmechanischen Handwerksbetriebe arbeiten jedoch nur selten für die Universität.¹¹⁾

3.1.2 Andere industrielle Branchen in Göttingen und ihre Hochschulbeziehungen

Die Stadt Göttingen hat eine unausgewogene Wirtschaftsstruktur. "Die dominierende Stellung der feinmechanischen und optischen sowie der elektronischen Betriebe hat offenbar dazu geführt, daß Betriebe anderer wachstumsorientierter Branchen nur unzureichend bzw. überhaupt nicht vorhanden sind. Die Ansiedlung neuer Betriebe bzw. die Erweiterung vorhandener unterdurchschnittlich repräsentierter Betriebe scheint somit eine notwendige strukturpolitische Aufgabe in der Stadt Göttingen zu sein" (Oswald Hüller GmbH 1971, S. 20f.).

Die aus handwerklicher Tradition entstandene Tuchfabrikation ist heute relativ unbedeutend. Die 1873 gegründete Papierfabrik Rube im Vorort Weende (am Weende-Bach) produziert bei rd. 1.000 Beschäftigten vor allem Verpackungsmittel. Die 1909 errichteten Alcan Aluminiumwerke GmbH (1974: 950 Mitarbeiter) an der Weende Straße stellen Bleche, Industrieprodukte und Haushaltswaren aus Aluminium her; obwohl der Physiker WÖHLER bereits 1827 Aluminium in kleinen Mengen in Göttingen fertigte, besteht keinerlei Zusammenhang mit der Universität. Diese Aussage gilt auch für eine 1946 begründete pharmazeutische Fabrik, das Penicillin-Werk Dauelsberg (1974: 180 Mitarbeiter), und schließlich für die Deutsche Novopan GmbH, die 1950 entstand und in der Herstellung von Holzspanplatten führend ist (1974: 520 Beschäftigte). Die beiden zuletzt genannten Firmen vergeben immerhin gelegentlich Forschungs- und Entwicklungsaufträge an Hochschulinstitute; Novopan arbeitet bei der Entwicklung neuer Produkte mit Göttinger

10) Mündliche Auskunft von Herrn Dipl.-Kfm. Rolf HENSSEN, ISCO Optische Werke GmbH.

11) Freundliche Auskünfte von Herrn KARLMEIER, Geschäftsführer der Kreishandwerkerschaft Göttingen.

Professoren und Hochschullehrern aus anderen Städten zusammen.¹²⁾

Nicht ohne die Universität denkbar wären in Göttingen die verschiedenen Druckereien und Verlage, denen zahlreiche Buchbindereien folgten. Die Beschäftigtenzahl in diesen Betrieben betrug 1867 um 100, 1907 230, 1950 869 und 1961 bereits 1.019 Personen (K. HAUBNER 1964, S. 60). Damit nahm die Gewerbegruppe "Druck und Papier" im wirtschaftlichen Leben der Stadt eine bedeutende Stellung ein, und zwar nach der Mitarbeiterzahl meist den zweiten oder dritten Rang (Ebd., S. 55). Ältestes Unternehmen ist der weltbekannte Verlag Vandenhoeck & Ruprecht, der 1735 gegründet wurde. Der Firmengründer Abraham Vandenhoeck war ein holländischer Buchdrucker, der über England und Hamburg nach Göttingen kam, berufen durch den damaligen Universitätskurator G.A. von Münchhausen als Universitätsbuchdrucker (vgl. W. RUPRECHT 1935 und "225 Jahre Vandenhoeck & Ruprecht in Göttingen" 1960). Der Verlag, der 1974 90 Beschäftigte zählte, publiziert wissenschaftliche Bücher und Zeitschriften verschiedener Sachgebiete sowie Schulbücher. Eine Zusammenarbeit mit Professoren und Instituten zahlreicher Universitäten und der Max-Planck-Gesellschaft versteht sich von selbst. Als Abnehmer tritt die Universität Göttingen jedoch kaum stärker in Erscheinung als andere Hochschulorte; etwa 15% der Produktion wird im Ausland abgesetzt (USA, Japan, Österreich, Schweiz, Niederlande, Skandinavien).¹³⁾ 1936 wurde ein graphischer Betrieb in Göttingen durch den Berliner Musterschmidt-Verlag aufgekauft, der nach der Zerstörung seines Berliner Werkes 1950 seinen Hauptbetrieb nach Göttingen verlegte. Der Industriedruck-Verlag gehört als Tochterunternehmen dem Lehrmittelwerk Phywe. Außerdem existieren noch zwei Zeitungsverlage.

P. BAER konnte aufzeigen, daß heute 15%

der Göttinger Industriebetriebe wissenschaftlich mit der Universität zusammenarbeiten und daß 45% mit der Universität Lieferbeziehungen unterhalten. Für immerhin 32% der Betriebe war die Hochschule ein Standortfaktor bei der Ansiedlung in Göttingen (P. BAER 1976, S. 310), und zwar insbesondere für Unternehmen "in technologisch hochentwickelten Wachstumsbranchen, die sich von der unmittelbaren Standortnähe eine erfolgreiche Kooperation versprechen" (Ebd., S. 309).¹⁴⁾ Die Universität Göttingen hat demnach beachtliche industrielle Ansätze und Entwicklungen in ihrer Standortgemeinde ausgelöst oder zumindest gefördert. Im Vergleich zu anderen Hochschulen wäre interessant zu prüfen, ob diese Tendenz auch in jüngerer Zeit noch angehalten hat.

3.1.3 Universitätsverwandte Gewerbe einst und heute

Auf die Entwicklung der Handwerksberufe seit Gründung der Universität kann hier nur andeutungsweise hingewiesen werden. Wie D. HÜROLDT ausführlich aufgezeigt hat, wurden durch die Universität seit dem 18. Jahrhundert nicht nur Drucker und Buchbinder, Buchhändler, Instrumentenmacher, Fecht-, Reit- und Tanzlehrer, sondern auch zahlreiche Bäcker, Schuster, Schneider, Perückenmacher, Maurer, Tischler, Köche und Kaufleute bewogen, sich in der Stadt niederzulassen, da sie sich bei Professoren und Studenten gute Absatz- und Verdienstmöglichkeiten versprachen (D. HÜROLDT 1976, S. 11f.). Die meisten dieser Universitätshandwerker bemühten sich um Aufnahme in die sog. "Matricula illiteratorum", wodurch sie zu "Universitätsverwandten" aufstiegen. Als solche unterstanden sie mit Familie und Gesinde der Universitätsgerichtsbarkeit, zahlten lediglich Haus- und Grundbesitzabgaben an die Stadt, nicht aber persönliche Steuern und waren vom Bürgereid und der Einquartierungslast

12) K. HAUBNER 1964, S. 60-62, O. Hüller GmbH 1971, S. 18-21 und Ergebnisse eigener Befragungen im Oktober 1974.

13) Freundliche schriftliche Auskunft des jetzigen Firmeninhabers, Herrn Dr. Dietrich RUPRECHT, vom 3.1.1975.

14) Diese Daten fußen auf einer nicht näher charakterisierten Umfrage, die offensichtlich mit der in Anmerkung 6 genannten Erhebung identisch ist.

befreit. Als "Freimeister" unterstanden sie auch nicht der städtischen Gewerbeordnung und dem Zunftzwang. Von 1735 - 1850 wurden in Göttingen nicht weniger als 203 derartige Universitätsverwandte zugelassen und immatrikuliert, die natürlich für die übrigen Handwerker eine große, oft als ungerechtfertigt empfundene Konkurrenz darstellten (W. EBEL 1969, S. 132ff.).

Ab 1831 - 1852 wurde diese Sonderstellung schrittweise abgebaut. Aber auch heute noch führen einige Buchhändler, Buchdrucker und Buchbinder, Apotheker und andere Gewerbetreibende den Firmenzusatz "Universitäts-" oder "Akademischer ...", und zwar mit stillschweigender Billigung der Universität und der Gerichte (Ebd., S. 147ff.). Für W. EBEL steht ohne Zweifel fest, daß seinerzeit "das gewerbliche Leben Göttingens durch die zumeist von auswärts zugewanderten Universitätsverwandten einen heute noch spürbaren Auftrieb gewonnen hat. Manche Namen der Matrikel repräsentieren in ihren Nachfahren hoch heute führende Unternehmen der Stadt" (Ebd., S. 134).

"Universitätsverwandt" im funktional-technischen Sinne sollten in Göttingen möglichst auch alle Firmen sein, die unter dem Zwang der Beschaffung von Steuermitteln nach dem Zweiten Weltkrieg, verstärkt ab 1960, in Göttingen und seinen Nachbargemeinden (1964 durch Göttingen-Gesetz eingemeindet) angesiedelt wurden. Mit der Entscheidung, nur immissionsfreie ("schornsteinlose") Industrie zuzulassen, wollten Verwaltung und Rat das Image der Universitätsstadt erhalten. Bis auf das erwähnte Spanplattenwerk sind diese Absichten bisher gelungen.¹⁵⁾

3.2 Universitätsnahe Industrien in anderen Hochschulorten

Vergleichbare Entwicklungen, wie sie für Göttingen aufgezeigt wurden, lassen sich auch für einige andere Hochschulorte nachweisen.

3.2.1 Jena

Daß eine universitätsorientierte Industrie eine Stadt nicht nur wirtschaftlich prägen, sondern auch entscheidend umgestalten kann, zeigt vor allem die Entwicklung in Jena. Seit 1820 entstand in dieser Universitätsstadt eine bescheidene Industrialisierung, die in einer deutlichen Beeinflussung durch die Naturwissenschaftliche Fakultät ihren Ursprung hat. Aus einer 1846 durch den früheren Universitätsmechaniker Carl ZEISS gegründeten feinmechanischen Werkstatt entwickelten sich in Zusammenarbeit mit Ernst ABBE, zunächst Privatdozent, dann Professor an der Universität und seit 1866 Mitinhaber, die weltberühmten Zeiss-Werke, die um 1900 bereits 1.000 Beschäftigte zählten und z.Z. etwa 17.000 Mitarbeiter haben.¹⁶⁾ "Die Zeiss-Werke sind seit der Jahrhundertwende das bestimmende Element der Saalestadt, das nun im Rahmen der 1889 von Ernst Abbe begründeten Carl-Zeiss-Stiftung die Universität laufend unterstützte und sie aus der Stellung der finanzschwächsten Universität befreite; sie hat die Sternwarte, das Universitätshauptgebäude sowie Institute für technische Physik und Chemie ganz oder teilweise finanziert und darüber hinaus dafür gesorgt, daß die Jenenser Professoren im Gehalt dem Niveau ihrer Kollegen in Preußen angeglichen werden konnten" (D. HÜROLDT 1976, S. 48). Im Laufe der Zeit entstanden weitere feinmechanische und optische Betriebe, die von ehemaligen Zeiss-Angehörigen begründet und zu leistungsfähigen Spezialwerkstätten weiterentwickelt wurden; sie produzieren vor allem Meßwerkzeuge, optische Geräte, feinmechanische Instrumente, medizinische Apparate, Linsen, Libellen, Uhren und sonstige Gegenstände für Wissenschaft und Technik. 1948 gab es mit Zeiss 69 Arbeitsstätten der Präzisionsgeräteherstellung, in denen 26,7% der Erwerbstätigen in Jena beschäftigt waren (J.H. SCHULTZE u.a. 1955, S. 137f.). Der Bedarf an Spezialgläsern für die optischen Geräte der Zeiss-Werke bewirkte auf Anregung ABBEs 1884 die Errich-

15) Freundliche mündliche Auskünfte durch Herrn Oberbürgermeister a.D. LESSNER, Göttingen.

16) Vgl. im einzelnen J.H. SCHULTZE, P. HÜBSCHMANN, F. KÖRNER und H. MEYER 1955, S. 129-140.

tung einer Glashütte, des Glaswerkes von Dr. Friedrich Otto SCHOTT und Genossen ("Jenaer Glas") (Ebd., S. 140-144); dieses Unternehmen zählt heute rd. 3.300 Mitarbeiter.¹⁷⁾ Außer ihm existieren noch einige glastechnische Werkstätten, die vor allem Laborgeräte, pharmazeutische und medizinische Glaswaren produzieren. Nach dem Zweiten Weltkrieg entwickelten sich schließlich aus dem Glaswerk heraus, wo seit 1947 auch Penicillin hergestellt wurde, seit 1950 ein pharmazeutischer Großbetrieb (Jenapharm) mit derzeit 2.300 Beschäftigten; sein Aufstieg wurde begünstigt durch die Abschnürung der DDR von den großen westdeutschen Arzneimittelwerken. Das Unternehmen, neben dem noch einige kleinere chemische Werke existieren, stellt vor allem Antibiotika, Chemotherapeutika, Vitamine und Hormone her.¹⁸⁾ Im Gefolge der aufgezeigten Industrialisierung entstanden wiederum Fachschulen für Augenoptik, Feinmechanik und Medizin sowie das Zentralinstitut für Erdbebenforschung in Jena.

Die Einwohnerzahl Jenas stieg sehr sprunghaft an: 1880 lebten 10.330 Menschen in der Saalestadt, 1900 20.700, 1940 bereits 72.100 und 1972 94.100;¹⁹⁾ die Silhouette der Stadt wird heute durch die beiden Hochhäuser der Zeiss-Werke und ein Universitätshochhaus bestimmt. Die als "Hauptsitz der wissenschaftlichen Industrie" (ABBE 1887) gewachsene Stadt charakterisiert J.H. SCHULTZE als sehr heterogen, "funktional als Universitäts-, als Industrie- und Kreisverwaltungsstadt wirkend" (1955, S. 242). Die "Kombination von Intelligenz-

intensiver Produktion und wissenschaftlicher Forschung und Lehre ... begründete die eindeutige Profilierung der Stadt. Für diese Kombination bieten allein die Großbetriebe, die 98 Prozent aller in der Industrie Jenas tätigen Arbeiter und Angestellte beschäftigten, die erforderlichen Voraussetzungen" (Autorenkollektiv 1976, S. 288).

Die Universität Jena ist neben Magdeburg eine der Modellhochschulen der DDR. "Die Konzentration von Ausbildung und Forschung auf die führenden Industriezweige ist einer der Schwerpunkte der Hochschulreform. Der technisch-naturwissenschaftliche Bereich wird bevorzugt ausgebaut" (Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen 1971, S. 203). Die Errichtung von Sektionen an der Universität erfolgte in enger Verbindung zu den Carl-Zeiss-Werken; drei Viertel des universitären Forschungspotentials sind auf den wissenschaftlichen Gerätebau konzentriert (ebd., S. 202), während die für die Schwerpunktbildung weniger interessanten Fakultäten (Jura, Landwirtschaft) an andere Hochschulen verlagert werden sollen (vgl. auch M. USKO 1974, S. 26-29).

3.2.2 Erlangen

Die wechselseitige Beeinflussung und Kooperation zwischen Zeiss-Werken und Universität Jena ist in der Größenordnung am ehesten vergleichbar mit der Entwicklung von Erlangen, wo nach der Ansiedlung eines industriellen Großbetriebes die Universität um eine weitere Fakultät ergänzt wurde. 1947 verlegten die Siemens-Werke ihre Hauptverwaltung von Berlin nach Erlangen und lösten damit einen sehr starken Entwicklungsimpuls aus (J. BLOTHGEN 1961, S. 18f. und Abb. 9-11). "Wenn auch ein Zusammenhang der Verlegung nach Erlangen nicht so eindeutig ist wie die Verknüpfung der Zeiss-Werke mit der Universität Jena, so darf doch nicht übersehen werden, daß Erlangen bereits vor 1939 ein beachtlicher Standort von elektrotechnischen und feinmechanischen Betrieben war, deren Entwicklung eng mit der Universität zusammenhängt. Der größte Betrieb, die 1877 gegründeten Reinigerwerke, war bereits vor dem Zweiten Weltkrieg

17) Nach Enteignung und teilweiser Demontage wurde 1948 in Jena die Produktion unter dem Namen VEB Jenaer Glaswerk Schott & Gen. fortgeführt. Gleichzeitig wurde durch einen Sohn des Firmengründers ein Jenaer Glaswerk Schott & Gen. in Westdeutschland neugegründet, das 1952 in Mainz eröffnet wurde (H. OLBERT und H. EGGERS 1977, S. 139-142).

18) J.H. SCHULTZE und Mitarbeiter 1955, S. 144-148. Die jüngsten Beschäftigtenzahlen der drei Jenenser Großbetriebe entstammen jeweils dem Westermann-Lexikon der Geographie, Bd. II, Braunschweig 1969, S. 622.

19) Westermann-Lexikon der Geographie, Bd. II, 1969, S. 622 und Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland 1974, Anhang, S. 536.

Tochtergesellschaft des Siemens-Konzerns. Diese Tatsache hat sicher bei der Wahl von Erlangen als Standort für die Verwaltungs- und Forschungsstätten der Siemensgruppe beigetragen" (D. HÜROLDT 1976, S. 49). Außer Verwaltungsgebäuden und Wohnkomplexen errichtete die Siemens-Schuckert AG 1965 ein großes technisches Forschungszentrum. Dies wiederum mag der Anlaß gewesen sein, daß die Universität Erlangen-Nürnberg von sich aus beim bayerischen Kultusminister die Errichtung einer Technischen Fakultät beantragte, die sich am 3.11.1966 offiziell konstituierte.²⁰⁾ Die in Neubauten am Südrand der Stadt Erlangen untergebrachte Technische Fakultät befaßt sich in Forschung und Lehre überwiegend mit elektrotechnischen Problemen; eine Zusammenarbeit mit den Siemens-Forschungs-Laboratorien ist insofern gegeben, als Mitarbeiter des Unternehmens Lehraufträge - im übrigen auch in anderen Fakultäten - wahrnehmen und Studenten dort Praktika absolvieren.²¹⁾

3.2.3 Cambridge

Als charakteristisches ausländisches Beispiel sei noch die Stadt Cambridge angeführt. Auch hier geht der früheste industrielle Ansatz auf die Universität zurück. Bedingt durch den Bedarf der Naturwissenschaftlichen Fakultät entstand 1881 die Cambridge Instrument Company, die noch heute eine große Vielfalt wissenschaftlicher Geräte herstellt, die von den Forschungslaboratorien der Universität benötigt werden, insbesondere im Bereich der Physik. Ein ehemaliger Labormitarbeiter an der Universität, W.G. PYE, eröffnete 1896 ein eigenes Unternehmen, das zunächst universitätsorientiert war. Ab 1918 spezialisierte er sich auf die gewerbliche

20) Nach der Universität Rostock war die Universität Erlangen-Nürnberg die erste der westdeutschen Universitäten, die um technische Disziplinen ergänzt wurde. Der Studienbeginn in den technischen Fächern an der 1961 gegründeten Ruhr-Universität Bochum begann erst ab WS 1968/69.

21) Freundliche Mitteilungen der Universität Erlangen-Nürnberg und der Siemens AG, Erlangen.

Herstellung von Radios und nach 1945 von Fernsehgeräten. Seit 1952 ist die Firma Pye der bedeutendste Fernsehgerätehersteller Großbritanniens mit Zweigwerken in zahlreichen anderen Städten (E.W. GILBERT 1961, S. 65f.).

Ebenso wenig wie in Göttingen konnten auch in Cambridge die Industriebetriebe Physiognomie und Charakter der Stadt nicht entscheidend verändern. Die Errichtung weiterer Industrie lehnte der Stadtrat in Cambridge ab; ein ohne Genehmigung außerhalb der Innenstadt begründetes, rasch expandierendes Werk der Elektronikbranche mußte auf Einspruch der Grafschaft sogar wieder geschlossen und verlegt werden. Offensichtlich fürchtete man eine ähnlich bedrückende industrielle Überformung, wie sie die Universitätsstadt Oxford durch das Automobilwerk Morris und ein Stahlbauunternehmen seit 1912 erlebt hatte (E.W. GILBERT 1947 und 1961, S. 35 und S. 66f.).

3.2.4 Entwicklungen und Ansätze in anderen deutschen Universitätsstädten

Aber außer in den bisher erwähnten Städten lassen sich auch Beispiele der Universitätsorientiertheit von Industrie für andere Hochschulstädte nachweisen, wie dies durch D. HÜROLDT im Überblick geschehen ist.

"In Bonn waren die Soennecken-Werke lange der größte Betrieb; Friedrich Soennecken hatte sich für seine Schreibwarenfabrik bzw. seine Bestrebungen der Schriftreform in der Universitätsstadt Anregungen und bessere Resonanz erhofft und war deshalb von Remscheid nach Bonn umgezogen. Daneben bestanden und bestehen in der Beethovenstadt seit der Universitätsgründung Betriebe zur Herstellung von mathematischen, physikalischen und nicht zuletzt chemischen Instrumenten. In Freiburg sind ältere Betriebe für medizinische Apparate und elektrotechnische Geräte von der Rhodioceta AG überholt worden, die in enger Verbindung zum Chemischen Institut der Universität Freiburg arbeitet. Für das Gewerbe der Stadt Marburg braucht nur der

Name Emil von Behring erwähnt zu werden. Behring hat die nach ihm benannten Werke zur Herstellung von Serum- und Impfstoffen als Inhaber des Lehrstuhls für Hygiene an der Universität Marburg begründet, doch liegen die Behring-Werke nicht in der Stadtgemarkung Marburg. Dafür besitzt die Stadt besonders zahlreiche kleinere Betriebe der Feinmechanik, Optik und Elektrotechnik. Im benachbarten Gießen werden schon 1863 die hier fabrizierten mechanischen und optischen Apparate gerühmt - an die Leitz-Werke in Wetzlar, die ebenfalls mit den Gießener Universitätsinstituten in enger Verbindung standen, sei nur erinnert. Für Heidelberg ist wenigstens für die Zeit nach 1930 'planvolle Ansiedlung von Ausgleichsindustrien' bezeugt, die nicht zuletzt auf vorhandenen feinmechanischen und optischen Betrieben aufbauen konnten. Selbst in Tübingen gehen die Firmen Hummel (Glasglühlichtbrenner) und Erbe auf eine enge Verbindung mit der Universität zurück. Als - bisher einzige - Ausnahme ist in diesem Zusammenhang Königsberg zu nennen: die dort vorhandenen Fabriken für chirurgische Instrumente stehen zwar mit der Universität in Verbindung, sie sind in der Großstadt aber nicht so ausschließlich auf diese fixiert und spielen im Königsberger Gewerbe keine Rolle."22)

Besonders durch Hochschulen gefördert wurden die oft miteinander verbundenen Branchen Buchdruck, Buchbinderei und Verlagswesen; hierauf wurde am Beispiel Göttingens bereits hingewiesen, wo der Verlag Vandenhoeck & Ruprecht schon zwei Jahre nach Errichtung der Universität gegründet wurde. Typische Parallelen, die von der Entstehung und dem Ausmaß der Hochschulorientiertheit her jedoch beträchtlich differieren, sind wissenschaftliche Verlage z.B. in Bonn, Freiburg, Gießen, Heidelberg, Jena, Münster, Tübingen (vgl. H. WIDMANN 1971) und Würzburg, vor allem aber in Leipzig. Hier jedoch

22) D. HÜROLDT 1976, Manuskript, S. 49-51 mit zahlreichen Quellenbelegen. - Die Behringwerke als größter und wichtigster Marburger Industriebetrieb entstanden 1904 in der Stadt Marburg, wurden aber später in das seit 1974 eingemeindete Nachbardorf Marbach verlegt.

dürften Handel und Messe eine gewichtigere Rolle gespielt haben als die Universität (D. HÜROLDT 1976, S. 51f.). Eine Anzahl dieser wissenschaftlichen Verlage blickt auf eine traditionsreiche Vergangenheit zurück: manchmal sind sie mehr als 200 Jahre in kontinuierlichem Familienbesitz, und nicht selten bestimmen spezielle Fachgebiete von der Gründerzeit bis heute das Verlagsprogramm. Die Entwicklung dieser Verlage wuchs teils durch von außen herangetragene Aufgaben (z.B. durch Universitäten und einzelne Hochschulangehörige), teils aber auch durch verlegerische Aktivitäten.²³⁾ Diese ermöglichten das Wachstum wissenschaftlicher Verlage auch durchaus außerhalb von Hochschulstandorten (z.B. in Gotha, Paderborn, Weinheim oder Boppard). Im Ausland sind den Universitäten oft eigene Druckereien und Verlage angeschlossen (Presses Universitaires de France in Paris, Oxford oder Tokyo University Press).

Nach der Entstehung von Hochschulen in den Beispielstädten Konstanz und Bochum wurden hier durch einen Zeitungsverlag (Südkurier) bzw. einen Buchhändler (Brockmeyer) recht bald Universitäts- bzw. Studienverlage gegründet; ein Universitätsverlag entstand auch in Bielefeld durch einen Medienkonzern aus dem benachbarten Gütersloh, der bisher vor allem durch Lesering-Produktion bekannt geworden war (Bertelsmann). Diese Beispiele zeigen, daß gerade das Verlagswesen in Entstehung und Entwicklung durch Universitäten besonders beeinflusst wird. Am Beispiel des bereits 1963 gegründeten Universitätsverlages Konstanz läßt sich allerdings auch aufzeigen, daß Verlage sich um Hochschulen sehr verdient machen, indem sie - unabhängig, aber in engem Kontakt mit der Universität -

23) Eine Artikelserie "Verlage im Dienste der Wissenschaft" in der Deutschen Universitätszeitung, Jg. 1979, H. 1ff., versucht deutschsprachige Verlage in ihrer Doppelrolle als Wirtschaftsunternehmen und "Kulturinstitute" zu würdigen. Auch ohne ausdrückliche Erwähnung von Universitätsbeziehungen (herausgestellt z.B. beim Verlag Mohr in Heidelberg bzw. Tübingen sowie beim Verlag Thieme in Leipzig bzw. Stuttgart) werden durchweg insbesondere mit dem Programm an fachspezifischen Zeitschriften und Schriftenreihen Hochschulbezug und wissenschaftliche Ausrichtung der Verlage deutlich.

Dokumentarisches über Aufbau und Entwicklung der Universität bringen und damit zur Brücke zwischen Hochschule sowie Stadt und Region werden (vgl. B. WEYL 1976).²⁴⁾ "Das Kuriosum bleibt festzuhalten, daß die Universität Konstanz" ... im wesentlichen "Informationen nicht mit eigenen Mitteln betreibt, sondern sich auf die Hilfsbereitschaft des sich für sie einsetzenden Verlages stützt" (G. HESS 1973, S. 85). Der Verleger, der sich mit diesen Publikationen durchaus nicht in der Gewinnzone bewegt und die publizistische Förderung der Universität nur dank des wirtschaftlichen Fundamentes eines Zeitungsverlages verantworten kann, wurde für seine Verdienste 1976 zum Ehrensensator der Universität Konstanz ernannt (vgl. "Ehrenbürger und Ehrensensatoren der Universität Konstanz" 1976, S. 30 und S. 37f.).

Aus den gesamten bisherigen Ausführungen dieses Kapitels geht nachhaltig hervor, daß häufig Universitäten oder Hochschulangehörige die Entstehung charakteristischer industrieller Branchen in ihren Standortgemeinden angeregt oder entscheidend beeinflußt haben. Noch heute bestimmen sie manchmal die Produktionsausrichtung oder die wirtschaftliche Situation einzelner Betriebe im handwerklichen Bereich und mancher industrieller Klein- und Mittelbetriebe (z.B. im Druck- und Baugewerbe oder bei Kleinbetrieben der Feinmechanik). Für die meisten hochschulorientiert entstandenen Industrieunternehmen in Universitätsstädten hatte die Universität jedoch nur die Funktion eines Anstoßfaktors, während Fertigungsprogramme und Absatz sich ausgeweitet haben. Der Standpunkt der Stadtväter früherer Jahrzehnte, in Universitäts-

24) Der Verlag publiziert - unabhängig vom 'uni-info' - die 'Universitätszeitung und Hochschulnachrichten' (monatliche Information), die 'Konstanzer Blätter für Hochschulfragen' (als Diskussionsforum), die 'Konstanzer Universitätsreden' (Antrittsvorlesungen), das Vorlesungsverzeichnis und die alle zwei Jahre erscheinenden Forschungsberichte der Universität Konstanz sowie ferner die Zeitschrift 'Fachhochschule Konstanz', die vom Verband der Absolventen und Freunde der Fachhochschule Konstanz herausgegeben wird. Die Entwicklung in kaum einem anderen Hochschulort ist dermaßen umfassend dokumentiert.

tätsstädte gehörten keine Industriebetriebe - eine Ansicht, die sich auf die Physiognomie zahlreicher Universitätsstädte noch heute auswirkt -, ist heute überwunden. Dies wird durch die Industrieansiedlungsbemühungen der meisten Universitätsstädte und auch durch die Errichtung von Universitäten in Industriestädten nachdrücklich unterstrichen.

H. BULWIEN konnte in einer von R. GEIPEL angeregten, 1973 in München entstandenen geographischen Diplomarbeit nachweisen, daß neue wissenschaftliche Hochschulen - entgegen den Annahmen vor Beginn seiner Studie - nur eine nachgeordnete Bedeutung für heutige unternehmerische Standortentscheidungen haben. Die Untersuchung beruht vor allem auf Befragungen bei Stadtverwaltungen und Industrie- und Handelskammern in den neuen Universitätsstädten Augsburg, Bielefeld, Bremen, Dortmund, Kaiserslautern, Konstanz, Kassel, Regensburg und Ulm sowie einer Sonderbefragung neu angesiedelter Firmen in Bochum zwischen 1960 und 1971 (H. BULWIEN 1973, S. 127).

Im allgemeinen konnten keine Zusammenhänge zwischen der Ansiedlung von Betrieben und der Universitätsneugründung aufgezeigt werden. Als Ausnahmebeispiel wird an erster Stelle das in Jena entstandene Glaswerk Schott angeführt, das 1950 nur deshalb in Mainz angesiedelt wurde (Neugründung durch 1945 abgewanderte eigene Betriebsangehörige), weil "dort die Möglichkeit zur Benutzung von Forschungseinrichtungen der erst jung wieder gegründeten Universität (1946) zugesagt wurde" (H. BULWIEN 1973, S. 127). Neben dem Kontakt zur naturwissenschaftlichen Forschung an der Universität haben die überschaubare (Jena vergleichbare) Größe von Mainz, ein günstiges Geländeangebot und weitere industriegeographische Standortfaktoren die Niederlassung dieses heute größten privaten Arbeitgebers in Mainz beeinflußt (H. OLBERT und H. EGGERS 1977, S. 140-142).²⁵⁾

25) Auf die Glasindustrie entfielen 1965 in Mainz mehr als 5.000 Beschäftigte bzw. 23% aller industriellen Arbeitnehmer (H. FÜRSTER 1968, S. 28f.). 1974 machten die 5.145 Mitarbeiter 22% aller Industriebeschäftigten oder 7% aller Mainzer Beschäftigten aus und wurden nur vom Land Rheinland-Pfalz übertroffen (H. OLBERT und H. EGGERS 1977, S. 161).

In Konstanz nahmen im Vergleich zum Zeitraum vor der Universitätsgründung zwischen 1964 und 1970 insbesondere das Baugewerbe bzw. die wachstumsintensiven Wirtschaftsgruppen Elektrotechnik und Feinmechanik mit 30 bzw. 33 neu angesiedelten Betrieben stark zu. Die Branchenzugehörigkeit deutet auf einen Einfluß der Universität hin (H. BULWIEN 1973, S. 129f.), der indessen noch genauer zu überprüfen wäre. In Kaiserslautern ließen sich nach der Gründung der Universität zwei forschungsintensive Firmen nieder, nämlich ein Bayreuther Texturierwerk (früher Carrington & Dewhurst GmbH, heute zum ICI-Konzern gehörig) sowie ein relativ selbständiges Tochterunternehmen der Badischen Anilin- und Sodafabrik Ludwigshafen (Lutravil Spinnvlies GmbH & Co.). Entscheidend für die Ansiedlung waren zunächst ökonomische Standortfaktoren (ausreichender Arbeitsmarkt, Autobahnnahe, Wasser- und Bodenpreise, Subventionen). Bei mehreren gleichwertigen Standortalternativen und ergänzender Betrachtung des Wohn-, Kultur- und Freizeitangebotes gab dann die Existenz der Universität für Kaiserslautern den Ausschlag, "da dadurch die Anwerbung von Führungskräften für die Zukunft am geeignetsten erschien" (Ebd., S. 131).

Bedingt durch eine Vielzahl von Maßnahmen zur Verbesserung der Infrastruktur, darunter der Ausstattung mit kulturellen Institutionen, konnte auch die Stadt Dortmund seit 1965 eine verstärkte Ansiedlung von Arbeitsstätten verzeichnen. Unter den Neuansiedlungen waren aber vor allem Dienstleistungsunternehmen wichtig, so z.B. ein großes IBM-Rechenzentrum, das Dokumentations- und Ausbildungszentrum für Theorie und Methode der Regionalforschung DATUM, das Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung (ILS) des Landes Nordrhein-Westfalen und als erste Bundesbehörde im östlichen Ruhrgebiet die Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Unfallforschung (Ebd., S. 130). In welchem Ausmaß die Universität bei der Neuansiedlung - mit Ausnahme des Landesinstitutes - von Bedeutung war, bedürfte einer genaueren Untersuchung.

In Bochum hatte die Neugründung der Ruhr-Universität keinerlei signifikante Auswir-

kungen auf die Industrieansiedlung. Der oben erwähnte, von einem Buchhändler gegründete Studienverlag hat keine eigenen Produktionsstätten, sondern arbeitet fallweise mit einer Bochumer Druckerei, häufiger aber mit einer auswärtigen Firma zusammen.²⁶⁾ Bei den 30 von H. BULWIEN befragten, neuerrichteten Industriebetrieben waren als Ansiedlungsmotive vor allem die Nähe zum Absatzmarkt, die großräumige Verkehrerschließung, Grundstücks- und Baukosten sowie das Entgegenkommen der Stadt als Ansiedlungsmotive wichtig, kaum jedoch die kulturellen Einrichtungen. Kein einziges Unternehmen führte seine Gründung vorwiegend auf die Universität zurück, für 13 Firmen (= 35%) war die Hochschule sogar völlig bedeutungslos. Jeder fünfte Betrieb hatte aber bereits Absolventen der Ruhr-Universität eingestellt, insbesondere Juristen und Wirtschaftswissenschaftler, 7 Firmen besonders des Baugewerbes profitierten von Hochschulaufträgen, und 14 Unternehmen (= 38%) vor allem der eisenschaffenden und -verarbeitenden Industrie hatten bereits Werkstudenten beschäftigt (H. BULWIEN 1973, S. 146-148).

In fast allen Hochschulstädten sind Studenten-Arbeitsämter entstanden oder durch das Studentenwerk bzw. die Allgemeinen Studentenausschüsse Arbeitsvermittlungsstellen eröffnet worden. Studierende sind im allgemeinen in Jahren wirtschaftlicher Hochkonjunktur oder in Zeiten des Arbeitskräftemangels, z.B. während der sommerlichen Urlaubszeit, als billige Arbeitskräfte willkommen. Oft wird die Beschäftigung von Studenten durch die Firmen aber auch als Werbemaßnahme aufgefaßt, die häufig dem Zweck dient, potentielle künftige Mitarbeiter zu gewinnen. Seit Beginn der Wirtschaftsrezession im Jahre 1974 ist allerdings in Bochum - und vermutlich auch in den anderen Hochschulstädten - die Nachfrage von Studenten nach Werkarbeit um ein Vielfaches höher als das Angebot.²⁷⁾

26) Freundliche mündliche Auskünfte von Herrn Dr. Norbert BROCKMEYER, Bochum.

27) Freundliche mündliche Auskunft von Herrn PEIK, Abt. Studentenvermittlung im Arbeitsamt Bochum.

G. KATH konnte für 1973 nachweisen, daß die Quote der erwerbstätigen Studenten in der Regel dort am höchsten ist, wo ein größeres und vielfältigeres Angebot an Arbeitsplätzen zur Verfügung steht. Die höchsten Quoten an studentischer Werkarbeit während der vorlesungsfreien Zeit (bei einem Durchschnitt von 26% laufender Erwerbstätigkeit) wurden in Berlin, Köln, Bochum, Hamburg und Frankfurt ermittelt, die höchsten Quoten während der Vorlesungszeit (bei einem Durchschnitt von 15% laufender Erwerbstätigkeit) in Berlin und Bochum (G. KATH 1974, S. 62). Sowohl die Erwerbstätigkeit überhaupt wie auch die vollständige oder teilweise Finanzierung des Studiums durch Werkarbeit stiegen im Bundesgebiet zwischen 1967 und 1973 um 11 Punkte (Ebd., S. 57).

Wenn Hochschulen in neuen Universitätsstädten - wie dargestellt - sich bisher in nur geringem Ausmaß für neuangesiedelte Industriebetriebe auswirken, so scheint langfristig ihre Existenz für die Wirtschaft von Stadt und Region dennoch von Bedeutung zu sein: sie stellen weitgehend den Arbeitsmarkt für forschungsintensive Unternehmen (Ausbildung hochqualifizierter Arbeitskräfte) und sind wichtiger Bestandteil einer vielseitigen Infrastruktur, die als Gesamtheit wirksam wird. Damit verbessern Universitäten die Voraussetzungen für denkbare Entwicklungen, die noch nicht abzusehen sind.

Besondere Beziehungen zwischen Industrie und Hochschule können auch dort entstehen, wo die Wirtschaft bisher kaum oder nur wenig durch die Universität beeinflußt worden ist. Bereits erwähnt wurde die gemeinsame Lehrlingsausbildung für Chemielaboranten in Konstanz durch die Universität und das pharmazeutische Unternehmen Byk-Gulden (seit 1975). Über diese Maßnahme hinaus bestehen rege Arbeitskontakte zwischen der Naturwissenschaftlichen Fakultät und diesem Betrieb, Firmenmitarbeiter erhielten Lehraufträge, das Unternehmen übernahm Hochschulabsolventen in seine Forschungsabteilung und stiftete bereits 1973 den jährlich zu vergebenden Byk-Preis zur Förderung des Nachwuchses in den experimentellen Naturwissenschaften; dieser Preis wird durch ein halbparitätisch besetztes Gremium für besonders gute Promo-

tionen vergeben (vgl. "Ehrenbürger und Ehrensenatoren der Universität Konstanz" 1976, S. 30f. und S. 39).

In Bochum wurden 1974 durch die Gesellschaft der Freunde der Ruhr-Universität zwei jährlich zu verleihende Preise gestiftet, die nach früheren Vorstandsmitgliedern aus der Ruhrwirtschaft benannt sind: der Dr. Heinrich-Kost-Preis, benannt nach dem langjährigen 1. Vorsitzenden der Gesellschaft (führender Funktionsträger des deutschen Steinkohlenbergbaus), für die beste wissenschaftliche Arbeit auf dem Gebiet der Ingenieur- und Naturwissenschaften und der Wilhelm-Hollenberg-Preis, benannt nach dem langjährigen Schatzmeister der Gesellschaft (Bankier), für die beste wissenschaftliche Arbeit auf dem Gebiet der Geisteswissenschaften (Ruhr-Universität Bochum, Jahrbuch 1974, S. 7-8 und S. 174-177). Seit 1971 besteht innerhalb der Gesellschaft der Freunde der Ruhr-Universität ein "Gesprächskreis Forschung und Industrie", aus dem heraus schließlich 1975 die Kontaktstelle für den Informationstransfer zwischen Universität und Industrie erwuchs. In einem von Bund und Land finanzierten Modellversuch, dem ersten in der Bundesrepublik Deutschland überhaupt, sollen neuartige Methoden des Informationstransfers im Forschungsbereich zwischen der Hochschule und ihrer Umgebung erprobt werden. Die Kontaktstelle soll einen Beitrag zur schnelleren und besseren Umsetzung wissenschaftlicher Erkenntnisse in neue Produkte und Produktionsprozesse leisten und den Weg vom Forschungsergebnis bis zum Nutzen an ausgewählten Projekten konkret verfolgen und möglichst verkürzen. Dabei handelt es sich nicht um industrielle Auftragsforschung, sondern um sinnvolle Zusammenarbeit, von der auch kleinere Industriebetriebe ohne eigene Forschung profitieren sollen. Als erste Veranstaltung führte die Ruhr-Universität im November 1975 mit 60 Industrievertretern ein Symposium durch, bei dem über laufende Forschungsarbeiten informiert wurde.²⁸⁾

28) Vgl. "Symposium zum Informationstransfer" und "Kontaktstelle für Informationstransfer eingerichtet". In: RUB-aktuell, Ausgabe 31/75 vom 12. November 1975, S. 1 und 2; siehe auch Ausgabe Nr. 33/76 vom 30. Januar 1976, S. 4 und Ruhr-Universität Bochum, Jahrbuch 1966, S. 30.

Als Hochschule im größten deutschen Industriegebiet fühlt sich die Ruhr-Universität besonders zur Kooperation mit der Industrie, aber auch mit den industriellen Arbeitnehmern (vgl. Partnerschaftsabkommen mit der IG Metall) verpflichtet, um soziale Distanzen, Mißtrauen und Mißverständnisse abzubauen.

Eine in Essen entstandene Gesellschaft zur Förderung der Umwelt-Verfahrenstechnik fördert die u.a. zusammen mit Industriefirmen betriebene verfahrens- und energietechnische Forschung an der Universität Essen - Gesamthochschule (Gasreinigung, Filterbau), die langfristig der Kohle- und übrigen Energiewirtschaft zugutekommen soll.²⁹⁾

Schließlich plant das Land Nordrhein-Westfalen seit 1979 die Errichtung eines Innovationsförderungs- und Technologietransfer-Zentrums der Hochschulen des Ruhrgebietes (ITZ) mit Kontaktstellen in Dortmund, Bochum, Essen und Duisburg, das die bestehenden Ansätze zusammenfassen wird. Diese Einrichtung soll eine breite Zusammenarbeit zwischen der Wirtschaft und der Forschung im Ruhrrevier fördern. Langfristig erhofft man sich neue industrielle Impulse und damit Arbeitsplätze für die Hochschulstandorte und ihre Regionen.

Kritisch bleibt anzumerken, daß in der Gegenwart Bemühungen von Universitätsstädten um hochschulinduzierte Wirtschaftsbetriebe, die aus den Universitäten heraus entwickelt werden könnten, wenig aussichtsreich sind. Einmal scheuen sich auf Lebenszeit beamtete oder angestellte Wissenschaftler und Techniker, das wirtschaftliche Risiko eines selbständigen Gewerbetreibenden auf sich zu nehmen, wie dies zu Beginn der industriellen Gründerzeit in den angeführten Universitätsstädten noch möglich war. Zum anderen wird es vorgezogen, Erfindungen durch erprobte Firmen in den einschlägigen Innovationszentren ausführen zu lassen, wohin zudem - anders als vor 100 Jahren - die Kontaktaufnahme sehr viel leichter möglich ist (Reisen, Telefon). So haben z.B. Hochschulangehörige

aus Münster Geräte und Apparate entwickelt, ohne daß - zum Bedauern des örtlichen Dezerenten für Wirtschaftsförderung - diese Ideen in Arbeitsplätze am eigenen Standort hätten umgesetzt werden können.

3.3 Technische Hochschulen und Industrieförderung

Als Problem besonderer Art sei die Frage nunmehr angeschnitten, inwieweit Technische Hochschulen in besonderer Weise imstande waren, Auslöser und Anreger industrieller Impulse zu sein. Vielfach aus Gewerbeschulen mit der ausdrücklichen Aufgabe entstanden, die "vaterländische Industrie" zu fördern, waren sie zunächst teilweise an militärischen Bedürfnissen orientiert und haben selten ihrem Standort Anregungen gegeben oder einen lokalen Markt mit qualifizierten Arbeitskräften versorgt, sondern waren allenfalls auf eine Region orientiert. Der Präsident der Technischen Hochschule Darmstadt, H. BÖHME, hat sogar die Behauptung aufgestellt, sie hätten kaum technischen Folgenutzen gebracht und den Industrialisierungsprozeß ihrer Standortgemeinden nicht beschleunigt.³⁰⁾ Demgegenüber behauptete R. VÖLKEL, als er über die Umwandlung der "stillen Residenz" Darmstadt in eine lebhaftere Industriestadt berichtet: "Seit 1877 gibt die Technische Hochschule, die einzige Hessens, der Entwicklung Rückhalt und Auftrieb" (R. VÖLKEL 1968, S. 40). Ob allerdings die Industrie oder die technischen Dienststellen (Posttechnisches oder Fernmeldetechnisches Zentralamt) durch die Hochschule beeinflusst werden, wird nicht angeführt.³¹⁾ Auch für

30) H. BÖHME: Die Technischen Hochschulen in ihren Auswirkungen auf die Städte. Vortrag während einer Arbeitstagung des Südwestdeutschen Arbeitskreises für Stadtgeschichtsforschung am 13.11.1976 in Schwäbisch Gmünd. - Die unmittelbare Verbindung zum Militär war bereits beim Vorbild der 1794 gegründeten École Polytechnique in Paris gegeben und existiert noch in Brüssel.

31) Außer durch ein schon 1827 gegründetes großes Pharmaziewerk (Merck), mehrere metallverarbeitende Betriebe u.a. wird die Wirtschaft der Stadt heute durch verschiedene Verlage (u.a. Wissenschaftliche Buchgesellschaft) bestimmt, die Darmstadt zu einer der führenden Verlagsstätten Deutschlands haben werden lassen.

29) Presse-Informationen der Universität Essen-Gesamthochschule, Nr. 32/79 vom 14. August 1979.

Stuttgart gibt es kein Beispiel, daß die Entstehung von Industriebetrieben offenkundig mit der Existenz der Technischen Hochschule in Beziehung steht; wohl studierten hier die meisten württembergischen Unternehmensführer früherer Generationen, aber meist bereits Söhne von Firmengründern, die sich das Rüstzeug für die Führung des väterlichen Betriebes holen wollten (z.B. Paul Daimler, Ferdinand Graf von Zeppelin und Robert Bosch).³²⁾ Die Firma Bosch hat der TH Stuttgart sogar eine Stiftung vermacht, ohne daß eine direkte Verbindung zwischen Industrie und Hochschule zustandegekommen wäre. Das hochschuleigene Institut für Verbrennungsmotoren liegt allerdings im Ortsteil Untertürkheim nahe den Daimler-Benz-Werken. In Enschede wurde neuerdings die Ansiedlung eines Computer-Unternehmens durch die Existenz der TH Twente verursacht.

Eine Ursache für die mangelnde Kooperation zwischen Technischen Hochschulen und lokalen industriellen Auswirkungen mag darin liegen, daß im 19. Jahrhundert die Lehrstuhlinhaber teilweise nur Grundlagenforschung betrieben und wenig Praxisbezug hatten. Wichtig bleibt jedoch, daß die Ausbildung von Ingenieuren der regionalen Wirtschaft zugutekam und daß Firmen regelmäßig oder gelegentlich Forschungs- und Entwicklungsaufträge an Hochschulinsti-tute an Technischen Hochschulen vergeben, die heute bis zu 80% ihrer Finanzen durch Aufträge und Stiftungen erwirtschaften müssen (H. BÖHME 1976).

Häufiger haben lokale Industriebedürfnisse nicht nur zur Errichtung berufsbezogener Fachschulen,³³⁾ sondern sogar von Technischen Hochschulen oder vergleichbaren Instituten geführt. Bekannteste Beispiele sind die Bergakademie in Freiberg/Sachsen

und die heutige Technische Universität (ehemals Bergakademie) in Clausthal-Zellerfeld, deren Ausgangspunkte der Erzbergbau im Erzgebirge und Harz waren. Nach dem Zweiten Weltkrieg entstanden in der DDR spezialisierte Technische Hochschulen für Schwermaschinen- und Anlagenbau in Magdeburg und für Elektrotechnik in Ilmenau, deren Ursprung die gleichartigen Industrieschwerpunkte dieser Räume sind. In diesen Fällen sind - ähnlich wie bei der Fakultät für Schiffsbau in Rostock, der (Elektro-) Technischen Fakultät in Erlangen oder auch der Fakultät für Brauwesen und Lebensmitteltechnologie der TU München in Freising-Weihenstephan - nicht die Hochschulen Auslöser industrieller Impulse geworden, sondern haben wirtschaftsstrukturelle Prägungen bestimmter Standorte und ihres Umlandes zu gleichartigen Lehr- und Forschungsschwerpunkten neuer Hochschulen bzw. Fakultäten geführt.

Die in Industriestädten errichteten, auf die örtliche Wirtschaftsstruktur bezogenen Hochschulen und Fakultäten haben allerdings nach ihrer Gründung wichtige Beiträge für die örtliche und regionale Industrieförderung geleistet. Dies gilt besonders für die Hochschulen in der DDR, auf deren jüngste Entwicklung bei der Darstellung der Universität Jena bereits eingegangen wurde. Wesentlich ist die enge Verflechtung zwischen den Universitäten und Technischen Hochschulen sowie kooperierenden Betrieben, auf deren Produktion hin die Forschungskapazität ausgerichtet ist. Ist dies in Jena - im Rahmen eines auch in der DDR einzigartigen Vertrages³⁴⁾ - der wissenschaftliche Gerätebau, so begründeten die anderen Hochschulen folgende Spezialforschungsstätten: die TH Magdeburg für Schwermaschinen- und Anlagenbau sowie Chemieanlagenbau, die TU Dresden für elektronische Datenverarbeitungssysteme, die TH Ilmenau für Elektronik und Elektro-

32) Siehe P. GEHRING 1965, S. 36f.; freundliche briefliche Mitteilung von Herrn Dr. Reinhard GROTZ, Stuttgart.

33) Genannt seien die Fachhochschulen für Textilwesen in Krefeld, Mönchengladbach oder Reutlingen, die aus einer Uhrnfachschule entstandene Fachhochschule für Feingerätetechnik und Elektronik in Furtwangen/Schwarzwald oder die auf eine Werkkunstschule für Goldschmiede zurückgehende Fachhochschule für Gestaltung in Schwäbisch Gmünd.

34) Die Universität Jena hat seit 1968 einen Partnerschaftsvertrag mit dem VEB Carl Zeiss und darin u.a. vereinbart, daß ganze Studienabschnitte in den Betrieb verlegt werden; die anderen DDR-Hochschulen haben sich nicht auf eine Firma beschränkt, sondern Verträge mit mehreren Kooperationspartnern abgeschlossen.

technik, die TH Karl-Marx-Stadt für Hochpolymerenchemie und die Universität Rostock für Schiffsbau, See- und Hafengewirtschaft. Die Initiativfunktion der Wissenschaft insbesondere in den technischen Fachrichtungen soll dabei der ökonomischen Perspektivplanung Impulse geben und damit die örtliche, regionale und zugleich staatliche Wirtschaft fördern (M. USKO 1974, S. 27 und S. 29).

Schließlich ist noch darauf hinzuweisen, daß durch Hochschullehrer an den Standorten von Technischen Hochschulen, Technischen Universitäten und ingenieurwissenschaftlichen Fakultäten bzw. Fachbereichen gelegentlich als Dienstleistungsfirmen private Ingenieurbüros verschiedenster Ausrichtung errichtet wurden. Branchen-Fernsprechbüchern konnte entnommen werden, daß es sich dabei um Ingenieursozietäten oder Planungsbüros für konstruktiven Ingenieurbau, Baustatik, Verfahrenstechnik, Architektur, Stadt- und Verkehrsplanung, Orts-, Landes- und Landschaftsplanung sowie für Vermessungswesen und Bauphysik handelt.³⁵⁾ So betreiben allein in Stuttgart 17 Professoren allein oder mit Partnern Architekturbüros, 5 spezielle Ingenieurbüros und einer eine Arbeitsgemeinschaft für Forschung und Beratung in der Orts- und Regionalplanung.³⁶⁾ Es bleibt allerdings unklar, inwieweit es sich bei ihnen um hauptberuflich Lehrende an der dortigen Universität (TH) oder an Fachhochschulen handelt oder aber um sog. Freie Architekten und beratende Ingenieure, die nebenberuflich als Lehrbeauftragte (Honorarprofessoren) an Hochschulen tätig sind.³⁷⁾ Es muß insgesamt

jedoch betont werden, daß die Anzahl der von Professoren betriebenen Dienstleistungsfirmen relativ gering ist im Verhältnis zur Gesamtzahl der entsprechenden Unternehmen.³⁸⁾

Von den an den Gesamthochschulen und Fachhochschulen Nordrhein-Westfalens tätigen Hochschullehrern und Fachhochschullehrern unterhielten im Jahre 1979 19 freiberufliche Architektur- und Statikerbüros, 11 weitere waren an Büros beteiligt. Entsprechende Daten für Universitäten und Technische Hochschulen liegen nicht vor.³⁹⁾

35) Amtliche Branchen-Fernsprechbücher 1976/77 Nr. 1 (Berlin), 5 (Hannover), 6 (Braunschweig), 18 (Kaiserslautern), 19 (Karlsruhe), 20 (Stuttgart), 22 (Erlangen), 25 (München), 31 (Dortmund), 34 (Aachen), 36 (Darmstadt) und 39 (Bochum).

36) Auswertung des Amtlichen Branchen-Fernsprechbuches Nr. 20 (Stuttgart), 1976/77, S. 22-24, S. 200-202 und S. 352.

37) Nur bei drei Stuttgarter Architekturbüros konnte anhand eines leider schon älteren Vorlesungsverzeichnisses (SS 1972) festgestellt werden, daß ihre Inhaber Lehrstuhlinhaber an der Universität Stuttgart (TH) sind.

38) Neben Ingenieurwissenschaftlern mit eigenen Büros gibt es vereinzelt auch Hochschullehrer der Medizin, die Stadtpraxen unterhalten.

39) Umfrage des Ministers für Wissenschaft und Forschung des Landes Nordrhein-Westfalen über nebenberufliche Tätigkeiten von Hochschullehrern (Kleine Anfrage 1626, Drucksache 8/4076 vom 7.2.1979; Antwort vom 29.5.1979).

4. Universitätsverbundene Institutionen

Die Existenz wissenschaftlicher Hochschulen führt vielfach zur Errichtung weiterer studien- oder forschungsorientierter Folgeeinrichtungen, die das örtliche Studien- und Hochschulangebot ergänzen oder sogar selbst Imageträger der Hochschulstadt werden. Derartige Einrichtungen können ergänzende oder fördernde Faktoren der Forschung und/oder Lehre werden, die von Studierenden oder Lehrenden in Anspruch genommen werden und vor allem mit ihren Arbeitsplätzen, daneben aber auch mit ihren Haushaltsmitteln einen beachtlichen Wirtschaftsfaktor darstellen.

Insbesondere sei in diesem Zusammenhang auf hochschulverbundene Einrichtungen wie Universitätsbauämter (Staatshochbauämter der Universitäten) und Studentenwerke (in Bochum Akademisches Förderungswerk) hingewiesen, daneben aber auch auf verschiedenste Prüfungsämter, Studienbüros, Studentengemeinden, Universitätskindergärten und -tagesstätten oder Freundes- und Förderergesellschaften von Universitäten, die sämtlich an einer Ansiedlung in Hochschulnähe interessiert sind.

4.1 Exkurs: Garnisonen

Im historischen Rückblick sei mit dem Militär zunächst eine ungewöhnliche Universitätsfolgeeinrichtung genannt, auf deren Existenz O. HÜROLDT aufmerksam gemacht hat, obwohl heute - mit Ausnahme von Ulm - keinerlei funktionale Beziehungen mehr bestehen.

Trotz zahlreich belegter Spannungen zwischen Studentenschaft und Militär¹⁾ "haben sich spätestens in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts Universitäten und Städte gemeinsam um eine Garnison und zwar möglichst

1) In den Residenz- und Garnisonstädten München (vor 1826), Bayreuth und Hannover waren Hochschulen lange unerwünscht, weil man Auseinandersetzungen zwischen Hof, Militär und Patriziern sowie den Studenten vermeiden wollte. Größere Auseinandersetzungen fanden u.a. in Bonn, Jena und Gießen statt.

eine Infanterie-Einheit bemüht, um den Studenten die Ableistung ihrer militärischen Dienstpflicht während des Studiums zu ermöglichen. Da die sog. Einjährig-Freiwillige Dienstzeit ähnlich kostspielig wie ein Studienjahr, ein normaler dreijähriger Dienst für Angehörige der Bürgerschicht neben der Zeitfrage auch aus gesellschaftlichen Gründen unmöglich war, liegt es auf der Hand, daß die Kombinierung von Dienstpflicht und Studium für die Wahl des Studienortes entscheidend sein konnte. So ist es nicht verwunderlich, daß alle 19 Universitätsstädte des Deutschen Reichs im Laufe des 19. Jahrhunderts eine Garnison erhalten haben, deren wirtschaftliches Gewicht man vor allem in der ersten Hälfte des Jahrhunderts nicht unterschätzen darf" (D. HÜROLDT 1976, S. 59-60).²⁾

Für Standorte von Technischen Hochschulen war insofern eine andere Situation gegeben, da diese Hochschuleinrichtungen überwiegend militärischen Bedürfnissen ihren Ursprung verdanken und demzufolge Garnisonen meist schon vorher existierten.

Die aufgezeigten funktionalen Bezüge zwischen Studium und Militärdienst spielen in der Bundesrepublik Deutschland heute keine Rolle mehr.

4.2 Studienkollege, Universitätsschulen und andere Hochschulen

In zahlreichen Universitätsstädten existieren in unmittelbarer Nachbarschaft der Universität sog. Studien-Kollege. Sie haben die Aufgabe, in einer Art einjährigem Vorstudium ausländische Studenten ohne als gleichwertig anerkanntes Abitur zur deutschen Hochschulreife zu führen und ihnen in Intensivkursen in Sprachlabors Grund-

2) Nach 1850 erhielten folgende Universitätsstädte eine Garnison: Freiburg 1866, Jena und Gießen 1867, Erlangen 1868, Tübingen 1871 und Heidelberg 1881. 1886/87 standen 5,13% aller preußischen Studenten im aktiven Dienst (D. HÜROLDT 1976, S. 59). Universität und Stadt Bonn haben sich in Wahrung gemeinsamer Interessen fast 50 Jahre um die Stationierung einer für Wehrpflichtige "preiswerten" Infanterie-Einheit bemüht (D. HÜROLDT 1969, S. 62-66).

kennnisse der deutschen Sprache und auch Kultur zu vermitteln. Derartige staatliche Studienkollege existieren in Nordrhein-Westfalen z.B. in Aachen, Köln und Münster; ein privates, vom Ökumenischen Studienwerk der Evangelischen Landeskirche Westfalen getragenes Studienkolleg mit Wohnheim und Ehepaarwohnungen für Studenten aus Entwicklungsländern liegt unweit der Bochumer Universität im Ortsteil Steinkuhl.³⁾

Als universitätseigene Einrichtungen ungewöhnlicher Art sind die von dem Pädagogen Hartmut von HENTIG initiierten beiden Schulen der Universität Bielefeld anzusehen, eine sog. Laborschule und ein Oberstufenkolleg, die am 9. September 1974 ihren Unterricht aufnahmen. Als ungewöhnliche Versuchsschulen des Landes Nordrhein-Westfalen sollen sie durch unmittelbare Berührung zwischen pädagogischer Praxis und Theorie zu konkreter Bildungsreform beitragen. Die Laborschule ist eine zur mittleren Reife führende Gesamtschule für 660 Schüler. Auf der mittleren Reife baut das Oberstufenkolleg auf, das eine Mischung von Ganztags-Schule und Universität für insgesamt 800 Kollegiaten darstellt. Diese sollen in voller Selbstverantwortung ihre Kurse wählen und neben bestimmten obligatorischen Unterrichtsstunden selbständig bestimmte wissenschaftliche Materialien in einer vierjährigen Kollegzeit erarbeiten. Sie absolvieren damit nach den Zielvorstellungen des Modellversuchs bereits einen Teil der Universitätsausbildung und sollen auf ihr späteres Studium vier Semester (Grundstudium) angerechnet bekommen. Die Unterrichtung erfolgt durch Lehrer und teils auch durch Hochschullehrer, die den Unterrichtsablauf und -erfolg erforschen und kontrollieren sollen, so daß die Schulen zugleich Aufgaben als Curriculum-Werkstätten erfüllen. Beide Einrichtungen liegen unmittelbar auf dem Universitätsgelände zwischen Hauptgebäude und Aufbau- und Verfügungszentrum.⁴⁾

Hier sei jedoch nicht verschwiegen, daß zwischen den Hochschulen des Landes Nord-

3) In Baden-Württemberg sind die Studienkolleg-Besucher in den Zahlen der Studenten enthalten, in anderen Bundesländern nicht.

rhein-Westfalen, dem Ministerium für Wissenschaft und Forschung und dem Oberstufenkolleg Bielefeld in den Jahren 1978 und 1979 erhebliche Spannungen auftraten, weil das Reformvorhaben (Verbindung zwischen schulischer Allgemeinbildung und spezialisiertem Studium im Rahmen eines den Bereich der Sekundarstufe II und des Grundstudiums umfassenden einheitlichen Ausbildungsganges) offensichtlich inhaltlich und rechtlich zu wenig abgesichert war.⁵⁾

In Anlehnung an amerikanische oder japanische Campus-Universitäten finden sich vielfach Colleges mit sehr unterschiedlicher Aufgabenstellung. Gelegentlich auch als Junior Colleges oder in Japan short-time-universities bezeichnet, haben sie oft den Charakter von Universitäts-Präparandenschulen. Nicht gemeint sind in diesem Zusammenhang jene Colleges in Großbritannien oder den USA, die bei räumlicher Zersplitterung einer Großuniversität den Charakter halbautonomer Teilhochschulen haben (für die Universität von Kalifornien vgl. H.J. AMINDE 1971, S. 173).

Auf ehemaligem Gelände der Ruhr-Universität, das jedoch inzwischen abgetreten worden ist, liegt die mittlerweile 2.000 Schüler zählende Gesamtschule Bochum, jedoch ohne funktio-

4) Die Schulen der Universität Bielefeld beginnen Unterricht. In: Universität Bielefeld. Informationen. Bielefelder Uni-Zeitschrift. Nr. 10/74 vom 23.8.1974, S. 3-4; Presse- und Informationsamt Nordrhein-Westfalen: Pressemitteilung Nr. 120/3/76 vom 17.3.1976.

5) Das Rektorat der Universität Münster weigerte sich z.B. mangels vergleichbarer Leistungen, wegen eines eklatanten Verstoßes gegen die Gleichbehandlung der Studienbewerber und wegen Verletzung der Autonomie der Hochschule, Bielefelder Kollegiaten bevorzugt zu immatrikulieren (insbesondere im Numerus-clausus-Fach Medizin). Daraufhin erfolgte durch ministeriellen "Selbsteintritt" eine Ersatzvorkehrung durch Einschreibung in das dritte Fachsemester. Der von den verschiedenen Seiten sehr unterschiedlich dargestellte Sachverhalt wird bedauerlicherweise auf dem Rücken der Kollegiaten ausgetragen. - Vgl. u.a. Presse- und Informationsamt Nordrhein-Westfalen: Pressemitteilungen Nr. 3/1/78 vom 4.1.1978 und 79/2/79 vom 14.2.1979 und Nachrichten & Berichte der Universität Münster, Ausgabe vom 26.4.1979, S. 9.

nale Zuordnung. Die Universität war ursächlich an der Errichtung der Gesamtschule beteiligt. So hatten Rektorat und Institut für Pädagogik zum Ausdruck gebracht, daß sie an der Schule interessiert seien, weil sie zur schulischen Versorgung der neuen Universitätswohnstadt beitragen und zugleich als Modell- und Versuchsschule dienen könne.⁶⁾ Zwar gehörten vier Hochschullehrer (zwei Pädagogen, ein Psychologe und ein Soziologe) dem Planungsbeirat und auch dem Strukturausschuß der Gesamtschule an; letzterer wurde sogar von einem Pädagogik-Professor der Ruhr-Universität Bochum geleitet (Stadt Bochum 1970, S. 85), über die Beteiligung an planerischer Vorarbeit hinaus ist jedoch eine wissenschaftliche Begleitung nicht zustande gekommen. Wohl gibt es einige persönliche Kontakte von Lehrern mit Hochschuldidaktikern der Universität.⁷⁾

Im Zuge der Entwicklung zur Gesamthochschule bzw. zu Hochschulverbänden werden zunehmend in der Nähe von Universitäten auch andere Hochschulen errichtet. So sind auf den Campusflächen der Ruhr-Universität die Gebäude der Fachhochschule Bochum bzw. der Universität Dortmund der Neubau der Pädagogischen Hochschule Ruhr, Abteilung Dortmund, entstanden. Auf dem Campus der Universität des Saarlandes in Saarbrücken ist zugleich eine Staatliche Sportschule untergebracht. Die Universität Regensburg wurde auf einem Gelände gebaut, an das der Standort der Pädagogischen Hochschule (heute Erziehungswissenschaftliche Fakultät der Universität) unmittelbar an-

6) M.Th. JENKEWITZ 1978, S. 10-12. In einer vom Verfasser betreuten Examensarbeit hat sich M.Th. JENKEWITZ insbesondere mit dem regionalen und sozialen Einzugsbereich sowie der Erreichbarkeit der Gesamtschule beschäftigt. Als Angebotsschule für das gesamte Stadtgebiet zählte die Gesamtschule Bochum im Schuljahr 1972/73 95,5%, im Schuljahr 1976/77 84,6% Fahrschüler (Schulweglänge 3,5 km und länger); wachsende Anteile der Schüler aus den unmittelbar angrenzenden Wohnbereichen deuten jedoch darauf hin, daß sie zunehmend auch für die Universitätswohnstadt an Bedeutung gewinnt (ebd., S. 89f.).

7) Nach freundlicher Auskunft des Schulleiters, Herrn Oberstudiendirektor Bruno POMPLUN. - Eine institutionalisierte Zusammenarbeit besteht mit einer Zentralstelle des Landes Nordrhein-Westfalen an der Pädagogischen Hochschule Dortmund.

schließt. Der Neubau der Pädagogischen Hochschule Westfalen-Lippe, Abteilung Münster, Fachbereiche der Fachhochschule und das naturwissenschaftliche Zentrum der Universität entstanden in räumlicher Nachbarschaft. Neuerdings ist das Fach Physik der Pädagogischen Hochschule sogar in einem Gebäude der Universität (Institutsgruppe I) untergebracht worden.

Derartige Kontaktlagen sind sinnvoll, da durch sie nur ein "Sondergebiet Hochschule" entsteht und die Folgeeinrichtungen Mensa, Zentralbibliothek, Sportanlagen u.a. von den Studierenden unterschiedlicher Hochschularten gemeinsam genutzt werden können. Sie dienen außerdem der wünschenswerten Kooperation der Hochschulen, die ja durch "Integrationsgesetze" großenteils auf eine andere rechtliche Grundlage gestellt wird.

4.3 Kooperierende Krankenanstalten und andere medizinische Einrichtungen

Zu den bekanntesten universitätsverbundenen Einrichtungen gehören sicherlich die mit Universitätskliniken kooperierenden Krankenanstalten und andere medizinische Einrichtungen. In diesem Zusammenhang ist weniger an akademische Lehrkrankenhäuser gedacht, über die an anderer Stelle noch zu sprechen sein wird,⁸⁾ sondern an Kliniken, die die direkte räumliche Nachbarschaft von hochschuleigenen medizinischen Forschungs- und Ausbildungsstätten suchen.

Als eindringlichstes Beispiel sei auf die Situation der Universität Ulm hingewiesen, die 1967 als Medizinisch-Naturwissenschaftliche Hochschule gegründet worden ist. Unmittelbar auf dem Hochschulgelände (Nordteil) auf dem Oberen Eselsberg wurden hier eine Blutbank des Deutschen Roten Kreuzes, ein Bundeswehrlazarett (600 Betten), ein Chirurgisch-Orthopädisches Rehabilitationszentrum und mehrere kleinere Kliniken angesiedelt, die alle den wissenschaftlichen Kontakt mit der Universität suchen.⁹⁾ Ins-

8) Siehe Kapitel V, Abschnitt 3.5.

9) H.W. HENRICH 1969, S. 46-54 und mündliche Auskünfte von Herrn Karl FOOS, Oberregierungsbaurat im Universitätsbauamt Ulm.

besondere war seinerzeit auch der Ulmer Gründungsrektor sehr bestrebt, "mit Hilfe aggregierter Institutionen" die reduzierte Bettenkapazität des Universitätsklinikums (von 2.800 auf 1.200) wieder zu erhöhen. Durch die Einbeziehung des Bundeswehrkrankenhauses in die Universität Ulm werden die klinischen Ausbildungsmöglichkeiten der Hochschule vergrößert, zugleich aber auch Aus-, Weiter- und Fortbildung für das Sanitätspersonal der Bundeswehr verbessert.¹⁰⁾

Die räumliche Nachbarschaft zwischen Universitätsklinikern und anderen Krankenhäusern muß indessen keineswegs zur Zusammenarbeit führen, wie sich am Beispiel Köln zeigen läßt. Das 1902 weit außerhalb der Kölner Altstadt in Lindenthal errichtete Evangelische Krankenhaus, in dessen Nachbarschaft zusehends neue Universitätsklinikern heranwachsen, ist heute inmitten des Hochschulkomplexes eine Art Fremdkörper, der sich deutlich abgrenzt. Bei der Anlage eines Fußwegenetzes durch das Hochschulgelände war es nicht einmal möglich, einen Studentenweg über das Krankenhausbaugelände zu führen, vielmehr mußte dieser in einen Einschnitt gelegt und mit einer Unterführung unter einem Krankenhausinternen Verbindungsweg hergeführt werden.¹¹⁾

Der Landschaftsverband Rheinland hat 1974 in Essen auf einer 1,17 ha großen Eigenfläche inmitten des Universitätsklinikums ein hochmodernes Psychiatrisches Landeskrankenhaus eröffnet (210 Betten), dessen Integration in das Klinikum der Gesamthochschule Essen offensichtlich ist; er un-

terhält ferner räumlich getrennte gleichartige Einrichtungen u.a. in Bonn und Düsseldorf-Grafenberg, die mit den jeweiligen Hochschulkliniken kooperieren.¹²⁾

In Bochum plant der Landschaftsverband Westfalen-Lippe nordwestlich der Universität die Errichtung eines Fachkrankenhauses für Psychiatrie (410 Betten), das im Winkel von Universitäts- und Oesterende-Straße errichtet wird und ursprünglich in Absprache mit dem Land in das hochschuleigene Bochumer Klinikum integriert werden sollte.¹³⁾ Umstritten waren und sind zwei weitere, in angeblicher Zuordnung zu den Universitätsklinikern vorgesehene Einrichtungen: Das Land selbst möchte, gleichfalls auf dem Hochschulgelände, östlich der Universität auf dem Nordabhang des Kalwes ein Haftkrankenhaus mit 360 Betten (11geschossig!) und eine Sozialtherapeutische Anstalt mit 260 Betten erstellen. Ein schon 1968 vom Rat der Stadt beschlossener entsprechender Bebauungsplan (Nr. 281) mußte jedoch wegen beabsichtigter zusätzlicher Flächenausdehnung der beiden Justizbauten 1974 neu ausgelegt werden (Nr. 281a) und erntete nunmehr lautstarke Kritik, die aus landesplanerischen Gründen insbesondere vom Grünflächenverein "pro grün" (D. SCHREIBER, L. FINKE und R.E. LOB 1974), aber auch von zahllosen Bewohnern der Universitätswohnstadt vorgebracht wurde. Die Notwendigkeit der Standortwahl wurde mit Bochums zentraler Lage in Nordrhein-Westfalen und mit der Möglichkeit einer interdisziplinären Betreuung der Strafgefangenen durch die Ruhr-Universität begründet (z.B. durch Psychologen, Soziologen, Neurologen und Neurochirurgen). In diesem Fall müßten die Justizbauten m.E. jedoch sinnvollerweise besser westlich der Universität unweit der Abteilungen für Medizin, Geistes- und Gesellschaftswissenschaften entstehen, nicht jedoch in der Nachbarschaft der Ingenieur- und Naturwissen-

10) Vgl. F.W. AHNEFELD 1971, S. 32-35. - Die Studentenschaft hatte sich lange in scharfer Form gegen die weitgehende Integration des Bundeswehrlazaretts in die Universität Ulm ausgesprochen. Siehe uni ulm intern, Nr. 15 und insb. Nr. 16 vom 30.12.1971, S. 20f.

11) Nach Mitteilungen des Staatshochbauamtes für die Universität Köln. - Der Träger des Evangelischen Krankenhauses war seit 1929 beunruhigt, als die Stadt Köln erstmals einen Plan veröffentlichte, der einen Weg mitten durch das krankenhauseigene Gelände von der Neuen Universität zu den Universitätsklinikern der Lindenburg vorsah. Siehe "50 Jahre Evangelisches Krankenhaus Köln 1902-1952", 1952, S. 22 und S. 24.

12) Freundliche Auskünfte von Herrn Regierungsbaudirektor WOLTER, Staatliche Bauleitung für das Klinikum Essen.

13) Die Planungen gehen bereits auf die frühen 70er Jahre zurück (vgl. Westdeutsche Allgemeine Zeitung, Ausgabe Bochum, vom 26.7.1972 und 9.4.1975) und wurden trotz Streichung des Klinikums am 2.2.1979 erneuert (Beschluß des Landesausschusses des Landschaftsverbandes).

schaften am Kalwes. Hier verfügt das Land zwar noch über unbebaute Universitätsflächen, die aber als Naherholungsgebiete im bereits vorwiegend zerstörten Regionalen Grünzug Ülbachtal erhalten bleiben sollten, nachdem mit der Universität, der Fachhochschule und der Hústadt eine extrem starke Verdichtung bereits vorliegt.¹⁴⁾ Der Rat der Stadt Bochum hat trotz aller Bedenken dem Bebauungsplan 281a am 19.12.1974 mehrheitlich zugestimmt, da man nach dem Erhalt der Ruhr-Universität 1961 versprochen habe, dem Land ein fairer Partner zu sein. Die Finanzkrise der öffentlichen Hand hat jedoch bewirkt, daß es - trotz vorgesehenen Baubeginns im Herbst 1975 - bis heute noch nicht zur Ausführung des Krankenhauskomplexes gekommen ist. Neuerdings bemüht sich das Justizministerium nur noch um eine Baugenehmigung für die Sozialtherapeutische Anstalt, während auf das Haftkrankenhaus offensichtlich verzichtet werden soll.¹⁵⁾

Echte kooperierende Krankenanstalten für die Ruhr-Universität Bochum sind dagegen nach Einführung des sog. "Bochumer Modells der klinischen Mediziner Ausbildung" die Berufsgenossenschaftlichen Krankenanstalten Bergmannsheil, die Landesfrauenklinik, die Landeskinderklinik, das St. Josef-Hospital und das Knappschaftskrankenhaus in Bochum sowie das Marienhospital in Herne; sie übernehmen praktisch die Funktion von Universitätskliniken mit dem Ziel einer frühzeitigen patientennahen Ausbildung. Investitionen, die für die Ausbildung der Studierenden notwendig werden (Um- und Ausbauten, Einrichtung), sowie den Krankenhäusern entstehende Kosten für Lehre und Forschung übernimmt das Land Nordrhein-Westfalen; dadurch erwachsen der Bauwirtschaft und anderen Wirtschaftszweigen zusätzliche Aufträge.

14) Siehe auch: Pro und contra um Pläne für das Haftkrankenhaus. In: Bochumer Illustrierte Zeitung (biz), 1. Jg., Nr. 11 vom 6.12.1974, S. 25-28; Bürgerversammlung. Kaum Lichtblicke für Kalwesbebauung. In: Westdeutsche Allgemeine Zeitung, Ausgabe Bochum, vom 7.12.1974.

15) Insgesamt beweist der geschilderte Sachverhalt, wie verhängnisvoll der Erwerb einer überdimensionierten Grundfläche für die Universität unter dem Vorwand einer sinnvollen Umlandplanung war.

4.4 Bibliothekarische und andere übergreifende Zentraleinrichtungen

Den Universitätsbibliotheken, auf deren Nutzung und Angebot an anderer Stelle eingegangen wird,¹⁶⁾ sind an einigen Hochschulen dadurch Sonderfunktionen zugewachsen, daß an sie regionale Zentralkataloge angegliedert sind. Als Nachfolger des unvollendeten, 1903 begonnenen Gesamtkataloges der preußischen Bibliotheken in Berlin, der 1936 zum Deutschen Gesamtkatalog erweitert und im Zweiten Weltkrieg zerstört wurde, entstanden in der BRD sieben Zentralkataloge, über die seit 1962 innerhalb einer Region der Leihverkehr der wissenschaftlichen Bibliotheken organisiert wird (Berlin, Hamburg, Göttingen, Köln, Frankfurt, Stuttgart, München).¹⁷⁾ Der Zentralkatalog für Niedersachsen befindet sich z.B. bei der Niedersächsischen Staats- und Universitätsbibliothek Göttingen (vgl. W. GRUNWALD 1968), derjenige für Nordrhein-Westfalen bei der Universitäts- und Stadtbibliothek Köln, an die ferner ein Bibliothekar-Lehrinstitut angegliedert ist. Weitere derartige staatliche Fachschulen existieren in München, Frankfurt, Hamburg und Berlin, eine Fachhochschule in Stuttgart, zwei kirchliche Bibliotheksschulen in Göttingen (evangelisch) und Bonn (katholisch).¹⁸⁾ Diese Institute sind meist großen Bibliotheken, nicht jedoch den Hochschulen direkt angeschlossen. In Köln existiert darüber hinaus seit 1973 das Hochschulbibliothekszentrum des Landes Nordrhein-Westfalen, dem Dienstleistungs- und Entwicklungsaufgaben insbesondere auf dem Gebiet der automatisierten Datenverarbeitung für Hochschulbibliotheken übertragen worden sind.¹⁹⁾ Als Arbeitsstätten und Großauftraggeber mit Buchkauf- und Zeitschriftenetats von mehr als 1 Mill. DM

16) Siehe Kapitel V, Abschnitt 3.2.

17) Vgl. H. LINDE 1970, Bd. 2, S. 73f. und 1971, Bd. 4, S. 27 (Karte der Leihverkehrsregionen).

18) Eine Ausbildung künftiger Bibliothekare erfolgt in Köln und München für den gehobenen und höheren Dienst, an den übrigen Standorten nur für den gehobenen Dienst.

19) Siehe Seite 244.

pro Jahr sind insbesondere die Bibliotheken mit Zentralkatalogen wichtige Wirtschaftsfaktoren für ihre Standortgemeinden.

Soweit Universitäten oder andere wissenschaftliche Hochschulen nicht über eigene wissenschaftliche, administrative und technische Dienstleistungen verfügen, müssen diese in Hochschul-Verbundsystemen gemeinsam genutzt werden. So wird z.B. das Rechenzentrum der Ruhr-Universität Bochum auch von der Universität Dortmund, dasjenige von Düsseldorf auch von der Universität Essen-Gesamthochschule mitbenutzt, und der Teilchenbeschleuniger in Bochum steht auch den Universitäten Münster und Dortmund zur Verfügung. Das Rechenzentrum am Faßberg in Göttingen-Nikolausberg wird von der Gesellschaft für Datenverarbeitung mbH Göttingen betrieben, deren Gesellschafter das Land Niedersachsen (für die Universität Göttingen) und die Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften e.V. sind.

4.5 Hochschulverbundene Institute, Dienststellen und Sonderforschungsbereiche

In mehr oder weniger enger Zuordnung zur Universität existieren in einigen Universitätsstädten der Bundesrepublik Institute besonderer Art, die im personellen und administrativen Bereich mit Hochschulen verbunden sind.

Als universitäre Ergänzungseinrichtung sei zunächst das Lehrinstitut für Russische Sprache ("Russikum") des Landes Nordrhein-Westfalen in Bochum angeführt, das 1972 gegründet und 1973 im ehemaligen Gästehaus der Ruhr-Universität eröffnet wurde. Es ist ein Ganztagsbetrieb mit Internatsunterbrin-

gung, der maximal 60 Teilnehmer (Studenten, Lehrer, Behördenbedienstete, sonstige Interessenten) für Intensivkurse unterschiedlicher Dauer und Niveaustufen aufnehmen kann (darunter auch Langzeitkurse über ein Semester hinweg). Das Land Nordrhein-Westfalen erbringt mit diesem in Obereinstimmung mit der Kultusministerkonferenz errichteten Institut, das einen Kooperationsvertrag mit dem Moskauer Puschkkin-Institut hat, eine Dienstleistung für alle Bundesländer. An den Kursen nehmen neben mehrheitlich anderen Interessenten auch Bochumer Studenten teil. Eine Zusammenarbeit mit der Ruhr-Universität (z.B. Institut für Sprachlehrforschung) ist gemäß Satzung möglich und erfolgt z.B. über deren Medienzentrale, die für den Unterricht Fernsehsendungen aufzeichnet; ein Austausch von Lehrenden findet z.Z. jedoch nicht statt. Die Ruhr-Universität ist für administrative und technische Dienstleistungen zuständig. Das Lehrinstitut ist als selbständige Einrichtung direkt dem Ministerium für Wissenschaft und Forschung unterstellt; der Minister hatte sich für Bochum als Standort entschieden, nachdem vorher auch verschiedene andere Hochschulorte im Gespräch waren.²⁰⁾

In den ersten fünf Jahren seines Bestehens haben am Russikum Bochum, das durch Dichterlesungen, Buchausstellungen und Filmveranstaltungen auch zunehmend zur Förderung des allgemeinen Kulturaustausches zwischen der Bundesrepublik und der Sowjetunion beigetragen hat, etwa 2.000 Absolventen an Sprachkursen teilgenommen.

Die Errichtung eines weiteren Landesinstitutes für Arabische, Chinesische und Japanische Sprache in Bochum ist vorgesehen und steht in engem Zusammenhang mit dem Forschungsschwerpunkt "Ostasienwissenschaften" an der Ruhr-Universität.

Lag beim ersten Beispiel lediglich eine administrative Verflechtung mit einer Uni-

19) Vgl. auch G. PFLUG 1975. Der Verfasser, damals Leiter des Kölner Hochschulbibliotheksentrums, war zuvor erster Direktor der Universitätsbibliothek Bochum, die 1963 als erste deutsche Bibliothek die elektronische Datenverarbeitung einsetzte. Er ist inzwischen Generaldirektor der Deutschen Bibliothek in Frankfurt/M., die 1947 als Nachfolger für die Deutsche Bücherei in Leipzig für den Bereich der westlichen Besatzungszonen gegründet wurde und ein Dokumentationszentrum aller deutschsprachigen Veröffentlichungen ab 1945 ist (seit 1969 Bundeseinrichtung).

20) Freundliche Auskünfte des ehemaligen Leiters des Lehrinstituts für Russische Sprache in Bochum, Herrn Hellmut KEUSEN und Presse- und Informationsamt der Landesregierung: Pressemitteilung 171/4/78 vom 27.4.1978, "Lehrinstitut für Russische Sprache des Landes Nordrhein-Westfalen in Bochum" 1974.

versität vor, so ist diese beim Forschungs- und Entwicklungszentrum für objektivierte Lehr- und Lernverfahren (FEoLL) in Paderborn weitergehend. Seine führenden Wissenschaftler sind zugleich Hochschullehrer der Gesamthochschule Paderborn. Das Zentrum widmet sich besonders Medien im Unterricht sowie Formen der Vermittlung. Überwiegend sind jedoch Medienzentren - so z.B. das Audiovisuelle Medienzentrum der Gesamthochschule Wuppertal und der Universität Essen-Gesamthochschule - in die jeweiligen Hochschulen integriert.

Als wissenschaftliches Dienstleistungszentrum besonderer Art wurde 1956 von den Ländern der Bundesrepublik Deutschland in Göttingen das Institut für den wissenschaftlichen Film (gem. GmbH) gegründet. Seine Aufgaben bestehen in der Herstellung und Veröffentlichung von Unterrichts- und Dokumentationsfilmen für die Wissenschaft, der Übernahme, Archivierung und Verbreitung geeigneten Filmmaterials fremden Ursprungs und der Mitwirkung an der Lösung von Forschungsaufgaben mit Hilfe filmischer Methoden. Das Institut ist mit technischen Einrichtungen sehr reichhaltig ausgestattet und besitzt ein Archiv von über 4.000 wissenschaftlichen Filmen. Es kooperiert mit Hochschullehrern der Universität Göttingen und anderer wissenschaftlicher Hochschulen und zählte 1974 rd. 100 Mitarbeiter (teils mit Lehraufträgen an der Universität).²¹⁾

Absolut hochschulunabhängig entstand 1971 in Dortmund das Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung des Landes Nordrhein-Westfalen (ILS), das im Geschäftsbereich des Ministerpräsidenten im Rahmen interdisziplinärer Zusammenarbeit praktische Entscheidungshilfen in den Bereichen Raum-

ordnung, Landesplanung, Stadtentwicklungsplanung und Bauleitplanung zu erarbeiten hat; die Fachaufsicht liegt beim Chef der Staatskanzlei als der zuständigen obersten Landesbehörde.²²⁾ Das Institut entstand in Dortmund, weil es einmal einen Beitrag zur Strukturverbesserung des östlichen Ruhrgebietes darstellen soll, zum anderen, weil an der Universität Dortmund eine interdisziplinäre Abteilung für Raumplanung begründet wurde, in der verschiedene ILS-Mitarbeiter auch Lehraufträge wahrnehmen.

Als großes hochschulunabhängiges Forschungsinstitut, das sich aus dem Verband einer Hochschule heraus entwickelt hat, sei das von Wilhelm WORTMANN begründete und heute von Clemens GEISLER geleitete Institut für Regionale Bildungsplanung - Arbeitsgruppe Standortforschung - GmbH in Hannover genannt (gegr. 1965, seit 1973 GmbH), das größtenteils vom Land Niedersachsen und vom Bund finanziert wird (vgl. Institut für Regionale Bildungsplanung 1976). In drei Abteilungen (Regionale Planung für den Primär-, Sekundar- und Weiterbildungsbereich, Regionale Hochschulplanung, Hochschulplanung im Rahmen der Stadtentwicklungsplanung) werden hier räumlich bezogene Forschungen und Planungen durchgeführt, die die Bildungspolitik in der Bundesrepublik sehr stark beeinflussen haben. Innerhalb des dem Bayerischen Staatsministerium für Unterricht und Kultus nachgeordneten Zentrums für Bildungsforschung in München (errichtet seit Herbst 1971) sind vier unabhängige Staatsinstitute und das Institut für Unterrichtsmitschau und didaktische Forschung der Universität München (Leitung: Alfons Otto SCHORB) vereinigt.²³⁾

Schließlich gibt es in verschiedenen Städten eine Anzahl selbständiger Kulturinstitute, die von sich aus den Kontakt zu Hochschulen

21) Informationsschrift des Instituts für den wissenschaftlichen Film (IWF) und freundliche schriftliche Auskünfte des Geschäftsführers, Herrn Dr. Albrecht LUTHARDT. Kunden des Instituts sind zu 50% Hochschulen und andere wissenschaftliche Institute, zu 30% Schulen und zu 20% weitere Interessenten; 70% der Lieferungen erfolgt ins Ausland, insbesondere nach Österreich, in die Niederlande, in die USA und nach Japan. Das Institut ist zugleich nationale Vertretung der Bundesrepublik in der Internationalen Vereinigung für den wissenschaftlichen Film.

22) Vgl. "Landes- und Stadtentwicklungsforschung des Landes Nordrhein-Westfalen. Tätigkeitsbericht des ILS 1975", 1976, S. 5-12.

23) Ohne Hochschulbezug besteht als drittes Bildungsforschungsinstitut in Stuttgart das dem Kultusministerium von Baden-Württemberg unterstehende, 1970 entstandene Institut für Bildungsplanung und Studieninformation (vgl. A. MAYR 1975, S. 198).

suchen und mit ihnen kooperieren, so das Französische, Italienische oder Japanische Kulturinstitut in Köln.

Einen direkten Hochschulbezug haben in manchen Hochschulstädten die sog. Institute an der Universität, die vollständig von außerhalb finanziert werden und für ihre Interessenten Forschungsaufgaben wahrnehmen. So gibt es an der Universität Köln nicht weniger als 15 derartige Institute - meist im Bereich der Wirtschaftswissenschaften - mit teilweise sehr speziellem Auftrag; ihre Leiter sind gleichzeitig Direktoren anderer Universitätsinstitute.²⁴⁾ Vergleichbare Institute vorzugsweise im Bereich Technik-Naturwissenschaften existieren an der Universität Stuttgart; sie sind teilweise eingetragene Vereine und werden teils auch von einer Institutsgemeinschaft der Universität Stuttgart e.V. getragen.²⁵⁾ In Stuttgart sind ferner staatliche Dienststellen in die Hochschule integriert und damit zur Zusammenarbeit mit ihr verpflichtet, so die Staatliche Materialprüfungsanstalt (MPA) mit verschiedenen Abteilungen im Fachbereich Energietechnik und die Amtliche Forschungs- und Materialprüfungsanstalt für das Bauwesen (FMPA Bauwesen, Otto-Graf-Institut) im

- 24) Gemäß Vorlesungsverzeichnis der Universität zu Köln für das SS 1974, S. 110-123, gibt es folgende Institute an der Universität zu Köln: Finanzwissenschaftliches Forschungsinstitut, Institut für Wirtschaftspolitik, Institut für Handelsforschung, Betriebswirtschaftliches Institut für Organisation und Automation, Energiewirtschaftliches Institut, Institut für Verkehrswissenschaft, Forschungsinstitut für Einkommenspolitik und Soziale Sicherung, Forschungsinstitut für Berufsbildung im Handwerk, Forschungsinstitut für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, Institut für Versicherungswissenschaft, Institut für Wohnungsrecht und Wohnungswirtschaft, Institut für Bankwirtschaft und Bankrecht, Institut für Energierecht, Institut für Rundfunkrecht und Institut für Verkehrsrecht.
- 25) Gemäß Vorlesungsverzeichnis der Universität Stuttgart für das SS 1972, S. 149ff., gehören zu den wissenschaftlichen Einrichtungen in Verbindung mit der Universität u.a. drei Forschungsinstitute der deutschen Textilindustrie, Forschungsinstitute für Kraftfahrwesen und Fahrzeugmotoren und für Uhren- und Feingeräte-technik, Institute für Pigmente und Lacke (e.V.), für Berufsbildung im Bauwesen (e.V.) und eine Marktforschungsgemeinschaft für Unternehmenspolitik.

Fachbereich Konstruktiver Ingenieurbau.²⁶⁾

Darüber hinaus entstanden, überwiegend in Zuordnung zu Universitäten, Dokumentationsstellen und auf bestimmte Schwerpunkte ausgerichtete fächerübergreifende Sonderforschungsbereiche (SFB), die jedoch meist in hochschuleigenen Räumen und seltener in angemieteten Gebäuden untergebracht sind. Als Beispiel der ersten Gruppe sei das Zentralarchiv für Hochschulbau erwähnt, das 1964 von der Kultusministerkonferenz als Dokumentationszentrum für Hochschulbauten und -planung errichtet und von der personellen Leitung her (Horst LINDE) an das Institut für Hochschulbau der Technischen Hochschule (heute Universität) Stuttgart angegliedert wurde.²⁷⁾ Seit 1969 existiert zudem mit Sitz in Stuttgart der für die Themenstellung der vorliegenden Untersuchung besonders relevante SFB 63 "Hochschulbau" der Deutschen Forschungsgemeinschaft, dem außer mehreren Stuttgarter Instituten auch andere aus Tübingen, Konstanz, Freiburg und Ulm sowie hochschulexterne Planungsämter angehören. Dem Zentrum I (Bildungsforschung) der Universität Konstanz ist der SFB 23 "Bildungsforschung" angeschlossen.

In Münster wurde auf Initiative von Heinz STOOB durch das interdisziplinäre Kuratorium für vergleichende Städtegeschichte mit maßgeblicher Hilfe von Bund, Land und Universität 1969 ein Institut für vergleichende Städtegeschichte gegründet. Mit dieser Einrichtung verbunden ist der SFB 164 "Vergleichende geschichtliche Städteforschung", in dem Vertreter unterschiedlicher Disziplinen der Universitäten Münster, Bochum, Essen, Bielefeld, Osnabrück und Hamburg sowie verschiedene Institutionen des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe zusammenarbeiten.²⁸⁾

26) Ebd., S. 85f. und S. 111.

27) Vgl. "Information". Hrsg. vom Zentralarchiv für Hochschulbau, H. 24, 1973, S. 3 (Mitteilungen) sowie u.a. H. LINDE 1969-1971 und Projektgruppe UNIFO 1971.

28) Vgl. Personal- und Vorlesungsverzeichnis der Universität Münster für das SS 1979, S. 116.- Zentrale Veröffentlichungen des Instituts sind der Deutsche Städteatlas (Teil des Europäischen Städteatlas), der Westfälische Städteatlas sowie Bibliographien und Buchreihen zur Städteforschung.

1977 gab es insgesamt 101 Sonderforschungsbereiche an 33 Hochschulen der Bundesrepublik; in ihnen waren rd. 5.000 Wissenschaftler tätig, von denen die Hälfte aus SFB-Mitteln finanziert wurde. Von 1968 bis 1976 wurden für Sonderforschungsbereiche, die vom Bund mit 75% und den Ländern mit 25% getragen werden, mehr als 1 Mrd. DM bereitgestellt (D. FUNK 1978, S. 47). 1978 war die Zahl der Sonderforschungsbereiche auf 106 angewachsen.²⁹⁾

Hingewiesen sei schließlich auf ein geplantes hochschulverbundenes Institut, das die Bundesrepublik als Konsequenz ihres 1978 erfolgten Beitritts zum sog. Antarktisch-Vertrag (Ziel: internationale Erforschung und friedliche Nutzung der Antarktis) zu errichten gedenkt: das Alfred-Wegener-Institut für Polarforschung. Als Sitz dieses deutschen Polarinstituts, in dem 30-100 Wissenschaftler tätig sein sollen, haben sich unter Hinweis auf ihre Küstenlage die Städte Kiel, Hamburg und Bremen/Bremerhaven beworben; unter Betonung ihrer seit 1957 vor allem im Institut für Geophysik vorhandenen einzigartigen Forschungsaktivitäten in der Polarforschung hat sich die Universität Münster angeboten. Während der Wissenschaftsrat Kiel den Vorzug gab, scheint die Bundesregierung aus wissenschaftspolitischen Gründen Bremen

29) Vgl. forschung. mitteilungen der DFG 3/79, S. 1.

An den Beispielhochschulen existieren u.a. folgende Sonderforschungsbereiche:
in Münster

SFB 7 Mittelalterforschung,
SFB 26 Raumordnung und Raumwirtschaft,
SFB 88 Teratologische Forschung und Rehabilitation Mehrfachbehinderter,
SFB 104 Mesenchymforschung,
SFB 164 Vergleichende geschichtliche Städteforschung,

in Bochum

SFB 20 Entwicklungspolitik und Entwicklungsforschung - Entwicklungsstrategien,
SFB 114 Biologische Nachrichtenaufnahme und -verarbeitung, Grundlagen und Anwendungen ("Bionach"),
SFB 162 Plasmaphysik Bochum/Jülich,

in Konstanz

SFB 23 Bildungsforschung,
SFB 99 Formale Sprachwissenschaft, insbesondere Textlinguistik,
SFB 138 Biologische Grenzflächen und Spezifität.

als Sitz des neuen Instituts wählen zu wollen, um der dortigen jungen Universität einen neuen Impuls geben zu können.³⁰⁾ Es wird deutlich, daß für die genannten Hochschulen sowie die sie unterstützenden Standortgemeinden und Länder das Polarforschungsinstitut - vermutlich im Hinblick auf ökonomische und öffentlichkeitswirksame Aspekte - eine sehr begehrte Einrichtung darstellt.

4.6 Forschungszentren

Das Image von Hochschulstädten wird außer durch die Universitäten nachhaltig auch durch leistungsfähige Forschungszentren bestimmt, die über eine beachtliche Mitarbeiterzahl und über einen großen Etat verfügen. Hierzu zählen in erster Linie die Institute der Max-Planck-Gesellschaft, sodann der Fraunhofer-Gesellschaft, der Deutschen Forschungs- und Versuchsanstalt für Luft- und Raumfahrt sowie anderer Großforschungsanlagen.

Die Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften e.V. (abgekürzt MPG), die im wesentlichen je zur Hälfte vom Bund und den Ländern finanziert wird, wurde 1948 in Göttingen gegründet. Hier hat sie auch heute noch ihren juristischen Sitz; die lange gleichfalls in Göttingen ansässige Generalverwaltung ist jedoch nach München verlegt worden. Die MPG ist die Nachfolgerin der 1910 in Berlin entstandenen Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften e.V., die durch Errichtung und Unterhalt vorwiegend naturwissenschaftlicher Institute hervorragenden Gelehrten Gelegenheit zur Forschung ohne gleichzeitige Verpflichtung zur Hochschullehre geben wollte.³¹⁾ In drei Sektionen (Biologie-Medizin, Chemie-Physik-Technik, Geisteswissenschaften) existierten 1976 nach einer Neuorganisation insgesamt (ohne Außenstellen) 53 Institute, Forschungsstellen und Projektgruppen der MPG (vgl. Abb. 24),

30) Nach verschiedenen Presseberichten und Mitteilungen der Deutschen Universitätszeitung 1979.

31) Siehe Seite 248.

in denen rd. 8.000 Mitarbeiter tätig waren, darunter 2.100 Wissenschaftler (R. GERWIEN 1976, S. 9ff.).

Bis auf sechs Ausnahmen liegen heute alle Max-Planck-Institute in Universitätsstädten oder in deren unmittelbarer Umgebung, davon allein 11 im Raume München (einschließlich Starnberg, Seewiesen, Garching und Martinsried), 5 in Heidelberg und seiner Nachbarschaft (Ladenburg) und je 4 in Göttingen, Berlin, Frankfurt und Tübingen. Das Haushaltsvolumen der MPG beträgt seit 1973 jährlich über 600 Mill. DM (ohne Sondermittel der DFG). Während die MPG-Institute durchschnittlich etwa 150 Mitarbeiter zählen, werden seit einigen Jahren zwei Groß-

forschungseinrichtungen unterhalten. Es sind das 1969 in Stuttgart gegründete Institut für Festkörperforschung mit 203 Mitarbeitern, das parallel zu den festkörperphysikalischen Aktivitäten der Kernforschungsanlage Jülich arbeitet, und das 1960 als selbständige GmbH gegründete und 1971 übernommene Institut für Plasmaphysik in Garching bei München mit nicht weniger als 1.100 Mitarbeitern; es ist das größte Max-Planck-Institut überhaupt. Die beiden Großforschungseinrichtungen werden jeweils zu 90% vom Bund finanziert (R. GERWIEN 1976, S. 15, 22, 74-76 und S. 87-90).

In den Beispielorten gibt es folgende Max-Planck-Institute (MPI):

Tab. 34: Max-Planck-Institute in Göttingen und Köln

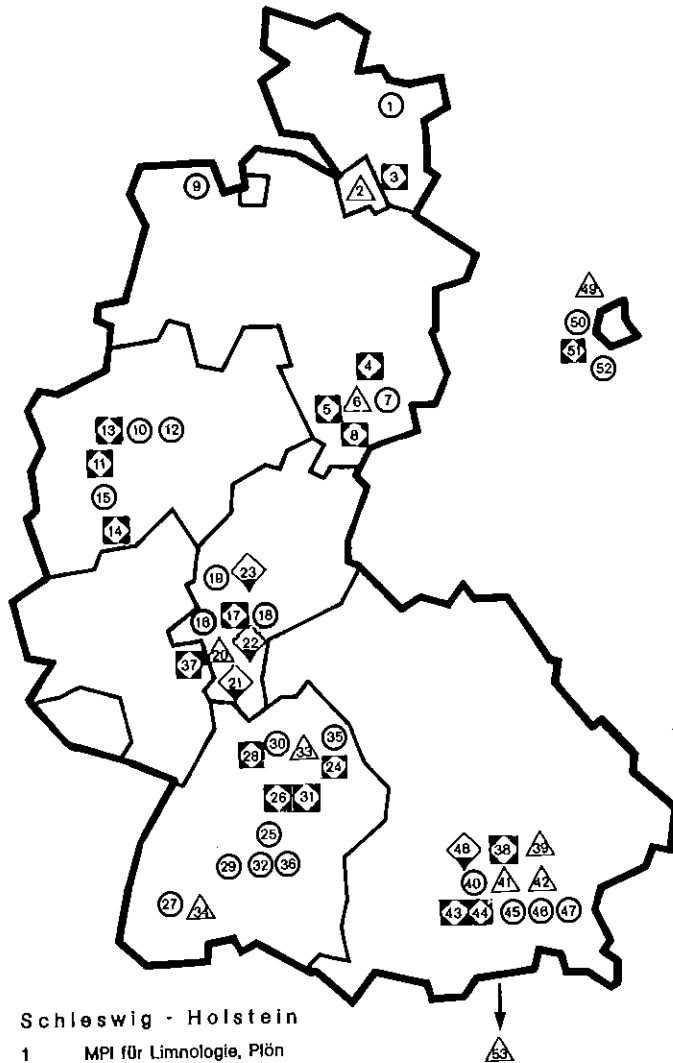
Institut	Mitarbeiter		Gäste und Stipendiaten
	insgesamt	davon Wissenschaftler	
a) Göttingen			
MPI für experimentelle Medizin (6 Abteilungen und eine Forschungsstelle)	205	51	55
MPI für biophysikalische Chemie, Karl-Friedrich-Bonhoeffer-Institut (11 Abteilungen)	370	91	110
MPI für Strömungsforschung (5 Abteilungen)	148	40	66
MPI für Geschichte	32	18	4
Gesellschaft für Datenverarbeitung (MPG/Universität)	50	15	1
Insgesamt	805	215	236
b) Köln			
MPI für Züchtungsforschung, Erwin-Baur-Institut (2 Abteilungen und eine Arbeitsgruppe)	150	21	-
Abt. für allgemeine Neurologie des MPI für Hirnforschung, Frankfurt	.	.	.

Quelle: Robert Gerwien, 1976, S. 50-52, 68-73, 91-93, 96-97, 104, 62-63 und S. 46.

31) Die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft wurde 1910 als Ausdruck des wachsenden Engagements der Wirtschaft in der Wissenschaftsförderung anlässlich des 100. Geburtstags der Universität Berlin vom Kaiser als Stiftung errichtet. Sie

sollte helfen, daß Deutschland im internationalen Wettkampf um den technisch-wissenschaftlichen Fortschritt in der Spitzengruppe verblieb. Die Nobelpreise deutscher Wissenschaftler in den folgenden Jahren bestätigten die Richtigkeit dieser Entwicklung.

Abb. 24
Die Institute der
Max-Planck-Gesellschaft
nach Sektionen



- Biologisch - Medizinische Sektion
- ◻ Chemisch - Physikalisch - Technische Sektion
- △ Geisteswissenschaftliche Sektion
- ◇ Sonstige

Schleswig - Holstein

1 MPI für Limnologie, Plön

Hamburg

- 2 MPI für ausländisches und internationales Privatrecht, Hamburg
- 3 MPI für Meteorologie, Hamburg

Niedersachsen

- 4 MPI für Aeronomie, Lindau/Harz
- 5 MPI für biophysikalische Chemie, Göttingen
- 6 MPI für Geschichte, Göttingen
- 7 MPI für experimentelle Medizin, Göttingen
- 8 MPI für Strömungsforschung, Göttingen
- 9 MPI für Zellbiologie, Wilhelmshaven

Nordrhein - Westfalen

- 10 MPI für Arbeits- und Systemphysiologie, Dortmund
- 11 MPI für Eisenforschung GmbH, Düsseldorf
- 12 MPI für Ernährungsphysiologie, Dortmund
- 13 MPI für Kohlenforschung, Mülheim/Ruhr
- 14 MPI für Radioastronomie, Bonn
- 15 MPI für Züchtungsforschung, Köln

Hessen

- 16 MPI für Biophysik, Frankfurt
 - 17 Gmelin - Institut für anorganische Chemie und Grenzgebiete, Frankfurt
 - 18 MPI für Hirnforschung, Frankfurt
 - 19 William G. Kerckhoff - Herzforschungs - institut, Bad Nauheim
 - 20 MPI für europäische Rechtsgeschichte, Frankfurt
 - 21 Institut für Dokumentationswesen, Frankfurt
 - 22 Zentralstelle für maschinelle Dokumentation, Frankfurt
 - 23 Kerckhoff - Klinik, Bad Nauheim
- Entwurf: A. Mayr, Kartographie: M. Michelka

Baden - Württemberg

- 24 MPI für Astronomie, Heidelberg
- 25 MPI für Biologie, Tübingen
- 26 MPI für Festkörperforschung, Stuttgart
- 27 MPI für Immunbiologie, Freiburg
- 28 MPI für Kernphysik, Heidelberg
- 29 MPI für biologische Kybernetik, Tübingen
- 30 MPI für medizinische Forschung, Heidelberg
- 31 MPI für Metallforschung, Stuttgart
- 32 Friedrich - Miescher - Laboratorium für biologische Arbeitsgruppen, Tübingen
- 33 MPI für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht, Heidelberg
- 34 MPI für ausländisches und internationales Strafrecht, Freiburg
- 35 MPI für Pflanzengenetik, Ladenburg ü. Heidelberg
- 36 MPI für Virusforschung, Tübingen

Rheinland - Pfalz

37 MPI für Chemie, Mainz

Bayern

- 38 Projektgruppe für Laserforschung, Garching
- 39 Projektgruppe für Sozialrecht, München
- 40 MPI für Biochemie, Martinsried b. München
- 41 MPI zur Erforschung der Lebensbedingungen der wissensch.-technischen Welt, Starnberg
- 42 MPI für ausländisches und internationales Patent-, Urheber- und Wettbewerbsrecht, München
- 43 MPI für Physik und Astrophysik, München
- 44 MPI für Plasmaphysik, Garching
- 45 MPI für Psychiatrie, München
- 46 Forschungsstelle für Psychotherapie und Psychopathologie, München
- 47 MPI für Verhaltensphysiologie, Seewiesen ü. Starnberg
- 48 Garching Instrumente GmbH, Garching

Berlin

- 49 MPI für Bildungsforschung, Berlin
- 50 MPI für molekulare Genetik, Berlin
- 51 Fritz - Haber - Institut, Berlin
- 52 Forschungsstelle Vennesland, Berlin

Rom

53 Bibliotheca Hertziana, Rom

Quelle: Informationen Bildung Wissenschaft, hrsg. vom Bundesminister für Bildung und Wissenschaft, Nr. 12/72 vom 16. 12. 1972, S. 172, erw.

Für das wissenschaftliche Ansehen und die Wirtschaft von Göttingen sind die Max-Planck-Institute von großer Bedeutung. Ein nach 1945 auf Göttingen und mehrere Standorte aufgeteiltes MPI für Hirnforschung ist inzwischen wieder aufgelassen und bis auf eine Abteilung in Frankfurt konzentriert worden; ein früher eigenständiges MPI für Spektroskopie ging in dem großen Bonhoeffer-Institut auf, das oberhalb der naturwissenschaftlichen Universitätsinstitute 1971 am Faßberg im Ortsteil Weende eröffnet wurde. Daß zwischen Max-Planck- und Universitätsinstituten zahlreiche enge Kontakte bestehen, ist leicht verständlich. So sind Direktoren und Abteilungsleiter der Max-Planck-Institute als Honorarprofessoren an der Universität tätig,³²⁾ betreiben MPG und Universität (Land Niedersachsen) das bereits oben erwähnte gemeinsame Rechenzentrum und existiert eine der MPG angeschlossene Zentralwerkstatt Göttingen GmbH, deren Dienste auch von der Universität in Anspruch genommen werden.

Die MPG bemüht sich besonders um wissenschaftliche Zusammenarbeit mit Hochschulen und ausländischen oder internationalen Forschungsorganisationen. 1972 lehrten über 350 bei ihr tätige Wissenschaftler nebenamtlich an einer Universität. Im Rahmen von DFG-Sonderforschungsbereichen wurden personelle Verbindungen zwischen Hochschul- und Max-Planck-Instituten weiter ausgebaut; außerdem bestand ein beachtlicher Personalwechsel zwischen MPG und Universitäten (R. GERWIEN 1976, S. 25f.). Diese Fakten und die internationalen Kontakte machen erneut den Rang von Max-Planck-Instituten für ihre Standortgemeinden deutlich.

Als weitere Forschungsorganisation ist neben der MPG vor allem die Fraunhofer-Gesellschaft zur Förderung der angewandten Forschung e.V. bekannt geworden, deren Sitz in München ist. Als ihren Hauptauftrag sieht sie die Förderung der Anwendung und Nutzung von Forschungsergebnissen im Bereich der

32) Vgl. Vorlesungsverzeichnis der Universität Göttingen für das WS 1974/75, S. 59, 93 und 110. Eine enge Zusammenarbeit besteht zwischen der Mathematisch-Naturwissenschaftlichen Fakultät der Universität Göttingen und dem MPI für Strömungsforschung.

Natur- und Ingenieurwissenschaften an. Im Innovationssystem der Bundesrepublik Deutschland steht die Gesellschaft zwischen den Institutionen der Grundlagenforschung (Universitäten, MPG) und den produktionsbezogenen Entwicklungslaboratorien (Industrie). Sie ist u.a. auch im Beirat der Kontaktstelle für Informationstransfer zwischen Forschung und Industrie an der Ruhr-Universität Bochum vertreten. 1972 gab es insgesamt 27 Fraunhofer-Institute oder andere Arbeitseinheiten (darunter eine Patentstelle) mit 1.400 Beschäftigten bei einem Jahresbudget von 50 Mill. DM. Ein kontinuierlicher Ausbau auf 2.000 Mitarbeiter bei Vergrößerung der Institutszentren ist vorgesehen. Die regionalen Schwerpunkte liegen in den Räumen Darmstadt, Freiburg, Karlsruhe, München sowie - in Entwicklung - Köln/Bonn und Bremen.³³⁾ In Verbindung mit der Universität Stuttgart arbeitet z.B. ein Institut für Produktionstechnik und Automatisierung der Fraunhofer-Gesellschaft. Die Gesellschaft erhält einen Grundzuschuß sowie eine Ausfallbürgschaft vom Bund, ist im übrigen aber von kostendeckender Vertragsforschung abhängig.

Im Jahre 1969 entstand - wiederum mit Hauptverwaltung in München - die Deutsche Forschungs- und Versuchsanstalt für Luft- und Raumfahrt (DFVLR), in der neben zwei anderen Institutionen³⁴⁾ auch die 1907 entstandene Aerodynamische Versuchsanstalt Göttingen e.V. aufging. Wurde diese seinerzeit von einer Motorluftschiff-Studiengesellschaft mit entsprechenden Interessen gegründet, so hat sich heute der Forschungsschwerpunkt neben Strömungs- und Flugmechanik auch auf Ballonversuche, Raketen, Forschungssatelliten und Weltraumsimulation verlagert. Besondere Forschungszentren existieren in Göttingen, Braunschweig,

33) Zur Tätigkeit der Fraunhofer-Gesellschaft. Neuorientierung und Ausbau der Fraunhofer-Gesellschaft zur Förderung der angewandten Forschung e.V. In: Informationen bildung wissenschaft. Hrsg. vom Bundesminister für Bildung und Wissenschaft, Nr. 4/72 vom 20. April 1972, S. 48-51.

34) Deutsche Versuchsanstalt für Luft- und Raumfahrt e.V. (DFL) und Deutsche Versuchsanstalt für Luft- und Raumfahrt (DVL).

Tab. 35: Großforschungseinrichtungen in der Bundesrepublik Deutschland 1977

Forschungseinrichtung	Mitarbeiter (Planstellen 1977)	Mittelbedarf 1977 (in Mill. DM)
Kernforschungsanlage Jülich GmbH (KFA)	3.396	281
Gesellschaft für Kernforschung mbH Karlsruhe (GfK)	3.241	293
Deutsche Forschungs- und Versuchsanstalt für Luft- und Raumfahrt e.V. (DFVLR) (Forschungszentren in Braunschweig, Göttingen, Köln-Porz, Stuttgart, Oberpfaffenhofen)	3.164	198
Gesellschaft für Strahlen- und Umweltforschung mbH München (GSF) (Institute in Neuherberg, München, Attaching, Clausthal-Zellerfeld, Darmstadt, Dortmund, Frankfurt, Freiburg, Göttingen, Grünbach, Hannover und Wolfenbüttel)	1.194	86
Deutsches Elektronen-Synchrotron Hamburg (DESY)	1.041	103
Max-Planck-Institut für Plasmaphysik Garching b. München (IPP)	916	53
Deutsches Krebsforschungszentrum Heidelberg (DKFZ)	819	62
Gesellschaft für Mathematik und Datenverarbeitung mbH Bonn (GMD)	611	45
Gesellschaft für Kernenergiewirtschaft in Schiffbau und Schifffahrt mbH Geesthacht (GKSS)	586	57
Hahn-Meitner-Institut für Kernforschung Berlin GmbH (HMI)	481	41
Gesellschaft für Schwerionenforschung GmbH Darmstadt (GSI)	452	47
Gesellschaft für Biotechnologische Forschung GmbH Braunschweig (GBF)	292	15
Insgesamt	16.193	1.281

Quelle: K.H. BECKURTS und H. ZAJONC 1978, S. 47.

Köln-Porz, Stuttgart und Oberpfaffenhofen (München), jeweils ausgestattet mit Rechenzentrum und technischem Betriebsdienst mit Zentralwerkstatt. Außenstellen arbeiten in enger Nachbarschaft zu Hochschulen in Berlin, Aachen, Freiburg und München. 1969 bestanden 43 Einrichtungen mit rd. 2.300 Mitarbeitern.³⁵⁾ Die Kooperation mit Hochschulen und anderen Organisationen - z.B. in München in einer Arbeitsgemeinschaft für Weltraumforschung - basiert auf verwandten Forschungsarbeiten und räumlicher

Nachbarschaft; so befindet sich die frühere Göttinger Aerodynamische Versuchsanstalt südlich der Altstadt am Leinekanal in Kontaktlage zu älteren naturwissenschaftlichen Universitätsinstituten und dem Max-Planck-Institut für Strömungstechnik.

Die Deutsche Forschungs- und Versuchsanstalt für Luft- und Raumfahrt zählt zusammen mit den Kernforschungsanlagen in Karlsruhe und Jülich zu den ältesten Großforschungseinrichtungen in der Bundesrepublik Deutschland, deren Zahl inzwischen - mit dem Max-Planck-Institut für Plasmaphysik - auf 12 angewachsen ist.³⁶⁾ Sie entstanden

35) Zur Tätigkeit der Deutschen Forschungs- und Versuchsanstalt für Luft- und Raumfahrt (DFVLR). In: Informationen Bildungswissenschaft. Hrsg. vom Bundesminister für Bildung und Wissenschaft, Nr. 7/71 vom 15. Juli 1971, S. 3 und S. 6-7.

36) Sie sind in einer "Arbeitsgemeinschaft der Großforschungseinrichtungen" (AGF) zusammengeschlossen.

sämtlich "bewußt hochschulnah" und in enger, zielgerichteter Zusammenarbeit mit großen Industrieunternehmen zur Entwicklung zivil-technologischer Großprojekte. "Durch in einer großen Entwicklung zusammengefaßte gemeinsame Forschungs- und Entwicklungsanstrengungen verschiedener naturwissenschaftlicher Disziplinen und mit der dadurch möglich werden- den großzügigen apparativen Ausstattung sollte Deutschland wieder Anschluß an die Spitze von Forschung und technischer Entwicklung auf wichtigen Schwerpunktgebieten erhalten" (K.H. BECKURTS und H. ZAJONC 1978, S. 46). Tabelle 35 macht deutlich, daß diese Zentren mit ihren Beschäftigtenzahlen (rd. 16.000, davon 4.000 Wissenschaftler) und Haushaltsmitteln für ihre Standortgemeinden und Regionen äußerst bedeutsame Wirtschaftsfaktoren darstellen.

Die angeführten Zentren haben gemeinsam, daß in ihnen übergreifende und komplexe Problemstellungen der Forschung und Entwicklung (sog. F+E-Arbeiten) mit großem technischen Aufwand und erheblichem Bedarf an Finanzmitteln und hochqualifiziertem Personal bearbeitet werden. Die finanziellen Aufwendungen werden vorrangig für die Bereiche Energieforschung und -technik, Grundlagenforschung, Forschung und Technologie für Gesundheit, Ernährung und Umwelt sowie Transport- und Verkehrssysteme eingesetzt (K.H. BECKURTS und H. ZAJONC 1978, S. 50f.). Die Zusammenarbeit mit Universitäten reicht "von der Durchführung gemeinsamer Lehrveranstaltungen über das Zurverfügungstellen von Arbeitsplätzen und Apparaturen bei den Forschungszentren bis zum Personalaustausch und der gemeinsamen Berufung von Institutsleitern" sowie darüber hinaus zur wissenschaftlichen Kooperation innerhalb von Sonderforschungsbereichen der Deutschen Forschungsgemeinschaft (Ebd., S. 52).

So wird wieder einmal mehr als deutlich, wie sehr Regionen mit Universitäten gegenüber hochschulleeren Räumen bevorzugt sind, denen ein solches Entwicklungspotential überhaupt fehlt! Daß andererseits auch differenzierte universitäre Forschungskapazitäten keineswegs zur Ansiedlung derartiger großer Forschungszentren führen müssen, läßt sich wiederum am Beispiel von Münster aufzeigen, wo trotz intensiver Bemühungen noch keines der

überregional finanzierten Institute angesiedelt werden konnte.³⁷⁾ Auch Tradition, Nähe zur Wirtschaft und Knotenpunktfunktionen im überregionalen und internationalen Verkehrsnetz sind offensichtlich von großer Bedeutung.

4.7 Wissenschaftliche Akademien

Als im Ansatz älteste universitätsverbundene Einrichtungen sind in einigen für das wissenschaftliche Leben bedeutsamen Städten Deutschlands teilweise schon seit dem 17. und 18. Jahrhundert sog. Akademien der Wissenschaften entstanden. Sie stellen interdisziplinäre Gelehrtenvereinigungen dar, die unter staatlicher Fürsorge das kulturelle Erbe fördern und wissenschaftlichen Austausch pflegen. Heute gibt es in der Bundesrepublik Deutschland fünf, in der Deutschen Demokratischen Republik drei Akademien der Wissenschaften mit unterschiedlicher Tradition und Struktur, daneben spezielle Akademien für Raumforschung, Landesplanung und Städtebau, die erst in unserem Jahrhundert entstanden sind.

Akademien der Wissenschaften sind ausschließlich in Universitäts- und/oder Hauptstädten lokalisiert³⁸⁾ und werden derzeit - wie auch in der Vergangenheit - vom jeweiligen Sitzland finanziell getragen (künftig gemeinsam von Bund und Ländern); in der Bundesrepublik übernimmt

37) Ein Forschungsinstitut der Fraunhofer-Gesellschaft für Umwelt-Toxikologie, um das sich unlängst Münster und Hannover beworben hatten, wird in Hannover errichtet.

38) Dies gilt nicht - vgl. R. GEIPEL 1968a, S. 12 - für Akademien der christlichen Bekenntnisse (z.B. Evangelische Akademien in Bad Boll, Tutzing, Loccum, Schleswig, Hamburg, Berlin u.a., Katholische Akademien in Schwerte, Bensberg, Hildesheim, Münster, München u.a.) und Politische Akademien (z.B. Akademien für Politische Bildung in Tutzing, Eichholz usw.), die ebenso wie überregionale Heim-Volkshochschulen, Lehrerfortbildungsstätten und Gewerkschaftszentren (z.B. Bildungszentrum der IG Metall in Sprockhövel) bevorzugt in landschaftlich begünstigten Lagen entstanden sind.

Tab. 36: Akademien der Wissenschaften (AdW) in Deutschland

Name	Gründungsjahr	Sitz
Deutsche Akademie der Naturforscher (Leopoldina)	1652	Halle/Saale
Preußische AdW (Deutsche AdW zu Berlin)	1700 (1946)	Berlin (Berlin-Ost)
Göttinger AdW	1751	Göttingen
Bayerische AdW	1759	München
Sächsische AdW	1846	Leipzig
Heidelberger AdW	1909	Heidelberg
Akademie der Wissenschaften und der Literatur	1949	Mainz
Rheinisch-Westfälische AdW	1970 (1950)	Düsseldorf
Akademie für Städtebau und Landesplanung	1922 1946	Berlin Düsseldorf
Akademie für Raumforschung und Landesplanung	1947	Hannover

der Bund heute die Finanzierung langfristiger Unternehmungen, die international bedeutsam sind, gesamtdeutschen Charakter tragen oder aus den Arbeiten der seinerzeit größten und zweitältesten Gelehrtenvereinigung stammen, der Preußischen Akademie der Wissenschaften zu Berlin (W. ZIMMERLI 1971, S. 20). Es ist bemerkenswert, daß mit der auf Naturwissenschaften und Medizin ausgerichteten "Leopoldina" in Halle und der "Königlich preußischen Societät der Wissenschaften" in Berlin die ältesten Akademien im deutschsprachigen Raum lange vor der Gründung von Universitäten an den jeweiligen Standorten errichtet wurden. Dies gilt nicht für die Göttinger Akademie als drittälteste, die "in ihren Ursprüngen klar auf die am gleichen Orte bestehende Universität bezogen worden ist" (Ebd., S. 13). Die Akademie zu Mainz wurde von früheren Mitgliedern der Preußischen Akademie der Wissenschaften und der Akademie für Künste in einer neuen Universitäts- und Landeshauptstadt begründet. Die Rheinisch-Westfälische Akademie der Wissenschaften zu Düsseldorf geht auf eine nach dem Zweiten Weltkrieg begründete "Arbeitsgemeinschaft für Forschung des Landes Nordrhein-Westfalen" zurück, die seit 1950 die Landesregierung in ihrer Forschungsplanung beraten hat;³⁹⁾ seit 1970 trägt sie ihren heutigen Namen und ist damit die jüngste Akademie der Wissenschaften in der Bundesrepublik (Ebd., S. 13).

Die ordentlichen Mitglieder der Akademien zu München, Heidelberg und Düsseldorf stammen satzungsgemäß ausschließlich aus den Bundesländern Bayern, Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen. Die Mitglieder der Mainzer Akademie können aus dem ganzen Bereich der Bundesrepublik gewählt werden. Die Göttinger Akademie, deren Sekretariat sich im Gebäude der Niedersächsischen Staats- und Universitätsbibliothek befindet, steht in besonders enger Verbindung zur örtlichen Universität. 1974 waren von ihren 92 ordentlichen Mitgliedern 69 Professoren der Universität Göttingen, 4 der dortigen Max-Planck-Institute und 19 Professoren übriger, meist norddeutscher Universitäten.⁴⁰⁾

"Das Herzstück der Akademie ist wie an ihrem Anfang das regelmäßige Zusammentreten zu den Sitzungen, in denen wissenschaftliche Arbeiten vorgetragen oder in Zusammenfassung referiert werden" (W. ZIMMERLI 1971, S. 17 und

39) Die "Arbeitsgemeinschaft" als wissenschaftliches Beratungsgremium sollte mit dazu beitragen, daß das Bundesland Nordrhein-Westfalen mit seinen damals nur vier Hochschulen sowie nur zwei Max-Planck-Instituten (in Mülheim a.d. Ruhr und Düsseldorf) wissenschaftlichen Anschluß behielt.

40) Auswertung des Vorlesungsverzeichnisses für das WS 1974/75, S. 218f.- Die Satzungen erlauben für die beiden "Klassen" der Akademie (math.-nat., phil.-hist.) die Wahl von bis zu 35 ordentlichen Mitgliedern unter 70 Jahren aus dem ganzen norddeutschen Raum (W. ZIMMERLI 1971, S. 16f.).

S. 19f.). Mit ihren häufigen Tagungen (in Göttingen z.B. 14tätig im Semester) und den zahlreichen Veröffentlichungen,⁴¹⁾ die in Ost-Berlin sogar in einem eigenen Akademie-Verlag gedruckt werden, beleben die Akademien sehr das wissenschaftliche Leben ihrer Standorte und stellen mit ihren Haushaltsmitteln nicht zu unterschätzende Wirtschaftsfaktoren dar. Durch manche Akademien der Wissenschaften werden - z.T. auch als Gemeinschaftsunternehmen - Langzeit-Projekte wie Editionen und Wörterbücher betreut, die die Lebens- und Arbeitszeit eines einzelnen Gelehrten deutlich übersteigen. Entsprechende Arbeitsstellen, in denen auch hauptberufliche Mitarbeiter beschäftigt sind, existieren nicht nur an den Akademie-Standorten (z.B. in

Göttingen im Lagarde-Haus am Friedländer Weg), sondern auch außerhalb (z.B. Göttinger Arbeitsstelle in Hamburg).

Eine noch größere wissenschaftliche wie auch wirtschaftliche Bedeutung haben die Akademien der Wissenschaften in den östlichen Ländern, wo sie eigene personell und apparativ hervorragend ausgestattete Institute unterhalten, in denen die staatliche Forschungskapazität konzentriert wird. Hierauf konnte bereits bei der Darstellung von Campus-Universitäten in verschiedenen Ländern am Beispiel der sowjetischen Wissenschaftsstadt Akademgorodok bei Nowosibirsk (Sibirische Zweigstelle der Sowjetischen Akademie der Wissenschaften) hingewiesen werden.

41) Die "Göttinger Gelehrten Anzeigen" (seit 1753) z.B. genossen als wissenschaftliches Rezensionenblatt großes Ansehen im In- und Ausland.- Heute veröffentlichen die Akademien der Wissenschaften vor allem ihre "Forschungs- und Sitzungsberichte", "Abhandlungen" und teilweise auch Jahrbücher, daneben besondere Editionen. Der Schriftentausch der Akademie Göttingen erbringt für die Göttinger Universitätsbibliothek jährlich Gegengaben im Wert von 100.000,- bis 200.000,- DM (W. ZIMMERLI 1971, S. 20).

V. Universität und öffentliches Leben

1. Die Studenten im Erscheinungsbild und Leben der Stadt

In Universitätsstädten ist nicht nur die örtliche und überörtliche Wirtschaft in mancherlei Hinsicht mit der Hochschule verflochten, auch das öffentliche Leben wird vielfältig durch die Hochschulbevölkerung im weitesten Sinne beeinflusst und mitgestaltet.

1.1 Der Anteil der studentischen Bevölkerung

Betrachtet man zunächst die Studierenden, so macht schon allein die zahlenmäßige Relation zwischen Einwohnern und Studenten deutlich, ob eine Gemeinde lediglich eine "Stadt mit Universität" oder im echten Sinne eine "Universitätsstadt" ist, die "in besonderem Maße vom Universitätsleben geprägt" wird (G. SCHWARZ 1961, S. 350). Dies gilt verständlicherweise am ehesten für Klein- und Mittelstädte sowie kleinere Großstädte,¹⁾ weniger für Großstädte mit mehr als 200.000 Einwohnern. "Die Schaffung neuer Universitäten im 19. und 20. Jahrhundert diente meist dazu, die Funktionen verschiedener Großstädte zu erweitern und führte deshalb nicht mehr zur Ausbildung ausgesprochener Universitätsstädte" (Ebd. 1961, S. 350).²⁾ Neben der Einwohnergröße einer Stadt ist aber auch der Lagotyp der Hochschule für die Frage von Bedeutung, ob Studierende im Erscheinungsbild der Stadt besonders hervortreten oder nicht. Eine Stadt, deren Hochschule ganz oder partiell in der Innenstadt liegt (wie z.B. Clausthal-

1) Auf die Fragwürdigkeit der statistischen Schwellenwerte von 20.000 bzw. 100.000 Einwohnern als Untergrenze für Mittel- und Großstädte kann hier nicht eingegangen werden.

2) Dennoch sollte man den Begriff "Universitätsstadt" für Groß- und Weltstädte dann nicht ausschließen, wenn die Einrichtungen einer Universität oder gar mehrerer Hochschulen viertelsprägend wirken. Vgl. für München R. GEIPEL 1972, S. 7f. und J. BÖDDRICH 1958, S. 99 (Stadtteil Schwabing).

Zellerfeld, Göttingen, Tübingen, Münster), muß zwangsläufig durch einen höheren Anteil studentischen Publikums gekennzeichnet sein als die Standortgemeinde einer Universität in Campuslage (z.B. Bochum, Bremen, Regensburg, Konstanz), dies umso mehr, je höher der Anteil der Pendler ist, die im eigenen Fahrzeug über periphere Erschließungsstraßen zur Hochschule anreisen und keinerlei Kontakt zur Innenstadt haben.

Eine Analyse der Verhältniszahlen zwischen Einwohnern und Studenten, wie sie früher bereits durchgeführt worden ist,³⁾ führte für 1974 zu folgenden Ergebnissen (vgl. auch Abb. 25):

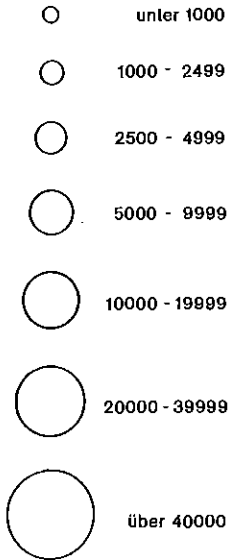
Abb. 25 und Tab. 37 siehe Seiten 256 und 257

Die tatsächliche Vergleichbarkeit dieser Daten wird durch eine Reihe von Sachverhalten erschwert, auf die erläuternd hingewiesen sei:

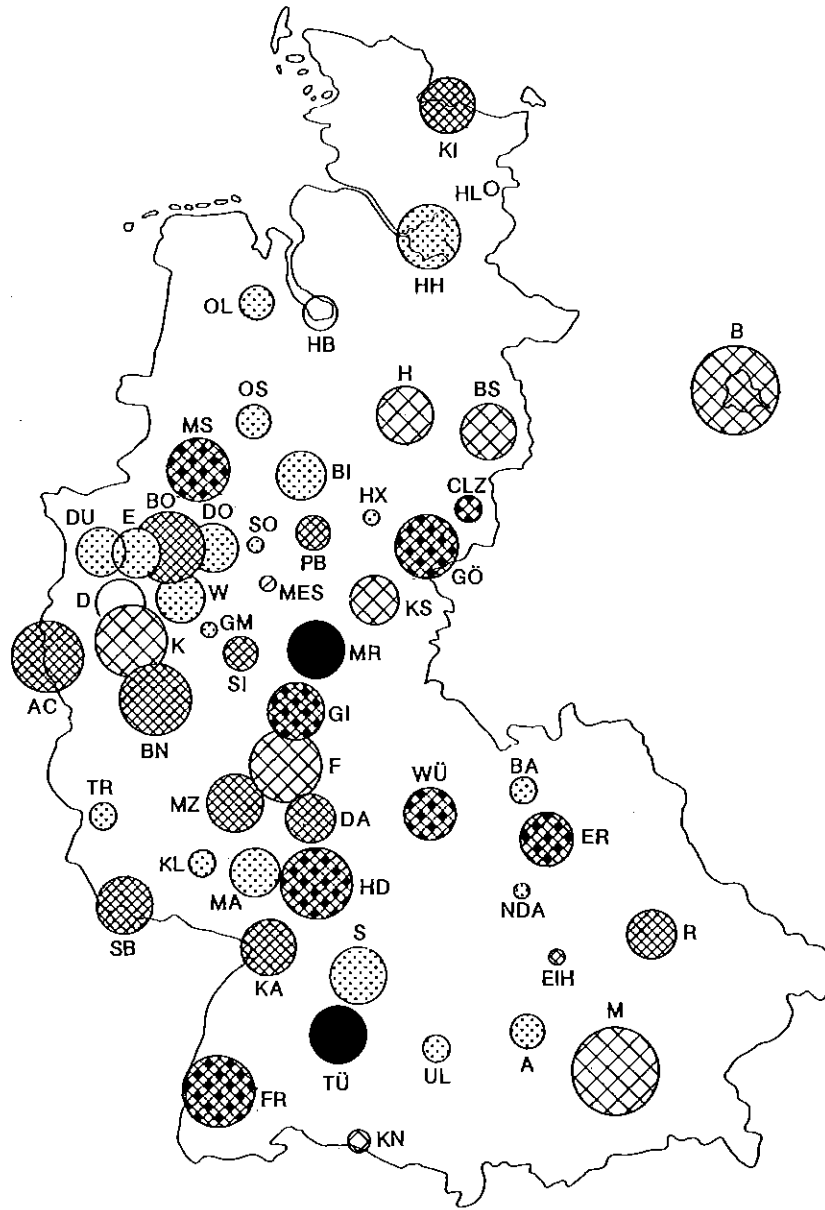
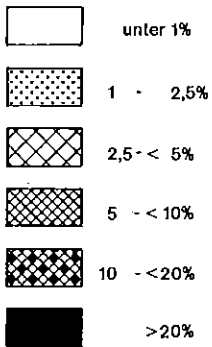
1. Drei Hochschulen (Freie Universität Berlin, Universität Göttingen und Technische Universität Hannover) weisen nicht die Zahl der ordentlichen Studierenden nach, sondern die Gesamtzahl der Studenten einschließlich der Beurlaubten.⁴⁾
 2. In Hamburg, Hessen, Bayern und Bremen sowie an den neugegründeten Universitäten Niedersachsens erfolgte zum Erhebungszeitpunkt die Ausbildung der Lehrer für Grund- und Hauptschulen an Universitäten,
-
- 3) Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft 1962, S. 8 (für WS 1960/61 Studenten auf 1.000 Einwohner), R. GEIPEL 1971c, S. 20, Karte 1 (Anteil der Studenten an den Einwohnern in v.H. für WS 1969/70), J. LEIB 1976, S. 35, Tab. 9 (Anteil aller Studenten ohne Fachhochschulen an der Stadtbevölkerung in Universitätsstädten 1970) und H.P. HANSEN und K.H. MYLIUS 1974, S. 8, Tab. 8 (Einwohner pro Student 1972; in der Tabelle fehlen verschiedene Hochschulen, die angegebenen Studentenzahlen von Bochum, Konstanz, Berlin FU, Berlin TU, Bremen und Augsburg stimmen nicht mit der amtlichen Statistik überein).
 - 4) Eine Bereinigung ist nach Mitteilung des Statistischen Bundesamtes, Abt. Kulturstatistik, nicht möglich.

Abb. 25
Verhältnis von Einwohnern und Studenten der Hochschulorte
(Hochschulen mit Universitätsrang) WS 1974 / 75

Studentenzahlen absolut



Anteil an der Bevölkerung



A Augsburg	EIH Eichstätt	K Köln	OL Oldenburg
AC Aachen	ER Erlangen	KA Karlsruhe	OS Osnabrück
B Berlin (West)	F Frankfurt	KL Kaiserslautern	PB Paderborn
BA Bamberg	FR Freiburg	KI Kiel	R Regensburg
BI Bielefeld	GI Gießen	KN Konstanz	S Stuttgart
BN Bonn	GÖ Göttingen	KS Kassel	SB Saarbrücken
BO Bochum	GM Gummersbach	M München	SI Siegen
BS Braunschweig	H Hannover	MA Mannheim	SO Soest
CLZ Clausthal - Zellerfeld	HB Hansestadt Bremen	MES Meschede	TR Trier
D Düsseldorf	HD Heidelberg	MR Marburg	TÜ Tübingen
DA Darmstadt	HL Hansestadt Lübeck	MS Münster	UL Ulm
DO Dortmund	HH Hansestadt Hamburg	MZ Mainz	W Wuppertal
DU Duisburg	HX Hörter	NDA Neuendettelsau	WÜ Würzburg
E Essen			

Tab. 37: Anteil der Studenten an Hochschulen im Universitätsrang
an der Bevölkerung der Hochschulorte 1974

Stadt	Einwohner am 1.1.1974	ordentl. Studenten WS 1974/75	Anteil der Studenten in v.H. der Bevölkerung	Einwohner je Student
1. Aachen	241.362	TH 19.218	8,0	12,6
2. Augsburg	256.908	U 2.976 (L)	1,2	86,3
3. Bamberg	75.825	GH 1.277 (L)	1,7	59,4
4. Berlin	2.047.948	FU 28.783 (o)		
		TU 19.881		
		48.664	2,4	42,1
5. Bielefeld	321.200	U 3.412	1,1	94,1
6. Bochum	338.022	U 20.016	5,9	16,9
7. Bonn	283.260	U 21.764	7,7	13,0
8. Braunschweig	273.317	TU 7.682	2,8	35,6
9. Bremen	584.265	U 3.601 (L)	0,6	162,3
10. Clausthal	16.176	TU 2.344	14,5	6,9
11. Darmstadt	140.509	TH 9.477	6,7	14,8
12. Dortmund	632.317	U 3.027	0,5	208,9
13. Düsseldorf	628.498	U 4.899	0,8	128,3
14. Duisburg	435.281	GH 5.177 (L)	1,2	84,1
15. Eichstätt	12.887	GH 1.209 (L)	9,4	10,7
16. Erlangen- Nürnberg	514.657			
	614.331	U 15.196 (L)	2,5	40,2
	674.000	GH 7.946 (L)	1,2	84,8
17. Essen	663.422	U 21.723 (L)	3,3	30,5
18. Frankfurt	174.997	U 16.628	9,5	10,5
19. Freiburg	76.556	U 13.241	17,3	5,8
20. Gießen	119.130	U 18.616 (o)	15,2	6,4
21. Göttingen	1.751.621	U 25.967 (L)		
22. Hamburg		HWP 892		
		HBW 698		
		27.557	1,6	63,6
23. Hannover	573.109	TU 11.662 (o)		
		Med.Ho. 1.160		
		Ti.Ho. 939		
		13.761	2,4	41,6
24. Heidelberg	120.925	U 17.465	14,4	6,9
25. Kaiserslautern	102.450	U 1.586	1,5	64,6
26. Karlsruhe	268.297	U 11.025	4,1	24,3
27. Kassel	212.575	GH 5.450 (L)	2,6	39,0
28. Kiel	265.587	U 10.630	4,0	25,0
29. Köln	832.396	U 23.241		
		Sp.Ho. 1.671		
		24.912	3,0	33,4
30. Konstanz	65.205	U 2.341	3,6	87,9
31. Lübeck	236.047	Med.Ho. 264	0,1	894,1
32. Mainz	183.363	U 16.820	9,2	10,9
33. Mannheim	325.386	U 6.414	2,0	50,7
34. Marburg	49.275	U 13.647	27,7	3,6
35. München	1.136.675	U 35.854 (L)		
		TU 11.826		
		HBW 1.614		
		49.294	4,3	23,1
36. Münster	199.748 ¹⁾	U 25.253	12,6	7,9
37. Neuendettelsau	6.525 ¹⁾	GH 250	3,8	26,1
38. Oldenburg	133.760	U 2.989 (L)	2,2	44,8
39. Osnabrück	164.172	U 3.191 (L)	1,9	51,4
40. Paderborn	71.864	GH 5.564 (L)	7,7	12,9
41. Regensburg	133.800	U 9.231 (L)	6,9	14,5
42. Saarbrücken	209.104	U 10.684	5,1	19,6
43. Siegen	56.523	GH 5.499 (L)	9,7	10,3
44. Stuttgart	624.835	U Stuttgart 10.244		
		U Hohenheim 2.194		
		12.438	2,0	50,2
45. Trier	102.221	U 1.986	1,9	51,5
46. Tübingen	70.590	U 16.416	23,3	4,3
47. Ulm	92.921	U 1.172	1,3	79,3
48. Würzburg	114.527	U 12.512 (L)	10,9	9,2
49. Wuppertal	409.715	GH 5.133 (L)	1,3	79,8
	17.123.427	561.578	3,3	30,5

Zu Tab. 37, S. 257

Quellen: Statistisches Jahrbuch deutscher Gemeinden, 61. Jg., 1974, S. 20-48 (Einwohner per 1.1.1974); Hochschulstatistiken der Statistischen Landesämter B III 1, HJ 1/75 (Studenten im WS 1974/75). - Die Einwohnerzahlen vom 1.1.1975 (Statistisches Jahrbuch deutscher Gemeinden, 62. Jg., 1975, S. 15-25) waren zum Zeitpunkt der Erstellung dieser Tabelle noch nicht veröffentlicht.

Anmerkungen:

- (o) = ordentliche Studenten einschl. Beurlaubte
- (L) = einschl. der Studierenden für das Lehramt an Grund- und Hauptschulen
- 1) = Einwohner von Neuendettelsau vom 27.5.1970 nach dem Gebietsstand vom 1.7.1972 (Quelle: Statistik Bayerns, H. 320, S. 50)
- U = Universität
- TH = Technische Hochschule
- TU = Technische Universität
- GH = Gesamthochschule
- Ti.Ho. = Tierärztliche Hochschule
- Med.Ho. = Medizinische Hochschule
- HWP = Hochschule für Wirtschaft und Politik
- Sp.Ho. = Sporthochschule
- HBW = Hochschule der Bundeswehr

Nicht aufgeführt sind die Hochschulorte Bayreuth, Passau, Flensburg (Lehrbetrieb an Universität bzw. Technischer Hochschule hat noch nicht begonnen); Hagen (Fern-Universität: keine Präsenz-Studenten); Speyer (Hochschule für Verwaltungswissenschaften kennt nur Kurse, keine Semester). Außer den Städten 3, 10, 15, 27, 34, 37, 43 und 46 verfügen alle angeführten Städte über weitere Hochschulen ohne Universitätsrang.

so daß 19 Universitätsstädte im Vergleich zu Hochschulen anderer Bundesländer mit noch eigenständigen Pädagogischen Hochschulen überhöhte Studentenzahlen und niedrigere Einwohner-Studenten-Relationen aufweisen.⁵⁾ In die Gesamthochschulen in Nordrhein-Westfalen, Hessen und Bayern sind darüber hinaus auch Fachhochschulstudiengänge und z.T. künstlerische Studiengänge integriert, so daß die neun Standorte derartiger Einrichtungen durch besonders überhöhte Studentenzahlen und -anteile charakterisiert werden. Zwar wäre es denkbar und aus mancherlei Gründen sinnvoll, die Gesamtheit der Studierenden aller Hochschulen an Universitätsstandorten in Beziehung zur jeweiligen Bevölkerung zu setzen. Leider haben jedoch einige Bundesländer (Hessen, Rheinland-Pfalz, Niedersachsen, Schleswig-Holstein) ihre auf mehrere Standorte verteilten Fachhochschulen bzw. Fachhochschul-Abteilungen nur als Einheit ausgewiesen, so daß eine exakte Lokalisierung der Studierenden in umfassender Weise nicht möglich ist.

⁵⁾ Zur neueren Entwicklung der Integration Pädagogischer Hochschulen in Universitäten siehe oben S. 41 und ebd., Anm. 30.

3. Probleme ergeben sich aber nicht nur bei den Fachhochschulen, sondern auch bei den Universitäten selbst, die oft mit beträchtlichen Anteilen außerhalb der Hochschulstandort-Gemeinde liegen und dort ein beachtliches Eigenleben führen, z.B.
- Fachbereiche Landwirtschaft/Gartenbau und Brauwesen/Lebensmitteltechnologie/ Milchwissenschaft der Technischen Universität München in Freising-Weihenstephan,
 - Naturwissenschaftliche Institute und Fachbereiche der Universität und Technischen Universität München in Garching,
 - Fachbereich Angewandte Sprachwissenschaft (ehemals Auslands- und Dolmetscherinstitut) der Universität Mainz in Gernersheim,
 - Fakultät für Klinische Medizin II der Universität Heidelberg in Mannheim,
 - Medizinische Fakultät der Universität des Saarlandes (Saarbrücken) in Homburg/Saar,
 - Organisationseinheiten Landwirtschaft und Internationale Agrarwissenschaft der Gesamthochschule Kassel in Witzenhausen,
 - Abteilungen der Gesamthochschule Paderborn in Soest, Meschede und Höxter,

Abteilungen der Gesamthochschule Siegen
in Hüttental (ab 1975 nach Siegen
eingemeindet) und Gummersbach,
Abteilung der Universität Osnabrück in
Vechta,

Institute der Universität Würzburg in
Gerbrunn,

II. Erziehungswissenschaftliche Fakultät
der Universität Erlangen-Nürnberg
in Bayreuth (bis zur Eröffnung der
Universität Bayreuth im WS 1975/76).

Verzerrungen, die auf Lehreinrichtungen
außerhalb des Hochschulortes und die
dort auszubildenden Studenten zurückge-
hen, lassen sich jedoch wegen Nichtver-
fügbarkeit entsprechender Statistiken
meist nicht bereinigen.

4. Schließlich sei angeführt, daß im Bezugs-
jahr 1974 die kommunale Neugliederung
zwar in den meisten Ländern der Bundes-
republik Deutschland zu Ende geführt war,
nicht jedoch in Hessen und dem größten
Teil des Landes Nordrhein-Westfalen (außer
den Räumen Bonn, Aachen, Bielefeld). So
können durchaus vergleichbare Städte sich
statistisch allein deshalb beträchtlich
unterscheiden, weil die eine bereits um
Nachbargemeinden vergrößert wurde (z.B.
Tübingen), während bei der anderen die
kommunale Neugliederung von Stadt und Land
noch nicht zum Abschluß gekommen war (z.B.
Marburg).⁶⁾

Sieht man über diese offensichtlichen Unzu-
länglichkeiten⁷⁾ hinweg, so läßt sich fol-
gendes feststellen: die stärkste Prägung durch
Studenten weisen die Universitätsstädte Mar-
burg und Tübingen auf, in denen etwa auf je-
den vierten Einwohner ein Student entfällt.
Sie und die Stadt Gießen mit dem nächst-

6) Vor der kommunalen Neugliederung hatte
Tübingen eindeutig den höchsten Anteil
an studentischer Bevölkerung. Marburg
zählte am 30.6.1974 49.191, am 1.1.1975
aber bereits 71.604 Einwohner und wurde
damit nach der Bevölkerung wieder an Tü-
bingen (71.175 Einwohner am 1.1.1975)
angeglichen (Statistisches Jahrbuch deut-
scher Gemeinden, 62. Jg., 1975, S. 12
und S. 20).

7) Sie sind bei bisherigen Berechnungen der
Einwohner-Studenten-Relationen unerwähnt
geblieben oder stillschweigend übergangen
worden.

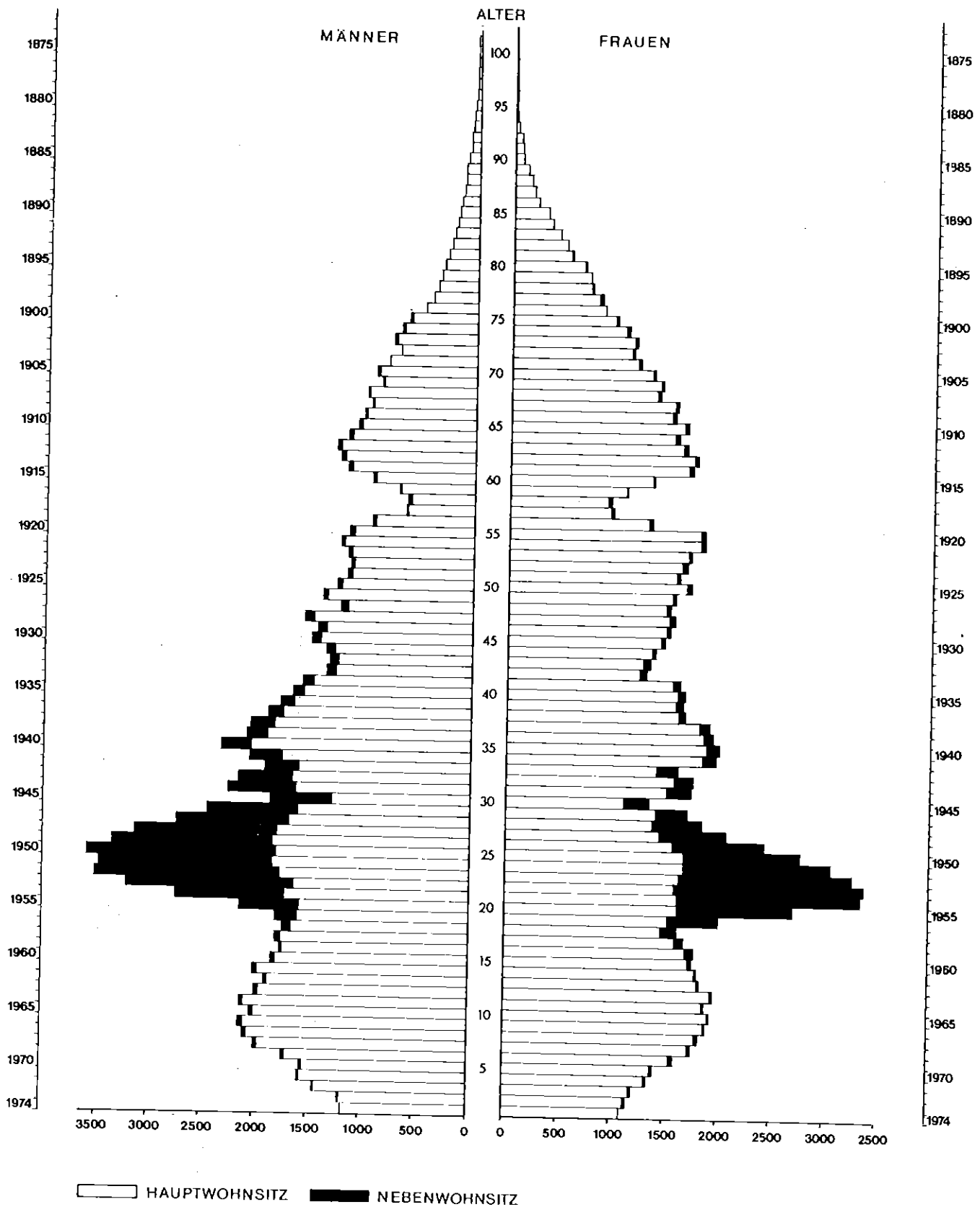
größten Studentenanteil an der Gesamtbevöl-
kerung werden zugleich dadurch bestimmt, daß
sie den amtlichen Namenszusatz "Universitäts-
stadt" führen. Es ist leicht vorstellbar,
daß in diesen Städten konkurrierende Flächen-
ansprüche zwischen Stadt und Universität,
Probleme studentischen Wohnens und des univer-
sitätsbedingten Verkehrs sowie wirtschaft-
liche Abhängigkeiten und Verflechtungen beson-
ders in Erscheinung treten. Dies gilt jedoch
nicht minder auch für Göttingen, Clausthal-
Zellerfeld, Heidelberg, Münster und Würzburg,
wo jedem sechsten bis neunten Einwohner ein
Student der dortigen Universität gegenüber-
steht. Der Anteil der Studenten an der Stadt-
bevölkerung nimmt nun noch zu, wenn man neben
den Universitätsstudenten auch die Studieren-
den anderer Hochschuleinrichtungen mitbe-
rücksichtigt. So betrug in diesem Fall die
Einwohner-Studenten-Relation im WS 1974/75
in Göttingen 17,4 statt 15,2%, in Münster
17,0 statt 12,6%, in Bochum 6,8 statt 5,9%,
in Konstanz 5,3 statt 3,6%, in Köln 4,9 statt
3,0% und in Essen schließlich 1,3 statt
1,2%.⁸⁾

Der Anteil studentischer Wohnbevölkerung
ist - wie leicht ersichtlich - vor allem
von der jeweiligen Ortsgröße abhängig. Er
ist aber zugleich ein Index für den Attrak-
tivitätsgrad und die Tradition der örtlichen
Hochschulen. Dies wird besonders deutlich,
wenn man von den untersuchten Universitäts-
städten Konstanz und Göttingen oder Essen
und Köln miteinander vergleicht. Die Dom-
stadt, in deren Stadtbild Studenten wie
Touristen "absorbiert" werden, wird nie-
mals die hohe Studenten-Einwohner-Relation
erreichen wie "Universitätsstädte" im en-
geren Sinne; dennoch ist - wie auch in
München und Berlin (West) - der Anteil
angesichts der Einwohnerzahlen sehr beacht-
lich.

Die hohe Studentenquote einer Stadt wird
noch deutlicher, wenn man ihren Anteil

8) Errechnet nach Hochschulstatistiken des
Statistischen Landesamtes Baden-Württem-
berg, des Niedersächsischen Landesverwal-
tungsamtes - Statistik - und des Landes-
amtes für Datenverarbeitung und Statistik
Nordrhein-Westfalen.

Abb. 26
 Altersaufbau der Wohnbevölkerung der Stadt Münster (Stand: 1.1.1975)



Quelle: Schulentwicklungsplan Münster, Teil 1, Münster o.J. (1977), S.7

Kartographie: M. Michelka

nach Altersgruppen darstellt (dabei sind insgesamt die männlichen Studierenden durchschnittlich älter als die weiblichen), insbesondere bei Auswahl eines universitätsgeprägten Stadtteils (z.B. Köln-Lindenthal oder Bochum-Querenburg). Abbildung 26 zeigt den Altersaufbau der Bevölkerung von Münster im Jahre 1975, wobei mit Nebenwohnsitz gemeldete Einwohner gesondert erfaßt sind. Der weitaus größte Anteil der mit zweitem Wohnsitz gemeldeten Einwohner im Alter von 18-30 Jahre sind zweifellos Studierende, auf die teilweise jeder zweite Angehörige eines Altersjahrgangs in der Stadt entfällt. Zahlreiche Studenten sind aber auch aus verschiedensten Gründen mit Hauptwohnsitz an ihrem jeweiligen Studienort gemeldet.

1.2 Studentenschaft und Einwohnerentwicklung

Die Studentenschaft bleibt über diesen quantitativen Anteil an der Bevölkerung hinaus nicht ohne Auswirkungen auf den Gang der Bevölkerungsentwicklung ihrer Standortgemeinden. Der Verlauf der Einwohnerzahlen von Göttingen, Münster, Bochum, Köln sowie des Stadtbezirks Köln-Lindenthal in den Jahren 1972 und 1973 (vgl. auch Abb. 27) möge dies beweisen.

Abb. 27 und Tab. 38 siehe Seiten 262 und 263

Sieht man davon ab, daß Göttingen zum 1.1.1973 um acht Nachbargemeinden mit 6.668 Einwohnern vergrößert wurde, so enthalten alle Kurven gewisse Gemeinsamkeiten, die bei Münster am deutlichsten ausgeprägt sind: es sind die mit dem Verlauf der Vorlesungen zusammenhängenden saisonalen Schwankungen der Bevölkerungszahlen. Markant treten in den Kurven geringere Einschnitte im März (außer bei Köln), größere dagegen im September heraus, denen danach insbesondere zum Oktober, d.h. zum Beginn des neuen akademischen Jahres, deutliche Anstiege der Einwohnerzahlen folgen. So wuchs in Münster mit der zunehmenden Anzahl von Anmeldungen der Studierenden die Einwohnerzahl zwischen Ende September und Ende Dezember 1972 um mehr als 3.000,

in Göttingen um 1.356, in Bochum bis November um 750, in Köln bis Oktober gar nur um 463, um danach jeweils wieder abzusinken. Allerdings ist anzumerken, daß Münster und Göttingen tendenziell eine gleichbleibende oder sogar leicht wachsende Bevölkerung aufweisen, während Köln und Bochum durch die für Ballungskerngebiete charakteristische rückläufige Bevölkerungsentwicklung gekennzeichnet werden. Dabei wird der Bevölkerungsverlust Bochums durch Studierende und andere Hochschulangehörige gemildert,⁹⁾ während er in Köln sehr stark ist - in zwei Jahren 11.544 Personen! - und durch den hochschulbedingten Zuwachs kaum beeinflußt werden kann. Der Rückgang der Einwohnerzahlen gilt - wenngleich nur schwach ausgeprägt - sogar für den Stadtbezirk Köln-Lindenthal, den Standort von Universität und Pädagogischer Hochschule.¹⁰⁾

1.3 Die Wahrnehmung der Studentenschaft durch die übrige Stadtbevölkerung

Im Erscheinungsbild der Universitätsstädte treten die Studenten als handelnde Personen und durch von ihnen geschaffene Einrichtungen, insbesondere während des laufenden Semesters, weniger in der vorlesungsfreien Zeit, deutlich hervor. Die übrige Bevölkerung nimmt sie wahr als Kundschaft z.B. in Buchhandlungen und gastronomischen Betrieben, als Besucher kultureller Veranstaltungen, als Benutzer öffentlicher Nahverkehrsmittel oder als Tramper zwischen Stadtmitte und Hochschule. Insbesondere in älteren Universitätsstädten wird das Ortsbild, z.T. auch der Außenbereich der Stadt, nachhaltig geprägt durch Verbindungshäuser und Verkehrslokale mit den charakteristischen Emblemen und Fahnen studentischer Korporatio-

9) Ein Vergleich mit der lange Zeit etwa gleichgroßen Nachbarstadt Gelsenkirchen macht dies deutlich.

10) Die Stadtbezirke Klettenberg, Sülz, Lindenthal, Braunsfeld und Müngersdorf (Standort der Sporthochschule) bilden zusammen den Stadtteil Lindenthal im Kölner Südwesten mit rd. 100.000 Einwohnern. Vgl. Statistisches Jahrbuch der Stadt Köln, 58. Jg., Berichtsjahr 1972, S. 20 und Karte nach S. 10.

Tab. 38: Bevölkerungsentwicklung ausgewählter Beispielstädte in den Jahren 1972 und 1973 (jeweils am Monatsende)

	Göttingen ⁺)	Münster	Bochum	Köln	Stadtbezirk Köln-Lindenthal
31.12.1971	111.288				
1972: Jan.	111.277	198.615	354.383	843.334	31.943
Febr.	111.139	198.237	354.154	842.962	31.910
März	111.095	197.906	353.884	843.194	31.842
April	111.404	198.648	354.046	842.736	31.750
Mai	111.573	198.647	353.978	842.822	31.904
Juni	111.400	198.280	353.682	842.611	31.857
Juli	111.071	197.749	353.399	840.917	31.762
Aug.	110.940	197.476	353.236	840.212	31.738
Sept.	110.961	197.162	352.746	840.435	31.728
Okt.	112.148	199.204	353.301	839.788	31.654
Nov.	112.428	199.836	353.496	840.251	31.776
Dez.	112.317 ⁺)	200.180	353.231	840.087	31.753
				838.392	31.660
1973: Jan.	119.074	200.270	353.255	837.403	31.518
Febr.	119.035	200.076	353.085	837.098	31.440
März	118.794	199.452	353.045	836.207	31.392
April	119.042	200.084	353.149	835.365	31.413
Mai	119.098	200.043	353.004	834.924	31.357
Juni	119.054	199.568	352.647	833.676	31.210
Juli	118.938	198.766	352.280	833.402	31.178
Aug.	118.761	198.554	352.480	833.309	31.112
Sept.	118.674	198.306	352.310	832.903	30.988
Okt.	120.189	199.935	353.099	833.125	31.209
Nov.	120.533	200.115	353.366	832.847	31.246
Dez.	120.404	199.901	353.072	831.790	31.168

Quellen: Vierteljahresbericht der Stadt Göttingen '71, H. I-IV und '72, H. I-IV;
 Statistische Jahresberichte der Stadt Münster 1972, S. 26 und 1973, S. 25;
 Statistisches Jahrbuch der Stadt Bochum 1973 (Berichtsjahr 1972), S. 27 und
 Statistischer Monatsbericht 1973, H. 1-12;
 Statistische Monatshefte der Stadt Köln 1972 und 1973, H. 1-12.

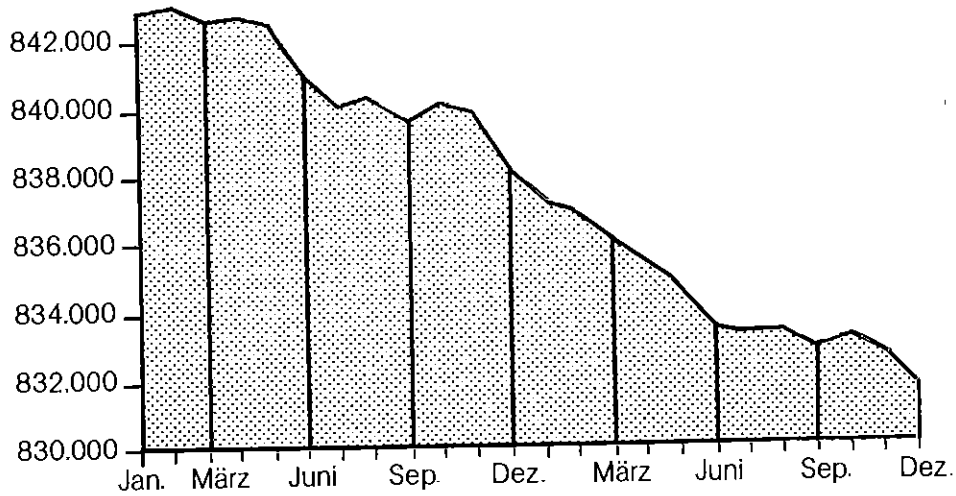
Anmerkung⁺: Eingliederung von 8 Nachbargemeinden (Deppoldshausen, Elliehausen, Esebeck, Groß-Ellershausen, Hetjershausen, Hollensen, Knutbühren und Roringen) mit 6.668 Einwohnern (Stand: 30.6.1972) am 1.1.1973.

nen. Die hoch oberhalb des Neckars auf einem Höhenrücken gelegenen Verbindungsheime in Tübingen bilden z.B. ebenso einen eigenständigen Bereich (vgl. E. EHLERS 1974, Karte nach S. 223) wie etwa die verbindungs-eigenen Bootshäuser an der Werra östlich von Münster. Gerade farben tragende Vereinigungen rücken bei festlichen Anlässen besonders ins Blickfeld der Öffentlichkeit, so z.B. bei Semestereröffnungs- oder -schlußgottesdiensten, bei kirchlichen Prozessionen und bei Stiftungsfesten (für Münster vgl. M. ROBERT 1974, S. 19).¹¹⁾

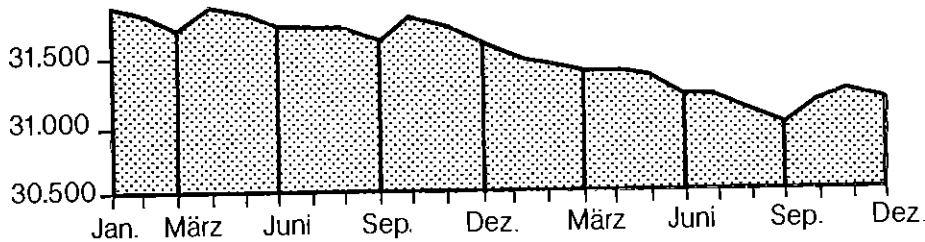
Nicht unerwähnt sei der sog. Studentenulk, der in der Geschichte alter Universitätsstädte mannigfach belegt ist (D. HÜROLDT 1969, S. 260ff.) und als studentischer Spaß auch heute noch praktiziert wird. Derartige Streiche werden von der Stadtbevölkerung oft als Unfug oder gar Ausschreitung empfunden. Als harmlose, noch heute übliche Beispiele seien "Umgestaltungen" von Denkmälern, die mit besonderen, meist verfremdenden Gegenständen ausgestattet werden (Maulkörbe, Blumen, Kopfbedeckungen), oder auch gelegentliche scherzhafte "Umbenennungen" von Ämtern und anderen Einrichtungen durch Anbringen von Transparenten genannt. Daß bei bewußt vorgenommenen Sachbeschädigungen (z.B. bei Obermalungen mit Farbe oder bei Anbringen von politischen Parolen) Verständnis und Toleranz der Behörden enden, ist verständlich.

11) Es ist jedoch festzustellen, daß die Zahl der traditionellen Verbindungen an den alten Universitäten sehr zurückgegangen ist und daß an neuen Hochschulstandorten nur einige wenige entstanden sind. Vorherrschend sind heute politische Gruppen und nationale Vereinigungen von Ausländern.

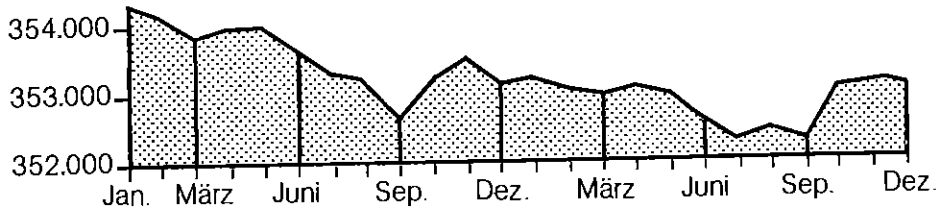
Abb. 27
Bevölkerungsentwicklung in ausgewählten Städten
 in den Jahren 1972 und 1973 (jeweils am Monatsende)



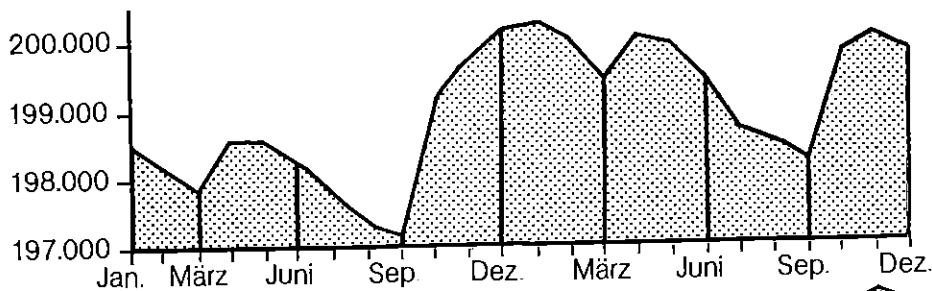
Köln



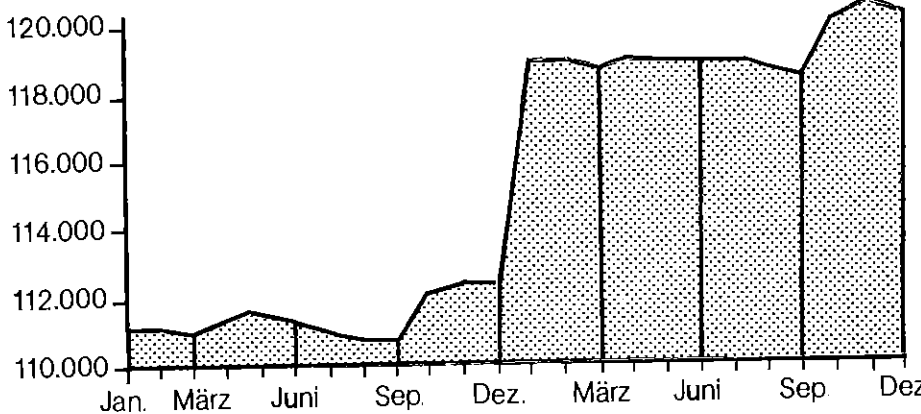
Stadtbezirk
 Köln -
 Lindenthal



Bochum



Münster



Göttingen
 (1. 1. 73: Eingemeindungen)

Entwurf: A. Mayr
 Kartographie: M. Michelka

Studenten zeichneten sich schon immer durch ein stärkeres politisches Interesse aus, das sie oft, wenn auch teilweise nur durch Minderheiten vertreten, zur Ausführung zweckgerichteter Aktionen greifen ließ.¹²⁾ Als solche sind heute vor allem die Einrichtung von Informationsständen, Flugblattaktionen, Mitarbeit in Bürgerinitiativen, aber auch Demonstrationen und Hausbesetzungen bekannt und teilweise gefürchtet (vgl. auch H.J. AMINDE 1971, S. 38). Sie sind - unabhängig vom Sinn und Ausmaß ihrer Berechtigung - Ausdruck des Protestes gegen irgendwelche als Mißstände empfundenen Ereignisse und Entwicklungen, z.B. gegen Preiserhöhungen bei Nahverkehrsbetrieben, gegen die studentische Wohnungsnot oder das zu geringe Ausmaß der staatlichen Ausbildungsförderung. In Konstanz erregte am 1. Mai 1975 eine mit großer studentischer Beteiligung durchgeführte "Seeuferbegehung", die auch über private Grundstücke führte, Aufsehen und Verärgerung. Für zahlreiche Bewohner heutiger Universitätsstädte wird das Bild des Studenten schlechthin durch das Erlebnis derartiger - häufig von linksextremen Gruppen durchgeführten - Demonstrationen mitbestimmt und leider negativ geprägt.

Festzuhalten bleibt, daß die Gesamtheit studentischer Aktivitäten zur Vielfalt der Lebensgestaltungsmöglichkeiten und der Sozialkontakte innerhalb der Universitätsstadt entscheidend beiträgt (P. SCHÖLLER 1967, S. 4f.). "Um feststellen zu können, wie eine Stadt bzw. ein Stadtteil lebt, sind in erster Linie die Träger des städtischen Lebens: die Bewohner zu betrachten. Sie sind es, die das städtische Leben bewirken ... Nur der Städter selbst lebt, nur er ist das Bindeglied zwischen den einzelnen Institutionen

der jeweiligen Stadt und nur durch ihn existieren sie, beeinflussen sie sich, verändern sie sich" (H.J. BUCHHOLZ 1970, S. 11). Studenten als mobile Bevölkerungsgruppe gestalten entscheidend das städtische Leben mit, und dies umso mehr, je höher - wie eingangs dargestellt - ihr Anteil an der Einwohnerzahl ist.

12) Die politische Ausstrahlung von Universitäten auf ihre Standortgemeinden war im 19. Jahrhundert in der Zeit des Vormärz am stärksten und ist in dieser Form bis heute nicht erneuert worden. Nicht nur manche Professoren, sondern auch Studentenführer der Burschenschaften waren politische Symbolfiguren. Die Teilnahme von Studierenden an politischen Demonstrationen, Aktivitäten in vaterländischen Volksvereinen oder als akademische Hilfstruppen von Bürgerwehren waren weit verbreitet (O.-H. ELIAS 1976).

2. Die Hochschulbevölkerung als Nutzer und Förderer kultureller Einrichtungen und Veranstaltungen

In seinen Empfehlungen zum Ausbau wissenschaftlicher Hochschulen von 1960 fordert der Wissenschaftsrat u.a. für neue Universitätsstandorte ein von bestehenden Einrichtungen getragenes kulturelles Leben, das der Universität und der Hochschulbevölkerung dienen und von ihr neue Impulse empfangen kann (Wissenschaftsrat 1960, S. 56).

In nahezu allen Denkschriften, mit denen sich Städte als Standorte neuer Hochschulen empfehlen, wird ausführlich auf kulturelle Einrichtungen, wissenschaftliche Institutionen und das kulturelle Erbe in Stadt und Region hingewiesen. In seinem Bewertungsschema für die Standortbestimmung einer Universität in Ostwestfalen stellt D. STORBECK diese Gegebenheit sogar dreifach heraus, und zwar als unterstützenden Standortfaktor der Forschung, als ergänzenden Standortfaktor der Lehre und als allgemeinen Faktor für die gesamte Hochschulbevölkerung (D. STORBECK 1967).

2.1 Zum zeitlichen Verhältnis der Entstehung von Universitäten, Theatern und Orchestern (mit Exkurs zur zentralörtlichen Stellung von Universitätsstädten)

Als notwendiges Ausstattungsmerkmal einer Universitätsstadt wird meist zuerst die Existenz eines eigenen Theaters angeführt, das der Bereicherung des kulturellen Lebens der Hochschulangehörigen dient, von ihrem Interesse, d.h. Besuch, wirtschaftlich mitgetragen wird und möglicherweise auch von seinem Angebot her auf sie Rücksicht nimmt. Ähnliches wird für ein angesehenes, am Hochschulort beheimatetes Orchester angenommen. So betont P. MIKAT, daß für den Standort der Ruhr-Universität nur eine Stadt in Frage gekommen sei, die neben anderen Merkmalen "auch einen bestimmten kulturellen Rang hat - wie er sich zum Beispiel mit dem bekannten Bochumer Theater verbindet" (P. MIKAT 1965,

S. 14).¹⁾ Die Stadt Konstanz stellt heraus, daß sie als einzige ihrer Größenordnung ein eigenes Theater besitze, dessen Ensemble ebenso wie das von ihr getragene "Bodensee-Symphonieorchester" auch regelmäßige Gastspiele in der Region zwischen Rhein, Schwarzwald, Donau und Iller durchführe (Stadt Konstanz 1961, S. 17-19). Während die Musiktradition noch nicht so alt ist, wurde bereits 1609 in Konstanz Theater gespielt.²⁾

Theater und damit auch Theatergebäude sind in Mitteleuropa erst seit der Barockzeit entstanden und überwiegend von Fürstenthäusern, später auch vom Bürgertum getragen worden. Theater waren damit vor allem in Residenzorten und in größeren Städten zu finden; für diese waren sie Ausdruck ihrer Verwaltungsfunktion oder der städtischen Repräsentanz der Bürger.³⁾ Zwischen der Errichtung eines Theaters und einer Universität bestand kein zwingender Zusammenhang, wengleich die Gründung durchaus etwa zeitgleich erfolgen konnte. So wurde in der damaligen fürstbischöflichen Residenzstadt Münster 1773 eine Landesuniversität gegrün-

1) Das Bochumer Stadttheater hat noch keine lange Tradition. 1915 entstanden und bis 1925 privates Operettentheater, konnte es erst seit dieser Zeit einen Ruf als Sprechtheater gewinnen. Siehe auch H.J. BUCHHDLZ in J. DODT/A. MAYR. 1976, S. 96.

2) Das Stadttheater ist in einem altherwürdigen Gebäude untergebracht, das - als Schulgebäude der Jesuiten 1609 errichtet - seit diesem Jahr Theaterstätte ist, seit 1852 sich im städtischen Eigentum befindet und in den 30er Jahren grundlegend umgebaut wurde. Von 1948-1950 war Heinz Hilpert Chef des zerstörten Konstanzer Theaters, bevor er die Intendanz des von Berlin nach Göttingen verlegten "Deutschen Theaters" antrat. Seit 1932 existiert ein städtisches Orchester Konstanz, das sich in mehreren Stufen vom Stadt- und Theaterorchester zum Regionalorchester entwickelte (seit 1962 "Bodensee-Symphonie-Orchester") und heute ein gewichtiger Kulturfaktor für den südwestdeutschen Raum und das angrenzende Ausland ist.

3) Es ist bezeichnend, daß mittelgroße ehemalige Residenzstädte noch heute über eigene Theater verfügen, die meist als Landestheater von den Bundesländern getragen werden (z.B. Celle, Detmold, Tübingen, Coburg). Zur kulturellen Bedeutung von Städten siehe auch P. SCHÖLLER 1967, S. 17f., für Westfalen und seine Nachbarräume H.H. BLOTEVOGEL 1975, S. 138.

det (Vorlesungsbeginn 1780) und 1775 ein fürstbischöfliches Theater eröffnet, das seit 1814 von der Stadt getragen wird (E. KEYSER 1954, S. 262).⁴⁾

Daß in Universitätsstädten Theater nicht immer vor den Hochschulen existierten oder ihnen bald folgen konnten, ist verständlich, wenn man an den bescheidenen Rang mancher Standortgemeinden bei der Errichtung der Universität denkt. Dies gilt z.B. für die im 18. Jahrhundert in ihrer Bedeutung sehr abgestiegene, etwa Northeim oder Duderstadt vergleichbare ehemalige Hansestadt Göttingen, die als kleine Landstadt 1734 auf den ersten einziehenden Universitätsprofessor einen enttäuschenden Eindruck machte (W. NISSEN 1971, S. 47f.). Mit der Hochschule wuchsen allerdings auch Funktionen und Rang Göttingens. "Es war und blieb das Ziel der städtischen Kulturpolitik, der Georgia Augusta ein Kulturinstitut an die Seite zu stellen, das auf künstlerischem Gebiet mit der Universität wetteifern konnte" (K. SCHILLING 1971, S. 82). Aber bis 1890 verfügte Göttingen weder über ein eigenes Theatergebäude noch über eine ständige Schauspieltruppe. Eine neue glanzvolle Epoche des Göttinger Theaterlebens begann eigentlich erst 1950 mit der Verlegung des Deutschen Theaters von Berlin nach Göttingen und der Verpflichtung von Heinz Hilpert, der früher in Berlin gewirkt hatte und 1948-1950 Intendant in Konstanz gewesen war. Die Verpflichtung eines berühmten Intendanten und eines ausgesuchten Ensembles brachte Göttingen schnell den Ruf einer hervorragenden Schauspielstadt. Zugleich mußte sich die Stadt 1950 jedoch zugunsten des Sprechtheaters von allen musikalischen Sparten trennen und erfuhr damit in bezug auf das Angebot künstlerischer Gattungen eine gewisse kulturelle Einschränkung; Musiktheaterinteressenten müssen nunmehr rd. 50 km weit nach Kassel fahren, da in Göttingen nicht - wie etwa in Bochum - eine benachbarte Bühne regelmäßig Musiktheateraufführungen bringt (Ebd., S. 83).⁵⁾

4) Münsters Theater feierte im Herbst 1975 mit Ur- und Erstaufführungen sein 200jähriges Bestehen.

Theater und Orchester sind weder allein an ehemalige Residenz- und heutige Verwaltungsfunktionen gebunden noch überwiegend in einem kausalen Zusammenhang mit Universitäten zu sehen, vielmehr gelten sie heute als charakteristische Ausstattungsmerkmale von zentralen Orten höherer und höchster Ordnung, ähnlich wie Museen, Galerien, Fachbibliotheken und Archive, Verwaltungen von Behörden und Wirtschaftsverbänden, Hochschulen, Spezialkliniken, umfassende Einkaufsmöglichkeiten sowie größere Sport- und Vergnügungsstätten (G. KLUCZKA 1970, S. 13).

Eine 1966-1968 nach der empirischen Umlandmethode durchgeführte Zentralitäts-Untersuchung des Instituts für Landeskunde weist denn auch nahezu alle Universitätsstädte wenigstens als zentrale Orte höherer Ordnung (Oberzentren) aus; Bochum, Erlangen, Flensburg, Göttingen, Konstanz, Marburg, Paderborn und Tübingen werden als Mittelzentren mit Teilfunktionen eines Oberzentrums charakterisiert, wobei für Göttingen und Konstanz herausgestellt wird, daß sie in einem großstadtleeeren Raum die Ersatzstellung für ein fehlendes Oberzentrum erreicht haben.⁶⁾ Diese Stellung mag zumin-

5) Nach mündlichen Auskünften des Göttinger Kulturdezernenten, Herrn Dr. Konrad SCHILLING, wäre die Stadt Göttingen auch nicht in der Lage, ein qualifiziertes Opern- und Operettenensemble zu tragen, da bereits der Unterhalt des seit 1912 bestehenden Städtischen Symphonieorchesters die Stadt sehr belastet und insbesondere seit 1950 "ein gerade klassisch zu nennendes Beispiel ist für das Ringen zwischen Kunst und Not" (K. SCHILLING 1971, S. 85f.).

6) G. KLUCZKA 1970, S. 19, 28 und S. 30ff. sowie Karte im Anhang. - Die kleineren Universitätsstädte werden wie folgt eingestuft: Eichstätt und Speyer als Mittelzentren, Clausthal-Zellerfeld als Selbstversorgerort annähernd mittelzentralen Ranges und Neuendettelsau als Kleinzentrum mit Teilfunktionen eines Mittelzentrums. - Diese kleineren Hochschulstädte haben weder ein eigenes öffentliches oder privates Theater noch Theatergastspiele. Erlangen (Nähe zu Nürnberg!) und Siegen haben nur Gastspiele auswärtiger Bühnen, Bayreuth hat lediglich die Richard-Wagner-Festspiele. Passau verfügt zwar nicht über ein eigenes Theater, unterhält aber gemeinsam mit Landshut und Straubing das Südostbayerische Städtetheater (Statistisches Jahrbuch deutscher Gemeinden, 60. Jg., 1973, S. 124-162; Angaben für die Spielzeit 1971/72).

dest für die Mittelstadt Konstanz zusammen mit ihrem historischen Rang im Mittelalter und in der frühen Neuzeit sowie ihrer Tradition die beachtliche kulturelle Ausstattung und Ausstrahlung im südlichen Südwestdeutschland erklären.⁷⁾ Nach dem Landesentwicklungsplan Baden-Württemberg bildet das durch seine Grenzlage benachteiligte Konstanz zusammen mit dem wirtschaftlichen Entwicklungsschwerpunkt Singen ein "Oberzentrum besonderer Art" (Innenministerium Baden-Württemberg 1972, S. 299; vgl. auch J. NEBEL 1975). Bochums nach G. KLUCZKA relativ geringer Rang angesichts seiner großen Einwohnerzahl ist durch die Lage in einem Verdichtungsraum inmitten größerer Nachbarn bedingt; inzwischen hat die Stadt aber nach Ausstattung und Inanspruchnahme, insbesondere auch angesichts ihrer Universität, den Rang eines Oberzentrums erreicht und wurde als solches im neuen Landesentwicklungsplan I/II eingestuft (Landesentwicklungsplan I/II "Raum- und Siedlungsstruktur" 1979, S. 1109 und Karte). Göttingen stellt nach dem Niedersächsischen Landesentwicklungsprogramm gleichfalls ein Oberzentrum dar (Niedersächsischer Ministerpräsident 1973, S. 20f.).

2.2 Besuch und Unterstützung von Theatern und Konzerten durch die Hochschulbevölkerung

Nach der Betrachtung des zeitlichen Verhältnisses von allgemeinen kulturellen Einrichtungen und Universitäten zueinander ist nunmehr zu untersuchen, ob das Theater- und Konzertwesen einer Stadt wesentlich durch die Hochschulbevölkerung in Anspruch genommen und gefördert werden. So sehr man geneigt ist, diese Frage spontan uneingeschränkt zu bejahen, umso überraschender sind die Ergebnisse konkreter Überprüfungen.

Die folgenden Aussagen berücksichtigen nicht die Verhältnisse in Köln (Großzentrum) und Essen (Oberzentrum mit Teilfunktionen eines Großzentrums), wo die Hochschulbevölkerung in der übrigen Bevölkerung aufgeht und nicht so stark in Erscheinung tritt wie in Städten

7) Vgl. hierzu Stadt Konstanz 1961, S. 17ff. ("Was bieten Konstanz und der Bodensee-Raum einer Universität?").

geringerer Größenordnung. Nach Beobachtungen aus Münster, Göttingen und Konstanz wird das Konzert- und Theaterpublikum großenteils durch das sog. Bildungsbürgertum gestellt.⁸⁾ Während in der alten Universitätsstadt Göttingen neben den Akademikern eine kulturell tragende Mittelschicht kaum vorhanden ist, haben insbesondere Münster und Konstanz, aber auch Bochum, eine für Kulturveranstaltungen sehr ambitionierte Einwohnerschaft. In Bochum wurde der Zustrom der Universitätsbevölkerung zu Veranstaltungen des Schauspielhauses als "dem sozialen Stand entsprechend und keineswegs ungewöhnlich, insgesamt gesehen eher enttäuschend" angesehen.⁹⁾ In Konstanz hat der Theaterbesuch nach der Universitätseröffnung - wenngleich quantitativ nicht meßbar - kaum zugenommen.¹⁰⁾ In beiden Städten hatten die Theaterverwaltungen auch angesichts gezielter Sonderwerbung in Hochschulen und Studentenheimen mit einem deutlich höheren Anteil studentischer Besucher gerechnet.

Eine gewichtige Ursache für die enttäuschten Erwartungen mag darin liegen, daß in beiden Städten die Universitäten sowie die Studentenwohnheime ca. 4-5 km vom Theater entfernt liegen, die Fahrtkosten beträchtlich und die Fahrtmöglichkeiten insbesondere nach dem Ende der Veranstaltungen begrenzt sind. In Bochum sind Studenten dagegen im BO-Kino (kommunales Kino im Schauspielhaus), in Münster bei Aufführungen von Operetten und Musicals stärker vertreten. Die meisten Studentenkarten werden verständlicherweise während der Vorlesungszeit verkauft, so daß zumindest im Rhythmus des Jahres gesehen die Semester durch einen höheren hochschulbedingten Besuch bestimmt

8) Mündliche Auskünfte der Kulturdezernenten der jeweiligen Städte. - Das geistig-kulturelle Anspruchsniveau in Universitätsstädten wird durch den höheren Akademikeranteil stark mitbestimmt. Der Wunsch von Lehrern, möglichst in Hochschulstädten angestellt zu werden, kennzeichnet beispielhaft diese Situation.

9) Mündliche Auskunft von Herrn Rolf PAULIN, Mitglied des Direktoriums des Schauspielhauses Bochum.

10) Mündliche Auskunft von Herrn Dr. Lothar KLEIN, Kulturdezernent der Stadt Konstanz.

sind.¹¹⁾ Die keineswegs überragende Repräsentanz der Hochschulbevölkerung am Theaterpublikum in Münster geht auch daraus hervor, daß in der Spielzeit 1973/74 nur rd. 58% der Abonnenten in Münster und seinem engsten Verflechtungsgebiet (seit 1.1.1975 in die Stadt eingegliedert), aber 42% im weiteren Münsterland wohnten.¹²⁾ Auch der Theater- oder Konzertbesuch des wissenschaftlichen Personals der Universität Gießen ist gering: nur 12% gehen häufig ins örtliche Stadttheater, die übrigen ab und zu, selten oder nie, nur 5% besuchen häufiger kulturelle Veranstaltungen in den nahen Großstädten Frankfurt und Wiesbaden (H.-G. BURGER 1978, S. 92f). Bei den Erhebungen an den Theatern in Stuttgart und Tübingen wurde dagegen festgestellt, daß allein der prozentuale Anteil der an Studenten verkauften Karten zwischen 30% und 70% lag (H.J. AMINDE 1971, S. 38). In Mainz werden Theater und Konzerte zu 46% von Studierenden besucht, wobei das Forum Theater "Unterhaus" überwiegend von studentischem Publikum getragen wird und die Sonderprogramme des städtischen "Theaters in der Universität" meist völlig ausgebucht sind (E. GORMSEN und H. SCHORMANN 1977a, S. 186f.).

In den vier untersuchten Hochschulstädten nimmt das Theater bei insgesamt steigenden Besucherzahlen vor allem in Bochum und Münster bei seiner Programmgestaltung kaum oder keine Rücksicht auf die Universitäten, weil von dort selten Anregungen oder Wünsche kom-

men. In Göttingen wird beklagt, daß schon ein gemäßigt avantgardistischer Spielplan und moderne Interpretationen von Klassikern z.T. als zu progressiv empfunden werden und daß ferner vom Deutschen Theater kaum Lustspiele angeboten werden können, weil auch "leichte Muse" kein Publikum findet.¹³⁾

In Göttingen, Bochum und Münster wird versucht, durch Matineen mit Lesungen und Vorträgen, durch Theatergespräche und andere Sonderveranstaltungen das Theater über die Stätte theatralischer Darbietungen hinaus zum Diskussionsforum zu machen. Für derartige Veranstaltungen stellen sich - neben Regisseuren und Schauspielern - gelegentlich auch Universitätsprofessoren der Sprach- und Literaturwissenschaftlichen Institute zur Verfügung. Umso größer ist die Enttäuschung, daß auch hier der Besuch von Hochschulbediensteten und Studenten recht schwach ist und damit die durchschnittliche Ausnutzungsquote - Zahl der Besucher in v.H. der verfügbaren Plätze sämtlicher Veranstaltungen - sogar erheblich drückt.¹⁴⁾ In Bochum bestand nach der Gründung der Ruhr-Universität insofern zeitweise eine gewisse Kooperation zwischen Schauspielhaus und Hochschule, als der damalige Schauspielregisseur am Germanistischen Institut einen Lehrauftrag für Theaterwissenschaften erhielt. Für seinen Nachfolger im Amt wurde mit dem Intendantenwechsel 1972 dieser Lehrauftrag jedoch nicht erneuert. Engere Verbindungen bestehen hingegen zur Westfälischen Schauspielschule in Bochum. In Gießen gibt es seit Oktober 1978 "Uni-Theater-Treffs", die die Kontakte zwischen Universität und Stadttheater vertiefen und evtl. auch zu einer größeren Inanspruchnahme des Theaters durch die Hochschulangehörigen führen sollen (H.-G. BURGER 1978, S. 93). Ob die Zusammenarbeit zwischen Universität und Theater dort größer ist, wo an den Hochschulen eigene Theaterwissenschaftliche Institute bestehen (in Köln und Kiel seit 1921, Berlin seit 1922, München seit 1926), müßte genauer untersucht werden.

11) In Münster wurden in der Spielzeit 1973/74 insgesamt 13.936 Studentenkarten verkauft, davon 7.619 während des Wintersemesters bei 235 Aufführungen, 4.561 während des Sommersemesters bei 132 Aufführungen und nur 1.756 in der vorlesungsfreien Zeit (Schriftliche Mitteilung von Herrn Dr. Frieder LDRENZ, Intendant der Städtischen Bühnen Münster, vom 25.2.1975). Damit hat praktisch nur jeder zweite Student im Verlauf eines Jahres eine Aufführung des Stadttheaters (Großes Haus) und der Kammerspiele der Stadt Münster besucht. Eine Befragung in Münster im WS 1978/79 ergab zwar tendenziell eine Abnahme der "Nicht-Besucher" des Stadttheaters mit zunehmender Bildung, aber "Studenten sind häufiger als erwartet noch nicht im Theater gewesen" (W. KOOK, B. SPAHN und A. GROSSE-KOCK 1979, S. 53).

12) Mündliche Auskunft von Herrn Dr. LORENZ, Münster.

13) Mündliche Auskunft von Herrn Dr. SCHILLING, Göttingen.

14) Mündliche Auskunft von Herrn Dr. LORENZ, Münster.

Im Gegensatz zu dieser offensichtlich nicht sehr positiven Bilanz ist die Tatsache zu sehen, daß neben den öffentlichen Bühnen Privattheater außer in Metropolen und Großstädten mit über 200.000 Einwohnern sich vorzugsweise in Universitätsstädten entwickelt haben, darunter die "Zimmertheater" in Münster, Heidelberg und Tübingen, das "Junge Theater" in Göttingen, die "Kleinen Theater" in Bonn und Freiburg und vergleichbare Einrichtungen in Mainz, Darmstadt, Kassel, Marburg und Karlsruhe.¹⁵⁾ Privattheater und Kabarets häufen sich natürlich besonders in den Landeshauptstädten; dabei ist auffallend, daß z.B. in München die Experimentierbühnen und Kellertheater in stattlicher Anzahl in Schwabing liegen, jenem traditionell von Künstlern und Studenten stark bewohnten und von zunehmender Kommerzialisierung bedrohten Stadtteil. Zudem werden Privattheater durch die Gemeinden überwiegend nur schwach oder überhaupt nicht bezuschußt (für München vgl. B. HENRICHS 1971, S. 60ff.). Es ist deshalb anzunehmen, daß das Publikum dieser Theater zu einem nicht geringen Anteil aus Studenten und Hochschulbediensteten besteht. Die meisten dieser kleinen Privattheater sind nicht nur für das Kulturleben ihrer Standortgemeinden von Bedeutung, weil sie vielfach Erstaufführungen junger Autoren bringen und ferner die Funktion als Sprungbrett für junge Schauspieler, Regisseure und Bühnenbildner übernommen haben.¹⁶⁾

Die bisher über den Theaterbesuch gemachten Aussagen dürften - vermutlich mit einigen Einschränkungen - auch für den Besuch von Konzerten zutreffen.

2.3 Zur Nutzung von öffentlichen Museen, Archiven und Bibliotheken durch die Hochschulbevölkerung

Auch die Inanspruchnahme von kunst- und kulturhistorischen, technischen und an-

15) Vgl. Statistisches Jahrbuch deutscher Gemeinden, 60. Jg., 1973, S. 153-155 (Angaben für die Spielzeit 1971/72).

16) K. SCHILLING 1971, S. 83 (für das 1957 gegründete Junge Theater Göttingen). - Die Privattheater werden häufig noch durch Studiotheater der Universität und Studentenkabarets ergänzt.

deren Museen durch Lehrveranstaltungen der Hochschulen und durch einzelne Hochschulangehörige und Studenten dürfte sich in Grenzen halten. Eine Auswertung der monatlichen Besucherzahlen der Städtischen Museen, Galerien und Kunsthallen in Köln und Bochum¹⁷⁾ für die Jahre 1972 und 1973 und Auskünfte in Konstanz, Göttingen und Münster lassen erkennen, daß der Besuch von Museen stärker von der Witterung, den Schulferienterminen und insbesondere von Sonderausstellungen abhängig ist und daß die Semester der Universität nur eine unbedeutende Rolle spielen.

Anders verhält es sich mit Archiven unterschiedlichster Art, die von Lehrenden für eigene Forschungen und von Studenten insbesondere für Examensarbeiten häufiger genutzt werden. Die erhöhte Inanspruchnahme von Stadtarchiven in jungen Universitätsstädten - auch für Lehrveranstaltungen über archivarisches Dokumentations- und Informationsmethoden - beweist dies nachdrücklich.¹⁸⁾ Bei einer Auswertung der Benutzeranträge der Jahre 1974-1977 im Stadtarchiv Göttingen hat sich gezeigt, "daß die Benutzerstruktur des Stadtarchivs eindeutig durch die Stadt Göttingen als Standort von allgemein- und weiterbildenden Schulen und vor allem von der Universität geprägt wird" (Benutzeranalyse des Stadtarchivs Göttingen, 1978, S. 17). Mehr als 40% der Besucher waren Studenten, die das Archiv für Seminar- und Examensarbeiten in Anspruch nahmen, gefolgt von Schülern, Hochschullehrern und wissenschaftlichen Angestellten sowie Lehrern und anderen Beamten, während die übrigen Berufsgruppen deutlich geringer vertreten waren (Ebd., S. 15f. und S. 18-20).

Starken Zuspruch durch die Hochschulbevölkerung, insbesondere durch Studierende, erleben auch die öffentlichen Büchereien. In Mainz besuchen 23% der Studenten mehr

17) Nach Monatsstatistiken der Statistischen Ämter Köln und Bochum.

18) Für Bochum vgl. Westdeutsche Allgemeine Zeitung, Ausgabe Bochum, vom 1.3.1976. - Der Leiter des Bochumer Stadtarchivs hat einen Lehrauftrag in der Abteilung Geschichtswissenschaft der Ruhr-Universität Bochum.

oder weniger regelmäßig die Stadtbibliothek (E. GORMSEN und H. SCHORMANN 1977a, S. 186). Die Zweigbibliothek der Stadtbücherei Bochum in Querenburg wurde im Oktober 1973 als letzte eingerichtet, wies aber bereits nach einem Jahr nächst der Hauptbücherei die meisten Entleihungen auf. Dies ist nicht nur eine Folge einer guten Ausstattung, sondern auch des besonderen Lektürebearbeitungsbedarfs der überwiegend universitätsorientierten Bevölkerung Querenburgs. In Konstanz wurden Sonderzuschüsse des Landes Baden-Württemberg für Universitäts-Folgelasten außer für den Neubau von Theaterwerkstätten auch für den Ausbau der Stadtbücherei zu einer modernen Freihandbibliothek verausgabt (U. LEINER 1976, S. 31f.).

2.4 Tätigkeit von Hochschulangehörigen in Institutionen der Weiterbildung

Eine völlig veränderte Situation bietet sich uns dar, wenn nunmehr die Tätigkeit von Hochschulangehörigen im außeruniversitären Bildungswesen und in wissenschaftlichen Gesellschaften und Vereinigungen untersucht wird.

In zahlreichen größeren Städten existieren von den Standortgemeinden und den Industrie- und Handelskammern getragene Verwaltungs- und Wirtschaftsakademien, die der hochschulmäßigen Fortbildung von Angehörigen des gehobenen Dienstes der Verwaltung und der Wirtschaft dienen.¹⁹⁾ Die Lehrkörper dieser Bildungsinstitutionen bestehen neben Richtern und Verwaltungspraktikern vorwiegend aus Hochschullehrern. Studienleiter der Göttinger Verwaltungs- und Wirtschaftsakademie ist ein Universitätsprofessor (Jurist). Die sehr große Verwaltungs- und Wirtschaftsakademie Industriebezirk mit Sitz in Bochum (Hauptanstalt Bochum, Teilanstalten Dortmund, Duisburg, Hagen und Recklinghausen) zählte im Winter-Semester 1974/75 78 Dozenten, von denen allein 32 an der Ruhr-Universität Bochum und 14 an anderen Universitäten

tätig waren, insgesamt also knapp zwei Drittel.²⁰⁾ Von den allein an der Akademie Bochum lehrenden 28 Dozenten waren 23 Hochschulbedienstete, davon 20 aus Bochum.²¹⁾ An der kleineren Verwaltungsakademie Münster waren im gleichen Semester gleichfalls zwei Drittel der Dozenten Bedienstete der dortigen Universität, nämlich 10 Personen von insgesamt 15 Lehrenden.²²⁾ Damit sind Hochschullehrer aus der jeweiligen Region in diesen Fortbildungsinstitutionen insgesamt sehr stark engagiert, eine Situation, die sich in den letzten Jahren kaum gewandelt haben dürfte, wenn die Ergebnisse der Akademie Industriebezirk und Münster repräsentativ sind. Denn im Jahre 1957 betrug der Anteil der Hochschullehrer an den Lehrkörpern aller Ver-

20) Gemäß Vorlesungsverzeichnis der Verwaltungs- und Wirtschaftsakademie Industriebezirk, Winter-Semester 1974/75, Bochum 1974, S. 4-8 waren unter den Lehrenden aller 5 Standorte 18 Professoren der Ruhr-Universität (Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaftler), 2 Dozenten und 12 Mittelbauangehörige der Universität Bochum, ferner 10 Professoren, 1 Dozent und 3 Assistenten anderer Hochschulen (teilweise früher in Bochum tätig) und 32 andere Lehrende.

21) Ebd., S. 10-25 in Verbindung mit S. 4-8; von den 20 Bochumer Universitätsangehörigen waren 12 Professoren, 2 Dozenten und 6 Assistenten bzw. Akademische Räte. - Interessant mag auch erscheinen, daß die Bochumer Akademie 1925 als Zweiganstalt der Westfälischen Verwaltungsakademie in Münster gegründet wurde. Erst 1938 wurde sie zu einer selbständigen Hauptanstalt umgeformt, 1941 durch Einführung wirtschaftswissenschaftlicher Lehrgänge zu einer Verwaltungs- und Wirtschaftsakademie umgewandelt und schließlich Sitz der vereinigten Akademie des Ruhrgebietes (Dortmund und Hagen wurden 1948 gegründet, 1957 wurde Duisburg neu gegründet); in Essen und Oberhausen existieren eigene Verwaltungs- und Wirtschaftsakademien (Vgl. Die Verwaltungs- und Wirtschaftsakademie Industriebezirk in Zahlen, 1958, S. 1 und S. 24-26). Schon damals war Bochum also - ebenso wie vor der Gründung der Universität - zunächst von Münster abhängig, ehe es "Vorort" zumindest für das westfälische Revier wurde.

19) Nach einem berufsbegleitenden Studium von sieben Semestern nach den Bestimmungen des Arbeitsförderungsgesetzes von 1969 kann ein besonderes Wirtschafts-, Kommunal- und Verwaltungsdiplom erworben werden.

22) Nach mündlichen Auskünften des Sekretariats der Verwaltungsakademie Münster handelte es sich um 5 Universitätsprofessoren, 2 Dozenten und 3 Assistenten der Westfälischen Wilhelms-Universität; hinzu kam ein weiterer auswärtiger Hochschulprofessor.

waltungs- und Wirtschaftsakademien der Bundesrepublik durchschnittlich 57% (Die Verwaltungs- und Wirtschaftsakademie Industriebezirk in Zahlen, 1958, S. 24).

Weniger stark, aber dennoch sehr beachtlich, sind Hochschulangehörige unter den Dozenten der Volkshochschulen in Universitätsstädten und in deren Umland zu finden. So waren etwa bei der Volkshochschule Münster im Studienjahr 1974/75 rund ein Viertel aller Dozenten Hochschulangehörige, und zwar überwiegend Lehrende der Universität,²³⁾ bei der Volkshochschule Bochum im Herbstsemester 1975 war der Anteil bei völlig anderer Zusammensetzung geringfügig größer. Besonders erstaunlich war dabei, daß in Münster nur 3,9% aller Dozenten Studierende waren (13 von 338, meist Doktoranden oder Studenten im Zweitstudium), in Bochum dagegen 22,4% (51 Studenten unter 228 Dozenten)!²⁴⁾ Daß an der Volkshochschule Bochum Studenten unter den nebenamtlichen Mitarbeitern überrepräsentiert sind, ergab auch eine im Herbst 1971 durchgeführte Studie an vier großstädtischen Volkshochschulen des Re-

23) Gemäß freundlicher Mitteilung der Volkshochschule Münster e.V. vom 18.2.1975 waren von 338 Dozenten 38 Hochschulangehörige, darunter 23 Professoren und 7 Dozenten der Universität Münster, 33 Angehörige des akademischen Mittelbaus, 2 Angehörige anderer Hochschulen in Münster und 13 Studenten (meist Doktoranden).

24) Nach dem Vorlesungsverzeichnis der Volkshochschule Bochum für das Herbstsemester 1975, Bochum 1975, S. 171-184 leiteten 115 Lehrer und 51 Studenten zusammen rund 75% aller Veranstaltungen der Volkshochschule Bochum. Unter den übrigen Kräften traten Universitätsbedienstete neben anderen Gruppen kaum in Erscheinung: Es handelte sich um 10 Angehörige des akademischen Mittelbaus, während kein einziger habilitierter Hochschullehrer im Verzeichnis genannt wird. Ob sie bei der Verwaltungs- und Wirtschaftsakademie und bei den Wissenschaftlichen Vereinigungen bereits zu stark engagiert waren? Verschiedene Dozenten der VHS Bochum waren von Beruf Diplom-Ökonomen, -Sozialwissenschaftler, -Mathematiker, -Theologen o.ä. und damit vermutlich junge Absolventen der Ruhr-Universität Bochum. - Inzwischen werden aber offensichtlich auch Volkshochschulkurse von Bochumer Universitätsprofessoren gehalten. Vgl. RUB-aktuell, Ausgabe 33/76 vom 30.1.1976, S. 9. Außerdem sind Bochumer Lehrende an zahlreichen "Universitätswochen" außerhalb Bochums beteiligt gewesen.

viert.²⁵⁾ Eindeutige Domäne der Studenten waren Arbeitsgemeinschaften im Bereich "Gesellschaft und Politik" (z.T. im Rahmen der Zusammenarbeit von DGB und VHS bei den gemeinsamen Programmen "Arbeit und Leben"), daneben Sprachkurse (insbesondere durch fortgeschrittene ausländische Studierende), die im Angebot benachbarter Volkshochschulen (z.B. Witten und Herne) zu einem beachtlichen Anteil von Studenten geleitet werden. Es ist sehr verdienstvoll, daß die Volkshochschulen Bochums und der Nachbarschaft Studierenden die Möglichkeit bieten, einen Teil ihres Studiums selbst zu verdienen, sich studiennah pädagogisch zu betätigen und zugleich ihr besonders sozialkritisches Interesse zur Entfaltung zu bringen. Auch in Göttingen stellt der Hochschulbereich zusammen mit der Lehrerschaft den größten Teil der Dozentschaft der Volkshochschule.²⁶⁾

In Essen sind Lehrende der Gesamthochschule außer in der Volkshochschule auch beim Deutschen Gewerkschaftsbund, bei der Arbeiterwohlfahrt, der Familienbildungsstätte und dem "Haus der Technik e.V." (HdT) als nebenamtliche Dozenten tätig. Die Kooperation mit der letztgenannten, sehr traditionsreichen Weiterbildungsinstitution (seit 1928 bestehendes Außeninstitut der Technischen Hochschule Aachen) ist derart ausgestaltet worden, daß geeignete Veranstaltungen des HdT in das Vorlesungsverzeichnis der Universität aufgenommen wurden und umgekehrt im HdT-Programm auf ausgewählte Lehrveranstaltungen der Hochschule verwiesen wird.²⁷⁾ In Konstanz, wo es schon vor dem 2. Weltkrieg als bürgerschaftliche

25) Vgl. J.H. KNOLL, J. HÜTHER, H. SCHOLAND und D. BREUER 1974 und K.D. BREUER 1975. Untersucht wurden nebenamtliche Dozenten der Volkshochschulen Bochum, Bottrop, Wanne-Eickel und Witten. Von ihnen waren durchschnittlich 12,2% noch in Ausbildung und nur 3,0% in Wissenschaft und Forschung tätig.

26) Mündliche Auskunft von Herrn Dr. SCHILLING, Göttingen.

27) Vgl. Essener Hochschuljournal Nr. 5, Februar 1978, S. 16-18 und Nr. 9, Oktober 1978, S. 1-2 sowie Personal- und Vorlesungsverzeichnis der Universität Essen-Gesamthochschule für das SS 1979, S. 518-520.

Vereinigungen eine Wissenschaftliche Vortragsgemeinschaft und einen Allgemeinen Bildungsverein mit jeweils interdisziplinären Interessen gab, entstand erst 1972 eine vom neuen Landkreis Konstanz und seinen Städten und Gemeinden getragene Regionale Volkshochschule Konstanz-Singen. Die Universität hatte nicht nur an ihrer Gründung tatkräftigen Anteil, sondern ist - insbesondere durch Angehörige des akademischen Mittelbaus - auch sehr stark in ihrem Lehrkörper vertreten.²⁸⁾ Aufrufe an die Universitätsangehörigen zur Mitarbeit in der Erwachsenenbildung verhalfen "der neu gegründeten Volkshochschule binnen weniger Monate zu einem Programm, wie es dies in der Vergangenheit weder in Singen, noch Konstanz noch in vielen anderen Bereichen der Region gegeben hatte" (H. SUND 1978, S. 63). So wünschenswert wegen der steigenden Bedeutung der Fort- und Weiterbildung ein noch stärkeres Engagement von Lehrenden der Universität wäre, so werden die Hochschulen - trotz der Verpflichtung zur Beteiligung an der Weiterbildung (Hochschulrahmengesetz, §2 Abs. 3) - wegen der wachsenden Ausbildungsverpflichtungen in den kommenden Jahren nicht allen außeruniversitären Bildungsaufgaben entsprechen können. Nach dem Rückgang der Abiturientenzahlen ab 1985 werden "die Universitäten damit konfrontiert werden, sich mehr als bisher legitimieren zu müssen ... Universitäten werden sich einer Neuorientierung stellen müssen, und es wird ihre Aufgabe sein, für diese Zeit ein ausgewogenes Konzept auch für die Weiterbildung vorzulegen. Hier liegt eine große Chance für die Partnerschaft zwischen Volkshochschule und Universität" (Ebd., S. 68).

Häufig sind die Universitäten als Körperschaften oder einzelne Hochschullehrer auch organisatorisch für Volkshochschulen mitverantwortlich, eine Regelung, die allerdings nicht in Bochum zutrifft. In Konstanz ist die Universität durch einen Beauftragten im Kuratorium der Volkshochschule vertreten. In Göttingen und Münster

28) H. SUND 1978 und mündliche Auskünfte des Pressereferenten der Universität Konstanz, Herrn Wolfram VOGEL, und des Leiters des Schul- und Kulturamtes Konstanz, Herrn Dr. Lothar KLEIN.

ist jeweils ein Universitätsprofessor Vorsitzender der Volkshochschule, davon in Münster sogar von Amts wegen der Rektor der Westfälischen Wilhelms-Universität als Vorsitzender des Vorstandes. Daneben gibt es natürlich einen verantwortlichen Direktor als pädagogischen Leiter der Volkshochschule. Nach der in Nordrhein-Westfalen notwendig gewordenen Kommunalisierung zahlreicher Volkshochschulen wurde in Münster der bisherige Vorstand unter Leitung des Rektors als Beirat bestellt, der Vorschläge für die Gesamtkonzeption der Bildungsarbeit der Volkshochschule zu entwickeln hat und für Fragen der Zusammenarbeit zuständig ist.²⁹⁾

Neben dieser aufgezeigten organisatorischen Beteiligung der Universitäten in Vorstand, Beirat oder Kuratorium von Volkshochschulen ist schließlich von Bedeutung, daß die Volkshochschulen in Universitätsstädten auch qualitativ von den einzelnen hochschulorientierten Bevölkerungsgruppen mitgeprägt werden. "Münster ist drittgrößte Universität in der BRD, infolgedessen beeinflussen Studenten (30.000) und der entsprechend umfangreiche Lehrkörper durch Teilnahme an Veranstaltungen (insbesondere Arbeitsgemeinschaften) das Niveau und die Gespräche solcher Veranstaltungen."³⁰⁾

Im Bereich der Erwachsenenbildung, für den die Ruhr-Universität Bochum einen eigenen Senatsbeauftragten hat, ist weiterhin erwähnenswert die regelmäßige Beteiligung der Bochumer Universität an den Ruhrfestspielen in Recklinghausen³¹⁾ oder die aktive Teilnahme von Hochschulangehörigen an Veranstaltungen der Gewerkschaften im Rahmen

29) Nach mündlichen Auskünften des Leiters des Kulturamtes der Stadt Münster, Herrn Dr. Karl-Heinz OTTEN. Das Weiterbildungsgesetz des Landes Nordrhein-Westfalen von 1974 schreibt Gemeinden ab 40.000 Einwohnern die Einrichtung und den Unterhalt einer kommunalen Volkshochschule zwingend vor; die VHS Münster war vorher eingetragener Verein.

30) Freundliche schriftliche Mitteilung der Geschäftsstelle der Volkshochschule Münster vom 18.2.1975.

31) Die "Woche der Wissenschaft" wird gemeinsam vom Deutschen Gewerkschaftsbund, der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft und der Ruhr-Universität getragen.

von Partnerschaftsabkommen. Nach den Universitäten Bremen und Oldenburg hat die Ruhr-Universität Bochum am 9.7.1975 ein solches Partnerschaftsabkommen geschlossen, und zwar mit der größten deutschen Einzelgewerkschaft, der IG Metall,³²⁾ die in Sprockhövel im Ennepe-Ruhr-Kreis ein eigenes Bildungszentrum besitzt. In Konstanz wurde 1976 ein Arbeitskreis eingesetzt, der die Möglichkeiten einer angestrebten Institutionalisierung der Zusammenarbeit zwischen Universität und Gewerkschaften abklären soll. Bereits 1968 entstand in Göttingen, wo allein drei Dozenten mit der institutionalisierten Weiterbildung beauftragt sind, ein Arbeitskreis Universitäre Erwachsenenbildung, in dem sich wissenschaftliche Hochschulen und deren Einrichtungen, Hochschullehrkräfte und Einrichtungen der Erwachsenenbildung einschließlich des Kontaktstudiums zusammenschlossen. 1974 entstand auch in Bochum eine Kontaktstelle für universitäre Erwachsenenbildung, die Lehrende und Lernende aus dem Einzugsbereich der Ruhr-Universität "zusammenbringen" will. Neben der wissenschaftlichen Weiterbildung nichtakademischer Bevölkerung verfolgt die Universität mit diesen Aktivitäten auch das Ziel, Verständnis für die Bedeutung der Wissenschaft und für Hochschulprobleme zu wecken.³³⁾ Das Modell eines Kontaktstudiums wird auch in Konstanz praktiziert (H. SUND 1978, S. 67). 1977 schließlich bestellte auch die Universität Essen-Gesamthochschule einen Beauftragten für Weiterbildung.

2.5 Tätigkeit von Hochschulangehörigen in kulturell-wissenschaftlichen Vereinigungen

Neben dieser organisierten Tätigkeit der Vermittlung von Lehrenden muß darüber hinaus auch die wissenschaftliche und or-

32) Vgl. RUB-aktuell. Zeitung der Ruhr-Universität Bochum. Ausgaben 29/75 vom 10.7.1975, S. 1-4 ("Zusammenarbeit mit der IG Metall") und 33/76 vom 30.1.1976, S. 1 ("Kuratorium hat sich konstituiert").

33) Nach Presseberichten (Westdeutsche Allgemeine Zeitung) vom 22.1.1972 ("Kein Elfenbeinturm der Wissenschaften. Unis bemühen sich um Erwachsenenbildung") und 4.10.1974 ("Erwachsenenbildung mit der Uni. 8D Lehrer suchen ihre Schüler").

ganisatorische Tätigkeit von Hochschulangehörigen in Gesellschaften und Vereinigungen der Hochschulstädte, insbesondere solchen mit wissenschaftlicher, pädagogischer und kulturfördernder Zielsetzung, herausgestellt werden. Diese Institutionen bestimmen zu einem beachtlichen Anteil das kulturelle Leben ihrer Sitzgemeinden mit. Zwar sind die wissenschaftlichen Vereinigungen in Göttingen und Münster ohne Hochschulangehörige denkbar, in Konstanz - wie bereits erwähnt - sowie in Bochum und Essen vor Errichtung der dortigen Universitäten entstanden und bereits sehr aktiv gewesen (z.B. in Bochum die Literarische Gesellschaft, die Gesellschaft für Geographie und Geologie u.a.), aber Hochschulangehörige tragen sie vielfach mit.

So wird in Göttingen der dortige Kunstverein (als Nachfolger einer vor ihm bestehenden Kunstvereinigung) von einem Universitätsprofessor geleitet, eine Kammermusikgesellschaft (die 1906 gegründete Akademische Orchestervereinigung) geht auf eine Universitätsinitiative zurück und besteht vor allem aus Hochschulangehörigen; die enge Verbindung zur Universität kommt darin zum Ausdruck, daß sie von einem Akademischen Musikdirektor der Universität geleitet wird.³⁴⁾ Erster Vorsitzender der von Stadtbewohnern gegründeten Göttinger Vereinigung naturforschender Freunde, der Gauß-Gesellschaft, der Agrarsozialen Gesellschaft und der Sektion Göttingen des Deutschen Alpenvereins ist jeweils ein Hochschullehrer. In Münster werden der bereits 1832 gegründete Historische Verein zu Münster, die Medizinisch-Naturwissenschaftliche Gesellschaft, die Juristische Studiengesellschaft und der Westfälische Kunstverein von einem Universitätsprofessor geleitet; ein Angehöriger des akademischen Mittelbaus ist Geschäftsführer der Annette von Droste-Hülshoff-Gesellschaft, die in Münster die Funktion einer literarischen Gesellschaft wahrnimmt.³⁵⁾ Auch verschiedene wissenschaftliche Kommissionen des Landschaftsver-

34) Nach mündlichen Auskünften von Herrn Dr. SCHILLING, Göttingen und Herrn Oberbürgermeister a.D. LESSNER, Göttingen.

35) Siehe Seite 274

bandes Westfalen-Lippe (Altertumskommission, Historische Kommission, Geographische Kommission, Volkskundliche Kommission und Kommission für Mundart- und Namensforschung) werden von Hochschullehrern, z.T. in Gemeinschaft mit den Leitern des Staatsarchivs, des Provinzialinstitutes für Westfälische Landes- und Volksforschung und der Landesmuseen geführt, die wiederum Lehraufträge an der Universität haben. Schließlich haben internationale Vereinigungen wie die Deutsch-Türkische Gesellschaft oder die Deutsch-Griechische Gesellschaft Universitätsprofessoren als Vorsitzende.

In Bochum werden die Deutsche Shakespeare-Gesellschaft West und seit 1976 auch die Literarische Gesellschaft (gegr. 1905) von einem Universitätsprofessor geleitet, während der Gründer und ehemalige Vorsitzende der Gesellschaft für Geographie und Geologie (gegr. 1956) als Oberstudienrat im Hochschuldienst und später als Studienprofessor an die Ruhr-Universität verpflichtet wurde.³⁶⁾ In diesen Vereinigungen wie auch im Kunstverein Bochum sind Hochschulangehörige in den Vorständen und Beiräten aktiv tätig. In Essen gilt dieser Sachverhalt u.a. für die dortige Geologische Gesellschaft.³⁷⁾

Die aufgezeigten Aktivitäten lassen insgesamt erkennen, daß die Hochschulbevölkerung mitsamt der Studentenschaft in mannigfacher, allerdings unterschiedlicher Weise diese in den Universitätsstädten vorhandenen kulturellen Einrichtungen in Anspruch nimmt und fördert sowie in ihren Vereinigungen aktiv ist und diese mitgestaltet. Damit trägt sie zu einer Belebung des kulturellen Lebens der Universitätsstädte bei, die beachtlich sein kann, andererseits aber kei-

neswegs immer deutlich über das wissenschaftlich-kulturelle Niveau anderer "kultureller Oberzentren" hinausgehen muß, wie dies die Situation von Bochum und Konstanz vor der Gründung der dortigen Universitäten gezeigt hat.³⁸⁾

35) Freundliche Auskünfte von Herrn Dr. OTTEN, Kulturamt der Stadt Münster und Herrn Regierungsdirektor Klaus ANDERBRÖGGE, Dezernat für Akademische Angelegenheiten der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster.

36) Vgl. auch Stadt Bochum (Hrsg.): Das Kulturelle Bochum. Faltblatt. O.O. o.J. (Liste der Institutionen, Vereinigungen und ihrer Geschäftsstellen bzw. Vorsitzenden); eigene Informationen.

37) Nach mündlichen Auskünften von Herrn Bernd DRESCHER, Pressestelle der Universität Essen-Gesamthochschule.

38) Die Fairneß gebietet es, darauf hinzuweisen, daß als Hochschulbevölkerung hier nicht allein Universitätsbedienstete und deren Studenten gemeint sein können, sondern auch Angehörige anderer Wissenschaftlicher Hochschulen (wie Pädagogische Hochschulen) sowie von Kunst-, Musik- und Fachhochschulen gemeint sind.

3. Das Angebot der Universität an die Stadtbevölkerung

Sind im vergangenen Abschnitt vorwiegend Aktivitäten der Hochschulbevölkerung als Bürger der Stadt und ihr Verhältnis zu Institutionen und kulturtragenden Vereinigungen innerhalb der Stadt untersucht worden, so soll nunmehr dargestellt werden, was die Universität und ihre Einrichtungen für die Bevölkerung der Stadt bedeuten.

3.1 Die Universität als Stätte wissenschaftlicher und musischer Weiterbildung

Der Bevölkerung von Hochschulstädten und ihres Umlandes wird in mannigfacher Weise Gelegenheit geboten, am Leben der Universität sowie der sie tragenden Fachdisziplinen Anteil zu nehmen.

Zunächst besteht zur kontinuierlichen Weiterbildung die Möglichkeit, sich als Gasthörer einschreiben zu lassen und damit Vorlesungen und - soweit die fachspezifische Studiensituation es erlaubt - Seminare und Übungen zu besuchen. Diese Chance wird insbesondere von Einwohnern der Hochschulstädte wahrgenommen, die Zeit und Interesse für den regelmäßigen Besuch derartiger Veranstaltungen aufbringen können.¹⁾ In Konstanz ermöglichte vor allem die Einführung eines Verwaltungsstudiums enge Kontakte zwischen Universität und Bediensteten der Stadtverwaltung (U. LEINER 1976, S. 34).

Weiter verbreitet ist sicherlich der Besuch ausgewählter einzelner Vorträge innerhalb der Universität. Hierbei kann es sich - wie durch einige Hochschulen seit langem praktiziert (z.B. in Köln und Münster) - einerseits vor allem um Vorträge auswärtiger Gelehrter handeln, andererseits aber auch um allgemein verständlich

gehaltene Antrittsvorlesungen (für Konstanz vgl. H. SUND 1978, S. 64), um regelmäßig stattfindende Kolloquiumsvorträge von Instituten mit Rednern auch aus dem eigenen Haus (gelegentlich sogar Doktoranden) und schließlich um besondere Fortbildungsreihen im Rahmen des Studium generale, des Studium regionale (Bochum) oder auch für bestimmte Berufsgruppen (z.B. für Lehrer bestimmter Fachrichtungen, Theologen, Ingenieure oder Ärzte). Lage, Erreichbarkeit und Parkmöglichkeiten sind entscheidende Faktoren für die Annahme solcher Vorträge durch die Stadtbevölkerung. Dies beweist die Situation der Ruhr-Universität Bochum, wo im Winter-Semester 1972/73 durch den damaligen Prorektor für Lehre eine Ringvorlesung organisiert wurde, die in alle Fachdisziplinen einführt und insbesondere auch Abiturienten aus dem Einzugsbereich der Universität über Möglichkeiten und Inhalte ihres geplanten Studiums informieren sollte. Die Resonanz auf dieses verdienstvolle Unternehmen ließ jedoch sehr zu wünschen übrig.²⁾ Wesentlich für diese Gegebenheit dürften die abseitige Lage der Universität 5 km südöstlich der Stadtmitte und Probleme der Orientierung innerhalb des vielgestaltigen Gebäudekomplexes gewesen sein. In späteren Winter-Semestern fanden deshalb interdisziplinäre Vortragsreihen der Ruhr-Universität nicht mehr innerhalb der Universität selbst statt, sondern im Sitzungssaal des Rathauses oder im Vortragsraum des Bergbaumuseums und damit in Sälen, die der städtischen Öffentlichkeit vertraut sind.³⁾

Die von örtlichen und auswärtigen Professoren gestalteten Hochschulwochen in Essen fanden anfangs noch in den der Einwohnerschaft bekannten Sälen des Folkwang-Museums oder der früheren Pädagogischen Hochschule

2) Siehe Rechenschaftsbericht des Rektors gemäß Art. 29 Abs. 4 der Verfassung der Ruhr-Universität Bochum (Berichtszeitraum 22.2.1973-28.2.1973). Bochum 1973, S. 11.

3) Besondere Fortbildungsvorträge durch die Institute der Abteilung für Geowissenschaften werden neben den Kolloquien seit 1972/73 im Rahmen des Programms der Gesellschaft für Geographie und Geologie durchgeführt, und zwar bewußt in der Stadtmitte in der Verwaltungs- und Wirtschaftsakademie.

1) Auf Zahlenangaben muß verzichtet werden, da die in den amtlichen Hochschulstatistiken wiedergegebenen Daten sich aus sehr unterschiedlichen Gruppen zusammensetzen (z.B. Zweit- oder Nebenhörer anderer Hochschulen, ausländische Kommilitonen, die noch ein Studienkolleg besuchen, Bürger der Stadt).

statt, ehe ab Herbst 1979 erstmals eine Verlegung in das citynahe Hörsaalzentrum auf dem Gesamthochschulgelände durchgeführt wurde.

In Konstanz fanden unter den dort üblichen öffentlichen Vorlesungen nur diejenigen eine hervorragende Resonanz, die sich mit Themen der Region beschäftigten. "Nur konnte dies selten der Fall sein, da sich das inneruniversitäre Interesse ebenfalls aus Kostengründen in hohem Maße auf den universitären Nutzen solcher Veranstaltungen konzentrieren mußte" (W. VOGEL 1976, S. 37). So kam es nicht zu einem festen Programm. Zudem stellt die Randlage der Universität Konstanz ein großes Problem dar: "Die Entfernung bringt dabei gleichzeitig Distanz zum Ausdruck; Distanz einer Bürgerschaft, die Neuerungen eher abwartend als aufgeschlossen gegenübersteht" (W. VOGEL 1978, S. 57).

Gelegenheit zur Weiterbildung erhält die Stadtbevölkerung weiterhin durch die zahlreichen an Hochschulorten und vielfach in der Universität selbst stattfindenden Tagungen und Kongresse. Wenngleich diese Veranstaltungen gelegentlich sehr spezialisiert sind, so wird in ihrem Rahmen dennoch meist auch ein öffentlichkeitsorientiertes Programm geboten. Bisweilen sind auch nicht der Universität angehörige Bürger der Stadt aktiv an der Durchführung solcher Tagungen beteiligt (z.B. Schulgeographen und andere beim 35. Deutschen Geographentag, der bereits vor Eröffnung der Ruhr-Universität in der Pfingstwoche 1965 in Bochum stattfand). Als Tagungsorte dienen Universitäten aber nicht nur bei Jahrestagungen fachwissenschaftlicher Vereinigungen oder bei interdisziplinären Veranstaltungen, sondern auch bei internen Kursen etwa von Gewerkschaften, Symposien zwischen Wissenschaft und Industrie oder auch bei Treffen der Studentenschaften und des akademischen Mittelbaus.

In einigen Städten findet ein wesentlicher Teil der örtlichen Erwachsenenbildung innerhalb der Universität statt: So veranstaltete die Volkshochschule in Münster im Studienjahr 1974/75 sämtliche Vortragsreihen, Matineen und VHS-Filmclub-Veranstaltungen, eine Ausstellung und 40 von insgesamt 97 ausgeschriebenen Arbeitsgemeinschaften in Universitätsräumen, und zwar in

Räumen der geisteswissenschaftlichen Fakultäten in der Altstadt.⁴⁾ Eine derartige intensive Nutzung der Hochschule durch die Stadtbevölkerung wird langfristig auch für die Universität Essen-Gesamthochschule angestrebt, die citynah unmittelbar nördlich der Innenstadt liegt. Bei Campus-Hochschulen wie Bochum oder Konstanz verbietet sich eine solche Nutzung, da der Publikumszuspruch von Veranstaltungen wegen der Entfernung zur Stadtmitte gehemmt wird. Immerhin haben in Bochum die Räume der 'Alten Mensa' und 'Personalmensa' (Sammelgebäude) zeitweise die Funktion von Vortrags- und Diskussionsälen für den Ortsteil Querenburg übernommen, der bisher über einen Raum vergleichbarer Größenordnung für Veranstaltungen nicht verfügte. Seit Fertigstellung des der Universität gegenüberliegenden Uni-Centers (1973) existiert hier eine Nebenstelle der städtischen Volkshochschule mit eigenen Räumen.

Ein weiteres Angebot der Universität an die Stadtbewohner stellen gelegentlich Theater- und Konzertveranstaltungen dar. Hierbei handelt es sich insbesondere um Aufführungen studentischer Studiobühnen sowie um Konzerte von Universitätschören und -orchestern. In Köln trat bereits seit den 20er Jahren das Collegium musicum mit akademischen Konzerten (Barockmusik) hervor und wurde seit 1963 durch einen Kammermusikkreis ergänzt. Ferner bereichern eine Studentenbühne und die Studio-Aufführungen des Theaterwissenschaftlichen Instituts das kulturelle Leben der Stadt (W. KATNER 1969, S. 102-105 und S. 140f.). In Göttingen ist aus einem früheren Hochschulorchester die bereits erwähnte und in der Stadtmitte fest verwurzelte Akademische Orchestervereinigung erwachsen, neben der ein Universitätschor existiert. Universitätsorchester gibt es auch in Münster (Collegium musicum seit 1927 und Kammerorchester), Bochum, Essen

4) Freundliche briefliche Mitteilung der Volkshochschule Münster vom 18.2.1975. Weitere Veranstaltungen fanden vor allem in Schulen, dem Krameramtshaus, dem Haus der Handwerkskammer sowie einem VHS-eigenen Übungsraum statt. - Ab Herbst 1979 bezieht die VHS Münster eigene Räume im Rahmen des dann vollendeten multifunktionalen Agidiemarktes.

und Konstanz, Universitätschöre in Münster, Göttingen und Bochum. In Münster hat der Studentische Madrigalchor (gegr. 1947) große Berühmtheit erlangt und konnte sich zu einem Imageträger auch der Stadt entwickeln.⁵⁾ Schließlich gibt es in Münster eine Studiobühne, in Konstanz seit 1970 eine Theatergruppe der Universität. Die letztere hat sich in der Konstanzer Kulturszene einen festen Platz erworben; ihr Publikum besteht zu zwei Dritteln aus Bürgern der Stadt (W. VOGEL 1978, S. 58f.). Die Theater- und Konzertaufführungen der erwähnten Vereinigungen wollen keineswegs in Konkurrenz zu städtischen Einrichtungen treten, werden aber erfreulicherweise von diesen und insbesondere den örtlichen Universitäts-Fördergesellschaften häufig unterstützt.

Die Kunstwissenschaftlichen Institute bzw. Musischen Zentren von Universitäten laden häufiger zum Besuch von Ausstellungen ein. In Bochum, wo das Gebäude des Musischen Zentrums sich noch im Bau befindet, hat die 'Gesellschaft der Freunde der Ruhr-Universität' für derartige Zwecke dankenswerterweise wiederholt ihr in Hochschulnähe gelegenes 'Haus der Freunde' zur Verfügung gestellt. Ein sehr erfolgreiches Experiment ist in diesem Zusammenhang in Konstanz nach dem Umzug der Universität auf den Gießberg angelaufen, wo über die Aufgaben von Forschung und Lehre hinaus die Räume der Studiobühne und des Auditorium Maximum - beide wurden recht früh 1973 fertiggestellt - sich für Veranstaltungen mit Außenbezug anbieten. Von Juni 1974 bis Anfang 1978 wurden bereits 30 Kunstausstellungen (Werke einzelner Künstler und Themenausstellungen) mit Unterstützung durch den Kunstverein, die Stadtverwaltung und die Gesellschaft der Freunde und Förderer durchgeführt, davon allein 9 im Jahre 1975. Der gute Besuch - bis zu 18.000 Gäste pro Ausstellung - ermunterte die Hochschule, im Oktober 1975 ein erstes Kunstsymposium durchzuführen, bei dem die Universität zu einer Werkstatt

5) Die Akademische Orchestervereinigung Göttingen und der Studentische Madrigalchor Münster erhalten wegen ihrer Bedeutung Zuschüsse der jeweiligen Städte (nach Auskünften der Kulturdezernenten).

für etwa 50 Künstler umfunktioniert wurde.⁶⁾ Das positive Echo hat zu einer zweiten Veranstaltung ähnlicher Art geführt. Die sehr ansprechend gestalteten Hochschulgebäude haben - trotz Randlage und schwer überschaubarer Vielgestaltigkeit - in Verbindung mit diesem attraktiven Angebot sehr zur Öffnung der Universität beigetragen (W. VOGEL 1976, S. 36f. und 1978, S. 64ff.). "Ausgangsüberlegung, den Bereich der bildenden Kunst innerhalb der Universität heimisch zu machen", war in Abstimmung mit dem Konstanzer Kunstverein "wiederum nicht, in Konkurrenz zu gewachsenen städtischen Einrichtungen zu treten, sondern das Bestreben, diese sinnvoll zu ergänzen und über die Brücke der Kunst ... wiederum bestimmte Zielgruppen in die Universität zu ziehen und sie für deren Belange zu interessieren" (W. VOGEL 1978, S. 64). Ein ähnliches Ziel verfolgte 1978 auch die Universität Essen-Gesamthochschule mit ihrer ersten Ausstellung, die sie gemeinsam mit dem Museum Folkwang organisierte und wegen des Umfangs sogar in den Räumen der Villa Hügel stattfinden ließ. Nicht hochschulexterne Künstler, sondern 31 Lehrende des Fachbereichs "Gestaltung und Kunsterziehung" (Zusammenlegung der künstlerisch orientierten Fächer der Vorgänger-Institutionen Folkwang-Hochschule für Gestaltung und Pädagogische Hochschule) stellten sich mit ihr einer breiteren Öffentlichkeit vor und warben damit zugleich für einen engeren Kontakt zwischen Universität und Stadt.⁷⁾ Künftige Ausstellungen sollen auf dem Hochschulgelände stattfinden.

Schließlich sei darauf hingewiesen, daß in einigen Universitätsräumen auch regelmäßige musische Veranstaltungen städtischer Institutionen stattfinden oder - fanden. Dies galt

6) In Göttingen sind durch die dortige Kulturverwaltung wiederholt Kunstmärkte und Kunstkongresse mit städtebaulicher Schwerpunktsetzung durchgeführt worden, wobei Hochschulangehörige stark beteiligt waren. Siehe "Die Kunst eine Stadt zu bauen. Der Einfluß der gebauten Umwelt auf die Erlebniswelt des Menschen" 1974.

7) Vgl. Vorwort von Rektor und Dekan des FB 4 in "Kunst und Gestaltung an der Universität Essen, Gesamthochschule. 31 Lehrende stellen sich vor". Ausstellungskatalog. O.O. (Essen) 1978.

insbesondere für Köln, wo durch den Zweiten Weltkrieg Opernhaus, Schauspielhaus und Gürzenich zerstört wurden. "Der Wiederaufbau des Kölner Theaterlebens begann in der wiederhergestellten Aula der Universität. Sie bildete 12 Jahre lang unter der Intendanz von Herbert Maisch den Rahmen für Oper und Schauspielhaus, bis 1957 das neue Haus am Offenbachplatz bezogen werden konnte. Auch dem Gürzenich-Orchester bot die Universität in ihrer Aula eine neue Wirkungsstätte und war damit zum künstlerischen Mittelpunkt Kölns geworden. So blieb es für das Konzertleben bis 1955" (W. KATNER 1969, S. 101). Die Städtischen Bühnen Mainz bespielen neben zwei anderen Häusern ein 'Theater in der Universität', das Theater der Stadt Bonn neben drei anderen Bühnen das 'Studio Universität'.⁸⁾ Gastspiele des Stadttheaters Konstanz und des Bodensee-Symphonie-Orchesters im Auditorium Maximum der Universität (800 Plätze) erfolgten zur Enttäuschung der Universität nur mit einer Aufführung bzw. zwei Konzerten und wurden keine Dauereinrichtung (zur Kritik siehe W. VDGL 1978, S. 60-61). In Bochum hingegen hat der im Februar 1978 eröffnete große Rundbau des Auditorium Maximum, der angesichts schwindender Bedeutung von Großvorlesungen sehr umstritten war, als Konzertsaal dazu beigetragen, eine Brücke zwischen Stadt und Universität zu schlagen. Im großen arenaförmigen Hauptsaal (1.987 Plätze) finden seitdem eine Konzertreihe der Bochumer Symphoniker sowie zahlreiche Sonderkonzerte mit durchweg großem Publikumsandrang statt.

Zu den bisher aufgezählten Veranstaltungen treten noch die Vortrags- und Kulturprogramme der Allgemeinen Studentenausschüsse, besondere universitäre Filmvorführungen und Veranstaltungen einzelner Hochschulgruppen hinzu, die gleichfalls oft innerhalb der Universität stattfinden.⁹⁾

8) Statistisches Jahrbuch deutscher Gemeinden, 60. Jg., 1973, S. 132f., Ziff. 18 und 32.

9) Eine Erhebung an der Universität Bremen zwischen dem 1.7.1975 und 30.6.1976 ergab, daß 14.155 Personen an außeruniversitären Veranstaltungen in der Universität teilnahmen, davon 55% an kulturellen Veranstaltungen, 16% an politischen Veranstaltungen und 29% an Aus- und Weiterbildungsveranstaltungen Bremischer Behörden (S. HERLYN 1977, S. 24).

Die Vielfalt der dargelegten Fakten macht deutlich, daß Hochschulen für die Bevölkerung ihrer Standortgemeinden ein vielfältiges Angebot an wissenschaftlichen und musischen Veranstaltungen bereithalten, die für interessierte Bürger einen echten Aufforderungscharakter darstellen können. Auf die Existenz dieser Veranstaltungen wird in Veranstaltungskalendern, vor allem aber in der örtlichen Tagespresse hingewiesen, die der Universitätsberichterstattung einen breiten Raum widmet und damit von großer Bedeutung für die Resonanz der Universität in der Öffentlichkeit ist.

3.2 Stellung und Inanspruchnahme von Universitätsbibliotheken

Eine der wichtigsten Dienstleistungen von Hochschulen an die Stadtbevölkerung ist das Angebot der Universitäts- bzw. zentralen Hochschulbibliothek sowie auch der Instituts- und Seminarbibliotheken, die allen interessierten Bürgern zur Benutzung offenstehen. Gelegentlich haben die Universitätsbibliotheken zugleich andere Funktionen übernommen, wie etwa die Namen Niedersächsische Staats- und Universitätsbibliothek Göttingen (seit 1950) und Staats- und Universitätsbibliothek Hamburg bezeugen. In Köln wurde eine frühere kommunale Bibliothek wesentlicher Grundstock der heutigen Stadt- und Universitätsbibliothek,¹⁰⁾ in Düsseldorf wurde die ehemalige Landes- und Stadtbibliothek ab 1970 als Universitätsbibliothek übernommen, in Bremen ging die frühere Staatsbibliothek in der Universitätsbibliothek auf.

Der Buchbestand einer Universitätsbibliothek ist nicht allein vom Alter der Hochschule abhängig, sondern auch vom Grad der Zentralisierung oder Dezentralisierung des örtlichen Bestandes wissenschaftlicher

10) Diese Bibliothek entstand 1920 bei Wiederbegründung der Universität durch einen Verwaltungsakt: die alte Stadtbibliothek brachte nahezu 300.000 Bände ein, die Handelshochschule rd. 80.000 Einheiten und die Akademie für praktische Medizin ca. 33.000 Einheiten (W. KATNER 1969, S. 150). Als die stadtkölnische Universität vom Land übernommen wurde, bestand die Stadt darauf, daß ihr Eigentum an den seinerzeit mit städtischen Mitteln erworbenen Bänden erhalten bleibt (Mitteilungen der Universität zu Köln, Nr. 1, 1977, S. 3).

Bibliotheken, der sich auf die Zentralbibliothek sowie die Instituts- und Seminarbibliotheken aufteilt. J. STOLTZENBURG hat aufgezeigt, daß sich zwischen 1900 und 1960 Anzahl und Bestände der Institutsbibliotheken explosiv vermehrt haben, während die Zentralbibliothek in eine zunehmende Isolierung von ihrer Hochschule geriet (1972, S. 27-29). Während bei nahezu allen älteren Hochschulen und auch der Neugründung Bochum sich der Buchbestand auf Zentralbibliothek und Institutsbibliotheken verteilt, ¹¹⁾ wird ab 1964/1965 zunehmend eine Zentralisierung angestrebt, die zu einem erstaunlich schnellen Wachstum des Bücherbestandes etwa der Universitätsbibliotheken in Regensburg, Bremen, Konstanz, Dortmund

11) In Bochum wurde bereits in zahlreichen Fällen eine Reihe verwandter Institute mit nur einer gemeinsamen Institutsbibliothek ausgestattet.

oder auch Ulm geführt hat (vgl. Tab. 39). Um eine derartige Konzentration hat man sich offensichtlich bereits vorher schon in Hamburg und Aachen bemüht. Parallel zu dieser Entwicklung sind gemäß den Empfehlungen der Arbeitsgemeinschaft der deutschen Hochschulbibliotheken von 1968 Koordination und Kooperation aller Bibliotheken in den Hochschulen verstärkt und Gesamtkataloge aufgebaut worden (J. STOLTZENBURG 1972, S. 36-40).

Tabelle 39 läßt zugleich erkennen, daß in einigen Städten wie z.B. München, Frankfurt, Stuttgart und Göttingen ¹²⁾ die Staats- bzw. Landesbibliotheken über erheblich mehr Bücher verfügen als die jeweiligen Hochschulen und dementsprechend eine größere Bedeutung haben. So werden etwa die Bayerische Staatsbibliothek in München und die Württembergische

12) Siehe Seite 280

Tab. 39: Wissenschaftliche Bibliotheken an ausgewählten Hochschulorten der Bundesrepublik Deutschland am 31.12.1971

Stadt	Anzahl insg.	Hochschulbibliotheken		Staats- bzw. Landes- biblioth.	Bücherbestand in		Büchereien ausländ. Kultur- stellen
		Bücherbestand Zentral- bibliothek	insgesamt		Wiss. Stadt- biblio- theken	Spezial- biblio- theken	
Heidelberg	95	1.799.900	3.159.900	-	-	348.200	22.500
Köln	130	1.665.300	3.395.300	-	-	331.800	121.300
Bonn	.	1.575.000	.	-	69.300	2.208.500	18.000
München	257	1.543.600	3.665.000	3.300.000	-	4.048.000	78.000
Tübingen	11	1.464.200	2.880.900	-	-	60.500	28.500
Erlangen	84	1.360.300	2.131.000	-	-	119.100	4.800
Hamburg	1	1.300.000	1.300.000	-	-	.	-
Freiburg i. Br.	85	1.210.600	2.277.800	-	48.000	145.700	36.600
Kiel	90	1.169.200	3.574.100	120.000	-	362.000	11.100
Regensburg	2	956.000	1.000.000	144.700	-	389.100	15.800
Bochum	42	928.400	1.537.400	-	-	114.500	-
Saarbrücken	59	908.700	1.499.700	-	-	461.200	18.800
Bremen	7	886.300	1.065.800	-	-	423.000	12.000
Darmstadt	82	865.000	1.145.000	-	-	370.900	14.500
Düsseldorf	6	823.600	859.300	-	-	1.692.400	13.000
Hannover	31	802.700	955.500	593.200	-	904.000	26.000
Mainz	71	756.200	927.100	-	406.100	617.500	50.000
Würzburg	84	672.300	1.562.200	6.600	-	292.600	-
Mannheim	11	500.000	800.000	-	-	55.000	12.000
Karlsruhe	111	466.900	830.500	483.300	-	759.400	4.200
Konstanz	2	408.000	420.400	-	45.000	26.000	-
Braunschweig	89	400.000	634.300	-	211.700	524.800	-
Stuttgart	44	385.800	726.900	1.201.200	-	1.322.400	40.700
Dortmund	1	372.900	372.900	292.500	-	549.300	-
Gießen	97	295.000	766.400	-	-	-	-
Frankfurt	154	283.500	1.591.700	1.524.500	1.979.300	1.516.300	35.200
Ulm	2	228.000	238.800	-	-	57.500	-
Augsburg	22	224.600	242.300	360.000	-	135.900	-
Aachen	2	201.300	201.300	225.500	-	188.500	8.500
Nürnberg	14	159.000	324.800	320.000	-	598.700	15.800
Göttingen	88	87.000	1.313.000	2.171.100	-	127.700	35.000

Quelle: Statistisches Jahrbuch deutscher Gemeinden, 60. Jg., 1973, S. 182-184 und S. 192.

Staatsbibliothek in Stuttgart - nicht zuletzt auch wegen ihrer räumlichen Nachbarschaft zu den Universitäten - auch von Hochschulbediensteten und Studenten in sehr hohem Maße mitbenutzt.

Hinzu tritt oft das Buchangebot von unterschiedlichsten Spezialbibliotheken, d.h. von Vereinigungen, Behörden, Verbänden, Museen, hochschulunabhängigen Forschungsinstituten, Parlamenten und anderen sowie auch von eigenen Wissenschaftlichen Stadtbibliotheken,

12) Die dem Statistischen Jahrbuch deutscher Gemeinden, 60. Jg., 1973, S. 183 entnommene Trennung in Zentral-(Universitäts-) und Staatsbibliothek im Falle Göttingen ist falsch (freundliche Auskunft von Herrn Bibliotheksrat ECK). Die Niedersächsische Staats- und Universitätsbibliothek Göttingen ist eine ungeteilte Einheit, die ihren heutigen Namen erst 1950 erhielt. Die zusätzliche Benennung als Staatsbibliothek sollte die Bedeutung und Funktion der größten Bibliothek des Landes besonders zum Ausdruck bringen. In der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts soll sie die bedeutendste Universitätsbibliothek der Welt gewesen sein (Vgl. W. GRUNWALD 1968, S. 119).

das insgesamt gesehen den Hochschul-Bibliotheksbestand durchaus übertreffen kann.

Insgesamt gesehen ist jedoch in den Universitätsstädten die zentrale Hochschulbibliothek überwiegend die größte örtliche Bibliothek. Sie dient zwar in erster Linie Studenten und Lehrenden, wird als öffentlich zugängliche Bücherei jedoch auch von den Stadtbewohnern in Anspruch genommen. Welche Ausmaße dies erreichen kann, sei am Beispiel ausgewählter Benutzerstatistiken erläutert.

Die Niedersächsische Staats- und Universitätsbibliothek Göttingen mit mehr als 2,5 Mill. Bänden sowie die Universitäts- und Stadtbibliothek Köln mit rd. 1,5 Mill. Bänden haben Spitzenstellungen unter den deutschen Universitätsbibliotheken, insbesondere im auswärtigen Leihverkehr. Mit über 320.000 Bestellungen hatte die Bibliothek in Göttingen schon 1967 die weitaus stärkste Benutzung relativ zur Zahl der Studenten (W. GRUNWALD 1968, S. 133). Die Zahl der nichtuniversitären Nutzer im Jahre 1976 war

Tab. 40: Ausgegebene Benutzerausweise der Universitätsbibliotheken Göttingen, Köln und Bochum

	Göttingen (1976)	Köln (1976)	Bochum (1975)
Studenten der Universität	-	13.053 (= 59,9%)	-
Studenten anderer örtlicher Hochschulen	-	4.369 (= 20,0%)	-
Studenten auswärtiger Hochschulen	-	481 (= 2,2%)	-
Studenten insgesamt	-	17.903 (= 82,3%)	20.046 (= 66,7%)
Studenten und Dozenten der Pädagogischen Hochschule	971 (= 7,8%)	-	-
Universitätsbedienstete und Institute	-	764 (= 3,5%)	1.914 (= 6,4%)
Gasthörer (Nicht-Studenten)	-	-	348 (= 1,2%)
Bürger, Behörden und Firmen der Stadt	-	2.138 (= 9,8%)	-
Auswärtige Nutzer	-	570 (= 2,6%)	-
Städtische Benutzer insgesamt	1.097 (= 8,8%)	2.708 (= 12,4%)	6.564 (= 21,8%)
Bibliotheken (im Fernleihverkehr)	671 (= 5,4%)	-	-
Sonstige Benutzer insgesamt	-	425 (= 2,0%)	1.249 (= 4,1%)
Ausgegebene Benutzerkarten	12.457 (= 100%)	21.800 (= 100%)	30.121 (= 100%)

- = keine Angaben möglich.

Quelle: Auskünfte der jeweiligen Leiter der Benutzerabteilungen der Universitätsbibliotheken Göttingen (Herr Eck), Köln (Frau John) und Bochum (Herr Dr. Wintermeier).

mit 8,8% relativ niedrig, erklärt sich aber wohl aus der geringen Einwohnerzahl von Stadt und Umland.¹³⁾ In stärkerem Maße wird die Universitäts- und Stadtbibliothek Köln von Bewohnern des Stadtgebietes und der Umlandgemeinden in Anspruch genommen. Bei etwa 602.000 Bestellungen und 20.741 Benutzern im Jahre 1975 entfielen auf jeden Benutzer rd. 29 Entleihungen pro Jahr.¹⁴⁾ Nicht einbezogen in diesen Zahlen ist die Medizinische Bücherei, die nicht im Hauptgebäude der Universitätsbibliothek, sondern benutzernah im Klinikbereich (Lindenburg) untergebracht ist; sie ist zugleich Zentralbibliothek der Medizin für die gesamte Bundesrepublik. Sowohl 1968 (W. KATNER 1969, S. 149) als auch 1976 waren rd. 14% der Nutzer keine Hochschulangehörigen.

In Bochum war 1975 jeder fünfte Benutzer der Universitätsbibliothek - einschließlich der Gasthörer waren es 23%! - beruflich nicht an die Ruhr-Universität gebunden, ein Anteil, der angesichts der besonderen Erwerbs- und Sozialstruktur der Stadt als außergewöhnlich angesehen werden muß. Unter den 6.564 städtischen Benutzern befanden sich viele Schüler. Bei rd. 900.000 Bänden (gegenüber 1.500.000 der Institutsbibliotheken) und 220.000 jährlichen Ausleihungen (einschließlich Fernleihe) entfielen auf jeden Benutzer allerdings nur etwa sieben Entleihungen pro Jahr; diese Zahlen können - wie auch an anderen Bibliotheken - nicht nach Benutzerkategorien differenziert werden. 1976 war der Anteil der an Studierende ausgegebenen Benutzerausweise (21.954 von 31.262) geringfügig von 66,6% auf 70,2% angestiegen; Daten für die anderen Nutzergruppen stehen noch nicht zur Verfügung.¹⁵⁾

13) Freundliche Auskunft von Herrn ECK, Leiter der Benutzungsabteilung der Niedersächsischen Staats- und Universitätsbibliothek.

14) Vgl. Bastion des Wissens. Universitäts- und Stadtbibliothek gehört zu den größten Bibliotheken Deutschlands. In: Mitteilungen der Universität zu Köln, Nr. 1, 1977, S. 2. - Entsprechende Werte für Göttingen standen nicht zur Verfügung.

15) Freundliche Auskünfte von Herrn Dr. WINTERMEIER, Leiter der Benutzerabteilung der Universitätsbibliothek Bochum.

Eine jüngere Erhebung an der Universitätsbibliothek Münster (WS 1978/79) ergab, daß den traditionellen Benutzerkreis Studierende (66,5%) sowie Hochschullehrer und wissenschaftliche Mitarbeiter der Universität und der anderen örtlichen Hochschulen (insg. 7,4%) bilden. 16% werden als "Stadtbenutzer" oder hochschulexterne Interessenten bezeichnet; zu ihnen zählen besonders Lehrer und Oberstufenschüler, aber auch Ärzte, Anwälte, Journalisten, Richter, Verwaltungsbeamte, die die Universitätsbibliothek als Landesbibliothek direkt in Anspruch nehmen.^{15a)} Diese Aufteilung der ausleihberechtigt eingetragenen Benutzer (insg. 40.664) berücksichtigt nicht die Studentenbücherei/Lehrbuchsammlung und erlaubt keinerlei Rückschlüsse auf die durchschnittliche Anzahl der Entleihungen je Nutzer.

Ein besonders hohes Maß an Fremdnutzung wurde an der mit der Staatsbibliothek vereinigten Universitätsbibliothek Bremen festgestellt. An einem ausgewählten Stichtag (22.6.1976) wurden 44% der in der Ausleihdatei erfaßten Nutzer und 35,6% der entliehenen Bücher als "außeruniversitär" verbucht (S. HERLYN 1977, S. 25-27). Unter ihnen befanden sich allerdings zahlreiche Studierende und auch Lehrende anderer Hochschulen. Aber selbst ein Anteil von 26% Stadtnutzern (eigene Umrechnung) muß noch als recht hoch eingestuft werden.

3.3 Zur Bedeutung von Universitäts-Museen

Obschon meist weniger bekannt, stellen auch die universitätseigenen Museen ein nicht unwesentliches Angebot von Hochschulen an die Bevölkerung einiger Standortgemeinden dar. Die Bedeutung dieser Einrichtungen ist in den kleineren Universitätsstädten größer als in den Landeshauptstädten und führenden Großstädten mit ihren großflächigen staatlichen und kommunalen Museen. Die dem Verfasser bekannten Universitäts-

15a) unipress münster, Nr. 1.515-A, C 1 vom 8. November 1979.

museen¹⁶⁾ beschränken sich auf folgende Arbeitsgebiete: Kunst und Kulturgeschichte, Völkerkunde sowie Geologie und Mineralogie. Ihre Ausstellungsfläche liegt überwiegend unter 500 qm, ihre Besucherzahl meist unter 3.000 (siehe Tab. 41). Die meisten Museen sind in eigenen Gebäuden untergebracht und verfügen nur über wenig, in der Regel nebenamtliches Personal. Dennoch betreiben sie intensive Öffentlichkeitsarbeit, die in der Herausgabe von Katalogen und wissenschaftlichen Veröffentlichungen, in Beratungen und Vorträgen und teilweise in Zusammenarbeit mit Hochschulen ihren Ausdruck finden.

Von der Ausstellungsfläche her sind an erster Stelle die geisteswissenschaftlichen Museen zu nennen. Größtes von ihnen ist das Martin-von-Wagner-Museum der Universität Würzburg, das auf 2.333 qm Vasen und andere antike Kunst, Gemälde, Plastiken, Graphiken sowie als Spezialsammlung Münzen und Medaillen zeigt. Trotz seiner Vielseitigkeit und täglicher Öffnungszeiten zählte das Museum 1972 nur rd. 16.000 Besucher (Statistisches Jahrbuch deutscher Gemeinden, 1974, S. 236f.). Zweitgrößtes aller hochschuleigenen Museen ist das Universitätsmuseum für Kunst- und Kulturgeschichte in Marburg an der Lahn. Auf 2.100 qm stellt es Exponate zur Kunst (Malerei, Plastik, Graphik, Kunstgewerbe) sowie Kultur und Geschichte (einschließlich Ur-, Vor- und Frühgeschichte sowie Volkskunde) aus, die durch heimatkundliche und spezielle Sammlungen ergänzt werden. Diese thematische Vielfalt und die Tatsache, daß in Marburg kein anderes Museum existiert, erklären

16) Die folgenden Ausführungen beruhen auf einer Auswertung des Statistischen Jahrbuchs deutscher Gemeinden, Jg. 61, 1974, S. 217-265 mit einer Museumserhebung für das Jahr 1972. Danach gab es in 285 Gemeinden der Bundesrepublik insgesamt 581 Museen, von denen sich 314 (= 54%) in kommunaler Trägerschaft befanden. Hochschuleigene Museen werden von den jeweiligen Bundesländern finanziert. Es ist möglich, daß verschiedene der dort angeführten und vom Land getragenen Museen Hochschulen zugeordnet sind. Weitere Hinweise finden sich bei P.J. TANGE, S. KESSEMEIER und H. WAWERLA 1974 für die Universitätsmuseen in Bochum, Bonn, Münster und Porz bei Köln (S. 38-40, S. 42-43, S. 45-46, S. 181-183 und S. 196-197).

die hohe Zahl von rd. 27.000 Besuchern im Jahre 1972 (Ebd., S. 246f.). Das drittgrößte Universitätsmuseum, das schon 1818 gegründete Akademische Kunstmuseum Bonn (1.128 qm), zog 1972 rd. 7.700 Besucher an, die sich für die dortigen Sammlungen (Antike Kunst, Ur-, Vor- und Frühgeschichte, Glas-, Münz-, Waffen- und Trachtensammlungen) interessierten (Ebd., S. 228f.). Die Universität Göttingen verfügt gleich über zwei kulturhistorische Museen. Von ihnen hat die Kunstsammlung der Universität (650 qm; 1972: 1.500 Besucher) am ehesten ihre Bestände einem breiteren Publikum erschließen können, doch auch die völkerkundliche Sammlung mit den Beständen der Cook-, Forster- und Baron-von-Asch-Sammlungen (500 qm; 1972: 1.930 Besucher) ist berühmt (Ebd., S. 236f. und ergänzend K. SCHILLING 1972, S. 70).¹⁷⁾ Unzureichend in einem fremden Gebäude untergebracht ist das Archäologische Museum der Universität Münster (300 qm; 1972: 800 Besucher), das sich der antiken Kunst und Kulturgeschichte widmet (Ebd., S. 232f.). Ein kleines Kunstmuseum stellt auch die Plansammlung der Bibliothek der Technischen Universität Berlin mit ihren Graphiken dar (150 qm; 1972: 200 Besucher) (Ebd., S. 220f.).

Zur Gruppe der kulturhistorischen Museen zählen auch die erst am 15. Januar 1975 im Gebäude der Universitätsbibliothek eröffneten und bereits zweimal erweiterten Kunstsammlungen der Ruhr-Universität Bochum. Ihre Errichtung wurde durch umfassende Stiftungen antiker Skulpturen und Vasen (Julius und Margot Funcke), antiker Öllampen (Hans-Klaus Schüller) sowie vielseitiger moderner Kunstwerke (Albert Schulze Vellinghausen) initiiert; diese Bestände wurden ergänzt durch eine Stiftung antiker und moderner Plastiken (Paul Dierichs),

17) In der Schweiz existieren ein großes Völkerkundemuseum der Universität Zürich (Schwerpunkte: Asien, Ozeanien, Afrika und Amerika), eine kleinere Ethnographische Sammlung der Universität Fribourg (Schwerpunkte: Nordamerika, Indien und Neuguinea) sowie das sehr große Museum für Völkerkunde und Schweizerisches Museum für Volkskunde in Basel (Schwerpunkte: Asien, Amerika, Afrika), das seit 1893 eine selbständige Institution im Rahmen des Universitätsgutes darstellt.

durch Abgüsse antiker Skulpturen (Sammlung des Instituts für Archäologie und Schenkung des griechischen Ministers für Kultur und Wissenschaft Konstantinos Trypanis), durch eine antike Münzsammlung (Karl Welz) und den mittelalterlichen Münzschatz von Quedlinburg, der im April 1966 bei Bauarbeiten auf dem Universitätsgelände entdeckt wurde.¹⁸⁾ Die Ruhr-Universität als junge Hochschule in einem industriellen Ballungsraum besitzt damit eines der bedeutendsten Antikemuseen im westdeutschen Raum. Ihren besonderen Akzent erhalten aber die Bochumer Kunstsammlungen, die auf nur rd. 1.000 qm in ungünstigen Räumlichkeiten untergebracht sind, durch den einzigartigen Kontrast von Antike und Moderne, wie er an keiner anderen Stelle vorgeführt wird (B. ANDREAE 1975, S. 81). Die RUB-Kunstsammlungen stellen einen neuen Kristallisationspunkt für die Verbindungen zwischen Stadt und Universität dar. Führungen, die z.T. von der Gesellschaft der Freunde der Ruhr-Universität organisiert werden, haben die Bestände des Universitätsmuseums weitgehend der Öffentlichkeit bekanntgemacht. Bereits im ersten Monat nach Eröffnung wurden 4.000 Besucher gezählt; 1976 waren es ca. 25.000. Diese Anzahl ist angesichts der stadtfernen Lage und schweren Auffindbarkeit des Museums am Rande einer Großbaustelle sehr beachtlich.¹⁹⁾

Archäologisch-kunsthistorische Museen existieren auch an den Universitäten Kiel, Frankfurt, Heidelberg, Mainz, Tübingen und Erlangen.

Ein kulturhistorisches Museum besonderer Art stellt seit 1920 das Theatermuseum der Uni-

versität Köln in Schloß Wahn (Köln-Porz) dar, das dem Theaterwissenschaftlichen Institut angegliedert ist. Es besitzt neben zahlreichen Kunstwerken eine große Fülle von theaterhistorischen Entwürfen und Objekten aus Europa und Obersee, Abbildungen und Handschriften bekannter Schauspieler und Regisseure, eine bedeutende Fachbibliothek und umfangreiche Archive (W. KATNER 1969, S. 130f.). In ihrer gegenwärtigen Unterbringung können die Sammlungen nicht der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden. In einer Vereinbarung zwischen Land Nordrhein-Westfalen und Stadt Köln wurde Anfang 1979 die Verlagerung und museale Ausstellung geeigneter Stücke in einem Gebäude der Innenstadt festgelegt.²⁰⁾

Zu diesen geisteswissenschaftlichen Museen treten kleinere und größere Lehrsammlungen zahlreicher Universitätsinstitute hinzu, die nicht oder noch nicht der Öffentlichkeit zugänglich gemacht sind, weil entsprechende Räumlichkeiten oder Personal zur Betreuung fehlen. Genannt seien am Beispiel der Universität Köln die Sammlungen der Institute für Archäologie, Altertumskunde, Orientalistik, Vor- und Frühgeschichte (mit Dauerleihgaben aus städtischem Besitz) sowie die Notgeldsammlung der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät, die - obwohl kein Museum - für Besucher zugänglich ist (W. KATNER 1969, S. 121-127). Als Schau-sammlung existierte früher das 1909 an der Handelshochschule eröffnete Museum für Handel und Industrie, das vor allem den Aufbau der gewerblichen und Handelsunternehmungen zeigen sollte (Ebd., S. 109). Ein in seiner Art einzigartiges geisteswissenschaftliches Museum an einer Universität, das keine Hochschuleinrichtung darstellt, ist das im März 1979 eröffnete Bibelmuseum im Institut für neutestamentliche Textforschung in Münster. Getragen von der Hermann-Kunst-Stiftung und den Dauerleihgaben eines ungenannten Privat-sammlers, entstand hier im Zusammenwirken

18) Vgl. RUB-aktuell Nr. 21/75 vom 15. Januar 1975 (Sonderausgabe zur Eröffnung der RUB-Kunstsammlungen), Nr. 39/76 vom 19. Oktober 1976, S. 1 und Nr. 40/76 vom 6. November 1976 (Sonderausgabe zur Eröffnung der Sammlung Dierichs) sowie Nr. 41/76 vom 9. Dezember 1976, S. 4 und Nr. 43/77 vom 16. Februar 1977, S. 12 (Sammlung Trypanis); siehe ferner auch B. ANDREAE 1975 und M. IMDAHL 1975.

19) Freundliche Auskunft von Herrn Dr. Norbert KUNISCH, Archäologisches Institut der Ruhr-Universität Bochum. Die Sammlungsräume des Museums stellen ein Restbauvolumen (verwinkelter Kellergeschoß) dar und sollten ursprünglich zwei Büchermagazine und eine Cafeteria aufnehmen.

20) Presse- und Informationsamt der Landesregierung Nordrhein-Westfalen: Presseerklärung Nr. 97/2/79 vom 22.2.1979. - Mit Ausnahme der Bibliothek gehen alle Bestände der Sammlung nach der Vereinbarung unentgeltlich in den Besitz der Stadt über, werden aber von der Universität weiterhin für Forschung und Lehre genutzt.

Tab. 41: Universitätsmuseen - Fläche und Besucherzahlen

A. Geisteswissenschaftliche Museen	Ausstellungsfläche (qm)	Besucher (1972)
Würzburg, Martin-von-Wagner-Museum	2.333	15.904
Marburg, Universitätsmuseum für Kunst- und Kulturgeschichte	2.100	27.000
Bonn, Akademisches Kunstmuseum	1.128	7.700
Bochum, RUB-Kunstsammlungen	ca. 1.000	ca. 25.000 (1976)
Göttingen, Kunstsammlung der Universität	650	1.500
Göttingen, Völkerkundliche Sammlung der Universität	500	1.930
Münster, Archäologisches Museum der Universität	300	800
Berlin, Plansammlung der Bibliothek der Technischen Universität	150	200
Köln-Porz, Theatermuseum der Universität Köln	.	.
Münster, Bibelmuseum	.	.
B. Naturwissenschaftliche Museen		
Bochum, Mineralogische Sammlungen	.	.
Bonn, Mineralogisch-Petrologisches Museum	750	4.000
Münster, Museum für Kristalle und Gesteine	558	2.079
Münster, Geologisch-Paläontologisches Museum	476	10.400 (1972) 11.553 (1975)
Kiel, Mineralogisch-Petrographisches und Geologisch-Paläontologisches Museum	333	400
Köln, Museum des Geologischen Instituts	205	300
Köln, Museum des Mineralogisch-Petrographischen Instituts	180	700
Göttingen, Zoologisches Museum	.	.

. = Angaben nicht verfügbar.

Quellen: Statistisches Jahrbuch deutscher Gemeinden, Jg. 61, 1974, S. 217-265;
verschiedene mündliche Auskünfte.

mit Institut, Universität und Land Nordrhein-Westfalen ein Museum mit 200 wertvollen Exponaten zur Entwicklung der Bibel (Papyri, Handschriften, Inkunabeln, alte Bibeldrucke, moderne deutsche Übersetzungen) und einem umfangreichen Archiv.²¹⁾

Unter den naturwissenschaftlichen Universitätsmuseen dominieren solche von geowissen-

schaftlichen Instituten. Die Schaustücke dieser Museen dienen in erster Linie der Ausbildung von Studierenden, daneben aber auch der Inanspruchnahme durch Schulen und die interessierte Öffentlichkeit (W. KATNER 1969, S. 128-129). Das Geologisch-Paläontologische Museum der Universität Münster verdankt seine beachtlichen Besucherzahlen, mit denen es an vierter Stelle aller Universitätsmuseen in der Bundesrepublik Deutschland steht, nicht nur seiner intensiven Öffentlichkeitsarbeit (Museumsvorträge, Sonderausstellungen u.a.),²²⁾ sondern auch seinen besonderen Attraktionen (darunter ein fossiles Mammutskelett) sowie sicherlich auch der günstigen Lage in unmittelbarer Nähe des Domplatzes.²³⁾

21) Das von Professor Dr. Kurt ALAND 1959 gegründete und noch heute geleitete Institut für neutestamentliche Textforschung mit einer der größten Handschriftensammlungen der Welt (rd. 5.300 neutestamentliche Handschriften mit 95% der bekannten Bibel-Handschriften des Neuen Testaments auf Film) hat insofern einzigartige Weltgeltung, als in ihm ein Standardtext für alle Bibelübersetzungen gleich welcher Konfession entwickelt wurde. Vgl. Universität Münster, Nachrichten & Berichte, April/Mai-Ausgabe vom 26. April 1979, S. 23-25.

22) Jahresbericht 1975 des Geologisch-Paläontologischen Museums der WWU, Masch. (unipress münster Nr. 986-A, C 1 vom 16.2.1976).

23) Siehe Seite 285

Das Museum wurde 1824 als geologisch-paläontologische Abteilung innerhalb eines Mineralogisch-Zoologischen Museums (heute Landesmuseum für Naturkunde des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe) eröffnet, 1867 jedoch verselbständigt. Ab 1928 erfolgte die getrennte Entwicklung eines eigenen Mineralogisch-Petrographischen Universitätsmuseums, des 1963 wiedereröffneten Museums für Kristalle und Gesteine (Vgl. K. OEKENTORP 1974, P. SIEGFRIED und K. OEKENTORP 1974 und P. TANGE, S. KESSEMEIER und H. WAWERLA 1974, S. 182-183). Zu einer beachtlichen Größenordnung haben sich in Bochum die seit 1967 im Aufbau befindlichen Mineralogischen Sammlungen der Universität entwickelt, die über 50.000 Mineral-, Gesteins- und Lagerstättenstufen aus aller Welt umfassen, darunter besonders großformatige Anschauungsstücke. Aus raumtechnischen Gründen können die Sammlungen außer für besondere Führungen der breiten Öffentlichkeit nicht zugänglich gemacht werden.²⁴⁾

Zu den geowissenschaftlichen Museen treten zoologische, botanische und medizinische Sammlungen von Universitätsinstituten hinzu (z.B. das Zoologische Museum der Universität Göttingen oder eine Sammlung medizinischer Instrumente und Geräte der Abteilung für naturwissenschaftliche Medizin in Bochum).

Im Zuge stetig steigender Besucherzahlen in den Museen der Bundesrepublik im Verlauf der letzten Jahre dürften auch die hochschuleigenen Museen künftig ein noch stärkeres Interesse finden. Hierzu trägt auch bei, daß unter Hinweis auf den allgemeinen Bildungsauftrag der Universität von Hochschulmuseen bereits Ausstellungen in auswärtigen Städten organisiert werden. Als Beispiel sei das Archäologische Museum der Universität Münster genannt, das bereits fünfmal diese Art der Öffentlichkeitsarbeit in Orten Westfalens

23) Als das Geologisch-Paläontologische Institut 1971 in einen Neubau am Gievenbecker Weg umzog, verblieb das Museum mit seiner Schausammlung und der "Westfalen"-Sammlung in den Räumen der ehemaligen Landsbergischen Kurie an der Pferdegasse (Adelshof aus dem 18. Jahrhundert).

24) Vgl. "Die Mineralogischen Sammlungen". In: RUB-aktuell, Ausgabe 48/77 vom 10. Oktober 1977, S. 7.

praktiziert hat und dabei auf wesentlich größere Resonanz stieß als in der räumlichen Enge der Universität.²⁵⁾

3.4 Zielsetzung und Inanspruchnahme hochschuleigener Botanischer Gärten

Zum traditionellen Angebot von Hochschulen an die Stadtbevölkerung gehören die Botanischen Gärten. Derartige Einrichtungen, deren Ursprung auf mittelalterliche Medizinalgärten mit Heilpflanzen sowie auf Orangerien und Parkanlagen der Barockzeit zurückgehen, entwickelten sich seit dem 19. Jahrhundert von Gärten zur Erhaltung umfangreicher Pflanzensortimente über geobotanisch-arealkundlich gegliederte Anlagen zu kombinierten Forschungs-, Lehr- und Schaugärten. "Somit ist der Botanische Garten gegenwärtig eine Einrichtung, die zwar auch der Sammlung und Erhaltung von Wildpflanzen dient, aber in hohem Maße für den experimentell arbeitenden Systematiker und Geobotaniker Versuchsfeld und Freilandlaboratorium ist."²⁶⁾ Darüber hinaus hat ein Botanischer Garten in unserer Industriegesellschaft die zwar nachgeordnete, aber nicht unwesentliche Funktion zu erfüllen, der allgemeinen Wissenschaftsvermittlung und der Kurzeiterholung zu dienen (K. ESSER u.a. 1968, S. 676 und K. MÄGDEFRAU 1971, S. 6f.).

Von rd. 75 Botanischen Gärten und Parks in der Bundesrepublik Deutschland und der DDR²⁷⁾ befindet sich nur ein knappes Drittel in städtischem Besitz (z.B. Palmengarten Frankfurt, städtische Botanische Gärten in Köln, Duisburg, Essen, Dortmund,

25) unipress münster, Nr. 1.149-A, C 1 vom 3. März 1977 (Ausstellung des Archäologischen Museums in Bielefeld).

26) K. ESSER, H. WAGENFELD, R. WALTER und D. GOLICHER 1968, S. 676 und Ruhr-Universität Bochum, Botanischer Garten. Kurzbeschreibung der im Aufbau befindlichen Anlagen und Einrichtungen. Masch., Bochum 1972, S. 2. - Für zahlreiche Hinweise bei den Ausführungen über Botanische Gärten danke ich dem ehemaligen Technischen Leiter des Bochumer Botanischen Gartens, Herrn Gartenoberamtsrat E. MOLL.

27) Einschließlich der Forstbotanischen Gärten in Göttingen, Tharandt bei Dresden und Eberswalde.

Wuppertal und der kombinierte Botanisch-Zoologische Garten Wilhelma in Stuttgart); 47 oder etwa zwei Drittel sind jedoch Universitäten und Technischen Hochschulen zugeordnet.

Als wichtigste Träger Botanischer Gärten bieten damit Hochschulen ein bedeutsames Angebot im Bereich biologischer Bildung und Weiterbildung sowie der Entspannung und Erholung. Diese Aufgabe erfüllen sie in unterschiedlicher Weise, und zwar je nach Alter und Größe der Gartenanlagen.²⁸⁾ Die kleineren Botanischen Gärten mit 1-5 ha (durchschnittlich 2 ha) Größe, die vielfach nur biologische Versuchsfelder darstellen, sind fast ausschließlich auf Forschung und Lehre ausgerichtet. Zu ihnen gehören z.B. außer den entsprechenden Einrichtungen der Technischen Hochschulen bzw. Universitäten Aachen, Braunschweig, Kiel, Gießen, Heidelberg, Erlangen, Karlsruhe und Stuttgart auch die Botanischen Gärten der Beispielhochschulen Göttingen und Münster, die sich beide in unmittelbarer Nähe ehemaliger Festungsanlagen befinden. Die Münstersche Anlage (gegr. 1804, 4,6 ha groß) entwickelte sich innerhalb des Schloßparks im Bereich einer früheren landesherrlichen Bastion; der alte Göttinger Botanische Garten an der unteren Karspüle (gegr. 1736, 5 ha groß) liegt in unmittelbarer Nähe des früheren Stadtwalles. Die günstige Lage und die schon etwas größere Ausdehnung haben beide zu beliebten Naherholungszielen werden lassen. In Göttingen entstanden nach dem Bau der neuen Fakultätskomplexe an der Lutter im nördlich gelegenen Ortsteil Weende ein großzügiger neuer Botanischer Garten sowie getrennt ein Forstbotanischer Garten als Nachfolger einer gleichartigen älteren Anlage in Hannoversch-Münden.²⁹⁾ Göttingen

28) Die folgenden Daten entstammen der von H. REISIGL besorgten Zusammenstellung "Botanische Gärten, Parks und Blumenlandschaften" (1964) sowie Angaben bei K. ESSER u.a. 1968 und K. MAGDEFRAU 1971.

29) Die als Forstakademie 1868 gegründete Forstliche Hochschule Hannoversch-Münden wurde 1939 mit der Universität Göttingen vereinigt und ist 1970 nahezu ganz nach Göttingen-Weende umgezogen. Der neue Forstbotanische Garten wird teilweise auch vom Fachbereich Forstwirtschaft der Fachhochschulen Hildesheim und Holzminden genutzt.

besitzt damit als einzige deutsche Stadt drei hochschuleigene Botanische Gärten, von denen die Altanlage an der Karspüle langfristig jedoch aufgegeben werden soll.

Zur Gruppe der mittelgroßen Botanischen Gärten (6-15 ha Größe), die bereits beträchtlich öffentlichkeitsorientiert sind, gehören u.a. die entsprechenden Einrichtungen in Bonn (gegr. 1818, 8,5 ha) und Stuttgart-Hohenheim (gegr. 1829, 10,5 ha), die großzügigen neuen Botanischen Gärten in Tübingen-Wanne (1960-1969 angelegt, 10 ha) und Würzburg (angelegt ab 1959, 6 ha) mit ihren vielseitigen Freilandanlagen und Gewächshäusern und ferner der unmittelbar an den städtischen Palmengarten angrenzende, zeitlich vor der Hochschule entstandene Botanische Garten der Universität Frankfurt/Main (gegr. 1763, 8 ha).

Die größten hochschuleigenen Botanischen Gärten Deutschlands liegen in Berlin-Dahlem (1897-1909, 42 ha!), Mainz (gegr. 1946, 22 ha) und München-Nymphenburg (gegr. 1914, 18 ha). Sie sind stark besuchte Ziele großstädtischer Naherholung; so zählt der Berliner Botanische Garten, einer der größten und berühmtesten der ganzen Welt, jährlich durchschnittlich 200.000 bis 300.000 Besucher ("Botanische Gärten, Parks und Blumenlandschaften" 1964, S. 187).

In die obere Größenordnung ist auch der vom Buscheyfeld bis ins Lottental herabreichende, seit 1966 geplante Botanische Garten der Ruhr-Universität Bochum hineingewachsen, dessen erste Bauabschnitte im Sommer 1971 (4 ha) und im Herbst 1972 (6 ha) eröffnet wurden. Die 17 ha Gesamtfläche umfassen heute einen eingefriedeten 9 ha großen wissenschaftlichen Bereich sowie ein 8 ha großes Arboretum; die Zahl der Besucher, die erstaunlich groß ist, schwankt je nach Jahreszeit und Witterung zwischen 200 und 10.000 pro Wochenende und erreichte bisher durchschnittlich 90.000 bis 100.000 pro Jahr. An Werktagen nutzen vornehmlich Studenten und andere Universitätsangehörige freie Zeiten bzw. Pausen für einen Rundgang durch den Botanischen Garten. Bei intensiver und vielseitiger Öffentlichkeitsarbeit stellen Studenten, Schulgruppen, Gartenbaufachleute, interessierte Laien wie Kleingärtner und Zimmerpflanzenliebhaber sowie

Vereine und Betriebe besondere Zielgruppen dar; die große Mehrheit der Besucher sind jedoch Erholungssuchende aus Bochum und Umgebung. 1974 wurden ca. 70 Führungen für etwa 2.500 Personen, 1975 46 Führungen für ca. 1.900 Besucher und 1976 43 Führungen für insgesamt 1.290 Interessenten durchgeführt. In Ergänzung zu verschiedenen kleineren Gewächshäusern wurde im April 1977 ein großes Tropenhaus (mit tropischen Nutzpflanzen, Bäumen und Kräutern der Regenwälder und Mangrovezonen sowie Sumpf- und Wasserpflanzen) eröffnet, in dem über die Ostage alle 20.000 Besucher gezählt wurden. Im vorangehenden Jahr 1976 wurden die Anlagen des Botanischen Gartens insgesamt von ca. 100.000 Besuchern durchwandert. An den Botanischen Garten, der in ein großes Freizeit- und Erholungszentrum eingebunden werden soll, grenzen insgesamt 89 ha landeseigene Wälder (Kalwes, Königsbüschler, Grünberg) an, die ebenso wie die etwa 70 ha Universitätsgrünfläche vom Personal des Botanischen Gartens (insgesamt rd. 60 Mitarbeiter) gepflegt werden müssen. Innerhalb des Botanischen Gartens liegt noch ein aufgelassenes Gehöft mit Bauerngarten, das vom Land gekauft und als Traditionsinsel erhalten bleiben soll. Es könnte außer als Betriebshof auch als künftiges "Haus der Freunde der Ruhr-Universität" mit Ausstellungsräumen und ländlicher Gaststätte (Cafeteria) dienen und würde sicherlich die Inanspruchnahme des Botanischen Gartens und der gesamten Universitätsgrünanlagen durch die Bevölkerung Bochums und der Nachbarschaft weiter intensivieren.³⁰⁾

Im Sommer 1979 hat die Universität Hamburg einen neuen 24 ha großen Botanischen Garten eröffnet; weitere hochschuleigene Botanische Gärten befinden sich in Bayreuth (13 ha), Bremen, Kaiserslautern und Konstanz im Aufbau bzw. in Planung.

30) Nach Tätigkeitsberichten des Botanischen Gartens für die Jahre 1974 bis 1976, Masch., RUB-aktuell Nr. 44/77 vom 1. April 1977, S. 4 und freundlichen mündlichen Auskünften von Herrn Gartenoberamtsrat E. MOLL. Neben den oben genannten Aufgaben erfüllt der Botanische Garten universitätsinterne Service-Funktionen (Dekoration bei Universitätsfeiern, Ausgestaltung von Cafeterien u.ä.).

Ein "Zurückdrängen" und "Eingrünen der Architektur zugunsten biologisch aktiver Freiräume" und eine "fußläufige Verflechtung des Hochschullebens mit dem der benachbarten Stadtteile im Sinne eines sich Öffnens nach beiden Seiten" gelten heute als wesentliche Aufgaben von Hochschulfreiraumplanung (H. WAGENFELD 1973, S. 575; siehe auch "Universitätsgrünplanung" 1970). Im Rahmen der Freiflächen von Hochschularealen, die in mannigfacher Weise als Freizeitangebot von der Stadtbevölkerung genutzt werden (für Bremen vgl. S. HERLYN 1977, S. 24f.), wird den Botanischen Gärten wegen ihrer multifunktionalen Stellung sicherlich ein besonderer Stellenwert als Bindeglied zwischen einer Universität und den Bewohnern ihrer Region verbleiben.

3.5 Zur Bedeutung der Universitätskliniken

Für Versorgung und Image einer Hochschulstadt sind Universitätskliniken von großer Bedeutung; hinzu kommt noch, daß sie neben der Vielzahl der durch sie geschaffenen Arbeitsplätze in Krankenpflege, Verwaltung und Eigenbetrieben (Universitäts-Apotheke, Handwerksbetriebe und Zentralküche, Wäscherei, technische Ver- und Entsorgungszentren) zusammen mit ergänzenden Schwesternwohnheimen prägend für ganze Stadtteile bzw. Stadtbezirke sind (Zur Planung siehe zusammenfassend G. FESEL 1965 sowie W. GABELMANN und F.J. MERTENS 1970). Universitätskliniken stellen Schwerpunktkrankenhäuser der höchsten Leistungsstufe dar, die garantieren, daß die medizinische Versorgung von Stadt und Umland nach dem jüngsten Stand wissenschaftlicher Erkenntnis erfolgt.³¹⁾

Der vom Wissenschaftsrat eingeführte Begriff "Medizinische Forschungs- und Ausbildungsstätten" (MFA) macht deutlich, daß aus der Sicht der Hochschulmedizin die Krankenversorgung im strengen Sinne nachgeordnet ist, weil sie medizinische Forschung und Ausbildung als Hauptaufgabe erst ermöglicht. Gleichwohl benötigt besonders die klinische Medizin für Forschung

31) Diese Aussage gilt jedoch gleichfalls für Forschungsinstitute und -kliniken etwa der Max-Planck-Gesellschaft oder auch für andere Spezialkliniken in unterschiedlicher Trägerschaft.

und Lehre ein entsprechendes "Krankengut", d.h. eine ausreichende Anzahl von Krankheitsfällen stationärer und ambulanter Art. Dieser Bedarf muß bei der Krankenhausregionalplanung entsprechend berücksichtigt werden.

Die Krankenversorgung durch Universitätskliniken bleibt nicht ohne Auswirkungen auf die Finanzsituation der Hochschulstädte selbst. Den wegen der unbestreitbaren Universitätsfolgelasten auf finanziellen Ausgleich seitens der Länder bedachten Universitätsstädten ist wiederholt entgegengehalten worden, daß Errichtung und laufender Unterhalt landeseigener Hochschulkliniken sie von beträchtlichen kommunalen Lasten befreien.³²⁾ So gibt es zahlreiche Universitätsstädte, die keine städtischen Krankenhäuser unterhalten müssen. Dies liegt freilich nicht nur an der Existenz landeseigener Kliniken, sondern auch solcher, die von Kirchengemeinden bzw. kirchlichen Organisationen, Landschaftsverbänden, der Knappschaft, Berufsgenossenschaften oder anderen Organisationen getragen werden. Zutreffend ist indes, daß es in den Städten Freiburg, Tübingen, Heidelberg, Erlangen, Würzburg, Gießen, Mainz, Bonn, Aachen, Münster, Essen zwar ein Universitätsklinikum, aber keine Krankenhäuser im Besitz der Gemeinde gibt.³³⁾ Ähnliches gilt für Homburg/Saar, wo sich das Klinikum der Universität des Saarlandes befindet. In Düsseldorf und Essen sind ehemals städtische Krankenanstalten vom Land Nordrhein-Westfalen übernommen worden. Auch die Universitätskliniken in Mainz (vgl. E. GORMSEN und H. SCHORMANN 1977a, S. 185f.), die Medizinischen Hochschulen in Lübeck und Hannover (siehe "Medizinische Hochschule Hannover" 1972, S. 1) sowie die II. Medizinische Fakultät der Universität Heidelberg in Mannheim konnten auf städtischen Schwerpunktkrankenhäusern aufbauen. Daß derartige Entwicklungen,

bei denen allerdings unterschiedliche Gebäude und/oder Personal übernommen werden müssen, schon zu Beginn dieses Jahrhunderts üblich waren, zeigen die Beispiele der Universität Hamburg (Klinikum Eppendorf) und der Universität Köln. Hier wurden die ehemals städtischen Krankenhäuser in Lindenthal bereits 1904 in die Akademie für Praktische Medizin und schließlich 1919 in die wiederbegründete Universität überführt (W. KATNER 1969, S. 32ff. und S. 113ff.). Neuerdings wurde auch in München ein kommunales Krankenhaus in ein Hochschulklinikum der Technischen Universität umgewandelt (W. LUTZENBERGER 1969).

Da Errichtung und Unterhalt von Medizinischen Fakultäten große Kosten verschlingen, war die Zustimmung zu neuen Universitätskliniken schon immer ein besonderes Politikum. An der 1902 wiederbegründeten Universität Münster gab es lange nur eine medizinisch-propädeutische Abteilung, an der lediglich bis zur ärztlichen Vorprüfung studiert werden konnte. Der weitere Ausbau bis zur Medizinischen Fakultät (1913 beschlossen, 1925 eröffnet) war mit der Auflage verbunden, daß Stadt Münster und Provinz Westfalen hohe Beteiligungen zu übernehmen hatten (J. BERGENTHAL 1971, S. 52-56). Als dritter Spender kam seinerzeit der Allgemeine Knappschaftsverein in Bochum hinzu. Eine vergleichbare Situation wiederholte sich an der Ruhr-Universität Bochum, bei deren Gründung 1961 eine vollständige Medizinische Fakultät und ein Klinikum vorgesehen waren. Die zunächst auf 10 Jahre befristete Genehmigung eines "Bochumer Modells" der Mediziner Ausbildung durch Zusammenarbeit der Universität mit Krankenanstalten in freier Trägerschaft wird nach vielerlei Enttäuschungen als "Durchbruch" und praxisorientierter neuer Ausbildungsweg angesehen.³⁴⁾ Die Stadt Bochum hat sich sogar bereit erklärt, die von den Bergbaulichen Berufsgenossenschaften getragenen renommierten Krankenanstalten Bergmannsheil, deren Gebäude und Personal das Land ursprünglich übernehmen wollte, selbst zu erwerben, wenn dadurch die Errichtung eines

32) Nach freundlichen mündlichen Auskünften von Herrn Ministerialrat Prof. Dr. F. HALLAUER, Leiter der Hochbauabteilung im Finanzministerium von Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf.

33) Nach Unterlagen des Statistischen Jahrbuchs deutscher Gemeinden, 62. Jg., 1975, S. 190ff. (Krankenhäuser 1974/75).

34) Siehe oben, S. 107 und ebd., Anm. 46 und 47.

Universitätsklinikums endgültig gesichert wird. Diese im Vergleich zu Münster nicht minder hohe Opferbereitschaft und die vielseitigen Bemühungen aus Bochum und dem mittleren Ruhrgebiet um das Klinikum zeigen, daß Universitätskliniken ein sehr hoher Rang in bezug auf die Zentralität der Stadt und die Versorgung ihrer Bevölkerung eingeräumt wird.

Die Existenz von Hochschulkliniken führt aus sachlichen Gegebenheiten heraus in der Regel zur Kooperation der Universitätsmediziner mit ihren Kollegen in anderen Schwerpunkt- und Akut-Krankenhäusern in der Region. Chefärzte von Krankenanstalten höherer Leistungsstufen erhalten vielfach Lehraufträge an der Universität und übernehmen bei Überforderung der Hochschulkliniken einen Teil der praktischen Unterweisungen von Medizinstudenten am Krankenbett in den von ihnen geleiteten Kliniken, die zu akademischen Krankenhäusern werden. Ihre Anzahl wird künftig zunehmen müssen, da nach der neuen Approbationsordnung für Ärzte von 1970 eine einjährige klinisch-praktische Ausbildung vor dem Staatsexamen vorgesehen ist.³⁵⁾ Die "Interessengemeinschaft Hochschulausbau im Großraum Nürnberg-Fürth - Erlangen" schlägt in diesem Zusammenhang nicht nur vor, die städtischen Krankenhäuser der Städte Nürnberg und Fürth, soweit notwendig, als akademische Lehrkrankenhäuser voll in die Medizinerausbildung der Universität Erlangen-Nürnberg einzubeziehen, sondern zu prüfen, ob "diese Krankenanstalten verstaatlicht werden können".³⁶⁾ Es wird betont, daß in diesem Vorschlag kein vordergründiges Interesse der Gemeinden an einer finanziellen Entlastung gesehen werden sollte, sondern praxisbezogene Auswirkungen auf Forschung, Lehre und Krankenhauswesen. "Diese Lösung würde für die Städte und die Bevölkerung des Einzugsge-

35) Zu den Akademischen Lehrkrankenhäusern in Nordrhein-Westfalen siehe Informationen aus dem Ministerium für Wissenschaft und Forschung, H. 13, Februar 1975, S. 10-12.

36) Zur Hochschulplanung im Großraum Nürnberg-Fürth-Erlangen. Stellungnahme der Interessengemeinschaft "Hochschulausbau im Großraum Nürnberg-Fürth-Erlangen". Nürnberg (Februar) 1973, S. 17 (unpaginiert).

bietes in Verbindung mit den speziellen Lehr- und Forschungsaufgaben einer Universitätsklinik die Anhebung des wissenschaftlichen Niveaus und eine größere Leistungsfähigkeit erwarten lassen".³⁷⁾ Der Hinweis auf diese Fakten zeigt erneut Bedeutung und Ausstrahlung von Hochschulkliniken.

In den Universitätskliniken Münster wurden im Jahre 1975 rd. 25.700 Patienten stationär und 368.000 ambulant behandelt; für 1976 betragen die entsprechenden Werte 27.463 bzw. 386.783 Patienten. Innerhalb der erstgenannten Gruppe stammte lediglich jeder vierte aus dem Stadtgebiet Münster, knapp zwei Drittel aus dem übrigen Nordrhein-Westfalen und der Rest aus anderen Gebieten, insbesondere aus Niedersachsen. Bei sinkender durchschnittlicher Verweildauer betrug die Bettenauslastung 1975 87,4%, 1976 87,9%; dieser Wert von 87% hielt bei leicht steigender Patientenzahl bis 1978 an.³⁸⁾ Die Göttinger Universitätskliniken hatten zwischen 1969 und 1973 regelmäßig etwa 27.000 Patienten jährlich, von denen mehr als 78% ortsfremd waren.³⁹⁾ Bei den Universitätskliniken Mainz stammten 1976 etwa 60% der Patienten aus dem näheren und weiteren Einzugsgebiet und nur 40% aus der Stadt selbst (E. GORMSEN und H. SCHORMANN 1977a, S. 186). Diese Daten lassen die Reichweite und Bedeutung von Hochschulkliniken für das Umland des Standortes und zugleich für die zentralörtliche Bedeutung der Städte als Oberzentren erkennen.

Weiterhin sei erwähnt, daß den Medizinischen Fakultäten oder einzelnen Universitätskliniken vielfach Fachschulen für Krankenpflegeberufe und Medizinal-Hilfspersonal angeschlossen sind. So gibt es z.B. an den Universitätskliniken in Münster eine Krankenpflegeschule, Lehranstalten für medi-

37) Ebd., S. 19 (unpaginiert).

38) Informations- und Geschäftsberichte der Kliniken und medizinischen Institute für 1975, 1976 (unipress Münster, Nr. 1.050-A, C 1 vom 28.7.1976 und Nr. 1.154-A, C 1 vom 24.3.1977) und 1978 (Universität Münster, Nachrichten & Berichte, April/Mai-Ausgabe vom 26. April 1979, S. 32-35).

39) Jahreskurzbericht des Statistischen Amtes der Stadt Göttingen, Jahresergebnisse 1969 bis 1973, Masch., S. 1.

zinisch-technische Assistentinnen (Hygiene-Institut) und Diät-Assistentinnen (Medizinische Klinik), eine Schwesternschule für Kinderkrankenpflege (Kinderklinik), eine Schule für Krankengymnastik und Massage (Orthopädische Klinik) und eine Lehranstalt für Logopäden (Hals-Nasen-Ohrenklinik).

Diese stellen allerdings nur sechs von insgesamt 20 Schulen des Gesundheitswesens in Münster dar, die auch anderen Hospitälern angegliedert sind oder gar als besondere Einrichtungen existieren. Mit 313 Schülerinnen entfielen 1973 auf die Lehranstalt für medizinisch-technische Assistentinnen rd. 25% der Besucher aller dieser Fachschulen.⁴⁰⁾ Den Kölner Universitätskliniken sind fünf, jeweils von einem Klinikdirektor geleitete Schulen angeschlossen, darunter solche für Krankenpflege und Kinderkrankenpflege, für Krankenpflegehilfe und Diät-Assistentinnen und eine Schule für Orthopädisten;⁴¹⁾ in Köln existieren jedoch insgesamt 36 Fachschulen des Gesundheitswesens.⁴²⁾ Bei den Göttinger Universitätskliniken existieren eine Lehranstalt für medizinisch-technische Assistentinnen (Hygiene-Institut), eine Krankengymnastik- und eine Kinderkrankenpflegeschule (Nerven- bzw. Kinderklinik) neben einer kirchlichen Krankenpflegeschule und einer privaten Fortbildungsschule für Krankenschwestern (Göttinger Bürgerbuch 1971, S. 97-99). Diese Angaben aus Münster, Köln und Göttingen lassen beispielhaft erkennen, daß die dortigen Fachschulen an den Universitätskliniken wichtig sind, ohne jedoch einen Monopolcharakter zu besitzen. Diesen erreichen sie lediglich in jenen Städten, wo es außer den Hochschulkliniken keine anderen Krankenhäuser gibt. Schließlich sei erwähnt, daß in Kliniken auch außerhalb der Fachschulen gesundheitsorientierte Berufe erlernt werden können, z.B. Zahntechniker, Bademeister, Arzthelferin, Hebamme oder Wochenpflegerin.

40) Münster (Westfalen), Statistischer Jahresbericht 1973, S. 69f. und Auskünfte der Verwaltung der Universitätskliniken der Westfälischen Wilhelms-Universität.

41) Nach Auskünften der Verwaltung der Universitätskliniken zu Köln.

42) Statistisches Jahrbuch der Stadt Köln, 58. Jg., Berichtjahr 1972, S. 160.

Insgesamt muß daher den Universitätskliniken wegen ihrer Bedeutung für Forschung und Lehre im akademischen Bereich, für die Krankenversorgung, für die Ausbildung in nichtakademischen Berufen und nicht zuletzt für das Ansehen einer Stadt ein hoher Stellenwert zuerkannt werden.

3.6 Das Angebot der Universitätssportvereine und -sportanlagen

Eine sehr große Öffentlichkeitswirkung geht vom Universitätssport aus, der teils dem Breitensport, vielfach aber auch dem Hochleistungssport gilt und damit besonderes Interesse findet. Die Unterschiede beruhen vor allem in der Tatsache, ob künftige Sportlehrer ausgebildet werden (wie in Köln, Bochum, Münster oder Göttingen), oder ob der Hochschulsport wie in Konstanz nur der Freizeitbetätigung dient. Auf die besondere Situation der Deutschen Sporthochschule in Köln-Müngersdorf (Ausbildung von Spitzensportlern und Trainern) sei nur kurz hingewiesen. In verschiedenen Hochschulorten gibt es eigene Universitäts-sportclubs (USC), so z.B. in Bochum, Gießen, Heidelberg, Mainz, Münster oder München. Diese Vereine widmen sich insbesondere der Leichtathletik, dem Basketball, Turnen, Schwimm- und Kanusport. Die Mitgliedschaft ist keinesfalls auf Universitätsangehörige beschränkt, obwohl diese zahlenmäßig dominieren. Neben den Universitätssportclubs mit ihrem breit gestreuten Angebot gibt es spezialisierte Sportvereinigungen an den Universitäten, die sich nur auf bestimmte Sportarten, z.B. Reiten, Segelfliegen, Schach oder in Süddeutschland auch Bergsteigen beschränken.

Nach der Errichtung des Instituts für Leibesübungen (heute: Sportwissenschaften) der Ruhr-Universität Bochum versuchte der erste Lehrstuhlinhaber dieses Instituts, auch in Bochum einen USC zu begründen, der zugleich örtlicher Sportverein für den Universitätsstadtteil Querenburg werden sollte. Nachdem der hier bereits seit 1890 bestehende TuS Querenburg schon durch Aus-siedlungsmaßnahmen aus den Universitätsbaugebieten zahlreiche Mitglieder verloren hatte, traten 1969 mehr als 300 Mitglieder auf Einladung zum neuen USC über, so daß der alteingesessene Sportverein, in

dem nur zwei Abteilungen (Fußball und Tischtennis) verblieben, fast darüber zerbrach.⁴³⁾

Diese Entwicklung hat zeitweilig das Verhältnis zwischen Universität Bochum und Ortsteil Querenburg, daneben aber auch unter den eingesessenen Querenburgern, sehr belastet. Glücklicherweise haben sich die Beziehungen inzwischen wieder normalisiert. Der Beispielfall zeigt, daß Hochschulsport nicht immer integrationsfördernd sein muß, sondern beachtliche Probleme auslösen kann. In Ulm, wo allerdings keine Sportlehrer ausgebildet werden, hat man bewußt keinen Universitätssportclub gegründet, weil die Hochschulangehörigen nicht isoliert unter sich bleiben, sondern in vorhandenen Sportvereinen integriert werden sollten (Th. PFIZER 1976).

Der Grund dafür, daß Hochschulexterne sich einem Universitätssportclub anschließen, dürfte vor allem an den teilweise ausgezeichneten Trainingsmöglichkeiten liegen, die Universitätssportanlagen bieten, daneben an den Sportfachlehrern, die als Betreuer tätig sind. Zu den bestausgestatteten Anlagen in der Bundesrepublik Deutschland gehört das Hochschulsportgebäude der Technischen Universität München, ehemals Bestandteil der Olympia-Anlagen.⁴⁴⁾ In begrenztem Umfang können Universitäts-sportanlagen, soweit dies von den Ausbildungsfunktionen der Hochschule her möglich ist, auch von der Öffentlichkeit mitbenutzt werden. Vielfach sind die Sportinstitute der Hochschulen aber auf die Benutzung kommunaler oder privater Einrichtungen wie Sportplätze, Turnhallen, Hal-

43) Vgl. Querenburger Nachrichten, hrsg. von der SPD-Querenburg, 1. Jg., Nr. 1 vom 28.9.1972. Inzwischen hat der TuS Querenburg wieder über 600 Mitglieder in vier Abteilungen; der Verein bemüht sich insbesondere um Breitensport.

44) Als besonderes Beispiel aus den Niederlanden sei die Situation der Technischen Hochschule Twente in Enschede mit ihren großzügigen Sportanlagen erwähnt. Auf dem Campus existieren nicht weniger als 45 Sportvereine, in denen zahlreiche Bürger der Region Twente Mitglieder sind; die Sportanlagen der Hochschule werden sehr stark auch von Schulen und anderen Gruppen und Vereinen genutzt (Freundliche mündliche Auskunft von Herrn J. PETERS, Leiter der Presse- und Informationsstelle der TH Twente, Enschede).

lenbäder, Regattastrecken u.a. für ihren Übungsbetrieb angewiesen. Eine Erhebung in Mainz erbrachte, daß der Studentenbesuch von Sportanlagen und Schwimmbädern mit 59% der Nutzer recht hoch ist (E. GORMSEN und H. SCHORMANN 1977a, S. 187). Das in Bochum-Querenburg am Westende des Uni-Centers entstandene Bezirksbad Süd, das im Dezember 1976 eröffnet worden ist, wurde je zur Hälfte aus Landesmitteln und aus Mitteln der Stadt Bochum finanziert. Stadtbevölkerung und Universität müssen sich entsprechend die Nutzung teilen. Es ist erfreulich, daß sich aus dieser Doppelnutzung bisher keinerlei Probleme ergeben haben. Ähnliches gilt für die Hochschulsportanlage der Gesamthochschule Essen an der Gladbecker Straße in Altenessen-Süd (ehemalige Bezirkssportanlage), die auch von der Stadtbevölkerung in Anspruch genommen wird.

3.7 Weitere Kontaktmöglichkeiten zwischen Universität und Stadtbewohnern

Die Hochschulen haben sich in jüngster Zeit zunehmend bemüht, ihrem "Elfenbeinturm" zu entfliehen und sich auch für die Bevölkerung ihrer Standortgemeinden zu öffnen. Außer durch die bisher dargestellten Institutionen, Tätigkeiten und Veranstaltungen geschah dies durch verschiedene weitere Aktivitäten.

Von Bedeutung ist zunächst die Tätigkeit der Hochschulpressestellen (Presse- und Informationsstellen), die u.a. zur Verständigung innerhalb der Universitäten beitragen sowie den Informationsaustausch zwischen Hochschulen und Öffentlichkeit herstellen sollen. Dazu dienen einzelne Pressemitteilungen sowie unentgeltliche hochschuleigene Zeitungen, die 1973 von 96% aller Hochschulen herausgegeben wurden.⁴⁵⁾ In Ulm wird die kostenpflichtige Zeitschrift "Forum" seit 1967 sogar von Universität und Stadt gemeinsam getragen; ihre Bezieher sind Multiplikatoren der universitären Probleme und Anliegen (Th. PFIZER 1976). Darüber hinaus werden von den Hochschulen Forschungsberichte mit Selbstdarstellungen, Universitätsführer (teilweise auch von den Studentenvertre-

45) RUB-aktuell, Ausgabe Nr. 6D/79 vom 4. Mai 1979, S. 1.

tungen) sowie andere Schriftenreihen (Rektoratsreden, Universitätsschriften) und Jahrbücher publiziert. Die Herausgabe derartiger, meist teurer Veröffentlichungen ist nicht möglich ohne das finanzielle und ideelle Engagement der Fördergesellschaften, auf das wiederholt schon hingewiesen wurde, sowie in Konstanz nicht ohne die Unterstützung durch den dortigen Universitätsverlag.

In Bochum existierte zeitweilig auf dem Universitätsgelände, später im Uni-Center (1973-1975) ein eigenes Informationszentrum. Letzteres wurde gemeinsam mit der Stadt Bochum und der Neuen Heimat (als Bauträger und Verwalter des Uni-Centers) unterhalten, leider aber schon bald wieder aus Personal- und Kostengründen geschlossen.

Trotz zahlreicher Aktivitäten der Universitäten ist das Informationsdefizit der breiten Öffentlichkeit über das Geschehen an den Hochschulen groß. Sowohl auf gesamtstaatlicher Ebene wie auch in einzelnen Universitätsstädten wird die Informations-tätigkeit der Hochschulen als nicht befriedigend gewertet. In Münster wurde unlängst in einer Meinungsumfrage festgestellt, daß Veranstaltungen und Informationsabende der Universität nur von einem geringen Teil der Bevölkerung genutzt werden - je nach Veranstaltungstyp 29,0-37,5% der Befragten - und daß die Universität angeblich zu wenig Informationen über ihre Tätigkeit vermittelt (W. KOOK, B. SPAHN und A. GROSSE-KOCK 1979, S. 48 und S. 23, H. MEFFERT 1979, S. 83). Diese Aussage widerspricht allerdings in Münster wie in anderen Universitätsstädten dem Ausmaß, das z.B. die Universitätsberichterstattung in der Tagespresse einnimmt.

Der Kenntnisvermittlung über die Hochschulen dienen spezielle, häufig von den Pressestellen vermittelte Besucherprogramme (z.B. für Schüler, Lehrlinge, Gewerkschaftler, Hausfrauen oder Kommunalpolitiker), insbesondere aber die Tage der offenen Tür für alle interessierten Bürger. Diese Veranstaltungen erfreuen sich insbesondere nach Eröffnung neuer Gebäude oder Baustufen regen Zuspruchs. Wenn zu derartigen Veranstaltungen in Konstanz, Ulm, Essen, Bochum, Dortmund und Bremen in der Regel 4.000-20.000 Besucher erschienen sind, so beweist dies ein großes Interesse der Öffentlich-

keit an den Hochschulen und ihrer Arbeit.

Eine weitere Möglichkeit des Kontaktes zwischen Universitäten und Stadtbewohnern sind spezielle Fakultäts- oder Universitätsbälle (z.B. der "WISO-Ball" oder "Mediziner-Ball" in Köln) und neuerdings umfassende Universitätsfeste. Derartige Veranstaltungen sind keineswegs neu, haben jedoch teilweise ihren Charakter sehr verändert. Waren diese Feste früher mehr gesellschaftliche Ereignisse der sozialen Oberschicht, so sind sie heute - wie etwa an den Universitäten Bochum, Essen, Konstanz und Ulm - Volksfeste geworden. Als ihre Veranstalter treten alle an der Hochschule vertretenen Personengruppen sowie die jeweiligen Förderergesellschaften der Universität auf. Das zweite derartige Fest der Ruhr-Universität Bochum im Mai 1975, das nach Fertigstellung der neuen Fußgängerbrücke zur Universität nicht mehr nur südlich der Hochschulbauten, sondern zugleich auf dem Hochschul-Campus und im Uni-Center stattfand, zählte nach Schätzung der Presse und der "Gesellschaft der Freunde" etwa 35.000 Besucher. Vielfältige Vorführungen (Sport, Filme, Theater, Musik), Kinderbelustigungen und Kirmes, Basare, Tanzmöglichkeiten und andere Attraktionen lockten Scharen von Besuchern in die Universität, die ansonsten kaum Veranlassung sehen, die Hochschule zu betreten. So ist festzustellen, daß derartige Feste, wenn sie sich erst einmal "eingebürgert" haben, sehr dazu beitragen können, den Kontakt zwischen Bevölkerung und Universitätsangehörigen und damit letztlich die Verwurzelung der Hochschule in Stadt und Region zu fördern. Das fünfte Universitäts-Sommerfest 1978 erreichte mit ca. 45.000-50.000 Besuchern einen neuen Rekord an Gästen.⁴⁶⁾

Die Annahme der Universitätsfeste durch die Stadtbevölkerung in den neuen Universitätsstädten läßt hoffen, daß die Kommunikation zwischen Stadt und Hochschule zunimmt, wenn auch die mancherorts bereits beschworene Einheit nach den Ereignissen eines Tages noch nicht gegeben ist.

46) Vgl. RUB-aktuell, Zeitung der Ruhr-Universität Bochum. Ausgaben 26/75 vom 21.5.1975, S. 1f.; 27/75 vom 4.6.1975, S. 1, 2, 6-7 (Sommerfest 1975) und 53/78 vom 6.5.1978, S. 1 (Sommerfest 1978).

4. Universitäten und politisches Leben

Hochschulen und Hochschulangehörige gestalten nicht nur das kulturell-wissenschaftliche Leben in Universitätsstädten mit, sondern beeinflussen - in allerdings geringerem Maße - auch die politischen Ereignisse am Ort und im Umland. Diese Einflüsse reichen von neutraler Beratung und engagierter Stellungnahme bei Planungsmaßnahmen und anderen Problemen bis zu parteipolitischen Aktivitäten und wirken sich nicht zuletzt auch auf die Wahlergebnisse aus. Schließlich verursachen Universitäten beträchtliche Folgekosten für ihre Standortgemeinden, die die kommunalen Haushalte teilweise aufs äußerste belasten.

4.1 Zum Wahlverhalten der Hochschulbevölkerung

Es ist sicherlich problematisch, über das Wahlverhalten von Hochschulbediensteten und dessen Auswirkungen ohne umfassendere Untersuchungen allgemeine Aussagen zu machen. Die folgenden Ausführungen beruhen lediglich auf Beobachtungen in wenigen Universitätsstädten und können daher nicht als repräsentativ gelten.

Bekanntermaßen verfügen die meisten Großstädte der Bundesrepublik Deutschland und damit auch die meisten Universitätsstädte - abgesehen von charakteristischen Ausnahmen wie Münster - über beträchtliche sozialdemokratische Mehrheiten. Gerade auch in den Universitätsstädten hat sich der Stimmenanteil der SPD bei den letzten Kommunalwahlen in der Regel erhöht. In der Mittelstadt Konstanz, deren Gemeinderat traditionell durch eine CDU-Mehrheit bestimmt war, konnte die SPD bei der Kommunalwahl 1971 prozentual erstmals mit der CDU gleichziehen und sie nach Stimmzetteln sogar leicht übertreffen.¹⁾ Bei einer vom Verfasser im März 1975 vor dem Konstanzer Hauptbahnhof durchgeführten Zufallsbefra-

gung antworteten auf die Frage, was sich durch die Universität in der Stadt vor allem verändert habe, die meisten von 20 Befragten - teilweise nicht ohne Verbitterung -, die Hochschule habe seit 1969 zunehmendes politisches Gewicht gewonnen und habe die bisherigen Ratsmehrheiten verändert. In Bochum, wo die SPD schon immer eine sehr starke Mehrheit im Stadtrat besaß, blieben größere Veränderungen aus. Anlässlich eines Pressegesprächs zum Stadtjubiläum 1971 (650-Jahr-Feier) gestand der damalige Oberstadtdirektor Dr. PETSCHT bei der Schilderung der Bemühungen um die Universität: "Aber ich will nicht verschweigen, daß ich in Kiel und anderen Universitätsstädten Erkundigungen einholen ließ, wie sich eine Universität auf Wahlergebnisse politisch auswirkt ... Eine dicke Akte kam zusammen. Aber es war nicht erkennbar, daß sich nennenswerte Verschiebungen durch eine Universität ergeben."²⁾ Diese Prognose bewahrheitete sich in Bochum und galt selbst für den Stadtteil Querenburg, den Standort der Universität. Bemerkenswert war aber, daß im Bereich der Universitätswohnstadt die F.D.P. seit 1969 stets mehr als den doppelten, 1979 sogar den dreifachen Stimmenanteil gewann, den sie im gesamten Stadtgebiet Bochum erreichen konnte.³⁾

Besondere Aufmerksamkeit fand das Ergebnis der 1975 durch die kommunale Neugliederung notwendig gewordenen Gemeindewahl in Marburg an der Lahn. Kommunistische Hochschul-

2) "Enthüllungen". In: Westdeutsche Allgemeine Zeitung, Ausgabe Bochum, Nr. 127 vom 4.6.1971.

3) Diese Aussagen lassen sich nach den sehr spezifizierten Sonderberichten über Kommunal-, Landtags- und Bundestagswahlen des Amtes für Statistik und Stadtforschung der Stadt Bochum im einzelnen belegen. Vgl. z.B. Einzelschrift Nr. 20 (Gemeindewahl am 9. November 1969), S. 56f. und S. 62f., Sonderbericht Nr. 11 in Bd. V (Gemeindewahl vom 4. Mai 1975), unpaginiert, und Sonderbericht Nr. 7 in Bd. VII (Gemeindewahl vom 30. September 1979, S. 246 und S. 248). - Bei den Stimmenanteilen der F.D.P. 1979 (Stadt Bochum 5,63%, Wahlbezirk Querenburg 15,7%) scheinen allerdings verschiedene stadtteilspezifische Besonderheiten (Planungsprobleme und Kampf gegen Autobahn A 44 als zentrales Wahlkampfthema) eine wesentliche Rolle gespielt zu haben (1979, S. 229 und S. 223).

1) Stadt Konstanz: Statistische Information 1970/71, o.O. o.J. (Konstanz 1971), S. 23 und freundliche Auskünfte von Herrn W. WALDRAFF, Leiter des Amtes für Statistik und Wahlen der Stadt Konstanz.

gruppen waren mit ihren Aktivitäten (u.a. gezielte Hauptwohnsitz-Verlegungen ihrer Mitglieder nach Marburg) mit dafür verantwortlich, daß neben 27 Vertretern der CDU, 24 der SPD (Verlust der früheren Mehrheit) und 3 der F.D.P. auch 5 Abgeordnete der DKP in den neuen Stadtrat gewählt wurden. Diese errangen damit eine wichtige Schlüsselstellung.⁴⁾ Es war auch sicherlich kein Zufall, daß bei den zeitgleich mit der Bundestagswahl am 3. Oktober 1976 durchgeführten Kommunalwahlen in Niedersachsen die DKP jeweils ein Ratsmandat in den Hochschulstädten Göttingen und Oldenburg gewann.⁵⁾ Die Beispiele Konstanz und Marburg machen deutlich, daß insbesondere in kleineren Universitätsstädten Hochschulangehörige sehr wohl zu einer Beeinflussung der politischen Verhältnisse auf gesamtstädtischer Ebene beitragen können.

4.2 Parteipolitisches Engagement von Hochschulangehörigen und Mitarbeit in kommunalen Entscheidungsgremien

Gespräche in Dienststellen zahlreicher Stadtverwaltungen von Hochschulstädten und in Universitätspressestellen haben den Verfasser in dem Eindruck bestärkt, daß Hochschulangehörige sich nur in geringer Zahl parteipolitisch betätigen und insbesondere kaum in den Gemeinderäten vertreten sind. Angesichts dieser Tatsache ist es nicht verwunderlich, daß Anliegen der Hochschulen in den Entscheidungsgremien der Kommunen lange nur unzureichend vertreten wurden oder heute noch werden. Die nicht vorhandene oder unzureichende Repräsentanz der Universität im Stadtrat wird vielfach auch - wenngleich ungerechtfertigt - als universitäres Desinteresse an den Problemen der Gesamtstadt gedeutet.

Als frühes Gegenbeispiel sei die Universität Bonn angeführt, die seit 1825 durch immer-

4) Da eine SPD-F.D.P.-Koalition nicht die notwendige Mehrheit besaß, eine CDU-F.D.P.-Koalition sich nicht als tragfähig erwies und die SPD ein Zusammengehen mit der DKP ablehnte, kam nach langen Verhandlungen schließlich eine kommunale Koalition zwischen CDU und SPD zustande (Nach verschiedenen Presseberichten).

5) Nach verschiedenen Presseberichten.

hin insgesamt 34 Professoren und andere Hochschulbedienstete im Rat der Stadt Bonn sowie darüber hinaus in den Parlamenten in Frankfurt und Berlin vertreten war.⁶⁾ Dabei waren die Professoren z.T. mehr sachkundige Repräsentanten der Universität als typische Vertreter von Parteien und betätigten sich vorzugsweise im Liegenschafts- und Planungsausschuß.⁷⁾

In Bochum wurden 1969 für die SPD ein wissenschaftlicher Assistent und ein Student in den Rat der Stadt gewählt; ersterer ist heute nicht nur - wie vor ihm ein anderer Vertreter des akademischen Mittelbaus - Mitglied des Landtags von Nordrhein-Westfalen, sondern bereits Minister. Für die F.D.P. hatten erfolglos ein Verwaltungsangestellter der Ruhr-Universität Bochum, ein Assistent und ein Student kandidiert. Die CDU war und ist noch heute durch einen Bibliotheksbeamten vertreten (inzwischen beim Bibliothekar-Lehrinstitut in Köln beschäftigt). Seit der Kommunalwahl 1975 gehört kein Mitglied der Ruhr-Universität mehr dem Rat der Stadt an. In vier der sechs neuerichteten Bezirksvertretungen Bochums sitzen für SPD und CDU je drei Studenten; interessanterweise trifft dies nicht für den Stadtbezirk Bochum-Süd zu, in dem die Universität liegt.⁸⁾ Zwei außerhalb Bochums wohnende Hochschullehrer der Ruhr-Universität gehören als CDU-Vertreter dem Rat der Nachbarstadt Hattingen bzw. dem Kreistag des Ennepe-Ruhr-Kreises an.

Dem Rat der Stadt Münster, in dem traditionsgemäß vor allem Kaufleute und Angehö-

6) Fünf Bonner Hochschullehrer gehörten zwischen 1919 und 1933 dem Rat der Stadt an, fünf weitere nach dem 2. Weltkrieg, darunter von 1956-1958 u.a. der Geograph Carl TROLL (D. HÜRDLDT 1969, S. 283-286 und Verzeichnis ebd., S. 339-342).

7) Nach freundlichen Hinweisen von Herrn Prof. Dr. P. SCHÜLLER, Bochum. - Die hier angeführte Beurteilung trifft für den Kölner Wirtschaftshistoriker und -geographen Bruno KUSKE, der in den 20er und 30er Jahren der SPD-Fraktion der Stadtverordnetenversammlung Köln angehörte, nicht zu (siehe oben S. 126, Anm. 5).

8) Nach statistischen Veröffentlichungen der Stadt Bochum (vgl. Anm. 3).

rige des öffentlichen Dienstes vertreten sind, gehörte lange überhaupt kein Universitätsangehöriger an. Dieses beklagenswerte Defizit wurde durch verstärkte Bemühungen aller Parteien zur Intensivierung der Verbindungen zwischen Stadt und Universität vor der Kommunalwahl 1975 deutlich verbessert. Seitdem zählte der Rat der Stadt Münster bei 67 Mitgliedern nicht weniger als neun Universitätsvertreter, darunter sechs für die SPD (ein Hochschullehrer, drei Assistenten, ein Verwaltungsangestellter und ein Bediensteter des Staatshochbauamtes), zwei Assistenten für die CDU und ein Verwaltungsangestellter für die F.D.P. Damit konnte eine sehr beachtliche Repräsentanz erreicht werden; innerhalb der SPD-Fraktion war gar jeder vierte ein Hochschulangehöriger. Weitere Universitätsbedienstete waren Mitglieder von Bezirksvertretungen.⁹⁾ Bei der Kommunalwahl 1979 wurden erneut acht Hochschulangehörige in den Stadtrat gewählt, davon vier für die SPD (Fachhochschuldozent, Assistent, Student, Verwaltungsangestellter), zwei Assistenten für die CDU, ein Verwaltungsangestellter für die F.D.P. und ein Student für die GAL (Grüne Alternative Liste), die als Partei vor allem junger Protestwähler erstmals vier Ratsitze errang.¹⁰⁾ Auch dieses Wahlergebnis scheint durch studentische Aktivitäten stark beeinflusst worden zu sein.

In den Gemeinderat von Konstanz wurden 1971 drei Universitätsvertreter gewählt, nämlich zwei Angehörige des akademischen Mittelbaus und ein Student, die sämtlich der SPD angehören. In den Kandidatenlisten von SPD und CDU waren weitere Hochschulbedienstete, darunter ein Professor, aufgeführt; diese wurden jedoch nicht gewählt.¹¹⁾

In Göttingen waren im Jahre 1976 der von der SPD gestellte Oberbürgermeister und ein weiteres Ratsmitglied seiner Partei Professoren der damaligen, inzwischen in die Uni-

versität eingegliederten Pädagogischen Hochschule, der SPD-Fraktionsvorsitzende war Professor an einem Max-Planck-Institut. Seitens der Universität gehörten ein weiterer Hochschullehrer der SPD-Fraktion, ein emeritierter Professor als Vertreter der F.D.P. dem Rat der Stadt an; letzterer war zugleich 1. Bürgermeister.¹²⁾

In Köln waren jahrelang je ein Ordinarius der Wirtschaftswissenschaften und der Jurisprudenz CDU-Ratsherren.¹³⁾

In Essen wurden 1975 drei Bedienstete der Gesamthochschule für die SPD in den Rat der Stadt gewählt, und zwar ein technischer Mitarbeiter und zwei Professoren. Ein weiterer der SPD angehörender Hochschullehrer, der sogar bewußt in einem "Arbeiterbezirk" des Essener Nordens seßhaft geworden ist, wurde als "sachkundiger Bürger" in den Kulturausschuß der Stadt gewählt und soll dort den Ausschußmitgliedern besonders in Fragen von Hochschulangelegenheiten mit Rat und Hilfe zur Seite stehen.¹⁴⁾

Insgesamt muß trotz der dargestellten Entwicklungen festgehalten werden, daß die Repräsentanz der Hochschulen in den Entscheidungsgremien ihrer Städte im allgemeinen nicht sehr groß ist und daß diese Gegebenheiten durchaus mitbedingen, warum Probleme der Hochschulentwicklung in den Räten der Städte nicht mit genügendem Nachdruck vertreten werden können. Die beträchtlich veränderte Situation in Münster hat freilich den Kontakt zwischen Stadt und Universität deutlich verbessert und zu einem größeren Verständnis für die wechselseitigen Sorgen geführt. Am stärksten scheinen insgesamt der SPD angehörende Hochschulmitglieder in den Kommunalparlamenten von Universitätsstädten vertreten zu sein. Hochschullehrer,

12) Nach freundlichen Auskünften des Kurators der Universität Göttingen, Herrn H.-L. SCHNEIDER, und von Herrn Oberbürgermeister a.D. LESSNER, Göttingen.

13) Nach freundlichen Auskünften von Herrn Prof. Dr. Dr. K. HOTTES, Bochum.

14) gh-integrale, informationen aus der universität essen-gesamthochschule, Nr. 4, Dezember 1974, S. 30 und Auskünfte von Herrn B. ORESCHER, Leiter der Pressestelle der Universität Essen-Gesamthochschule.

9) Nach freundlichen Auskünften des persönlichen Referenten des Rektors der Universität Münster, Herrn Michael BORNEFELDETTMANN.

10) Nach Presseberichten.

11) Stadt Konstanz 1971 (vgl. Anm. 1), nach S. 36 und mündliche Auskünfte.

die nach Erhebungen in Gießen sich selbst zu den "Lang- und Schwerarbeitern" zählen (H.-G. BURGER 1978, S. 83 nach einer Studie von H. PROSS), zeigen unter den universitären Gruppen nur ein relativ schwaches Engagement für parteipolitische Betätigungen. Andererseits konnte in einigen Universitätsstädten festgestellt werden, daß bei Kandidatenaufstellungen innerhalb der Parteien profilierte Hochschulangehörige als Bewerber um ein Ratsmandat scheiterten.

K. MÜLLER glaubt, daß ein politisches Engagement von Hochschulangehörigen auch auf höheren Ebenen in Landeshauptstädten leichter zu erreichen ist. "Wir werden im demokratischen Staat auch an die Mitarbeit der Gelehrten in der Politik denken. Die örtliche Nachbarschaft wirkt leichter der politischen Abstinenz der Professoren entgegen, und es scheint mir kein Zufall zu sein, daß wir in jüngerer Zeit dort den Professor als Minister gehabt haben, wo Regierung und Hochschule am gleichen Ort waren" (K. MÜLLER 1962, S. 84). Im übrigen wird die Auffassung vertreten, daß Hochschulen in Regierungsorten deren Rang steigern und damit das Ansehen des Landes mehren, daß sie Studierenden die politische Realität unserer Länder zugänglich machen und es schließlich der Verwaltung erleichtern, den Rat von Hochschullehrern einzuholen. Diese Gegebenheiten sollen im folgenden für die Ortsebene noch näher ausgeführt werden.

4.3 Politikberatung und Stellungnahmen zu politischen Maßnahmen und Entscheidungen

Das politische Leben in allen Universitätsstädten wird in nicht geringem Ausmaß durch die wissenschaftliche Tätigkeit der Hochschullehrer mitbestimmt, insbesondere dann, wenn diese sich mit Standort und Umland der Universität auseinandersetzen.

Eine solche Erforschung des Umfeldes der Universität, wie sie insbesondere von Geographen, aber auch von Wirtschafts- und Verkehrswissenschaftlern, Architekten, Pädagogen und Soziologen betrieben wird, kann zunächst völlig zweckfrei sein und nur der wissenschaftlichen Erkenntnis dienen. Sie kann aber auch als gutachterlicher Auftrag an Professoren, Lehrstüh-

le oder Institute herangetragen werden, die dann im Sinne verantwortungsbewußter Politikberatung tätig werden und dem Auftraggeber - meist dem Rat der Stadt - eine Analyse liefern oder Entscheidungshilfen für Planungen anbieten. So sind z.B. im Raum Bochum durch Geographen und Ökonomen Untersuchungen zur innerstädtischen Raumplanung, Verwaltungsgebietsreform und zur Entwicklung des Arbeitsmarktes erstellt worden.¹⁵⁾ Das Wirtschafts- und Sozialgeographische Institut der Universität Köln erarbeitete eine Analyse der Kölner Innenstadt,¹⁶⁾ während eine interdisziplinäre Arbeitsgruppe von Geographen und Soziologen in Regensburg Untersuchungen zur Regensburger Altstadterneuerung durchführte.¹⁷⁾ Eine Studie zur Stadtsanierung entstand auch im Geographischen Institut der Universität Göttingen.¹⁸⁾ Diese Aufzählung könnte beträchtlich erweitert werden. Zum Zeitpunkt ihrer Veröffentlichung bestimmen derartige gutachterliche Untersuchungen meist eine Zeitlang das politische Tagesgeschehen, da diese Studien nicht nur vom Rat der Stadt und bestimmten Ausschüssen beraten werden, sondern meist auch über die Lokalpresse der Bevölkerung bekanntgemacht werden. Darüber hinaus werden derartige Gutachten häufig Grundlagen der weiteren Ortsplanung.

Eine ähnliche Öffentlichkeitswirkung erreichen auch solche Arbeiten, die nicht als Gutachten erstellt werden, aber doch - teilweise unter Inanspruchnahme städtischer und anderer Dienststellen - bewußt als Beiträge zur Erforschung des Hochschulstandortes und seines Umlandes konzipiert worden sind. Als derartige Beispiele seien

15) K. HOTTES und H.J. BUCHHOLZ 1970, H.J. BUCHHOLZ, H. HEINEBERG, A. MAYR und P. SCHÜLLER 1971, K. HOTTES und G. GRUNDMANN 1972, K. HOTTES, H.J. BUCHHOLZ und M. HIERET 1972, P. KLEMMER und A. UNGER 1973, P. KLEMMER und F. ECKEY 1974.

16) "Die Kölner Innenstadt" 1969/70.

17) Arbeitsgruppe Altstadterneuerung (W.R. HEINZ, K. HERMES, P. HÖHMANN, H. KILGERT, P. SCHÜBER, W. TAUBMANN) 1975.

18) H.-D. von FRIELING und J. STRASSEL 1973; vgl. auch D. DENECKE 1979 und H.-D. von FRIELING 1979.

zunächst geographische Untersuchungen über Wanderungsvorgänge in Bonn und Probleme der Universitätsstadt München sowie eine regionalsoziologische Studie über den Hochschulstandort Konstanz erwähnt.¹⁹⁾ Vor dem Hintergrund einer geplanten Entschlammung des Baldeneysees zum Zwecke der Vertiefung des Seebeckens haben Geologen der Universität Essen-Gesamthochschule ein Forschungsprogramm entwickelt, das den See als Erholungsraum sichern und das ökologische Gleichgewicht im Ruhrauen- und Seebereich erhalten helfen soll.²⁰⁾ Bochumer Biologen arbeiten an einer Bestandsaufnahme der natürlichen Entwicklung der Wasserqualität des Omminger Sees im Osten Bochums; dieser See, der ehemals Grubenwasser und Zechenabwässer aufnahm, soll Kern eines Naherholungsgebietes werden.²¹⁾ Eine interdisziplinäre Arbeitsgruppe "Umweltschutz" an der Ruhr-Universität beschäftigt sich in einem Verbundforschungsvorhaben mit natur- und ingenieurwissenschaftlichen sowie sozialwissenschaftlich-sozialmedizinischen Fragestellungen im Bereich des neuen Kemnader Stausees im Ruhrtal zwischen Bochum und Witten und wird einen Teil ihrer Arbeitsergebnisse noch als Planungsgrundlagen für die endgültigen Einrichtungen einbringen können.²²⁾

Schließlich treten Hochschulangehörige einschließlich der Studenten politisch dann in Erscheinung, wenn sie zu Gegebenheiten, Planungen und Entscheidungen auf Orts-, Landes- und Bundesebene aktiv Stellung nehmen. Dabei werden keineswegs nur immer hochschulpolitische Probleme aufgegriffen, sondern auch solche von allgemeinerem Interesse, z.B. Fragen der Ortsplanung, neue Verkehrsstrassen, Miet- und Fahrpreise, die Zukunft von Arbeitersiedlungen, Gastar-

19) H. BÖHM, F.-J. KEMPER, W. KULS und J. SUPP 1975, R. GEIPEL 1972, H. PEISERT 1975.

20) Vgl. Essener Hochschuljournal Nr. 15, Juni/Juli 1979, S. 13f.

21) Vgl. RUB-aktuell, Ausgabe 50/77 vom 9. Dezember 1977, S. 5.

22) Ebd., Ausgabe 52/78 vom 1. April 1978, S. 7.

beiterfragen oder die Betreuung von Kindern sozialer Randgruppen. In diesem Zusammenhang ist bemerkenswert, daß an allen untersuchten Hochschulen die Zahl der konfessionell ausgerichteten Studentenverbindungen und der Burschenschaften sehr stark rückläufig ist, während die Anzahl der politischen Vereinigungen und ausländischer Studentenverbände mit vorwiegend politisch orientierten Interessen angestiegen ist.²³⁾ Neben den Aktivitäten studentischer Gruppen tragen vor allem Leserbriefe von Hochschulangehörigen zur Weckung bürgerschaftlichen Interesses und zur politischen Bewußtseinsbildung bei. Gelegentlich wird bereits überspitzt von der hochschulbedingten Politisierung von Teilen der Bevölkerung in Universitätsstädten gesprochen. Die Zahl der seit Ende der sechziger Jahre entstandenen Bürgerinitiativen scheint jedoch in Hochschulstädten nicht größer als in anderen Städten zu sein.

Eine besondere Breitenwirkung beabsichtigten und erzielten die von dem verstorbenen Neuhistoriker und Politologen Waldemar BESSON in den Jahren 1966-1971 erschienenen Leitartikel im Konstanzer "Südkurier", die inzwischen auch als Buchausgabe vorliegen. Im Vorwort schreibt BESSON: "Ich wollte mich unmittelbar in die politische Diskussion der Region hineinstellen, die den Rahmen meiner neuen akademischen Tätigkeit darstellte. Daß eine Verpflichtung der Universität Konstanz und ihrer Mitglieder für eine solche Kommunikation besteht, ist mir nie zweifelhaft gewesen. Zwar sind Wissenschaft und Universität nicht an einen bestimmten Platz gebunden. Aber beide können doch der ständigen Auseinandersetzung mit dem Ort, an dem sie geschehen, nicht entzogen und nicht entgehen" (W. BESSON 1970, zitiert nach B. WEYL 1976, S. 45).

Als Beispiel für durch Hochschulangehörige stark unterstützte Aktivitäten gegen kommunale Planungen sei der Streit um die Errichtung von Justizbauten in unmittelbarer Nähe der Ruhr-Universität Bochum aus dem Jahre 1974 erwähnt. Gegen die Absicht des Landes

23) Nach schriftlichen und mündlichen Auskünften sowie einer Auswertung verschiedener Vorlesungsverzeichnisse von Bochum, Essen, Göttingen, Köln, Konstanz und Münster.

und der Stadt Bochum, am Rande des regionalen Grünzugs Ölbachtal in angeblich sachlich bestimmter Zuordnung zur Universität ein Haftkrankenhaus, eine Sozialtherapeutische Anstalt, eine zugehörige Bedienstetensiedlung sowie schließlich eine neue Erschließungsstraße zu bauen, erhob sich mannigfacher Protest. Dieser ging vor allem von dem in Bochum-Wattenscheid ansässigen Gemeinnützigen Gründflächenverein "pro grün" aus, der drei Hochschullehrer zur Erstellung eines Gutachtens gegen diese Vorhaben veranlaßte (D. SCHREIBER, L. FINKE und R.E. LOB 1974). Der Rat der Stadt, der sich dem Land Nordrhein-Westfalen gegenüber verpflichtet fühlte, ließ sich allerdings durch die in Bürgerversammlungen vorgetragenen Argumente nicht umstimmen und verabschiedete den fraglichen Bebauungsplan. Nachdem jedoch die Ruhr-Universität kein hochschuleigenes Klinikum mehr erhält, soll nur noch die Sozialtherapeutische Anstalt verwirklicht werden.

Als weiteres Beispiel verantwortungsbe-
wußter Politikberatung sei eine Aktion zur Bekämpfung des Verkehrslärms an der Autobahn Düsseldorf-Bochum-Dortmund (DÜ-Bo-Do) in Bochum-Langendreer erwähnt. Mitarbeiter des Lehrstuhls für Allgemeine Elektrotechnik und Elektroakustik nahmen hier über einen längeren Zeitraum hinweg Lärmmessungen an der Schnellstraße vor. Die Ergebnisse veranlaßten den Innenminister, Lärmschutzwände zu bewilligen.²⁴⁾

In Münster kam es während der Offenlegung eines neuen Flächennutzungsplan-Entwurfs (vgl. Stadt Münster 1979) zu lebhaften Diskussionen und einer Vielzahl von Einsprüchen, Anregungen und Bedenken, an denen Hochschulangehörige sich engagiert beteiligten.²⁵⁾ Dabei wandte man sich insbesondere gegen die partielle Umwidmung des Vogelschutzreservates der Rieselfelder im Nordosten der Stadt in ein Industrie- und Gewerbegebiet, dessen vorgesehene Fläche angesichts der

Einsprüche zwar nicht aufgegeben, aber doch verkleinert wurde.

Hingewiesen sei schließlich auf die Tatsache, daß engagierte Universitätsbedienstete und auch Studenten die Zusammensetzung und Kritikfähigkeit verschiedenster Organe der Bildungseinrichtungen und Kirchengemeinden (Kindergartenrat, Klassen- und Schulpflegschaft, Pfarrgemeinderat und Presbyterium) nachhaltig mitgestalten.

Wenn einerseits festgestellt wurde, daß Hochschulangehörige - von Ausnahmen abgesehen - im allgemeinen wenig Bereitschaft zu einer kontinuierlichen parteipolitischen Betätigung aufbringen, so muß andererseits doch betont werden, daß sie durch wissenschaftliche Untersuchungen und persönliches Engagement in konkreten Situationen das politische Leben der Hochschulstädte und ihres Umlandes in erheblichem Maße aktivieren und beeinflussen.

4.4 Folgewirkungen von Hochschulen für die kommunalen Haushalte

Universitäten als Einrichtungen der Bundesländer verursachen für die betroffenen Standortgemeinden mannigfache Folgelasten, die sich insgesamt auf Anforderungen an die Stadtentwicklungsplanung und deren Umsetzung beziehen, damit eine Integration des Hochschulbereichs in das System der Stadt erhalten bleibt oder bei Neugründungen überhaupt erst ermöglicht wird.

Voraussetzung für die geordnete Vorbereitung und Ausführung derartiger Planungen ist zunächst einmal eine frühzeitige Information und laufende enge Koordination zwischen den Planungs- und Bauträgern der Hochschul- und Stadtentwicklung, damit Reibungsverluste minimiert werden können. Über diese Problematik liegen für die Bundesrepublik Deutschland vergleichende Ergebnisse einer umfangreichen Erhebung des Deutschen Städtetages und des Deutschen Institutes für Urbanistik vor (H.J. FRANKE, M. HERMANN, H. JANSSEN, H. LANGE und K. UHLIG 1977, insb. S. 84ff.). Wenn in der Stadt Münster mit ihrer langen Hochschultradition erst 1968 ein Baustab für die Universitätsplanung entstanden ist

24) Nach Presseberichten (Westdeutsche Allgemeine Zeitung vom 16.3.1977).

25) Vgl. Brief des Zoologischen Instituts der Universität an den Rat der Stadt (unipress münster, Ausgabe 1.439-A, C1 vom 23. März 1979).

(vgl. W. PIERCHALLA 1973, S. 43 und G. RABELER 1976, S. 11)²⁶⁾ und - wie einem Rektoratsbericht zu entnehmen ist - im März 1973 "Rat und Verwaltung der Stadt zum ersten Mal in ihrer Geschichte die Universität geschlossen besucht und sich über unsere Probleme unterrichtet" haben,²⁷⁾ so zeigen diese Fakten, wie groß das Informationsdefizit gewesen sein muß.

Bereits in der Vorbereitungsphase von Hochschulbaumaßnahmen kommen auf die Universitätsstädte nicht unbeträchtliche Planungskosten zu. Von den in dieser Untersuchung behandelten Städten gab Münster nicht weniger als 13 Gutachten über Probleme der Hochschulplanung in Auftrag, deren Kosten mit DM 525.000,- veranschlagt werden (H.J. FRANKE u.a. 1977, S. 115). Diese Ausgaben entstanden für eine aufwendigere Stadtentwicklungs- und Bauleitplanung sowie für permanente Zusatzplanungen bei Konzeption und Erschließung neuer Hochschulbereiche, für Standorte des studentischen Wohnens und die notwendige Siedlungstätigkeit der Hochschulbevölkerung in besonderen Stadtteilen. Die an verschiedenen Standorten eingeleitete Planung ganzer Universitätswohnstädte (z.B. in Bochum im Ortsteil Querenburg) ist ein besonders eindringliches Beispiel für universitätsbedingte Planungskosten, selbst wenn die geplanten Hochschulrahmenstädte nicht oder nicht im ursprünglichen Umfang verwirklicht werden (Konstanz, Dortmund, Bielefeld, Bremen, Münster). Aber auch die Übertragung derartiger Planungen an städtische Fachämter verursacht Kosten bis hin zur Bewilligung neuer Planstellen.

Besonders betroffen werden die Universitätsstädte durch zusätzliche Maßnahmen der Verkehrserschließung einschließlich des Grunderwerbs für die Anlage neuer Straßen und Parkplätze sowie die hiermit im Zusammenhang stehenden Mehrkosten für

26) Allein in 17 Städten existieren besondere Hochschulbaustäbe, darunter in den Beispielstädten Münster und Essen (H.J. FRANKE u.a. 1977, S. 96).

27) Jahresbericht des Rektors über das Amtsjahr 1973. In: Jahresschrift 1973 zur Förderung der Westfälischen Wilhelms-Universität zu Münster, S. 19.

die Bereitstellung der technischen Infrastruktur. Beispielhaft sei die Situation von Bochum, Konstanz und Münster dargestellt.

In Bochum verschlang die Errichtung der in sechs Bauabschnitte untergliederten Universitätsstraße (einschl. Straßenbahn), die als delegierte Landesaufgabe von der Stadt 1962-1973 ausgeführt wurde, etwa 125 Mill. DM (Stadt Bochum 1972, S. 3, 46 und 48); von dieser Summe entfielen allein etwa 29 Mill. DM auf den Grunderwerb und auf Entschädigungen. Bis 1966 waren für die finanzielle Beteiligung des Landes Nordrhein-Westfalen vorläufige Richtlinien von 1962/63 maßgebend, die Landeszuwendungen in Höhe von 50% der beihilfefähigen Kosten vorsahen. Seit 1967 (Erhöhung der Mineralölsteuer und Beteiligung des Bundes an Maßnahmen zur Verbesserung der Verkehrsverhältnisse in den Gemeinden) wurde die Universitätsstraße mit 50% Bundes- und 30% Landesmitteln gefördert. Der 5. Bauabschnitt, der zugleich Zubringer zur Autobahn A 77 (Münster-Recklinghausen-Wuppertal) ist, wurde nach ergänzenden Richtlinien zum Fernstraßennetz subventioniert (Ebd., S. 52). Von den gesamten Baukosten erhielt die Stadt Bochum ca. 91 Mill. DM an Zuschüssen, so daß ihr Eigenanteil noch rd. 36 Mill. DM oder 29% beträgt.²⁸⁾

Die äußere Erschließung des Universitätsbereiches kostete weitere 30 Mill. DM, des Uni-Centers 22 Mill. DM und des Wohngebietes "Auf der Hustadt" (Erster Bauabschnitt der Universitätswohnstadt) 13 Mill. DM; von diesen 65 Mill. DM hatte die Stadt nach Abzug von Zuweisungen und anderen Einnahmen mit fast 26 Mill. DM immerhin 40% der Kosten zu übernehmen.²⁹⁾ Weitere Ausgaben entstanden durch Entschädigungen und Umzugskosten an planungsverdrängte Hausbesitzer und Mieter im Bereich von Universitätswohnstadt und Universitäts-

28) Freundliche Auskünfte von Herrn Stadtdirektor a.D. Dr. Alfred SCHMITZ, ehemals Kämmerer der Stadt Bochum (nach Unterlagen der Kämmererei, die 1971 für den Deutschen Städtetag zusammengestellt wurden).

29) Ebd.

straße sowie durch Zinssubventionen für den Bau von Wohnungen für diesen Personenkreis.

Die Errichtung der weiteren technischen Infrastruktur soll lediglich am Beispiel der Wärmeversorgung aufgezeigt werden. Am 18. Oktober 1967 wurde die Fernwärmeversorgung Universitätswohnstadt Bochum GmbH gegründet, deren Stammkapital von DM 900.000,- zu einem Drittel von der Stadt Bochum und zu zwei Dritteln von der Gesellschaft für Stromerzeugung und Energiegewinnung mbH (100%ige Tochter der Steinkohlen-Elektrizität Aktiengesellschaft, STEAG, Essen) aufgebracht wurde. Gegenstand des Unternehmens ist der Vertrieb von Fernwärme für Raumbeheizung und Brauchwarmwasserbereitung in der Universitätswohnstadt für mehr als 6.000 Wohnungseinheiten, 30 Studentenwohnheime (sämtlich östlich der Universitätsstraße), vier Schulen und einige Sonderabnehmer (Gesamtanschlußwert 85 Mill. kcal/h). Der Bau eines umfangreichen Verteilungsnetzes sowie einer Übergabestation kostete allein ca. 3,5 Mill. DM. Die Grundlast wird von dem in Bochum-Wiemelhausen gelegenen anfangs steinkohle-, inzwischen erdgasgefeuerten Heizkraftwerk Bochum (früher Kraftwerk Prinz Regent) übernommen, während das ölgefeuerte Spitzenheizwerk der Ruhr-Universität am Kalwes die Wärmespitzen in den Wintermonaten übernimmt. Die Stadt Bochum wünschte eine Fernwärmeversorgung der Universitätswohnstadt vor allem, um zusätzliche Luftverschmutzungen durch Einzelfeuerstätten zu vermeiden.³⁰⁾

In Konstanz gelang es der Stadt, mit dem Land Baden-Württemberg nach einem Grundstücksvertrag (1965) eine weitere vertragliche Regelung zur Erschließung des für die Vorstufe der Universität vorgesehenen Gewanns Sonnenbühl (1966) und schließlich einen umfassenden Universitätsbau- und Erschließungsvertrag auszuhandeln, der im April 1969 durch den Finanzminister des Landes Baden-Württemberg sowie den Oberbürgermeister der Stadt

Konstanz unterzeichnet wurde. Im "Sonnenbühl"-Vertrag erklärte sich das Land bereit, für vorab erfolgte Tiefbauarbeiten einen einmaligen Zinszuschuß, ferner einen Zuschuß von 60% zum Ausbau der Friedrichstraße (Zubringerstraße zur Universität) sowie von 42% zu den Kosten eines notwendigen Abwasserpumpwerks mit Druckleitung zu gewähren; hierfür wurden Abschlagszahlungen vereinbart. Im Universitätsbau- und Erschließungsvertrag übernahm das Land u.a. die Mitfinanzierung des weiteren Kanalisationsausbaus (zu 40%), der Zufahrtswege sowie der Personalkosten von fünf Mitarbeitern einer Planungsgruppe für die Universität für längstens fünf Jahre; die Stadt Konstanz verpflichtete sich u.a. zur Belieferung der Universität mit elektrischer Energie, Gas und Wasser, und zwar - außer bei Wasser - zu Vorzugstarifen.³¹⁾ Aus diesen Fakten wird trotz fehlender Angaben über absolute Folgelasten deutlich, daß auch die Stadt Konstanz beträchtliche Erschließungskosten für ihre Universität als Eigenanteil einbringen mußte.

Die Stadt Münster hat seit 1970 in Erwartung eines umfassenden Universitätsausbaus mit dem Land Nordrhein-Westfalen einen Vertrag über Straßenbaumaßnahmen im Hochschulerweiterungsbereich angestrebt, der schließlich im Dezember 1973 von Beauftragten des Finanz- und Wissenschaftsministers sowie der Stadt unterzeichnet werden konnte. Gewöhnlich finanziert die Universität wie alle anderen Grundstückseigentümer über Erschließungsbeiträge 10% der anteiligen Kosten mit, während die Stadt 90% der Kosten bis zu einer bestimmten Straßenbreite aufzubringen hat (W. PIERCHALLA 1973, S. 44). Die Erschließungsbeiträge werden freilich meist erst sehr viel später nach dem tatsächlichen Beginn einer Baumaßnahme gezahlt; sie müssen mithin vorfinanziert werden. Der Straßenbauvertrag sieht nunmehr vor, daß innerhalb des Hochschulerweiterungsbereiches durch die Stadt Münster 12 Straßenverbindungen

30) Freundliche Auskünfte von Herrn Baudirektor Johannes NEHAMMER, Leiter des Büros Umlandplanung für die Ruhr-Universität Bochum.

31) Nach Unterlagen des Staatlichen Liegenschaftsamtes Konstanz.

entsprechend den Erfordernissen der Bebauung und des Verkehrs als öffentliche Straßen gebaut werden,³²⁾ für die das Land Grundstücke rechtzeitig zur Verfügung stellt und 90% des beitragsfähigen Erschließungsaufwandes trägt, sofern die Straßen allein der Erschließung von Universitätsgrundstücken dienen. Auf die Erschließungskosten sind Vorauszahlungen zu leisten. Die Verpflichtung der Stadt zum Bau dieser Straßen besteht erst, wenn die zeitgerechte Mitfinanzierung durch den Zuschußgeber gesichert ist, da die Stadt nicht in der Lage ist, Bundes- und Landeszuschüsse vorzufinanzieren. Von 1973-1979 sind in Münster allein 82 Mill. DM für universitätsbedingte Straßen- und Kanalbaukosten ausgegeben worden, von denen die Stadt selbst ca. 18 Mill. DM aufbringen mußte.³³⁾

Die Entwässerung des vor der Vollendung stehenden Großklinikums und weiterer Universitätsbaumaßnahmen erforderte einen durch die Stadt Münster zu erstellenden neuen Schmutzwassersammler und eine neue Druckleitung zur Kläranlage; in Zusammenarbeit mit den Stadtwerken wurden Leitungen für die Wasser-, Elektrizitäts- und Gasversorgung angelegt. Die Sicherung der Wärmeversorgung, soweit sie nicht mehr über das universitätseigene Heizwerk am Orléansring geleistet werden konnte, erfolgte durch einen besonderen Liefer- und Abnahmevertrag mit den Stadtwerken, die 1977 im Hafenbereich ein neues steinkohlegefeuertes Heizkraftwerk in Betrieb nahmen. Nachdem die Universität wegen eines gegenüber ursprünglichen Planungen des Landes deutlich geringeren Ausbauvolumens weniger Fernwärme als vertraglich vereinbart abnahm und für die nicht benötigte Menge auch nicht zu Zahlungen bereit war, kam es 1978 zu Differenzen zwischen den Stadtwerken Münster und der Universität. Schließlich erklärten sich die Stadtwerke zum Nachgeben bereit, wo-

32) Zu diesen Verbindungen gehört nicht die zur Entlastung der alten Kliniken am Westring zusätzlich notwendige neue 2. Westtangente (auf der sog. Trasse "Quer").

33) Freundliche Auskünfte von Herrn Stadtrat Hans GERSCH, Münster.

durch für sie ein Ausfall von rd. 3,5 Mill. DM entstand.³⁴⁾

In seinen umfassenden Studien über die wirtschaftlichen Verflechtungen zwischen der Stadt Münster und ihren Hochschulen ermittelte A. WILLAUSCHUS, daß im Zeitraum 1970-1975 die hochschulbedingten Ausgaben des Stadtetats von etwa 25 Mill. DM auf 68 Mill. DM gestiegen sind, während die hochschulbedingten Einnahmen von etwa 18,5 Mill. DM auf 58 Mill. DM angewachsen sind. Der stets negative Finanzierungssaldo schankte zwischen 4,1 Mill. und 17,1 Mill. DM pro Jahr; diese Summe mußte durch Kreditaufnahme und Entnahme aus Rücklagen gedeckt werden (A. WILLAUSCHUS 1979, S. 83). Bei Untergliederung des Finanzierungssaldos in laufende Einnahmen und Ausgaben einerseits und investive Einnahmen und Ausgaben andererseits konnte A. WILLAUSCHUS allerdings feststellen, "daß die laufenden Einnahmen die laufenden Ausgaben durchschnittlich um gut 1 Million DM übertreffen. Die Hochschulbevölkerung finanziert also die durch sie im Verwaltungshaushalt entstehenden Kosten gewissermaßen selbst. Davon wird man auch in der Zukunft ausgehen können" (Ebd., S. 84). Die Finanzierungslücke während des Untersuchungszeitraumes war also ausschließlich investitionsbedingt. In diesem Zusammenhang ist allerdings zu betonen, daß die wegen der Universität aufgebaute Infrastruktur auch der Gesamtheit der Bürger der Stadt zugutekommt.

Zu dieser weiteren Infrastruktur gehört außer Straßenbau und technischer Ver- und Entsorgung, auf die bisher eingegangen wurde, eine Vielzahl weiterer Einrichtungen. Hierzu zählt zunächst der Ausbau des kommunalen Verkehrsnetzes zur Anbindung neuer Universitätsbereiche und neuer Wohnquartiere von Hochschulangehörigen. Der Stadt Konstanz wurde immerhin ein Zuschuß für die Anschaffung eines Zusatzbusses für die Bedienung der Universität gewährt (D. FÜRST 1979, S. 58). Durch Sozialtarife, die Studenten

34) Nach verschiedenen Presseberichten (Westfälische Nachrichten, Münster).

und Schülern gewährt werden, erhöhen sich wiederum die Nahverkehrsdefizite.

Beispielhaft für den Ausbau öffentlicher Einrichtungen seien notwendige Maßnahmen der Stadt Bochum herausgegriffen, die durch den Bevölkerungszuwachs im Hochschulbereich notwendig wurden. So mußten zwei neue Grundschulen mit Turnhallen und eine Hauptschule in der Universitätswohnstadt erbaut werden, an deren nordwestlichen Rand außerdem eine große Gesamtschule entstand. Die Stadtverwaltung mußte unter Aufgabe ihrer bisherigen stadteigenen Räume ihre Verwaltungsstelle Querenburg erweitern und errichtete ferner zur sozialen Betreuung je eine zusätzliche Dienststelle des Sozial- und Jugendamtes im Uni-Center. Eine neue Zweigstelle der Stadtbücherei sollte neben der Universitätsbibliothek die Bevölkerung der Universitätswohnstadt und die Studierenden zu versorgen. Ferner wurden ein neues Bezirksbad im Uni-Center und eine Bezirkssportanlage an der Markstraße errichtet; ein früherer Sportplatz mußte verlegt werden (Buscheystraße/Waldstadion), eine weitere Bezirkssportanlage ist in Planung (Hustadt). Wegen der Verdichtung der Bevölkerung und der Existenz der neuen Einrichtungen mußte nach einem feuerschutzpolizeilichen Gutachten eine neue Feuerwache für Querenburg errichtet werden. Selbst der Friedhof des Orsteils mußte vergrößert werden, und schließlich kamen noch öffentliche Grünanlagen in der Universitätswohnstadt hinzu. So entstanden hochschulbedingte Folgekosten für öffentliche Einrichtungen in Höhe von 110 Mill. DM, von denen rd. 78% (= 96 Mill. DM) von der Stadt zu tragen waren. Diese Summe wäre allerdings um 66 Mill. DM geringer gewesen, wenn nicht die Kosten der auf ehemaligem Universitätsgelände errichteten Gesamtschule in ihr enthalten wären.³⁵⁾

Nach Zusammenstellungen der Kämmerei der Stadt Bochum aus dem Jahre 1971 betrug die Summe aller kommunalen Folgekosten des Hochschulausbaus - ohne Aufrechnungen, die aus möglichem Gewerbesteueraufkommen oder aus Mindereinnahmen wegen reduzierter Studentenkarten bei kulturellen Veranstaltungen resultieren - insgesamt 300 Mill. DM

bei Einnahmen in Höhe von 155 Mill. DM; hinzu traten jedoch 20,4 Mill. DM jährliche Folgekosten bei nur 1,2 Mill. DM Einnahmen,³⁶⁾ so daß - anders als in Münster - die Universität bzw. die Hochschulbevölkerung keineswegs die laufend durch sie verursachten Kosten finanzieren konnte.

Für das politische Leben der Hochschulstädte werden diese Größenordnungen insbesondere dann bedeutungsvoll, wenn bei der Verabschiedung städtischer Haushalte Investitionsentscheidungen anstehen. Dabei wird den Ratsmitgliedern immer wieder bewußt, daß Ausbaumaßnahmen im Planungsgebiet Universität zu einer oft langfristigen und schmerzhaften Veränderung der Prioritäten bei der allgemeinen Stadtentwicklung führen.

So haben Universitätsvertreter und Ratsmitglieder in Bochum jahrelang den Vorwurf ertragen müssen, daß wegen der Errichtung der Hochschule die Förderung der übrigen Stadtteile in unzumutbarer Weise vernachlässigt wurde. Auch vor diesem Hintergrund sind verstärkte Bemühungen um Infrastrukturverbesserungen insbesondere im Norden und Osten der Stadt (Nordwestbad Horde/Hofstede, Freizeitzentrum Omminger See, Erholungsgebiet Tippelsberg/Berger Mühle, Schulzentren Nord und Ost in Gerthe und

35) Freundliche Auskünfte von Herrn Or. Alfred SCHMITZ, Bochum, und eigene Umrechnungen nach Unterlagen der Kämmerei der Stadt Bochum. Die Einbeziehung der Kosten der Gesamtschule in die Hochschulfolgekosten erfolgt, wenngleich diese Einrichtung universitätsbeeinflusst ist (siehe oben S. 240f.), nicht ohne Bedenken. Bochum hat wie alle Hellwegstädte des Ruhrreviers ein deutliches sozialstrukturelles Süd-Nord-Gefälle mit Dominanz von Arbeitern, Personen mit Volksschulabschluß und Hauptschülern in den nördlichen Stadtteilen. Von daher stellt sich die Frage, warum nach dem 1971 vollendeten Albert-Einstein-Gymnasium im Schulzentrum Wiemelhausen auch die Gesamtschule universitätsnah im Süden der Stadt errichtet wurde. Als Schule, die mit ihrem differenzierten Angebot die Chancengleichheit fördern und insbesondere die Bildungsbereitschaft benachteiligter Bevölkerungsgruppen anheben soll, hätte sie m.E. zwingend im Nordwesten der Stadt gebaut werden müssen, wo kein Gymnasium existiert.

36) Aufrechnungen der Kämmerei der Stadt Bochum für den Deutschen Städtetag 1971 (Ist-Ausgaben bis 1971 sowie Schätzungen für geplante Maßnahmen aufgrund von Kostenanschlägen).

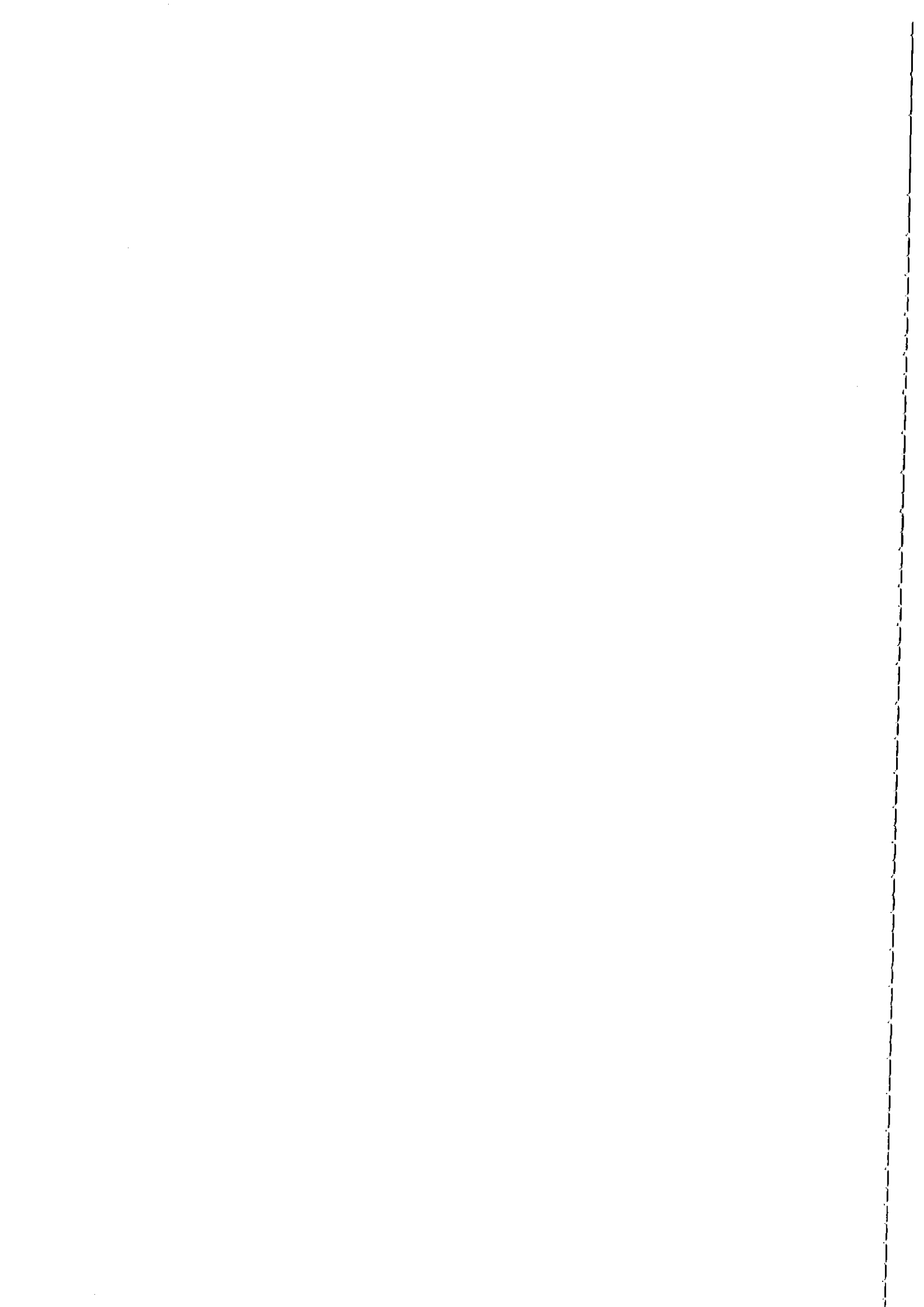
Langendreer) in den letzten Jahren zu sehen.

In Münster verschlingen hochschulbedingte Erschließungsmaßnahmen im Westen des alten Stadtgebietes so große Summen, daß andere Projekte wie z.B. der Ausbau von Ausfallstraßen (Albersloher Weg) oder die Förderung von Stadtteilzentren (Neues Zentrum Kinderhaus) zurückstehen müssen. Sicherlich wären ein großer Teil der Ausbaumaßnahmen im Ortsteil Gievenbeck sowie die 2. Westtangente und weitere Erschließungsstraßen im Bereich Naturwissenschaftliches Zentrum/Neues Klinikum in absehbarer Zeit notwendig geworden, aber nicht in derart gebündelter Form und im augenblicklichen Investitionszeitraum.

In Konstanz schließlich, wo noch gemäß Universitätsbau- und Erschließungsvertrag von 1969 die Bebauungsplanung im Raume Jungerhalde-Egg als zeitlich vordringlich eingestuft worden war, war man angesichts der bisherigen Hochschulfolgekosten und veränderter Voraussetzungen zum gänzlichen Verzicht auf Projekte für neue geschlossene Universitätswohnbereiche bereit. Ein Überangebot insbesondere an Eigentumswohnungen im bisherigen Stadtgebiet, neuer

Siedlungsraum in den eingemeindeten und weiter zu entwickelnden Ortsteilen und die abzusehende weitere starke Inanspruchnahme des Stadtetats vor allem für verschiedene dringende Verkehrsprojekte dürften diese Entscheidung erleichtert haben.

Die Ausführungen dieses Abschnittes sollten beispielhaft verdeutlichen, in welchem Ausmaß Städte mit neuen oder stark expandierenden Universitäten finanzielle Sonderlasten zu tragen haben, denen sie sich aus rechtlichen und tatsächlichen Gründen nicht entziehen können. Da diese auf die Städte zukommenden Kosten das politische Leben und die Beziehungen zwischen Universität und Stadt negativ beeinflussen können, ist eine rechtzeitige Information und eine vertrauensvolle Zusammenarbeit aller Beteiligten bei der Universitäts-, Stadt- und Regionalplanung unbedingt notwendig. Diese sollte sich auch auf gemeinsame Bemühungen erstrecken, den Städten als Baulastträgern der Hochschulfolgekosten angemessene Zuwendungen übergeordneter Stellen für die Maßnahmen zu sichern, ohne die eine gedeihliche Entwicklung des Hochschulbereichs in den meisten Fällen nicht möglich ist.



VI. Universitätsstädte in der Bundesrepublik Deutschland – Versuch einer funktionalen Klassifizierung und Überlegungen zur Wahl künftiger Hochschulstandorte

1. Die Beschäftigtenstruktur der Universitätsstädte

Für einen Versuch, die 55 Städte der Bundesrepublik mit Hochschulen im Universitätsrang – im folgenden trotz aller Problematik des Namens vereinfacht als "Universitätsstädte"¹⁾ bezeichnet – wirtschaftlich und funktional zu typisieren, bieten sich grundsätzlich mehrere Möglichkeiten an.

Eine qualitativ-bewertende Charakterisierung ermöglicht zwar eine exakte Benennung durch einfache oder kombinierte Begriffe (z.B. Verwaltungsstadt, Fremdenverkehrsstadt, Bergbau- und Industriestadt oder Industrie-, Einkaufs- und Bischofsstadt), die jedoch vom Inhalt her oft qualitativ nicht bestimmbar oder vergleichbar sind. Eine quantitative Gewichtung orientiert sich meist an der Zuordnung der Wohnbevölkerung oder der Erwerbstätigen zu Wirtschaftssektoren, Wirtschaftsabteilungen oder auch sozialen Gruppen.

Für die Gesamtheit aller Gemeinden des Bundesgebietes liegt im "Atlas der Bundesrepublik Deutschland" auf der Grundlage der Volks- und Berufszählung 1961 eine Karte im Maßstab 1:1.000.000 vor, die die Gemeinden nach der sozialökonomischen Struktur und Funktion gliedert.²⁾ Grundlage ist die "Unterhaltsstruktur der Bevölkerung";

1) Zur Problematik dieser Bezeichnung vgl. A. MAYR 1970a, S. 103-104. Unter "Universität" werden in Anlehnung an die Praxis des Statistischen Bundesamtes bei der Hochschulstatistik Universitäten, Technische Universitäten bzw. Technische Hochschulen, Medizinische und Tierärztliche Hochschulen zusammengefaßt, außerdem die getrennt ausgewiesenen Gesamthochschulen (siehe oben S. 48f., Tab. 3), n i c h t jedoch Philosophisch-Theologische bzw. Kirchliche Hochschulen und Pädagogische Hochschulen, die im statistischen Sinne mit zu den wissenschaftlichen Hochschulen zählen.

2) B. van DEENEN, E. MROHS und H.A. KREKELER o.J. und B. van DEENEN 1965, Anlage A.

entsprechend sind die Anteile der "Wohnbevölkerung nach dem Hauptberuf der am Erwerbsleben beteiligten Ernährer" an den drei Wirtschaftssektoren von Bedeutung. Neben Industrie- und Dienstleistungsgemeinden, in denen jeweils 50% und mehr aller Erwerbspersonen dem sekundären bzw. tertiären Sektor angehören,³⁾ und Agrargemeinden, in denen 40% und mehr aller Ernährer in Land- und Forstwirtschaft tätig sind, werden als Einheiten mit Mischstrukturen agrarisch-industrielle und gewerblich-industrielle Gemeinden ausgewiesen. Diese fünf Gemeindetypen werden nach der "Standortfunktion" weiter untergliedert, und zwar nach dem Anteil der Auspendler an den Erwerbspersonen der Gemeinde. Dabei ergeben sich Gemeinden mit vorherrschender Arbeitsstättenfunktion, mit gemischter Wohn-Arbeitsstättenfunktion und mit vorherrschender Wohnfunktion. Die Groß- und Mittelstädte werden durchweg – von Ausnahmen abgesehen – durch vorherrschende Arbeitsstättenfunktion bestimmt; gemäß Definition der Kartenbearbeiter sind weniger als 30% ihrer ortsansässigen Erwerbspersonen Auspendler.

Betrachtet man die heutigen Universitätsstädte nach ihrer für das Jahr 1961 aufgezeigten Charakterisierung,⁴⁾ so fällt auf, daß mit 36 weitaus die meisten als Dienstleistungsgemeinden eingestuft sind. Hierin spiegelt sich ihre überwiegende Funktion als Verwaltungs-, Handels- und Verkehrsmittelpunkt, als Einkaufs- und Versorgungsstadt, als schulisches und kulturelles Zentrum. Lübeck – Sitz einer

3) Die umstrittene Frage, ob der Bergbau (Wirtschaftsabteilung 1) zusammen mit der Land- und Forstwirtschaft (Wirtschaftsabteilung 0) als "Urproduktion" zum primären Wirtschaftssektor gehört, kann hier nicht diskutiert werden.

4) Berlin-West ist in der Karte nicht enthalten; auf die nicht mit Stadtrechten ausgestattete Gemeinde Neuendettelsau im mittelfränkischen Kreis Ansbach – Sitz einer Kirchlichen Gesamthochschule – wird für 1961 kein Bezug genommen.

Jungen Medizinischen Hochschule - ist als einzige Universitätsstadt den gewerblich-industriellen Gemeinden zugeordnet, in denen jeweils unter 50% der Ernährer im produzierenden Gewerbe und im Dienstleistungsbereich sowie - hier allerdings ohne Bedeutung - unter 40% in Land- und Forstwirtschaft tätig sind. 16 Universitätsstädte werden schließlich als Industriegemeinden eingestuft, da mehr als 50% ihrer Wohnbevölkerung im Jahre 1961 durch Industrie, Handwerk und Baugewerbe unterhalten wurden. Allein neun dieser Städte liegen in Nordrhein-Westfalen, nämlich Köln, Duisburg, Essen, Bochum, Dortmund, Wuppertal, Hagen, Siegen und Bielefeld, die übrigen sieben - Erlangen, Nürnberg, Augsburg, Ulm, Mannheim, Speyer und Saarbrücken - liegen sämtlich in den süddeutschen Bundesländern. Die dieser Zuordnung zugrundeliegenden Daten sind, wie später noch zu zeigen sein wird, durchaus nicht ohne Bedenken zu verwenden.

Aus verschiedenen Gründen scheint es mir nicht sinnvoll zu sein, die erläuterte Form der Gemeindetypisierung aus dem Jahre 1961 nach der gleichen Methode für das Jahr 1970, d.h. den Zeitpunkt der letzten Volkszählung, erneut zu erstellen und damit zu aktualisieren. Da die gewählte Klassifizierung auf sämtliche Gemeinden des Bundesgebietes angewandt werden mußte, ist sie - bezogen auf die Wirtschaftsstruktur der Universitätsstädte, in denen die Land- und Forstwirtschaft unbedeutend ist - zu breit gefächert und entspricht zu wenig den spezifischen Zielen dieser Untersuchung.⁵⁾ Statt dessen ist von größerer Bedeutung, welche Anteile innerhalb des tertiären Sektors die Bereiche des Verteilungsgewerbes und die Dienstleistungen im engeren Sinne⁶⁾ aufweisen. Darüber hinaus ist zu bedenken, daß für die Beurteilung der Wirtschaftsstruktur einer Stadt sowie ihrer Bedeutung als Arbeitsmarkt weniger die Zuordnung der ortsansässigen Erwerbstätigen oder gar - wie für 1961 zugrundegelegt - der Wohnbevölkerung zu Wirtschaftssektoren und

-bereichen von Interesse ist, sondern vielmehr die Zahl der in den örtlichen Arbeitsstätten Beschäftigten, die durch die Pendlerbilanz sehr stark beeinflußt sein kann.

Die folgende wirtschaftsstrukturelle Charakterisierung der 55 Universitätsstädte geht deshalb nicht auf die Volks- und Berufszählung, sondern die nicht-landwirtschaftliche Arbeitsstättenzählung vom 27. Mai 1970 zurück. Dabei konnten durch die Verwaltungsgebietsreform bedingte Flächen- und damit auch Strukturveränderungen nur insoweit berücksichtigt werden, als sie vor diesem Zeitpunkt erfolgt sind (z.B. bei Göttingen, Kiel, Lübeck und Bonn). Eine Umrechnung der Werte von 1970 auf den Gebietsstand nach Abschluß der Gebietsreform (1971-77) erschien aus verschiedenen Gründen zwar wünschenswert, aber nicht möglich.

Siehe Tab. 42 und Abb. 28

Trägt man die prozentualen Anteile der 1970 am Ort Beschäftigten (ohne landwirtschaftliche Arbeitsstätten) in ein Dreieckskoordinatennetz ein, dessen Seiten den Beschäftigtengrad in den Wirtschaftsbereichen des produzierenden Gewerbes (Wirtschaftsabteilungen 1-3), des Verteilungsgewerbes (Wirtschaftsabteilungen 4-6) und des Dienstleistungsgewerbes (Wirtschaftsabteilungen 7-9) darstellen, so ergeben sich für die Charakterisierung der Hochschulstädte sehr große Unterschiede. Für die Ausgliederung von Strukturtypen werden natürliche Gruppen nach der Häufigkeitsverteilung gewählt, da sie deutlicher als bei Benutzung von Durchschnitts- oder Zentralwerten gewährleisten, daß von ihrer

6) Verteilungsgewerbe = Wirtschaftsabteilungen 4-6 (Handel; Verkehr und Nachrichtenübermittlung; Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe); Dienstleistungen im engeren Sinne = Wirtschaftsabteilungen 7-9 (Dienstleistungen, soweit von Unternehmen und Freien Berufen erbracht; Organisationen ohne Erwerbscharakter; Gebietskörperschaften und Sozialversicherung). Vgl. Systematik der Wirtschaftszweige in der Fassung für die Arbeitsstättenzählung 1970. In: Gemeindestatistik 1970. Arbeitsstätten und Beschäftigte. Düsseldorf 1973, Anhang, S. 191ff. (= Beiträge zur Statistik des Landes Nordrhein-Westfalen, Sonderreihe Volkszählung 1970, H. 3c).

5) Zu Möglichkeiten und Problemen der Gemeindetypisierung vgl. auch W. WITT 1970, Sp. 584ff.

Wirtschaft her verwandte Orte auch als zur gleichen Gruppe gehörig erfaßt werden.⁷⁾

Bei der Gruppenbildung kam es weniger darauf an, gerundete Ziffern als Begrenzungswerte zu finden als vielmehr signifikante Einschnitte, die mehr oder weniger deutlich verschiedenartige Strukturtypen voneinander trennen. Ein solcher Einschnitt liegt - wie die Lageverteilung der Universitätsstädte im Strukturdreieck deutlich macht - zweifelsohne bei mehr als 40% Dienstleistungsbeschäftigten und bei weniger als 30% Industriebeschäftigten vor. Problematischer mögen die zur Abgrenzung herangezogenen Grenzwerte von 30% Handels- und Verkehrsbeschäftigten sowie vor allem von 53% Industriebeschäftigten erscheinen; insbesondere dieser letzte Wert ist unüblich. Im allgemeinen wird ein Anteil von 50% im sekundären Sektor Berufstätigen als Einschnitt gewählt, der jedoch im konkreten Fall Städte mit offensichtlich gleichartiger Wirtschaftsstruktur zwei verschiedenen Typen zugeordnet hätte.⁸⁾

Insgesamt werden für das Jahr 1970 vier verschiedene Wirtschaftstypen von Universitätsstädten gebildet, die sich wie folgt charakterisieren lassen:

7) Nach W. WITT (1970, Sp. 436ff.) sind Schwellenwerte oder die Benutzung des Zentralwertes als Bezugsbasis für Gruppen- und Typenbildungen nicht unbedenklich, da durch sie bei mehr oder weniger willkürlich gewählten statistischen Grenzen offensichtliche Zusammenhänge zerrissen werden können. So könnten theoretisch Objekte mit den Werten 49,9% und 50,1% zu zwei verschiedenen Gruppen gehören. WITT empfiehlt deshalb, Häufigkeitsverteilungen heranzuziehen und möglichst viele Varianten der Gruppenbildung zu erproben. Er unterstreicht nachdrücklich, daß die statistischen Schwellenwerte individuell festzulegen sind, da z.B. die Verteilung von Gemeinden in einem Koordinatendreieck in der Praxis keineswegs gleichmäßig ist (Ebd., Sp. 588ff.).

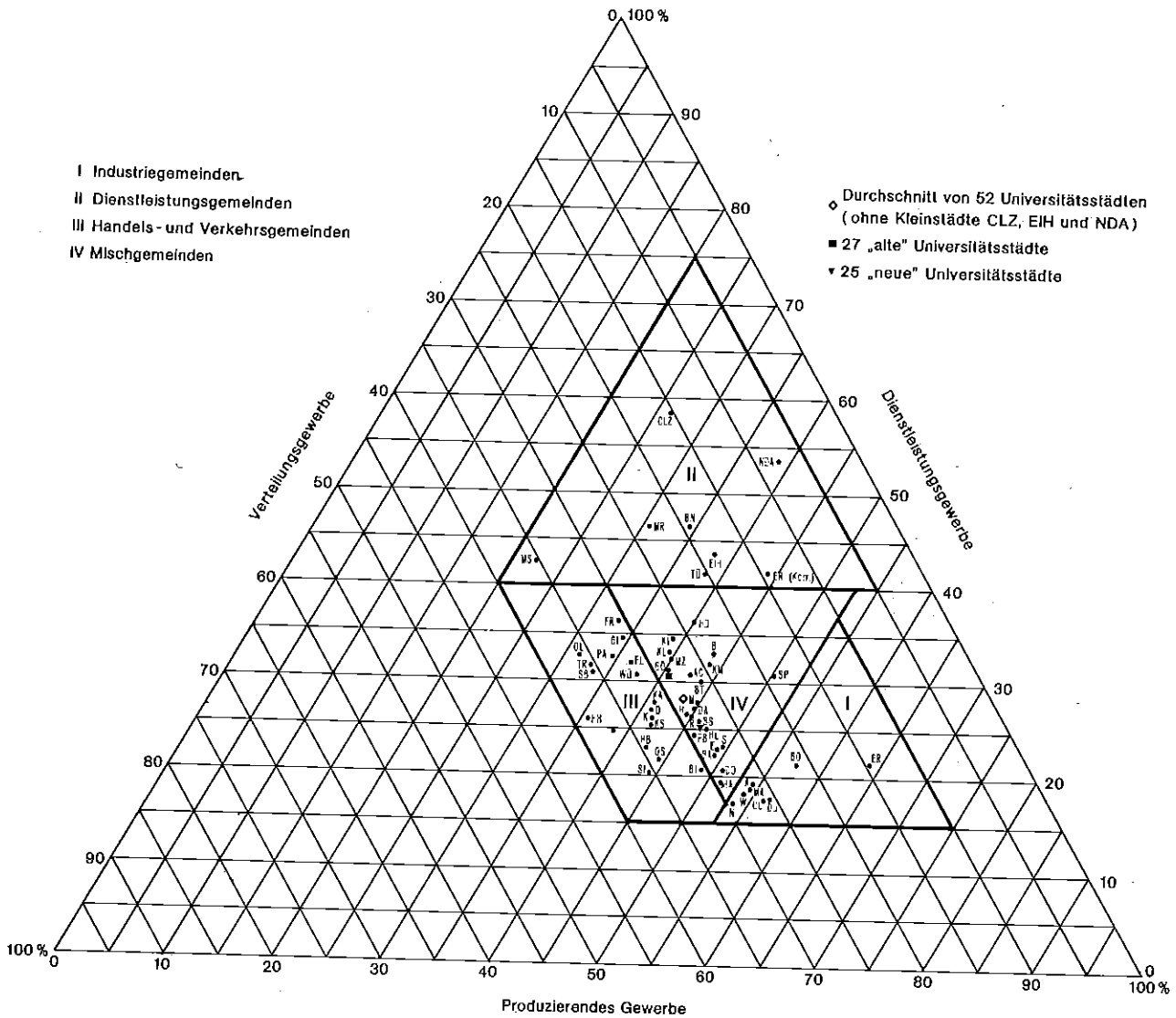
8) Ohne Berücksichtigung der Kleinstädte Clausthal-Zellerfeld, Eichstätt und Neuendettelsau entspricht der Zentralwert aller 52 Universitätsstädte für den Anteil an Handels- und Verkehrsbeschäftigten (28,6%) nahezu dem gewählten Einschnitt (30%); die Zentralwerte für Dienstleistungen im engeren Sinne (26,85%) und Industrie (43,65%) liegen jeweils sehr niedrig und könnten allenfalls als weitere Einschnitte herangezogen werden, wenn eine größere Anzahl von Gruppen gebildet werden soll.

1. Industriegemeinden (mehr als 53% im produzierenden Sektor Beschäftigte in den Wirtschaftsabteilungen 1-3, und zwar in Produktion, Verwaltung und Forschung),
2. Handels- und Verkehrsgemeinden (mehr als 30% Handels- und Verkehrsbeschäftigte in den Wirtschaftsabteilungen 4-6),
3. Dienstleistungsgemeinden (mehr als 40% Dienstleistungsbeschäftigte i.e.S. in den Wirtschaftsabteilungen 7-9) und
4. Mischgemeinden (30% bis unter 53% Industriebeschäftigte, unter 30% Arbeitsplätze im Handel und Verkehr, unter 40% Dienstleistungsbeschäftigte).

Bei der Gruppe der Industriegemeinden liegt eine Reihe von Städten im Strukturdreieck recht nahe beieinander, während zwei von ihnen durch deutlich höhere Industriebeschäftigtenanteile und einen niedrigeren Anteil an Arbeitsplätzen in den Dienstleistungen gekennzeichnet sind, nämlich Bochum mit 57,2% und Erlangen mit sogar 64,1% Arbeitsplätzen im produzierenden Gewerbe. Diese beiden Städte sind demnach die Universitätsstandorte mit der größten industriellen Prägung. Daß die Sonderstellung Erlangens dennoch etwas differenzierter zu sehen ist, wird später noch auszuführen sein.

Die Gruppe der Dienstleistungsgemeinden ist innerhalb des Strukturdreiecks bei beachtlicher Streubreite sehr klar von den anderen Gruppen abgesetzt. In ihr fallen insbesondere Clausthal-Zellerfeld und Neuendettelsau durch die fast ausschließlich auf die örtliche Hochschule zurückgehende einseitige Bestimmtheit des Arbeitsplatzangebotes heraus, ferner Münster mit einem gleichzeitig relativ hohen Anteil an Beschäftigten im engeren Dienstleistungsbereich sowie an Handels- und Verkehrsberufen bei der zugleich niedrigsten Beschäftigtenquote im produzierenden Gewerbe (22,5%). Faßt man für Münster den gesamten tertiären Sektor i.w.S. (Wirtschaftsabteilungen 4-9) zusammen, so muß herausgestellt werden, daß 1970 keine andere Universitätsstadt - auch nicht eine der kleineren Hochschulstädte unter 20.000 Einwohner - einen Anteil in Höhe von 77,4% erreichte! Münster ist damit

Abb. 28
Beschäftigte in nichtlandwirtschaftlichen Arbeitsstätten der Hochschulstädte 1970



- | | | | |
|--------------------------|-----------------------|-------------------|----------------|
| A Augsburg | E Essen | K Köln | OS Osnabrück |
| AC Aachen | EIH Eichstätt | KA Karlsruhe | PA Passau |
| B Berlin (West) | ER Erlangen | KI Kiel | PB Paderborn |
| BA Bamberg | F Frankfurt a. Main | KL Kaiserslautern | R Regensburg |
| BI Bielefeld | FL Flensburg | KN Konstanz | S Stuttgart |
| BN Bonn | FR Freiburg | KS Kassel | SB Saarbrücken |
| BO Bochum | GI Gießen | M München | SI Siegen |
| BS Braunschweig | GÖ Göttingen | MA Mannheim | SP Speyer |
| BT Bayreuth | H Hannover | MR Marburg | TR Trier |
| CLZ Clausthal-Zellerfeld | HA Hagen | MS Münster | TÜ Tübingen |
| D Düsseldorf | HB Hansestadt Bremen | MZ Mainz | UL Ulm |
| DA Darmstadt | HD Heidelberg | N Nürnberg | W Wuppertal |
| DO Dortmund | HH Hansestadt Hamburg | NDA Neundertelsau | WÜ Würzburg |
| DU Duisburg | HL Hansestadt Lübeck | OL Oldenburg | |

Quelle: Statist. Jahrbuch dt. Gemeinden 1973, S. 220 ff.
(Arbeitsstättenzählung 1970)

ER (Korr.) Erlangen (bereinigter Wert)

Entwurf: A. Mayr, Kartographie: A. Tomaschewski

Tab. 42: Beschäftigte in nichtlandwirtschaftlichen Arbeitsstätten
der Hochschulstädte (Arbeitsstättenzählung 1970)

Ort	Beschäftigte insgesamt	Prozentualer Anteil im		
		Prod. Gew. (W.-Abt. 1-3)	Verteilungs- Gewerbe (W.-Abt. 4-6)	Dienstleistungs- Gewerbe (W.-Abt. 7-9)
Aachen	100.053	42,3	26,9	30,8
Augsburg	141.609	54,3	26,5	19,2
Bamberg	46.301	49,7	28,1	22,2
Bayreuth	37.553	43,9	26,0	30,1
Berlin (West)	949.976	43,5	23,7	32,8
Bielefeld	102.702	48,8	30,4	20,9
Bochum	153.648	57,2	21,3	21,5
Bonn	148.268	29,1	24,1	46,9
Braunschweig	134.676	45,7	28,4	25,9
Bremen	315.161	42,5	34,8	22,7
Clausthal-Zellerfeld	4.988	26,4	15,1	58,5
Darmstadt	96.310	44,9	28,0	27,2
Dortmund	275.177	50,7	28,6	20,8
Düsseldorf	431.848	41,0	31,7	27,3
Duisburg	205.744	56,4	25,7	17,9
Eichstätt	5.439	38,2	18,3	43,4
Erlangen	48.886	64,1	14,6	21,3
Erlangen (mit korrigier- ten Siemens-Daten)	48.886	43,6	14,6	41,8
Essen	297.411	49,4	27,6	23,0
Flensburg	44.858	36,7	31,3	32,0
Frankfurt/Main	537.554	38,2	36,9	24,9
Freiburg	93.858	33,0	30,4	36,6
Gießen	50.812	34,5	31,0	34,6
Göttingen	60.686	40,4	28,6	31,0
Hagen	97.878	51,2	29,7	19,2
Hamburg	967.460	35,6	38,3	26,2
Hannover	380.258	44,4	29,1	26,5
Heidelberg	68.725	40,0	23,9	36,1
Kaiserslautern	56.761	39,8	27,5	32,7
Karlsruhe	160.766	41,0	31,1	27,9
Kassel	126.158	41,8	32,4	25,8
Kiel	128.547	38,9	26,5	34,7
Köln	482.755	41,6	32,6	25,9
Konstanz	27.498	43,8	24,3	31,9
Lübeck	106.144	47,0	28,7	24,3
Mainz	96.972	39,7	27,4	32,9
Mannheim	213.969	54,6	26,7	18,7
Marburg	25.405	25,1	28,0	46,8
München	728.890	45,0	27,5	27,5
Münster	103.439	22,5	35,2	42,2
Neuendettelsau	2.075	38,3	7,9	53,8
Nürnberg	314.067	53,1	29,2	17,8
Oldenburg	62.586	31,1	35,9	32,9
Osnabrück	87.810	44,1	34,0	21,9
Paderborn	30.999	46,2	29,5	24,3
Passau	20.368	34,6	32,9	32,5
Regensburg	75.601	44,9	28,9	26,2
Saarbrücken	105.622	33,6	35,7	30,7
Siegen	31.985	44,7	35,2	20,1
Speyer	21.647	50,2	19,0	30,8
Stuttgart	445.418	49,7	27,2	23,1
Trier	51.219	33,0	35,8	31,2
Tübingen	31.634	38,1	20,3	41,6
Ulm	78.313	56,1	26,0	17,9
Würzburg	75.453	37,8	31,6	30,6
Wuppertal	198.978	54,2	27,1	18,8

Durchschnittswerte (ohne Kleinstädte Clausthal-Zellerfeld, Eichstätt und Neuendettelsau)

52 Hochschulstädte	43,3	28,9	27,9
27 "alte" Hochschulstädte (Gründung vor 1960)	40,6	28,7	30,7
25 "neue" Hochschulstädte (Gründung ab 1960)	46,1	29,1	24,8

Quellen: Eigene Berechnungen nach

- Statistisches Jahrbuch deutscher Gemeinden, 60. Jg., 1973, S. 220-235.
- Gemeindestatistik Niedersachsens 1970, Teil 2: Bevölkerung und Erwerbstätigkeit. Ergebnisse der Volks- und Berufszählung am 27. Mai 1970, H. 2: Regierungsbezirk Hildesheim (= Statistik von Niedersachsen, Bd. 187). Hannover 1973, S. 218-219 (für Clausthal-Zellerfeld).

Zu Tab. 42, S. 309

- c) Bayerische Gemeindestatistik 1970, Band 2: Arbeitsstätten. Ergebnisse der nichtlandwirtschaftlichen Arbeitsstättenzählung am 27. Mai 1970 (= Beiträge zur Statistik Bayerns, H. 302). München 1972, S. 12-13 und S. 116-117 (für Eichstätt und Neuendettelsau).
- d) Briefliche Mitteilung der Siemens AG, Erlangen.

- Anmerkungen: 1) Bei Clausthal-Zellerfeld fehlt unter "Verteilungsgewerbe" die Wirtschaftsabteilung 6 (Versicherungsgewerbe/Banken), weil dieser Wert in der veröffentlichten Statistik nicht nachgewiesen ist. Als Verteilungsgewerbe sind also hier die Wirtschaftsabteilungen 4 und 5, als Dienstleistungsgewerbe die Wirtschaftsabteilungen 6 bis 9 zusammengefaßt.
- 2) In Heft 302 der bayerischen Gemeindestatistik sind unter Spalte 2 (Nichtlandwirtschaftliche Arbeitsstätten 1970, Beschäftigte insgesamt) fälschlicherweise alle Beschäftigten subsummiert (also einschließlich derjenigen in landwirtschaftlichen Arbeitsstätten). Bei Aufsummierung der Beschäftigten in den Wirtschaftsabteilungen 1-9 (Sp. 6, 8, 10, 12, 14, 16, 18, 20, 22) verbleibt eine Differenz zur Zahl der Gesamtbeschäftigten, die jeweils der Summe der Beschäftigten in landwirtschaftlichen Arbeitsstätten (Wirtschaftsabteilung 0) entspricht.

das eindeutigste Beispiel eines wirtschaftlich dominant durch Verwaltungs- und Versorgungsfunktionen geprägten Zentrums.

Die Handels- und Verkehrsgemeinden sind sehr unterschiedlich strukturiert. Die höchsten Anteile an Handels- und Verkehrsberufen stellen Hamburg (38,3%) und Frankfurt/Main (36,9%), durch höhere Industrieanteile von über 42% werden Bremen, Osnabrück, Siegen und vor allem Bielefeld, durch höhere Dienstleistungsanteile von über 34% Freiburg und Gießen geprägt. Zur Gruppe der Handels- und Verkehrsgemeinden gehört u.a. auch die untersuchte Beispielstadt Köln, die bei der Gemeindetypisierung im Atlas der Bundesrepublik Deutschland für 1961 noch als Industriegemeinde ausgewiesen ist. Am größten ist schließlich die Zahl der strukturell ausgewogenen Mischgemeinden, unter denen sich neben Berlin-West auch die untersuchten Universitätsstädte Göttingen und Konstanz befinden. In dieser Gruppe werden Heidelberg und Kiel durch hohe Anteile an Dienstleistungsberufen (über 34%), Hagen, Dortmund, Essen, Bamberg und Stuttgart durch eine Quote an Beschäftigten im produzierenden Sektor mit über 49% bestimmt, so daß auch eine Zuordnung zu den Industriegemeinden möglich erschiene. Diese Aussage gilt ebenso für Speyer, das jedoch wegen seines extrem niedrigen Anteils an Handels- und Verkehrsberufen (19%) eine Sonderstellung einnimmt.

Würdigt man nun die Bedeutung der wirt-

schaftlich-statistischen Gegebenheiten, so ist anzumerken, daß diese keineswegs überbetont werden dürfen. "Sinnschwellen beruhen auf der Erfahrung, daß bestimmte quantitative Grenzwerte charakteristisch sind für wesentlich qualitative Strukturveränderungen der untersuchten Erscheinungen. Mittelstädte, Großstädte, Millionenstädte beispielsweise unterscheiden sich nicht nur durch ihre Einwohnerzahlen, sondern durch ihren Typ, ihre Struktur, ihre Funktion und ihr 'Fluidum', für die Einwohner nur einen sehr rohen Anhaltspunkt bieten" (W. WITT 1970, Sp. 435f.).

Von Bedeutung ist ferner, daß Wirtschaftsstatistiken mit mancherlei Unsicherheitsfaktoren belastet sind, was die Zuordnung von Arbeitsplätzen zu Wirtschaftssektoren und -bereichen betrifft. Betriebliche Forschungsstätten und Firmenverwaltungen werden in unserer amtlichen Statistik nicht als Arbeitsstätten des tertiären Wirtschaftssektors angesehen wie vergleichbare industrieunabhängige Forschungseinrichtungen oder Behörden, vielmehr werden sie zum "produzierenden Gewerbe" gerechnet, für das sie innerbetriebliche Dienstleistungen vollbringen. Welche Verzerrungen sich aus dieser Zuordnung für die wirtschaftsstatistische Charakterisierung einer Stadt ergeben können, sei am Beispiel der Stadt Erlangen sowie der Siemens AG aufgezeigt: Nach der amtlichen Statistik gab es am 27.5.1970 in Erlangen 48.886 nichtland-

wirtschaftliche Beschäftigte; von den Arbeitsplätzen entfielen 31.318 (= 64,1%) auf das produzierende Gewerbe, 7.159 (= 14,6%) auf Handel und Verkehr und 10.409 (= 21,3%) auf Dienstleistungen im engeren Sinne. Am 30.6.1970 beschäftigte die Siemens AG - ohne zwei örtliche, mit Siemens verbundene Firmen - insgesamt 16.700 Mitarbeiter, davon rd. 4.000 Einpendler.⁹⁾

Von den Personen waren tätig:

<u>im produzierenden Bereich</u>	
in der Produktion	3.900
in Fertigung und Entwicklung	<u>2.800</u>
	6.700
<u>im Dienstleistungsbereich</u>	
in Ingenieurabteilungen für Planung, Projektierung, Vertriebsunterstützung, Auftragsabwicklung, Montage, Inbetriebnahme	8.950
in Abteilungen mit übergreifenden Organisations- und Verwaltungsaufgaben	<u>1.050</u>
	10.000

Würde man die 10.000 im Dienstleistungsbereich tätigen Siemens-Mitarbeiter statistisch dem tertiären Sektor zuordnen, so hätte Erlangen zum Zeitpunkt der letzten Volkszählung nur noch 21.318 (= 43,6%) Industriebeschäftigte gehabt, dafür aber 20.409 (= 41,8%) Bedienstete im engeren Dienstleistungsbereich. Damit erhielte die Stadt eine völlig andere Lage im Strukturdreieck und wäre - wie der korrigierte Wert für Erlangen zeigt - nicht extreme Industriegemeinde, sondern Dienstleistungstadt! Wesentlich geringer industriell bestimmt wären sicherlich auch Stuttgart, Nürnberg, Düsseldorf ("Schreibtisch des Reviers") sowie die Beispielstädte Bochum (Hauptverwaltung der Fried. Krupp Hüttenwerke AG, Forschungsstätten und Verwaltung der Aral AG) und Essen (Hauptverwaltungen der Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerke AG, Steinkohlen-Elektrizität AG, Ruhrkohle AG, Ruhrgas AG u.a.).¹⁰⁾

9) Diese und die folgenden Zahlenangaben entstammen einer freundlichen brieflichen Mitteilung der Fa. Siemens AG, Referat Information und Presse, Erlangen, vom 9.1.1975.

Versucht man nun trotz der aufgezeigten Bedenken, Zusammenhänge zwischen der Beschäftigtenstruktur der einzelnen Hochschulstädte und anderen Größen aufzuzeigen, so sind nur tendenzielle Aussagen möglich, die keinen Anspruch auf Ausschließlichkeit haben. Zieht man die Größenordnung der Standortgemeinden heran, so ist festzustellen, daß eine einseitige Beschäftigtenstruktur (wie etwa in Clausthal-Zellerfeld) oder aber eine wirtschaftliche Überformung (wie etwa in Erlangen) umso leichter denkbar ist, je weniger Einwohner eine Gemeinde zählt. Kleinere Universitätsstädte waren für Deutschland lange besonders charakteristisch, da bis ins 18. Jahrhundert und in der Bundesrepublik auch nach 1960 Hochschulen überwiegend oder doch zu einem großen Teil in Städten geringerer Größenordnung angesiedelt worden sind. So hatten am 1.1.1974 nicht weniger als 24 der 55 Universitätsstädte unter 150.000, 16 unter 100.000 und 5 sogar unter 50.000 Einwohner, darunter neben den drei Kleinstädten noch Speyer und das mittlerweile im Zuge der Gebietsreform beträchtlich vergrößerte Marburg; Passau erreichte soeben 50.000 Einwohner.¹¹⁾

Die Standortentscheidungen der bisherigen drei Neugründungsphasen, die teilweise politisch begründet waren, daneben aber

10) Mit dem Problem einer sachgerechten statistischen Zuordnung der Dienstleistungsabteilungen großer Firmen (unternehmenseigene Forschungszentren, Verwaltungen usw.) beschäftigt sich intensiv Prof. Dr. Dr. Karlheinz HOTTES vom Geographischen Institut der Ruhr-Universität Bochum in noch laufenden Untersuchungen.

11) Nach Angaben im Statistischen Jahrbuch deutscher Gemeinden, Jg. 61, 1974, S. 20-56. Durch die kommunale Neugliederung ist Marburg (1975: 71.000 Einwohner) inzwischen in die Gruppe der größeren Mittelstädte aufgestiegen; Paderborn und Siegen sind im statistischen Sinne Großstädte geworden und werden - ebenso wie Gießen (nach zeitweiligem Zusammenschluß mit Wetzlar und 14 anderen Gemeinden zur umstrittenen Stadt Lahn 1977-1979 vorübergehend Großstadt) - entwicklungsplanerisch als Oberzentren eingestuft. Eine derartige Einstufung blieb den Mittelstädten Passau und Speyer ver sagt.

auch Aspekten der regionalen Versorgung Rechnung trugen, haben mit Bremen, Bielefeld, Dortmund, Bochum, Essen, Duisburg, Wuppertal, Hagen, Kassel und Augsburg eine Anzahl von Städten mit mehr als 200.000 Einwohnern nominell zu Universitätsstädten erhoben, die ausgesprochenen industriellen Charakter haben. Diese Charakterisierung trifft auch - bei geringerer Einwohnerzahl - sehr ausgeprägt für Ulm zu, weniger stark für Speyer sowie in beachtlichem Ausmaße für Bamberg, Paderborn, Regensburg, Siegen, Osnabrück und selbst Konstanz, d.h. für Städte, die sich ja Überwiegend als dienstleistungsbestimmte kulturelle Oberzentren verstehen. Differenziert man bei der Gesamtheit der Hochschulstädte nach "alten", deren Universitäten bereits vor 1960 existierten, und nach "neuen" mit nach 1960 entstandenen Hochschulen, so zeigen sich sehr charakteristische Unterschiede. Während bei beiden Kategorien ein ungefähr gleich hoher Anteil von am Ort Beschäftigten in Handel, Verkehr, Bank- und Versicherungswesen tätig ist, hat die Gruppe der alten Universitätsstädte 6% mehr

Berufstätige in Dienstleistungsberufen, die der neuen Hochschulorte dagegen 6% mehr Beschäftigte im produzierenden Gewerbe. Diese gewichtige Signifikanz zeigt einmal mehr, daß - wie dargelegt - Industrie in traditionellen Hochschulstädten im allgemeinen weniger erwünscht und prägend war. Allerdings wäre der Schluß verfehlt, daß Hochschulen ihren Standortgemeinden allein oder mit ihren Folgeinstitutionen eine solche Dienstleistungsbestimmtheit verleihen, wie sie andere Orte nicht erreichen können. Zwar belegen die drei Hochschul-Kleinstädte sowie Marburg und Tübingen diese Hypothese, indessen waren Oldenburg, Trier, Kaiserslautern und Passau - z.T. bedingt durch Verwaltungsfunktionen - bereits durch Beschäftigte in Dienstleistungsberufen besonders stark geprägt, bevor diese Städte eine Universität erhielten. Darüber hinaus gibt es - unabhängig von den Fremdenverkehrsorten - eine Anzahl weiterer Städte, in denen - auch ohne Hochschuleinrichtungen - der tertiäre Sektor sehr wirtschaftsbestimmend ist, z.B. Wiesbaden, Koblenz, Hildesheim oder Lüneburg.¹²⁾

12) Diese Städte erhielten nach dem 2. Weltkrieg häufig Pädagogische Hochschulen oder - wie Wiesbaden - in den letzten Jahren zumindest Fachhochschulen.

2. Zur Sozialstruktur der Universitätsstädte - Bildungsbeteiligung und Ausbildungsniveau als Indikatoren

Weitere Zusammenhänge könnten zwischen der Beschäftigtenstruktur der Universitätsstädte und dem jeweiligen sozialen Gefüge hergestellt werden. Hierzu wäre es denkbar, verschiedene Methoden zur Bildung sozialer Gemeindetypen zu verwenden, wie sie von M. SCHWIND (1950), H.A. FINKE (1953), H. LINDE (1952) oder zusammenfassend von D. BARTELS (1965) dargestellt worden sind. Hierauf soll jedoch verzichtet werden und statt dessen als besonders charakteristisches soziales Bestimmungsmerkmal die Bildungsbeteiligung bzw. das Ausbildungsniveau herangezogen werden, auf dessen Stellenwert u.a. K. BRAND (1975) und P. MEUSBURGER (1975, 1976, 1978a, 1978b) nachdrücklich aufmerksam gemacht haben. Unter dem Gesichtspunkt einer Verbesserung der regionalen Chancengleichheit haben sich auch die Raumordnungsberichte der Bundesregierung dieser Fragen angenommen.¹⁾

Untersucht man die Bildungsteilnahme im Sekundarbereich, insbesondere beim Besuch von Gymnasien,²⁾ so lassen sich für die Hochschulstädte im Jahre 1970 folgende Feststellungen treffen: Die höchsten Anteile an Gymnasiasten pro 1.000 Einwohner erreichten Erlangen, Oldenburg, Bonn, Bamberg, Münster, Darmstadt, Göttingen, Freiburg, Heidelberg, Würzburg, Kaiserslautern, Karlsruhe, Konstanz, Dsnabrück, Paderborn und Tübingen, d.h. überwiegend Universitätsstädte mit langer Hochschultradition sowie Verwaltungsorte und kulturelle Zentralorte. Die neuen Hochschulstandorte mit ihrer vorwiegend stärkeren industriellen Prägung und erst recht die Millionen- und Halbmillionenstädte mit ihrer sozialen Vielfalt, die freilich sehr einer innerörtlichen Differenzierung bedarf, erscheinen nach dem Gymnasialbesuch durchweg auf den letzten Plätzen. Ähnliche, noch deutlicher ausgeprägte Ergebnisse lassen sich bei einer Analyse des höchsten erreichten Bildungsabschlusses aufzeigen.

Tab. 43: Einwohner mit Hochschulabschluß in Universitätsstädten der BRD 1970 (Anteil in v.H.)

Tübingen	9,2	Kassel	3,0
Marburg	7,1	Köln	3,0
Bonn	6,7	Passau	3,0
Heidelberg	6,7	Berlin (West)	2,9
Erlangen	6,6	Braunschweig	2,9
Freiburg	6,0	Kiel	2,9
Göttingen	5,5	Ulm	2,9
Darmstadt	5,1	Oldenburg	2,8
Münster	5,1	Trier	2,8
Gießen	4,9	Hamburg	2,7
München	4,7	Osnabrück	2,6
Würzburg	4,6	Kaiserslautern	2,4
Karlsruhe	4,4	Mannheim	2,4
Konstanz	4,1	Nürnberg	2,4
Mainz	4,1	Siegen	2,4
Saarbrücken	4,1	Bielefeld	2,3
Aachen	3,9	Augsburg	2,2
Stuttgart	3,7	Bochum	2,1
Frankfurt	3,6	Essen	2,1
Bamberg	3,3	Bremen	2,0
Paderborn	3,3	Lübeck	2,0
Regensburg	3,1	Wuppertal	1,8
Bayreuth	3,0	Duisburg	1,4
Düsseldorf	3,0		
Hannover	3,0		

Durchschnitt: 3,7

Quelle: Statistisches Jahrbuch deutscher Gemeinden, Jg. 59, 1972, S. 429-434.

1) Vgl. z.B. Raumordnungsbericht (ROB) 1974, S. 98 (Hochschulen 1974) und S. 99 (Karten über Hochschulkapazität, Bildungsniveau, Bildungsteilnahme und Bildungswanderungen).

2) Nach Unterlagen des Statistischen Jahrbuchs deutscher Gemeinden, Jg. 59, 1972, S. 429-434.

Eindeutig nehmen die traditionellen Universitätsstädte die führenden Ränge ein, ergänzt jedoch um Landeshauptstädte, für die allgemein ein starker Konzentrationsprozeß von Akademikern typisch ist, so daß dieses Phänomen zugleich als Zentralitätsindex zu werten ist. Als Beispiel aus Österreich sei erwähnt, daß etwa in Innsbruck 1971 nur 21,3% der Tiroler Wohnbevölkerung, aber 59,4% aller Tiroler Akademiker und 55,3% aller Tiroler Abiturienten konzentriert waren (P. MEUSBURGER 1975, S. 233-238).³⁾ R. GEIPEL hat gelegentlich vom "sozialen Erosionsgefälle zwischen Stadt und Land" gesprochen. Der meist hohe Prozentsatz von Akademikern in

einer Hochschulstadt ist aber nicht nur durch die Universitätstradition und zusätzliche administrativ-kulturelle Funktionen der Standortgemeinde bedingt, sondern auch und vor allem abhängig von der Größenstruktur der Stadt. So dominieren in Tabelle 43 auf den ersten Plätzen jene Hochschulstädte der Kategorie "größere Mittelstadt" oder "kleinere Großstadt", und charakteristischerweise hat sich von den neuen Universitätsstädten Konstanz in bezug auf den Anteil von Einwohnern mit Hochschulabschluß (4,1%) am weitesten nach vorn geschoben und liegt als einzige neue Hochschulstadt über dem nachgewiesenen Durchschnitt von 3,7% Akademikern.⁴⁾

3) Zu den wechselseitigen Abhängigkeiten von zentralörtlicher Rangstufe und Gemeindegröße des Arbeitsortes in Verbindung mit dem Ausbildungsniveau der Berufstätigen an Beispielen aus Österreich siehe P. MEUSBURGER 1978b.

4) Hohe Akademiker-Anteile erreichten aber auch die industriellen Chemie-Großstädte Ludwigshafen und Leverkusen; zum Problem betriebsstrukturell bedingter Sozialstrukturen und entsprechend unterschiedlicher Bildungsbeteiligung vgl. R. GEIPEL 1969a, S. 23f.

3. Zur Makro- und Mikrostandortbestimmung neuer Hochschulstädte

Die Verbesserung der Bildungschancen ist ein wesentlicher Bestandteil der Landesentwicklungsplanung, da die Errichtung neuer Bildungsinstitutionen Auswirkungen auf Bildungsbeteiligung und Qualifikationsniveau der Bevölkerung und damit auch auf die soziale Schichtung und den Arbeitsmarkt hat. Vor dem Hintergrund der Disparitäten der Bildungsbeteiligung im Hochschulbereich, bei der universitätsferne Regionen noch heute durch die geringsten Quoten bestimmt sind (vgl. ROB 1974, S. 99, Karte C.9.2), ist daher bei der Makrostandortbestimmung neuer Universitäten aus gesamtstaatlicher Sicht die Forderung nach weiterer Regionalisierung verständlich. Regionale Hochschulgründungen wurden außer in der Bundesrepublik Deutschland auch bereits in anderen Staaten verwirklicht, so z.B. in Japan, wo jede Provinzhauptstadt eine Universität erhielt, oder in Frankreich und Österreich.

1972 forderte der Wissenschaftsrat, neue Universitätsstandorte ausgehend von den Bedürfnissen und der Tragfähigkeit einer Region zu entwickeln; "als Hochschulort sollte innerhalb der Region der Ort gewählt werden, der die günstigsten Voraussetzungen als Mittelpunkt des Einzugsbereichs einer Hochschule bietet" (Wissenschaftsrat 1972, S. 140). Als Kriterien wurden zwar die Einwohnerzahl der in Aussicht genommenen Stadt und des umliegenden Gebietes, die Funktion als siedlungsstruktureller Entwicklungsschwerpunkt (Ober- oder Mittelzentrum), Finanzsituation, Aufnahmevermögen, Fernverkehrslage u.a. genannt (ebd., S. 140-142), jedoch in keiner Weise quantifiziert. An anderer Stelle wurde betont: "Um ein regional gut gegliedertes Gesamtsystem der Hochschulen in der Bundesrepublik zu erreichen, wird es notwendig sein, Neugründungen in einem bisher ungewohnten Umfang auch in Städten mittlerer Größe vorzunehmen" (Wissenschaftsrat 1970, Bd. 1, S. 186). Diese Empfehlung kann nur bedeuten, daß aufgrund bisheriger Angebote und Diskussionen Städte wie Emden, Lüneburg, Hildesheim, Fulda, Villingen-Schwenningen, Kempten, Ingolstadt, Landshut und Rosenheim künftige Standorte

Wissenschaftlicher Hochschulen oder von Fachhochschulen sein könnten; einige von ihnen sind - teilweise mit einem Vorbehaltsvermerk - auf Beschluß des Planungsausschusses für den Hochschulbau bereits in die Rahmenpläne für den Hochschulbau aufgenommen worden (Zu den Ausbauzielen vgl. 8. Rahmenplan 1979, S. 18, Statistiken ebd. S. 48-50).¹⁾

K. MÜLLER (1962, S. 80), H.W. ROTHE (1961) und vor allem R. GEIPEL haben unter Hinweis auf die Präferenzen der Studienbewerber für Großstadtuniversitäten mit Nachdruck davor gewarnt, Hochschulen an unangemessenen Standorten zu errichten, weil das Studium auch einen emanzipatorischen Charakter tragen sollte, der am ehesten an Orten pulsierenden gesellschaftlichen Lebens und in politischen Entscheidungszentren erfolgen könne. "Was nicht von der Großstadt ablösbar ist: Dichte der Kommunikationsstrukturen und Kontakte, Vielfalt und Verschiedenheit der Impulse, Kühnheit und Herausforderungscharakter der Konstruktionen, Summe der Begegnungsmöglichkeiten mit dem Neuen ... Das Image der großen Städte läßt sich nicht ableugnen ... Pläne, die die Ghettoisierung von aufs Land verpflichteten Studentenmassen in Campusuniversitäten am Rand idyllischer Kleinstädte betreiben, haben aber offensichtlich von solchen Entscheidungsstrategien noch keine Kenntnis genommen" (R. GEIPEL 1971b, S. 174 und S. 175).

Nach R. DAHRENDORF und U. LEINER war die Universität Konstanz auch konzipiert "als Versuch, das beinahe unlösbare Problem des Verhältnisses von Kleinstadt und Universität auf neue Weise anzupacken" (U. LEINER 1976, S. 30). Als historisch bedeutsame Stadt und kulturelles Oberzentrum mit beachtlichen Aktivitäten seiner

1) Die Rahmenpläne für den Hochschulbau - regional in Standorte (meist mit Universitäten) und zugeordnete Teilstandorte untergliedert - berücksichtigen allerdings den gesamten Hochschulbereich. Dabei können peripher gelegene Fachhochschulen durchaus eigene Standorte bilden (vgl. z.B. Wedel, Fulda, Kempten, Rosenheim, Landshut). - Zu Lüneburg und Hildesheim siehe oben S. 41.

Bewohnerschaft bot Konstanz unter den gegebenen Verhältnissen sicherlich eine gute Ausgangsposition, die die meisten heutigen klein- und mittelstädtischen Hochschulbewerber nicht aufzuweisen vermögen. Die Analyse des Hochschulstandortes Konstanz läßt es - natürlich mitbedingt durch die Randlage innerhalb Deutschlands und die unglückliche Mikrostandortwahl (peripherer Campus) - m.E. als zweifelhaft erscheinen, ob sich in unserer Zeit eine Mittelstadt als Universitätsstadt von den oben angeführten Erwartungen und Ansprüchen ihrer Nutzer her überhaupt eignet. Die Studien von H. PEISERT (1975 und 1979) bestätigen diese Befürchtungen,²⁾ und selbst für U. LEINER als Konstanzer Bürger ist es "sicherlich noch ein Wagnis", "ein abschließendes Urteil abzugeben" (Ebd., S. 30). Der Hinweis auf das Funktionieren alter Universitäten in kleineren Städten wie Tübingen und Marburg kann als Gegenargument insofern nicht akzeptiert werden, als diese Städte seit Jahrhunderten zusammen mit den Universitäten und Studenten gewachsen sind und so ihre charakteristische und unverwechselbare Atmosphäre entwickeln konnten (R. GEIPEL 1971b, S. 169). Diese Gegebenheit wird gelegentlich mit dem Vergleich karikiert: "Tübingen ist eine Universität, Köln hat eine Universität und Hamburg hält sich eine Universität" (D. SAUBERZWEIG 1973, S. 540), deren erste - wenngleich sicherlich nicht allgemein akzeptierte Aussage - in dieser Form auf kleinere Hochschulstandorte jüngerer Alters nicht übertragbar ist.

D. SAUBERZWEIG stellt nach Darstellung des Konfliktes zwischen regionalpolitischer Zielsetzung (Errichtung von Hochschulen in kleineren Städten unterversorgter Regionen) und der andersartigen bevorzugten Hochschulortwahl von Studenten und Hochschulangehörigen (Teilnahme am anregenden Klima einer lebendigen größeren Stadt) zusammenfassend fest: "Das Abschieben der Studenten in klein-

städtische Randlagen wäre keine gute Politik" (Ebd.). Er schlägt deshalb angesichts des weiteren Studienplatzbedarfs vor, sowohl bestehende Hochschulen auszubauen als auch zusätzliche Hochschulstandorte "durch die Wahl leistungsfähiger Mittelpunkte in funktionsfähigen Großregionen" zu schaffen (Ebd.).

Als Alternative zur Lokalisierung neuer Hochschulen in peripheren Städten geringerer Größenordnung bietet sich die Errichtung von Zweit- oder Dritt-Universitäten in großstädtischen Verdichtungsräumen an, wie sie mit der Gründung einer Technischen Universität für Hamburg verwirklicht worden ist und für Frankfurt (Wissenschaftsrat 1970, S. 188), Stuttgart, München und Köln diskutiert werden könnte.³⁾

Gegen derartige Überlegungen sprechen vor allem Ziele der Raumordnung und insbesondere stadtplanerische Überlegungen (Gefahr der Überlastung und des ungehemmten Flächenanspruchs), die für München sowohl von der Bayerischen Staatsregierung als auch vom Stadtentwicklungsreferat der Stadt München nachhaltig vertreten werden.

Von fast noch entscheidenderer Bedeutung als die großräumliche Lokalisierung einer Hochschule ist die Bestimmung ihres Mikrostandortes. Nach wie vor sieht der Wissenschaftsrat als vordringliches Kriterium für die Ermittlung des Hochschulgeländes den erforderlichen Grundstücksbedarf für eine Universitätsneugründung und entsprechende Flächenreserven von 150 ha (1960, S. 56) bzw. 120 - 200 ha an (1970, S. 188), daneben eine schnelle Verfügbarkeit der Grundstücke, keine außergewöhnlichen Belastungsfaktoren, eine gute Verkehrsanbindung und "schließlich auch städtebauliche Kriterien ... Das Hochschulgelände soll sich in die bestehende Verflechtung von Stadt und Umgebung einfügen, so daß die Hochschule mit der Stadt und ihren Wohngebieten zu einer Einheit

2) Die zögernde Annahme von Konstanz als Studienort (siehe oben S. 111f.) ist angesichts der Tatsache, daß inzwischen 74% der Studenten aus Baden-Württemberg stammen und Konstanz damit eine echte "Landesuniversität" geworden ist, nicht anders zu bewerten.

3) Der Begriff "Zweituniversität" trifft im strengen Sinne nur auf Frankfurt zu, da die anderen genannten Städte bereits zweite und z.T. dritte Hochschulen im Universitätsrang besitzen, die allerdings überwiegend nur über begrenzte Lehrangebote verfügen (vgl. S. 23, Abb. 1).

zusammenwachsen kann. Wenn dies geschieht, wird die Hochschule auch der Funktion, die Stadtentwicklung zu unterstützen und zu intensivieren, gerecht werden können" (Wissenschaftsrat 1972, S. 144).

Es ist höchst bedauerlich, daß der Wissenschaftsrat nicht nur die Auswirkungen seiner fatalen, zu sehr pauschalieren und unbewiesenen Standortempfehlungen von 1960 und 1970 noch nicht korrigiert hat, sondern daß er darüber hinaus weiterhin technokratische Kriterien - allen voran überdimensionierte Grundstücksanforderungen - den funktionsbezogenen Ansprüchen der Universitätsangehörigen, insbesondere der Verflechtung mit der Stadt, vorzieht. Wer ein Hochschulgelände der genannten Größenordnung fordert, kann nicht gleichzeitig erwarten, daß die Universität deutlich in die städtebauliche Entwicklung ihrer Standortgemeinde integriert wird; sie kann allenfalls, jedoch mit großen Schwierigkeiten und mit beträchtlichem Zeitverlust, "angebunden" werden, wie am Beispiel der Ruhr-Universität Bochum gezeigt werden konnte. Visuelle Sichtbeziehungen zwischen Stadtkern und peripherer Campus-Universität, wie sie für Ulm, Konstanz, Regensburg, Kassel und Trier gelegentlich herausgestellt werden, ersetzen nicht eine räumliche Verflechtung oder Einbindung des Hochschulkomplexes in die Stadtentwicklung. "Die Vorstellung des großen zentralen Campus" kann allzu leicht "zu einer Sterilität führen, die mit dem Schlagwort Elfenbeinturm bezeichnet wird. Die Campus-Bewohner leben unter einer sie von der übrigen Welt abschließenden Glasglocke in einer Subkultur, die zu Wissenschaft um der Wissenschaft willen und zu Jugendbewegung als Selbstwert verführt" (F. EDDING nach D. SAUBERZWEIG 1973, S. 540f.).

Glücklicherweise hat sich - nicht zuletzt aufgrund der negativen Erfahrungen der ersten Neugründungen - seit Anfang der 70er Jahre die Erkenntnis durchgesetzt, daß

- sehr viel geringere Grundflächen für eine Hochschule ausreichen,
- daß Teilstandorte durchaus möglich sind und
- daß damit die Hochschule wieder näher an das Kerngebiet der Stadt herangerückt

und stärker in die Gesellschaft integriert werden kann.

Der jeweilige Flächenbedarf ist abhängig von der vorgesehenen Studentenzahl, deren Aufteilung auf Fachrichtungen, der gewählten Baudichte, dem benötigten Parkraum und den Reserveflächen für eventuelle Erweiterungen. Befragungen des Verfassers bei Universitätsbauämtern haben ergeben, daß Hochschulen der dritten Neugründungsphase durchaus schon mit 5-47 ha Gesamtfläche auskommen (Vgl. S. 83, Tab. 6b). Bei der Standortanalyse der Beispielhochschulen konnte bereits darauf hingewiesen werden, daß die zu den alten Hochschulen zählende Universität Köln lediglich über 60 ha verfügt, die Universität Essen-Gesamthochschule (ohne Klinikum) entstand auf einem Gelände von nur 40 ha, davon 16 ha Kernfläche.⁴⁾ Diese Beispiele beweisen, daß die Vorstellungen des Wissenschaftsrates über Mindestflächen, die zwangsläufig zur stadträumlichen Isolierung neuer Hochschulen führen müssen, keineswegs zwingend sind (H.-J. AMINDE und G. HECKING 1972, S. 556). Darüber hinaus ist eine sinnvolle Dezentralisierung der Universität, wie am Beispiel Essen angedeutet, durchaus möglich und im Sinne einer Integration in die Stadtentwicklung vorteilhaft. Für die verschiedenen Einrichtungen und für die Mitglieder einer Universität sind die Verbindungen zur Stadt häufig wesentlicher als Beziehungen innerhalb des Hochschulbereichs.

Mit der Errichtung einer Universität auf Hochschul-Teilstandorten eröffnet sich wegen des geringeren Flächenanspruchs die Möglichkeit, periphere Lokalisierungen zu umgehen und dezentralisierte Organisationseinheiten citynah zu errichten. Diese sollten von der Bevölkerung nicht nur als Bestandteil ihrer Stadt angesehen, sondern auch aktiv in Anspruch genommen werden. Dies ist um so eher möglich bei sog. Mehrfachnutzung der Gebäude, durch die ver-

4) Bei den Erhebungen des Deutschen Instituts für Urbanistik und des Deutschen Städtetages ergab sich bei 60 Hochschulen - verteilt auf alle Hochschultypen - eine durchschnittliche Größe der Hauptbaufäche von 84,6 ha (H.J. FRANKE u.a. 1977, S. 302).

schiedene Daseinsgrundfunktionen innerhalb des Universitätskomplexes realisiert werden können (z.B. durch Errichtung von Geschäften und Dienstleistungsbetrieben) und Hochschulräume auch von der Stadtbevölkerung - wie bei der Erwachsenenbildung in Münster dargestellt - mitbenutzt werden können. Ein alternierender Benutzerhythmus ist auch für die Inanspruchnahme von Parkflächen und Sportanlagen denkbar (R. GEIPEL 1974, S. 61).

Einen besonders wichtigen Aspekt künftiger Hochschulplanung stellt neben der Grundfläche auch die Hochschulgröße nach der Studentenzahl dar. Nach Untersuchungen des Sonderforschungsbereichs 63 (Hochschulbau) in Stuttgart ist eine Mindestgröße von 2.000-3.000 Studenten je Hochschuleinheit, besser von 5.000 Studierenden geboten, damit interdisziplinäre Studiengänge und wirtschaftliche Betriebsgrößen möglich sind.⁵⁾ Eine Expertenbefragung der Bundesforschungsanstalt für Landeskunde und Raumordnung (BFLR) in Bonn-Bad Godesberg ergab gleichfalls eine Kapazität von 3.000-5.000 Studierenden als Mindestgröße für einen leistungsfähigen Hochschulbetrieb. Als typische zu kleine Universitäten wurden vor allem Konstanz, Ulm, Passau, Bamberg, Trier, Kaiserslautern, Osnabrück und Oldenburg genannt, die sich freilich noch im Auf- und Ausbau befinden. Als Idealgröße wurden durchweg ca. 10.000 Studenten, als Obergrenze, oberhalb derer eine Universität unübersichtlich, schwer verwaltbar und anonym wird, überwiegend 15.000 Studierende angeführt. Diese Aussagen waren allerdings deutlich von der eigenen Betroffenheit abhängig.⁶⁾

Der Wissenschaftsrat ging 1960 bei seiner ersten Hochschulbau-Flächenempfehlung

5) Nach einem Vortrag von Prof. Dr. Hans-Joachim AMINDE (Hochschulbedingter Flächenbedarf, räumliche Verteilung und Aspekte der Mehrfachnutzung) während des 6. Kolloquiums der Hochschulstädte im Deutschen Städtetag am 18. September 1975 in Stuttgart.

6) Nach einem Vortrag von Dr. Heiner MONHEIM (Expertenmeinungen zur regionalen Hochschulplanung - Ergebnisse einer Umfrage) während einer Tagung der BFLR am 6. November 1978 in Kaiserslautern (siehe oben S. 42, Anm. 33).

(150 ha) von rd. 8.000 Studenten bei neuen Hochschulen aus (Wissenschaftsrat 1960, S. 56), das Nordrhein-Westfalen-Programm 1975 sah als maximale Größe einer Universität 15.000-20.000 Studierende an. "Ober diese Größenordnungen hinaus wird mit Funktionsstörungen und Effektivitätseinbuße gerechnet" ("NWP '75" 1970, S. 70). Fast ein Drittel aller Hochschulen der Bundesrepublik Deutschland mit Universitätsrang zählt heute allerdings über 15.000 Studierende (Vgl. S. 48f., Tab. 3b). Insbesondere die Universitäten in München, Berlin, Münster, Hamburg, Köln und Frankfurt gelten als zu groß.⁷⁾ H.J. FRANKE und Mitarbeiter weisen freilich zu Recht darauf hin, daß Großstädte mehr Studenten verkraften können als kleinere Gemeinden. "Aufgrund der variierenden infrastrukturellen Leistungsfähigkeit liegt deshalb das Optimum bei jeder Stadt in einer anderen Größenordnung" (H.J. FRANKE u.a. 1977, S. 303).

Empfehlungen zur Makro- und Mikrostandortbestimmung neuer Hochschuleinrichtungen sollten deshalb auch die relative Tragfähigkeit von Hochschulstädten berücksichtigen. Ihre Quantifizierung, die sich aus vorhandenen oder geplanten Studentenzahlen nach Studienbereichen, der Hauptnutzfläche, der Personalausstattung der Hochschulen, den Reserven des örtlichen Wohnungsmarktes und anderen Kennziffern ergibt, müßte im einzelnen noch erarbeitet werden. Von den untersuchten Beispielorten gelten Münster und Göttingen mit Sicherheit als Universitätsstädte, deren Tragfähigkeit für den Hochschulbereich inzwischen deutlich überschritten ist.

Bei allen Erörterungen ist schließlich zu berücksichtigen, daß nach einer stürmischen Phase der Expansion im Hinblick auf die veränderte demographische Situation (rückläufige Studentenzahlen ab 1985) und die Umschichtung politischer Prioritäten das staatliche Engagement bei der Hochschulplanung seinen Höhepunkt überschritten hat. In der Bundesrepublik Deutschland ist in den Flächenstaaten Baden-Württemberg, Saar-

7) Ebd. - Die Hochschulgrößen werden durch die Zusammenschlüsse Pädagogischer Hochschulen mit Universitäten weiter erhöht.

land und Nordrhein-Westfalen sowie in den Stadtstaaten Berlin(West), Hamburg und Bremen über bisherige Beschlüsse hinaus kein Hochschulausbau mehr zu erwarten, während in Schleswig-Holstein, Niedersachsen, Hessen, Rheinland-Pfalz und Bayern die Entwicklung - auch im Hinblick auf den Hochschulversorgungsgrad - offensichtlich noch nicht völlig zum Abschluß gekommen ist.

Wer die Prämissen akzeptiert, daß Hochschulen in zumutbarer Entfernung Versorgungsfunktionen für die Bevölkerung aller Regionen anbieten sowie darüber hinaus Schrittmacherfunktionen für ihre wirtschaftliche Entwicklung übernehmen sollen, muß konsequenterweise auch einen Ausgleich der - trotz aller Standortverdichtungen - noch immer disproportionalen Verteilungsmuster und damit die weitere Dezentralisierung im Hochschulbereich unterstützen. Dieser Grundsatzforderung nach Umorientierung des Ausbaus auf regionale Problemräume (H. MONHEIM 1977, H. MONHEIM und R. DERENBACH 1977, K. GANSER 1978, insb. S. 17ff.) steht allerdings die Erkenntnis gegenüber, daß die regionalpolitischen Möglichkeiten mit den bisher getroffenen Standortentscheidungen weitgehend ausgeschöpft und weitere Mittelstädte "kaum noch als Standorte von größeren Hochschulen in Betracht" kommen (D. SAUBERZWEIG 1973, S. 540). Da wegen der erwarteten rückläufigen Studentennachfrage nach 1985 Neugründungen insbesondere Wissenschaftlicher Hochschulen Ausnahmen bleiben dürften, reduziert sich die Problematik auf die Frage, ob ein weiterer Ausbau der vorhandenen kleinen und neugegründeten Hochschulen wünschenswert ist. Trotz prinzipieller Bedenken gegen die Eignung zu kleineren Städten als Hochschulstandorte und trotz offensichtlich geringer Attraktivität verschiedener neuer Universitätsstädte⁸⁾ halte ich einen solchen verstärkten Ausbau derzeit nicht nur für berechtigt, sondern geradezu für notwendig, damit die überdimensionierten Massenuniversitäten endlich von ihren Überlastungen befreit

8) Siehe dazu oben S. 43-44 und ebd. Anm. 39, für Kaiserslautern K. GANSER 1978, S. 20f.

werden. Damit freilich derartige Entlastungen auch wirklich eintreten, müßten Studentenströme umgelenkt werden, was nur durch die Wiedereinführung des aus Opportunitätsgründen 1977 praktisch aufgehobenen Numerus clausus⁹⁾ möglich wäre, und zwar nicht fächerbezogen, sondern örtlich begrenzt für überfüllte Hochschulen. Dieser - entgegen den oben zitierten Warnungen - erhobene Vorschlag mag unpopulär und aus der Sicht mancher Großstadt-Universitäten unnötig sein,¹⁰⁾ er erscheint mir indessen realistisch, um neben dem aus der Sicht der Bundesraumordnung propagierten Ausgleich der Angebote und Entwicklungschancen gleichzeitig einen spürbaren Ausgleich der Belastungen der verschiedenen Hochschulen zu erreichen.

Von Bedeutung erscheinen mir in diesem Zusammenhang zwei ergänzende Forderungen: Erstens sollte die Förderung von Hochschul-Makrostandorten in schwach entwickelten Regionen nur bei optimalen Mikrostandortbedingungen und keinesfalls im Außenbereich der Städte erfolgen, damit wenigstens eine intensive Verflechtung von Universitäts- und Stadtentwicklung - ggfs. über mehrere Teilstandorte - ermöglicht wird, die eine Einbindung der Hochschule in das städtische Leben der einwohnerschwächeren Zentralorte sowie eine Mehrfachnutzung der Hochschuleinrichtungen garantiert. Errichtung und Ausbau von Hochschulen in kleineren Großstädten und größeren Mittelstädten scheinen mir im Vergleich zur Auslagerung bestehender Einrichtungen in periphere Außenbereiche oder gar ländliche Nachbargemeinden mit unzureichender infrastruktureller Ausstattung (Stuttgart-Vaihingen, Garching bei München) das kleinere Übel zu sein. Zweitens sollte der stärkere Ausbau der kleinen und neugegründeten Hochschulen nur zeitlich befristet bis zum Beginn des allgemeinen Rückgangs der Studentenzahlen erfolgen und nicht die Gewährung des Nachholbedarfs der alten Universitäten verhindern, die jahrelang die Überlast ertragen mußten

9) Zum Numerus clausus und zur Zentralstelle für die Vergabe von Studienplätzen siehe oben S. 43 und ebd. Anm. 37.

10) Siehe oben S. 45, Anm. 43.

und im Vergleich zu den neugegründeten Hochschulen durchweg über eine schlechtere Raum- und Personalausstattung verfügen.

Die hier vorgetragenen Rahmenbedingungen würden m.E. zu einer stärkeren Angleichung der Studentenzahlen alter und neuer Universitäten beitragen können - unter den Neu-

gründungen haben die behandelten Beispiele Bochum und Essen gezeigt, daß ein Aufstieg in die Gruppe der großen Universitäten möglich ist - und gerechtere Voraussetzungen für den ab 1985 erwarteten schärferen Wettbewerb der Hochschulen um die Gunst der Studenten schaffen.¹¹⁾

11) Zu den Vorbereitungen auch alter Universitäten im Hinblick auf diese Situation am Beispiel von Gießen siehe H.-G. BURGER 1978, S. 81 und S. 101.

4. Zum Stellenwert einer Universität in ihrer Standortgemeinde

Es ist vielfach die Behauptung aufgestellt worden, daß Universitäten in kleineren Standorten mit besonderer Aufmerksamkeit, ja mit intimer und sympathisierendem Interesse beobachtet werden und damit einen anderen Stellenwert einnehmen als in einer Großstadt (Vgl. z.B. R. VIERHAUS 1969, S. 17).

Daß sie eher in der Lage sind, prägend auf ihre Standortgemeinde einzuwirken, konnte nicht nur am Beispiel der alten Universitätsstadt Göttingen gezeigt werden, sondern auch in Ansätzen bei der jungen Hochschulstadt Konstanz. Demgegenüber gehen Universität und Hochschulbevölkerung in Großstädten, erst recht in Weltstädten, meist auf und sind nur eines unter vielen gestaltenden Elementen, wie am Beispiel Köln dargestellt werden konnte.

Wie bekannt Hochschuleinrichtungen und -probleme in kleineren Großstädten sein können, ergab unlängst in Münster eine repräsentative Befragung von 389 Personen durch das Universitätsinstitut für Marketing.¹⁾ Das Stichwort "Universität" wurde spontan überwiegend mit Gebäuden und Einrichtungen, Personen an der Hochschule, Aspekten der Massenuniversität, den Aufgaben der Hochschule und ihren Auswirkungen auf die Stadt assoziiert (W. KOOK, B. SPAHN und A. GROSSE-KOCK 1979, S. 17). Unter den Gebäuden und Einrichtungen hatten die Kliniken (95,1%) und das Schloß als Sitz der Universitätsverwaltung (94,9%) den höchsten

Bekanntheitsgrad, gefolgt von der Mensa (73,8%), der (noch nicht zur Universität gehörigen) Pädagogischen Hochschule (62,0%), dem Sportzentrum (59,6%), der Universitätsbibliothek (58,4%) und dem größten Hörsaal H 1 (52,4%). Dabei ergaben sich jedoch nach Berufsgruppen deutliche Unterschiede. Weniger bekannt waren spezielle Einrichtungen oder fakultätsspezifische Gebäude wie Rechenzentrum und Juridikum (Ebd., S. 20). Nur 26,2% aller Befragten gaben an, keinen Hochschullehrer zu kennen (Ebd., S. 31); diese Ziffer dokumentiert besonderes Interesse für oder gar Kontakte zur Universität und ihren Lehrenden.

Außer nach generellen Beurteilungen der Münsteraner Studenten und Hochschullehrer (Ebd., S. 24-31), bei denen die Studierenden entgegen allen Befürchtungen als durchaus beliebt eingestuft wurden, wurde ferner nach der allgemeinen Bewertung der Universität gefragt. Dabei hatten 72,4% der Befragten eine positive Meinung von der Hochschule, die insgesamt - als Durchschnitt aller Beurteilungen auf der Basis von Schulzensuren - die Note 2,1 erhielt. 92,8% aller Befragten würden ein Studium in Münster empfehlen, fast ein Drittel aller Interviewten ist überzeugt, daß Absolventen der Universität Münster bessere Berufschancen, fast zwei Drittel, daß sie gleich gute Berufschancen haben wie die Absolventen anderer Hochschulen (Ebd., S. 38-41). Viele der Befragten sehen den überregionalen Ruf Münsters vor allem in der Existenz der Universität begründet. Schließlich ist nicht uninteressant, daß die positive Einschätzung mit zunehmendem Abstand von der Universität steigt und daß insbesondere die jüngeren Altersgruppen der Hochschule skeptischer gegenüberstehen (Ebd., S. 41 und H. MEFFERT 1979, S. 85).

Sind die vorgetragenen Sachverhalte in einer gewachsenen Universitätsstadt wie Münster noch verständlich, so ist man um so mehr überrascht vom Ergebnis einer bereits 1972 in der industriebestimmten Großstadt und jungen Universitätsstadt Bochum durchgeführten repräsentativen Umfrage. Unter Berücksichtigung von regionaler Verteilung, Geschlecht, Alter

1) Die Hauptbefragung wurde durch eine Vorbefragung sowie eine schriftliche und mündliche Kontrollbefragung ergänzt. Kritisch bleibt anzumerken, daß 12,1% der Interviewten Studierende und 33,8% Beamte und Angestellte (möglicherweise Bedienstete der Universität) waren; 30,9% hatten das Abitur oder ein abgeschlossenes Hochschulstudium als höchsten Bildungsabschluß (W. KOOK, B. SPAHN und A. GROSSE-KOCK 1979, S. 11-14). Diese Daten sind zwar charakteristisch für Münsters Sozialstruktur. Dennoch wären die Ergebnisse, bei denen ohnehin Studenten über ihre eigenen Belange und die Universität befragten, aussagekräftiger, wenn man den Kreis der zu Befragenden nur auf hochschulunabhängige Personen fixiert hätte. Zu den Ergebnissen siehe auch H. MEFFERT 1979.

und Berufsgruppen wurden in Anlehnung an die Volkszählungsergebnisse von 1970 nach dem Quotenverfahren 1.000 Bochumer u.a. gefragt: "Was fällt Ihnen ein, wenn Sie den Namen Bochum hören oder lesen?" Es antworteten (Emnid-Institut 1972, S. 1 und S. 5):

Meine Heimat oder Geburtsstadt	41%
Universitätsstadt oder Ruhr-Universität	15%
Großstadt	9%
Industriestadt	7%
Stadt im Ruhrgebiet	6%
Stadt des VfL Bochum	6%
Sternwarte Bochum	6%
Bergbaustadt (Ruhrkohle/Bergbaumuseum)	4%
Sitz der Firma Opel	2%
Einkaufsstadt	2%

Es ist erstaunlich, welch hohen Stellenwert die Universität nur sieben Jahre nach ihrer Eröffnung bereits im Bewußtsein der Bochumer Bevölkerung einnahm. Bei regionaler Differenzierung entschieden sich von den Bewohnern der City und einiger gemischt-struktureller Gebiete sogar 18% spontan für die Universität als wichtigsten Bestimmungsfaktor der Stadt, im Süden Bochums (Hochschulstandort) 16% und im industriellen Norden immerhin noch 11%. Damit stand die Universität als Image-träger nächst dem emotionalen Wert der Heimat in allen Gebieten der Stadt an erster Stelle (Ebd., S. 1). Bei Differenzierung nach der Stellung im Beruf wurde die Universität am häufigsten von Beamten und Angestellten genannt (19%), bei Berücksichtigung der Schulbildung am häufigsten von Hochschulabsolventen und Studenten, für die Universität und Heimatstadt mit je 30% der Nen-

nungen sogar auf gleicher Höhe lagen (Ebd., S. 3). Differenziert man gar nach Altersgruppen, so lag für die 16-24jährigen die Universität auf dem ersten Rang (28%; Heimat/Geburtsstadt 26%, Stadt des VfL Bochum 11%), nahm aber bei den höheren Altersgruppen zunehmend an Bedeutung ab und wurde von den Rentnern schließlich nur noch mit 6% erwähnt (Ebd., S. 4).

Insgesamt bleibt festzustellen, daß die Ruhr-Universität Bochum in wenigen Jahren für die ortsansässige Bevölkerung einen Rang erreichen konnte, der das Image der ehemaligen Bergbau- und Industriestadt grundlegend umgewertet hat. Es wäre aufschlußreich, die gleiche Befragung zu einem späteren Zeitpunkt zu wiederholen und dabei zu überprüfen, wie der Stellenwert der Universität sich gewandelt hat. Vermutlich dürfte ihr Bekanntheitsgrad weiter zugenommen haben.

"Alle Neugründungen stehen vor dem Problem, sich zunächst einmal einen Namen und ein gewisses Image erarbeiten zu müssen."²⁾ Wenn sie einen festen Platz im Bewußtsein der Bevölkerung ihrer Standortgemeinde und der Region erringen wollen, ist dies nur durch eine Vielzahl breit gestreuter Aktivitäten und durch stetige Sympathiewerbung möglich. Dazu sind unter besonderer Berücksichtigung der sechs Beispielorte in Kapitel V zahlreiche Möglichkeiten aufgezeigt, aber auch Probleme dargestellt worden. Eine kontinuierliche Entwicklung der Universität mit Steigerung ihrer Attraktivität bedeutet im allgemeinen auch einen Funktionszuwachs der Stadt, mit dem diese wiederum ihren Stellenwert im System der Städte zu verändern vermag.

2) Vorwort des Rektors. In: Konstanzer Blätter für Hochschulfragen (Sonderheft Symposium: Die Universität in der Region), H. 62 (= Jg. XVII, H. 1), 1979, S. 9.

English Summary

University and Urban Development. A Comparative Study in the Urban, Economic and Social Geography of Old and New University Towns in the Federal Republic of Germany (FRG).

This study deals with the manifold interrelations between university and urban development. Partly on the basis of six examples, partly on the basis of all university towns in the Federal Republic it analyses the various impacts of universities on the development and structure of their towns and regions. Finally a classification of the university towns of the FRG is given and criteria for additional locations of further institutions of higher education and future development measures are discussed.

Chapter I deals with general aspects of university locational patterns. The development of universities in Germany and after the Second World War in the FRG is analysed. This analysis yields a classification with regard to location and motivation, which ranges from institutions of higher education in capitals to universities serving special regions only. Before 1945 there were not even half of the 64 universities and other institutions of higher education (teachers' training colleges excluded) in existence. Three universities were founded between 1946 and 1948 and 31 after 1960, which clearly underlines the remarkable expansion of the system of higher education. The number of students in universities increased from 130.000 in 1950/51 to 700.000 in 1978/79 and in all institutions of higher education to 945.000. It is also shown that the distribution and the density of universities determine the spheres of influence regionally and socially, and that they have an effect on the intensity of secondary education.

In addition, the special problem of the location of universities within the towns, i.e. the planning problem of determining adequate micro locations, is dealt with on the basis of an analysis considering examples from all over the world and in particular from Germany.

Chapter II deals with the case studies of Köln, Göttingen, and Münster on one hand, and Bochum, Konstanz, and Essen on the other. The former are three traditional and the latter three new universities. These six examples were chosen not only because they are different in age but also because they differ with regard to the size and structure of their towns, their own structure and development, and finally their influence on the economic and cultural lives of their towns. The examples are analysed with respect to their development, their location, the spheres of influence and their functions within the network of the neighbouring universities.

Chapter III is a detailed analysis of the six universities and their intraurban location. It is shown that the increasing demand for space forced the three traditional universities to move to new locations (Köln) or to open up additional space (Göttingen, Münster). Among the new universities Bochum and Konstanz became campus universities on the outskirts of the towns, and the university of Essen, which is a Gesamthochschule (Comprehensive University), is situated close to the city in an area of urban renewal, but has still three additional locations. The six universities are analysed with regard to their accessibility, the patterns of traffic and the distributional patterns of the students' and employees' residences.

Chapter IV studies the economic impact of universities. It considers the various expenses of the university administration and of the students. As a result it is shown that the greater part of the universities' expenses are spent within the region and that numerous establishments in trade, commerce and services (with specialised "Uni-Centers" in Köln and Bochum) depend on

the universities. Particular attention is given to the industries influenced in their origin and development by universities. With special regard to Göttingen it is demonstrated that the production of scientific and industrial instruments (precision tools, optical, electrical and surgical equipment) as well as printing are typical activities of university towns. Today for the allocation of new industries the existence of a university seems to be only of minor importance.

Frequently universities attract additional auxiliary institutions such as specialised research institutes or research units, academies, teaching hospitals or regional and national library services. These institutions also cause an increasing demand for goods and services within the university towns and their regions.

Chapter V describes the influences of the university regarding social and public life. It is shown that the students' community strongly influences the development of the number of inhabitants and the appearance of the town. Furthermore, it is analysed to what extent the members of the university make use of cultural institutions and activities of the town (e.g. theatre, concerts, museums, institutions of further/adult education etc.) and, on the other hand, what specific activities and services are offered by the universities for the population of the university towns and their regions (e.g. further education, cultural activities, medical services, university museums, botanical gardens, sports etc.). Finally interrelations between the existence of the universities and political life are discussed; they include such diverse aspects as political advice, the outcome of local elections and the impact of the universities on the towns' budgets.

The final chapter VI is an attempt of classifying the 55 university towns of the FRG (including West Berlin) according to quantitative criteria. The distribution of the active population within the different branches of economy and the intensity and standard of educational activities as indicators of the social structure are analysed. Most university towns are structurally well balanced communities

(e.g. Köln, Essen, Göttingen) while communities with dominant service functions are quite rare (e.g. Münster). The new university towns are characterized by greater percentages of industrial workers (e.g. Bochum). In smaller university towns (such as Konstanz) the existence of the university results in deeper changes of the social structure than in multifunctional towns with greater numbers of inhabitants.

One of the aims and measures of an adequate regional planning is to decentralise the future development of higher education (including universities) and to choose smaller towns as locations of universities in order to intensify the regional educational and economic activities and potential in underdeveloped areas. University teachers and to some extent also the students are said to prefer universities in larger and more attractive urban centers; the majority of students, however, tend to prefer universities in their regions. Since one third of the West German universities have more than 15.000 students and must consequently be considered to be overcrowded it is necessary to establish and/or to expand institutions of higher education in smaller towns situated in underdeveloped peripheral regions. The location should be restricted to towns with an adequate urban infrastructure so that close interrelations between university and urban development are guaranteed (e.g. multifunctional use of university institutions).

In summary the analysis shows that universities, and in particular those with a wide spectrum of subjects, are important factors for the development of their towns and the whole region. For a long time they were considered only from the architectural point of view, but since about 1960 it has become obvious that universities with their cultural, social and economic potential can strongly influence the urban and regional development. This applies not only to new universities but also to the expansion of institutions of higher education in old university towns.



Bild 1 Uni-Center-Hochhaus und Gebäude der Universität Köln mit Blick nach Norden (1974)

In der rechten oberen Bildhälfte das Halbrund der Kölner Altstadt und der sie ringförmig umschließenden Neustadt, die westlich von der Bundesbahnlinie Köln - Bonn begrenzt wird. Im Norden Köln-Ehrenfeld, im Westen Köln-Lindenthal. Zwischen Stadtmitte und Vororten zieht sich im Bereich früherer Festungsanlagen der innere Grüngürtel hin, westlich begrenzt durch die Innere Kanalstraße und die vor dem Universitäts-Hauptgebäude abgesenkte Universitätsstraße. Im Mittelgrund am erweiterten Albertus-Magnus-Platz links der Universitätsstraße das neue Universitätsforum (Philosophikum, Hörsaalgebäude, Bibliothek) und anschließend Evgl. Krankenhaus und Biologische Institute, jenseits der Universitätsstraße hinter dem Hauptgebäude der Universität das WISO-Hochhaus und nördlich davon der fast quadratische Aachener Weiher, im Osten des Grüngürtels Sportanlagen und die neue Mensa. Zwischen der West-Ost verlaufenden, zum Stadtkern führenden Zülpicher Straße (Bildmitte) und der südlich des Uni-Centers diagonal das Bild querenden Luxemburger Straße neue Institutsgebäude der Mathematisch-Naturwissenschaftlichen Fakultät, in der rechten Bildhälfte Teile eines inzwischen abgetragenen Güterbahnhofs der privaten Köln-Bonner Eisenbahnen.
Vgl. auch Karte 2 im Anhang und S. 125-130, zum Uni-Center S. 215f.

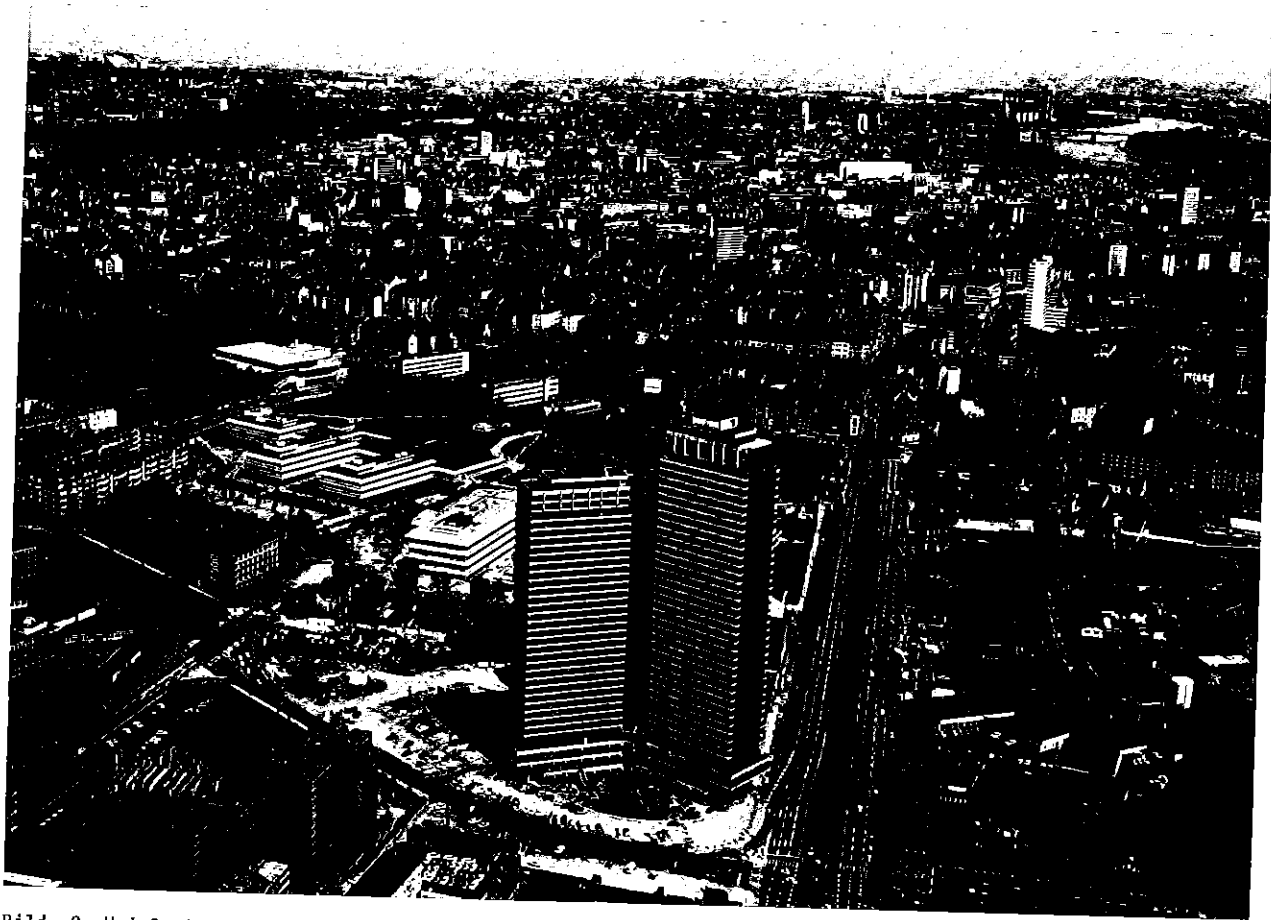


Bild 2 Uni-Center und Gebäude der Universität Köln gegen Altstadt, Dom und Rhein (Blick von Südwesten nach Nordosten) (1974)

Vom linken Bildrand verläuft diagonal zur unteren Bildmitte diesseits des Uni-Centers die Universitätsstraße mit Abzweig der Berrenrather Straße. Im linken unteren Bildbereich eine Schule und ein angrenzendes Studentenwohnheim. In der rechten Bildhälfte führt von unten nach oben die Luxemburger Straße, überquert von der Bundesbahnlinie Köln - Bonn (mit Bhf. Köln-Süd), zum Barbarossaplatz an der Ringstraße und damit in die Altstadt, vom linken unteren Bildrand verläuft - vorbei an der Mensa - die Zülpicher Straße zum Zülpicher Platz. Im Gebiet unmittelbar jenseits der Bahn liegt der stark hochschulbeeinflusste Innenstadtbereich "Kartjeh Latäng". Rechts der Luxemburger Straße im unteren Bildbereich ein ehemaliger Güterbahnhof der Köln-Bonner Eisenbahnen. Vgl. auch Erläuterungen und Hinweise zu Bild 1 und zum Bereich Zülpicher Platz/Barbarossaplatz S. 204f.

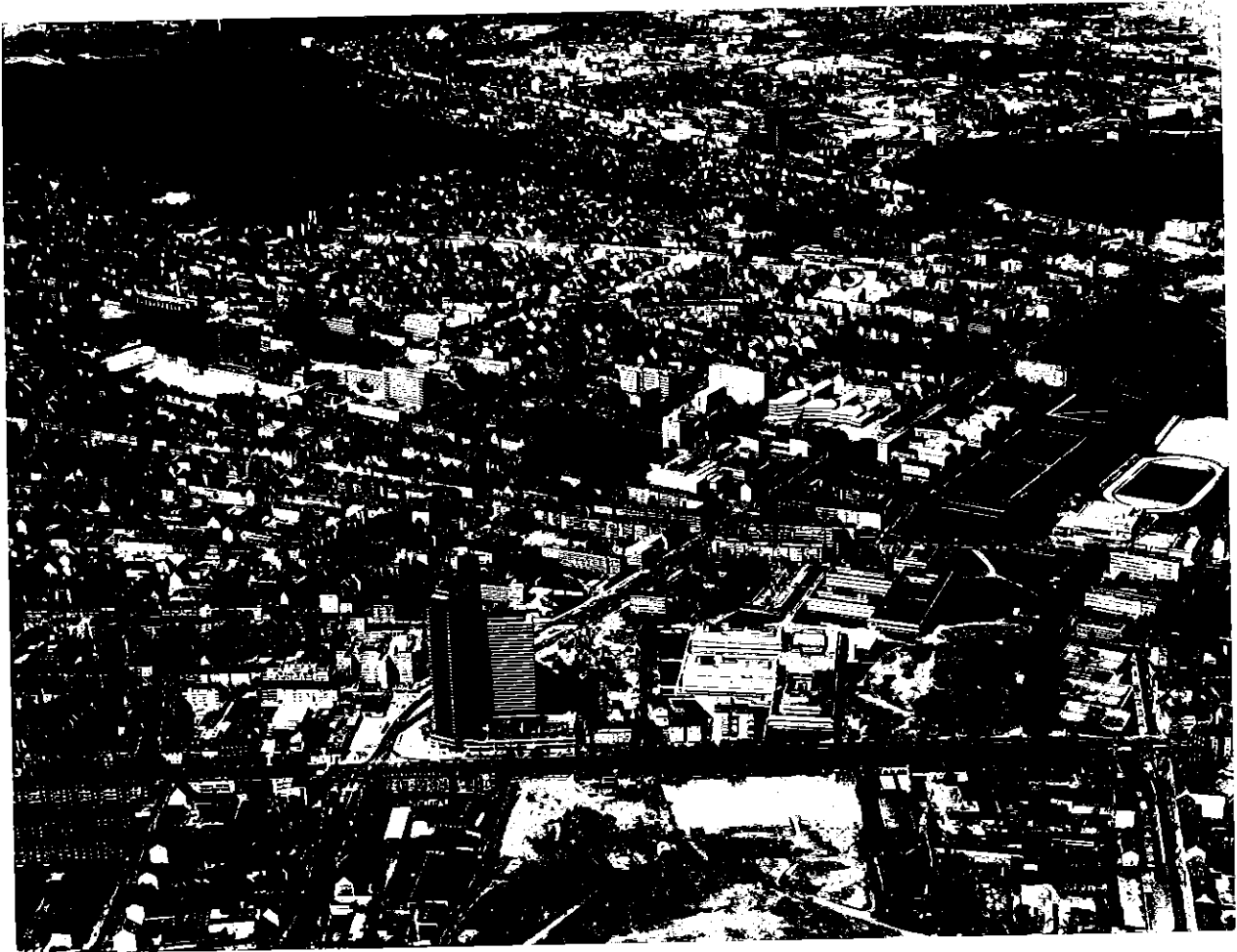


Bild 3 Universität und westliches Stadtgebiet Köln mit Blick nach Nordwesten (August 1975)

Der Mittelgrund des Bildes wird beherrscht von den Gebäuden der Universität, die sich vom rechten Bildrand bis ins Klinikenviertel in der linken Bildhälfte (mit Hochhaus des Zentralklinikums) in den Stadtteil Lindenthal erstreckt. Im linken unteren Bildbereich Köln-Sülz; jenseits der das Bild im Vordergrund querenden Luxemburger Straße das Uni-Center-Hochhaus, diesseits der abgeräumte Güterbahnhof der Köln-Bonner Eisenbahnen, auf dem inzwischen ein Justizzentrum errichtet ist. Jenseits des Stadtwaldes im linken oberen Bildbereich Müngersdorfer Stadion, Anlagen der Deutschen Sporthochschule und Stadtteil Müngersdorf. Im mittleren oberen Bildbereich liegen jenseits der Aachener Straße Köln-Braunsfeld und am rechten Bildrand der Friedhof Melaten (Waldgelände). Die größeren Gebäude unterhalb des Friedhofs (diesseits der Aachener Straße) gehören zur Pädagogischen Hochschule Rheinland, Abteilung Köln und Abteilung Heilpädagogik.
Vgl. auch Erläuterungen und Hinweise zu den Bildern 1 und 2 sowie S. 125-130, insb. ebd. Abb. 12 und 13.

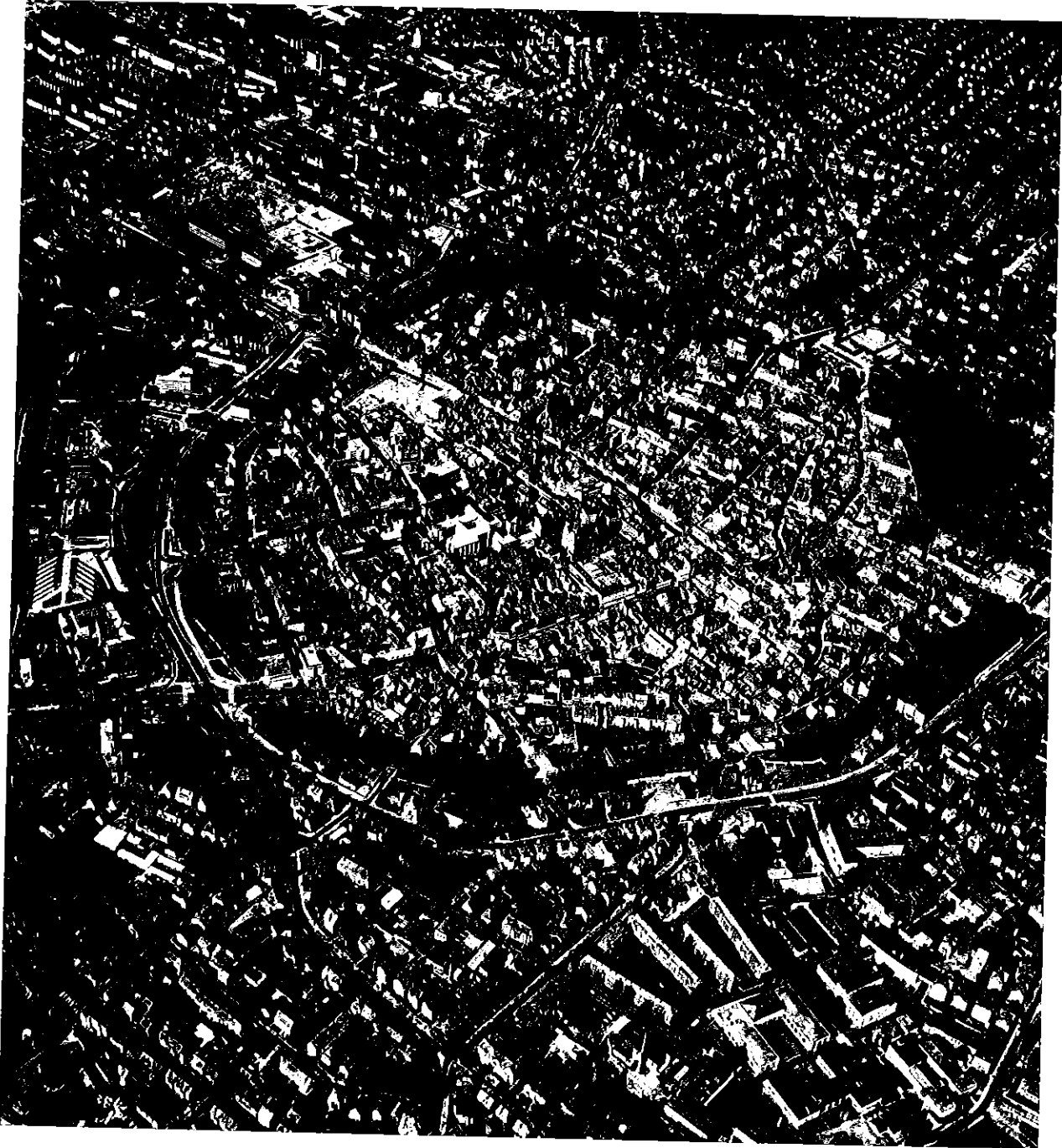


Bild 4 Göttinger Altstadt und angrenzende Bereiche (Blick nach Nordosten) (April 1969)

In der Innenstadt-Mitte erkennt man nahe der doppeltürmigen St. Johanniskirche die ehemalige Paulinerkirche, heute Bestandteil der Niedersächsischen Staats- und Universitätsbibliothek, die das älteste Universitätsgebäude darstellt. Rechts unten liegen beiderseits der baubestandenen Leine Naturwissenschaftliche Institute der Universität und der Max-Planck-Gesellschaft, im linken oberen Bildbereich das teilweise fertiggestellte Geisteswissenschaftliche Zentrum der Universität, rechts angrenzend das alte Klinikenviertel sowie der Erziehungswissenschaftliche Fachbereich (frühere Pädagogische Hochschule).
Vgl. auch Karte 3 im Anhang und S. 130-137.

Aufnahme: Walter Wiegel, Kreisbildstelle Göttingen, Bild-Nr. 6904-04.
Freigegeben durch Präs. d. Nieders. Verw.-Bez. Braunschweig, Nr. Brg. 5555/562.

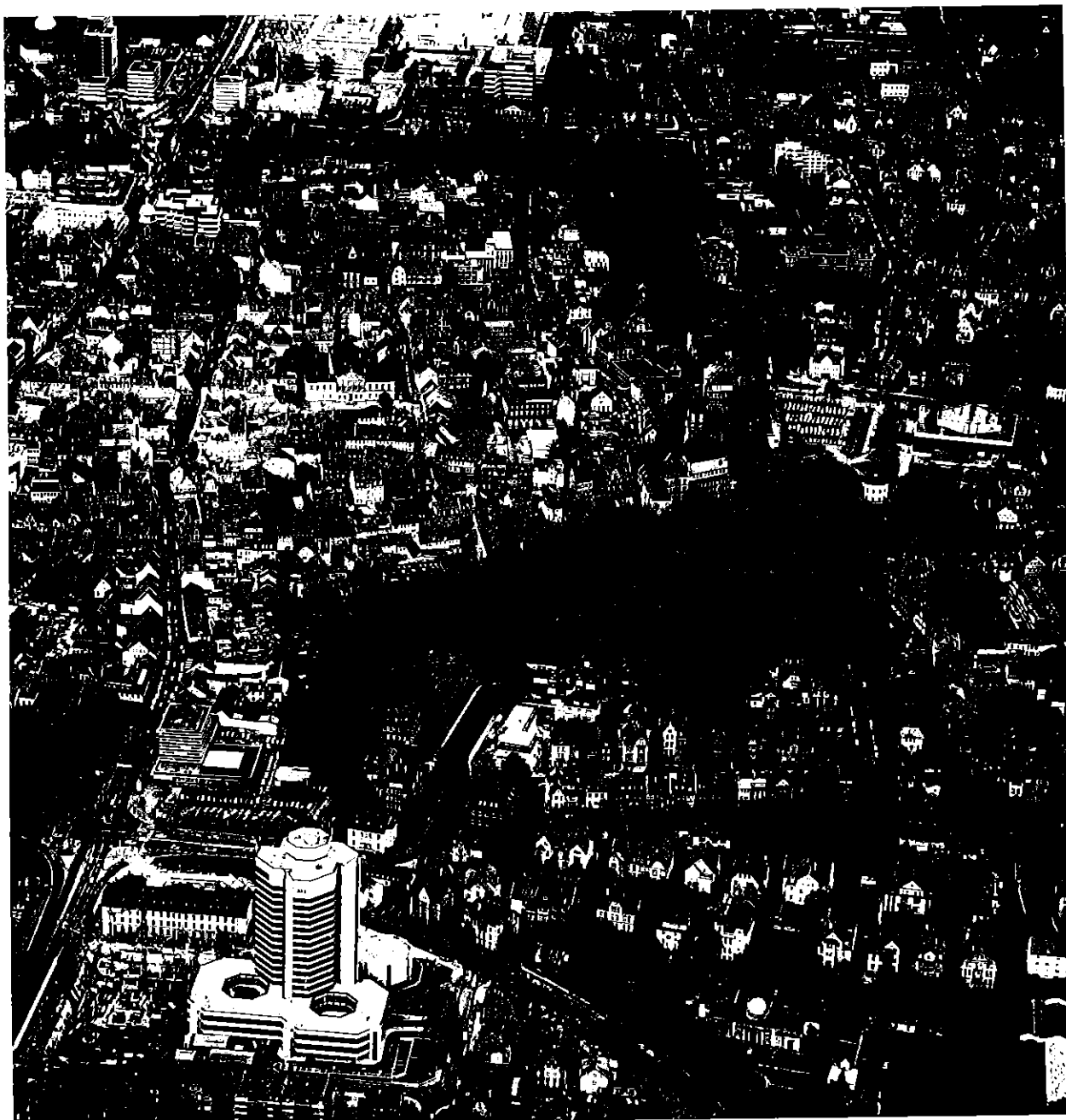


Bild 5 Ostbereich der Göttinger Innenstadt und angrenzende Gebiete (Blick nach Norden) (Oktober 1978)

Im Vordergrund beherrscht der Neubau des Rathauses das Bild; weiter rechts jenseits der Geismar Landstraße die alte Sternwarte. Im Kern der östlichen Altstadt liegt der Wilhelmsplatz mit dem klassizistischen Aulagebäude der Universität, östlich des Walles das Deutsche Theater und jenseits des Parkplatzes am rechten Bildrand die Stadthalle. Am oberen Bildrand erkennt man westlich der nach Norden führenden Weender Landstraße das Idunazentrum, östlich das Geisteswissenschaftliche Zentrum der Universität (mit südlich gelegenen Auditorium) und alte Kliniken sowie südlich angrenzend den alten Botanischen Garten im Bereich des Walles.
Vgl. auch Erläuterungen und Hinweise zu Bild 4.

Aufnahme: Walter Wiegel, Kreisbildstelle Göttingen, Bild-Nr. 7810-82.06.
Freigegeben durch Bezirksreg. Braunschweig, Nr. Brg. 5555/1697.



Bild 6 Neues Klinikum der Universität Göttingen mit Blick nach Osten (Mai 1974)

Oberhalb der von rechts unten zum linken mittleren Bildrand verlaufenden Robert-Koch-Straße liegt in der Mitte des Universitätserweiterungsgebietes das neue Zentralklinikum mit den Bereichen Untersuchung, Behandlung, Forschung, den beiden Bettentrakten (rechts anschließend) und dem Versorgungsbereich (links); vor dem Klinikum Parkdecks und ein Hubschrauberlandeplatz. An der linken oberen Bildkante erkennt man neue Naturwissenschaftliche Institute, am rechten oberen Bildrand das Institut für Leibesübungen und Sportanlagen, rechts des Klinikums Institute der Landwirtschaftlichen Fakultät, die Psychiatrische Klinik und eine Krankengymnastikschule. Am unteren linken Bildrand diesseits der Robert-Koch-Straße das Max-Planck-Institut für experimentelle Medizin und anschließend Schulgebäude und Studentenwohnheime.
Vgl. auch Erläuterungen und Hinweise zu den Bildern 4 und 5 sowie S. 132-137, insb. ebd. Abb. 13.

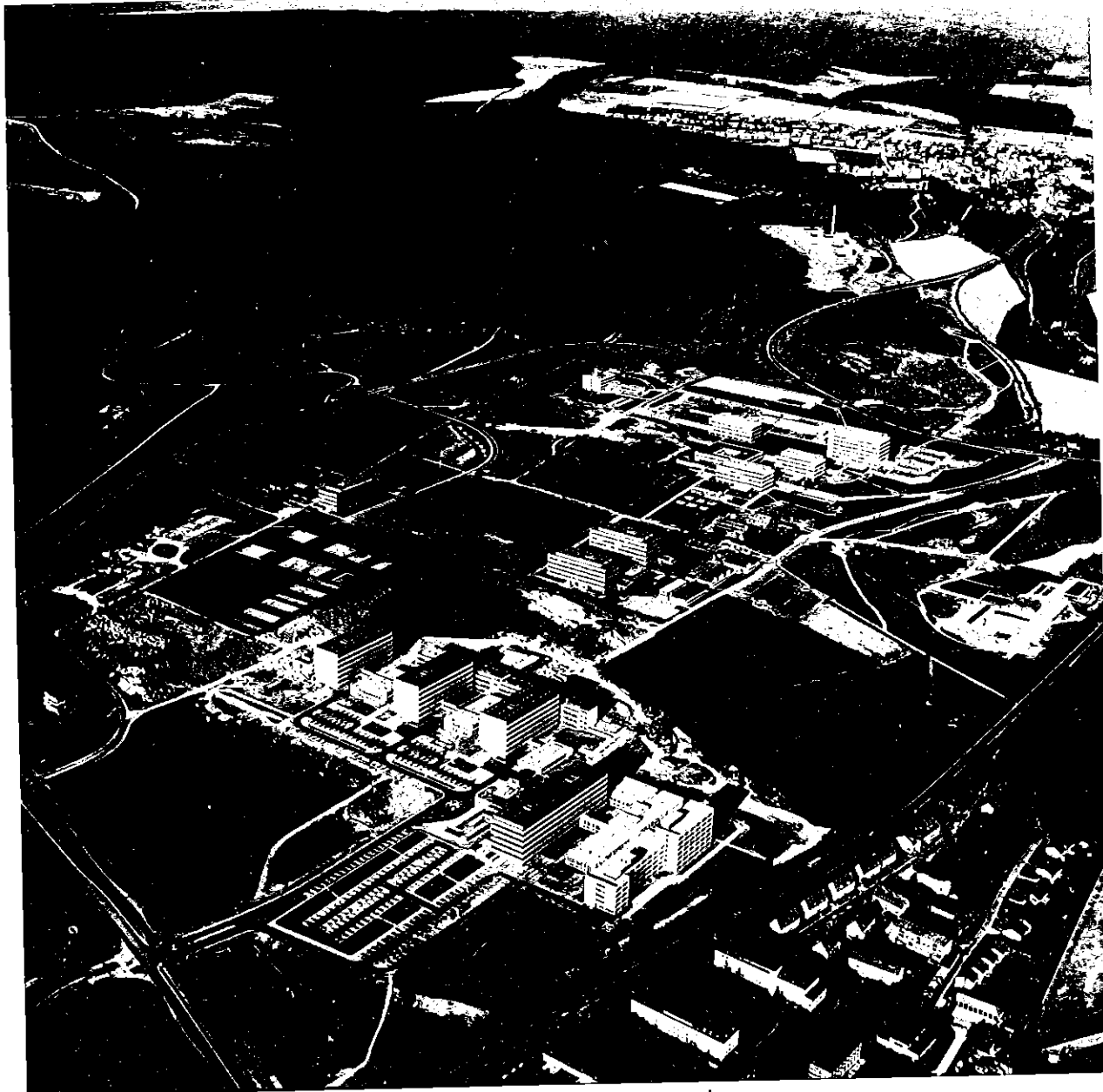


Bild 7 Nordbereich der Universität Göttingen mit Blick nach Nordosten (Mai 1974)

In der Bildmitte liegen von West nach Ost neue Institutsgebäude der Mathematisch-Naturwissenschaftlichen und der Forstlichen Fakultät Göttingen sowie des Fachbereichs Forstwirtschaft der Fachhochschulen Hildesheim und Holzminden. Am rechten mittleren Bildrand ist der neue Botanische Garten angeschnitten, oberhalb davon erstreckt sich am Hange des Faßbergs das Gelände des Forstbotanischen Gartens. Im Hintergrund Göttingen-Nikolausberg und vorgelagert das Max-Planck-Institut für Biophysik ("Bonhoeffer-Institut") und ein von der Max-Planck-Gesellschaft und der Universität gemeinsam betriebenes Rechenzentrum. Im rechten unteren Bildbereich die Straße "An der Lutter" (B 27) mit Evg1. Krankenhaus Weende, im linken oberen Bildbereich der Göttinger Klosterforst. Vgl. auch Erläuterungen und Hinweise zu den Bildern 4-6.

Aufnahme: Walter Wiegel, Kreisbildstelle Göttingen, Bild-Nr. 7405-03.11.
Freigegeben durch Präs. d. Nieders. Verw.-Bez. Braunschweig, Nr. 5555/1200.



Bild 8 Blick über die Innenstadt von Münster nach Westen zum Schloß (Universitäts-Hauptgebäude) (1973)

Im Vordergrund das Stadthaus I und jenseits eines Binnenhofes das historische Rathaus am Prinzipalmarkt (mit Giebelhäusern) und Lambertikirche. In der Bildmitte Domplatz mit Dom und bischöflicher Verwaltung auf der Nordwestseite, Regierung, Postamt und Landesmuseum auf der Südseite; Beginn eines fast geschlossenen Universitätsbereichs vom Südwesten des Domplatzes bis zum Hindenburgplatz, einem ehemaligen Exerzierplatz zwischen Altstadt und Schloß (Parkplatz). Nordwestlich des Domes Überwasserkirche und das sog. Kuhviertel. Rechts des Schlosses Naturwissenschaftliche Institute sowie militärische Dienststellen und Lazarett am Neutor.
Vgl. auch Karte 4 im Anhang und S. 137-143, zum Kuhviertel S. 203f. und ebd. Abb. 22.

Aufnahme: Martin Frank, Gelsenkirchen.
Freigegeben durch Reg.-Präs. Münster, Nr. 1184/73.

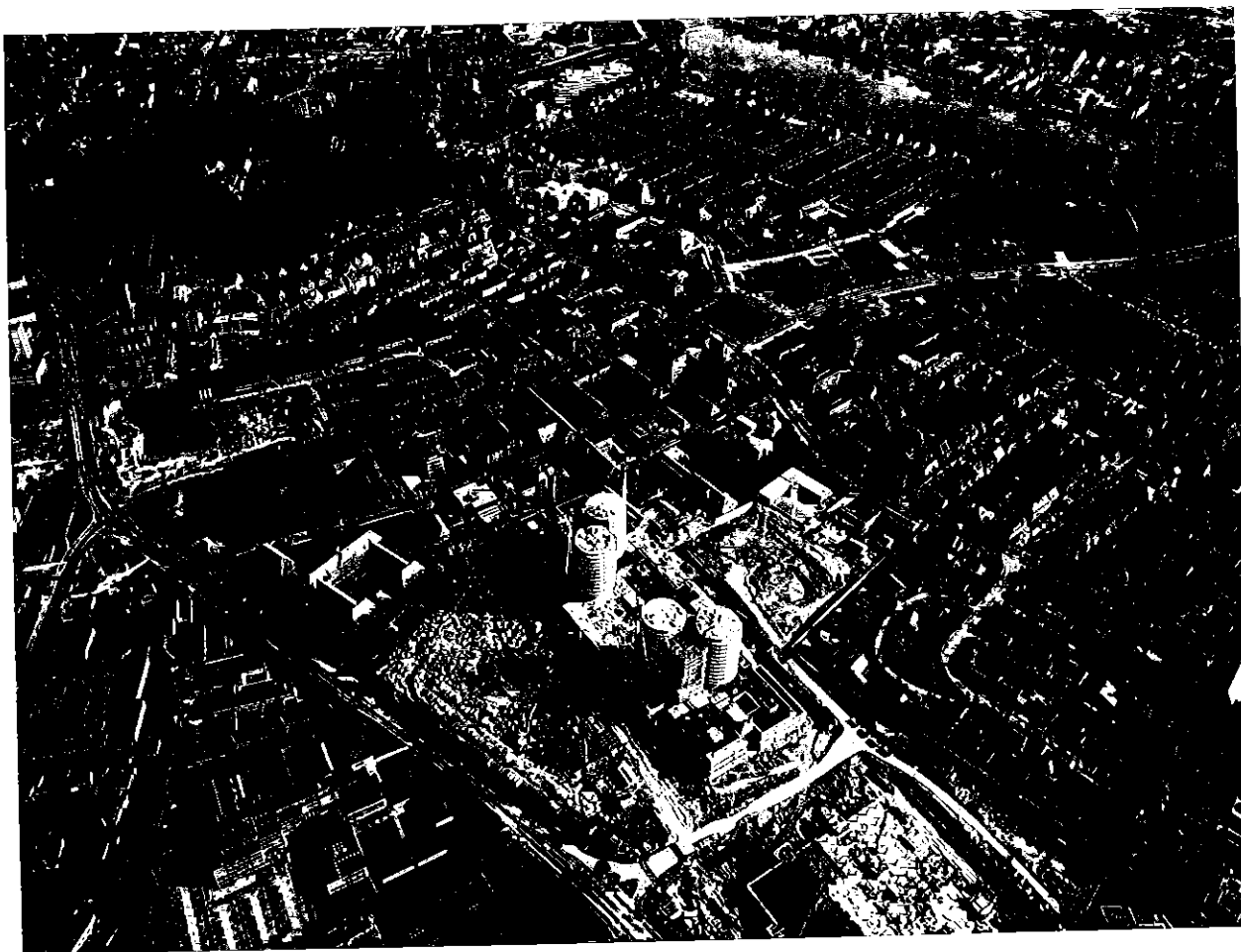


Bild 9 Westliches Stadtgebiet Münster mit Universitätskliniken (Blick nach Osten) (1975)

Das Bild wird von der Großbaustelle des neuen Zentralklinikums beherrscht, an die sich zum Aasee hin der Stadtteil Sentruiper Höhe anschließt. Am linken unteren Bildrand erkennt man diesseits der diagonal verlaufenden Roxeler Straße den vielgestaltigen Komplex der Pädagogischen Hochschule II sowie im linken oberen Bildbereich Institute der Mathematisch-Naturwissenschaftlichen Fakultät und den Botanischen Garten innerhalb des Schloßgrabens. In der linken mittleren Bildhälfte liegen die alten Kliniken und Medizinischen Institute am Westring mit Baustelle einer neuen Straßenverbindung (Trasse "Quer") zum quadratischen Jungeblodtplatz (Hubschrauberlandeplatz) und dem zum Aasee führenden Kardinal-von-Galen-Ring (2. Westtangente). Diesseits des Aasees Zentralfriedhof sowie anschließend weitere Kliniken und Institute, am jenseitigen Ufer Mensa I, Studentenwohnheime und Pädagogische Hochschule I.

Vgl. auch Erläuterungen und Hinweise zu Bild 8.

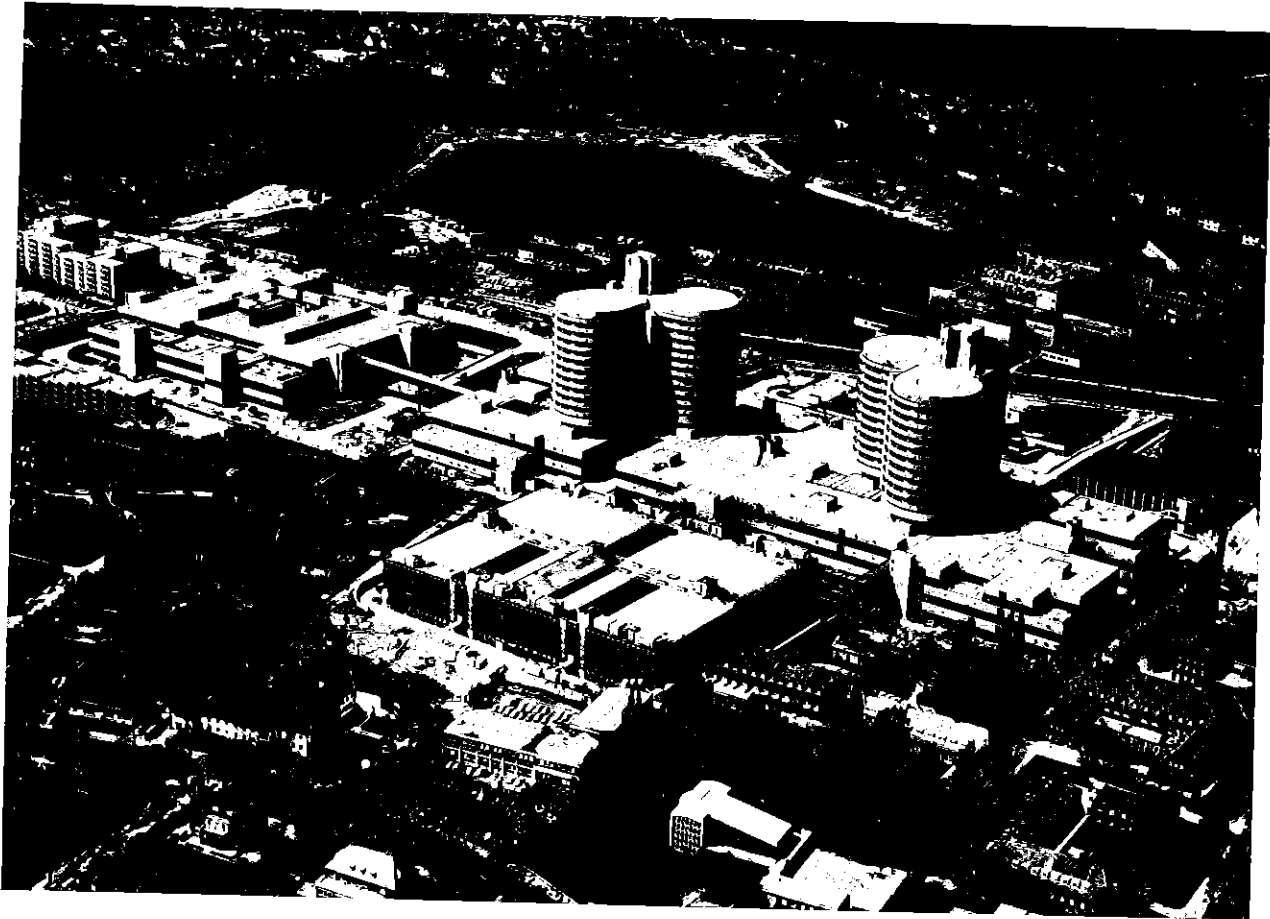


Bild 10 Zentralklinikum der Universität Münster mit Blick nach Nordwesten (Mai 1979)

Am rechten unteren Bildrand Altkliniken, in der Bildmitte das Zentralgebäude des Klinikums mit Einrichtungen der Pflege, Versorgung, Untersuchung und Behandlung, überragt von den Bettentürmen, mit vorgelagerter Klinik für Zahn-, Mund- und Kieferkrankheiten; am linken Bildrand Versorgungszentrum, Schwesternwohnheim und weitere Werkdienstwohnungen. Hinter den Kliniken jenseits der Roxeler Straße die Pädagogische Hochschule II und das Overberg-Kolleg, am oberen Bildrand die Von-Esmarch-Straße.
Vgl. auch Erläuterungen und Hinweise zu Bild 9.

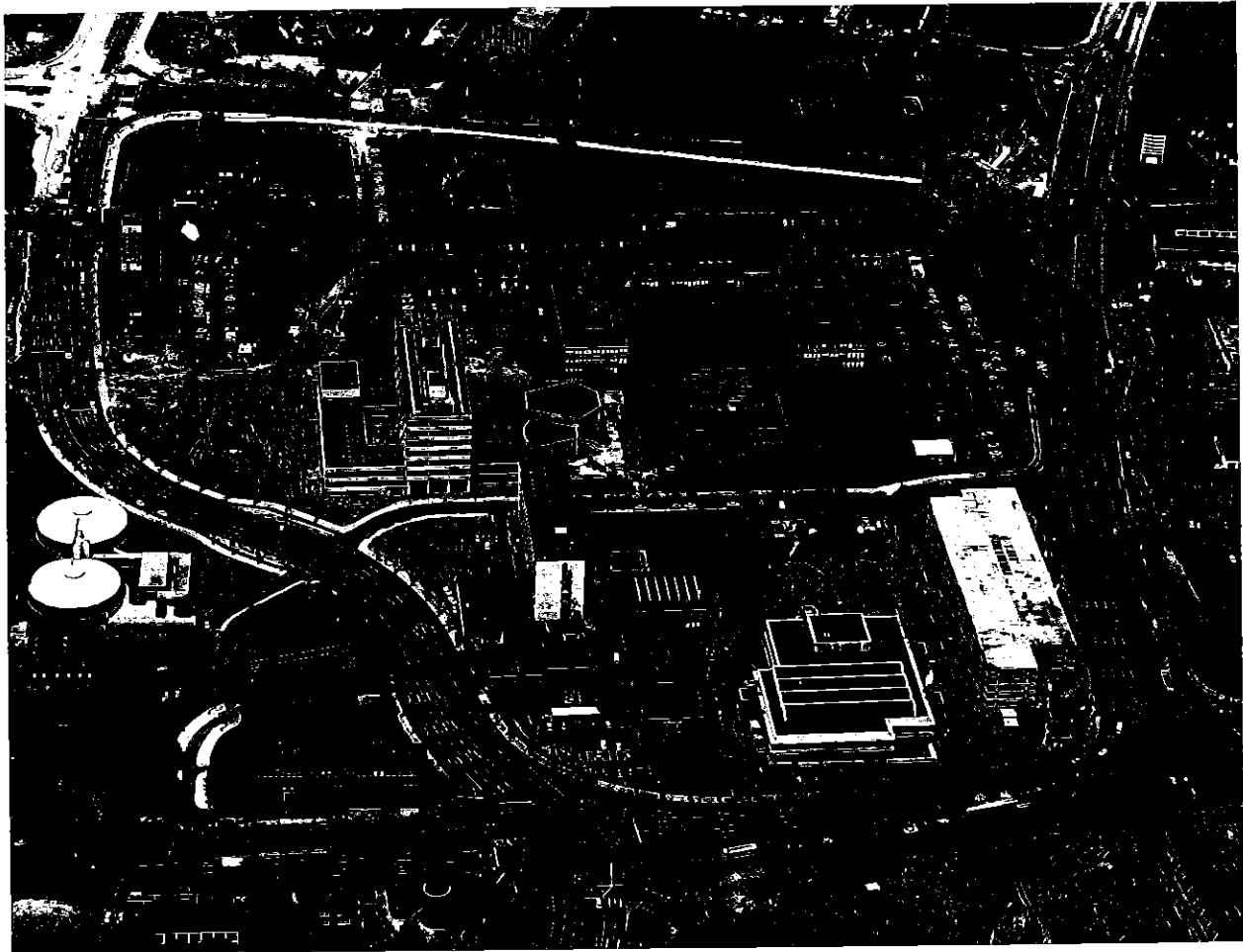


Bild 11 Naturwissenschaftliches Zentrum und Sportbereich der Universität Münster mit Blick nach Norden (1978)

Am rechten Bildrand das Heizkraftwerk der Universität und der Orléans-Ring mit begonnener südlicher Verlängerung (2. Westtangente), im unteren Bildbereich Roxeler Straße und Coesfelder Kreuz (Kreuzung rechts oberhalb der Kirche), links die geschwungene neue Corrensstraße (mit ehemaligen Instituten der Landwirtschaftskammer Westfalen-Lippe und Wasserbehältern). Nördlich der Roxeler Straße von rechts nach links Parkhaus, Mensa II, Physikalische und Chemische Institute mit sog. Institutsgruppe I und Aufbau- und Verfügungszentrum Geowissenschaften. Am oberen Bildrand sind das Institut für Leibesübungen und die Universitätssportanlagen angeschnitten. Vgl. auch Erläuterungen und Hinweise zu Bild 9 und S. 137-143, insb. ebd. Abb. 14.



Bild 12 Zeche Klosterbusch und Buscheyfeld (heutiges Universitätsgelände) in Bochum-Querenburg mit Blick nach Nordwesten (August 1961)

Den Vordergrund beherrschen die im Lottental gelegene, 1961 stillgelegte Zeche Klosterbusch und der berühmte geologische Aufschluß des Stockumer Sattels (südlicher Hauptsattel des Ruhrkarbons) am Südhang des bewaldeten Kalwes. Das heutige Universitätsgelände wird durch verschiedene Gehöfte und intensive Landwirtschaft geprägt. Im oberen Bildbereich rechts die Buscheystraße (heutiger Standort des Uni-Centers), im Hintergrund links das Kraftwerk Prinz-Regent in Bochum-Wiemeihausen. Vgl. auch S. 143-147.

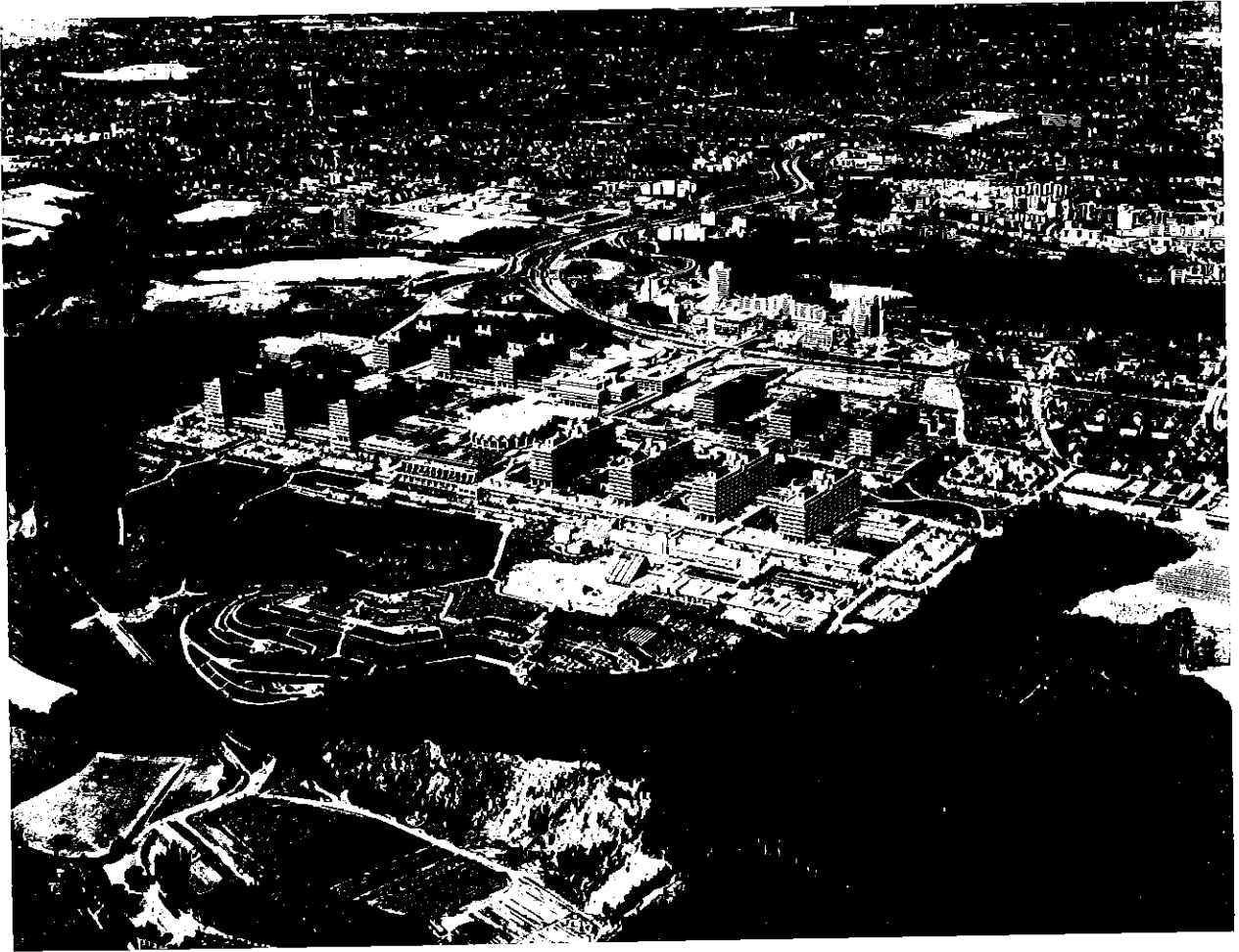


Bild 13 Campus der Ruhr-Universität Bochum mit Blick nach Nordwesten (August 1976)

Die Bildmitte wird beherrscht von den kompakten Baumassen der Ruhr-Universität (Institutsgruppen der Ingenieur- und Naturwissenschaften rechts, der Medizin und Geisteswissenschaften links und Zentraleinrichtungen im Mittelbereich), an die sich nördlich der zur Stadtmitte führenden Universitätsstraße das Uni-Center anschließt. Südlich der Universität der Botanische Garten sowie auf dem früheren Zechengelände ein Saatzeuchtfeld; nördlich des bewaldeten Kalwes am rechten Bildrand die Fachhochschule Bochum und die Lennerhofsiedlung. Jenseits des Laerholzwaldes erkennt man im rechten oberen Bildbereich die Teilgebiete Steinkuhl und Laerheide der Universitätswohnstadt (2. und 3. Bauabschnitt) mit nach Westen anschließenden Studentenwohnheimen; nordwestlich des Knotens Klinikum der Universitätsstraße schließen die Gesamtschule Bochum und das Staatshochbauamt für die Universität Bochum (Hochhaus) an. Auf der südlich gelegenen Freifläche sollte ursprünglich das Universitätsklinikum errichtet werden. Im Hintergrund die Stadtteile Wiemelhausen (links) und Altenbochum (rechts).
Vgl. auch Karte 5 im Anhang, S. 143-147 und ebd. Abb. 15 und 16 sowie zum Klinikum S. 106f.



Bild 14 Ruhr-Universität Bochum und Universitätswohnstadt mit Blick nach Nordosten (1976)

Das Bild wird bestimmt durch die Gebäude der Universität, den nördlich der Universitätsstraße anschließenden Baukomplex des Uni-Centers (Mitte links) sowie den nach Süden angrenzenden Botanischen Garten (unten rechts). In der Fortsetzung der Universität die beiden Gebäude der Fachhochschule Bochum sowie die Lennershofsiedlung; oberhalb davon nördlich der Universitätsstraße das geschlossene Wohngebiet "Auf der Hustadt" (1. Bauabschnitt der Universitätswohnstadt). Im linken oberen Bildbereich jenseits des langgestreckten Laerholzwaldes die Bereiche Laerheide und Steinkuhl der Universitätswohnstadt, das Opel-Werk I und Stadtteil Bochum-Laer; im rechten oberen Bildbereich das Ufobachtal mit der BAB 43, dem Autobahnkreuz Bochum/Witten und Stadtteil Bochum-Werne. Vgl. auch Erläuterungen und Hinweise zu Bild 13 sowie zur Wohnsituation der Lehrenden der Universität S. 168-170 und Karte 8 im Anhang.



Bild 15 Ortsteil Bochum-Querenburg vor Errichtung der Ruhr-Universität (Blick nach Nordwesten zum Buscheyfeld) (1963)

Auf der von Kotten durchsetzten Fläche im Vordergrund liegt heute der Südwestbereich der Hustadt (1. Bauabschnitt der Universitätswohnstadt). Im Mittelgrund erkennt man die Straßenzüge "Auf dem Aspei" (rechts) und Overbergstraße (links) sowie anschließend zum linken Bildrand hin die Lennerhofsiedlung, die an große landwirtschaftlich genutzte Flächen angrenzt. Auf dem Buscheyfeld im mittleren oberen Bildbereich ist die langgestreckte Baracke des ersten Staatshochbauamtes für die Universität zu sehen. Oben rechts liegt das frühere Ortszentrum mit der inzwischen abgebrochenen Apostelkirche (heute Trasse des Hustadtringes) und zum rechten Bildrand hin die Siedlung Vormholzstraße.

Vgl. auch Erläuterungen zu Bild 12 und Karte 5 im Anhang.

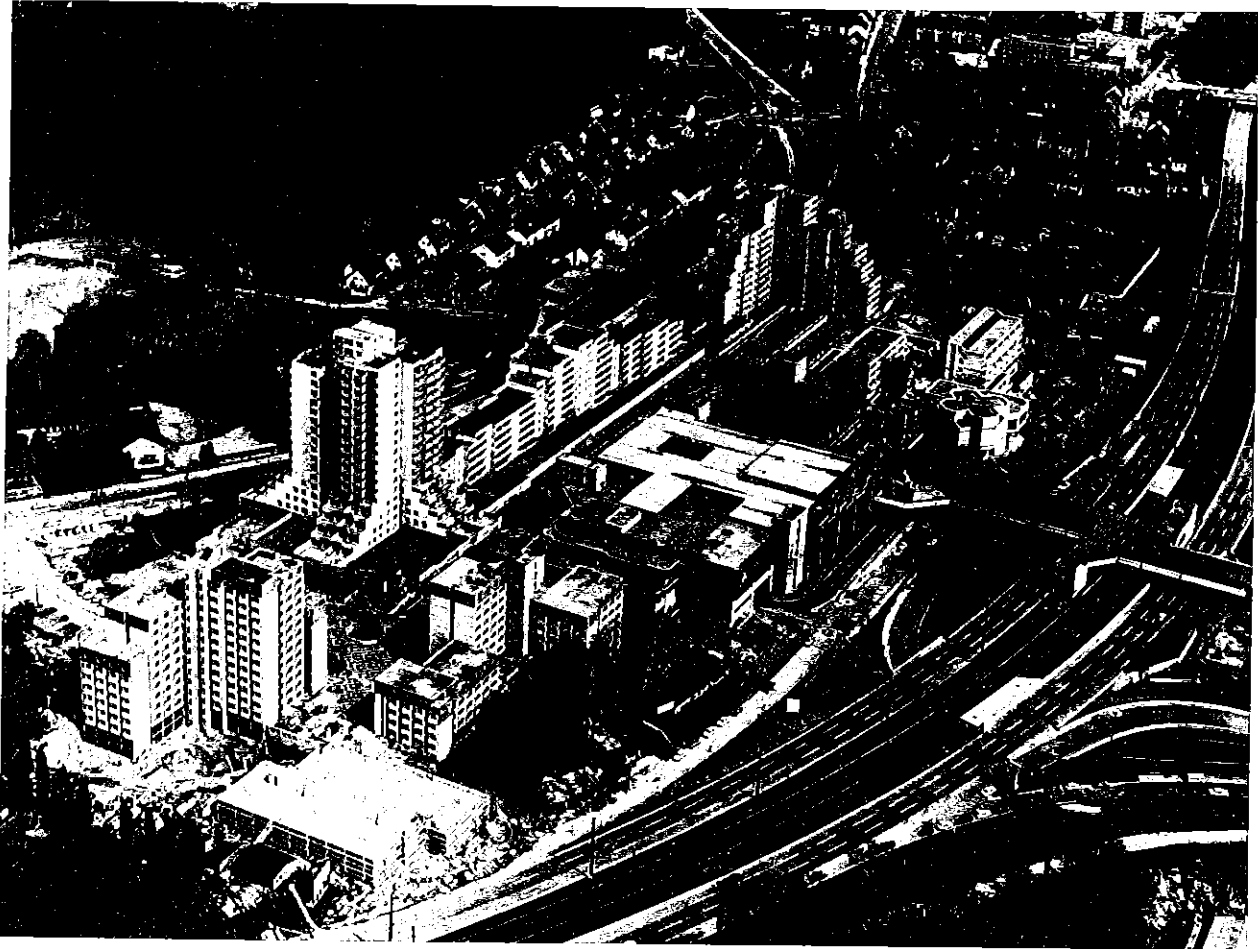


Bild 16 Das Uni-Center als neues Stadtteilzentrum von Bochum-Querenburg (Blick nach Nordosten) (1974)

Der rechte untere Bildbereich wird bestimmt durch die sechsspurige Universitätsstraße mit Knoten Mitte sowie Straßenbahn- und Bushaltestellen unterhalb der Verbindungsbrücke zur Universität. Oberhalb der Brücke erkennt man das helle kreuzförmige ökumenische Kirchenforum und Studentenheime, dahinter das rechtwinklige frühere Ladenzentrum (Übergangsforum) sowie oben rechts den alten Querenburger Ortskern und ein weiteres Studentenwohnheim (früheres "Sammelgebäude" der Universität). Zwischen der Universitätsstraße und dem Hustadtring liegt als neues Stadtteilzentrum das Uni-Center mit zwei Terrassenhochhäusern und einer verbindenden Laden- und Wohnkette nördlich der Fußgängerzone sowie einem südlich anschließenden dreigeschossigen multifunktionalen Gebäude mit Geschäften, öffentlichen Einrichtungen und weiteren Dienstleistungsbetrieben. Im Vordergrund am Rande des Uni-Centers große Studentenheime; auf dem Parkplatz am linken Bildrand steht inzwischen das von Stadt und Universität gemeinsam genutzte Bezirksbad Querenburg. Jenseits des Hustadtringes Grundschule, neues Waldstadion und Siedlung Vormholzstraße am Laerholzwald. Vgl. auch Erläuterungen und Hinweise zu den Bildern 13 und 14 sowie zum Uni-Center S. 216-219 und ebd. Abb. 23.



Bild 17 Konstanz und das nördliche Bodensee-Ufer (Blick von Westsüdwest) (Juni 1965)

Den Vordergrund nehmen links das Tägermoos und rechts die Grenzstadt Kreuzlingen ein (beide zur Schweiz gehörig). Nach Norden schließen südlich des Rheines die Konstanzer Altstadt (mit Hafen) und der westlich angrenzende Ortsteil Paradies an (mit Fachhochschule Konstanz). Nördlich des Rheines auf der Halbinsel Bodanrück liegen die Ortsteile Fürstenberg (nördlich des Industriegeländes), Petershausen und Königsbau (Mitte) sowie nach rechts anschließend Allmannsdorf und Staad am Bodensee (von hier Autofähre zum jenseitigen Ufer nach Meersburg). Im oberen linken Bilddrittel erkennt man die Insel Mainau, den Mainauwald und den Ortsteil Egg am See-Ufer. Auf der in den Wald hineinragenden Freifläche liegt das Campusgelände der Universität Konstanz am Gießberg. - Am nördlichen Bodensee-Ufer Mühlhofen-Uhldingen (links) und Meersburg (rechts).
Vgl. auch Karte 6 im Anhang sowie S. 147-151.

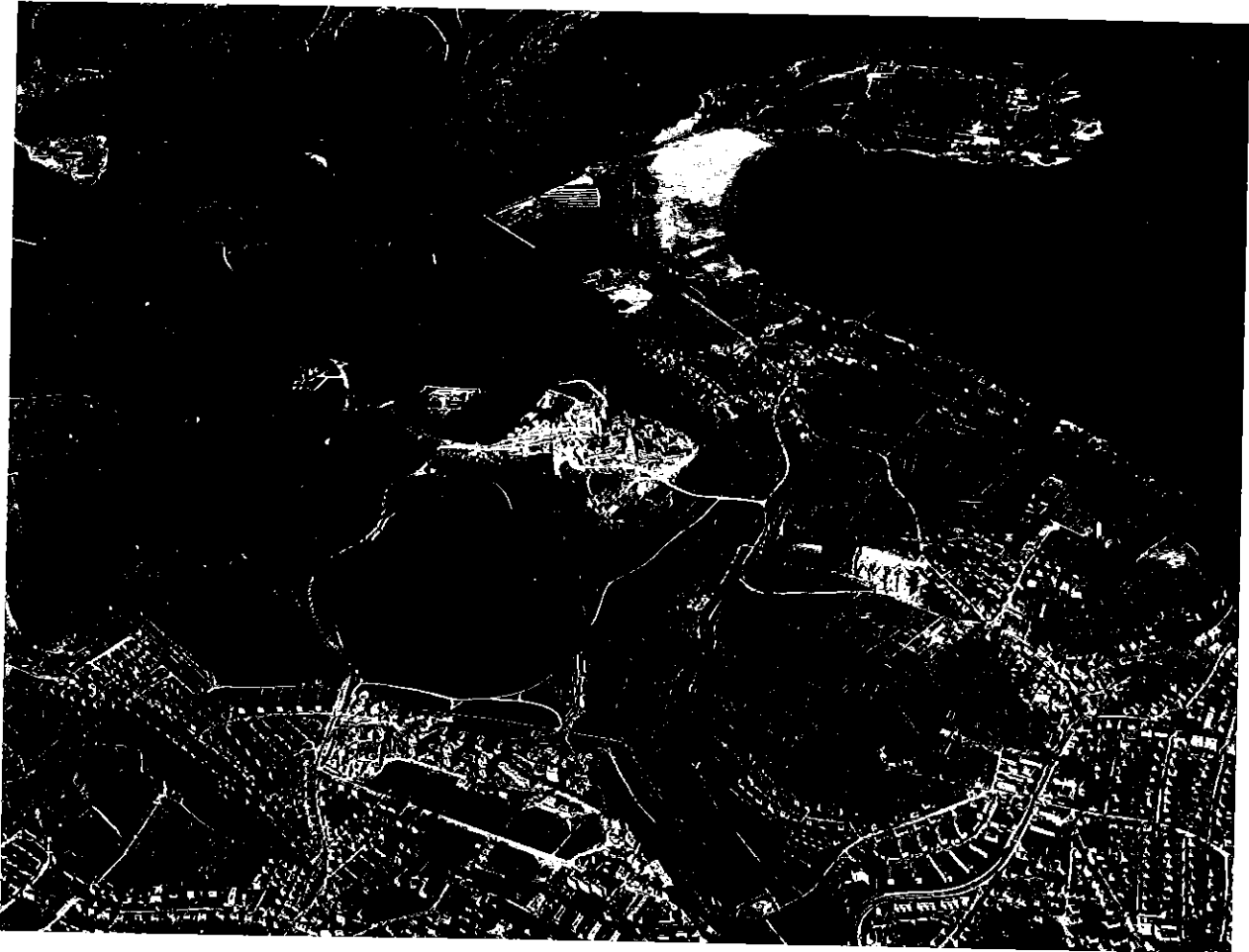


Bild 18 Universität Konstanz, Insel Mainau und angrenzende Bereiche (Blick nach Nordosten) (März 1972)

Im linken unteren Bildbereich liegt der Stadtteil Königsbau, durchquert von der zum Campus der Universität verlängerten Friedrichstraße. Unmittelbar südlich des Waldes wurde die Vorstufe der Jakob-Burckhardt-Straße errichtet. Unten rechts erstreckt sich der Ortsteil Allmannsdorf mit geschwungener Mainaustraße und Abzweig nach Staad. Der Höhenrücken der Jungerhalde in der rechten Bildmitte und der nördlich angrenzende Krähenberg (westlich des Baugebietes) sollten ursprünglich als Gelände einer Universitätswohnstadt dienen. In der Bildmitte der Nord-Süd verlaufende Talzug des Hockgrabens, hangwärts ansteigend die Hauptbaufläche der Universität mit Heizwerk im Wald. Nordwestlich des angrenzenden Ortsteils Egg Universitätsbauamt und Limnologisches Institut der Universität Freiburg.

Vgl. auch Karte 6 im Anhang sowie Erläuterungen und Hinweise zu Bild 17.

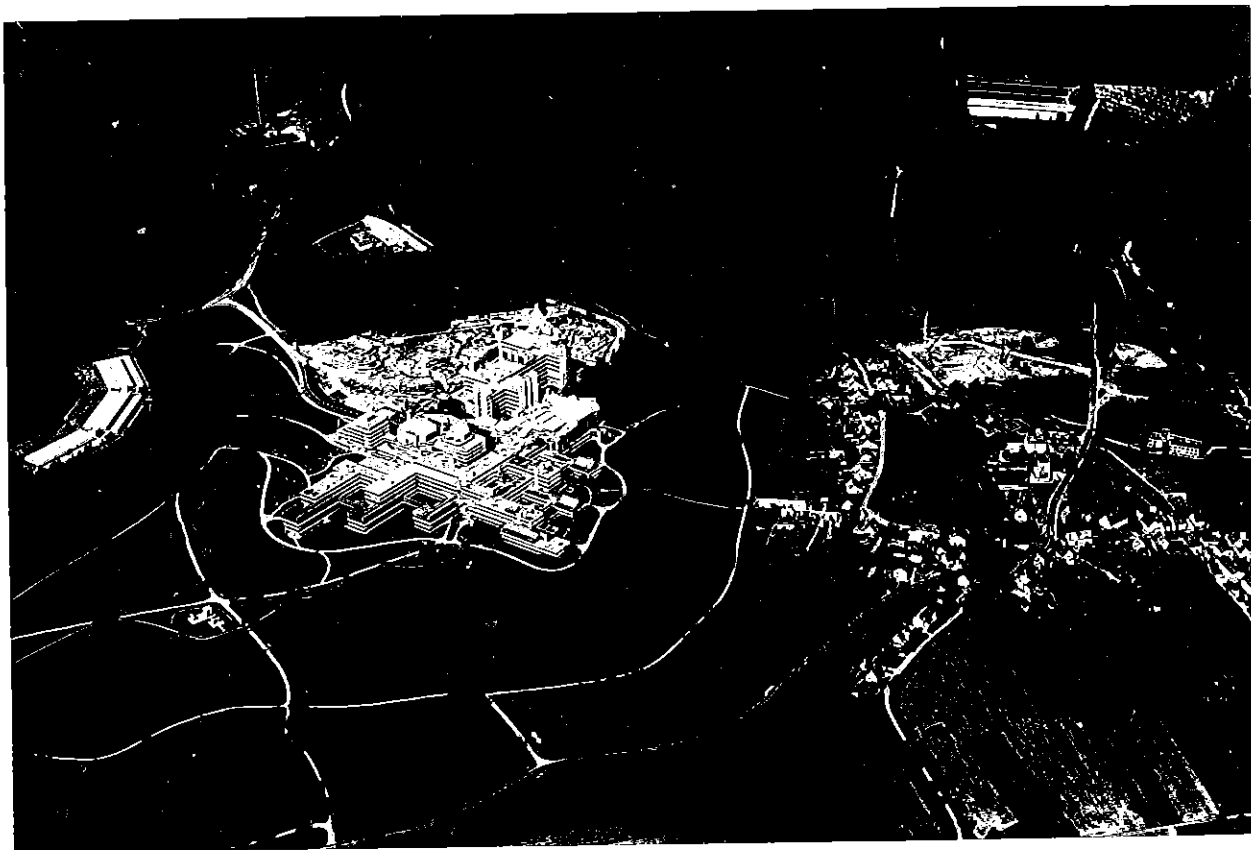


Bild 19 Universität Konstanz und Ortsteil Egg (Blick nach Nordwesten) (September 1979)

Der linke Bildbereich wird durch den an den Wald angelehnten Baukomplex der Universität am Hange des Gießbergs eingenommen, zu dem das Heizwerk (oben) und Parkstände hinzutreten (von den Parkständen am Eichberg Fußgängerbrücke zur Hochschule). An die Hochbauten für die naturwissenschaftlichen Fachbereiche im Norden und Nordwesten am Waldrand (teilweise noch im Bau) schließen sich die zentralen Einrichtungen im Mittelfeld und hangabwärts die sozial- und geisteswissenschaftlichen Fachbereiche im Süden und Osten an. Diesseits des Talzuges liegt im rechten Bildbereich Konstanz-Egg (mit Baustelle für Universitätssportanlagen); oben rechts Parkplätze für Besucher der Insel Mainau. Vgl. auch Erläuterungen und Hinweise zu den Bildern 17 und 18, S. 147-151 und insb. ebd. Abb. 17.



Bild 20 Teilansicht des Geländes der Universität Essen - Gesamthochschule im Segeroth-Viertel (1971)

Die Aufnahme vermittelt einen Eindruck des Sanierungsgebietes mit teils zerstörter gründerzeitlicher Wohnbebauung und einem Bunker im Anschluß an ehemalige Bergbaubetriebsflächen; hier steht heute das als Aufbau- und Verfügungszentrum errichtete Bargmann-Haus. Im Vordergrund die frühere Union- und heutige Universitätsstraße, im Hintergrund rechts die Gladbecker Straße mit Gelände der Ende der 60er Jahre stillgelegten Zeche Victoria Mathias.
Vgl. auch Karte 7 im Anhang und S. 151-155.

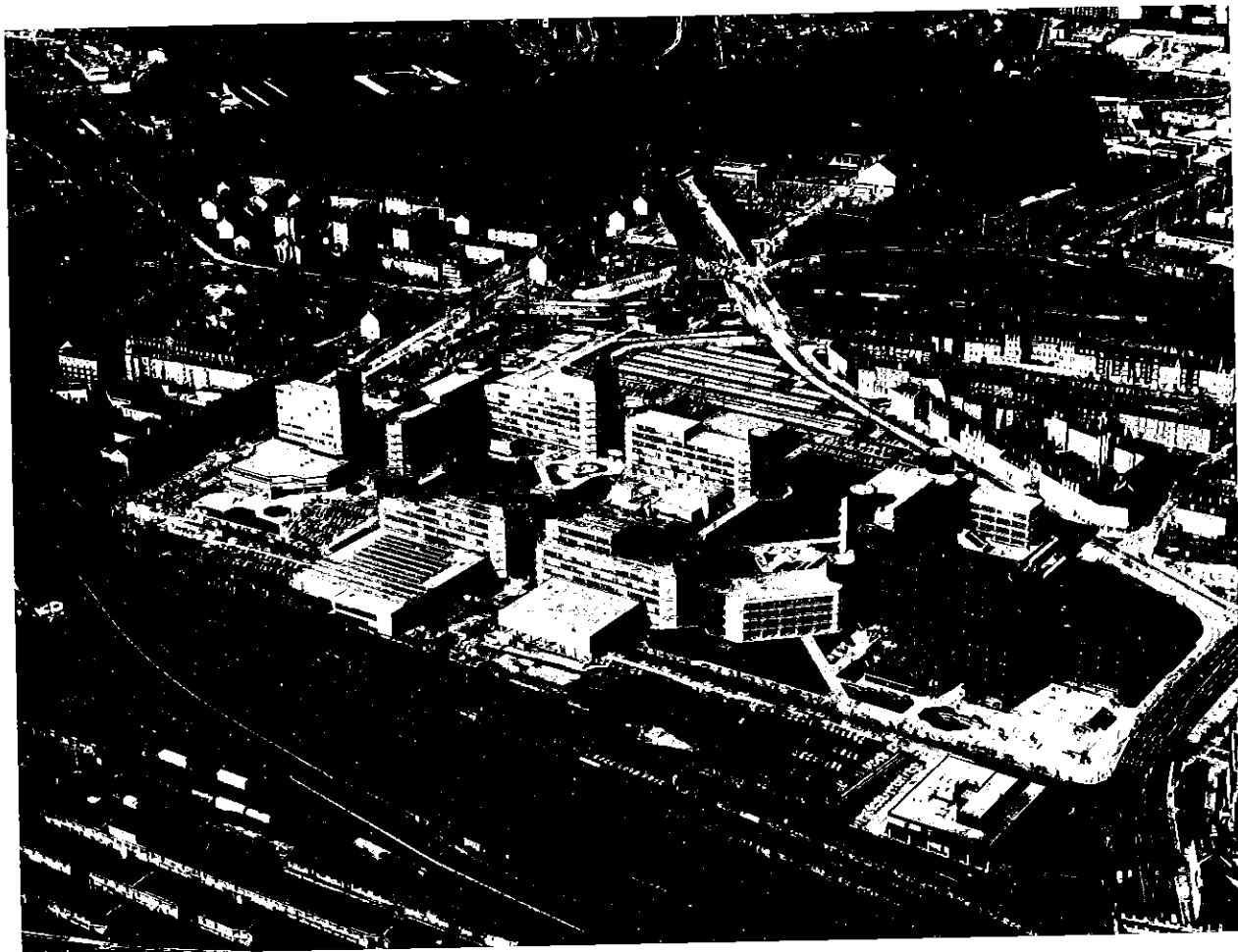


Bild 21 Blick über die Universität Essen nach Norden in die beginnende Emscherzone des Ruhrreviers (März 1978)

Im Vordergrund erstrecken sich Anlagen des Großmarktes und des Güterbahnhofs Essen-Nord der früheren Rheinischen Bahn, dahinter zwischen der Segerothstraße (links), der Gladbecker Straße (rechts) und dem nach links abzweigenden Reckhammerweg der vielgestaltige, um einen Binnenhof gruppierte Gebäudekomplex der Universität Essen - Gesamthochschule. Im Winkel von Universitätsstraße (parallel zur Bahn, teilweise überbaut), Gladbecker Straße und Reckhammerweg liegt das als Aufbau- und Verfürgungszentrum zuerst entstandene dunkle kreuzförmige Bargmann-Haus (heute geisteswissenschaftliche und künstlerische Fächer), dahinter die Zentralbibliothek und nach links anschließend die hellen Bauten der zweiten Baustufe (im Vordergrund Ingenieurwissenschaften, im Hintergrund Naturwissenschaften, links Verwaltung und Hauptmensa). Die Wohnbebauung jenseits der Segerothstraße (mit Kirche) und jenseits des Reckhammerwegs läßt die ursprüngliche Siedlungsstruktur des Segeroth-Viertels deutlich werden. Nördlich der die Bildmitte von rechts nach links querenden Grillostraße (B 224) liegen Hochschulerweiterungsflächen auf dem Grundstück des früheren Städtischen Gaswerks (Gasometer inzwischen abgebrochen) und Friedhöfe, im linken oberen Bildbereich Industriegelände der Friedrich Krupp GmbH. Das ungeordnete Nebeneinander unterschiedlicher Funktionen ist charakteristisch für die Emscherzone des Ruhrreviers.
Vgl. auch Karte 7 im Anhang, S. 121-123, S. 151-155 und ebd. Abb. 18.



Bild 22 Universität Essen - Gesamthochschule mit Blick nach Süden zur Essener City (1978)

Die Aufnahme zeigt die unmittelbare Kontaktlage der Hochschule zur Essener City (Mikrostandort City-Nord). Im Hintergrund rechts Hochhausbebauung im Bereich des Hauptbahnhofs, hinter dem Bargmann-Haus links das neue Essener Rathaus an der Schützenbahn. Im Vordergrund links Wohnbebauung des Segeroth-Viertels, rechts der Pavillon der Zentralen Planungsstelle für die Rationalisierung von Landesbauten (ZPL) sowie Reckhammerweg (Überführung) und Grillostraße (Unterführung), am rechten Bildrand die unter der Rheinischen Bahn hindurch zum Berliner Platz führende Segerothstraße. Der Parkplatz liegt auf dem Gelände des ehemaligen Güterbahnhofs Segeroth. Vgl. auch Erläuterungen und Hinweise zu Bild 21.



Bild 23 Universität Essen und nördliche Essener City (Blick nach Osten) (August 1978)

Die Aufnahme läßt die Lage des Universitätsgeländes zwischen der das obere Bilddrittel querenden Gladbecker Straße, dem Reckhammerweg (links), der Segerothstraße (Vordergrund) und den Anlagen der Rheinischen Bahn sehr deutlich werden. Unterhalb der Parkplätze Baustelle der hier als U-Bahn geführten Stadtbahnlinie Essen Universität - Essen Hbf. - Mülheim mit geplantem Abzweig ins Südviertel und zum Klinikum. Im hinteren Bildbereich liegt das durch Wohnquartiere und große Industriegelände geprägte Nordviertel, u.a. mit Betriebsanlagen der STEAG zur Fernwärmerversorgung unmittelbar östlich der Universität an der Gladbecker Straße. Die trennende Wirkung der breiten Bahntrasse, insbesondere auch in der Verlängerung der Gladbecker Straße zum Viehhofer Platz - unweit liegt als weiteres Gesamthochschulgebäude an der Schützenbahn die ehemalige Ingenieurschule für Maschinenbau - tritt klar heraus. Am rechten mittleren Bildrand der Güterbahnhof Essen-Nord und der Großmarkt, der verlegt wird; seine Fläche soll durch Mischbebauung (Wohnen/Hochschule) als Integrationsbereich zwischen City und Universität aktiviert werden. Rechts oben der Hochhausneubau des Essener Rathauses, der Nordosten der City und das Ostviertel im Hintergrund.
Vgl. auch Erläuterungen und Hinweise zu den Bildern 20-22, zur U-Bahn siehe S. 154.

Aufnahme: Sölter/Happel, Essen.
Freigegeben durch Reg.-Präs. Düsseldorf, Nr. 43 H 198.

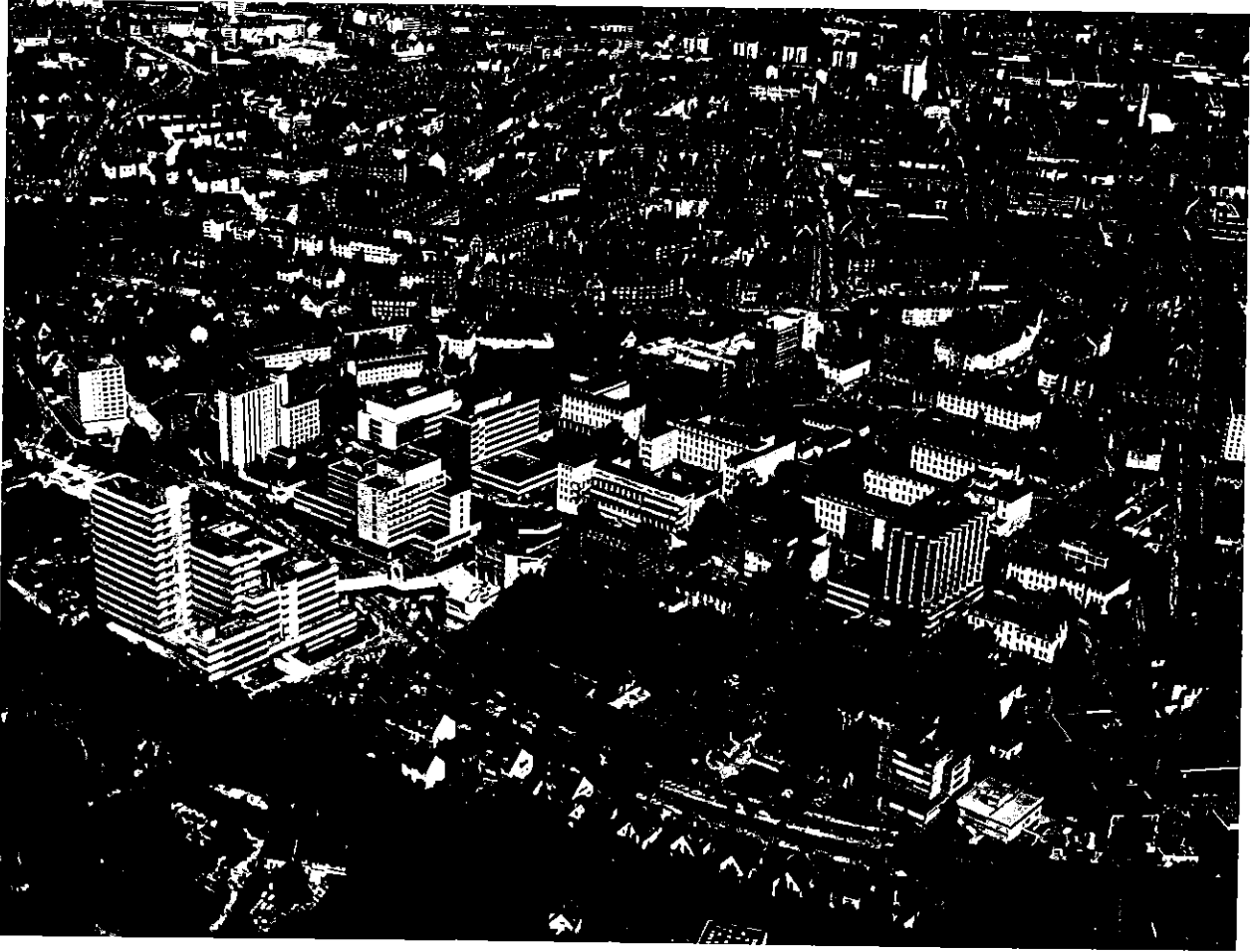


Bild 24 Essen-Holsterhausen und Universitätsklinikum (Blick nach Ostnordost) (August 1978)

Der Klinikumkomplex wird im Norden durch die dichte Bebauung des Stadtteils Holsterhausen begrenzt und reicht im Süden bis an das Gelände der Gruga heran (vorn links). Im Mittelgrund quert die kaum heraustretende Holsterhauser Straße das Bild von links nach rechts (mit Rubens-/Hobeisenstraße zum oberen Bildrand). Etwa in der Bildmitte zweigt nach rechts die Hufelandstraße ab; südlich davon die älteren Klinikgebäude. Im linken unteren Bildbereich das Hochhaus der Institutsgruppe I (Theoretische Medizin) und am anderen Ende der anschließenden Fußgängerbrücke die Psychiatrische Klinik des Landschaftsverbandes Rheinland; nach links folgend zwei Schwesternwohnheime (Hochbauten). Etwa in der linken Bildmitte Tumor- und Strahlenklinik (Flachbauten mit drei- bzw. fünfgeschossigem Bettentrakt). Im Mittelgrund vorn entsteht zwischen Auditorium Maximum (mit Schrägdach) und Anatomie (unten rechts) auf einem im Bild noch durch Gehölzgruppen und alte Bausubstanz geprägten Gelände derzeit das neue Operative Zentrum. Nördlich davon liegen die Augen- und HNO-Klinik (Flachbau mit Hochhausstrakt) und oberhalb angrenzend die Chirurgische Klinik.
Vgl. auch Karte 7 im Anhang sowie S. 27 und S. 154f.

Literatur und Quellen

A. Abhandlungen

- AHNEFELD, Friedrich Wilhelm (1971): Entwicklung, Stand und Planungen der Zusammenarbeit zwischen Universität Ulm und Bundeswehr. In: uni ulm intern, Nr. 16 vom 30.12.1971, S. 32-35
- Akademie für Raumforschung und Landesplanung (Hrsg.) (1969): Daten zur Raumplanung. Zahlen - Richtwerte - Übersichten. Hannover 1969
- dies. (1970): Beiträge zur Regionalen Bildungsplanung. Hannover 1970 (= Forschungs- und Sitzungsberichte, Bd. 60)
- dies. (1971): Bildungsplanung und Raumordnung. Hannover 1971 (= Forschungs- und Sitzungsberichte, Bd. 61)
- dies. (1974): Integrierte Verfahren regionaler Bildungs- und Entwicklungsplanung. Hannover 1974 (= Forschungs- und Sitzungsberichte, Bd. 93)
- dies. (1976): Infrastruktur im Bildungswesen. Hannover 1976 (= Forschungs- und Sitzungsberichte, Bd. 107)
- dies. (1978): Regionale Bildungsplanung im Rahmen der Entwicklungsplanung. Zusammenhänge zwischen Bildungs- und Beschäftigungssystem. Hannover 1978 (= Forschungs- und Sitzungsberichte, Bd. 127)
- ALBERT, Wilhelm und Christoph OEHLER (1967): Materialien zur Entwicklung der Hochschulen 1950 bis 1967 (Hochschulen, Studierende, Lehrpersonen, Einnahmen, Ausgaben, Strukturdaten). Pullach bei München 1969 (= Hochschulplanung, Bd. 1)
- ALBSMEIER, Werner (1977): Münster. Metropole Westfalens. 3. erw. Aufl., Münster 1977
- AMINDE, Hans-Joachim (1968a): Aspekte einer Bebauungsart: Bebauungsart und Baudichte in Universitätsgebieten. In: Informationen, hrsg. vom Zentralarchiv für Hochschulbau, Jg. 1, 1968, H. 2, S. 8-28
- dies. (1968b): Bebauungsart und Baudichte. Aspekte einer Bebauungsart in Universitätsgebieten. In: Bauwelt, 59/1968/35, S. 1096-1100
- dies. (1969): Der Geländebedarf von Universitäten. Methode und Rahmenwerte zur Bestimmung des Geländebedarfs von Universitäten. In: Planungswerte für wissenschaftliche Hochschulen. Düsseldorf 1969, S. 9-40 (= Schriften des Zentralarchiv für Hochschulbau, Bd. 7)
- dies. (1970a): Empfehlungen zur Ausarbeitung von Bauleitplänen für Hochschulgebiete. In: Informationen, hrsg. vom Zentralarchiv für Hochschulbau, Jg. 3, 1970, H. 9, S. 16-34
- dies. (1970b): Informationsbedarf zur Ausarbeitung eines Flächennutzungsplanes als 1. Genauigkeitsstufe der Bauleitplanung Sondergebiet Hochschule. In: Information, hrsg. vom Zentralarchiv für Hochschulbau, Jg. 3, 1970, H. 11, S. 59-69
- dies. (1971): Zusammenhang von Hochschulplanung mit Stadt- und Regionalplanung. In: Hochschulplanung. Beiträge zur Struktur- und Bauplanung. Hrsg. von Horst Linde. Bd. 4. Düsseldorf 1971, S. 14-78
- dies. (1972): Probleme der Bauleitplanung im Sondergebiet Hochschule. Ein Beitrag zur langfristigen Bauplanung von Hochschulen. Diss. Stuttgart 1972
- dies. (1973a): Aspekte der Hochschulplanung in der UdSSR. In: Information, hrsg. vom Zentralarchiv für Hochschulbau, Jg. 6, H. 23, S. 9-22
- dies. (1973b): Neue Wissenschaftsstädte. Aspekte der Hochschulplanung in der UdSSR. In: Stadtbauwelt/Bauwelt 1973, H. 9, S. 382-390
- dies. (1977): Lokale Auswirkungen und Belastungen durch den Hochschulausbau. In: Informationen zur Raumentwicklung, 1977, H. 3/4, S. 293-303
- AMINDE, Hans-Joachim, Hans BILLINGER und Georg HECKING (1969): Technische Hochschule Lappeenranta/Finnland. Gutachten zu den städtebaulichen Folgen der Hochschulgründung. Stuttgart 1969
- AMINDE, Hans-Joachim und Georg HECKING (1972): Regionale Hochschulentwicklungsplanung aus der Sicht der kommunalen und regionalen Entwicklungsplanung. In: Institut für Raumordnung, Informationen. Jg. 22, 1972, Nr. 21, S. 545-564
- dies. (1973): Probleme und Ziele koordinierter Stadt- und Hochschulentwicklung. In: Stadtbauwelt/Bauwelt 1973, H. 9, S. 151-156
- ANDERS, Norbert (1977): Landesplanerische Einflußnahme auf die Hochschulplanung in Bayern. In: Informationen zur Raumentwicklung, 1977, H. 3/4, S. 221-226
- ANDREAE, Bernhard (1975): Über das Antikenmuseum im Rahmen der Kunstsammlung der Ruhr-Universität Bochum. In: Ruhr-Universität Bochum, Jahrbuch 1975, S. 81-110
- ANRICH, Ernst (1961): Nicht 4, sondern 14 Universitäten! Stärke und Begrenzung des Gutachtens des Wissenschaftsrates. In: Deutsche Universitätszeitung, 16. Jg., H. 8, 1961, S. 10-18
- Arbeitsgruppe Altstadterneuerung (Walter R. Heinz, Karl Hermes, Peter Höhmann, Hans Kilgert, Peter Schöber, Wolfgang Taubmann) (1975): Altstadterneuerung Regensburg. Vorbereitende Untersuchungen im Sanierungsgebiet I. Sozialbericht (Teil I). Regensburg 1975 (= Regensburger Geographische Schriften, H. 6)
- Arbeitsgruppe Standortforschung (1970): Einordnung einer Universität in den Siedlungsraum Trier. Hannover 1970 (= Schriftenreihe der Arbeitsgruppe Standortforschung, Bd. 8)
- dies. (1971): Mikrostandort für die Gesamthochschule Kassel. Einordnung der Hochschule in den Siedlungsraum. Hannover 1971 (= Schriftenreihe der Arbeitsgruppe Standortforschung, Bd. 14)
- dies. (1973): Grundlagen für die Standort- und Kapazitätsplanung von Hochschulen in Bayern. Hannover 1973 (= Schriftenreihe der Arbeitsgruppe Standortforschung, Bd. 46)
- ASHWORTH, Kenneth, H. (1964): Urban renewal and the University. A tool for campus expansion and neighborhood improvement. In: The Journal of Higher Education, Columbus/Ohio, 35 (1964), Nr. 9, S. 493-496
- Atlas von Berlin. Hannover 1962 (= Deutscher Planungsatlas, Bd. 9)
- AURIN, Kurt (1966): Ermittlung und Erschließung von Begabungen im ländlichen Raum. Untersuchung zur Bildungsberatung in Baden-Württemberg in den Landkreisen Buchen, Tauberbischofsheim, Künzelsau. Villingen 1966 (= Bildung in neuer Sicht, Nr. 2)

- AURIN, Kurt (1968): Gleiche Chancen im Bildungsgang. Bericht der Bildungsberatungsstellen von Baden-Württemberg über Begabung und Schulleistung in ländlichen Gebieten. Villingen 1968 (= Bildung in neuer Sicht, Nr. 9)
- ders. (1969): Soziale Lage, Begabungspotential und regionale Bildungsplanung. In: Raumordnung und Bildungspolitik. Vorträge, Podiumsgespräch. Kongreß der Lehrer und Erzieher 1968. Frankfurt/Main 1969, S. 25-42
- ders. (1970): Pädagogisch-psychologische Kriterien der Strukturplanung von Bildungszentren in agrarisch-industriellen Entwicklungsräumen. In: Beiträge zur Regionalen Bildungsplanung. Hannover 1970, S. 51-72 (= Veröffentlichungen der Akademie für Raumforschung und Landesplanung, Forschungs- und Sitzungsberichte, Bd. 60)
- ders. (1974): Mitwirkung planungsbetroffener Gruppen bei regionaler Bildungsplanung - aufgezeigt am Beispiel Osnabrück. In: Integrierte Verfahren regionaler Bildungs- und Entwicklungsplanung. Hannover 1974, S. 9-26 (= Veröffentlichungen der Akademie für Raumforschung und Landesplanung, Forschungs- und Sitzungsberichte, Bd. 93)
- Autorenkollektiv (1976): Die Bezirke der Deutschen Demokratischen Republik. Ökonomische Geographie. 2. Aufl., Gotha und Leipzig 1976
- BACK, H.J., E. BERGJOHANN, C. GEISSLER, H. HOLZ, H. ROTTER und W. SCHRAMM (1970): Regionale Bildungsplanung. In: Handwörterbuch der Raumforschung und Landesplanung. Hrsg. von der Akademie für Raumforschung und Landesplanung. 2. Aufl., Bd. 3, Hannover 1970, Sp. 2586-2610
- BAEDEKER, Karl (1953): Köln und das Rheinland zwischen Köln und Mainz. Hamburg 1953
- ders. (1974): Konstanz. Kurzer Stadtführer. Freiburg 1974
- BAER, Petra (1976): Die ökonomische Bedeutung der Universität Göttingen für Göttingen und Umgebung. In: Neues Archiv für Niedersachsen, Bd. 25, 1976, H. 4, S. 305-314
- BAHRDT, Hans Paul (1968): Humaner Städtebau. Überlegungen zur Wohnungsbaupolitik und Stadtplanung für eine nahe Zukunft. Hamburg 1968
- BAHRENBURG, Gerhard (1974): Zur Frage optimaler Standorte von Gesamthochschulen in Nordrhein-Westfalen. Eine Lösung mit Hilfe der linearen Programmierung. In: Erdkunde, Jg. 28, 1974, S. 101-114
- BAKKE, E. Wight und Mary S. BAKKE (1971): Campus challenge. Student activism in perspective. Hamden/Conn. 1971
- BARGEL, Tino, Gerhild FRAMHEIM, Hansgert PEISERT und Johann-Ulrich SANDBERGER (1977): Zur Sozialisation von Akademikern. Zwischenergebnisse einer international-vergleichenden Untersuchung zum Ausbildungseffekt der Hochschule. In: Konstanzer Blätter für Hochschulfragen, H. 53 (= Jg. XIV, H. 4), 1977, S. 5-24
- BARTELS, Dietrich (1965): Das Problem der Gemeindetypisierung. In: Geographische Rundschau, Jg. 17, 1965, S. 22-25
- BAUER, Hartmut (1973): Räumliche Bestimmungsgründe der Situation im Bildungswesen als Grundlage regionaler Bildungsplanung. Eine Untersuchung über Ostwestfalen und Südwestniedersachsen. Bonn - Bad Godesberg 1973 (= Mitteilungen aus dem Institut für Raumordnung, H. 80)
- Bayerische Staatsregierung (1974): 2. Raumordnungsbericht. München 1974
- dies. (1976): 3. Raumordnungsbericht. München 1976
- Bayerisches Staatsministerium für Wirtschaft und Verkehr (1970): Ein Programm für Bayern II. München 1970
- BECKER, Ruth (1972): Aktivitätsanalyse als Entscheidungshilfe zur Standortfindung von Hochschuleinrichtungen. In: Colloquium über Planungsverfahren zur Gesamthochschulentwicklung. Stuttgart 1972 (= Texte und Daten zur Hochschulplanung, Bd. 5)
- BECKER, Ruth, Marianne HEINEMANN-KNOCH und Rotraut WEEBER (1976): Zur Rolle einer Universität in Stadt und Region. Universität als regionaler Wirtschaftsfaktor. Mobilität von Hochschulabsolventen. Verhalten von Hochschulangehörigen im Reproduktionsbereich. München 1976 (= Texte und Daten zur Hochschulplanung, hrsg. vom Sonderforschungsbereich 63 - Hochschulbau, Universität Stuttgart, Bd. 21)
- BECKMANN, Jochen (1973): Gravitationstheoretischer Ansatz zur Ermittlung des regionalen Studentenaufkommens in NRW. Eine Analyse der Studienortwahl. Pullach bei München 1973 (= Hochschulplanung, Bd. 15)
- BECKMANN, Raimund, Wolfgang KANTORSKI, Maria WESSELMANN und Manfred POLLMANN (1973): Neuordnung und Ausgestaltung des Kuhviertels in Münster. O.O. (Münster) 1973
- BECKURTS, Karl Heinz und Horst ZAJONC (1978): Großforschungseinrichtungen in der Bundesrepublik Deutschland. In: Konstanzer Blätter für Hochschulfragen, H. 59 (= Jg. XIV, H. 2), 1978, S. 46-55
- BEER, Rüdiger Robert (1961): Städte und Hochschulen. In: Der Städtetag, Jg. 14, 1961, S. 10-12
- ders. (1964): Probleme der Hochschulstädte. In: Der Städtetag, Jg. 17, 1964, S. 471-475
- ders. (1966): Hochschulstandorte. In: Konstanzer Blätter für Hochschulfragen, H. 10 (= Jg. IV, H. 1), 1966, S. 52-55
- Beiträge und Daten zur Gesamthochschule Kassel unter geographischen und statistischen Aspekten. Kassel 1974 (= Kasseler Statistik, Sonderheft, Nr. 8)
- Benutzeranalyse des Stadtarchivs Göttingen - Auswertungen der Benutzeranträge 1974-1977. In: Vierteljahresbericht der Stadt Göttingen, 3. Quartal 1978, S. 14-20
- Beratungsstelle für Gewerbebau Hamburg (1968): Stellungnahme Universitätswohnstadt "Neues Zentrum" Querenburg. Masch., Hamburg (April) 1968
- BERGENTHAL, Josef (1971): Alte und neue Universitäten in Westfalen. Münster 1971
- BERGJOHANN, Eberhard (1968): Regionales Studentenaufkommen. Analyse des Hochschulbesuchs in Niedersachsen und Bremen um 1964. Vorausschätzung der Studentenzahlen bis zum Jahre 2000. Hannover 1968 (= Schriftenreihe der Arbeitsgruppe Standortforschung an der Technischen Hochschule Hannover, Bd. 4)
- BERGJOHANN, Eberhard, Sabine DIESTERWEG und Ulrich POHL (1975): Hochschulstandorte - Hochschulkapazitäten. Kriterien, Methoden und Grundlagen der regionalen Hochschulplanung in der Bundesrepublik Deutschland. Braunschweig 1975 (= Schriftenreihe zur Regionalen Bildungs- und Entwicklungsplanung, hrsg. vom Institut für Regionale Bildungsplanung - Arbeitsgruppe Standortforschung - GmbH Hannover, Bd. 24)
- BERGJOHANN, E., C. GEISSLER, H. POHL u.a. (1971): Grundlagen für die Standort- und Kapazitätsplanung zukünftiger Gesamthochschulen in Nordrhein-Westfalen. Hannover (Oktober) 1971 (= Arbeitsgruppe Standortforschung, Manuskriptdruck Nr. 31)

- BERNDT, Heinz (1971): Grundlagen der städtebaulichen Einordnung, der Struktur und des Flächenbedarfs von Hochschulkomplexen. In: Deutsche Architektur, Jg. 20, 1971, H. 4, S. 220-227
- BERNHARD, Wilhelm (1970): Der Wald um die Universität Konstanz. In: Konstanzer Blätter für Hochschulfragen, H. 27 (= Jg. VIII, H. 2), 1970, S. 95-105
- BESCH, Hans Werner (1966): Geographische Aspekte bei der Einführung von Dörfergemeinschaftsschulen in Schleswig-Holstein. Kiel 1966 (= Schriften des Geographischen Institutes der Universität Kiel, Bd. 26, H. 1)
- BESSON, Waldemar (1970): Erlebte Zeitgeschichte - kritisch betrachtet. 44 Stücke politischer Publizistik. Konstanz 1970 (Nachtrag 1971)
- BEUERMANN, Arnold (1960): Zur Topographie der Göttinger Innenstadt. In: Berichte zur deutschen Landeskunde, Jg. 25, 1960, S. 93-128
- BIEDENKOPF, Kurt H. (1968): Die Ruhr-Universität Bochum - Versuch einer Einheit der Wissenschaften. In: Ruhr-Universität Bochum, Jahrbuch 1968, S. 9-12
- BIERWIRTH, Hans-Günther (1967): Ruhr-Universität und Verkehr - Ruhr-Universität und Stadt - Ruhr-Universität und Landschaft. In: Südwestfalen gestern - heute. Regierungsbezirk Arnsberg 1816 - 1966. Berlin 1967, S. 269-270
- ders. (1971): Ruhr-Universität Bochum. In: Information, hrsg. vom Zentralarchiv für Hochschulbau, Jg. 4, 1971, H. 17, S. 84-91
- Bildungsberatung in der Praxis. Aus der Arbeit der Bildungsberatungsstellen in Baden-Württemberg. Villingen-Schwenningen 1975 (= Bildung in neuer Sicht, Bd. 29)
- Bildungsbericht 1970. Hrsg. vom Senat der Freien und Hansestadt Hamburg. Hamburg 1970
- Bildungschancen für alle. Stuttgart 1972 (= Bildung für die Welt von morgen. Informationen über das Bildungswesen, hrsg. vom Kultusministerium Baden-Württemberg, Nr. 15)
- Bildungsplanung, Stadtplanung, Hochschulplanung in der UdSSR. Ein Reisebericht. Auswahl und Zusammenstellung: Hans-Jürgen Dietrich. Hrsg.: Zentralarchiv für Hochschulbau Stuttgart - Institut für Hochschulbau Stuttgart. Stuttgart 1973 (= Planen und Bauen, Bd. 5)
- BILLINGER, Hans (1965): Verkehrsprobleme im Hochschulbereich. In: Planung wissenschaftlicher Hochschulen. Stuttgart 1965, S. 76-78 (= Schriften des Zentralarchivs für Hochschulbau, H. 1)
- ders. (1968): Verkehrsanlagen im baulichen Rahmenplan. In: Information, hrsg. vom Zentralarchiv für Hochschulbau, Jg. 1, 1968, H. 2, S. 45-48
- ders. (1969): Fußgänger und Fahrzeuge in Universitätsbereichen. In: Planungswerte für wissenschaftliche Hochschulen. Düsseldorf 1969, S. 93-121 (= Schriften des Zentralarchivs für Hochschulbau, H. 7)
- BILLINGER, Hans, Hans-Werner LIEBERT und Herbert SCHÜNFUSS (1971): Verkehrsanlagen in Hochschulgebieten. In: Hochschulplanung. Beiträge zur Struktur- und Bauplanung. Hrsg. von Horst Linde. Bd. 4, Düsseldorf 1971, S. 115-128
- BILLINGER, Hans und Herbert SCHÜNFUSS (1964): Universität Bochum. Verkehrsplanung. Erstellt im Auftrag des Staatshochbauamtes für die Universität Bochum. Stuttgart 1964
- dies. (1966): Verkehrsuntersuchung. Universität zu Köln. Im Auftrage des Staatshochbauamtes für die Universität zu Köln. O.O. 1966
- dies. (1969): Untersuchungen zum Verkehrsaufkommen an Universitätskliniken. In: Planungswerte für wissenschaftliche Hochschulen. Düsseldorf 1969, S. 123-147 (= Schriften des Zentralarchivs für Hochschulbau, H. 7)
- BILLINGER, Hans und Hubert H. WANING (1966): Ruhr-Universität Bochum. Verkehrsanlagen. Bochum 1966
- dies. (1967): Ruhr-Universität Bochum. Befragung zur Verkehrsplanung. WS 1966/67. Bochum 1967
- BITTNER, Wolfgang (Hrsg.) (1974): Wem gehört die Stadt? Göttingen 1974
- BLOTEVOGEL, Hans Heinrich (1975): Zentrale Orte und Raumbeziehungen in Westfalen vor der Industrialisierung (1780-1850). Münster und Paderborn 1975 (= Veröffentlichungen des Provinzialinstituts für Westfälische Landes- und Volksforschung, H. 19 und Bochumer Geographische Arbeiten, H. 18)
- ders. (1978): Standorte und Einzugsbereiche von Universitäten und Gymnasien in Westfalen im 18. und 19. Jahrhundert. In: Probleme des Städtewesens im industriellen Zeitalter. Hrsg. von Helmut Jäger. Köln und Wien 1978, S. 49-98
- ders. (1979): Kulturelle Zentralfunktionen - theoretische Konzepte und Beispiele aus Westfalen seit dem 18. Jahrhundert. In: Kulturelle Stadt-Land-Beziehungen in der Neuzeit. Hrsg. von Günter Wiegelmann. Münster 1979, S. 63-114
- BLÜTHGEN, Joachim (1961): Erlangen. Das geographische Gesicht einer expansiven Mittelstadt. Erlangen 1961 (Sdr. aus Mitteilungen der Fränkischen Geographischen Gesellschaft, 1961)
- BOCKEMOHL, Michael (1979): Bau des Primatenzentrums begonnen. In: Deutsche Universitätszeitung 1979, H. 11, S. 348
- BÜCKLING, Jürgen (1970): Die Westf. Wilhelms-Universität ist Münsters größter Bauherr. In: Münster. Wirtschaftsreport, H. 1, 1970, S. 35-36
- ders. (1971): Die Universität als größter Bauherr Münsters. In: Münster. Wirtschaftsreport, H. 2, 1971, S. 33-34
- ders. (1972): Die kommunale Bedeutung der Universität Münster. In: Münster. Wirtschaftsreport, H. 3, 1972, S. 61-63
- BÜDDRICH, Jürgen (1958): Der Strukturwandel von München-Schwabing seit 1850. Eine sozialgeographische Untersuchung. In: Mitteilungen der Geographischen Gesellschaft München, Bd. 43, 1958, S. 47-102
- BOEDDINGHAUS, Gerhard (1972): "Universitätsstadt" Bremen als städtebauliche Entwicklungsmaßnahme nach dem Städtebauförderungsgesetz. In: Standortprobleme der Gesamthochschule. 5. Kolloquium der Hochschulstädte 1972 in Bielefeld. Hrsg. vom Deutschen Städtetag. Köln 1972, S. 61-69 (= Reihe C, DST-Beiträge zur Bildungspolitik, H. 5)
- BÖHM, Hans, Franz-Josef KEMPER, Wolfgang KULS und Joachim SUPP (1975): Studien über Wandlungsvorgänge im innerstädtischen Bereich am Beispiel von Bonn. Bonn 1975 (= Arbeiten zur Rheinischen Landeskunde, H. 39)
- BÖHM, Wolfgang, Peter DIETZE und Uwe SCHÜLER (1973): Denkschriften zur Universitätsgründung. Analyse und Vergleich der Denkschriften der Städte Ulm, Konstanz, Trier, Bamberg, Passau. Teil 1: Analyse, Teil 2: Dokumentation. Stuttgart 1973 (SFB 63)
- BÖHME, H. (1967): Die Technischen Hochschulen in ihren Auswirkungen auf die Städte. Vortrag während einer Arbeitstagung des Südwestdeutschen Arbeitskreises für Stadtgeschichtsforschung am 13.11.1976 in Schwäbisch Gmünd

- BOHNKE, Brigitte und Gerhard HIRSCHFELD (Hrsg.) (1974): Uni-Porträts. Die Hochschulen der Bundesrepublik. Soziales, Politisches, Statistisches, Forschungsschwerpunkte. Frankfurt 1974
- BONNER, E.R. (1968): The economic impact of a university on its local community. In: Journal of the AIP 34 (1968), H. 5, S. 339-343
- BORST, Arno (1978): Konstanz - Universität, Landschaft, Geschichte. In: Konstanzer Blätter für Hochschulfragen, H. 60 (= Jg. XVI, H. 3), Dezember 1978, S. 69-80
- Botanische Gärten, Parks und Blumenlandschaften. In: Blumen-Paradiese der Welt, bearbeitet von Herbert Reisigl u.a. Frankfurt und Innsbruck 1964, S. 185-250
- BOUCHÉ, Reinhard, Friedbert KIND und Gerhard SCHWANHAUSSER (1973): Zentralarchiv für Hochschulbau - Gesamtbibliographie 1968-1972. Teil I: Titelaufnahmen, Teil II: Sachregister. Stuttgart 1973
- BRAND, Klaus (1975): Räumliche Differenzierungen des Bildungsverhaltens in Nordrhein-Westfalen. Paderborn 1975 (= Bochumer Geographische Arbeiten, H. 20)
- BRAUN, Franz (1972): Neue Verkehrsbauten in Köln. In: Die Bauverwaltung, Jg. 45, 1972, S.212-221
- BREUER, K.D. (1975): Erwachsenenbildung. Nebenamtliche Mitarbeiter in der Mehrzahl. In: RUB-aktuell. Zeitung der Ruhr-Universität Bochum, Ausgabe 23/75 vom 10.2.75, S. 4-5
- BRUSSE, Ulrich und Jürgen EMDE (1977): Die regionalwirtschaftlichen Auswirkungen der Ausgaben der Technischen Hochschule Aachen. In: Informationen zur Raumentwicklung, 1977, H. 3/4, S. 283-292
- BROTT, Gerhard (1964): Neu- und Ausbau der Landesuniversität Göttingen. In: Göttingen. Planung und Aufbau, H. 1, 1964, S. 25-29
- Buchhandel und Wissenschaft. Zusammenestellt und hrsg. von Friedrich Uhlig, Gütersloh 1965 (= Schriften zur Buchmarktforschung, H. 5)
- BUCHHOLZ, Hanns Jürgen (1970): Formen städtischen Lebens im Ruhrgebiet, untersucht an sechs stadtgeographischen Beispielen. Paderborn 1970 (= Bochumer Geographische Arbeiten, H. 8)
- BUCHHOLZ (1970): Universitätsplanung aus der Sicht der Stadtplanung (am Beispiel Hamburg). In: Information, hrsg. vom Zentralarchiv für Hochschulbau, Jg. 3, 1970, H. 9, S. 13-15
- BUCHHOLZ, Hanns Jürgen, Heinz HEINEBERG, Alois MAYR und Peter SCHÖLLER (1971): Modelle kommunaler und regionaler Neugliederung im Rhein-Ruhr-Wupper-Ballungsgebiet und die Zukunft der Stadt Hattingen. Hattingen 1971 (= Materialien zur Raumordnung aus dem Geographischen Institut der Ruhr-Universität Bochum, Bd. 9)
- BULLOCK, Nicholas, Peter DICKENS und Philip STEADMAN (1968): A Theoretical basis for university planning. Cambridge 1968 (= Land Use and Built Form Studies, Bd. 1)
- BULWIEN, Hartmut (1973): Der Einfluß von Bildungseinrichtungen auf die unternehmerische Standortwahl. Unveröff. Geographie-Diplomarbeit an der Technischen Universität München. Masch., München 1973
- Bundesassistentenkonferenz (1968): Kreuznacher Hochschulkonzept. Bonn 1968 (= Schriften der BAK, H. 1)
- dies. (1969): Überlegungen zur Gesamthochschule. Bonn 1969 (= Materialien der BAK, Nr. 4)
- dies. (1970): Bergneustädter Gesamthochschulplan. Modelle zu Gründungsverfahren, Regionalplanung und Kostenüberschlag für 63 Integrierte Gesamthochschulen. Bonn 1970 (= Schriften der BAK, H. 8)
- Bundesminister der Verteidigung (1974): Die Hochschulen der Bundeswehr. O.O. (Bonn) 1974
- Der Bundesminister für Bildung und Wissenschaft (1970): Bildungsbericht '70. Bericht der Bundesregierung zur Bildungspolitik. Bonn 1970
- dies. (1972): Bildung und Wissenschaft 1969-1972. Bonn 1972 (Sdr. der Bundestagsdrucksachen VI/3828 vom 22.9.1972 zur Bildungspolitik und VI/3827 vom 21.9.1972 zur Forschungspolitik)
- dies. (1973): Bericht der Bundesregierung über Nachfrage und Angebot bei Studienplätzen. Bonn 1973 (= Deutscher Bundestag, 7. Wahlperiode, Drucksache VII/1340 vom 4.12.1973)
- dies. (1974a): Grunddaten. Bonn (März) 1974
- dies. (1974b) Strukturdaten. Wermelskirchen (November) 1974
- dies. (1978): Grund- und Strukturdaten. Ausgabe 1978. München 1978
- Der Bundesminister für Bildung und Wissenschaft und Statistisches Bundesamt (Hrsg.) (1974): Bildung im Zahlenspiegel. O.O. (Mai) 1974
- Der Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen (1971): Bericht der Bundesregierung und Materialien zur Lage der Nation 1971. Kassel 1971
- Bundesrepublik Deutschland, Der Bundeskanzler (1970): Bericht zur Bildungspolitik. Bonn 1970 (= Deutscher Bundestag, 6. Wahlperiode, Drucksache VI/925, Sachgebiet 22)
- Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung (1973): Bildungsgesamtplan. Kurzfassung. Stuttgart 1973
- BURGER, Hans-Georg (1978): Gießen besser als sein Ruf. Gießen im Urteil des wissenschaftlichen Personals der Justus-Liebig-Universität - Ergebnisse einer Befragung. In: Gießener Universitätsblätter, Jg. XI, H. 2, 1978, S. 81-103
- CASPAR, Reinhard (1970): Ökonomische Konzeption einer rationalen Hochschulplanung. Pullach bei München 1970 (= Hochschulplanung, Bd. 3)
- Centre of Environment Studies (1974): The University in an Urban Environment. Joint Unit for Planning Research. London 1974
- CLAUS, Fritz (1973): Ansprache von Oberbürgermeister Fritz Claus anlässlich des Richtfestes für das Uni-Center Bochum am 20. März 1973. In: Ruhr-Universität Bochum, Jahrbuch 1973, S. 279-282
- A College in the City. A Report from Educational Facilities Laboratories. New York 1969
- CONRAD, J. (1884): Das Universitätsstudium in Deutschland während der letzten 50 Jahre. Statistische Untersuchungen unter besonderer Berücksichtigung Preußens. Jena 1884 (= Sammlung nationalökonomischer und statistischer Abhandlungen des Staatswissenschaftlichen Seminars zu Halle a.d.S., 3. Bd., 2. H.)
- CONRAD, Rolf (1955): Die Kölner Neustadt. Eine wirtschafts- und sozialgeographische Untersuchung. Diss., Masch., Köln 1955
- dies. (1961): Die Kölner Neustadt und der innere "Grüngürtel". In: Köln und die Rheinlande. Festschrift zum 33. Deutschen Geographentag. Wiesbaden 1961, S. 170-181
- CONRADI, Peter (1964): Probleme bei der Planung von Hochschulen. In: Bauen und Wohnen, 19. Jg., H. 8, 1964, S. 295-302

- CONRADI, Peter und Hermann REICHENECKER (1964): Gedanken zur Gesamtplanung von Hochschulen. In: Konstanzer Blätter für Hochschulfragen, Jg. II, 1964, H. 5, S. 44-52
- COOK, Edgar D. (1970): Analyzing University Student Contribution to the Economic Base of the Community. In: The Annals of Regional Science, June 1970, S. 146-153
- COX, Karl-Heinz (1971): Standortbestimmung von Hochschuleinrichtungen. Grundlagen und Methode zur Beurteilung alternativer Mikrostandorte für Hochschuleinrichtungen im Rahmen der Standortplanung. Hannover 1971 (= Schriftenreihe der Arbeitsgruppe Standortforschung, Bd. 11)
- COX, Karl-Heinz, Clemens GEISLER, Eberhard BERG-JOHANN und Heinz HOLZ (1969): Regionale Hochschulplanung im Land Rheinland-Pfalz. Trier als Standort einer Universität. Hannover 1969 (= Schriftenreihe der Arbeitsgruppe Standortforschung, Bd. 7)
- CREMER, Norbert (1964): Gutachten zur Einplanung von Gewerbebetrieben in die Universitätsstadt Bochum. Im Auftrage der Treuhand- und Finanzierungsgesellschaft für Wohnungs- und Bauwirtschaft m.b.H. in Düsseldorf erstattet vom Institut Gewerbebetriebe im Städtebau. Masch., Köln (November) 1964
- CZINKI, Laszlo (1967): Zur Planung eines regionalen Erholungsgebietes. Anmerkungen zum Ideenwettbewerb "Bochumer Stausee". In: Bauwelt 58 (1967) 12/13 (Stadtbauwelt 13), S. 990-993
- DAHRENDORF, Ralf (1965): Arbeiterkinder an deutschen Universitäten. Tübingen 1965
- ders. (1966): Bildung ist Bürgerrecht. Osnabrück 1966
- ders. (1976): Konstanz, der "süße Anachronismus". Eine persönliche Notiz zum 10. Geburtstag der Universität Konstanz. In: Konstanzer Blätter für Hochschulfragen, H. 50/51 (= Jg. XIV, H. 1/2), S. 14-24
- van DEENEN, B. (1965): Die Aussagekraft einer Gemeindetypisierung für regionale und agrarstrukturelle Entwicklungsmaßnahmen. In: Bericht über die Verbesserung der Agrarstruktur in der Bundesrepublik Deutschland 1964-1965. Bonn 1965
- Van DEENEN, B., E. MROHS und H.A. KREKELER (o.J.): Gemeinden nach der sozialökonomischen Struktur und Funktion. In: Atlas der Bundesrepublik Deutschland, Karte Nr. 3214. O.O. (Bad Godesberg) o.J.
- DENECKE, Dietrich (1979): Göttingen. Materialien zur historischen Stadtgeographie und zur Stadtplanung. Erläuterungen zu Karten, Plänen und Diagrammen mit einer Bibliographie. Göttingen 1979 (zugl. Göttingen. Planung und Aufbau, H.17)
- DERENBACH, Rolf (1977): Regionale Entwicklung des Studienverzichts und berufliche Bildung außerhalb der Hochschulen. In: Informationen zur Raumentwicklung 1977, H. 7, S. 515-525
- Deutscher Akademischer Austauschdienst (1973): Studium in Belgien. Bonn - Bad Godesberg o.J. (1973)
- Deutscher Städtetag (1970): Empfehlungen des Deutschen Städtetages zum Planungsprozeß in Hochschulstädten (Präsidium des Deutschen Städtetages, 17.11.1970). In: 4. Kolloquium der Hochschulstädte in Regensburg 1970, hrsg. vom Deutschen Städtetag. Köln 1970, S. 85-92
- ders. (1972): Standortprobleme der Gesamthochschule. 5. Kolloquium der Hochschulstädte am 24./25. Februar 1972 in Bielefeld. Referate und Diskussion. Köln 1972 (= DST-Beiträge zur Bildungspolitik, Reihe C, H. 5)
- Deutsches Studentenwerk (Hrsg.) (1971): Studenten wohnen... Stuttgart und Bern 1971
- dass. (1973): Studentenwerk im Zahlenspiegel. Bonn (Oktober) 1973
- dass. (1974/1976): Liste der Studentenwohnheime in der Bundesrepublik und in West-Berlin (WS 1973/74). Masch. verv., o.O. (Bonn) (Juli)1974; Stand 1.1.1976. Bonn (März) 1976
- DIETZE, P. und J. PAMPE (1971): Relativer Hochschulbesuch/Studierendendichte WS 1968/69. Masch., Stuttgart 1971 (SFB 63)
- DIEZ, Theopont (1976): Die Universität in der Landschaft. In: Konstanzer Blätter für Hochschulfragen, H. 50/51 (= Jg. XIV, H. 1/2), 1976, S.25-28
- DIRKSMEIER, Bernhard (1971): Zentrales Planungsamt für Hochschulbau im Lande Nordrhein-Westfalen - Münster. In: Information, hrsg. vom Zentralarchiv für Hochschulbau, Jg. 4, 1971, H. 17, S. 92-98
- ders. (1973): Möglichkeiten und Grenzen der multifunktionalen Nutzung. In: Information, hrsg. vom Zentralarchiv für Hochschulbau, Jg. 6, 1973, S. 34-48
- ders. (1974): Aus der Grundlagenplanung für das Aktionsprogramm Hochschulbau 1975/80. In: Staatsbau NW. Staatliches Bauen in Nordrhein-Westfalen 1974, hrsg. vom Finanzminister des Landes Nordrhein-Westfalen. München 1974, S. 42-51
- DIRKSMEIER, B., K. SCHLIEWE, A. SCHOLZ und H. SCHULTHEIS (1974): Planung einer Gesamthochschule. Entwicklungstendenzen im Hochschulbau am Beispiel Essen Baustufe 1975. In: Der Architekt, 23. Jg., 1974, H. 6, S. A312-A322
- DODT, Jürgen und Alois MAYR (Hrsg.) (1976): Bochum im Luftbild. Festschrift zum 20jährigen Bestehen der Gesellschaft für Geographie und Geologie Bochum e.V. Paderborn 1976 (zugl. Bochumer Geographische Arbeiten, Sonderreihe, H. 8)
- Dokumentation über die Entstehung der Ruhr-Universität Bochum 1948 - 1961. 3 Bde (Protokolle von Landtags- und Landtagsausschuß-Sitzungen, Gutachten, Denkschriften u.ä.). Archivexemplare des Landtags von Nordrhein-Westfalen zu Düsseldorf und der Ruhr-Universität Bochum
- DUCKERT, W. (1968): Die Stadtmitte als Stadtzentrum und Stadtkern. Funktionale und physiognomische Aspekte ihrer Nutzung am Beispiel von Darmstadt. In: Die Erde, 99. Jg., 1968, S. 209-235
- DOWELL, Kurt (1976): Universität, Schulen und Museen. Adenauers wissenschafts- und bildungspolitische Bestrebungen für Köln und das Rheinland (1917-1932). In: Konrad Adenauer Oberbürgermeister von Köln. Festgabe der Stadt Köln zum 100. Geburtstag ihres Ehrenbürgers. Köln 1976, S. 167-206 und 697-701
- EBEL, Wilhelm (1961): Die Privilegien und ältesten Statuten der Georg-August-Universität zu Göttingen. Göttingen 1961
- ders. (1969): Memorabilia Göttingensia. Elf Studien zur Sozialgeschichte der Universität. Göttingen 1969

- EBEL, Wilhelm (1972): Die Georgia Augusta - ihre Geschichte. In: Göttingen. Portrait einer Stadt. Berlin o.J. (1972)
- ECKERT, Christian (1905): Bedeutung und seitherige Erfahrungen der Handels-Hochschulen. Mainz 1905
- ders. (1919a): Eröffnungsfeier der Universität Köln. Reden. Aus: Reden, gehalten bei dem Festakt im großen Saal des Gürzenich am 12. Juni 1919 und bei der Akademischen Feier in der Aula der Universität am 20. Juni 1919. Köln 1919
- ders. (1919b): Universität Köln. Denkschrift. Köln 1919
- ders. (1921): Die neue Universität. Köln 1921 (= Kölner Universitätsreden, H. 1)
- ders. (1925): Köln als Universitätsstadt. In: Deutschlands Städtebau. Köln. Bearbeitet von Franz Bender, 2. Aufl., Berlin 1925, S. 110-113
- ECKERT, Christian und Ernst VETTERLEIN (1907): Zur Eröffnung des Neubaus der Handelshochschule Köln. Köln 1907
- ECKERT, Willehad Paul (1961): Kleine Geschichte der Universität Köln. Köln 1961
- EDDING, Friedrich (1958): Internationale Tendenzen in der Entwicklung der Ausgaben für Schulen und Hochschulen. Kiel 1958 (= Kieler Studien, H. 47)
- ders. (1963): Ökonomie des Bildungswesens. Lehren und Lernen als Haushalt und als Institution. Freiburg 1963
- ders. (1970): Auf dem Wege zur Bildungsplanung. Braunschweig 1970 (= Westermann-Taschenbuch, H. 73)
- EDDING, F. und R. von CARNAP (1962): Der relative Schulbesuch in den Ländern der Bundesrepublik 1952-1960. Frankfurt 1962
- EHLERS, Eckart (1974): Tübingen als Universitätsstadt. In: Die europäische Kulturlandschaft im Wandel. Festschrift für Karl Heinz Schröder zum 60. Geburtstag. Kiel 1974, S. 222-237
- EHLERS, Eckart und Jürgen LEIB (1977): Marburg - Stadt und Universität. In: Hundert Jahre Geographie in Marburg. Marburg 1977, S. 7-32 (= Marburger Geographische Schriften, H. 71)
- Ehrenbürger und Ehrensenatoren der Universität Konstanz. Reden und Bilder. Konstanz 1976 (= Beilage zu den Konstanzer Blättern für Hochschulfragen 1976)
- EICHENBERGER, U. (1970): Zur Methodik der regionalen Planung von Bildungseinrichtungen. In: Regio Basiliensis, Jg. XI, H. 1, 1970, S. 67-84
- Ein Programm für Bayern II. Hrsg. vom Bayrischen Staatsministerium für Wirtschaft und Verkehr. München 1970
- EITEL, Anton (1965): Zur Geschichte der Universität Münster in Westfalen. In: Westfälische Wilhelms-Universität Münster. Personal- und Vorlesungsverzeichnis, Sommersemester 1965. Münster 1965, S. 4-7
- ELIAS, Otto-Heinrich (1976): Die Universitäten als politischer Faktor städtischen Lebens. Vortrag während einer Arbeitstagung des Südwestdeutschen Arbeitskreises für Stadtgeschichtsforschung am 14.11.1976 in Schwäbisch Gmünd
- ELLER, MOSER, WALTER + PARTNER (1973): Das Kirchenforum im neuen Zentrum Querenburg. In: Ruhr-Universität Bochum, Jahrbuch 1973, S. 283-290
- ELVIN, René (1971): Neue Universitätsbauten in England. In: Deutsche Architektur, Jg. 20, H. 7, 1971, S. 422-429
- EMNID-Institut (1972): Image der Stadt Bochum aus der Sicht seiner Bewohner. Masch., o.O. (Bielefeld) 1972
- Empfehlungen des Wissenschaftsrates zum weiteren Ausbau der Universität Konstanz. In: Konstanzer Blätter für Hochschulfragen, H. 60 (= Jg. XVI, H. 3), 1978, S. 9-24
- Empfehlungen zum Aufbau der Universität Bochum. Denkschrift des Gründungsausschusses. Bochum (Dezember) 1962
- ENGHOLM, Björn (1978): Studentenwohnraumbau und Stadtanierung. In: Informationen bildung wissenschaft, H. 2/1978, S. 37-39
- Entstehung und erstes Jahrzehnt der Universität Konstanz. Eine Chronologie. In: Konstanzer Blätter für Hochschulfragen, H. 50/51 (= Jg. XIV, H. 1/2), 1976, S. 77-121
- Ergebnisse der Volkszählung 1970 in Köln nach Stadtbezirken - dargestellt an Computerkarten -. Köln 1972 (= Statistische Berichte Nr. 16, März 1972, hergestellt als Sonderdruck aus den Statistischen Mitteilungen der Stadt Köln, Jg. 1972, H. 1-2)
- ERLINGHAGEN, Karl (1965): Katholisches Bildungsdefizit in Deutschland. Freiburg 1965
- ESSER, K., H. WAGENFELD, R. WALTER und O. GOLICHER (1968): Ruhr-Universität Bochum - Botanischer Garten. In: Die Bauverwaltung, Jg. 17, H. 12, 1968, S. 676-687
- EVERS, Carl-Heinz (1972): Die Gesamthochschule als bildungspolitisches Konzept. In: Standortprobleme der Gesamthochschule. 5. Kolloquium der Hochschulstädte 1972 in Bielefeld. Köln 1972, S. 10-19 (= Reihe C, DST-Beiträge zur Bildungspolitik, H. 5)
- EVERS, Heiko (1976): Tendenzen der Hochschulentwicklung in Münster. In: HIS-Fortbildung, Sonderdruck 2/76. Hannover 1976
- EWALD, Günter (1976): Die Ruhr-Universität Bochum - Bilanz und Perspektive nach 10 Jahren. Festansprache des Rektors Prof. Dr. Günter Ewald am 30. Juni 1975 aus Anlaß des zehnjährigen Bestehens der Ruhr-Universität. In: Ruhr-Universität Bochum, Jahrbuch 1976, S. 7-13
- EULENBERG, F. (1904): Die Frequenz der Deutschen Universitäten von ihrer Gründung bis zur Gegenwart. Leipzig 1904 (= XIV. Bd. der Abhandlungen der philologisch-historischen Klasse der Kgl.-Sächsischen Gesellschaft der Wissenschaften, Nr. II)
- FEHR, Michael und Diethelm KOCH (1975): Umbau der Stadt: Beispiel Bochum. Hrsg. von der Stadt Bochum - Museum Bochum. Bochum 1975
- FESEL, G. (1965): Entwicklungstendenzen im Klinikbau. In: Planung wissenschaftlicher Hochschulen. Stuttgart 1965, S. 105-113 (= Schriften des Zentralarchivs für Hochschulbau, H. 1)
- Festschrift zur Eröffnung des Neubaus der Handelshochschule Köln 1907. Köln 1907
- Festschrift zur Eröffnung der Universität Bochum. Hrsg. von Hans Wenke und Joachim Knöll. Bochum 1965
- FINKE, H.A. (1953): Soziale Gemeindetypen. In: Geographisches Taschenbuch 1953, S. 509 ff.
- FINKE, Heinz (1969): Konstanz. Frankfurt 1969
- Förderverein Märkische Universität e.V. (o.J.): Die Region Mark braucht eine Universität. Hagen o.J.
- FÖRSTER, Horst (1968): Die funktionale und sozialgeographische Gliederung der Mainzer Innenstadt. Paderborn 1968 (= Bochumer Geographische Arbeiten, H. 4)

- Forschungsergebnisse und Materialien zum Hochschulgesamtplan I Baden-Württemberg. Villingen 1969 (= Bildung in neuer Sicht, Nr. 20)
- FRANK, Peter R. (1977): Stanford und die Kinder von Kalifornien. Eine Universität höchsten Ranges. In: Merian "Kalifornien". Das Monatsheft der Städte und Landschaften. H. 2/1977, S. 126-127
- FRANKE, Hans-Jürgen, Manfred HERRMANN, Heiner JANSSEN, Helmut LANGE und Klaus UHLIG (1977): Hochschulplanung und Stadtentwicklung. Eine Erhebung in 60 Hochschulstädten. Hrsg. vom Deutschen Institut für Urbanistik und vom Deutschen Städte-tag. Berlin 1977
- FRANKEN, Joseph P. (1965): Bauidee und Gestalt der neuen Universität in Bochum. In: Festschrift zur Eröffnung der Universität Bochum. Bochum 1965, S. 25-56
- FRIAUF, Karl Heinrich (1972): Gemeindliche Ausgleichsansprüche beim Hochschulbau. Rechtliche Untersuchungen über die Folgekostenlast bei Errichtung und Ausbau von Hochschulen, insbesondere zur Auslegung des Art. 106 Abs. 8 Grundgesetz und zur finanzverfassungsrechtlichen Ausgleichspflicht der Länder. Osnabrück 1972 (= Schriften zum Bildungswesen in Osnabrück, Bd. 6)
- von FRIELING, Hans-Dieter (1979): Erneuerung der Göttinger Innenstadt. Ein Beispiel für die Sicherung des Citywachstums durch kommunale Planung. In: Geogr. Rundschau, Jg. 31, 1979, S. 170-178
- von FRIELING, Hans-Dieter und Jürgen STRASSEL (1973): Sozialstrukturelle Situationsanalyse im Sanierungsgebiet Göttingen, Neustadt-Ostseite und Überlegungen zu den Grundlagen des Sozialplans. 3 Teile, Göttingen 1973 (= Göttingen. Planung und Aufbau, H. 15)
- FRITZ, Helmut (1974): Universität Essen - Gesamthochschule. In: Uni-Portraits. Die Hochschulen der Bundesrepublik. Hrsg. von Brigitte Bohnke und Gerhard Hirschfeld. Frankfurt 1974, S. 113-119
- FUCHS, Walter Peter (1951): Studentische Wohnheime und Gemeinschaftshäuser in Westdeutschland. Frankfurt 1951
- 50 Jahre Evangelisches Krankenhaus Köln 1902-1952. Hrsg. im Auftrage des Aufsichtsrates des Evangelischen Krankenhaus-Vereins e.V. zu Köln. Essen und Köln 1952
- FURST, Dietrich (1979): Die Universität als Wirtschaftsfaktor einer Region. Die wirtschaftliche Bedeutung der Universität Konstanz für die Bodenseeregion. In: Konstanzer Blätter für Hochschulfragen, H. 61 (= Jg. XVI, H. 4), 1979, S. 50-59
- Fundstellen der bundeseinheitlichen Schul- und Hochschulstatistiken 1950 bis 1966. Hrsg. von der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland. Bonn 1967 (= Dokumentation Nr. 24)
- FUNK, Dieter (1978): Sonderforschungsbereiche und Forschungsplanung. In: Konstanzer Blätter für Hochschulfragen, H. 58 (= Jg. XVI, H. 1), 1978, S. 47-55
- GABELMANN, Walter und Franz Josef MERTENS (1970): Planung von medizinischen Forschungs- und Ausbildungsstätten (MFA). In: Hochschulplanung. Beiträge zur Struktur- und Bauplanung, hrsg. von Horst Linde, Bd. 2, Düsseldorf 1970, S. 123-145
- GAERTNER, Curt H.F. (1976): Querenburg - wie es war, wie es ist. Bochum 1976
- GANSER, Karl (1978): Die regionale Bedeutung einer neu gegründeten Hochschule. Kaiserslautern 1978 (= Werkstattberichte des Fachgebietes Regional- und Landesplanung, H. 5)
- GAUSSEN, Frédéric (1965): Aufbau der Universität Orléans. In: Konstanzer Blätter für Hochschulfragen, H. 8 (= Jg. III, H. 3), 1965, S. 85-88
- GEHRING, Paul (1965): Die Technische Hochschule Stuttgart, ein Abriss ihrer Entwicklung. Stuttgart 1965 (= Technische Hochschule Stuttgart, Reden und Aufsätze, H. 30)
- GEIPEL, Robert (1964): Geographische Voraussetzungen für die Mobilisierung der Begabungsreserven in Hessen. In: Mitteilungen und Nachrichten der Hochschule für internationale pädagogische Forschung und weiterführende pädagogische Studien, Nr. 36/37, Frankfurt 1964, S. 46-53
- ders. (1965): Sozialräumliche Strukturen des Bildungswesens. Studien zur Bildungsökonomie und zur Frage der gymnasialen Standorte in Hessen. Frankfurt 1965
- ders. (1966): Angewandte Geographie auf dem Feld der Bildungsforschung. In: Deutscher Geographentag Bochum 1965, Tagungsbericht und wissenschaftliche Abhandlungen. Wiesbaden 1966, S. 448-457
- ders. (1967): Die Bildungsbereitschaft der ländlichen Bevölkerung und ihre Hemmfaktoren am Beispiel hessischer Untersuchungen. In: Schule und Bildung im ländlichen Raum. Göttingen 1967, S. 45-50 (= Materialsammlung der Agrarsozialen Gesellschaft e.V., Nr. 66)
- ders. (1968a): Bildungseinrichtungen, kulturelle Einrichtungen und Raumordnung. Mainz 1968 (= Informationsbriefe für Raumordnung, hrsg. vom Bundesminister des Innern, Nr. R 6,6,5)
- ders. (1968b): Bildungsplanung und Raumordnung. Studien zur Standortplanung von Bildungseinrichtungen und zu räumlichen Aspekten des Bildungsverhaltens in Hessen. Frankfurt 1968
- ders. (1968c): Regionale Verbreitung, Dichte und soziale Herkunft der Abiturienten in Rheinland-Pfalz. Untersuchungen über die Jahrgänge 1957-1966. Hrsg. von der Staatskanzlei Rheinland-Pfalz, Oberste Landesplanungsbehörde. Mainz 1968
- ders. (1968d): Der Standort der Geographie des Bildungswesens innerhalb der Sozialgeographie. In: Zum Standort der Sozialgeographie. Wolfgang Hartke zum 60. Geburtstag. Beiträge zusammengestellt von Karl Ruppert. München 1968, S. 155-161 (= Münchener Studien zur Wirtschafts- und Sozialgeographie, Bd. 4)
- ders. (1969a): Bildungsplanung und Raumordnung als Aufgaben moderner Geographie. In: Geographische Rundschau, Jg. 21, 1969, S. 15-26
- ders. (1969b): Zusammenhänge zwischen Bildungsplanung und Raumordnung. In: Raumordnung und Bildungspolitik. Vorträge, Podiumsgespräche. Kongreß der Lehrer und Erzieher. Frankfurt/Main 1969, S. 9-23
- ders. (1971a): Die räumliche Differenzierung des Bildungsverhaltens. In: Bildungsplanung und Raumordnung. Referate und Diskussionsbemerkungen anlässlich der Wissenschaftlichen Plenartagung 1970 in Hamburg. Hannover 1971, S. 47-61 (= Veröffentlichungen der Akademie für Raumforschung und Landesplanung, Forschungs- und Sitzungsberichte, Bd. 61)
- ders. (1971b): Überlegungen zur Standortwahl für neue Hochschulen in Süddeutschland. In: Raumforschung und Raumordnung, 29. Jg., 1971, S. 167-175
- ders. (1971c): Die Universität als Gegenstand sozialgeographischer Forschung. In: Mitteilungen der Geographischen Gesellschaft München, Bd. 56, 1971, S. 17-31
- ders. (1972): Probleme der Universitätsstadt München. In: Mitteilungen der Geographischen Gesellschaft München, Bd. 57, 1972, S. 7-49

- ders. (1974): Der bildungs- und regionalpolitische Effekt von Universitätsgründungen (Beispiel Kassel). In: Deutscher Geographentag Kassel 1973, Tagungsbericht und wissenschaftliche Abhandlungen. Wiesbaden 1974, S. 53-65
- ders. (1975): Hochschulgründungen und Regionalpolitik. In: Die deutsche Hochschule zwischen Numerus clausus und Akademikerarbeitslosigkeit. Der doppelte Flaschenhals. Hrsg. von Ulrich Lohmar und Gerhard E. Ortner unter Mitarbeit von Manfred Bayer. Hannover 1975, S. 185-200
- ders. (1976a): Bildungsgeographische Probleme bei der Schulversorgung von Kindern ausländischer Arbeitnehmer (dargestellt am Beispiel MUnchens). In: Infrastruktur im Bildungswesen. Hannover 1976, S. 57-97 (= Veröffentlichungen der Akademie für Raumforschung und Landesplanung, Forschungs- und Sitzungsberichte, Bd. 107)
- ders. (1976b): Zur Entstehung des Forschungsansatzes "Geographie des Bildungsverhaltens". In: Mitteilungen der Österreichischen Geographischen Gesellschaft, Bd. 188, H. 1, 1976, S. 3-8
- GEISSLER, Clemens (1965): Hochschulstandorte - Hochschulbesuch. Regionale Herkunft und Bildungswanderung der deutschen Studierenden, Einzugsräume der wissenschaftlichen Hochschulen 1960/61. 2 Teile, Hannover 1965 (= Schriftenreihe der Arbeitsgruppe Standortforschung, Bd. 1)
- ders. (1967): Zum Zusammenhang von Hochschulplanung und Stadtentwicklungsplanung. Hannover 1967 (= Schriftenreihe der Arbeitsgruppe Standortforschung, Sonderheft 1)
- ders. (1969): Bildungsplanung als Instrument der Regionalpolitik. In: Raumordnung und Bildungspolitik. In: Raumordnung und Bildungspolitik. Vorträge, Podiumsgespräch. Kongreß der Lehrer und Erzieher 1968. Frankfurt/Main 1969, S. 43-52
- ders. (1970): Infrastruktur und Hochschulfolgeeinrichtungen in neuen Universitäten. In: Hochschulplanung und Stadtplanung, 4. Kolloquium der Hochschulstädte in Regensburg 1970. Hrsg. vom Deutschen Städtetag. Köln 1970, S. 36-47
- ders. (1971a): Grundlagen und Methoden der regional differenzierenden Hochschulplanung. In: Bildungsplanung und Raumordnung. Referate und Diskussionsbemerkungen anlässlich der Wissenschaftlichen Plenartagung 1970 in Hamburg. Hannover 1971, S. 17-46 (= Veröffentlichungen der Akademie für Raumforschung und Landesplanung, Forschungs- und Sitzungsberichte, Bd. 61)
- ders. (1971b): Regionale Einzugsbereiche deutscher Universitäten - Probleme der regionalen Hochschulplanung. In: Die aktuelle Situation Lateinamerikas. Akten des Zweiten Wissenschaftlichen Obersee-Kolloquiums der Universitäten Westdeutschlands und Westberlins. Frankfurt 1971, S. 416-430 (= Beiträge zur Soziologie und Sozialkunde Lateinamerikas, COSAL, Bd. 7, hrsg. von Hanns-Albert Steger)
- ders. (1974): Die Integration der Bildungsplanung in die Entwicklungsplanung als Aufgabe der Planungsforschung. In: Integrierte Verfahren regionaler Bildungs- und Entwicklungsplanung. Hannover 1974, S. 1-8 (= Veröffentlichungen der Akademie für Raumforschung und Landesplanung, Forschungs- und Sitzungsberichte, Bd. 93)
- GEISSLER, Clemens und Uwe BRANDES (1976): Die Planung von Studienzentren für Fernstudium und Fernunterricht als Element der Infrastruktur im Bildungswesen. Hannover 1976, S. 145-178 (= Veröffentlichungen der Akademie für Raumforschung und Landesplanung, Forschungs- und Sitzungsberichte, Bd. 107)
- GEISSLER, Clemens und Günther VOGELSANG (1967): Georgia Augusta - Landesuniversität? In: Georgia Augusta, H. 7, März 1967, S. 42-47
- GERWIN, Robert (1976): Die Max-Planck-Gesellschaft und ihre Institute. Portrait einer Forschungsorganisation. Aufgabe - Arbeitsweise - Entwicklung - Haushalt. 2. Aufl., München und Göttingen 1976
- Gesamthochschule. Angebot und Herausforderung. Auszüge aus Reden, die anlässlich der Eröffnung der Gesamthochschulen in Essen, Siegen, Wuppertal, Paderborn und Duisburg gehalten worden sind. Bonn - Bad Godesberg 1972
- Gesellschaft der Freunde einer Technischen Universität Dortmund (1960a): Die Technische Hochschule Dortmund - eine Notwendigkeit. Dortmund (Januar) 1960
- dies. (1960b): Gedanken zur neuen Hochschule Dortmund. Dortmund (April) 1960
- dies. (1960c): Die Technische Hochschule im Dortmund der Stadtplan. Dortmund (Oktober) 1960
- Gesetz über die Errichtung und Entwicklung von Gesamthochschulen im Lande Nordrhein-Westfalen (Gesamthochschulentwicklungsgesetz - GHEG). In: GV. NW, 26. Jg., 1972, Nr. 25 vom 12.6.1972, S. 134-141
- Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Nordrhein-Westfalen (1970): Stellungnahme zum Aufbau- und Strukturplan für die Gründung neuer Universitäten in Nordrhein-Westfalen. O.O. 1970 (= GEW NW, Nr. 16, Dezember 1970)
- GILBERT, Edmund W. (1947): The industrialization of Oxford. In: Geographical Journal, Jg. 109, 1947, S. 1-25
- ders. (1961): The University Town in England and West Germany. Marburg, Göttingen, Heidelberg and Tübingen, viewed comparatively with Oxford and Cambridge, Chicago 1961 (= The University of Chicago, Department of geography, Research Paper No. 71)
- Göttingen. Portrait einer Stadt. Berlin o.J. (ca. 1972)
- Göttinger Bürgerbuch. Hrsg. von der Stadt Göttingen. 2 Aufl., Göttingen 1971
- GOLDMANN, Karlheinz (1967): Verzeichnis der Hochschulen. Neustadt/Aisch 1967
- GORMSEN, Erdmann (1963): Das heutige Bild des alten Heidelberg. In: Heidelberg und die Rhein-Neckar-Lande. Festschrift zum 34. Deutschen Geographentag-Heidelberg und München 1963, S. 112-125
- ders. (1968): Das Bild der Stadt (Heidelberg). In: Die Stadt- und Landkreise Heidelberg und Mannheim. Hrsg. vom Statistischen Landesamt Baden-Württemberg. Abteilung Landesbeschreibung. Bd. II, Heidelberg 1968, S. 330-356
- ders. (1977): Stadt und Universität in Heidelberg. Heidelberg 1977 (= Heidelberger Geographische Arbeiten, H. 46)
- GORMSEN, Erdmann und Heinz SCHORMANN (1977a): Stadt und Universität in Mainz. In: Mainz und der Rhein-Main-Nahe-Raum. Festschrift zum 41. Deutschen Geographentag 1977 in Mainz. Mainz 1977, S. 163-188 (= Mainzer Geographische Studien, H. 11)
- dies. (1977b): Räumliche und soziale Differenzierung studentischer Wohn- und Lebensverhältnisse. Das Beispiel Mainz. In: Geographische Rundschau, Jg. 29, 1977, H. 5, S. 150-156
- GROSSE, Siegfried (1971): Bochumer Beobachtungen. In: Ruhr-Universität Bochum, Jahrbuch 1971, S. 17-31
- ders. (1973): Beobachtungen zur Entwicklung der Ruhr-Universität vom Konzept des Gründungsausschusses bis zum Jahr 1973. In: Ruhr-Universität Bochum, Jahrbuch 1973, S. 17-30

- GRÖNEKE, Detlef und Rainer STIERAND (1971): Neues von der Universität Dortmund. In: Baumeister, Jg. 68, 1971, H. 8, S. 940-941
- GRUNWALD, Wilhelm (1968): Die Niedersächsische Staats- und Universitätsbibliothek Göttingen. In: Georgia Augusta, H. 9, Mai 1968, S. 119-134
- Gutachten zur Erarbeitung von Zielsetzungen für die Freiraumplanung IGH Essen, erstellt durch das Büro für Landschaftsplanung + Ingenieurbüro für Außenanlagen R. Skribbe, Handorf. Sachbearbeiter: Werner Schupp u.a. O.O. o.J. (Handorf ca. 1972)
- HAAS, Hans-Dieter (1973): Studentisches Wohnen in der Altstadt Tübingens untersucht am Beispiel der Haagasse. In: Kleinere Arbeiten aus dem Geographischen Institut der Universität Tübingen, H. 1, Tübingen 1973, S. 62-76
- HAHN, Wilhelm (1967): Der Weg in eine neue Hochschullandschaft. In: Hochschulgesamtplan Baden-Württemberg. Villingen 1967, S. 11-18 (= Bildung in neuer Sicht, Nr. 5)
- HAIN, Dorothee (1977): Velbert, ein kontaktbestimmter Wirtschaftsraum. Paderborn 1977 (= Bochumer Geographische Arbeiten, H. 29)
- HALLAUER, Fridolin (1965): Die Ruhruniversität Bochum. In: Planung wissenschaftlicher Hochschulen. Stuttgart 1965, S. 81-87 (= Schriften des Zentralarchivs für Hochschulbau, H. 1)
- ders. (1966a): Öffentliche Hochbauten in Vorfertigung, Aufgaben und deutsche Erkenntnisse (am Beispiel der Ruhr-Universität Bochum). In: Architekt + Ingenieur, 17. Jg., 1966, H. 6, S. 7-11
- ders. (1966b): Planungsgrundsätze für die Ruhr-Universität Bochum. In: Deutsche Bauzeitung, 1966, H. 6, S. 455-458
- ders. (1966c): Die Ruhruniversität Bochum im dritten Baujahr. In: Die Bauverwaltung, 15. Jg., 1966, S. 272-273
- ders. (1966d): Werden und Gestalt der Ruhr-Universität. Eine bautechnische Anthologie. Bochum 1966 (= Veröffentlichungen der Gesellschaft der Freunde der Ruhr-Universität Bochum e.V., H. 9)
- ders. (1967a): Die Ruhruniversität Bochum, eine städtebauliche und eine architektonische Aufgabe. In: Deutsche Bauzeitschrift, 1967, H. 12, S. 145 B 1.1 - 1.4
- ders. (1967b): Die Universität Bochum. Eine Planungs- und Bauaufgabe. In: Südwestfalen gestern - heute. Regierungsbezirk Arnsberg 1816 - 1966. Berlin 1967, S. 261-268
- ders. (1968a): Die Hochschule als Forschungsobjekt. In: Forschung und Rationalisierung im Hochschulbau. Dortmund 1968, S. 5-12 (= Arbeitsgemeinschaft für Rationalisierung des Landes Nordrhein-Westfalen, H. 96)
- ders. (1968b): Die Ruhr-Universität Bochum. Eine bildungspolitische, architektonische, technologische und organisatorische Aufgabe. In: Dywidag-Berichte, 1968, H. 1, S. 4-6
- ders. (1968c): Die Ruhr-Universität Bochum. Ein organisatorischer und fertigungs-technischer Wendepunkt? In: fördern und heben, Jg. 18, 1968, S. 261-272
- ders. (1968d): Die Ruhr-Universität Bochum. Eine Stadt- und eine Revier-Universität. In: Bochum, eine moderne Großstadt. Berlin 1968, S. 59-72
- ders. (1968e): Vorfertigung und Ausbau. Fertigungstechnische Probleme des Ausbaus. Erfahrungen und Trends. In: Die Bauwirtschaft, 22. Jg., 1968, H. 7, S. 158-161
- ders. (1969): Halbzeit beim Bochumer Universitätsbau. In: Ruhr-Universität Bochum, Jahrbuch 1969, S. 232-256
- ders. (1970): Bildungspolitik. In: Nordrhein-Westfalen auf dem Weg in das Jahr 2000. Hrsg. von Ernst Schmacke. Düsseldorf 1970, S. 43-65
- ders. (1971): Ruhruniversität Bochum - eine Revieruniversität? In: Baumeister, 68. Jg., 1971, H. 8, S. 923-926
- ders. (1973): Universitätsplanung in Japan. In: Japan. Verkehr und Bau. Bericht über eine Studienreise. O.O. o.J. (Essen 1973), S. 121-154
- ders. (1975): Die Universitätsbibliothek als organisatorische, technologische, wirtschaftliche und städtebaulich-architektonische Aufgabe. In: Ruhr-Universität Bochum, Jahrbuch 1975, S. 7-11
- HALLAUER, Fridolin, Helmut HENTRICH und Hubert PETSCHNIGG (1967): Die Ruhruniversität Bochum. Eine städtebauliche und eine architektonische Aufgabe. In: Deutsche Bauzeitschrift, 1967, H. 12, S. 2025-2040
- HANKE, Rudolf (1970): Bericht über die konstituierende Sitzung des "Planungsausschusses Hochschulbau" am 16.1.1970 in Bonn. In: Information, hrsg. vom Zentralarchiv für Hochschulbau, Jg. 3, 1970, H. 10, S. 20-25
- HANSEN, Georg (1973): Die Entwicklung des Einzugsbereichs und des studentischen Wohnens einer Hochschulneugründung am Beispiel Bochum 1966 bis 1971 - Strukturpolitik durch die Wahl von Hochschulorten -. Diss., Masch., Bochum 1973
- HANSEN, Hans Peter und Karl Heinrich MYLIUS (1974): Die soziale Situation der Studenten. Ergebnisse einer Befragung der Studentenschaft an der Universität Münster (SS 1972). Pullach bei München 1974 (= HIS Brief 49)
- HANSEN, Rolf und Kurt ZIPPEL (1976): Schülertransport - ein Element der Infrastruktur im Bildungswesen - Grundlagen der Planung - In: Infrastruktur im Bildungswesen. Hannover 1976, S. 115-131 (= Veröffentlichungen der Akademie für Raumforschung und Landesplanung, Forschungs- und Sitzungsberichte, Bd. 107)
- HARRIS, Chauncy D. (1943): A Functional Classification of Cities. In: The Geographical Review, Bd. 33, 1943, S. 86-99
- HARVEY, J.W. (1958): University of California. The University and the City. A study of economic relationships between the University of California and the City of Berkeley. Berkeley 1958
- HARTLIEB VON WALLTHOR, Alfred (1957): Höhere Schulen in Westfalen vom Ende des 15. bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts. In: Westfälische Zeitschrift, Jg. 107, 1957, S. 1-105
- HASBACH, Hasso (1977): Probleme dezentraler Hochschulgründungen am Beispiel Flensburg. In: Informationen zur Raumentwicklung, 1977, H. 3/4, S. 313-318
- HAUBNER, Karl (1964): Die Stadt Göttingen im Eisenbahn- und Industriezeitalter. Hildesheim 1964 (= Veröffentlichungen des Niedersächsischen Instituts für Landeskunde und Landesentwicklung an der Universität Göttingen, Reihe A, I, Bd. 75)
- ders. (1965): Der Einfluß der Baugesetzgebung auf das Werden des Stadtbildes von Göttingen im 19. Jahrhundert. In: Raumordnung im 19. Jahrhundert (1. Teil). Hannover 1965, S. 53-68 (= Veröffentlichungen der Akademie für Raumforschung und Landesplanung, Forschungs- und Sitzungsberichte, Bd. 30)

- HECKING, Georg (1967): Die Verteilungs- und Dienstleistungswirtschaft als städtische Funktion. Diss., Stuttgart 1967
- ders. (1969): Mantelbevölkerung und Folgeeinrichtungen. In: Planungswerte für wissenschaftliche Hochschulen. Düsseldorf 1969, S. 63-92 (= Schriften des Zentralarchivs für Hochschulbau, Bd. 7)
- ders. (1971): Die Hochschule unter Aspekten der städtischen Infrastruktur. In: Hochschulplanung. Beiträge zur Struktur- und Bauplanung. Hrsg. von Horst Linde, Bd. 4, Düsseldorf 1971, S. 39-50
- HEGEL, Eduard (1971): Geschichte der katholisch-theologischen Fakultät Münster 1773-1964. 2 Teile, Münster 1971 (= Münsterische Beiträge zur Theologie, H. 30, 1-2)
- HEIDEMANN, Lutz (1976): Gruppenspezifisches Wohnverhalten. Ergebnisse einer architektursoziologischen Untersuchung in Bochum-Querenburg. Essen 1976
- HEIGL, Helmut, Kurt LEHNSTAEDT und Jürgen MÜNCH (1977): Berufe für Abiturienten - Alternativen zur Universität. 2. Aufl., Darmstadt 1977
- HEINLE, E. (1965): Gesamtplanung wissenschaftlicher Hochschulen. Außereuropäische Beispiele. In: Planung wissenschaftlicher Hochschulen. Stuttgart 1965, S. 45-54 (= Schriften des Zentralarchivs für Hochschulbau, H. 1)
- HENKEL, Gerhard (1973): Untersuchungen zur Struktur der Stadt Essen. Funktionale Stadtanalyse am Beispiel eines Straßenzuges vom Zentrum zur Stadtgrenze. Essen 1973 (= Amt für Entwicklungsplanung, Untersuchungen zur Stadtentwicklung, Bericht 8)
- HENN, Walter (1968): Biophysikalisch-Chemisches Forschungszentrum der Max-Planck-Gesellschaft in Göttingen-Nikolausberg. In: Bauen und Wohnen, Jg. 23, 1968, H. 7, S. 240-241
- HENRICH, Hans Walter (1969): Die Übersetzung der Ulmer Strukturvorstellungen in das bauliche Gefüge. In: Information, hrsg. vom Zentralarchiv für Hochschulbau, 2. Jg., 1969, S. 46-54
- HENRICH, Benjamin (1971): Theater um das Theater. In: München. Merian-Monatsheft der Städte und Landschaften, H. 12/XXIV o.J. (1971), S. 58-62
- HERLYN, Sunke (1977): Verflechtungsreport November 76. Bemühungen zur städtebaulichen Integration der Universität Bremen. Ein kommunalpolitischer Erfahrungsbericht. Bremen o.J. (1977)
- HESS, Gerhard (1966): Probleme der deutschen Hochschulen und die Neugründungen. Konstanz 1966 (= Konstanzer Universitätsreden, H. 1)
- ders. (1967a): Konstanz und Ulm: zwei Universitäten, zwei Richtungen, ein Ziel. In: Ulmer Forum, 1967, H. 4, S. 3-5
- ders. (1967b): Universität im Bodenseegebiet. In: Konstanzer Blätter für Hochschulfragen, H. 14 (= Jg. V, H. 1), 1967, S. 5-14
- ders. (1968a): Aspekte künftiger Entwicklung der Universität Konstanz. In: Konstanzer Blätter für Hochschulfragen, H. 20 (= Jg. VI, H. 3), 1968, S. 5-10
- ders. (1968b): Die deutsche Universität 1930-1970. Neuwied 1970
- ders. (1968c): Die Universität Konstanz - Reform als ständige Aufgabe. Konstanz 1968 (= Konstanzer Universitätsreden, H. 16)
- ders. (1973): Sieben Jahre Universität Konstanz 1966-1972. Ein Rechenschaftsbericht. Konstanz 1973
- ders. (1976): Die Gründung der Universität Konstanz. Wissenschafts- und hochschulpolitische Voraussetzungen einer Reformhochschule. In: Konstanzer Blätter für Hochschulfragen, H. 50/51 (= Jg. XIV, H. 1/2), 1976, S. 7-13
- Gerhard Hess und die Entwicklung der Universität Konstanz. Eine Festgabe zum 13. April 1967. Konstanz 1967
- HESS, Gerhard und Christoph SCHNEIDER (1970): Die Integrierte Gesamthochschule Konstanz. Studie zu ihren Aufgaben und Möglichkeiten, insbesondere in der Lehrerausbildung. Konstanz 1970 (= Beilage zu den Konstanzer Blättern für Hochschulfragen 1970)
- Der Hessische Kultusminister (1970): Großer Hessenplan. Hochschulentwicklungsplan. Wiesbaden 1970
- HEYMANN, Klaus-Dieter und Wolfgang KARCHER (1976): Das Scheitern der Hochschulreform. Fallstudie zur Gesamthochschulplanung in Baden-Württemberg 1968 bis 1975. Weinheim und Basel 1976
- HITPASS, Josef (1965): Einstellung der Industriearbeiter zu höherer Bildung. Ratingen 1965
- ders. (1970): Bildungsboom. Prognosen, Projektionen, Pläne bis zum Jahr 2000. Bielefeld 1970
- ders. (1979): Gesamthochschule in der Bewährungskontrolle. 2. Zwischenbericht über das Begleitforschungsprojekt. Die studien- und berufsspezifische Entwicklung von Studierenden integrierter Studiengänge an der Universität Essen Gesamthochschule (UEG). Köln (Januar) 1979
- Hochschulbauförderungsgesetz vom 1. September 1969, BGBl. I, S. 1556 in der Fassung der Änderungsgesetze vom 3. September 1970, BGBl. I, S. 1301 und vom 23. Dezember 1971, BGBl. I, S. 2140
- Hochschulgesamtplan Baden-Württemberg. Empfehlungen zur Reform von Struktur und Organisation der wissenschaftlichen Hochschulen, Pädagogischen Hochschulen, Studienseminare, Kunsthochschulen, Ingenieurschulen und Höheren Fachschulen. Bericht des Arbeitskreises Hochschulgesamtplan beim Kultusministerium Baden-Württemberg. Villingen 1967 (= Bildung in neuer Sicht, Nr. 5)
- Hochschulgesamtplan I der Landesregierung Baden-Württemberg. Rahmenplan für einen differenzierten Hochschulbereich. Villingen 1969 (= Bildung in neuer Sicht, Nr. 18)
- Hochschulgesamtplan II für Baden-Württemberg. Entwicklungsplan für einen in Gesamthochschulen gegliederten Hochschulbereich. Villingen 1972 (= Bildung in neuer Sicht, Nr. 27)
- Hochschulplanung in Nordrhein-Westfalen. Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage 3 der Fraktion der CDU, Drucksache 7/986. Düsseldorf 1971 (= Landtag von Nordrhein-Westfalen, 7. Wahlperiode, Drucksache 7/1162 vom 19.10.1971)
- HOFMEISTER, Burkhard (1969): Stadtgeographie. Braunschweig 1969 (= Das Geographische Seminar)
- ders. (1970): Nordamerika. Frankfurt 1970 (= Fischer Länderkunde, Bd. 6)
- ders. (1975): Berlin. Eine geographische Strukturanalyse der zwölf westlichen Bezirke. Darmstadt 1975
- HÜROLDT, Dietrich (1969): Stadt und Universität. Rückblick aus Anlaß der 150-Jahr-Feier der Universität Bonn. Bonn 1969 (= Veröffentlichungen des Stadtarchivs Bonn, Bd. 6)
- ders. (1976): Die wirtschaftliche Bedeutung der Universität für ihre Städte im 19. und 20. Jahrhundert. Vortrag während einer Arbeitstagung des Südwestdeutschen Arbeitskreises für Stadtgeschichtsforschung am 13.11.1976 in Schwäbisch Gmünd, Manuskript

- HONES, G.H. (1973): Regional Representation at the University of Bath. In: *Universities Quarterly*. Autumn 1973, Vol. 27, No. 4, S. 475-482
- HOTTES, Karlheinz (1972): Bochum - Großstadt im Wandel ihrer Region. In: *Festreden aus Anlaß der 650-Jahr-Feier der Stadt Bochum am 8. Juni 1971*. Bochum 1972, S. 18-27 (= *Bochumer Universitätsreden*, H. 6)
- ders. (Hrsg.) (1976): *Industriegeographie*. Darmstadt 1976 (= *Wege der Forschung*, Bd. 329)
- HOTTES, Karlheinz und Hanns Jürgen BUCHHOLZ (1970): *Stadtbahntrassen und Citystruktur in Bochum*. Hrsg. von der Bauverwaltung der Stadt Bochum in Verbindung mit der Forschungsabteilung für Raumordnung. Bochum 1970 (= *zugl. Materialien zur Raumordnung*, Bd. 3)
- HOTTES, Karlheinz, Hanns Jürgen BUCHHOLZ und Manfred HIERET (1971): *Bochum-Gerthe. Analyse und Vorschläge zur Entwicklung*. Hrsg. von der Bauverwaltung der Stadt Bochum in Verbindung mit der Forschungsabteilung für Raumordnung. Bochum 1971 (= *zugl. Materialien zur Raumordnung*, Bd. 10)
- HOTTES, Karlheinz und Günter GRUNDMANN (1971): *Bewertung der Flächennutzung im Gebiet südlich des Hauptbahnhofes Bochum*. Hrsg. von der Bauverwaltung der Stadt Bochum in Verbindung mit der Forschungsabteilung für Raumordnung. Bochum 1971 (= *zugl. Materialien zur Raumordnung*, Bd. 7)
- HOTTES, Karlheinz, Emil MEYEN und Erich OTREMBÄ (1972): *Die wirtschaftsgeographische Gliederung der Bundesrepublik Deutschland - eine geographisch-landeskundliche Bestandsaufnahme*. Bonn - Bad Godesberg 1972 (= *Forschungen zur deutschen Landeskunde*, Bd. 193)
- HUNEKE, Klaus und Otfried MAUL (1971): *Ruhr-Universität Bochum. Ein Zwischenbericht*. In: *Baumeister*, 68. Jg., 1971, H. 8, S. 936-938
- HURTT, S.M. (1968): *The impact of institutional growth on urban land use*. In: *Urban Land* 27 (1968), H. 1, S. 3-10
- HUTTENLOCHER, Friedrich (1966): *Geographischer Führer für Tübingen und Umgebung*. Tübingen 1966
- Ideenwettbewerb Bochumer Stausee*. In: *Das Gartenamt*, Jg. 1966, H. 11, S. 516-519
- IMDAHL, Max (1975): *Zu einigen Werken aus der Sammlung Albert Schulze Vellinghausen*. In: *Ruhr-Universität Bochum, Jahrbuch 1975*, S. 111-126
- INFAS (Institut für angewandte Sozialwissenschaft) (1966): *Vergleichende City-Studie*. Masch., Bad Godesberg 1966
- Innenministerium Baden-Württemberg (1972): *Landesentwicklungsplan Baden-Württemberg*. Stuttgart 1972
- Institut for funktionsanalyse og hospital-projektering (1974): *Generalplan 1974 für die Medizinische Fakultät der Universität Münster*. O.O. o.J. (København 1974)
- Institut für regionale Bildungsplanung - Arbeitsgruppe Standortforschung - GmbH. Institut an der Technischen Universität Hannover (1976): *Informationen Nr. 6, Jahresbericht 1975/76*. Hannover 1976
- Integrierte Gesamthochschule Essen. *Struktur, Standort, Planungsverfahren. Empfehlungen des Sachverständigenbeirates für Fragen der Errichtung, Entwicklung und Koordinierung von Hochschuleinrichtungen auf Essener Gebiet*. O.O. o.J. (Essen 1971)
- Integrierte Gesamthochschule Konstanz? *Aus dem Hochschulgesamtplan I der Landesregierung Baden-Württemberg*. In: *Konstanzer Blätter für Hochschulfragen*, H. 24 (= *Jg. VII, H. 3*), 1969, S. 14-23
- ISENBERG, Gerhard (1967): *Die städtische Infrastruktur*. In: *Aspekte der Stadterneuerung*. Köln 1967, S. 35-44 (= *Schriften des Deutschen Verbandes für Wohnungswesen, Städtebau und Raumplanung*, H. 73)
- ISENBERG, Gerhard, F. LÖFFLER und A. BODENMILLER (1967): *Raumökonomische Stellung und Existenzgrundlagen der Stadt Tübingen unter Berücksichtigung der Altstadtsanierung*. Unveröff. Manuskript, Tübingen 1967
- JATZOLD, Ralph (1972): *Trier, Universität*. In: *Neuer Luftbildatlas Rheinland-Pfalz. Eine Landeskunde in 72 farbigen Luftaufnahmen von Walter Sperling und Erich Strunk*, hrsg. von der Landesbildstelle Rheinland-Pfalz. Neumünster 1972, S. 48 (= *Luftbildatlas Rheinland-Pfalz*, Bd. 2)
- JENKEWITZ, Maria Theresia (1978): *Einzugsbereich und Erreichbarkeit der Gesamtschule Bochum. Eine sozialgeographische Untersuchung*. Wissenschaftliche Hausarbeit für das Lehramt an Realschulen. Masch., Bochum 1978 (Betreuung A. Mayr)
- JOCHIMSEN, Reimut und Kurt GUSTAFSSON (1970): *Infrastruktur*. In: *Handwörterbuch der Raumforschung und Raumordnung*, hrsg. von der Akademie für Raumforschung und Landesplanung. 2. Aufl., Bd. 2, Hannover 1970, Sp. 1318-1335
- JOCHIMSEN, Reimut und Dieter SWATEK (1979): *Gemeinschaftsaufgabe Hochschulbau. Ein erfolgreiches Modell der Bildungsplanung*. In: *Konstanzer Blätter für Hochschulfragen*, H. 61 (= *Jg. XVI, H. 4*), 1979, S. 7-21
- JOCKUSCH, Peter (1968): *Einige Probleme der Bedarfsplanung wissenschaftlicher Hochschulen*. In: *Information*, hrsg. vom Zentralarchiv für Hochschulbau, Jg. 1, 1968, H. 3, S. 6-23
- ders. (1968): *Entscheidungsfindung bei der Bedarfsplanung wissenschaftlicher Hochschulen*. In: *Konstanzer Blätter für Hochschulfragen*, H. 22 (= *Jg. VII, H. 1*), 1969, S. 40-54
- ders. u.a. (1970a): *Struktur- und Bedarfsplanung*. In: *Hochschulplanung. Beiträge zur Struktur- und Bauplanung*. Hrsg. von Horst Linde. Bd. 2, Düsseldorf 1970, S. 14-121
- ders. (1970b): *Struktur- und Bedarfsplanung von Hochschulneugründungen*. In: *Information*, hrsg. vom Zentralarchiv für Hochschulbau, Jg. 3, 1970, H. 11, S. 5-24
- ders. (1973): *Die Hochschule als sozialer Ort*. In: *Konstanzer Blätter für Hochschulfragen*, H. 40 (= *Jg. XI, H. 3*), 1973, S. 45-56
- JOCKUSCH, Peter und Franz Josef MERTENS (1967): *Gesamtplanung britischer Hochschulen, Bericht über einen Studienaufenthalt in Großbritannien*. Düsseldorf 1967 (= *Schriften des Zentralarchivs für Hochschulbau*, Bd. 5)
- JONEMANN, Reinhardt (1978): *H-Bahn Universität Dortmund*. In: *Universität Dortmund, Berichte und Informationen Nr. 27 vom 15.9.1978*, S. 13-16
- KXMPFE, Nikolaus und Manfred HUNBERG (1973): *Regionale Strukturen der Bildungsbeteiligung*. In: *Zeitschrift für Pädagogik*, 19. Jg., 1973, Nr. 6, S. 869-886
- Der Kanzler der Universität zu Köln - *Das Staatshochbauamt für die Universität: Zielplanung I*. Hrsg. vom Staatshochbauamt für die Universität zu Köln. Stand Dezember 1967. O.O.o.J. (Köln 1968)

- Der Kanzler der Universität zu Köln - Das Staatshochbauamt für die Universität - E. HEINLE, R. WISCHER und Partner: Universität zu Köln. Zielplanung II 1972. O.O.o.J. (Köln 1972)
- KATH, Gerhard (1952-1964): Das soziale Bild der Studentenschaft in Westdeutschland und Berlin. Hrsg. vom Deutschen Studentenwerk. Frankfurt a.M. 1952; Berlin 1954; Berlin 1957; Berlin 1960; Bonn 1964
- KATH, Gerhard und Herbert WOLF (1969): Das soziale Bild der Studentenschaft in der Bundesrepublik Deutschland. Wintersemester 1967/68. Hrsg. vom Deutschen Studentenwerk. Bonn 1969
- KATH, Gerhard, Georg HEIDENREICH, Christoph OEHLER, Kurt OTTERBACHER, Horst SCHELLHAS und Walter SPRÜCK (1974): Das soziale Bild der Studentenschaft in der Bundesrepublik Deutschland. Ergebnisse der 7. Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks im Sommersemester 1973. Frankfurt a.M. 1974 (zugl. Schriftenreihe Hochschule, hrsg. vom Bundesminister für Bildung und Wissenschaft, Bd. 15)
- KATH, Gerhard, Irmela GANTZER, Curt MÜBIUS und Margarete WEIDNER (1977/1978): Das soziale Bild der Studentenschaft in der Bundesrepublik Deutschland. Ergebnisse der 8. Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks im Sommersemester 1976. Frankfurt a.M. 1977 und Bonn 1978 (zugl. Schriftenreihe Hochschule, hrsg. vom Bundesminister für Bildung und Wissenschaft, Bd. 27)
- KATNER, Wilhelm (Hrsg.) (1969): Die Universität zu Köln 1919 bis 1969. Berlin 1969
- KEUSSEN, Hermann (1934): Die alte Universität Köln. Grundzüge ihrer Verfassung und Geschichte. Festschrift zum Einzug in die neue Universität Köln. Köln 1934
- KEYSER, Erich (Hrsg.) (1954): Westfälisches Städtebuch. Stuttgart 1954
- KIER, Hiltrud (1973): Die Kölner Neustadt. Bonn 1973 (= Landeskonservator Rheinland, Arbeitshefte, Nr. 8)
- KIESSLING, A. (1965): Gesamtplanung wissenschaftlicher Hochschulen. Neuere Beispiele in Europa. In: Planung wissenschaftlicher Hochschulen. Stuttgart 1965, S. 35-44 (= Schriften des Zentralarchivs für Hochschulbau, H. 1)
- KIPPING, Klaus (1971): Konstanz. Bevölkerung und Wirtschaft. Diss. Innsbruck 1971
- KLASEN, Jürgen (1977): Regensburg - eine geographische Busexkursion. In: Acta Albertina Ratisbonensia, Bd. 37, 1977, S. 5-42
- KLEMMER, Paul und Friedrich ECKEY (1974): Quantitative und qualitative Analyse der Entwicklung des Arbeitsplatzangebotes in der neuen Stadt Bochum. Masch., Bochum (November) 1974
- KLEMMER, Paul und Armin UNGER (1973): Entwicklung und Prognose des Arbeitsplatzangebotes im Wirtschaftsraum Bochum. Masch., Bochum (August 1973)
- KLINKENBERG, Hans Martin (1970): Rheinisch-Westfälische Technische Hochschule Aachen 1870-1970. 2 Bde., Stuttgart 1970
- KLÖPPER, Rudolf (1974): Göttingen, Heimat oder Durchgangsstation? In: Die Kunst, eine Stadt zu bauen. 3. Kunstkongreß Göttingen 1973. Der Einfluß der gebauten Umwelt auf die Erlebniswelt des Menschen. Göttingen 1974, S. 26-34
- KOCH, Karl-Hermann (1974): Fünf Thesen zur regionalen Bildungsplanung. In: Stadtbauwelt 42 (Bauwelt, 65. Jahrgang, H. 24), 1974, S. 131-135
- KLUCZKA, Georg (1970): Zentrale Orte und zentralörtliche Bereiche mittlerer und höherer Stufen in der Bundesrepublik Deutschland. Bonn - Bad Godesberg 1970 (= Forschungen zur deutschen Landeskunde, Bd. 194).
- KLUKE, Paul (1972): Die Stiftungsuniversität Frankfurt am Main 1914 - 1932. Frankfurt a.M. o.J. (1972)
- KNEPEL, Helmut und Günter POSER (1978): Regionalwirtschaftliche Bedeutung der Technischen Hochschule Darmstadt - Analyse der Sachmittel- und Personalausgaben -. Darmstadt 1978
- KNOBLICH, Hans u.a. (1976): Das Konsum- und Freizeitverhalten der Göttinger Studenten 1975. Göttingen 1976 (= Berichte aus dem Seminar für Betriebswirtschaftliche Marktlehre der Universität Göttingen, Bd. 2)
- KNOLL, H.J., J. HOTHER, H. SCHOLAND und D. BREUER (1974): Nebenamtliche Mitarbeiter in der Erwachsenenbildung. München 1974
- KNOPP, Werner (1979): Eine der bedeutendsten Museumsstädte. Die Stiftung Preußischer Kulturbesitz in Berlin. In: Das Parlament, Nr. 40, vom 6. Okt. 1979, S. 7
- Die Kölner Innenstadt. Studien zur Gestaltanalyse. Strukturuntersuchung des Wirtschafts- und Sozialgeographischen Instituts der Universität Köln (Leitung: Prof. Dr. Erich Otremba) im Auftrag der Stadt Köln 1969/70. Hrsg. vom Stadtplanungsamt Köln. Masch., Köln 1970
- KOOK, Werner, Birgit SPAHN und Andreas GROSSE-KOCK (1979): Das Meinungsbild einer Stadtbevölkerung über öffentliche Institutionen - Empirische Studie von Einstellungen der Münsteraner gegenüber Universität, Stadttheater und Landesmuseum -. Münster 1979
- KORTE, Hermann (1971): Offene Universität Essen? Integrierte Gesamthochschule im Revier. In: Analysen-Zeitschrift zur Wissenschafts- und Berufspraxis, 1. Jg., 1971, H. 2, S. 18-21
- ders. (1974): Einige Anmerkungen zum Problem der Integration von Hochschulen in die Stadt. In: Informationen, hrsg. vom Zentralarchiv für Hochschulbau, Hg. 26, 1974, S. 53-59
- KRAUS, Theodor (1960): Studentenwohnheime für die Universität zu Köln. O.O.o.J. (1960)
- KREYENBERG, Joachim (1979): Regionalisierung der Universitäten. In: Konstanzer Blätter für Hochschulfragen, H. 62 (= Jg. XVII, H. 1), 1969, S. 65-76
- KRÖLL, Walter (1975): Bekanntschaften. Universität Essen - Gesamthochschule sucht Freunde und Förderer. Vortrag des Gründungsrektors der Universität Essen - Gesamthochschule anläßlich der ersten Mitgliederversammlung des Vereins der Freunde und Förderer am 4.12.1975 in der Industrie- und Handelskammer zu Essen. O.O.o.J. (Essen 1975)
- ders. (1978a): The regional integration of the University of Essen - Gesamthochschule. Unveröff. Manuskript für den Europarat, Masch., Essen (Sept.) 1978
- ders. (1978b): Die Universität Essen - Gesamthochschule. Erfahrungen, Erkenntnisse, Planungen. In: Jahrbuch Die Heimatstadt Essen, 28. Jg., 1978, S. 9-16
- KRONER, Günter (1971): Errichtung einer Universität in Passau? In: Institut für Raumordnung. Informationen. 21. Jg., 1971, H. 5, S. 123-126
- KOHN, Erich (1970): Überlegungen zur Städteplanung. In: Nordrhein-Westfalen auf dem Weg in das Jahr 2000. Hrsg. von Ernst Schmacke, Düsseldorf 1970, S. 83-108

- KUHNE-BONING, Lidwina (1958): Die Existenzgrundlagen der Bevölkerung in der Stadt Münster. Münster 1958 (= Institut für Siedlungs- und Wohnungswesen der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster, Sonderdruck 21)
- KÜPPERS, Georg und Joachim SONNTAG (1977): Empirische Analysen zu den regionalen Effekten des Hochschulbaus am Beispiel Saarbrücken, Kaiserslautern Mannheim und Heidelberg. In: Informationen zur Raumentwicklung, 1977, H. 3/4, S. 253-265
- KULLEN, Siegfried (1971): Lörrach als Hochschulstadt. In: Regio Basiliensis, Jg. XII, 1971, H. 1, S. 103-112
- KULLMER, H.K. (1965): Bildungs-, vor allem Hochschulstatistik in der Bundesrepublik Deutschland. Wiesbaden (Dezember) 1965
- Die Kunst eine Stadt zu bauen. Der Einfluß der gebauten Umwelt auf die Erlebniswelt des Menschen. 3. Kunstkongreß Göttingen 1973. Göttingen 1974
- Kunst und Gestaltung an der Universität Essen, Gesamthochschule. 31 Lehrende stellen sich vor. Ausstellungskatalog. O.O. (Essen) 1978
- KUNZ, Gerhard (1964): Die Wohnsituation der Kölner Studenten. Hrsg. vom Allgemeinen Studentenausschuß der Universität. Köln 1964
- ders. (1967): Parkraumstudie II. Angewandte Soziologie und Sozialforschung im Bereich der Hochschulplanung, dargestellt an einer empirischen Untersuchung. Im Auftrage des Staatshochbauamtes für die Universität zu Köln. O.O.o.J. (1967)
- ders. (1968a): Probleme der Anwendung von Soziologie und Sozialforschung. Eine Analyse der Beziehungen zwischen wissenschaftlichen Aussagesystemen und sozialpraktischen Entscheidungen, dargestellt an einer empirischen Untersuchung aus dem Bereich der Hochschulplanung (Köln). Diss. Köln 1968
- ders. (1968b): Sozialforschung im Dienste der Universitätsplanung (am Beispiel Köln). In: Die Bauverwaltung, 17. Jg., 1968, H. 4, S. 180-183
- KUNZ, Gerhard, Renate WETZLAR und Paul DREWE (1965): Parkraumstudie (I) der Universität Köln. Hrsg. vom Forschungsinstitut für Soziologie der Universität zu Köln in Zusammenarbeit mit dem Staatshochbauamt für die Universität Köln. Köln 1965
- Kuratorium Universität Passau e.V. (Hrsg.) (1970a): Universität Passau. (Denkschrift). Passau (April) 1970
- dass. (1970b): Universität Passau. Ergänzung zur Denkschrift: Die Sozialstruktur an Gymnasien und Hochschulen. Passau o.J. (1970)
- dass. (1970c): Universität Passau. Ein Strukturmodell. Passau (Okt.) 1970 (= Universität Passau, Schriftenreihe, H. 1)
- dass. (1974): Universität Passau. Stellungnahme zur Geißler-Studie. Passau (März) 1974 (= Universität Passau, Schriftenreihe, H. 2)
- KURZ, Lothar (1970): Studentisches Wohnen aus der Sicht der Studenten. In: 4. Kolloquium der Hochschulstädte in Regensburg 1970. Hrsg. vom Deutschen Städtetag. Köln 1970, S. 71 und 80 ff.
- LACHMANN, G., G. MAU und A. STENZEL (1971): Gesamthochschule Flensburg. Gründungsdenkschrift. Hrsg. von der Gesellschaft zur Förderung der Errichtung einer Gesamthochschule Flensburg e.V., Flensburg 1971
- LAHTINEN, Reijo (1973): Ein experimenteller Ideenwettbewerb für die Hochschule in Kuopio. In: Information, hrsg. vom Zentralarchiv für Hochschulbau, Jg. 6, 1973, H. 25, S. 15-22
- Landesentwicklungsplan I/II "Raum- und Siedlungsstruktur". In: Ministerialblatt für das Land Nordrhein-Westfalen, 32. Jg., 1979, Nr. 50, S. 1080-1114 und Karte
- Landesregierung Baden-Württemberg (1963): Denkschrift über die Errichtung von Hochschulen in Baden-Württemberg. Stuttgart (April) 1963 (= 3. Landtag von Baden-Württemberg, Beilage 2990, ausgegeben am 25. April 1963)
- Landesregierung Nordrhein-Westfalen (1968): Entwicklungsprogramm Ruhr 1968-1973. Düsseldorf 1968
- dies. (1970): Nordrhein-Westfalen-Programm 1975. Düsseldorf 1970
- dies. (1973): Halbjahresbericht Nordrhein-Westfalen-Programm 1975. Düsseldorf 1973
- Landes- und Stadtentwicklungsforschung des Landes Nordrhein-Westfalen. Tätigkeitsbericht des ILS 1975. Hrsg. vom Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung des Landes Nordrhein-Westfalen im Auftrage des Chefs der Staatskanzlei und des Innenministers NW. Dortmund 1976
- LANDWEHRMANN, Friedrich (1972): Märkische Universität. O.O. 1972
- LARSEN, Henning (1973): Universität in Trondheim - Wettbewerbsprojekt 1969-70. In: Information, hrsg. vom Zentralarchiv für Hochschulbau, Jg. 6, 1973, H. 24, S. 8-28
- Lehrinstitut für russische Sprache des Landes Nordrhein-Westfalen in Bochum. Hrsg. vom Minister für Wissenschaft und Forschung des Landes Nordrhein-Westfalen. O.O.o.J. (Hattingen 1974)
- LEIB, Jürgen (1976): Justus-Liebig-Universität, Fachhochschule und Stadt. Probleme des Zusammenhanges zwischen Hochschul- und Stadtentwicklung aufgezeigt am Beispiel der Universitätsstadt Gießen. Gießen 1976 (= Gießener Geographische Schriften, H. 39)
- ders. (1977a): Studenten der Philipps-Universität als Wirtschaftsfaktor für Stadt und Region Marburg. Marburg 1977 (= Marburger Schriften zur Stadtentwicklungsplanung, Nr. 6)
- ders. (1977b): Der kommunal- und regionalwirtschaftliche Einfluß einer Universität am Beispiel Gießen und Mittel-Osthessen. In: Informationen zur Raumentwicklung, 1977, S. 267-281
- LEINER, Ulrich (1976): Stadt und Universität. In: Konstanzer Blätter für Hochschulfragen, H. 50/51 (= Jg. XIV, H. 1/2), 1976, S. 29-35
- LICHTENBERGER, Elisabeth (1970): Wirtschaftsfunktion und Sozialstruktur der Wiener Ringstraße. Wien 1970
- dies. (1971): Ökonomische und nichtökonomische Variablen kontinentaleuropäischer Citybildung. In: Die Erde, 102. Jg., 1971, H. 2/4, S. 216-262
- dies. (1972): Die Wiener City. Bauplan und jüngste Entwicklungstendenzen. In: Mitteilungen der Österreichischen Geographischen Gesellschaft, Bd. 114, I/II, S. 42-85
- dies. (1973): Sozialwirtschaftliche Aspekte zur Wiener Ringstraße. Anlage, Entwicklung und aktuelle Problematik einer städtebaulichen Glanzleistung des 19. Jahrhunderts. In: Handbuch der Stadt Wien, 87. Jg., 1973, S. 1-19
- dies. (1977): Die Wiener Altstadt. Von der mittelalterlichen Bürgerstadt zur City. Text- und Kartenband. Wien 1977
- LINDE, Hans (1952): Grundfragen der Gemeindetypisierung. In: Raum und Wirtschaft, Bd. 3, hrsg. von der Akademie für Raumforschung und Landesplanung. Bremen 1952, S. 5Bff.

- LINDE, Horst (1965): Gedanken eines Architekten zum Bau wissenschaftlicher Hochschulen. In: Planung wissenschaftlicher Hochschulen. Stuttgart 1965, S. 22-23 (= Schriften des Zentralarchivs für Hochschulbau, H. 1)
- ders. (1966): Zur Planung der Universität Konstanz. In: Konstanzer Blätter für Hochschulfragen, H. 11 (= Jg. IV, H. 1), 1966, S. 11-13
- ders. (Hrsg.) (1969-1971): Hochschulplanung. Beiträge zur Struktur- und Bauplanung. 4 Bde, Düsseldorf 1969-1971
- ders. (1971): Bericht über Tendenzen und Ziele der Hochschulplanung in der Bundesrepublik Deutschland. In: Information, hrsg. vom Zentralarchiv für Hochschulbau, Jg. 4, 1971, H. 13, S. 10-18
- LINDE, Horst, Manfred THRDLL u.a. (1972): Gutach-
terverfahren zum Mikrostandort der Universität Osnabrück. Empfehlungen des Beurteilungsgremiums zum Standort einer integrierten Gesamthochschule. Gutachten im Auftrag des Niedersächsischen Kultusministeriums und der Stadt Osnabrück. Hannover 1972
- LOBBE, Hermann (1968): Die Universität Dortmund in der Hochschul- und Bildungsplanung des Landes Nordrhein-Westfalen. In: Technische Universität Dortmund - Hochschulmodell mit Zukunft? 1. Dortmunder Universitätsgespräch. Bochum 1968, S. 15-25
- LOSCHKE, Karl Heinz (1970): Studentisches Wohnen aus der Sicht des Studentenwerks. In: 4. Kolloquium der Hochschulstädte in Regensburg 1970. Hrsg. vom Deutschen Städtetag. Köln 1970, S. 64-71
- LUTHER, Klaus Jürgen und Dieter SWATEK (1977): Regionalisierung der Gemeinschaftsaufgabe Hochschulbau. In: Informationen zur Raumentwicklung, 1977, H. 3/4, S. 227-240
- LUTZENBERGER, Wilhelm (1969): Die Umwandlung eines kommunalen Krankenhauses in eine Medizinische Forschungs- und Ausbildungsstätte am Beispiel des Klinikums Rechts der Isar der Technischen Hochschule München. In: Information, hrsg. vom Zentralarchiv für Hochschulbau, Jg. 2, 1969, H. 7, S. 31-65
- LUZ, Werner (1969): Ortsplanung Konstanz. Gebiet Jungerhalde - Egg, Planungsstand November 1969. Bearbeitet von Axel Asseburg. Stuttgart (November) 1969
- ders. (1972): Ortsplanung Konstanz. Gebiet Jungerhalde - Egg. Planungsentwicklung 1965-72. Bearbeitet von Axel Asseburg. Stuttgart 1972
- MÄCKE, P.A. u.a. (1967): Verkehrsgutachten zum Standort der Universität Bochum. 2 Bde, Aachen 1967
- Magistrat der Stadt Wiesbaden (1961): Denkschrift über die Errichtung einer Medizinischen Akademie in Wiesbaden. Wiesbaden 1961
- von MANN, Wenzeslaus (1968): Universität Konstanz. In: Die Bauverwaltung. Jg. 17, 1968, H. 6, S. 290-293
- von MANN, Wenzel Ritter (1970): Planungsbericht 1970 des Universitätsbauamtes. In: Konstanzer Hefte für Hochschulfragen, H. 29 (= Jg. VIII, H. 4), 1970, S. 12-64
- ders. (1978): Wieder Baukräne auf dem Gießberg. In: Konstanzer Blätter für Hochschulfragen, H. 57 (= Jg. XV, H. 4), 1978, S. 94-103
- MAGDEFRAU, Karl (1971): Führer durch den Botanischen Garten der Universität Tübingen. Tübingen 1971
- MAHNKE, H.-P. (1970): Die Hauptstädte und die führenden Städte der USA. Stuttgart 1970 (= Stuttgarter Geographische Studien, H. 78)
- MAIER, Jörg, Reinhard PAESLER, Karl RUPPERT und Franz SCHAFFER (1977): Sozialgeographie. Braunschweig 1977
- MARBACH, Johannes (1974): Organisation, Standorte und Personal der Staatlichen Bauverwaltung in Nordrhein-Westfalen. In: Staatsbau NW. Staatliches Bauen in Nordrhein-Westfalen 1974, hrsg. vom Finanzminister des Landes Nordrhein-Westfalen, München 1974, S. 84-87
- Materialien zur Geschichte der Ruhr-Universität Bochum. Hrsg. von der Gesellschaft der Freunde der Ruhr-Universität Bochum. I: Die Entscheidung für Bochum. Bochum 1971. II. Baudee und Baugeschehen. Bochum 1972
- MAYR, Alois (1970a): Standort und Einzugsbereich von Hochschulen. Allgemeine Forschungsergebnisse unter besonderer Berücksichtigung der Untersuchungen in der Bundesrepublik Deutschland. In: Berichte zur deutschen Landeskunde, Bd. 44, 1970, H. 1, S. 83-110
- ders. (1970b): Die Ruhr - Universität Bochum in geographischer Sicht. Stellung, Einzugsbereich und Standortproblematik einer neuen Hochschule. In: Berichte zur deutschen Landeskunde, Bd. 44, H. 2, 1970, S. 221-244
- ders. (1971): Bochum und Dortmund, zwei neue Universitäten im Ruhrgebiet. In: Westfälischer Heimatkalender 1971, hrsg. vom Westfälischen Heimatbund, S. 169-175
- ders. (1975): Zur Verflechtung von Landesentwicklungsplanung und Bildungsplanung in den Raumordnungsprogrammen der Bundesländer. In: Raumforschung und Raumordnung, 33. Jg., 1975, H. 4, S. 185-201
- ders. (1976a): Geographie des Bildungswesens und Bildungsverhaltens. In: Hans Heinrich Blotevogel und Heinz Heineberg: Bibliographie zum Geographiestudium, Teil 2, Paderborn 1976, S. 69-72
- ders. (1976b): Die Hustadt - erster Bauabschnitt der Universitätswohnstadt. In: Bochum im Luftbild, hrsg. von Jürgen Dödt und Alois Mayr. Paderborn 1976, S. 122-123 (= Bochumer Geographische Arbeiten, Sonderreihe, H. 8)
- ders. (1976c): Querenburg - ein stadtferner Ortsteil vor dem Umbruch (1964). In: ebd., S. 118-119
- ders. (1976d): Der Ruhrpark in Harpen - ein zwischentstädtisches Shopping-Center. In: ebd., S. 78-79
- ders. (1976e): Die Ruhr-Universität - Auslöser großflächiger Kulturlandschaftsveränderungen. In: ebd., S. 120-121
- ders. (1976f): Steinkuhl - zweiter Bauabschnitt der Universitätswohnstadt. In: ebd., S. 126-127
- ders. (1976g): Das Uni-Center als neues Zentrum von Querenburg. In: ebd., S. 128-129
- MECKELEIN, Wolfgang (1967): Universität Stuttgart. Zur Geschichte eines Namens und einer Institution. In: Stuttgarter Zeitung, Sonntagsbeilage, vom 2. November 1967
- Medizinische Hochschule Hannover (1972). In: Die Bauverwaltung, 1972, H. 8, S. 373-424. Sonderdruck (neu paginiert)
- MEFFERT, Heribert (1979): Das Image öffentlicher Institutionen. Eine Studie des Instituts für Marketing an der Universität Münster brachte aufschlußreiche Ergebnisse. In: Münster. Wirtschaftsreport, H. 10, 1979, S. 82-85

- MEINHARD, G. (1973): 75 Jahre Spindler & Hoyer. Göttingen 1973
- MENKE, Rudolf (1973): Bochums Universitätsstraße. Ein Beispiel für das verfehlte Straßenverkehrskonzept. In: Bauwelt, 64. Jg., 1973, Nr. 17, S. 792-794
- METZ, Friedrich (1928): Konstanz in seiner geographischen Lage. In: Konstanz am Bodensee und Rhein. Hrsg. von der Stadt Konstanz. Konstanz 1928, S. 3-14. Wiederabdruck in Friedrich Metz: Land und Leute. Gesammelte Beiträge zur deutschen Landes- und Volksforschung. Stuttgart 1961, S. 1070-1074
- MEUSBURGER, Peter (1974a): Die österreichische Schülerverlaufsstatistik als bildungs- und regionalplanerische Entscheidungshilfe. In: Raumforschung und Raumordnung, Jg. 32, 1974, S. 172-175
- ders. (1974b): Landes-Schulentwicklungsplan von Vorarlberg, 2 Teile, Wien 1974 (= Bildungsplanung in Österreich, Bd. 3)
- ders. (1975): Zum Ausbildungsniveau der Tiroler Bevölkerung. In: Geographische Rundschau, Jg. 27, 1975, S. 233-238
- ders. (1976): Entwicklung, Stellung und Aufgaben einer Geographie des Bildungswesens. Eine Zwischenbilanz. In: Mitteilungen der Österreichischen Geographischen Gesellschaft, Bd. 118, I, 1976, S. 9-54
- ders. (1978a): Bildungsgeographische Probleme der österreichischen Berggebiete. In: Österreichische Beiträge zur Bildungsforschung. Hrsg. von Manfred Machold, Peter Posch und Josef Thonhauser. Wien 1978, S. 131-151
- ders. (1978b): Regionale Unterschiede des Ausbildungsniveaus der Arbeitsbevölkerung. Zur regionalen Konzentration der Arbeitsplätze für Höherqualifizierte. In: Regionale Bildungsplanung im Rahmen der Entwicklungsplanung. Zusammenhänge zwischen Bildungs- und Beschäftigungssystem. Hannover 1978, S. 49-74 (= Veröffentlichungen der Akademie für Raumforschung und Landesplanung, Forschungs- und Sitzungsberichte, Bd. 127)
- MEYERS, Franz (1966): Ansprache zur Grundsteinlegung der Universität Dortmund. In: Veröffentlichungen der Gesellschaft der Freunde der Universität Dortmund e.V., Dezember 1966, S. 22
- MIKAT, Paul (1965): Universitäts-Gründungsprobleme in Nordrhein-Westfalen. In: Festschrift zur Eröffnung der Universität Bochum, hrsg. von Hans Wenke und Joachim H. Knoll. Bochum 1965, S. 11-24
- ders. (1966): Grundlagen, Aufgaben und Schwerpunkte einer künftigen Kultur- und Schulpolitik im Lande Nordrhein-Westfalen. Eine Denkschrift. Ratingen 1966
- Der Minister für Wissenschaft und Forschung des Landes Nordrhein-Westfalen (1970): Aufbau- und Strukturplan für die Gründung neuer Universitäten. Masch., o.O. (August) 1970
- ders. (1972): Zur Gründung von fünf Gesamthochschulen. Hochschulpolitik in Nordrhein-Westfalen. Düsseldorf 1972
- ders. (1974/1975): Gesamthochschulen in Nordrhein-Westfalen. Materialien zu Aufbau, Entwicklung und Funktion. Düsseldorf 1974, 2. erw. Aufl. 1975
- Ministerium für Unterricht und Kultus des Landes Rheinland-Pfalz (1969): Memorandum der Landesregierung Rheinland-Pfalz zur Gründung einer zweiten Universität. Mainz 1969
- Ministry of Education, Government of Japan (1973): Educational Standards in Japan. The 1970 "White Paper on Education". O.O. (Tokyo) 1973
- MÜLLER, Elke und Hermann KORTE (1972): Sozialer numerus clausus: Studentisches Wohnen. Pullach bei München 1972 (= HIS Brief 25)
- MONHEIM, Heiner (1977): Die raumordnungspolitische Relevanz des Hochschulbaus. In: Informationen zur Raumentwicklung, 1977, H. 3/4, S. 201-219
- MONHEIM, Heiner und Rolf DERENBACH (1977): Die Dezentralisierung der Hochschulen - Entwicklungsstand, Entwicklungsschancen. In: Informationen zur Raumentwicklung 1977, H. 7, S. 527-536
- MONHEIM, Ingeborg (1968): Aachen, ein Stadtführer. 2. verb. Aufl., Neustadt/Aisch 1968
- Monographie der Ruhr-Universität Bochum. Bd. 1: Gesamtplanung, Stuttgart 1965. Bd. 2: Baudokumentation 1965, Düsseldorf 1965
- MONZ, H. (1966): Das mögliche Einzugsgebiet einer wiedergegründeten Trierer Universität. Trier 1966 (= Schriftenreihe zur Statistik der Stadt Trier, H. 12)
- MORGNER, Peter, Ingrid SCHNEIDER und Edith SCHOLZ (1964): 18geschossige Wohnheime in Halle-Neustadt. In: Deutsche Architektur, Jg. 23, 1974, H. 2, S. 102-103
- MOSER, Claus A. (1964): Der Robbins Report in Großbritannien. In: Bildungsplanung und Bildungsökonomie. Göttingen 1964, S. 29-43 (= Schriften des Hochschulverbandes, H. 16)
- du MOULIN-ECKART, Richard Graf (1929): Geschichte der deutschen Universitäten. Stuttgart 1929
- MÖLLER, Konrad (1962): Die Standortbestimmung bei der Neugründung von Universitäten. In: Universität neuen Typs? Vorträge einer Tagung in der Evangelischen Akademie Loccum. Göttingen 1962, S. 59-101 (= Schriften des Hochschulverbandes, H. 11)
- MÖLLER, Werner und Gunther KURTZ-SOLOJEW (1967): Regionale Aspekte des Hochschulbesuchs in England und der Bundesrepublik. Mannheim 1967
- MÖLLER, Wolfgang-Hans (1970): Fulda als Hochschulstandort. Düsseldorf 1970
- MÖLLER-IBOLD, Klaus (1970): Hochschulplanung - eine Aufgabe der Kommunalpolitik? In: Hochschulplanung und Stadtplanung, 4. Kolloquium der Hochschulstädte in Regensburg 1970. Hrsg. vom Deutschen Städtetag. Köln 1970, S. 4-9
- MÖLLER-WILLE, Wilhelm (1960): Studentenwohnheime in Münster. In: Jahresbericht 1960 der Gesellschaft zur Förderung der Westfälischen Wilhelms-Universität zu Münster, S. 90-115
- ders. (1961): Die Stadt Oldenburg als Standort einer Universität. Münster 1961
- MÖLLER-WILLE, Wilhelm und Elisabeth BERTELSMEIER (1955): Stadtkreis Münster 1829 bis 1955. Maßstab 1 : 100 000. Zusammengestellt und hrsg. von der Geographischen Kommission für Westfalen. Erläuterungen zur Karte 1 : 100 000. Münster 1955 (= Landeskundliche Karten und Hefte der Geographischen Kommission für Westfalen, Reihe A: Landschaft und Siedlung in Westfalen, H. 1)

- MUSKE, Gitta (1975): Motive für die Wahl des Studienortes München. Ein entscheidungstheoretischer Ansatz zur Erklärung räumlicher Mobilität angewandt auf ein Beispiel aus dem Bereich der Bildungswanderung, Kallmünz/Regensburg 1975 (= Münchener Geographische Hefte, H. 38)
- MUSSO, Renate (1968): Universität zu Köln - Zielplanung I. In: Die Bauverwaltung, 17. Jg., 1968, H. 4, S. 168-179
- MUTSCHLER, Roland, Lothar C. TISCHLER, Wilhelm BAUMANN u.a. (1972): Bildungswanderung und Struktur der Studentenschaft des Fachhochschulbereichs. Grundlagen für die regionale Hochschulplanung in Nordrhein-Westfalen. Hannover 1972 (= Schriftenreihe der Arbeitsgruppe Standortforschung, Bd. 18)
- NEBEL, Jürgen (1975): Probleme der Citybildung dargestellt am Beispiel von Konstanz. In: Freiburger Geographische Mitteilungen, 1975, H. 1, S. 39-75
- NEHAMMER, Johannes (1968): Eine Wohnstadt für die Universität. In: Bochum, eine moderne Großstadt. Berlin 1968, S. 77-86
- ders. (1971): Urbanität für den Campus. In: Ruhr-Universität Bochum, Jahrbuch 1971, S. 111-125
- Neue Heimat Nordrhein-Westfalen (1970): Neues Zentrum Querenburg. Das Wohn- und Geschäftszentrum im Bereich der Ruhr-Universität Bochum. O.O.o.J. (ca. Oktober 1970)
- dies. (1973): uni center bochum. O.O.o.J. (ca. 1973)
- Neue Heimat Städtebau GmbH u.a. (1970): Gesamtplanung der Universitäten Braunschweig, Göttingen, Hannover. Auftraggeber: Niedersächsische Hochschulbaugesellschaft mbH. 3 Bde, O.O. 1970
- Das neue Köln. Ein Vorentwurf. Hrsg. von der Stadt Köln 1950
- NEULOH, O. und K. HAHN (1949): Die regionale und soziale Herkunft der Studierenden an den Technischen Hochschulen des Vereinigten Wirtschaftsgebietes. Dortmund 1949 (= Soziale Fragen der deutschen Hochschule, H. 2)
- Der Niedersächsische Kultusminister (Hrsg.): Denkschrift zur Gründung der Universitäten Oldenburg und Osnabrück. Hannover 1970
- Niedersächsische Landesregierung (1974): Erfolgsbilanz '74. O.O. 1974
- Niedersächsischer Ministerpräsident (1973): Landes-Entwicklungsprogramm Niedersachsen 1985. Stand Sommer 1973. Hannover 1973
- Niedersächsische Staatshochbauverwaltung (1966): Universität Göttingen - Neubau und Ausbau. In: Bauwelt, H. 43, Oktober 1966, S. 1213-1228
- NIEDZWETZKI, Klaus (1969): Der Einzugsbereich der Universität Kiel und seine Auswirkungen auf die Entwicklung der Studierenden. 2 Teile, Diss., Kiel 1969
- ders. (1977): Soziale Herkunft und Mobilität. Dargestellt am Beispiel von Abiturienten aus einem großstadtfernen, stark traditional geprägten Raum (Mittelbereich Ellwangen). In: Mitteilungen der Geographischen Gesellschaft München, 62 Bd., 1977, S. 113-134
- NIEMEIER, Georg (1967): Siedlungsgeographie. Braunschweig 1967 (= Das Geographische Seminar)
- ders. (1969): Citykern und City. In: Erdkunde, Bd. 23, 1969, S. 290-306
- NIESING, Hartmut (1968): Zum Begriff der Infrastruktur. In: Bauwelt Nr. 59 (1969), Nr. 39/40 (Stadtbaubauwelt 1968, Nr. 19), S. 1407-1408
- NIKOLIC, Vladimir (1970a): Bericht über die Bauplanung der Ruhr-Universität Bochum. In: Hochschulplanung. Beiträge zur Struktur- und Bauplanung. Hrsg. von Horst Linde, Bd. 3, Düsseldorf 1970, S. 185-196
- ders. (1970b): Bericht über die Bauplanung der Universität Konstanz. In: Hochschulplanung. Beiträge zur Struktur und Bauplanung. Hrsg. von Horst Linde, Bd. 3, Düsseldorf 1970, S. 211-215
- NISSEN, Walter (1962): Göttinger Gedenktafeln. Ein biographischer Wegweiser. Göttingen 1962
- ders. (1971): Abriß der Geschichte Göttingens. In: Göttinger Bürgerbuch, hrsg. von der Stadt Göttingen. 2. Aufl., Göttingen 1971, S. 43-54
- ders. (1972): Göttingen gestern und heute. Eine Sammlung von Zeugnissen zur Stadt- und Universitätsgeschichte. Hrsg. von der Stadt Göttingen. Göttingen 1972
- NITSCHKE, August (1965): Universitäten im Altertum, im Mittelalter und im industriellen Zeitalter. In: Planung wissenschaftlicher Hochschulen. Stuttgart 1965, S. 8-11 (= Schriften des Zentralarchivs für Hochschulbau, H. 1)
- ders. (1969): Universitäten im Wandel. In: Hochschulplanung. Beiträge zur Struktur- und Bauplanung. Hrsg. von Horst Linde, Bd. 1, Düsseldorf 1969, S. 14-23
- NOESKE, Harald (1977): Regionalisierung und Dezentralisierung der Hochschulgesamtplanung in Baden-Württemberg. In: Informationen zur Raumentwicklung 1977, H. 3/4, S. 241-251
- OBERMEYER, Eberhard (1969): Die Universität als Wirtschaftsfaktor. In: Westfälische Nachrichten, Ausgabe Münster, vom 29.10.1969, Beilage Wirtschaftsreport 69, S. 14
- Oberste Baubehörde im Bayerischen Staatsministerium des Innern (Hrsg.) (1972): Hochschulbau in Bayern. München 1972
- dies. (1973): Gesamthochschule Bamberg. Standortuntersuchung. Masch., München 1973
- OEKENTORP, Klemens (1974): 1824-1974 Erdwissenschaftliche Museen der Westf. Wilhelms-Universität. Münster 1974
- OLBERT, Hermann und Heinz EGGERS (1977): Das Jenaer Glaswerk Schott & Genossen, der größte Industriebetrieb in Mainz. In: Mainz und der Rhein-Main-Nahe-Raum. Festschrift zum 41. Deutschen Geographentag 1977 in Mainz. Mainz 1977, S. 139-162 (= Mainzer Geographische Studien, H. 11)
- OSWALD HOLLER GmbH (1971): Technisch-Ökonomische Standortuntersuchung für die Errichtung von Produktionsbetrieben in der Stadt Göttingen. Düsseldorf o.J. (1971)
- OTREMBIA, Erich (1970): Empfehlungen zur Gründung einer Technischen Hochschule in Nürnberg. Hrsg. von der Stadt Nürnberg. Nürnberg 1970
- OVERBECK, Hermann (1963): Die Stadt Heidelberg und ihre Gemarkung im Spiegel der Wandlungen ihrer Funktionen. In: Heidelberg und die Rhein-Neckar-Lande. Festschrift zum 34. Deutschen Geographentag Heidelberg 1963. Heidelberg und München 1963, S. 74-110
- DVERBECK, Ingrid (1973): Aspekte des Hochschulbesuches in Nordrhein-Westfalen - eine Analyse der Großen Hochschulstatistik WS 1969/70. Wissenschaftliche Hausarbeit für das Lehramt an Realschulen, Masch., Bochum 1973 (Betreuer: A. Mayr)

- PASCHOLD, August und Paulgerd JESBERG (1971): Studenten wohnen. Hrsg. vom Deutschen Studentenwerk. Stuttgart und Berlin 1971
- PEISERT, Hansgert (1965): Regionalanalyse als Methode der Bildungsforschung. In: Studien und Berichte aus dem Soziologischen Seminar der Universität Tübingen, Bericht 5, SS 1965. Tübingen 1965
- ders. (1967): Soziale Lage und Bildungschancen in Deutschland. München 1967 (= Studien zur Soziologie, Bd. 7)
- ders. (1968): Die Bildungsbeteiligung von Katholiken. In: Konstanzer Blätter für Hochschulfragen, H. 20 (= Jg. VI, H. 3), 1968, S. 40-60
- ders. (1975): Student in Konstanz. Standort, Einzugsbereich und Motive für das Studium an einer neuen Universität. In: Konstanzer Blätter für Hochschulfragen, H. 4B (= Jg. XIII, H. 3), 1975, S. 1-105, zugl. Forschungsberichte des Zentrums I Bildungsforschung der Universität Konstanz, Nr. 19
- ders. (1979): Die Entwicklung der Hochschulregion Konstanz und ihre Bedeutung für die Rekrutierung der Studenten an der neuen Universität. In: Konstanzer Blätter für Hochschulfragen, H. 62 (= Jg. XVII, H. 1), 1979, S. 99-113
- PEISERT, Hansgert und Manfred WUNBERG (1970): Die Bedeutung von "Regionen gleicher Bildungsbeteiligung" für die Bildungsforschung. In: Beiträge zur Regionalen Bildungsplanung, Hannover 1970, S. 17-23 (= Veröffentlichungen der Akademie für Raumforschung und Landesplanung, Forschungs- und Sitzungsberichte, Bd. 60)
- PERRON, F. (1964): La firme motrice dans la région motrice. In: L'économie du XX. siècle, 2. Aufl. Paris 1964
- Die personelle Entwicklung im Bereich der Lehre an der Universität Konstanz. In: Konstanzer Blätter für Hochschulfragen, H. 50/51 (= Jg. XIV, H. 1/2), 1976, S. 122-131
- PFIZER, Theodor (1976): Probleme neu gegründeter Universitäten aus städtischer Sicht, dargestellt am Beispiel Ulms. Vortrag während einer Arbeitstagung des Südwestdeutschen Arbeitskreises für Stadtgeschichtsforschung am 13.11.1976 in Schwäbisch Gmünd
- PFLUG, Günther (1975): Die Neuordnung des Bibliothekswesens in den nordrhein-westfälischen Hochschulen. In: Ruhr-Universität Bochum, Jahrbuch 1975, S. 13-17
- ders. (1979): Sammlung der gesamten deutschsprachigen Literatur. Die Deutsche Bibliothek in Frankfurt. In: Das Parlament, Nr. 40 vom 6. Okt. 1979, S. 9
- Die Phylax Aktiengesellschaft in Göttingen. Ihr Werden und Wirken 1913-1963. Hrsg. anlässlich des 50jährigen Bestehens. Göttingen 1963
- PICHT, Georg (1964): Die deutsche Bildungskatastrophe. Analyse und Dokumentation. Oden und Freiburg 1964
- PIEPER, Anton (1902): Die alte Universität Münster 1773-1818. Ein geschichtlicher Überblick. Münster 1902
- PIERCHALLA, Werner (1973): Die Probleme der Stadt Münster als Universitätsstadt. In: Münster. Wirtschaftsreport, H. 4, 1973, S. 43-45
- Planergruppe EINSELE u.a. (1971): Überlegungen zur Standortwahl Integrierte Gesamthochschule Westliches Ruhrgebiet. Gladbeck o.J. (1971)
- Planergruppe Einsele Gladbeck und Projektgruppe P 6 Universität Dortmund (Bosshard, Einsele, Grüneke, Stierand) (1971): Neue Universitäten im Ruhrgebiet. Zur Universitätsplanung im industriellen Ballungsraum. In: Baumeister, 68. Jg., 1971, H. 8, S. 927-935
- Planungsausschuß für den Hochschulbau: Rahmenplan für den Hochschulbau nach dem Hochschulbauförderungsgesetz, 1.-8. Bergisch-Gladbach 1971-1978
- Planungsbüro "Umlandplanung der Ruhr-Universität Bochum" (1966/67): Ruhruniversität Bochum - Die "Universitätswohnstadt". In: Die Bauverwaltung, 15. Jg., 1966, S. 414-426 und 726-751, 16. Jg., 1967, S. 16-30; Sonderdruck (durchlaufend paginiert)
- Planungsgruppe für die Universität Münster (Spengel/Beckmann/Tettenborn/Thomas) (1970): Gesamtplanung Universität Münster (GPUM). Ergebnis der Grobprogrammierung basierend auf der Bestandsaufnahme des WS 1968/69. Münster (März) 1970
- Planungsgruppe Zentrum Nord (1973): Zentrum Nord Münster. Erläuterungsbericht. O.O. 1973
- Planunion/Gemeinschaft für interdisziplinäre Planung Essen (1970): Studie Uni Essen - City, Essen 1970
- dies. (1971): Stadtuniversität in Essen. Studie Uni Essen - City 2. Essen 1971
- Presseinformationen zum 25jährigen Bestehen der Abteilung Essen der Pädagogischen Hochschule Ruhr. Masch., o.O.o.J. (Essen 1970)
- P 6 (Universität Dortmund, Abteilung Raumplanung, Projektgruppe 6) (1970): Standort einer Universität am Beispiel Oortmund. 1969/70. Masch. verv., o.O.o.J. (Oortmund 1970)
- Projektgruppe UNIFO (1971): Universität - Stadt. Literaturanalyse und Literaturdokumentation. Hrsg. im Auftrag der Arbeitsgruppe "Standort der Universität Dortmund". Bearbeitet vom Städtebaulichen Institut der Universität Stuttgart - Projektgruppe UNIFO (Universitätsfolgeeinrichtungen). Stuttgart 1971
- QUECK, Werner (1971a): Einige Probleme des Hochschulbaus in der Sowjetunion. In: Deutsche Architektur, Jg. 20, 1971, H. 4, S. 244-249
- ders. (1971b): Die Entwicklung des Hochschulbaus in der DDR, seine Perspektiven und Entwicklungstendenzen. In: Deutsche Architektur, Jg. 20, 1971, H. 4, S. 200-206
- QUECK, Werner und Peter KORNELI (Hrsg.) (1970): Stand und Entwicklungstendenzen im Hochschulbau. Teil 1-3. Tagungsbericht 17.-19. Juni 1970. Internationale wissenschaftliche Tagung an der Technischen Universität Dresden. Dresden 1970
- QUETSCH, Cäcilie (1960): Die zahlenmäßige Entwicklung des Hochschulbesuches in den letzten fünfzig Jahren. Berlin, Göttingen und Heidelberg 1960
- RABELER, Gerhard (1972): Die Eingliederung einer Hochschule in die Stadt am Beispiel Münsters. Thesen. Referat. In: Standortprobleme der Gesamthochschule. 5. Kolloquium der Hochschulstädte 1972 in Bielefeld. Hrsg. vom Deutschen Städtetag. Köln 1972, S. 20-35 (= Reihe C, DST-Beiträge zur Bildungspolitik, H. 5)
- ders. (1976): Universitätsplanung Münster - ein Kooperationsmodell. In: HIS-Fortbildung, Sonderdruck 2/76. Hannover 1976
- RAPP, Robert (1976): Ausgewählte Dokumente zur Geschichte der Universität Konstanz. In: Konstanzer Blätter für Hochschulfragen, H. 50/51 (= Jg. XIV, H. 1/2), 1976, S. 63-76

- RATH, Wolfgang u.a. (1969): Internationale Tendenzen der Hochschulentwicklung und Hochschulplanung. In: Hochschulplanung. Beiträge zur Struktur- und Bauplanung. Hrsg. von Horst Linde, Bd. 1, Düsseldorf 1969, S. 38-101
- RAU, Johannes (1972): Gesamthochschulen für Nordrhein-Westfalen. Düsseldorf 1972 (= Dokumente und Meinungen, hrsg. vom Presse- und Informationsamt der Landesregierung Nordrhein-Westfalen, H. 3)
- ders. (1974): Die neue Fernuniversität. Ihre Zielsetzung, ihr Aufbau und ihre geplante Arbeitsweise. Düsseldorf und Wien 1974
- RAUPACH, Hubert und Bruno W. REIMANN (1973): Hochschulreform durch Neugründungen? Zu Struktur und Wandel der Universitäten Bochum, Regensburg, Bielefeld. Bonn - Bad Godesberg 1973 (= Schriftenreihe des Forschungsinstituts der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bd. 102)
- Raumordnungsbericht 1974 (ROB '74), hrsg. vom Bundesminister für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau. Wolfenbüttel 1975
- Raumordnungsprogramm für die großflächige Entwicklung des Bundesgebietes (Bundesraumordnungsprogramm). Von der Ministerkonferenz für Raumordnung am 14. Februar 1975 beschlossen. Gifhorn 1975 (= Schriftenreihe des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau, H. 06.002)
- RAUSCHELBACH, Burghardt (1973): Die Wohnsituation der Studenten in Tübingen. In: Kleinere Arbeiten aus dem Geographischen Institut der Universität Tübingen, H. 1, Tübingen 1973, S. 1-61
- REBENTISCH, Dieter (1976): Stadtverwaltung und Hochschulgründungen. In: Archiv für Frankfurter Geschichte und Kunst, H. 55, Frankfurt 1976
- Regionale Volkshochschule Konstanz-Singen Jahresprogramm 1974/75. O.O.o.J.
- RIED, H. (1957): Saarbrücken. Großstadt an der Grenze. In: Berichte zur deutschen Landeskunde, Bd. 19, 1957, S. 130-149
- ders. (1958): Die Siedlungs- und Funktionsentwicklung der Stadt Saarbrücken. Saarbrücken 1958 (= Arbeiten aus dem Geographischen Institut der Universität des Saarlandes, Bd. 3)
- RITTER, Raimund (1971): Schulsystem und Sozialstruktur. Eine Erhebung in 12 bayerischen Landkreisen. München 1971
- ders. (1973): Schulsituation in Problemgebieten, dargestellt am Beispiel des Landkreises Cham. In: Studien und Materialien des Staatsinstituts für Bildungsforschung und Bildungsplanung, Bd. 4, München 1973, S. 107-170
- ders. (1976): Schulbeförderung in drei bayerischen Landkreisen. In: Infrastruktur im Bildungswesen. Hannover 1976, S. 99-144 (= Veröffentlichungen der Akademie für Raumforschung und Landesplanung, Forschungs- und Sitzungsberichte, Bd. 107)
- ROBERT, Mäti (1974): Eine sehr bürgerliche Stadt. In: Münster und das Münsterland. Merian-Monatsheft der Städte und Landschaften. H. 10/XXVII, O.J. (1974), S. 19-22
- ROCHOLL, Peter, Jochen BORCHERS, Dieter DUWENDAG und Friedrich LIESE (1964): Die Veränderung der gewerblichen Existenzgrundlagen und die Errichtung der Ruhruniversität in Bochum - Ihre Auswirkungen auf die Wirtschafts- und Sozialstruktur der Stadt. Gutachten im Auftrag der Stadt Bochum. Bearbeitet im Institut für Siedlungs- und Wohnungswesen der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster. 3 Teile, Münster 1964
- ROLLETT, Gerald (1977): Hochschulatlas Bundesrepublik Deutschland. Die Hochschulen nach ihrer Gliederung in Fakultäten und Fachbereiche, ihr Fächerspektrum, ihre Verteilung auf Mikro- und Makrostandorte. Grafenau-Döffingen 1977
- ROTHE, Hans Werner (1961): Über die Gründung einer Universität zu Bremen. Bremen 1961
- ders. (1962): Der Bremer Universitätsplan. In: Universität neuen Typs? Vorträge einer Tagung in der Evangelischen Akademie Loccum. Göttingen 1962, S. 103-132 (= Schriften des Hochschulverbandes, H. 11)
- ROCKBROD, Konrad (1965): Die Geschichte der Universität mit Hinblick auf die bauliche Form. In: Planung wissenschaftlicher Hochschulen. Stuttgart 1965, S. 12-14 (= Schriften des Zentralarchivs für Hochschulbau, H. 1)
- ders. (1969): Das bauliche Bild der Universität im Wandel der Zeit. In: Hochschulplanung. Beiträge zur Struktur- und Bauplanung. Hrsg. von Horst Linde, Bd. 1, Düsseldorf 1969, S. 24-37
- ders. (1972): Das bauliche Bild der abendländischen Universität in den ersten 500 Jahren ihres Bestehens unter dem Einfluß des Bautyps Kollegium, dargestellt an charakteristischen Beispielen aus Italien, Frankreich, England und Deutschland. Diss., Stuttgart 1972
- ders. (1977): Universität und Kollegium - Baugeschichte und Bautyp. Darmstadt 1977
- Ruhruniversität Bochum - Botanischer Garten (1968): In: Die Bauverwaltung, Jg. 17, 1968, S. 676-687
- Ruhr-Universität Bochum. Botanischer Garten (1972): Kurzbeschreibung der im Aufbau befindlichen Anlagen und Einrichtungen. Masch., Bochum 1972
- Ruhr-Universität Bochum. Grundstücke - Gebäude - Räume. Bochum (November) 1976
- RUPPERT, Karl und Franz SCHAFFER (1969): Zur Konzeption der Sozialgeographie. In: Geographische Rundschau, Jg. 21, 1969, S. 205-214
- RUPRECHT, Wilhelm (1935): Väter und Söhne. Zwei Jahrhunderte Buchhändler in einer deutschen Universitätsstadt. Göttingen 1935
- RYTLEWSKI, Ralf (1971): Hochschulen und Studenten in der DDR. In: Studentische Politik, hrsg. vom Forschungsinstitut der Friedrich-Ebert-Stiftung, 4. Jg., 1971, H. 7/8, S. 16-24
- SAGITTARIUS, Thomas (1679): Von der nöchsten Glückseligkeit der Städte, in welchen Academien ausgerichtet seynd. Jena 1679
- SARTORIUS 1870-1970. Eine Dokumentation. Göttingen 1970
- SAUBERZWEIG, Dieter (1968): Studentenschaft und Hochschulstadt. In: Der Städtetag, Jg. 21, 1968, H. 4, S. 169-175
- ders. (1973): Strukturelle und wirtschaftliche Bedeutung der Hochschule für Stadt und Region. In: Der Städtetag, Jg. 26, 1973, H. 10, S. 537-543
- SCHAFFER, Franz (1977): Augsburg - Alter Flugplatz: Neubaugelände der Universität. In: Im Flug über Schwaben. Hrsg. von Hans Frei. 2. Aufl., Weissenborn 1977, S. 190
- SCHARIOTH, Joachim (1974): Kulturinstitutionen und ihre Besucher. Eine vergleichende Untersuchung bei ausgewählten Theatern, Museen und Konzerten im Ruhrgebiet. Diss. Bochum 1974. Bamberg 1974
- SCHILLING, Konrad (1971): Kulturstadt Göttingen. In: Göttinger Bürgerbuch. Hrsg. von der Stadt Göttingen. 2. Aufl., Göttingen 1971, S. 82-93

- ders. (1972): Die Göttinger Kulturszene - lebendig und bunt. In: Göttingen. Portrait einer Stadt. Berlin o.J. (ca. 1972), S. 68-75
- SCHMEISSER, Martin (1968a): Bericht über Inhalt und Stand der Arbeiten des Gründungsausschusses für die Universität Dortmund unter besonderer Berücksichtigung der neuerlichen Empfehlungen. In: Technische Universität Dortmund - Hochschulmodell mit Zukunft? 1. Dortmunder Universitätsgespräch. Bochum 1968, S. 34-54
- ders. (1968b): Universität Dortmund - Universität mit Zukunft. In: Werk und Wir, Jg. 20, 1968, S. 339-341
- SCHMERTZ, Mildred F. (1972): Campus planning and design. New York, St. Louis und San Francisco 1972
- SCHMIDL, Franz (1970): Studentisches Wohnen aus kommunaler Sicht. In: 4. Kolloquium der Hochschulstädte in Regensburg 1970. Hrsg. vom Deutschen Städtetag. Köln 1970, S. 56-62
- SCHMIDT-RELENBERG, Norbert (1970): Universität im Flächennutzungsplan - Universität in der Stadt. In: Information, hrsg. vom Zentralarchiv für Hochschulbau, Jg. 3, 1970, H. 9, S. 6-12
- SCHNEIDER, Erich (1967): Universität belebt die Wirtschaft. In: Kieler Nachrichten Nr. 238 vom 11. Oktober 1967
- SCHNEIDER, Hans-Ludwig (1968): Ausbau der Universität Göttingen. Stand der Neubauten und der Bauplanung. In: Georgia Augusta, H. 9, Mai 1968, S. 135-139
- SCHNELL, Peter (1970): Die Arbeitsplätze in Münster - eine Raumstrukturanalyse. Diss., Masch., Münster 1970
- SCHÜLLER, Peter (1953): Aufgaben und Probleme der Stadtgeographie. In: Erdkunde, Jg. VII, 1953, S. 161-184
- ders. (1960): Städte als Mobilitätszentren westdeutscher Landschaften. In: Deutscher Geographentag Berlin 1959, Tagungsbericht und wissenschaftliche Abhandlungen, Wiesbaden 1960, S. 158-167
- ders. (1967): Die deutschen Städte. Wiesbaden 1967 (= Erdkundliches Wissen, H. 17)
- ders. (Hrsg.) (1969): Allgemeine Stadtgeographie. Darmstadt 1969 (= Wege der Forschung, Bd. 181)
- ders. (Hrsg.) (1972): Zentralitätsforschung. Darmstadt 1972 (= Wege der Forschung, Bd. 301)
- ders. (1976): Tokyo: Entwicklung und Probleme wachsender Hauptstadtkonzentration. In: Der Staat und sein Territorium. Festschrift Martin Schwind. Wiesbaden 1976, S. 86-106
- SCHOLZ, A. (1974): Integrationsprobleme der Gesamthochschule Essen. In: Information, hrsg. vom Zentralarchiv für Hochschulbau, Jg. 7, H. 26, 1974, S. 74-78
- SCHOOFF, Heinrich (1968): Einzelhandelszentren im Südraum der Stadt Bochum unter besonderer Berücksichtigung der Universitätsrahmenstadt. Gutachten. Masch., Karlsruhe (März) 1968
- SCHORR, Alfons Otto (1970): Raum und Bildungsbewegung. In: Raumforschung und Raumordnung, Jg. 28, 1970, S. 198-202
- ders. (1971): Raumbezogene Bildungspolitik und wissenschaftliche Bildungsplanung in der Bundesrepublik Deutschland. In: Bildungsplanung und Raumordnung. Referate und Diskussionsbemerkungen anlässlich der Wissenschaftlichen Plenarsitzung 1970 in Hamburg. Hannover 1971, S. 7-15 (= Veröffentlichungen der Akademie für Raumforschung und Landesplanung, Forschungs- und Sitzungsberichte, Bd. 61)
- ders. (1976): Aufriß einer Theorie der Infrastruktur des Schulwesens. In: Infrastruktur im Bildungswesen. Hannover 1976, S. 7-21 (= Veröffentlichungen der Akademie für Raumforschung und Landesplanung, Forschungs- und Sitzungsberichte, Bd. 107)
- SCHORR, Alfons und Michael SCHMIDBAUER (1969): Bildungsbewegung und Raumstruktur. Eine Analyse der Obertritte in Realschulen und Gymnasien in Bayern 1963-1967. Stuttgart 1969 (= Schriften des Staatsinstituts für Bildungsforschung und Bildungsplanung, München)
- dies. (1973): Aufstiegsschulen im sozialen Wettbewerb. Entwicklung und Hintergründe unterschiedlicher Bildungsbeteiligung in Bayern. Stuttgart 1973 (= Schriftenreihe des Staatsinstituts für Bildungsforschung und Bildungsplanung, München)
- SCHOWE, Elke (1976): Studien zur Abgrenzung nordrhein-westfälischer Hochschulregionen, insbesondere der Universitätseinzugsbereiche Münster und Bochum. Wissenschaftliche Hausarbeit für das Lehramt an Gymnasien. Masch., Bochum 1976 (Betreuung: A. Mayr)
- SCHRADER, W.D. (1967): Die Universität Dortmund. In: Südwestfalen gestern - heute. Regierungsbezirk Arnsberg 1816-1966. Berlin 1967, S. 273-277
- ders. (1968): Universität Dortmund. 2. Teil: Das Aufbau- und Verfügungszentrum. In: Die Bauverwaltung, Jg. 17, 1968, H. 1, S. 12-21
- ders. (1969): Die Universität Dortmund und ihre Eingliederung in die Stadt. Städtebaulicher Ideenwettbewerb. In: Die Bauverwaltung, 18. Jg., 1969, H. 1, S. 5-39
- SCHRAMM, Werner (1969): Studentisches Wohnen in der Hochschulstadt. Anzahl und räumliche Verteilung der Wohnungen von Studierenden. Beitrag zur Wohnungs- und Verkehrsplanung in Hochschulstädten. Hannover 1969 (= Schriftenreihe der Arbeitsgruppe Standortforschung, Bd. 6)
- ders. (1973): Zum bisherigen Planungsprozeß für die Universität Osnabrück (Standortplanung/Städtebauliche Rahmenplanung). In: Information, hrsg. vom Zentralarchiv für Hochschulbau, Jg. 6, 1973, H. 25, S. 93-100
- ders. (1974): Das Planungsverfahren zur Vorbereitung der Mikrostandortentscheidung für die Universität Osnabrück - ein Versuch zur Koordinierung von Hochschul- und Stadtentwicklung. In: Integrierte Verfahren regionaler Bildungs- und Entwicklungsplanung. Hannover 1974, S. 55-73 (= Veröffentlichungen der Akademie für Raumforschung und Landesplanung, Forschungs- und Sitzungsberichte, Bd. 93)
- SCHREIBER, Detlef, Lothar FINKE und Reinhold E. LOB (1974): Landschaftsanalytische Stellungnahme zum Erschließungsbereich Ruhr-Universität. Hier: Bauvorhaben Haftkrankenhaus und Sozialtherapie im Bereich des Ülbachtals, Bebauungsplan 281a und "Uni-Osttangente". Vorgelegt im Auftrage des Gemeinnützigen Grünflächenvereins "pro grün" e.V., Masch., Bochum (Oktober) 1974
- SCHRIEWER, Jürgen (1972): Die französischen Universitäten 1945-1968. Probleme - Diskussionen - Reformen. Bad Heilbrunn/Obb. 1972
- SCHULTZE, Joachim Heinrich, Paul HOBBSCHMANN, Fritz KÖRNER und Hermann MEYER (1955): Jena. Werden, Wachstum und Entwicklungsmöglichkeiten der Universitäts- und Industriestadt. Jena 1955

- SCHULZ, Alfons und Eberhard BERGJOHANN (1973): Zur regionalwirtschaftlichen Bedeutung von Hochschulausgaben - Problemanalyse und Voruntersuchung am Beispiel der Universität Saarbrücken. Hannover 1973 (= Arbeitsgruppe Standortforschung, Manuskriptdruck Nr. 68)
- SCHWARZ, Gabriele (1961/1966): Allgemeine Siedlungsgeographie. 2. Aufl. Berlin 1961, 3. Aufl. Berlin 1966 (= Lehrbuch der Allgemeinen Geographie, hrsg. von Erich Obst, Bd. 6)
- SCHWIND, Martin (1950): Typisierung der Gemeinden nach ihrer sozialen Struktur als geographische Aufgabe. In: Berichte zur deutschen Landeskunde, Jg. 8, 1950, S. 53 ff.
- SEELBACH, Hanns (1972): Chronik des akademischen Jahres 1971/72. In: Ruhr-Universität Bochum, Jahrbuch 1972, S. 24-62
- SEGESA (Société d'Etudes Géographiques, Economiques et Sociologiques Appliquées): Campus et Urbanisme Universitaire. Rapport de Synthèse. Hrsg. vom Ministère de l'Équipement et du Logement, Direction de l'Aménagement Foncier et de l'Urbanisme. Paris o.J.
- von SELLE, Goetz (1937): Die Georg-August-Universität zu Göttingen 1737-1937. Göttingen 1937
- ders. (1953): Universität Göttingen. Wesen und Geschichte. Göttingen 1953
- Senat der Freien und Hansestadt Hamburg (1970): Bildungsbericht 1970. Hamburg 1970
- Siedlungsverband Ruhrkohlenbezirk - Der Verbandsdirektor (1970): Landesplanerische Stellungnahme zu möglichen Standorten neuer Hochschuleinrichtungen in Essen. Masch., Essen (Dezember) 1970
- ders. (1976): Städte- und Kreisstatistik 1976. Masch., Essen (Dezember) 1976
- SIEGFRIED, Paul und Klemens OEKENTORP (1974): Führer durch das Geologisch-Paläontologische Museum der Universität Münster. 3. Aufl., Münster 1974
- SLOMAN, Albert E. (1967): Eine Universität im Aufbau (Essex). Übersetzung aus dem Englischen: W.D. Schrader. Düsseldorf 1967
- Sonderhochschulen. Bonn - Bad Godesberg 1975 (= Studentische Politik, hrsg. vom Forschungsinstitut der Friedrich-Ebert-Stiftung, 1975, H. 3/4)
- SPENGLIN, Friedrich (1972a): Strukturplan Münster-Gievenbeck. Analyse und Planungskonzept 1968/69: D. Dückert, Entwurf und Detailplanung 1971/72: R. Beckmann. O.O.o.J. (1972)
- ders. (1972b): Die Eingliederung einer Hochschule in die Stadt am Beispiel Münsters. Thesen. Referat. In: Standortprobleme der Gesamthochschule. 5. Kolloquium der Hochschulstädte 1972 in Bielefeld. Hrsg. vom Deutschen Städtetag. Köln 1972, S. 36-55 (= Reihe C,DST-Beiträge zur Bildungspolitik, H. 5)
- SPENGLIN, Friedrich, Hermann KORTE und Raimund BECKMANN (1971): Münster-Gievenbeck. Standortuntersuchung für Studentenheime in Münster. O.O.o.J. (Münster 1971)
- SPERLICH, Hans Günther (1954): Göttinger Universitätsbauten. Göttingen 1954 (= Kleine Kunstführer für Niedersachsen, H. 3)
- SPERLING, Walter (1966): Landeskundliche Bestandsaufnahme und Bildungsplanung. Zum Erscheinen des Deutschen Planungsatlas Band VII: Rheinland-Pfalz. In: Die Bücherei, 12. Jg., 1966, H. 1/2, S. 1-28
- Das Staatshochbauamt für die Universität Köln (1972): Deutsche Sporthochschule Köln. Zielplanung O.O. o.J. (Köln 1972)
- Staatshochbauverwaltung des Landes Nordrhein-Westfalen (1968): Bibliotheks- und Hörsaalgebäude der Universität zu Köln. In: Die Bauverwaltung, 17. Jg., 1968, H. 11, S. 602-609
- Stadt Augsburg (1961): Denkschrift über die Errichtung einer Medizinischen Akademie in Augsburg. Augsburg 1961
- Stadt Bayreuth (1969): Denkschrift zur Strukturverbesserung des Grenzlandgebietes Nordostbayern und zur Errichtung einer Universität in Bayreuth. Bayreuth (November) 1969
- dies. (1970): Denkschrift II zur Errichtung einer Universität in Bayreuth. Bayreuth (April) 1970
- Stadt Bochum (1960): Technische Universität Ruhrgebiet. Memorandum der Stadt Bochum. Bochum (Dezember) 1960
- dies. (1961): Technische Universität Ruhrgebiet. Was spricht für Bochum? Denkschrift. Bochum (Januar) 1961
- dies. (1968a): Flächennutzungsplan der Stadt Bochum. Erläuterungsbericht. 2 Bde. Bochum 1968
- dies. (1968b): Die Universitätsstraße in Bochum. Darstellung ihrer Verkehrsfunktionen sowie der städtebaulichen Eingliederung. Bochum 1968
- dies. (1970): Gesamtschule Bochum. Ziele - Aufgaben - Probleme. Bochum 1970
- dies. (1972): Universitätsstraße Bochum. Bochum o.J. (1972)
- dies. (1973): Schulbesuch und Sozialstruktur. Eine Analyse der räumlichen Verteilung ausgewählter soziologischer Merkmale und die Erklärung der gegenseitigen Abhängigkeiten. Bochum 1973 (= Stadtentwicklungsplanung. Ausgewählte Strukturdaten. Hrsg. vom Amt für Statistik und Stadtforschung. H. 9)
- dies. (1974a): Bochum-Planung. Bearbeitet von der Arbeitsgruppe Stadtentwicklungsplanung in Zusammenarbeit mit den Fachämtern. Bochum 1974
- dies. (1974b): Schulstruktur 1985. Kurzfassung zur Bochum-Planung. Band II. Strukturplan für das Bildungswesen der Stadt Bochum. Bochum 1974
- dies. (o.J.): Das kulturelle Bochum. Faltblatt. O.O. o.J.
- Stadt Bochum, Bauverwaltung (1974): Universität und Universitätswohnstadt. Eine Bilanz. Masch., Dezember 1974
- Stadt Dortmund (1956): Stellungnahme zur Frage der Errichtung einer zweiten Technischen Hochschule im Lande Nordrhein-Westfalen. Dortmund 1956
- dies. (1959a): Raumordnungsplan für eine Technische Hochschule in Dortmund. Dortmund 1959
- dies. (1959b): Zur Frage der Errichtung einer zweiten Technischen Hochschule mit Sitz in Dortmund. Dortmund 1959
- dies. (1960): Denkschrift zum Standort und Gelände einer Technischen Universität in Dortmund. Dortmund (Dezember) 1960
- Stadt Essen (1972): Stadtplanerische Untersuchungen zur Errichtung der Integrierten Gesamthochschule Essen im Planungsraum IGH-Nordstadt. Hrsg. im Auftrag des Oberstadtdirektors. O.O. (Essen) (November) 1972

- Stadt Essen (1973): Planungsraum Nordstadt-Altenessen. Strukturuntersuchung und Bedarfsermittlung. Entwicklung eines Planungskonzeptes. O.O. (Essen) (November) 1973
- dies. (1974): Untersuchungen zur Stadtentwicklung. 10. Bericht. Bestandsaufnahme - Daten- und Kartensammlung. Im Auftrag des Oberstadtdirektors hrsg. vom Amt für Entwicklungsplanung. Essen (Juli) 1974
- Stadt Essen, Hochschulamt (1972): Stellungnahmen der Hochschulberatergruppe der Stadt Essen. Essen 1972
- Stadt Göttingen, Bauverwaltung (1970): Entwurf eines Planungsleitbildes für die Erneuerung der Göttinger Innenstadt. Göttingen (September) 1970 (= Göttingen. Planung und Aufbau, H. 8)
- dies. (1971): Generalverkehrsplan Göttingen, Fortschreibung 1971. Göttingen 1971 (= Göttingen. Planung und Aufbau, H. 10)
- Stadt Göttingen, Statistisches Amt (1976): Statistisches Handbuch der Stadt Göttingen (1950-1975). Göttingen 1976
- Stadt Göttingen, Planungsamt (1977): Erläuterungsbericht zum Flächennutzungsplan 1975 der Stadt Göttingen (Fassung: Mai 1977). Göttingen 1977 (= Göttingen. Planung und Aufbau, H. 24)
- Stadt Göttingen (1979): Die Göttinger Fußgängerzone. Eine Dokumentation. 2. Aufl., Göttingen 1979 (= Göttingen. Planung und Aufbau, H. 19)
- Stadt Kaiserslautern (1969): Kaiserslautern als Universitätsstadt. Eine Schrift des Freundeskreises der Universität Kaiserslautern. Kaiserslautern o.J. (ca. 1969)
- Stadt Köln (1970): Leitplan der Stadt Köln. Teil 1: Grundlagen 1970. München 1970
- Stadt Köln, Oer Oberstadtdirektor, Nachrichtenamt in Verbindung mit der Tiefbauverwaltung und der Kölner Verkehrsbetriebe AG: U-Bahn Köln. Köln o.J. (1974)
- Stadt Köln, Der Oberstadtdirektor, Dezernat für Stadtentwicklung (1978): Köln. Stadtentwicklungsplanung. Gesamtkonzept. Köln 1978
- Stadt Konstanz (1961): Universität Konstanz. Möglichkeiten und Voraussetzungen in Stadt und Landschaft. Konstanz (Oktober) 1961
- dies. (1965): Bauleitplanung Konstanz 1965. Planungsprogramm. Masch., Konstanz (April/Mai) 1965
- dies. (1969): Verkehrsplanung 1969. Bericht des Baudezernenten an den Gemeinderat am 23. Juli 1969. Masch., Konstanz 1969
- dies. (o.J.): Konstanz kulturell (Mappe, insbes. Faltblatt "Bildung und Wissenschaft") O.O.o.J.
- Stadt Mülheim a.d. Ruhr (1970): Studie der Stadt Mülheim a.d. Ruhr zur Errichtung eines Hochschulzentrums Westliches Ruhrgebiet (Entwicklungsziel Gesamthochschule) in Mülheim a.d. Ruhr. Masch., O.O.o.J. (Mülheim 1970)
- Stadt Münster, Der Oberstadtdirektor (1971): Kommunale Neugliederung im Raum Münster. Münster 1971
- dies. (1973): Münster 1967-1972. Bericht des Oberstadtdirektors über das kommunale Geschehen und die Arbeit von Rat und Verwaltung. Münster (November) 1973
- dies. (1976/77): Schulentwicklungsplan Münster Teil 1 Materialien. O.O.o.J. (Münster 1976); Teil 2 Planung, bearbeitet vom Schulamt der Stadt Münster in Zusammenarbeit mit dem Referat Stadtentwicklung, dem Statistischen Amt und dem Stadtplanungsamt. Münster. Oktober 1977
- dies. (1979): Erläuterungsbericht zum Flächennutzungsplan (Entwurf). Bearbeitet vom Stadtplanungsamt Münster in Zusammenarbeit mit Wolters-Partner. Münster (Februar) 1979
- Stadt Trier (1966): Trier als Standort einer Universität. Trier 1966
- Ständige Konferenz der Rektoren und Vize-Kanzler der europäischen Universitäten (Hrsg.) (1964a): Das Europa der Universitäten, 1948-1962. Veröffentlichung der Westdeutschen Rektorenkonferenz, bearbeitet von Hanns-Albert Steger. Bad Godesberg 1964 (= Veröffentlichungen, Bd. 1)
- dies. (1964b): Die optimale und maximale Größe der Universität. Dokumentation. Veröffentlichung für die Vorbereitung der III. Generalversammlung in Göttingen vom 2. bis 9. September 1964. Göttingen 1964 (= Veröffentlichungen, Bd. 2)
- dies. (1966): III. Generalversammlung der Ständigen Konferenz der Rektoren und Vize-Kanzler der europäischen Universitäten, hrsg. vom Präsidenten der III. Generalversammlung Walther Zimmerli. Göttingen 1966 (= Veröffentlichungen, Bd. 3)
- STAHL, Konrad und Gerhard CURDES (1970): Umweltpflicht in der Industriegesellschaft. Lösungen und ihre Probleme. Reinbek 1970 (= rororo tele, H. 30)
- STEWIG, Reinhard (1971): Kiel. Einführung in die Stadtlandschaft. Kiel 1971
- Stifterverband für die deutsche Wissenschaft (1959): Weltverbundenheit der Wissenschaft. Kettwig 1959 (= Stifterverband, Jahrbuch 1959)
- dies. (1962): Wissenschaft in Daten. Kettwig 1962 (= Stifterverband, Jahrbuch 1962)
- dies. (1965): Das wissenschaftliche Leben in Deutschland. Essen 1965 (= Stifterverband, Jahrbuch 1965)
- STOLTENBERG, Gerhard (1967): Studienreform - Hochschulreform. O.O.o.J. (Bonn 1967)
- STOLTZENBURG, Joachim (1972): Die Universitätsbibliotheken in den Hochschulen der Bundesrepublik Deutschland. In: Konstanzer Blätter für Hochschulfragen, H. 34 (= Jg. X, H. 1), 1972, S. 23-41
- STORBECK, Dietrich (1966): Zur Methode der Standortbestimmung für neue Universitäten. Dargestellt am Beispiel der Universitätsgründung in Ost-Westfalen. In: Raumforschung und Raumordnung, 24. Jg., H. 5, 1966, S. 19B-209
- dies. (1967): Sozialökonomisches Gutachten über die Eignung der für die Universitätsgründung in Ostwestfalen vorgeschlagenen Standorte. In: Clemens Geißler und Dietrich Storbeck: Standortbestimmung einer Universität. Gutachten zum Standort einer Universität in Ostwestfalen. Münster 1967, S. 62-218 (= Materialien zur Raumplanung, hrsg. vom Zentralinstitut für Raumplanung an der Universität Münster)
- dies. (1970a): Probleme der Bauplanung neuer Universitäten. In: Deutsche Universitätszeitung 1970, H. 14, S. 3-4
- dies. (1970b): Universität im Aufbau. In: Mitteilungen der Westfälisch-Lippischen Universitätsgesellschaft, Bielefeld 1970, H. 3, S. 4-7

- ders. (1972): Forderungen und Erwartungen der Universität an die Stadt, erläutert am Beispiel Bielefeld. In: Standortprobleme der Gesamthochschule. 5. Kolloquium der Hochschulstädte 1972, S. 56-59 (= Reihe C, DST-Beiträge zur Bildungspolitik, H. 5)
- STRETCH, K.L. (1967): Academic Ecology: On the Location of Institutions of Higher Education. In: A.B. Shah (Hrsg.): Education, Scientific Policy and Developing Societies. Bombay 1967, S. 129-147
- Studenten in Marburg. Sozialgeographische Beiträge zum Wohn- und Migrationsverhalten in einer mittelgroßen Universitätsstadt. Marburg 1974 (= Marburger Geographische Schriften, H. 61)
- Studentenwerk Göttingen (1972): Die soziale Lage der Studierenden in Göttingen. Ergebnisse einer Umfrage des Studentenwerks Göttingen im Sommersemester 1971. O.O. (Göttingen) (April) 1972
- dass. (1973): Die soziale Lage der Studierenden an der Universität Göttingen im Sommersemester 1973. Göttingen 1973
- SUND, Horst (1976): Die Naturwissenschaften an der Universität Konstanz. In: Konstanzer Blätter für Hochschulfragen, H. 49 (= Jg. XIII, H. 4), 1976, S. 5-15
- ders. (1978): Die Universität als Partner der Volksschule. In: Konstanzer Blätter für Hochschulfragen, H. 60 (= Jg. XIV, H. 3), 1978, S. 62-68
- TANGE, Peter Josef, Siegfried KESSEMEIER und Hedwig WAWERLA (1974): Museen in Nordrhein-Westfalen. Recklinghausen 1974
- TAURIT, Hans-Jürgen (1966): Zur Grünplanung der Ruhr-Universität Bochum. In: Garten und Landschaft. Hefte der Deutschen Gesellschaft für Gartenkunst und Landschaftspflege. 76. Jg., 1966, S. 383-386
- Die Technische Hochschule Twente als Campushochschule. In: Hochschule und Forschung in den Niederlanden, Den Haag, 8. Jg., 1964, Nr. 2, S. 3-22
- THOL, Hans (1971): Ruhruniversität Bochum. Hörsaalzentrum Ost. In: Die Bauverwaltung, 20. Jg., 1971, H. 8, S. 444-455
- ders. (1976): Die Universität in der Landschaft. In: Ruhr-Universität Bochum, Jahrbuch 1976, S. 127-135
- ders. (1977): Moderne Hochschularchitektur als Instrument von Wissenschaftspraxis, Städtebau und Gesellschaftspolitik. Beispiel: Universität Bochum. Referat für die Arbeitsgemeinschaft "Moderne Hochschularchitektur". Masch., Bochum 1977
- ders. (1979): Bau der Ruhr-Universität in der Endphase. In: Ruhr-Universität Bochum, Jahrbuch 1979, S. 103-117
- THDMAS, Wolfgang u.a. (1970): Universität Westliches Ruhrgebiet. Eingliederung in den Siedlungsraum. Mikrostandortvergleich. O.O. 1970
- THROLL, Manfred (1970): Soziologische Aspekte der Eingliederung einer Universität in die Stadt. In: Hochschulplanung und Stadtplanung. 4. Kolloquium der Hochschulstädte in Regensburg 1970. Hrsg. vom Deutschen Städtetag. Köln 1970, S. 16-34
- ders. (1971): Soziologische Aspekte der Eingliederung einer Universität in die Stadt. In: Geographia Augusta, H. 16, Oktober 1971, S. 19-28
- ders. (1974): Hochschulplanung und Stadtentwicklung als politischer Konflikt. In: Stadtbauwelt 42 (Bauwelt, 65. Jg., H. 24), 1974, S. 136-141
- THROLL, Manfred, Gerold GÖTZE, Sunke HERLYN, Frank HESSE und Hermann WURTINGER (1972): Gutachten zum Mikrostandort der Universität Osnabrück. Untersuchung im Auftrag des Landes Niedersachsen, vertreten durch den Niedersächsischen Kultusminister und im Einvernehmen mit der Stadt Osnabrück. Göttingen (Februar) 1972
- THROLL, Manfred, Mechthild SCHUMPP, Rosemarie GOOS, Sunke HERLYN und Klaus PLAGEMANN (1969): Verflechtung Universität - Stadt. Gutachten zur Universitätsgründung Bremen. Erstattet vom Soziologischen Forschungsinstitut Göttingen e.V. (SOFI). Göttingen (April) 1969
- Treize Universités Parisiennes. In: L'Education Nationale, Paris, Nr. 62 vom 9.4.1970, S. I-II
- Über den Stand der Universität Konstanz. Aus einem Bericht der Landesregierung. In: Konstanzer Blätter für Hochschulfragen, H. 22 (= Jg. VII, H. 1), 1969, S. 5-17
- UHLHORN, Gertraude (1968): Die Ruhr-Universität an ihrem dritten Geburtstag. In: Ruhr-Universität Bochum, Jahrbuch 1968, S. 116-119 (Auszug aus Westdeutsche Allgemeine Zeitung, Essen, vom 29.7.1968)
- UHLIG, Friedrich (1962): Geschichte des Buches und des Buchhandels. 2. Aufl. Stuttgart 1962
- ULLMANN, Helmut (1974): Neubaukomplex der Karl-Marx-Universität in Leipzig. In: Architektur der DDR, 23. Jg., 1974, S. 72-91
- UNESCO (Hrsg.) (1960): World Survey of Education. Vol. IV: Higher Education. Paris 1960
- Die Universität Bochum. Gesamtplanung. Hrsg. vom Minister für Landesplanung, Wohnungsbau und öffentliche Arbeiten des Landes Nordrhein-Westfalen. Stuttgart 1965
- Universität Boston/USA. In: Baumeister, Jg. 64, 1967, H. 4, S. 424-429
- Universität Dortmund 1968-1978. Im Auftrag des Rektors hrsg. von der Presse- und Informationsstelle der Universität Dortmund. O.O. (Dortmund) 1978
- Universität Duisburg (1970). Hrsg. durch den Oberstadtdirektor der Stadt Duisburg. Dokumentation: Arbeitskreis Universität Duisburg, Realisierung: Werbeamt der Stadt Duisburg. Schubert mit Einzelbeiträgen. O.O.o.J. (Duisburg 1970)
- Universität Essen - Gesamthochschule (1974): Personal- und Vorlesungsverzeichnis WS 1974/75. Bochum 1974
- Universität Hamburg 1919-1969. Hamburg 1969
- Universität Hohenheim. Geschichte - Situation - Entwicklung. Redaktion: Informations- und Pressestelle. O.O.o.J. (ca. 1971)
- Die Universität Konstanz. Bericht des Gründungsausschusses. Konstanz 1965
- Universität Konstanz (1974): Personal- und Vorlesungsverzeichnis. Studienjahr 1974/75. O.O.o.J. (Konstanz 1974)
- Universität des Saarlandes (1973): Universität des Saarlandes 1948-1973. Hrsg. vom Präsidenten der Universität des Saarlandes. Saarbrücken o.J. (1973)
- Universität Stuttgart. Entwicklung und Gesamtplanung. Bericht des Universitätsbauamtes Stuttgart. Stuttgart 1972

- Universitätsbauamt Bremen (1970): Untersuchungen über die Möglichkeiten einer städtebaulichen Verflechtung zwischen universitären und nicht-universitären Einrichtungen auf dem Gelände der Universität Bremen. Masch., Bremen (April) 1970
- Universitätsbauamt Konstanz (1968): Universität Konstanz. In: *Bauwelt*, Jg. 59, 1968, H. 31/32, S. 990-994
- Universitätsgrünplanung. Kolloquium. Bonn 1970 (= Bund Deutscher Garten- und Landschaftsarchitekten. Kolloquium, H. 8)
- Universität Westliches Ruhrgebiet. Eingliederung in den Siedlungsraum Essen. Mikrostandortvergleich. Planungsverfahren und methodische Grundlagen. Planungsgruppe Spengelin (Thomas); Ortliche Sachbearbeitung: Arbeitskreis Universität (Gerberding-Wiese, Niehüsener, von Ofen, Ullmann, Weis, Wolf). O.O. (Essen) o.J.
- USKO, Marianne (1974): Hochschulen in der DDR. Berlin 1974
- UTECHT, Elise (1929): Wirtschafts- und Sozialtopographie der Altstadt und der Neustadt von Köln. Diss. Köln 1929
- VASSAL, Serge (1969): Les nouveaux ensembles universitaires français. *Éléments de géographie urbaine*. In: *Annales de Géographie*, Bd. 78, 1969, S. 131-157
- ders. (1976): Orléans d'hier à aujourd'hui. La crise urbaine. Orléans 1976 (= *Bulletin de la Société Archéologique et Historique de l'Orléanais*. Numéro hors-série)
- Verband deutscher Studentenschaften (Hrsg.) (1962): Studenten und die neue Universität. Gutachten einer Kommission des Verbandes Deutscher Studentenschaften zur Neugründung von wissenschaftlichen Hochschulen. Bonn 1962. 2. unveränderte Aufl., Bonn 1966
- Vergleichender Bericht I der Staatshochbauverwaltung des Landes Nordrhein-Westfalen 1968 - Arbeitskreis Gesamtplanung -. O.O. 1969
- Die Verwaltungs- und Wirtschaftsakademie Industriebezirk in Zahlen. Bochum 1958 (= Einzelschriften des Statistischen Amtes der Stadt Bochum, Nr. 9)
- Verwaltungs- und Wirtschaftsakademie Industriebezirk (1974): Vorlesungsverzeichnis Wintersemester 1974/75. Bochum 1974
- VIERHAUS, Rudolf (1965): Die Konzeption der Ruhr-Universität Bochum. In: *Der Ruhr-Student*, hrsg. von der Studentenschaft des Landes Nordrhein-Westfalen, H. 3, o.O.o.J. (Bochum 1965), S. 33-35
- ders. (1969): Ermüdung und Hoffnung. In: *Ruhr-Universität Bochum, Jahrbuch 1969*, S. 11-18
- VÜLKEL, Rudolf (1968): Darmstadt. In: *Die Städte in Hessen*. Bad Godesberg 1968, S. 39-41 (= Städte der Bundesrepublik Deutschland in geographisch-landeskundlichen Kurzbeschreibungen, Bd. 4)
- VOGEL, Wolfram (1974): Universität Konstanz. In: *Die Hochschulen der Bundesrepublik*. Hrsg. von Brigitte Bohnke und Gerhard Hirschfeld. Frankfurt 1974, S. 210-215
- ders. (1976): Kulturelle Aktivitäten nach außen. In: *Konstanzer Blätter für Hochschulfragen*, H. 50/51 (= Jg. XIV, H. 1/2), 1976, S. 36-40
- ders. (1978): Kulturelle Aktivitäten der Universität Konstanz. In: *Konstanzer Blätter für Hochschulfragen*, H. 59 (= Jg. XVI, H. 2), 1978, S. 56-71
- VOSS, Werner, Rolf MEYER und Immo RAUSCH (1978): Bericht zur sozialen Lage der Studierenden an der Ruhr-Universität Bochum. 2. Aufl., Bochum 1978
- WAGENFELD, Horst (1973): Freiraumplanung für Hochschulen im Rahmen städtebaulicher Standortuntersuchungen. In: *Das Gartenamt*, 22. Jg., 1973, H. 10, S. 575-582
- WAGNER, Wolfgang (1969): Bauplanung und Baufortschritt der Universität. In: *Die Universität zu Köln 1919-1969*, im Auftrage der Universität hrsg. von Wilhelm Katner. Berlin und Basel 1969, S. 195-197
- WEBER, Klaus (1968): Wunsch und Wirklichkeit studentischen Wohnens in Göttingen. Hannover 1968 (= Schriftenreihe der Arbeitsgruppe Standortforschung, Sonderheft 3)
- WEBER, Werner (1970): Göttingen-Gesetz. Die kommunale Neugliederung im Raume Göttingen. In: *Handwörterbuch der Raumforschung und Raumordnung*, 2. Aufl., Bd. 1, Hannover 1970, Sp. 1045-1047
- WEBER, Rotraut (1971): Eine neue Wohnumwelt. Beziehungen der Bewohner eines Neubaugebietes am Stadtrand zu ihrer sozialen und räumlichen Umwelt. Diss. Stuttgart 1971
- ders. (1972): Verflechtung Universität - Stadt. Empirische Analyse von Aktivitäten der Hochschulbevölkerung am Beispiel Stuttgarts. Thesen. Referat. In: *Standortprobleme der Gesamthochschule*. 5. Kolloquium der Hochschulstädte 1972 in Bielefeld. Hrsg. vom Deutschen Städtetag. Köln 1972, S. 70-103 (= Reihe C, DST-Beiträge zur Bildungspolitik, H. 5)
- WEGENER, R. (1975): Das Luftbild als Dokumentation über die Veränderung einer Stadtlandschaft. Dargestellt am Beispiel der Universität Bochum. In: *Luftaufnahme II. Auswertungen für Stadtplanung, Regionalplanung, Umweltschutz*. Essen 1975. S. 9-22 (= Schriftenreihe Siedlungsverband Ruhrkohlenbezirk, Bd. 58)
- WEIL, Wolfgang (1973): Stadtplanung Göttingens unter Berücksichtigung der Hochschulentwicklung. In: *Information*, hrsg. vom Zentralarchiv für Hochschulbau, Jg. 6, Nr. 25, 1973, S. 116-121
- WEILER, Fred. (1968): Die Planung einer Großmensa, dargestellt am Entwurf der Zentralmensa der Universität Köln. In: *Umschau in der Arbeit der Studentenwerke*, 1968/69, S. 16-18
- WERNER, Erich, Ernst ZIERIS und Wolfgang LIPP (1970): Student und Studium in Bochum. Zur Soziologie der Gründungssemester an der Ruhr-Universität. Stuttgart 1970
- Westermann-Lexikon der Geographie, hrsg. von Wolf Tietze und Ernst Weigt. Bd. II, Braunschweig 1969
- Westfälische Wilhelms-Universität Münster (1973): Personal- und Vorlesungsverzeichnis. Sommer-Semester 1973. Münster 1973
- WEYL, Brigitte (1976): Beginn eines Universitätsverlages. In: *Konstanzer Blätter für Hochschulfragen*, H. 50/51 (= Jg. XIV, H. 1/2), 1976, S. 41-49
- WIDMANN, H. (1971): Tübingen als Verlagsstadt. Tübingen 1971 (= *Contubernium*. Beiträge zur Geschichte der Eberhard-Karls-Universität Tübingen, Bd. 1)
- WIDMAIER, Hans Peter (1966): Bildung und Wirtschaftswachstum. Eine Modellstudie zur Bildungsplanung im Auftrag des Kultusministeriums Baden-Württemberg. Villingen 1966 (= *Bildung in neuer Sicht*, Nr. 3)
- ders. (1966b): Bildungsplanung. Ansätze zu einer rationalen Bildungspolitik. Basel 1966

- WIDMAIER, Hans Peter, Mathias JERMANN und Florian REICHHOLD (1969): Analysen zum Hochschulgesamtbereich. Eine Studie zur Vorbereitung der Hochschulplanung im Auftrag des Kultusministeriums Baden-Württemberg. Villingen 1969 (= Bildung in neuer Sicht, Nr. 19)
- WILCKE, Bernd-Achim (1970): Studienbedingungen und Studiengewohnheiten an der Ruhr-Universität Bochum (1968/69). Bericht über die Erhebung "Umfrage unter den Studenten der Ruhr-Universität Bochum" im WS 1968/69. Bochum 1970
- WILLAUSCHUS, Axel (1979): Wirtschaftliche Verflechtungen zwischen Hochschulen und Stadt. Eine empirische Analyse am Beispiel der Stadt Münster und ihrer Hochschulen. Baden-Baden 1979 (= Schriften zur öffentlichen Verwaltung und öffentlichen Wirtschaft, Bd. 42)
- WILSON, J. Holton (1975): The student expenditure impact of a university upon the local economy. In: *Annals of Regional Science*, Jg. 9, 1975, H. 1, S. 122-126
- WILSON, J. Holton und Richard RAYMOND (1973): The Economic Impact of a University upon the Local Community. In: *The Annals of Regional Science*, Bd. 7, 1973, H. 2, S. 130-142
- WILTENSTEIN, Herbert und Helmut BAUKNECHT (1967): Strukturuntersuchung der Göttinger Innenstadt. O.O. (Göttingen) 1967 (= Göttingen. Planung und Aufbau, H. 4)
- WIMMER, Raimund, Waltraud REINHOLD und Gerd WESSEL (1977): Wunsch, Wirklichkeit und Perspektiven regionaler Effekte von Hochschulneugründungen - dargestellt am Beispiel Osnabrück. In: *Informationen zur Raumentwicklung*, 1977, H. 3/4, S. 305-312
- WISER, U. (1968): Gesamtwirtschaftliche Aspekte der Hochschulplanung. Mit besonderer Berücksichtigung des Salzburger Beispiels. Wien 1968 (= Dissertationen der Universität Wien, Bd. 14)
- Wissenschaftsrat (1960): Empfehlungen des Wissenschaftsrates zum Ausbau der wissenschaftlichen Einrichtungen. Teil 1: Wissenschaftliche Hochschulen. Köln 1960
- ders. (1962): Anregungen des Wissenschaftsrates zur Gestalt neuer Hochschulen. Köln 1962
- ders. (1964): Abiturienten und Studenten. Entwicklung und Vorschätzung der Zahlen 1950 bis 1980. Köln 1964
- ders. (1967): Empfehlungen des Wissenschaftsrates zum Ausbau der wissenschaftlichen Hochschulen bis 1970. Köln 1967
- ders. (1968a): Empfehlungen des Wissenschaftsrates zur Struktur und zum Ausbau der medizinischen Forschungs- und Ausbildungsstätten. Köln 1968
- ders. (1968b): Wissenschaftsrat 1957 - 1967. Bonn 1968
- ders. (1970): Empfehlungen des Wissenschaftsrates zur Struktur und zum Ausbau des Bildungswesens im Hochschulbereich nach 1970. 3 Bde, Köln 1970
- ders. (1972): Zur Planung neuer Hochschulen. In: *Standortprobleme der Gesamthochschule*. 5. Kolloquium der Hochschulstädte 1972 in Bielefeld. Hrsg. vom Deutschen Städtetag. Köln 1972, S. 125-154, Anhang II (= Reihe C, DST-Beiträge zur Bildungspolitik, H. 5)
- WITT, Werner (1970): Thematische Kartographie. 2. Aufl., Hannover 1970
- WITTHÜFT, Harald (1966): *Industrie- und Handelskammer Hildesheim 1866-1966*. Göttingen 1966
- WOLL, Arthur (1966): Die wirtschaftliche und fiskalische Bedeutung der Universität für die Stadt. Gießen 1966 (= Schriften der Justus-Liebig-Universität, Bd. 5)
- WORTMANN, Wilhelm (1972): Die neue Stadt. Zum 75. Geburtstag von Wilhelm Wortmann. Aus seinen Arbeiten ausgewählt und kommentiert von Klaus Wittkau in Zusammenarbeit mit Clemens Geißler, Barbara Michel und Gerhard Schlitt. Sonderdruck aus: *Mitteilungen der Deutschen Akademie für Städtebau und Landesplanung*, 16. Jg., März 1972
- WURZER, Rudolf (1966): Die Stellung der Technischen Hochschule Wien im Ablauf ihrer Geschichte. Wien 1966 (= Schriftenreihe des Instituts für Städtebau, Raumplanung und Raumordnung an der Technischen Hochschule Wien, Bd. 6)
- 10 Jahre Universität Konstanz. Konstanz 1976 (= Sonderheft der Konstanzer Blätter für Hochschulfragen, H. 50/51, zugl. Jg. XIV, H. 1/2)
- ZIMMERLI, Walther (1971): Die Göttinger Akademie der Wissenschaften. In: *Georgia Augusta*, H. 15, Mai 1971, S. 13-21
- 225 Jahre Vandenhoeck & Rupprecht in Göttingen. Göttingen 1960
- Zum 140. Geburtstag Wilhelm Lamprechts. In: *Allgemeines Nachrichtenblatt, Göttingen-Geismar*, August/September 1973, S. 7-8
- Zur Hochschulplanung im Großraum Nürnberg-Fürth-Erlangen. Stellungnahme der Interessengemeinschaft Hochschulausbau im Großraum Nürnberg-Fürth-Erlangen. Nürnberg (Februar) 1973
- Zur städtebaulichen Eingliederung der Universität Konstanz. In: *Konstanzer Blätter für Hochschulfragen*, H. 14 (= Jg. V, H. 1), 1967, S. 15-57
- Zur Tätigkeit der deutschen Forschungs- und Versuchsanstalt für Luft- und Raumfahrt (DFVLR). In: *Informationen bildung wissenschaft*. Hrsg. vom Bundesminister für Bildung und Wissenschaft. Nr. 7/71 vom 15. Juli 1971, S. 3 und 6-7
- Zur Tätigkeit der Fraunhofer-Gesellschaft. Neuorientierung und Ausbau der Fraunhofer-Gesellschaft zur Förderung der angewandten Forschung e.V. In: *Informationen bildung wissenschaft*. Hrsg. vom Bundesminister für Bildung und Wissenschaft, Nr. 4/72 vom 20. April 1972, S. 48-51
- Zur Universität Konstanz. Stellungnahme des Kultusministeriums vom 28. Januar 1966 (zum Bericht des Gründungsausschusses). In: *Konstanzer Blätter für Hochschulfragen*, H. 11 (= Jg. IV, H. 2), 1966, S. 14-52

B. Zeitschriften, Zeitungen und statistische Veröffentlichungen

- Amtliche Branchen-Fernsprechbücher. Verschiedene Ausgaben
- Analysen. Zeitschrift zur Wissenschafts- und Berufspraxis. Verschiedene Hefte
- Bochumer Illustrierte Zeitung (biz). Verschiedene Hefte
- Deutscher Hochschulführer. Verschiedene Ausgaben
- Deutsche Universitätszeitung. Verschiedene Hefte
- Essener Hochschuljournal. Nachrichten + Mitteilungen aus der Gesamthochschule Essen. Verschiedene Hefte
- forschung. mitteilungen der deutschen forschungsgemeinschaft. Verschiedene Hefte
- Georgia Augusta. Nachrichten aus der Universität Göttingen. Verschiedene Hefte
- gh-integrale. informationen aus der universität essen - gesamthochschule. Verschiedene Hefte
- Das Hochschulwesen. Zeitschrift für das Hochschulwesen der DDR. Verschiedene Jahrgänge
- IN. Das deutsche Bildungsmagazin. Verschiedene Jahrgänge
- Information, hrsg. vom Zentralarchiv für Hochschulbau Stuttgart. Verschiedene Hefte
- Informationen aus dem Ministerium für Wissenschaft und Forschung des Landes Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf. Verschiedene Hefte
- informationen bildung wissenschaft. Hrsg. vom Bundesminister für Bildung und Wissenschaft, Bonn. Verschiedene Hefte
- Informationen zum studentischen Wohnen. Hrsg. vom Verein zur Förderung kath. Studentenwohnheime und Kollegienhäuser e.V., Bonn. Verschiedene Hefte
- Jahresschrift der Gesellschaft zur Förderung der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster, Münster. Verschiedene Jahrgänge
- Mitteilungen der Universität zu Köln. Verschiedene Hefte
- Münsteraner Nachrichten. Hrsg. von der Studentenschaft der Westfälischen Wilhelms-Universität. Verschiedene Hefte
- Münster. Wirtschaftsreport. Verschiedene Hefte
- Presse- und Informationsamt der Landesregierung Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf: Pressemitteilungen. Verschiedene Nummern
- Preußische Statistik, hrsg. vom Preußischen Statistischen Zentralamt. Verschiedene Hefte
- Querenburger Nachrichten, hrsg. von den SPD-Ortsvereinen Querenburg, Steinkuhl und Wiemelhausen in Bochum. Verschiedene Ausgaben
- Der Rückspiegel. Betriebsmitteilungen der Bochum-Gelsenkirchener Straßenbahnen AG, Bochum. Verschiedene Hefte
- RUB-aktuell. Zeitung der Ruhr-Universität Bochum. Verschiedene Ausgaben
- Ruhr-Universität Bochum, Jahrbücher 1968 ff.
- Ruhr-Universität Bochum, Rechenschaftsbericht des Rektorates gemäß Art. 29 Abs. 4 der Verfassung der Ruhr-Universität Bochum. Verschiedene Berichte
- Stadt Bochum: Einzelschriften. Verschiedene Hefte; Sonderberichte. Verschiedene Hefte; Statistische Monatsberichte. Verschiedene Hefte; Statistisches Jahrbuch. Verschiedene Jahrgänge
- Stadt Essen: Statistisches Jahrbuch. Verschiedene Jahrgänge
- Stadt Göttingen: Statistische Vierteljahresberichte. Verschiedene Hefte
- Stadt Köln: Statistisches Jahrbuch, Verschiedene Jahrgänge; Statistische Monatshefte. Verschiedene Hefte; Statistische Mitteilungen. Verschiedene Jahrgänge
- Stadt Konstanz: Statistische Informationen. Verschiedene Jahrgänge
- Stadt Münster: Statistischer Jahresbericht. Verschiedene Jahrgänge
- Statistisches Bundesamt: verschiedene Hochschulstatistiken (teilweise unveröffentlicht)
- Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland, hrsg. vom Statistischen Bundesamt Wiesbaden. Verschiedene Ausgaben
- Statistisches Jahrbuch der Deutschen Demokratischen Republik, hrsg. vom Ministerrat der DDR, Staatliche Zentralverwaltung für Statistik. Verschiedene Ausgaben
- Statistisches Jahrbuch deutscher Gemeinden, hrsg. vom deutschen Städtetag. Verschiedene Jahrgänge
- Statistische Landesämter der Länder der Bundesrepublik Deutschland: verschiedene Hochschulstatistiken (teilweise unveröffentlicht)
- Südkurier, Konstanz (Tageszeitung)
- Umschau in der Arbeit der Studentenwerke. Verschiedene Hefte
- unipress münster. Artikeldienst für Presse, Funk und Fernsehen, Hrsg. von der Presse- und Informationsstelle der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster. Verschiedene Ausgaben
- uni ulm intern. Mitteilungen der Universität Ulm. Verschiedene Hefte
- Universität Bielefeld. Informationen. Bielefelder Uni-Zeitschrift. Verschiedene Ausgaben
- Universitätszeitung und Hochschulnachrichten, Konstanz. Verschiedene Hefte
- Westdeutsche Allgemeine Zeitung, Bochum (Tageszeitung)
- Westdeutsche Allgemeine Zeitung, Essen (Tageszeitung)
- Westfälische Nachrichten, Münster (Tageszeitung)
- Westfälische Wilhelms-Universität Münster. Nachrichten & Berichte. Verschiedene Ausgaben

C. Mündliche und schriftliche Auskünfte

- Herr Prof. Dr. Hans Joachim Aminde, Universität Stuttgart, Institut für Hochschulbau
- Herr Klaus Anderbrügge, Reg.-Direktor, Universität Münster, Dezernat für Akademische Angelegenheiten
- Herr Prof. Dr. Gerd Aymans, Universität Bonn, Geographisches Institut, ehem. Assistent des Rektors der Universität Bonn
- Herr Dr. Jörg Beyer, Bonn, ehem. Wiss. Hilfskraft am Geographischen Institut der Universität Bochum
- Herr Jürgen Böckling, Universität Münster, Leiter der Pressestelle
- Herr Michael Bornefeld-Ettmann, Universität Münster, persönlicher Referent des Rektors
- Herr Robert Bretschneider, Oberreg.-Rat, Universität Münster, Bau- und Liegenschaftsabteilung
- Herr Briske, Baudirektor, Stadt Köln, Amt für Brücken- und U-Bahn-Bau
- Herr Dr. Norbert Brockmeyer, Buchhändler, Bochum
- Herr Dipl.-Sozialwirt Brühl, Stadt Göttingen, Arbeitsgruppe Stadtentwicklung
- Der Bundesminister für Verteidigung/Der Sonderbeauftragte für die Hochschulen der Bundeswehr, Bonn
- Herr Johann Burlage, Buchbinder, Münster
Deutscher Städtetag, Köln
- Deutsches Studentenwerk, Abt. Wohnheime, Bonn
- Herr Dr. Werner Dierks, Bürgermeister der Stadt Konstanz
- Herr Dipl.-Ing. B. Dirksmeier, Reg.-Baudirektor, Zentrale Planungsstelle für die Rationalisierung von Landesbauten NW (ZPL), Münster
- Herr Bernd Drescher, Universität Essen - Gesamthochschule, Leiter der Pressestelle
- Herr Eck, Niedersächsische Staats- und Universitätsbibliothek Göttingen, Benutzungsabteilung
- Herr Johannes Erdmann, Ltd. Reg.-Baudirektor, Staatshochbauamt für die Universität Münster
- Herr Karl Foos, Oberbaurat, Universitätsbauamt U1m
- Herr Dr. Winfried Flüchter, Wiss. Assistent, Universität Bochum, Geographisches Institut, ehem. Lehrbeauftragter an der Universität Tsukuba/Japan
- Herr Prof. Dr. Robert Geipel, Technische Universität München, Geographisches Institut
- Frau Dr. Gerberding-Wiese, Stadt Essen, Planungsamt, Abt. Hochschulplanung
- Herr Hans Gersch, Ltd. Verwaltungsdirektor, Stadt Münster
- Herr Dr. Reinhold Grotz, Wiss. Assistent, Universität Stuttgart, Geographisches Institut
- Herr Dr. Klaus Haensch, Ministerium für Wissenschaft und Forschung des Landes Nordrhein-Westfalen, Presse- und Informationsabteilung, Düsseldorf
- Herr Prof. Dr. Fridolin Hallauer, Ministerialrat, Finanzministerium Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf, Hochbauabteilung, ehem. Sonderbeauftragter für Hochschulbau
- Herr Prof. Dr. Gerd Heinrich, Freie Universität Berlin, Historisches Seminar
- Herr Dr. Sunke Herlyn, Universität Bremen, Abt. Bauangelegenheiten
- Herr Dr. Dietrich Höroldt, Städt. Archivdirektor, Bonn
- Herr Prof. Dr. Wolfgang Hoffmann, ehemaliger Rektor der Universität Münster
- Herr Dipl.-Ing. Laszlo Holtzer, Universitätsbauamt Stuttgart
- Herr Prof. Dr. Dr. Karlheinz Hottes, Universität Bochum, Geographisches Institut
Institut für Regionale Bildungsplanung - Arbeitsgruppe Standortforschung - GmbH, Hannover
- Herr Hanns Jannssen, Buchhändler, Bochum
- Frau John, Universitäts- und Stadtbibliothek Köln, Benutzungsabteilung
- Herr Dipl.-Ing. Kalass, Stadt Köln, Amt für Brücken- und U-Bahn-Bau
- Herr Prof. Dr. Iwao Kamoza, Hosei University Tokyo, Department of Geography
- Herr Karlmeier, Geschäftsführer der Kreishandwerkerschaft Göttingen
- Herr Dipl.-Ing. M. Kermann, Universitätsbauamt Konstanz
- Herr Hellmut Keusen, ehemaliger Leiter des Lehrinstitutes für Russische Sprache des Landes Nordrhein-Westfalen, Bochum
- Herr Dr. Lothar Klein, Stadt Konstanz, Kulturdezernent
- Herr Prof. Dr. Rudolf Klöpffer, Universität Göttingen, Geographisches Institut
- Kölner Verkehrsbetriebe (KVB), Hauptverwaltung, Abt. Verkehrsplanung
- Herr Dr. Jürgen Körber, Siedlungsverband Ruhrkohlenbezirk Essen, ehemaliger Leiter der Abt. Landesplanung
- Herr Dr. Norbert Kunisch, Wiss. Assistent, Universität Bochum, Archäologisches Seminar
- Herr Lessner, Oberbürgermeister a.D. der Stadt Göttingen
- Herr Dr. Frieder Lorenz, Intendant der Städtischen Bühnen Münster
- Herr Dr. Albrecht Luthardt, Geschäftsführer des Instituts für den wissenschaftlichen Film, Göttingen
- Herr Wenzel Ritter von Mann, Oberreg.-Baudirektor, Leiter des Universitätsbauamtes Konstanz
- Herr Prof. Dr. Wolfgang Meckelein, ehem. Staatssekretär im Kultusministerium Baden-Württemberg
- Herr Dr. Peter Meusbürger, Wiss. Assistent, Universität Innsbruck, Geographisches Institut
- Herr Eugen Moll, Gartenoberamtsrat, Botanischer Garten der Universität Bochum
- Herr Prof. Dr. Wilhelm Müller-Wille, Münster, Institut für Geographie der Universität und Geographische Kommission für Westfalen
- Herr Dipl.-Ing. Narciss, Staatshochbauamt für die Universität Bochum
- Herr Dipl.-Ing. Johannes Nehammer, Städt. Baudirektor, Bochum, Büro Umlandplanung für die Ruhr-Universität Bochum
- Niedersächsisches Kultusministerium, Hannover

Herr Prof. Dr. O. Nishikawa, Department of Geography, University of Tokyo

Herr Eberhard Obermeyer, Redakteur, Westfälische Nachrichten Münster

Herr Dr. Karl-Heinz Otten, Stadt Münster, Leiter des Kulturamtes

Herr Rolf Paulin, Mitglied des Direktoriums des Schauspielhauses Bochum

Herr Peik, Arbeitsamt Bochum, Abt. Studentenvermittlung

Herr Prof. Dr. Hansgert Peisert, Universität Konstanz, Zentrum Bildungsforschung

Herr J. Peters, Technische Hochschule Twente in Enschede, Leiter der Presse- und Informationsstelle

Herr Dr. Werner Pierchalla, Oberbürgermeister der Stadt Münster

Herr Bruno Pomplun, Leiter der Gesamtschule Bochum

Herr Dr. Gerald Rollett, Sonderforschungsbereich 63 Hochschulbau, Stuttgart

Herr Dr. Dietrich Ruprecht, Verlag Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen

Herr Friedrich Schaten, Buchhändler, Bochum

Herr Dr. Konrad Schilling, Stadt Göttingen, Kulturdezernent

Herr Dr. Alfred Schmitz, Stadtdirektor a.D. der Stadt Bochum

Herr Hubert Schmitz, Ltd. Reg.-Direktor, Universität Bochum

Herr H.-L. Schneider, Kurator der Universität Göttingen

Herr Prof. Dr. Peter Schölller, Universität Bochum, Geographisches Institut

Herr Dipl.-Ing. A. Scholz, Zentrale Planungsstelle für die Rationalisierung von Landesbauten NW (ZPL), Bauleitung IGH Essen

Herr Schreiber, Oberbaurat, Staatshochbauamt Göttingen - Baugruppe für den Hochschulbau

Herr Schwartz, Städt. Vermessungsrat, Stadt Essen, Amt für Bodenordnung

Herr Dr. Jörg Severin, stellvertr. Verwaltungsleiter der Technischen Universität Hamburg-Harburg

Staatliches Liegenschaftsamt des Landes Baden-Württemberg, Konstanz

Herr Strassert, Hausverwalter des Uni-Centers Köln

Firma Siemens AG, Erlangen

Herr Dipl.-Ing. Hans Thol, Staatshochbauamt für die Universität Bochum

Herr Dr. Klaus Triebold, Kanzler der Universität Münster

Frau Dr. Gertraude Uhlhorn, Redakteurin, Westdeutsche Allgemeine Zeitung, Bochum

Herr Serge Vassal, Maître Assistent, Université de Paris, Institut de Géographie

Verwaltungsakademie Münster, Sekretariat

Verwaltungs- und Wirtschaftsakademie Industriebezirk, Bochum, Hauptgeschäftsstelle

Herr Hans Völkel, Ruhr-Universität Bochum, Leiter der Zentralstelle für Präparationstechnik

Herr Wolfram Vogel, Universität Konstanz, Leiter der Pressestelle

Volkshochschule Münster, Sekretariat

Herr Dr. Wolfgang Wagner, Kanzler der Universität zu Köln

Herr W. Waldruff, Stadt Konstanz, Amt für Statistik und Wahlen

Herr Hans-Helmut Weigmann, Oberreg.-Rat, persönlicher Referent des Rektors der Universität Bochum

Herr Dr. Fred Weiler, ehem. Geschäftsführer des Studentenwerks Köln

Herr Drs. E. Wever, Universität Nijmegen, Geographisch-planologisches Institut

Herr Wolter, Regierungsbaudirektor, Staatliche Bauleitung für das Klinikum Essen

Herr Prof. S. Yamaga, Tokyo Gakugei University, Geographical Institute

Herr Prof. Dr. Taiji Yazawa, Tokyo Metropolitan University, Department of Geography

Zentralarchiv für Hochschulbau, Stuttgart

Herr Ziltz, Neue Heimat Nordrhein-Westfalen, Büro Bochum, Verwaltung des Uni-Centers Bochum

Weitere Auskünfte erteilt

Verwaltungen verschiedener Universitäten in der Bundesrepublik Deutschland sowie in Salzburg, Innsbruck, Nijmegen und Enschede

Staatshochbauämter für Universitäten bzw. Universitätsbauämter

Industrie- und Gewerbebetriebe, insbesondere in Göttingen

D. Nachtrag

(Veröffentlichungen, die nach Abschluß des Umbruchs erschienen bzw. dem Verfasser nach diesem Zeitpunkt bekannt wurden)

ENGELBRECHT, Gerhard, Georg KÖPPERS und Joachim SONNTAG (1978): Regionale Wirkungen von Hochschulen. Bonn - Bad Godesberg 1978 (= Schriftenreihe "Raumordnung" des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau, Bd. 06.025)

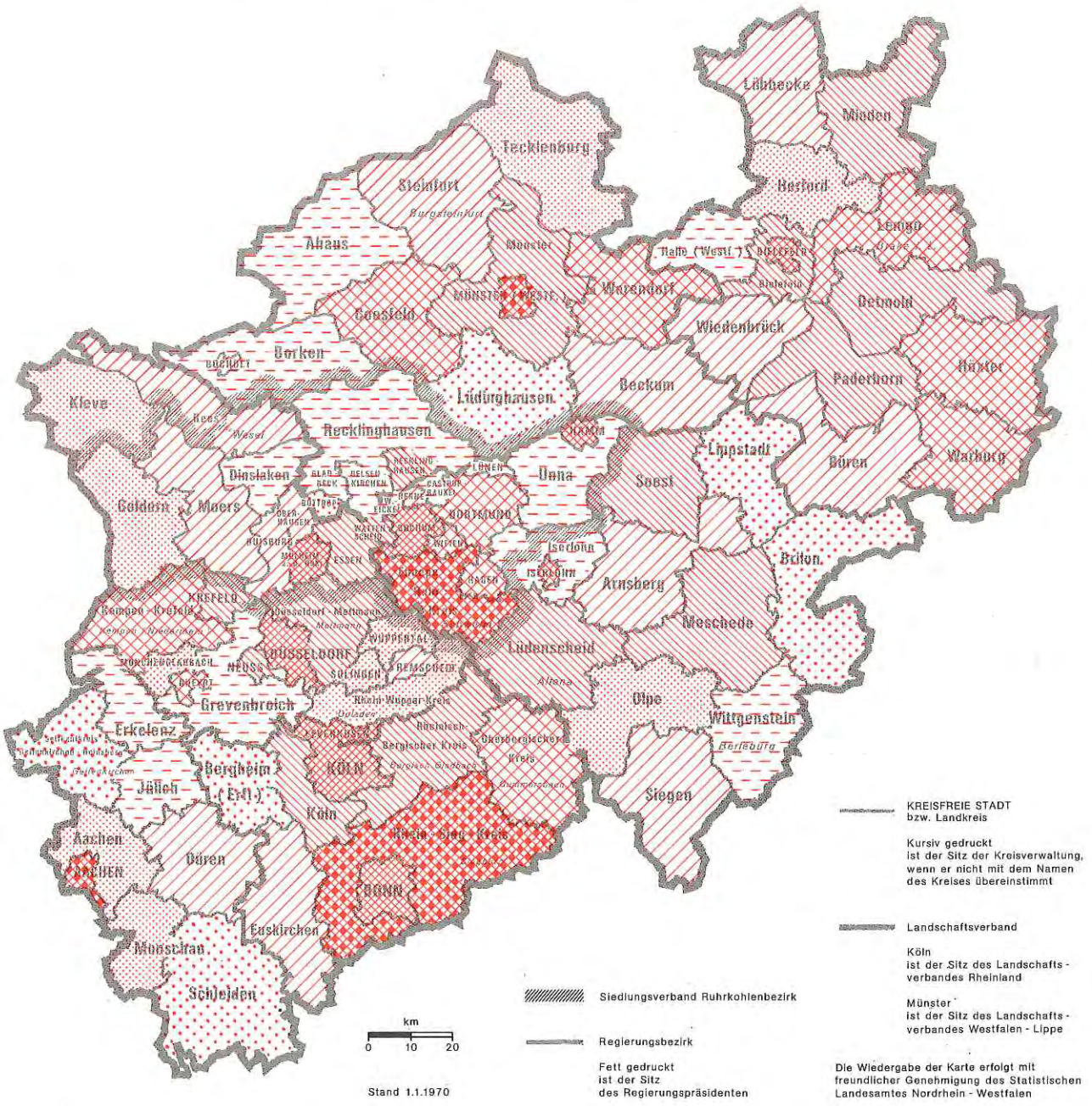
ESSER, Karl und Bernd KIRCHNER (1979): Der Botanische Garten der Ruhr-Universität Bochum (Teil I). In: Ruhr-Universität Bochum, Jahrbuch 1979, S. 81-92

Institut für funktionsanalyse og hospitalprojektering (1974): Klinikum der Gesamthochschule Essen. Generalplan 1974. 0.0.0.J. (København 1974)

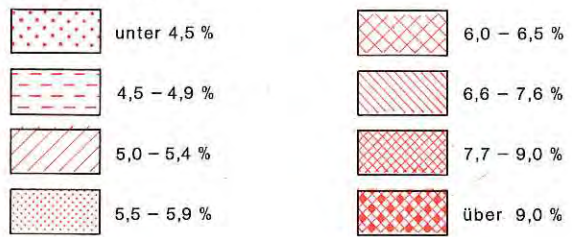
MASCHKE, Erich und Jürgen SYDDOW (Hrsg.) (1977): Stadt und Universität im Mittelalter und in der früheren Neuzeit. 13. Arbeitstagung in Tübingen 8.-10.11.1974, Sigmaringen 1977 (= Stadt in der Geschichte. Veröffentlichungen des Südwestdeutschen Arbeitskreises für Stadtgeschichtsforschung, Bd. 3) (darin: Anna-Dorothee v. den Brincken: Die Stadt Köln und ihre Hohen Schulen, S. 27-52)

MASCHKE, Erich und Jürgen SYDDOW (Hrsg.) (1979): Stadt und Hochschule im 19. und 20. Jahrhundert. 15. Arbeitstagung in Schwäbisch-Gmünd 12.-14.11.1976, Sigmaringen 1979 (= Stadt in der Geschichte. Veröffentlichungen des Südwestdeutschen Arbeitskreises für Stadtgeschichtsforschung, Bd. 5)

Karte 1 Anteil der Studenten an der Wohnbevölkerung Nordrhein - Westfalens 1970
 (Studenten im WS 1969 / 70, Wohnbevölkerung nach VZ 1970)



Anteile in v.H.



Durchschnitt aller Kreise :6,1 %

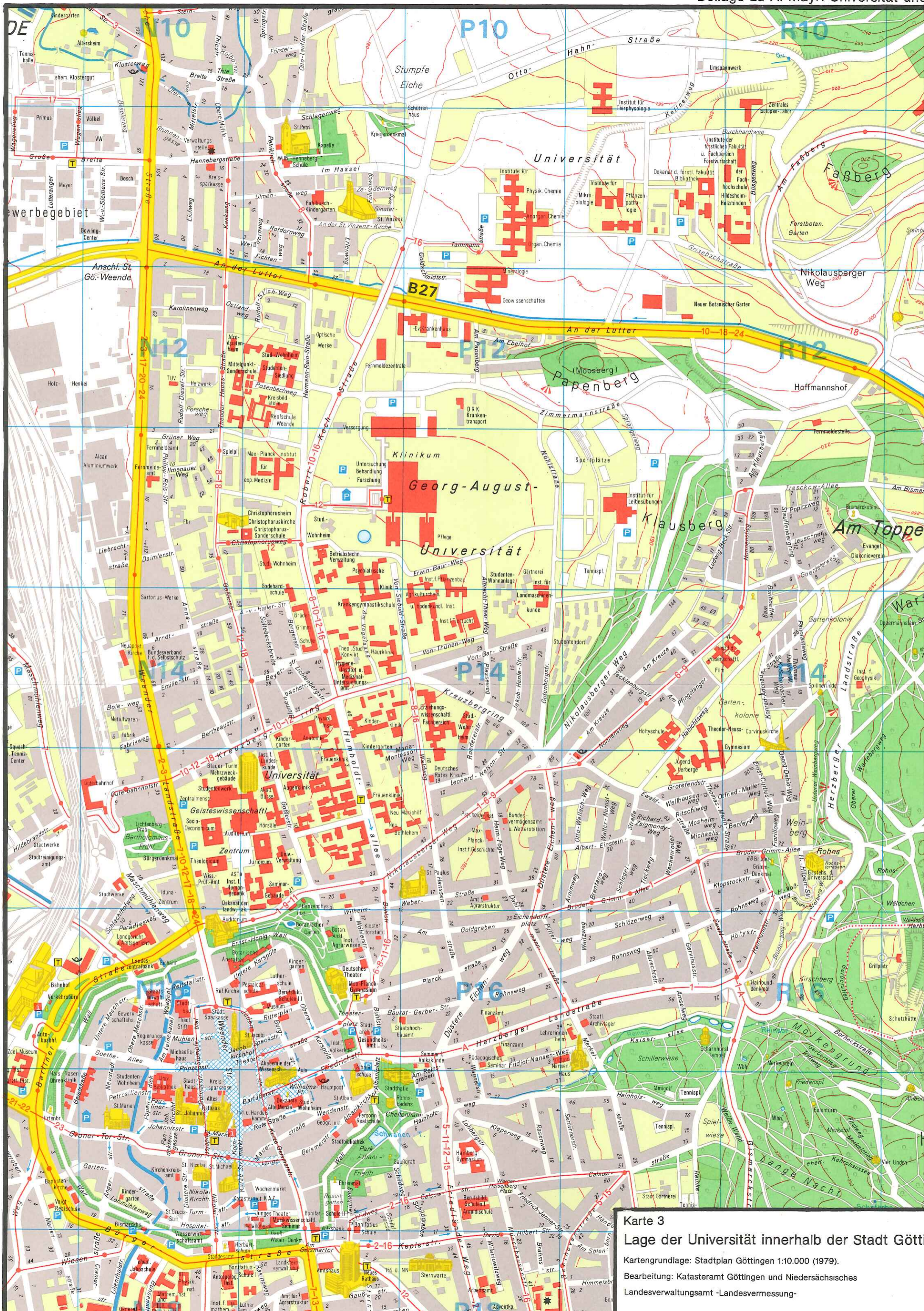
Entwurf : A. Mayr

Kartographie : A. Tomaschewski

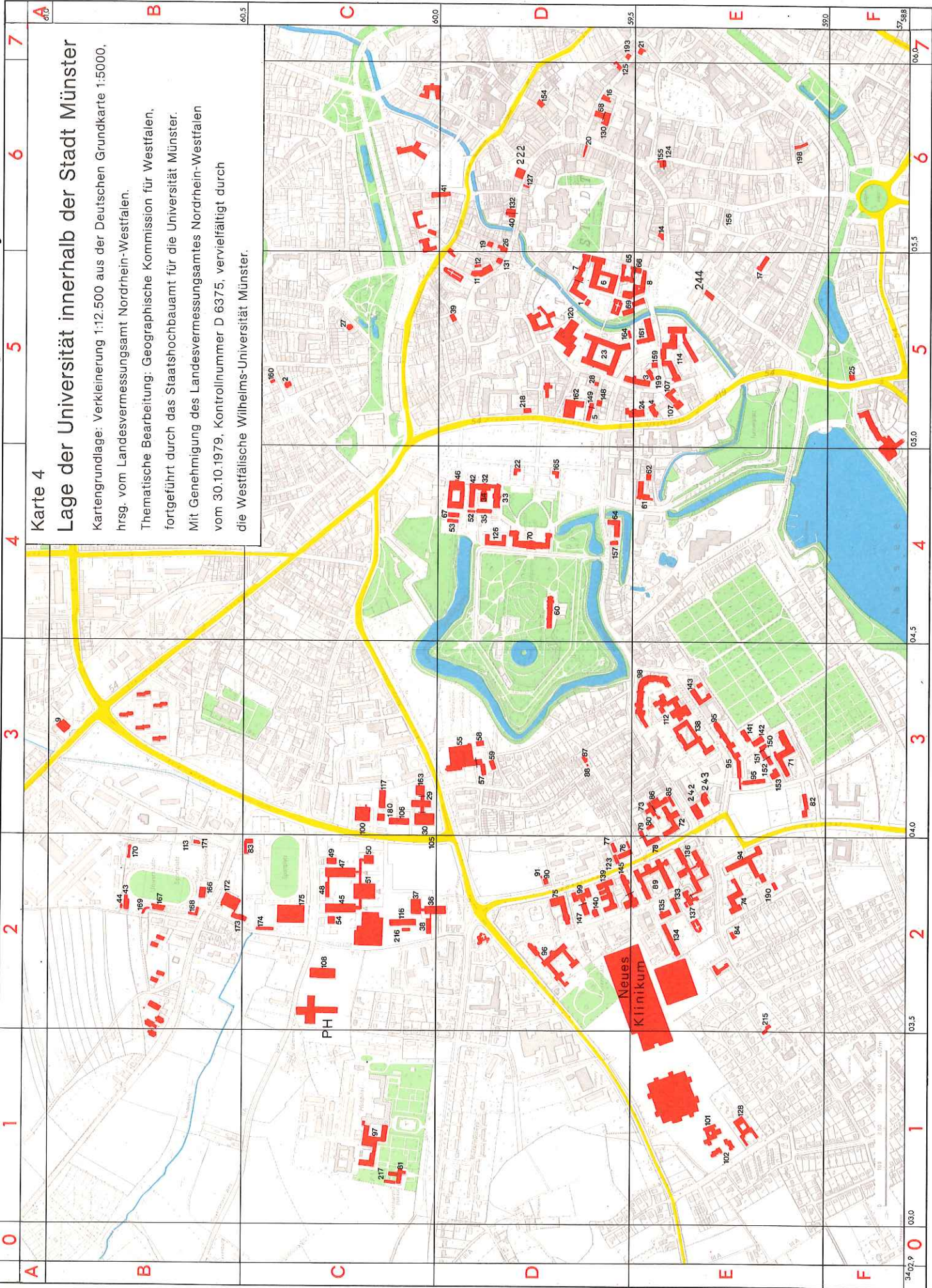
Quelle : I. Overbeck 1973, Karte I (nach S. 9)

Karte 2
 Lage der Universität innerhalb der Stadt Köln
 Kartengrundlage: Plan der Stadt Köln 1:20.000 (1979)
 Bearbeitung: Vermessungsabteilung der Stadt Köln,
 Herausgeber: Stadt Köln, Der Oberstadtdirektor,
 Verkehrsamt, Nr. 60/70/977
 Vervielfältigt mit Erlaubnis des Herausgebers vom 6.7.1979, Dr. S.





Karte 3
Lage der Universität innerhalb der Stadt Göttingen
 Kartengrundlage: Stadtplan Göttingen 1:10.000 (1979).
 Bearbeitung: Katasteramt Göttingen und Niedersächsisches Landesverwaltungsamt - Landesvermessung-



Karte 4

Lage der Universität innerhalb der Stadt Münster

Kartengrundlage: Verkleinerung 1:12.500 aus der Deutschen Grundkarte 1:5000, hrsg. vom Landesvermessungsamt Nordrhein-Westfalen.
Thematische Bearbeitung: Geographische Kommission für Westfalen, fortgeführt durch das Staatshochbauamt für die Universität Münster.
Mit Genehmigung des Landesvermessungsamtes Nordrhein-Westfalen vom 30.10.1979, Kontrollnummer D 6375, vervielfältigt durch die Westfälische Wilhelms-Universität Münster.

Karte 5 Lage der Universität innerhalb der Stadt Bochum

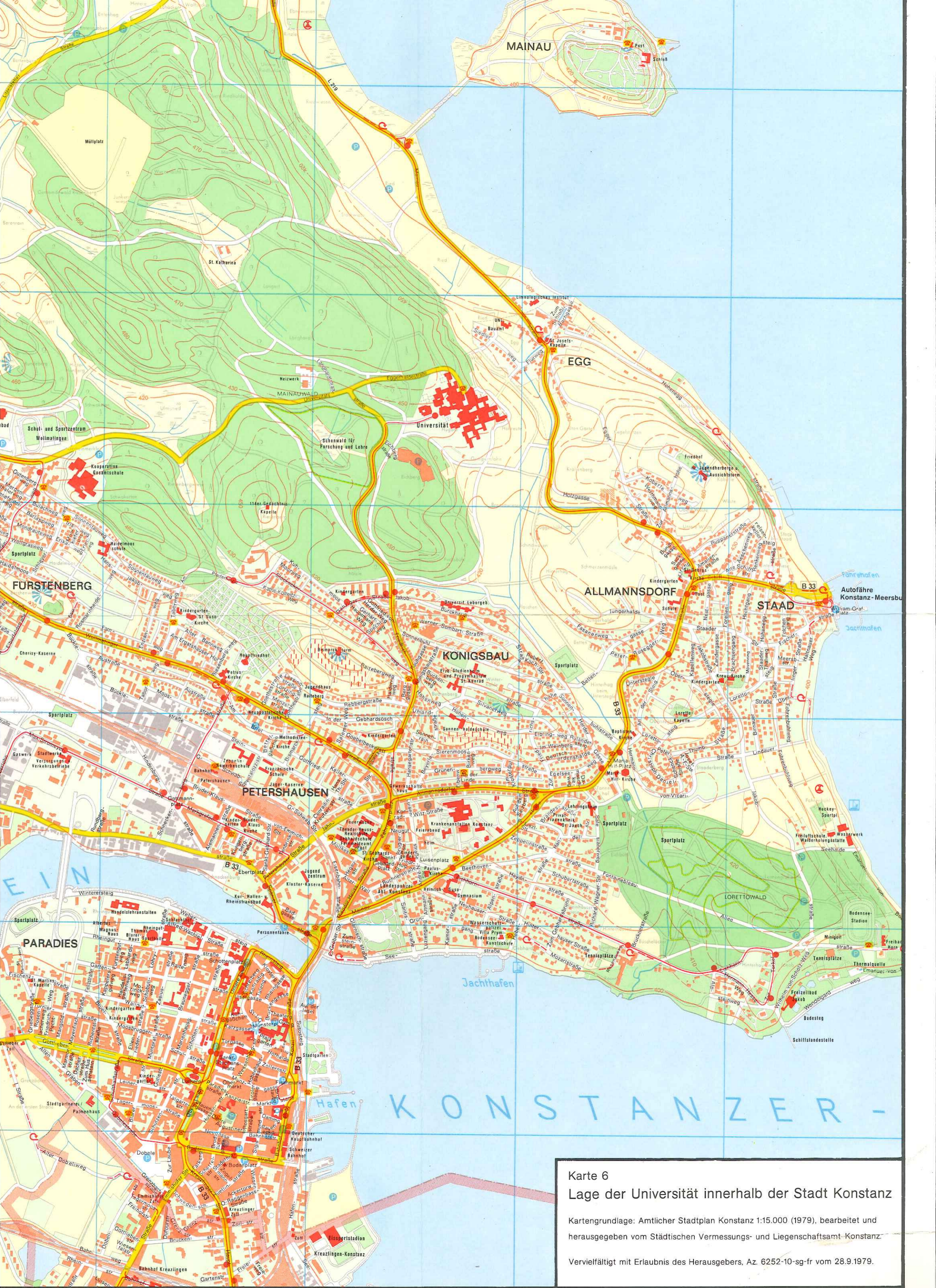
Kartengrundlage: Stadtplanwerk Ruhrgebiet. Gemeinsam bearbeitet von den Ruhrgebietsstädten und vom Siedlungsverband Ruhrkohlenbezirk.

Auszug aus Stadtplan Bochum 1:20.000 (1979).

Vervielfältigt mit Genehmigung der Stadt Bochum

-Vermessungs- und Katasteramt- vom 3.8.1979, Az. 62/4



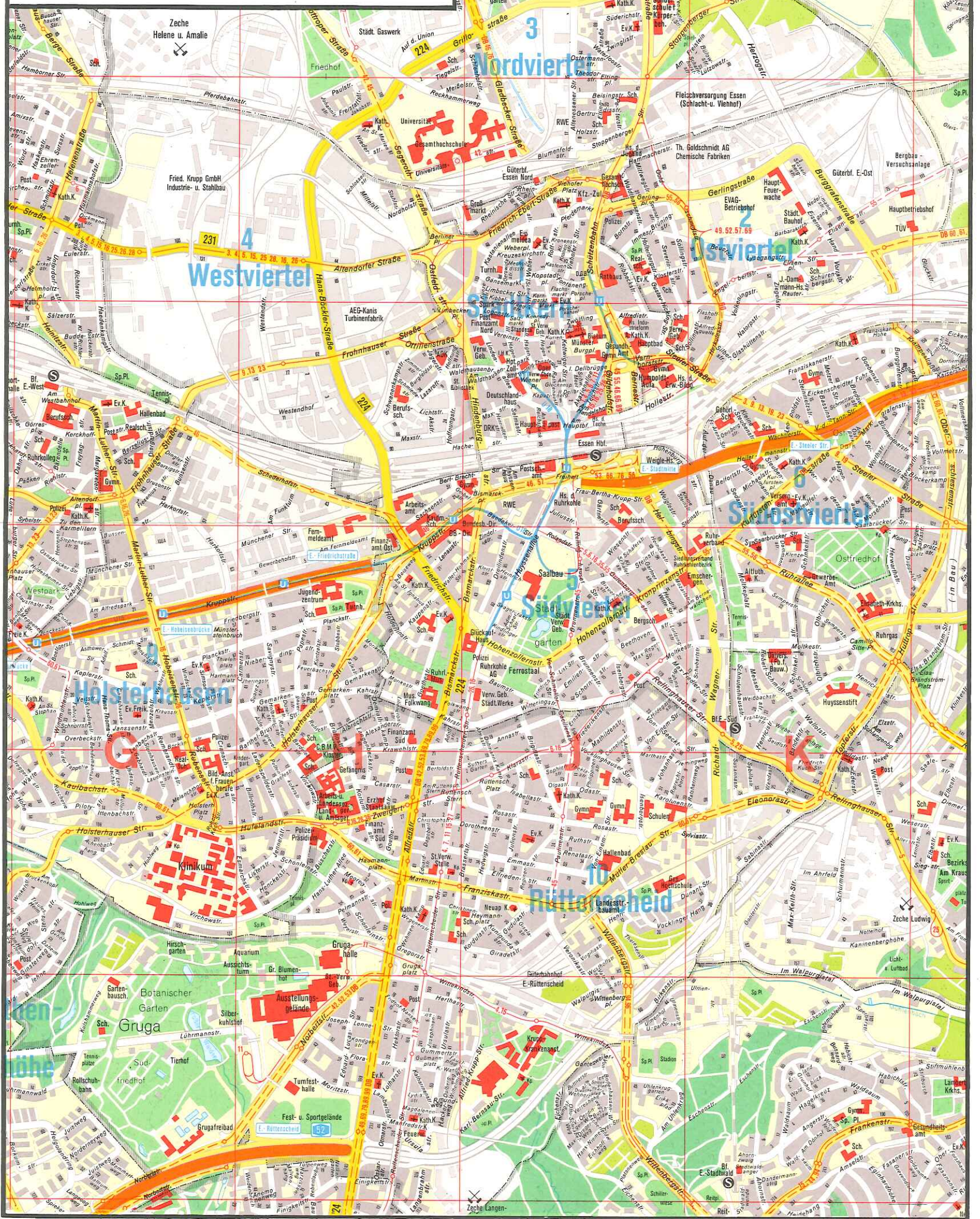


Karte 6
Lage der Universität innerhalb der Stadt Konstanz

Kartengrundlage: Amtlicher Stadtplan Konstanz 1:15.000 (1979), bearbeitet und herausgegeben vom Städtischen Vermessungs- und Liegenschaftsamt Konstanz.

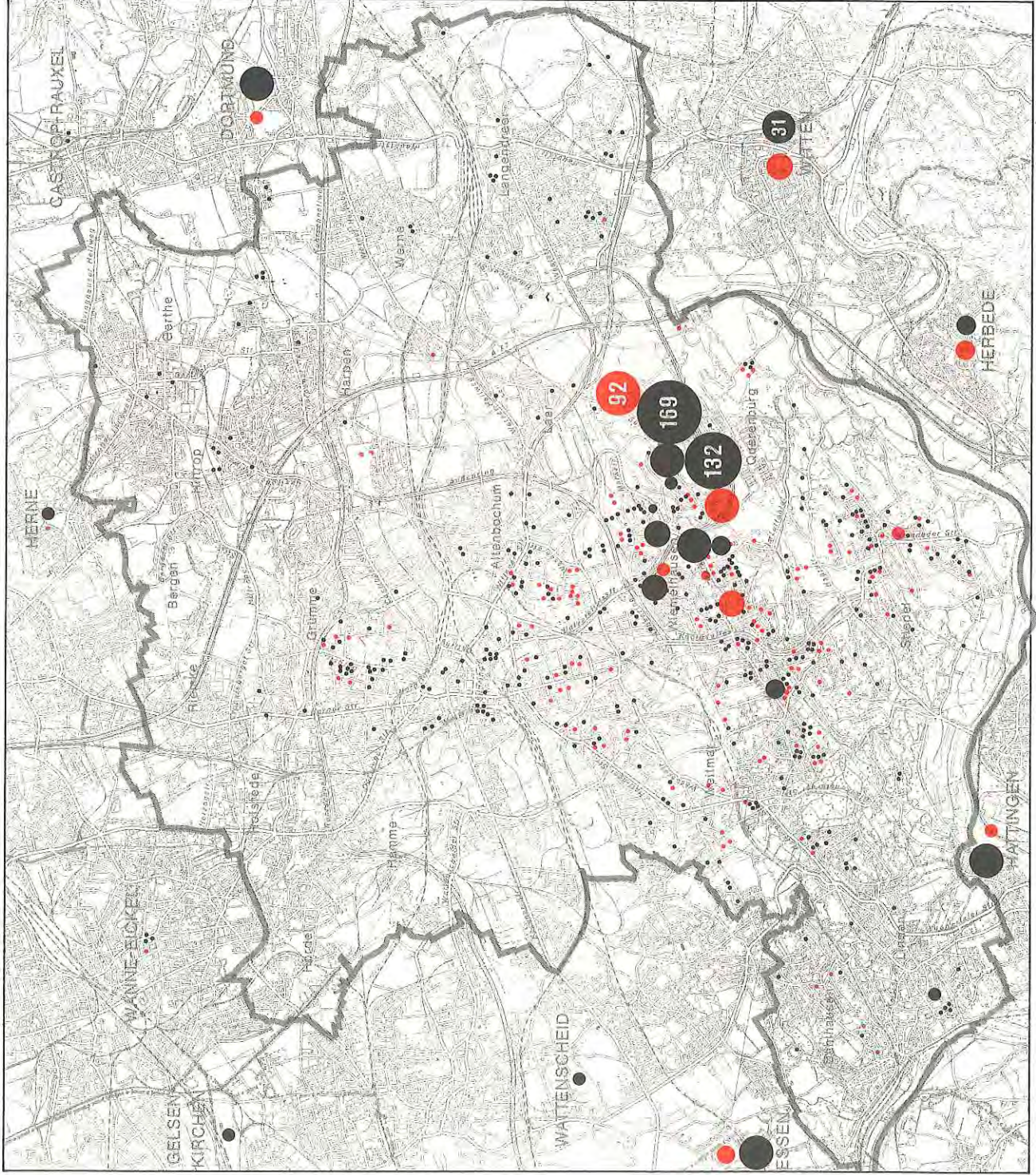
Vervielfältigt mit Erlaubnis des Herausgebers, Az. 6252-10-sg-fr vom 28.9.1979.

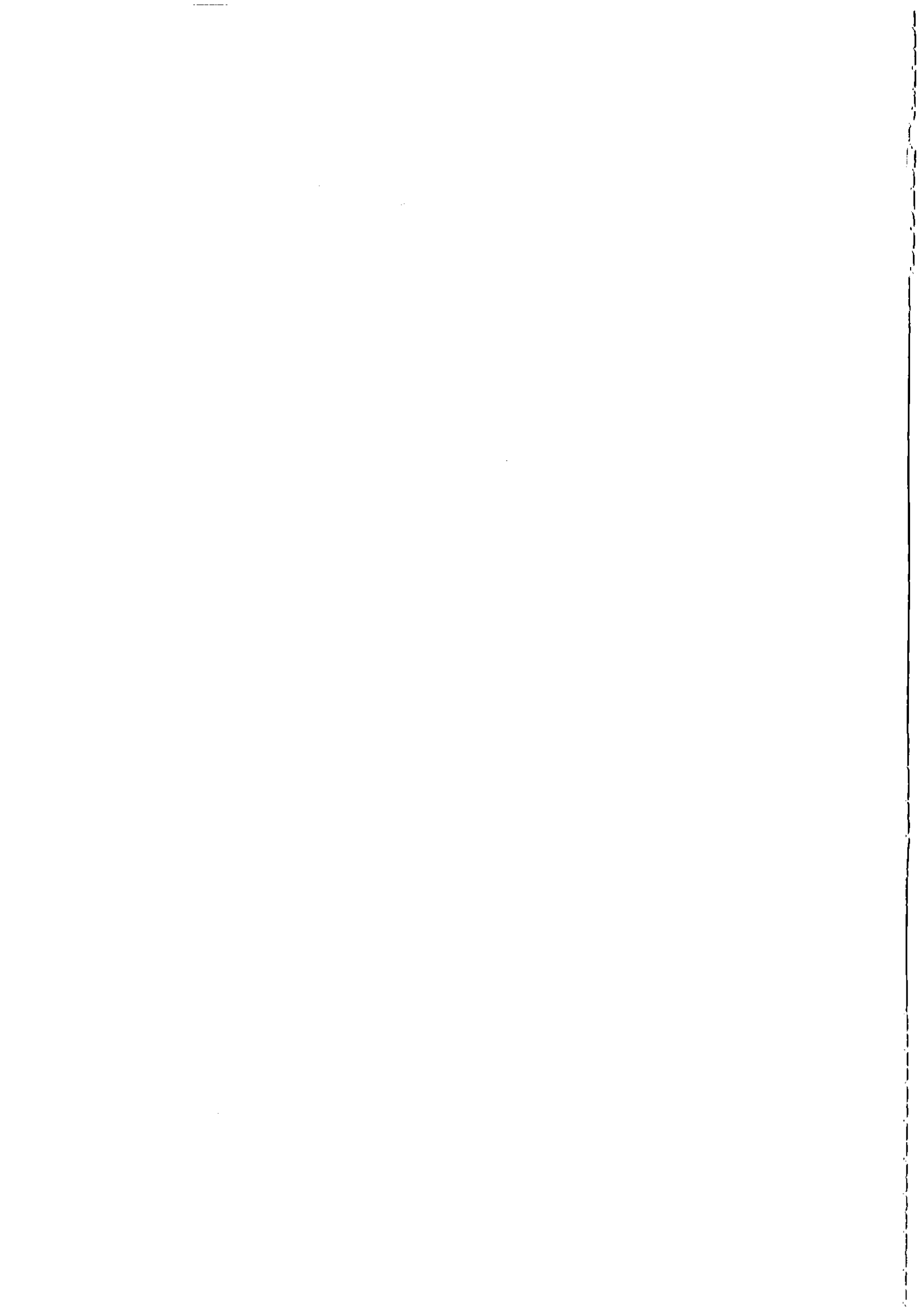
Karte 7
Lage der Universität innerhalb der Stadt Essen
Kartengrundlage: Stadtplanwerk Ruhrgebiet. Gemeinsam bearbeitet von den Ruhrgebietsstädten und vom Siedlungsverband Ruhrkohlenbezirk.
Auszug aus Stadtplan Essen 1:20.000(1979), Rahmenkarten Nr. 6602 und 6696
Vervielfältigt mit Erlaubnis der Stadt Essen -Vermessungs- und Katasteramt- vom 5.9.1979, Az. 62-1/23.102.



Karte 8

Wohnsitzverteilung der Lehrenden an der Ruhr - Universität Bochum im WS 1974 / 75





MÜNSTERSCHE GEOGRAPHISCHE ARBEITEN

Herausgegeben von den Hochschullehrern des Instituts für Geographie der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster Wilfrid Bach - Hermann Hambloch - Heinz Heineberg - Ludwig Hempel - Ingrid Henning - Friedrich-Karl Holtmeier - Cay Lienau - Alois Mayr - Karl-Friedrich Schreiber - Ulrich Streit - Peter Weber - Julius Werner

Schriftleitung: Alois Mayr

- H. 1 Alois Mayr: Universität und Stadt. Ein stadt-, wirtschafts- und sozialgeographischer Vergleich alter und neuer Hochschulstandorte in der Bundesrepublik Deutschland. 1979
- H. 2 Hermann Mattes: Der Tannenhäher im Engadin. Studien zu seiner Ökologie und Funktion im Arvenwald. 1978
- H. 3 Friedrich-Karl Holtmeier: Die bodennahen Winde in den Hochlagen der Indian Peaks Section (Colorado Front Range).
Ludwig Hempel: Physiogeographische Studien auf der Insel Fuerteventura (Kanarische Inseln). 1978
- H. 4 Peter Weber (Hrsg.): Periphere Räume - Strukturen und Entwicklungen in europäischen Problemgebieten. 1979

VERLAG FERDINAND SCHÖNINGH, PADERBORN

Anfragen bezüglich Schriftentausch werden erbeten an die Schriftleitung, Institut für Geographie der Westfälischen Wilhelms-Universität, Robert-Koch-Straße 26, D-4400 Münster.